PRO
VERITATE
ET
REGNO
DEI
CHARLES HOLBROOK LIBRARY
Pacific School of Religion

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/neue-wege_1952_46

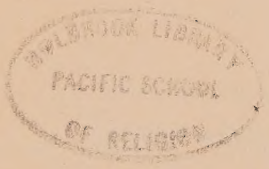
NEUE WEGE

BLÄTTER FÜR DEN KAMPF DER ZEIT

46

Sechsundvierzigster Jahrgang

1952



Verlag: «Vereinigung Freunde der Neuen Wege»

84954

INHALTSVERZEICHNIS

v.46
1952

Betrachtungen

	Seite
Roger Sauty: Brich dem Hungrigen dein Brot	1
Henri Roser: Der Triumph Jesu	89
Eugène Porret: Der Heilige Geist als Quelle der wahren Freiheit	153
Albert Böhler: Christus, der Herr über die Völker und über die Zeit — und sein Auftrag	205
Carmen Weingartner-Studer: Denke an mich ...	321
Carmen Weingartner-Studer: Zu Allerheiligen und Allerseelen	365
Ernst Simon: Jona flieht vor Gott	421
Krijn Strijd: Gibt es noch eine Rettung für die heutige Welt?	471
Carmen Weingartner-Studer: Das Kind	477

Gedichte

Samuel Preiswerk: Zum neuen Jahr	1
Psalm 46: Gott	41
Margarete Susman: Der Augenblick	253
Margarete Susman: Wachen	254
Margarete Susman: Gebet	255
Friedrich Rückert: Gewalt'ger Kämpfer ohne Speere	469

Religiöse Fragen

Albert Böhler: Der Heilige Geist als Sachwalter, Beistand und wahrer Führer	156
Albert Böhler: Die Verbundenheit Gottes mit dem Menschen	169
Krijn Strijd: Jedes Urteil ist eine Selbstverurteilung	209
Albert Böhler: Die Verbundenheit Gottes mit dem Menschen (Schluß)	221
R. Wiegand: Vor allem eines: Aufrichtigkeit	322
Der Ferienkurs auf dem Flumserberg:	
Margarete Susman: Der prophetische Glaube und die Politik	375
Emil Fuchs: Christentum und Politik	378
Carmen Weingartner-Studer: Schlußworte und Bericht	383
Albert Böhler: Die Gemeinde Christi und die Politik	427
James Endicott: Mein Sohn	479

Zur Kultur- und Geistesgeschichte

Seite

Margarete Susman: Ein Friedenskämpfer 4

Besinnung auf die Schweiz:

H. Hübscher: Natur- und Heimatschutz im Kampf gegen das Kraftwerk Rheinau 95

O. Abegg: Früchte des Zeitgeistes 100

Xaver Schnieper: Das Stirb und Werde der Schweiz 105

C. A. Loosli: Zur Strafvollzugsreform 216

Seite

E. Liefmann: Warum ist der Antisemitismus so schwer zu bekämpfen? 258

Hugo Bergmann: Der junge Hegel und das Judentum 266

Reinhold Schneider: Die Freiheit 327

Lord Boyd Orr: James Maxton 366

Alice Herz: Japan, das Land der aufgehenden Sonne 482

Politische und soziale Fragen

Ernst Frautschi: Heimat im Kampf mit Naturgewalten 14

Pierre von Paassen: Amerika am Kreuzwege 19

Albert Böhler: Um den Weg des deutschen Volkes 41

Wilhelm Mensching: Europäische Provinz Deutschland 45

Millicent Furrer-Proud: Eine neue Ordnung ist im Entstehen 60

Karl Loewy: Männer gegen die Wüste 110

R. Caltofen: Ein Land im Aufbau 113

Nikolaus Koch: Die kopernikanische Wendung der modernen Gewaltpolitik zur modernen Gewaltlosigkeit 116

Nikolaus Koch: Das Volk steht allein — was können wir tun? 163

G. W. Heinemann: Neue Achsenpolitik 166

K. Krot: Unteilbarer Friede: Weltaufgabe Nummer eins 273

Krijn Strijd: Urteil über Kommunismus und Militarismus 286

H. Kramer: Stern und Unstern über Asien 334

Millicent Furrer-Proud: Alle Menschen sind Brüder 336

Rudolf Brun: Zur Frage des Bakterienkrieges in Korea 390

Von Menschen

E. Frautschi: Ein Leben aus dem Glauben (El. Rotten) 176

Artur Seehof: In memoriam Emile Zola 331

C. W.-St.: Sofie Zoller zum 60. Geburtstag 333

Albert Böhler: Von unsern Dahingegangenen (Louis Heilbronner, Hans Hübscher) 497

Zitate, Worte

Worte von Leonhard Ragaz 7

Worte von Florence Nightingale 66

Worte von Pascal 66

Christoph Blumhardt: Zu Ostern 152

Paul Tillich: aus «Der Protestantismus» 161

	Seite
Zitat von Christoph Blumhardt	162
Zitat von Leonhard Ragaz	162
Tolstoj-Worte	233
Blumhardt-Worte	256
Wladimir Solowjew: Europa und Asien	364
Pestalozzi-Worte	374
Tolstoj-Worte	418
Ragaz-Worte	463
Walter Rauschenbusch: Zitat	465
Leonhard Ragaz: Zitat	468
R. Wiegand: Worte	514

Weltrundschau (Dr. Hugo Kramer)

Januar	25	Mai	180	September	342	November	447
Februar	66	Juni	234	Oktober	399	Dezember	498
März/April	127	Juli/August	298				

Von Büchern

John Hersey: Die Mauer (H. K.) 87

Eugène Porret: Berdiaeff (Albert Böhler) 3. Umschlagseite, Heft 3/4

Simon Gfeller: Vermächtnis (Hansruedi Zbinden) 201

Schritte zum Frieden (Albert Böhler) 252

Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens (Kurt Fiebich) 317

Ernst Stähelin: Die Verkündigung des Reiches Gottes in der Kirche Jesu Christi (Albert Böhler) 318

Georg Wünsch: Der Mensch im modernen Materialismus als Aufgabe christlicher Verkündigung (Albert Böhler) 319

Hedwig Wolff: Frauendienst in der Kraft Gottes (Albert Böhler) 319

Wilhelm Mensching: Jesus und der Krieg (A. Böhler) 319

Emil Frei: Mißbrauchte Mütterkraft (Hansruedi Zbinden) 320

Fritz Wartenweiler: Was tun wir für den Frieden? (Hansruedi Zbinden) 320

Die heutige Literatur ist sich ihrer Sendung bewußt (Serge Radine) 440

Friedrich Wilhelm Försters prophetischer Kampf (H.) 443

Ernst Schwarz: Wege zur gewaltlosen Befreiung (Albert Böhler) 445

August Siemsen: Anna Siemsen (Albert Böhler) 446

Mensch und Verbrechen, Sonderheft «Der Psychologe» (W. B.) 447

H. F. Stone: Hinter den Kulissen des Koreakrieges (H. Kramer) 493

INHALTSVERZEICHNIS 1952

(Nachtrag)

Berichte, Erklärungen, Resolutionen, Mitteilungen, Thesen, Botschaften, Aufrufe, Redaktionelles

Seite

Erklärung zum Pazifismus der Quäker 10
Ein Wort an unsere Leser und Freunde 38
Resolution der Schweizerischen Vereinigung für Internationalen Zivildienst 88
Pressemitteilung über die Gründung der Schweizerischen Gesellschaft für Strafrechtspflege und Strafvollzugsreform 109
Thesen der Friedensbewegung «Der Dritte Weg» (Holland) 148
Das Freundschaftsheim in Röcke bei Bückeburg (D) 152
Aktionsprogramm der IHUD-Organisation (Israel) 175
Zu einer Erklärung 179
Zu einem Volksbegehren 180
Redaktionelle Bemerkungen 200
Bericht über die Tätigkeit der Auskunftstelle für Flüchtlinge in Zürich . . . 202
Bericht über die Jahresversammlung der Freunde der «Neuen Wege» . . 295
Bericht über die Jahresversammlung der Religiös-Sozialen Vereinigung . . 295
Bericht über die Konferenz des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten in Nyköping (Schweden) (C. Weingartner-Studer) 296
Aufruf zur Bildung einer Gemeinschaft für Jüdisch-Christliche Versöhnung in Israel (Erich Bloch) 329
Eine Botschaft von Lord Boyd Orr an die «Neuen Wege» 366
Thesen zum Schweizerischen Kongreß zur Verteidigung des Friedens (Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz) 389
Redaktionelle Bemerkungen 419
Redaktionelle Bemerkungen 466
Werbeblatt für die «Neuen Wege» 467
Redaktionelle Bemerkungen 514

Zum neuen Jahr

Wir treten in das neue Jahr
In Jesu heil'gem Namen;
In ihm ist, was verheißen war,
Den Seinen Ja und Amen.
Die Welt und was sie hat, zerstiebt,
Doch wer den Namen Jesu liebt,
Der hat das ew'ge Leben.

Wir ziehen mit dem Volk des Herrn
Und seines Reichs Geweihten,
Wir folgen unserm Morgenstern
Im Dunkel dieser Zeiten;
Denn über allen Nächten klar
Strahlt uns sein Name: Wunderbar,
Rat, Kraft und Ewigvater.

Samuel Preiswerk

Brich dem Hungrigen dein Brot*

Ist nicht das ein Fasten, wie ich es liebe: ... daß du dem Hungrigen dein Brot brichst und Arme, Obdachlose in dein Haus führst? Wenn du einen Nackten siehst, daß du ihn kleidest, und dich den Brüdern nicht entziehst?
Jesaja 58, 6, 7.

Es gibt in der französisch-sprechenden Schweiz einen schönen Brauch: die welschschweizerische Jugendbewegung erläßt jedes Jahr einen Aufruf an die Bevölkerung zugunsten unglücklicher Kinder. An jedermann ergeht die Aufforderung, zu einem bestimmten Zeitpunkt auf irgend etwas zu verzichten und den so ersparten Betrag zu schenken. Es handelt sich dabei um eine Aktion, die nicht religiöser Art sein will; aber wir können sie nicht anders als mit Sympathie betrachten, denn wo man sich um den Nächsten sorgt, da gehorcht man unausgesprochen auch dem Gebot Gottes.

Das Bestehen dieses Tages und sein Name «Hungertag» sollte uns zu denken geben. Wer nie erfahren hat, was Hunger ist, dem wird dieses Wort nicht viel sagen. Wer hingegen, und sei es auch nur einmal in seinem Leben, wirklich hat hungern müssen, der wird es verstehen. Ihm wird es klar sein, daß es sich, wenn man von Hunger redet, nicht nur um Nahrungsmangel handelt, sondern um die ganze Not des

* Nach einer Predigt.

Nächsten, um einen bestimmten körperlichen Zustand, mit dem notwendigerweise Traurigkeit und Angst verbunden sind.

Aber mehr als das: Hunger kann ja auch Anlaß zu einem Fehltritt sein. Nicht jeder wird der Versuchung erliegen, und doch bleibt es wahr, daß Hunger nicht nur eine physiologische Erscheinung oder ein wirtschaftliches Problem ist, daß er vielmehr auch unmittelbar ans geistige Leben greift.

Nicht jeder kann wie der Apostel Paulus sagen: «Ich habe wohl gelernt, mit dem auszukommen, was ich habe. Ich kann mich in ärmliche Verhältnisse ebenso schicken wie in Wohlstand. Ich kann mich in jede Lage und in alles hineinfinden, sowohl satt zu sein als zu hungern, Überfluß zu haben oder Mangel zu leiden. Ich vermag alles durch den, der mich mächtig macht.» Eine solche Haltung ist das Ergebnis andauernder Selbstzucht, welcher die göttliche Gnade zu Hilfe kommen muß. Nur eine geringe Anzahl Christen erlangt diese Höhe. Und wahrscheinlich braucht es auch besondere persönliche Umstände, wenn man sie erreichen soll. Paulus hatte weder Frau noch Kinder. Er konnte sich ganz dem Reich Gottes, seinen Geheimnissen und seinem Kommen widmen. Wir aber, die wir weder Apostel noch Ausnahmechristen sind, sind wir so sicher, daß wir uns die seelische Gelassenheit bei einem durch Nahrungsmangel geschwächten Körper bewahren könnten? Ich zweifle, meine Brüder, und ihr zweifelt mit mir, nicht wahr?

Wir wollen hier zum zweiten an den Verlorenen Sohn aus dem Gleichnis erinnern. Allbekannt ist das Abenteuer dieses jungen Mannes, der begierig war, «sich auszuleben», wie man sagt. Es ist unwesentlich, ob es sich dabei um eine wirkliche Persönlichkeit oder um ein Gleichnis Jesu handelt; die Sache selbst bleibt sich gleich. Unser Ungeduldiger weilt also fern vom Vaterhaus. Zuerst geht alles wunderbar. Wer aber nur an Genuß denkt, der rechnet nicht mit seinen Mitteln. Und so kommen denn auch bald das Elend, die Kälte und die Verlassenheit. Vorbei die üppigen Gelage und das feine Essen! Der Verschwender hat so wenig zu beißen, daß er beinahe den Tieren, deren Wartung ihm obliegt, ihr Los neidet. Da entschließt er sich, nach Hause zurückzukehren, wo die Taglöhner seines Vaters Brot die Fülle haben. Ein heilsamer Entschluß, durfte er doch dank der Großmut des Mannes, dessen Namen er trägt, seinen Platz als Sohn wie auch eine kräftigende Nahrung wiederfinden. Stellen wir uns aber einen Augenblick vor, der Verlorene Sohn hätte nicht den Mut zur Heimkehr gehabt, oder sein Vater hätte nichts mehr von ihm wissen wollen – das Schicksal des jungen Mannes wäre besiegelt gewesen. Nicht allein Hunger und Verelendung bis zum Tod wären ihm bestimmt gewesen, sondern sehr wahrscheinlich auch Verbitterung gegenüber dem Vater, ein materiell verfehltes Dasein und der moralische Bankerott. Der Hunger kann uns eben nur bis zu einem gewissen Maß von Nutzen sein und uns zu Gott führen; wenn aber dieses Maß überschritten ist, ist die Gefahr groß, daß er die Menschen end-

gültig von Gott abbringt. Es ist gerade so wie mit gewissen Giften, die, wenn in kleinen Mengen verabreicht, günstig wirken, in massiven Dosen eingenommen aber verhängnisvolle Wirkungen haben.

Sehen wir weiter zu, was mit Hiob geschah, nachdem er sein ganzes Vermögen, seine Kinder und seine Gesundheit verloren hatte. Seine Frau riet ihm, Gott zu fluchen und zu sterben. Doch Hiob weigerte sich dessen und gab ihr zu verstehen, daß sie rede, als sei sie von Sinnen. Von den beiden Ehegatten, die fast nur mehr ihre Tränen zur Speise haben, ist der eine nahe daran, zu lästern. Vielleicht sind, meine Lieben, manche selber an der Not schuld, in der sie sich befinden. Aber dann gibt es auch andere, die da hineingeraten sind, ohne es zu verdienen. Und darunter mögen auch Gotteslästerer sein. Dürfen wir, meine Brüder, Zustände verteidigen, dürfen wir eine Gesellschaftsordnung dulden, in der Elend und Hunger zuweilen dazu führen, Gott zu fluchen? Nein, nicht wahr! Das darf nicht sein.

Haben wir so im Hunger einen möglichen Anlaß zu Fehltritten für uns selbst wie für unseren Nächsten entdeckt, so wollen wir noch einen raschen Blick auf die werfen, die sich als Christen bekennen sowie auf ihre Haltung gegenüber den Hungernden. Auch hier werden wir in der Bibel eine reiche Fülle von Lehren finden. Sehen wir zuerst, wie sich der reiche Mann gegenüber Lazarus verhält. Es mangelt ihm nicht an Nächstenliebe; er sieht ihn ganz einfach nicht, denn er hat Augen, um nicht zu sehen. Wir haben gewiß schon manche Christen der gleichen Art getroffen, die nicht imstande sind, sich in die Lage eines anderen zu versetzen, und meinen, den Armen sei der Tisch auch immer gedeckt, weil er es bei ihnen ist. Traurige Blindheit, die Jesus brandmarken mußte, weil sie obendrein noch mit einem guten Gewissen verbunden war!

Wenden wir nun unsere Aufmerksamkeit dem Menschen zu, der die Unterstützung, die er seinen Eltern zukommen lassen sollte, als «Korban», das heißt heilige Opfergabe, erklärt (Mark. 7, 11). Das ist jener Typus von Menschen, die, weil sie ihre religiösen Pflichten erfüllt haben, sich ihrer sozialen Verpflichtungen enthoben glauben. Ja, sie wünschen sogar durchaus nicht, daß sich die sozialen Zustände ändern, weil ihnen dann nach ihrer Meinung die Gelegenheit genommen wäre, mit Gott in Ordnung zu kommen, an den sie glauben. Für diese Männer und Frauen *müssen* immer Arme und Unterernährte da sein, damit sie Gelegenheit haben, Almosen zu geben. Die Nächstenliebe, so erachten sie, befreit sie von den Anforderungen der Gerechtigkeit.

Bewundern wir demgegenüber das Verhalten jenes Samariters, der einen Menschen am Straßenrand liegen sieht und ihn in die nächste Herberge bringt, wo er das Pflegegeld für den Verwundeten im voraus bezahlt. Dieser gute Mensch war ein Samariter, das heißt ein Ketzer in den Augen der Juden zur Zeit Jesu, ein grundsätzlich verabscheuungswürdiges Wesen; aber Jesus nimmt keinen Anstand, ihn über den andern zu stellen, der die rechte Lehre zu haben meint und aber ver-

gißt, sie in die Tat umzusetzen. Bedenken wir, meine Brüder, das Beispiel des guten Samariters und sagen wir uns immer wieder, daß der wahre Christ der ist, der Barmherzigkeit übt, gleichgültig was für eine Etikette man ihm aufgeklebt hat.

Schauen wir nun aber noch, wie man den Hunger in Schach halten kann. Wir freuen uns, in diesem dritten Teil auf die Geschichte Josefs verweisen zu können, die eine Rechtfertigung der Planwirtschaft liefert, noch bevor dieses Wort üblich war. Um die Bedürfnisse des Volkes während der erwarteten sieben Notjahre zu befriedigen, hatte Josef beträchtliche Getreidevorräte angelegt, die ihn instand setzen sollten, nicht nur Ägypten eine Hungersnot zu ersparen, sondern auch anderen Völkern zu Hilfe zu kommen. Haben wir hier nicht das Musterbeispiel einer Planwirtschaft, die von der Sorge um den Nächsten, ja auch um den Fremden, der an unsere Türe klopft, eingegeben ist? Der Egoist hat nicht viel für die Planwirtschaft übrig, beschränkt sie doch seine Handlungsfreiheit und seine Profite. Der Christ sollte seinem Wesen nach ein Befürworter der Planwirtschaft sein. Aber wo sind in unseren Kirchen die Stimmen, die sich zugunsten der Planwirtschaft erheben? Sieht man nicht im Geschäftsleben viele Christen, die sich mehr um ihre individuelle Freiheit kümmern als um die Einführung einer Gesetzgebung, die die Erfolgsmöglichkeiten gleichmäßig auf alle verteilt? Wir wollen immerhin nichts übertreiben, meine Brüder: Es gibt Christen, die begriffen haben. Es gibt christliche Geschäftsleute, denen Gott das Herz an den rechten Fleck gesetzt hat. Unser inniger Wunsch geht dahin, daß es bald noch viel mehr sein mögen.

Meine Lieben, der Prophet Jesaja beschwört uns, unser Brot dem Hungrigen zu brechen. Wir haben gesehen, daß dies nicht nur eine sittliche Verpflichtung ist, sondern eine religiöse Pflicht, und daß man in unserer neuen Zeit auch neuzeitliche Lösungen für die Fragen finden muß, die uns gewisse wirtschaftliche Notstände stellen. Sein Brot dem Hungrigen zu brechen, heißt nicht nur ein Stück Brot einem Armen geben, den man vielleicht in den Hausgang hereinbittet; es heißt vielmehr, alle Maßnahmen verstehen und durch ein entsprechendes staatsbürgerliches Verhalten verwirklichen helfen, die geeignet sind, Brot genug in jedes Heim zu bringen. Erst dann werden wir von der Verantwortung los sein, daß jemand Gott, den wir anzubeten behaupten, lästern muß.

Roger Sauty.

Ein Friedenskämpfer

Der amerikanische Dichter Ernest Hemingway ist seit dem Ende des ersten Weltkriegs einer der radikalsten und unermüdlichsten Kämpfer für den Frieden gewesen. Er ist es freilich als ganz und gar heutiger, selbst tief vom Krieg geprägter Mensch in umgekehrter Richtung wie

die Propheten und alle Streiter für das Reich Gottes; sein Blick ist nicht aus der Finsternis des Weges in ein großes Licht gerichtet; das Licht ist vom Weltsturm ausgeblasen; er sieht vor sich und hinter sich nur die Finsternis. Er erblickt nicht die Zukunft eines strahlendes Friedensreiches; er lebt im Rückblick auf das Vergangene, auf die durchlebte Wirklichkeit des Krieges. Man könnte ihm von der Bibel aus vorwerfen, daß er dem Prophetenwort nicht Folge leistet, auf das Alte nicht zu achten und des Vorigen nicht zu gedenken. Aber er spricht von dem Vergangenen nicht, weil dies sein Wille, seine Absicht oder gar seine Aufgabe ist; er spricht von ihm, weil es ihn keinen Augenblick losläßt, weil es ihm mit der Beharrlichkeit eines Nachtmahrs bei Tag wie bei Nacht auf der Brust sitzt und sein Leben im Wachen und Schlafen verstört. Darum reicht keiner der stärksten Aufrufe zum Frieden, keine der ernstesten Abhandlungen über den drohenden Weltzerfall an die stumme entsetzliche Predigt dieses vom Krieg selbst Gezeichneten heran.

Schon unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg, in seinem großen Roman «Farewell to arms» hat Hemingway ausgesprochen, daß nach dem Tun und Geschehen dieses Krieges alle Menschenworte entheiligt, entwertet, ihrer Wahrheit beraubt seien, daß mit Wahrheit nur noch Eigennamen oder Straßennamen ausgesprochen werden könnten. Aus dieser düsteren Einsicht ist eine neue Art von Dichtung erwachsen, in der alles, was bisher Poesie war, getilgt ist, in der alle Geschehnisse nur noch in den kargsten, nüchternsten Worten berichtet werden, so daß in der bestürzenden Einfachheit dieser Sprache sich alles mit der harten Deutlichkeit einer vom Föhn bloßgelegten Bergkette abzeichnet. Hemingway ist dieser Art der Gestaltung in allen seinen Romanen treu geblieben; jeder ist ein echtes Kunstwerk; aber keiner scheint mir an offenbarender Kraft an seinen ersten und nun wieder an seinen letzten Roman «Über den Fluß und in die Wälder»* heranzureichen.

Dieser Roman ist freilich, so sehr man dann für die Mühe des Lesens belohnt wird, sicher für alle Menschen schwer, oft fast unerträglich zu lesen, am schwersten aber für die Menschen eines Volkes, das keinen der beiden Weltkriege miterlebt hat und daher weder um die äußeren Strukturen des Krieges noch um seine inneren Erfahrungen weiß. Der Held ist ein hoher amerikanischer Offizier, der in beiden Weltkriegen, nur mit der Unterbrechung durch seine Verwundungen, mitgekämpft hat und ein vom Krieg an Leib und Seele gezeichneter und zerstörter Mensch ist. Er hat zehn schwere Gehirnerschütterungen, zahlreiche äußere und innere Verletzungen erlitten; sein Herz ist erschöpft und todkrank. Er spricht die abscheuliche Sprache des Krieges; er trinkt und flucht und sucht seine unablässigen Qualen durch ein Übermaß schädlicher Medikamente zu betäuben. Aber tiefer noch als in seinem zerrütteten Körper sitzt ihm der Krieg mit seiner Ordnung und seinem

* Steinberg-Verlag, Zürich.

Chaos, mit seiner Ordnung, die Chaos ist, in Geist und Herz; er kann die zahlenmäßigen Berechnungen, deren jede den Einsatz unzähliger Menschenleben bedeutet, in denen so der geringste Fehler zur unsühnbaren Schuld wird, in seinem Gedächtnis nicht verarbeiten; sie verfolgen ihn Tag und Nacht, sowie ihn das furchtbar geschändete Bild einzelner Toter verfolgt. Er lebt im Vergangenen als im Gegenwärtigen. Er rechnet und berechnet unaufhörlich, ob nicht noch etwas zu ändern, wieder gutzumachen wäre, ob nicht Unrecht in Recht, Tod in Leben zu wandeln wäre. Und indem er das ganze schreckliche Geschehene als eigene Verantwortung erlebt, erkennt er sein ganzes Leben als ein von Grund auf verfehltes. Aber erst wenn wir in all dem innewerden, welch kostbares, edles Gefäß hier zerbrochen ist, welche Strenge und Redlichkeit des Gewissens, welch echte Güte, welche Fülle an Liebe und Geist in dieser rauhen zerfetzten Hülle lebt, begreifen wir ganz, was der Krieg an Erniedrigung und Zerrüttung des Menschlichen bedeutet.

Die Romane Hemingways haben alle in verschiedener Ausgestaltung denselben Inhalt: die Verwüstung eines Lebens durch das Kriegsgeschehen und als einzigen Trost eine große Liebe, wie sie in solcher Freiheit und Losgebundenheit vor den beiden Kriegen nicht lebbar gewesen wäre –, eine tiefe traurige Liebe, in der der zerbrochene Mensch noch einmal Mensch, die zerfallene Seele noch einmal Seele wird. Es ist immer eine rein irdische Liebe; aber ergreifend glüht in jeder der Funke, der in jeder echten Liebe von oben her in das Irdische sinkt. Nirgends ist eine solche Liebe, die Verflechtung zweier ungleicher Seelen am Rand des Todes so sehr als reines Wunder gestaltet wie in diesem letzten Roman Hemingways.

Wir erleben nur die beiden letzten Tage des Helden und in ihnen das Seltsame dieser Liebe. Diese beiden Tage spielen in der Stadt, die der einundfünfzigjährige Krieger, der in den Kriegen durch ganz Europa geschweift ist, über alle Städte der Erde liebt: in Venedig, das er im ersten Weltkrieg als Einundzwanzigjähriger mitverteidigt hat und das er durch den Einsatz seines Lebens fast als sein Eigentum begreift, dieser Stadt, die aber auch dadurch sein Eigentum ist, daß er ihre Entstehung, ihre Geschichte, die Geheimnisse ihrer alten Paläste, ihrer dunklen Kanäle, das verwirrende Netz ihrer Straßen und Brücken kennt, jeden Turm in ihr und ihrer Umgebung in seiner besonderen Bestimmung und Schönheit liebt. Und nun widerfährt ihm am vorletzten Tage das Wunder: ein junges, schönes, wissendes Mädchen, eine Gräfin aus altem venezianischem Geschlecht, tritt als Verkörperung der Stadt seiner Liebe auf den Alternden, Sterbenden zu. Ein alternder Mann, ein blutjunges Mädchen – es ist ein uns heute nur zu vertrauter und – bei aller geheimen Tragik, die er wohl stets in sich birgt – uns eher frivol berührender Gegenstand. Aber hier, in dieser Erzählung, der Atmosphäre Venedigs, des Krieges und des Todes, hat diese Beziehung einen tiefen seelischen und geistigen Grund. Diese späte Geliebte *muß* so jung

sein, um dem Todesnahen und Todesgewissen in aller Trauer dieser Liebe noch einmal die ganze blühende Fülle des Lebens zu schenken; sie muß aber auch weit über ihre Jahre reif sein; sie muß in Geist und Wissen uralt sein wie die Stadt, der sie entstammt. Diese beiden nach Alter, Herkunft und Schicksal so ungleichen Menschen verstehen einander im Zeichen der gleichen hohen alten Kultur, und es scheinen in dieser Liebe fast wie in der Heiligen Schrift Liebe und Erkennen eins. Wie der Ernst eines durchgebildeten Geistes, so bricht durch die kriegsverwilderte Sprache des Mannes immer wieder eine unendliche Zartheit des Herzens hindurch; und das junge blühende Mädchen, vor dem noch das ganze Leben liegt, kann dem Alternden, dem das Leben, das hinter ihm liegt, als ein zutiefst verfehltes erscheint, das erlösende Wort menschlicher Liebe sagen: «Ich möchte nicht nur ich sein, ich möchte auch du sein.» Und sie bewahrheitet dies Wort: sie sucht ganz in sein Leben einzudringen. Das tiefste Wunder dieser Liebe, das hinter dem keines Feenmärchens zurücksteht, ist, daß die Junge, Lebensvolle die Aufgabe ihrer Liebe darin begreift, an Stelle aller Liebesgespräche den von der Wirklichkeit des Krieges zugrundegerichteten Mann immer wieder eindringlich und beharrlich nach seinen Kriegserlebnissen zu fragen, die sie kraft ihrer Liebe und ihres seltenen Verstandes bis in alle Einzelheiten und in ihrer ganzen Bedeutung für ihn begreift, um ihm die schwerste Last von den Schultern zu nehmen, damit er in Ruhe sterben kann.

Er vermag dies späte Glück nicht zu überleben; er selbst gibt sich nach dem Abschied von seiner Liebe den ihm verhängten Tod. So enthüllt sich in dieser Dichtung am Symbol eines einzelnen Lebens die ganze sprengende Furchtbarkeit des Krieges. Und wir fragen uns mit Grauen, in welchen unausdenkbaren Abgrund der Wahnsinn einer noch weit furchtbareren Aufrüstung, der schon heute die besten Kräfte der Völker verzehrt, eine an Geist und Herz völlig entmachtete, wehrlos gewordene Menschheit stürzen wird. *Margarete Susman*

Worte von Leonhard Ragaz*

. . . Unsere ganze Welt löst sich auf und versinkt in ein Chaos. Dieses harrt auf ein neues Schöpfungswort. Die chaotisch gewordene Welt verlangt nach einer neuen Orientierung. Sie liegt in schweren Geburtswehen und ruft nach Geburtshilfe. Sie verlangt vor allem nach einer neuen *Einheit*, nicht nur einer politischen und sozialen, sondern vor allem auch einer geistigen. Nicht kann es länger ertragen werden, daß Politik, Moral und Religion in krassem Widerspruch stehen; aber auch nicht, daß es eine Wissenschaft und Kunst gibt, die *neben* dem Glauben stehen,

* Aus «Der größere Christus», Aprilheft der «Neuen Wege» 1945.

mit ihm nicht innerlich verbunden, und damit ebenso Sinn und Kraft verlieren wie dieser Glaube selbst. Diese Welt schreit nach einem neuen, umfassenden und belebenden Sinn.

Sie schreit aber vor allem nach Erlösung von ihrer Not, und zwar nicht mehr bloß im einzelnen Menschen um Erlösung von *seiner* Not, sondern als *Welt* um Erlösung von der Weltnot. Die *kosmischen* Nöte treten als solche immer deutlicher und umfassender hervor: als Armut, Laster, Krankheit, Tod. Sie rufen nach der Erlösung. Es bieten sich zur Hilfe die Götzen an – Götzen aller Art: totaler Staat und totale Gesellschaft, götzenhafte Religion, viel versprechende und wenig haltende Mystik, zum Teil auch bloß die Technik. Sie alle schreien, ohne es zu zu wissen, ja oft gegen ihren Willen, nach Christus – dem größeren Christus.

Dieser größere Christus aber kann nicht der Christus unseres herkömmlichen abendländischen Christentums sein, sondern nur der Christus des R e i ch e s – Er, der auch der Christus der B i b e l ist. Die Botschaft vom Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit ist, als Botschaft von dem Einen, lebendigen Gotte, die sie ist, von vornherein für die *Welt* bestimmt, nicht bloß für Europa, oder das Abendland. Schon der Blick der Propheten Israels ist von Gott aus auf die ganze Völkerwelt gerichtet und so nicht minder der Blick Jesu wie der des Paulus und Johannes. Es ist kein geschichtlicher Zufall, daß das Heilige Land in der Mitte zwischen Asien, Afrika und Europa liegt. So ist auch die Botschaft der Bibel universeller Art. Sie enthält nicht nur die Erlösung des Einzelnen, sondern auch die der Gemeinschaft, und nicht nur die politische und soziale, sondern auch die *kosmische:* die Erlösung von Schicksal, Krankheit, Tod, aber auch vom Rätsel und Dunkel der Welt. Diese *ganze* Erlösung ist verkörpert in Christus – dem größeren Christus, dem politischen, sozialen und kosmischen Christus, dem fleischgewordenen Worte der Bibel.

Ihn müssen wir wieder sehen, so, wie ihn Paulus und Johannes gesehen haben, und doch wieder neu, im Lichte einer neuen Offenbarung, worin die alte sich entfaltet. Die Gerechtigkeit seines Reiches ist das, was in die Völkerwelt dringen will, worauf die Völkerwelt wartet. Aus ihm quillt, sobald wir ihn einmal recht erkennen und neu daran glauben, die neue Macht über Schicksal, Krankheit und Tod. Aus ihm bricht das neue Licht der Welt, das die Dunkelheiten des Erkennens aufhebt. Aus ihm strömt die Erlösung und Verwandlung auch der Natur, aus ihm, in dem nach dem Wort des Kolosserbriefes (2, 3) «alle Schätze der Weisheit und Erkenntnis verborgen sind», erwächst die neue Einheit der Kultur; er gibt als Fleisch gewordenes Wort der Welt den neuen Sinn und besiegt durch sein Kreuz und offenes Grab die Götter, Götzen und Dämonen.

Das ist ein Stück der Revolution Christi, die kommen muß, die kommen wird, die schon im Kommen ist – daß der größere Christus, daß

der totale Christus, der Christus, der das A und O ist, in dem Gott nicht nur Mensch, sondern *Welt* wird. (Auch das ist durchaus biblisch gedacht.)

Darüber aber muß sich das bisherige Bild Christi, das allzu abendländische, überhaupt allzu begrenzte, stark verändern. Es wird andere Proportionen bekommen. Es wird nicht mehr im Mittelpunkt stehen, sondern sich in ein größeres Ganzes ordnen; es wird nicht mehr *das* Bild sein, sondern ein Teil eines größeren Bildes.

Ich will den Finger nur auf *einen* Punkt legen. Für uns abendländische Protestanten bildet, wie ich schon bemerkt habe, die Reformation des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts den Mittelpunkt der Geschichte der Sache Christi zwischen der Apostelzeit und der Gegenwart, und damit auch ihre Themen den Mittelpunkt der christlichen Problematik, vor allem das der Rechtfertigung aus dem Glauben allein. Ihre Losungen vom Glauben, von der Freiheit des Christenmenschen, von der Bedeutung der Bibel füllen unsern seelischen Gesichtskreis aus. Paradoxerweise ist gerade in den letzten Jahrzehnten durch eine sogenannte Theologie der Reformation der Protestantismus wieder ausschließlich in die Grenzen dieses Horizontes gebannt worden.

Aber diese Grenzen müssen vor der neuen Lage weichen. Die Geistesformen der Reformation sind dieser Lage nicht gewachsen. Sie sind dafür zu enge. Das ist nicht so gemeint, daß die besondere Wahrheit, welche die Reformation mit ihrer Theologie auf den Scheffel gestellt hat, preisgegeben werden sollte und müßte. Sie bleibt Wahrheit. Aber sie darf nicht mehr als die *ganze* Wahrheit betrachtet werden; sie ist nicht mehr *die* Wahrheit, sondern wird ein *Teil* einer Wahrheit, die reicher und größer ist. Sie wird dabei nicht verlieren; im Gegenteil: jede Wahrheit verliert ihren Wert in dem Maße, als sie aus dem größeren Zusammenhange, in den sie gehört, gelöst und vereinseitigt, und gewinnt in dem Maße an Wert, als sie in diesem Zusammenhange verstanden wird. Wir bedürfen der weiteren und größeren Losungen aus der Wahrheit des Reiches Gottes, vor allem des Wortes von der Gerechtigkeit dieses Reiches; des Wortes von der Erlösung von Schicksal, Not und Tod; des Wortes von der Weisheit und Erkenntnis, die in Christus verborgen sind; des Wortes von der Fleischwerdung des Logos in Christus – wir bedürfen des größeren Christus ...

So müssen wir heute, wenn wir dem lebendigen Gott im lebendigen Christus dienen wollen, bereit sein, die alte Gestalt seiner Sache aufzugeben, um die neue zu fassen, den kleineren Christus zu verlassen, um dem größeren zu folgen: in die Weite eines neuen Horizontes der Offenbarung des Lebendigen hinein. Wir müssen in diesem Sinne bereit sein, die *Reformation* des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts für die Revolution Christi des zwanzigsten preiszugeben – sie nicht etwa zu verraten, aber nicht mehr auf die bisherige Weise als Zentrum oder gar Abschluß und letztes Wort der Sache Christi zu be-

trachten. Wir müssen die *Kirche* preisgeben, in dem Sinne, daß wir Gott in der *Welt* walten sehen und ihm in der Welt dienen. Wir müssen das *Christentum* preisgeben, damit wir *Christus* neu verstehen. Wir müssen die *Religion* preisgeben, um das *Reich Gottes* zu erfassen. Wir müssen Gott auch da sehen lernen, wo man ihn bisher nicht gesehen hat, wo man sogar eine feindliche Macht zu gehen glaubte. Wir müssen den Blick für Gott zugleich ausweiten und verschärfen. Wir müssen nur immer mehr lernen, Gott nicht nur in seiner religiösen und kirchlichen Gestalt zu erkennen, sondern auch in seiner weltlichen. Wir müssen auch Christus nicht nur im Rahmen des «Christentums» erblicken, sondern auch in der ganzen Welt, der politischen, sozialen, kulturellen, die aus ihm entstanden ist und die ihn vielfach stärker verkündigt als die religiöse, theologische, kirchliche Gestalt. Wir müssen ihn auch erkennen, wenn er als *Gegner* auftritt: im Sozialismus, im Kommunismus, im Anarchismus, ja sogar – so paradox das klingt – im Atheismus; wir müssen ihn auch in Proudhon, Bakunin, Lenin wie in Nietzsche erkennen (man wird doch verstehen, was ich meine?), müssen ihn aber auch immer mehr ablehnen lernen, wo er zu sein vorgibt, aber nicht wirklich ist. Wir müssen Christus als den *Herrn* der Welt erkennen, nicht nur als den, der es sein *wird*, sondern auch als der es in gewissem Sinne schon *ist*. So soll sich auch auf diese Art erfüllen, daß Gott alles sei und in allem.

Der Pazifismus der Quäker

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat die Quäker in einem Brief seines Sekretärs Visser 't Hooft eingeladen, die Grundlagen ihres Pazifismus darzulegen. Wir geben im folgenden die Antwort, die die Schweizer Quäker formuliert haben.

Die Schweizer Gruppe der Gesellschaft der Freunde (Quäker) fühlt sich mit den Militärdienstverweigerern aus Gewissensgründen in der Schweiz und andern Ländern nahe verbunden. Sie trägt diese im Gedenken und im Gebet, denn sie sieht in ihnen Zeugen im Dienste des göttlichen Willens. Für ihren Pazifismus möchte sie folgende Gründe anführen:

1. Das Gebot «*Du sollst nicht töten*» ist klar und unmißverständlich. Wir glauben, daß es Gottes Willen ausdrückt und für alle Länder und Zeiten gilt, auch für uns am heutigen Tage. Wohl wissen wir, daß es das jüdische Volk ebenso wenig achtete, wie heute die Christen die Lehre ihres Meisters zur Wirklichkeit werden lassen. Aber heißt das, daß das Gebot falsch sei? Theologen sagen uns, es müsse heißen: «Du sollst nicht morden.» Aber sind denn die Kriege der Gegenwart mit

ihren Massakern unter der Zivilbevölkerung etwas anderes als ein großer Mord? Der uneingeschränkte Respekt vor dem Menschenleben ist eine der Grundlagen der Religion. Im Wesen der Armee liegt es, zu töten. Also mißachtet jede Armee das göttliche Gebot.

2. Jesu Botschaft ist eine Lehre der Liebe und des Friedens: «*Selig sind die Friedeschaffer ... Ihr habt gehört, daß gesagt ist: Auge um Auge, Zahn um Zahn. Ich aber sage euch, daß ihr nicht widerstreben sollt dem Übel ... Ihr habt gehört, daß gesagt ist: Du sollst deinen Nächsten lieben und deinen Feind hassen. Ich aber sage euch: Liebet eure Feinde; segnet, die euch fluchen; tut wohl denen, die euch hassen; bittet für die, so euch beleidigen und verfolgen.*» Das sind Christi Worte; versuchen wir, sie zu hören und uns nach ihnen zu richten. Der gegenseitige Mord zwischen Christen im Kriege zeigt uns, wie weit wir von jener brüderlichen Gemeinschaft entfernt sind, welche unter Jüngern Jesu herrschen sollte.

3. Gott läßt uns seinen Willen auch unmittelbar wissen, wenn wir uns im Gebet an ihn richten. «Unser Vater ... Dein Reich komme, Dein Wille geschehe im Himmel wie auf Erden.» Wer in Einfachheit und mit aller Kraft seines Herzens so betet, der begreift nach und nach, daß Gottes Reich nur dann kommen, sein Wille nur dann geschehen kann, wenn wir Menschen uns von ihm führen lassen, wenn wir Werkzeuge seines Willens werden. Wie kann ich noch ein Gewehr tragen und mich zum Töten vorbereiten, wenn ich um das Kommen seines Reiches bitte, welches ein Reich der Liebe und des Friedens ist? Die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen haben ihren Befehl im Gebet von Gott erhalten; Gott läßt sie in ihrem Gewissen spüren, daß ihre Haltung richtig ist, daß sie eine Tat des Gehorsams gegenüber seinem Willen ist. Gott schenkt ihnen auch Kraft und Beharrlichkeit, ihr Zeugnis, das oft schwere Folgen mit sich bringt, ohne Haß abzulegen. «Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden.»

4. Die Bruderschaft, welche die Menschen über alle Grenzen hinweg eint, ist eine Realität. Wer in fremden Ländern reiste oder lebte, wer an internationalen Zusammenkünften teilnahm oder die Literatur anderer Völker ein wenig kennt, der weiß aus Erfahrung, daß die menschlichen Werte, die uns mit den andern Völkern gemeinsam sind, sehr viel wichtiger sind als alle Unterschiede. Diese menschliche Erfahrung läuft parallel zu unserm religiösen Glauben: Gott ist der Vater aller Menschen und daher sind wir alle Brüder, Brüder der Deutschen, der Russen und der Chinesen. Krieg ist nichts anderes als Brudermord.

5. Der menschliche Körper, das menschliche Leben sind nicht zufällig entstanden, sondern sie sind das Werk eines überlegenen Wesens und eines liebenden Willens. Wer den Bau, die Tätigkeit und das harmonische Zusammenspiel der verschiedenen Organe studiert, der kann nicht mehr daran zweifeln, daß der menschliche Körper das Werk Got-

tes ist. Das Mittel der Armee zur Erreichung ihres Zweckes aber ist, mit Feuer und Schwert das von Gott geschaffene Leben zu vernichten.

6. Alle Länder kennen ungefähr gleiche Dienstpflicht. Mit 18 oder 19 Jahren werden die jungen Männer für die Armee ausgehoben; man bringt ihnen den Gebrauch der Waffen bei und schickt sie dann in den Krieg. Man redet ihnen ein, daß sie im Namen heiliger Ideen töteten und stürben. Ist denn diese «Dienstpflicht», die allen Ländern eigen ist und den Armeen ihre zerstörende Kraft gibt, wirklich unsere *Pflicht*, oder ist sie nicht vielmehr *Ungehorsam* gegenüber den Gesetzen der Liebe und der Achtung vor dem Leben, die uns gegeben wurden? In der Ablehnung des Militärwesens wissen wir uns mit christlichen Pazifisten anderer Länder solidarisch: die Bruderliebe zwischen Jüngern des selben Meisters wird so zur Realität.

7. Kann man Werte von göttlicher Art mit unrechten Mitteln verteidigen? Man behauptet in unsern Ländern gerne, wir hätten die christliche Zivilisation oder die Menschenrechte mit den Waffen zu verteidigen. Das Evangelium Jesu Christi ist aber eine Botschaft des Friedens, der Verzeihung und der Liebe. Ist es daher nicht eine Ruchlosigkeit und Lästerung, die christlichen Werte mit Tanks, Kampfflugzeugen und Bomben zu verteidigen, welche so viel Tod, Haß und Furcht um sich verbreiten? Die Methoden des Krieges sind heute total. Wer die militärische Verteidigung gutheißt, sagt damit auch ja zur Vernichtung der Zivilbevölkerung, der Frauen und Kinder durch die Atombombe. Es ist ein Zeichen für unsern Mangel an Glauben, wenn wir zur Verteidigung von Gottes Sache zu unrechten Mitteln greifen. Kann man denn wirklich glauben, daß Gott zur Verteidigung seines Reichs unsere Waffen braucht? Wir setzen unser Vertrauen auf Gott und nicht auf Waffen. In der Arbeit für das Kommen seines Reichs bleiben wir den Geboten treu, die Jesus uns gegeben hat! Es gibt nur diesen Weg.

8. Bei seiner Verhaftung sagte Jesus zu Petrus: «Stecke dein Schwert in deine Scheide!» Wenn es je einmal eine gerechte Sache zu verteidigen galt, so war das Jesu Leben, das Leben von Gottes Sohn! Und dennoch wollte er nicht mit dem Schwerte verteidigt sein. Sind nicht im Vergleich zu den von Jesus verfochtenen Werten diejenigen Werte, deren Verteidigung man heute von den Menschen verlangt, voller Ungerechtigkeit und Unsauberkeit? Denken wir an das Vorstoßen über den 38. Breitengrad in Korea, an den Krieg in Indochina, an die Remilitarisierung Deutschlands und Japans, an die Zusammenarbeit mit Franco! Wenn zur Verteidigung Christi nicht einmal Gewalt erlaubt war, um wieviel weniger heute, wo Recht und Unrecht, Wahrheit und Lüge sich aufs engste vermischen!

9. «Willst du den Frieden, so rüste zum Kriege!» Wie viele Kriege hat dieser Spruch in der Weltgeschichte schon verschuldet! Und heute rüsten wieder beide Seiten mit dieser Maxime auf. Die Geschichte zeigt,

daß es kein unsichereres Gleichgewicht gibt, als das zwischen zwei mächtigen Militärblöcken, und daß die im Hinblick auf die Friedenswahrung aufgestellten Armeen nie zögern, dem Krieg zu dienen. Der Friede, für den uns Gott kämpfen heißt, ist nicht der bewaffnete Friede und stützt sich nicht auf Gewalt, Haß und Angst. Gottes Friede ist Gewaltlosigkeit, Liebe und gegenseitiges Verständnis. Nur die friedliche Gesinnung kann den Frieden sichern.

10. Ob es in der Welt besser oder schlimmer aussieht, ist die Folge jener Kräfte, die jeder einzelne im einen oder anderen Sinn einsetzt. Wenn in allen Ländern die Menschen ihre Mitwirkung am Kriege verweigerten, würde logischerweise der Friede regieren. Und ebenso stimmt das Gegenteil: der Krieg wird desto grausamer und zerstörender, je mehr Kräfte wir den Armeen zur Verfügung stellen. Der Krieg ist das Gericht, das wir durch unsern Ungehorsam auf unsere Häupter herabbeschwören. Gott will für uns den Frieden; er lehrt uns auch die Wege, die zu ihm hinführen. Sein Reich wird kommen, wenn wir gelernt haben werden, ihm alle Kräfte zur Verfügung zu stellen. Wir können nicht gleichzeitig Gott und dem Kriege dienen. Da heißt es sich entscheiden!

11. Neben dem Mißtrauen und dem Hasse der Völker hat der Krieg auch ökonomische Gründe. In denjenigen Ländern, wo Profitgier die Geschäfte bestimmt, ist die Kaufkraft des Volkes nicht fähig, die ganze Produktion aufzukaufen. Das so gestörte Gleichgewicht zeugt ökonomische Krisen, die man durch Fabrikation von Kriegsmaterial überwinden will. In gewissen Ländern sähen wir an Stelle der heutigen Konjunktur eine Krise ohnegleichen, wenn die für den Frieden notwendige Abrüstung durchgeführt würde. Für andere Länder ist die Produktion von Kriegsmaterial eine immer unerträglichere Last. Auf der Suche nach Profit, Zinsen und Dividenden vergessen wir Christi Gebot, das uns sagt: «Sammelt euch keine Schätze auf Erden . . . , denn wo euer Schatz ist, da ist auch euer Herz . . . Keiner kann zwei Herren dienen . . . ; ihr könnt nicht Gott und dem Mammon dienen.» Sollen Friede und Reich Gottes kommen, so müssen wir auch die Grundlagen der Ökonomie verändern und die Profitgier durch den Dienstwillen ersetzen.

12. Schon 1656 hat die Gesellschaft der Freunde ihren Gliedern den Rat zugerufen: «*Haltet mit Treue euer Zeugnis gegen jeden Krieg aufrecht, denn der Krieg ist unvereinbar mit Geist und Lehre Jesu.*» Das will nicht heißen, daß die Quäker auf den Kampf für den Sieg des Rechts in der Welt verzichten, aber sie glauben, daß die Wahl der Mittel entscheidend sei. Schlechte Mittel im Dienste einer guten Sache verschieben das Ziel und hindern an seiner Erreichung. Daß die gewaltlose Methode des Kampfs für das Gute auch Erfolg hat, hat Ghandi uns bewiesen. Auch im Herzen der Gegner brennt ein Funke göttlichen Geistes. Wenn man sie liebt und ihnen ohne Waffen widersteht, kann man ihr Gewissen wecken. Wenn man nur einen geringen Teil der für Auf-

rüstung ausgegebenen Summen für eine selbstlose Hilfe im Lande des Gegners einsetzte und wenn man darauf verzichtete, ihn durch Gewalt einzuschüchtern, wären Friede und Sieg des Guten gewiß besser gesichert als durch alle die Rüstungen, die man heute aufstapelt. Der Glaube, der Krieg löse die Probleme, ist falsch; er macht sie im Gegenteil nur noch viel unlöslicher. Gott ist eine Macht in der Welt und in den Herzen der Menschen. Wenn wir unsere Taten mit seinem Willen in Einklang bringen, können wir das Gute am besten retten.

13. Die Zukunft liegt dunkel vor uns. Die Erde ist zwiegespalten, und beide Blöcke häufen jetzt schreckliche Zerstörungsmittel an. Der Krieg, auf den beide Seiten sich heute rüsten, wäre eine Katastrophe, die in der Geschichte ihresgleichen nicht hat; an Stelle unserer Kultur ließe er nur einen Scherbenhaufen übrig. Wir aber haben noch eine Gewißheit, ein Vertrauen: Gott der Schöpfer, der Gott des Lichtes und der Liebe, ist stärker als alle Kräfte des Bösen. Er ist die Quelle unserer Kraft. Er ist die Quelle unseres Lebens. Und sein Reich wird kommen. Aber dafür braucht er Menschen, die ihm dienen. Nur wenige hören heute seinen Ruf. «Die Ernte ist groß, aber wenige sind der Arbeiter. Darum bittet den Herrn der Ernte, daß er Arbeiter in die Ernte sende.»

14. Anstatt die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu schweren Gefängnisstrafen zu verurteilen, wie das in der Schweiz und in andern Ländern üblich ist, setzen wir, die Schweizer Quäker, uns dafür ein, daß man für sie einen Zivildienst an Stelle des Militärdienstes schafft. Ohne ihrem Gewissen untreu zu werden, könnten sie so der Gemeinschaft dienen und ihre Kräfte für aufbauende Arbeit einsetzen. Wir glauben auch, daß der Internationale Zivildienst, in seiner heutigen Form, zwischen Menschen verschiedener Länder einen Geist des Verständnisses, der gegenseitigen Hilfe und des Friedens schaffen kann, der eines Tages die Kriege unmöglich machen wird.

Heimat im Kampf mit Naturgewalten*

Die Verheerungen durch Hochwasser und Lawinen haben in den letzten Jahren wieder bedrohliche Formen angenommen. Es mag darum angezeigt sein, an einem Einzelbeispiel zu illustrieren, welchen Kampf unsere Bergler jahraus, jahrein gegen übermächtige Naturgewalten zu führen haben.

Das kleine *Turbachtal*, um das es sich hier handelt, liegt im Flußgebiet der Saane im westlichen Berner Oberland. Das dortige Völklein

* Wir bringen diesen Beitrag als Hinweis auf allgemein schweizerische Probleme, denen wir in diesem Jahr unsere besondere Aufmerksamkeit schenken wollen. (Das Redaktionskollegium.)

müht sich seit einem halben Jahrtausend um einen sichern Zugang zur Gemeinde, der es angehört, um eine feste Verbindung mit der Umwelt der nähern und weitern Nachbarschaft. Wie schwierig diese Aufgabe sich von Anfang an gestaltete, zeigt folgende Schilderung eines Chronisten vom Jahr 1765:

«Der Zugang ist fast inpracticabel. Man muß fast bei einer Stunde lang durch eine erschreckliche Wüsteney stets bergan reisen, nebst dem forchterlichen Gewässer, so das Tal durchströmt und sich mit schröcklichem Gebrühl ergeust. Endlich kommt man in dieses schöne Tal, welches an Fruchtbarkeit und Vortrefflichkeit des Futters allen andern den Vorzug streitig macht.»

Die Besiedelung war darum nur für eine festgefügte Gemeinschaft «praktikabel». Durch Gemeinschaftsarbeit wurde der Wald gerodet, wurden Häuser mit Scheunen erbaut. Wald und Weide, Wies- und Ackerland blieben jahrhundertelang Gemeinbesitz. So war es möglich, «allen Gewalten zum Trutz sich zu erhalten», als Selbstversorger in gemeinsamer Selbsthilfe. Mit Ausnahme des Obstbaues wurden hier auf 1200 bis 1500 Meter Höhe über Meer alle Zweige der Landwirtschaft gepflegt, und in bezug auf Handel und Markt war die Siedlung wohl unabhängig.

Und doch suchten die Siedler den Zusammenhang mit der Landschaft Saanen. Vom Dorf herauf holten die Siedler bei schweren Unfällen den Wundarzt, zur Kapelle und Kirche da unten gingen sie zur Messe, später zum evangelischen Gottesdienst, und auf dem fernen Friedhof bestatteten sie ihre Toten. So versuchte denn das Völklein, die «erschreckliche» Schlucht zu überwinden. Dem Gewaltigen des Tales, dem Bach, gingen sie tunlichst aus dem Wege. Aber niemand nahm die Last einer Wegverlegung gern auf sich; Schiedssprüche des Landgrafen von Greyerz, später des Landvogts von Bern, mußten Streit schlichten und «Recht» sprechen. Das letzte Ergebnis dieser höchstinstanzlichen Urteile, die öfter der Linie des geringsten Widerstandes folgten, war von einschneidender Bedeutung. Es ging der ganzen Entwicklung des 16. bis 18. Jahrhunderts parallel. Der Gemeinbesitz löste sich auf in Privateigentum, der Begüterte sicherte sich den besten Boden auf sonniger Terrasse, und den Wenigbemittelten blieben das Auland und der Auwald im Schachen. Diese Schachenleute mußten ihre Gütlein und Äckerlein aus eigener Kraft gegen das «forchterliche Gewässer» verteidigen; oft genug sahen sie ihre Dämme bersten und den mühsam bebauten Boden in der braunen Hochflut sich auflösen oder mit meterhohem Steinschutt sich zudecken. Dazu und obenauf hatten sie als «Anstößer» die auf sie abgewälzten Gemeinlasten zu tragen: Den Weg durch die Schlucht zu unterhalten und abzudämmen. Jeremias Gotthelf hat mit bewegten Worten das Los der Schachenleute im Emmental geschildert. Das Los der Bachanwohner im Oberland war noch schwerer.

Doch früher als anderswo setzte hier die Gegenbewegung ein, die

Entfaltung einer immer umfassender werdenden Solidarität. Zunächst auf freiwilligem Boden. Nie sahen sich die «Anstößer» völlig im Stich gelassen. Das Rechtsempfinden wachte immer wieder darüber, daß die Vorrechte nicht zu üppig ins Kraut schossen. Auch am Miniaturbeispiel des Turbachtales wird klar, daß *Geschichte* vor allem *ein Ringen um gleiches Recht und um gerechte Verteilung der Pflichten* ist.

Jeden Frühling, jeden Herbst wurden die Talleute zusammengerufen zum «gmeine Wärch» oder «Gmeinwärch». Der Weg wurde geräumt, ausgebessert, durch Schwellen notdürftig gesichert. Trat ein Unwetter ein, so fanden sich Burschen und Mannen ein zum «Notwärch». Aus diesen Ansätzen heraus bildete sich mit der Zeit eine Weggenossenschaft, die den Pflichtanteil jedes Genossenschafters festsetzte. Später stand eine Schwellengenossenschaft den bedrängten Bachanwohnern bei. Von den ältesten Gemeinschaftsformen erhielten sich die Alpweidegenossenschaften am längsten. Als neueste Organisation trat vor dreißig Jahren die Konsumgenossenschaft dazu, die sich zugleich als wirtschaftliche Genossenschaft benannte und betätigte und der fast alle Familien des Tales sich anschlossen. Im Zuge der Verbreiterung der lastentragenden Schultern wurde die Beitragspflicht an Weg- und Schwellenbau ausgedehnt bis ringsum an die Wasserscheide.

Die eigentliche gesetzliche Grundlage für die Entlastung der Bachanwohner schuf erst das bernische Gesetz vom Jahre 1857. Es war die Frucht der Arbeitsgemeinschaft von «Radikalen» und Konservativen im Kanton Bern, die sich nach schärfster Parteifehde zur Bildung einer Koalitionsregierung zusammenfanden. Der Motor dieser Regierung war der spätere Bundesrat Stämpfli. Das Wasserbaugesetz sicherte den bedrängten Bergbewohnern endlich die Hilfe des Staates, des ganzen Kantons Bern, zu. Den Schlußstein dieser Entwicklung setzte das Bundesgesetz über die Wasserbauaufsicht im Gebirge vom Jahr 1877, das die Beteiligung der Eidgenossenschaft festsetzte.

Über drei Jahrhunderte hatte es gebraucht, bis diese umfassende Solidarität gesetzlich verankert war. Es verflossen noch drei Jahrzehnte, bis sich diese Gesetze bei uns auswirkten. Es bedurfte des Anstoßes durch neue gewaltige Hochwasserverheerungen, um die Hilfe des Kantons und der Eidgenossenschaft in Funktion treten zu lassen. Die Ingenieure des Staates stellten einen umfassenden Verbauungsplan auf: Uferdämme am Talbach, Treppenbau an den Seitengräben. Wohl blieb den Talleuten über alle Beiträge des Staates und des Bundes hinaus eine hohe Kostensumme zu entrichten. Dafür schienen sich die Sicherungsbauten zu bewähren. Ein Vierteljahrhundert hielten sie stand, und so faßten die Turbacher in frohem Vertrauen und niegekanntem Sicherheitsgefühl den Beschluß, auf die starken Steindämme ihr erstes Fahrsträßchen zu legen. Die Landwirtschaftsdirektion des Kantons genehmigte die Pläne. Da brach der erste Weltkrieg aus, und erst nach dessen Beendigung

konnte zur Ausführung geschritten werden, nach erheblichem Hinaufsetzen des Kostenvoranschlags.

Der Bewohner des verkehrsreichen Mittellandes kann sich kaum vorstellen, wie viele Lasten so ein Bergsträßchen den Bergleuten abnimmt. Es ist nicht zufällig, daß so viele dieser Bergler sich vom Arzt mußten sagen lassen, ihr Herz sei überfordert, überanstrengt. Die sichere Fahrgelegenheit bedeutete nicht nur eine Entlastung der alten krummen wie der jungen ungefestigten Rücken, sondern – im direkten und im übertragenen Sinne – eine Entlastung der Herzen.

Da gleichzeitig die Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft und bald auch eine Postablage ihre Tätigkeit aufnahmen, ging ein wirtschaftliches Aufatmen durch das Tal. In wenigen Jahrzehnten erweiterte sich der Wohlstand einzelner zum allgemeinen bescheidenen Wohlergehen, das dank angeborener und weitergepflegter Genügsamkeit auch die Krise der dreißiger Jahre durchhielt. Nicht unwesentlich war der Umstand, daß eine alkoholfreie Gemeindestube der Konsumgenossenschaft eingegliedert wurde, die selber von Anfang an auf die Vermittlung jeglicher Alkoholika verzichtet hatte. Diese kleine Gemeindestube blieb bis heute die einzige Gastwirtschaft des Tales.

«Doch mit des Geschickes Mächten» – Ist es eigentlich wahr, daß die «Elemente das Gebild der Menschenhand hassen»? Nein: An ihnen soll sich Menschenwerk jeder Art bewähren. Wer nichts wagt, lernt nichts. Wer da wagt, gewinnt an den Naturkräften unbestechliche Lehrmeister. Eine Serie von Hochwasserangriffen – vier in zwei Jahrzehnten – stellte Schwellen- und Straßenbau auf die Probe und enthüllte schonungslos alle technischen Mängel.

Geradezu furchtbar aber war die Katastrophe, die am 20. Juli 1948 über das kleine Tal hereinbrach. Alle Naturgewalten schienen sich verbündet zu haben, um das Unheil voll werden zu lassen: Lawinengänge, die im obersten Teile des Tales den Waldwuchs längst verunmöglichten, ein wildes Windtreiben, das am Unglückstage um das freistehende Gifermassiv die verheerenden Hagelwolken häufte und ein vernichtendes Hagelwetter auslöste, Wolkenbruchregen, Erdschlipfe und Steinbrüche im bröckligen Schiefergestein und schließlich die Allgewalt des gestauten und losbrechenden Talbaches. Da wuchs und schwoll die braune Schlammflut unheimlich an, zerriß Drahtseile wie Bindfäden, trug schwere Holzstämme wie Streichhölzer davon, legte betonierte «Schildkröten» vom Gewicht eines Eisenbahnwagens um wie Dachziegel, wälzte hausdachgroße Baumwurzelscheiben wie Käsebretter, schlug die Druckleitungsrohre wie Speichen eines Rades dahin, ließ die Talsäge mit einem einzigen Krach zusammensacken und riß den halben Unterbau des Konsumgebäudes weg als sei es ein Kartenhaus. Mehr als eine Stunde weit zitterte die Erde vom Rollen der ofengroßen Steine wie im Erdbeben, und alle Brücken und Stege zwischen den beiden Talseiten wurden ein Spiel der Sturzwellen.

Die durch die Talmannschaft verstärkten tapfern Feuerwehren der Nachbarorte konnten einige Gebäude sichern, mußten aber im übrigen dem Verderben seinen Lauf lassen. Wie gelähmt starrten die Turbacher am folgenden Morgen auf das Vernichtungswerk. 50 bis 60 Prozent der Wasserbauten, über 40 Prozent der Straße waren zerstört. In allen Augen stand die bange Frage, die doch nicht über die Lippen wollte: Müssen wir aufgeben?

Nein, sie gaben nicht auf, diese Bergler; sie hielten's mit Simon Gfeller: «So lang mier üs no rüehre chöi, gä mier nit verspielt's.» Hatten sich die Elemente zum Zerstörungswerk zusammengetan – nun: «Sie lehrten uns, was wir tun sollten.» Das war wohl allen klar: Das Sträßlein mußte vom Bach weg auf die sichere Terrasse der Sonnseite verlegt werden, ebenso das unterspülte Genossenschaftshaus. Kam dadurch nicht die linke Talseite zu Schaden, das heißt in schweren Nachteil? Mußte nicht die Umstellung uralten Gewohnheitsrechtes, die Neuordnung festgesessener Interessen zu endlosen Zwistigkeiten führen? Diese Befürchtung war nicht unbegründet, erfüllte sich aber glücklicherweise nicht. Kleinere Streitfälle konnten in kurzer Zeit beigelegt werden. Der linken Talseite wurde eine neue Zufahrt zugesichert, und nun standen die Bewohner beider Talhänge an der entscheidenden Genossenschaftversammlung einmütig für einander ein. Ebenso einhellig stellte sich die Gemeindeversammlung in Saanen hinter die Leute des kleinen Gemeindeteils, beschloß der bernische Große Rat seinen Beistand. Die zuständigen Behörden des Bundes schlossen sich an. Über Erwarten schnell gelang die Einigung aller Instanzen mit den Nächstbeteiligten in der schwierigen Frage der technischen Anlage. Aller Instanzen: Außer Genossenschaft und Gemeinde waren die zuständigen Ämter dreier kantonaler Direktionen und zweier eidgenössischer Departemente im Spiel, zehn Instanzen im ganzen. Dennoch entstand kein «eidgenössisches Gstürm», wie befürchtet, sondern eine solide Arbeitsgemeinschaft. So ist zu hoffen, daß das ganze Meliorationswerk zum guten Ende geführt werden kann. Die Opferbereitschaft der Talleute, der noch vor dem Neubau die Tilgung der von frühern Überschwemmungen herrührenden Schulden zugemutet werden mußte, hat auch das erhoffte Echo bei den Behörden gefunden.

Nicht minder erhebend war und ist der freiwillige Beistand. Von einer öffentlichen Sammlung wurde Abstand genommen. Dafür stifteten viele Konsumgenossenschaften einen freien Baubeitrag an die schwergeprüfte Talgenossenschaft. Es waren manche aus andern Bergkantonen dabei, die selber den Kampf gegen Naturgewalten kennengelernt hatten. Eine Kirchgemeinde der Stadt Zürich stiftete den Betrag für die Neuerstellung einer kleinen Brücke. Der VSK lieh für die Übergangszeit eine Wohnbaracke. Die Freunde des Internationalen Zivildienstes eilten auf den Platz. Diese Befürworter einer Ablösung des hergebrachten Wehrdienstes durch einen Werkdienst, eine Katastrophenwehr,

diese hilfsbereiten Freunde mit dem PAX-Zeichen, schlossen bald Freundschaft mit den Talleuten. Arbeiter und Arbeiterinnen aus fast allen Erdteilen reichten sich im edlen Hilfswerk die Hand und ließen die «Amitié» zurück in Schule und Haus. Heimatwochegäste und Freunde schweizerischer Volksbildungsheime stifteten wertvolle Bücher für die neue Gemeindestube. Wieviel leichter sind Opfer zu ertragen, wenn sich den Geprüften hilfreiche Hände entgegenstrecken!

Das Ringen mit den Naturgewalten ist nicht nur Los unserer Bergler. Es gehört zur Bestimmung des Menschen. Und fürwahr: Berg und Bach, Feuer und Wasser sind große, sind gewaltige Gegner. Wehe dem, der sie unterschätzt! Aber das Ringen mit ihnen ist ein ehrlicher, ist ein gesegneter Kampf. Auf dem Schlachtkampf der Waffen liegt der Fluch der Kainstat, liegt Christi Mahnung: «Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen.» Aber dem Mutigen, der in Leid und Not mit den Naturgewalten ringt, dem hilft Gott.

In solchem Ringen erlangen Menschen schließlich eine kostbare Erfahrung. Wo die Menschen gelernt haben, sich zu verbünden, um auf dieser Erde das Paradies neu zu gestalten, das einst verloren ging, da geht ihnen die entscheidende Erkenntnis auf, daß die Naturkräfte nicht unsere Feinde sind, sondern unsere stärksten Bundesgenossen: *Menschenkräfte und Naturgewalten sind Werkzeuge in Gottes Hand. Mit Menschen- und mit Naturkräften will Gott sein Reich bauen — das Reich Gottes.*

Ernst Frautschi

Amerika am Kreuzwege*

«Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch solches alles zufallen.»

In letzter Zeit hat Amerika phantastische Fortschritte auf dem Wege zur Beherrschung der Naturkräfte gemacht. Doch haben sie dem amerikanischen Volk keineswegs ein Gefühl größerer Sicherheit gebracht. Im Gegenteil: die Wirklichkeit gewordene Atombombe lastet auf ihm wie ein Alpdruck.

Es ist eine überraschende, fast unglaubliche Situation, die sich uns darbietet. Der Amerikaner, der sich stets durch einen unerschütterlichen Optimismus, durch ein religiös begründetes Vertrauen in die Zukunft auszeichnete, läßt sich heute in eine Angst vor der Zukunft treiben. Dieses Land, das an den Fortschritt glaubte wie kein anderes, klammert sich heute wie verzweifelt an den Status quo.

* In folgendem geben wir in gekürzter Form und Übersetzung eine Predigt von Pierre van Paassen wieder, die er am 5. März 1947 in einer Unitarier-Kirche in Boston hielt. Sie dürfte noch heute nichts von ihrer Aktualität verloren haben.

Ewiger Wechsel ist das Gesetz der Natur. Die alten Griechen wußten dies, wenn sie sagten: «Nichts ist beständig denn der Wechsel.» Und wir wissen es, daß frühere Gesellschaftssysteme, wie der Hordenkommunismus, der Feudalismus und heute der Imperialismus zu sterben bestimmt waren. Wirtschaftssysteme, wie Sterne, Planeten, Erdformationen, menschliche Wesen bewegen sich von der Kindheit zur Jugend hin, zu Alter und Tod. Das ist das Gesetz des Universums. Das ist der Weg allen Fleisches.

Und wenn wir dies Gesetz und sein Wirken durch die Jahrtausende betrachten, so bietet es uns keineswegs einen düsteren Anblick. Bis heute ist seine Wirksamkeit durch ständigen Aufstieg zu größeren Höhen gekennzeichnet. Seine ungeheure schöpferische Kraft hat zur Entfaltung nicht ausschöpfbarer Schätze, zur Erschließung der der Weltwirklichkeit innewohnenden transzendenten Kräfte geführt.

So ist das Gesetz des Wechsels nicht etwas, das wir zu fürchten hätten. Nur wenn wir es als eine feindliche Kraft ansehen, oder es als nichtbestehend zu übergehen suchen in dem Wahn, wir hätten es nur totzuschweigen, um es aus der Welt zu schaffen, dann wird es uns gefährlich.

Die Erde bewegt sich, sagte einst Galilei. Tut sie das? fragten die Mönche der Inquisition. Und sie wurden von Furcht und Zittern erfaßt, daß sie ihre Vorstellung vom Himmel und damit ihr ganzes theologisches System und dazu ihre Landkarten umzuändern hätten. Deshalb warfen sie Galilei in den Kerker und zeigten ihm ihre Daumenschrauben und Zangen, mit denen das Fleisch von Ketzern und Juden zerquetscht und zerfetzt wurde. Und Galilei schüttelte zitternd sein Haupt. Nein, sie bewegt sich nicht, sagte er. Er war ein müder alter Mann. Die Mönche triumphierten. Doch die Erde bewegte sich trotzdem. «Eppur si muove», flüsterte Galilei. Und sie bewegt sich doch! Und sie bewegt sich noch heute! Und auch noch heute läßt sich der Wechsel nicht aufhalten. Dem göttlichen Gesetz kann nichts widerstehen.

Was wir heute in der Welt erleben, ist, daß ein Teil unserer Presse, des Radios, der Filmtheater es sich angelegen sein läßt, aus den Massen das Bewußtsein des Zusammenhang aller Dinge, der Wirkung mit der Ursache, des Zusammenhangs von Mensch und Geschehnis, des ununterbrochenen Fortlaufs der geschichtlichen Entwicklung auszulöschen. Dinge und Ereignisse, Menschen und Theorien, alles wird mit Blitzesschnelle, wahllos, verwirrend vor uns aufgerollt, nichts herausgehoben aus der Fülle, nichts als absoluter Wert gewürdigt. Jedes sittliche Problem wird automatisch entleert durch seine Einfügung in einen endlosen Aufzug von Banalitäten.

Seht, wie die fortschrittlichen Radiosprecher einer nach dem andern aus dem Aether verschwinden, wie aufgeschlossene Geister, die uns guten Rat gaben und Zutrauen in unsere Welt einflößten, durch giftige Reden eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht werden! Nur ja nicht an etwas Kritik üben! Das Volk könnte ja aufwachen und etwa

Nachfrage halten, ob es wieder von neuem der Bestie der Apokalypse, die erst ganz kürzlich sich am Blut der Heiligen berauschte, den Weg zu bereiten habe.

Seht, wie die Ideen des Faschismus unserm Volke Tag und Nacht eingeblasen werden, ohne daß dieses es merkt! Denn seine Seele wurde betäubt, damit sie die Bedeutung der Geschehnisse nicht erfassen könne. Hat nicht auch Hitler einst erklärt, daß Krieg unvermeidlich und daseinsnotwendig sei, wie dies heute in Amerika gesagt wird. Beschuldigte er nicht jeden vorausschauenden Geist als träumenden Schädling, gar als verdächtigen Bolschewisten? Verdammte er nicht jeden, der in Menschen anderer Länder seine Brüder sah, als Internationalen und Landesverräter?

Das gleiche wird uns heute hier eingetrichtert. Das Denken des Volkes wird vergiftet durch Angst vor dem Nahen des hoffnungsvollen «Zeitalters des Volkes», des Zeitalters des Weltfriedens und des größeren Wohlseins für alle, das Jesus voraussagte, und das wir heute verwirklichen könnten, wenn wir sein Wort beherzigten: «Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes!»

Was man «Utopien» nennt, das ist der Traum einer vernunftgemäßen Gesellschaftsordnung. Utopisten waren sie alle, Plato mit seiner «Politeia», Campanello und Morus mit ihrem «Zukunftsstaat», Jean-Jacques Rousseau mit seinem «Contrat social», Lafayette mit seiner Erklärung der Menschenrechte, Jefferson mit seiner Unabhängigkeitserklärung, Kropotkin mit seiner Lehre von der gegenseitigen Hilfe in der Natur, Emanuel Kant mit seinem Traum vom ewigen Frieden, Gandhi mit seiner Politik der Gewaltlosigkeit, die Propheten Israels und der größte von ihnen, Jesus von Galiläa, mit seiner Verkündigung des Gottesreiches für die Erde.

Der Begriff «Utopien» bedeutet nichts anderes als menschliches Zusammenleben wie es sein sollte und relativ zum Teil heute schon ist. Denn in dieser Welt *ist* Liebe, Gerechtigkeitsgefühl, ein Drang zu gegenseitiger Hilfe, verständige Einsicht und reines Wollen. Gedanken der Güte *leben* unter uns. Aber diese Gedanken werden nicht zu Ende gedacht, nicht praktisch ausgearbeitet und zum Fruchtbringen gebracht. Das reine Wollen wird nicht auf die heutigen Zustände angewandt. Die Einsicht ist flach und leicht verwirrbar.

Doch wahr ist es, daß zu keiner Zeit die Ziele des Schöpfergeistes so klar vor unsern Augen enthüllt lagen wie heute. Niemals war es so offenbar, daß der Geist der Ordnung, der Vernunft und Harmonie des Universums dem menschlichen Geschlecht wundervolle Möglichkeiten zu bieten hat. Er hat uns ermöglicht, Raum und Zeit zu überbrücken, Berge zu versetzen, über die Ozeane zu fliegen. Er hat die Welt zur Einheit gebracht und das Bewußtsein bestätigt, daß alle Menschen aus *einem* Fleisch und Blut gemacht sind. Und nun verlangt er, daß wir Menschen danach leben sollen, als Einheit, als Brüder in Gerechtigkeit

und Demut. Tretet ein in das Zeitalter, für dessen Förderung die Märtyrer und Heiligen aller Nationen starben! Laßt das ewige Theoretisieren darüber und das Ausweichen davor durch die Flucht in irgendeinen Mystizismus oder in ein Jenseits, da alle Tränen abgewischt werden sollen! Trachtet nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit! Wischt selber die Tränen ab, hier, auf dieser Erde! Haltet ein, wiederum den Massenmord und die Vorbereitung dazu heilig zu sprechen und neue Massen von Witwen und Waisen zu schaffen!

Die internationalen Kartelle und Trusts des Großverdienertums, die das Denken hierzulande nicht nur in der Politik, sondern auch auf theologischem, philosophischem und wissenschaftlichem Gebiet lenken, haben die Lehre des modernen Krieges noch nicht gelernt, die Möglichkeit von Freiheit durch Zusammenarbeit noch nicht erfaßt, noch nicht erkannt, daß die Entwicklung vom Einzelschaffen für das Einzelinteresse zum Gemeinschaftsschaffen für das Gemeininteresse drängt. Die Kartelle sind heute bestrebt, in toller Hast die Lehren der letzten Kriege auszulöschen und zum Status quo ante bellum, zum Zustand vor dem Kriege, zu jenem Zustand planloser Weltanarchie zurückzukehren, der die beiden Weltkriege verursachte. Ausgelöscht soll die Lehre werden, daß Gott, die höhere weltumfassende Vernunft, nationale und übernationale Gruppenarbeit vom heutigen Menschen verlangt mit dem Ziel einer Gemeinschaft aller Nationen. Die Uhr der Geschichte zurückzudrehen, in den Zustand zügelloser Konkurrenz und halsabschneiderischen Selbstdienstes zurückzufallen, bedeutet einen Schlag ins Gesicht des Geistes der Geschichte mit unvermeidbaren neuen Spannungen, Kriegen und Weltchaos.

Das internationale Großverdienertum ist jedoch nicht allein schuldig. Stets erhielt es volle Unterstützung vom organisierten Kirchenchristentum. Dieses hat sich je und je mit der alten Ordnung identifiziert, und heute fürchtet es eine neue Ordnung so sehr, wie einst die Feudalherren in ihren Burgen die Donnerbüchsen und Musketen des erwachenden Bürgertums fürchteten.

Heute ist es so, daß die Diener der römischen Kirche die Schrittmacher eines «Heiligen Krieges» gegen Rußland sind und kräftig mithelfen, das amerikanische Volk in wahnsinnige Angst vor den «atheistischen, rot-faschistischen, verbrecherischen Schreckensmännern des Kremls» zu treiben. Jeder, der für eine planmäßige Weltwirtschaft, für Überwindung des Nationalegoismus eintritt, wird von ihnen als «Kommunist» verschrien. Es ist unendlich traurig, daß eine Kirche, die sich nach Jesus benennt, nach Jesus und seinem Friedensevangelium, heute nach Krieg schreit.

Die protestantische Kirche befolgt eine andere Methode des Ausweichens vor der neuen Ordnung. Die sogenannte «Neu-Orthodoxie» predigt den religiösen Pessimismus, die Unfähigkeit des Menschen, von

sich aus etwas dazuzutun, um sich von seiner Sünden Last zu befreien, den Trug des Glaubens an den Fortschritt. Dr. Reinhold Niebuhr ist ihr prominenter amerikanischer Vertreter. In einem neuen Buch lehrt er, daß die heutige Generation schicksalsmäßig zwischen zwei Zeitalter gesetzt ist, von denen «das eine tot ist und das andere zu kraftlos, um geboren werden zu können.» Er gibt zu, daß das Zeitalter der absoluten nationalen Souveränität und des freien Unternehmertums der Vergangenheit angehört. Aber dem neuen Zeitalter, in welchem durch vernünftige Regelung der Wirtschaftsbeziehungen und der gegenseitigen Abhängigkeit aller Völker von einander größere Gerechtigkeit ohne Verzicht auf Freiheit erreicht werden sollen, spricht er die Gebärkraft ab. Er ergibt sich in das Schicksal, daß die Menschheit für Jahrzehnte, ja, vielleicht für Jahrhunderte zu einem Leben des Elends und Jammers verurteilt ist.

Die Herren Theologen der «Neo-Orthodoxie» übersehen in einer ihren Dogmen günstigen Weise den Ruf Gottes an den Menschen, sich selbst durch Befolgung Seiner Gebote zu helfen. Sie stellen den Menschen unter den Fluch der Erbsünde und erklären ihn für unfähig, aus sich Gutes zu tun. Der Mensch ist für sie nicht die Krone der Schöpfung, geschaffen nach dem Ebenbilde des Schöpfers, von Ihm zu Seinem Mitarbeiter erkoren. Er ist ein elender Sündenwurm, der um Gnade fleht und nur durch das Blut des Erlösers, der die Sünde der Welt auf sich nahm, gerettet werden kann.

In einer Zeit wie der unseren, da die Menschen sichtbar vor die schwersten Entscheidungen gestellt sind, bedeutet eine solche Lehre eine willkürliche Verdrehung der geschichtlichen Wirklichkeit zum Nutzen der Verteidiger der alten Ordnung, die ihre Befürchtungen vor dem Wechsel und ihre wirklichen Meinungen unter einem theologischen Mäntelchen verdecken.

Dr. Niebuhrs Feststellungen sind absolut falsch. Eine neue Ordnung ist im Entstehen. In unserer Welt sind ein Wille und eine Kraft, zu gebären. «Und sie bewegt sich doch!» sagte Galilei. Und sie, die neue Ordnung, kommt, auch wenn, wie Luther sagte, «zehntausend Teufel in Worms wären», um sie zu erdrücken. Gottes Wahrheit marschiert!

Doch dabei ereignet sich heute etwas in unserer Welt auf internationaler Basis, das dem gleicht, was einst in einem Hitlerschen Konzentrationslager geschah. Dort war eine Nazi-Frau, die Kommandantin der Frauenabteilung, ein grausig entmenschtes Wesen, die ein besonderes Ergötzen daran fand, sich in der Gebärabteilung des Lagerlazarettes aufzuhalten, wenn schwangere Insassinnen die ersten Wehen bekamen. Sie befahl dann, daß man ihre Körper von den Füßen bis zu den Hüften mit Lederbändern fest umschnürte, so daß sie die Kinder nicht zur Welt bringen konnten, sondern mit ihnen in unfaßbar grauenhafter Weise sterben mußten.

Das Gleiche geht heute im großen in unserer Welt vor. Die Nutznießer und Verteidiger der alten Ordnung versuchen, die Geburt der neuen Ordnung durch blutige Aborte zu verhindern. Sie versuchen heute, die demokratischen Revolutionen in Europa und in den Kolonialgebieten zu ersticken. Jenes Europa, da die neue Ordnung ans Licht kommen will und muß, weil die alte von tödlicher Lähmung befallen ist, es ist heute so unmenschlich umschnürt wie die Glieder der Schwangeren in Hitlers Lager.

Trotz allem, der Wille und die Kraft zum Gebären sind vorhanden, denn die soziale Umwälzung und die damit verbundene Freiheitbewegung drängt in allen Völkern, in den großen Massen Asiens und Afrikas auf ein neues Leben hin.

Das sage ich euch: «Wenn die Kirche Christi nicht heute in dieser Schicksalsstunde es wagt, ihrem Meister zu folgen, einerlei, wie groß die Kosten an Mühen, Schweiß, Blut und Tränen seien, ja, selbst auf die Gefahr neuer Verfolgungen, neuer Katakomben, des Kreuzes, wenn sie nicht ihr Äußerstes für das Reich der Gerechtigkeit gegen die alte Ordnung ewiger Kriege und Welt-Massenelends tut, dann werden andere es tun. Und mögen diese andern auch noch so sehr als Antichristen, Atheisten, gar als Santansbrut verschrien werden, so werden doch sie es sein, die die Militia Christi aufrichten werden, nämlich jene Kräfte, die durch Gerechtigkeit, Liebe und Hingabe das Werk weiterführen, das Jesus durch seinen Tod auf Golgatha begann.

Jesus sagte, er sei nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert. Dieses Schwert stieß er uns ins Herz, und es hat eine tiefe, schmerzende Wunde geschlagen. Es gibt Leute, die uns schmerzstillenden Balsam anbieten, uns Wege weisen, den unabweisbaren Forderungen des Evangeliums zu entfliehen. Mit theologischen Betäubungsmitteln möchten sie unser aufgewühltes soziales Gewissen einschläfern.

Wir wollen das nicht. Wir wollen uns unseres Schmerzes, unserer Unruhe, unserer Pflichten als Kinder Gottes bewußt bleiben. Wir wollen unsere Schwächen und Sünden überwältigen, unsere Eigenliebe aus unsern Eingeweiden reißen, indem wir als freie, verantwortliche Geschäfte den Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft an den Kragen gehen.

Der wahrhaft gläubige Mensch hat heute einen festen Entschluß, den Entschluß, ernst zu machen mit der Nachfolge Christi, indem er für das Recht der Mühseligen und Beladenen der Welt kämpft. Er wird in diesem Kampf nicht ermatten, denn vor seinen Augen glüht eine erhabene Zukunftsvision, und in seinem Herzen lebt eine große Liebe.

Pierre van Paassen

Wie lange noch? Die Hoffnung, daß in *Korea* auf Jahresende der Waffenstillstand unterzeichnet werden könne, hat getrogen. Beide Parteien, vorab die Nordkoreaner und Chinesen, haben zwar neue Zugeständnisse gemacht, aber sie reichten nicht aus, um die Gegenseite zufriedenzustellen. Den Stein des Anstoßes scheint gegenwärtig besonders die Frage des Gefangenenaustausches zu bilden, dies auch darum, weil die Amerikaner ihre Gegner beschuldigten, sie hätten den größten Teil der von den UNO-Truppen als «vermißt» gemeldeten Soldaten irgendwie verschwinden lassen. Was daran wahr ist, wird schwer festzustellen sein; der «New Statesman» (22. Dezember 1951) macht immerhin darauf aufmerksam, daß normalerweise nur der dritte Teil der «Vermißten» in Gefangenschaft gerät. Man kann sich aber nicht gut vorstellen, daß die Waffenstillstandsverhandlungen überhaupt im Sand verlaufen werden; wenn auch beide Teile Gründe haben, den Krieg bis zu einer klaren militärischen Entscheidung weiterzuführen, so sprechen doch noch stärkere Gründe dafür, den Kampf jetzt abzubrechen und ungefähr den Zustand wiederherzustellen, wie er vor dem 25. Juni 1950 herrschte. Das wäre für die eine wie die andere Seite unbefriedigend, aber gleichzeitig auch eine eindrückliche Lehre: *der Krieg hätte sich nicht gelohnt*. Diese Lektion haben die Nordkoreaner (und alle Kommunisten) nötig; auch Revolutionskriege sind heute nicht mehr zu rechtfertigen. Es haben sie aber namentlich die Amerikaner nötig, die mit ihrem gegenrevolutionären Interventionskrieg die Hauptverantwortung dafür tragen, daß Korea das geworden ist, was es jetzt ist: das am grausamsten verwüstete und ausgeblutete Land der Erde.

Was hatten denn die Amerikaner in Korea zu suchen? Was ging das *sie* an, wenn die Nordkoreaner, mit guten Gründen überzeugt, daß die Südkoreaner — vielleicht mit amerikanischer Hilfe — über kurz oder lang ja doch angreifen würden, den Spieß umkehrten und die Einheit des Volkes im Rahmen des kommunistischen Regimes herstellen wollten? So unsympathisch das den Amerikanern auch sein mochte: sie hatten kein Recht, nun auch in Korea die Rolle des bewaffneten Gegenrevolutionärs zu spielen, so wie sie das — mit ausgesprochenem Mißerfolg — schon in China getan und wie das die Westmächte gegenüber dem revolutionären Rußland nach 1917 versucht hatten. Man kennt die entsetzliche Lage, in welche die gegenrevolutionären Interventionskriege damals das russische Volk gestürzt haben; Korea ist durch den von ein paar wenigen Männern in Washington beschlossenen und ins Werk gesetzten «Befreiungskrieg» in eine womöglich noch ärgere Hölle verwandelt worden. Mit nur allzu berechtigter Entrüstung ruft Charles Favrel, der als Korrespondent des bürgerlich-konservativen «Monde» in Korea

geweilt hat, im «Esprit» (November 1951) den Amerikanern zu: «Sie sind nicht mehr menschlich, meine Herren Amerikaner, . . . weil Sie diesen Koreakrieg mit einer Wildheit, einer Schärfe, einer kalten Unempfindlichkeit geführt haben, die die Welt empört und bestürzt hat.» Und Favrel führt an, was er schon früher im «Monde» geschrieben hat:

«Der Beweis ist erbracht, daß das Eingreifen der Vereinigten Staaten (in Korea) mit einer Katastrophe abschließt, die das Land ausgeblutet, entvölkert, ausgehungert, terrorisiert, vernichtet, ruiniert zurückläßt... Die Städte und Dörfer sind zu Staub gemacht, ihre obdachlosen Bevölkerungen unter sich begrabend ... Auf 200 Kilometern Front steht Korea in Flammen, Dorf um Dorf, Haus um Haus. Der Befehl ist in aller Form erteilt worden. Er ist durch militärische Notwendigkeiten eingegeben, er stützt sich auf eine Technik, die von den Horden Attilas eingeführt und seither von den Preußen und Russen vervollkommnet worden ist, eine Kriegführung, die sich die Politik der verbrannten Erde nennt. Kein Frieden wird jemals den Blick jener im Todeskampf daliegenden gemarterten Menschen auslöschen, die sich in den Schnee betten, um wortlos zu sterben. Denn dieser Blick ist in seiner pathetischen Größe der gleiche, den das Opfertier auf seinen Henker wirft.»

Verhüte Gott, daß die Schlächterei nun aufs neue angehe! In Korea *muß* nun einmal dem Morden ein Ende gesetzt werden – auch wenn es den Amerikanern schwer fällt, ein Land zu verlassen, in das sie nie hätten eindringen sollen. Sonst ist die Gefahr groß, daß sich an dem ostasiatischen Feuer ein ganzer Weltbrand entzündet.

Amerikas Kriegswirtschaft Natürlich ist man in den Vereinigten Staaten aufs eifrigste bemüht, das Eingreifen in Korea mit allem, was daraus gefolgt ist, wie die ganze aktivistische Weltpolitik Amerikas, von der sein Auftreten in Ostasien ja nur ein einzelnes Stück ist, nach Möglichkeit zu idealisieren. Und in Europa unterstützt man dieses Bemühen immer noch weithin[1]. Allein man muß eben durch den Schlagwort- und Propagandanebel, der planmäßig um die amerikanische Politik herum verbreitet wird, in beharrlicher Anstrengung hindurchstoßen, wenn man zu klarer Sicht auf die wirkliche Sachlage kommen will. Die politischen Geschicke der Vereinigten Staaten werden wirklich nicht von freiheitsbegeisterten, menschenfreundlichen, ja gottesgläubigen Männern und Frauen gelenkt, sondern von den hartgesottenen Interessenten einer Mammonswirtschaft, die ihre eigenen, grausamen Gesetze hat und ihre Diener – oft vielleicht wider ihren Willen – zu immer unmenschlicheren Folgerungen treibt. Der amerikanische Kapitalismus entfaltet ja die ihm – wie dem Kapitalismus ganz allgemein — eingepflanzten Widersprüche immer offenkundiger. Es ist vor allem der Widerspruch zwischen einer rasch wachsenden *Produktionskraft* und der bei weitem nicht damit

[1] Der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» sucht neuerdings (in Nr. 2937) das Losschlagen der Nordkoreaner als «Griff nach *Japan*» hinzustellen, der natürlich habe abgewiesen werden müssen. Die Welt *will* eben betrogen sein!

Schritt haltenden *Kaufkraft der Verbrauchermassen*, der eine immer tragischer werdende Lage schafft. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten erzeugt heute mindestens doppelt soviel Güter wie noch vor zehn Jahren, während das Realeinkommen der amerikanischen Bevölkerung in der gleichen Zeit höchstens um 60 Prozent gestiegen ist. Die schon vor einem Jahrzehnt vorhandene Kluft zwischen Gütererzeugung und inländischem Güterverbrauch hat sich somit noch erheblich erweitert, so daß man heute annimmt, die Bevölkerung der USA müsse alljährlich um 80 Milliarden Dollar mehr konsumieren, wenn ohne andere Auswege die ganze Produktion im Inland abgesetzt werden solle.

Ohne solche «andere Auswege» muß es immer wieder zu Wirtschaftskrisen kommen, und zwar zu Krisen, die immer umfangreicher, schwerer und langwieriger werden. Der letzten großen Krise, in den dreißiger Jahren, suchte Roosevelts New Deal durch gewaltige öffentliche Arbeiten und eine gewisse Neuverteilung des Volkseinkommens (auf dem Wege über Lohnerhöhungen, schärfere Besteuerung usw.) zu begegnen. Solche Reformpolitik wirkt in ihrer Art gewiß heilsam – aber sie hat ihre Grenzen. Das ganze Gefüge der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren Eigentumsverhältnissen und inneren Triebkräften verhindert, daß sie das Ziel erreicht, Gütererzeugung und Verbrauch miteinander in Einklang zu bringen. So muß denn ein anderer Ausweg gesucht werden, und er hat sich dem «freien Unternehmertum» von jeher in der Erschließung von Absatzmärkten und Kapitalanlagegebieten im Ausland geboten. Amerika hat diesen Weg – den Weg des Imperialismus – um so hemmungsloser beschritten, als es überzeugt war und ist, daß die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaftsform über die ganze Erde allen Völkern Wohlstand und Glück, Frieden und Freiheit bringen werde, und daß auch die politische Beherrschung der von amerikanischem Kapital und amerikanischer Tüchtigkeit durchdrungenen Völker diesen nur zum Segen gereichen könne. Ein eigentlicher imperialistischer Messianismus!

Zwei Umstände haben indessen die friedliche Erfüllung dieses Traums vom «amerikanischen Jahrhundert» bisher vereitelt. Einmal das Auftreten erklärt antikapitalistischer, sozialrevolutionärer Mächte, ja Weltreiche (Sowjetunion, osteuropäische Mittelstaaten, Volksrepublik China), die ohne Gewaltanwendung oder mindestens Gewaltdrohung nicht wieder zum Verschwinden zu bringen sind. Und sodann die Entdeckung, daß die bequemste und einträglichste Art, die heimische Überschußproduktion loszuwerden, darin besteht, sie — nach deutschem und japanischem Muster – in Form von *Militärlieferungen* dem Staat anzuhängen. Dieser Ausweg war schon Ende der dreißiger Jahre so etwas wie die Rettung des amerikanischen Kapitalismus geworden, der trotz New Deal bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges die große Krise niemals ganz überwunden hatte. Er wurde erst recht mit Ungestüm gesucht, als nach der Deckung des vorläufigen Nachholbedarfes in den

Jahren hinter dem zweiten Weltkrieg die Wirtschaftskonjunktur neuerdings abzuflauen drohte[2]. In der Tat haben sich dank dem Korea-Krieg und der forcierten Aufrüstung gegen die «russische Gefahr» die Militärausgaben der Vereinigten Staaten in einem beinahe phantastischen Maß erhöht: von 20 Milliarden Dollar im ersten Halbjahr 1950 auf 60 Milliarden für das laufende Budgetjahr. Die Neuyorker «Monthly Review» (September 1951) sagt nicht zuviel, wenn sie feststellt:

«Für jegliche Stetigkeit und Blüte, die der amerikanische Kapitalismus fertigbringen mag, ist er jetzt völlig auf Kriegsproduktion angewiesen ... Man kann die Gefahren, die dieser Sachlage innewohnen, nicht nachdrücklich genug betonen. Sie flößt der herrschenden Klasse Amerikas eine tiefe Furcht vor dem Frieden ein, weil Frieden für sie Krise bedeutet, Krise aber eine tödliche Bedrohung ihrer Stellung, ihrer Vorrechte, ihrer Verfügungsgewalt über das amerikanische Volk bedeutet. Und wer den Frieden fürchtet, der gewinnt über kurz oder lang Liebe zum Krieg. Genau das geschieht jetzt mit der herrschenden Klasse Amerikas. Darum klammert sie sich an den sinnlosen Krieg in Korea, obschon er nach Maliks Ende-Feuer-Vorschlag innert ein paar Wochen hätte zum Stehen gebracht werden können. Darum hämmert jeder Sprecher der herrschenden Klasse, ob offiziell oder inoffiziell, beständig auf der Behauptung herum, daß jede Hoffnung auf Frieden Illusion sei, daß alle Vorstöße der Sowjetunion, um den Frieden zu sichern (in dem allein eine sozialistische Wirtschaft gedeihen kann), nur Gauklerkünste seien ... Für den Kapitalismus, der ein System von Widersprüchen ist, reift jetzt der umfassendste Widerspruch von allen in den Vereinigten Staaten heran: Der Tod ist das einzige Mittel, mit dem sich das System noch am Leben zu erhalten hoffen kann.»

Und das Ende? Vielen Amerikanern graut schon heute vor dem Ende, das die tolle Rüstungssteigerung nehmen *muß*, sofern sie noch eine Zeitlang weiterbetrieben wird. Andere – und zu ihnen gehört die Mehrzahl der Politiker und Wirtschaftsführer – sind überzeugt, daß die riesigen Rüstungsaufträge das Wundermittel sind, um die Erbkrankheit des Kapitalismus – die Verstopfung des wirtschaftlichen Blutkreislaufs durch unabsetzbare Gütermengen – zu bannen und der amerikanischen Wirtschaft eine mehr oder weniger schrankenlose Ausdehnung mit immer höher steigender Lebenshaltung des Volkes zu erlauben. Und bisher scheint es auch so, als könnten die Amerikaner tatsächlich fast in beliebiger Menge Kanonen *und* Butter haben. Im Jahr 1949 gab es zwar einen kleinen Produktionsrückgang; die Gesamterzeugung blieb um etwa zehn Prozent unter dem Höchststand der Kriegsjahre. Aber um die Mitte 1951 war dieser Höchststand bereits wieder überschritten, und seither geht es anscheinend unaufhaltsam weiter. Die industrielle Ausbeute wächst in einem Tempo, daß eine Verdoppelung des (sogenannten) Volkseinkommens alle fünfzehn Jahre möglich zu werden scheint.

Kein Wunder, daß auch die meisten *Arbeiter* von diesem System entzückt sind. Ob die amerikanischen Lohnverdiener heute im Verhält-

[2] Ein demnächst (hoffentlich) herauskommendes Buch von Dr. Natalie Moszkowska (Zürich): «Krise und Krieg», beleuchtet diese Zusammenhänge einläßlich. Einige Gedanken daraus sind in einem Artikel des «Zeitdienstes» (Nr. 1, 1952) verdichtet.

nis zu den Kapitalisten besser dran sind als sagen wir vor fünfzig Jahren, sei hier nicht untersucht; daß sich ihre Lebenshaltung in diesem Zeitraum *absolut* genommen ganz erheblich verbessert hat, daran ist kein Zweifel möglich. Der von der Forschungsstelle für Arbeiterfragen (Labor Research Association) errechnete Index der Reallöhne für Industriearbeiter ist von 100 im Jahr 1899 auf 161 im Jahr 1946 gestiegen. Und diese Bewegung hält weiterhin an. Die Arbeitszeit ist anderseits in derselben Periode wesentlich verkürzt worden. Wir vergessen nicht, daß damit über die tatsächliche Lebenshaltung des amerikanischen Arbeitervolkes – ob genügend oder nicht – noch wenig gesagt ist und daß beispielsweise im Jahr 1949 zehn und ein halbe Million amerikanischer Familien ein Jahreseinkommen von weniger als 2000 Dollar hatten, ein Einkommen also, das als erheblich *unter* dem sozialen Existenzminimum liegend erachtet wird. Aber daran, daß der amerikanische Durchschnittsarbeiter Grund zu der Annahme zu haben glaubt, dank dem «freien Unternehmertum» werde seine Lage von Jahr zu Jahr besser, daran ändern diese Überlegungen und Feststellungen zunächst nichts. Im Verein mit dem Umstand, daß auch der Habenichts in den Vereinigten Staaten immer noch gewisse Möglichkeiten des Aufstiegs in eine höhere Gesellschaftsklasse hat (wenn auch weit geringere als noch vor dreißig, vierzig Jahren), erklärt die fast ununterbrochene Erhöhung seines Lohneinkommens, die der amerikanische Industrie- und auch Landarbeiter nun schon seit Jahrzehnten erlebt, weithin das beinahe völlige Aufhören jedes Widerstands der USA-Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ordnung und gegen die Rüstungs- und Gewaltpolitik der herrschenden Klasse im besonderen.

Und dennoch: die Verlängerung der Lebensdauer des Kapitalismus durch massive Armeelieferungen, die der Staat in Auftrag gibt, ist allzu künstlich und namentlich allzu lebensgefährlich für das Volksganze, als daß sie mit Aussicht auf dauernden Erfolg weiterbetrieben werden könnte. Der Tag der Abrechnung ist nur hinausgeschoben, nicht aufgehoben. Schon jetzt zeigt die amerikanische Rüstungswirtschaft Störungssymptome, die die Staatslenker beunruhigen[3]. Die langsam nahende Inflation, der zunehmende Steuerdruck, die Verknappung gewisser Güter des zivilen Bedarfs, die Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Kriegsproduktion, die da und dort zu massiven Arbeiterentlassungen geführt haben – das sind Erscheinungen, die auf die Dauer durch Forcierung der Aufrüstung kaum gemildert, sogar eher verschärft werden dürften. Anderseits aber könnte die amerikanische Wirtschaft in ihrer heutigen Verfassung eine *Verlangsamung* der Kriegsproduk-

[3] Senator MacMahon sagte am 18. September im Senat: «Ich kann vor mir nur zwei Endziele sehen: Militärische Sicherheit um den Preis einer wirtschaftlichen Katastrophe oder wirtschaftliche Sicherheit auf Kosten einer militärischen Katastrophe.» *Wenn* man schon einmal, von der Russenhysterie befallen, immer höher gesteigerte Kriegsrüstungen für unumgänglich erachtet, so ist diese Logik allerdings zwingend.

tion erst recht nicht mehr ertragen. Man hat das gesehen, als im vergangenen Sommer der Verbrauch ziviler Bedarfsgüter scharf zurückzugehen begann, vor allem derjenige von Automobilen, Kühlschränken, Radios, Fernsehapparaten und dergleichen, aber auch von Textilwaren und sonstigen notwendigen Artikeln. Normalerweise wäre dies das Signal für eine allgemeine Wirtschaftskrise gewesen, mit fortschreitendem Preiszerfall, mit Gewinnrückgang, Lohnkürzung, Arbeitslosigkeit, verminderten Kapitalanlagen und so fort. Tatsächlich sind diese Folgen aber nicht eingetreten, weil der Großverbraucher Staat den Ausfall im Volksverbrauch wettmachte und eine ständige Steigerung der Neuanlage von Kapital in der Produktion, mit entsprechender Erhöhung der Gewinne und Löhne, ermutigte. Wie aber, wenn die Rüstungskonjunktur einmal doch abflauen sollte? Wenn sich die Russen auf die große Kraftprobe, vor die sie die amerikanische Politik stellen will, doch nicht einließen oder die westeuropäischen Völker davon im letzten Augenblick zurückscheuten? Die amerikanischen Wirtschaftskapitäne mögen sich eine solche «Katastrophe» überhaupt nicht ausdenken. Lieber alles andere als das, lieber noch den Krieg, der «ja doch unvermeidlich» ist! Die «Detroit News» (6. Oktober 1951) warnten mit Recht:

«Unser Land kann nicht lange im Frieden oder in verhältnismäßigem Wohlstand leben, wenn es einmal in ein Heerlager verwandelt ist. Entweder wird es durch die Kosten des Militärapparats an den Bettelstab gebracht, und die Unterbindung der Versorgung seiner Zivilwirtschaft wird Krise und politische Demoralisation fördern, oder wir werden, um diese Übel abzuwehren, den Weg in den Krieg einschlagen, genau wie Hitler es getan hat. Unsere Zauberkraft ist nicht größer als die anderer Länder, die in der Vergangenheit dem Ruin entgegengegangen sind, weil sie diese gleiche furchtbare Wahl zu treffen hatten. So groß auch die Drohung von seiten Rußlands sein mag – wir müssen weiterhin die Gefahren auf uns nehmen, die von dorther kommen, anstatt die Plage eines verschanzten Militarismus über die Vereinigten Staaten zu bringen.»

Das politische Programm Alle Zeichen sprechen freilich dafür, daß die politischen und militärischen Führer der Vereinigten Staaten schon längst entschlossen sind, die *«Abrechnung mit dem Weltkommunismus»* in naher Zukunft zu erzwingen – «so oder so», wie Hitler zu sagen pflegte. Uneinigkeit bestand unter ihnen – wie wir schon früher zu zeigen Gelegenheit hatten – nur über den Zeitpunkt und den Schauplatz der entscheidenden Auseinandersetzung. Die «asiatische Schule», mit MacArthur als bekanntestem Vertreter, erachtete die Gelegenheit für günstig, den Korea-Krieg in aller Form auf China auszudehnen, die junge Volksrepublik mit überlegener Waffengewalt zu zerschlagen und vom Fernen Osten her die kommunistische Weltfront aufzurollen. Europa gegenüber haben diese Politiker und Strategen nur Mißtrauen; es würde ihnen genügen, auf unserem Kontinent gewisse Randstellungen festzuhalten und im Notfall die Sowjetunion von den rings um ihr Gebiet herum angelegten Militärstützpunkten aus anzupacken. Allein es war im Grunde bereits ent-

schieden, daß der Hauptstoß gegen die Bastionen des Weltkommunismus nicht in Asien, sondern von *Westeuropa* aus geführt werden müsse. Westeuropa ist für die Vereinigten Staaten sowohl militärisch und politisch wie auch wirtschaftlich von überragender Bedeutung. Es ist unvergleichlich viel zuverlässiger im Kampf gegen den Kommunismus als das für die soziale Revolution selbst so anfällige Asien. Es liegt geographisch für die Kriegführung gegen die Sowjetunion viel günstiger als Ostasien. Es bietet mit seinen materiellen und menschlichen Hilfskräften der amerikanischen Wehrwirtschaft die beste Stütze, die sich diese nur wünschen kann. Und es zeigte sich namentlich schon bald nach dem zweiten Weltkrieg bereit, amerikanische Wirtschafts- und Waffenhilfe zu den von Washington gestellten Bedingungen anzunehmen, während die asiatischen Länder das ablehnten und abgesehen von der wirtschaftlichen und militärischen Wiederaufrichtung Japans für Amerika wenig «interessant» sind. Anders Westeuropa. Wie Scott Nearing in seinen «World Events» (Herbst 1951) sagt:

«Hätte Westeuropa die amerikanische Hilfe abgelehnt, und gäbe es in den Vereinigten Staaten selbst keine Aufrüstung, so wäre die nordamerikanische Wirtschaft ohne einen größeren Krieg schon in den Jahren 1947/48 in einer katastrophalen Krise versunken ... Der Entscheid (zugunsten Westeuropas) ist ein verhängnisvoller, weil er bedeutet, daß Washington all sein Geld auf eine einzige Karte – Aufrüstung – setzt und daß die Durchführung des Rüstungsprogramms von einem nur halbwegs beherrschten Gebiet abhängt, das außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten liegt, nämlich von Westeuropa. Wann hat eine Herrenkaste in einem Zeitpunkt, da es um das Schicksal von Millionen Menschen ging, ein unverantwortlicheres und verzweifelteres Pokerspiel getrieben?

... Ich glaube, daß Marshall, Wilson und Truman Zeit, Kraft, Geld, Menschenleben und menschliche Wohlfahrt an das Europa von 1951 hin vergeuden, genau wie die gleiche Arbeitsgruppe Zeit, Kraft, Geld, Menschenleben und menschliche Wohlfahrt in den Jahren 1946 bis 1949 an Tschiang und seine chinesischen Nationalisten hin vergeudet hat. Dieses Dreigespann, das Armee, Wirtschaft und Politik vertritt, hat die Vereinigten Staaten in die Niederlage hineingeführt, als es 1946 das nationalistische China unterstützte. Es führt die Vereinigten Staaten wieder in Niederlage und Katastrophe hinein, wenn es jetzt, im Jahr 1951, Westeuropa unterstützt.»

Für die Folgerichtigkeit, mit der die amerikanische Außenpolitik ihren antikommunistischen Kurs steuert, ist es bezeichnend, daß jetzt einer der hauptsächlichen Planer der gewaltmäßigen «Eindämmung» des Weltkommunismus, George Kennan, zum Botschafter in Moskau ernannt worden ist. In einem kürzlich veröffentlichten Buch erklärt es Kennan zwar als seine Überzeugung, daß es «keine gefährlichere Täuschung gibt als die Vorstellung von einem totalen Sieg». Er warnt darum vor einer Überspitzung der «Eindämmungspolitik» und vor dem Versuch, die Sowjetunion und das kommunistische Regime zu zerschlagen. Aber R. Croßman, der im «New Statesman» (5. Januar 1952) Kennans Buch bespricht, weist mit Recht darauf hin, daß die amtliche Außenpolitik der Vereinigten Staaten gerade *diese* unheilvollen Konsequenzen aus dem Grundsatz der militärischen Zurückdrängung des Kommunismus ge-

zogen hat. «Das Weiße Haus und die Bundesversammlung», so stellt er fest, «geben sich noch immer der ‚Täuschung eines totalen Sieges' hin und haben den feinen Begriff eines geopolitischen Mächtegleichgewichts zu der vulgären Trugvorstellung vergröbert, militärische Stärke sei ‚die einzige Sprache, die die Russenkerle verstehen'.» Und er schließt mit der resignierten Bemerkung, alles, was Kennan mit seiner «Planpolitik» erreicht habe, sei gewesen, daß er «die moralischen Hemmungen der Machtpolitik beseitigt, die der Wilsonismus wie der Isolationismus jeder in seiner Art geschaffen hat, und eine intellektuelle Rechtfertigung für die demagogischen Ausschweifungen lieferte, die er so sehr verabscheut». Wie dem auch sei: Mr. Kennan wird in Moskau kaum viel mehr als der Handlanger der Geister sein können, die er gerufen hat. Das Programm, das er mitauszuführen berufen ist, hat sein Chef, Staatssekretär Acheson, bereits im März 1951 vor den Studenten und Professoren der kalifornischen Staatsuniversität Berkeley entwickelt; es sei um seiner grundsätzlichen Bedeutung willen hier in Erinnerung gerufen. Die sieben Punkte, die es umfaßt, sind die folgenden:

1. Die Friedensverträge mit Deutschland, Oesterreich und Japan müssen diese Länder frei machen. (Der inzwischen bereits abgeschlossene Vertrag mit Japan zeigt, welche Art Freiheit Mr. Acheson meint: Eingliederung der drei Länder in den Kampf gegen die Sowjetunion unter amerikanischer Führung.)

2. «In der ganzen Gruppe von Ländern, die wir als Satellitengebiet anzusehen gewohnt sind», müssen «ordnungsgemäße repräsentative Methoden» eingeführt werden. (Das heißt: der Sowjeteinfluß muß in diesen Ländern gebrochen und – wie es früher in Polen, Ungarn usw. schon der Fall war – eine parlamentarische «Demokratie» aufgerichtet werden, die die soziale Gegenrevolution durchzuführen hätte.)

3. Die Sowjetführer sollten «ihre Obstruktionspolitik in den Vereinten Nationen aufgeben» (also die regelmäßige Überstimmung der Sowjetunion durch die von den USA geführte Mehrheit widerspruchslos annehmen).

4. Die Sowjetunion muß «realistische und wirksame Vorkehrungen für die Kontrollierung der Atomwaffen und die allgemeine Rüstungsbeschränkung» annehmen. (Mit anderen Worten: Sie muß den ganz auf die amerikanischen Bedürfnisse zugeschnittenen Baruch-Plan gutheißen und ihre Atomkraftwirtschaft einer internationalen Behörde unterstellen, die ebenso wie die UNO von Amerika beherrscht wäre.)

5. Die Sowjetunion muß «indirekte Angriffshandlungen jenseits ihrer Landesgrenzen» einstellen. (Das heißt: Sie darf in keiner Weise die nationalen und sozialen Freiheitsbewegungen in Asien, Afrika und Europa begünstigen, während die Vereinigten Staaten beispielsweise die Gegenrevolution Tschiang Kai-sheks auf dem chinesischen Festland, die für das neue Jahr bereits ganz offen angekündigt worden ist, ebenso

unterstützen dürfen, wie sie Tschiang in seinem Kampf gegen die damals von Rußland nicht unterstützten chinesischen Kommunisten schon in den Jahren 1945 ff. alle erdenkliche Hilfe geleistet haben.)

6. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten müssen amtlichen Vertretern der Vereinigten Staaten volle Bewegungsfreiheit in ihrem Gebiet gewähren. (Wogegen nichts einzuwenden ist, sofern diese Freiheit nicht zur Spionage ausgenützt wird.)

7. Die Sowjetführer müssen aufhören, die Vereinigten Staaten und deren Verbündete propagandistisch anzugreifen. (Auch das ist plausibel, vorausgesetzt, daß Gegenrecht gehalten wird und auch die amerikanische Regierung ihren Einfluß auf Presse, Radio usw. dazu benützt, die rußlandfeindliche Propaganda zu mildern.)

Es ist unschwer zu sehen, daß die meisten dieser Forderungen auf eine politische Kapitulation der Sowjetrepublik hinauslaufen. Ja, sie passen sogar ausgezeichnet zu der These, die James Burnham in seinem Buch «Die kommende Niederlage des Kommunismus» vertritt, daß es nämlich «nur ein einziges mögliches Ziel der amerikanischen Außenpolitik geben könne: die Zerstörung der kommunistischen Macht» – dies auch dann, wenn man die Washingtoner Regierung im übrigen nicht für Burnhams Propaganda verantwortlich macht. Auf jeden Fall ruht auf dem Programm Achesons der ganze Rüstungs- und Stützpunktbau der Vereinigten Staaten, den der Generalstabschef Bradley als «die riesigste strategische Operation aller Zeiten» bezeichnet hat. Wenn aber diese Kriegsmaschine mehr oder weniger fertig montiert ist – wer kann im Ernst darauf vertrauen, daß sie dann *nicht* angelassen werde? Wie man einen Krieg provoziert, darin hat man ja in den Vereinigten Staaten etwelche Erfahrung. In seinem Buch «Präsident Roosevelt und der kommende Krieg» hat der amerikanische Schriftsteller George Morgenstern (vgl. «Esprit» 1951, Nr. 11, Seite 631 f.) offen dargelegt, wie Roosevelt alles ins Werk gesetzt habe, um die Japaner zu veranlassen, den ersten Schlag zu führen, was dann den Vereinigten Staaten die längst erwünschte Gelegenheit geben sollte, in den Krieg gegen die Achsenmächte einzutreten. Der Plan gelang, wie man weiß, nur zu gut. Wovor aber nicht einmal ein Roosevelt zurückschreckte, sollte das den Truman, Acheson und Kennan Bedenken machen? Die Interventionstechnik, die im Fall Korea angewandt wurde, kann auch bei irgendeiner Verwicklung in Osteuropa oder Deutschland wieder spielen, ohne daß eine Volksvertretung oder der Sicherheitsrat der UNO etwas zu sagen hätte, *bevor* die paar Staats- und Militärführer, auf die es ankommt, in Washington ihren Kriegsentschluß gefaßt haben ...

Amerikanische Schwäche Bei der Würdigung der Außenpolitik der Vereinigten Staaten muß man freilich stets im Auge behalten, daß die Regierung Truman und die durch

sie vertretene Demokratische Partei unter stärkstem Druck ihrer *innerpolitischen* Gegner steht. Und da sich die oppositionellen Republikaner ohne viel Hemmungen des Antikommunismus wie überhaupt eines außenpolitischen Scharfmachertums als Mittel zur Stimmungsmache gegen die demokratische Administration bedienen, so ist diese beständig in Versuchung, statt solcher Propaganda aus Gründen der nationalen und internationalen Wohlfahrt zu wehren, ihr umgekehrt Zugeständnisse um Zugeständnisse zu machen, nur um ihre wahlpolitische Lage nicht zu verschlechtern. MacArthur, MacCarthy, MacCarran und ihre Freunde hätten niemals die Bedeutung erlangen können, die sie in der amerikanischen Politik tatsächlich gewonnen haben, hätten sich Truman, Acheson und ihre Anhänger nicht auf jenen charakterlosen Wettlauf um die Gunst der «öffentlichen Meinung» eingelassen, der dem Frieden der Welt nur abträglich sein kann. Der Linie des geringsten Widerstands zu folgen, mag sich parteitaktisch lohnen; wenn dabei höchste Menschheitsinteressen auf dem Spiel stehen, ist es einfach verantwortungslos.

Aber was will man? 1952 ist, wie man weiß, ein großes Wahljahr. Im Herbst wird der Präsident neugewählt und mit ihm das Abgeordnetenhaus sowie ein Drittel des Senats. Bereits haben die Vorgefechte für die Novemberschlacht begonnen. Und da ein Wechsel der regierenden Partei in den Vereinigten Staaten viel mehr persönliche und wirtschaftliche Interessen in Mitleidenschaft zieht, als dies in anderen kapitalistischen Demokratien der Fall ist, so setzt eben die jeweilen an der Macht (und an der Krippe) stehende Partei alles ein, um ihre Vorzugsstellung weiter zu genießen. Daß sie dabei auch vor schmerzhaften Eingriffen in ihren eigenen Organismus nicht zurückschreckt, zeigt die Säuberung, die Präsident Truman kürzlich in den Reihen seiner Beamtenschaft vorgenommen hat, soweit sie durch die *Steuerskandale* allzu sehr belastet erschien. Man kann zwar sicher sein, daß nur der kleinste Teil der Fälle, in denen sich Beamte der Finanzverwaltung von Steuerbetrügern bestechen ließen, ans Licht gekommen ist; angesichts der offenkundigen Bereitschaft der Republikaner, bei den Bundeswahlen diese üblen Dinge gegen die demokratische Administration auszuschlachten, blieb aber deren Chef doch nichts anderes übrig, als ein paar Sündenböcke in die Wüste zu schicken, um wenigstens nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als sei im übrigen alles in sauberster Ordnung. Um so weniger darf sich die Regierung Truman nun – wie sie meint – erlauben, der stets auf der Lauer liegenden Opposition Angriffsflächen in ihrer *Außenpolitik* zu bieten oder ihre Energie in der Bekämpfung der «kommunistischen Gefahr» im Lande selbst in Zweifel ziehen zu lassen. Es bleibt darum unabhängigen Einzelpersönlichkeiten, Vereinigungen und Zeitungen überlassen, den Kampf gegen den verhängnisdrohenden Kurs der amerikanischen Weltpolitik zu führen. Und das

geschieht auch gewiß nicht ohne gute Wirkung. «Die Erfolglosigkeit der USA in Korea und überall in der Welt», so lese ich in einem Privatbrief aus Amerika,

«und die dadurch mehr und mehr Leuten sichtbar werdende Wahnsinnspolitik der Verantwortlichen an der Spitze öffnet die Geister mehr und mehr der Wahrheit. Unser Friedensrat arbeitet seit kurzem in der Weise, daß kleine Gruppen von vier bis fünf Personen protestantische Pfarrer besuchen und eine Aussprache mit ihnen haben. Der Hauptzweck ist es, ihnen das Gewissen zu schärfen, indem wir darlegen, wie das ganze Unheil (das sie nun alle, soweit sie ehrlich sind, zugeben) nur dadurch möglich wurde, daß die Treiber das ‚Teile und herrsche', das ‚Haltet den Dieb' in Form der Kommunisten- und Russenhetze anwandten, um von ihren eigenen Taten abzulenken, um die Angst, als illoyal angesehen zu werden, für ihre Zwecke auszunutzen ... Während immer mehr stinkende Korruption in der Regierung des Nachfolgers von F. D. Roosevelt an die Oberfläche kommt – Verbrechen am Volk, begangen durch höchste Würdenträger –, während nicht *ein* Kommunist unter diesen Verbrechern zu finden ist, während hier in X. allein mehr als 100 000 Industriearbeiter eine zeitweilige Entlassung gerade jetzt zu Weihnachten erfahren mußten (weil die Einschränkung der Zivilfabrikation noch nicht durch die Waffenfabrikation ausgeglichen ist), steigt in den loyalen Herzen die Frage auf: Weshalb müssen unsere Boys in Korea verbluten und unsere Dollars in Kanonen umgesetzt werden?»

Allein es scheint mehr als zweifelhaft, ob aus solcher Beunruhigung und aus solcher Aufklärungsarbeit ein wirklicher Volkswiderstand gegen das Hineingleiten in den Kriegsstrudel erwachsen wird. Aus den Reihen der amerikanischen Arbeiterschaft kommt er vorerst sicher nicht; deren Organisationen lassen sich nicht nur durch die Rüstungskonjunktur mit ihren hohen Löhnen wieder beschwichtigen, falls sie etwa Oppositionsgelüste hätten; sie stellen sich auch mit größtem Eifer der Regierung zur Verfügung, um durch ihre internationalen Verbindungen und ihre reichen Geldmittel die offizielle Außenpolitik der Vereinigten Staaten im ganzen ihnen erreichbaren Ausland, besonders in Europa, zu stützen. «Der kalte Krieg», so schrieb letztes Jahr einmal die früher erwähnte «Business Week», «hat die Tätigkeit der großen amerikanischen Gewerkschaften zu einem Unternehmen des Außenministeriums gemacht.» So bleibt die Masse des amerikanischen Volkes in einer Zeit lebenswichtiger Entscheidungen ohne rechte Führung, ohne wirkliches Wissen um die Weltlage, weithin von tatenloser Ergebung in ein vermeintlich unkontrollierbares Schicksal erfüllt. Es ist kein Geringerer als Walter Lippmann, der gefeierte, im ganzen durchaus regierungstreue Journalist, der letzthin schrieb:

«Eine Stimmung stiller Verzweiflung hat große Teile des amerikanischen Volkes erfaßt. Die Amerikaner sind vom Gefühl befallen, nicht mehr in jenem Sinne frei zu sein, daß sie über ihr eigenes Leben nach ihrem eigenen Gutdünken bestimmen können. Sie sehen sich einem gewaltigen und steuerlosen Regierungskoloß ausgeliefert, der von sinnlosen Kräften hin und her geworfen wird ... In unserem Jahrhundert hat immer ein Krieg den nächsten provoziert ... Die furchtbare Wiederholung ist es, die in uns das Gefühl erweckt, als steckten wir in der Falle und als würden wir von einer Reihe sich folgender Kriege zerquetscht, bei denen wir dazu verdammt sind, immer dieselben schrecklichen Fehler zu begehen.»

Dabei sucht man uns immer noch glauben zu machen, in den bürgerlichen Demokratien sei von selbst dafür gesorgt, daß «sinnlose Kräfte» *nicht* über Völkerschicksale, insbesondere nicht über Krieg und Frieden, entscheiden könnten ...

Europäischer Widerstand Die Schwächlichkeit des Widerstands gegen Amerikas Kriegsvorbereitungen in den Vereinigten Staaten selber macht es um so notwendiger, daß sich die *europäischen* Völker gegen das drohende Unheil zur Wehr setzen. Und wenn man von Westdeutschland absieht, wo jetzt die Hoffnungen und Spekulationen auf eine Wiederherstellung der zusammengebrochenen Militärherrlichkeit sichtbar neuaufleben [4], so kann man auch tatsächlich feststellen, daß sich die westeuropäischen Völker der von der amerikanischen Gewaltpolitik ausgehenden Gefahren mehr und mehr bewußt werden. Das gilt namentlich von Frankreich, Italien und England. *Italiens* Regierungsschicht hat zwar jüngst die Genugtuung erhalten, daß die Westmächte, verstärkt durch Griechenland, Neuseeland und «Nationalchina» (!), ihr erlaubt haben, die Bestimmungen des italienisch-alliierten Friedensvertrags über die Beschränkung seiner Militärhoheit einseitig aufzuheben (von Rechts wegen hätte ja auch die Sowjetunion zustimmen müssen, wenn diese Vertragsrevision vorgenommen werden wollte). Aber daß damit die Bindung auch des italienischen *Volkes* an die Westmächte enger geworden wäre, dürfte kaum jemand behaupten, der etwas von dessen Gesinnung weiß. Ähnliches ist von der Wirkung (oder Wirkungslosigkeit) des Zusammenspiels der *französischen* Regierungskoalition mit den Vereinigten Staaten zu sagen. Unabhängige Beobachter, die Frankreich und Italien wirklich kennen, versichern, daß in beiden Ländern die Abneigung gegen die amerikanische Politik zunehme, wobei der Stimmungswandel, der sich in den letzten Monaten in Frankreich durchgesetzt habe, besonders offenkundig sei, und daß in beiden Ländern eine deutliche und sich ständig erweiternde Kluft zwischen Regierungskurs und Volkswillen bestehe. Viel hat dazu die Belastung beigetragen, der die Wirtschaft der westeuropäischen Länder durch die Kriegsrüstungen ausgesetzt ist. Aber noch mehr ist es die Einsicht in die Friedensgefährlichkeit der amerikanischen Politik, die

[4] Wie jetzt offiziell bekanntgegeben wird, soll der westdeutsche «Wehrbeitrag» eine Landarmee von 156 000 Mann, eine Luftwaffe von 75 000 Mann und eine Küstenwache von 25 000 Mann umfassen, zusammen 256 000 Offiziere und Soldaten. Mit einer solchen Kriegsmacht im Herzen unseres Kontinents werden die Westdeutschen spielend die sogenannte Europaarmee in die Tasche stecken und militärisch wie politisch das entscheidende Wort in Europa sprechen können. Nicht umsonst kämpfen sie mit solcher Hartnäckigkeit um ihre volle «Gleichberechtigung» innerhalb des Westbundes, das heißt gegen eine bloß untergeordnete Rolle, die sie als Lieferanten von Menschenmaterial für die Erreichung fremder Ziele zu spielen hätten. Sie wollen umgekehrt selbst bestimmen, was in Europa gespielt werden soll. Fortsetzung der Politik Hitlers mit anderen Mitteln!

überall Sorge und Unruhe verbreitet[5]. So kann denn auch Charles Favrel, den wir eingangs dieser Rundschau angeführt haben, am Schlusse seines offenen Briefes an den Durchschnittsamerikaner Smith schreiben:

«Indem ich so ausführlich von dem unduldsamen und unmenschlichen Auftreten der Amerikaner (in Korea) gesprochen habe, wollte ich Ihnen erklären, Mister Smith, warum Sie in unsern Augen die Gefahr Nr. 1 darstellen. Die andere Gefahr, die vom Osten, scheint uns unendlich viel ferner zu liegen und leichter zu bannen. Wenn es so weit käme, dann wäre Europa, wie ihm wohl bewußt ist, für den Muschik ein harter Knochen, der ihm im Hals stecken bliebe. Es weiß auch gut, daß die Russen nicht besonders darauf erpicht sind, sich an der westlichen Kultur zu reiben; es weiß, daß die Stunde seines Verfalls noch nicht geschlagen hat, daß die Welt seine Gegenwart noch auf lange hinaus braucht, und daß es andere Mittel als den Krieg gibt, um den Irrtum zu bekämpfen und zu besiegen. Ein solcher Krieg würde im übrigen sein Ziel verfehlen. Er würde ja für Europa nur eine Invasion bedeuten, Massenschlächtereien, Ruinen und blutige politische Erschütterungen, die zu ertragen die Völker nicht die moralische Kraft hätten.»

Was aber *England* betrifft, so ist gewiß wahr, daß Regierung wie Opposition das Bündnis mit Amerika für lebenswichtig ansehen. Aber ebenso wahr ist, daß in beiden Lagern die Besorgnis wächst, Großbritannien könne durch dieses Bündnis in einen vermeidbaren Krieg hineingerissen werden, wenn man sich auch Mühe gibt, dieser Besorgnis nicht in einer Weise Ausdruck zu geben, die den großen Freund jenseits des Wassers verletzen könnte. Immerhin sagte beispielsweise Geoffrey de Freitas, der als Unterstaatssekretär für das Flugwesen dem Kabinett Attlee angehörte, im Unterhaus unverhüllt:

«Es wird vielleicht eine Lage entstehen, worin unser Land in einen Krieg mit Rußland verwickelt wird und viele Leute unter uns glauben dürften, daß dieser Krieg durch Irrtum auf seiten Amerikas herbeigeführt wurde ... Tatsache ist, daß es Menschen in unserem Lande gibt, die fürchten, daß sich die Amerikaner einer Etappe zu bewegen, in der schon die Andeutung, man könnte sich mit Rußland auch verständigen, als Verrat betrachtet würde.»

Und ähnlich, wenn auch gedämpfter, tönt es aus dem konservativen Lager. Daß Außenminister Eden diese Sorgen teilt, ist kein Geheimnis; vielleicht steigen sogar Churchill allmählich Bedenken über das Ende des Weges auf, auf den sein Land zu führen er sich solche Mühe gegeben hat. Sicherlich müssen sich aber die westeuropäischen *Völker* klar darüber werden, was ihnen bevorsteht, wenn die Fahrt in der Richtung weitergeht, in der verblendete Steuerleute sie lenken. Treibt das Schiff, in dem wir alle sitzen, schon unmittelbar dem Niagara zu, dann ist es zu spät zum Aussteigen!

7. Januar. *Hugo Kramer.*

---

[5] Nicht von ungefähr treibt Amerika solch eine Riesenpropaganda in Europa durch Wort und Schrift. Zu der «Stimme Amerikas» ist nun auch «Radio Frei Europa» gekommen, dessen Münchner Sender allein tausend Personen beschäftigen soll. Zwei neue Sender seien im Bau.

Ein Wort an unsere Leser und Freunde

Es ist uns ein Bedürfnis, zu Beginn dieses neuen Jahrgangs der «Neuen Wege» ein Wort an unsere Leser und Freunde zu richten. Gewiß haben die meisten von Ihnen das geistige Ringen derer, die die «Neuen Wege» betreuen, mit innerer Anteilnahme verfolgt, und eine ganze Reihe von Freunden hat uns auch materiell jenen Beistand geleistet, den die «Neuen Wege» vor allem infolge der Spaltung der religiös-sozialen Bewegung und deren Folgen so nötig hatten und weiterhin dringend nötig haben.

Unsere Leser wissen, wie schwer es geworden ist, durch diese Zeit der Wirrnis *einen Weg der Wahrheit* zu finden und zu gehen, ohne den Schlagwortparolen des «Kalten Krieges», des Mißtrauens, des Hasses und der Lüge zu erliegen, die die Völker wie eine Finsterniswolke umhüllen und vor allem die Oberfläche des politischen Geschehens beherrschen. Das *politische Wesen* ist mehr denn je zu einer Schlange geworden, die in tödlicher Umschlingung das Leben der Völker zu vernichten droht. Damit galt es zu ringen und gilt es erst recht, weiterzukämpfen. Die *wirklichen* und *entscheidenden* Probleme unserer heutigen Welt (denn sie ist trotz «Spaltung» und Atomisierung *eine* Welt geworden) wollen wir weiterhin in diesen Blättern zu klären versuchen. Nicht in einer bloß wissenschaftlich-literarischen Weise – das wäre angesichts der Weltlage auch nicht erlaubt und war nie die Weise der «Neuen Wege» –, sondern mit einer gedanklichen Bemühung, die dem Glauben an den lebendigen Gott und sein Reich in dieser heutigen Welt zu dienen versucht und dafür mit dem erkannten Zeugnis der Wahrheit einsteht! Wir wollen eine «Haltung» vertreten, keine bloße geistige Orientierung, die in Gefahr stünde, sich abseits des Kampfes der Zeit zu stellen. Wir sind bereit und gewillt, die Anfechtung und Verkennung, die mit solchem Wahrheitskampf verbunden ist, auf uns zu nehmen. Die oft sehr spürbare Ächtung der «Neuen Wege» scheint uns für dieselben ein besseres Zeichen und Zeugnis der Wahrheit zu sein als jenes Lob, das die *Gleichschaltung* an die Tagespolitik bürgerlicher oder sozialdemokratischer Art auf der einen oder kommunistischer Art auf der andern Seite bewirkt. Es gilt heute gerade die echte *Freiheit* gegenüber einer trostlosen Vabanque-Politik zu wahren und zu behaupten, die in diesen politischen Hauptlagern heute getrieben wird und die *Neuordnung der Welt* und die *Gewinnung des Friedens* wieder einmal dem Geist der Gewalt und der militärischen Rüstung überantwortet hat.

Wir sind trotz allen Erfahrungen über die weite Verbreitung dieses Ungeistes, dessen giftige Saat bis in die inneren Kämpfe um die «Neuen Wege» und die Tragödie der religiös-sozialen Bewegung hineinreichte, überzeugt, daß im Geschehen unserer Tage doch jene Wahrheit sieghaft durchbrechen wird, die die Völker vor die großen entscheidenden Fra-

gen ihrer *gemeinsamen Lebensprobleme* in der gemeinsam gewordenen Welt stellt, die nur durch den *gemeinsam zu erringenden Frieden* zu lösen sein werden. Die entscheidenden *Wirklichkeiten* werden sich immer mehr geltend machen, die *geistigen*, die *sozialen*, ja die *materiellen* Wirklichkeiten, und es wird sich wieder einmal weisen, wie die falschen Idealisierungen, die Fiktionen und das Wunschdenken (zum Beispiel «Recht, Freiheit und Frieden» durch das *Mittel* des gesteigerten Wettrüstens des westlich-kapitalistischen Bürgerblocks – unter Beihilfe der Sozialdemokratie! – mit dem bolschewistischen Ostblock sichern oder gar in einer wirklichen Rechtsorganisation der Völker begründen zu können) sich auflösen werden an ihren inneren geistigen, sozialen und materiellen Widersprüchen.

Die wirklichen Probleme der Völker haben sich noch nie auf die Dauer beiseite schieben lassen, geschweige etwa dann durch «Kriege» lösen lassen, die die Folge dieses Beiseiteschiebens waren. So wird nach unserer Meinung die *Lösung des sozialen Problems* in einem wahren *Völkersozialismus* und einer wahren *Völkerdemokratie* durch keine bürgerlich-kapitalistische «Verdrängung», durch keinen im wesentlichen daraus entsprungenen Antikommunismus aufgehoben oder aufgeschoben werden können. Es wird, wie die jüngste Entwicklung deutlich zeigt, wie die Folgen der Bankrottrüstungen der Völker noch deutlicher zeigen werden, sich alles Geschehen zu der einen großen Entscheidung für die Völker steigern: daß *Gerechtigkeit und Frieden in ihren Beziehungen und in ihrer Vereinigung, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit in ihrem sozialen Leben, wahre Freiheit und Würde des Menschen, ein volles Menschentum für alle Rassen, Klassen und Völker, freies Wirken für alles Rechte, Gute und Gottgewollte und vor allem für die Wahrheit nach allen Seiten und im ganzen Umfang des gesellschaftlichen, politischen und geistigen Lebens* (wovon sich auch die «demokratische» Welt immer mehr entfernt) in dieser Epoche für die ganze Völkerwelt errungen werden müssen – wenn nicht jene unvorstellbare Katastrophe eintreten soll, die sich die Völker bereiten können, wenn sie auf den breiten Wegen des Verderbens, der Selbsttäuschung und Verführung weitergehen, auf die sie die offizielle und geheime Tagespolitik schon so weit gebracht hat, daß sich die Feuer des Weltbrandes immer deutlicher ankündigen.

Unser Bemühen wird es sein, die wahren Probleme und Fragen aufzuzeigen und für echte Lösungen einzustehen, aber gerade deshalb auch als falsch erkannte und erfahrene Lösungen, wie zum Beispiel den neuen Aufrüstungsglauben, mit Entschiedenheit abzulehnen. Solange haben die «Neuen Wege» eine Aufgabe, als sie ihrem Auftrag dienen, «Blätter für den Kampf der Zeit» zu sein und diesen Kampf auch in einem rechten Geist zu kämpfen versuchen: einem Geist wahrer Freiheit und Liebe, die sich dem Ringen um die Wahrheit verbünden!

Wenn Leonhard Ragaz von der *Revolution der Welt* und des *Christentums* gesprochen hat, der wir beiwohnen, worin sich die *Revolution*

Christi und des Reiches Gottes ankündige, so hat er uns damit auf jenen *Leitstern* hingewiesen, der sich immer wieder als untrügliches, wahres Licht im Dunkel dieser Zeiten erwiesen hat. Den Strahlen dieses Lichtes gilt es zu folgen, seine Wahrheit zu vertreten.

Wir wissen, daß wir «Kleine» und «Geringe» vor unserer Aufgabe sind – wer ist es heute im Ernste nicht? Eines aber haben und wollen wir, wenn auch in aller Schwachheit und Bescheidenheit: des Glaubens leben, der uns zum Licht und zur Wahrheit geworden ist und den wir ebenso für die Welt als Licht und Wahrheit erkannt haben. Ihm wollen wir Treue halten auch in diesem Jahr und in den kommenden Zeiten.

Dazu brauchen wir *Mithilfe*, geistige und materielle. Wir brauchen sie in vermehrtem Maße. Ja, es wird viel darauf ankommen, wie teuer den Menschen, die wir erreichen und die wir zu einer lebendigen *Kampfgemeinschaft* zusammenschließen möchten, diese Sache ist. Wir bauen darum auf unsere Freunde alle, aber noch mehr auf den, der über diesen Blättern gewaltet hat in Jahrzehnten des Sturmes, dessen Geist aber mächtig ist über allen Sturm.

Daß Er am Werke und doch «Herr» ist, haben wir nie so deutlich empfunden wie in dieser schweren Zeit und in den für die «Neuen Wege» so schweren Jahren nach dem Hinschied unseres lieben Leonhard Ragaz, zu dessen Glauben und Hoffen uns in allem Kampf zu bekennen uns ein dauerndes Anliegen ist. Wir sehen doch überall in der Welt jenen Geist erstarken, der sich dem Wehen des Geistes aus der Höhe öffnet und die Menschen zusammenbringt, die seiner Wahrheit in der Welt dienen möchten. Wir dürfen hoffen, daß jene *Gemeinde* sichtbarer und deutlicher zutage treten wird, die dem Zeugnis des Reiches Gottes dient, das die wahre Rettung, Erlösung und Erneuerung der Völker wie der Schöpfung sein wird.

In diesen geistigen Zusammenhang wollen die «Neuen Wege» auch in diesem Jahr ihre Arbeit stellen und tun. Es besteht gute Aussicht, daß sich ihnen dafür wertvolle Mitarbeiterschaft zugesellt. Unsere Leser und Freunde bitten wir darum: Helft zu dieser ganzen Arbeit geistig und materiell mit, helft uns segnend und bittend sichere Tritte tun für unsere gemeinsame Sache!

Das Redaktionskollegium

Gott

Gott ist unsre Zuflucht und Stärke,
als mächtige Hilfe bewährt in Nöten.
Drum fürchten wir nichts, wenn gleich die Erde sich wandelt
und die Berge taumeln in die Tiefe des Meeres.
Mögen tosen, mögen schäumen seine Wogen,
die Berge erzittern bei seinem Aufruhr:
der Herr der Heerscharen ist mit uns,
eine Burg ist uns der Gott Jakobs.

Eines Stromes Arme erfreuen die Gottesstadt,
die heiligste der Wohnungen des Höchsten.
Gott ist in ihrer Mitte; so wankt sie nimmer.
Gott hilft ihr, wenn der Morgen anbricht.
Völker tobten, Königreiche wankten;
er donnerte drein, da bebte die Erde.
Der Herr der Heerscharen ist mit uns,
eine Burg ist uns der Gott Jakobs.

Geht hin und schauet die Werke des Herrn,
der Erstaunliches geschaffen auf Erden,
der den Kriegen steuert bis ans Ende der Welt,
der den Bogen zerbricht, den Speer zerschlägt
und die Schilde im Feuer verbrennt.
«Lasset ab und erkennet, daß ich Gott bin,
erhaben unter den Völkern, erhaben auf Erden!»
Der Herr der Heerscharen ist mit uns,
eine Burg ist uns der Gott Jakobs.

Psalm 46

Um den Weg des deutschen Volkes

Motto: «Ehe der Deutsche nicht weltbürgerlich denkt, ist es nichts mit ihm. Übrigens glaube ich wohl auch, daß Deutschland zu etwas Besonderem berufen ist und die Hauptsache in der Christenheit ausmacht, aber nicht, weil sie deutsch sind, sondern um ihrer geographischen Lage willen. Die letztere ist es auch, um deretwillen Gott viel an Deutschland getan hat, nicht weil die Deutschen mehr waren als andere Völker.» *Johann Christoph Blumhardt.*

«Das Menschenreich und das Gottesreich – das wird die Leidenschaft eines neuen Geschlechtes sein.» *Leonhard Ragaz.*

Hat der Hauptgedanke des angeführten Blumhardt-Wortes wohl noch Geltung und Sinn nach der zweimaligen deutschen Katastrophe, einer zugleich äußeren, aber vor allem inneren Katastrophe? Sein Wahr-

heitskern, der sich in dem Wort von der geographischen Lage verdichtet, leuchtet gerade jetzt wieder ein. Aber gibt es für das deutsche Volk noch die Möglichkeit dieses Weges, nachdem es so beharrlich den entgegengesetzten gegangen oder geführt worden ist? Den Weg des «Weltreiches», nicht den eines von Christus und dem von ihm verkündeten Reiche Gottes beanspruchten Volkes! Und wenn die echte, ewige Verantwortung von Mensch und Volk vor Christus geschieht, vor dem alle Schuld in Wahrheit offenbar ist, muß man sich als Deutscher im Angesicht dieser Schuld nicht fragen: Hat unser Volk überhaupt noch einen Lebensweg? Wird es nicht wieder die Stunde und den Weg versäumen, sich wieder in Unheil führen lassen? Wird es nicht schon wieder geradewegs ins Unheil geführt?

Das trotzdem auf Gottes Güte und Erbarmen hoffende Ja für eine echte Lebensmöglichkeit des deutschen Volkes, die gemäß der größten und entscheidensten Offenbarung, die ihm geschenkt worden ist, eine solche des Dienstes am «Menschenreich und Gottesreich» sein könnte, muß offenbar die Einsicht in die verkehrte Richtung des Weges und des Lebens des Volkes einschließen. Es muß als eine «Frucht der Umkehr» erwachsen. Es muß bei allen, die es können, ein Hören auf die Stimme dessen sein, der in unseren Tagen zu seinem Reiche ruft, dem wahren Menschenreich und Gottesreich, das den Weltreichen entgegengesetzt ist, anderer Art ist wie sie und gerade deshalb Anspruch macht auf die Völker. *Einen solchen Gottesanspruch sieht Blumhardt vor allem im Zusammenhang mit seiner geographischen Lage über dem deutschen Volke walten. Das weltbürgerliche Denken des deutschen Volkes sollte aus diesem Gottesanspruch entspringen.* Weltverantwortung vor Gott und für sein Reich an Stelle des Versuches der Weltbeherrschung! Darin liegt die tiefste Revolution der inneren und äußeren «Politik» Deutschlands beschlossen.

Es ist nicht das erste Mal, daß eine solche Wandlung sich dem deutschen Volke aufdrängt, daß es die Notwendigkeit einer tiefgreifenden Änderung seiner geistigen Grundhaltung empfinden kann und auch empfindet. Es *ist* solches «Fragen» nach dem rechten Weg im deutschen Volk. Daraus könnte eine echte Entscheidung entstehen, wenn es nicht von den Weltmächten und seinen eigenen Regierenden schon wieder zu einer falschen und unheilvollen Entscheidung gedrängt würde. Deutschland steht, zunächst noch äußerlich machtlos, eingeklemmt und zertrennt zwischen den Weltmächten, die feindselig und mißtrauisch gegeneinander um die Gestaltung einer Weltordnung und um Weltherrschaft ringen. Die Jahre seit der Katastrophe Hitler-Deutschlands sind von diesem Ringen im weltweiten Maßstab erfüllt, und die Völker werden immer mehr in die hoffnungslose Situation des dritten Weltkrieges hineingedrängt und hineinregiert, ohne wirklich frei über ihr Schicksal und über ihren Weg bestimmen zu können. Es wird viel darauf ankommen, ob den Völkern diesseits und jenseits des «eisernen Vorhangs» diese

bittere Wahrheit rechtzeitig bewußt wird und sie ihre gemeinsame Anstrengung daranzusetzen beginnen, den wirklichen eisernen Vorhang der Kriegsrüstung, des Gewaltglaubens, der gegenseitigen Furcht und der Lüge zu zerbrechen, durch den der totale Krieg und die Vernichtung über sie hereinbrechen würde.

Deutschland soll in das Lager der «Gemeinschaft der freien Nationen» eingegliedert werden. In Wirklichkeit ist es das Lager der bürgerlich-kapitalistischen Mächte, der Kolonialmächte und der feudalistisch-faschistischen Untertanen- oder Bündnismächte, gestützt oder unterstützt durch sozialdemokratische Parteien, die durch zwei Weltkriege hindurch die weltpolitische Aufgabe des Sozialismus verfehlt oder verraten haben und zu ihrem Teil ebenso zur Heraufkunft des Bolschewismus und Kommunismus beigetragen haben wie die bürgerlich-kapitalistische Welt selbst. *Freiheit und Demokratie in ihrem eigentlichen menschlichen und göttlichen Sinn sind in Wahrheit je länger je weniger durch diese Mächte gewährleistet.* «Der Mensch muß vor allem frei sein; das hat einen tieferen Sinn, als wenn man sagt, daß der Mensch ein Recht auf Freiheit hat. Mit Sklavenseelen wird man niemals eine freie Gesellschaft schaffen können. Die Gesellschaft als solche ist außerstande, den Menschen freizumachen, es ist der Mensch, der die Gesellschaft freimachen muß, weil er selbst ein freies geistiges Wesen ist. Man schwankt zwischen den alten Regierungsformen des Totalitarismus, die den Menschen wie in den Jahrhunderten des Kaisers Augustus oder Ludwig des XIV. Glaubensvorstellungen aufzwangen, dem Regime der Freiheitsberaubung, der Unterwerfung der Person unter die Gesellschaft und den Staat einerseits und anderseits der Bequemlichkeit oberflächlicher Demokratien und liberaler Regierungsformen auf der Grundlage des Skeptizismus und des Unglaubens. Die Wahrheit liegt indessen anderswo: in einer Gesellschaft, die schöpferisch arbeitet.» (Nicolai Berdiaeff.) Das ist das wahre, weltumfassende Problem: *die Regeneration der Gesellschaft.* Davor ist auch das deutsche Volk gestellt. Dafür eine Lösung zu erarbeiten im Sinne einer zugleich menschlichen wie sozialen und politischen Erneuerung im Angesicht der eigenen Not wie der Weltnot, weist wohl in die Richtung der Berufung, von der Blumhardt redet.

Zum erstenmal in seiner neueren Geschichte will sich das deutsche Volk nicht einfach von seinen Regierenden und seinen Parteien führen oder verführen lassen. Viele Deutsche erkennen die entscheidende Bedeutung einer umfassenden persönlichen Verantwortung auch des Politischen. Daraus kann eine *neue Demokratie* und ein *neuer Sozialismus* geboren werden, die dem deutschen Volk einen echten Weg zur Wiedergeburt wie zur politischen Verantwortung vor der Welt und zur wahren Gemeinschaft unter den Völkern öffnen würden. Nicht zufällig ist diese Haltung mit dem Kampf gegen die Remilitarisierung verbunden. Diese ist ein Danaergeschenk der Westmächte an das deutsche Volk. Sie bedeutete, beim heutigen Stand des Kriegswesens, seine Ver-

nichtung, denn in diesem Raum müßte sich ohne Zweifel eine erste Phase des Krieges im Westen entscheiden, wie immer der Verlauf des ganzen Krieges wäre. Diesen Preis können die Westmächte nur verlangen, weil sie ihn selbst nicht bezahlen wollen. Kein Volk will diesen Preis bezahlen, und er kann keinem Volke zugemutet werden. Es ist aber der Preis des totalen Krieges, der mit so viel geistigem und materiellem Aufwand zugerüstet wird. Seine Auslösung hieße ein apokalyptisches Schicksal über die Menschheit heraufbeschwören, das weder die «Freiheit» der einen noch die «soziale Revolution» der andern berücksichtigen dürfte!

Muß dieses «Schicksal» angenommen werden, dieses Schicksal eines Weltuntergangs? Es muß weder religiös noch politisch angenommen werden. Es ist ein Satanswerk, wenn es zustande kommt! Und welche Verblendung auf allen Seiten wird dann dazu wieder einmal beigetragen haben!

Die Völker und vor allem das deutsche Volk können und müssen sich gegen den Krieg überhaupt entscheiden, wenn sie leben wollen. Mit Gott können und sollen sie es und statt dessen um das, was ihnen not ist, ringen: eine zugleich geistig-menschliche wie soziale und politische Erneuerung. Im Grunde wird das auf allen Seiten zugegeben, aber es wird nicht als *das Entscheidende* befolgt. Doch die geistigen, sozialen und politischen Dinge gehen viel weniger danach, wie wir sie denken und wünschen, sondern wie wir sie wirklich tun!

«Der Kommunismus zwingt uns dieses Schicksal auf», sagen die einen. «Wir haben nur die Wahl zwischen Annahme der Weltrevolution und kommunistischer Diktatur oder Bereitschaft zum Krieg für Freiheit und Menschenrechte, wie wir sie verstehen.» «Feudalismus, Kapitalismus und Faschismus sind in ihrer engen Verflochtenheit Verursacher des Krieges nach innen und außen, sie sind unfähig, die soziale Frage und Aufgabe in der Völkerwelt zu lösen. Sie wollen sie gar nicht lösen. Sie zwingen zur gewaltsamen Lösung», sagen die andern.

Wir wissen, wie beide Anschauungen und Haltungen mit ihrem Gehalt von Wahrheit und Unwahrheit, Recht und Unrecht sich geschichtlich und grundsätzlich zu dem Knoten geschürzt haben, dessen Auflösung nun den Völkern nicht gelingen will und den ihre Regierungen durch die eisernen Bande der Aufrüstung nur noch immer mehr schürzen. Dürfen wir hoffen, daß das deutsche Volk begonnen hat, den Wahn dieser Lösung, die nur zu lange seine eigene war, zu durchschauen? Daß es auf dem Wege zu der Erkenntnis ist, daß alle echten Güter, Werte und Heiligtümer der Völker, all ihr Menschentum endgültig nicht mehr gesichert, noch geschützt, noch erhalten werden können durch Gewalt und Krieg, sondern nur der Vernichtung preisgegeben werden. Im Kampf dagegen sowie im Kampf für eine tiefgreifende soziale Erneuerung könnte es sich der Berufung zuwenden, die seiner Lage wie dem Sinn seiner Geschichte entspricht. *Albert Böhler.*

Europäische Provinz Deutschland*

1. Außereuropäisches Geschehen

Für Europa ist das Geschehen in den anderen Erdteilen heute wichtiger als früher. Es ist vorbei, daß europäische Mächte im Besitz überlegener Technik die Erde unter sich aufteilen konnten und allein die Großmächte waren.

Großbritannien, vor wenigen Jahrzehnten noch das mächtigste Weltreich, ist heute mehr oder weniger abhängig von den USA. Was in Washington geschieht, hat heute für Europa sehr entscheidende Folgen.

Unter den Europäern, die nach Nordamerika auswanderten, waren von Anfang an viele, die mehr Freiheit suchten, als Europa ihnen bot. Franz Pastorius und seine Freunde, die 1683 Germantown bei Philadelphia gründeten und die Duldung der Sklaverei bekämpften, sind ein Beispiel für viele, die in der Neuen Welt Gewissensfreiheit und bürgerliche Freiheit suchten und schufen. Besondere Wichtigkeit gewann die Verfassung, die der Quäkerstaatsmann William Penn seiner Kolonie Pennsylvanien gab. Sein Freund George Fox, der Gründer der Quäker, hatte 1656 die Sklavenhalter der englischen Kolonien in Amerika gemahnt: «Freiheit ist ein allgemeines Menschenrecht!» Die Verfassung von Pennsylvanien enthielt Grundsätze, die in keinem anderen Staatswesen jener Zeit verwirklicht oder auch nur angestrebt wurden: Demokratie ohne Standes- und Rassenunterschiede sowie ohne Staatskirche usw. Sie wurden zusammen mit dem Gedanken der Menschenrechte später in die Verfassung der USA, der französischen Republik und immer weiterer Staaten übernommen. 1832 erklärte die Monroedoktrin der USA den europäischen Regierungen, sie sollten sich nicht mehr in die Angelegenheiten unabhängiger amerikanischer Staaten einmischen. Viele Demokraten und andere politisch Verfolgte wanderten in den folgenden Jahrzehnten wieder von Europa nach Amerika aus. Unter den «Achtundvierzigern» ragte vor allem Carl Schurz hervor, der Lincolns Kampfgenosse wurde. Als in den Völkern Asiens der politische Selbständigkeitswille sich regte, wurden die USA auch vielen führenden Farbigen der Hort und das Vorbild der Demokratie und Freiheit. Der jetzige indische Ministerpräsident Nehru sagte, als sein Vaterland noch gegen die britische Kolonialherrschaft um seine Freiheit kämpfte: «Indien ist fern von Amerika, aber mehr und mehr gehen unsere Gedanken zu diesem großen demokratischen Volke, das nahezu allein die Fackel demokratischer Freiheit in einer Welt brennend erhält, die dem Imperialismus und Faschismus, der Gewalttat, der Räu-

* Mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers und des Mitteilungsblattes des deutschen Versöhnungsbundes «Die Versöhnung» bringen wir diesen wichtigen Beitrag über das deutsche Problem.

berei und der Nützlichkeitspolitik schlimmster Art verfallen ist.» Dieses Ansehen genießen die USA heute noch weithin. Sie haben es aber in zunehmendem Maße verloren, besonders in Ostasien durch Ausnahmegesetze gegen Asiaten, Einmischungen und andere Maßnahmen. Heute ist der Staat, der nach dem Siege in zwei Weltkriegen in ungekannter Machtfülle dasteht, in den Augen der einen die Schutzmacht der Demokratie und Freiheit gegenüber dem Bolschewismus, in den Augen der andern dagegen die Vormacht des profitsüchtigen Imperialismus und des Rassendünkels.

Neben den USA ist Ost- und Südasien besonders wichtig. Dort wohnt auf einem Zehntel der Erdoberfläche die Hälfte der Menschheit.

China allein entspricht an Größe und Bevölkerungszahl etwa Gesamteuropa. Es hat reichlich dreimal so viel Einwohner wie die USA, gut doppelt so viel wie die gesamte Sowjetunion. Napoleon I. soll davor gewarnt haben, den «schlafenden Riesen» China zu wecken. Er wurde inzwischen recht unsanft geweckt. Nehru sagte im Januar 1951: «Nach Jahrhunderten der Schwäche ist China zur Hauptmacht Asiens und der Welt geworden. Es wäre falsch, China als einen sowjetischen Satellitenstaat zu bezeichnen.» Das Geschehen in Peking ist keinesfalls unwichtiger als das in Washington oder Moskau. China ist der größte Markt der Erde. Großbritannien versucht ernstlich, ihn für sich offen zu halten. Die USA gaben ungeheure Summen aus, um sich diesen Markt durch Tschiang Kai-shek zu sichern.

China ernährte seine gewaltige Bevölkerungsmenge seit alters her überwiegend durch Kleinbauern, die zugleich ein Handwerk, oft ein Kunsthandwerk (Weberei, Porzellanarbeit usw.) trieben, und gab seinem Volke eine Kultur, die vielen Stürmen standhielt. Der Kolonialismus der Weißen zerstörte diese Wirtschaftsform und Kultur. Er erzwang durch Schmuggel, Kriege, ungleiche Verträge, Vertragsfälschung, Mißbrauch der christlichen Mission, Zollbeschlagnahme, Exterritorialität, käufliche Regierungen und andere ungerechte Mittel die Einfuhr von Opium und besonders von billigen Fabrikwaren. Er schuf so ein ungeheures Kuliproletariat entwurzelter Bauern. Die Folgen dieser Massenproletarisierung waren unnachgiebiger Haß gegen die «fremden Teufel» und ihre Helfershelfer und endlose blutige Erhebungen. Mehr als 100 Jahre, vom Opiumkrieg 1840–1842 ab, kämpfte das chinesische Volk gegen diesen Kolonialismus der Weißen. Verarmte Bauern errichteten 1850 ihr Reich Taiping, d. h. «Großer Friede» gegen die den Weißen hörige kaiserliche Regierung, und breiteten es in unaufhaltsamem Siegeszuge aus. Sie suchten ehrlich gleichberechtigte Freundschaft mit den Weißen durch christliche Missionare, die Verständnis hatten. Französische und britische Truppen jedoch, deren Feuer zuerst nicht einmal von den Taiping erwidert wurde, unterstützten die kaiserlichen Heere. Etwa 20 Millionen Menschen sollen in den Kämpfen, die kein Ende finden wollten, umgekommen sein. Immer neue Unruhen

folgten, wie z. B. die Boxerwirren. 1912 wurde das Kaisertum durch Sun Yatsen beseitigt. Er war ein überzeugter Verehrer der westlichen Demokratie, vor allem der Republiken USA und Frankreich, wurde jedoch bitter enttäuscht, als die Regierungen der Weißen zusammen mit Japan seine käuflichen Gegner durch Anleihen usw. unterstützten, um so ihre ungerechten Vorrechte und Vorteile zu wahren. Auf diese verzichtete freiwillig nur das inzwischen kommunistisch gewordene Rußland. Es bot auch die Hilfe an, die die Demokratien vorenthielten, und gewann so schließlich 1923 Sun Yatsen und andere Führer Chinas. Durch Bürgerkriege, Einmischung Japans und große Waffen- und Geldlieferungen der USA an Männer wie Tschiang Kai-shek wurde China jahrzehntelang weiter verheert. Immer mehr Millionen verarmten völlig neben einer Minderheit, deren Besitz an Geld, Macht und Land sich mehrte. Diese Massenproletarisierung des chinesischen Volkes hat nun zur Diktatur des Proletariats, zum Sieg des Kommunismus in Gesamtchina, Verteilung des Bodens an Kleinbauern und entschlossener Absperrung des Kolonialismus, Kapitalismus und Imperialismus geführt.

Es mag dahingestellt bleiben, ob China «kommunistisch» ist und wie weit chinesischer und russischer Kommunismus einander gleichen und sich vertragen werden. Der gemeinsame Feind zwingt heute China und die Sowjetunion, sich zu einem gewaltigen Block zusammenzuschließen. Dieser umfaßt zwei der vier Großmächte von heute und morgen, das größte Volk Asiens und das größte Volk Europas, neben vielen Vasallenstaaten. Er hat außerdem überzeugte und entschlossene Verbündete nicht nur in Nachbarländern, wie Korea, Vietnam und Persien, sondern auch unter dem Proletariat in allen Erdteilen, besonders unter den Farbigen. Der Kolonialismus der Weißen hat ja überall unter den Farbigen, in Indonesien, Afrika, Lateinamerika und sonst, eine Massenproletarisierung zur Folge gehabt, die den Boden für eine Diktatur des Proletariats vorbereiteten. Die USA sind in den Augen der Farbigen stark belastet durch die Rassenschranke und Lynchjustiz in den USA selbst, durch die Verwendung der Atombombe gegen ein farbiges Volk, durch die Drohung mit der Atombombe in Korea, durch die Kriegführung in Korea und Einmischung in asiatische Angelegenheiten beim Betonen der Monroedoktrin für Amerika, durch das Zurückhalten der Weizenlieferungen an das hungernde Indien u. a. m. Frankreich gilt in den Augen führender Farbiger für besonders unverständig und stur, weil es in Indochina und selbst in seinem kleinen indischen Kolonialbesitz nicht dem klugen Beispiel folgt, das Großbritannien gegenüber Indien, Pakistan, Ceylon und Burma und Holland gegenüber Indonesien gab. Großbritannien gewann durch die weise Politik seiner Labourregierung gegenüber den damaligen südasiatischen Kolonien beträchtlich an Achtung bei vielen Farbigen; es befindet sich aber gegenüber der Sowjetunion und China stark im Hintertreffen

durch das, was im Commonwealth noch geschieht, z. B. in Südafrika mit den Herero und anderen Farbigen.

Das zweitgrößte Volk Asiens und der Erde wohnt in Indien. Es ist ebenfalls vorwiegend ein Volk von Kleinbauern und Handwerkern mit alter Kultur. Mumien von Pharaonen sind bereits in indischen Musselin gehüllt. Die Kolonialherrschaft der Weißen zerstörte die indische Heimweberei, machte das große Land zu einem gewinnbringenden Markt für europäische Fabrikgewebe und schuf auch hier ein ungeheures Kuliproletariat. Die «große Meuterei» 1857/58 wurde niedergeschlagen. Die Unruhen und Attentate aber hörten in dem völlig entwaffneten und entrechteten Kolonialvolke nicht auf. Sie steigerten sich besonders, als Großbritannien die Erfüllung der Versprechen hinausschob, die es Indien im ersten Weltkriege für Waffenhilfe gegeben hatte, und sich Gewalttaten wie das Blutbad von Amritsar zuschulden kommen ließ. Tilak, der damalige Führer der indischen Freiheitsbewegung, knüpfte – lange vor Sun Yatsen – Beziehungen zu Moskau an, starb aber.

Sein Nachfolger *Gandhi* führte bahnbrechende neue Gedanken in die Staatskunst ein – etwa wie seinerzeit Penn. Die amerikanischen Kolonien hatten ihre Freiheit einst durch blutigen Aufstand erkämpft. Auf demselben Wege hatte das französische Volk seine bürgerlichen Freiheiten errungen. Marx hatte gelehrt, das Proletariat müsse, um frei zu werden, eine vorübergehende Diktatur des Proletariats als nötige Vorstufe einer klassenlosen Gesellschaft erkämpfen. Das russische Proletariat hatte unter Lenins Führung diesen Weg beschritten. Sun Yatsen focht in blutiger Erhebung Jahr um Jahr um die Freiheit Chinas. Für die Befreiung eines Volkes oder einer unterdrückten Schicht galt ganz allgemein als der selbstverständliche und einzige Weg die gewalttätige, blutige Revolution. Gandhi jedoch empfahl sie weder seinem geknechteten Volke noch den rund 80 Millionen sozial entrechteter, unterdrückter «Kastenlosen». Er stellte auch nicht die Diktatur des Proletariats als Übergangsziel des großen indischen Proletariats auf; er förderte vielmehr auf jede Weise die Entproletarisierung: er schuf eine Volksbewegung für die Wiederbelebung der Heimweberei, gegen Alkoholismus und andere Volksschäden, für die Gleichberechtigung der Frau, für ein neues, lebensnahes Erziehungswesen usw. Er weckte vor allem unermüdlich die höchsten Kräfte, die Ehrfurcht vor dem Göttlichen in jedem Menschen, im «Kastenlosen», in der Frau, im Gesunkenen, im Feinde, im Unterdrückten und Unterdrücker. Er lehrte das völlig waffenlose Volk, in solcher Kraft das stärkste Weltreich jener Zeit nicht zu hassen und nicht zu fürchten, aber unnachgiebig zu bekämpfen und zu überwinden und dann mit ihm in einem Staatenverbande zusammenzuarbeiten. Im Zweiten Weltkriege versuchten die Demokratien, Indien «gegen die Diktaturen» zu militarisieren, während Japan, siegreich an Indiens Grenze stehend, es «gegen die Imperialisten» zu den Waffen rief. Beide Seiten fanden einige indische Parteigänger.

Jedoch Gandhi, Nehru und andere warnten ihr Volk, es solle sich nicht durch Schlagworte fangen lassen, in Angst und Haß jagen, hörig machen und militärisch mißbrauchen lassen. Sie nahmen dafür Verfolgung und lange Haft auf sich. Aber Indien ließ sich nicht militarisieren und zum Vasallen der Demokratien oder Diktaturen machen. Unter Gandhis Führung wurde so in einer langen nichtgewalttätigen Revolution oder Umwälzung die politische Freiheit Indiens und die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Inder, auch der «Kastenlosen», errungen. Indien wurde frei, ohne daß es wie China durch endlose Kämpfe und Bürgerkriege mit Einmischungen Fremder, Waffenlieferungen und Verräterei verwüstet wurde, und ohne daß es sich gegen den Handel oder geistigen Austausch mit irgendeinem Volke abschloß.

Ohne Kriegsschiffe und Luftwaffe, mit einem kleinen übernommenen Heer, für das die Ausgaben eingeschränkt wurden, ist dies zweitgrößte Volk Asiens und der Erde doch eine der vier Großmächte von heute und morgen. Es ist nicht geraten, Indien zu vergrämen. Es ist ein äußerst wichtiger Markt. Es ist der menschenreichste Staat im Commonwealth. Seine Stimme findet in der UNO und sonst, zumal bei den ehemaligen und jetzigen Kolonialvölkern, stärkste Beachtung. In dem großen Gegensatz unserer Tage zwischen «Ost» und «West» stehen heute zwei große Mächte, China und die Sowjetunion, auf kommunistischer Seite, eine, die USA, auf kapitalistischer. Indien ist weder kapitalistisch noch kommunistisch, aber auch nicht neutral im Sinne von gleichgültig, vielmehr unablässig tätig an der Lösung der großen gemeinsamen Aufgaben der heutigen Weltpolitik, nämlich der Rassenfrage, der sozialen Frage und der Friedensfrage. Indien tritt immer wieder für die farbigen Kolonialvölker ein. Es warnt davor, die Freiheitsbestrebungen dieser Völker als «kommunistisch» abzutun oder zu verdächtigen. Indien lehnt aus seinen Erfahrungen den kapitalistischen Imperialismus noch schärfer ab als den Kommunismus. Es bemüht sich aber vor allem unermüdlich, den Völkern der Erde den drohenden Krieg zwischen den USA einerseits und China und Sowjetunion anderseits und ihren Bundesgenossen und Vasallen zu ersparen. Indien stimmte in der UNO gegen den Antrag der USA, der China als Angreifer brandmarkte. Es besteht darauf, daß China nach Lake Success eingeladen wird. Es weigert sich, an Verteidigungsmaßnahmen oder auch nur an militärischen Besprechungen teilzunehmen. Als Indiens Bitte um Weizen für seine hungernde Bevölkerung von den USA mit Zaudern und Vorbehalten beantwortet wurde, erklärte es, es werde jede Hilfe abweisen, die mit politischen Bedingungen verknüpft sei; es erhielt, bevor der amerikanische Senat sich doch zur Hilfe entschloß, Reis von China und Weizen von der Sowjetunion. Großbritanniens Bitte, als ein Vermittler im iranischen Oelkonflikt einzugreifen, lehnte Indien ab. Dem Friedensvertrag mit Japan, der den USA militärische Stützpunkte in Asien einräumt, verweigerte Indien die Anerkennung.

Ohne für «West» oder «Ost», für Kapitalismus oder Kommunismus, einseitig Stellung zu nehmen, bemühten und bemühen sich indische Staatsmänner unermüdlich um Rassengleichheit und Entproletarisierung, soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden für alle. Diese Fortsetzung der Staatskunst Gandhis weckt weiten Widerhall, zumal unter den bisher oder noch unter Kolonialherrschaft stehenden Völkern. Die Staatskunst der anderen Großmächte findet weniger Bundesgenossenschaft und Vertrauen. Von den nahezu 2 Milliarden Menschen auf der Erde wohnen etwa 590 Millionen in den 44 Staaten, deren Vertreter für die Brandmarkung Chinas stimmten, ebenso viel in den 7 Staaten, die sich dagegen erklärten, und der Rest in Ländern, die sich der Stimme enthielten oder in der UNO nicht vertreten sind, die europäischen Stimmen wurden dabei größtenteils unter stärkstem amerikanischem Druck mit großer Zurückhaltung gegeben; Asien verhielt sich ablehnend gegen die Wünsche der USA.

Das Geschehen in Neu-Delhi ist für den Frieden der Welt und auch für Europa nicht weniger wichtig als das in Washington, Moskau und Peking.

2. Europas Provinzen

Welche Aufgaben stellt diese Weltlage uns heutigen Europäern?

Europa muß lernen, eine andere Rolle als in der Zeit seines Kolonialismus zu übernehmen. Ein paar Jahrhunderte lang konnte Europa durch seine überlegene Technik die andern Teile der Erde beherrschen. Heute ist die Technik keineswegs mehr Europas Alleinbesitz, weder die des Aufbaus, noch die der Zerstörung des Krieges.

Die große Mehrheit der Menschheit ist farbig. Sie glaubt nicht mehr an eine technische, militärische, geistige, auch keineswegs mehr an eine sittliche Überlegenheit der Weißen und an die eigene rassische Minderwertigkeit. Sie verlangt Rassengleichheit. Es war immer ungerecht und unklug, Menschen um ihrer Abstammung oder Hautfarbe willen als niedrige «Nigger» oder «Schepsels» zu behandeln. Heute ist es mehr als je eine Versündigung nicht nur am Menschentum und seinem Ursprung, sondern auch an aller offensichtlichen Wirklichkeit und Vernunft. Die Lösung der Rassenfrage ist heute geschichtlich fällig. Wir Europäer von heute dürfen uns darin nicht beirren lassen, auch wenn in den USA, Südafrika oder sonstwo Unrecht der Kolonialzeit verteidigt wird.

Die große Mehrheit der Farbigen ist durch den Kolonialismus proletarisiert. Sie verlangt heute stärker nach Entproletarisierung oder Diktatur des Proletariats. Die Lösung der sozialen Frage ist heute geschichtlich fällig. Sie wird auch in Europa immer brennender. Europa verarmt. Gewinnbringende Kolonial-, Rohstoff- und Absatzgebiete gingen und gehen ihm mehr und mehr verloren. Spanien, einst der reichste Staat der Erde, ist sehr arm geworden. Großbritannien, vor kurzem noch der reichste Staat der Erde, der Gläubigerstaat, ist heute ein Schuldnerstaat,

muß sich um Anleihen in Abhängigkeit begeben, schränkt verantwortungsbewußt Verzehr und Einfuhr ein und sucht sich mit allen Mitteln Ausfuhr und Märkte zu sichern. In der Übergangszeit vom Reichtum des Kolonialismus zu undurchsichtigen neuen Verhältnissen stehen bisher wohlhabende Länder Europas vor großen Schwierigkeiten der Ausfuhr, der Arbeitslosigkeit, der Währung und der sozialen Unruhe. Auch in Europa ist ein immer größeres Proletariat herangewachsen, das Entproletarisierung oder Diktatur des Proletariats fordert.

Dazu haben wesentlich Europas Kriege beigetragen. Großbritannien ist durch zwei siegreiche Kriege verarmt und in Schuldknechtschaft geraten. Die Zeit ist vorbei, wo europäische Staaten ihre unproduktiven Kriegsausgaben durch Kolonialgewinne wettmachen konnten. Das russische Proletariat verelendete bei allem Reichtum des Mutterlandes und der Kolonien durch den Krieg gegen Japan und den Ersten Weltkrieg so sehr, daß es in erbittertem Umsturz die Diktatur des Proletariats aufrichtete. Durch den Zweiten Weltkrieg brach über nahezu Gesamteuropa von den Pyrenäen bis zur Wolga eine gesteigerte Verarmung und Proletarisierung als Folge der Selbstzerfleischung herein. Europa ist kriegsmüde, es kennt den Krieg im eigenen Lande. Als die Gefahr, daß der Krieg in Korea ausgeweitet würde, besonders ernst drohte und den britischen Ministerpräsidenten nach Washington trieb, konnte er seine Warnung dort wirklich im Namen aller Völker Europas vorbringen.

Die Lösung der Friedensfrage ist heute geschichtlich fällig. Grenzländer wie Finnland, Schweden, Indien und andere vermeiden es sorgfältig, sich militärisch oder sonst an den «Westen» oder «Osten» zu binden. Die Staaten des Atlantikpaktes können selbst mit amerikanischer Hilfe die Lasten der Rüstung nicht tragen, ohne die Lebenshaltung zu senken, und suchen sie auf andere abzuwälzen. (Der holländische Verteidigungsminister Cornelis Staf erklärte Pressevertretern:

«Die Organisation des Atlantikpaktes liegt jetzt im Sterben.») Mehrere britische Minister traten deshalb zurück. Wo finden die USA einen zuverlässigen Vasallenstaat für einen längeren Krieg in Europa? Und steht es ähnlich nicht auch mit den Vasallen des Ostens? Was an politischen Beweggründen auch hinter der von Moskau geförderten «Friedensbewegung» stehen mag – es ist ohne Zweifel, daß die ostdeutsche, tschechische, polnische, ungarische, rumänische und auch die russische Bevölkerung in ganz überwiegender Mehrheit nicht wieder Kriegsgebiet sein will. West- und Osteuropa sind eine Schicksalsgemeinschaft. Wenn sie sich wie Nord- und Südkorea in einen Krieg gegeneinander treiben ließen, würden sie diese Schicksalsgemeinschaft sehr eindringlich wieder erfahren.

Die jetzige Weltlage stellt uns Europäern von heute wie den Indern und anderen die Aufgabe, ernstlich an der Lösung der miteinander eng verknüpften Rassen-, Friedens- und sozialen Fragen zu arbeiten.

Diese Aufgabe ist in Europa besonders schwierig und zugleich besonders dringend. Unvereinbare Wirtschaftsformen, Staatsformen und Weltanschauungen zerreißen unseren kleinen Erdteil in eine östliche und eine westliche Hälfte. Amerika und Afrika sind nicht so zerrissen und können die europäische Lage wenig verstehen. Asien befindet sich zum überwiegenden Teil heute in kommunistischer Hand; nur in Randgebieten hält sich der Gegner des Kommunismus, der Rest Asiens steht weder auf der einen noch auf der anderen Seite.

Gesamteuropa entspricht an Größe und Bevölkerung etwa China, seine Staaten chinesischen Provinzen. Europa hat aber bis jetzt nicht die gleiche staatsbildende Kraft und Einheit schaffende Kultur wie China bewiesen. Europas Provinzen handelten immer wieder nicht europäisch, sondern provinziell gegeneinander. Sie bekämpfen einander um Weltanschauungen, Märkte, Kolonien usw. Sie fühlten sich in den letzten Jahrhunderten als die Großmächte und Weltmächte. Sie pflegten einen engen Nationalismus, der die Europäer hinderte, sich als Europäer dieser oder jener Provinzialität zu fühlen.

Die nordische Provinz Europas, Skandinavien, ist vielleicht auf dem Wege, den Europa jetzt zu gehen hat, am weitesten. Sie bringt für die Lösung unserer heutigen europäischen Aufgaben die größte Befähigung mit. Skandinavien ist nicht wie Großbritannien, Frankreich, Belgien usw. in koloniale Händel verwickelt. Dadurch stehen den Skandinaviern weithin Türen offen. Skandinavien steht auch in seinen Bemühungen um die Lösung der sozialen Fragen an der Spitze der Provinzen Europas. Es ist vorbildlich, wie Finnland nach dem letzten verlorenen Kriege für seine Flüchtlinge sorgte und sie vor der Proletarisierung bewahrte, Skandinavien konnte seine sozialen Aufgaben besser erfüllen, weil es die Früchte der Arbeit weniger als andere europäische Länder für unproduktive Ausgaben (für Rüstungen) vergeudete, vielmehr lernte, Frieden zu halten und zu pflegen und Streitfragen auf menschenwürdige Weise zu lösen. Finnland gibt heute ein Beispiel auch für aufrechtes Europäertum zwischen Ost und West. Schweden zeigt ein ähnliches Verhalten. Norwegen und Dänemark haben gegen die Nazidiktatur Freiheit, Würde und Menschlichkeit auf besonders ritterliche Weise zu verteidigen sich bemüht. Fridtjof Nansen kämpfte so zur Zeit darum, daß sein Vaterland kein Anhängsel oder Vasall wäre. Bei aller warmen Liebe für sein Heimatland war er aber der vorbildliche Europäer weiten Blickes und weiten Herzens. Er war ein aufrichtiger Freund des Westens, keineswegs ein Kommunist, aber klarblickend offen für Schatten- und Lichtseiten hüben und drüben und unbeirrbar in vornehmer Menschlichkeit. Er war auch ein aufrichtiger Freund des Volkes im Osten und auch seiner sowjetischen Staatsmänner. Sein Buch «Rußland und der Friede» und sein Verhalten zeigen das. Als nach dem Ersten Weltkriege Rußland unter schwerer Hungersnot litt, mühte sich niemand mehr um Hilfe für die hungernden Menschen als Nansen. Es ist heute noch richtung-

weisend für Europas Gegensätze, seine Aufgabe und Zukunft, was Nansen damals über «die Realpolitik der Nächstenliebe» sagte und wie er sie selbst wagemutig und bahnbrechend verwirklichte, als die Regierungen des Westens für sein dringendes Bitten und Mahnen taub blieben und, obwohl Lebens- und Transportmittel zur Hand waren, 6 Millionen Russen, meist Kinder, Kranke, Alte und Frauen, verhungern ließen, weil sie eine kommunistische Regierung hatten. Es gilt, dies Europäertum von Nansens Art heute überall, namentlich in unserer Jugend, zu bilden und zu pflegen, damit Europa nicht sich selbst zerfleischend seine Rolle verliert, sondern sie vielmehr in Zukunft besser als bisher zwischen West und Ost weiterführend aufbauend spielen kann.

Es tut allen Provinzen unseres kleinen, verarmenden und zerrissenen Erdteiles dringend not. Skandinavien hat uns in Elsa Brandström, Mathilda Wrede, Graf Bernadotte und andern weitere Europäer mutiger, vornehmer Menschlichkeit geschenkt.

3. *Provinz Deutschland*

Das deutsche Volk hat wegen seiner Bevölkerungszahl, seiner Lage und Geschichte eine wichtige Rolle für Europas Zukunft zu übernehmen. Es ist etwa doppelt so zahlreich wie das französische oder das englische Volk, das zweitgrößte Volk Europas, nur von dem russischen übertroffen. Es bildet die Mitte Europas, grenzt an den Osten wie an den Westen und wird von beiden als etwaiger Bundesgenosse des Gegners gefürchtet, als eigener gewünscht. Deutschland ist Grenzland wie Finnland, Schweden usw., aber wichtiger als die anderen europäischen Länder der Grenze zwischen «West» und «Ost». Zurzeit ist es zerrissenes Grenzland. Wird es das bleiben können? Polen bleibt trotz wiederholter Teilungen nicht geteilt. Auf welche Seite kann sich ein geeintes Deutschland stellen? Oder kann es als europäische Provinz der Mitte eine andere Aufgabe für Europa und mit Europa haben und erfüllen?

Als das russische Proletariat seine Diktatur aufrichtete und allen Interventionen des Westens trotzdem aufrecht erhielt, bestand in Deutschland ein Proletariat beschränkten Ausmaßes. Es war vor allem Industrieproletariat der Großstädte. Es mußte besonders hart hungern und erzwang das Ende des Krieges. Die siegreichen Staaten des Westens handelten damals auch dem deutschen Volke gegenüber nicht europäisch, sondern engsichtig provinziell, wie es Europas Provinzen bisher gewöhnt sind. Sie ließen das deutsche Volk hungern und dann fronen. Trotzdem lehnte damals das deutsche Volk, auch sein Proletariat, zum großen Teile die Diktatur des Proletariats ab. Wie wäre die Geschichte verlaufen, wenn damals mit dem größten Volke Europas auch das zweitgrößte den Schritt zur Diktatur des Proletariats getan hätte? Was wäre aus dem Kapitalismus, aus dem Klerikalismus, aus dem Kolonialismus geworden,

zumal auch das größte Volk Asiens damals unter Sun Yatsen sich Moskau näherte? Die Haltung des deutschen Volkes ist damals von entscheidender Bedeutung gewesen.

Politische Kurzsichtigkeit des Westens als Folge wirtschaftlichen Eigennutzes verhinderte dann Deutschlands wirtschaftliche Gesundung und bereitete den Boden für die Diktatur Hitlers. Nationalistische Diktatur mit Massenabschlachtung des armenischen Volkes, Konzentrationslagern und Terrormaßnahmen gegen die Griechen usw. wurde im Ersten Weltkrieg und danach in der Türkei unter Kemal Pascha eingeführt. Sie breitete sich nach vielen Ländern Ost- und Südeuropas aus, wurde aber vom deutschen Volke verabscheut, bis Massenarbeitslosigkeit die soziale politische Unruhe schuf, die Hitler zur Macht brachte.

Die Entscheidung des deutschen Volkes für diesen Weg hatte die furchtbarsten Folgen für dieses Volk selbst wie auch für die anderen Völker Europas.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges brachte eine Massenproletarisierung über das deutsche Volk, die ohne Vergleich in seiner Geschichte ist. Im Osten wurden weit über 10 Millionen meist bäuerlicher und sonst bürgerlicher Bevölkerung mit einem Schlage entwurzeltes, besitzlose Proletariat. Ein Heer von Ausgebombten, entrechteten ehemaligen Nationalsozialisten und Berufssoldaten und von Jugendlichen, die keine Lehrstelle finden, vermehrt ihre Zahl. Viele Arbeitsstätten sind im und nach dem Kriege zerstört worden. Deutscher Wettbewerb auf den Außenmärkten, um die andere sich streiten, ist höchst unerwünscht und erschwert. Auswandern können nur verschwindend wenige gesunde Arbeitskräfte. Alle Arbeitsunfähigen bleiben hier und sind auf geringe Fürsorge angewiesen. Auf jeden, der verdient, kommt eine unverhältnismäßig große Zahl Unterstützungsbedürftiger.

Welche Rolle wird dieses plötzlich neuentstandene deutsche Massenproletariat für die Zukunft Deutschlands und darüber hinaus spielen? Eine starke politische Gärung unter den Heimatvertriebenen, Entrechteten und anderen ist unverkennbar. Zwar hat der Kommunismus wegen der Erfahrungen, die viele mit östlicher Diktatur gemacht haben, bisher kaum irgendwelche Werbekraft in Deutschland, obwohl der einzige größere Versuch der Entproletarisierung der Bodenreform in Ostdeutschland war. Aber die andern politischen Parteien, denen Gruppen wie die Neureichen oder «satten Bonzen» angehören, verlieren sichtlich mehr und mehr das Vertrauen. Je mehr Proletariat, Verarmung und politische Unruhe, desto mehr vorbereiteter Boden für eine Diktatur des Proletariats oder eines Abenteurers. Je weniger Proletariat, desto weniger Aussicht auf eine Diktatur des Proletariats oder eines «Abenteurers». Das heutige deutsche Proletariat unterscheidet sich von dem früheren darin, daß ihm einzelne und Gruppen mit politischer, militärischer und anderer Erfahrung angehören. Die chinesische Massenproletarisierung durch Kolonialismus, Bürgerkrieg, Interventionen usw.

führte zu Zuständen, denen gegenüber der Kommunismus Ordnung bedeutete.

Politischer Radikalismus wächst wieder in Deutschland. Fremde Mächte säen dazu in das aufgewühlte Land bitterste Gegensätze. Unser Volk ist nicht einig. Unvereinbare Wirtschaftsformen, Staatsformen und Weltanschauungen zerreißen unser Land. Wir haben zwei deutsche Regierungen, die wirtschaftlich und weltanschaulich stark an fremde, einander feindlich gesinnte Großmächte gebunden sind. Es ist natürlich, daß viele Deutsche und ebensosehr auch Nichtdeutsche brennend wünschen, Deutschland sollte ein Einheitsstaat östlicher oder westlicher Prägung werden. In Korea gelang es bisher weder dem Norden noch dem Süden, das Vaterland, das viele Jahrhunderte hindurch ein Einheitsstaat gewesen ist und nun plötzlich ungefragt von Fremden weltanschaulich und wirtschaftlich zerrissen wurde, durch überlegenen militärischen Zugriff zu einigen, obwohl es zeitweilig zu gelingen schien. Fremde Heere stehen in Korea, werfen einander ärgste Brutalitäten vor und finden kein Ende ihres Krieges im fremden Lande. Der Krieg schleppt sich hin und droht sich auszuweiten. Wer hat ihn noch in der Hand? Dürfen wir einen ähnlichen Versuch im Herzen Europas wiederholen?

Unsere deutsche Geschichte weist uns auf einen anderen Weg. Ein Eiserner Vorhang zerriß einst unser Volk in Katholiken und Protestanten. Sie führten gegeneinander endlose kalte Kriege mit Massenaustreibungen und anderen diktatorischen Maßnahmen und dreißig Jahre einen blutigen Krieg, indem sie Fremde ins Land holten, um es verheerend zu «befreien». Sie bewiesen damit, daß dieser Katholizismus und Protestantismus, die sich so am Volke versündigten, beide nicht die rechte Frömmigkeit waren, die, der Art Jesu und der Wirklichkeit entsprechend, in allen Menschen, auch in Feinden, die göttliche Herkunft und göttliche Mitgift achtet. Allen kalten und blutigen Kriegen, Bündnissen und Interventionen aber gelang es nicht, Deutschland zu einem konfessionellen Einheitsstaat wie Spanien, Schweden und viele andere Länder zu machen. Unser Volk mußte einen andern Weg suchen, der nach und nach Staaten und Kirchen zu mehr Duldung, Freiheit und Erkenntnis ihrer Aufgabe führte.

Katholische und protestantische Regierungen mußten lernen, nebeneinander zu bestehen, einander anzuerkennen, an gemein-deutschen Aufgaben zusammenzuarbeiten und mit dem Gang der Geschichte sich zu ändern. Katholizismus und Protestantismus sind noch unvereinbar. Aber je mehr sie in Jesuart in wechselseitiger Achtung dem Frieden und dem Volke dienen, desto mehr erweisen sie ihren Wert und ihre Bereitschaft, in die rechte Frömmigkeit hineinzuwachsen. Ihr dreißigjähriger unentschiedener Weltanschauungskrieg war Versündigung an deutscher und religiöser Pflicht. Heute steht Deutschland vor einer ähnlichen Aufgabe wie nach dem Dreißigjährigen Kriege. Die Welt braucht heute

dringend, daß westliche und östliche Regierungen lernen, nebeneinander zu bestehen, einander anzuerkennen, an gemeinsamen Aufgaben zusammenzuarbeiten und mit dem Gang der Geschichte sich zu ändern. Deutschland aber braucht diese Staatskunst heute dringender als irgendein anderes Land Europas, denn es ist nicht einfach Land des Westens oder des Ostens, sondern zerrissenes Grenzland mit zwei Regierungen geworden. Mag man auch eine der beiden unvereinbaren Wirtschaftsformen, Weltanschauungen oder Staatsformen für allein möglich und gültig halten, wie nur je Menschen eine Kirche für allein selig machend hielten, so wäre doch jeder Versuch, einen deutschen Einheitsstaat durch Bündnisse, kalten und blutigen Krieg, Interventionen usw. zu verwirklichen, ein Verbrechen, ganz gleich, welche Weltbeglückungstheorie, welche zeitweilige militärische Ueberlegenheit usw. dahinter stehen würde. Solange keine bessere Lösung der unvereinbaren Gegensätze erarbeitet werden kann, brauchen wir Deutsche, ob wir Christen, Atheisten, Kapitalisten, Sozialisten, Kommunisten oder sonst etwas sind, wenigstens so viel Einsicht wie deutsche Katholiken und Protestanten nach – nicht vor – dem Dreißigjährigen Krieg. Die Staatsmänner, die für Koreas Elend und für die Blutopfer amerikanischer, chinesischer und anderer Familien verantwortlich sind, besitzen noch nicht so viel Staatskunst wie die Schöpfer des Westfälischen Friedens. Deutsche Staatsmänner aber müssen diese Staatskunst suchen und verwirklichen um unseres Volkes willen. Sie werden damit auch anderen Völkern einen notwendigen Dienst leisten und Weltanschauungen, Wirtschafts- und Staatsformen helfen, mehr und mehr ihren Auftrag zu erfüllen. Auch Weltanschauungen, Wirtschafts- und Staatsformen haben ihren Wert dadurch zu beweisen, daß sie dem Frieden und dem Volke dienen. Weltanschauungen, Wirtschafts- und Staatsformen, die Völker in Kriege stürzen, sind noch nicht die rechten.

Unser Volk strebt nach Einigung. Es braucht Staatsmänner im Westen wie im Osten, die diese Einigung ehrlich fördern, so unvereinbar ihre Weltanschauungen auch sein mögen. Fremde, die Deutschland und vielleicht Europa kaum kennen, mögen denken, sie könnten Deutschland einfach zerschneiden und sich dabei ein gutes Stück abschneiden. Sie ahnen wohl kaum, wie bitter und unheilvoll dieser Schnitt ist. Deutsche Staatsmänner aber haben kaum eine wichtigere Aufgabe als die, diesen Schnitt zu heilen. Andere kann unser Volk auf die Dauer nicht ertragen.

Dieser Kampf um die deutsche Einheit muß vornehm ausgetragen werden, und die Staatsmänner, die ihn führen, müssen dem Volke und vor allem der Jugend darin ein Vorbild sein. Man müßte im Einigungswillen unbeirrbar sein, immer wieder gute Vorschläge machen, dem Gegner nichts nachtragen, vielmehr vorbildlich achtungsvoll von und zu ihm sprechen, etwa so, wie Gandhi es stets tat. Man müßte den Gegner suchen und besuchen, um sich mit ihm zu einigen und das Volk

zu einigen, das voll Sehnsucht darauf wartet. Man müßte es vermeiden, die Deutschen im anderen Teile des Vaterlandes aufzuwiegeln. Wir dürfen uns durch nichts davon abhalten lassen, offen gegeneinander zu sein. Wir müssen einen neuen, oft verkannten und nicht selten auch uns noch nicht bekannten Weg gehen im Gehorsam gegen die innerste Bestimmung unseres Volkes und im Vertrauen auf den, der über ihm waltet. Es gilt, unserem geschändeten Volke Achtung zurückzugewinnen durch vornehme Menschlichkeit und Kühnheit,wie sie Nansen auszeichnete. So würden wir beitragen zur Bereinigung der heute die Menschheit bedrängenden Fragen.

Solange Europa im Herzen des Erdteils, in Deutschlands Mitte, zerrissen ist, ist Europa gelähmt und kann seine Rolle im heutigen Weltgeschehen zwischen West und Ost nicht recht spielen. Deutschland muß erst wieder europäische Provinz der Mitte sein. Weder der Westteil noch der Ostteil Deutschlands sind eine europäische Provinz Deutschlands. Beide sind vielmehr blutende Fetzen und ein Krankheitsherd gefahrvoller Massenproletarisierung und politischer Unruhe im Herzen Europas.

Dem Westen wie dem Osten würde ein schlechter Dienst geleistet, wenn die künstliche Grenze, die Deutschland in wunde Stücke reißt und Europa lähmt und bedroht, durch eine Militarisierung von West- und Ostdeutschland gegeneinander noch tiefer gerissen würde.

Unser Volk ist *bitterarm*, viel ärmer als vor der Militarisierung durch Hitler. Es hat viel mehr Witwen, Waisen, Krüppel, Obdachlose, Vertriebene, gefährdete Jugend usw. und viel größere Schwierigkeiten der Industrie, Ausfuhr und Einschaltung in die Weltwirtschaft. Dieses verarmte Volk hungern und frieren zu lassen und neben Besetzungskosten, Kohlenlieferungen usw. mit unproduktiven Militärausgaben zu belasten, würde eine schwerere Verantwortung bedeuten, als Hitler übernahm. Steuererhöhungen, Preissteigerungen, Lohnkämpfe, Warenmangel für die Zivilbevölkerung, Abstriche an sozialer Fürsorge und dergleichen mehr sind die unvermeidlichen Begleiterscheinungen der Rüstung. Unser Volk ist schon ein sozialer Krankheits- und Unruheherd im Herzen Europas. «Hitler hat doch recht gehabt, er muß wieder kommen», heißt es schon stärker und stärker. Ist das erfreulich für den Westen oder Osten oder für Deutschland, Europa und die Menschheit? Wenn eine deutsche Regierung die dringendsten sozialen Pflichten versäumt, so züchtet sie einen Radikalismus, gegen den keine Militarisierung schützt. Wir dürfen über unserer oder fremder Feindschaft nicht die Not unserer Volksgenossen vergessen. Wir müssen mit größtem Ernst entproletarisieren. Wir müssen uns Finnland zum Vorbild nehmen und wie dort die Vertriebenen und andere bodenständig und krisenfest machen, soviel nur irgend möglich ist. Wir müssen Heime, Gärten usw., aber nicht Kasernen und Exerzierplätze schaffen. Dieser vordringlichen Regierungsaufgabe können wir nicht Milliarden ent-

ziehen, um sie für unproduktive Rüstung, die keine Sicherheit bringt, und für die Vergrößerung der Not zu vergeuden.

Unser Volk ist *zerrissen*. Wenn wir Westdeutschland und Ostdeutschland gegeneinander militarisieren, wenn wir z. B. unsere westdeutsche Jugend für die Verwüstung von Weimar, Wittenberg, Dresden und anderen Städten und für das Massentöten ostdeutscher Kinder und Frauen ausbilden und ausrüsten und umgekehrt Ostdeutsche für eine solche Eroberung Westdeutschlands, dann laden wir Verantwortung für einen Bruderkrieg auf uns, die Hitler nicht zu übernehmen brauchte. Welche Regierung könnte eine solche Verantwortung tragen? Gemeinsame Aufgabe der deutschen Regierungen ist es, die Grenze in Deutschland abzubauen. Militarisierung aber befestigt sie, besetzt sie mit deutschen Bewaffneten und Geheimagenten gegeneinander und hindert ihre Überschreitung und Beseitigung. Militarisiert wirken West- und Ostdeutschland als Angsterreger aufeinander.

Unser Volk ist *rüstungsunwillig und kriegsmüde*. Es ließ sich von Hitler noch großenteils willig militarisieren. Das ist jetzt ganz anders. Hitlers Irrweg wurde vielen eine ernste Warnung. Die große Mehrheit unseres ganzen deutschen Volkes will jetzt keine Rüstung und keine militärische Bindung an Westen oder Osten. Welche Regierung lädt die Verantwortung auf sich, dies bitterarme, zerrissene Volk gegen seinen Willen zur Militarisierung zu zwingen?

Ein militarisiertes Deutschland wirkt als Angsterreger auch auf Frankreich, Holland, Polen, Tschechei und andere Nachbarländer. Unserem Volk haftet ringsum noch der Ruf an, daß es ganz besonders militaristisch und das Volk der Kriegsverbrechen ist. Selbst wohlwollende Nichtdeutsche sind davon überzeugt. Um so weniger darf eine deutsche Regierung verschleiern, wie fragwürdig der Militarismus vielen Deutschen geworden ist, nachdem wir unter allerbittersten Opfern seine selbstzerstörende Wirkung erfuhren. Erst recht den Staaten, die sich selbst für «friedliebend» hielten und darum unser Volk aus ihrer Gemeinschaft ausschlossen, die jetzt aber gegeneinander rüsten und Vasallen suchen, darf keineswegs verschleiert werden, wie das ganze deutsche Volk bis auf eine geringe Minderheit über solche Rüstungszumutung denkt.

Es wäre ein sehr zweifelhafter Gewinn für eine Großmacht, wenn sie die Militarisierung eines Teiles von Deutschland für sich erreichte. Sie würde damit im deutschen Volke tiefe Abscheu und Erbitterung gegen sich selbst und gegen ihre deutschen Parteigänger wecken, wie es etwa in China der Fall war. Sie würde den andern Teil Deutschlands und Nachbarländer Deutschlands um so besorgter machen und der gegnerischen Großmacht zutreiben und ausliefern. Ein militarisierter Teil Deutschlands wäre heute Anhängsel, Schachfigur, Befehlsempfänger eines fremden Militarismus und Imperialismus.

Wachsendes Mißtrauen gegenüber westlichem wie östlichem Imperialismus und Militarismus breitet sich auf der Erde aus, auch unter den Vasallen von hüben und drüben. Man fürchtet, in kalte Handels- und Wirtschaftskriege und in blutige Verwicklungen unübersehbarer Art wie in Korea verstrickt zu werden. Die Völker leiden unter dem Verlust der Freiheit. Grenzländer und andere sind sehr darauf bedacht, die Freiheit zu wahren und zu pflegen. Indien, voll Friedenswillen und Freundschaft gegenüber Westen und Osten, ist Vorkämpfer der Freiheit gegen jeden Imperialismus und findet mehr und mehr Bundesgenossen bei den Völkern, die die Fremdherrschaft abschütteln und zugleich friedenswilligen Völkern die Türen öffnen.

Wenn wir Deutschen in dieser Weltlage unsere Zerrissenheit einfach hinnehmen und selbst bejahen, ja noch verschlimmern, wenn wir unsere geistigen Fähigkeiten großenteils im Streit gegeneinander anstatt füreinander und für die Zukunft verbrauchen, wenn wir zwei kleine Vasallen von West und Ost werden, in unserer Armut gegeneinander rüsten und uns gegeneinander ausspielen lassen, so verurteilen wir uns selbst zu Bedeutungslosigkeit, Würdelosigkeit und Schlimmerem. Wir versündigen uns an deutscher und religiöser Wirklichkeit und Pflicht. Dagegen bietet die heutige Weltlage uns eine Aufgabe, Bedeutung und Zukunft, die der besten deutschen Geschichte sich würdig anreihen kann, wenn unser Volk einig ist, das heißt wenn es die Einheit zwischen den Proletarisierten und dem übrigen Volke in gewissenhafter, vordringlicher Fürsorge für die Armen verwirklicht, wenn es in achtungsvoller Anerkennung der unvereinbaren Gegensätze neue Wege und Kräfte zur Einheit erarbeitet – diese Einheit ist religiöse Wirklichkeit, denn in jedem Menschen, Kommunisten wie Kapitalisten, Atheisten wie Christen, ist etwas Göttliches – und wenn es sich von jedem Imperialismus in ehrlichem, mannhaftem Friedenswillen gegenüber jedem Volke in West, Ost, Nord und Süd fernhält.

Deutschlands Weg in die Zukunft ist auf alle Fälle schwer, voller Mühe, Entbehrungen, Kampf, harter Opfer und geistigen Suchens. Echter Friedenswille ist nicht Ablehnung, sondern Pflege von Zucht, Ordnung, Einsatzbereitschaft, Hingabe, Kameradschaft, Treue, Mut, Willensstärke und Ritterlichkeit. Er kann nur mit ritterlichen Waffen kämpfen. Er schafft im Herzen Europas nicht eine Wüste, einen Vulkan oder Krankheitsherd, sondern eine Provinz, die den Sinn der Mitte erfüllt.

Wilhelm Mensching

(«Die Versöhnung» ist durch den Verlag in Zwiefalten [Württemberg] zu beziehen.)

Eine neue Ordnung ist im Entstehen

Diese Worte von Pierre von Paaßen, die in der Januarnummer der «Neuen Wege» wiedergegeben werden, bieten uns einen Trost in dieser verworrenen, von Kriegsgeschrei widerhallenden Zeit. Was weiß unsere Presse zum Beispiel von der neuen Ordnung in China zu berichten? Die Illustrierten bringen ganze Bilderseiten vom bevorstehenden Kampf Tschiang Kai-sheks um die Wiederherstellung der alten Ordnung, andere Blätter berichten ausschließlich von Exekutionen der Gegner des Regimes, so daß man den Eindruck eines ewigen Bürgerkrieges erhält. Man muß zu den Berichten greifen, die direkt aus dem Lande kommen, wenn man etwas genaueres über die Vorgänge in China erfahren will. Da wir nicht chinesisch lesen können, sind wir auf die Publikationen in englischer Sprache angewiesen, wie zum Beispiel die «China Pictorial» im Format der «Schweizer Illustrierten» (ohne eine einzige Reklame). Dieses Monatsheft erscheint in Peking in chinesischer, russischer, englischer, mongolischer, tibetanischer und uighurischer Sprache. Eine kleinere Zeitschrift, die «People's China» erscheint zweimal im Monat in Peking auf Englisch und ist für Leser in UdSSR, Indien, USA und Kanada, Großbritannien und Hongkong bestimmt (Foreign Language Preß). Die Artikel über politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Probleme Chinas und die guten Illustrationen bieten eine Fundgrube für den interessierten Leser.

Weiter gibt die Cultural Preß, Peking, eine fast 300seitige Broschüre heraus, die Proben der neuesten chinesischen Literatur enthält. (Chinese Literature, No. I, Autum 1951.) Auch kleine Broschüren werden von der Foreign Language Preß veröffentlicht, so wie «A Story of Heroic Reconstruction», (Eine Geschichte des heroischen Wiederaufbaus) oder «How the Tillers Win Back Their Lands» (Wie die Bauern ihr Land zurückgewinnen), beide illustriert. Wie man sieht, können die Leute im Westen, die englisch lesen, sich nicht ausreden, es werde nichts über China publiziert. Joseph Needham, Lektor in Biochemie an der Universität von Cambridge, und früher Direktor des Sino-British Science Cooperation Bureau in Tschungking, erklärt im Vorwort zu einer Sammlung von zeitgenössischen chinesischen Holzschnitten (1950) (übrigens auch in deutscher Sprache erhältlich): «Die Menschen des Westens wissen unerhört wenig von den Lebensbedingungen der Völker Asiens. Sie können sich die erdrückende Armut dieser Menschen nicht vorstellen.» Um nur ein Beispiel zu geben: ist uns bewußt, was es bedeutet, daß man in China mit 2 Prozent der Gesamtenergie pro Kopf der Bevölkerung auskommen muß, die die Amerikaner zur Verfügung haben? (vgl. Blackett, «Angst, Krieg und die Atombombe.» S. 124.) Diese chinesischen Zeitschriften helfen uns die Lage der Menschen Chinas zu verstehen. Wir sehen, wie sie sich in langer Reihe anstellen,

um einen Damm zu bauen, schwere Klumpen Erde von Hand zu Hand reichend. Wir sehen, wie Gruppen von Menschen, wie Zugtiere, die schweren Kähne stromaufwärts schleppen oder wie bei Meliorationsarbeit je zwei Männer einen schweren Korb voll Erde oder Steine tragen, der von einer Stange auf ihren Schultern hängt, wie ferner Arbeiter mit den primitivsten Mitteln riesige Felsblöcke zerlegen müssen. Als die Brücke über den Perlenfluß repariert werden sollte, fehlte es an allem, was dazu nötig war. Aber im Flusse selbst lagen die zerbrochenen Teile der alten Eisenbrücke. Wie sollte man diese wertvollen Bestandteile herausholen und den Fluß freimachen ohne Kran? Die Bootsleute dachten: «Wenn wir nur das Meer dazu bringen könnten, uns zu helfen! Das Meer ist stärker als irgendein Kran.» Ebbe und Flut sind bis Kanton hinauf spürbar. Es wurde denn auch gemacht. Die Flut wurde eingespannt und die alte Brücke aus dem Fluß gehoben. Wie der alte Bootsmann sagte: «Genossen, so bald wir, das Volk, das Land zu regieren beginnen, bekommt jeder von uns vier Arme, vier Beine und ein Doppelgehirn.»

«Er war langsam wie eine Schnecke
Und faul dazu,
Wenn du ihn riefst,
Brummte er ...
Heute ist er flink wie ein Wiesel
Und willig dazu.
Du brauchst
Nur einmal zu winken,
Und im Nu
Ist er da ...
Warum?
Er ist die Meute
Der Sorgen los,
Hat dreimal am Tag zu essen.
Seine Frau
Hat das Jammern vergessen ...»

Zwei Millionen solcher Menschen haben neuerdings den Huaifluß unter Kontrolle gebracht. Seit Jahrhunderten hat dessen Einzugsgebiet mit seinen 50 Millionen Einwohnern unter Überschwemmungen gelitten, mehr als je nachdem Tschiang Kai-shek 1938 den Gelben-Fluß-Damm zerstörte. Seither haben diese vielen Menschen Dämme gebaut, Schlamm weggeräumt, 80 Millionen Kubikmeter Erde von der Stelle bewegt, dreimal soviel als nötig war, um den Suezkanal zu bauen. Schon jetzt spricht man von einer Ernte, wie man sie seit Jahren nicht mehr gesehen hat. Kein Wunder, daß die Bauern dankbar sind.

«Mao, unser Familienvater,
Großer Bruder, du,
Lehrer und guter Berater,
Du hältst den Huaifluß im Zaum,
Zwingst ihn zum Frieden
Mit Dämmen und Wällen,
Daß unsere Felder nicht mehr versinken,
Daß unsere Hütten nicht mehr zerschellen,
Im Wirbel der gelben gefräßigen Wellen,
Drum singen wir alle aus voller Lung:
Zehntausend Jahre für Mao Tse-tung!»

Dieser Enthusiasmus ist nicht nur unter den Bauern zu spüren. In Tientsin zum Beispiel, einer Zweimillionenstadt, die 90 Jahre lang einer der berüchtigsten Vertragshäfen war, wo die Chinesen von fremden Truppen beherrscht wurden, hat das Leben neuen Sinn bekommen. Seit 1949 sieht man keine ausländischen Uniformen mehr auf der Straße. Es wird nicht mehr für die Reichen allein gesorgt, sondern für das ganze Volk. Früher importierte dieser Hafen Konsumgüter und Luxuswaren. Im Jahre 1950 wurden statt dessen Maschinen eingeführt, 3,6 mal soviel wie im Jahre 1949. Früher wurde kein einziges Motorfahrzeug in China hergestellt. Letztes Jahr bauten Tientsiner Arbeiter die ersten Motorfahrzeuge, «chinesisch vom Motor bis zum Pneu». Dazu kommen Dieselmotoren und Gasmotoren sowie Trolleybusse, die von den Tientsiner Arbeitern selbst gemacht werden. Damit soll nicht die Maschine als solche verherrlicht werden, aber wie aus dem Vorhergehenden ersichtlich ist, bedeutet sie dem modernen Chinesen wirklich Befreiung von schwerster Fronarbeit. Das Leben der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, hat sich stark verändert. Wasserleitungen werden gelegt, und zum erstenmal in der Geschichte Tientsins darf man wagen, ungekochtes Wasser zu trinken. Die Kanalisation ist in einem Jahr weiter ausgedehnt worden als in den 11 Jahren vor der Befreiung. Neue Spitäler werden gebaut, 1950 wurden über eine Million Menschen gegen Pocken geimpft. Man sagt, daß dieses Jahr jedes siebenjährige Kind die Schule besuchen werde. Der kleine Garten vor Gordon House – einer der Orte, zu welchen früher «Chinesen und Hunde» keinen Zutritt hatten, wird nun ein Vergnügungspark für alle.

Ebenso erfreulich ist die Beschreibung des neuen Lebens der Kulis in Peking. Vor der Befreiung gab es über 500 Transportunternehmer, besser gesagt Transporttyrannen, in Peking, die die Stadt unter sich teilten wie Feudalherren. Sie betrachteten die Arbeiter als ihre Sklaven und beherrschten die Kulis durch Schuldverschreibungen und, wenn nötig, mit nackter Gewalt. Die Kulis schliefen im Sommer oft auf der Straße, im Winter zusammengepfercht in irgend welchen Löchern. Unterernährung und Krankheit war ihr Los. Wenn einer von ihnen starb, wurde

er außerhalb der Stadtgrenze verscharrt. Heute sind diese armen Kulis Menschen geworden. Die Transportarbeiter gründeten mit Hilfe der Regierung eine Pekinger Transportgesellschaft. Die Arbeiter bekommen 85 Prozent des Fahrgeldes für sich. Die Taxen sind festgesetzt, man braucht nicht darüber zu streiten. Alle Gelder werden von den Arbeitern selbst verwaltet, durch ihre Gewerkschaft. Ihr Lohn ist der gleiche wie der eines Bureauarbeiters oder eines mittleren Beamten. Viele dieser Arbeiter wohnen in neuen Wohnungen. Sie können sogar heiraten. Von 26 Arbeitern, die in einer Station unverheiratet waren, als die Transportgesellschaft gegründet wurde, haben 23 Frauen gefunden. Sie sind sehr stolz über ihre Erholungsstätte, wo sie Schach, Tischtennis und Billard spielen oder in der Bibliothek lesen lernen oder das Gesundheitszentrum besuchen können. Vor drei Jahren waren sie Kulis, heute lesen sie Bücher, bilden Zeitungsgruppen, besprechen Weltereignisse, kaufen sogar neue Kleider. Sie sind Bürger geworden.

Auch für andere Arbeiter wird das Leben leichter. Seit der Befreiung sind zum Beispiel neue Methoden des Bergbaus eingeführt worden, die die körperliche Anstrengung der Bergarbeiter und die Gefahren vermindern. Neue, zinsfreie Häuser werden für sie gebaut. Für die ärztliche Fürsorge brauchen sie nicht zu bezahlen. Durch Klassenunterricht hoffen sie das Analphabetentum innerhalb von zwei Jahren abzuschaffen. In der Textilindustrie, die früher halbkolonial betrieben wurde, fängt man an, die Bedürfnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht zu ziehen. Beleuchtung, Ventilation, Temperatur und allgemeine Sauberkeit der Arbeitsräume werden allmählich besser. Sicherheitsmaßnahmen sind eingeführt worden. Die neuen Spitäler und Kliniken bieten einen weitaus besseren Gesundheitsdienst. Die Bilder, die die Mädchen in ihren weißen Schürzen und Hauben zeigen, wie sie im Hof Zeitungen und Bücher betrachten oder dem Tanz zuschauen, machen einen fröhlichen Eindruck.

Bücher spielen überhaupt eine größere Rolle im Leben des Durchschnittschinesen wie früher. 271 Millionen Bücher wurden allein letztes Jahr gedruckt. Im alten China waren 85 Prozent der Bevölkerung Analphabeten. In den letzten 20 Jahren hat man in den revolutionären Zentren (Yenan usw.) die besten Methoden der Bildung der Bevölkerung ausprobiert, und nun, sagt der Leiter der Aufsichtskommission des Erziehungsministeriums, machen wir auf Grund der Erfahrungen der Sowjetunion riesige Fortschritte. Es bestehen heute 440 000 Primarschulen mit 37 Millionen Schülern, das heißt 45 Prozent mehr als im Jahre 1946. Für Arbeiter und Bauern gab es früher überhaupt keine Erziehung. Aber

«Wer die Schule scheut,
Der wird nicht gescheit,
Zum Lernen
Ist kein Mensch zu alt.»

Auf dem Lande ist der Durst nach Schulung der gleiche. Letztes Jahr wurden die regulären Schulen von 10 Millionen Bauern besucht. Die 5100 Mittelschulen zählten 1 570 000 Schüler im Jahre 1951. Es gibt auch 200 Lehrerbildungsanstalten. Man sieht, daß mehr als nur ein Anfang gemacht worden ist. Mao sagte zwar kürzlich, nicht nur in bezug auf Erziehung: «Die Leistungen der letzten zwei Jahre, verglichen mit den Aufgaben, die vor uns stehen, sind bloß der erste Schritt in einem 10 000-km-Marsch.»

Trotz allem sind die Chinesen stolz auf ihre Leistungen, zum Beispiel darüber, daß dreimal mehr Zeitungen herausgegeben werden als im Jahre 1948, das heißt 6 Millionen. Die Briefträger spielen bei der Verbreitung der Zeitungen eine große Rolle. Sie wetteifern in der Werbung von neuen Abonnenten, die dann ihren Beitrag durch die Post bezahlen. Die Briefträger sehen ihre Abonnenten jeden Tag und können die verschiedenen Publikationen mit ihnen besprechen. Sie haben sogar Zeitungslesergruppen unter den Bauern organisiert, damit Analphabeten über die Ereignisse auf dem Laufenden gehalten werden.

Auf Ausstellungen als Schulungsmittel wird im neuen China großer Wert gelegt. Während der letzten zwei Jahre gab es in Peking allein deren 1000. Viele dieser Ausstellungen werden im Kaiserpalast untergebracht, in der «Verbotenen Stadt», die nun für alle Bürger zugänglich ist. Großes Interesse wird dem kulturellen Erbe Chinas gewidmet. Solche Ausstellungen waren nie von so großen Menschenmengen besucht wie jetzt. Natürlich ziehen die zeitgenössischen Ereignisse die Menschen besonders an, das Leben der nationalen Minderheiten zum Beispiel, die Kontrolle des Huaiflusses, chinesische Architektur, Eisenbahnbau, Bergbau, Sowjetfilme usw. Selbstverständlich wird auch die Geschichte der chinesischen Revolution dargestellt, unter anderem der heldenhafte lange Marsch von Kiangsi nach Nordchina des Jahres 1934/35, den 90 000 Männer, Frauen und Kinder mitmachten. Die Julinummer des «China Pictorial» bringt historische Bilder aus jener Zeit wie auch vom Widerstand gegen japanische Aggression (1937 bis 1945) und von Yenan, dem Herzen der Volksrevolution. Wie entscheidend wichtig diese Vorbereitungszeit in Yenan war, schildert in «People's China» (Oktober 1951) der indische Gesandte in China, K. M. Panikkar. In den 20 000 Höhlen von Yenan befanden sich Universität, Spitäler, Zeitungsbüros sowie Verwaltungszentren. Panikkar versucht sich ein Bild von Yenan zu machen, als es die zweite Haupstadt Chinas war. «Yenan», sagt er, «war ein Versuch, ein neues Leben zu schaffen. Bodenreform wurde zuerst hier durchgeführt, neue Erziehung, neue Wirtschaft usw. wurden hier ausprobiert. Es ist unmöglich, das neue China zu verstehen, ohne Yenan gesehen zu haben, denn die Wurzeln vieler Dinge liegen in jenen Berghöhlen.»

Wie fundamental wichtig die Bodenreform für die neue Entwicklung in China war, ist bekannt. Madame Sun Yatsen (Soong Ching-

Ling) schreibt, die Bewegung werde bis Frühjahr 1952 fast zu Ende geführt sein. «Im großen ganzen dürfen wir nun sagen, das Land gehört den Bebauern. Es ist schwer, all die Arbeit zu schildern, die mit dieser Bodenreform verbunden war, die Geduld der Bauern, ihre Intelligenz und Kaltblütigkeit und ihr Mut angesichts der Gefahr.» Heute haben die Bauern ihr Land, sie lernen zusammen zu arbeiten. Die Genossenschaften spielen in China eine wichtige Rolle. Ein schönes Beispiel dieser Zusammenarbeit zeigt der Kampf gegen die Heuschreckenplage. Es wurde in China ein Insektenvertilgungsmittel entwickelt, «666», das wirkungsvoller sein soll als DDT und fünfmal billiger. Es wird von einem tiefffliegenden Flugzeug aus auf die Felder verteilt. «Mao hat drei unserer vier Feinde ausgerottet», sagte ein Bauer, «die Banditen, die tyrannischen Grundbesitzer und die Überschwemmungen. Nun kommt er noch einmal und hilft uns, den letzten Feind, die Heuschrecken, austilgen.»

Diese Freude am neuen Leben kommt denn auch im «Gesang des befreiten Bauern» zum Ausdruck:

«Ich bin die Flur, auf der mein Büffel weidet,
Ich bin das Korn, das Keimen und das Reifen,
Ich bin die Frucht, die meine Sichel schneidet,
Ich bin der Hüter meines Bodens und sein Sänger,
Ich bin der Acker selbst, der grünt und gelbt,
Und auch das Blau, das sich darüber wölbt.»

Es wäre sonst noch viel zu berichten aus diesen Zeitschriften, über die Befreiung der Frau, die neue Kinderfürsorge, den Gesundheitsdienst (in den öffentlichen Bädern von Peking muß man sogar einen ärztlichen Ausweis mitbringen, daß man keine ansteckende Krankheit hat), und vieles andere mehr. Wie man sieht, hat sich das Leben der 475 Millionen Chinesen schon stark verändert. Und doch ist dies erst ein Anfang, aber ein Anfang, der Hoffnung auf eine bessere Zukunft erlaubt.

«Die großen Menschen,
Die wahrhaft großen,
Wird unser Jahrhundert
Erst gebären.»

So schreibt Mao Tse-tung. Und ein anderer Dichter:

Nicht die Liebe zum Kampf, noch die Verachtung des Todes
Hat euch zu Kämpfern gemacht,
Was euch kämpfen gelehrt, war der Durst nach Wahrheit,
Und die Liebe zum Mensch.»*

* Die Gedichte sind dem «Gesang der Gelben Erde», Nachdichtungen aus dem Chinesischen, von F. C. Weiskopf (Dietz-Verlag, Berlin 1951) entnommen.

Wenn das so ist, warum sollte man dieses System ausrotten und Tschiang Kai-shek mit Waffengewalt zurückbringen wollen? Die amerikanische Zeitschrift «Life» hat soeben eine sehr lehrreiche Nummer (1. Dezember 1951) über Asien herausgegeben. Darin schreibt ein Inder, Frank Moraes, Redaktor der «Times of India»: «Wenn es China zu beweisen gelingt, daß seine Methoden den Millionen Nahrung und Arbeit sichern, während Indien in dieser Hinsicht versagt, so wird ganz Asien an den Kommunismus verloren gehen.» Was den Redaktor von «Life» nicht hindert hinzuzufügen: «Die USA müssen dem Kommunismus in Asien begegnen, wo sie nur können. Das heißt, kämpfen in Korea, Indochina, Burma und wo immer der Kommunismus kämpft.» Man sollte meinen, das Ungenügen einer so negativen Politik wäre für jedermann ersichtlich. Ist es nicht eher die Aufgabe des Westens, zu einem friedlichen Aufbau Chinas beizutragen? China ist für Hilfe, wenn sie im rechten Geiste geboten wird, dankbar. Wer einen Einfluß auf China ausüben will, muß als Freund kommen, nicht als Feind.

Millicent Furrer-Proud

Worte

Das ist das Wunderbare an Gott, daß er die Gebete nicht erhört. Es ist zwecklos, um Befreiung von der Pest zu bitten, solange die Kloaken in die Themse fließen ... Gott legt seine ganze Macht, seine eigenen, lebenerzeugenden Gesetze in die Hände des Menschen. Er stellt uns frei, durch den Gehorsam gegenüber diesen Gesetzen den Menschen zu schaffen, wie er es zuläßt und durch Verletzung dieser Gesetze den Menschen zu verheeren. *Florence Nightingale*

Wir laufen seelenruhig dem Abgrund entgegen, nachdem wir uns irgend etwas vor die Augen getan haben, was uns hindert, den Abgrund zu sehen. Ohne Christus kann die Welt nicht bestehen. Sie muß notwendigerweise entweder zerstört werden, oder eine Hölle sein.

Pascal

WELTRUNDSCHAU

Krieg mit China! Während für den Augenblick – das heißt bis zur Vollendung der westmächtlichen Aufrüstung – in Europa ein gewisser Ruhezustand eingetreten ist, drohen im Fernen Osten neue, unheilvolle Entwicklungen. Ihres nur halb erfolgreichen Korea-Krieges müde und der Verschleppungstaktik überdrüssig, die,

wie sie sagen, die Nordkoreaner und Chinesen bei den Waffenstillstandsverhandlungen üben (nur sie?), scheinen die Amerikaner entschlossen, zu einem *Gewaltschlag gegen China* auszuholen. Der Labourabgeordnete Crossman, der kürzlich in den Vereinigten Staaten war, berichtet in einem aufsehenerregenden Brief an den «New Statesman» fast bestürzt von der zunehmend kriegerischen Stimmung, die dort bis in die höchsten Kreise hinauf herrsche. «Man braucht nur den Stillen Ozean zu erwähnen, und die kühle, vernünftige Atmosphäre, in der über Europa diskutiert wird, macht der schwülen Hitze moralischer Dogmatik und antikommunistischen Kreuzfahrertums Platz ... Anders als wir betrachten sich die Amerikaner als bereits im Krieg mit China stehend ... MacArthur, der Alte Soldat, hat sich verflüchtigt, aber der MacArthurismus hat sich behauptet und schweißt nun Isolationisten und Internationalisten zu einem fugenlosen Meinungsblock zusammen, der keinerlei unabhängiges Denken über diese Sache zu dulden gewillt ist ... Während Amerika ganz bestimmt nicht kriegsmäßig an Rußland denkt (? H. K.), findet es sich mit der Unvermeidlichkeit einer Kraftprobe im Pazifik ab. Diejenigen, die es am besten wissen sollten, versichern mir, daß Acheson selbst der grimmige Vorkämpfer dieses Kurses geworden sei und nun glaube, es sei Amerikas Pflicht, die Vereinten Nationen zu überzeugen, daß, komme was da wolle, China für seinen sündhaften Angriff bestraft werden müsse.» Und in einem späteren Artikel schreibt Crossman: «Daß ihre Jungen nach Korea geschickt werden, hängt jetzt als Drohung über allen amerikanischen Eltern, und die fast einhellige Stimmung ist, daß mit diesen sinnlosen Verlusten irgendwie Schluß gemacht werden muß. Wenn Truman nicht durch einen Waffenstillstand damit Schluß machen kann, wird die Forderung nach einer Bombardierung der mandschurischen Stützpunkte fast unwiderstehlich werden, desgleichen die Schlußfolgerung, die einem demokratischen Präsidentschaftskandidaten zum Verhängnis werden könnte, daß General MacArthur schließlich doch recht hatte.»

Das Bedenklichste an der Sache ist, daß Amerikas Verbündete einer Ausdehnung des Korea-Krieges auf China – und wohl auch auf Indochina – keinen Widerstand mehr zu leisten gewillt sind. Hatte Attlee noch vor einem Jahr mit seinem Blitzflug nach Washington Truman davon abzuhalten vermocht, MacArthur freie Bahn zu geben, so hat Churchill jetzt vor versammeltem amerikanischem Parlament erklärt, Großbritannien werde dann unverbrüchlich zu seinem großen Freund stehen, wenn dieser im Falle eines Zusammenbruchs der Verhandlungen in Korea zu einer «raschen, entschlossenen und wirksamen Aktion» gegen China greife. Und im Unterhaus bestätigte Churchill, wenn auch etwas ausweichend-orakelhaft, diese Solidaritätskundgebung ausdrücklich, ohne sich durch die Unruhe beirren zu lassen, die weitherum im britischen Volk durch sein, wenn auch «formloses», Washingtoner Versprechen hervorgerufen worden ist. Es muß darum schon fast ein Wunder ge-

schehen – ein Wunder *aus den Völkern heraus* –, wenn das Weltunglück abgewehrt werden soll, das ein wenn auch noch so «begrenzter» Krieg Amerikas (oder der Vereinten Nationen) gegen China heraufbeschwören müßte[1].

Sowjetkommunismus Natürlich sieht auch bei uns, wie in den Vereinigten Staaten, die vorherrschende öffentliche Meinung in diesem ganzen düsteren Geschehen wieder die Hand Moskaus, die schon den Korea-Krieg ausgelöst habe und nun auch China vollends in einen Krieg stoßen wolle, der die Kräfte Amerikas weiterhin festlegen und erschöpfen müsse[2]. Es fügt sich darum vielleicht ganz sinnvoll in den Rahmen unserer Weltbetrachtung ein, wenn wir diese Rundschau vornehmlich der *Sowjetunion widmen*. Freilich nicht in erster Linie ihrer Außenpolitik – die mag wieder ein anderes Mal drankommen –, sondern ihrer inneren Lage und ihrem politischen und sozialen Regime im allgemeinen, aus dessen realistischer Würdigung sich erst die rechten Schlußfolgerungen auch auf die russische Außenpolitik ziehen lassen.

Eine solche Würdigung des Sowjetregimes stößt allerdings auf zwei außergewöhnliche Schwierigkeiten. Einmal wissen wir von der Sowjetunion trotz allem, was schon über sie geschrieben wurde, doch immer noch sehr wenig und namentlich wenig Zuverlässiges. Der «Eiserne Vorhang», den die Russen – wie ich überzeugt bin: aus Furcht vor Überschwemmung mit Spionen und Organisatoren der Gegenrevolution – vor ihren Grenzen herabgelassen haben, macht es dem gewöhnlichen Sterblichen des Westens fast unmöglich, sich aus eigener Anschauung ein Bild von den Verhältnissen in der Sowjetunion zu machen. Sodann aber wird das Allermeiste, was bei uns über das Sowjetregime gesagt und geschrieben wird, durch sture Parteileidenschaft derart beeinflußt,

---

[1] Die amerikanische Regierung scheint darauf zu spekulieren, daß China aus seiner Verbindung mit der Sowjetunion herausgenommen und dem westmächtlichen Lager zugeführt werden könne. Foster Dulles, der Hauptbeauftragte des Außenministeriums für die Behandlung der ostasiatischen Fragen, sprach im außenpolitischen Ausschuß des Senats ganz offen davon, daß die Politik der Vereinigten Staaten darauf gerichtet sein müsse, eine solche Wendung mit allen Mitteln herbeizuführen. Welches diese Mittel sein sollen – so bemerkt dazu der Washingtoner Korrespondent der «Detroit News» (5. Februar) –, ist freilich noch nicht klar; «ziemlich sicher werden sie jedoch eine Verbindung von Versprechungen für wirtschaftliche Hilfe an China und von Strafmaßnahmen darstellen für den Fall, daß Peiping weiterhin mit Moskau zusammenarbeiten will». Also wieder einmal Zuckerbrot und Peitsche! Und davon erwartet man in Washington Erfolg gegenüber dem 450-Millionen-Volk der Chinesen!

[2] Churchill rechnete gerade dieser Tage dem Unterhaus vor, «daß es den Sowjets gelungen sei, ohne einen einzigen russischen Soldaten zu riskieren, zwischen dem Suezkanal und Korea Dutzende von alliierten Divisionen zu binden, welche in Europa ... dringend benötigt würden.» («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 222.) Die Sowjets in Kairo, die Sowjets in Persien, die Sowjets in Indochina — les Soviets partout!

daß meistens ein ganz verbogenes und verzerrtes Gesamtbild herauskommt.

Was kann unsereins angesichts dieser Umstände tun, um dennoch ein der Wirklichkeit einigermaßen nahekommendes Urteil über die Sowjetunion zu gewinnen? Der Schreibende weiß nur eines: sich nach bestem Wissen und Gewissen bemühen, aus dem Wust der Berichte das herauszuarbeiten, was ihm nach seiner Kenntnis der Menschen und Dinge am ehesten die Gewähr für Zuverlässigkeit zu bieten scheint, einerlei ob es nun dem Sowjetregime günstig oder ungünstig lautet. Er hat das seit jeher so gehalten und gedenkt es weiter so zu halten, gleichgültig, was für eine Etikette ihm von der einen oder anderen Seite angehängt wird. Auch die folgende, selbstverständlich schon des Raumes wegen nur ganz skizzenhafte Darstellung gründet sich auf dieses Streben. Unter den neueren Quellen für die Erkenntnis der sowjetischen Tatsachen nenne ich zwei, aus denen ich für die Zwecke dieser Rundschau besonders viel geschöpft habe: Das Januar-März-Heft des «Political Quarterly», der großen englischen Vierteljahrsschrift, das ganz der Sowjetunion gewidmet ist und ausschließlich Aufsätze erstklassiger britischer und amerikanischer Rußland-Spezialisten (meist Hochschullehrer) enthält; sowie das soeben erschienene kleine Buch «We *saw* Socialism» («Wir *sahen* den Sozialismus») von Charlotte und Dyson *Carter*, einem kanadischen Ehepaar, das im Frühjahr 1951 die europäische Sowjetunion kreuz und quer durchreist hat. Die politischen Urteile, die die Carters abgeben, kann man annehmen oder verwerfen; ihre Tatsachenfeststellungen tragen für mich so sehr den Stempel der Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit, daß ich sie weithin benützen zu dürfen glaubte.

Diktatur und Demokratie Die Sowjetunion ist ein Diktatur- und Polizeistaat. Das ist eine Tatsache. Der politische Wille wird «oben» gemacht und nach «unten» durchgesetzt – nicht umgekehrt, wie in einer Demokratie. Grundsätzliche Opposition gegen den «oben» festgelegten Kurs wird nicht geduldet; Widerstrebende oder auch nur Verdächtige werden erbarmungslos ausgemerzt oder mindestens zur Umerziehung in die Arbeitslager gesteckt. Daß wir all diesen Terror, alle erzwungene Gleichschaltung, alle Polizeiwillkür, allen Staatsabsolutismus und jede Unmenschlichkeit, die in der Sowjetunion geschieht, verabscheuen und von der Unfähigkeit dieser Mittel, den erstrebten Zweck zu erreichen, überzeugt sind, bedarf keiner besonderen Beteuerung. Das genügt aber nicht. Wir können den Antikommunismus des Westens keineswegs als sittlich oder religiös vertretbare Haltung gegenüber Rußland und dem gesamten Kommunismusproblem annehmen. Gerade hier beginnen erst die entschei-

denden Fragen[3]. Der Sowjetkommunismus ist eine viel zu revolutionäre und viel zu komplexe Erscheinung, als daß er mit derlei simplizistischen Mitteln erledigt werden könnte, sei es auch «nur» gedanklich und moralisch!

Eine sachliche, gerechte Würdigung des Sowjetregimes wird vor allem vier grundlegende Tatsachen im Auge behalten müssen:

1. Die «Diktatur des Proletariats» (oder über das Proletariat) ist zunächst einfach die Antwort auf die Diktatur des *Zarismus*, des feudalen Absolutismus und des mit ihm verbundenen primitiven Kapitalismus gewesen. Nach den ganzen geschichtlichen und geistigen Verumständungen, wie sie 1917, inmitten des Zusammenbruchs des alten Rußland und des dadurch entstandenen Chaos, vorlagen, konnte ein neues Rußland nicht anders als durch die gewalttätige Revolution der Bolschewiki geschaffen werden, die übrigens mit einem Mindestmaß von Blutvergießen verbunden war. Wären die Menschewiki und ihre bürgerlich-liberalen Verbündeten am Ruder geblieben, so wäre die Revolution gescheitert und die Gegenrevolution hätte triumphiert. Wenn die «demokratischen» Westmächte diesen Verlauf der Dinge hätten vermeiden wollen, dann hätten sie rechtzeitig den Zarismus isolieren und zu gründlichen Reformen aller Art zwingen müssen. Sie haben das nicht getan, nicht einmal gewollt; sie stützten vielmehr den Zarismus auf jede Weise, verbündeten sich mit ihm politisch, ließen ihr Bürgertum Kapitalanlagen in Rußland machen, die in die vielen Milliarden gingen, halfen so das russische Volk ausbeuten und machten sich in hohem Maße mitschuldig an den unerträglichen Zuständen, die schließlich die gewaltsame Revolution herbeiführten[4].

2. Noch mehr: sie unterstützten seit 1917 in aller Form die russische *Gegenrevolution*, organisierten die kriegerische Intervention gegen den Sowjetstaat und provozierten so die bis zum Terror gehende Verschärfung der kommunistischen Diktatur der zwanziger Jahre. Diese Entwicklung fand ihre Fortsetzung in den dreißiger Jahren, als – ermutigt und großgezogen durch die Westmächte – der deutsche Nazismus begann,

---

[3] Mit diesen Fragen wollen wir uns im Laufe dieses Jahres eingehend auseinandersetzen. (Das Redaktionskollegium.)

[4] Auch Professor G. D. H. *Cole*, der bedeutende Oxforder Nationalökonom, der ein aktives Mitglied der Labourpartei ist, weist in seinem großen Werk über die Probleme der Nachkriegswelt (Seite 800 f.) darauf hin, daß die russischen Revolutionäre gar keine andere Wahl hatten als Amboß oder Hammer zu sein. «Die Revolution hätte nicht die Macht gewinnen können, ohne unduldsam zu sein ... Die Sowjetunion erbte die Unduldsamkeit vom Zarismus, und es ist unrealistisch, zu urteilen, als ob sie die gleichen geschichtlichen Gründe hätten wie wir, die Redefreiheit und die Freiheit vereinigten Handelns zu verehren ... Die Ersetzung der Klassenmacht des zaristischen Systems durch die organisierte Klassenmacht des russischen Proletariats, wie es in der Kommunistischen Partei organisiert ist, war ein wirklicher demokratischer Sieg, auch wenn er nicht zur Aufrichtung einer demokratischen Regierung nach westlichem Muster führte.»

die Sowjetunion zu unterwühlen und vermeintlich sturmreif zu machen. Die Führung der Sowjetrepublik setzte der von außen kommenden gegenrevolutionären Gewalt ihre revolutionäre Gewalt entgegen; um das «Land des Sozialismus» gegen die Feindseligkeit der kapitalistischen Außenwelt zu behaupten, war ihr eben jedes Mittel recht – genau wie für *ihre* Zwecke die kapitalistische Welt von jeher gleichfalls jedes tauglich scheinende Mittel anwendete und noch heute anwendet.

3. Auf den unteren Stufen der staatlichen Rangordnung der Sowjetunion ist der *Selbstverwaltung des Volkes* ein breiter Raum zugeteilt. Das anerkennt auch Professor John N. Hazard von der Neuyorker Columbia-Universität in seiner Studie über Zentralismus und Föderalismus in der Sowjetunion, die im «Political Quarterly» enthalten ist; es wird mit besonderem Nachdruck in dem erwähnten Buch der Carters hervorgehoben. Über ihren Besuch in der Verwaltung des Sowjets des Dscherschinsky-Bezirkes in Moskau – bestehend aus 229 gewählten Mitgliedern – berichten sie beispielsweise, daß dieser Sowjet (Rat) unter anderem die ausgedehntesten Vollmachten auf dem Gebiete des Wohnungsbaus, des Schulwesens und der Sozialhygiene hat. Er baut, besitzt und verwaltet alle nicht von Privaten erstellten Wohnhäuser, also die weitaus große Überzahl; er ordnet das Schulwesen selbständig, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule, eingeschlossen die Ferienkolonien, in denen 13 000 Kinder ihre Sommerferien verbringen; ihm untersteht die ganze Gesundheitsfürsorge mitsamt dem Betrieb der Spitäler und anderen Anstalten für Krankenpflege und -betreuung; er verwaltet das ganze Sozialversicherungswesen (Alters-, Mütter-, Unfallrenten usw.). Und zwar auf höchst unbürokratische, direkte Art. Wenn ein Arbeitender irgendeinen Anspruch, eine Reklamation oder sonst einen «Fall» vorzubringen hat, dann braucht er sich nicht an irgendeine ferne, ihm gänzlich unbekannte Instanz zu wenden, die dann nach irgend welchen unergründlichen Reglementen und Paragraphen schließlich entscheidet; er geht zu seinem örtlichen Sowjet, von dessen Mitgliedern er mehr als nur einen kennt, und die Sache wird innert zehn Tagen erledigt. Die Verbindung zwischen Wählern und Gewählten ist denkbar eng; die große Mehrzahl der Ratsmitglieder sind Arbeiter und Arbeiterinnen, fast zur Hälfte Frauen und meistens sehr junge Leute. Versagt ein Gewählter, so kann er auf das Gesuch mindestens der Hälfte der Wähler während der Amtsdauer abberufen und durch einen neuzuwählenden Abgeordneten ersetzt werden. Ähnlich weitgehende Selbstverwaltung besteht auch in der Landwirtschaft. Wundert man sich, daß von einer Wahlmüdigkeit der Bürger, wie sie bei uns so vielfach zu beobachten ist, bei dieser Ordnung keine Rede sein kann? Ist all das nicht auch ein Stück Demokratie, und zwar ein wichtiges?

4. Wenn es in der Sowjetunion noch keine politischen Freiheitsrechte im westlichen Sinn gibt – es gab sie niemals –, so gibt es dort

auch *keine Freiheit des kapitalistischen Geldmachens*, der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft und Gesundheit für privaten Gewinn, kein «freies Unternehmertum» mehr. Dafür gibt es *soziale Menschenrechte*, wie sie kein bürgerlich-demokratisch regiertes Land kennt: freien Zugang zu allen Bildungsmöglichkeiten, freie Gesundheitsfürsorge und Krankenbehandlung, erstaunlichste Förderung des Wohles der Kinder, der Gebrechlichen, der Behinderten aller Art (zum Beispiel der Blinden) – alles auf Staatskosten, während bei uns die endlosen Sammlungen, ja Betteleien wohltätiger Organisationen nur ganz ungenügende Hilfe für Anormale, Alte, Notleidende oder irgendwie Geschädigte zu bringen vermögen. «Von einem Ende der Sowjetunion zum andern», so berichten die Carters, «wo immer wir hinkamen, in Fabriken, Kinderheimen, Heil- und Pflegeanstalten, Gerichtshöfen, Theatern, Operationsräumen, in Privathäusern und draußen auf den Straßen – überall sahen wir den Beweis, daß der Sozialismus der ganzen Bevölkerung ein tiefes und inspirierendes Bewußtsein von der Würde des menschlichen Lebens gebracht hat.» Und auch Dr. Adolf Grabowsky (Basel), den gewiß niemand der Voreingenommenheit für den Kommunismus bezichtigen wird, muß (in seinem Buche «Demokratie und Diktatur») anerkennen: «Das Proletariat (der Sowjetunion) soll wach werden und ist auch tatsächlich wach geworden. Deshalb wäre es völlig verfehlt, wenn man hier ebenso wie bei der Hitler-Diktatur von Massenzüchtung reden wollte. Verglichen mit dem Zarismus ist der Proletarier zwar nicht im westlichen Sinne Persönlichkeit geworden, aber Mensch ... Im Gegensatz zu Hitler, der das Volk verachtete, so sehr er es schmeichlerisch umwarb und hofierte, ist in Sowjetrußland der kleine Mann das große Wunder, der Urquell der Kräfte und Fähigkeiten der Nation.» (Seite 135/136.)

Das Sowjetregime erhebt eben den Anspruch, an die Stelle der bloß politischen, formalen Demokratie des bürgerlich-kapitalistischen Staates die *reale*, die *soziale Demokratie* geschaffen zu haben. Nach unserer Auffassung gehört zur Volldemokratie beides: die politische wie die wirtschaftlich-soziale Freiheit und Gleichheit. Aber wenn wir sehen, wie verkümmert und verfälscht die westlich-bürgerliche Demokratie (in der Schweiz ist sie ohnehin bloß eine Männerdemokratie) heute dasteht, wie unter ihrem Schutz eine sogenannte «freie» (oft einfach feile) Presse unsägliches moralisches und soziales Unheil stiften darf, wie in ihrem Namen immer offener ein dritter Weltkrieg zur «Befreiung» des russischen Volkes gepredigt wird und wie ein verantwortungsloser Rüstungskapitalismus die Westvölker – aus Angst vor einem sonst unvermeidlichen Zusammenbruch der «freien» Wirtschaft – in einen solchen Krieg geradezu hineinstößt – dann fragt man sich wahrhaftig, welchen Grund wir eigentlich haben, die westlich-kapitalistische Demokratie als so turmhoch der östlich-kommunistischen Diktatur überlegen zu rühmen!

Steigende Lebenshaltung Über eins sind sich wohl alle Besucher der Nachkriegs-Sowjetunion einig: die Lebenshaltung des Volkes ist in raschem Steigen begriffen. Wie der Engländer C. Freeman, der das letztemal im Jahr 1938 in Rußland gewesen war, sind sie alle «erstaunt über die ungeheure Verbesserung, die seit damals in Umfang, Quantität und Qualität der Verbrauchsgüter stattgefunden hat, trotz dem durch den Krieg verursachten Rückschlag». («New Statesman», 25. August 1951.) Die industrielle wie teilweise auch die landwirtschaftliche Produktion hat in den letzten Jahren stark zugenommen und zu vier Malen *Preisherabsetzungen* erlaubt, die bis zu 35 Prozent gingen und den Verbrauch um so mehr steigerten, als gleichzeitig die *Löhne* in den meisten Wirtschaftszweigen *verbessert* werden konnten. Man sieht zwar in unseren Arbeiterblättern immer wieder Vergleiche zwischen der Gütermenge, die der Stunden- oder Taglohn eines russischen Arbeiters und derjenigen, die der Lohn eines amerikanischen, englischen, schweizerischen Arbeiters zu kaufen vermöge. Aber wie auch ein Artikel der sozialdemokratisch geleiteten Universum-Preß in Genf – erschienen zum Beispiel in der «Thurgauer Arbeiter-Zeitung» vom 15. Dezember 1951 – auf Grund des Berichtes eines englischen Rußlandreisenden bemerkt, können diese Vergleiche unmöglich mit der Wahrheit übereinstimmen. «Nach dieser Arithmetik würde nämlich der Monatslohn eines russischen Arbeiters gerade ausreichen, um Nahrung für etwa 20 Tage zu kaufen, während für Kleidung, Miete und Vergnügen nichts übrig bliebe. ‚Man hatte uns vorgerechnet, daß ein gelernter Arbeiter in Rußland vier Tage arbeiten müsse, um seine Schuhe sohlen zu lassen. Wenn dies der Wahrheit entsprechen würde, dann würden die fünf Millionen Einwohner Moskaus wahrscheinlich barfuß gehen oder wären schon längst verhungert!', erklärte mein Gewährsmann.»

Diese Kaufkraftvergleiche sind vor allem darum irreführend, weil der westliche Arbeiter mit seinem Geldlohn eine Reihe von Gütern und Dienstleistungen bezahlen muß, die der Sowjetarbeiter entweder umsonst (als öffentlichen Dienst) oder aber zu bedeutend herabgesetzten Preisen bekommt. Das gilt vor allem von den Wohnungsmieten, die in der Sowjetunion so niedrig sind wie sonst nirgends in der Welt und im Durchschnitt nur vier Prozent des Einkommens beanspruchen, wobei im Mietpreis die Kosten für Licht, Kochgas (bzw. Kochstrom) und Heizung inbegriffen sind. Der Sowjetarbeiter und -angestellte hat ferner keine oder doch nur geringe Auslagen für Versicherungen, ärztliche Betreuung, Ferien, Sport, Kino-, Theater- und Konzertbesuch usw. – lauter Dinge, die bei uns einen schönen Teil des Einkommens der Lohnverdiener und Freierwerbenden verschlingen. Auch die Verkehrsmittel sind billig, desgleichen Brennholz und besonders auch die in den Betriebskantinen eingenommenen Mahlzeiten. Die Carters rechnen demgemäß aus, daß ein kanadischer Arbeiter mindestens 30 Prozent seines Lohnes

für Miete, Heizung, Licht, Gas, Krankenpflege, Versicherungsbeiträge und dergleichen ausgeben muß, bevor er daran gehen kann, Lebensmittel und Kleider zu kaufen. Der Sowjetarbeiter hat für die gleichen Dinge nur sechs Prozent auszugeben, bis er Lebensmittel, Kleider, Wäsche und Schuhe kaufen kann. Anders ausgedrückt: Der kanadische Arbeiter habe von je 100 Dollar Lohn im Durchschnitt 70 Dollar übrig, um Nahrung und Kleidung zu bestreiten, während der Sowjetarbeiter von je 100 Rubeln Lohn volle 94 für Nahrung und Kleidung zur Verfügung habe. Das Gesamturteil der kanadischen Beobachter ist, soweit es die Nahrungsfrage betrifft, dieses:

«Die Sowjetmenschen essen mehr und besser als irgendwelche Menschen in Europa und Großbritannien, außer den sehr reichen; sie essen viel besser als die kanadischen Familien der untersten Einkommensklassen, ungefähr ebensoviel wie unsere Durchschnittsfamilien, bekommen aber gewisse Nahrungsmittel nicht, welche die Kanadier der oberen Einkommensklassen essen, die sich teure Nahrungsmittel jeden Tag leisten können. Es gibt gerade jetzt Hunderttausende kanadischer Erwachsener und Kinder, die nicht so viel oder nicht so gute Nahrungsmittel bekommen wie die Sowjetbevölkerung alle Tage ißt. Auf unserer ganzen Reise, die sich über Tausende von Meilen erstreckte und auf der wir die Sowjetmenschen in jeder Stadt, jeder Gemeinde und jedem Landnest beobachteten, die wir besuchten oder durch die wir kamen, haben wir nie ein einziges Sowjetkind oder einen einzigen Erwachsenen gesehen, der unterernährt schien.»

Erwähnt sei auch, daß im Gegensatz zu dem, was man in unserer Presse liest, die durch den Krieg erzeugte *Wohnungsnot* in der Sowjetunion mehr und mehr überwunden wird. Es wurde und wird in Rußland ungeheuer viel gebaut, und zwar nach neuesten, aufs höchste rationalisierten Methoden. In Moskau ist während der letzten vier Jahre eine halbe Million Menschen in neue, vorzüglich ausgestattete Wohnungen gezogen. Armen- und Elendsquartiere, wie sie in den westeuropäischen und amerikanischen Städten so vielfach bestehen, gibt es in den Sowjetstädten nicht mehr, versichern die Carters. Die Wohnquartiere sind luftig, sauber, weithin mit Bäumen bestanden, von Grünflächen durchzogen und nicht zuletzt sozusagen rauchfrei. Und wenn auf dem Land teilweise noch primitivere Verhältnisse bestehen, so ändert sich das mit jedem neuen Jahr, das eine im Frieden schaffende Sowjetunion erlebt. Viele Arbeiter und Angestellte haben sich übrigens eigene Wohnhäuser bauen können, sei es, daß sie zu niedrigen Zinssätzen (ein bis drei Prozent) Anleihen aufnehmen, die in 10 bis 15 Jahren rückzahlbar sind, sei es, daß ihre Gewerkschaft oder Genossenschaft ihnen zu Eigenheimen verhilft, sei es, daß sie sich die Baukosten einfach von ihrem Lohn ersparen. Wie ein hochgestellter westlicher Beobachter, der nach dreijährigem Aufenthalt aus Moskau zurückgekehrt ist, einem Mitarbeiter des Londoner «New Statesman» berichtet (vgl. die Nummer vom 11. August 1951), können sich dank den guten Löhnen und den wiederholten Preissenkungen manche Arbeiterkategorien auch andere, früher unerschwingliche Gegenstände leisten, so neue Möbel, Grammophone

und Radioapparate. «Wo sich mehr Geld angesammelt hat», so fährt der Beobachter fort,

«wird es meist in Velos, Motorrädern und neuerdings auch in Kleinwagen angelegt. Das Volk in den Straßen, besonders die jungen Leute männlichen und weiblichen Geschlechts, ist gut angezogen. Die Moskauer Läden sind voll mit ausgezeichneter Konfektion für Damen, die teils aus Rußland, teils aus der Tschechoslowakei stammt. Und die Coiffeure und Maniküren gehören zu den meistbeschäftigten Berufsklassen des heutigen Moskau.»

Der Wohlfahrtsstaat Der soziale Wohnungsbau ist in der Sowjetunion zum öffentlichen Dienst erhoben. Der «Mietzins» ist dort tatsächlich *kein* Tribut an das Baukapital; er ist nur eine bescheidene öffentliche Abgabe, ein Beitrag an die Betriebskosten für das Wohngebäude (Licht, Kraft, Heizung, Verwaltung usw.), und kann nur auf diese Weise so unglaublich niedrig gehalten werden. Wäre das die einzige Leistung des sowjetischen Wohlfahrtsstaates, so wäre sie schon für sich allein ein der Nacheiferung würdiges Vorbild für die meisten anderen Länder – auch für unsere Schweiz, liegt doch bei uns die Fürsorge für gute und billige Volkswohnungen noch sehr im argen. Aber die Wohlfahrtspolitik der Sowjetunion greift ja noch viel weiter. Wie man weiß, ist vor allem auch die gesamte *Gesundheitsfürsorge* und *Krankenpflege* (im weitesten Sinne) Sache der Volksgemeinschaft. Mit Recht ist in unserer sozialdemokratischen Presse in Dutzenden von begeisterten Artikeln die Sozialisierung des Gesundheitsdienstes in *England* beschrieben und gerühmt worden; warum liest und hört man bei uns aber so wenig über die noch viel umfassendere und großzügigere Fürsorge der *Sowjetunion* für die Gesunderhaltung und Wiedergesundung ihrer Männer, Frauen und Kinder? Wenn man daran denkt, welche Lasten bei uns – trotz Krankenversicherung – die Gesundheitspflege dem Volk auferlegt, wenn man eine Ahnung hat von den Tragödien, die sich in so vielen Familien und Einzelleben abspielen, weil es an den nötigen Mitteln für Erholungskuren und für die Ausheilung von Krankheiten fehlt, dann kann man etwa ermessen, welche Wohltat die Sozialisierung des Gesundheitsdienstes, also der völlig kostenlose Zugang zu allen Möglichkeiten und Einrichtungen der Gesundheitspflege und Krankenbehandlung für die Sowjetbürger bedeutet. Auf eine besonders wichtige Seite der Fürsorgeeinrichtungen weist Dr. Henry E. *Sigerist*, der aus der Schweiz hervorgegangene, Weltruf genießende Medizinhistoriker, in seinem Buch «Medizin und Gesundheit in der Sowjetunion» hin, wenn er schreibt:

«Vor der Revolution hatten 98 Prozent aller russischen Frauen bei der Entbindung keine ärztliche Hilfe, die meisten hatten nicht einmal eine Hebamme zur Seite. Bis 1939 haben 95 Prozent der Frauen in den Städten ihr Kind im Spital gebären können. Die Zahl der Entbindungsanstalten auf dem Lande wächst zusehends.

In der Sowjetunion ist die Sorge für Mutter und Kind eine der Hauptaufgaben der Regierung (die Kindersterblichkeit beträgt weniger als 50 Prozent gegenüber der

Zeit vor der Revolution). Ohne Zweifel ist das Sowjetsystem der sozialen Sicherheit weitaus besser als irgendein System in kapitalistischen Ländern.»

Die Carters schreiben in ihrem Rußlandbuch den, wie sie vermerken, auffallend guten Gesundheitszustand der Sowjetmenschen zum großen Teil auch der *Demokratisierung des Sports* zu, die in Rußland Tatsache ist. Alle Arten körperlicher Betätigung, auch die im Westen nur den wohlhabenderen Kreisen zugänglichen Sportzweige, wie Segeln, Pferderennen und Fliegen, stünden dem ganzen Volke kostenlos offen. Natürlich sei Fußball so populär wie nur sonstwo in der Welt; aber auch der Skisport habe 18 Millionen begeisterte Ausüber, nicht zu reden von Schlittschuhfahren, Eishockey, Fischen, Schwimmen und Leichtathletik jeder Art. Geschäftsmäßige Entartung und Ausnützung des Sports sei unbekannt.

Daß die Sowjetunion der *Jugend* und ihrer geistigen wie körperlichen Entwicklung die allergrößte Aufmerksamkeit widmet, wurde schon oben einmal erwähnt. Es überrascht darum auch nicht, daß das jugendliche Verbrechertum in der Sowjetunion so gut wie verschwunden ist. «Jeder kanadische Sozialarbeiter», so meinen Ch. und D. Carter,

«würde den Grund dafür erkennen. Das Sowjetvolk hat einfach seinen Kindern die Art Schulen, Spielplätze und Unterhaltung gegeben, die, wie unsere Sachverständigen wissen, ihnen nottun. Während unsere Kirchen und Hilfsorganisationen ein paar Tausend Dollar zusammenbetteln, um kleine ‚Erholungsstätten' für die Jugend aufmachen zu können, geben die Sowjetstädte und -gemeinden jährlich Millionen aus für Kinderpaläste, Sportzentren und Sommerlager. Alle Kinder genießen diese Möglichkeiten. Es gibt keine ‚gesellschaftlich benachteiligten' Gruppen wie in unseren Ländern.

Wir haben nicht die ganze Welt bereist. Aber wir können doch sagen, daß die Kinder im Lande des Sozialismus ein glücklicheres, gesünderes Leben haben als überall sonst, wo wir gewesen sind. Die Sowjetkinder sind keine ‚kleinen Engel'. Sie sind normales Jungvolk, haben aber ausnahmslos zwei große Vorteile im Leben. Erstens bleiben sie nie ohne rechte Nahrung und ärztliche Fürsorge. Zweitens bekommen sie wundervolle Möglichkeiten, das kindertümliche Bedürfnis nach Spiel und aufbauender Übung zu befriedigen.»

Volksbildung – Zensur Was die eigentliche *Schul- und Berufsbildung* anbelangt, so ist diese, wie auch bei uns bekannt, in der Sowjetunion bis zu den obersten Stufen sozusagen unentgeltlich allen Volksangehörigen zugänglich. Auch wenn man den modernen Wissensaberglauben ganz und gar nicht teilt, so wird man doch gerne zugeben, daß unter den neuzeitlichen Lebensverhältnissen und Wirtschaftsbedingungen diese *Demokratisierung der Volksbildung* eine Großtat, eine revolutionäre Großtat des Sowjetregimes ist[5].

[5] Über die gesellschaftliche Schichtung der schweizerischen Mittel- und Hochschulstudenten habe ich keine Angaben. In sieben Pariser Knabenlyzeen wurde indessen kürzlich festgestellt, daß von hundert Schülern nur fünf Arbeitersöhne sind, und das in einer so stark industrialisierten Gegend, wie es die pariserische ist. An den französischen Hochschulen traf es 1948/49 auf je hundert Studenten gar nur zwei bis drei, die aus der Arbeiterbevölkerung stammten.

Natürlich gibt sich ein Volk, das bis vor einem Menschenalter zu drei Vierteln des Lesens und Schreibens noch unkundig war, jetzt einer starken Überschätzung des bloßen verstandesmäßigen Wissens hin; aber das wird sich mit der Zeit gewiß ändern und einer ausgeglicheneren Würdigung von Wissen und Fachkönnen Platz machen. Auf eine auch nur andeutende Beschreibung des sowjetischen Erziehungs-, Schul- und Wissenschaftsbetriebes können wir freilich hier nicht eintreten; hingegen sei ein Wort zu jener *unerfreulichen* Seite des geistigen Lebens in der Sowjetunion gesagt, welche die *Überwachung und Lenkung der literarischen Produktion* durch die Partei- und Staatsorgane darstellt.

Von der fast vollständigen Freiheit, der sich die sowjetischen Schriftsteller auf wissenschaftlichem wie auf literarischem und journalistischem Gebiet in den ersten Jahren nach der Revolution erfreuten, planmäßig abgedrängt, hat sich das intellektuelle Leben der Sowjetunion mehr und mehr, wenn auch mit Schwankungen, einer eigentlichen Gleichschaltung mit der Partei- und Staatspolitik unterziehen müssen. Es war in der Tat unvermeidlich, daß ein Regime, das sich immer ausgesprochener totalitär entwickelte, das heißt *alle* Lebensäußerungen zu lenken beanspruchte, auch die vollständige Beherrschung der Literatur wie jeder Ideologie überhaupt erstrebte und erzwang. Wobei die «marxistische» Begründung natürlich die war, daß in einem sozialistischen Staat der geistige Überbau notwendigerweise die wirtschaftliche und soziale Grundlage des neuen Lebens widerspiegeln müsse. So ist denn besonders auch in den Nachkriegsjahren ein gewaltiger Kontrollapparat aufgebaut worden, der die reibungslose Benützung der Literatur (im weitesten Sinn) für die Partei- und Staatszwecke sicherstellen soll.

Was für eine Wirkung hat nun dieses Lenkungs- und Zensursystem auf das sowjetische Literatur- und Kunstschaffen (um nur von diesem zu reden)? Im erwähnten Sonderheft des «Political Quarterly» macht Professor Ernest J. Simmons, vom Russischen Institut der Columbia-Universität in Neuyork, darauf aufmerksam, daß auch in den «freien» Ländern die literarische Produktion großenteils ein bloßes Geschäft geworden ist: der Schriftsteller liefert, was der Verleger haben will, und dieser richtet sich nach dem jeweiligen Geschmack des Publikums oder gehorcht gesellschaftlichen und politischen Strömungen der verschiedensten Art. «Was die Sowjetverleger wollen, wird nicht nur vom Leserinteresse diktiert, sondern auch von der Anpassung an die neueste Parteilinie in der Literatur. In diesem Sinne darf man sicher sagen, daß sich die meisten Schriftsteller ohne irgendwie ernste Verrenkung ihres Gewissens den Forderungen des Verlegers in bezug auf den Gegenstand und dessen ideologische Behandlung fügen.»

Was die wirklich künstlerische Produktion betrifft, so ist – wir folgen Professor Simon's Abhandlung «Controls in Soviet Literature» – gewiß auch der echte Künstler nicht völlig frei, zu schaffen, was und wie er will. Er ist immer ein Kind seiner Zeit und der Gesellschaft, in

der er lebt. Aber er ist doch frei, sich seinen Gegenstand zu wählen und ihn zu gestalten, wie er will. In der Sowjetunion hat er diese Freiheit nicht. Folgt er nicht der von oben vorgezeichneten Linie und berichtigt er nicht «freiwillig» seine Abweichungen, so wird er aus der Literatur ausgeschieden, wenn ihn nicht ein noch ärgeres Schicksal ereilt. Das Bezeichnende ist nun allerdings, daß der «richtig» kommunistische Schriftsteller auch diese Korrektur seiner Abweichung wie jeglichen Widerruf einer parteiwidrigen oder mindestens nicht völlig parteitreuen Auffassung und Darstellungsweise als Gewissenspflicht ansieht, deren Erfüllung ihn so wenig in seinem künstlerischen Schaffen hemmt, wie den mittelalterlichen Künstler der Gehorsam gegen die Kirchendisziplin, der ein Stück seines religiösen Glaubens war, in *seinem* Schaffen hemmte. «Der Akt des künstlerischen Schaffens wird zu einem Akt des Glaubens an das System, das es beherrscht.»

Damit ist über den künstlerischen und dokumentarischen Wert der Sowjetliteratur noch nichts gesagt. «Wenn gute Literatur die Revolution befördert», meint Simmons, «so folgt daraus logisch noch nicht, daß eine Revolution auch gute Literatur befördert.» Ein sehr schätzenswerter Teil der Sowjetliteratur der letzten 34 Jahre besitze zweifellos künstlerische Eigenschaften von hohem Wert. Aber insbesondere die Nachkriegsliteratur sei bei allem sachlichen Interesse, das sie für die Kenntnis des Sowjetlebens, vor allem in den Außenbezirken der Unionsrepublik, biete, in ihrer psychologischen Gestaltung doch hoffnungslos stereotypiert und allzusehr zum Propagandawerkzeug der Partei geworden, um wahrhaft realistisch zu sein, das heißt das Leben so zu spiegeln, wie es wirklich ist . . .

Religion und Sittlichkeit Die «Gedankenkontrolle», die zum Sowjetregime gehört, erstreckt sich natürlich auch auf die Äußerungen des *religiösen Lebens*. Zwar herrscht jetzt für die meisten Glaubensbekenntnisse weitgehende Kultusfreiheit, aber eben nur darum, weil dafür gesorgt ist, daß die Religion dem Regime nicht gefährlich werden kann. Als «Opium für das Volk», das seine revolutionären Kräfte einschläfert, ist sie sowieso gegenstandslos geworden, da die Revolution bereits vollzogen ist und immer weiter vollzogen wird. Und als gegenrevolutionäre Macht kann sie erst recht nicht wirken; die in Rußland zugelassenen Kirchen *bejahen* die Revolution, ja sie lassen sich sogar als Hilfskräfte für den offiziellen Sowjetpatriotismus gebrauchen, sofern sie es nicht vorziehen, sich einfach auf die Tätigkeit im engeren «Kirchenraum» zu beschränken, im Sinn eines individualistischen Christentums, aber auch – vom Staat aus gesehen – nach dem alten marxistischen Grundsatz, daß Religion Privatsache sei. Für eine freie Verkündigung und Arbeit im Geiste der Revolution *Christi* kann unter diesen Umständen in der Sowjetunion kein Platz sein; von einer in Rußland möglichen Vertretung der Botschaft des religiösen

Sozialismus, mit all ihren Folgerungen für das Verhältnis des Christen zur Staatsgewalt, ist uns wenigstens bisher nichts bekannt, wenn auch die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen, mit Leistung eines entsprechenden Zivildienstes, mindestens bis zum zweiten Weltkrieg möglich war.

Anderseits sind die Träger des Sowjetregimes überzeugt, die Religion werde mit der Zeit in der sozialistisch-kommunistischen Welt ohnehin absterben, weil die fortschreitende Beherrschung der Natur- und Gesellschaftskräfte durch den rational-wissenschaftlich arbeitenden Menschen das Vertrauen auf übernatürliche Mächte mehr und mehr erschüttere und überflüssig mache. Der Staat könne es sich darum wohl leisten, das Verschwinden der Reste einer Ideologie, die zu einer bereits überwundenen Gesellschaftsform gehöre, in Ruhe abzuwarten, ohne durch direkten Eingriff in das religiöse und kirchliche Leben diesen natürlichen Ablauf der Entwicklung beschleunigen zu müssen oder ihn gar – durch Erzeugung von Widerstand – noch zu hemmen.

Und dennoch ist trotz der grundsätzlich materialistischen Orientierung des sowjetischen Denkens und trotz dem durchaus weltlich-diesseitigen Charakter der kommunistischen Revolution, die eben einen «Messianismus ohne den Messias» vertritt, in der Sowjetunion *schon heute ein wesentliches Stück der Revolution Christi verwirklicht* – ein größeres jedenfalls als im «christlichen» Westen oder seinerzeit im alten, vorrevolutionären Rußland. Ein englischer Pfarrer, Reverend Watts, fragte einmal den Metropoliten Nikolai, das Haupt der Orthodoxen Kirche in der Sowjetunion: «Ist es leichter oder schwerer, unter dem Sowjetregime ein christliches Leben zu führen als unter dem Zarismus?» Der Kirchenfürst antwortete: «Natürlich ist es viel leichter unter dem gegenwärtigen Regime, denn Christen und Kommunisten haben viel gemeinsam. Wir glauben beide an die Bruderschaft der Menschen ohne Klassenunterschiede, und wir glauben beide an den Frieden. Durch unsere gegenwärtige Lebensform sind viele unnötige Versuchungen beseitigt worden.»

Das ist unzweifelhaft wahr. Die Aufrichtung einer sozialen Plan- und Gemeinwirtschaft schaltet weithin das Gelddenken und Profitstreben aus (das im russischen Volk ohnehin nie stark war) und behebt grundsätzlich den Zwiespalt, in dem sich unter dem kapitalistischen Regime der wirtschaftende Mensch befindet: Soll ich vor allem meinen Eigennutzen erstreben oder kann ich auch dem Gemeinnutzen dienen? Die Sowjetwirtschaft ist von vornherein auf das Gemeinwohl ausgerichtet und beseitigt damit eine ungeheure Menge von Versuchungen zum Egoismus, zum Suchen des eigenen Vorteils auf Kosten anderer. Eine gewaltige moralische und gesellschaftliche Revolution ist damit wenn nicht schon vollzogen, so doch eingeleitet. Die Klassenunterschiede und Klassengegensätze, die auf der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruhen, sind in der Sowjetunion weithin aufgehoben, wenn auch – was

etwas anderes ist – die Einkommensunterschiede noch groß sind. Der wissenschaftliche und technische Fortschritt ist nicht mehr von privaten Gewinnrücksichten beeinflußt und gehemmt; alle Entdeckungen und Erfindungen kommen der Volksgemeinschaft zugute und werden darum aus öffentlichen Mitteln planmäßig gefördert. Nicht nur die Wirtschaft, auch Volksgesundheit und Volkswohlfahrt ziehen daraus den größten Nutzen.

Unabsehbar sind die heilsamen Wirkungen, die von der Überwindung der Profitwirtschaft auf die *Politik* ausgehen, vor allem auf die Außenpolitik. Kapitalistisches Ausdehnungsstreben mit all seinen völkerverfeindenden, kriegserzeugenden Folgen gibt es nicht mehr; aus der Sowjetwirtschaft kommen keine Antriebe zur Erweiterung des «Lebensraumes» des eigenen Volkes, schon weil der Riesenraum der Sowjetrepubliken selber noch lange, lange nicht erschlossen ist. Eine private Rüstungsindustrie, die an der Vorbereitung und Führung von Kriegen interessiert wäre, kennt die Sowjetunion überhaupt nicht – ein Vorzug, der angesichts des verhängnisvollen Einflusses des Rüstungskapitals auf die Politik der westlichen Großmächte – gestern Deutschland, heute Amerika – schwerlich überschätzt werden kann. Auch Kriegspropaganda, wie sie ein großer Teil der Presse, des Radios und der Parteien in den Weststaaten betreibt, findet in der Sowjetunion keinen Boden.

Und wieviel *seelische und leibliche Gesundheit* fließt für die Sowjetvölker aus dem gänzlichen Fehlen von Unternehmungen und Einrichtungen, die aus der Verbreitung von Schmutz und Schund aller Art, aus der Förderung und Ausbeutung von Alkoholismus, Vergnügungs- und Sensationsgier, Laster und Verbrechen ein Geschäft machen! Was für Verderben allein schon das Alkohol-, das Kino- und (in den Vereinigten Staaten) das Radio- und das Fernsehkapital anrichtet, ist ja überhaupt nicht zu ermessen. Alle Zeugnisse zuverlässiger Beobachter über das Leben in der Sowjetunion stimmen darin überein, daß die moralische Luft, die dort die Menschen einatmen, gesünder ist als in den allermeisten Ländern des Westens. Vor allem wächst dort eine *Jugend* heran, die von den degradierenden Einflüssen der bei uns so verbreiteten Schundliteratur und Schundpresse und der minderen Sorte von Filmen und Schaustellungen gänzlich frei ist, nicht zu reden von der Rauschgiftseuche, die jetzt unter der amerikanischen Jugend solche Verheerungen anrichtet.

Aber auch das Verhältnis der Geschlechter ist in der Sowjetunion gesünder und anständiger als weitherum in den Ländern bürgerlich-kapitalistischer «Kultur». Die *Frau* nimmt, als dem Manne völlig ebenbürtige Gefährtin, eine Stellung unantastbarer Würde ein. Die Prostitution ist so gut wie beseitigt. «Mit einer außergewöhnlich schwierigen Erbschaft vom zaristischen Rußland her belastet, wo die Prostitution unter polizeilicher Aufsicht gesetzmäßig war, richteten die Sowjetstrategen ihren Angriff ‚nicht gegen die Prostituierte, sondern gegen die

Prostitution'. Das hieß: Beseitigung der Bedingungen, welche die Prostitution erzeugten, und Schaffung von Bedingungen, die die Möglichkeit zu einem normalen Leben boten. Die Anstrengungen gründeten sich jetzt auf die Herstellung sozialer Sicherheit, auf die Tatsache, daß Dauerbeschäftigung mit befriedigenden Löhnen für jedermann gewährleistet werden konnte, und so wurden Einrichtungen geschaffen, die es unternahmen, ärztlich, kulturell und wirtschaftlich die Prostituierten wieder zu normalen Menschen zu machen.» (John Somerville, Soviet Philosophy, Seite 107.)

Wiederum: Haben wir «Westler» so viel Grund, uns über die «entmenschenden» Wirkungen des Sowjetregimes zu entrüsten?[6])

Industrie und Arbeit Woher nimmt nun aber die Sowjetunion all das *Geld*, um ihre gewaltigen Wohlfahrtswerke zu finanzieren und die Preise der Güter und Dienstleistungen ständig herabzusetzen? Nur zum geringsten Teil aus Steuern und Abgaben; in der Hauptsache stammt es aus den Gewinnen (besser: Überschüssen) der *sozialisierten Wirtschaftsunternehmungen*. Der Krieg hat der Sowjetwirtschaft zwar schwerste Wunden geschlagen; insbesondere die Industrie erholt sich nur langsam, so daß noch im Jahre 1950 in vielen Zweigen der Schwerindustrie und in allen Verbrauchsgüterindustrien die Produktion unter dem Stand blieb, der nach dem dritten Fünfjahrplan bereits für 1944 erwartet wurde. Aber die Fortschritte, die seit 1946 namentlich in der Industrie gemacht wurden, sind dennoch ganz bedeutend. Und wenn auch nach Professor Alexander *Baykow*, dem Leiter der Rußlandabteilung der Universität Birmingham (vgl. seinen Beitrag zum Rußlandheft des «Political Quarterly»), die Produktion von Verbrauchsgütern in der Sowjetunion pro Kopf der Bevölkerung noch weit hinter derjenigen der europäischen Industrieländer zurückbleibt, so kann doch die Sowjetunion in bezug auf die Herstellung von Kapitalgütern (also von Maschinen, Werkzeugen, Elektrizitäts- und Eisenbahnmaterial usw.) als die erste Industriemacht Europas angesehen werden. Was aber die Überschüsse der volkseigenen Wirtschaftsbetriebe (Industrie, Handel und Landwirtschaft zusammengenommen) betrifft, so betrugen sie in den letzten Jahren, nach den Wirtschaftsüberblicken der UNO, rund 95 Milliarden Dollar pro Jahr. Damit läßt sich in der

[6] Im übrigen ist die gesündere moralische Luft, von der oben die Rede war, nicht auf die Sowjetunion beschränkt. Roland de Pury berichtet im «Christianisme social» (Dezember 1951) von einer Reise in *Polen* unter anderem: «Es gibt keine Beizen in Polen. Auch keine unsittliche Literatur und keine Bilder, die einen an jeder Straßenecke aufreizen ... Die Beize ist durch eine der bemerkenswertesten Schöpfungen des Regimes, etwas wirklich Sympathisches, ersetzt worden: die Lesestube oder das Lesecafé. In jedem Quartier kann man in ein helles, bequem mit Sesseln und Tischen möbliertes Lokal gehen und sich zum Lesen hinsetzen. Auf der einen Seite ist ein Bücherverkaufsstand, auf der anderen eine Bibliothek mit einer Masse von Zeitungen und Zeitschriften, die man benützen kann. Wo anders ist ein Schanktisch mit Kaffee und Bier. Aber nur wenig Leute konsumieren. Man liest.»

Tat einiges anfangen! (Nebenbei: Professor Baykow schreibt: «Meine Erfahrung beim systematischen Studium der Sowjetpresse während 25 Jahren führt mich zu dem Schluß, daß Sowjetzahlen niemals gefälscht sind.» Wohl sei es sehr oft schwierig, zutreffende Vergleiche mit anderen Ländern und mit früheren Jahren anzustellen, und häufig würden statt den absoluten Zahlen nur Prozentzahlen für die Planerfüllung angegeben, aber das heiße nicht, «daß die veröffentlichten statistischen Informationen selbst weniger zuverlässig wären als diejenigen in anderen Ländern».)

Wertvoll ist auch, was im «Political Quarterly» Dr. G. Russell *Barker*, ebenfalls von der Universität Birmingham, über die Stellung der *Arbeiterschaft* im russischen Wirtschaftssystem schreibt. Die Gewerkschaften, so stellt er fest, haben eine doppelte Aufgabe. Einerseits tun sie, trotz ihrer Unabhängigkeit vom Staat und ihrem freiwilligen Charakter, das Möglichste, um das Interesse und die Teilnahme der Arbeiter an der Beaufsichtigung und Steigerung der Produktion anzuspornen, wobei allmählich eine weitgehende Demokratisierung der Industrieführung erreicht worden ist. Anderseits müssen sie bürokratische Mißbräuche, ungesetzliches Verhalten und törichten Übereifer der Betriebsleitungen bekämpfen, diese ständigen Ursachen von Konflikten, die trotz der Abschaffung widerstreitender Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern möglich sind. Zwischen diesen beiden gewerkschaftlichen Aufgaben – der durch die Sozialisierung gebotenen neueren Funktion und der hergebrachten, alten Gewerkschaftstätigkeit – ist ein ziemlich befriedigender Ausgleich gefunden worden. Unrichtig ist es jedenfalls, von einem Zwangsarbeitssystem zu reden, das in der Sowjetindustrie bestehe. «Wenn auch die Arbeit als Pflicht betrachtet wird, so ist doch der Zwang ein Prinzip, das als allgemeine Regel für die Ordnung der industriellen Beziehungen abgelehnt worden ist. Es wird nur für Notzeiten oder besondere Fälle in Reserve gehalten.» Die Sowjetwirtschaft bedient sich vielmehr eines wohlausgedachten Systems von Arbeitsanreizen positiver und negativer Art, wie Stücklöhne, Prämien, Auszeichnungen, Wettbewerbe unter den Betrieben, anderseits Strafen, die bis zur Versetzung oder Entlassung gehen können, aber nicht weiter, und jederzeit vor einer Schlichtungsinstanz oder einem unteren Gericht angefochten werden können. Ähnliche Methoden sind in Übung, um die Arbeitskräfte dorthin zu lenken, wo sie gemäß Wirtschaftsplan gebraucht werden. Bei all dem spielt die kommunistische Partei eine wesentliche Rolle als Erziehungs- und Bindekraft. «Wenn je das weitverbreitete Ideal einer vollgeplanten Wirtschaft anderswo verwirklicht werden sollte», so schließt Dr. Barker, «dann werden sich auch die Hauptprobleme der Planung und der menschlichen Beziehungen, die durch die Sowjeterfahrung klargelegt wurden, wieder stellen, und die Art und Weise, wie die Sowjets an die Lösung einer Anzahl von ihnen herangetreten sind, wird eine wegweisende Lehre abgeben.»

Agrarsozialismus Nur ganz rasch sei auch noch die Lage in der sowjetischen *Landwirtschaft* gestreift. Das vorherrschende System kann hier als bekannt vorausgesetzt werden: neben den Staatsgütern sind es vor allem die zwangsweise geschaffenen privaten Gemeinschaftsbetriebe (Kolchosen), welche die landwirtschaftliche Produktion tragen, wobei jede Bauernfamilie als Privatbesitz ein Haus mit Stall, ein Stück Land und etwas Vieh und Geflügel behält. Der Erfolg dieser Wirtschaftsart stellte sich nur langsam und unter großen Schwierigkeiten ein, scheint jetzt aber gesichert zu sein. Getreide wird zurzeit, trotz den riesigen Verwüstungen durch den Krieg mit Deutschland und schon vorher durch die Interventionskriege, 40 Prozent mehr als vor dem ersten Weltkrieg erzeugt, Baumwolle mehr als in typischen Baumwollländern, wie Indien, Pakistan oder Ägypten. Der Viehbestand, der freilich unter dem Krieg besonders schwer gelitten hat, ist nach Professor Baykow geringer als vor der Kollektivisierung (zunehmende Mechanisierung!).

Nach den Carters hebt sich die Lebenshaltung der Bauernbevölkerung sehr rasch. Nicht nur stellen sich die Bauernfamilien seit Kriegsende von Jahr zu Jahr materiell besser, zumal sie, eingegliedert in den nationalen Wirtschaftsplan, keine Sorge um den Absatz ihrer Erzeugnisse und keine Furcht vor dem Verlust ihres Landes zu haben brauchen, das völlig frei von Zinslasten ist; auch ihr geistiges und kulturelles Niveau ist unvergleichlich höher als unter dem zaristischen Feudalismus. Und alle sind voll Vertrauen in die Zukunft, von der sie noch viel mehr erwarten, als sie schon haben, nicht zuletzt im Blick auf die ungeheuren Werke der Bewässerung und Aufforstung (diese als Schutz gegen Trockenheit und Versteppung), die jetzt überall in der Sowjetunion in der Ausführung begriffen sind.

Neugeborene Völker Wiederum nur höchst summarisch können wir schließlich auch auf die für immer denkwürdige Leistung hinweisen, die das Sowjetregime mit der Erweckung der erstarrten und zurückgebliebenen *asiatischen Völker* des russischen Reiches zu neuem, blühendem Leben vollbracht hat. Unter der Zarenherrschaft geschichtslos dahindämmernde Kolonialstämme, sind diese Nationen heute zum vollen Bewußtsein ihres Menschentums erwacht und haben uneingeschränkten Anteil an den besten Errungenschaften der modernen Kulturwelt. Nehmen wir beispielsweise *Turkmenistan*. Ein Land fast so groß wie Frankreich, früher von Steppen und glühend heißen Sandwüsten bedeckt, mit einer nomadisierenden, bitterarmen Bevölkerung, in der Hunger und Krankheit ständig wüteten, ist Turkmenistan in einem einzigen Menschenalter ein gesitteter, wirtschaftlich und geistig aufstrebender Staat geworden, vor dem eine große Zukunft liegt. Auf seinem Gebiet wird der größte je gebaute Kanal erstellt, der über 17 Millionen Hektaren fruchtbaren, bewässerten Bauernlandes

schaffen wird. Oder die *Kirgisen-Republik*. Die Carters trafen auf einer ukrainischen Landwirtschaftsstation einen älteren kirgisischen Agronomen, der die Revolutionierung seines Heimatlandes selber miterlebt hat. Die Kirgisen waren – so erzählte er – unter dem Zaren noch ärger unterdrückt als die Turkmenen. Besonders ausgebeutet waren die Frauen, als Opfer einer Religion, die sie in einem Zustand eigentlicher Sklaverei hielt. In einem Land mit reichsten Naturschätzen herrschte Armut «so schwarz wie die Nacht». «Ich selber», fuhr der Mann fort, «kratzte den Boden mit einem Holzstecken auf und pflanzte Gerste mit der Hand an, wie mein Vater und mein Großvater es getan hatten. Wir konnten nicht einmal weiterziehen, um anderwärts Nahrung zu suchen, denn die Manaps (Grundbesitzer) hätten uns gejagt und getötet, wenn wir es getan hätten.» Und heute? Der alte Kirgise ist zu Hause Leiter einer Maschinen- und Traktorenstation. Sie bauen dort Weizen und Baumwolle an. Daneben wachsen Chemie-, Maschinen-, Textil- und Zuckerfabriken aus dem Boden. Hunderttausende von Kindern gehen in schöne Schulen. Hundert Spitäler stehen einer Bevölkerung zur Verfügung, die früher kaum einen Arzt gesehen hatte. Kurz, das Volk *lebt* heute und gedeiht, während es bis vor wenigen Jahrzehnten nur vegetierte, ja abstarb.

Während des zweiten Weltkrieges bereiste der britische Oberst C. F. Ponsonby, damals parlamentarischer Sekretär von Außenminister Eden, Sowjet-Zentralasien. Über *Usbekistan* berichtete er in einem nachher gehaltenen Vortrag unter anderem:

«Vor 21 Jahren floh der letzte Emir von Usbekistan aus Furcht vor seinem durch Steuern ausgesogenen Volke nach Afghanistan, wo er später starb. Heute studiert einer seiner Söhne an einem technischen Institut des Landes, und ein anderer ist Lehrer in Moskau. Vor 21 Jahren konnten nur sieben Prozent der Usbeken lesen oder schreiben; darunter waren nur ganz wenige Frauen. Auf den Gütern des Zaren gab es nur eine oder zwei kleine Bewässerungsanlagen; Fabriken und Kraftwerke gab es überhaupt nicht. Heute können 98 Prozent der Einwohner lesen und schreiben, es gibt 400 Schulen, zwei Universitäten und verschiedene technische Institute, und außerdem zählt das Land eine ganze Reihe großer Fabriken, ausgedehnte Bewässerungsanlagen, 20 Kraftwerke, und nebenbei gibt es in Usbekistan auch eine glänzende Oper mit einem wundervollen Ballett.»

Wundert man sich da noch, daß andere, noch heute rückständige und notleidende Völker Asiens mit Sehnsucht und Hoffnung nach der Sowjetunion schauen, die in weniger als dreißig Jahren ein Zivilisationswerk fertigebracht hat, wie es die Engländer, Franzosen und andere «freie» Völker in ihren Kolonien in hundert, ja dreihundert Jahren *nicht* fertiggebracht haben?

Müssen die Russen befreit werden! Wenn die Tatsachen, die wir im Vorhergehenden zusammengestellt haben, im wesentlichen richtig sind – in Einzelheiten mögen Irrtümer unterlaufen sein –, dann liegen die Schlußfolgerungen,

die daraus auf die internationale Lage zu ziehen sind, klar auf der Hand. Vor allem drängt sich *eine* Erkenntnis auf: Die Sowjetunion hat die stärksten Gründe, keine Außenpolitik zu betreiben, die zu einem neuen Weltkrieg führen könnte. Sie hat ein leidenschaftliches, ein Lebensinteresse daran, ihr inneres Aufbauwerk im Frieden weiterzuführen. Selbst wenn die Regierung im geheimen auf gewaltsame Ausdehnung abzielte, so würde sie durch ihr Volk gezwungen werden, eine Politik der friedlichen Verständigung mit den anderen Nationen zu betreiben. Das Sowjetvolk hat den fürchterlichsten Krieg der Geschichte kennengelernt. Es hat aber auch die Segnungen des Friedens kennengelernt und würde es seiner Regierung nie verzeihen, wenn diese, ohne angegriffen oder unmittelbar bedroht zu sein, es zum Krieg aufriefe. Es würde darauf mindestens mit passivem Widerstand, wenn nicht mit offenem Abfall antworten. Die wiederholten Versicherungen der Sowjetführer, sie wünschten vor allem ein friedliches Nebeneinanderleben der kommunistischen und der nichtkommunistischen Welt, sind deshalb durchaus ernst zu nehmen, und das Schnöden über die «unehrliche Friedenspropaganda» der Sowjetregierung, das unter uns gang und gäb ist, entbehrt ebenso der sachlichen Berechtigung wie die als Bürgerschreck immer noch kolportierte Behauptung (die neuerdings auch Bundesrat Petitpierre, unser Außenminister, verbreitet), der Kommunismus – lies: die Sowjetunion – gehe seiner Natur nach auf die kriegerische Weltrevolution aus[7].

Mit viel größerem Recht könnte man sagen, daß es die *kapitalistische* Welt sei, die ihrer Natur nach die stärksten Gründe habe, ihr Weiterleben mit aggressiver militärischer Gewalt zu sichern. *Sie* könnte versucht sein, die Sowjetunion zu zerschlagen, die mit ihrer bloßen Existenz, als lebendiger Beweis für die Überlegenheit einer sozialistischen

---

[7] Der zu Beginn dieses Jahres erfolgte Tod Maxim *Litwinows* erinnert zur rechten Zeit an die während seiner Amtstätigkeit besonders deutlich gewordene friedlich-defensive Grundrichtung der sowjetischen Außenpolitik. Hätten sich die Westmächte die russische Politik der kollektiven Friedenssicherung gegenüber der deutschen Kriegsdrohung zu eigen gemacht — der Zweite Weltkrieg wäre unbedingt verhindert worden. Aber der gegenrevolutionäre Antikommunismus der kapitalistischen Demokratien, der schon damals die vorherrschende Tendenz ihrer Politik war, war eben stärker als ihre nächstliegenden nationalen Lebensinteressen. So begünstigten sie immer offener den Nazismus als vermeintliche Gegenkraft gegen die Sowjetunion — bis hin zu der schmählichen Opferung der Tschechoslowakei in München. Erst *nach* diesem Zusammenbruch der Politik gemeinschaftlicher Friedenswahrung und nachdem auch die Bemühungen der Sowjetunion, noch im Frühjahr und Sommer 1939 eine Abwehrfront gegen Hitler zustande zu bringen, gescheitert waren, entschloß sich die Sowjetführung, auf *eigene* Faust Sicherung gegen einen deutschen Angriff zu suchen und ging jenen «Stalin-Hitler-Pakt» ein, den die Westmächte und ihre Parteigänger bis zum heutigen Tag so sehr schmähen. Und heute halten sie es wiederum mit Deutschland, das sie mit aller Gewalt aufrüsten wollen — abermals zum Kampf gegen die Sowjetunion. Es scheint wirklich, als sei die Geschichte dazu da, daß man nichts daraus lerne!

Wirtschaft und Kultur, eine tödliche Gefahr für den Weiterbestand der kapitalistischen Gesellschafts- und Lebensform ist. In der Sowjetunion *fürchtet* man auf jeden Fall, daß dies das Ziel der von Amerika beherrschten westmächtlichen Politik sei: auf die Sowjetunion durch wachsende Entfaltung ihrer militärischen und wirtschaftlichen Machtmittel einen derartigen Druck auszuüben, daß diese mit oder ohne Krieg bedingungslos kapitulieren müsse. Wobei diese Politik neuerdings immer stärker mit der Losung betrieben wird, die Sowjetvölker müßten gegebenenfalls durch die demokratischen Nationen (eingeschlossen Francos Spanien, Adenauers Deutschland und Tschiang Kai-sheks Rumpfchina) von ihren Tyrannen befreit werden, ja sie lechzten geradezu nach solcher Befreiung. Die berüchtigt gewordene Kriegsnummer von «Collier's» zum Beispiel ist ganz auf der Voraussetzung aufgebaut, daß es das «Grundziel» eines westmächtlichen Krieges gegen die Sowjetunion sein müsse, «die (sowjetischen) Herrschenden von den Beherrschten zu trennen, die andersgesinnten und unterdrückten Minderheiten Rußlands zur Revolte zu ermutigen, die Rote Armee zu ‚spalten' (psychologisch wie im Kampf), die Satellitenvölker zu befreien und sie in unsere Front gegen ihre Bedrücker einzureihen». (Hanson W. Baldwin in seiner Schilderung des Kriegsverlaufs.)

Und doch ist diese ganze Annahme von einer Befreiungssehnsucht des Sowjetvolkes wahrscheinlich falsch. Alles, was wir an glaubwürdigen Berichten über die Stimmung in Rußland kennengelernt haben, zwingt zu dem Schluß, daß sich das Sowjetvolk in seiner erdrückenden Mehrheit *keineswegs unterdrückt oder entrechtet vorkommt*. Es liegt über ihm keineswegs eine Atmosphäre der Gedrücktheit oder des Terrors; vielmehr ist einer der kennzeichnendsten Züge am Sowjetvolk seine Lebensfreude, sein Vertrauen in die Fähigkeit der neuen Ordnung, ihm stets weiteren und reicheren Spielraum für die Entfaltung all seiner Kräfte zu verschaffen und seine Lebenshaltung auf eine Höhe zu heben, die kein westliches Volk unter kapitalistischem Regime so bald erreichen werde. Von einer irgendwie beträchtlichen *grundsätzlichen* Opposition gegen die herrschende Staats- und Gesellschaftsform scheint darum keine Rede zu sein. Wie sich einem ausländischen Besucher gegenüber eine sowjetische Bauernfrau ausdrückte: «Sagen Sie mir, wenn Sie eine Regierung in Ihrem Land hätten, die für eine Wiederwahl kandidierte, und die Leute wüßten: diese Regierung hat Jahr um Jahr die Löhne erhöht, die Preise gesenkt, neue Häuser für Millionen gebaut, Absatz für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse gefunden, die Renten für die Alten erhöht, einen besseren Gesundheitsdienst, bessere Nahrung, bessere Kleidung, mehr Bildung, mehr Luxusgüter bereitgestellt – sagen Sie mir, hätte diese Regierung nicht die beste Aussicht, mit gewaltiger Mehrheit bestätigt zu werden?»

Im Westen täte man wirklich gut, die Wunschträume von der Befreiung des russischen Volkes durch einen Kreuzzug der «demokrati-

schen» Nationen zu begraben – je eher, desto besser. Befreie man sich lieber selbst von der Zwangsvorstellung, daß der Sowjetkommunismus darauf brenne, sein Regime durch einen Revolutionskrieg auch auf den Westen auszudehnen! Die große Gefahr für den Weltfrieden ist nicht die kommunistische Weltrevolution, sondern die bürgerlich-kapitalistische *Gegenrevolution*. Von *ihr* sind die Kriege ausgegangen, in die die Sowjetunion, seit sie überhaupt besteht, verwickelt worden ist, nicht vom «roten Imperialismus» Moskaus. Das große Anliegen der Sowjetführung ist die «Revolution in einem einzigen Land» – im eigenen, unermeßlich großen und entwicklungsfähigen Land. Und in der Vollbringung dieses Werkes, einer Aufgabe von Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten, hat sie trotz den Rückschlägen, die gegenrevolutionäre Kriegsdrohung und Kriegführung ihr gebracht, schon so bedeutende Fortschritte gemacht, daß sie einfach nicht wünschen oder auch nur riskieren *kann*, durch einen von ihr selbst ausgelösten Krieg aufs neue, und sicher weiter als je, auf ihrem Wege zurückgeworfen, vielleicht sogar zerschlagen zu werden. Und wenn die Skizze vom Zustand der Sowjetunion in diesen Nachkriegsjahren, die wir mit rascher Hand, jedoch nach gründlicher Vorbereitung, hier entworfen haben, dazu beitragen könnte, diese Erkenntnis zu verbreiten und zu festigen, dann wäre ihre Absicht erreicht.

9. Februar. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

John Hersey, Die Mauer. Diana-Verlag, Zürich.

Hersey's Bericht über die Ausrottung der Warschauer Juden gehört zu den aufwühlendsten Zeitdokumenten, die ich kenne. «Die Mauer» hat in den Vereinigten Staaten, wo das Buch zuerst herauskam, einen gewaltigen Erfolg gehabt – ein Zeichen, nebenbei, daß auch dort das Gewissen noch eine Macht ist; jetzt ist es auch in glänzender deutscher Übersetzung erschienen, und man kann nur wünschen, daß es bei uns (und natürlich in Deutschland selbst) ebenfalls alle redlichen Herzen erschüttere.

Das Buch gibt sich als Roman. Aber es hätte der Fiktion, daß der Verfasser nur Tagebucheintragungen eines Augenzeugen der Vernichtung des Warschauer Ghettos wiedergebe, kaum bedurft, um uns zu überzeugen, daß es sich hier um einen Tatsachenbericht handelt. Hersey muß eine Fülle authentischen Materials zur Verfügung gehabt haben, das aus erster Hand stammt, um mit dieser Treue, Sachkenntnis und Lebendigkeit erzählen zu können. Ja, wir sind gewiß, daß die Wirklichkeit noch viel, viel grausiger war als der Bericht darüber, der sich gerade durch seine Sachlichkeit, Nüchternheit und Leidenschaftslosigkeit auszeichnet und dadurch viel stärker wirkt, als wenn er sich in romanhafter Phantasie und deklamatorischem Pathos erginge. Möchte doch niemals das Gedächtnis an die unsagbar teuflischen Methoden schwinden, mit denen die Deutschen die 500 000 Juden, die sie im Warschauer Ghetto zusammengepfercht hatten, planmäßig «liquidierten»: erst durch Aushungerung, dann durch Verschleppung in das Vergasungslager von Treblinka und

schließlich, als noch ein Zehntel der todgeweihten Bevölkerung übrig war, durch direkte Abschlachtung im Kampf mit der Widerstandsbewegung, die fast im letzten Augenblick, hoffnungslos und verzweifelt, aufgeflammt war! Möchten aber auch niemals das Heldentum, die Kraft stillen Leidens und der charaktervolle Opfergeist vergessen werden, die in diesen jüdischen Menschen lebten! Denn das ist ja das Schönste in Herseys Erzählung: diese Atmosphäre der Menschlichkeit, der Solidarität, ja der Brüderlichkeit, in die das Erleben der Opfer nazistischer Untermenschlichkeit getaucht ist. Der Verfasser ist weit davon entfernt, nun einfach zu idealisieren oder künstlich zu heroisieren; er zeigt uns die Menschen, wie sie sind, mit all ihren Kleinheiten, Feigheiten und Erbärmlichkeiten. Aber nur um so wahrhaftiger hebt sich davon ab, was an Adel der Gesinnung, an Seelengröße und selbstvergessener Hilfsbereitschaft in diesen Männern und Frauen schlummert und sich herrlich entfaltet. Und das ist zuletzt auch das, was uns über all das Schauerliche hinaus tröstet und erhebt, was uns – wie in der antiken Tragödie – durch die empfangene Erschütterung hindurch reinigt und läutert und uns das Schicksal der Warschauer wie all der andern geopferten Juden, die zu stellvertretendem Leiden bestimmt waren, im Lichte der biblischen Verheißung sehen läßt, so daß es der mächtigste Aufruf zur Gerechtigkeit wird. John Herseys Bericht ist ein großes, ein tief menschliches Buch. H. K.

Resolution

Die Schweizerische Vereinigung für Internationalen Zivildienst erklärt anläßlich ihrer Jahresversammlung vom 10. Februar 1952 in Bern:

Mit großer Sorge verfolgen wir alle die gegenwärtigen internationalen Geschehnisse. Wir müssen feststellen, daß die Völker, auch wir Schweizer, die Bewahrung vor einem neuen Krieg mehr und mehr allein in einer militärischen Aufrüstung sondergleichen zu sehen vermögen. Furcht, Mißtrauen und Haß sind die Folgen davon. Wir bedauern vor allem, daß nicht mehr Mittel für Versöhnungsarbeit und internationale Hilfstätigkeit eingesetzt werden.

Den Mitgliedern der Zivildienstvereinigung steht die Stellung zur Militärfrage frei: in unsern Reihen sind Wehrmänner und Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu finden. Unser *gemeinsames* Anliegen geht dahin, über die von Menschenhand geschaffenen Grenzen und Schranken hinweg durch gegenseitige Hilfe jenen Geist unter den Völkern zu wecken und zu fördern, der schon den bloßen Gedanken, mit bewaffneter Hand in ein anderes Land einzufallen, zur moralischen Unmöglichkeit macht. Unser Endziel bleibt: In allen Ländern den Militärdienst durch einen zivilen Dienst ersetzt zu sehen. In Ländern mit obligatorischer Militärdienstpflicht, wie der Schweiz, setzen wir uns gegenwärtig für die Schaffung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen ein.

Der Internationale Zivildienst wird auch dieses Jahr mit seinen Freiwilligen in Katastrophengebieten und in wenig entwickelten oder notleidenden Gegenden arbeiten. Er hält die positive Tat für den Frieden als ein Gebot der Stunde, für das er sich selber einsetzt und zu dem er alle Menschen guten Willens aufruft.

Bern, den 10. Februar 1952.

Gebet

Herr Gott, verbinde uns mit Jesus Christus, dem Auferstandenen und Lebendigen, daß unser Leben ganz verschlungen werde von dem, was Dein Wille ist in Jesus Christus. Reiße uns los von allem, was uns irdisch binden will, und mache uns zu freien Leuten, die allzeit ihr Haupt in die Höhe heben, darum, daß sich unsere Erlösung naht. Also, allmächtiger Gott, vertrauen wir Dir auch in unserer schweren Zeit. Gedenke aller Völker, die Du ja auch sammeln willst in Deinem Reich. Du, Gott, bist unsere Zuflucht und unsere Hilfe, Dir vertrauen wir bis zum letzten. Amen.

Christoph Blumhardt

Der Triumph Jesu

«Nachdem er die Gewalten und die Mächte gänzlich entwaffnet hatte, führte er sie öffentlich zur Schau auf und triumphierte in ihm über sie.» (Kolosser, 2,15)

Das Weltall ist wahrlich viel unermeßlicher, als wir es mit unserm unzulänglichen Wissen zu erkennen vermögen. Die moderne Physik schließt uns in eine Sphäre ein, von der niemand sagen kann, ob sie das Ganze bildet oder ob es jenseits ihrer Grenzen noch eine andere Wirklichkeit gibt. Doch wer könnte den Geist hindern, in jene Unendlichkeiten jenseits schwindelnder Räume einzudringen?

Die Welt der *Geister* aber eignet sich noch besser zu solchen keinesfalls abwegigen Spekulationen. Durch einen Handgriff am Radioapparat kann ich mein stilles Zimmer mit Musik erfüllen. Weshalb sollte mich der Glaube nicht in die unseren allzu groben Sinnen verschlossenen Bereiche einführen, wo sich jene Fürsten und jene Mächte treffen, die der «Führer und Vollender» des Glaubens gekannt, herausgefordert und besiegt hat?

Oder ist heute nicht mehr die Zeit dazu, die Engel und Dämonen, die Mächte und Herrschaften, die Throne und die Herrlichkeiten, das ganze Pandämonium vergangener Weltbilder zu beschwören? Denn die Technik hat doch unsern Himmel entzaubert und unsere Erde verengert. Wenn sie aber keinen Namen haben, der ihnen Persönlichkeit verleiht, und keine Bezeichnung, durch die sie beschrieben werden und einen Charakter erhalten, werden sich die finstern Mächte, welche sich unter dem Spiel der Instinkte und der Leidenschaften in uns verbergen und unterirdisch, hinter der Maske des Fatums, durch die ganze Weltgeschichte geistern und wirken, nicht für diese Verleugnung rächen, indem sie unser Wissen verwirren und unser Gewissen verführen? Die Psychologen, die Psychoanalitiker, die Psychotechniker mühen sich ab,

diese Mächte zu entdecken, sie einzuordnen, sie zu zähmen, bis diese, unerwartet, gleichsam in einer Pirouette, den ganzen Gelehrtenapparat mühseliger Wissenschaft zum Teufel schicken. Und von neuem bricht ihre schwarze Phantasie los und spottet unser wie eh und je.

Sind die Menschen denn weniger gequält, seit sie sich selber die Zwangsjacke eines naiven Rationalismus angezogen haben? Ist die «Libido» Freuds weniger anspruchsvoll als der «Cupido» der Alten? Bergson sagte, unsere Zivilisation, welche die Göttin Aphrodite nicht mehr kennen will, sei dafür den Aphrodisiaka hörig. Und wenn wir auch nicht mehr erwarten, eines Tages in Walhalla den Nektar der Götter zu trinken, der zum voraus alle irdischen Trunkenheiten rechtfertigt, so sind wir dennoch nicht befreit vom Wüten eines zunehmenden Alkoholismus. Wir kodifizieren das Kriegsrecht, wir standardisieren die Waffentypen, aber wir verhindern damit nicht, daß die Dämonen der Furcht und des Hasses sich unter uns herumtreiben und lauern, wen sie ergreifen könnten, oder vielmehr sich aller zusammen bemächtigen wollen, um uns eines Tages gegeneinander in den Tod zu hetzen.

Nicht alle Mächte und Herrschaften, von denen Paulus spricht, waren in seinen Augen Zerstörungskräfte, nicht alle erklärte Feinde Gottes. Aber sie scharten sich, soweit es das Heil des Menschen und der Welt betrifft, um das Zeichen der Ohnmacht. Und so bedienten sie tatsächlich nur die Illusion und den Tod.

Gewiß begegnen wir bewundernswerten Opfertaten inmitten der Orgien auf den Schlachtfeldern und vernehmen selbst aus dem Sumpfe der Prostitution Rufe voller Heimweh nach dem Trost einer reinen Liebe. Aber Prostitution und Schlachtfelder töten das Ziel, dem wir doch verzweifelt zustreben. Und mitten in diesem Wirrwarr von Gut und Böse, von Wahr und Falsch, von Rein und Unrein, von trügerischem Traum und allzu harter Wirklichkeit, in dieser Dämmerung, woran der müde Abend mehr Anteil hat als die Morgenröte, lebt der Mensch – auch wenn er mittels seiner Philosophien und Sitten, seiner Reformen und Revolutionen, seiner Religionen und Gottesleugnungen, seiner Hoffnungen und Verzweiflungen, ja mit seinem ganzen Dasein und mit seinem Tod zu Gott schreit – doch außerhalb des Königreiches, welches Gott gegründet hat. Solange, bis Jesus Christus kommt.

Gefährlicherweise verkörpern sich zudem die «Mächte» in sehr konkreter Art. Sie handeln und wirken durch die Vermittlung menschlicher Geschöpfe, die sie höhnend in eine symbolische Stellung hinaufheben und sie dadurch aller tiefen und wahren Menschlichkeit berauben. Pilatus ist nicht mehr Pilatus, sondern der brauchbare Repräsentant einer Gewaltherrschaft, Kaiphas ist nicht mehr Kaiphas, er ist die Verkörperung der höchsten Autorität der jüdischen Religion. Diese Personen sind nicht mehr sie selber; sie vertreten etwas: *die* Politik, *die* Religion. Wie Schauspieler spielen sie eine Rolle. Sie denken nicht mehr als Mensch, sie sind nicht mehr Mensch; sie denken als ein Kollektiv und sind Vertreter eines

Kollektivs. Die herrschende Moral, welche unbedingt auf das einzelne Individuum bezogen ist, gilt nicht mehr für sie.

Möge er sterben, der galiläische Vagabund, den man zwar keines Verbrechens beschuldigen kann; aber es soll ja nicht die kleinste Verwirrung die glatte Ruhe des Römischen Imperiums kräuseln! Ja, er werde gekreuzigt, er, dessen Gotteslästerung in den Augen der Priester vor allem darin besteht, die Sicherheit des Volkes, die aber nur als Vorwand für die Sicherheit der eigenen klerikalen Herrschaft dient, in Gefahr zu bringen! Der Pilatus unserer Tage würde sich ohne Zweifel als Republikaner ausgeben und Kaiphas als Christ. Aber Vorsicht: sie werden immer noch den Gerechten töten, indem sie ihn in der Person irgendeines unscheinbaren, einsamen Zeugen an irgendeinem Exekutionspfosten erschießen oder wenn sie Arme und Kinder, mit denen der Gerechte eins ist, durch ihre Atombombe zerreißen!

Denn ungeachtet der Widerlegungen einer langen Geschichte läuft ihre ganze Weisheit, durch die Stimme von Experten, Technikern und allen den «Realisten» in der Welt verkündet, in sturer Wiederholung immer noch da hinaus: wenn man den Frieden wolle, müsse man zum Krieg rüsten, oder: man müsse die Wirtschaft ihren autonomen Gesetzen überlassen, falls man wünsche, daß einigermaßen Ordnung im öffentlichen Leben gewährleistet sei. Und unter der Ägide einer solchen «Weisheit» wird die Ordnung sich weiterhin schamlos über die Gerechtigkeit lustig machen, und weiterhin entsteht aus Frieden Krieg.

Denn diese «Weisen» kombinieren das Wirkliche der Zeit mit dem, was sie verteidigen möchten, oder sie versuchen, sich von der ewigen Wirklichkeit etwas anzueignen. Aber ohne genügende Demut. Wird ihnen nicht auch die ewige Wirklichkeit zu einem Element der Rechtfertigung für zweifelhafte Kompromisse? Sie rechnen es Gott zu, was doch allein die Ordnungen dieser Welt und ihre scheinbar unabwendbaren Verhängnisse zur Sünde der Menschen verdichten. Sind es Theologen, dann erkennen sie der Sünde eine so große Wirkungskraft zu, daß sie am Ende die Wirksamkeit und die Kraft der Gnade bestreiten müssen. Und sie sehen nicht, oder tun so, als ob sie nicht sähen, daß tatsächlich ihr Gott heute das Gesicht Mammons oder des Cäsars oder irgendeines Götzen hat, nur nicht das Antlitz Jesu Christi.

Deshalb ist es nicht erstaunlich, daß man dazu kommt, sich vor diesem armen Teufel von schlechtem Gott zu rechtfertigen dafür, daß man ihm in ungeheuerlichen Blutopfern hunderttausend, zweihunderttausend Menschen, Familien, Heimstätten, irdische Glückseligkeiten, vergängliche, aber vielleicht auch unvergängliche Zukunftsaussichten und hunderttausend Hoffnungen auf den Gott der Liebe zum Opfer darbringt, nur um eine Schlacht zu gewinnen und, wie man meint, über die Zukunft zu entscheiden. So schreibt die *Notwendigkeit* das Gesetz vor und nicht mehr die Wahrheit. So erschlägt das heidnische Fatum die christ-

liche Freiheit. So entfernt man sich vom Menschen, nachdem man von Gott entfernt wurde und weil man sich von Gott entfernt hat.

Jesus Christus dagegen, der gekommen ist, um «die Welt» zu retten, weicht nicht vom Menschen. Er hat das Einzelwesen nicht vergessen, er hat es umarmt. Er hat sich nicht vom menschlichen Los gesondert, er hat es zu seiner eigenen Sache gemacht. Er hat die Menschheit nie im abstrakten Sinne gekannt; aber er hat all ihre Schmerzen, all ihre Schande so konkret, als es möglich war, auf sich genommen. Er ist nicht als ein Meister, als ein Großer, als ein Führer zu ihr gekommen, sondern als ein Diener, ein Armer, ein Verlassener. Er hat nicht verdammt, aber er ist selber verdammt worden. Er hat niemanden in den Tod geschickt, aber er wurde selber gekreuzigt. Er hat auf niemanden Schande gelegt, aber er hat selber Schande erlitten. Niemand war in solchem Maße Mensch, wie Jesus es am Kreuz wurde.

Während des letzten Krieges, in einer Nacht ohne Schlaf, aber nicht ohne Alpdrücken, mußte ich die dumpfen Schläge des Henkers mitanhören, der auf der andern Seite der Mauer, im Gefängnishof, die Guillotine errichtete. Ich dachte an den unglücklichen Verurteilten, der bei Tagesgrauen sterben würde. Darauf schweiften meine Gedanken zu einem andern Verurteilten, zu Jesus Christus. Und wie ich so an den Verbrecher dachte, der durch seine Freveltat gewissermaßen abgestumpft sein mußte, und dann an den Gottessohn, der im vollen Bewußtsein seiner Heiligkeit starb, empfand ich das Los des letzteren als unermeßlich tragischer, da Jesus einen vollen Einblick in die unendlichen Schrecken dieser Verurteilung hatte, welche, im Abfall von Gott, diese Sünde bewirkt, die er auf sich genommen hat. Mir war's, als hörte ich tatsächlich jenen gewaltigen Schrei, welcher durch die Jahrhunderte herübertönt: «Mein Gott, mein Gott, warum hast du mich verlassen?»

Niemand hat das Menschsein so gekannt wie Jesus, der durch die von uns verschuldete Sünde starb und für die Sünde um seiner Liebe willen den Tod auf sich nahm. An seiner Seite besteht von nun an keine Gefahr mehr, daß man sich über die wahre Natur der Schwierigkeiten irre oder daß man den weiten Bereich der Gegenmächte unterschätze. Jesus bietet keine jener Lösungen an, die um so durchsichtiger erscheinen, als sie eine ganz trübe Unkenntnis der Hindernisse, welche von Anfang an im Grunde des Menschenherzens verborgen sind, bemänteln sollen. Er schlägt nicht die feierlichen Lügen vor, welche Sinn und Geist über ihre tatsächliche Arroganz zu täuschen vermögen. Er schmeichelt nicht künstlich, indem er denen Erfolg verspricht, die eines solchen ausdrücklich nicht fähig sind. Er gibt uns den richtigen Blickpunkt über die Dinge, weil er uns die wahre Situation aufdeckt, von der aus allein sich Neues im Feuer der Wahrheit schaffen und verarbeiten läßt.

War Jesus nicht von Sinnen, als er am Abend des letzten Tages seinen Jüngern ankündigte: «Ich habe die Welt besiegt?» Denn der «Kosmos», von welchem er hier sprach, ist nicht das Universum schlechthin

oder die bewohnte Welt, sondern im ursprünglichen Sinne des Wortes gehört dazu auch die Schönheit, welche gemäß der Sprache und des Genies der Griechen, sich und ihr Wesen aus ihren eigenen Gesetzen heraus versteht; ihr Wesen aber ist die Notwendigkeit. «Ich habe», sagt hingegen Jesus, «das Verhängnis in der Geschichte, die für unwiderruflich gehaltenen Imperative der Wirtschaft, den Zwang des Geschickes besiegt und aufgehoben.» Dies versichert er mit unerschrockenem Glauben, mit der sicheren und klaren Stirn des Gotteskämpfers, bevor noch am Kreuz das Siegel auf sein ganzes Werk gedrückt war.

In der Tat, am Kreuz erst triumphiert Jesus. Alle Sünde der Welt fiel über ihn her, aber er beugte sich diesem Ansturm nicht, obwohl er ihn in die äußerste Versuchung der Verzweiflung trieb, so daß er schrie: «Warum hast du mich verlassen?» Höchster Protest, letzte Bestätigung der Lebenskraft einer Seele, welche sich auch am Rande des Abgrunds nicht verleugnet. Aber er schlief in Frieden ein: «Es ist vollbracht!» und im nie verlorenen Vertrauen: «Ich lege meinen Geist in deine Hände.» Er hat wahrlich die Sünde besiegt, und damit auch die Folge der Sünde, den Tod.

Ebenso werden auch alle «Mächte» gebunden sein, wenn er wiederkommt. Einzig *seine* Welt wird als wahr anerkannt, im Himmel und auf der Erde. Der bisherige Fürst der Welt wird dem Reiche Jesu weichen müssen. Der Abgrund der Verlassenheit öffnet den Ausblick auf das Reich des Vaters. Das Böse, das Fatum, der Tod sind nicht mehr unzerstörbar. Ein unverlierbarer Glanz strahlt vom offenen Grab und vom offenen Himmel her und erhellt die Welt mit Hoffnung, ja schon mit Sieg.

Und deshalb kann nur Jesus allein das letzte Wort in allen menschlichen Dingen sprechen, weil er wahrlich mehr dazu berufen ist als jeder Weise, weil er realistischer ist als jeder Politiker, und die Probleme, die Tragödien der Menschheit und der Gesellschaft gerade deshalb zu entwirren vermag. Wer immer also hungert und dürstet nach einer wirklich heilenden Handlung, welche den Absichten des lebendigen Gottes entspricht und dem Vorwärtsschreiten seines Reiches nach dieser Welt hin wirklich dient, wird nirgendwo, als nur bei ihm, Richtlinien und Weisungen holen.

So stark ist der Jubel des Apostels angesichts der Größe eines ungewöhnlichen Sieges, daß er ihn mit glänzenden Ausdrücken von übernatürlicher Ironie verkünden muß: «Nachdem Jesus am Kreuz diese ‚Mächte' besiegt und entwaffnet hatte, setzte er sie dem Gespött der Welt aus, indem er sie hinter seinem Triumphwagen mit sich zog.» Er spielte damit an die römische Sitte an, welche die glorreichen Sieger durch einen in stolzem Prunk rauschenden Siegeszug feierte, wobei die besiegten Führer, an den Triumphwagen des Kaisers angebunden, dem Gespött der Menge ausgesetzt waren. Der Geschichtsschreiber Joseph Flavius erzählt vom Triumph des Titus, am Tage nach der Einnahme von Jerusalem, welche Jesus prophezeit hatte: «Gold, Silber, Elfenbein

glänzte und gleißte da; man sah nichts als Zelte aus Purpurstoff, Stickereien, Edelsteine, seltene Tiere. Üppig geschmückte Römer trugen Kolossalstatuen ihrer Götter, und darnach folgten die langen Reihen der Gefangenen. Nach diesen drei bis vier Stockwerke hohe Trophäen, welche die Schlachten und Kriegsschauplätze darstellten: verdüsterte Ebenen, brennende Städte, den blutenden, flehenden Feind, Ströme, welche die von Eisen und Feuer schon verwüsteten Gegenden überfluteten, dies alles zeigten sie.» Nach dem Raubgut aus dem Tempel in Jerusalem: dem goldenen Tisch, dem siebenarmigen Leuchter und den Gesetzesrollen erschienen Vespasian, Titus und Domitian selber und erwarteten, bevor sie auf das Kapitol stiegen, um dort Jupiter weiße Ochsen und ihre goldenen Kronen zu opfern, die Kunde von der Exekution Bar-Gioras, des feindlichen Führers.

Als Jesus am Kreuz über die «Mächte» triumphierte, hatte er einen ebenso glorreichen Sieg errungen und noch mehr als das. Aber in *seiner* Art. Befremdend war der Sieg unter dem Anschein der Niederlage gewesen, ungewöhnlich sollte auch sein Triumph sein. «Hier ist euer König», hatte Pilatus hohnlächelnd erklärt. Sie hatten diesen König allerdings gekrönt gesehen, aber mit Dornen; sie sahen ihn geschmückt, aber mit dem Speichel der Soldateska; er hatte ein Szepter in der Hand, aber es war ein Schilfrohr zum Zeichen der Verhöhnung; er war in Purpur gekleidet, aber es war ein Militärmantel. Und trotzdem war er König. Gott anerkannte ihn, da er ihn auferweckte, und die Geschichte mußte ihn anerkennen, da ein Gefolge von Zeugen und Jüngern für ihn auftrat.

Und er ist in die Herrlichkeit eingezogen. Aber die Trophäen *seines* Triumphes sind der besiegte Hochmut, die entwaffnete Gewalttätigkeit, die unwirksam gemachte Unterdrückung und die aufgehobene Ungleichheit. Seine Trophäen sind die verwandelten Leben, die zum Blühen gebrachten geschichtlichen Frühlinge, die entschiedenen Reformationen, die fruchtbaren Revolutionen, das nahe Reich Gottes. Gelobt sei Gott, denn wir sehen mit ihm und durch ihn die Welt umgestürzt und wiederhergestellt und erfahren sein Reich, welches zur ewigen Klarheit des allerersten Ostertages vorwärtsschreitet. So ist es, und allem Anschein entgegen ist die Erde den Gewaltlosen versprochen, die Sättigung ist den Dürstenden verheißen, die Güte des Gottessohnes den Friedeschaffern und das Schauen Gottes den reinen Herzen. Das sind Versprechungen, aber sind es wirklich erst Versprechungen? Nein, sie sind schon wirklich geworden!

Wie anders gestaltete sich das Leben in einer Geschichte, die wieder so zum lebendigen Gott hingewendet wäre! Denn wie begeisternd sind die Kämpfe, die der Sache des Gottesreiches gewidmet sind! Welch unvergänglicher und unbeschreiblicher Jubel erhebt sich, der den Zeugen des auferstandenen Jesus Mut zum Kampfe, ja zum möglichen Opfertod verleiht, aber auch die Gewißheit und die Zuversicht auf den sichern Sieg!

Henri Roser

BESINNUNG AUF DIE SCHWEIZ

«Es hat uns seit allzulanger Zeit an tiefer geistiger Aufwühlung gefehlt.»
(Aus «*Die neue Schweiz*» von Leonhard Ragaz)

Wir wollen uns wieder lebendig bewußt werden, wie tief und groß und echt Leonhard Ragaz seine Heimat, die Schweiz, geliebt hat, und wie es ein zentrales Anliegen von ihm war, ihren wahren Kern und ihren wahren Sinn zu erkennen und ans Licht zu heben. Seine Kritik an ihr, sein Schmerz um sie, seine Mahnungen, Rufe und Kämpfe waren Zeichen dieser echten Liebe. In ihrem Leuchten wollen wir weiter und neu arbeiten an dem, was er vorgearbeitet hat, und wollen demütig und sachlich an die schweizerischen Fragen herangehen, gerade weil wir wissen, daß es für das Weltgeschehen und für das Reich Gottes, welches daran immer mehr Einfluß haben soll, mitentscheidend ist, ob und wie sich die Schweiz erneuert.

An Stelle einer Schweizer Rundschau, die aber doch von Zeit zu Zeit in den «Neuen Wegen» erscheinen wird, möchten wir unter der Losung «Besinnung auf die Schweiz» mit möglichst regelmäßigen Beiträgen über allgemeine und besondere, geistige und materielle, innen- und außenpolitische Probleme der Schweiz zu dieser Erneuerung mithelfen. Wir hoffen, daß eine gewichtige Anzahl Schweizer, denen die Mission der Schweiz auf dem Herzen brennt, daran arbeiten soll. Die nachfolgenden Aufsätze mögen dazu ein Anfang sein.

Natur- und Heimatschutz im Kampf gegen das Kraftwerk Rheinau*

Wasserkraftanlagen größeren Ausmaßes, wie sie durch die moderne Technik geschaffen werden, gereichen der Volkswirtschaft nicht allein zum Segen, sie bedeuten überall, wo sie angelegt werden, Eingriffe in die natürliche Landschaft. Sie verändern den Charakter einer Gegend in weitgehendem Maße. Diese Veränderung braucht nicht unbedingt zu einer Verschandelung zu führen, sie kann gewisse ästhetische Werte erhalten oder in vielen Fällen sogar in den Augen mancher Menschen neue schaffen.

* Der Verfasser dieses Aufsatzes hat uns, um der Sache zu dienen, auf unsere Aufforderung hin, seine Arbeit freundlicherweise zur Verfügung gestellt. *(D. R.)*

Es kann sich auch für einen Naturschützler nicht darum handeln, in extremer Weise alle Werke der Technik zu verdammen, denn im Grunde nimmt er ja als Bürger unseres Landes ebenfalls diese Errungenschaften des technischen Zeitalters in Anspruch. Praktisch gesehen entspricht es auch keineswegs der Wahrheit, wenn behauptet wird, der Naturschutz laufe gegen jedes Kraftwerk Sturm. Viele große Kraftwerke sind entstanden, bei denen keine grundsätzlichen Einwände erhoben worden sind. Was Natur- und Heimatschutz aber in jedem Falle verlangen müssen – diese Ansicht setzt sich beim Volke immer mehr durch –, ist eine Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten. Ein Kraftwerk soll zum Beispiel so gebaut werden, daß es nicht von jedermann als störender Fremdkörper empfunden wird. Diesem Postulat des Natur- und Heimatschutzes wird in vermehrterem Maße nachgelebt, dies sei um der Gerechtigkeit willen zugegeben. Diese Forderung wird auch in Zukunft stets aufrechterhalten bleiben müssen. Im Falle des Kraftwerkes Rheinau ist ihr ebenfalls Rechnung getragen worden. Allein der Natur- und Heimatschutz hat nicht nur Anpassungen zu fordern. Er hat auch für Ziele einzustehen, die keinen Kompromiß zulassen. Das Verhältnis zwischen Kraftwerken und Starkstromleitungen, bei denen die eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission zu einem Kompromiß gelangte, und Werken, bei denen grundsätzlich Ablehnung besteht, ist 28 zu 1. In 28 Fällen kommt also der Natur- und Heimatschutz dem Verlangen der Volkswirtschaft nach vermehrtem Ausbau der Wasserkräfte entgegen, in einem Falle dagegen beansprucht er grundsätzliche Ablehnung eines Eingriffes. In den über 100 Fällen, die schon zur Behandlung kamen, figuriert das Kraftwerk Rheinau unter denen, die keinen Kompromiß ertragen.

Weite Volkskreise empfanden und empfinden heute noch, daß der Rheinfall und die Gegend von Rheinau zur letzten natürlichen Stromlandschaft der Schweiz gehören. Im Jahre 1931, als das Konzessionsbegehren aufgelegt wurde, dachte jedermann, die Behörden würden diese Empfindungen der Volksseele genügend berücksichtigen. Im Jahre 1944, als die Konzession vom Bundesrat erteilt wurde, waren wir in außerordentlichen Zeiten. Im Jahre 1951 sollte nun mit dem Bau begonnen werden, und da setzte der ganze Sturm ein. Während es vorher nur einzelne Natur- und Heimatschutzkommissionen waren, die sich zur Wehr setzten, stand nun im letzten Jahr das ganze Volk auf. Von 1931 bis 1944 glaubte es, die Behörden würden ohne seine Mithilfe zum Rechten sehen. Im Jahre 1944 ging es um die Unabhängigkeit des Vaterlandes. Gleichzeitig herrschte Strommangel, was das Volk auch nicht veranlassen konnte, gerade in diesem Augenblick gegen ein Elektrizitätswerk anzukämpfen. Warum ist denn in letzter Minute eine solch große Volksbewegung gegen das Kraftwerk Rheinau entstanden? Die Beweggründe sind in einer gesunden Reaktion des Volkes zu suchen. Je mehr die Technik fortschreitet – und seit 1931 sind sehr große Fort-

schritte zu verzeichnen – und je mehr die Industrialisierung unseres Vaterlandes überhandnimmt, um so mehr werden dem Volke jene Werte bewußt, denen es seit je zugetan war; Werte, die nicht in Zahlen ausgedrückt werden können.

In jedem Land muß es noch Gebiete geben, wo der Mensch aus Ehrfurcht vor der Schöpfung dem Ansinnen der Technik ein Veto entgegensetzt. Es muß noch Teile geben, worin der Mensch die Natur selbst walten läßt, wo er seine Eingriffe auf ein striktes Minimum reduziert. Warum hat der Mensch diese Schutzgebiete nötig? Damit er den Maßstab nicht verliert! Er muß die Möglichkeit haben, in der nächsten Umgebung seiner Heimat, mit der er von Kindsbeinen an verwurzelt ist, die Taten des Schöpfers zu sehen und zu erleben. Es genügt aber nicht, daß er sie sieht, losgelöst von der natürlichen Umwelt, sondern die Schutzgebiete müssen eine gewisse Einheit bilden, das heißt mindestens so groß sein, daß darin die menschlichen Eingriffe nicht von allen Seiten in Erscheinung treten. Erst dann, wenn des Schöpfers Taten den Menschen in ihren Bann ziehen, uneingeschränkt vom Machwerk des Menschen, kann der Bürger in Ehrfurcht aufblicken zu etwas Größerem, kann seine Seele wieder wachsen an dem Göttlichen, das im Alltag oft mißachtet wird. Wir müssen mit allen Mitteln der geistigen Verflachung vorbeugen, die immer mehr um sich greift. Vom Menschen sozusagen unberührte Gegenden und Landesteile sind kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit für die seelische Gesunderhaltung unseres Volkes und unserer Nachkommen. Diese Ansicht dürfte der Meinung vieler Menschen entsprechen. Die Forderung auf Naturschutzgebiete im weiteren Sinne ist also unbestritten, das müssen auch einseitige Robotermenschen zugeben. Diese haben auch vielfach gar nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß weder gegenwärtige noch zukünftige volkswirtschaftliche Interessen darunter zu leiden haben. Aber o weh, wenn die materielle Ausbeute Erfolg verspricht, dann denken sie nicht mehr daran, daß noch andere da sind, die aus tiefster Überzeugung dem Volke ebenfalls dienen wollen. Es erhebt sich deshalb die bedeutsame Frage: Sind die Schweizer gewillt, obengenannte Forderung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus durchzusetzen auch in dem Falle, wo die Volkswirtschaft ein Gebiet für sich beansprucht? Eines hat sich aus dem Kampfe gegen das Kraftwerk Rheinau mit Sicherheit ergeben: beim Volke scheint der Wille, den ideellen Werten neben den materiellen eine gewisse Gleichberechtigung zuzuerkennen, eher vorhanden zu sein als bei den Behörden; denn das Volk hat noch die Fähigkeit, zu empfinden, es hat noch Gefühl für solche Dinge. Als Privatleute kann man unsere Behördemitglieder in dieser Beziehung dem Volke zuordnen, es gibt viele Naturfreunde unter ihnen; aber als Amtspersonen handeln sie manchmal so, wie wenn sie in ein bestimmtes System eingezwängt wären. Dieses grausame System der Überbetonung des Materiellen läßt sie nicht

mehr aus den Klauen. Nur große Staatsmänner vermögen hier aus der Reihe zu tanzen.

Ich frage den Leser an: Ist es überfordert, wenn die Zürcher und Schaffhauser verlangen, daß ein kleines Stück des Rheinstromes von Basel bis zum Bodensee als fließender Strom unsern Nachfahren erhalten bleibt? Ist es übertrieben, daß man das Stromstück wählt, das von Natur aus durch seine herrliche Landschaft dazu prädestiniert ist, als Landschaftsschutzgebiet erhalten zu bleiben? Kann man es der jungen Generation versagen, wenn sie sich dafür einsetzt, daß den Manipulationen an Europas schönstem Wasserfall endlich ein Riegel geschoben wird?

Es kann sich hier im Falle Rheinau–Rheinfall nicht darum handeln, daß man mit der eingangs erwähnten Forderung um möglichst schonende Behandlung der Landschaft auskommt; hier tritt klar und deutlich das Grundsätzliche zutage. Der gut schweizerische Kompromiß darf hier nie und nimmer lauten: ein bißchen Stau im Rheinfallbecken, Stausee an Stelle des fließenden Stromes! Der Kompromiß dürfte vom Standpunkte des Naturschutzes aus höchstens diese Form haben: Zehn Stufen von Stein bis Basel sind gebaut, die letzten drei sind als natürliche Flußlandschaften unsern Nachkommen zu erhalten! Das Entgegenkommen an unsere Volkswirtschaft wäre auf diese Weise vollauf genügend. Was zuviel ist, ist zuviel! Das fühlt das Volk, aber das merken unsere Behörden nicht.

Von den Gegnern des Kraftwerkes ist – mit den Argumenten der Befürworter – dargelegt worden, daß das Kraftwerk keiner volkswirtschaftlichen Notwendigkeit entspricht, und wenn auch, bliebe noch abzuwägen, ob nicht der ideelle Wert der unangetasteten Landschaft vom staatspolitischen Standpunkt aus mehr ins Gewicht fällt als die Ausbeute an Kilowatt. Die geistige Landesverteidigung muß in der heutigen Zeit mit allen Mitteln gefördert werden. Wie ließe sich das besser erreichen als durch die Förderung der Heimatliebe? Wir sind uns bewußt, daß die Möglichkeiten des Natur- und Heimatschutzes begrenzt sind, begrenzt sein müssen, im Hinblick auf unser ganzes Staatsgefüge. Ist sich die Volkswirtschaft auch bewußt, daß sie ebenfalls Maß zu halten hat? Der Mensch lebt ja nicht vom Brot allein! Den materiellen Belangen sind in unserm Kleinstaat Grenzen gesetzt, wenn er nicht langsam zugrunde gehen will. Maßhalten ist auch hier das Gebot der Stunde. Man nimmt uns den Strom, das Symbol des pulsierenden Lebens, aus der Natur weg, um ihn in Leitungen zu verbannen. Man verfälscht die Natur des Rheinfalles während des größten Teils des Jahres. Oder ist es keine Verfälschung, wenn sich im Winter ein kleines Rinnsal über die Felsen in ein prallgefülltes Becken ergießt? Muß das Naturdenkmal Rheinfall die Wassersucht bekommen, damit der Profithunger der Elektrizitätswirtschaft gestillt werden kann? Nein, sagt das Volk. Nicht halb so schlimm, versichern die Behörden. Das ist das Gefährliche, dieses: nicht

halb so schlimm. Es zeigt uns zur Genüge die geistige Verflachung, die Grundsatzlosigkeit, die heutzutage in vielen Entscheiden unserer Behörden zum Ausdruck kommt. Man spricht jeweils von einer Ritzung der Verfassung und dergleichen, um einen möglichst harmlosen Ausdruck zu wählen. Im Grunde ist es nicht harmlos, sondern ein gefährliches Krankheitssymptom der heutigen Zeit.

Nach Verfassung und Gesetz war der Bundesrat am 26. Dezember 1951 berechtigt, zu verkünden, daß die 1944 erteilte Konzession für den Bau des Kraftwerkes Rheinau aufrechterhalten bleibt. Er war berechtigt, aber nicht dazu verpflichtet. Wir sind uns vollauf bewußt, daß der Rückzug einer Konzession nichts Alltägliches darstellt. Der Bundesrat wird auch selten einen solchen Schritt wagen, obgleich im Falle Rheinau ein Rückzug nach Gesetz (Art. 43 des Wasserrechtsgesetzes) möglich ist. Darin steht, daß die Möglichkeit aus Gründen des öffentlichen Wohles zu Recht besteht. Das heißt: wenn das öffentliche Wohl es erfordert, kann eine Konzession rückgängig gemacht werden, unter Entschädigung der Kosten natürlich. Die Verleihungsbehörde (für Grenzgewässer der Bundesrat) hat also zu prüfen, ob das öffentliche Wohl den Rückzug erforderlich macht. Sie stützt sich dabei vor allem auf die Anträge der Kantonsregierungen, die für die Gewässerstrecke zuständig sind. Die Befürworter des Kraftwerkes machen nun geltend, daß Art. 43 nicht mehr in Betracht komme, weil das öffentliche Wohl das gleiche geblieben wie 1944 und damals in genügender Weise berücksichtigt worden sei. Darin täuschen sich diese Leute. Seit 1944 ist ein furchtbarer Krieg zu Ende gegangen. Zieht man daraus die Konsequenzen, so liegt doch auf der Hand, daß man sich irgendwie neu orientieren muß. Wir dürfen uns nicht mehr allein von einem einseitig materiellen Nützlichkeitsstreben leiten lassen, wir haben die Pflicht, die ideellen Güter mehr in den Vordergrund zu rücken, wenn es endlich einmal eine Wendung geben soll.

Naturschönheiten bieten den Menschen das reinste Vergnügen, vermitteln ihnen die wahrste Freude und sind zudem die Quelle der Erholung, die den Staat am wenigsten kostet. Man behaupte nicht, der moderne Mensch wisse diese Schönheiten nicht mehr zu schätzen! So abgestumpft ist der Kern des Volkes gegenüber diesen erhabenen Dingen noch lange nicht. Daß auch unsere Nachkommen ein Anrecht haben auf unverfälschte Naturdenkmäler, ist unsere ehrliche Überzeugung. Deshalb erachten wir es als unsere höchste Pflicht, für ihre Erhaltung einzustehen.

Die Rheinschiffahrt, die ja im Zusammenhang mit dem Kraftwerkbau stets erwähnt wird, ist noch nicht so weit gediehen, daß man darob viele Worte zu verlieren hat. Die Schweiz hat sich gegenüber Baden verpflichtet, an ihrem Ausbau mitzuhelfen, sofern sie für das Schweizerland wirtschaftlich tragbar wäre. Dieser letztere Punkt ist noch nicht abgeklärt, folglich muß man auch noch nicht an gewisse Projekte den-

ken. Es ist zu hoffen, daß bei der Abklärung dieser Frage dem Natur- und Landschaftsschutz genügend Rechnung getragen wird. Denn was dann passieren würde, käme einer ganz gewaltigen Verschandelung der Rheingegend gleich. Wir dürfen mit unserm heutigen Verhalten den Dingen nicht eine solche Wendung geben, die dann unsere Nachkommen vor ein Fait accompli stellt.

Die ganze Vorgeschichte des Kraftwerkes Rheinau entstammt einer Zeit, in der die maximale Ausnützung unserer materiellen Güter Trumpf war. Heute hat eine solche Auffassung als überlebt zu gelten, wenn uns unsere Heimat mehr bedeuten soll als nur den Boden für unsere materielle Existenz. Daß unsere Behörden sehr stark dem alleinseligmachenden technischen Fortschritt verpflichtet sind, macht die Sache nicht besser. Daß sie dabei zu Mitteln der Rechtfertigung greifen, die den Staatsbürger mißtrauisch machen, hat zu einem Vertrauensschwund geführt. Dadurch ist die Angelegenheit des Kraftwerkbaus bei Rheinau von einer Auseinandersetzung zwischen Natur- und Heimatschutz einerseits und technischem Vorwärtsstreben anderseits zu einer solchen zwischen Volk und Behörden geworden.

Die Mehrzahl der Bewohner dieser einzigartigen Rheingegend wird für ihre engere Heimat mit der gleichen Vehemenz und Verbitterung kämpfen, wie wenn es ums Vaterland ginge. Der Kampf um die Heimat ist eine Angelegenheit des Herzens, und dieses läßt sich nicht ritzen wie die Verfassung, sonst verblutet es, und dann steht auch der Verstand still! *H. Hübscher*

Früchte des Zeitgeistes

Dem denkenden Beobachter der Ereignisse unseres öffentlichen Lebens fällt der innere Zusammenhang auf, der sie alle miteinander verbindet.

Schon seit Jahren hören wir immer wieder von Schwindelaffären und Betrügereien großen Stils, Unterschlagungen, Weinpantschereien und Steuerskandalen. Die Öffentlichkeit weist auf eine große Zunahme der Kriminalität hin, an welcher die Jugendkriminalität einen sehr großen Anteil habe. Den Verhandlungen im Gerichtssaal entnehmen wir oft drastische Schilderungen vom Zerfall der Familie, von der zunehmenden Auflösung der Urzelle menschlicher Gemeinschaft. Daneben steht die Gier nach leichtem und schnellem Gelderwerb, der reißende Zug zum Lebensgenuß.

Die Menschen, denen das Wohl des Landes am Herzen liegt, stellen besorgt das Schwinden rechtschaffener Lebensauffassung fest. Um sich einen Vorteil zu verschaffen, ist man heute schnell bereit, alle Hemmungen beiseite zu schieben. Alle diese Erscheinungen aber haben eine

Ursache. Sie liegt in der materialistischen Weltanschauung. Unser Volk ist dieser in einem Maße ergeben, daß sie sich nicht nur in Formen äußert, über die der Richter sein Urteil zu fällen hat, sondern sie zeigt sich bereits deutlich bei der Ordnung der Staatsgeschäfte und bei der Ausführung von Werken öffentlichen Interesses.

Wir denken hier zunächst an das im Vordergrund Stehende: die Rüstungsdebatte im Parlament und die Rheinau-Frage.

Mit Mühe und Not erreicht man in der zur Debatte stehenden Vorlage knapp die Finanzierung von 20 Prozent der Rüstung. Niemand will zahlen; einer versteckt sich hinter dem andern. Sonst heißt es: Wer befiehlt, der zahlt. Aber diejenigen, die befohlen haben, halten die Hände auf ihre Beutel. Doch die gewaltigen Rüstungskredite sind ja längst bewilligt, also muß zu deren Deckung Geld her. In einem gewöhnlichen Schweizer Haushalt schafft man etwas erst an, wenn man das Geld hat, um es zu bezahlen. Mit viel Gefeilsche ist man in Bern bereit, das auf den Tisch zu legen, womit notdürftig das Laufende bestritten werden kann. An eine Tilgung der Bundesschuld von 8 Milliarden zu gehen, ist nicht zu denken. Und das in einer Zeit der Hochkonjunktur!

Der sozialdemokratische Vorschlag eines Friedensopfers, der etwa 450 Millionen Franken von denjenigen Kreisen einbringen würde, die in den letzten zehn Jahren leicht und viel verdient haben, wird als ein Angriff auf das Privateigentum betrachtet. Anläßlich der Volksabstimmung über diese Frage werden wir vernehmen, wie die reichen Schweizer dazu Stellung nehmen. Vorläufig ist der Bund buchstäblich gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben.

Das ist natürlich nicht die Finanzpolitik eines klugen Hausvaters. Wenn eine Linksregierung in Bern so haushalten würde, würde man ihr Bankrottpolitik vorwerfen und den Landsturm aufbieten. Alle Tage sagt man dem Volk, daß wir für alle Eventualitäten bereit sein müßten. So zeige man auch im eidgenössischen Haushalt, daß es einem damit Ernst ist. Tut man es nicht, so bekommt man sehr berechtigte Zweifel an der Wahrheit der vorgegebenen Argumente. Glaubt man an einen Ernstfall, wenn man seine Sachen nur so oberflächlich ordnet, wie es bei uns geschieht? Nein, man glaubt nicht daran! Im Bestehenlassen des eidgenössischen Schuldenberges hat unser Bürgertum ein Instrument, das man nach Belieben als politisches Druckmittel gegen das Volk auszuspielen bereit ist. Wir werden das zu spüren bekommen. Machen wir uns darauf gefaßt.

Das Ach und Weh unserer Oberschicht über den unerhörten Steuerdruck, dem sie – seitens ihres eigenen Staates – ausgesetzt sei, illustriert deutlich die Hohlheit unseres Patriotismus, den man das Jahr über in tausend Festreden zur Schau stellt. Tatsache ist, daß der Staat selbst zum Ausbeutungsobjekt herabgesunken ist. Die ganz schlauen Patrioten ziehen jetzt ins Liechtensteinische, bauen sich dort eine Villa, machen dem

«Steuervogt» eine lange Nase und reiben sich die Hände. Die Gewinne ihrer Betriebe in der Schweiz verstehen sie sich schon zu sichern. Würde es sich nicht um Stützen unserer Gesellschaft handeln, bekämen wir Name und Geschlecht samt Porträt in der Zeitung zu sehen. So aber deckt sie der Mantel mitbürgerlicher Nachsicht.

Der Liberalismus ist alt geworden. Die Reichen, die den Staat beherrschen, wollen keine Opfer mehr bringen. Mehrung und Sicherung des Besitzes ist ihr Streben. So erschöpft sich die liberale Staatsidee immer mehr im bloßen Schutz des Privateigentums.

Die Rheinau-Frage bewegt die Gemüter der Nordostschweiz. Mit Recht. Die Gegend um den Rheinfall gehört zu den Naturschönheiten von europäischem Ruf. Wir sind es gewohnt, daß die finanzielle Großmacht unserer Werkgewaltigen, will sie ein Werk bauen, sich nicht sonderlich um Naturschönheiten kümmert. Aber daß gerade die Rheinaugegend für ein Werk geopfert werden soll, bedeutet eine starke Zumutung. Das Bauvorhaben ist von der großen Mehrheit des anwohnenden Volkes auch so aufgefaßt worden. Darum der spontan erwachte, kräftige Widerstand. Die parlamentarische Vertretung der Sache durch die Werkgegner lag leider nicht in bester Hand. Auf den bundesrätlichen Tenor wurde sie etwas kleinlaut, so daß man sich fragen muß, ob man den Volkszorn bloß zu parteipolitischen Geschäften ausnützen wollte. So erhebend die Behandlung des Werkbaues im Schaffhauser Kantonsrat war, so niederschmetternd traurig war sie im zürcherischen Parlament, wo die Sozialdemokraten mit starker Mehrheit dem Werkbau zustimmten. Dem Souverän wurde die Volksabstimmung hochobrigkeitlich verweigert. Diese Art Revolutionäre scheint konservativ zu werden. Man wußte, daß ein Teil der Partei Werkpolitik trieb. Aber in einem solchen Maße hätte man es für das Rheinauwerk nicht erwartet. Diese Werkpolitik der öffentlichen Hand wird nicht populär werden, auch wenn sie Sozialdemokraten durchstieren. Diese werden sich über den Vertrauensschwund, den ihre Handlungsweise auslöst, nicht beklagen dürfen. Wer hätte je gedacht, eine sozialdemokratische Partei könnte so volksfremd werden, wie die sozialdemokratischen Herren Kantonsräte dies in Zürich unter Beweis gestellt haben. Auf den schrillen Pfiff von Bern sind sie nahezu stramm gestanden.

Die St. Galler, die unentwegt der Rheinschiffahrt Basel–Bodensee rufen, brachten dem Bundesrat Schützenhilfe und veranstalteten ein Gegendemonsträtiönchen. Ein bißchen Naturschönheit könne man ihrem Begehren schon opfern. Erst die Rheinschiffahrt bringe ihnen den «Anschluß» an die Schweiz und schaffe ihnen die Möglichkeit industrieller Entwicklung. Die Kostenfrage scheint keine Rolle zu spielen. Es ist den St. Gallern auch nicht von Bedeutung, zu fragen, ob die Oberrheinschiffahrt wirklich im nationalen Interesse der Schweiz liegt. Auf alle Fälle würde sie die Bundesbahnen aufs schwerste schädigen, so daß diese dann sicher keine verbilligten Billette für die «Olma» auszugeben vermöchte.

Aber die St. Galler wollen ihren Teil vom Kuchen, um so mehr, als Rheinau ja nicht auf ihrem Boden liegt.

Das Volk fühlt instinktiv die Gefahr, die in dieser Sache zum Ausdruck kommt. Der kleine Mann weiß etwas vom gewaltigen Einfluß, den die verschiedenen Werkgruppen in unserem Lande ausüben. Ältere Leute werden an die unheilvolle Eisenbahnpolitik erinnert, wo eine Landesregion gegen die andere arbeitete. Heute noch tragen wir am Schaden, der damals entstanden ist. So hat man im Volk das Gefühl, es werde einfach verfügt, und hinter dem Wandschirm des allgemeinen Interesses vergreife man sich, von oben durch den Paragraphen geschützt, ohne große Gewissensbisse an den kostbarsten Schönheiten der Heimat. Jedes sogenannte Recht aber, das bis zum äußersten zum Vorteil einer machtbesitzenden Gruppe ausgenützt wird, läuft Gefahr, für die Allgemeinheit zu einem Unrecht zu werden. Darum hat der Widerstand aus dem Volke immer wieder die gröbsten Verstöße gegen unantastbare Rechte verhindert. Wir erinnern an das Rheinwald und das Urserental.

Wir haben keine Scheu mehr vor der Schöpfung. Das ist nicht verwunderlich bei einem Geschlecht, das, ohne Notiz zu nehmen, die Vivisektion duldet. Bei den letztjährigen Naturkatastrophen hat man festgestellt, daß rücksichtslose Waldnutzung die Schadenwirkung der Lawinen vergrößert hat. Die zunehmende Verschmutzung unserer Seen und Flüsse bestraft uns mit einem starken Rückgang des Fischreichtums, der nur die Folge des langsamen Absterbens allen Lebens in diesen Gewässern ist. Wer sich aus Egoismus an der Schöpfung versündigt, schadet sich selbst.

Wenn man unter uns über irgendeine Sache spricht, so ertönen gleich die Fragen: Was schaut dabei heraus? Rentiert's? Es überwiegt der rein rechnerische Standpunkt. Wir glauben nur noch an das, was wir sehen, zählen und messen können. Läßt sich eine Sache in ihrer Schlußberechnung nicht in einer runden Summe Schweizer Franken ausdrücken, wird sie nicht interessant gefunden. So erschöpft sich unsere Politik nicht von ungefähr in bloßen Macht- und Interessenkämpfen. Reichtum bedeutet heute Macht und Sicherheit. Darum bestaunen wir den Erfolg. Geldbesitz macht unabhängig, verdrängt dafür immer mehr das Bedürfnis wirklicher Freiheit. Es verdrängt aber auch den Zusammenhang mit Gott, läßt jene Bedingungen vergessen, die uns seinen Segen verheißen. Darum liegt auf uns eine Atmosphäre der Unfroheit, des Sorgengeistes und oft genug der Rücksichtslosigkeit gegen den Mitmenschen. Der Straßenverkehr forderte im vergangenen Jahre nahezu 800 Todesopfer. Daß wir dem Nächsten verbunden sein sollen, erscheint uns als eine lästige Hemmung persönlicher Wirksamkeit.

Vielen war die Abschaffung der Todesstrafe im schweizerischen Strafrecht stets ein Dorn im Auge. Mehrere unabgeklärte Mordtaten

boten den willkommenen Anlaß zu einem Vorstoß zu ihrer Wiedereinführung. Bei uns hätte diese Maßnahme einen Sieg der Reaktion zu bedeuten. Es wäre die Methode «des kurzen Prozesses», die man wieder zur Hand haben möchte. Wozu Verbrecher lange füttern? Weg mit ihnen, und das Problem ist gelöst! Daß wir als Menschen und Christen die Pflicht haben, auch den sittlich noch so tief Gefallenen zu bessern, fällt hier nicht in Betracht. Auch diese Frage möchte einfach vom Standpunkt des Stärkeren aus geregelt werden. Der brutale Machtstandpunkt würde dem Staate ja noch erhebliche Kosten sparen! Es äußert sich in dieser Haltung der Unglaube an die Anwendbarkeit der Botschaft Christi auf die Realitäten des Lebens. Das Sinken des sittlichen Niveaus, wie die Absicht, den Scharfrichter wieder zum Erzieher des Volkes zu machen, entspringen den gleichen Grundursachen. Der sittlichen Not werden wir auf diese bequeme Weise nicht Meister.

Unsere Not müssen wir schon einsehen, dazu drängt die Stunde. Zeiten des Materialismus hat unser Volk mehrfach durchgemacht. Sie wuchsen sich immer zu eigentlichen Lebenskrisen aus. Denken wir an die Zeit nach den Burgunderkriegen, an den Bauernkrieg, wo das eigentliche Volk der damaligen Schweiz, die Bauern, politisch und sozial entmündigt wurden, was zum Zusammenbruch des Vertrauens in die Rechtmäßigkeit der herrschenden Obrigkeit führte. Jener Vertrauensverlust hielt bis zum Untergang der Alten Eidgenossenschaft an und half dieser den Todesstoß zu versetzen, wobei die erraffte Wohlhabenheit ihrer oligarchischen Herrscher ihr Ende nahm. Im Materialismus erstarrt alles geistige Leben, woraus eine tödliche Bedrohung der Lebenskraft des Volkes entsteht. Der Materialismus ist ein Todfeind der Republik. Er bedroht die Demokratie, die Volksrechte, die Menschenrechte. Das ist die warnende Lehre der Geschichte. Wir stehen vor schweren geschichtlichen Entscheidungen. Ob wir an Stelle der zunehmenden Reaktion eine Regeneration, den besten Traditionen des Landes entsprechend, zu schaffen vermögen, hängt davon ab, ob wir bereit sind, in den Dienst der Botschaft Christi zu treten. Nur wenn wir es vorbehaltlos und vor allem andern tun, erhalten wir das Licht, das uns in der Nacht der Zukunft zu führen vermag. In ihr werden wir die geistigen Kräfte finden, die wir in den bevorstehenden Kämpfen um unsere Selbstbehauptung dringend nötig haben. Denn, sollten wir im internationalen Leben nur noch materielle Argumente vorbringen können, würden wir keine Zukunft mehr haben. Dann erlägen wir den Großmächten, die ausschließlich mit materiellem Denken an die Organisation der Welt gehen.

Die Aufrechterhaltung und Förderung unserer politischen Rechte und Freiheiten setzt einen Glauben voraus. Dieser Glaube aber muß genährt werden aus jenem Fundament, aus dem alles Recht hervorgeht.

«Da, wo der Geist Gottes ist, da ist Freiheit.» Also geben wir demjenigen die Ehre, den wir nach unserer Verfassung den Allerhöchsten nennen; denn denkt daran: Auch Völker leben nicht vom Brot allein!

O. Abegg

Das Stirb und Werde der Schweiz

Gottfried Keller, der wie kein anderer Sinn, Inhalt und Lebensgefühl der bürgerlich-demokratischen Schweiz preisend dargestellt und die gültigsten Worte über jenen eidgenössischen Staat geprägt hat, der aus fast zwei Generationen lang währenden Wirrnissen und Kämpfen 1848 begründet wurde, legt im «Fähnlein der sieben Aufrechten» dem Zimmermeister Frymann Worte in den Mund, die der Durchschnittsleser meistens überhört, obwohl es sich geradezu um eine der entscheidendsten Stellen im Kellerschen Werk handelt. Dieser Frymann, als Typus genommen, entspricht soziologisch den Großvätern der heute führenden Industriellenfamilien, der Bankkapitäne und der wirtschaftlich saturierten Großunternehmer, die zusammen heute in der Schweiz über eine gewichtige, ja in gewissen Bezirken ausschließlich oligarchische Macht verfügen. Undenkbar wäre es, daß heute ein repräsentativer Mann dieser Kreise das aussprechen würde, was sein soziologischer Ahnherr Frymann im politischen Freundeskreis äußerte, als die Sieben Aufrechten über ihre Tagfahrt nach Aarau zum Eidgenössischen Schützenfest von 1849 schlüssig werden sollten:

«Wie es dem Manne geziemt, in kräftiger Lebensmitte zuweilen an den Tod zu denken, so mag er auch in beschaulicher Stunde das sichere Ende seines Vaterlandes ins Auge fassen, damit er die Gegenwart desselben um so inbrünstiger liebe; denn alles ist vergänglich und dem Wechsel unterworfen auf dieser Erde. Oder sind nicht viel größere Nationen untergegangen, als wir sind? Oder wollt ihr einst ein Dasein dahinschleppen wie der Ewige Jude, der nicht sterben kann, dienstbar allen neu aufgeschlossenen Völkern, er, der die Ägypter, die Griechen und die Römer begraben hat? Nein! ein Volk, welches weiß, daß es einst nicht mehr sein wird, nützt seine Tage um so lebendiger, lebt um so länger und hinterläßt ein rühmliches Gedächtnis; denn es wird sich keine Ruhe gönnen, bis es die Fähigkeiten, die in ihm liegen, ans Licht und zur Geltung gebracht hat gleich einem rastlosen Manne, der sein Haus bestellt, ehe denn er dahinscheidet. Dies ist nach meiner Meinung die Hauptsache. Ist die Aufgabe eines Volkes gelöst, so kommt es auf einige Tage längerer oder kürzerer Dauer nicht mehr an, neue Erscheinungen harren schon an der Pforte ihrer Zeit. So muß ich denn gestehen, daß ich alljährlich einmal in schlafloser Nacht oder auf stillen Wegen solchen Gedanken anheimfalle und mir vorzustellen suche, welches Völkerbild einst nach uns in diesen Bergen walten möge. Und jedesmal gehe ich mit um so größerer Hast an meine Arbeit,

wie wenn ich dadurch die Arbeit meines Volkes beschleunigen könnte, damit jedes künftige Völkerbild mit Respekt über unsere Gräber gehe!»

Fremd, unheimlich und für das heute offiziell zur Schau getragene schweizerische Selbstbewußtsein unerträglich ist der Gedanke, daß vom Tod und Untergang her die Wahrheit des Lebens und des eidgenössischen Volkes gerechtfertigt und die innere Größe unseres Staates begründet werden sollen.

Ist nicht der Stern, unter dem die Eidgenossenschaft in die Geschichte getreten, der *ewige* Bund gewesen, der im Bewußtsein der Bauern und freien Talleute der Urkantone die Vorstellung, ihre Staatsgründung könnte je wieder ein zeitliches Ende nehmen, zum vornherein ausschloß? Lebt nicht heute noch in unserem Volke der Glaube an die «Ewigkeit» unserer Eidgenossenschaft weiter, und ist dieses Bewußtsein, selbst wenn es oft mehr gefühlsmäßig gespürt als verstandesmäßig begriffen wird, nicht die eigentliche politische Kraftquelle unseres Staates? Diese Fragen stellen, heißt sie beantworten. Widerspricht aber nicht die Auffassung Kellers, die er Frymann in den Mund legt, im tiefsten dem eidgenössischen Gedanken?

Die tragische Situation der Schweiz von heute ist wohl die, daß wir, verstrickt in die Mächte der Zeit, die überzeitliche Wahrheit der Schweiz im Stich lassen, bewußt vergessen und sie dadurch langsam geistig wie geschichtlich verraten. Als das Mittelalter zusammenbrach und an die Stelle der universalen mittelalterlichen Rechtsordnung die Gewalt der Landesfürsten getreten war, als das Recht sich vom «Himmel» – und damit von der «Natur», als Gottes unmittelbare Schöpfung – loslöste und von der Macht ursurpiert wurde, in dieser «Arglist der Zeit» beschworen die Männer vom Rütli den Schweizerbund. Weltgeschichtlich wurde durch diese Tat das verwirklicht, was im gleichen Jahrzehnt Dante in der «Göttlichen Komödie», im 27. Gesang des «Purgatoriums», ausgesprochen hat: Vergil, der Dante durch Hölle und Fegfeuer geleitet hat, nimmt vor den Toren des Himmels Abschied vom Dichter; in seinen Abschiedsworten kommt, großartig wie die Morgenröte eines vollen Sommertages, jenes Grundgefühl zum Ausdruck, das wir in den Männern vom Rütli und von Morgarten oder im Wilhelm Tell verkörpert sehen:

«Nun überlaß du dich dem Trieb des Herzens.
Die steilen Pfade liegen hinter dir.
Sieh dort! Die Sonne leuchtet dir ins Antlitz,
und Wiesen dort und Blumen und Gehölz,
was alles eine reiche Erde schenkt . . .
Erwarte Lehre nicht noch Wink von mir,
denn frei, gesund und aufrecht ist dein Wille,
und Irrtum wär es, jetzt ihn noch zu zügeln.
Du sei dein eigner Kaiser und dein Papst!» *

* Entnommen der Dante-Übersetzung von Karl Voßler, Atlantis-Verlag, Zürich.

Sich selbst der eigne Kaiser und der eigne Papst zu sein – das ist wahrhaft das große, allumfassende Motiv, welches die politische und geistige Geschichte der Schweiz beseelte. Von hier aus ist unsere Geschichte ein gewaltiges Schauspiel, in der sich, im Zeichen der eidgenössischen Idee, Freiheit und Freiheitsverrat, Recht und Gewalt, Tyrannis und Menschlichkeit, Feigheit und Heldentum, Zeit und «Ewigkeit» begegnen. Ein ununterbrochener Kampf um Sterben und Werden der Eidgenossenschaft währt all die Jahrhunderte unserer Geschichte. Die Ansprüche der Zeit, die scheinbaren Notwendigkeiten der täglichen Notdurft und der physischen Selbstbehauptung des Volkes, die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einflüsse des Auslandes führen uns immer wieder in Versuchung und Abfall. Wir, die wir uns einst gegen die Unterdrükker erhoben haben, werden selbst zu oft schlimmen Unterdrückern, wir lassen im 16. Jahrhundert die Etablierung eines neuen Feudalsystems zu und erwürgen in den Bauernkriegen den letzten Rest freiheitlichen Volksbewußtseins. Erst die Französische Revolution und der Einmarsch fremder Heere erweckt in uns wieder die Rückbesinnung auf die eidgenössische Wahrheit. Wir erleben im 19. Jahrhundert die Einschmelzung eines uns ursprünglich fremden politischen Gedankengutes in die eidgenössische Tradition. Im 20. Jahrhundert erweitert sich die bürgerlich-eidgenössische Demokratie nach der sozialen Seite hin.

In unserer Jahrhundertmitte stehen wir an einem großen Wendepunkt unserer Geschichte und unseres eidgenössischen Schicksals: Die Schweiz ist heute, innerhalb einer verarmten Welt, eine wirtschaftliche, vor allem aber eine finanzielle Großmacht. Überdies sind wir – so paradox das uns vielleicht selbst vorkommen mag – heute auch die größte Militärmacht Westeuropas. Dieser äußere Aufstieg läßt sich geschichtlich nur vergleichen mit dem Aufstieg der Schweiz im 15. Jahrhundert, der in Marignano seinen Abschluß fand. Die heutige Macht der Schweiz steht – genau wie zu Ende des 15. Jahrhunderts – in einem bestimmten Spannungsverhältnis zur eidgenössischen Idee. Von Pestalozzi bis Spitteler und Ramuz haben alle geistig großen Schweizer den Zwiespalt zwischen der zeitlich-realen und der überzeitlich-eidgenössischen Schweiz gespürt und die reale Erbärmlichkeit dem Bedürfnis nach Größe konfrontiert. Die zeitgenössischen Schweizer haben es jeweils den Fürsprechern einer geistigen Eidgenossenschaft nicht leicht gemacht. Verkannt zu ihren Lebzeiten, der Einsamkeit, der Verlassenheit, ja dem Gespött und der Verfolgung und – öfters als man denkt – der nagenden Sorge um die tägliche Notdurft preisgegeben, mußten sie erst sterben, bis die Mitwelt ihnen Anerkennung zollte.

Fassen wir den sittlichen Grundgedanken, der allen Äußerungen bedeutender Schweizer der letzten 150 Jahre zugrunde liegt, in eine Formel, so kommt er einer Warnung gleich, je die «ewige» Schweiz mit einer konkret gegebenen historischen Form, mit einer konkret gegebenen historischen Situation zu identifizieren. Daß selbst ein Dichter wie

Gottfried Keller, dem doch der Staat von 1848 glühende Herzensangelegenheit war, und der leidenschaftlich eidgenössisches Denken und zeitgenössische bürgerlich-demokratische Haltung miteinander verbunden hat, diese seine Schweiz nur vom Ende her verstanden haben will, offenbart, wie ur-eidgenössisch die Trennung von historischer Vergänglichkeit und bleibendem Wesen ist.

Die große Versuchung, die heute die Schweiz bedroht, besteht darin, das physische Leben unseres Staates und unserer Gesellschaftsordnung höher zu schätzen als den geistigen und sittlichen Inhalt eben dieses Staates. Weder Kapitalismus noch Kommunismus – um zwei weltweite gesellschaftliche Grundkräfte zu nennen – sind «schweizerisch», weder Amerika noch Rußland können je Garanten unserer staatlichen und gesellschaftlichen Existenz sein. Genau so, wie es Irrtum und Falschmünzerei ist, etwa in der bolschewistisch-kommunistischen Lebensform und der daraus sich ergebenden politischen Konsequenzen die Verwirklichung des eidgenössischen Gedankens zu sehen, ist es eine ebenso große Falschmünzerei, wirtschaftlichen, politischen oder gar kulturellen Anschluß bei Amerika zu suchen und – meistens auf geschickt getarnte Art – zu propagieren. Es ist auch kein wesentlicher Unterschied, ob Schweizer im Ausland oder vor Ausländern zum politischen Befehlsempfang antreten oder ob sie ihre privatwirtschaftlichen Interessen, ihre Bankkonten und Wertpapiere einer amerikanischen Bank zur Verwaltung übergeben. Die politischen wie die wirtschaftlichen Reisläufer sind auf jeden Fall entschlossen, ihr privates Schicksal von dem des eidgenössischen zu sondern. Sie glauben beide, mit Hilfe fremder Mächte das zu retten oder zu verwirklichen, was ihnen politisch, wirtschaftlich und sozial als lebenswert erscheint, und wollen grundsätzlich ihre privaten und politischen Interessen, ihren materiellen und ihren geistigen Besitz nicht der Wahrheit des eidgenössischen Gedankens unterordnen.

Ob wir wollen oder nicht: Die Eidgenossenschaft hat es von der Vorsehung als Aufgabe überantwortet bekommen, der Macht und der Verführung des Zeitlichen nicht zu erliegen, nie sich mit einer bestimmten gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Form so einzulassen, daß der historische Untergang dieser Form zugleich die historische Auslöschung des eidgenössischen Gedankens bedeutete. Die «Auserwähltheit» der Eidgenossenschaft – von der uns eindringlich das «Vermahnlied» aus dem 16. Jahrhundert kündet – ist nur christlich in ihrer ganzen Tiefe zu begreifen, nämlich *als ein Aufgerufensein, im Politischen stets den ungebrochenen Glauben an das kommende Reich Gottes zu bezeugen.* Im «Ewigen Bund» haben die gläubigen Talleute der Urschweiz die Hoffnung ausgesprochen, die Freiheit in der Welt, im Reich des Politischen, und die Freiheit des Reiches Gottes müßten eines Tages zusammenfinden und sich vereinigen im Zeichen der politisch wie sozial verwirklichten göttlichen Ebenbildlichkeit des Menschen. Darum ist das Schicksal der Schweiz nicht irgend welchen anonymen Mächten überantwortet, sondern eine Gewis-

sensfrage für jeden einzelnen Eidgenossen. Zeitliches Sterben und ewiges Werden der Eidgenossenschaft sind in unsere Hand gelegt und keinem einzelnen Schweizer – außer er will des Schweizertums absichtlich verlorengehen – kann dafür die Verantwortung abgenommen werden, eine Wahrheit, die im alten Urner Tellspiel in ihrer ganzen metaphysischen Tiefe verkündet wird:

«Würd' der Bund auch tausendmal im Schweizerland geboren
Und nicht in dir, du bliebest ewiglich verloren!»

Xaver Schnieper

Schweizerische Gesellschaft für Strafrechtspflege und Strafvollzugsreform

Diese neugegründete Gesellschaft verdient in jeder Weise Unterstützung. Wir wollen uns in den «Neuen Wegen» geistig mit ihren Zielen, die auch unser Anliegen sind, beschäftigen und unsererseits mitzuhelfen versuchen, den wichtigen Fragen nachzugehen, sie zu vertiefen und zu klären, um damit die Menschen zu stärken, die sich bemühen, das richtige Wollen in diesen dringenden Aufgaben zur richtigen Tat werden zu lassen.

(Das Redaktionskollegium)

Pressemitteilung vom 16. März 1952

In Bern wurde von interessierten Kreisen der Wissenschaft und Praxis die *«Schweizerische Gesellschaft für Strafrechtspflege und Strafvollzugsreform»* mit Sitz in Bern gegründet. Unter der wissenschaftlichen Beiratschaft von Prof. Dr. R. *Herbertz* in Thun und Prof. Dr. H. *Meng* in Basel konstituierte sich ein Zentralvorstand und ein Zentralausschuß. C. A. *Loosli* wurde, in Würdigung seiner Verdienste um das schweizerische Anstaltswesen, zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Die politisch und konfessionell neutrale Gesellschaft will, in Unterstützung der Behörden, das Interesse der Öffentlichkeit für die Probleme der Strafrechtspflege und des Strafvollzuges wecken. Insbesondere will sie durch Bildung wissenschaftlicher *Arbeitsgemeinschaften* und durch möglichst weite Erfassung der interessierten Kreise konstruktive Beiträge zur *Anpassung des Strafvollzuges* an die gesetzlichen Grundlagen des schweizerischen Strafgesetzbuches leisten. Die Gesellschaft unterstützt gleichgerichtete Bestrebungen anderer Organisationen.

Es ist die Bildung kantonaler Gesellschaften vorgesehen, denen Schweizer Bürger und Bürgerinnen im Alter von über 20 Jahren angehören können.

Die Gesellschaft nahm Stellung zur *Motion Gysler* betreffend Wiedereinführung der *Todesstrafe*. Sie lehnt diese entschieden ab, weil es unzulässig ist, auf dem Boden einer momentanen Erregung der Bevölkerung eine derart weittragende Frage zur Diskussion zu stellen. Das Schweizervolk hat sich am 3. Juli 1938 eindeutig gegen die Todesstrafe ausgesprochen. Es besteht heute kein Anlaß, auf diesen grundsätzlichen Entscheid zurückzukommen. *Jede stimmungs- und gefühlsmäßige Justizpolitik ist strikte abzulehnen.*

Das geltende schweizerische Strafrecht darf als fortschrittlich und genügend bezeichnet werden. Die Bekämpfung der schweren Kriminalität ist im Rahmen des geltenden Rechts und vor allem mit *prophylaktisch* wirksamen Mitteln anzustreben.

Die Bestrebungen der Gesellschaft werden von folgenden Persönlichkeiten begrüßt und unterstützt:

Th. *Abrecht*, Bundesrichter, Lausanne; A. *Apolloni*, Pfarrer, Wynau; A. *Arn*, Großrat, Lyß; M. *Arnold*, Nationalrat, Zentralsekretär des VPOD der Schweiz, Zürich; Prof. Dr. Ernst *Boesch*, St. Gallen-Saarbrücken; W. *Büchler*, Bezirksrichter, St. Gallen; M. *Eggenberger*, Regierungs- und Nationalrat, St. Gallen; G. *Egger*, Redaktor, Grenchen; Dr. R. H. *Gautschi*, Direktor der kantonalen Strafanstalt, St. Gallen; E. F. *Gasser*, Zentralsekretär der Schweizerischen Gesellschaft für Erziehung und Kultur, Wabern; K. *Geißbühler*, Nationalrat, Bern; Dr. G. H. *Graber*, Psychologe, Bern; Dr. A. *Hager*, Bern; Alfred *Hug*, Fürsprecher, Bern; Frau *Kissel*-Brutschi, Rheinfelden; Dr. E. *Koenig*, Redaktor am «Beobachter», Basel; Dr. J. *Leuenberger*, alt Vorsteher des kantonalen Jugendamtes, Bern; Emmy *Moor*, Journalistin, Bern; Dr. Elisabeth *Rotten*, Saanen; Dr. Julia *Schwarzmann*, Psychologin, Zürich; Dr. Ida *Somazzi*, Präsidentin der Erziehungssektion der nationalen UNESCO-Kommission, Bern; W. *Vollenweider*, Kantonsrat, Zentralsekretär des VPOD, Zürich; Dr. Fritz *Wartenweiler*, Herzberg; Carmen *Weingartner*-Studer, Winterthur; Hans *Zulliger*, Ittigen; PD Dr. med. St. *Zurukzoglu*, Bern.

Männer gegen die Wüste

Von den zwei Gesichtern der UNO: dem diplomatisch-politischen und dem kulturpolitischen, ist das zweite trotz seiner geringeren Sichtbarkeit nach außen das weitaus freundlichere. Die mit dem Ressort des Geistigen betraute UNESCO hat es in der Tat auch leichter. Sie braucht ihre Kräfte nicht damit zu verschwenden, den Frieden trotz dem Wettrüsten zu erhalten. Sie kann sich ungestört Werken des Friedens widmen, auch wenn die Erde unter dem Grollen kommender Kriege zittert.

Das im Verlag von Eberhard Brockhaus, Wiesbaden, erschienene und von Max Müller, Iserlohn, gut ins Deutsche übertragene Buch des englischen Publizisten Ritchie *Calder* «Männer gegen die Wüste» ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß die leitenden Männer der UNESCO mit Geschick und mit Gefühl für das Wesentliche nach den Wegen zu einer Gestaltung der Welt von morgen mit den Mitteln des Friedens suchen.

Ritchie Calders Arbeit zeigt an einem Spezialobjekt, was Liebe zur Sache und mühevolle Kärrnerarbeit an heute noch zum Teil untauglichen Objekten an Lebenssicherheit für Millionen Menschen herauszuholen imstande wäre. Das Buch erzählt Geschichten aus dem Leben der Mitglieder eines geheimen Ordens von Männern verschiedener Rassen und Völker. Ihr Krieg im Dunkeln gegen die Wüste wird von Calder ins Licht der internationalen Öffentlichkeit gerückt. Seine Reportage, die ihn über viele tausend Meilen durch zwei Kontinente geführt hat, wurde durch 40 Zeitungen in 32 Ländern abgedruckt und durch den Rundfunk über die ganze Erde verbreitet.

Würde es gelingen, den Krieg gegen die Wüste zum dritten Weltkriege zu machen, dann würde sich das Schicksal der Menschheit grundlegend anders gestalten. Viele Sünden der weißen Rasse gegen die Farbigen, die im Rausch der Jagd nach Gold und unter dem Einfluß des modernen Imperialismus begangen wurden, ließen sich durch einen Kreuzzug gegen Hunger und Not wiedergutmachen. An einem solchen Objekt ließe sich die Energie der Jugend von heute zu ähnlichen Taten begeistern wie die ihrer Vorgänger durch das Zeitalter der Entdeckungen und die Besiedlung der Neuen Welt.

Wer auf diesem Gebiete Ähnliches erlebt hat wie die von Calder geschilderten Typen neuer kolonialer Pioniere, findet in einer von ihm erzählten Geschichte einen Teil eigener Leiden und eigenen Glücks. Der Generalinspektor der Verwaltung von Tunis, ein im Kolonialdienst ergrauter Franzose, Saumagne, fragte ihn in einer Vollmondnacht auf dem Schlachtfeld von Casserine mit dem Blick auf ein durch Berieselungsanlagen erschlossenes Stück Wüste: «Leben auf der Welt zehn Männer, die glauben, die Wüste könne zum Leben gebracht werden – zehn Männer, die glauben, daß die Dummheit der Menschen wiedergutzumachen ist – und ich sterbe gern.»

Das große Ergebnis von Calders Wüstenfahrt besteht darin, daß er mehr als zehn solcher Männer gefunden hat. Sie wühlen in der Sahara, um die Schleusen des gewaltigen unterirdischen Meeres zu öffnen, das unter ihrer Sanddecke liegt; sie säubern Zisternen aus der Römerzeit, damit die Einöden Libyens wieder eine Kornkammer werden wie zu den Zeiten Karthagos, der griechischen Kolonisation und der Römerzeit. Männer dieses Schlages leben in den Wüsten Ägyptens, den Sümpfen Mesopotamiens und im Negev, von dessen Erschließungsversuchen er mit Bewunderung spricht, weil hier das Aufgebot eines ganzen Volkes für eine Aufgabe versucht wird, die andere Völker vorläufig noch Außenseitern überlassen.

Jeder dieser Männer auf Vorposten hat eine romantische Geschichte. Der «weiße Pater», Père Hamel, der die französische Fliegeruniform mit der Mönchskutte vertauscht hat und der zu einer legendären Figur Französisch-Innerafrikas geworden ist, der Russe Mentschikoff, der Jugoslawe Cvijanowitsch, Madame Claude-Alain, Ali Schafey Bey vom

Ägyptischen Bewässerungsdienst, der in Persien wirkende Forstfachmann V. K. Maitland, der sein Leben auf einer Expedition in den Bergen Nordirans tragisch eingebüßt hat, und noch manche andere werden wahrscheinlich im Denken kommender Geschlechter weiterleben wie die Städtegründer der griechischen Heroenzeit und die Führer der großen menschlichen Wanderungen.

Es gibt kaum ein Problem moderner Politik, Wirtschaft und Technik, das nicht in Zusammenhang mit dem von Calder behandelten Thema zu bringen ist. Vieles davon wird den in der Enge europäischer und asiatischer Städte Lebenden unglaublich und sonderbar vorkommen. Wer aber an Außenposten des Kreises europäischer Zivilisation einen Hauch der Möglichkeiten versunkener und ihrer Erweckung harrender Räume gespürt hat, weiß, was in dieser Form des Daseins an seelischem und körperlichem Gut steckt. Um ein Beispiel zu geben: Ein alter englischer Haudegen, Ramley Bey, der einen großen Teil seines Lebens als Gouverneur der Westlichen Wüste Ägyptens verbracht hat, offenbarte Calder ein Geheimnis, das für Altertum und Mittelalter eine Binsenwahrheit gewesen ist und das unsere Zeit durch Atlantikpakt und SACME nicht zu lösen vermag, was zum Schutz entblößter Grenzen zu geschehen hat – nichts weiter als Feldbau weit in die Wüste zu treiben, die Angreifer anlockt, weil sie offen daliegt. Dagegen bildet Bauernland eine natürliche Verteidigungslinie.

Von jedem Ort, den Calder auf seiner Reise berührt hat, weiß er Interessantes von seiner Geschichte, von seinen Gegenwartssorgen und seinen Zukunftsmöglichkeiten zu berichten.

Zum Schluß noch einen Beweis dafür, daß die Beschäftigung mit scheinbar so abwegigen Angelegenheiten den Blick für Dinge schärft, die im Licht der Tagespolitik trotz ihrer sozialen und wirtschaftlichen Bedeutung unlösbar erscheinen, obwohl sie vom Zweckmäßigen her spielend zu bewältigen sind. Anläßlich einer Betrachtung über die Bedeutung des Jordan als Basis gemeinsamer Wasserversorgung für Syrien, Libanon, Israel und Jordanien kommt Calder zu der ebenso einfachen wie richtigen Erkenntnis, daß der ursprüngliche Lowdermilk-Plan einer den durch das Entstehen von Israel geschaffenen Umständen angepaßten Revision unterzogen werden muß. Tatsächlich lauert hinter den dauernden blutigen Anrainerkonflikten die Gefahr neuer kriegerischer Verwicklungen im Mittleren Osten. Dabei würde mit einer sinnvollen Einigung der Beteiligten der erste Schritt zu einer gemeinsamen Wasserwirtschaft des Mittleren Ostens getan, die ihn vom Wasser her – aus einem Balkan – zu einer seiner besten Zeiten würdigen organischen Einheit kommen ließe.

UNESCO und Calder haben wirkungsvolles Rüstzeug für den Kampf um einen Frieden von längerer Dauer gefunden, der auf Realitäten gegründet ist. Ein Verdienst, das in einer Zeit, die von Unklarheiten

und halben Wahrheiten beherrscht wird, nicht hoch genug einzuschätzen ist.

Vielleicht wird mit seiner Hilfe auch der Wunsch eines der Wüstenforscher Wirklichkeit, daß die Physiker die Atombombe ein paar Stunden lang in Ruhe lassen, um sich Gedanken darüber zu machen, wie die Sonne dazu gebraucht werden kann, den Menschen in der Stunde der Dunkelheit Wärme zu spenden, damit sie Brunnen bohren und Wasser emporpumpen können.

Karl Loewy

Ein Land im Aufbau

(Guatemalas Kampf um die Demokratie)

Dieser Tage brachte die Presse eine kurze Notiz, daß der demokratische US-Senator John MacCormick, applaudiert von dem republikanischen Senator Joseph Martin, in Washington erklärte: Guatemala sei ein sowjetischer Brückenkopf in Amerika, wobei er gleichzeitig die Nachbarrepubliken zur Intervention einlud. Klarer konnte die Verflechtung von US-Trustkapital und Politik kaum enthüllt werden. Guatemala hat es ja gewagt, die mächtige United Fruit Company zur Erfüllung der vom Staate erlassenen sozialen Gesetze zu zwingen.

Nach der Oktoberrevolution von 1944 hatte der erste Präsident des neuen Guatemalas, Dr. Arevalo, bei seinem Amtsantritt die bezeichnenden Sätze gesprochen:

«Ich werde alles tun, damit unsre heimischen Arbeiter behandelt werden, als seien sie Ausländer . . .» In diesen ironischen Worten lag die volle Wahrheit des feudalen Systems umschlossen, das in *Guatemala* und in fast allen zentralamerikanischen Staaten herrschte.

Arevalo, der als der Philosoph unter den Präsidenten gilt, hat den Hauptwert auf die Erziehung seines Volkes gerichtet. Trotz 29 Rebellionsversuchen hat er nicht ein Todesurteil vollstrecken lassen. 1944 galt es, die reaktionären Elemente aus dem Staatsleben zu eliminieren und die politisierenden Generäle kaltzustellen. Die Freiheit der Meinungsäußerung und das Recht der Persönlichkeit mußten gesichert werden. Reaktionäre Kreise, die damit ihre Macht schwinden sahen, prangerten dies sofort als «Kommunismus» an. In Wirklichkeit war es nur eine erste Etappe, die kolonialen Methoden zu überwinden und zu einer *demokratischen Revolution* zu gelangen, wie sie Frankreich 1789 durchführte.

«Wenn sich Fenster öffnen», sagte der Neuyorker «Times»-Korrespondent Krehm, der kaum des Kommunismus verdächtig sein dürfte, «gibt es immer Leute, die sich über Zugluft beklagen. Reaktionäre fehlen nicht, die nach den guten alten Tagen jammern, wo jeder vor dem

Gendarm eine Todesangst hatte, wo jeder Streik ein Staatsverbrechen war.»

Es galt, in den ersten Jahren der Demokratie einen festen Unterbau zu geben. Dazu mußte man die breiten Schichten aus ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit befreien und ihnen geistige Selbständigkeit geben. So würde das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten, bisher Domäne einer kleinen Feudalschicht, im Volke selbst wachsen. Das hieß, Kampf dem Analphabetentum, das optimistische Kritiker auf 70 Prozent berechneten, und eine dem Lande angemessene Agrarreform. Es hieß weiter die Schaffung von Arbeiter- und Bauernsyndikaten und Genossenschaften.

Das *Erziehungsproblem* wurde unter Dr. Arevalo mit Erfolg in Angriff genommen. Die Zahl der Lehrer stieg von 4386 im Jahre 1944 auf mehr als 7000 im Jahre 1950. Die Schülerzahl stieg von 115 476 im Jahre 1944 auf mehr als 156 000 im Jahre 1950. Im Staatshaushalt, der 1944 nur 133 000 Quetzales (1 Quetzal = 1 Dollar) für Erziehungsfragen einsetzte, werden heute 629 300 Quetzales angegeben. Während unter der vorhergehenden 14jährigen Diktatur nicht eine Schule gegründet worden war, wurden in den letzten vier Jahren, außer einer Anzahl gewöhnlicher Schulen, 135 Schulen eines neuen Typus gebaut, die versuchen, die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft zu verwerten. An Erwachsenen wurden in diesen Jahren mehr als 98 000 Personen in Spezialkursen mit Lesen und Schreiben vertraut gemacht.

Daneben sucht ein Gesetz der Lehrerausbildung den Stand zu heben. Die Staatsuniversität erhielt Autonomie, es wurden dazu Fakultäten für Humanität und Agronomie errichtet. Die verbotene Volksuniversität durfte ihre Pforten wieder öffnen. Reiche Stipendien wurden für Auslandsstudien zur Verfügung gestellt. Ein Verlag für volkstümliche Literatur gibt Tausende von Büchern populärwissenschaftlichen Inhalts heraus. Ambulante Kulturmissionen durchfahren das Land und tragen bis in die einsamen Weiler des Urwaldes einen Glanz modernen Wissens.

Durch diese Steigerung des Kulturniveaus hat die demokratische Bewegung das Interesse der arbeitenden Massen für öffentliche Fragen geweckt. Die *Gewerkschaften*, die stets verboten waren, konnten ihren Aufbau vollziehen. Die Verfassung sicherte ihnen alle Freiheiten und auch das Recht des Streiks. Früher war sogar das Wort «Arbeiter» verboten und konnte vor ein Kriegsgericht führen – man ersetzte es durch das Wort «Angestellter». Jetzt bestehen 241 Syndikate, die zum Großteil der «Confederación de Trabajadores» vereint sind. Daneben bestehen noch sieben andere Verbände. Alle sind im «Komitee der Gewerkschaftseinheit» vereint. Mehr als 100 000 Arbeiter sind jetzt gewerkschaftlich organisiert, was, so gewaltig diese Ziffer ist, nur den Anfang bedeutet, um die feudale Epoche zu überwinden und zu einer frühkapitalistischen Form zu gelangen.

Ein neues Arbeitsgesetz regelt die Beziehungen zwischen Arbeitgeber

und Arbeitnehmer auf der Basis gleichen Rechtes, es führt Organisationsfreiheit ein und schafft Arbeitsgerichte. Die Löhne erhöhten sich in diesen Jahren um das Fünffache.

Das *Genossenschaftswesen* steckt noch in den Anfängen. Die Regierung sucht vor allem, die Kreditgenossenschaften auf dem Lande zu fördern. Vorbildlich ist die Sozialgesetzgebung des Staates. Das Institut für Sozialversicherung wurde als autonome Körperschaft errichtet und hat ein Netz von Kliniken, Dispensarien und Schulen für Berufsumerziehung geschaffen. 1948 haben 75 000 Arbeiter von der Sozialversicherung profitiert. 1950 waren über 170 000 Arbeiter versichert. Die Anstalt zahlte in der Zeit von Oktober 1948 bis zum August 1950 über 665 000 Quetzales aus.

Alle diese primitiven Errungenschaften, über die im konservativen England kein Mensch ein Wort verliert, wurden von interessierten Kreisen als kommunistisch verschrien. Dabei besteht überhaupt keine kommunistische Partei. Die wenigen Anhänger sind in einer losen Gruppe zusammengeschlossen, die sich um das Wochenblatt «Octubre» gruppiert. Die Sozialdemokratische Partei, die in ihrer Zielrichtung vielleicht am ehesten der österreichischen sozialistischen Partei zu vergleichen ist, hat erst in den letzten Monaten ihre Kader enger zusammengeschlossen, um einen stärkeren Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zu nehmen.

In die Aktivbilanz der letzten Jahre muß man auch die Schaffung von Kindergärten, die Errichtung eines Olympiastadions für 50 000 Zuschauer, die Fertigstellung des Hospitals Roosevelt mit tausend Betten und einer Schule zur Ausbildung von Krankenschwestern rechnen. Außerdem kommt dazu der Bau von billigen Wohnungen für Arbeiter, wie die «Kolonie 20. Oktober» mit 204 Häusern, «Kolonie Labor» mit 107 Häusern usw. Auch die Asphaltierung von 222 Kilometer Straße, der Bau von 11 neuen Straßen, die Elektrifizierung von 36 Orten und die Trinkwasseranlagen in 30 Orten sind Aktivposten. Neuerdings wird der Bau der atlantischen Autostraße, die das Land mit Mexiko im Norden und Salvador im Süden verbinden wird, von dem neuen Präsidenten energisch vorwärtsgetrieben.

Der nun seit dem April vergangenen Jahres amtierende junge Präsident, Jacobe Arbenz (der Sohn eines Schweizer Einwanderers), kann auf dieser Basis an die Lösung des Hauptproblems herangehen: *Agrarreform.*

General Cardenas urteilte ja richtig, als er äußerte: «Es ist eine Stadtrevolution in einem Agrarland.» Nur wenn es gelingt, die Revolution aufs Land zu tragen und die Landarbeiter aus den Fesseln der Feudalwirtschaft der Latifundien zu befreien, wird die Demokratie im Land gesichert sein. Da Guatemala, wie fast ganz Hispanoamerika, von Indios bewohnt ist, bleibt das Agrarproblem untrennbar mit dem Problem der Indios verbunden. Wenn man die wirtschaftliche Lage der

Indios nicht ändert, bleiben die Anstrengungen auf allen andern Sektoren zwecklos. Dazu aber ist eine Lösung des Latifundienproblems nötig. Das ist kein agrartechnisches Problem, sondern bedeutet die Liquidierung des kolonialen Feudalismus. Im Lande (wie fast in ganz Südamerika) fehlt eine wirkliche Kapitalistenschicht. Es herrscht eine Gruppe feudaler Landherren, die sich den Anschein einer Bourgeoisie geben, während auf ihren ausgedehnten Ländereien die Indios in einer fast sklavenähnlichen Abhängigkeit leben.

Alles, was Mariategui von der *Untrennbarkeit des Problems der Erde und des Indios* in Peru sagt, trifft auf Guatemala zu. Die Indios sind auch hier eine Rasse von Ackerbauern, und ihre Kultur war die des Ackerbauers. Auch in Guatemala haben die kolonialen Formen der Inquisition und des Feudalismus einen kulturellen und wirtschaftlichen Stillstand der Indios, die jahrhundertelang in Sklaverei und Elend gehalten wurden, herbeigeführt. In Guatemala, wie in fast ganz Südamerika, ist der Indio, trotz aller liberalen Gesetzgebung, kein Individualist geworden. Nicht etwa, weil der Indio dem Fortschritt feindlich gegenübersteht, sondern weil der Individualismus für den Indio (und das ist die Mehrheit der Bevölkerung!) unter einem halbfeudalen System keine Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Seine Dorfgemeinschaften waren im Gegenteil für ihn der einzige, wenn auch recht schwache Schutz seiner Eigenart.

Man muß mit Elementen des wissenschaftlichen Sozialismus die Formen der Indiogemeinschaften achten und anregen, sich weiterzuentwickeln, damit sie in landwirtschaftliche Kooperative übergehen. Eine wohldurchdachte, nicht überstürzte Agrarreform, die den tatsächlichen Verhältnissen des Landes gerecht wird, ist die große Aufgabe, der die neue Regierung gegenübersteht. *R. Caltofen*

Die kopernikanische Wendung der modernen Gewaltpolitik zur modernen Gewaltlosigkeit

Wir bringen hier das *erste* Kapitel einer Broschüre zum Abdruck, deren Titel «*Die moderne Revolution*, Gedanken der gewaltfreien Selbsthilfe des deutschen Volkes» lautet, und deren Verfasser, Dr. Nikolaus *Koch*, ein deutscher Kriegsinvalider ist. Die Broschüre kann beim Verlag «Die Mirne», Tübingen, bezogen werden. Die sieben weiteren Kapitel beschäftigen sich mit folgenden Grundfragen: «II. Der deutsche Zwang zur gewaltlosen Selbsthilfe. III. Die gewaltlose Revolution. IV. Das Christentum und die gewaltlose Revolution. V. Der Liberalismus und die gewaltlose Revolution. VI. Der Sozialismus und die gewaltlose Revolution. VII. Die Hilfe der Frauen. VIII. Der Anfang.»

Wir empfehlen unsern Lesern die Lektüre dieses Büchleins, das uns das Gewaltlosenproblem von der konkreten Situation Deutschlands her beleuchtet, angelegentlich. Sie bildet einen Ausgangspunkt grundsätzlicher Beschäftigung und Durchdringung dieses brennenden Problems. Diese Schrift ist eine beachtenswerte Stimme aus Deutschland, die uns zeigt, daß es dort doch Kräfte gibt, welche objektiv und aus weiter Schau nachdenken und zum Aufbau einer neuen Welt, zum Finden richtiger Wege fähig und willig sind. Wir werden als Religiös-Soziale diesem Suchen Ergänzung und Hilfe sein können. Freilich, gerade weil wir den Autor und sein Denken ernst nehmen, können wir einen gewichtigen Vorbehalt nicht außer acht lassen: das Problem der Schuld und der Sühne – welches, wenn Deutschland sich wirklich zu fruchtbarer Zukunft finden will, zuallererst berücksichtigt werden sollte – taucht in dieser Schrift nicht auf; es wird nicht im Namen des deutschen Volkes Stellung dazu genommen. Das ist eine schwerwiegende Unterlassung, die uns aber erst recht wach halten und uns die Verpflichtung zeigen sollte, die Beziehung zu diesen neuen Kräften in Deutschland intensiv aufzunehmen und mit ihnen um Ganzheit und Wahrheit zu ringen. Dazu gehört, was uns Pfr. Strijd am Schlusse seines wichtigen Buches «Christentum und Kommunismus» sagt: «... Das Vergangene darf und kann nur dann für immer Vergangenheit bleiben, wenn es ein *verarbeitetes* und ein *vergebenes* Vergangenes ist. Das gilt für jeden Menschen persönlich, aber auch für jedes Volk. Wir haben aber die Vergangenheit noch nicht verarbeitet. Wäre das wirklich der Fall, dann würden wir zu einem ehrlichen Schuldbekenntnis kommen. Nun aber ist, allgemein gesprochen, kein Schein von Schuldbekenntnis, von Buße und Reue zu spüren. Die Vergangenheit kann erst eine verziehene Vergangenheit sein – das heißt, eine Vergangenheit, über welcher wir die Stimme von Gottes Vergebung vernommen haben –, wenn wir zu Buße und Schuldbekenntnis kommen. Wie aber können wir etwas von Vergebung wissen, wenn wir nicht begreifen, daß es etwas zu verzeihen gibt?

Das ist die tiefste Not unserer Zeit, soweit es politische, nationale und internationale Angelegenheiten betrifft: Wir kennen das Vergangene nicht als eine verarbeitete und verziehene Vergangenheit – wir wissen nur von einer *vergessenen* Vergangenheit. Nur wenn wir das Vergangene verarbeiten wollen, wenn uns das Gewesene *wirklich verziehen* ist, nur dann ist die Möglichkeit eines neuen Anfangs gegeben. Unsere Handlungsfähigkeit wird dann nicht gelähmt, sie wird vielmehr in der guten Richtung angefacht ...» *(Das Redaktionskollegium)*

1. Die Doppelnatur der Gewaltpolitik

Im untergründigen Urteil und im stilleren Wissen mögen die Menschen zu aller Zeit die Herrschaft der Macht und das Regiment ihrer Gewalt als ein Übel, vielleicht als notwendiges Übel einer bösen Welt

angesehen haben. Aber nicht in der Öffentlichkeit, nur im Verborgenen und in Erfahrungen großen Leides war der Ort solcher Urteile und solchen Wissens. Und nur aus solchem Urteil und Wissen kann alle politische Macht und alles Regiment ihrer Gewalt mit dem Namen Gewaltpolitik benannt werden. Nur derjenige, der nicht allein die unordentliche Gewalt, sondern auch noch alle ordentliche und rechte Gewalt als Folge menschlichen Versagens versteht und bis in die innermenschlichen Gründe letzter politischer Entscheidungen verfolgt, ist versucht, diesen Namen so zu brauchen.

Für das öffentliche Bewußtsein und für das Selbstverständnis der politischen Ordnung waren in der Regel Überzeugungen und Meinungen dieser Art unbrauchbare und müßige, unverständliche, unverständige und unbekannte Ansichten von Außenseitern. Politische Bedeutung kam ihnen höchstens zu; wo sie, etwa in kultischem Gewande, die praktische Politik mit unpolitischen Stimmungen ergänzen oder auch nur verzieren konnten. Mag auch mancher Realpolitiker mehr von ihnen gewußt haben, für die Allgemeinheit galten sie nichts. Denn in der Not des Tages erfuhr sie ja die politische Macht immer wieder als etwas Gutes. So drückend diese auch werden konnte, sie sorgte doch dafür, daß die Bösewichter, die Diebe, Räuber und Mörder im Zaum gehalten wurden, daß die Bauern säen, die Handwerker schaffen und die Kaufleute handeln konnten, daß Friede im Lande war. Die öffentliche Macht, die für diesen Frieden sorgte, war so segensreich, daß sie den meisten Menschen nicht als gewaltpolitische Macht erschien.

Gewaltpolitik ist etwas anderes. Sie ist böse. Sie ist der öffentliche Wille der Gewalttätigen, ist öffentliche Gewalttat. Für die Allgemeinheit ist sie das Gewaltregiment, in dem Maße es als die öffentliche Ordnung zerstörend in Erscheinung tritt.

Wir brauchen nun hier nicht zu entscheiden, ob es überhaupt politische Macht gibt, die in keiner Weise Gewaltpolitik genannt werden dürfte. Für die gegenwärtige Betrachtung ist eine solche Entscheidung nicht nötig. Wir lenken vielmehr unseren Blick auf diejenige öffentliche Macht, deren gewaltpolitischen Charakter niemand bestreitet: auf die Gewalt zwischen den Menschen, die zerstört und als in stärkerem Maße zerstörend empfunden wird. Diese offensichtlich zerstörende Gewalt zwischen den Menschen meinen wir unter dem Namen der Gewaltpolitik. Nach ihrer Natur fragen wir.

Soweit wir zurückschauen, seit es Menschen gibt, ist aus den Schwierigkeiten der menschlichen Gesellschaft diese Gewaltpolitik geworden. Allzeit gab es den Willen und den Geist, der sich in Gewaltakten Raum schafft, wenn Not und Übermut diesen Raum fordern.

Im Begriff der Gewaltpolitik steckt nur zufällig das griechische Wort Polis, Stadt. Ehe es Griechen und Städte gab, gab es Gewaltpolitik, und es gibt sie heute noch, nachdem längst die Städte und ihr Staat nirgends mehr die Einheiten der öffentlichen Macht sind. Polis, wie dieses Wort

im Begriff der Politik überhaupt und im Begriff der Gewaltpolitik steckt, meint wesentlich nur das gesellschaftliche, das soziale Moment unserer menschlichen Wirklichkeit, welche Gestalt es sich auch immer schaffen mag. Der Mensch, der wesentlich nicht Einzelwesen ist und sich je nach seinen Verhältnissen findet, dieser Mensch, sofern er die Theorie und Praxis der Gewaltakte übt, ist uns der Inbegriff der Gewaltpolitik.

Wenn wir nun diesen Menschen und sein Werk durch den mannigfaltigen Lauf der Geschichte verfolgen und auf den Zusammenhang seiner Wirkungen achtgeben, so finden wir: niemals hat es Gewaltakte gegeben, die ausschließlich negativ genannt werden könnten. Wir finden: zu allen Zeiten haben der Gewaltmensch und seine Gewaltpolitik eine doppelte Rolle gespielt, eine negative und eine positive. Auf diese doppelte Rolle müssen wir achten.

Gewaltpolitik ist immer und wesentlich zerstörerisch. Der Gewaltgeist verstümmelt immer die Wirklichkeit. Es gibt keine Gewaltakte, die nicht vernichten. Vernichtung gehört zu ihrem Wesen. Gewaltpolitik ist aber niemals nur negativ und nur vernichtend. Was der Wille zur Gewalt auch immer an Zerstörungen angerichtet hat, er stiftete und sicherte zugleich doch immer wieder schlecht und recht neue politische Ordnung.

Sogar der schlimmste aller Gewaltakte, den wir uns denken können, machte keine Ausnahme. Auch den radikal bösen und nur mehr zerstörerisch erscheinenden Akt, der aus bloßer Lust an Vernichtung geschieht, sehen wir aus seiner positiven Rolle nicht vollkommen herausfallen. Wenn nicht anders, so erscheint sein Gutes noch in Quellen neuer Kraft, von denen es scheint, daß sie oft nur durch äußerste Bosheit geschlagen werden können. Und das eindringende Nachdenken erkennt, daß urböse Absicht noch positive Ursachen hat, daß sie ohne positive Gründe auch in ihrer Verneinung nicht möglich ist, daß es zur Natur alles Negativen, Zerstörenden und Bösen gehört, zwittrig zu sein und das Gute nötig zu haben, ehe es als Schlechtes möglich ist.

In der wesentlichen Zwiespältigkeit des Bösen überhaupt finden wir den letzten Grund der Doppelnatur jeder Gewaltpolitik. Und aus dem Wissen um die unaufhebbare Zwiespältigkeit alles Bösen ergibt sich, daß auch die schlimmste Gewaltpolitik nicht einfach negativ sein kann und immer noch zugleich positive Zusammenhänge behält. Es gibt Gewaltpolitik, die einfach negativ sein will. Aber all ihr negativer Wille vermag ihre Doppelnatur nicht aufzuheben.

In der Regel will Gewaltpolitik nicht negativ sein. Sie will nicht zerstören um der Zerstörung willen, sondern um irgendeines Zieles willen, das ihr wertvoll und positiv erscheint, das als positives Motiv oft auch noch dort drängt, wo Verstand und Absicht es negativ oder gar nicht findet. So kommt es, daß ein Gewaltregiment sehr selten offenkundig die Grenzen der normalen Politik soweit durchbricht, daß der Allgemeinheit hinterpolitische Zusammenhänge erschütternd deutlich und be-

wußt werden. Mag es sich vielleicht skrupellos und verbrecherisch gegen seine Gegner durchsetzen und sichern, es gewährt der Öffentlichkeit dabei doch wenigstens die Sicherheit, die es selber braucht, um sich zu erhalten. Das gilt für das Gewaltregiment der großen Welt nicht anders als für die Politik der offenen und getarnten Ortstyrannen aller Zeit.

Nicht selten stand die negative Wirklichkeit der Gewaltpolitik vollkommen im Dienst ihrer positiven Funktion. Selbst im akuten Gewaltakt konnte noch positive Absicht einziger Beweggrund sein. Das gilt besonders von der ordentlichen richterlichen Gewalt. Auch ihr äußerster Fall, die Vollstreckung eines Todesurteils, macht in den Vorstellungen der Richter keine Ausnahme. Es gilt auch für die rechte politische Gewalt. Es galt in der Vergangenheit noch von der äußersten Weise dieser politischen Gewalt, vom Krieg als der ultima ratio, als dem letzten sinnvollen Mittel vergangener Politik. Die Wirklichkeit des Krieges und das nüchterne Wissen um seine Gewalt wogen ja das Regiment der Welt aus, mäßigten die Kleinen und setzten auch den Großen Grenzen, die sie nicht ungestraft überschreiten konnten, mochten ihr Gewaltgeist und die Versuchung zu Gewaltakten auch noch so groß sein.

Was durch solche Betrachtungen und Feststellungen als Doppelnatur der Gewaltpolitik sichtbar wird, läßt sich durch einen Vergleich treffend deutlich machen: Wie die Krankheit eines Menschen das akute Stadium einer Krise zu seiner neuen Gesundheit ist, so war die Gewaltpolitik der Vergangenheit im akuten Stadium des Gewaltaktes eine Krise zu einer gewissen neuen politischen Gesundheit. Was wirklich negativ an ihr war, stand zugleich helfend und ausgleichend im Dienst einer positiven öffentlichen Ordnung. Wie es zur Natur der Krankheit gehört, zu zerstören, um zu heilen, also negativ und positiv zugleich zu sein, so dürfen wir sagen, die Doppelheit der Gewaltpolitik, einerseits negativ und zerstörerisch zu sein, andererseits positiv-aufbauend, herstellend und erhaltend, gehöre zu ihrem Wesen, sie mache ihre Natur aus.

2. Die moderne Veränderung der gewaltpolitischen Natur

Wer erkennt, daß die Natur der Gewaltpolitik ebenso wesentlich eine positive Seite hat wie eine negative, muß zugleich die tiefgreifende Veränderung bemerken, die allmählich und immer stärker in der Natur der Gewaltpolitik vor sich gegangen ist und seit den beiden Weltkriegen in großen Sprüngen erfolgt. Die technische Entwicklung der jüngsten Zeit verleiht der Gewaltpolitik nun fast unbeschränkte Möglichkeiten, zu zerstören. Sie nötigt und zwingt ihr auf, diese Möglichkeiten der Vernichtung wahrzunehmen. Da der gewaltpolitische Machtkampf seiner Natur nach aus sich heraus das Äußerste tun muß, um «erfolgreich» zu bleiben, muß er sich schließlich der fast unbeschränkten Möglichkeiten bedienen. Seine zerstörerische Natur wächst unvermeidlich und immer offenkundiger ins Unabsehbare. Zwar bleibt auch jetzt noch die alte

Doppelnatur der Gewaltpolitik, sofern der Mensch hinter allen Trümmern, die sie schaffen wird, noch einen guten Sinn setzt und einen Sinn auch dort noch annimmt, wo keiner mehr greifbar zu sein scheint und ist.

Es besteht kein Anlaß, anzunehmen, unsere Wirklichkeit überhaupt gehe in Sinnlosigkeit unter. Im Gegenteil, die Schwierigkeiten dieser unserer Wirklichkeit erzeugen die Sinnfrage neu und treiben Antworten hervor, die unser gesamtes Denken und Handeln zu neuem Sinn revolutionieren. Für die moderne Gewaltpolitik sind die Antworten von größter Wichtigkeit, sofern sie das politische Bewußtsein aus seinem bisherigen Glauben, Politik sei selbständig und könne sich wenig nach außerpolitischen Zusammenhängen richten, heraussprengen. Sie sind wichtig, sofern in ihnen ein neues politisches Bewußtsein vorbereitet wird.

Für die innere Funktion der alten «Politik nach ihren eigenen Gesetzen» ist aber zunächst eine andere Einsicht einflußreicher: in den gewaltpolitischen Folgen, die sie nach ihren eigenen Gesetzen hervorruft und hervorrufen muß, im abzusehenden zwangsläufigen Ausbruch ihrer eigenen Katastrophe findet sie selbst keinen Sinn mehr. Während noch im zweiten Weltkrieg eine Kriegspartei mit ziemlicher Sicherheit errechnen konnte, wann sie die andere Seite unter Material ersticke und so den Sieg erringe, läßt die gewaltpolitische Entwicklung heute je länger je weniger nüchtern eine sichere Berechnung zu. Das ist so offensichtlich, daß einige Machtgruppen aus Sorge vor dem schwindenden Vorteil noch schnell den Krieg wollen, ehe alle Aussicht auf Erfolg und und Nutzen verschwunden ist. Ihr Wille kann den Krieg nicht unmittelauslösen, aber er ist eine der Kräfte auf die Katastrophe hin, die auszumalen manche Phantasie in Angst und Sorge sich bemüht.

Auch wenn wir jener Phantasie, die den Untergang der Menschheit und ihrer Welt als notwendiges Ende und reale Gefahr der modernen Gewaltpolitik ausmalt, Grenzen setzen, müssen wir zugeben, daß die moderne Gewaltpolitik sich der politischen Sinnlosigkeit offenkundig zubewegt, dahin, wo jeder von uns, auch der Politiker selbst, nur mehr politische Zerstörung und keinen positiven politischen Sinn mehr erkennt. Die moderne Gewaltpolitik treibt zum Wettrüsten, das Wettrüsten saugt alle Kräfte, nicht nur die wirtschaftlichen und politischen, sondern auch die die kulturellen in sich auf, wird zur totalen Vorbereitung des totalen Krieges und endet aus sich notwendig in diesem totalen Krieg, in einem Krieg, dessen politischer Sinn nicht erst unter dem Eindruck seiner Zerstörungen geleugnet werden wird, sondern jetzt schon verneint ist. Die in diesem Kriege endende moderne Gewaltpolitik weiß ihr blutiges Ende nicht mehr als ultima ratio. Ihr Krieg ist nach ihrer eigenen Überzeugung nicht mehr ihr letztes sinnvolles Mittel. Der künftige Krieg verspricht, ihre ultima irratio zu werden, der politische Unsinn der verzweifelten modernen Gewaltpolitik, den die Gewaltpolitiker selber nicht mehr wollen, den sie aber machen, als wollten sie ihn.

Wenn wir den Vergleich der Krankheit auf diese moderne Entwicklung der Gewaltpolitik anwenden wollen, können wir nicht mehr sagen, sie sei Krankheit zu neuer politischer Gesundheit. Die moderne Gewaltpolitik ist Krankheit zum politischen Tode geworden.

3. *Der Anfang der modernen Gewaltlosigkeit*

Auch wer die inneren Zusammenhänge der modernen Politik, die diese zu einer unsinnigen Gewaltpolitik machen, nicht genügend oder gar nicht sieht, kann einfach aus den äußeren Tatsachen ablesen, wie sie sich zur totalen Vorbereitung des totalen Krieges entwickelt und diesen aus der wirklichen und angeblichen Absicht, ihn zu verhindern, herbeiführt. Immer seltener werden diejenigen, die den Krieg nicht wollen und ihn auch nicht wider ihren Willen machen. Eine ins Ungeheure wachsende Rüstungssuggestion ergreift endlich auch den schwankenden und den ablehnenden Willen und läßt ihn schließlich ja gegen sich selber sagen. Es gibt nur ein Bild, das diese eigenartige Entwicklung treffend kennzeichnet: Je länger je mehr verwandelt die moderne Welt sich in einen einzigen Mechanismus, der wie eine Höllenmaschine exakt seiner Detonation zuarbeitet. Unsere Welt wird selbst eine Art Höllenmaschine, in der wir sitzen, von der wir wissen, daß sie explodieren wird, und in der wir mit vollem Bewußtsein ein Rädchen und Zähnchen des Uhrwerkes sind, das auf Explosion entweder schon eingestellt ist oder bald eingestellt sein wird.

Als kurios emfinden wir den Eifer, mit dem wir uns für unsere Selbstvernichtung plagen, die Wachheit, in der wir unsere Selbstvernichtung als Werk unserer eigenen Hände verstehen, die Ablehnung dieses Werkes unserer eigenen Hände, unsere Ohnmacht, in der wir dieses Werk doch verrichten und die Ablehnung unwirklich machen.

Aber noch ist die Katastrophe nicht da. Noch liegt derjenige Teil unserer Geschichte vor uns, in dem die moderne Gewaltpolitik ihre doppelte Natur verliert, keinen positiven politischen Sinn mehr zeigt und politisch negativ, sinnlos und zerstörend wird. Und die sich vollziehende Spaltung der gewaltpolitischen Doppelnatur läßt die positive Funktion der modernen Gewaltpolitik nicht spurlos verschwinden. Das Wissen um die negative Zukunft zieht vielmehr die positive Funktion der Gewaltpolitik stark in die Gegenwart und schafft etwas in der Menschenwelt, was noch nie in ihr war. Vor dem einseitigen Triumph der negativen Natur der Gewaltpolitik hat sich ihre positive Natur zu einem positiven Impuls zusammengeballt, der nichts Negatives an sich hat, der als Frage, als zwingende Forderung und als harrende Kraft solange real ist, bis die negative Natur der Gewaltpolitik die bestimmende politische Realität wird.

Die Sorge vor dieser negativen Entwicklung ist den Menschen über alle ihre Gegensätze hinweg gemeinsam. Sie ist und schafft das erste

aktuell-politische Gemeinsame der Menschheit. Dem passiven Zuschauer stellt sich in diesem Gemeinsamen freilich noch wenig dar. Unerfüllt und ungestaltet ist da ein Wille, in dem Angst die Vorherrschaft hat, in dem der teilnahmslose Betrachter alles Gemeinsame nur als Beieinander vieler Spielarten der Furcht erkennt. Nur derjenige, dessen Sorge sich frei von Angst und Furcht macht, gewahrt, wie auch noch in der Angst und Furcht die alte Welt zu radikalen Veränderungen drängt. Er sieht: eine neue Welt bereitet sich in Angst, Furcht und Sorge aller vor.

Die Veränderungen, in denen die heutige Menschenwelt begriffen ist, lassen sich immer mehr als so gewaltig und umstürzend erkennen, daß wir von einer kopernikanischen Wendung der modernen Gewaltpolitik sprechen dürfen. Während im ganzen die alte Welt scheinbar und wirklich noch unverändert weiterrollt, ist zum erstenmal in der Geschichte der Fall eingetreten, daß nicht mehr nur der private, verlassene und verlorene Einzelne aus sittlichen und religiösen Motiven den gewalttätigen Willen und seine Formen verwirft. Der Politiker als Politiker sieht sich genötigt, seine eigene Gewaltpolitik zu verwerfen. Seine eigene realpolitische Einsicht in die Sinnlosigkeit seiner traditionellen Politik bereitet ihn selbst und sein Werk für das unbekannte Neue. Und die Sorge der Menschen vor den Folgen des bekannten Alten bietet sich als unerschöpflicher und unendlicher Quell der Kräfte dar, das Neue zu gestalten. Bisher waren die Menschen, die gewaltlos zu denken und zu handeln versuchten, in real- und tagespolitischer Hinsicht Utopisten. Wo sie die Gewaltlosigkeit zur politischen Forderung erhoben, mußten sie als naive Schwärmer erscheinen, ohne jede Bedeutung für den Lauf der öffentlichen Dinge. Anders als mittelbar – etwa wie Jesus und der hl. Franz – konnten sie auf die Politik nicht wirken. Sie waren politisch nicht amtsfähig. Das wird allmählich anders. Nicht weil der moderne Politiker durch pazifistische Lehren bekehrt worden wäre, sondern weil er erkennen muß, daß er mit seiner eigenen Politik am Ende ist, daß ihr negativer Zusammenhang sie unsinnig macht, also von innen heraus kommt er dazu, seine eigene Politik zu verwerfen. Gewaltloser Wille ist nur mehr ein anderes Wort für die sich selbst verwerfende Gewaltpolitik. In der Verwerfung erzeugt die herrschende Politik politische Chancen, die wir als Chancen des gewaltlosen Willens und als erste Aussicht auf unmittelbare politische Wirkung dieses Willens bezeichnen.

Im groben Gang der Allgemeinheit äußert die sich hier vollziehende Wandlung sich zunächst nur in der aufmerksamen Achtung, die der gewaltlose Wille nach seinem ersten großen realpolitischen Einbruch in die moderne Welt wachsend auch bei Politikern findet. Im stillen vollzieht sich aber mehr. Eine Umkehrung der Rollen findet statt. Die Zeit ist gekommen, da die gewaltlosen Utopisten und Schwärmer Realpolitiker werden können und müssen. Die Zeit ist gekommen, da die «Real-

politiker» ideologisch verrannte Utopisten werden, wenn sie sich nicht von ihren gewohnten gewaltpolitischen Vorstellungen und Praktiken lösen. Eine doppelte Revolution ist im Gange. Nicht nur die Traditionen der alten Gewaltpolitik werden aufgehoben. Auch der Charakter des alten Pazifismus wird verändert. Wir müssen uns bewußt in den Dienst der doppelten Veränderung stellen. Dem alten Pazifismus bewußt machen, daß seine utopische Periode zu Ende geht, ist ähnlich wichtig, wie die Realpolitiker zu veranlassen, theoretisch und praktisch zu berücksichtigen, daß ihre alte Realpolitik schon länger begonnen hat, utopisch zu werden.

Es ist natürlich und verständlich, daß die moderne Gewaltpolitik zunächst Zuflucht zu Kompromissen sucht. Sie muß sich soweit mäßigen wollen, daß sie wieder in den Rahmen ihrer eigenen Vernunft kommt. Aber es liegt in der Natur der Gewaltpolitik und im Zwang ihrer gegenwärtigen Weltverfassung, daß alle Versuche zu Kompromissen am Ende erfolglos bleiben. Der einzige Sinn versuchter Kompromisse ist vielleicht darin zu sehen, daß sie Zeit gewinnen helfen, die die radikalen Konsequenzen aus der modernen Gewaltpolitik heraus brauchen, um politisch wirksam zu werden.

Wir ziehen diese Konsequenzen als politische Konsequenzen mit unserer ganzen Existenz. Da sie realpolitische Konsequenzen sind, müssen wir wollen, daß sie politisch, das heißt allgemein und auch von den Politikern gezogen werden. Die Gesamtheit der radikalen Konsequenzen aber nennen wir die gewaltlose Konsequenz der modernen Weltpolitik.

4. Die historische Definition der politischen Gewaltlosigkeit

Wer eine allgemeingültige und zeitlose Definition der politischen Gewaltlosigkeit sucht, muß die Ursachen der Gewaltpolitik und die Folgen der Gewaltlosigkeit mit in die Definition hereinnehmen. Er muß etwa sagen, gewaltlos sei diejenige Politik, die selbst auf politische Gewaltakte verzichtet und allgemeine Verhältnisse schafft, die keinen Boden für gewaltpolitische Krisen lassen. Das heißt, er muß ein «Ideal» entwerfen, das vollkommen von den Spannungen absieht, in denen sich die menschliche Geschichte entwickelt, und so leer ist, daß es überall und nirgends paßt und politisch wenig nützlich, ja zuweilen schädlich ist.

Aus diesem Grund und aus anderen Gründen, die erst im Verlauf der Untersuchung zur Sprache kommen können, verzichten wir ausdrücklich auf eine unhistorische Definition der politischen Gewaltlosigkeit. Und den Verzicht auf eine unhistorische Definition, die Bindung des Begriffs der politischen Gewaltlosigkeit an seine historische Situation nennen wir die historische Definition der Gewaltlosigkeit.

Wir wollen lediglich für unsere Zeit, für unsere moderne Welt in ihrer gegenwärtigen Situation die Konsequenzen ziehen, von denen

nachzuweisen ist, daß sie möglich und historisch notwendig sind. So ist die gewaltlose Konsequenz der modernen Gewaltpolitik zu verstehen.

Aber auch diese moderne Konsequenz sagt noch nicht, daß in der modernen Welt die politische Gewaltlosigkeit überall auf demselben Wege und zum selben Inhalt zu ziehen ist. Ihr Motiv ist gleich. Aber aus demselben Motiv beschreitet der gewaltlose Wille in den verschiedenen Situationen notwendig verschiedene Wege auf verschiedene Ziele. Wenn Gandhi als der erste Meister der modernen politischen Gewaltlosigkeit unter gewissen Umständen zur Gewalt rät, drückt sich darin unmißverständlich die Bindung gewaltlosen Verhaltens an gewisse Voraussetzungen aus. Gandhi meint dabei vor allem, daß der gewaltlose Wille selbst stark und kräftig entwickelt sein müsse. Und sicher ist es richtig, daß in jeder Situation der gewaltlose Wille als so stark gedacht werden kann, daß er in jeder Situation als möglich und wirksam angenommen werden muß. Die Forderung der entsprechenden Wirkung gilt insofern immer und für alle. Und dennoch wagten wir sie schwerlich nüchtern und praktisch zu denken, wenn die moderne Situation sie nicht über die bloße Denkarbeit hinaustriebe, so hoffnungsvoll verlangte und ihr besondere politische Aussichten eröffnete.

Wie muß der gewaltlose Wille diese Aussichten nun wahrnehmen? Sie gelten zum Beispiel doch auch für die beiden Vormächte der gegenwärtigen gewaltpolitischen Entwicklung der Welt, für die USA und die SU. Könnte nun etwa der Präsident der Vereinigten Staaten plötzlich radikale Forderungen der Gewaltlosigkeit in Amerika durchsetzen wollen? Dürfte Stalin für die Sowjetunion und den Weltkommunismus plötzlich die Parole der radikalen Gewaltlosigkeit ausgeben? Das Äußerste, was jeder von beiden tun könnte, wäre vielleicht, zurückzutreten. Ein solcher Rücktritt könnte die gewaltlose Entwicklung der Welt unter günstigen Umständen einen großen Sprung vorwärtsbringen. Aber die Gewaltpolitik beider Mächte änderte sich zunächst nicht.

Erst wenn von unten herauf und greifbar in Wirtschaft, Politik und Kultur die Kräfte gewachsen sind, die eine gewaltlose Politik zu tragen vermögen, kann und muß sie werden. Unter den herrschenden Bedingungen zur gewaltlosen Politik übergehen wollen, würde für die USA heißen, an die Stelle einer starken Politik eine schwache und schwankende setzen wollen. Und wenn Moskau jetzt die Gewaltlosigkeit proklamierte, brächte es die gesamte Welt in beträchtliche Unordnung.

Die gewaltlose Politik hat nur Aussicht, sie ist nur möglich, wo sie die stärkere Politik ist. Ihre Stärke braucht nicht in Quantität zu bestehen. Im Gegenteil, der gewaltlose Wille führt Kräfte in die Politik ein, die nach gewaltpolitischen Vorstellungen wenig bedeuten. Das beste Beispiel ist die gewaltlose Kolonialrevolution Indiens. Wie immer sie beurteilt werden mag, ohne die stille persönliche Leistung des einen mittellosen Menschen Gandhi ist sie als gewaltlose Revolution nicht denkbar. Der gewaltlose Wille kann dem politischen Gesetz der Stärke

durch neue Kräfte neue Möglichkeiten eröffnen. Aber er hebt dieses Gesetz, nach dem der Stärkere entscheidet, nicht auf. Solange irgendwo zur Gewaltlosigkeit übergehen bedeutet, aus einem starken Politiker einen schwachen machen, ist der gewaltlosen Politik selbst dann nicht gedient, wenn durch ein besonderes Schicksal und durch letzte persönliche Entscheidung ein starker Politiker sich zur Gewaltlosigkeit bekennte. Sein *Bekenntnis* müßte stark sein, und es wäre erst stark, wenn es quantitativ oder qualitativ den Gegenkräften gewachsen wäre. In jedem anderen Fall kostete es dem Bekennenden seinen politischen Einfluß. Überall, wo starke Gewaltpolitik herrscht, kann die gewaltlose Konsequenz nicht anders wirklich werden als dadurch, daß ihr Wille in Theorie und Praxis sich durch persönliche Leistung und Opfer entwickelt, bis auch der Gewaltpolitiker mit der Gewaltlosigkeit als einem politischen Faktor zu rechnen beginnt. Entwicklung von unten herauf ist nötig. Allerdings gilt dieses Von-unten-Herauf nicht nur für Menschen, die ohne öffentliches Amt sind. Jeder Mensch, gleich wie niedrig oder hoch er gestellt erscheint, nimmt mit seinem ganzen persönlichen Gewissen, mit all seinen Möglichkeiten, mit seiner ganzen Existenz an der Entwicklung von unten herauf so oder so teil.

Wer wollte in Worten die Buntheit einfangen und vorwegnehmen, in der der lebendige Wille die gewaltlose Konsequenz der modernen Welt überall zieht und zu verwirklichen beginnt. Der gewaltlose Wille wird auch heute schon Forderungen aufstellen, von denen er weiß, daß sie heute und morgen noch nicht zu verwirklichen sind. Sie sind richtig und dienen dem neuen Bewußtsein. Aber er weiß und muß wissen: eine unmittelbare politische Chance hat der gewaltlose Wille nur dort, wo jeder Versuch von Gewaltpolitik offenkundig schwächer und schlechter ist als erklärte und ernsthafte gewaltlose Politik.

Dieser letzte Satz wendet das Gesetz der historischen Notwendigkeit in einer besonderen Weise auf den gewaltlosen Willen an. Er bestreitet nicht, daß zu jeder Zeit der gewaltlose Wille bedeutend in die Politik wirken kann. Er schränkt auch die Feststellung nicht ein, daß die gewaltlose Konsequenz für die ganze moderne Welt reif und fällig ist. Er gibt aber dem, was wir als historische Definiton der Gewaltlosigkeit bezeichnet haben, den offenkundigsten Sinn und die eigentliche politische Aussicht: Erst dort, wo eine starke Politik gar nicht mehr anders als gewaltlos sein kann, besteht die reale Möglichkeit, die Gewaltlosigkeit unmittelbar politisch wirksam zu machen. Überall sonst dringt der gewaltlose Wille trotz der Verderblichkeit und dem Widersinn der traditionellen Politik nur langsam in diese ein. Die entscheidenden Einbrüche in die herkömmliche Welt erfolgen dort, wo die gewohnten Mittel hoffnungslos verbraucht sind und die Not zwingt, die neuen Mittel einer neuen Politik zu entwickeln. *Nikolaus Koch*

Auf dem Wege zum Abgrund Mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, verfolgen die Mächtigen dieser Welt den Weg, der zwar nicht sie selbst, aber ihre Völker in den Abgrund einer neuen Kriegskatastrophe zu stürzen droht. An ihrer *Lissabonner Konferenz* haben die Vertreter der Westmächte Ende Februar Beschlüsse gefaßt, die, wenn sie auch in bezug auf die Bereitstellung von 50 «atlantischen» Divisionen bis Jahresende phantastisch sein mögen, doch völlig ernst zu nehmen sind, insoweit sie die endgültige *Wiederaufrüstung Westdeutschlands* und dessen enge Verbindung mit der Atlantikpakt-Organisation festgelegt haben. Die Antwort der Sowjetunion hat nicht lang auf sich warten lassen. Die *Note der Moskauer Regierung* vom 10. März bedeutet in der Tat eine weittragende Änderung ihrer Deutschlandpolitik. Hatte die Sowjetunion bisher auf der radikalen Entmilitarisierung Westdeutschlands und eines neu vereinigten Gesamtdeutschlands bestanden, so will sie jetzt einem geeinigten, souveränen, friedliebenden und demokratischen Deutschland auch eine eigene Armee samt der entsprechenden Rüstungsindustrie zugestehen, unter der Voraussetzung, daß dieses Deutschland allen Militärbündnissen anderer Staaten gegenüber unabhängig und neutral bleibe.

Der hinter dieser Schwenkung der russischen Politik stehende Gedanke ist natürlich unschwer zu erkennen. Moskau glaubt einfach keine andere Wahl mehr zu haben, als entweder die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und seinen Anschluß an den Atlantikblock als fertige Tatsache hinzunehmen, mit all den Gefahren, die sich hieraus ergeben müssen, oder aber Westdeutschland die volle «Wehrfreiheit» anzubieten, die es so heiß ersehnt, mit der Auflage, daß es dann auf die Eingliederung in den Westblock verzichte. Vor die Wahl zwischen zwei Übeln gestellt, hat es sich für das vermeintlich kleinere Übel der Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden. Wir halten diese Entscheidung für durchaus falsch und verhängnisvoll. Ein Neudeutschland, das nicht wirtschaftlich und sozial von Grund auf umgestaltet ist, aber wieder eine moderne Armee in die Hand bekommt, wird weder demokratisch noch friedliebend sein, sondern militaristisch und aggressiv und wird die Zurückgewinnung seiner verlorenen Ostprovinzen als erstes Hauptziel auf seine Fahnen schreiben, allen Abmachungen eines neuen «Schandfriedensvertrages» zum Trotz. Und dann wird es entweder Krieg geben oder wird das neue Deutschland auf Kosten nicht nur Polens und der Tschechoslowakei, sondern auch der Sowjetunion doch zur beherrschenden Militär- und Wirtschaftsmacht Europas aufsteigen — genau wie es Hitler gewollt hatte.

Nein, mit einer deutschen Nationalarmee muß es ein für allemal Schluß

sein. Die Entwicklung geht ja sowieso auf die Abschaffung *aller* nationalen Armeen hin, die – darin hat Herr Adenauer recht – schon aus technischen und wirtschaftlich-finanziellen Gründen mehr und mehr unmöglich werden. Die militärische Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikblock wäre darum, rein formal angesehen, unzweifelhaft ein Fortschritt gegenüber der Wiederaufstellung einer souveränen deutschen Nationalarmee. Sachlich stellt sie dennoch keine Gewähr für ein Absterben des deutschen Militarismus dar. Diese Gewähr bietet nur die dauernde Entmilitarisierung ganz Deutschlands, unter Verbürgung seiner Sicherheit durch die Westmächte und den Ostblock insgesamt. Das würde dann von selbst der *internationalen* Abrüstung den Weg freimachen, da sich künftighin weder die Westmächte von einer russischen Invasion via Deutschland noch die Sowjetunion von einem westmächtlichen Angriff, an dem Deutschland teilnähme, bedroht fühlen könnten. Es ist merkwürdig, daß die Sowjetunion nicht mit aller Kraft auf *diese* Lösung der deutschen Frage drängt. Peinlich aber ist es, wie die westeuropäischen Kommunisten und ihre Mitläufer ganz automatisch auf die neue Linie der russischen Politik einschnappen, die durch die Note vom 10. März vorgezeichnet wird. Mosca locuta, causa finita. Hat Moskau einmal gesprochen, dann ist der Fall erledigt . . .

Die russische Note öffnet nun zwar den Westmächten bewußt den Weg zu ernstgemeinten Verhandlungen über die künftige Gestaltung von Deutschlands Schicksal. Aber es ist so gut wie sicher, daß Amerika jedes wirkliche Eintreten auf den russischen Vorschlag hintertreiben wird, sofern daraus ein Verzicht auf den Anschluß Westdeutschlands an den Atlantikblock hervorgehen soll, und daß Frankreich und England wie gewohnt, unter Murren freilich, ihrem großen Gönner jenseits des Ozeans folgen werden. Amerika *will* nun eben einmal den westmächtlichen Druck auf die Sowjetunion so sehr verstärken, daß Moskau schließlich kapitulieren *müsse*, und in Westdeutschland hat es bei diesem Streben einen Partner gefunden, dem es an Entschlossenheit, alles auf die militärische Karte zu setzen, gleichfalls nicht gebricht*.

Im Hinblick auf den sich nähernden Zusammenstoß in Europa möchte Amerika in *Ostasien* vorerst eher zurückhalten. Das entspricht offenbar auch der Absicht Nordkoreas und Chinas, die in Panmunjom immer noch auf der Stelle treten und inzwischen den «kalten» Krieg gegen die Vereinigten Staaten fortsetzen, neuerdings mit ihrer unsin-

* Der inzwischen veröffentlichte Text der westlichen Antwort auf die Sowjetnote bestätigt diese Annahme vollauf. Sie lehnt ja jeden Gedanken an eine Neutralisierung Deutschlands schroff ab, weigert sich, die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anzuerkennen und schiebt, nach westdeutschem Wunsch, die Abhaltung sogenannter freier Wahlen in ganz Deutschland als Voraussetzung jeder wirklichen Lösung der deutschen Frage in den Vordergrund. Die Spekulation ist dabei die: freie Wahlen würden das kommunistische Regime in Ostdeutschland wegfegen, die Schaffung eines bürgerlich-«demokratischen» Gesamtdeutschlands nach dem Muster der Bonner Republik ermöglichen und dann dieses neue Alldeutschland mit Sack und Pack ins Lager der

nigen Propaganda gegen die Verseuchung Chinas mit Krankheitsbazillen, die angeblich durch die Amerikaner planmäßig betrieben werde. Allein es ist keineswegs sicher, daß die auf eine Großabrechnung mit dem asiatischen Kommunismus hindrängenden Kräfte in den Vereinigten Staaten nicht doch ihren Willen bekommen. Solange Amerika in aller Form die Regierung Tschiang Kai-sheks auf Formosa unterstützt und nicht zu einer politischen Gesamtregelung in Ostasien Hand bietet, die das neue China vorbehaltlos anerkennt und es in die Organisation der Vereinten Nationen aufnimmt, werden auch die Waffenstillstandsverhandlungen in Korea nicht entscheidend vom Fleck kommen und bleibt die Gefahr eines Neuaufflammens der Feindseligkeiten und ihrer Ausdehnung auf China selbst bestehen.

Alles in allem: eine unheimliche Lage, voll der schlimmsten Möglichkeiten und ohne Aussicht auf eine grundlegende Wendung zum Guten. Wir gedenken sie in unserer nächsten Rundschau einläßlicher darzustellen in der Erwartung, daß bis dahin gewisse Entwicklungen, in Asien wie in Europa, klarer zu überschauen sein werden als heute.

Die unterentwickelten Länder Amerikas falsche Chinapolitik entspricht natürlich nur seiner verkehrten Einstellung zu den «zurückgebliebenen» und jetzt so elementar vorwärts- und aufwärtsdrängenden Völkern farbiger Rasse überhaupt. Statt diese gewaltige soziale und nationale Freiheitsbewegung entschlossen zu bejahen und zu fördern, sehen die Vereinigten Staaten – und weithin auch die alten europäischen Kolonialmächte – darin nur freiheits*feindlichen* Kommunismus; statt die Revolution der unterentwickelten Völker und Klassen durch großzügige Weltsolidarität in geordnete, friedliche Bahnen zu lenken, organisieren sie die systematische Gegenrevolution, die mit militärischer und wirtschaftlicher Übermacht die Herrschaft des «freien Unternehmertums» in der ganzen Welt sicherstellen soll. Um den verhängnisvollen Widersinn dieser ganzen Haltung zu erkennen, muß man sich freilich in die Lage der «rückständigen» Völker selbst hineinversetzen. Eine amerikanische Zeitschrift, die «Saturday Review of Literature», hat vor einigen Monaten die Amerikaner ermahnt, sich beim Überdenken der Berichte aus dem Fernen Osten immer die folgenden Tatsachen vor Augen zu halten: 1. Die mei-

---

Westmächte hinüberführen helfen. Dann brauchte es allerdings keinerlei Verhandlungen mit der Sowjetunion mehr: die Westmächte ebenso wie Westdeutschland hätten ihr erstes großes Ziel erreicht, ohne den geringsten Preis dafür zu bezahlen, und könnten dann sofort die zweite Etappe unter die Füße nehmen, an deren Ende die Zurückdrängung der Sowjetunion auf ihren «natürlichen» Einflußbereich und die bedingungslose Alleinherrschaft des Westblocks mindestens in Europa stünde. Daß die Russen vorderhand nicht auf diesen Plan einzugehen und Ostdeutschland nicht einfach auf dem Weg über «freie Wahlen» ohne Gegenleistung preiszugeben gesonnen sind, ist zum mindesten verständlich.

sten Menschen in Asien gehen heute abend hungrig zu Bett. 2. Die meisten Menschen in Asien können weder lesen noch schreiben. 3. Sie leben in zermürbender Armut. 4. Sie haben nie einen Arzt gesehen. 5. Sie haben nie etwas von Demokratie gehört. 6. Staatsbürgerliche Freiheiten haben sie nie kennengelernt. 7. Sie glauben, alles andere wäre besser, als was sie jetzt haben, und sie sind entschlossen, es auch zu bekommen. 8. Die meisten Menschen in Asien glauben, Freiheit oder freies Unternehmertum bedeute die Freiheit der westlichen Kolonialmächte, Asien auszubeuten. 9. Sie mißtrauen den Menschen mit weißer Hautfarbe. 10. Sie sind entschlossen, sich nie wieder von Fremden beherrschen zu lassen.

Was von Asien, das gilt auch von Afrika, von Mittel- und Südamerika, ja sogar von Südeuropa. Und die Mahnung der amerikanischen Zeitschrift ist darum auch an uns Westeuropäer gerichtet. Die Kenntnis der *Tatsachen* über das Leben der unterentwickelten, ausgebeuteten Völker und Volksschichten ist wirklich eine Voraussetzung für die rechte Lösung ihrer Probleme, die – weil die Welt *eins* geworden ist – auch unsere Probleme sind und für die Sicherung von Frieden und Freiheit in unserem Erdteil entscheidende Bedeutung gewonnen haben. Wir glauben deshalb unseren Lesern einen Dienst zu tun, wenn wir ihnen heute eine Reihe solcher Tatsachen zur Beherzigung unterbreiten. Wir haben sie aus allen möglichen Quellen zusammengesucht, die wir nicht immer im einzelnen nennen, die wir aber für durchaus zuverlässig halten. Weit entfernt, irgendwie vollständig zu sein, vermögen sie dennoch einigermaßen ein Bild vom Leben der «rückständigen» Völker inmitten unseres «fortschrittlichen», «aufgeklärten» Jahrhunderts zu geben, ein Bild, dessen noch so düstre Farben freilich von der Trostlosigkeit des Daseins dieser Menschenbrüder und -schwestern nur eine ganz blasse Vorstellung vermitteln.

Südostasien Der amtliche Bericht der Vereinten Nationen für 1949/50 über die Wirtschaftslage in der Welt stellt fest: «Im Jahre 1949 bezog etwa ein Drittel der Weltbevölkerung nicht einmal fünf Prozent des gesamten Welteinkommens und hatte wahrscheinlich ein Einkommen von unter 50 Dollar je Kopf und Jahr.» Mit anderen Worten: 800 Millionen Menschen in der Welt müssen von einem Geldeinkommen leben, das nach dem heutigen Wechselkurs etwa 60 Rappen pro Tag entspricht. Der amerikanische Wirtschaftsforscher Colin Clark schätzt, daß vor dem Krieg mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung *unter* der Hungergrenze «leben» mußte. Er hat eine Methode ausgearbeitet, die es erlauben soll, die Lebenshaltung der verschiedenen Völker der Erde miteinander zu vergleichen, indem er eine sogenannte «internationale Einheit» errechnete, das heißt denjenigen Betrag von Gütern und Dienstleistungen, der im Jahrzehnt 1925 bis 1934 in den Vereinigten Staaten durchschnittlich für einen Dollar gekauft wer-

den konnte. Danach standen die Vereinigten Staaten an der Spitze aller Länder mit 1300 bis 1400 Einheiten je Kopf und Jahr, gefolgt von Großbritannien mit 1000 bis 1100 Einheiten. Am unteren Ende der Leiter standen Länder wie Indien mit 200 Einheiten, Indonesien mit 200 bis 250 Einheiten und China mit nur 120 Einheiten. Noch krasser sind die Unterschiede in einer Aufstellung, die ein Bericht der Finanzkommission des amerikanischen Senats vom Jahre 1947 gibt. Das Volkseinkommen betrug demgemäß pro Kopf im Jahre 1939 (ich greife nur ein paar wenige Zahlen heraus) in Großbritannien 468 Dollar, in der Schweiz 445 Dollar, in Holland 338 Dollar, aber nur 34 Dollar in Indien, 32 Dollar auf den Philippinen, 29 Dollar in China und 22 Dollar in Indonesien.

Daß die Gegensätze durch den Krieg geringer geworden seien, ist kaum anzunehmen, und auch die absolute Höhe des Volkseinkommens je Kopf dürfte seither in den meisten Ländern nicht gestiegen sein. Auf jeden Fall wohnt die große Masse der verelendeten Völker in den *kolonialen* und *halbkolonialen* Ländern, vor allem in Süd- und Südostasien mit seinen 600 und mehr Millionen Menschen, die in zwanzig Jahren auf 750 Millionen angewachsen sein dürften. Fassen wir zunächst *Südostasien* ins Auge, also die großen, weitgestreckten Inselgruppen der Philippinen und Indonesiens sowie die auf dem Festland liegenden Gebiete von Indochina, Siam, Burma und Malaya. Ein Teil dieser Länder hat in den letzten Jahrzehnten eine rasche wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Sie sind die Hauptversorgungsquelle der Welt für Zinn und Gummi geworden, spielen aber auch als Petrol- und Reiserzeuger eine bedeutende Rolle in der Weltwirtschaft. Ihre Erschließung ist freilich ganz überwiegend zum Nutzen des europäischen und amerikanischen Kolonialkapitals erfolgt, das sie wirtschaftlich ausbeutet und politisch beherrscht.

Die *Philippinen* sind zwar jetzt nominell ein unabhängiges Staatswesen; in Tat und Wahrheit hat sich an ihrer Eigenschaft als amerikanische Kolonie und Militärbasis nichts geändert. Die Vereinigten Staaten mögen dabei auf ihre Rechnung kommen; daß die einheimische Bevölkerung trotz «großherzigster» Wirtschaftshilfe von seiten Amerikas in denkbar traurigen Verhältnissen lebt, mußte die von der amerikanischen Regierung eingesetzte Kommission zum Studium der wirtschaftlichen und sozialen Lage auf den Philippinen – die sogenannte Bell-Kommission – vor etwas mehr als einem Jahre selbst feststellen. Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion bleibt nach diesem Bericht immer noch unter Vorkriegsstand. Da die Bevölkerung seit 1940 um 25 Prozent zugenommen hat, so heißt das, daß die Lebenshaltung, die schon vor dem Krieg erschreckend tief stand, noch weiter gesunken ist. «Die Ungleichheiten im Einkommen, die immer groß waren», so sagt die Kommission wörtlich, «sind in den letzten paar Jahren noch größer geworden. Während der Lebensstandard der Volksmasse noch nicht

einmal die Vorkriegshöhe wieder erreicht hat, sind die Gewinne der Geschäftsleute und die Einkommen der Großgrundbesitzer sehr beträchtlich gestiegen.» 75 Prozent der Filipinos leben tatsächlich von magerer Landwirtschaft. Die Löhne betragen in manchen Bezirken, wiederum nach dem Kommissionsbericht, nicht mehr als einen Peso im Tag, obwohl 4000 Pesos im Jahr das mindeste sind, was nötig ist, um eine Familie durchzubringen. Der Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über landwirtschaftliche Löhne und Einkommen aus der Urproduktion in asiatischen Ländern (Genf 1949) gibt als Durchschnittslohn in der philippinischen Landwirtschaft sogar nur 0,44 bis 0,50 Pesos (etwa einem Schweizerfranken entsprechend) im Tag an. In der Industrie betrage er 0,61 Pesos (etwa Fr. 1.30) täglich.

Die Bauern werden in zunehmendem Maße von ihrem Boden vertrieben und sind jetzt «nur wenig besser dran als die Peóns (Landarbeiter)». In den Städten lebt die Masse der Bevölkerung womöglich noch jämmerlicher. Insbesondere sei, wie der Bericht betont, für die Wohnbedürfnisse der Lohnverdiener in keiner Weise gesorgt. «Die Hausinstallationen sind eine Drohung für die öffentliche Gesundheit und eine Verleugnung menschlicher Würde.» Ähnlich stellt ein Korrespondent des Londoner «New Statesman» (2. 11. 1950) fest: «Sogar die zusammengepferchten Massenmieter in Schanghai wohnen besser als neun Zehntel der Bevölkerung von Manila, und nur in Kalkutta habe ich ärgeren Schmutz und eine ärgere Überfüllung gesehen. In ‚Gebäuden', die sieben zu fünf Fuß messen (etwa 3,3 m zu 1,5 m) und die aus Wellblech von überschüssigen Kriegsbeständen und ein wenig Bambus hergestellt sind, leben bis zu 20 Menschen, wobei der Monsun-Dauerregen hereintropft und die offenen Abwässer einen besonderen Manila-Geruch verbreiten.» In Manila zählte man noch vor kurzem 140 000 Arbeitslose; im ganzen Land waren es – bei einer Bevölkerung von 19 Millionen — zwei Millionen.

Daß *Indochina* eine Quelle reichster Profite für die französischen Kolonialgesellschaften und -banken ist, ist zur Genüge bekannt; der «schmutzige Krieg» wird nicht umsonst, allen Geld- und Menschenopfern zum Trotz, mit dieser Hartnäckigkeit weitergeführt. Aber auch hier droht das Volk zu verelenden und zu entarten. Das eingeborene Handwerker- und Bauerntum ist ruiniert oder in einer primitiven Betriebsverfassung stecken geblieben. Der Reisbau wird (nach Paul Bernard, «Le Problème économique indochinois», Paris) nur zum geringsten Teil von freien Pflanzern betrieben. In Cochinchina zum Beispiel sind bis zu 80 Prozent der Reisfelder in Pacht gegeben. Was dem Pächter nach Ablieferung des vereinbarten Ernteanteils noch übrigbleibt, reicht kaum aus, um eine Familie zu ernähren. Kein Wunder, daß die Landbevölkerung stark verschuldet ist. Die Arbeiter auf den Gummiplantagen sind nicht viel besser gehalten als Sklaven. Zum Ausgleich wird das Volk recht gut mit Opium versorgt; wurden im Jahre 1934 noch 30 000 kg Opium –

das vor der Eroberung des Landes durch die Franzosen von der Bevölkerung kaum verbraucht wurde – im Lande selbst verkauft, so waren es 1940 schon fast 72 000 kg. Zwischen 1940 und 1944, als Indochina von den übrigen Produktionsgebieten abgeschlossen war, stieg die Mohnerzeugung von 7500 auf 60 000 kg. Auch der Alkoholgenuß wird von den Behörden und privaten Interessenten stark gefördert.

Von *Siam* (Thailand) heißt es, die Bevölkerung habe im allgemeinen genug zu essen und sei politisch nicht interessiert. Lohnarbeit in der Landwirtschaft ist verhältnismäßig selten; der Lohn beträgt, je nach der Gegend, 21 bis 42 amerikanische Cents (etwa 90 Rappen bis Fr. 1.80) im Tag. Über *Burma*, dessen wirtschaftliche wie politische Lage äußerst ungefestigt ist, sind nur spärliche Angaben erhältlich. Vor der letzten Wirtschaftskrise verdienten Industriearbeiter durchschnittlich 25 Rupien (etwa 31 Franken) im Monat, weibliche Kulis nur 15 Rupien (gegen 20 Franken).

In *Malaya* führen die Engländer seit Jahr und Tag einen erbitterten Krieg gegen die «kommunistischen Terroristen». Wo die Wurzeln dieses Kommunismus zu suchen sind, wird einigermaßen klar, wenn man aus dem erwähnten ILO-Bericht erfährt, daß vor dem Krieg ein gelernter Industriearbeiter ganze 80 amerikanische Cents bis 1.20 Dollar im Tag verdiente (etwa Fr. 3.40 bis Fr. 5.20), während landwirtschaftliche Arbeiter Fr. 1.50 bis Fr. 2.60 im Tag erhielten. Anderen Angaben zufolge verdienten vor dem Kriege Gummizapfer auf den Plantagen 70 Rappen im Tag; heute sind es Fr. 2.—, aber Reis, das Hauptnahrungsmittel, kostet jetzt achtmal soviel wie vor dem Krieg. Die Plantagenbesitzer und Bergwerksgesellschaften ziehen indische und chinesische Wanderarbeiter als Lohndrücker heran und tun aus Furcht vor Krisen nichts, um die Seßhaftmachung der Arbeiter zu fördern, obwohl jungfräulicher Boden in Hülle und Fülle da ist. Die Kindersterblichkeit ist hoch: 150 bis 250 auf Tausend. Immerhin ist in Singapore die Kindersterblichkeit seit dem Krieg um 45 Prozent und diejenige der Tuberkulosekranken um 43 Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Spitäler hat sich verdreifacht; auch sind 80 neue Schulen gebaut worden. Trotzdem genießt in Malaya nur die Hälfte der Kinder so etwas wie Schulunterricht.

Indonesien ist nun ja politisch frei, trägt aber wirtschaftlich und gesellschaftlich immer noch Kolonialcharakter. Und wenn sich auch vieles zum Besseren gewandelt hat, seit Multatuli seine Anklagen gegen die holländischen Handelsherren erhob, so bleibt doch bestehen, daß, während die Holländer märchenhafte Reichtümer aus ihrer Kolonie zogen, die eingeborene Bevölkerung selbst im ganzen auf einer tiefen Stufe der Lebenshaltung festgehalten wurde. Die Plantagenwirtschaft nahm ihr von Jahr zu Jahr mehr Boden weg und zersetzte die alten agrarkommunistischen Wirtschaftsformen, ohne etwas Besseres an ihrer Stelle schaffen zu können. Übervölkerung, Verschuldung und Steuerdruck verschlechterten die Lage besonders der Kleinbauern zusehends. Während

europäische Reisende von dem «Wunderland» Java schwärmten und die «stillen, schönen Menschen» bewunderten, die da angeblich ein glückseliges, sinnerfülltes Leben führten, wohnte der größte Teil der Bevölkerung nicht nur Javas, sondern auch der anderen Inseln «in winzigen Räumen, die Wände alter Bambus, der Fußboden Erde, heute voll Staub, morgen triefend naß, ohne Fenster. Ein großer Teil der Bevölkerung hat nicht einmal Reis genug und ißt Dschagung und Ketella, Speisen, die der Europäer, auch wenn man sie ihm mit bester Butter zubereitet vorsetzte, empört zurückweisen würde.» (Nach O. Maenchen-Helfen, «Drittel der Menschheit».)

Indonesien ist auf jeden Fall noch heute ein Land rückständigster Wirtschafts- und Sozialverfassung. Seine 80 Millionen Einwohner sind bitterarm; nach den statistischen Mitteilungen der UNO (1949) beträgt ihr Einkommen kaum 25 Dollar, das heißt etwas über 100 Schweizerfranken im Jahr oder 35 Rappen im Tag. Das Durchschnittseinkommen in den Vereinigten Staaten ist nach der gleichen Quelle 6250 Franken im Jahr. Vor dem Krieg verdienten die Plantagenarbeiter durchschnittlich zehn holländische Cents (etwa ebenso viele Rappen) im Tag, die Männer in Westjava 23 bis 35 Cents, die Frauen 12 bis 23 Cents im Tag. Dabei ist freilich nicht klar, was für Leistungen die Arbeiter in natura bezogen. Die Gesundheitsverhältnisse sind weithin ganz unbefriedigend. In Neuguinea sterben acht von zehn Kindern vor dem Reifealter, weil sie von unterernährten Eltern stammen.

Den Durchschnittslohn der Landarbeiter in den südostasiatischen Ländern gibt der ILO-Bericht mit 10 bis 15 amerikanischen Cents (45 bis 65 Rappen) im Tag an. In Thailand, auf Ceylon und auf den Philippinen betrage er mehr, bis zum Doppelten. Und der Bericht faßt zusammen: «Es ist klar, daß der Landarbeiter nicht über genügende materielle Erfordernisse für Nahrung, Kleidung und Obdach verfügte, um sich und seine Familie bei einem solchen Lohn leistungsfähig und gesund zu erhalten, und es ist schwer abzusehen, wie das Leben dabei auch nur für eine verhältnismäßig kurze Zeit gefristet werden könnte. Verschuldung und Versklavung sind *eine* Lösung des Problems, Kinderarbeit eine andere.»

Indien Von der größten Bedeutung für die Zukunft Asiens wird es sein, wie Indien (und Pakistan) sich entwickelt. Heute zählt es, wie bekannt, zu den ärmsten Ländern der Erde. Das Durchschnittseinkommen betrug vor dem Zweiten Weltkrieg – wir haben es schon früher erwähnt – 34 Dollar je Kopf und Jahr. Aber solche Mittelzahlen besagen eben nicht allzu viel. Man muß das Einkommen bestimmter Einzelschichten der Bevölkerung ins Auge fassen. Und da zeigt es sich, daß nach dem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation das Einkommen der Landbevölkerung – und das sind rund 300 Millionen Menschen – nicht mehr als 51 Rupien (17 Dollar) je Kopf und Jahr beträgt;

in den Städten erhöht es sich auf 166 Rupien (55 Dollar) je Kopf und Jahr. Arbeiter bei Dienstleistungen (Verkehr und dergleichen) verdienen 307 Rupien (etwa 100 Dollar), Industriearbeiter 195 Rupien (65 Dollar), landwirtschaftliche Arbeiter 133 Rupien (45 Dollar) je Kopf und Jahr. Welch ein katastrophales Zurückbleiben hinter den Löhnen und Familieneinkommen in Westeuropa, geschweige in Nordamerika! Die Lebenskraft des indischen Volkes erschöpft sich denn auch zusehends. Betrug die mittlere Lebensdauer des Inders im Jahr 1881 noch dreißig Jahre, so ist sie bis 1931 auf 23,2 Jahre für die männliche und auf 22,8 Jahre für die weibliche Bevölkerung gesunken («Industriearbeit in Indien», Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation 1938). In Westeuropa ist sie zwei- bis dreimal so hoch. Die Kindersterblichkeit ist fast 170 auf 1000 oder dreimal so hoch wie in den fortgeschritteneren Ländern des Westens. In den Dörfern stirbt jedes zweite Kind schon vor dem zehnten Lebensjahr.

Wie Tibor Mende in seiner erschütternden Beschreibung des Bauernelends in Indien («Esprit» 1950, Nr. 10) bemerkt, war die Lage der indischen Bauern vor dem Eindringen der Engländer besser als heute. Sie waren Glieder einer Art Dorfkommune und stellten sich, trotz allen Mißbräuchen des Feudalsystems, verhältnismäßig gut. Die neuen Eigentumsbegriffe, welche die Engländer brachten, die Ausbreitung des Handels- und Industriekapitalismus und das Aufkommen einer modernen Großgrundbesitzerklasse zerschlugen die alte Wirtschafts- und Sozialverfassung und führten zu fürchterlicher Ausbeutung und Auswucherung der Landbevölkerung. Gütchen von 80 Aren und weniger sind sehr häufig; bei der Primitivität der Werkzeuge und Anbaumethoden und den regelmäßigen Dürren und Überschwemmungen reicht ihr Ertrag nicht entfernt für eine menschenwürdige Ernährung aus, so daß Hunger und Verhungern das normale Los einiger hundert Millionen indischer Menschen ist. Dazu kommt namentlich – wie angedeutet – die unbarmherzige Aussaugung der Landbevölkerung durch die verschiedenen Arten von Steuerpächtern, Zwischenbesitzern und Geldverleihern. «So ist denn», schreibt Mende, «gegenwärtig eine halbe Million indischer Dörfer überfüllt von unterernährten, kranken, körperlich schwachen Menschen, die, durch eine Menge abergläubischer Vorstellungen und lähmender Überlieferungen gebunden, nicht die Intelligenz oder Initiative haben, welche nötig sind, um sie aus den durch jahrhundertelanges Elend ausgefahrenen Geleisen herauszubringen, so daß sie nun die Gefangenen ihres Schicksals sind. Dazu ist das bißchen, das eine schlecht organisierte Arbeit aus einem erschöpften Boden herauszuholen vermag, auch noch mit einer skandalösen Ungerechtigkeit verteilt.» Und keine ernsthafte Anstrengung werde gemacht, um der «schmachvollen Sklaverei ein Ende zu machen, die 90 Prozent der Bevölkerung in Fesseln hält». Stoff zum Nachdenken für diejenigen, die gebannt immer nur auf die kommunistischen «Sklavereisysteme» in Osteuropa, Nord- und Ostasien starren!

Persien Kaum besser, in gewissen Gegenden eher noch schlechter, ist es um die große Mehrheit des persischen Volkes bestellt. Hören wir den Bericht eines Iraniers, Amedh Sadegh, über die Verhältnisse in Kuzistan, der persischen Ölprovinz, die fast so groß ist wie Frankreich (vgl. «Défense de la Paix», Paris, Oktober 1951):

«Ich bin wochenlang auf den Wegen von Kuzistan herumgeirrt. Diejenigen Bauern, die keine Anstellung in den Petrolwerken finden oder, weil krank oder zu alt, von der Gesellschaft entlassen wurden, haben sich zu Nomadengruppen zusammengetan, die Kollektivbettel betreiben. Ihr Leben ist schmerzvoll. Unter den Kindern, Frauen und Jugendlichen wüten Tuberkulose und Pocken. Auf Schritt und Tritt stößt man auf einen Blinden. In Behbahan habe ich Bauern getroffen, die sich darauf versteiften, auf ihren Feldern zu bleiben: sie haben nichts anzuziehen und man sieht sie armselig in alten, geschwärzten, zerrissenen und schmutzigen Mehlsäcken stecken. 120 Kilometer von Kermanschah habe ich eine Menschenherde weiden gesehen. Es sind das Dinge, die ein Europäer nicht begreifen kann, und es gibt da Bilder, die ein Mensch nicht ertragen kann: Frauen und Kinder rissen das Gras mit den Zähnen ab, ihre Augen starrten mich an, ohne mich zu sehen. Ich ging dann am gleichen Tag auf das Gemeindeamt von Kermanschah und wollte Näheres erfahren; man hörte mich ohne Widerrede an und antwortete mir: ‚Sind Sie vielleicht Kommunist?'

... Ich bin drei Tage in Kaghar Abad, dem Arbeiterquartier von Abadan, geblieben, das ‚aus Papier gebaut' scheint. Es ist die größte Arbeitersiedlung Irans. In Kaghar Abad lebt man nicht, man stirbt. Es fehlt an Brot, es fehlt an Wasser und Licht, die Tuberkulose ist sehr verbreitet, aber man versteckt sie, um nicht ausgewiesen zu werden. In Kaghar Abad läuft das Wasser in offenen Kanälen und vermischt sich mit den Abwässern der Oberstadt und dem Staub der nicht asphaltierten Straßen. Infolge der Arbeitslosigkeit ist das Lohnniveau unglaublich tief. Ich habe mit einem alten Arbeiter gesprochen, der drei Kinder und eine kranke Frau hat; er bekommt 5000 (französische) Francs (etwa 40 Schweizerfranken) im Monat. Und als ich ihn nach dem Preis des Fleisches fragte, sah er mich belustigt an: ‚Seit dem Krieg habe ich keines mehr zu schmecken bekommen', antwortete er mir. Der Krieg – das ist nämlich der von 1945. Er und seine Familie hausen in einem Loch: 1500 Francs im Monat, und man erstickt darin. In ganz Abadan herrscht übrigens eine verrückte Hitze: über 50 Grad. Zwölf Stunden arbeitet er täglich, ‚eine Arbeit, die dir das Blut aussaugt', sagte er zu mir und hustete dabei. Seine Kinder kauern in einer Ecke – bleich, mager und krank. Mir kommt der Gedanke, daß der Alte an der Krankheit seiner Frau sterben wird, daß auch seine Frau fort muß – und dann, was wird aus den Kindern?»

Wie es in Persien im Winter aussieht, erzählte unlängst Kingsley Martin im «New Statesman» (19. 1. 52):

«Teheran und der bewohnbare Teil Persiens weithin liegt 5000 oder mehr Fuß über dem Meer. Um diese Jahreszeit ist es mindestens so kalt, wie wir es in England im Winter je zu erwarten haben. In den Hotels und den großen Häusern machen Petrolöfen das Leben rasch erträglich. Aber für einen großen Teil der Bevölkerung schien es keinerlei Art von Heizung zu geben. Die Straßen von Teheran sehen an einem frostigen Tag fast aus wie eine Kleinausgabe von Kalkutta, das durch eine Laune der Natur gefroren ist. Viele, so glaube ich, schlafen nachts auf den Straßen... Nicht ein Mann auf zwanzig machte mir den Eindruck, als habe er einen ganzen Anzug... Verarmung heißt in Iran buchstäblich ohne Nahrung oder Obdach sein, und ich hörte von einer Stadt, in der, wie kürzlich eine Erhebung ergab, fast ein Drittel der Bevölkerung in diesem buchstäblichen und bestimmten Sinn verarmt ist.»

Von Iran im ganzen gibt es vielleicht das beste Bild, wenn wir eine Stelle aus James Aldridges Roman «Der Diplomat» anführen, der auf genauer Kenntnis von Land und Leuten in Persien beruht:

«Das iranische Volk ist unterdrückt, verarmt, von Hunger und Krankheit heimgesucht. Seine Sterblichkeitsziffer gehört zu den höchsten der Welt. Die Kindersterblichkeit ist derart, daß den unteren Volksschichten völliges Aussterben droht. Gegen ihren Willen sind sie von feudalistischen Grundbesitzern beherrscht, von grausamen Chans und bestochenen Industriellen. Die Bauern sind Sklaven; die Arbeiter schuften für einen Hungerlohn zwölf Stunden im Tag und können damit nicht einmal Frau und Kinder ernähren... Es gibt keine Lohntarife, keine rechten Gewerkschaften, sehr wenig Spitäler, keine Gesundheitspflege, weder Wasserleitung noch Bodenberieselung, weder anständige Wohnungen noch brauchbare Straßen. Das Volk ist rechtlos, jeder Freiheit beraubt; seine parlamentarischen Rechte sind durch korrupte Wahlmanöver vernichtet. Es leidet unter dem Terror eines Polizeiregimes und wird von Getreide- und Geldspekulanten bis aufs Mark ausgebeutet.»

Fügen wir noch bei, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung dem Opium verfallen ist, auch die Kinder, von denen sieben auf zehn sterben, bevor sie zehn Jahre alt werden, dann ist wohl das Wesentliche gesagt, was hier über die Elendslage des persischen Volkes zu sagen war.

Die arabische Welt Im Grunde nicht sehr viel anders als in Iran sind die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen in den arabischen Ländern des Vorderen Orients. Darauf weist schon die Einkommensstatistik hin. Das Volkseinkommen betrug im Jahr 1949 nach einer Schätzung der Forschungsabteilung der Vereinten Nationen je Kopf der Bevölkerung: in Irak 85 Dollar pro Jahr, in Syrien 100 Dollar, im Libanon 125 Dollar, in Saudi-Arabien und Yemen 40 Dollar, in Ägypten 100 Dollar. *Irak* ist zwar mit seinen gewaltigen Wasserkräften, seinem unerhört fruchtbaren Boden und seinen bedeutenden Ölvorkommen ein Land, das reich sein *könnte*. Sein feudal-kapitalistisches Wirtschaftssystem und sein verlottertes, frühmittelalterliches politisches Regime machen es zu einem der ärmsten Länder der Erde. Der Boden

gehört, soweit er überhaupt bebaut wird, einer dünnen Schicht von reichen Großgrundbesitzern, die, zusammen mit ihren Agenten und dem Staat, die landwirtschaftliche Bevölkerung aufs rücksichtsloseste auspressen. Nach Samuel Rolbant, «The Arabs» (London 1948), leben 80 Prozent der Einwohner Iraks unter dem Existenzminimum. 95 Prozent können weder lesen noch schreiben. Die Hälfte der Kinder stirbt vor Erreichung des fünften Jahres. Jedes Jahr sterben 50 000 bis 70 000 Menschen allein an Malaria (bei einer Gesamtbevölkerung von drei Millionen). Die verhältnismäßig junge und wenig zahlreiche Arbeiterklasse leidet – abgesehen von den besseren Verhältnissen in der Petrolindustrie – unter elenden Arbeitsbedingungen, langer Arbeitszeit (10 bis 12 Stunden täglich in diesem heißen Klima) und niedrigen Löhnen (1 bis 3 Franken für Erwachsene im Tag, 50 Rappen bis 1 Franken für Kinder).

In *Syrien* liegen drei Viertel des anbaufähigen Landes öd. Die Fellachenbevölkerung lebt in schwarzem Elend; etwa 2 Drittel des landwirtschaftlichen Ertrags fallen den paar hundert Großgrundbesitzern zu, die auch Ortsbeamte, Richter, Polizisten usw. in einer Person sind. Dazu kommt die Macht der lokalen Wucherer, die von den überschuldeten «Bauern» bis zu 50 Prozent Zins eintreiben. Die Wohnungsverhältnisse auf dem Land spotten jeder Beschreibung. Krankheiten und Seuchen richten schwere Verheerungen an. Den Bewohnern der 3000 Dörfer stehen nur 50 Ärzte zur Verfügung – einer auf 150 000 Menschen. In den Städten, im Gewerbe, im Handel und Verkehr wie in der schwach entwickelten Industrie sind die Verhältnisse im allgemeinen etwas besser.

Der fortgeschrittenste Staat im Vorderen Orient ist *Libanon*. Etwa die Hälfte der Bevölkerung gehört christlichen Bekenntnissen an; der Bildungsstand ist dank französischem und amerikanischem Einfluß verhältnismäßig hoch, wenngleich auch hier rund 56 Prozent der Männer und 77 Prozent der Frauen ungeschult sind. Große Gegenden sind auch im Libanon arg vernachlässigt; im Süden haben 80 Dörfer kein rechtes Trinkwasser, und dieser ganze Landesteil mit 317 Dörfern hat kein einziges staatliches Krankenhaus. Die Löhne der Arbeiter sind niedrig; der gesetzliche Mindestlohn von 120 Schweizerfranken im Monat wird häufig nicht erreicht und steht in keinem Verhältnis zu den immerzu steigenden Kosten der Lebenshaltung.

Der Raum erlaubt mir nicht, auf die Verhältnisse in Transjordanien, Saudi-Arabien (wo die Sklaverei noch eine gesetzmäßige Einrichtung ist) und im Jemen einzutreten. Auch für diese Länder gilt, was der Amerikaner Bartley Crum in seinem Buch «Der Seidene Vorhang» von der arabischen Welt überhaupt feststellt: «Die Lehre von Menschenrechten und persönlichen Freiheiten – die Auffassung, daß jedermann als menschliches Wesen seine Würde hat und die schlummernde Fähigkeit besitzt, sich aus dem Schmutz einer tierischen Existenz zu erheben – ist noch nicht in die Bollwerke des islamitischen Autoritätsgeistes eingedrungen.»

Hingegen muß, im Blick auf die aktuellen Ereignisse, noch ein Wort

über *Ägypten* beigefügt werden. Auch hier ist die empörend ungleiche Verteilung des Bodens die Wurzel der meisten Übel. Nach einer Zählung vom Jahr 1947 besaßen rund 12 000 Grundbesitzer, das ist nicht einmal ein halbes Prozent der Gesamtheit, 37 Prozent des bebauten Bodens. Fast zwei Millionen Bauern besaßen kaum einen Feddan, nicht einmal die Hälfte dessen, was zur Erzeugung des primitivsten Unterhalts nötig ist. Mehr als 13 Millionen Bauern sind überhaupt ohne Land. Entsprechend trostlos ist die Lage der Landbevölkerung – vollkommenes Elend, Schmutz, Krankheiten, Laster und Unbildung sind die Regel. 1940/41 starben (bei einer Gesamtbevölkerung von 17 Millionen) jährlich 250 000 Kinder unter fünf Jahren. Die Sterblichkeit im ganzen ist höher als sogar in Indien: 27,2 auf tausend im Jahr 1937 gegen 22 in Indien. Die Arbeiter in Industrie, Handel und Gewerbe werden gröblichst ausgebeutet. Der Durchschnittslohn in der Industrie wird mit 16 Schweizerfranken 25 Rappen pro Woche angegeben; in der Textilindustrie der Gegend von El Mehalla-El Kubra mit etwa 47 000 Arbeitern und Arbeiterinnen beträgt er nach Rolbant Fr. 8.40 bis Fr. 11.40 pro Woche. Für die 6000 Kinder, die in diesem Bezirk beschäftigt werden, stellt er sich nur auf 40 bis 50 Rappen im Tag, also Fr. 2.40 bis 3.— in der Sechstagewoche. In der Landwirtschaft ist das Kinderelend noch größer. «Es ist nicht ungewöhnlich», so schreibt Doreen Warriner in «Land und Armut im Mittleren Osten» (1948), «ganze Gruppen junger Mädchen von fünf Jahren aufwärts Baumwolle pflücken zu sehen, hinter ihnen der Gruppenführer mit der Peitsche in der Hand.» Die Landarbeiter fallen nicht unter das Arbeitsgesetz von 1942, das die Gewerkschaften anerkannte, weil ihre Unterstellung unter das Gesetz nach der Ansicht des Berichterstatters in der Abgeordnetenkammer «dem Kommunismus Tür und Tor öffnen würde». Wirklich: die herrschende Klasse Ägyptens hat allen Grund, *ihre* Freiheit – diejenige zu Bereicherung und Ausbeutung – gegen die Freiheitsbewegung des *Volkes* zu schützen! Mit den Worten Bartley Crums: «In einem Land, in dem 85 Prozent der Bevölkerung ungeschult sind, in dem eine schmale Schicht, die vielleicht 5 Prozent der Bevölkerung darstellt, nahezu 95 Prozent des Nationalvermögens besitzt und – soweit es sich um die Verantwortung gegenüber dem Volk handelt – mit vollendetem Zynismus regiert, ist Demokratie, die das Schwergewicht auf die Ausübung der Macht durch die Massen legt, ein bedrohlicher Begriff.» Darum neuerdings auch der Versuch der Oberklasse, ihre Herrschaft durch einen neuen Kompromiß mit den Engländern zu retten und anderseits – die beiden Tendenzen laufen durcheinander und teilweise gegeneinander – die parlamentarische Opposition durch eine offene Militärdiktatur zu ersticken.

Französisch-Afrika «Obgleich Afrika der drittgrößte Kontinent der Welt ist, der ein Areal von 30 Millionen Quadratkilometer mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 200 Millionen be-

deckt und den industrialisierten Ländern Westeuropas am nächsten liegt, ist er doch der wenigst entwickelte, und man weiß nicht viel über die Wirkungen des kapitalistischen Systems auf die einheimische Bevölkerung», schreibt George Padmore, selbst ein Afrikaner, in seinem grundlegenden Buch «Afrika unter dem Joch der Weißen». Seit dieses Buch erschienen ist (es war noch vor dem Zweiten Weltkrieg), hat sich in Afrika viel geändert, zum Besseren geändert; geblieben ist aber, daß die Schwarzen – wie Padmore sagt – eine zwiefache Bürde tragen: die der Klasse und der Rasse, daß sie also sowohl als Arbeitskräfte ausgebeutet werden wie als angeblich unterlegener Menschenschlag. Daran hat grundsätzlich auch der Umstand nichts geändert, daß ein Teil der afrikanischen Kolonien europäischer Mächte jetzt unter der «Treuhänderschaft» der Vereinten Nationen steht. Rita Hinden, eine britische Autorität in Kolonialfragen, bemerkt (in «Empire and after», 1949) mit Recht, es könne nicht oft genug wiederholt werden, daß auch Treuhänderschaft tatsächlich Imperialismus bedeute. «Die Fremdherrschaft hat die einheimische Gesellschaft mit ihren alten Sitten und ihrem Zusammenhalt zersetzt, hat es aber nicht fertiggebracht, sie durch eine neue Gesellschaft mit irgendwelcher eigenen organischen Einheit zu ersetzen. Das ist vielleicht die Kerntragödie des Kolonialsystems ... Außenstehende Gruppen von Kapitalgesellschaften eröffnen Plantagen, stellen hochbezahlte europäische Leiter, gelernte Arbeiter und schlecht bezahlte eingeborene Arbeitskräfte an. Ihre Erzeugnisse werden in Übersee verkauft, und der Gewinn fließt ausländischen Aktionären zu, wobei vielleicht nur ein kleiner Bruchteil in Form von örtlicher Besteuerung zurückbleibt. Die Handelsmonopole betreiben die Ausbeutung in anderer Weise. Durch Verfügung über die Schiffahrt und ein Monopol des Einfuhrhandels vermögen sie das ganze Wirtschaftsleben des Landes zu beherrschen.»

Das gilt auch von den *französischen* Kolonien, Protektoraten und Treuhandgebieten in Afrika. Greifen wir *Tunesien* heraus, das ja gegenwärtig die Aufmerksamkeit besonders auf sich zieht. Die Lage der einheimischen Bevölkerung – im Gegensatz zu jener der französischen Herrenkaste – ist jämmerlich. «Die Arbeitslosigkeit wütet immer noch in Tunesien, das Elend ist hier groß, und die Dürre des letzten Sommers hat es noch vermehrt. Eine Million Tunesier von dreien sind unterernährt; sie bekommen nach der ärztlichen Statistik 1700 Kalorien im Tagesmittel, während sie 3000 haben sollten. Die Kinder sind noch elender dran als in Algerien, und in bestimmten Gegenden leiden 90 Prozent von ihnen unter der schrecklichen Augenkrankheit Trachom. Die Kindersterblichkeit ist erschreckend: ein Kind von fünfen stirbt, bevor es ein Jahr alt ist. Nur zwölf Prozent dieser Kinder gehen in die Schule, immerhin ein klein wenig mehr als in Algerien, wo es bloß zehn Prozent sind.» («Cahiers Internationaux», Paris, Dezember 1951.)

Wie eine vom tunesischen Gewerkschaftsbund herausgegebene Denkschrift (ich zitiere nach den «Freigewerkschaftlichen Nachrichten», März

1952) feststellt, stehen auch die Sozialgesetzgebung und der Arbeiterschutz in Tunesien auf niedrigstem Niveau. Arbeitslosenunterstützung gibt es so wenig wie Krankengeld oder Alters- und Invalidenrenten. Die Regierung hat das ausschließliche Recht zur Lohnfestsetzung, wobei die Löhne natürlich dauernd stark hinter der Teuerung zurückbleiben. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter ist sehr eingeengt; ganze Bezirke sind für die Gewerkschaften gesperrt, und in den anderen werden Gewerkschaftsversammlungen von den Behörden unter nichtigen Vorwänden verboten. Auch die Landarbeiter sind fast schutzlos der Ausbeutung preisgegeben; 16 Stunden täglicher Arbeit zu einem Taglohn von 200 französischen Francs (2.50 Schweizerfranken) ist keine Seltenheit. Die soziale und politische Gärung in Tunesien, die die Franzosen jetzt mit «starker Hand» zu ersticken suchen, hat in *diesen* Verhältnissen ihre Hauptursache.

Ähnlich steht es im französischen Nordafrika überhaupt. Kein Wunder, daß die Araber von Marokko, Algerien und Tunesien massenhaft auswandern, um sich der kolonial-imperialistischen Ausbeutung zu entziehen. Allein in Frankreich leben zurzeit, nach einer Schätzung von M'hammed Ferid Gazi im «Esprit» (Februar 1952) etwa 800 000 nordafrikanische Arbeiter. Aber sie geraten hier gewöhnlich vom Regen in die Traufe. Sie sinken auch im «Mutterland» rasch auf die tiefste Stufe des Proletarierdaseins, sind sogar in doppeltem Sinn Proletarier: als meist ungelernte, leicht ausbeutbare Arbeitskräfte und als Fremde, als Kolonialmenschen, die aus einer völlig anderen Zivilisationswelt stammen.

In Französisch-*West und -Zentralafrika* war es insbesondere die Zwangsarbeit, die bis vor einem halben Dutzend Jahren die Eingeborenen außer Landes trieb und eine eigentliche Entvölkerung bewirkte. Die Plantagenbesitzer wie auch die Verwaltungsbehörden sicherten sich durch dieses Zwangsregime spottbillige Arbeitskräfte. «Oft wurden so alle kräftigen Männer eines Dorfes, samt den afrikanischen Landbesitzern, ja auch die Frauen und Kinder, gewaltsam in die großen Pflanzungen verschleppt, wo sie unter schauderhaften Wohnungsverhältnissen lebten, fast ausschließlich mit Hirse ernährt wurden und im Jahre 1944 einen festen Lohn von 3.50 bis 4 französische Francs im Tag für Männer, von 2.25 Francs für Frauen und Kinder bekamen.» («Cahiers Internationaux», Januar 1950.) Durch Gesetz vom 11. April 1946 ist nun die Zwangsarbeit zwar aufgehoben, aber der alte Zustand wirkt immer noch aufs stärkste nach. Die Löhne haben sich im Durchschnitt immerhin ganz bedeutend gehoben, bis auf 160, ja 220 Francs im Tag (wobei freilich die starke Geldentwertung zu berücksichtigen ist), bei freier Kost und Wohnung. Doch bleiben sie immer noch weit hinter denjenigen der weißen Arbeitskräfte zurück, erreichen sie doch beispielsweise in Guinea nur den fünften bis achten Teil der Europäerlöhne.

Da die Kolonialwirtschaft vor allem Handlanger und keine gelern-

ten Arbeiter braucht, wird der Schulunterricht für die Afrikaner völlig vernachlässigt. Man will «keine Revolutionäre heranzüchten». In den Schulen von Französisch-Westafrika zählte man 1939 nur 80 000 Schüler, bei 2 700 000 Kindern im schulfähigen Alter. In Zentralafrika waren es nur 20 000 eingeborene Schüler auf 500 000 schulfähige Kinder.

Über die Ernährungsverhältnisse in diesen Teilen Afrikas sagt der Bericht der UNO-Konferenz für Ernährung und Landwirtschaft vom Jahre 1943, es lägen «reichliche Beweise für Mangelkrankheiten durch Unterernährung» vor, zumal die Bevölkerung meistens auf eine einzige Ernte für ihre Versorgung mit Lebensmitteln angewiesen sei.

Am unerträglichsten wurden innerhalb des französischen Kolonialreiches die Zustände auf *Madagaskar*, besonders während des Zweiten Weltkrieges. (Wer ein genaues Bild davon gewinnen will, lese die Schilderung im Sonderheft von «Esprit» über Madagaskar, Februar 1948.) Die Folge war der große Aufstand, der ein sanftes, friedliches Volk in ein revoltierendes Kriegsvolk verwandelte und von den Franzosen mit einer auch in der Kolonialgeschichte nur selten erlebten Grausamkeit niedergeschlagen wurde. Die Zahl der Todesopfer unter den Madagassen wird auf nicht weniger als 80 000 geschätzt!

Britisch-Afrika In den britischen Kolonialgebieten sind, als Ganzes genommen, die Verhältnisse günstiger. Dennoch mußte eine Denkschrift, welche die Labourpartei im Jahre 1943 über die Kolonialfrage veröffentlichte, feststellen: «Die Bevölkerung der britischen Kolonien in Afrika und im Pazifik steht in bezug auf Lebensstandard und ihren Anteil an all dem, was man unter Zivilisation versteht, tiefer als die meisten Völker und Nationen der Erde.» «Ihr Gesundheitszustand wird mit seinen katastrophalen Auswirkungen wirtschaftlicher und sozialer Art (ein Arzt auf 60 000 Personen), kaum irgendwo unterboten.» «Es besteht Zwangsarbeit, mindestens indirekt, indem die männlichen Eingeborenen durch Kopfsteuern gezwungen werden, aus ihrem Stammgebiet auszuwandern und sich bei weißen Pflanzern oder in Bergwerken zu verdingen», wobei – was der Bericht nicht erwähnt – die Arbeit in den Bergwerken oft zu baldigem Tod oder dauerndem Siechtum führt. Wie Paul Furrer in der «Roten Revue» (Mai 1950) feststellt, können in keiner britischen Kolonie mehr als 20 Prozent der Bevölkerung lesen und schreiben, und höchstens ein Prozent hat mehr als diese elementarsten Kenntnisse. «In einer der fortgeschrittensten britischen Kolonien in Westafrika kommt ein Arzt auf 130 000 Eingeborene. Zwei Drittel der Tropenbevölkerung leiden an Malaria ... Medizinische Berater der Kolonialregierung haben ihre Ansicht schon in den Worten ausgedrückt: Was der Schwarze zunächst nötig hat, sind zwei währschafte Mahlzeiten pro Tag und zwei Paar Schuhe per Jahr.» Auch die Fabierschrift «Hunger und Gesundheit in den Kolonien» unterstreicht immer wieder die ganz ungenügende Ernährung der Neger-

bevölkerung und die damit zusammenhängende außerordentlich große Anfälligkeit für Krankheiten. In einigen Gegenden Afrikas sterbe je eines von drei Kindern bei der Geburt, während die Hälfte der geborenen Kinder nicht einmal ein Jahr alt werde.

Um noch ein paar Einzelbeispiele anzuführen, sei erwähnt, daß in *Nordrhodesien*, wo «König Kupfer» regiert, in den letzten Jahren die weißen Arbeiter Löhne von 40 bis 70 Pfund (etwa 480 bis 840 Franken) im Monat bekamen, die schwarzen aber nur drei Pfund (36 Fr.). Die weißen Arbeiter leben in Wohnquartieren, die europäischen Verhältnissen entsprechen; die schwarzen sind in Lagern zusammengepfercht, leben von ihren Familien getrennt und bekommen ihre Lebensmittelrationen von den Unternehmungen zugeteilt. In *Tanganjika* betrug nach dem Bericht des Treuhandschaftsrats der Vereinten Nationen für 1950/51 die Fläche des den Eingeborenen abgenommenen Bodens, im Jahr 1950, einen Drittel des gesamten bebauten Landes. Die Löhne in der Landwirtschaft wie in den Bergwerken sind für die Schwarzen denkbar niedrig. 25 000 Jugendliche unter 18 Jahren waren landwirtschaftlich und industriell beschäftigt. Das Strafgesetz erlaubt jeder Privatperson, ein «Individuum» zu verhaften, das nach ihrer Ansicht (!) ein erkennbares Vergehen begangen hat oder das sie «vernünftigerweise im Verdacht hat», ein Verbrechen begangen zu haben. Polizeibeamte dürfen ohne Haftbefehl Leute verhaften, die nach ihrer Meinung nur die Absicht haben, ein Verbrechen zu begehen, oder die in ihrer Gegenwart «die öffentliche Ordnung stören». Daß für die öffentliche Erziehung der Eingeborenenbevölkerung unter solchen Umständen so wenig wie irgend möglich getan wird, ist begreiflich genug.

In *Njassaland* zum Beispiel werden für die Schulung eines europäischen Kindes rund 220 Franken (nach unserer Währung) im Jahr aufgewendet, für diejenige eines afrikanischen Kindes nur etwa Fr. 1.10. Für *Kenja* (das frühere Deutsch-Ostafrika) sind die entsprechenden Zahlen 316 Franken und Fr. 9.60.

In den *westafrikanischen* Kolonien und Treuhandgebieten liegen die Dinge ungefähr gleich. Die afrikanischen Arbeiter in den staatlich betriebenen Kohlenbergwerken von Enugu, Nigeria, verdienen Fr. 3.40 bis Fr. 9.25 in der Woche, wovon sie, wenn sie verheiratet sind und zwei Kinder haben, allein für Miete und Nahrung Fr. 5.40 in der Woche ausgeben müssen. In den privat betriebenen Zinnbergwerken von Nigeria bekommen sie einen Wochenlohn von durchschnittlich Fr. 2.10 bei regelmäßiger Arbeit und von Fr. 1.60 bei unregelmäßiger Arbeit. Frauen und Kinder verdienen in der Tabakindustrie bei Ibadan 30 Rappen im Tag. (Nach dem Bericht von Major Orde-Browne, Berater für Arbeiterfragen im britischen Kolonialministerium, für 1941.)

Die Gesundheitsverhältnisse in Nigeria sind (nach Padmore, «Africa: Britain's Third Empire», 1949) ganz bedenklich. Über 20 Millionen Menschen leben aus landwirtschaftlicher Beschäftigung auf einer sehr tiefen

Stufe; Unterernährung und Krankheiten sind weit verbreitet. Die Kindersterblichkeit in Lagos beträgt 110 auf Tausend, gegen 40 bis 50 in den europäischen Ländern. 9 bis 10 Prozent aller Todesfälle entfallen auf Tuberkulose als Ursache. Dabei ist Nigeria nicht nur der größte, sondern auch, seit Indien selbständig geworden, der wertvollste Kolonialbesitz Großbritanniens.

Lateinamerika Verhältnismäßig wenig bekannt sind bei uns die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in den mittel- und südamerikanischen Ländern. Und doch sind sie, soweit die Masse der eingeborenen Bevölkerung (Indianer) in Betracht kommt, so elend wie nur irgendwo sonst in zurückgebliebenen Erdteilen. Die Berichte des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) werfen darauf ein gewiß nicht allzu scharfes und doch erschreckendes Licht. Denn die noch nicht entfernt gehobenen Reichtümer der lateinamerikanischen Länder kommen ja nur zum allergeringsten Teil dem arbeitenden Volke zugut; sie fließen in der Hauptsache den Großgrundbesitzern und Plantagenunternehmern spanischen und portugiesischen Geblüts (oder gemischter Abstammung) sowie immer mehr den ausländischen, besonders nordamerikanischen Kapitalgesellschaften zu, wobei zwischen den verschiedenen Interessengruppen selbst bitterer Gegensatz und Kampf besteht, wie die ewigen «Revolutionen» und Militärputsche zeigen, deren Sinn im einzelnen zu enträtseln für den Fernerstehenden ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Das sogenannte Volkseinkommen in den mittel- und südamerikanischen Staaten ist meist außerordentlich niedrig. Es beträgt nach der Denkschrift der Internationalen Arbeitsorganisation über die Anstellungsverhältnisse landwirtschaftlicher Arbeiter in Lateinamerika (Genf, 1949) in Ekuador 30 Dollar je Kopf und Jahr, in Bolivien 40, in Peru 60, in Mexiko 65, in Brasilien 85, in Kuba 115, in Chile 135, in Argentinien 295 Dollar (in den Vereinigten Staaten 1260 Dollar).

Vor allem ist auch hier der Boden, der allen gehören sollte, Privatbesitz, und das heißt, dem ursprünglichen Wortsinn entsprechend, geraubter Besitz einer kleinen Minderheit. In Chile zum Beispiel entfallen nach der letzten Zählung fast 78 Prozent alles landwirtschaftlich benützten Bodens auf nur 2,8 Prozent der Betriebe. In der argentinischen Provinz Buenos Aires sind fast 20 Prozent des Gesamtbodens in den Händen von 300 Personen. 3500 Personen besitzen (1942) fast die Hälfte des Bodens. In Argentinien, Chile, Bolivien, Teilen von Brasilien und auf Kuba wird die Hälfte des anbaufähigen Landes von Großgütern beansprucht. Eine amtliche Untersuchung über die Kakaopflanzungen im brasilianischen Staat Bahia zeigt, wie sehr die Plantagen das Verderben des Volkes sind. Die Besitzer weigern sich, den Arbeitern irgendwie ausreichendes Land für den Anbau von Nahrungsmitteln und die Haltung von Vieh zu überlassen. Der Arbeiter lebt von Trockenfleisch und

gedörrten Bohnen, die er vom Besitzer teuer kaufen muß. Chronische Unterernährung und Krankheiten sind die natürliche Folge. Der Bericht erwähnt, daß in dem Landstädtchen Recife von 976 Kindern nur 97 regelmäßig Milch bekommen. Im Hochland von Ekuador, wo die Kartoffel uraltes Landesprodukt ist, können sich viele Indianer nur an Feier- und Markttagen ein Kartoffelgericht leisten. «Die Mehrheit der Indianer in der Provinz Chimborazo», so stellt eine wissenschaftliche Untersuchung fest, «lebt hauptsächlich von Gerste . . . Im Norden sind gesottener Kohl und Zwiebelbrühe die gewöhnlichen Nahrungsmittel. Der Indianer ißt kaum jemals Fleisch; Kaffee ist sozusagen unbekannt.» Unterernährung, Mangelkrankheiten und körperlicher Verfall werden in vielen Gegenden Südamerikas als normale Erscheinungen bezeichnet. Dafür wird den Indios Alkohol, zum Beispiel aus den Brennereien der Zuckerrohrplantagen, massenhaft aufgedrängt, aber auch sonst aus Mais, Reis und Cassava überreichlich zur Verfügung gestellt, mit der Wirkung, daß, wie ein Bericht sagt, die Bevölkerung in «unmittelbarer Gefahr ist, biologisch zu verarmen und zu entarten, verbrecherische Neigungen zu entwickeln und wirtschaftlich vollends zusammenzubrechen». Dazu kommt dann noch der in einigen Ländern übliche Genuß von Kokain (aus den Blättern der Koka-Pflanze stammend), der vollends die Körper und Seelen vergiftet. In Bolivien sind 1938 insgesamt 4,8 Millionen Kilogramm Koka erzeugt worden, wovon 4,4 Millionen Kilogramm im Land blieben. Da ein Kilo Koka etwa 2,5 Gramm Kokain enthält, so wurden in dem genannten Jahr 11 000 Kilogramm (11 Tonnen) Kokain dem einheimischen Genuß zugeführt!

Die «Wohnungen» der indianischen Bevölkerung werden fast allgemein als untermenschlich, kaum für Tiere angemessen, beschrieben. Von genügender Kleidung und Beschuhung – das Klima in den hochgelegenen Landesgegenden ist rauh – ist ohnehin keine Rede. Entsprechend dürftig ist auch die öffentliche Erziehung. In Bolivien sind 75 Prozent der Bevölkerung ungeschult; nicht mehr als der sechste Teil der Kinder im schulpflichtigen Alter bekommt tatsächlich Unterricht, und kaum 30 Prozent der Lehrkräfte auf dem Land sind genügend ausgebildet. Ähnlich ist es in anderen Staaten. Ein Hauptgrund für die mangelnde Schulung ist, daß die Kinder eben schon sehr früh mitverdienen müssen. In Brasilien zum Beispiel waren 1940 rund 2 220 000 Jugendliche (bis zu 19 Jahren) als landwirtschaftliche Lohnarbeiter beschäftigt, in Uruguay 86 000 Kinder unter 14 Jahren. Auch die Frauenarbeit ist sehr verbreitet. Nach dem ILO-Bericht über die «Lebens- und Arbeitsverhältnisse eingeborener Bevölkerungen lateinamerikanischer Länder (Genf 1949) sind in Brasilien und Peru mehr als die Hälfte aller lohnverdienenden Frauen in der Landwirtschaft tätig (in den Vereinigten Staaten waren es 1,22 Prozent im Jahr 1940). «Im allgemeinen sind die Löhne unzulänglich, die Arbeitsstunden oft übermäßig lang und Unterernährung, Mangel an gesundheitlichen Einrichtungen sowie schlechte

Wohnungsverhältnisse weit verbreitet. Das sind Tatsachen, unter denen die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen besonders schwer leiden angesichts der Lasten der Mutterschaft und der Familienpflichten.»

Die Lage der Bergarbeiterbevölkerung in den Anden wird als besonders traurig geschildert. Die Arbeit ist schwer, der Lohn gering, die Ernährung völlig ungenügend, und die in der dünnen Höhenluft besonders häufige Versteinerung der Lunge (Silikose) macht auch für Tuberkulose doppelt anfällig. Die Kindersterblichkeit sei in diesen Bezirken ungewöhnlich hoch, so daß teilweise geradezu der Arbeiternachwuchs und damit die Zukunft der Industrie in Frage gestellt sei.

Erwähnen wir zum Schluß, als Beispiel für die Verhältnisse in Mittelamerika, noch die Lage der unteren Volksklassen in der britischen Kolonie *Jamaika*. (Wir stützen uns vor allem auf einen Aufsatz von Harvey O'Connor in der Neuyorker «Monthly Review», Januar 1952.) Ein Drittel der Bevölkerung der Hauptstadt Kingston und ein Drittel der Schulkinder auf der ganzen Insel hungern und lassen es auch erkennen. Die 140 000 Arbeitslosen (bei 860 000 Einwohnern) werden als «Treibbeet des Kommunismus» empfunden. Allerorten herrscht schmutzigste Armut und Verkommenheit. Weniger als die Hälfte der Kinder geht in die Schule. Auf dem Land ist der Gesundheitsdienst völlig unzulänglich. Die Sterblichkeit ist zwar nicht viel höher als in den USA, aber Krankheiten und Seuchen lähmen dennoch die Tatkraft des Volkes. In Kingston ist immerhin die Zahl der Todesfälle infolge von Tuberkulose fünfmal größer als in den Vereinigten Staaten. Jeden Tag werden den vier Kliniken der Stadt hundert neue Fälle von Geschlechtskrankheiten gemeldet. Elsie Grant berichtet in den Londoner «Peace News» vom 13. Juli 1951: «Die Patienten müssen in den Spitälern zu zweit oder dritt in einem Bett schlafen. Als ich in eine überfüllte Frauenklinik eintrat, sah ich zwei Frauen in einem Bett liegen, die eine in den letzten Stadien der Wehen... Würden wir alle auch nur die Hälfte von dem glauben, was wir so kraftvoll über die Vaterschaft Gottes und die Bruderschaft der Menschen bekennen, dann würden wir die Kriegsrüstungen zerstören und uns ans Werk machen, um Kolonien, wie Jamaika, zu helfen.»

Wobei die Hilfe freilich vor allem in einer gründlichen Umgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung bestehen müßte; denn auch auf Jamaika herrscht ausgesprochen kolonialkapitalistische Ausbeutungswirtschaft. Die fruchtbaren Böden sind im Besitz von Plantagen (für Rohrzucker, Bananen, Kakao, Baumwolle usw.); das zerklüftete Bergland wird Bauern überlassen, die zum allergrößten Teil nicht mehr als 10 Acres besitzen, während für den Unterhalt einer Familie mindestens 30 Acres nötig wären. In Handel und Industrie aber findet nur ein geringer Prozentsatz der «überschüssigen» Arbeitskräfte Verdienst – und auch hier nur einen kärglichen, zumal wenn man die Teuerung für eingeführte Lebensmittel in Betracht zieht, wie Weißbrot, das für die unteren Klassen ein Luxus ist.

Schlußfolgerungen Es wäre eigentlich nötig, auch noch etwas über die zurückgebliebenen Länder *Europas*, insbesondere Südeuropas, zu sagen: Spanien und Portugal, Italien und Griechenland, aber auch Frankreich, das wirtschaftlich und sozial regelrecht zu verfallen droht. Allein wir müssen uns vorbehalten, die Lage in diesen Ländern im Zusammenhang ein anderes Mal zu beleuchten, und wollen es mit der, ach nur skizzenhaften Darstellung der Elendslage der Völker in Asien, Afrika und Lateinamerika genug sein lassen. Die Schlußfolgerungen daraus dürften ohnehin klar sein. Wir wollen sie nur ganz knapp zusammenfassen:

1. Das überragende, vordringlichste Problem, das sich auf gesellschaftlichem Gebiete der Menschheit des 20. Jahrhunderts stellt, ist die Hebung der in Armut und Not versunkenen zwei Drittel der Erdbevölkerung auf die Stufe eines menschenwürdigen Lebens.

2. Die Lösung dieses Problems fällt zusammen mit der Überwindung der kapitalistischen und feudalistischen Ausbeutungswirtschaft, die der große, der lebensgefährliche Feind der Menschheit und Menschlichkeit bleibt und in erster Linie auch für das Elend in den unterentwickelten Ländern der Erde verantwortlich ist. Weder egoistische Sattheit, die sich nur um das eigene Wohlergehen kümmert, noch ein verblendeter Antikommunismus, der den Kreuzzug für die Rettung der «freien» Welt führen hilft, soll uns vom Kampf gegen *diesen* Feind ablenken.

3. Die «rückständigen» Völker, insbesondere in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, sind bereits in voller Auflehnung gegen den sie ausbeutenden Feudalismus, Kapitalismus und Imperialismus begriffen. Wenn diese Auflehnung meist gewalttätige Formen annimmt, so ist das angesichts des sozialen und geistigen Zustandes der betreffenden Völker nur zu begreiflich. Im alten Rußland lagen ja die Dinge nicht viel anders. Es ist darum nichts als natürlich, daß der russische Kommunismus *seine* Befreiungsmethode auch den noch heute vom Feudalismus und Kapitalismus unterjochten Nationen als den einzig Erfolg versprechenden Weg anbietet. Auf jeden Fall schauen alle diese Völker auf die Sowjetunion als Vorbild und Bundesgenossen, auch wenn sie keineswegs unter russische Herrschaft zu kommen wünschen.

4. Die westlichen Demokratien und das landläufige Christentum wollen diese Sachlage nicht anerkennen. Sie sehen die große Gefahr für Frieden, Freiheit und Menschlichkeit vor allem im Kommunismus, den sie darum mit Waffengewalt und durch künstliche Stützung des Kapitalismus und Feudalismus, der politischen Reaktion und des Faschismus in Schach halten und zerschlagen zu können wähnen. Sie bekämpfen so die weltweite soziale Revolution mit der weltweiten Gegenrevolution, die immer deutlicher in einen kriegerischen Zusammenprall der beiden Lager einzumünden droht. Auch die Schweiz gleitet mehr und mehr ins gegenrevolutionäre Lager ab, dessen militärischer Aufrüstung sie sich

tatsächlich, wenn auch unter der Fahne der Neutralität, längst angeschlossen hat.

5. Die kommunistische Form der Weltrevolution kann nur vermieden werden, wenn die demokratisch-christlichen Völker des Westens die unaufschiebbare Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen bejahen und sie in dem Geist vollziehen, auf den sie sich in ihrem Kampf gegen den Kommunismus immer berufen, mit dessen Erweckung und Betätigung sie aber nicht ernst machen wollen.

6. Der Weg zu *dieser* Weltrevolution wäre sofort frei, wenn die westlichen Völker die riesigen Kräfte und Mittel, die sie jetzt auf Kriegsrüstungen verwenden – mit fortschreitender Zerrüttung ihres Wirtschafts- und Kulturlebens –, dem Aufbau einer sozialen Weltplanwirtschaft und besonders der großzügigen Hilfe an die unterentwickelten Völker zuzuführen sich entschließen könnten. Wie eine solche Hilfe aussehen müßte, auf welche Länder sie sich vor allem zu erstrecken hätte, was für Kräfte und Mittel in ihren Dienst gestellt werden könnten, das mag in einer späteren Weltrundschau gezeigt werden. Ansätze für eine weltweite Planwirtschaft gibt es ja bereits verschiedene – Trumans Punkt vier, Colomboplan, Vorschläge für eine Reform des britischen Kolonialregimes, Pläne für die Entwicklung Indiens, Brasiliens usw., Programme der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO usw. –, aber eben, es sind bisher nur Ansätze oder gar bloß papierene Entwürfe. Der entscheidende Durchbruch muß erst noch kommen. Möchte er doch *bald* kommen! Es ist vielleicht doch noch Zeit, in Freiwilligkeit und friedlicher Zusammenarbeit eine Umwälzung zu vollbringen, die, wenn sie unter Zwang und mit Blutvergießen geschähe, viel von der Großartigkeit einbüßen müßte, die heute als Hoffnung und Möglichkeit noch vor uns steht. Aber es muß *gehandelt* werden. Denn *jetzt* ist die Zeit, da die Schwerter zu Pflugscharen und die Tanks zu Traktoren umgeschmiedet werden müssen, damit kein Volk mehr das Schwert wider das andere erheben kann und sie nicht mehr Krieg führen lernen.

26. März. *Hugo Kramer*

Friedensbewegung „Der dritte Weg"

Wir machen unsere Leser vorläufig auf diesen bedeutsamen und zu begrüßenden Versuch zu neuer Lösung in der verhängnisvoll einseitig zugespitzten Frage Ost–West aufmerksam und behalten uns vor, uns darüber eingehender zu äußern. Inzwischen haben die ersten beiden Konferenzen stattgefunden und sollen, wie uns Pfr. Strijd schreibt, eine ansehnliche Beteiligung und großes Interesse gefunden haben.

Es dünkt uns, auch die Zukunft der Schweiz hänge davon ab, daß sie nicht bloß eine staatspolitische Neutralität wahrt, sondern vielmehr

sich dazu durchringt, wirklich von Bergeshöhen aus einen solchen dritten Weg zu sehen und ihn, wie jetzt die Freunde in Holland, zu beschreiten. Denn auch die Schweiz wird nur leben in der erstmals zu gestaltenden, gemeinsamen, *einen Welt*, in der auf alle Völker erweiterten Eidgenossenschaft, darin Gott das Recht setzt und Zion aufleuchtet.

(Das Redaktionskollegium)

1. Sehr viele Menschen lassen sich aus Müdigkeit und Angst ohne Widerstand in den heutigen politischen Machtkampf hineinreißen. Man nimmt die immer schlechter werdenden Beziehungen auf internationalem Gebiet als ein unvermeidliches Schicksal hin: der Gegensatz Ost–West scheint unüberbrückbar zu sein.

Eine nicht große Gruppe in Holland stellt sich völlig auf die Seite des «Ostens».

Eine weit größere Gruppe hat sich vollkommen auf die Seite des «Westens» gestellt.

Alle großen politischen Parteien haben sich in dem einen oder anderen Block festgelaufen.

2. Es gibt aber auch Leute in Holland, die sich mit dem tatsächlichen Zustand, wie ihn eine Eingliederung in den westlichen Block schafft, nicht abfinden. Sie wollen sich den Folgen dieser Eingliederung nicht willenlos ausliefern.

Sie wollen sich aber auch nicht in den Ostblock einschalten lassen, und zwar nicht aus Konservativismus, sondern aus prinzipiellen Gründen.

Sie wünschen ihre Unabhängigkeit nach beiden Seiten zu bewahren und weisen jeden Verdacht, der das bezweifelt, mit Entschiedenheit von sich.

Sie lehnen deshalb sowohl den durch Amerika beherrschten Atlantikpakt als die von Rußland beherrschte Kominform ab, ungeachtet des Unterschiedes, der im Charakter dieser beiden Organisationen liegt. Sie sehen den «Dritten Weg» als den einzigen Weg, der aus der Sackgasse dieser zwiefachen Abhängigkeit zum Frieden führt.

Von diesem Standpunkte aus ergibt sich folgerichtig, daß sie die Vereinten Nationen in ihrer ursprünglichen Absicht und Bedeutung als Hauptvoraussetzung für weitere organisatorische Umformung wiederhergestellt sehen wollen und die Veramerikanisierung dieser Organisation verurteilen.

3. Jetzt, da Holland auf Grund einseitiger Aufklärung durch Presse, Film und Radio immer mehr von allgemeiner Angst und Nervosität ergriffen wird, jetzt, da so viele Holländer durch den Russenhaß befangen sind, jetzt, da man in müdem Fatalismus den Folgen der Kriegsvorbereitung und selbst einem eventuellen Kriege kaum noch Widerstand bietet – jetzt ist es mehr denn je nötig, daß diejenigen, die sich nicht kritiklos

mit der Lage abfinden, die sich auch nicht kritiklos für die Ausführung von Amerikas Forderungen einspannen lassen wollen, gemeinsam über die Frage beraten:

Was können wir tun, um dem holländischen Volk zu sachlicherer und wirklich klarer Erkenntnis und damit zu einer anderen, einer stärkeren Wehrhaftigkeit zu verhelfen?

4. Die Bewegung «Der dritte Weg» will alle zusammenbringen, die das Endgültige einer Zweiteilung, wie sie im Begriffe steht, sich in der Welt zu vollziehen, nicht hinnehmen wollen, und zwar auf Grund ihrer festen Überzeugung, daß diese Zweiteilung nichts anderes als einen dritten Weltkrieg zur Folge haben kann;

die die Tatsache als bewiesen erachten, daß ein Krieg keine Probleme löst, sondern sie nur verlagert;

die davon durchdrungen sind, daß dieser Krieg verhütet werden kann und muß;

die der Überzeugung huldigen, daß der Mensch, wenn er wirklich Mensch sein will, die Pflicht hat, den vorliegenden Problemen unbefangen und ohne Voreingenommenheit entgegenzutreten.

Nur die gemeinsame Beratung aller derjenigen, die, nicht durch überlieferte Interessen materieller oder ideologischer Art gebunden, von dem Willen getrieben werden, zu einer Erneuerung zu kommen, kann einen Ausweg aus dieser Sackgasse weisen und den Weg zu einem bleibenden Frieden bahnen.

5. Zu den Mitteln, mit denen wir das holländische Volk von der Notwendigkeit des «Dritten Weges» überzeugen zu können glauben, gehören:

a) Klare und sachliche Aufklärung über die Weltsituation. Gegen die allgemein propagierten Anschauungen muß ein Gegengift verordnet werden.

Vor allem muß sachliche und klare Berichterstattung über die Fragen von weltpolitischer Bedeutung gegeben werden, so über die deutsche Wiederaufrüstung, das neue China, das Spiel mit Franco-Spanien und Korea.

b) Immer wieder muß betont werden, daß bei der heutigen Lage der Kampf um eine weitgehende Strukturveränderung der Gesellschaft mit dem Kampf um den Frieden gepaart gehen muß. Wir betrachten uns nicht an traditionelle Ehrfurcht vor bestehenden gesellschaftlichen Zuständen und Beziehungen gebunden, auch nicht vor den Ideologien, mit denen diese Zustände und Verhältnisse gerechtfertigt werden sollen. Dieser Kampf in Wort und Tat ist die beste Antwort auf die Sympathien, die ein Teil unseres Volkes für das politische System von Sowjetrußland hegt. Diesen Standpunkt müssen wir auch denjenigen gegenüber bewahren, die glauben, dem Begehren nach Waffen «zur

Verteidigung der Freiheit» den Vorrang vor dem Verlangen nach Brot und Gerechtigkeit geben zu müssen.

c) Ohne als Gruppe prinzipiell zu der Frage des Antimilitarismus (radikalen Pazifismus) Stellung zu nehmen, sind wir davon überzeugt, daß das Problematische und Dämonische der heutigen totalitären Militärgewalt uns dauernd beunruhigen sollte. Das Gewissen des holländischen Volkes darf durch die systematisch angefachte Kriegspsychose nicht betäubt werden. Der Fatalismus muß durchbrochen werden. Welche Konsequenzen hieraus für den einzelnen entstehen, muß der Entscheidung des individuellen Gewissens überlassen werden.

Wichtig ist schon, daß vor der faschistischen Tendenz des Militarismus gewarnt wird. Weiter stellen wir ausdrücklich fest, daß nicht etwa im Namen der Idee vom «Dritten Weg» militärische Macht entfaltet werden darf.

d) Immer wieder müssen wir das holländische Volk mit den aufbauenden Versuchen bekanntmachen, die angewendet werden, um in das internationale Chaos eine gewisse Ordnung zu bringen. Hierbei nennen wir unter anderen:

Die Bemühungen Pandit Nehrus und anderer als Vermittler in der Weltpolitik; das Streben der Quäker, hauptsächlich in Amerika und England, zu einer Versöhnung zwischen Ost und West zu gelangen; die Tätigkeit derjenigen, die im Geiste des «Dritten Weges» nach einer Weltföderation streben.

Außerdem müssen wir unserm Volk die Möglichkeiten vor Augen führen, die für die *Großen Zwei* darin bestehen, in Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten zum Frieden beizutragen.

Durch Aufklärung mit Hilfe einer dokumentarischen Zeitschrift, von Flugblättern, Vorträgen und großen Versammlungen, durch Betätigung in den politischen Parteien, insoweit man deren Mitglied ist, müssen wir die Stimme des «Dritten Weges» in Holland ertönen lassen.

6. Während wir uns der Lage, worin sich unser Volk befindet, stets bewußt bleiben, müssen wir uns darüber klar werden, in welchen Fragen wir einig sind und was wir gemeinsam dem holländischen Volk und – wenn irgend möglich – auch den Völkern außerhalb unserer Grenzen zu sagen haben. In wichtigen Fragen müssen radikale und einträchtige Kundgebungen mutig beweisen, daß der Bann der Zweispaltung, des Zwiespaltes, gebrochen werden kann.

Es ist ein schwerer Weg, aber es ist der einzige, den zu gehen uns noch übrigbleibt, wenn wir die der Menschheit unwürdige Hörigkeit dem Schicksal gegenüber von uns werfen wollen. Die Friedensbewegung «Der dritte Weg» ruft alle auf, ihre Einsicht, ihre Erkenntnis und ihren Willen für dieses Ziel zu vereinigen.

Zu Ostern!

... Es kann niemand an die Auferstehung und das Leben denken, ja im Ernst kann niemand eine Frucht aus der Auferstehung Jesu Christi ins Auge fassen, der nicht unterscheiden lernt: was kommt von Gott? – was kommt vom Tod? Wo in einem Menschen, und leider ist es in vielen so, Gott und Tod in *einem* Punkt zusammenschmelzen, daß vor lauter Tod der Gott des Lebens nicht mehr geschaut wird, da wird er verlacht werden, wenn jemand von Aufhebung des Todes spricht. Wo aber Tod und Gott auseinanderfallen in zwei Punkte, die sich *nie* miteinander vereinigen lassen, da geht ein Licht auf auf den Stufen des Lebens, vom untersten Leibesleben an bis in das höchste geistige Treiben hinein, und dieses Licht scheidet zwischen dem Recht Gottes und den Ansprüchen des Todes, zwischen den Sitten der Wahrheit und Gerechtigkeit, die in der ewigen Schöpfung Gottes liegen, und zwischen den von unten her stammenden Sitten des Fleisches. Es entspinnt sich ein Kampf zwischen diesen Sitten, und dieser Kampf macht unmittelbare Ansprüche an unser ganzes Leben. Hier liegen die Verleugnungen, nicht nur in grellen Sündenangewöhnungen, sondern auch in Lebenserscheinungen, die allgemein für gut gehalten werden. Es sondert sich Wahres von Falschem, und wenn sich auch das Falsche im Gewand des Engels zeigen wollte, so wird es erkannt und wird ihm der Abschied gegeben.

... Der Eifer um die Ehre Gottes und um das Recht und um das Leben Gottes wird uns ausrüsten, daß wir bestehen dürfen auch in diesem Kampfe, dessen Ziel ist: *die Aufhebung des Todes.*

Christoph Blumhardt

Das Freundschaftsheim in Röcke bei Bückeburg (Deutschland)*

Das Freundschaftsheim will Freiwilligen aus allen Völkern, aus jeder Klasse und Rasse, von verschiedenster religiöser Herkunft oder Überzeugung, Pazifisten wie Nichtpazifisten bei der Entwicklung zu möglichst tauglichen Friedensarbeitern in Ehrfurcht dienen.

Das geschieht in gemeinsamem Leben, durch *körperliche Arbeit* (täglich 5 Stunden) im Garten, Stall und Haushalt sowie bei Neubauten; durch Vorträge und *Studium* (täglich 2 bis 3 Stunden) der Friedensaufgaben und -wege; durch gemeinsames *Stillewerden* und durch Ausflüge, Singen und Frohsinn.

In den vergangenen drei Jahren wurde der völlig unbrauchbare Teil eines alten Truppenübungsplatzes planiert, zum Teil in Obst-, Gemüse- und Blumengarten und

* Den Begründer des Freundschaftsheims, Pfarrer *Wilhelm Meusching*, kennen unsere Leser durch seinen Aufsatz «Europäische Provinz Deutschland», den wir im Februarheft abdruckten. Die Schrift selbst ist beim Freundschaftsheim, Bückeburg, 20a, Postfach, zum Preise von 30 Pfg. (ein internationaler Rückantwortschein) zu beziehen. (D. R.)

Der Heilige Geist als Quelle der wahren Freiheit*

Im Gedenken an Nikolaus Alexandrowitsch *Berdiaeff*, den Philosophen der Freiheit.

Vielfältig sind die Auswirkungen des Pfingstereignisses. Wir wollen heute nur auf diesen einen Aspekt hinweisen: seit der Heilige Geist sich auf die Apostel gesenkt hat, ist eine neue Aera der Freiheit in die Welt gekommen.

Am Abend vor Pfingsten lebten die Jünger, ungeachtet der Verkündigung, die ihnen zuteil geworden war, noch in der Furcht vor den Juden. Ach, immer diese Furcht vor anderen Menschen! Sie ist es, die auch die besten Menschen in ihren Taten lähmt. Sie haben offensichtlich richtige Empfindungen, sie sehen die Menschen und die Ereignisse mit gerechtem Blick, aber sie haben Angst, das zu verkünden, von dessen Gerechtigkeit sie überzeugt sind, Angst davor, andern gegenüber das auszusprechen, was sie empfinden. Man kennt wohl die Wahrheit, aber man entzieht sich der Aufgabe, ihr Herold zu sein, weil man im voraus vor den Gegnern kapituliert. Seine Überzeugung ganz für sich allein oder innerhalb eines kleinen Kreises von gleicherweise Überzeugten, der uns die Illusion eines gewissen gemeinsamen Tätigseins verschafft, wiederzukäuen, scheint einen weitaus größeren Vorzug zu verdienen, als ein schwieriger Kampf in der Öffentlichkeit, in welchem die einander gegenüberstehenden Kräfte gerade jetzt viel zu ungleich wären. Was übrigens könnte eine Minderheit, sei sie auch recht orientiert und scharfblickend, angesichts einer feindlichen und behexten Menge unternehmen? Wir wollen die Jünger nicht tadeln, weil sie sich eingeschlossen haben; auch wir machen es wie sie und glauben doch, die Vorhut der Christenheit zu sein!

Nach dem Pfingstereignis aber wird es völlig anders. Der Heilige Geist hat die Jünger von der Furcht befreit. Dies ist die allererste Bedingung, damit die wirkliche Freiheit, die Freiheit der Gotteskinder sich bewähren kann. Von nun an sprechen die Apostel mit einer Festigkeit und Beherztheit, ja Kühnheit zum Volk, welche ursprünglich ihrer Natur gar nicht entsprach, und ihre Botschaft hat eine solch weittragende Wirkung, daß die Zahl der Gläubigen unaufhörlich wächst. Doppelt tückischer und brutaler Widerstand erhebt sich. Aber nichts hindert nun die Apostel daran, das Evangelium frei zu predigen, selbst vor denen, die am Heiligen Samstag schrieen: «Kreuziget ihn!» Niemand hätte ihnen die Freiheit rauben können, die sie vom Heiligen Geist empfangen hatten. In einem wahrhaftigen Akt der Freiheit bricht überall die Macht Christi durch.

«Da, wo der Geist des Herrn ist, da ist die Freiheit», schrieb ein früherer Pharisäer, als er vom Buchstaben des Gesetzes, wie auch von allen seinen antichristlichen Vorurteilen erlöst war. Erst nachdem er ein

* Aus dem Französischen übersetzt.

Diener Christi geworden war, lebte Paulus als freier Mensch im Verhältnis zu den Menschen wie zu den religiösen Vorschriften, in die sie sich geflüchtet hatten, um nicht in der freien Luft des Geistes leben zu müssen. Und weil er *diese* Freiheit besitzt, macht es Paulus wenig aus, wie die Menschen über ihn urteilen, und nur in *dieser* Freiheit ist es ihm möglich, der Diener aller zu sein. Nur aus der geistigen Freiheit heraus vermag man seinem Nächsten zu dienen und kann man allen alles sein; ohne sie gerät man gerade in diejenigen Ketten, von denen man die andern befreien wollte.

Keine von menschlichen Autoritäten zugebilligte Freiheit ist der Freiheit zu vergleichen, die uns der Heilige Geist gibt. Auch die «freien» Menschen bedürfen *dieser* Freiheit, wenn sie diejenigen Freiheiten lebendig machen wollen, die sie sich erworben haben. Alle unsere Freiheiten erlöschen vom Augenblick an, wo sie sich vom Geist entfernen. In Wirklichkeit gibt es auf dieser Welt nur «Freiheiten», die sich gegenseitig widersprechen. Jeder will die Freiheit für sich gepachtet haben und betrachtet sie nur von seinem eigenen Blickpunkt aus. Solche Freiheit, in deren Schoß jeder ruhig fortfahren kann, gleichzeitig seine Selbstsucht und seinen Garten zu pflegen, schafft nichts als Ungleichheiten, weil jeder das in sie hinein legt, was ihm gefällt. Solche Freiheit entzweit mehr, als sie einigt; sie erlaubt die Ausübung des Machtwillens in allen seinen Schattierungen und schlägt in Tyrannei um, weil sie dem Menschen eine Macht über seinesgleichen verleiht.

Im Jahre 1871, zur Zeit der Kommune, protestierte der Bischof von Paris auf dem Wege zur Richtstätte im Namen der Freiheit. Aber das Mitglied der Kommune, das ihn begleitete, antwortete ihm: «*Deine* Freiheit ist nicht *meine* Freiheit!» Dies ist auch der Schrei des modernen Menschen in der Verwirrung der heutigen Werte. Man weiß nicht mehr, woher die Freiheit eigentlich kommt, und alles, was man noch von ihr pflückt, sind welke Blumen, die von ihren Wurzeln abgerissen sind. «Frühere Epochen haben die Sklaverei gekannt», schrieb kürzlich der französische Essayist René Gillouin, «aber was unsere Epoche auszeichnet – durchaus ohne speziell Rußland damit zu belasten – ist dieser Zug zur Sklaverei unter der Fahne der Freiheit.»

Man könnte diese Feststellung mit vielen Tatsachen bekräftigen. Der Krieg vor allem schafft durch die Furcht, die er einflößt, einen Zustand unglaublicher Versklavung. Man wagt ja selbst nichts mehr gegen seine Vorbereitung zu sagen, denn diese unterdrückt schon einen Teil unserer Freiheiten. Man macht uns sogar glauben, daß sie nur für die Verteidigung der heiligsten Menschenrechte unternommen werde, während sie in Wirklichkeit den Menschen in der totalsten Weise entwürdigt. Man muß auch jederzeit die fatale Alternative der kapitalistischen Welt in Betracht ziehen: Krieg oder Arbeitslosigkeit. Die Sowjets ihrerseits schließen, während sie den Feldzug für den Frieden führen, keineswegs den Befreiungskrieg der durch den Kapitalismus unterdrückten Völker aus.

«Es ist ein Irrtum», sagt Berdiaeff, «die Frage des Krieges auf abstrakte Weise zu stellen, indem man sie vom geistigen Zustand der Gesellschaft und ihrer sozialen ‚Ordnung' trennt. Es gibt Gesellschaftsordnungen, deren soziale ‚Ordnung' und Geisteshaltung, die ihnen als Wertmesser dient, den Krieg unvermeidlich machen, ohne daß ein abstrakter Pazifismus sich in wirksamer Weise dagegen wenden kann.

Das will aber nicht heißen, daß nichts zu tun wäre. Im Gegenteil, es geht darum – und es ist gerade unsere besondere Aufgabe, soweit wir überhaupt Christen sein wollen – die geistige Verfassung der Gesellschaft zu ändern. Deshalb müssen die Menschen in bezug auf das individuelle wie auf das soziale Leben entschlossen nach andern Maßstäben leben. Und für den Christen gibt es nichts Größeres, als sich durch den Geist leiten zu lassen und damit den wahren Sinn der Freiheit wieder zu finden. Dies ist einer der Aspekte – und vielleicht ist es der wichtigste – wie die Pfingstbotschaft auf unsere heutige Zeit angewendet werden kann.

Die durch die Kraft des Heiligen Geistes wiedergefunde Freiheit kann nur eine *schöpferische* Freiheit sein, welche dem Menschen die Möglichkeit gibt, alle seine Gaben und alle seine Güter dem Dienste Gottes und dem Dienste der Nächsten zu weihen. Das ist aber etwas sehr Verschiedenes von dem, was man unter «Freie Initiative» versteht, wie es in der gewöhnlichen politischen Sprache heißt. Schließlich ist die «Freie Initiative» eine Form der Versklavung unter das Interesse. Man handelt nur, weil man daran ein persönliches Interesse hat. Alles, was also außerhalb des individuellen Interesses steht, anders gesagt: alles, was die Gemeinschaft betrifft, muß vorgeschrieben werden, und das bedeutet ein Regime des Zwanges. Um aus diesem verhängnisvollen Zirkel herauszukommen, ist es nötig, daß die freien Menschen selber die neuen Verantwortlichkeiten ergreifen und zwar auf der Basis der Gemeinschaft und ohne den Zwang des Staates abzuwarten.

«Die freien Menschen sollten ihr Königreich vorbereiten», sagt Berdiaeff weiter, «nicht ‚dort', sondern ‚jetzt und hier', und sie sollten damit beginnen, indem sie sich selber vorbereiten, sich frei machen, ihre Persönlichkeit verwirklichen. Der freie Mensch ist derjenige, der die Verantwortung nicht flieht. Sklaven sind nicht befähigt, ein neues Königreich vorzubereiten, für welches das Wort ‚Königreich' übrigens unanwendbar wäre, weil die Revolte von Sklaven nur zu neuen Formen der Sklaverei führt.»

Ein freier Mensch im Sinne des Heiligen Geistes ist vor allem ein Mensch, der *bereit* ist, der zur Verfügung steht, das will heißen, der von seinem Egoismus und von den unzähligen Bindungen des täglichen Lebens befreit ist. Die Apostel konnten der alten Welt eine neue Hoffnung bringen dank ihrer wunderbaren Bereitschaft. Der Geist konnte sie leiten, weil sie menschlich durch nichts gebunden waren. Ihre Wege wur-

den oft durch den Heiligen Geist durchkreuzt, welcher sie bald hinderte, dorthin zu gehen, wohin sie glaubten gehen zu müssen, bald dorthin leitete, wohin sie nicht hatten gehen wollen. An erster Stelle stand das Interesse des Reiches Gottes.

Bereit sein, das heißt, sich vorbereiten auf neue, entscheidende und sofortige Entschlüsse, das heißt, eine völlige Veränderung annehmen und heißt, in neue Geleise einbiegen, welche gestern noch dem Bereich der Utopie anzugehören schienen; es heißt auch, heute in Freiheit und im Frieden das zu verwirklichen, was morgen durch Gewalt aufgezwungen würde und es heißt endlich, der geschichtlichen Notwendigkeit und dem Fatum zuvorkommen im freiwilligen Gehorsam gegen Gottes Willen.

Das ist der schwere Weg, der dem Pfingstgeist geöffnete Weg auf den Spuren Christi, welcher der freieste der Menschen war. Frei im Angesicht der Welt, ist er nur durch die Liebe gebunden, deren Auswirkung allein in der Freiheit geschehen kann. Alle seine Kraft liegt bei Gott, der ihn wirklich frei macht und sein Opfer *nur in freier Übereinstimmung* annimmt. Ihm gegenüber ist Cäsar nichts als ein Sklave der Welt, des Machthungers, der Menschenmasse. Erinnern wir uns der Haltung des Pilatus. Trotz aller Polizei- und Militärmacht des Cäsars hat Christus gesiegt. Er macht auch diejenigen siegreich, welche den Heiligen Geist empfangen.

Eugène Porret.

Der Heilige Geist als Sachwalter, Beistand und wahrer Führer

«Doch ich sage euch die Wahrheit: es ist euch heilsam, daß ich weggehe. Denn, wenn ich nicht wegginge, so käme der Paraklet nicht zu euch. Wenn ich aber gegangen bin, so werde ich ihn zu euch senden.

Und wenn jener gekommen ist, wird er die Welt überführen wegen der Sünde und wegen der Gerechtigkeit und wegen des Gerichts; wegen der Sünde, weil sie nicht an mich glauben, wegen der Gerechtigkeit, weil ich zum Vater gehe und ihr mich nicht mehr seht, wegen des Gerichts, weil der Herrscher über diese Welt gerichtet ist. Ich habe euch noch viel zu sagen, aber ihr könnt es jetzt nicht ertragen. Wenn aber jener kommt, der Geist der Wahrheit, wird er euch in die ganze Wahrheit führen. Denn er wird nicht aus sich selber reden, sondern was er hört, wird er reden, und die kommenden Dinge wird er euch eröffnen. Jener wird mich verklären, denn aus dem Meinen wird er nehmen und euch kund tun. Alles, was der Vater hat, ist mein. Deshalb sagte ich: Er nimmt aus dem Meinen und wird es euch kund tun.» Johannes 16,7–15.

Nichts ist, wir erkennen es immer mehr, in unserer wirren, trugerfüllten Zeit entscheidender und notwendiger als der *Beistand und die*

Führung durch den lebendigen Geist der Wahrheit, der in den Kapiteln 14–16 des Johannesevangeliums der *Paraklet** genannt wird: der Sachwalter, der Beistand, der Führer. Er ist recht eigentlich der *Kampfgefährte* und *Wegweiser* für die Jünger Christi in der Welt. Denn *die Welt* soll Gottes werden. Seine Herrschaft ist in Christus über ihr verkündet und in ungeheurem Kampf begonnen. Dieser Kampf soll und wird fortgehen, «bis er (Christus) alle seine Feinde (Gottes und des Menschen Feinde!) unter seine Füße gelegt hat» (vgl. 1. Kor. 15, 25). Für diesen Kampf sind die Jünger und die Gemeinde berufen, das ist ihre Sache, weil es Gottes Sache und Wille ist. Dafür wird ihnen der Paraklet, der Sachwalter, Beistand und Führer, verheißen.

Davor sind die Jünger, die Apostel, zurückgeschreckt. Darüber hat sie jene «Angst», ja später sogar Panik ergriffen, von der Jesus im gleichen Evangelium redet, nachdem er seine Jünger vor den Sinn und die Aufgabe ihres Kampfes in der Welt gestellt hatte. Wie begreiflich ist diese Angst! Tritt uns doch in ihr die Macht dieser Welt, des Herrschers dieser Welt und aller seinem Reiche verbundenen «Mächte» entgegen. So war es damals, so ist es heute.

«Was sollen wir als Menschen dagegen, ist es nicht ein aussichtsloser Kampf? Wie sollen wir, sagen sich die Jünger, diesen Kampf fortsetzen ohne den Herrn, ohne ihn, unsern starken Freund, der Gottes Sache vertritt wie sonst niemand, der ‚Worte des Lebens' hat und wahrhaftig ‚der Weg, die Wahrheit und das Leben' ist?» So fragten sich ratlos und furchterfüllt die Jünger und so haben sich seither in der Geschichte dieses Kampfes einzelne Menschen oder auch Jünger – Gemeinden und alles, was sich um sie scharte, gefragt, wenn eine Zeitlang unter ihnen «einer» war, ein «Gottesknecht», ein «Gotteskämpfer», «auf den sich einen Augenblick schauen ließ» (Blumhardt) – und der dann weggenommen wurde!

Wir verstehen doch diese Frage und Lage, Freunde. Sie hat sich doch auch uns gestellt in der Bewegung und in all der Not, der Wirrnis und den Fragen unserer Zeit. Jesus öffnet uns den Weg ins Freie. Er zeigt uns, daß gerade das Hängenbleiben an diesem «Schauen» und «Haben» überwunden werden muß. Es hat ja Sinn und Recht nur *durch den Glauben*. Es fordert das Glauben und das freie, selbständige Wirken aus dem Glauben. «Der Gerechte wird aus Glauben leben» ist die biblische Grundverheißung. So hat Jesus bei seinen Jüngern und unter den Menschen den «Glauben» gesucht und hat gejubelt und den Vater gepriesen bei seinem Hervortreten unter den Unmündigen und Laien. So hat er in seinem Wirken auf das Wirken des Vaters geschaut und sich völlig dem Dienst Gottes und seines Reiches unter den Menschen hingegeben – bis zum Tod am Kreuz. Und darauf kommt es ja an: daß dieses Werk fortgehe, daß dem Reiche Bahn gebrochen werde in der Welt, bis sie Gottes

* Vgl. Leonhard Ragaz: «Der Paraklet», Separatdruck aus «Neue Wege».

ist. Das ist aber wie das Werk des lebendigen Gottes, so das Werk des *lebendigen Christus*, der den Geist der Wahrheit sendet, damit die Jünger sein Werk auf Erden fortsetzen können. Auf diese lebendige, frei- und furchtlos machende Weise kommt Christus nach seiner Verheißung zu seinen Jüngern, auf diese Weise haben sie teil an seinem Weiterwirken für das Reich des Vaters, am Kommen dieses Reiches, an seiner Vollendung und an seinem Sieg. Dann kommt es zu dem Erfahrungsprogramm, von dem die beiden Blumhardt und Leonhard Ragaz mit ihrer Losung zeugen: «Jesus ist Sieger», «Christus ist Sieger.» Christus *wird* Sieger! Immer neu macht der Geist die Sache Christi lebendig, wird sie von ihm erfüllt mit wahrhafter Gotteskraft, werden neue Träger und Zeugen für sie erweckt, ja müssen sogar noch deren Gegner und Widersacher in der Welt für sie zeugen! Aus diesem Geist ergießt sich der Strom der Wahrheit, des Lichtes und des Lebens in die Welt.

Diese umwälzende Tatsache konnten die Jünger wirklich erst erfassen, nachdem Jesus «gegangen» war, vielmehr, nachdem er zum lebendigen Geist und Herrn für sie geworden war. Sie mußten erst diese neue, mit Ostern anhebende Wirklichkeit erfahren, ehe sie sichere Tritte tun konnten für die Sache Christi in der Welt. Erst dadurch konnten sie für diese Sache völlig werden, wozu sie bestimmt waren und sind es auch, trotz aller ihrer Fehler und Mängel, geworden. Gedenken wir nur der «Wolke der Zeugen», der Kämpfer und Zeugen Schar!

Der Geist ist der, «der in die ganze Wahrheit führt», und dieses Werk ist noch nicht vollendet. Der Geist stellt jene *lebendige Verbindung mit Jesus Christus und dem «Vater» und ihrem Reiche* her, ohne die wir zwar eine Religion, ein Christentum, eine Kirche und Theologie haben können, auch eine religiös-soziale Bewegung oder Vereinigung, aber nicht jenen Glauben, «der die Welt besiegt» und der das Lebenselement der Gemeinde Christi ist. Auf diese lebendige, «jetzige» Verbindung kommt es entscheidend an. «Der Geist ist es, der lebendig macht!»

Dann beginnen wir auch das Wirken des Geistes in der Welt zu «schauen». Wir erkennen es im Glauben und durch den Glauben. *Denn das Werk des Geistes ist ein Werk in der Welt und an der Welt.* Er verbindet sich mit dem Seufzen der Kreatur um die herrliche Freiheit der Söhne und Töchter Gottes. Er wirkt in den Tiefen und Abgründen der Weltnot. Das, was für die meisten Menschen nicht «existiert», auch für viele sogenannte «Gläubige» nicht, gerade das ist die zwar verborgenste und entrückteste, aber entscheidendste persönliche Kraft Gottes in der Welt, die Wahrheit schafft. Auf sie können wir uns, sofern wir im Ernst nach ihr fragen, sie suchen und um sie bitten, verlassen. Den Geist kann im Grunde außer dem «Unglauben der Gläubigen» («den Geist löschet nicht!») niemand hindern: keine Propaganda, keine Hetze, kein Trug, keine Verdrehung und Lüge. Er schafft Wahrheit. Von daher können und sollen wir lernen, was vom «Osten» zu halten ist, aber auch,

was der «Westen» in Wahrheit ist und tut! Dieser «Sachwalter der Wahrheit», der Geist der Wahrheit «überführt uns und die Welt immer wieder der einen großen Sünde: Weil sie nicht an mich glauben!» Weil sie nicht die Umkehr annehmen, das Reich annehmen, das Christus ist und bringt: die Liebe Gottes und des Menschen, seine Gerechtigkeit, seinen Frieden, seine Wahrheit, seine Freiheit, sein Kreuz und Leiden, sein Zeugnis und seine Nachfolge.

Steht es nur um die Russen so, die Kommunisten, die «Gottlosen»? O nein! Sie sind viel mehr, als wir ahnen, viel mehr, als wir wahr haben wollen, unser Abbild und Gericht, gerade in dem, was wir an ihnen bekämpfen und weswegen wir weithin, nur noch etwas «anonymer», jene «Mittel» anwenden und zubereiten, deren Frevelhaftigkeit und Sünde wir sie zeihen. Findet «des Menschen Sohn» bei uns wirklich «den Glauben»? Oder nicht vielmehr den Glauben an jene «Mächte», die wider ihn sind, vorab an Mammon und Gewalt, und die wir uns mit unseren Idealen von Demokratie und Freiheit verdecken? Solange, bis wir nach unserm Glauben gefragt werden und auch unsere Sünde offenbar werden wird. Sie ist, wenn wir uns der Wahrheit öffnen, offenbar genug. Wir sind des Gerichtes über jene «andern» so sicher geworden, weil wir des Gerichtes über uns vergessen haben und vergessen wollen! Davon kann kein Heil ausgehen. Dieser Geist des Selbstbetruges schafft Unheil, wie es uns vor Augen liegt, wenn wir «sehen» wollen. Die große Hilfe, *«der Beistand»*, aber ist der «überführende», lebendige Geist der Wahrheit, den Jesus Christus sendet.

Und er überführt die Welt «wegen der Gerechtigkeit». Sie ist verbunden mit Christus, dem Gekreuzigten, dem Auferstandenen, dem kommenden Christus. Das Kreuz, das die «Religion» und die «Welt» aufgerichtet haben (und wie sehr dienen wir selbst der Religion und der Welt anstatt Gott und seinem Reich!), ist zum Kriterium der Gerechtigkeit geworden. Unsichtbar richtet sie nun in Christus die Welt. Sie allein bringt sie aber auch zurecht! Diese Gerechtigkeit ist die stärkste am Menschenherzen und -geist und in den Völkern schaffende Kraft Gottes, deren Träger und Sachwalter wiederum der Geist ist. Religiöse und weltliche Bewegungen auf die Gerechtigkeit hin können erlahmen und entarten. So das Christentum, so der Sozialismus, so der Kommunismus. Christus aber ist der Geist der Gerechtigkeit Gottes selbst. Von ihm aus geht jene Unruhe durch die Welt und durch die Völker, die «die Frage nach der Gerechtigkeit» zu der schlechthin unausrottbaren, «unsterblichen» Frage macht, zur Gottes- und Menschenfrage. Unaufhörlich stellt sie Christus, den wir nicht sehen und den die Welt nicht sieht, durch den Geist. Er ist darum der wahre «Führer» und die letzte Weltrevolution.

Der Geist überführt die Welt aber auch noch «wegen des Gerichtes, weil der Herrscher über diese Welt gerichtet ist». Immer wieder gerät die Menschenwelt in Wahn und Finsternis und unterwirft sich dem Herrscher dieser Welt. In immer neue Formen der Verführung wird sie hin-

eingerissen und läßt sie sich hineinreißen, immer neuem Trug im Gewande des Lichtes, der Ideale, der Heiligtümer, Gottes selbst, verfällt sie, wenn sie dem nicht glaubt, der der Vater aller Menschen ist, und seinem Sohn, der der wahre Bruder aller Menschen ist. Der Glaube an das Böse, der immer zum Tun des Bösen wird, ganz gleich, in wessen «Name» und mit was für Worten es geschieht, ist die eigentliche Kraft des Herrschers dieser Welt. So konnte in unseren Tagen jene Zerreißung der Welt geschehen, hinter der nicht die Freiheit und nicht die Gerechtigkeit, sondern der Wille zu ihrer Zerstörung steht, zur endgültigen Verwandlung der Welt in Finsternis und Grauen.

Wann werden wir Menschen aus diesem «Gericht» das Entscheidende lernen: daß der Herrscher dieser Welt *gerichtet* ist, daß alles Böse, alle Finsternis, alle Gemeinheit, alle Lüge, alle Unmenschlichkeit, alle Sklaverei und alle Schändung des Menschlichen und Göttlichen gerichtet sind und uns darum *entschlossen und ganz* im eigenen Leben und mit dem Zeugnis unseres Lebens unter den Menschen, unseren Brüdern, dem göttlich Guten zuwenden: «Geheiligt werde dein Name, dein Reich komme, dein Wille geschehe auf Erden wie im Himmel.»

Das ist der «Glaube», dessen Urkunde die ganze Bibel ist, das ist der Glaube, der die Welt «besiegt». Nur er hat Aussicht gegen den «Totalismus» unserer Zeit, im Ringen mit ihm! Er macht nicht «Fleisch zu seinem Arm», nicht «die Streitwagen Ägyptens», die sich zu Atombombern und Düsenjägern, zu Napalmbomben und allgemeiner, wahlloser Vernichtung ausgewachsen haben. Er beugt sich nicht unsern «anerkannten» Götzen. Ja, es gibt eine Entscheidung und Scheidung in unserer Zeit: Entweder wird Christus bei uns «Herr» und über unsere Völker, dann können und müssen wir im Glauben alles wagen und auch alles Kreuzes-Leiden auf uns nehmen, das wahrhaft, und nicht bloß scheinbar, das Böse besiegt, oder wir «Europäer», wir «Christen» vor allem werden einem endgültigen Gericht entgegengehen, worinnen Gott zeigen wird, daß er seiner nicht spotten läßt, und worinnen Christus uns fragen wird, «wes Geistes Kinder» wir gewesen seien. «Das Leben der Welt zerrinnt unter unseren Händen, und wenn wir nichts dazu tun, so ruinieren wir vollends das Letzte . . . Es kommen die Zeiten der größten Strenge Gottes über das Menschengeschlecht» (Chr. Blumhardt). Aber auch die Zeiten der Verklärung Christi, der Verklärung Gottes, eines neuen Hervortretens Gottes und Christi wie der wahren Verwandlung des Menschen und der Welt. Es mag durch Katastrophen gehen, aber Christus ist der Herr der Katastrophe! Und dieses ist das letzte und höchste Werk des Geistes. Dadurch wird eine neue Nachfolge und Jüngerschaft Christi möglich werden, eine neue sieghafte Kraft des Guten, der Gerechtigkeit, der Wahrheit und Liebe im Menschen und unter den Menschen. Das allein, wir sagen es noch einmal, wird auch den Sieg über die Furcht, das Mißtrauen, den Haß und die Lüge bringen, die die Welt verheeren und zum Abgrund zerren. Das allein bringt auch die «Freiheit». Es ist die

Freiheit. Dazu lasse sich bereiten, richten und erneuern, wer das Werk des Geistes an sich und an der Welt in der Wahrheit und als Leben erfahren will. Christus hat das lebendige Wirken des Geistes als Sachwalter, Beistand und Führer versprochen. Darum sprechen wir: «Komm Schöpfer Geist!» *Albert Böhler*

Zitate

«Der religiöse Sozialismus will radikaler, revolutionärer sein als der Sozialismus, weil er vom Unbedingten her die Krisis zeigen will. Er will dem Sozialismus das Bewußtsein des gegenwärtigen Kairos (= bedeutungsvolle Zeit im Gegensatz zur bloßen Uhrenzeit, d. R.) geben.

Aus diesem Willen folgt nun aber zuletzt, daß der religiöse Sozialismus ständig bereit ist, sich selbst unter die Kritik des Unbedingten zu stellen. Weitaus die größte Gefahr scheint mir für die Bewegung da vorzuliegen, wo die «Religion» benutzt wird um der Taktik willen. Hier wird das bürgerliche Element, das der Sozialismus mitschleppt, in verhängnisvoller Weise bekräftigt. Eine «Freundschaft» des gegenwärtigen Sozialismus mit den gegenwärtigen Kirchen hemmt das Kommen des Kairos, indem sie wechselseitig diejenigen Elemente stärkt, die ausgeschieden werden müssen. Der religiöse Sozialismus darf zurzeit weder eine kirchenpolitische noch eine parteipolitische Bewegung werden, weil er dadurch die rücksichtslose Energie verliert, Kirchen und Parteien unter das Gericht des Unbedingten zu stellen.» *Paul Tillich*

(Der Protestantismus: Prinzip und Wirklichkeit)

«Über Verhältnisse und Zeiten hinausschauend, reden die Propheten im Eifer für die Erkenntnisse Gottes, von einer Erneuerung des Volkes durch den Heiligen Geist, der die Herzen umwandelt und ein wahres Volk Gottes schafft, welchem Gott ganz Gott sein könnte. Daneben aber reden sie von einer Ausgießung des Heiligen Geistes über *alles Fleisch*, und schauen damit die Zukunft des Reiches Gottes als eine allen Völkern angehörige. Der Same des vom Geiste Gottes getragenen Wortes Gottes in Abraham ist in den Propheten schon zu einem Baum geworden, der die herrlichsten Früchte erwarten ließ.

Und wenn nun in dem Menschensohne Jesus und Seinen Jüngern diese Frucht zur Erscheinung kam, so daß in einer kleinen Herde das Unmittelbare Gottes, der Heilige Geist, neue Personen schaffend, mitgeteilt wurde und dadurch ein Volk entstand, welches nicht mehr durch Gesetze in Ordnung gehalten wurde, sondern unter dem Gesetz der Freiheit als aus *einem Geist* erzeugt, *ein Ziel* verfolgend, von Gott selbst

geleitet erscheint, so ist damit zwar der Anfang der Erfüllung der Weissagungen gegeben, aber noch nicht die Vollendung. Gerade auf *dieser Stufe* ist das Volk Gottes, mehr als auf der früheren, auf *eine fortlaufende Offenbarung Gottes* angewiesen, weil eben alle statutarische Gesetzgebung prinzipiell wegfällt und das freie Regiment Gottes in den Herzen anfangen soll. Apostel konnten sich ihre Wirksamkeit ohne immer neue Offenbarung oder ohne immer neue Ausgießung des Heiligen Geistes nicht vorstellen, nicht einmal die in ihnen vorhandene Gnade Gottes konnte fremden Menschen etwa durch überzeugende Predigt mitgeteilt werden. Es mußte in Samaria, in Cäsarea, in Philippi, in Korinth und überall der Heilige Geist ausgegossen werden, damit Gott selbst redend das Maß von Gnade den Berufenen mitteile, welches in den Aposteln für ihre Zeit und Welt gegeben war. Hörte die Ausgießung des Heiligen Geistes auf, so war die Folge eine neue Gesetzgebung. Daraus folgte aber der Unglaube, welcher es bewirkte, daß man nicht mehr in der Freiheit ‚von Gott gelehrt, weiterzukommen sich getraute; und das ist's, was den Apostel Paulus in seine Kämpfe warf wider das judaisierende Christentum, welches durch Gesetzgebung wieder ersetzen wollte, was Gott allein durch den Heiligen Geist zu bewirken beschlossen hatte. Der Radikalismus des Apostels Paulus gegen alle statutarische Gesetzgebung hat für alle Zeiten die Bitte um eine neue Ausgießung des Heiligen Geistes berechtigt. Entweder müssen wir von dem Standpunkt des Apostels Paulus, der sich allein auf Offenbarung verläßt, abtreten, oder wir müssen uns auch auf die Offenbarung verlassen. Eine andere Offenbarung aber, als die in Christus erworbene, durch Gaben des Heiligen Geistes sich betätigende, gibt es nicht mehr. Weder der Buchstabe der Schrift noch eine von Glauben durchtränkte Predigt kann das schaffen, was auf dem Boden Jesu Christi zur Verherrlichung Gottes geschaffen werden muß in den Menschen.» *Christoph Blumhardt*

«Unter der Leitung und dem schöpferischen Anstoß des Heiligen Geistes soll das Reich Gottes sich vollenden. Er soll wirklich der Creator spiritus sein. Das Pfingstfest als das letzte ist auch das größte der Feste. Es ist das Fest des lebendigen Gottes, das Fest der Hoffnung, das Fest der Vollendung des Reiches Gottes in der fortlaufenden Schöpfung.»

«Es muß in bezug auf diese Wahrheit vom Heiligen Geiste ganz besonders betont werden, was von allen andern in dieser Darstellung ausgesprochen gilt: sie kann nur in dem Maße wieder erkannt und es kann auch nur in dem Maße recht davon geredet werden, als sie neu erfahren wird. Das ist um so wichtiger, als sie ja der Schlüssel zu allem andern ist. Darum muß das Hauptanliegen der Gemeinde Christi die Bitte sein: ‚Veni creator spiritus', ‚Komm, heil'ger Geist, kehr bei uns ein'. Und nur in dem Maße, als sie erhört wird, kann es zu einer neuen Verkündigung und Ausbreitung des Reiches Gottes kommen.» *Leonhard Ragaz*

Das Volk steht allein — Was können wir tun?*

Verweigerung des Waffendienstes, Verweigerung jedes Militärdienstes zugunsten eines Ersatzdienstes, Verweigerung jedes Militär- und Ersatzdienstes sind an ihrer Stelle gut, aber sie genügen nicht. Wer nur den Waffendienst ablehnt, macht andere für den Waffendienst frei und ist ein zuverlässiger Faktor in der militärischen Rechnung. Wer zum zivilen Ersatzdienst bereit ist, erkennt den Kriegsdienst als moralische Größe an und hilft die allgemeinen Illusionen über den Charakter des Krieges erhalten. Wer sowohl Militär- als auch Ersatzdienst ablehnt, aber nichts Positives tut, mißhandelt in gewisser Hinsicht das Gewissen der Verfechter des Kriegsdienstes.

Für das allgemeine und für jedes einzelne Gewissen überzeugend werden wir erst auf der vierten Stufe, die wir jetzt mit allen Kräften des Verstandes und des Herzens zu erklimmen haben: Wir dürfen uns nicht erst der unmittelbaren Gewalttätigkeit des Krieges widersetzen, wir müssen auch schon vor dem Krieg gegen die Ursachen des Krieges, gegen den ganzen Gewaltzusammenhang, dessen Krise schon der Krieg ist, aktiv werden.

Was wir zu tun haben, läßt sich in drei Hauptforderungen fassen:

prier pour la paix	für den Frieden beten
étudier la paix	den Frieden studieren
agir pour la paix	für den Frieden arbeiten

Das rechte, tiefe und unsere ganze Existenz ergreifende Beten ist die Urgewalt des Friedens. Wir müssen das einsame Beten lernen und üben. Mit Takt müssen wir auch das gemeinsame Beten entwickeln und unter Führung unserer stillsten und inständigsten Beter das immerwährende Gebet zur ständig fließenden Quelle unserer friedlichen Kraft machen.

Im richtigen Beten kommen wir auch zum richtigen Studieren des Friedens. Eine der wichtigsten Früchte des Betens ist das Ende der Angst, die uns heute so verblendet. Im richtigen Beten finden wir nicht nur theologische und private Antworten. In ihm finden alle hohlen Titel ihr Ende. Solche waffenseligen Phrasen wie «Verteidigung» der «Freiheit», der «Kultur», des «Abendlandes», des «Christentums», der «Menschenwürde» können sich nicht halten. An ihre Stelle tritt nüchterne Einsicht in die Natur des modernen Krieges und die Forderung gesunden wirtschaftlichen, geistigen und politischen Lebens. Ferner treibt das richtige Beten uns, nicht durch Verharren in den herrschenden Vorstellungen Mörder und Räuber zu bleiben und zu werden, sondern unsere Welt der richtigen Erkenntnis gemäß zu ändern.

Das Beten für den Frieden und das eindringende Studium des Frie-

* Auszug aus einem Vortrag, der am 25. November 1951 in Dortmund auf einer Tagung des Versöhnungsbundes gehalten wurde. Mit freundlicher Erlaubnis der deutschen Zeitschrift «Die Versöhnung» abgedruckt.

dens sind schon Weisen der Arbeit für den Frieden. Das rechte Beten und das rechte Studieren gehen am rechten Ort in das rechte Handeln für den Frieden über.

Unser betendes, studierendes und handelndes Verhalten zum Krieg läßt sich heute in fünf Punkten kennzeichnen:

1. Der moderne Krieg ist kaltblütiger und planmäßiger Massenmord an Männern, Frauen und Kindern. Kriegsdienst, Rüstung und militärische Propaganda sind Vorbereitung und Beihilfe zum Massenmord.

2. Wo offenkundig ist, daß auch die Durchführung militärischer Verteidigung die Übel, vor denen sie bewahren soll, nur vermehrt und vergrößert, muß auch zum Verteidigungskrieg nein gesagt werden. Dieses Nein ist um so nötiger, als jede Kriegspartei ihre Kriegsvorbereitungen begründet und überhaupt erst möglich macht durch Berufung auf nötige Sicherung und notwendige Verteidigung.

3. Wo offenkundig ist, daß es keine militärische Sicherheit mehr gibt, und die Versuche, sich mittels Militär und Rüstung zu sichern, Unsicherheit und Gefahren erst schaffen, ist jede Rüstung genau so zu verwerfen wie der Krieg selber. Denn dieselbe Angst, die zum Rüsten treibt, treibt das Rüsten zum Wettrüsten und das Wettrüsten zum Krieg, den es verhindern sollte.

4. Für die deutschen Verhältnisse, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg geworden sind, sind die katastrophalen Folgen des Rüstens und der vernichtende Zwang des Krieges am Ende dieses Rüstens besonders offenkundig. Daher gilt unser Nein zu Rüstung und Krieg für uns schärfer als sonstwo in der Welt.

5. Solange noch keine Mittel bekannt waren, der gewaltmäßigen Bedrohung von außen besser zu begegnen als mit Waffen, konnte sich unter dem Zwang der Verhältnisse vor dem politischen Gewissen vielleicht Kriegspolitik halten. Auch heute noch, wo das Vertrauen auf Waffen offenkundig der Verzweiflung entspringt, ist Militärpolitik als Zeichen der öffentlichen Ratlosigkeit und Unwissenheit und Unentwickeltheit der Möglichkeiten waffenloser Selbsthilfe verständlich. Wer aber den Zusammenhang und die Wirksamkeit und die Technik der gewaltlosen Selbsthilfe kennt, kann nicht einmal mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen, wenn er Waffenpolitik auch nur gewähren läßt.

Unser Verhalten zum modernen Krieg, wie er sich bei uns vorbereitet, schließt unseren positiven Einsatz gegen die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Kriegsursachen ein.

Leit- und Kernsatz für dieses Verhalten ist: Deutschland und das deutsche Volk sind weder politisch, noch wirtschaftlich, noch kulturell einseitig westlich. Wir haben die Pflicht, am Ende der bisherigen westlichen Entwicklung nicht die katastrophalen, sondern die friedlichen Möglichkeiten zu stärken.

Zu dem Zweck müssen wir unser eigenes und das allgemeine Bewußt-

sein aus der ideologischen Verranntheit in den kommunistisch-antikommunistischen Gegensatz befreien. Wir müssen beherzigen, daß der Marxismus einschließlich seiner bolschewistischen Form ein Erzeugnis der abendländischen Kultur ist, daß seine Mängel Folgen und Reaktionen auf abendländische Entwicklungen darstellen, daß wir für den Marxismus verantwortlich sind und daß wir uns ändern müssen, ehe der Marxismus sich hinreichend ändern kann. Wir müssen unsere eigene kulturelle Hohlheit und kulturpolitische Nullität zugeben und uns ehrlich aus ihr herausarbeiten.

Wir müssen den allgemeinen Willen zu einer weltwirtschaftlichen Entwicklung im Sinne des friedlichen und natürlichen Ausgleichs von Bedarf und Erzeugung stärken; wir müssen die wirtschaftlichen Menschenrechte, das Grundrecht jedes Menschen auf gesunde Existenz, das Grundrecht jedes Arbeitsfähigen auf Arbeit und das Grundrecht jedes Arbeitsunfähigen auf sozialgerechte Versorgung verwirklichen und in ihrer Verwirklichung die Wirtschaft erneuern helfen und ihr neue Wege öffnen.

Wir müssen endlich erkennen, daß wir an der Schwelle einer neuen demokratischen Epoche stehen, einer Epoche, in der die radikale Überwindung des Geistes der Gewalt dort, wo sie stattfindet, den Menschen befähigt, unmittelbar aktiv zu werden und doch ganz im Einklang mit der demokratischen Ordnung zu sein.

Anfang und erste planmäßige Übung dieses neuen demokratischen Willens zwingt uns die offizielle Politik der Einbeziehung Westdeutschlands in den westlichen Wettrüstungsblock auf. Die Regierung betreibt diese Politik mit allen Mitteln. Sie hat dabei den Willen des Volkes nicht für, sondern gegen sich und weiß es. Sie unterdrückt die freie Meinungsbildung und setzt den ganzen öffentlichen Apparat ein, um gegen alle Widerstände vollendete Tatsachen zu schaffen. Sie läßt sich dabei durch alle Mittel der Besatzungsmächte unterstützen.

Wir aber sehen, daß die Politik, die sich auf diese Weise durchsetzen will, Deutschland den Untergang, Europa Verderben und der westlichen wie der östlichen Welt nichts Gutes bringen wird. Wir können uns nicht beruhigen mit der Hoffnung auf die nächste Wahl. Denn bis dahin wäre das Verhängnis so weit fortgeschritten, daß auch von einer Wahl, wenn sie noch möglich sein sollte, nichts Entscheidendes mehr zu erhoffen wäre. Und falls wir bis dahin uns der machtpolitischen Entwicklung gefügt haben, wird dieselbe Machtpolitik auch noch vermögen, die Wahl zur Farce zu machen.

Wir wissen, daß die Vereinigung der modernen Mittel des öffentlichen Apparates in der Hand der Regierung die demokratischen Grundrechte aufheben kann und aufhebt und damit das Ende der Demokratie bisheriger Prägung herbeiführt. Vor den Aussichten der jetzigen Politik der Einbeziehung Westdeutschlands in das westliche Paktsystem kann unser Gewissen sich nicht in eitlen Hoffnungen beruhigen. Es befiehlt uns, zur gewaltlosen Selbsthilfe zu greifen und durch sie der allgemeinen

Entwicklung zu Mord und Verderben, so gut wir können, zu begegnen. *Aktiver Widerstand mit den Mitteln Gandhis gegen die Politik des Verderbens!* Das ist der Befehl, den das wache Gewissen uns gibt. Und wir müssen uns vorbereiten, den Befehl auszuführen.

Zu unserer rechten Vorbereitung gehört, daß wir gründlich mit dem Zusammenhang, den Möglichkeiten und den Gefahren gewaltlosen Widerstandes vertraut werden. Zur Vorbereitung gehört ferner, daß wir alles tun, um Mißverständnisse und unnötige Schwierigkeiten zu vermeiden. Der Konflikt muß, wenn es geht, vermieden werden, wenn er nicht vermeidbar ist, so klein wie möglich gehalten werden. Wir müssen die Männer und Frauen, die für die Politik des Verderbens verantwortlich sind, sachlich und menschlich für die Gründe aufschließen, die uns zwingen, ihre Politik der Einbeziehung Westdeutschlands in den westlichen Wettrüstungsblock die Politik des Verderbens zu nennen.

Erst wenn keine Einigung zu erreichen ist, müssen wir den gewaltlosen Widerstand öffentlich erklären, indem wir die Öffentlichkeit mit den Zusammenhängen unseres Verhaltens vertraut machen und mit Hilfe gewaltloser Aktionen den künstlichen Nebel zerreißen, unter dessen Schutz die Politik des Verderbens vorangetrieben wird.

Die Männer und Frauen im In- und Ausland, die mit ihren Kräften an ihrer Stelle einig mit uns wirken, werden verständigt und um Mitwirkung gebeten werden.

Ohne Heimlichkeit, jederzeit zur Verständigung bereit, müssen wir in Disziplin, auch den Gegner im Tiefsten einbeziehend und sein Gewissen nicht verletzend, sondern stärkend, opferbereit und zäh ausführen, was nüchterne Überlegung aus allen Kräften des Gewissens uns sagt.

Jeder von uns prüfe sich, wo sein Platz ist, wie und was er tun kann und tun will.

Dr. Nikolaus Koch

Neue Achsenpolitik*

Für diejenigen, welche der Meinung waren, daß uns nach den Zusammenbrüchen Wilhelminischer und Hitlerscher Weltpolitik, nach den menschlichen und materiellen Verlusten zweier Weltkriege und einer Erbschaft der Trümmer und des Elends wenigstens zunächst in jeder Beziehung nichts anderes als eine Neuwerdung aufgetragen sei, ist es erschreckend zu sehen, *daß wir heute schon wieder eine Fahrt in die große Weltpolitik antreten,* – wir, die wir noch nicht einmal zu uns selbst gefunden haben. *Schon wieder wird eine Achse geschmiedet,* mit der wir das Bild der Welt verwandeln wollen. Nach der Achse Berlin-Rom-Tokio ist es jetzt eine Achse *Bonn-Washington-Tokio,* über die wir an einer Neuordnung der Welt beteiligt sein wollen.

* Freundlicherweise erlaubter Abdruck aus der vom Bruderrat der evangelischen Kirche in Deutschland herausgegebenen Zeitschrift «Die Stimme der Gemeinde».

In Siegen proklamierte der Bundeskanzler am 16. März des Jahres vor dem evangelischen Arbeitskreis der CDU Deutschlands als eines der Ziele seiner Politik die *Neuordnung Osteuropas* und fand damit die Zustimmung der versammelten Parteifreunde. Kurz zuvor hatte er bereits in einer Heidelberger Wahlrede am 1. März gesagt:

«Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen. Dann wird man Sowjetrußland klarmachen müssen, daß es so nicht geht, daß es unmöglich halb Europa in Sklaverei halten kann und daß im Wege einer Auseinandersetzung, nicht einer kriegerischen Auseinandersetzung, sondern im Wege einer friedlichen Auseinandersetzung die Verhältnisse in Osteuropa neu geklärt werden müssen . . . Ich glaube und bin überzeugt, daß der Tag kommen wird, wo man mit Sowjetrußland vernünftig über alle diese Dinge sprechen kann und sprechen muß, und dann (!) wird auch der Tag gekommen sein, wo wir mit unseren Brüdern und Schwestern im Osten in Freiheit wieder vereint sein werden» (Bulletin 1952, Nr. 26, S. 254).

Folgerichtig beschreibt die erwähnte evangelische CDU-Tagung in Siegen die Ziele der Bundesregierung unter anderem so: *«Einordnung zunächst (!) der Bundesrepublik und später (!) ganz Deutschlands in ein föderativ gestaltetes Europa . . .»*, eine Beschreibung, welche sich der Bundeskanzler bei dem Besuch seiner Parteifreunde in Siegen ausdrücklich Wort für Wort zu eigen machte. Angesichts dieser Vorgänge ist es müßig, sich über die berühmte *Ural-Erklärung* des Staatssekretärs Hallstein zu erregen! Sie führt offenbar nur die Linien fort, die in der Politik des Bundeskanzlers enthalten sind und die nicht mehr und nicht weniger besagen als dies: *Die Bundesrepublik will Weltpolitik machen!*

Allmählich kann die Tarnung fallen, mit der die Konzeption des Bundeskanzlers seit Jahr und Tag umkleidet worden ist. Als der Bundeskanzler am 29. August 1950 ohne voraufgegangene Beschlußfassung in der Bundesregierung einen westdeutschen Wehrbeitrag anbot, wurde dieser mit akuten Angriffsabsichten der Sowjets motiviert. Darüber sind eineinhalb Jahre vergangen, ohne daß westdeutsche Divisionen stehen. Gleichwohl ist die Sowjetunion, wie Dr. Adenauer in einem Interview am 23. März in Paris erklärte, in der *Defensive*. Und der Stabschef Eisenhowers, General Gruenther, erklärte am 25. März vor dem Außenpolitischen Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses: *«Ich glaube nicht, daß der sowjetische Angriff auf Europa jemals kommen wird. Es steht in unserer Macht, einen Krieg auf immer zu verhindern.»* Sollte es uns nicht genügen, daß die Dinge so stehen?

Schon aber reifen aus dieser Situation die Projekte für eine Neuordnung der Welt. *Unter der starken Faust amerikanischer Aufrüstung will die Bundesrepublik der europäische Partner einer neuen Achsenpolitik sein*, so wie Japan es auf asiatischer Seite sein soll.

Die «baldmöglichste» Wiedervereinigung Deutschlands über gesamtdeutsche Wahlen unter einer gesamtdeutschen Regierung, die von der Bundesregierung noch am 9. März 1951 proklamiert wurde, ist längst nicht mehr das natürliche Ziel. Vielmehr steht die Eingliederung der Bundesrepublik in westliche Gemeinschaften einschließlich ihrer Aufrüstung als die größere Konzeption einer neuen Weltpolitik längst so sehr im Vordergrund, daß die Note der Sowjetunion vom 11. März des Jahres von vornherein vom Bundeskanzler und seinem Staatssekretär des Auswärtigen einfach als «belanglos» bezeichnet werden konnte. Alle früheren Proklamationen von «baldmöglichster» Herstellung der deutschen Einheit sind, um es noch einmal zu sagen, hinfällig. Vor jeder Wiedervereinigung Deutschlands soll die Eingliederung der Bundesrepublik in ein «föderativ gestaltetes Europa», das heißt in Wahrheit in ein Westeuropa als Glied der Atlantikpaktgemeinschaft stehen. Und dann soll eines Tages die – nicht kriegerische – Auseinandersetzung mit der Sowjetunion über die Bereinigung aller europäischen und asiatischen Konflikte in der Welt samt einer Neuordnung des osteuropäischen Raumes beginnen! Wahrlich eine große Konzeption – aber auch eine beängstigende.

Es mag den Amerikanern angemessen sein, der Welt eine bessere Ordnung zu bringen. Dem westdeutschen Volk aber steht keine *Weltpolitik* zu, sondern nur eine natürliche *deutsche* Politik der baldmöglichsten Wiedervereinigung unseres Volkes in einem einheitlichen Staatswesen der Freiheit und der Menschenwürde.

Es ist kein Geheimnis, daß der erste von Eden verfaßte Entwurf für die Antwort der Westmächte auf die Sowjetnote wesentlich offener gehalten war als die nunmehr wirklich gegebene Antwort. Acheson und Dr. Adenauer haben es erreicht, daß der Fortgang der Bemühung um eine jetzige gesamtdeutsche Lösung wesentlich erschwert worden ist. Washington will westdeutsche Rekruten haben und hat darum ein Interesse, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands jedenfalls jetzt nicht zustandekommt. Dr. Adenauer will die Westintegration der Bundesrepublik vor jeder anderen Lösung. Das eben ist die neue Außenpolitik weltweiter Zielsetzungen samt einer Neuordnung des osteuropäischen Raumes, die nun klar zutage kommt.

Die Londoner «*Times*» aber schrieb im Hinblick auf die Sowjetnote vom 11. März: «*Man kann sich der Möglichkeit nicht verschließen, daß dies tatsächlich die letzte (!) Chance vor der endgültigen (!) Teilung Deutschlands mit allen ihren Folgen ist.*»

Hat die Nation zur Kenntnis genommen, wohin der Bundeskanzler uns führt? Wollen wir uns zu der Aufgabe bekennen, anderen Völkern neue politische Ordnungen zu bringen? Wollen wir Westdeutsche solches unter Zurückstellung, ja sogar unter schwerster Gefährdung dessen, was unsere Landsleute in der russischen Zone erwarten und erhoffen?

Dr. Dr. G. W. Heinemann, Essen

Die Verbundenheit Gottes mit dem Menschen

(Die Theoandrie bei N. Berdiaeff)

Eines der letzten und wie alle seine Werke, von einem schöpferischen Geist durchwehten Bücher von N. Berdiaeff trägt den Titel: «Existentielle Dialektik des Göttlichen und Menschlichen.»* Es ist dem Grundthema der Beziehung des Menschen zu Gott und der Verbundenheit Gottes mit dem Menschen, dem «Theoandrismus» gewidmet. Das ist das Hauptanliegen Berdiaeffs, das in allen seinen Werken wiederkehrt und sich doch jedesmal als ebenso neu wie unerschöpflich erweist, weil Berdiaeff kein dogmatisches oder ethisches System bietet, auch nicht einfach ein Philosophie, sondern mit seiner ganzen Existenz, handelnd und denkend, sich entscheidend und erkennend, eingeht in das Ringen um die heutige Frage nach Gott und Mensch und Welt. So könnte sein Schaffen am ehesten nach einem Worte Kierkegaards als «Existenz-Mitteilung» bezeichnet werden. Der Umkreis dieser Existenz-Mitteilung ist universell und rührt an die Tiefen und Höhen des menschlichen und geschichtlichen Lebens. *Es ist ein Kampf um Gott und den Menschen in ihrer gottgesetzten und unaufgebbaren Verbundenheit.* Es ist zeugnishaftes Denken oder wie Berdiaeff sich schlicht in der Einleitung zu dem Buche ausdrückt: «Dieses Buch ist weder dogmatisch noch theologisch, was nicht hindert, daß ich das Recht haben möchte, zu sagen, daß es das Buch eines Gläubigen ist.» Vieles in diesem großartigem Werk erinnert an die großen vorausgegangenen Arbeiten: «Der Sinn des Schaffens», «Die Philosophie des freien Geistes», «Die Bestimmung des Menschen» und andere. Doch ist alles wie verwandelt durch die Feuerglut dieses Geistes, der bis zuletzt ein lebendig Schaffender war und mit den Fragen des Lebens und des Menschen, der Geschichte und des Reiches Gottes gerungen hat mit dem vollen Einsatz der eigenen Existenz. So vertritt Berdiaeff weniger eine existentialistische Philosophie als ein existentielles Denken, das zugleich Glaubenszeugnis ist. «Dieses Buch wurde geschrieben in einer sowohl äußerlich wie innerlich besonders schwierigen Zeit meines Lebens. Es handelt von Existentialismus des schöpferischen Subjekts. Um das Buch schreiben zu können und durch die Verhältnisse des Lebens mich nicht erdrücken zu lassen, bedurfte ich einer großen geistigen Konzentration.» Der Segen dieses Kampfes ruht auf dem Buche.

Die Freiheit

«Was mich angeht, so möchte ich sagen: ‚Ich gründe meine Sache auf die Freiheit.' Im Hinblick auf die Wirklichkeit der natürlichen Welt ist die Freiheit nichts, sie ist nicht ‚etwas'. Deshalb habe ich meinem

* Verlag: C. H. Beck, München.

ersten Kapitel die Überschrift gegeben: ‚Unfromme Betrachtung', denn die traditionelle fromme Betrachtung beginnt nicht mit der Freiheit. Als Sohn der Freiheit billige ich mir die Freiheit zu, das historische Christentum der Kritik zu unterwerfen, und ich nehme das Recht der freien Kritik der Offenbarung in Anspruch, so wie es die Kritik der reinen Vernunft gibt.» Die Freiheit wird zum Anfang und zum Ende des Buches. Sie durchwaltet alle seine Teile, alle seine Probleme. Hier ist sie unverfälscht «Freiheit», menschliche, göttliche, sittliche Freiheit, schöpferische, Wahrheit schaffende und begründende Freiheit. Als solche behauptet sie sich gegen alle Verfälschungen ihrer selbst, die Berdiaeff nicht müde wird aufzudecken. Er ist dem Strom der diesmaligen geistigen und politischen Nachkriegsreaktion nicht erlegen. Nichts hat die Freiheit bei ihm zu tun mit der heutigen Freiheitsphraseologie – und Propaganda der Reaktionäre, Kapitalisten, Imperialisten, Faschisten und Pseudodemokraten, die meinen, die Freiheit dem Kommunismus weggepachtet zu haben und doch keine echten Träger der Freiheit sind, keine *schöpferische* Freiheit vertreten, sondern die Freiheit zur Dienstmagd der Notwendigkeit des Bestehenden machen, die das Gericht über ihre Welt noch nie angenommen haben, und die das biblische Grundwort von der Umkehr weniger vernommen und angenommen haben als irgendeine Zeit bis dahin. «Wenn der Freiheit eine falsche Richtung gegeben wird, gerät der Mensch, und mit ihm die Welt, in Abhängigkeit von einer unvermeidlichen Notwendigkeit.» Darin gründet Berdiaeffs Kampf und Auseinandersetzung mit dem Marxismus und Bolschewismus, aber ebensosehr mit der heutigen bürgerlichen Welt, die in ihrem ganzen Umfang abgelehnt und mit einer Tiefe des Blicks durchschaut und mit einer Vollmacht der Wahrheit entlarvt wird, wie das nur ein prophetischer Geist vermag.

Berdiaeff dringt aber durch die Krise der nichtchristlichen und antichristlichen Welt hindurch zur zentralen

Krise des Christentums

und zur Kritik der Offenbarung. Diese Kritik des Christentums ist für ihn entscheidend. «In gewissem Sinn läßt sich sagen, daß das Christentum (wir meinen das historische Christentum) seinem Ende nahe ist, und daß wir unsere Wiedergeburt nur noch von der Religion des Heiligen Geistes erwarten können, die zugleich Wiedergeburt und Vollendung des Christentums sein wird. Die Schwäche des Christentums inmitten dieser an Bewegungen überreichen und von dynamischen, oft dämonischen Kräften erfüllten Welt ist nichts anderes als die Schwäche des historischen Christentums; sie kündigt den Übergang zum eschatologischen, in die zukünftige Welt weisenden Christentum an. Dieses eschatologische Christentum wird die Religion des Geistes und der Dreieinigkeit sein, sie wird alle Versprechungen, Hoffnungen und Erwar-

tungen erfüllen. Wir leben in einer Art Zwischenzeit, und das macht die Qual unserer Epoche aus. Die Welt geht durch eine Phase der Entwicklung hindurch, in der sie sich von Gott verlassen fühlt. Dieses Verlassensein der Welt und des Menschen von Gott ist ein schwer zu begreifendes Geheimnis, das man nicht rationalisieren darf. Es ist ein geheimnisvolles Geschehen, das sich an der überlieferten Lehre von der göttlichen Vorsehung stößt. Die Krise des christlichen Bewußtseins ist eine tiefe Krise, die sich auf die Vorstellung selbst von Gott und die Art, die Offenbarung zu begreifen, erstreckt. Die Christen haben viel zu lernen und müssen eine wirksame Lehre aus den antichristlichen Bewegungen und sogar aus dem Atheismus ziehen, denn gerade in diesen Bewegungen spürt man den Atem des Geistes. Das, was sich im leidenden Menschen gegen Gott im Namen des Menschen erhebt, ist nichts anderes als der Aufstand des wahren Gottes selbst. Der Aufstand gegen Gott kann nur im Namen Gottes selbst erfolgen, im Namen einer Idee, die höher ist als Gott. In den meisten Fällen setzt der Aufstand gegen Gott, der moralische Aufstand vor allem, die Existenz Gottes voraus. In Wahrheit gibt es keine Atheisten, gibt es nur Götzendiener. Wenn der Atheismus von einem tiefen, durch Leiden erzeugten Gefühl diktiert wird, statt oberflächlich und fröhlich oder böse und haßerfüllt zu sein, dann stellt er eine Bestätigung Gottes dar. Die Trennung von Gott macht die Welt drückend, was nach Franz von Baader soviel wie Abwesenheit Gottes bedeutet.» In dieser Fülle der Erkenntnis (sie ist ein Wesensmerkmal des Schaffens von N. Berdiaeff) tritt uns diejenige Auffassung der Sache Christi nahe, die Berdiaeff vertritt: Es ist das *prophetische* Verständnis der Offenbarung, der Sinn für die *fortschreitende Offenbarung*, der Glaube an das Kommen des Reiches Gottes und die Betonung der aktiven, ja *schöpferischen Rolle des Menschen* in diesem Geschehen. «Der Mensch ist keine statische, ein für allemal geformte und keiner Veränderung mehr unterworfene Kreatur. Er ist ein dynamisches, schöpferisches Wesen, in unaufhörlicher Entwicklung begriffen und das Unendliche in sich tragend. Das menschliche Bewußtsein ist veränderlich; es kann sich ausdehnen und zusammenziehen, an Tiefe gewinnen oder oberflächlich werden; deshalb wirkt sich die Offenbarung stufenweise aus und ist niemals vollständig. Aber die Möglichkeit einer unendlichen Bejahung des Geistes und der geistigen Welt steht außer Zweifel.» Aus eben diesem Grunde ist auch die Offenbarung «gottmenschlich». Sie ist erfüllt in Christus, dem Gott-Menschen und wird sich vollenden in dem kommenden Christus und einer vom Heiligen Geist zur Gott-Menschheit verwandelten Menschenwelt.

Anregend und befreiend wirken die Gedanken Berdiaeffs auch da, wo wir vielleicht sachlich anders denken. Es sei ein Beispiel dafür angeführt. Im gleichen Kapitel über die Krise des Christentums redet Berdiaeff über die *Gottesvorstellung* und das *Gottesbewußtsein*. «Man stellt sich das Göttliche vor entweder unter einem soziologischen Gesichts-

punkt: als Herr, König, Vater, oder unter einem dynamischen: als Kraft, Leben, Licht, Geist, Wahrheit, Feuer. Nur diese letztere Vorstellungsweise ist Gottes wie des Menschen würdig. Aber das setzt eine gewaltige, eine befreiende Wandlung unseres Gottesbewußtseins voraus. Es ist nicht leicht, den Menschen zu erwecken um ihn von seinem alten Alpdruck zu befreien, durch den das ‚Ich' sich selbst und Gott tyrannisiert; hier beginnt der Weg zur Kreuzigung Gottes. Das ‚Ich' wurde ebenso sich selbst wie Gott zum Verhängnis. Man kann gar nicht genug darauf hinweisen, daß Gott eine Wirklichkeit ist, die in nichts der natürlichen und sozialen Wirklichkeit gleicht. Gott ist Geist, er ist Freiheit und Liebe. Er offenbart sich endgültig nur im schöpferischen Akt des Geistes; in diesem schöpferischen Akt wird Gott Wirklichkeit.» Aber die von N. Berdiaeff so genannte «soziologische» Gottesvorstellung muß nicht diesen Sinn haben. Sie kann umgekehrt, wie das die biblische Botschaft zeigt, mit der Betonung «*Gottes* als des Herrn, des Königs und Vaters» alle andere Herrschaft, alles andere Königtum und alle andere Vaterschaft durch sich begrenzen und zu ihrem wahren Sinn erheben. Denn der wahre Sinn geht ja immer von der Offenbarung aus! Darum ist wohl keine Gottesvorstellung vor Entartung geschützt, auch nicht die dynamische!

So ist es mit N. Berdiaeff: Immer regt er zur Besinnung und zum Gespräch an, auch im Widerspruch; denn dieser geschieht von ihm selbst aus in «Freiheit und Liebe».

Großartig, wie er sich mit dem deutschen Denken im Kapitel über «*Die Dialektik des Göttlichen und Menschlichen im deutschen Denken*» auseinandersetzt. Er versteht das «geistige Drama», das mit diesem Denken und seiner Geschichte verbunden ist und das so sehr das Schicksal des deutschen Volkes bestimmt. Er zeigt auch die Abwegigkeit und die Gefahr dieses Denkens auf. Die deutsche Mystik und Luther, die deutsche idealistische Philosophie, Max Stirner, Nietzsche, Marx, Feuerbach treten in den verschiedenen Akten dieses Dramas auf. Tragisch ist das Ringen mit dem «Schicksal», das den starken deutschen Schicksalsglauben prägt und zu einem Streben führt, das zum «Nichts», ja zum «Tode» neigt. «Dieses Streben nach dem heroischen Nichts ist kennzeichnend für den deutschen Geist», sagt Berdiaeff in dem Abschnitt über Nietzsche. Dieses Denken kann sich mit einem falschen Messianismus verbinden: «Die deutsche Idee ist die der Herrschaft einer Herrenrasse über andere sogenannte niedere Rassen und Völker. Das ist ein Erbe der alten heidnischen, der griechisch-römischen Idee einer starken und befehlenden Herrenrasse, die sich durch Auslese bildet und die dazu berufen ist, die zu Sklaven geborenen Schwachen zu beherrschen.» Diese «Idee» ist in der Tat der Motor des «Deutschland über alles», jenes verhängnisvollen Geistes, mit dem das deutsche Volk immer wieder sich selbst und mit sich die Welt in einen Abgrund stürzte. Ist es nicht wieder auf dem Wege dazu, mit «westlicher» und «östlicher» Unterstützung?

«Die Toren sprechen in ihrem Herzen – es ist kein Gott!» Die westlichen und die östlichen Toren! Darum treiben sie «Realpolitik», treiben sie Gewaltpolitik, Politik des Mißtrauens, der Drohung, der berechnenden Macht, erniedrigen und fälschen ihre Ideale damit und stärken aufs neue jenes Deutschland, das ein Herold des Todes und des Nichts ist, auch wenn es sich «europäisch» oder «westlich» drapiert. Ähnlich wie Leonhard Ragaz erkennt N. Berdiaeff, daß dieses deutsche Denken entweder zum Pantheismus und zum Glauben an das Fatum neigt oder zu einer falschen Trennung von Gott und Mensch, Gottesreich und Weltreich kommt, die zu einem falschen Messianismus führt. Denn verbindet sich der Mensch oder ein Volk nicht der Wirklichkeit und der Wahrheit Gottes in Christus, erfährt es nicht die Einwirkung des prophetisch-messianischen Geistes, dessen Glaube ein Trachten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit ist, so verbindet es sich der Welt, der «Unmensch-Welt», wie Blumhardt sagt, oder dem Antichrist.

Entwicklung und Neuschöpfung

Für einen Denker wie Berdiaeff muß sich dieses Problem stellen. Er geht von der *Tatsache* der Entwicklung aus und beleuchtet verschiedene Entwicklungstheorien und besonders den Evolutionismus des 19. Jahrhunderts kritisch. Von diesem sagt er: «Im Grunde ist er eine konservative Lehre, da er jede Schöpfung in der Welt leugnet und nur die Wiederverteilung der Teile anerkennt, aus denen sich die Welt zusammensetzt. Nach dieser Theorie sind alle Veränderungen äußeren Triebkräften zu verdanken, ohne daß sich aus dem Inneren, aus innerer Aktivität stammende Veränderungen feststellen ließen, die das Ergebnis der Freiheit sind. Man gibt äußere Erschütterungen und Impulse zu, die einander bis ins Unendliche ablösen, niemals aber stößt man bis zum Inneren, bis zu dem mit schöpferischer Energie geladenen Kern vor. Die wahre Entwicklung, die die Evolutionstheorie nur von außen her begreift, ist im Grunde das Ergebnis eines inneren Schöpfungsprozesses. Die Evolution ist lediglich der auf der Horizontalen, auf der Oberfläche sich niederschlagende Ausdruck schöpferischer Taten, die sich vertikal, in der Tiefe abspielen.»

Das trifft sich mit dem, was Leonhard Ragaz immer neu über den Entwicklungsgedanken ausgeführt hat und was Blumhardt einmal in der geisterfüllten Einfachheit seines Zeugnisses in den Worten ausdrückte: «Die Entwicklungen sind Schöpfungen im Reiche Gottes!» Die Schöpfung aber gehört nach Berdiaeff dem Reich der Freiheit an. Darum ist Abfall in ihr geschehen und möglich, darum ist die Welt aber auch «keine vollendete, statische Welt; und hier in dieser Welt muß sich der Schöpfungsprozeß fortsetzen; das kann nur das Werk des Menschen sein. Alles, was möglich ist, muß sich offenbaren und verwirklichen.» Darum ist auch die Offenbarung nicht abgeschlossen. Sie wird fortgeführt und vollendet

durch den Geist, sie zielt auf «die endgültige Offenbarung des Geistes». «Eine wahre religiöse Erneuerung setzt stets eine neue Epoche des Geistes voraus. Und diese neue Epoche kann nur die einer neuen Offenbarung sein, ein Werk, nicht nur Gottes, sondern auch der schöpferischen Tätigkeit des Menschen. Solches läßt sich nur aussprechen, sofern man eine dynamische Auffassung vom Leben der Welt als auch vom Leben Gottes zuläßt.» So mündet auch hier das Denken Berdiaeffs in jenen Glauben, den man am kürzesten in das Wort von dem *lebendigen Gott und seinem Reiche* zusammenfaßt.

Doch nun steigt der Denker mit uns «in die Tiefe» zu jenen «Mächten», die die Welt und das Menschenleben erfüllen und endgültig Herrschaft über es erlangen möchten und dies auch ohne den lebendigen Gott und seinen Christus und ihren Geist tun würden. Da ist *«die Furcht»*, *«das Leiden»*, *«das Böse»*. Sie gipfeln im «Tode». Dieser ist in seiner Verknüpfung mit dem Bösen, *die* Grundmacht, «der Feind», wie es der Apostel Paulus ausdrückt.

Die genannten Kapitel sind geprägt von einer Tiefe der Erfassung dieser Wirklichkeiten, die nur im *Ringen* mit ihnen zu erlangen ist. Darin tritt uns Berdiaeff *menschlich* so nahe, weil er auf seine Art ein *Gotteskämpfer* war und ist, und die Frucht dieses Kampfes wie wenige schöpferisch mitzuteilen vermag. Er ist einer der großen Zeugen «der Kräfte der Wiedergeburt und der Auferstehung» in unserer Zeit, der wie die beiden Blumhardt und Leonhard Ragaz auf «eine neue Epoche des Geistes» hofft. Auf dieser Linie kommt es auch hier wieder zu einer Konfrontierung mit dem «germanischen Geist», den man in diesem ganzen Zusammenhang wohl als Typus des *heidnischen* Geistes überhaupt auffassen kann, der weithin auch unser Christentum durchzieht. «Es ist interessant, festzustellen, daß der germanische Geist sich vom Tod – vom Sieg und vom Tod – angezogen fühlt. Die Musik Wagners ist durchdrungen vom Pathos des Sieges und des Todes. Nietzsche predigte wohl den Willen zur Macht und besang die ekstatische Lebensfreude. Aber die letzten Worte, die ihm sein verzweifelt tragisches Lebensgefühl diktiert hat, lauteten: Amor fati. Der germanische Geist besitzt wohl Tiefe; was ihm aber fehlt, sind Kräfte der Wiedergeburt und der Auferstehung. Diese Kräfte leben im russischen Geist, und N. Fedorow gab diesen Auferstehungskräften den stärksten Ausdruck. Nicht zufällig ist das Fest der Wiederauferstehung Christi das höchste Fest der russischen orthodoxen Kirche. Weder der Tod noch die Geburt sind die Träger des Sieges über das Böse dieses Lebens und dieser Welt: dies ist vielmehr die Wiederauferstehung. Die Erfahrung des in der Welt herrschenden Bösen ist eine zum Scheitern führende Erfahrung, aber die schöpferischen Kräfte der Auferstehung triumphieren über das Böse und den Tod. Die Haltung der christlichen Ethik dem Bösen und den Übeltätern gegenüber kann nur paradox sein. In Christus als dem ‚Gott-Menschen' und in dem Prozeß der göttlichen Menschlichkeit bereitet sich

die Wandlung des ganzen Kosmos vor. Das Böse und die mit ihm verbundene Freiheit können nicht Gegenstand einer ontologischen und statischen Vorstellung sein, sie lassen sich nur dynamisch in den Ausdrükken einer geistigen und existentiellen Erfahrung denken.» Und, fügen wir hinzu, nur so, im lebendigen Ringen mit ihnen, nicht dogmatisch-doktrinär, aus dem lebendigen Geist der Wahrheit heraus kann mit diesen Mächten und allen andern, die wir kennen, gerungen werden. Gerade darum bitten wir auch: «Komm, Schöpfer Geist!»

(Schluß folgt.) *Albert Böhler*

Aktionsprogramm der vom verstorbenen Dr. Magnes gegründeten IHUD-Organisation

Der einzige Weg

Die Fortführung der heutigen Politik im Mittleren Osten, sowohl von seiten Israels wie auch der Arabischen Staaten, gefährdet den Frieden in diesen Gebieten, wenn nicht in der ganzen Welt. Wir, Bürger von Israel, fühlen uns verantwortlich für die Zukunft unseres Staates. Wie die Dinge heute in Israel liegen, machen die Parteien der Rechten die Linke für die Schwere der Situation verantwortlich, während umgekehrt die Parteien der Linken den Fehler nur bei ihren politischen Gegnern suchen. Die Auffassung der IHUD-Bewegung geht dahin, daß die Hauptursache für unsere kritische Lage in unserer Politik gegenüber den Arabern zu suchen ist. IHUD ist überzeugt, daß heute, nach den Wahlen in das zweite Parlament, die Zeit gekommen ist, unsere Araberpolitik umzustellen. Größte Anstrengungen sollten gemacht werden, uns die Schrecken eines neuen Krieges zwischen Juden und Arabern zu ersparen. IHUD hält dafür, daß eine solche Politik gleichzeitig gerecht und realistisch ist.

IHUD ist bedrückt durch die Ungerechtigkeiten gegenüber den in Israel lebenden Arabern. Die Rechtsgleichheit, die ihnen in der Unabhängigkeitserklärung feierlich versprochen wurde, ist nicht geschaffen worden. IHUD verlangt vollkommene Rechtsgleichheit in Arbeitsbedingungen, Löhnen, in Gewerbe und Industrie, in der Belieferung mit Rohstoffen, in der Zuteilung von Lebensmitteln und in weiteren IHUD-Forderungen; sie verlangt, daß die Einschränkung in bezug auf Bewegungsfreiheit der Araber, wie die Militärgesetzbarkeit in allen Teilen des Landes aufgehoben werden. IHUD fordert weiter, daß arabischen Eigentümern das für jüdische Siedlungszwecke entfremdete Land zurückgegeben werde.

In unserer Einstellung den arabischen Ländern gegenüber allgemein, fordert IHUD äußerste Mäßigung. Grenzzwischenfälle zum Beispiel, die

so viele Menschenleben kosten, sollen von ihren Anfängen an auf Grund von Verhandlungen geregelt werden. Unter keinen Umständen dürfen «Rechnungen» durch Vergeltungsmaßnahmen beglichen werden, wie das oft geschah, wenn Zwischenfälle geregelt werden mußten, nachdem auf beiden Seiten kostbares Blut unnütz vergossen worden war. IHUD verlangt Vorsicht in politischen Äußerungen und das Unterlassen kriegerischer Reden trotz allen Drohungen von Gegnerseite.

Was das Problem der arabischen Flüchtlinge betrifft, verlangt IHUD, daß sich die Regierung Israels an den Bemühungen der zuständigen Organe der Vereinten Nationen beteiligt, einmal durch Zahlung von Entschädigungen und durch die Wiedervereinigung getrennter Familien. IHUD verlangt die Freigabe des Kapitals arabischer Flüchtlinge, das in israelischen Banken blockiert ist. Es ist undenkbar, daß sich Israel dem Elend arabischer Flüchtlinge gegenüber gleichgültig zeigen sollte. Diese Flüchtlinge bedeuten eine große Gefahr für den israelischen Staat; Hilfe, die ihnen geleistet wird, ist darum eine wirksame Tat, die auch Israel zugut kommt.

IHUD ist überzeugt, daß die Verwirklichung dieser Forderungen zu einer Besserung der unheilvollen Atmosphäre beitragen wird. Es besteht Hoffnung, daß die Tür zur Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet geöffnet werden kann, was für Juden und Araber notwendig ist. Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Mittleren Osten ist ein dringendes Gebot und kann nicht aufgeschoben werden. Die Wirtschaft Israels und die der arabischen Länder ergänzen sich offensichtlich.

IHUD ist der Ansicht, daß der Friede uns, wie den Arabern, von lebenswichtiger Bedeutung ist, und daß ohne ihn weder Israel noch der ganze Mittlere Osten gedeihen kann. Nur ein dauernder Friede wird dem Einwanderer einen Arbeitsplatz und der ganzen Bevölkerung genügend Nahrung sichern.

Tel Aviv, August 1951.

Ein Leben aus dem Glauben

Wenn es überhaupt angeht, eine Jubilarin zu feiern, die nicht gefeiert sein will, dann wohl nur in der Weise, daß das Werk *vor* die Person gestellt wird. *Dr. Elisabeth Rotten*, die dieses Frühjahr das siebte Jahrzehnt überschreitet, aber noch immer mitten in voller Arbeit drin steht, hat es je und je verstanden, sich unsichtbar zu machen, sich selber zurückzustellen. Ihre ganze Hingabe gilt der Sache. Sie geht im besten Sinne des Wortes in der Arbeit auf. Dabei verliert sie sich nicht in zusammenhangloser Geschäftigkeit. Ihre vielen Reisen sind wohldurchdacht und auf bestmögliches Zeitauskaufen angelegt; reist sie doch mit

Vorliebe nachts, um am Tage bereit zu sein. «Wo ist eigentlich die Elisabeth zu Hause?» wurde einer ihrer Freunde gefragt. Die Antwort war vielsagend: «En train.» Ihr rast- und doch hastloses Wirken ist ausgerichtet auf das große Doppelziel: Den umfassenden Frieden gewinnen durch ehrliche Verständigung, auf die volle soziale Gerechtigkeit zusteuern durch Ernstnehmen der neutestamentlichen Ethik, beides aber entwickelt aus einer gründlichen Erneuerung der Erziehung.

Damit ist schon angedeutet, daß ihr Denken und Tun kein einseitiges ist. Ihre Losung ist die Synthese, nicht der Kompromiß! Sie braucht gern das Bild der Zugsrichtung im Eisenbahnverkehr: «Wenn du bemerkt hast, daß du in den falschen Zug geraten bist, der in entgegengesetzter Richtung fährt, so läßest du dich nicht noch weiter vom Ziel wegführen; an der nächsten Station steigst du um in den richtigen Zug.» Noch klingt uns ihre Mahnung in entscheidender Stunde in den Ohren: Hütet euch vor Zugeständnissen an den Nationalsozialismus! Die oft gehörte Redensart – auch in der Schweiz – : «Auch vom Faschismus läßt sich lernen», ist verhängnisvoll. Heute kommt es auf einen innern und ganzen Entscheid an. Elisabeth Rotten hat persönlich als Pazifistin, als Lehrerin der Sozialen Frauenschule und als Leiterin des Kindergartenseminars in Dresden diesen Entscheid 1933 denn auch eindeutig getroffen. Haussuchungen mit und ohne Revolver und die Preisgabe ihrer reichen Arbeit in Deutschland waren die Folge; aber ihre Bücher erhielt sie infolge direkter Beschwerde bei der zuständigen Stelle zurück. «Hier stehe ich – sintemal es nicht geraten ist, gegen sein Gewissen zu handeln.» (Luther in Worms.) Aber Elisabeth sieht auch die Synthese der großen Linie, wo andere in nichtigen Streitereien unnötige Kraft verbrauchen. Darum ist sie die geborene Kursleiterin, die aus noch so verworrenen Diskussionen Wesentliches herauszuarbeiten versteht. Erst recht an größeren internationalen Kongressen! So gab es am internationalen Kongreß zur Erneuerung der Erziehung 1927 in Locarno Augenblicke der Spannung, zum Beispiel zwischen Deutschen und Franzosen, die nicht ohne Zündstoff waren. Einige klärende Worte des «weißen Engels» wirkten Wunder, weil sie letzte Ziele hell aufleuchten ließen, gegen welche nationale Empfindlichkeiten nicht aufkamen.

Als Pazifistin mußte es sie besonders schmerzen, wenn auch Kämpfer für den Völkerfrieden über unwichtige Verfahrensfragen sich aufhielten und stritten. In der Schrift: «Stufen der Friedensarbeit» wußte sie radikalen Antimilitaristen sowohl wie auch bedächtigen Methodikern der Friedensbewegung ihre Aufgaben zuzuweisen, so daß jeder selber kräftig Hand anlegen und zugleich vom Vorgehen eines ganz anders gearteten Temperamentes lernen konnte und kann.

Unablässig ist Elisabeth Rotten bemüht um die schwerste aller Synthesen: Denken und Handeln, Wort und Tat in Übereinstimmung zu bringen. Das lebendige Wort stellte sie in Vortragsreisen in den USA, in England, Deutschland und in der Schweiz in den Dienst der Friedens-

bewegung, und ihre zahlreichen Aufsätze suchen unentwegt durch saubere Denkarbeit drohende Mißverständnisse zu verhüten, akut gewordene zu klären. Aber nie kam die aktive Seite der Freiheitsbewegung zu kurz. Organisez la Paix! Lebt den Frieden! So setzte sich Elisabeth Rotten während des Ersten Weltkrieges – der, wie sie bekennt, erst recht eine Kämpferin für den Frieden aus ihr machte – für die englischen Kriegsgefangenen in Deutschland ein und nahm unerschrocken den Kampf gegen einsichtslose Militärbehörden auf. In solchem Bestreben verbündete sie sich bald und für immer mit den Quäkern. Nach dem Krieg gelang es ihr, die ersten geistigen und charitativen Verbindungen zwischen «feindlichen» Ländern anzuknüpfen. Es konnte nicht anders sein, als daß ihr Bestreben, in erster Linie die Erzieher aller Länder zusammenzubringen, sie in freundschaftliche Verbindung mit Pionieren, wie Maria Montessori, Jane Addams, Romain Rolland, Tagore, Fritjof Nansen, führte *). Ihr Briefwechsel wurde mit der Zeit unabsehbar. Sie ist darin gleich gewissenhaft im Verkehr mit führenden Organisatoren wie mit einzelnen unbekannten Hilfesuchern. Namentlich zur Hitlerzeit hat sie so vielen den Weg zum Asyl in irgendeinem Lande gefunden und geöffnet. Als wertvoll und dauerhaft erweisen sich auch die Fäden, die sie zwischen «Internationalem Erziehungsbüro» in Genf und der «Unesco» gezogen hat.

Als Sechzigerin entwarf sie mit W. Robert Corti den Plan zu einem Kinderdorf Pestalozzi und warf ihre besten Kräfte in das Ringen um dessen so schöne Verwirklichung.

Wohl steht Elisabeth Rotten ein außergewöhnliches geistiges und sprachliches Rüstzeug zur Verfügung; aber sie hatte auch größere Hindernisse zu überwinden als andere. So das Fehlen einer sichern materiellen Existenz, die Verkrüppelung der rechten Hand durch Infektion zur Zeit großer Ermüdung, ein hartnäckiges Augenleiden. Sogar die Freiheit der alleinstehenden Frau gab Elisabeth Rotten preis, indem sie freiwillige Mutterpflichten für eine befreundete unglückliche Familie auf sich nahm.

So hat denn Elisabeth Rotten je und je aus dem Glauben heraus gelebt. Sie hat die Probe aufs Exempel abgelegt, ob es auch heute noch möglich ist, Jesu Wort in Tat umzusetzen: «Trachtet am ersten nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit, so wird euch alles übrige zufallen.» Sie macht ernst mit der revolutionären Weisung: «Denket um!» Im wildesten Treiben einer betäubenden Propaganda vertraut sie auf die unbestechliche und unüberwindliche Kraft der Wahrheit. Sie glaubt an die Überwindung des absolut Bösen, das sich im Kriege austobt, durch die vorbehaltlose Güte.

Wir hören heute den Haßgesang einer verbreiteten Presse gegen die aufstrebenden farbigen Völker und gegen die Völker der Sowjetunion.

*) Vergleiche: Elisabeth Rotten «Jane Addams». Pazifische Bücherstube.

Elisabeth Rotten nimmt auch in dieser brennenden Gegenwartsfrage einen höhern Standpunkt ein: Der Weltfeind Nummer 1 ist die Weltnot, sagt sie. Kämpfen wir gegen den Hunger und die Angst der zurückgebliebenen Völker, damit haben wir unser Bestes zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges getan. – Aus der bürgerlichen Französischen Revolution sind trotz bedauernswerter Ausschreitungen bleibende Werte entstanden; sollte ähnliches für die soziale Revolution nicht auch möglich sein? Kennt der «Westen» den Wert der persönlichen Freiheit besser, so ist dafür im «Osten» das Gefühl für die Brüderlichkeit lebendiger, stärker. Elisabeth Rotten glaubt an die große Synthese: Freiheit und Brüderlichkeit.

Es gibt eine Theologie der Gottesferne, die uns bewußt macht, wie wenig Menschen aus eigener Kraft auszurichten vermögen. Menschen wie Elisabeth Rotten aber sind überwältigt von der Nähe des lebendigen Gottes und geben sich als Werkzeug ganz in Gottes Hand. Darum liegt auch in ihrem schlichtesten Alltag eine Andacht, in ihrem Geschäftigsein eine Ruhe, bei allem Müdewerden ein Frohbleiben in der Hoffnung und trotz menschlicher Schwachheit ein Feststehen im Glauben. *E. F.*

Zu einer Erklärung

Der Schweizerische Friedensrat hat sich in einer Erklärung zum Aufruf zum «Schweizerischen Kongreß für die Verteidigung des Friedens» geäußert. Er wünscht darin, «um Verwechslungen zu vermeiden, mitzuteilen, daß er mit der Organisation dieses Kongresses nichts zu tun hat». Er gibt hierfür folgende Begründung: Während die Personen, die zum genannten Kongreß aufrufen, teilweise politisch unabhängige Menschen (in Wirklichkeit zum größten Teil. D. R.) und echte Freunde des Friedens sind, liegt die maßgebende Organisation offensichtlich in den Händen der kommunistisch inspirierten Bewegung für den Frieden.

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz, die seit Jahrzehnten den entschiedenen Kampf für den Frieden geführt hat und seine eindeutige Weiterführung nach allen Seiten und unter allen Umständen in der jetzigen Weltlage als das Dringlichste erachtet, kann daher eine solche Trennung in zwei Lager, womit ein Anspruch auf die einzig richtige Art der Vertretung der Friedenssache verbunden ist, nicht anerkennen. Sie kann dies um so weniger, als in den Reihen des Schweizerischen Friedensrates die Stellungnahme zur westlichen Aufrüstungspolitik in keiner Weise eindeutig ist. Die bei uns übliche Diffamierung des einen weltpolitischen Lagers und überhaupt die gegenseitige Hetze haben bis jetzt nicht zur Sicherung des Friedens, wohl aber zu unabsehbarer Kriegsvorbereitung geführt.

Der «Schweizerische Kongreß für die Verteidigung des Friedens» wird wie alle Friedensorganisationen durch seine Arbeit beweisen müssen, ob er im Gegensatz zu der vom «Schweizerischen Friedensrat» angeführten Beschuldigung unabhängig und ehrlich für die Sache des Friedens zu kämpfen weiß.

Die «Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz» sieht in der vom «Schweizerischen Friedensrat» vollzogenen Distanzierung keinen Weg zu wirklicher Unabhängigkeit, die sie immer vertreten hat. Deshalb wird sie über alle Lager hinweg für die Sache des Friedens kämpfen.

Zu einem Volksbegehren

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz unterstützt das von der Sozialistischen Arbeiterkonferenz in Angriff genommene Volksbegehren für ein Gesetz zum Schutze der Arbeiter und Angestellten durch Sicherung existenzminimaler Lohn- und Gehaltsansätze, empfiehlt ihren Mitgliedern, vor allem im Kanton Zürich, dessen Beachtung und ist, unter Wahrung der gegenseitigen Unabhängigkeit, durch einen Delegierten beim Initiativkomitee für die Durchführung dieses Volksbegehrens vertreten.

Die Religiös-soziale Vereinigung begrüßt solche Versuche, die im Dienste des Sozialismus einen Beitrag zu seiner Erneuerung und Verwirklichung leisten und damit auf kritische Selbstbesinnung innerhalb der sozialistischen Gesamtbewegung hinweisen.

WELTRUNDSCHAU

Krieg und Frieden in Ostasien . . . Trotz allem Propagandalärm um den angeblichen Bakterienkrieg der Amerikaner gegen Nordkorea und China, trotz einem gewissen amerikanischen Drängen auf Beschießung und Blockierung chinesischer Küstenstädte auch glauben wir nach wie vor, daß alle Vernunftgründe für einen endgültigen *Waffenstillstand in Korea sprechen*[1]. So

[1] Ich rede weiterhin von einem *angeblichen* Bakterienkrieg. Denn — daß die Amerikaner *wirklich* den Bakterienkrieg eröffnet hätten, dafür liegen keinerlei überzeugende Beweise vor. Man kann höchstens von einer ersten *Ausprobierung* des Bakterienkriegs reden. Professor Brun, der angesehene Zürcher Insektenforscher, hat denn auch öffentlich erklärt, die Art und Weise, wie nach koreanisch-chinesischen Berichten von den Amerikanern experimentiert worden sei, entspreche vollständig den Grundsätzen und

wie die Nordkoreaner und Chinesen nicht hoffen können, die Amerikaner und ihre Hilfsvölker mit Gewalt aus Korea zu vertreiben, so wird es auch für die Amerikaner mit jedem Tag aussichtsloser, den kommunistischen Nordstaat von Korea zu zerstören und das neue China auf die Knie zu zwingen. Eine militärische Entscheidung gegen die soziale Revolution in Ostasien herbeizuführen, erscheint allen Mac Arthurs und McCarthys zum Trotz völlig utopisch; der Versuch dazu könnte nur vollends ganz Asien gegen die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt aufbringen und dem Kommunismus in der ganzen Welt neues Ansehen und neue Macht verschaffen. Der Zwang zu einem militärischen Kompromiß in Korea ist offenkundig übermächtig, und es sieht denn auch gerade jetzt danach aus, als könnten die endlosen Verhandlungen in Panmunjom doch zu einem für beide Teile annehmbaren Abschluß geführt werden.

Was aber dann? Das amerikanische Eingreifen in den Kampf zwischen Revolution und Gegenrevolution in Korea hat so viele Fragen aufgeworfen, daß überhaupt noch nicht abzusehen ist, wie sie auch nur einigermaßen befriedigend sollen gelöst werden können. Im Vordergrund stehen natürlich das künftige Regime in Südkorea, das Verhältnis Tschiang Kai-sheks und seiner Formosaregierung zur Chinesischen Volksrepublik sowie die Vertretung Chinas in der UNO; aber dahinter erhebt sich das ganze Problem der amerikanischen Ostasien- und Pazifikpolitik, eingeschlossen die Zukunft Japans und der westmächtlichen Kolonialherrschaft in Südostasien. Wie Scott Nearing («World Events», Winter 1952) zutreffend bemerkt:

«Washingtons strategisches Hauptziel ist die Beherrschung des Pazifikraumes samt der Inselkette von den Aleuten bis zu den Marianen, in der Formosa ein wesentliches Glied darstellt. Dieses ganze Inselsystem, das eine Verteidigungslinie für Washingtons ‚Friedlichen Ozean' bildet, liefert Bomberstützpunkte, welche jeden bedeutenden Hafen auf dem asiatischen Festland von Wladiwostok bis Singapur mit Zerstörung bedrohen. Weder China noch die Sowjetunion kann diese amerikanische Pazifikpolitik annehmen, weil beide unter der täglichen Drohung einer Atomisierung durch amerikanische Bomber stehen. Solange die ‚Inselkette' unter der Herrschaft Washingtons bleibt und von USA-Streitkräften besetzt ist, können China und die Sowjetunion kein eigenes Leben führen. Entweder muß die ‚Inselkette' — die geographisch zu Asien gehört — einen Teil von Asiens Verteidigung bilden oder sie muß entmilitarisiert und der ganze Pazifikraum unter internationale Aufsicht gestellt werden.»

. . . und in Europa «Das gleiche», so fährt Scott Nearing fort, «gilt für den Atlantik, das Mittelmeer oder sonst ein Seebecken, das zwischen Produktions- und Bevölkerungszentren drin

Methoden, die für einen «wissenschaftlich» geführten Bakterienkrieg maßgebend sein müßten. Selbstverständlich ist, daß die Amerikaner keinerlei *moralische* Hemmungen haben, auch einen Bakterienkrieg zu entfesseln. Die Atombomben, die sie bedenkenlos gegen Japan eingesetzt haben, und die Napalm-Grausamkeiten, die sie in Korea begehen, zeugen zu laut für die grundsätzliche Unmenschlichkeit ihrer Kriegführung.

liegt. Solange amerikanische Flotten im Atlantik, im Mittelmeer und im Pazifik patrouillieren und Europa, Nordafrika, der Nahe Osten und die pazifische ‚Inselkette' mit amerikanischen Bomberstützpunkten übersät sind, kann es keine vernünftige Hoffnung auf eine friedliche Welt geben, sofern nicht die 94 Prozent der Menschheit, die außerhalb der Vereinigten Staaten leben, bereit sind, jeden Tag damit zu beginnen, daß sie ihr Gesicht nach Washington hin kehren, das Haupt beugen und einstimmig wiederholen: Dein Wille geschehe!»

Die Amerikaner und ihnen nach die große Mehrheit der Westeuropäer erwidern auf solche Feststellungen natürlich mit Entrüstung, nicht die Vereinigten Staaten seien es, welche die Welt unter Druck hielten, sondern die Sowjetunion und neuerdings China, überhaupt die kommunistische Bewegung, die alle «freien» Völker mit Eroberung bedrohe und die Menschheit nicht zu Frieden und Gedeihen kommen lasse. Es sei darum nötig, der ständig mit Krieg drohenden Macht der kommunistischen Staaten eine überlegene Militärmacht der vereinigten Demokratien entgegenzustellen und insbesondere die Sowjetunion, statt sich in nutzlose Verhandlungen mit ihr einzulassen, zu zwingen, die Bedingungen der Westmächte für die Aufrichtung einer wahren Friedensordnung anzunehmen – wenn möglich einfach durch Einsatz des voll entwickelten militärischen Schwergewichts der «freien Welt», wenn nötig aber auch durch offenen Krieg, in dem der Sieg dem Westen dank seinen unermeßlichen Hilfskräften von vornherein sicher sei. Und die Vertreter dieser *Druck- und Drohpolitik* nehmen denn auch für sich in Anspruch, daß die wachsende Überlegenheit und unbeugsame Entschlossenheit der Westmächte die Russen bereits zu wichtigen Zugeständnissen genötigt habe. Der britische Außenminister Eden zum Beispiel meinte am 5. April, die jüngsten sowjetrussischen Vorschläge für die Neugestaltung Deutschlands seien auf die zunehmende militärische Stärke des Westens zurückzuführen, so daß die Politik der Atlantikmächte durch die Ereignisse vollauf gerechtfertigt erscheine. Erst recht zieht man in Washington aus der Wendung der russischen Deutschlandpolitik den Schluß, «daß die freie Welt ihren Kurs nur weiterzuverfolgen habe, um schließlich den Kreml zu den gewünschten Konzessionen zu bewegen» («Neue Zürcher Zeitung», Nummer 776). Daß auch Herr Adenauer, der Kanzler der Westdeutschen Republik, überzeugt ist, man müsse nur «immer feste druff» schlagen, um die Russen zu Paaren zu treiben, Ostdeutschland wieder für den Westen zu gewinnen, die an Polen und die Sowjetunion verlorenen Provinzen zurückzuholen und Europa bis an den Ural neuzuordnen, versteht sich von selbst.

Die Gründe, die für die Behauptung von der Aggressivität der Sowjetpolitik sprechen sollen, hören wir alle Tage von Presse, Radio und Literatur in allen Abwandlungen vorgebracht. Man gräbt Stellen aus Lenins und Stalins Schriften aus, die den Kommunismus angeblich als eroberungssüchtigen Weltrevolutionarismus enthüllen. Man verweist

uns auf die Förderung umstürzlerischer Bewegungen in zahlreichen Ländern durch die Sowjetunion oder die Kommunistische Internationale. Man stellt die Sowjetpolitik als die Fortsetzung des imperialistisch-panslawistischen Ausdehnungsstrebens des russischen Zarismus hin. Man sieht insbesondere in der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs – wie erklärt wird – immer höher gesteigerten Militärrüstung der Sowjetunion, in der planmäßigen Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs auf die Rußland vorgelagerten Randstaaten, in der Ablehnung der westmächtlichen Wirtschafts- und Friedenspläne durch Moskau, in den teils verschlagenen, teils rücksichtslosen, ja brutalen Methoden der Sowjetdiplomatie vermeinlich untrügliche Beweise für ihre Absicht, die Welt nicht zur Ruhe kommen zu lassen, alle Einigungs- und Stabilisierungsbemühungen der nichtkommunistischen Staaten zu durchkreuzen und so den Boden für eine bewaffnete Überflutung des Westens durch die «roten Horden» vorzubereiten.

Russischer Angriffswille? An diesen und ähnlichen Behauptungen mag im einzelnen dies oder jenes ganz richtig sein. Ihr Hauptziel verfehlen sie gleichwohl vollständig: die Leistung eines vernünftigen Nachweises, daß der «demokratische» Westen durch die sowjetische Militärmacht in seinen Lebensgrundlagen bedroht sei und sich daher durch *noch* stärkere Gegenrüstungen vor einer Erdrückung durch den kommunistischen Ostblock schützen müsse. Zunächst wird die tatsächliche Stärke der Roten Armee, namentlich soweit sie für einen Angriff auf Westeuropa und Amerika verfügbar wäre, meistens weit übertrieben. Wenn es stimmt (was von russischer Seite übrigens bestritten wird), daß die Sowjetunion nach Kriegsende nicht abgerüstet habe, so stimmt es auch, daß die Vereinigten Staaten mit ihren Atombomben und ihrer Kriegsflotte – der größten der Welt – damals Machtmittel in der Hand behielten, die denjenigen der sowjetischen Landarmee mindestens ebenbürtig waren. Und in den darauffolgenden Jahren verschob sich das militärische Kräfteverhältnis in der Welt auf jeden Fall mehr und mehr zugunsten des Westens. Der Wirtschaftsüberblick der Marshall-Plan-Verwaltung für 1950 (E. C. E. Economic Survey of Europe) stellt beispielsweise fest, daß die Sowjetunion für das Jahr 1951 Militärausgaben budgetiert hat, die je Kopf der Bevölkerung nur die Hälfte bis fünf Achtel der entsprechenden Ausgaben Großbritanniens und etwa zwei Drittel derjenigen der Vereinigten Staaten betrugen. Und wie Professor Maurice Dobb (Cambridge) im «New Statesman» (5. April 1952) hervorhebt, erzeigten die Militäraufwendungen der Sowjetunion erst im Jahre 1951 eine wesentliche Erhöhung gegenüber der Zeit vor 1941; bis und mit 1949 wiesen sie sogar tatsächlich sinkende Tendenz auf. Von solchen Feststellungen nimmt man freilich bei uns so gut wie keine Kenntnis, passen sie doch nicht zu dem Bild einer Sowjetunion, die sich schon längst bis an die Zähne bewaffne, um die verhältnismäßig un-

gerüsteten westlichen Nationen, die sie durch täuschende Friedensmanöver einschläfern wolle, im gegebenen Augenblick ruchlos zu überfallen.

Aber auch abgesehen von der verhältnismäßigen militärischen Stärke der Ostblockstaaten und der Westmächte, abgesehen auch von der Tatsache, daß über einen allfälligen Anfangserfolg hinaus der Sowjetblock schon aus *wirtschaftlichen* Gründen unfähig wäre, einen modernen Totalkrieg gegen die Westmächte, mit Amerikas Riesenkräften im Hintergrund, zu führen: Ist die Sowjetpolitik überhaupt *grundsätzlich* auf militärische Eroberungen aus? Den mancherlei Zeugnissen, die ich früher an dieser Stelle gegen eine solche Annahme beigebracht habe, möchte ich heute zwei weitere beifügen, die, weil von Vertretern eines freiheitlichen Sozialismus stammend, nicht so einfach unter den Tisch zu wischen sind. Aneurin *Bevan*, der Führer der (höchst manierlichen) Linksopposition innerhalb der britischen Labourpartei, fragt in seinem kürzlich erschienenen Buch «In place of fear» («Anstatt der Furcht»):

«Wenn sie (die Sowjetunion) in erster Linie auf militärische Aktionen abstellt, warum hat sie nicht schon früher dazu gegriffen? ... Warum hat Rußland gewartet, bis die Westmächte immer stärker wurden? Es liegt keinerlei Beweismaterial dafür vor, daß die Sowjetunion eine Kraftprobe will. Natürlich kann sie dennoch in eine solche hineinschliddern. Aber für eine Diktatur ist es leichter, sich aus einer derartigen Lage herauszuwinden als für eine Demokratie. Eine Diktatur hat keine öffentliche Meinung zufriedenzustellen.» (Wozu ich ein Fragezeichen setzen muß! H. K.)

Bevan ist überzeugt, daß die Sowjetunion keine Aussicht hat, aus einem neuen Weltkrieg als Siegerin hervorzugehen, schon weil sie wirtschaftlich dem Westblock weit unterlegen ist. «Eine Stahlproduktion von 30 Millionen Tonnen im Jahr, wie sie erst neuerdings erreicht worden ist – wenn es überhaupt der Fall ist –, die eine Bevölkerung von mehr als 200 Millionen versorgen soll, liefert keine Grundlage für Blitzkriegsmethoden ... Die Alliierten verfügen über eine jährliche Stahlproduktion von 128 Millionen Tonnen und können ihren Ausstoß bis auf 180 Millionen steigern.»

Die andere Äußerung zu diesem Gegenstand findet sich in dem von mir schon früher angeführten Werk des Oxforder Professors G. D. H. *Cole* über die Probleme der Nachkriegszeit («The intelligent man's guide to the post-war world»), wo wir unter anderem lesen (Seiten 795/796):

«Angesichts der großen Verluste, die sie während des Krieges erlitten hat, und der langen Zeit, die für eine vollständige Erholung nötig ist, hat die Sowjetunion offenkundig ein so starkes Interesse wie nur je an der Vermeidung eines Krieges, und es ist phantastisch, zu argwöhnen, die Sowjetführer hegten militärische Angriffsabsichten. Soweit die Sowjetpolitik auf machtpolitischer Grundlage beruht, ist sie auf Verteidigung, nicht auf Kriegserregung ausgerichtet. Die Sowjetführer haben immer noch Angst vor einem Krieg, der gegen sie entfesselt werde ... Sie haben nicht vergessen, wie sehr Hitler vor 1939 von den Westmächten ermutigt wurde, seine Armeen gegen Rußland zu werfen und sich mit Westeuropa zu verständigen, und sie betrachten Großbritannien, trotz dem Wechsel seiner Regierung, immer noch als eine Macht, die zusammen mit den Vereinigten Staaten Pläne für eine gemeinsame kapitalistische Unternehmung zur Vernichtung des Kommunismus als einer Weltkraft schmieden könne.

Dieser Verdacht sieht oft wie Angriffswille aus, weil er Ausdruck in einer Politik findet, die auf die möglichste Abtrennung der osteuropäischen Länder vom Westen und ihren möglichst festen Anschluß an die Sowjetunion ausgeht, weil er zum Widerstand der Sowjets gegen wirkliche oder vermeintliche ‚imperialistische' Absichten Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im östlichen Mittelmeer und in Asien führt und auch, weil er die Sowjetunion veranlaßt, allen Bemühungen, Westeuropa enger zusammenzuschließen, entgegenzuarbeiten, unter dem Eindruck, daß dies eine Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit sei.»

Professor Cole erwähnt weiterhin die (namentlich von unseren Sozialdemokraten verbreitete) Behauptung, die Sowjetunion sei tatsächlich überhaupt kein sozialistischer Staat mehr und betreibe jetzt, wie Hitlerdeutschland, einfach eine Politik militärischer Machterweiterung. «Diese Ansicht», so sagt er, «erscheint mir als völliger Unsinn . . . Ich vermag keinen Beweis dafür zu sehen, daß die Sowjetführer irgendwie aufgehört hätten, Sozialisten zu sein oder das sozialistische Ideal in der Form zu erstreben, in der sie es von Anfang an vertreten haben. Die Weltherrschaft, auf die sie ausgehen, soll nicht der Sowjetunion die übrige Welt unterwerfen; sie ist der Sieg der sozialistischen Revolution, wie sie diese verstehen . . . Sie handeln rücksichtslos im Geist dieser (der marxistischen) Weltanschauung und haben gute marxistische Gründe für alles, was sie unternehmen. Die Sozialisten, die dies bestreiten und erklären, sie sähen die Sowjetführer als Verräter am Sozialismus an, bestreiten tatsächlich, daß der Marxismus Sozialismus ist – und das heißt, daß sie den Marxismus ablehnen, wenn sie ihn, mit wirklicher Macht ausgestattet, in die Tat umgesetzt sehen.»

Die wirkliche Gefahr Auf den grundlegenden Unterschied zwischen dem Streben nach Ausdehnung des Sozialismus über die ganze Erde hin – und zwar vor allem als Folge des Versagens des Kapitalismus – und militärisch-imperialistischem Ausdehnungsstreben macht auch der amerikanische Finanz- und Industriemagnat Corliss *Lamont*, ein freilich aus der Art geschlagener Sproß der wohlbekannten Unternehmerfamilie Lamont, in einem demnächst erscheinenden Buch aufmerksam, aus dem die Neuyorker sozialistische «Monthly Review» (März 1952) ein Kapitel abdruckt:

«Die Gefahr eines ‚Sowjetangriffs' muß von dem Streben kommunistischer Bewegungen in diesem oder jenem Land unterschieden werden, unter Ausnützung rückständiger wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse zur Macht zu kommen. Die westliche Propaganda hat unlogischerweise diese beiden vermeintlichen Gefahren gleichzusetzen gesucht und jede entschlossene kommunistische Aktion politischer Art, die irgendwo unternommen wurde, als Beispiel und Wirkung sowjetischen Angriffswillens gebrandmarkt . . . In der ganzen neueren Zeit haben verschiedenerlei revolutionäre Regierungen, hochorganisierte Religionen und ketzerische Weltanschauungen ihr möglichstes getan, um ihre besondere Botschaft über die ganze Welt auszubreiten. Die Amerikaner und die amerikanische Republik haben von Anfang an eine tätige weltliche Missionsarbeit betrieben. Kein anderer als Präsident Thomas Jefferson hat gesagt: ‚Wir handeln auch keineswegs nur für uns allein, sondern für das ganze Menschengeschlecht.'

... Mit der bemerkenswerten Entwicklung der Verkehrstechnik im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts haben sich die Möglichkeiten für eine wirksame internationale Propaganda natürlich stark vermehrt. Sowjetrußland hat sich diese Möglichkeiten zunutze gemacht, um die Sache des Weltsozialismus zu fördern, aber das haben auch die Vereinigten Staaten zugunsten des ‚freien Unternehmertums' getan.»

Solange die Anhänger des Sozialismus einerseits, diejenigen des «freien Unternehmertums» – das man Kapitalismus zu heißen gewohnt ist – anderseits von der Güte und Sieghaftigkeit ihres Systems überzeugt sind, kann dessen Propagierung, mag sie auch nicht immer in geschmackvollen Formen geschehen, wenig Schaden anrichten. Entscheidend werden ja schließlich immer die *Ergebnisse* der beiden konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sein, ihre Erfolge und ihre Mißerfolge, die lauter sprechen als alle Propaganda. Anders wird es, wenn der eine Teil *nicht* mehr glaubt, auf dem Wege freien Wettbewerbes sein System zum Sieg führen zu können. Dann wird er versuchen, das Gegensystem mit *Gewaltmitteln* zu erdrücken und seiner eigenen Wirtschafts- und Lebensform durch die hergebrachten Methoden internationaler Machtpolitik das Weiterleben zu sichern. Genau in dieser Lage befindet sich der Weltkapitalismus, dessen Vormacht die Vereinigten Staaten von Amerika geworden sind. Militärisch so stark zu werden, daß sie der Sowjetunion und ihren Partnern, eingeschlossen China, ihre Bedingungen für die Aufrichtung einer neuen Weltordnung *diktieren* können – das ist jetzt Kern und Stern der Politik der Westmächte, soweit sie von den Vereinigten Staaten bestimmt wird. Und da man das im Zeitalter der «offenen Diplomatie» und der formalen Demokratie den Völkern doch nicht so unverhüllt heraussagen kann, so muß man sie eben durch einen ungeheuren Propagandaapparat zu überzeugen suchen, daß der «freie» Westen in höchster Gefahr stehe, ein Opfer des kommunistischen Herrschaftsstrebens zu werden, einer Gefahr, die nur zu bannen sei, wenn die demokratische Welt ihrerseits uneinnehmbare Machtpositionen aufbaue, von denen aus sie mit dem Sowjetblock erst erfolgreich «verhandeln» könne. Bis dahin aber sei alles Verhandeln sinnlos, ja lebensbedrohend, käme es doch nur einer Förderung der sowjetischen «Friedensmanöver» gleich, die den Zusammenschluß des Westens zu einer unüberwindlichen Abwehrgemeinschaft zu hintertreiben suchten.

Auch Aneurin Bevan, der im übrigen die russische «Friedensoffensive» als zynischen Schwindel erklärt, setzt die Ablenkung der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus von der sozialen und ideologischen Konkurrenz auf das militärische Kampffeld gebührend ins Licht. Nachdem er die Gründe, die gegen eine Politik militärischer Aggression seitens der Sowjetunion sprechen, dargelegt hat, fährt er fort:

«Man muß in unserer Zeit offen herausreden. Warum machen diese Gründe, die so einleuchtend sind, auf die meisten Berater der amerikanischen Regierung oder auch auf die europäischen Konservativen (und Sozialdemokraten! H. K.), die britischen eingeschlossen, so wenig Eindruck? Einfach darum, weil es leichter ist, der Sowjetgefahr

mit militärischen als mit sozialen und wirtschaftlichen Mitteln entgegenzutreten.» «Wenn die Vereinigten Staaten überzeugt bleiben, daß die Hauptgefahr für den Frieden der militärische Angriffswille des Sowjetblocks ist, dann werden gewisse Elemente im amerikanischen Volk eine Kraftprobe mit den Russen wollen, und die Kriegsgefahr wird unmittelbar vor uns stehen. Verhandlung durch Ultimaten ist der kürzeste Weg zum Krieg. In einer solchen Atmosphäre werden, wie als sicher angenommen werden darf, wirtschaftliche und finanzielle Druckaktionen die diplomatische Lage weiter verschlechtern. Denn in der Kriegsmaschine ist schon so viel Kapital angelegt, daß die Furcht vor einer allgemeinen Deflation und vor Bankerotten und Arbeitslosigkeit als ihren Folgen uns entweder zu militärischem Losschlagen oder aber zur Fortsetzung der Rüstungsproduktion in katastrophalem Umfang treiben werden.» («In place of fear», Seiten 124 und 145.)

Diese amerikanische Politik des «Containment», der gewaltmäßigen Eindämmung und Zerschlagung der revolutionären Weltbewegung, wie sie im Kommunismus verkörpert ist, *das* ist die wirkliche Gefahr, die über der Menschheit, namentlich der europäischen Menschheit, schwebt. An die Stelle der organisierten Friedenssicherung ist in den letzten Jahren mehr und mehr die organisierte Kriegsvorbereitung getreten, sei es auch nur in dem Sinn, daß der Gegner durch die bloße *Drohung* mit Krieg zur Unterwerfung gezwungen werden soll. An die Stelle der Vereinten Nationen, die auf dem Grundsatz der kompromißmäßigen Verständigung der Großmächte aufgebaut war, ist mehr und mehr die *Atlantikpaktorganisation* (North Atlantic Treaty Organization, NATO) getreten, die nicht zum Verhandeln, sondern zum Diktieren und Erzwingen bestimmt ist. Mit an sich erfreulicher Offenheit sprach das eine Genfer Meldung der Neuyorker «Times» vom 9.März dieses Jahres aus: «In Paris, nahe bei General Eisenhowers Hauptquartier eingerichtet, wird das ständige internationale Sekretariat der NATO ganz von selbst in bezug auf Ansehen und auf Anziehungskraft für strebsame Beamte die älteren und müderen internationalen Organisationen verdrängen, die von früheren Bemühungen um Zusammenarbeit für eine gemeinsame Sache noch übrig geblieben sind.» Und ebenso freimütig schrieb die amerikanische Finanzzeitschrift «Baron's» am 3. März: «Als führende Kraft des freien Unternehmertums und Hauptquelle der physischen Stärke der NATO haben die Vereinigten Staaten moralisch und materiell allen Grund, den Löwenanteil an der Leitung ihrer Politik zu übernehmen.» Alvarez del Vayo, der diese Äußerungen in «The Nation» kommentiert, warnt eindringlich vor einer Weiterführung dieser Linie, vor einer Wiederholung jener verhängnisvollen Politik, die – aus Feindseligkeit gegen die Sowjetunion, wie wir wissen – seinerzeit zum Zusammenbruch des Völkerbundes und zur Entfesselung des Zweiten Weltkriegs geführt habe. «Vom Augenblick ihrer Geburt an», so schreibt er (22. März 1952),

«war die NATO eine gefährliche Konkurrentin der UNO ... Der Geist des Atlantikpakts war von Anfang an unvereinbar mit dem Geiste der Vereinten Nationen. In dem Maße, als sich die internationale Lage verschlechterte und die NATO schicksalhaft auf ein wiederaufgerüstetes Deutschland als eine ihrer Hauptstützen angewiesen schien, wurden die beiden Organisationen unvermeidlicherweise die Sinnbilder zweier ent-

gegengesetzter politischer Methoden. Das Ziel der UNO war immer noch, die Streitfragen zu lösen, welche die beiden Blöcke trennten; dasjenige der NATO war, eine Waffe zu schmieden, die eingesetzt werden könnte, wenn die UNO zusammenbrechen sollte.»

Wobei es klar ist, daß der Zusammenbruch der UNO kommen *muß*, wenn der Geist der NATO endgültig triumphiert.

Wahnsinn mit Methode Die ganze Politik, welche die Westmächte seit Jahr und Tag gegenüber dem Ostblock betreiben, kann tatsächlich nur in einer Katastrophe enden, sofern sie nicht bald radikal umgekehrt wird. Weit entfernt, dem Kommunismus den Weg zu versperren, ebnet sie ihm vielmehr auf die wirksamste Weise den Boden. Um nur an die immer deutlicher hervortretenden materiellen Folgen der militärischen Aufrüstung zu erinnern, so stellt der Überblick der Wirtschaftsabteilung der UNO über die Lage in Europa für 1951 (Genf, Januar 1952) nüchtern fest:

«Die Wehrausgaben in den führenden Industrieländern Ost- und Westeuropas, in der Sowjetunion und in den Vereinigten Staaten werden wahrscheinlich bald eine Höhe erreichen, auf der sie zusammen dem gesamten Volkseinkommen aller unterentwickelten Länder gleichkommen oder es noch übersteigen und etwa zwanzigmal größer sind als die Kapitalanlagen, die aus den eigenen inländischen Spargeldern dieser Länder finanziert werden. Die Wirkung dieser Ausgaben wird wahrscheinlich sein, daß die Produktionskraft der Industriewirtschaften, besonders in der Metall- und Maschinenindustrie, wesentlich gesteigert wird, während gleichzeitig die Pläne für eine Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung anderwärts zurückgestellt werden. (Und die wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Länder ist ja gerade eine Hauptbedingung für die *wirkliche* Eindämmung des Kommunismus und die Sicherung des Friedens in der Welt! H. K.)

... Die Nachkriegsentwicklung der Handelsbedingungen in Europa hat ein Wirtschaftssystem getroffen, das infolge von zwei Kriegen und der Inflation finanziell bereits schwach genug war; in der verschärften Konkurrenz um Rohstoffe war Europa schon von Anfang an in einer ungünstigen Lage ... Es geschieht nur wenig, um das Gleichgewicht zwischen Industrie und Landwirtschaft wiederherzustellen, und mit der wichtigen Ausnahme der Stahlproduktion scheint es, daß die Kapitalanlagen für die Erhöhung der Förderung von Rohstoffen in Westeuropa selbst oder in den überseeischen Urproduktionsländern nicht ausreichen, um die Grundlagen für einen weitern industriellen Fortschritt zu stärken.»

Die neuere Entwicklung der Textilindustrie in England und die wachsende Arbeitslosigkeit in gewissen ihrer Kerngebiete bestätigt diese Vermutung nur allzu drastisch. Was aber die *politischen* Folgen der Aufrüstungspolitik des Westens anbelangt, so drohen sie erst recht katastrophal zu werden. Es ist insbesondere die forcierte *Wiederaufrüstung Westdeutschlands*, die – als logische Krönung der Atlantikpaktpolitik – die schwersten Gefahren in sich birgt, wie wir in unseren Lagebetrachtungen ja immer wieder zu zeigen versuchten. Die in Brüssel und Lissabon durchgedrückte Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten *mußte* ja die Sowjetunion davon überzeugen, daß die Westmächte endgültig darauf verzichtet haben, die deutsche Frage auf dem Wege der Verstän-

digung mit dem Osten zu lösen. Darum ihr Versuch, den Deutschen ihrerseits zu einer Aufrüstung zu verhelfen, die für den Ostblock weniger gefährlich wäre als die Aufrüstung Deutschlands, wie sie die Westmächte im Rahmen der Atlantikorganisation jetzt zu verwirklichen im Begriffe sind. Nicht daß die Russen, Polen und Tschechoslowaken blind für die Gefahren wären, die ihnen aus der Aufrüstung eines vom Westen unabhängigen Deutschlands erwachsen müßten. Aber sie sind dennoch überzeugt, daß eine deutsche Armee, die nur so groß wäre, daß sie – wie etwa unsere schweizerische Armee – die Verteidigung der Neutralität Deutschlands übernehmen könnte, eine viel weniger unmittelbare und schwere Bedrohung der Oststaaten darstellen würde als eine deutsche Wehrmacht, die ein Werkzeug der westmächtlichen Druck- und Drohpolitik gegenüber dem Osten wäre. Ich habe bereits in der letzten Weltrundschau gesagt, daß ich, bei allem Verständnis für die Zwangslage der Sowjetunion, jedes Zugeständnis an den deutschen Rüstungswillen für gänzlich verfehlt halte. Das ändert indessen nichts daran, daß die Weigerung der Westmächte – die hier wiederum dem amerikanischen Druck erlegen sind –, auf ernstgemeinte Verhandlungen mit den Russen einzutreten, womöglich noch verhängnisvoller ist. Denn die diversen Noten, die jetzt zwischen Washington, London und Paris einerseits, Moskau anderseits ausgetauscht werden, sind ja doch nur Versuche, in mehr oder weniger diplomatischer Weise die Tatsache zu verschleiern, daß man hüben wie drüben nicht mehr an eine Verständigung glaubt und sich immer bewußter auf eine offene Kraftprobe einrichtet. Die Westmächte, lebhaft unterstützt von der Regierung Adenauer, sind trotz allen Versicherungen des Gegenteils nicht einmal mehr ehrlich bereit, gesamtdeutsche Wahlen vornehmen zu lassen, die einer Wiedervereinigung der getrennten Hälften Deutschlands den Weg zu bereiten hätten[2]. Sie beginnen sich immer stärker davon Rechenschaft zu geben, daß solche Wahlen unter den gegenwärtigen Umständen auf die Länge nicht ihre eigenen, sondern die Pläne der Sowjetunion befördern würden. Walter Lippmann nannte die Dinge beim rechten Namen, als er (vgl.« Volksrecht», 16. April 1952) festellte,

«1. daß der amerikanische Einfluß in Westdeutschland sich ausschließlich auf die Adenauer-Regierung stützt, 2. daß diese Regierung ihrerseits in erster Linie von den katholischen und konservativen Stimmen des Rheinlandes abhängt, 3. daß diese Stimmen bei gesamtdeutschen

[2] Das gilt auch von der letzten nach Moskau geschickten Note der Westmächte, die scheinbar den Weg zu gesamtdeutschen Wahlen zu klären sucht, gleichzeitig aber nur allzu deutlich erkennen läßt, daß solche Wahlen nur eine Etappe auf dem Weg zum Anschluß ganz Deutschlands an die Westallianz und zu einer Ausdehnung dieses Deutschlands über die Oder-Neiße,Grenze hinaus sein soll. Glaubt jemand im Ernst, daß die Sowjetunion unter solchen Umständen auf gesamtdeutsche Wahlen eintreten könne? Die Westmächte würden es in ähnlicher Lage sicher nicht tun. Wenn dann aber Moskau ablehnt, wird man das im Westen ebenso sicher als neuen Beweis des bösen Willens der Sowjetführer erklären! (22. Mai)

Wahlen gegenüber protestantischen und sozialistischen Stimmen eine Minderheit darstellen, und 4. gesamtdeutsche Wahlen daher dem amerikanischen Einfluß in Deutschland den Boden unter den Füßen wegziehen würden.»

Die Vereinigten Staaten setzen deshalb nun erst recht alles auf die eine Karte der westdeutschen Wiederaufrüstung, unter bewußtem Verzicht auf ein geeinigtes Deutschland, das auf dem *Verhandlungsweg* zu schaffen wäre. Und das heißt, daß sie den neudeutschen Militarismus und Nationalismus in ähnlicher Weise gegen die Sowjetunion und ihre Gefolgsstaaten zu entfesseln bereit sind, wie die Westmächte seinerzeit den deutschen Nazismus hochgezüchtet und ermutigt haben, um ihn zum Rammbock gegen das kommunistische Rußland zu machen. Wird die *Sowjetunion* dieser Entwicklung tatenlos zuschauen? Die Wahrscheinlichkeit ist gering. Vergegenwärtige man sich doch die groteske Lage, in die Moskau durch die Politik Washingtons gedrängt worden ist. Dorothy Thompson kennzeichnet sie mit wohlangebrachter Ironie, wenn sie in einem kanadischen Blatt («Globe and Mail», 21. Januar 1952) schreibt:

«Im gegenwärtigen Konflikt sagt der eine der beiden Gegner zum andern so öffentlich wie nur möglich: Ich bin noch nicht gerüstet, um deinen Angriff abzuwehren. Vor Jahresende werde ich stärker sein. Im Jahr 1953 werde ich noch stärker sein. Im Jahr 1954 werde ich eine deutsche Armee mobilisiert haben, die mit einer machtvollen Luftwaffe ausgestattet sein wird. Wenn du uns dann angreifst, wirst du vernichtet werden. Warte also mit deinem Angriff, bis der Angriff nicht mehr glücken kann – dann werden wir Frieden miteinander machen!»

Im Ernst gesprochen: Die Wiederaufrüstung Westdeutschlands durch Amerika und seine Verbündeten ist geradezu eine Aufforderung an die Russen, sich gegen die ihnen zugedachte Zerschlagung ihrer Machtstellung mit Waffengewalt zu wehren, solange sie noch eine, wenn auch ganz geringfügige, Aussicht haben, ihrer Niederwerfung zu entgehen. Die Russen haben bisher bewiesen, daß sie überall zurückweichen, wo die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mit den Westmächten, besonders mit Amerika, droht. Sie werden gewiß auch fernerhin in Streitfragen, die nicht unbedingt erstrangig sind, zu Kompromissen und Opfern bereit sein. Steht aber einmal das Leben und die Unabhängigkeit ihres Staatswesens und die Fortführung der sozialistischen Revolution im Sowjetland selbst auf dem Spiel, dann mögen sie auch die Entschlossenheit zu einem *kriegerischen* Widerstand gegen einen Druck finden, dem sie nur um den Preis einer eigentlichen Kapitulation vor dem imperialistischen und gegenrevolutionären Westen nachgeben könnten. Und dann wäre das Ergebnis des Zusammenpralls der beiden Machtblöcke sicherlich nicht dasjenige, das die Redaktoren und Mitarbeiter des berüchtigten Kriegsheftes von «Collier's» in ihrem unverantwortlichen Leichtsinn vorwegnehmen zu können glaubten – nicht die «Befreiung der Ostvölker von der bolschewistischen Tyrannei», sondern auf den Trümmern eines «koreanisierten» Europas eine allgemeine Barbarei und Tyrannei, wie wir sie uns heute wohl überhaupt noch nicht vorzustellen vermögen!

Was soll geschehen? Wir sind weit von jeglichem Pessimismus und Fatalismus entfernt, der den kriegerischen Zusammenstoß der beiden hochgerüsteten Mächtegruppen als unvermeidlich anzunehmen bereit wäre. Aber davor wollen wir die Augen doch nicht verschließen, daß die sozusagen naturhafte – oder besser dämonische – Eigengesetzlichkeit, die den Kriegsrüstungen und den hinter ihnen stehenden Erdgeistkräften innewohnt, nur dann gebrochen werden kann, wenn ihnen eine überlegene, aus der Höhe stammende Geisteskraft gegenübertritt und Macht über die Völker gewinnt. Das tönt für manchen vielleicht wirklichkeitsfremd und verschwommen. Tatsächlich ist es aber für uns die einzige Realpolitik, der wir diese Bezeichnung zuerkennen. Denn die geistige Haltung, die wir meinen, muß sich ja dauernd in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aktionen ausdrükken, die auf die Überwindung der Kriegsmächte und die Begründung einer wahrhaften Friedensordnung gerichtet sind. Welcher Art können und sollen diese Aktionen in der heutigen Lage sein?

Wir denken zunächst an eine Verstärkung und Ausbreitung des Widerstandes gegen die *deutsche Aufrüstung*. An der Art und Weise, wie die deutsche Frage gelöst oder nicht gelöst wird, entscheidet sich ja weithin das Schicksal ganz Europas. Und unsere feste Überzeugung bleibt, daß die dauernde *Entmilitarisierung* und *Neutralisierung* Deutschlands die Voraussetzung für eine Abrüstung und Neutralisierung ganz Westeuropas ist. Die Westmächte wollen zwar von einer Neutralisierung Deutschlands durchaus nichts wissen und verfolgen beharrlich ihren Plan, zuerst einmal die Bonner Republik ihrem Militärsystem anzuschließen und dann auch Ostdeutschland zu sich herüberzuziehen. Jede gesamtdeutsche Regierung, so sagen sie, müsse die Freiheit haben, außenpolitische Bindungen einzugehen, die sich mit den Zielen der Vereinten Nationen vereinbaren ließen, wobei die Meinung natürlich die ist, daß diesen Zielen einzig die Eingliederung in den atlantischen Block entspreche. Aber die im Radio gemachten Erklärungen Adenauers, wonach in der Wahlfreiheit eines wiedervereinigten Deutschlands auch die Möglichkeit zur Kündigung der jetzt vorbereiteten Verträge mit den Westmächten inbegriffen sein müsse, haben im westlichen Lager neuerdings doch starke Zweifel an der Zuverlässigkeit des deutschen Verbündeten geweckt, dem man vor allem in Frankreich ohnehin nicht über den Weg traut. Der Verdacht wachse, so schrieb der Pariser Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 922), daß die deutsche Außenpolitik wieder «dynamisch» werde und den Westmächten «unheimliche Überraschungen bereiten» könne. Ein mächtiges Deutschland, dem es freistehen würde, zwischen dem Osten und dem Westen zu wählen, bedeute nach französischer Auffassung «nichts anderes, als daß Frankreich den Zweiten Weltkrieg verloren hat».

Liegt also eine dauernde Entwaffnung und Neutralisierung Deutschlands nicht im ureigensten Interesse der Westmächte selber? Ist es na-

mentlich von *Frankreich* nicht höchst kurzsichtig, die Hand zu einer von den Westmächten «kontrollierten» Aufrüstung Westdeutschlands zu bieten als dem vermeintlich kleineren Übel im Vergleich zu einer Wiedervereinigung der jetzt gesonderten beiden Hälften Deutschlands, vor der es jetzt eine so sinnlose Angst hat? Frankreich hat ja nur von einem *wiederaufgerüsteten* Gesamtdeutschland etwas zu fürchten, nicht aber von einem entmilitarisierten und neutralisierten Deutschland. Und es hat allen Grund, schon eine Wiederaufrüstung bloß Westdeutschlands, komme sie auch in der Form eines einfachen «Beitrags» an die Militärorganisation des Atlantikblockes, zu fürchten, muß es doch gewärtigen, von einem remilitarisierten Westdeutschland in den Revanchekrieg gegen den Sowjetblock hineingezogen zu werden, der ihm die Wiedervereinigung mit dem früheren ostelbischen Deutschland bringen soll.

Eine Wendung der alliierten Deutschlandpolitik setzt freilich eine *Umkehrung des weltpolitischen Kurses der Westmächte überhaupt* voraus. Und das ist es nun in der Tat, was geschehen müßte, damit die Gefahr eines Aufeinanderprallens der beiden Machtblöcke radikal gebannt würde. Was verstehen wir unter einer solchen Umkehr?

In erster und letzter Linie eine derartige Wandlung des *amerikanischen Kapitalismus*, daß er mindestens im internationalen Maßstab nicht mehr gefährlich werden kann und nicht mehr darauf ausgeht, sozialistische und kommunistische Wirtschaftssysteme mit Waffengewalt zu zerstören. Damit ist zugleich gesagt, daß die Bannung der Kriegsgefahr nicht vornehmlich von einer Wandlung des *Sowjetregimes* abhängt. Wir dürfen zwar nicht aufhören, von der Sowjetunion sowohl eine kühne militärische Abrüstung als auch eine gründliche Abkehr von allem politischen und geistigen Terror zu fordern, sind wir doch überzeugt, daß weder Kriegsrüstung noch Terror noch auch die Aufrechterhaltung eines Schutzgürtels von Satellitenstaaten der Sowjetunion wirkliche Sicherheit und Kraft zu geben vermögen. Aber wie die Menschen – und keineswegs nur die russischen Menschen – vorerst nun einmal sind, klammern sie sich eben immer wieder an solche vermeintlichen Schutzeinrichtungen, solange von außen oder innen dem Lande Gefahr droht. Ich halte es deshalb – um diesen bedeutenden sozialistischen Denker nochmals anzuführen – längst mit Professor Cole, der sich in dem früher erwähnten Buch (Seite 1051) zu der Auffassung bekennt, «daß sich die Diktatur in der Sowjetunion in dieser oder jener Form voraussichtlich so lange halten wird, als die Drohung eines neuen Weltkrieges weiterbesteht, und daß demgemäß wenig Aussicht auf ihr Verschwinden ist, solange die Vereinigten Staaten weiterhin die Vormacht des beutemachenden Kapitalismus in der Welt sind. Sobald sich aber die Vereinigten Staaten zu einem stetigeren und gerechteren Gesellschaftssystem wandeln, wird sich auch die Sowjetunion, wie ich vollauf erwarte, wandeln – einem freiheitlicheren und weniger von Furcht erfüllten Regime entgegen.» Geht doch die natürliche Tendenz *jeder* industriellen Zivilisation, also auch der sowjet-

russischen, sowieso auf die Ausbildung demokratischer Staatsformen hin, ohne die eine hochentwickelte moderne Wirtschaft auf die Länge unmöglich gedeihen kann.

Mit der Überwindung des «beutemacherischen Kapitalismus» in Amerika würde auch die Hauptkraft der *antikommunistischen Kreuzzugspropaganda und Panikmacherei* verschwinden, die jetzt die Völker der westlichen Welt so unheilwirkend im Banne hält. Dann würde allen gutgläubigen Menschen völlig klar, was heute unter uns nur eine Minderheit einsieht, daß es nicht der Kommunismus ist, der die große Kriegsgefahr darstellt, sondern die *Furcht* vor dem Kommunismus, weil sie Regierungen, Parlamente und Völker zu Schritten verleitet, die gerade das herbeizuziehen drohen, was sie zu verhindern streben. «Die Furcht vor dem Sowjetkommunismus», so schreibt Bevan sehr richtig, «hat den Vereinigten Staaten und allen, die ihrer Führung folgen, ein verzerrtes Bild von der Weltlage und von den Kräften, die in der modernen Gesellschaft am Werke sind, vermittelt ... Ich sehe freiheitliche Einrichtungen nicht nur als das wünschenswerteste politische System an, das dem Aufblühen des Menschengeistes innerlich am besten entspricht, sondern auch als unentbehrlich für das Gedeihen der modernen industriellen Gesellschaft. Aber diese Einrichtungen sind nicht nur durch die politische Diktatur bedroht. Der Widerstand gegen neue soziale und wirtschaftliche Formen, den private und Gruppeninteressen leisten können und mit dem sie den Glauben der Massen an deren Erneuerungskraft unterwühlen, kann ebenso tödlich sein.» «Die Demokratie wird durch den normalen Betrieb des kapitalistischen Systems wirksamer erstickt als durch die militärische Bedrohung von seiten des Sowjetkommunismus.» (S. 122/123, S. 165.)

Bevan zögert denn auch nicht, die auf der Hand liegende Schlußfolgerung aus dieser Erkenntnis zu ziehen:

«Die wertvollsten Verbündeten der Sowjetunion sind diejenigen gesellschaftlichen Elemente, die soziale Reformen bekämpfen, riskieren sie doch lieber einen Krieg, als daß sie auf Reichtum und Vorrechte in irgendwie größerem Stil verzichten würden ... Ich glaube darum, daß die Wegrichtung, welche die amerikanische Regierung der Welt weist, falsch ist. Sie täuscht sich über das Wesen der Gefahr und verordnet deshalb nicht nur ein falsches Heilmittel, sondern ihr Heilmittel erhöht selber die Gefahr. Das Ausmaß der Aufrüstung, das die Vereinigten Staaten den Demokratien aufzwingen, ist eine Quelle nicht der Stärke, sondern der Schwäche.» «Die Antwort auf die soziale Gärung ist Verbesserung der sozialen Zustände, nicht Bombenflugzeuge und Kanonen.» (S. 124, 135.)

Das sind Wahrheiten, die uns nachgerade zur Selbstverständlichkeit geworden sind und die hier keiner weiteren Unterstreichung mehr bedürfen. Was einzig noch beigefügt werden muß, das ist, daß die tätig-entschlossene Förderung einer radikalen sozialen Neugestaltung der westlichen wie der östlichen Welt die Anerkennung des Kommunismus als einer der Bewegungen verlangt, die diese Neugestaltung herbeizuführen suchen. Wenn uns westlichen, von christlichem und freiheitlichem Ideengut genährten Sozialisten der Geist und die Art, worin sich die kommunistische

Revolution vollzieht, vielfach und tief widerstrebt, so dürfen wir deswegen doch nicht blind für die Tatsache sein, daß in weiten Teilen der Erde der Kommunismus die einzige Form der sozialen Revolution ist, die grundsätzlich abzulehnen wir nur ein Recht hätten, wenn wir, als es noch Zeit dazu war, die Revolution gemäß *unserem* Geist und *unseren* Überlieferungen an die Hand genommen hätten. Weil das nicht der Fall war, sind wir nun eben, sofern wir nicht den konservativen, ja gegenrevolutionären Kräften dienstbar sein wollen, einfach verpflichtet, die kommunistische Weltbewegung und die aus ihr hervorgegangenen Staaten als vorläufig nicht zu ändernde Tatsachen anzuerkennen, ja mit ihnen zusammenzuarbeiten, soweit dies irgendwie möglich ist. Das mag heute noch vielen unter uns als im höchsten Maß anstößige, ja unerträgliche Zumutung erscheinen – und ist doch die unausweichliche Folgerung, zu der jede realistische Wertung des modernen Kommunismus führt. Beherzigen wir auch, was der anglikanische Priester Collins in Nottingham unlängst sagte: «Eine der widerlichsten Erscheinungen der neuen Zeit war die Angst, die ein jeder hat, ein ‚Weggefährte' (‚fellow traveller') der Kommunisten zu sein, wenn er tat, was recht ist. Christus war ein Weggefährte der Huren; warum sollten wir also nicht Weggefährten von Kommunisten sein?»

Utopie! Aber ist das alles, was wir hier als Vorbedingung für die Abwendung der Kriegskatastrophe nennen, nicht ganz einfach kindische Utopie? Soweit die *Vereinigten Staaten* in Betracht kommen, scheint es wirklich so. Die kapitalistischen Erwerbs- und Besitzinteressen sind dort so fest verankert und so eng mit dem ganzen Volksempfinden verbunden – man denke nur an die fast völlig dem herrschenden Regime hörigen Gewerkschaften –, daß ein Sturz oder auch nur eine stärkere Wandlung des «freien Unternehmertums» ohne eine neue, schwere Wirtschaftskrise kaum vorstellbar erscheint. Und die neue Weltmachtstellung der USA ist, auf der Grundlage des bisherigen Riesenerfolgs des amerikanischen Kapitalismus, so gewaltig, so berauschend, so verheißungsträchtig, daß General *Eisenhower*, der immer deutlicher als nächster Präsident der Vereinigten Staaten aus der wüsten Konkurrenz der Wahlkandidaten hervortritt, geradezu berufen scheint, die große Kraftprobe mit dem Weltkommunismus zu organisieren, auf welche die zurzeit einflußreichsten Kräfte in Amerika hindrängen[3]. Wobei wir

---

3 Eisenhowers Meinung über die «richtige» Haltung gegenüber der Sowjetunion geht bedenklich klar aus einer Unterredung hervor, die er mit einem Vertreter von «Paris Match» hatte und die am 27. Oktober 1951 veröffentlicht wurde. Er sagte dabei unter anderem:

«Wenn das Programm für die militärische Aufrüstung der Westmächte vollständig ausgeführt ist, wird ein heikler Augenblick für den Frieden kommen: das Risiko einer Kraftprobe. Ist es aber nicht besser, das Risiko einer stürmischen Kraftprobe in jenem Augenblick auf sich zu nehmen, als das Risiko, das wir laufen würden, wenn wir

freilich nicht übersehen, daß Eisenhower, eben weil er der volkstümlichste militärische Führer der USA ist, vielleicht auch allein imstande wäre, die zum Krieg treibenden Kräfte zu zügeln, so wie General Marshall als Außenminister dem Kriegstreiber McArthur in den Arm gefallen ist.

Wir fragen uns gleichwohl immer wieder, ob es psychologisch und wirtschaftlich überhaupt möglich ist, die auf höchsten Touren laufende ungeheure Kriegsmaschine, die Amerika aufgebaut hat, abzumontieren, ohne die größten Erschütterungen des ganzen Gesellschaftsgebäudes der Vereinigten Staaten zu erzeugen. Im Frühjahr 1953 sollen ja die direkten und indirekten Rüstungsausgaben Amerikas die unerhörte Summe von 65 Milliarden Dollar – das sind rund 50 Prozent aller Bundesausgaben – erreichen. Kann und will das amerikanische Volk dann diese Last weiter tragen, ohne daß seine Regierung den Versuch gemacht hätte, mit Hilfe der Kriegsrüstungen die Weltlage entscheidend zu ihren Gunsten zu wenden? «Die Erfahrung lehrt», so bemerkt Aneurin Bevan in seinem Buch, «daß so etwas nur selten vorkommt . . . Unter solchen Umständen liegt die Versuchung nahe, zu einer überstürzten Aktion zu greifen.» Wo sind aber die Kräfte, die einer solchen Abenteuer- und Katastrophenpolitik überlegen wehren könnten?

Private Berichte, die uns aus Amerika zukommen, lauten zwar merkwürdig zuversichtlich in bezug auf das Wirken der Friedens- und Vernunftkräfte, die, durch die Nähe der Gefahr aufgeschreckt, mit fast verzweifelter Leidenschaft gegen den herrschenden Wahnwitz und Terror ankämpfen. Auch Scott Nearing, der im vergangenen Winter eine 15 000-Meilen-Reise quer durch die Vereinigten Staaten gemacht hat, um den Menschen, die er zu erreichen vermochte, die wahre Lage der Welt klarzumachen, spricht in der «Monthly Review» (April 1952) vom Aufkommen einer eigentlichen Kriegswiderstandsbewegung. Wenn sich ihre Anhänger sammeln würden – so glaubt er –, werde man «erstaunt sein über die Größe ihrer Zahl, stolz sein auf ihren Mut und von Bewunderung erfüllt über ihre Entschlossenheit und ihre Fähigkeit, allem Druck standzuhalten». Das gibt uns sicherlich eine große Hoffnung. Dennoch wollen wir nicht einfach auf einen nahen Durchbruch der Friedenskräfte durch die Kriegsfront in Amerika zählen, sondern vor allem unsern eigenen Teil dazu beitragen, daß die Hölle nicht über uns hereinbreche und aus dem bloßen Waffenstillstand, der jetzt zwischen den beiden Mächtelagern herrscht, ein dauernder Friedenszustand werde.

---

untätig blieben und Europa unverteidigt und der Invasion offenstehend bliebe? Wir haben nur die Wahl zwischen diesen beiden Risiken.»
Keine Idee also, daß es auch noch eine dritte Möglichkeit gäbe: Verhandlungen *ohne* höchstgesteigerten militärischen Druck auf den Gegner. Für Eisenhower gibt es nur zweierlei: Entweder überfallen die Russen den Westen oder die Westmächte üben den stärksten Machtdruck auf die Russen aus, die Gefahr eines daraus entspringenden Krieges von vornherein ins Auge fassend.

Europas Elend Wir Westeuropäer haben dazu auch viel mehr Grund als die Amerikaner. Bei einem Zusammenstoß zwischen Ost- und Westblock wären ja vor allem wir es, die vermutlich regelrecht zermalmt würden, während es mindestens den durch zwei Ozeane geschützten Vereinigten Staaten durchaus nicht ans Leben ginge. Aber gerade diese unsere geographische und politische Lage macht es uns – um eine hier schon oft ausgesprochene Wahrheit zu wiederholen – auch möglich, einen solchen Zusammenprall zu *verhindern* – dann nämlich, wenn wir uns zwischen Ost und West, zwischen die Sowjetgruppe und die Vereinigten Staaten, als unabhängige *dritte Kraft* einschieben. Der Wille zur baren Selbsterhaltung zwingt die Völker Westeuropas direkt zu solch neutraler Haltung. Mögen die Vereinigten Staaten und vielleicht auch die Sowjetunion einen dritten Weltkrieg mehr oder weniger heil überleben – Westeuropa wird ihn als Kulturlandschaft nicht überleben. Sich dennoch, als Anhängsel einer der beiden Weltgroßmächte, in einen Kampf auf Leben und Tod hineinzerren zu lassen, hieße für Westeuropa darum einfach Selbstmord. Westeuropa wird – entgegen den unter uns umgehenden leichtfertigen Phrasen – sozusagen *um jeden Preis die Teilnahme an irgend einem neuen Krieg verweigern müssen* und folgerichtig auch die *Vorbereitung* darauf durch Militärrüstungen und «Verteidigungsbündnisse».

Und doch droht Westeuropa durch seine freiwillig-unfreiwillige Abhängigkeit von Amerika immer hoffnungsloser in jene Politik der Rüstungen und Militärallianzen verstrickt zu werden, die es an der ebenso kühl wie entschlossen vorbereiteten «Kraftprobe» zwischen den Vereinigten Staaten und dem Sowjetblock teilnehmen lassen soll. Das gilt nicht bloß von den westeuropäischen Kleinstaaten; es gilt vor allem von den Großmächten England und Frankreich. Daß die jetzige konservative Regierung *Großbritanniens* gesinnungs- und interessenmäßig eng mit dem kapitalistischen Amerika verbunden ist, gehört seit Churchills Fulton-Rede fast zu den politischen Selbstverständlichkeiten. Daß sich aber auch die Labourpartei, obwohl sie nun in der Opposition steht und, wie auch die jüngsten Grafschafts- und Gemeindewahlen zeigen, eine nach «links» drängende Volksmehrheit hinter sich weiß, nicht von der amerikanischen Vormundschaft befreien kann, das ist eine schmerzliche Tragödie. Was der «New Statesman» vor etlicher Zeit (8. März 1952) aussprach, ist nur zu wahr:

«Wenn sich der politische Sozialismus in der Innen- oder Außenpolitik von den Arbeiterinteressen löst, dann ist er auf dem Weg zum Ruin. Die Leistung der Labourpartei war im ganzen gut, und das ist denn auch der Grund, daß England heute verhältnismäßig stark ist. Aber in den letzten Abschnitten ihrer Amtsdauer (erst dann? H. K.) begann die Labourregierung auf Kompromisse mit ihren Grundsätzen einzugehen. Von amerikanischer Wirtschaftshilfe mehr abhängig, als sie es bei einer entschlosseneren Haltung hätte zu sein brauchen, ließ sie sich immer stärker in den amerikanischen Kreuzzug gegen die soziale Revolution in Asien hineinziehen ... Englands Wirtschaftskraft, Englands Unabhängigkeit, ja Englands Demokratie selbst ist durch

die Hörigkeit gegenüber einer Politik gefährdet, die das Gegenteil des Sozialismus ist und schließlich zu Bankerott und Krieg führen muß. Die Leitung der Labourpartei muß wieder Fühlung mit den Arbeitern zu gewinnen suchen ... Jetzt ist sie schon halb auf einen gegenrevolutionären Krieg festgelegt.»

Der Widerstand gegen diese Politik ist zwar in den letzten Monaten erfreulich stark geworden. Bevans Kampf gegen Englands Abhängigkeit vom amerikanischen Kapitalismus und Imperialismus findet in Partei und Gewerkschaften weitherum Unterstützung, und die Führungs- und Richtungsfrage ist in der Labourbewegung nunmehr doch ganz klar gestellt. Allein Bevan und die anderen «Rebellen» sind eben selber so wenig konsequent, sind – trotz ehrlich radikalem Wollen – noch so stark in der überlieferten Reformideologie befangen und namentlich so sehr von der grundsätzlichen Notwendigkeit einer kräftigen militärischen Rüstung überzeugt, daß ihre Warnungen vor einer bloß *«übertriebenen»* Aufrüstung kaum durchdringen werden und die viel folgerichtigere antikommunistische und proamerikanische Rechte innerhalb der Labourpartei weit größere Aussicht hat, das Ohr der Massen zu gewinnen. Das neue außenpolitische Manifest der Labourführung bewegt sich jedenfalls durchaus in den altgewohnten verhängnisvollen Bahnen, so daß G. D. H. Cole («New Statesman», 26. April) besorgt festzustellen genötigt ist:

«Die Flugschrift scheint sich damit abzufinden, daß es dauernd unmöglich sei, sich mit der Sowjetunion zu verständigen – es sei denn auf Grund einer derartig überwältigenden Machtentfaltung, daß die Sowjetunion zur Kapitulation gezwungen sei ... Die Vorstellung, daß es irgend einen wesentlichen Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus gebe, taucht in der ganzen Schrift, von Anfang bis zu Ende, überhaupt nicht auf.»

Ein schlechthin vernichtendes Urteil über eine Partei, die den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat und uns zu lehren beansprucht, wie er *in Wahrheit* verwirklicht werden müsse!

Wenn aber das am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Die gegenwärtige Regierung *Frankreichs* ist ja die rückschrittlichste von all den ungezählten Kabinetten, die unser westlicher Nachbar seit Kriegsende gesehen hat – so rückschrittlich, daß sogar die wahrhaftig fast zu allem bereiten Sozialisten in die Opposition gedrängt sind, während anderseits ein Teil von de Gaulles nationalistischer «Sammlungsbewegung» sich hinter Pinay und seine Mannschaft gestellt hat. Kein Wunder, daß Frankreichs Abhängigkeit von Amerika, statt sich zu lokkern, nur immer fester und unwiderruflicher wird, während die Vereinigten Staaten ihrerseits Frankreich kräftig in dem Kampf gegen die Freiheitsbewegung der asiatischen und afrikanischen Völker unterstützen, den es gegenwärtig in Indochina, Tunesien und Marokko führt. Claude Bourdet, der leitende Kopf des Pariser «Observateur», spricht denn auch (21. Februar) von einer eigentlichen *Kolonialvolk-Gesinnung*, die sich in Frankreich festgesetzt habe:

«Die Ähnlichkeit zwischen der überseeischen Kolonisation Europas und der amerikanischen Kolonisation in Europa ist auffallend. Die führende Schicht des kolonisierten Landes nimmt die Gewohnheit an, finanziell vom kolonisierenden Land abhängig zu sein ... Ein großer Teil der Bewohner des kolonisierten Landes gewöhnt sich daran, sich in allem auf den Kolonisator zu verlassen: *ihm* kommt es zu, zu zahlen und die Landesverteidigung, ja sogar die öffentliche Ordnung sicherzustellen. Und wenn irgend etwas nicht stimmt, so ist er daran schuld.

... So schwindet jeder Sinn für selbständiges nationales Handeln, und in dem Maß, als sich die Kolonisation einlebt, wird die echte ‚eingeborene' Führungsschicht fortschreitend durch immer unterwürfigere Elemente ersetzt, die sich keine Probleme mehr stellen und unbekümmert ihre untergeordnete, aber einträgliche Stellung ausnützen. Die Entwicklung politischer Gleichgültigkeit ist in einem Kolonialland selbstverständliche Regierungskunst.»

Auch das ein eigentliches Verdammungsurteil über das heutige, so tief gesunkene, mehr und mehr amerikanisierte Frankreich!

Widerstand und Frieden Vom *Deutschland Adenauers* und seiner Amerikahörigkeit – die freilich nur das Mittel sein soll, die Vereinigten Staaten für die «nationalen» Machtziele Alldeutschlands einzuspannen – braucht überhaupt nicht mehr geredet zu werden, so klar enthüllt es jedem, der sehen *will*, seinen Charakter. Und doch zeigt gerade der deutsche Fall, welche realen Möglichkeiten sich einer klaren, entschlossenen Friedensbewegung in unserem kriegsbedrohten Europa bieten. Die westdeutsche Staatsführung kämpft verzweifelt darum, daß der «Generalvertrag», der das alliierte Besetzungsregime ablösen soll, und die Vereinbarung über Westdeutschlands Eingliederung in die atlantische Militärallianz rechtzeitig unter Dach und Fach kommen, damit der amerikanische Senat sie noch vor dem Beginn des eigentlichen Präsidentschaftswahlkampfes im Juli genehmigen könne. Gelingt das nicht – so fürchtet man in Bonn –, dann kann der amerikanische Senat erst im Februar nächsten Jahres dazu Stellung nehmen, und das hieße, daß die deutsche Wiederaufrüstung fast um ein Jahr – um das «*entscheidende*» Jahr – verschoben werden müßte. Das aber gäbe der deutschen Widerstandsbewegung, die überraschenderweise besonders stark in den Gewerkschaften durchgebrochen ist, kostbarste Zeit, um sich auszubreiten und zu vertiefen. Schon jetzt ist, wie eine jüngste, ordentlich zuverlässige Erforschung der öffentlichen Meinung aufs neue erwiesen hat, die Mehrheit des westdeutschen Volkes gegen eine überstürzte Wiederaufrüstung und für die Voranstellung der Bemühungen um eine friedliche Vereinigung mit Ostdeutschland, und beinah die Hälfte aller befragten Westdeutschen hat sich für die Neutralisierung Deutschlands ohne Militärzwangsdienst erklärt. Und da im nächsten Jahr das westdeutsche Parlament neu gewählt werden muß, so besteht gute Aussicht, daß die Verträge mit den Westmächten vom Bundestag überhaupt nicht mehr genehmigt werden, wenn sie nicht in den bevorstehenden paar Wochen, aller Opposition zum Trotz, in der noch zu Adenauer haltenden

Volksvertretung – die diesen Namen längst nicht mehr verdient – durchgezwängt werden können.

Gleichzeitig bekäme die Widerstandsbewegung aber auch in Frankreich und England eine Besinnungs- und Arbeitspause eingeräumt, die, gut ausgenützt, zusammen mit einer Mattsetzung der Adenauer-Regierung die ganze internationale Lage zu verändern vermöchte.

Viel hängt dabei freilich immer wieder von den *Russen* ab, die es weitgehend in der Hand haben, die Entwicklung in Westdeutschland und Westeuropa zum Guten zu beeinflussen. Darf man aber nicht auch hier allerlei Hoffnungen hegen? Die *Moskauer Wirtschaftskonferenz*, die anfangs April stattfand, ist jedenfalls in einem Geist erfreulicher Klugheit und Weitsicht durchgeführt worden. Wie in «Cité Nouvelle», dem Halbmonatsblatt des französischen Christianisme social, ein Konferenzteilnehmer schreibt:

«Während zehn Tagen haben 471 Personen, die 49 verschiedenen Völkern angehören, Träger verschiedenartiger Kulturen sind, unter verschiedenartigen Wirtschaftssystemen leben, sich zu verschiedenartigen Religionen bekennen und verschiedenartigen politischen Auffassungen huldigen, miteinander gelebt und ohne Werbeabsicht Fühlung miteinander hergestellt, wobei sie sich zu verstehen suchten, ohne einander überzeugen zu wollen, und feststellten, daß sie über ihre Verschiedenartigkeit hinaus alle von dem gleichen Streben nach einem gehobeneren Leben und vom gleichen Sehnen nach Frieden zwischen den Völkern erfüllt sind.»

Die greifbaren Ergebnisse der Konferenz sind denn auch durchaus ermutigend, und wenn es auch formell richtig ist, daß die Handelsabmachungen, die in Moskau getroffen wurden, auf dem normalen Geschäftsweg hätten gleichfalls abgeschlossen werden können, so bleibt es doch Tatsache, daß eben erst die persönliche Fühlungnahme, die die Konferenz ermöglichte, und die Überwindung eines gewissen Mißtrauens zwischen östlichen und westlichen Menschen die Atmosphäre schufen, die für die Aufnahme geschäftlicher Beziehungen nötig ist. Muß also nicht das Moskauer Experiment in größerem Stil weitergeführt werden? Kann und muß nicht die Wirtschaft der osteuropäischen und sowjetasiatischen Länder in viel engere Verbindung mit derjenigen Westeuropas gebracht werden? Und darf man nicht erwarten, daß der Geist der Moskauer Wirtschaftskonferenz mehr und mehr auch in die politischen Aktionen der Sowjetunion eindringe?

Wie dem auch sei: Nicht *Beherrschung* Westeuropas durch die eine oder andere Weltgroßmacht und darum auch nicht *Unterordnung* der westeuropäischen Völker unter den einen oder den anderen Machtblock wird uns einen haltbaren Friedenszustand sichern, sondern ein weitherziger, mit den vorerst gegebenen Verhältnissen rechnender *Ausgleich* der Gegensätze und Spannungen. Es wäre ein Unglück sondergleichen, wenn Westeuropa zum Vorwerk des amerikanischen Antikommunismus würde, so wie es auch ein Unglück wäre, wenn es, aus Unfähigkeit, den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus zu finden, sich dem russischen

Kommunismus verschriebe. Der «*dritte* Weg», der zwischen kapitalistischer Gegenrevolution und kommunistischer Gewaltrevolution hindurchführt, bleibt notwendigerweise *unser*, der westeuropäische Weg. Es ist darum ebenso falsch, diesen Weg als zuletzt gleichfalls in die Gegenrevolution einmündend zu erklären, wie es töricht ist, dem Schreibenden zu unterstellen (wie das ein Kritiker getan hat), er wage mit Rücksicht auf seine «persönliche Lage» nicht, sich für die soziale Revolution in ihrer russisch-kommunistischen Gestalt zu entscheiden. Die kommunistische Revolution und Bewegung dort, wo sie infolge des Versagens der Christen und Demokraten Fuß gefaßt hat, als Tatsache anerkennen und mit ihr zusammenarbeiten – gewiß; sie grundsätzlich – weltanschaulich und praktisch-politisch – gutheißen und fördern – unmöglich. Wir müssen zwar sehr mit der Möglichkeit rechnen, daß durch unsere eigene Schuld der Kommunismus auch in altdemokratischen Ländern vorübergehend triumphiert. Aber deswegen von vornherein vor ihm zu kapitulieren und seine Methoden anzunehmen, aus Furcht, als der Gegenrevolution dienend hingestellt zu werden, davon kann so wenig die Rede sein wie davon, daß wir uns *tatsächlich* auf die Seite des sozialen Konservatismus, ja der Gegenrevolution schlagen, um nicht der Vorschubleistung an den Kommunismus geziehen zu werden. Rücksicht auf persönliche Vor- und Nachteile kennen wir in dieser gewaltigen Auseinandersetzung längst nicht mehr, wenn wir sie je gekannt haben. Dafür ist uns die Sache der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit und des Friedens – die Sache der Revolution Christi – viel zu groß und zu heilig. Und wenn wir auch wohl wissen, daß es letztlich der Frieden Gottes und seines Reiches ist, dessen die Völker bedürfen, so würde doch die Verhinderung eines dritten Weltkrieges durch das Aufbrechen überlegener Gerechtigkeits- und Friedenskräfte einen derart mächtigen Teilsieg des Gottesreiches bedeuten, daß wir es für unsere Aufgabe halten, daran soviel beizutragen, als Menschen überhaupt leisten können und müssen, damit Gott wirken kann. Das ist alles, was billigerweise von uns erwartet werden darf. Nicht mehr – aber freilich auch nicht weniger.

12. Mai *Hugo Kramer*

Redaktionelle Bemerkungen

Unsere Leser werden es beachten, daß der «religiöse» Teil ungesucht einem einheitlichen Sinne folgt.

Die beiden Beiträge zum deutschen Problem möchten zum Nachdenken anregen. Die anscheinend durch nichts aufzuhaltende deutsche Remilitarisierung ist deutlich ein Stück des Verhängnisses und Fluches, den die Politik des Antikommunismus der Welt eingebracht hat. Der «Achse

Bonn–Washington–Tokio» darf man füglich Rom hinzufügen, das weltliche und geistliche Rom! Diese Kräfte können zusammen mit dem England Churchills die große Koalition der Weltreaktion bilden, solange die Völker sich ihren verhängnisvollen Kurs gefallen lassen. Darum ist die Arbeit an der geistigen Neuorientierung der Völker und an einer entsprechenden Willensbildung eine wichtige Aufgabe der kommenden Zeit. Das gerade dann, wenn es Adenauer gelingen sollte, die deutsche Militarisierung gegen große Teile des deutschen Volkes und alle echten Friedenskräfte in der Welt durchzusetzen.

BUCHBESPRECHUNG

Simon Gfeller: Vermächtnis. Herausgegeben zu seinem 80. Geburtstag. Verlag A. Francke, Bern.

Es war in den Jahren vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Einige junge Freunde der «Nie wieder Krieg»-Gruppe hatten sich zu einer Tagung auf der Egg bei Lützelflüh eingefunden. Damals weilte Leonhard Ragaz bei Simon Gfeller für einige Tage auf Besuch. Wie sehr Ragaz von diesem Schilderer des bernischen Volkstums, von diesem Künder des Wortes, geschätzt wurde, geht aus folgenden Worten hervor:

«Ich lese das Buch von Leonhard Ragaz: ‚Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt, Vater und Sohn, und weiter.' Statt ‚und weiter' hätte Ragaz ruhig schreiben dürfen ‚und mir', denn er ist der kongeniale Gesinnungsverwandte der beiden Blumhardt. Sein Name wirkt auf viele wie ein rotes Tuch. Es ist eigentlich ein Jammer, daß ihn die meisten nur beurteilen nach dem Geifer, den seine Feinde über ihn in den Zeitungen herabfließen lassen. Mit der Aufschrift ‚Verrückter Antimilitarist' wird er abgestempelt für den Kehrichtkessel. Die wenigsten haben eine Ahnung, was für eine geistesmächtige Persönlichkeit er ist und wie er seinem Gewissen eine glänzende Laufbahn geopfert hat. Jeder moralische Fötzelhöck, jeder geldhungrige Geschäftshuber, jeder charakterlose Karrieremacher meint, an ihm seine Klauen abwischen zu dürfen. Wer seine Bücher gelesen hat und nicht total befangen ist, wird ergriffen sein vom Kampfe dieses Mannes und ihn achten und hochschätzen müssen, auch wenn er ihm nicht überall nachkommen mag und nicht sein ausgesprochener Parteigänger sein kann.»

Simon Gfeller schätzte das Tagebuch als «das persönlichste aller Schriftstücke». Das geht aus einem seiner Briefe eindeutig hervor. Eine Quelle unendlichen Reichtums strömt uns aus diesen Tagebuchaufzeichnungen entgegen. Es ist eine starke Teilnahme an allem Geschehen und allen Dingen spürbar. Er interessiert sich für die kleinen, unscheinbaren Vorkommnisse seiner engern Heimat wie auch für die geistigen Strömungen seiner Zeit. Er war ein feiner Erzähler. Ein Gotthelf seiner Zeit. Er schrieb aus einer innern Nötigung, aus Freude am Schöpferischen. Daneben beschäftigte er sich öfter mit religiösen Fragen und war ein Sucher ewiger Wahrheiten. Er ist auch hier eine selbständige Persönlichkeit. Stets hat er sich für das Echte, Wahrhafte eingesetzt. Allem Schein war er abhold. Gerade den letzten Abschnitt in diesem Buche, «Zwischen Gott und den Menschen», habe ich öfters als hilfreich empfunden. Es ist hier ein unerschütterlicher Glaube an das Gute im Menschen zu finden. Hierin dürfte vielleicht auch eine gemeinsame Linie zwischen den beiden großen Schweizern, zwischen Simon Gfeller und Leonhard Ragaz, bestehen. *Hansruedi Zbinden*

Bericht über die Tätigkeit der Auskunftsstelle für Flüchtlinge in Zürich

1. Januar bis 31. Dezember 1951

Das vergangene Berichtsjahr brachte eine weitgehende Normalisierung des fremdenpolizeilichen Aufenthaltsverhältnisses der Emigranten und Flüchtlinge in der Schweiz. Wo irgendwie die Aufenthaltsdauer in der Schweiz und die Aussichtslosigkeit der Weiterwanderung wegen des Gesundheitszustandes oder aus Altersgründen es zuließen, erhielten unsere Schützlinge Niederlassungsbewilligung mit Erwerbserlaubnis, wie diese jedem Vertragsausländer zusteht. Solchen, denen noch keine Niederlassung bewilligt werden konnte, wurde weitgehende Freiheit in der Arbeitsannahme zugestanden, was bei anhaltender Hochkonjunktur unserer Wirtschaft nicht anders als recht und billig ist. Wer deshalb von unseren Betreuten noch irgendwie arbeitsfähig war, einzelne bis ins hohe Alter hinein, suchte sich durch eigenen Erwerb über Wasser zu halten, was beiden Teilen zu Nutzen war: dem Betreuten eine Stärkung seiner Selbstachtung, uns eine Mithilfe zur Besserung unserer Finanzlage.

Aus unserer Unterstützung schieden vier Fälle aus, da sie ihren Unterhalt nun selber sichern konnten. Drei Fälle mußten neu von uns zur Unterstützung übernommen werden, sei es, daß ihre eigenen Mittel ausgegangen waren, sei es, daß sie neu in unsere Betreuung eintraten. Sechs Fälle sind aus unserer Betreuung ausgetreten, indem je ein Fall nach Kanada oder England ausreisen konnte, ein Fall an die Berner Hilfsstelle übertrat und ein Betreuter in hohem Alter starb. Vier weitere Fälle warteten das ganze Jahr hindurch auf ihre Visumerteilung zur Ausreise. Vergeblich warteten zwei Fälle, während zwei Fälle wohl das Einreisevisum nach Kanada erhielten, alles zur Abreise vorbereiteten, ihren Arbeitsplatz verlassen und die Einkäufe für die bevorstehende Ausreise getätigt hatten, als das Visum wieder zurückgezogen wurde unter Berufung auf die schlechten Gesundheitsbedingungen des einen Ausreisepartners. Im ganzen verblieben uns zur Betreuung auf Jahresende 58 betreute Personen, wovon wir 19 zu unterstützen hatten.

Der Gesundheitszustand unserer Betreuten war trotz dem hohen Alter einzelner recht gut. Nur zwei mußten wir wegen angegriffener Gesundheit unterstützen. Besonders ein Fall von Tuberkulose belastete uns durch seine Spital- und Sanatoriumskosten das ganze Jahr. Im ganzen unterstützten wir mit Ende des Berichtjahres 19 Personen, wobei an unsere Kosten der Bund 60 Prozent und bei 8 Dauerasylfällen Bund und Kanton 66⅔ Prozent leisteten. Die ausbezahlten Unterstützungen machten Fr. 43 733.74 aus, während uns die Verwaltung Fr. 548.18 kostete, dank dem Umstand, daß unsere Mitglieder ihre Arbeitskraft umsonst zur Verfügung stellen. Rechnen wir die bezahlten Rückerstattungen von Bund und Kantonen ab, so vermittelten wir aus privaten Mitteln Fr. 14 803.62, wovon unsere Freunde Fr. 2013.70 aufbrachten, wofür ihnen hier herzlich gedankt sei. Wir bitten sie zugleich, uns ihre Freundlichkeit auch ferner zu erhalten, da wir weiterer privater Zuschüsse zur Bestreitung unserer Flüchtlingshilfe dringend benötigen. Der Rest wurde aus monatlichen Beiträgen der Schweizerischen Zentralstelle für Flüchtlingshilfen aus den alljährlich zusammengekommenen Sammlungsmitteln gedeckt.

Es gelang uns, unsere Finanzlage in dieser Hinsicht so zu bessern, daß wir mit Jahresende über einen eigenen Kassenbestand von Fr. 3707.79 verfügten, so daß wir mit etwas weniger Sorgen dem kommenden Sommer entgegensehen können, während welchem wir gezwungen sind, unsere Unterstützungen zwei Monate aus eigenen Mitteln zu bestreiten, weil während dieser Zeit die Sammlungszuschüsse versagen. Dabei weiß niemand, wie groß dann unsere Verpflichtungen sein werden, da jeder Tag uns neue Lasten aufzuerlegen vermag.

Für unsere Ausreisen sind wir sehr der Mithilfe des Internationalen Sozialdienstes in Genf verpflichtet, der praktisch für uns alle oft so verwickelten Ausreiseformalitäten erledigte, so daß wir lediglich jeweilen noch einen finanziellen Beitrag zu leisten hatten. Wie es den Anschein hat, soll diese Hilfe im kommenden Jahre zu unserem Leidwesen abgebaut werden. Wir hoffen aber, daß unsere fälligen Ausreisen erfolgen können, solange wir uns noch an den Diensten dieser Hilfsstelle freuen dürfen.

Der Mithilfe des Reparationsfonds erfreuen sich 22 Fälle unserer Betreuten. Mit dem 31. Dezember 1951 verwalteten wir noch Fr. 13 407.16 solcher Gelder, welche den Berechtigten erlauben, Anschaffungen für ihre Ansiedlung in der Schweiz zu tätigen, ihre Ausreisespesen zu bezahlen oder ihre Kosten für Arzt, Zahnarzt und Apotheke zu decken.

Das vergangene Berichtsjahr brachte durch behördliche und private Bemühungen eine wesentliche Sicherung der Lebensumstände unserer Emigranten und Flüchtlinge. Wir hoffen nur, daß die kommenden Jahre die Bereitwilligkeit des Schweizervolkes im allgemeinen und der Freunde unserer Auskunftsstelle im besonderen nicht erlahmen lassen, um diesen Opfern des Weltnotstandes in unserem Lande den nötigen Beistand gewähren zu können.

Pfr. Willi Kobe *Esther Kober*
Vera Oberli *Olga Eggenberger*
Clara Ragaz

Auszug aus der Rechnung der Auskunftsstelle für Flüchtlinge in Zürich vom 1. Januar bis 31. Dezember 1951

Einnahmen

		Fr.	Fr.
Saldovortrag 1. Januar 1951:			
	Kassa	214.70	
	Postcheck	11 262.86	
	Vorschüsse	240.25	11 717.81
Regelmäßige Beiträge		584.10	
Spenden		1 429.60	2 013.70
Rückvergütungen durch:			
	Schweizerische Zentralstelle für Flüchtlingshilfe	23 264.60	
	Kanton Zürich	4 690.75	
	Kanton Tessin	3 508.50	
	Bund	21 279.05	
	HEKS, Zürich	122.50	52 865.40
Reparationsfonds			24 896.20
			91 493.11

Ausgaben

	Fr.	Fr.
Unterstützungen		43 733.74
Reparationsfonds		19 596.24
Unkosten		548.18
Saldo am 31. Dezember 1951:		
Kassa	398.20	
Postcheck	18 159.90	
Vorschüsse	56.85	18 614.95
		82 493.11
2 Sparhefte zu je 4500 Fr.		9 000.—
		91 493.11

Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz
Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»

Einladung

Wir laden unsere Mitglieder freundlich ein zu unserer *Jahresversammlung*, die wir *gemeinsam* durchführen wollen, und die am *Sonntag, dem 22. Juni 1952*, in Zürich, im *Haus «Zum Korn», Birmensdorferstraße 67*, beim Bahnhof Wiedikon, stattfinden wird. Tagesprogramm: 9.30—12 Uhr Jahresgeschäfte, 14 Uhr Vortrag von Frl. Dr. Elisabeth Rotten aus Gstaad, über das Thema: «Der Kampf um den Frieden heute»

Für die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz
und für die Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»
Die Präsidentin: Carmen Weingartner-Studer

RELIGIÖS-SOZIALE VEREINIGUNG DER SCHWEIZ

Wir machen unsere Freunde und Leser darauf aufmerksam, daß wir vom 5. bis 12. Oktober 1952 einen

Ferienkurs

auf dem Flumserberg, Hotel Alpina, veranstalten werden. — Unter dem Gesamttitel

Reich Gottes und Politik

wird über folgende Themen gesprochen:

1. Der prophetische Glaube und die Politik
2. Jesus Christus und die Politik
3. Die Gemeinde Christi und die Politik
4. a) Der Katholizismus und die Politik
   b) Der Protestantismus und die Politik
5. Unsere Stellung zur Politik
6. a) Der Kommunismus als Ethos
   b) Kommunismus und Religiöser Sozialismus

Vorgesehen sind auch Abendzusammenkünfte mit Voten und Diskussionen über die Weltlage, die schweizerische Lage, das Remilitarisierungsproblem. Unter anderem wird ein Abend Beethoven gewidmet sein. — Das genaue Programm mit den Referenten werden wir in der nächsten Nummer der «Neuen Wege» veröffentlichen und bitten Sie, sich jetzt schon in Ihren Plänen auf diesen Ferienkurs einzustellen.

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz

INTERNATIONALER BUND RELIGIÖSER SOZIALISTEN

Einladung zur ordentlichen internationalen Konferenz in Nyköping (Schweden)

Sonntag, den 3. August, bis Mittwoch, 6. August 1952
mit dem Hauptthema: Was hat die biblische Botschaft vom Reiche Gottes zu sagen zur heutigen Situation des Sozialismus und der christlichen Kirche?

PROGRAMM

Ankunft: Wer schon am Samstag, dem 2. August, in Nyköping ankommen kann, hat Gelegenheit, den schwedischen Landeszweig zu treffen, der vom 1. bis 3. August in Nyköping seine Jahresversammlung abhält. Er ist eingeladen zu dessen öffentlicher Versammlung vom Samstag, 19.30 Uhr, an der Vertreter der schwedischen

Christus, der Herr über die Völker und über die Zeit — und sein Auftrag

Die elf Jünger aber zogen nach Galiläa in das Gebirge, wohin sie Jesus bestellt hatte, und als sie ihn sahen, beteten sie ihn an; einige aber zweifelten. Und Jesus trat herzu, sprach sie an und sagte: «Übergeben ist mir alle Gewalt (Gottesvollmacht) im Himmel und auf Erden. Darum geht, macht alle Völker zu Jüngern, indem ihr sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes tauft und sie lehrt, alles zu halten, was ich euch geboten habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis zur Vollendung der Weltzeit.»

Ev. Matthäus 18, 16—20.

Das Matthäus-Evangelium läßt Jesus zu seiner Wirksamkeit, zur Ausrichtung seiner Botschaft vom Reiche Gottes und zu seiner ganzen Tätigkeit in Israel – als die Zeit gekommen – aus Galiläa kommen, um von Johannes dem Täufer am Jordan getauft zu werden. Er unterzieht sich zu Beginn seines Wirkens der *Taufe für das Reich des Vaters*, das heißt einer *Weihe, einer unbedingten, völligen Hingabe an den Willen des Vaters und für sein Reich*, dessen Nähe Johannes mit dem Ruf zur Umkehr verkündet hatte. Die große, die entscheidende Wende der Menschengeschichte war eingetreten, ihr sollen die Umkehr und die Zuwendung zum Reich bei den Menschen und Völkern entsprechen. Die Taufe ist der Eingang in das Reich und die Weihe für das Reich. Das ist der Sinn jeder echten «Taufe», im Gegensatz zu allen Taufsurrogaten, wie sie in der Christenheit und ihrer Geschichte sich herausgebildet haben.

Am Ende dieser «Geschichte», wie sie das Matthäus-Evangelium erzählt, welche durch Jesu Auferstehung zum *Anfang einer neuen Geschichte und Wirklichkeit*, zum Beginn seiner «Herrschaft» mit dem Vater und für das Reich des Vaters wird, beruft Jesus seine Jünger wiederum nach Galiläa, um sie gleichsam «in der Abgeschiedenheit dieses Erdenwinkels» für das Größte vorzubereiten, *ihren Auftrag*, der der Auftrag aller «Jünger» aller Zeiten geblieben ist: *die Eroberung der Welt für das Reich, die Reichssendung in die Völkerwelt hinein.*

Die Schriftgelehrten haben in diesen Schlußworten des Matthäus-Evangeliums allerlei Schwierigkeiten gefunden, haben sich etwa gefragt, ob es sich wirklich um Worte Jesu handle, weil er eine «trinitarische Taufformel» gebrauche, oder wie dieser Bericht mit andern Berichten übereinstimmen könne, die doch von der Begegnung des Auferstandenen mit den Jüngern in Jerusalem erzählen, und anderes mehr.

Ich glaube, daß diese Geschichte einen hochbedeutsamen Sinn für uns, für die Sache Christi habe und, wie das ganze Evangelium, jene echte, geisterfüllte Wirklichkeit bezeuge, die immer und überall mit Jesus, dem *lebendigen Christus*, verbunden ist. *Entscheidendes könnte die Christenheit unserer Tage daraus lernen.* Zweifellos handelt es sich um Worte des Auferstandenen, die die Jünger uns überliefern, weil sie sich ihnen

als *Auftrag* tief eingeprägt haben. Und das, was man «Urchristentum» nennt, zeigt durchaus die *Richtung* dieser Worte Christi.

Wenden wir uns den wichtigsten Zügen dieser Geschichte zu! Da ist einmal *die Anbetung des Auferstandenen* durch die Jünger, als sie ihn sehen. (Wobei es, nebenbei bemerkt, beachtenswert und großartig ist, wie diese Sache den «Zweifel» besteht und mit sieghafter Kraft neben ihm und über ihn hinaus ihren Weg beschreitet!) Wer Jesus ist, und was er bringt und will, wird eben erst recht fest und klar durch seine Auferstehung. Sein ganzes Leben und Wirken bekommt seinen entscheidenden ewigen Gesamtsinn, seinen Offenbarungssinn. Die Gotteswirklichkeit in ihm, seine Verbundenheit mit dem Vater, tritt völlig hervor, und es wird in den Jüngern fest und gewiß, daß Jesus über alle «Mächte, Gewalten und Herrschaften» der «Herr» ist. «Mein Herr und mein Gott», so bezeugt es auch der «ungläubige» Thomas. So wird es schließlich sogar die ungläubige, gottlose Welt tun müssen. Wir dürfen diesen Tag erhoffen!

In dieser *echten Christusanbetung, der Begegnung mit dem lebendigen Christus,* muß die Sache Christi bei den Menschen gründen. Echtes «Jüngertum» muß irgendwie darin gründen und gewiß werden. Vor ihr allein zerbricht auf die Dauer und durchschlagend aller Totalismus irdischer und übernatürlicher Mächte und Gewalten. Sie ist die Kraft und Wirklichkeit, vor der Cäsar, vor der alles falsche, angemaßte Herrschertum über die Völker und Menschen und im Menschen selbst, alles Moloch- und Götzenwesen weichen muß, damit die wahre Gottesherrschaft des Vaters, welche Freiheit und Liebe, Gerechtigkeit, Reinheit und Friede ist, beginne, komme und siege. Denn dieser Jesus, der Christus Gottes, spricht – und wir können die volle Wahrheit und Wirklichkeit seines Wortes empfinden, wenn wir ihn ernstlich suchen –: «Mir ist alle Gewalt im Himmel und auf Erden gegeben.» «*Alle* Gewalt» und «im Himmel *und auf Erden*»! Die entscheidende Wendung für den Vater Blumhardt in Möttlingen geschah, als er im Kampf mit den Dämonen, mit den Kräften und Mächten der Finsternis, die ihm in der grausigen Not der Gottliebin Dittus entgegentraten, diesen Jesus, den Jesus des Reiches Gottes, den lebendigen Christus, ernst zu nehmen begann. «Wer ist der Herr? mußte ich mich oft fragen; und im Vertrauen auf den, der Herr ist, hieß es in mir immer wieder: Vorwärts! Es muß zu einem guten Ziele führen, wenn es auch in die tiefste Tiefe hinunter geht, es sei denn, daß es nicht wahr wäre, daß Jesus der Schlange den Kopf zertreten hat.» Die «Gewalt», die Gottesvollmacht Christi, ist eben *Anspruch und Wirklichkeit zugleich.* Anspruch, weil seine Sache unter den Völkern erst noch verwirklicht werden muß. Wirklichkeit, weil die entscheidenden Kämpfe gegen die entscheidenden «Mächte», Mammon, Lüge, Gewalt und Gier, Sünde, Unrecht, Krankheit und Tod, das ganze Religions- und Weltwesen durch Jesus gekämpft sind, mit dem Kreuze besiegelt und durch die Auferstehung bekräftigt worden sind. «Jesus ist Sieger!» Der Herrschaft

Christi in die Welt hinein ist die Bahn gebrochen. Die lebendige Gemeinde Christi, die eine Gemeinde der Jüngerschaft und Nachfolge ist, soll auf dieser Bahn weiterschreiten, der Vollendung der Gottesherrschaft entgegen.

Hier kann es keine statisch verstandene sogenannte «christliche» *Lehre von den zwei Reichen* geben, von denen etwa das «Weltliche» den Anspruch auf die Welt und den Menschen in ihr erheben dürfte und das «Geistliche» lediglich zur «Seelsorge» und «Seelenrettung» da wäre. Die «Mächte», die sich immer wieder auch politisch in Staaten und Reichen verdichten, auch in Kirchenstaaten wie Rom, haben allenfalls begrenzte Geltung und sind ein Teil des Abfalls vom wahren Reiche Gottes und des Aufstandes gegen es. Sie haben nur eine begrenzte, vom Reiche Gottes in Frage gestellte Geltung. Denn auch über ihnen ist die Christusherrschaft errichtet. Christus ist am Werk, sie zu überwältigen. Vor seiner Herrschaft sinkt alles, was Weltreich ist, in den Staub. Die Völker sollen nicht zu Staatsbürgern, sondern zu Jüngern gemacht werden, zu Gliedern der Christusherrschaft, die sich in der Christusgemeinde, die etwas anderes, Lebendigeres und Revolutionäreres ist als die Kirchen, verwirklicht. Die Jünger haben keine zwei, sie haben nur *ein* «Politeuma» (Bürgertum) im Sinne eines ganzen, echten Bürgertums. Sie sind *Glieder des einen, wahren Menschenreiches ihres Herrn*, und soweit die Mächte auf Erden da sind (und sie sind ja noch auf erschreckende Weise da!), sind sie in einem letzten Sinne nicht deren «Bürger», sondern «Fremdlinge» in ihnen und «Gäste». (Vgl. 1. Petr. 2, 10–12.) Sie sind aber «Hausgenossen Gottes». Für sie gibt es keine Zäune, Staaten, Grenzen, keine Volks-, Rassen-, Klassen- und Geschlechtersouveränitäten; sie sind vielmehr «alle eins in Christus». Und sie, die «Freien», haben keine «Sklavenmoral» (Nietzsche) und lehnen auch die Sklavenrevolte der Gewalt ab. Sie fügen sich in einem sehr klar begrenzten Sinne den jetzt gerade herrschenden «Gewalten», zahlen Steuern, geben «Ehre, wem Ehre gebührt», aber sie gehorchen «als die Freien» dabei in erster und letzter Instanz ihrem Herrn, sind Glieder, Diener und Kämpfer des Gottesreiches, die am rechten Ort und zur rechten Zeit «Gott mehr gehorchen als den Menschen», auch wenn es sich um die geheiligteste «Obrigkeit» handelt. Diese Grundhaltung ist auch in der «Demokratie» nötig, die sich erst in der «Christokratie» durch den Dienst am Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit erfüllt. Soweit sie nicht in dieser Richtung sich entfaltet oder gar den Götzen verfällt, scheitert auch sie, wird ein Raub der anonymen oder offenen «Diktatur» der verschiedenen «Totalismen», was unsere Zeit eindrücklich genug zeigt. Erst die Christusjüngerschaft der Völker ist erfüllte, wahre Demokratie, wie sie auf einer andern Linie erfüllter, wahrer Kommunismus ist, die Kommunio Sanotorum, die Gemeinschaft der Heiligen, der Brüder des freien Geistes und der Liebe.

Das ist der Auftrag Jesu für seine Jünger in der Welt. Die *Taufe*, von der er redet, ist natürlich etwas anderes als die kirchlich gehandhabte

Kindertaufe. Sie ist *Jüngerschaftstaufe*. Sie vermittelt die einzige befreiende, nicht knechtende Totalität, die neue *völlige Verbindung des Menschen mit Gott*, dem Vater, mit dem «Sohne» und mit dem Heiligen Geist.

Diese «Dreiheit» ist keine Kredoformel (solches hat man erst aus ihr gemacht, hat aus göttlicher Wirklichkeit und Geschichte «Dogmatik» gemacht und sie damit getötet!); sie ist vielmehr die erfahrbare *eine* Gotteswirklichkeit selbst, die sich sowohl im Vater, wie im Sohne, wie im Geiste lebendig kundtut und durch sie *wirkt*. Wer sich in diese Wirklichkeit hinein taufen läßt, ist geweiht zur Jüngerschaft Christi in der Welt und zum Kampf für das Reich des Vaters, in welchem die Gebote Christi gelten. Da gilt also die Bergpredigt, da gelten die «Gebote» der Gleichnisse, da gilt die Nachfolge. Da gelten mit den Worten unseres Evangeliums die Gebote Christi, die sich in der Bruderschaft erfüllen. Da wird *Christus das Wort Gottes für die Welt*, das erlösende und lösende Wort Gottes auch für die Politik und Wirtschaft, weil er die ganze und lebendige Antwort Gottes, die Weltantwort Gottes ist. Das hat eine wahre Gemeinde Christi der Welt in ihrer Not, Zerrissenheit und Finsternis anzubieten. Darin wird sie zur Trägerin der Barmherzigkeit Gottes an der Welt und erfüllt sie ihren Auftrag.

Ist das nicht eine zu einfache, «schwärmerische», «täuferische», ja auch «phantastische» Antwort und Wegweisung? Es ist – wir haben es gesehen – das Wort Jesu an seine Jünger. Sollte es nicht in die wahre Richtung, auf den rechten Weg hinweisen?

Man bietet der Welt heute etwa *das Gesetz* an, die zehn Gebote, oder will sie darauf verpflichten und sagt, mehr könne man von ihr nicht verlangen. Das Evangelium hat man dann allenfalls noch als Trost der Sündenvergebung in der Rechtfertigungslehre des Protestantismus oder im kirchlichen Priesteramt und dem von ihm vermittelten «Gnaden» im Katholizismus, die freilich nicht zu hindern vermögen, daß Millionen Menschen heute zum Faschismus und Nazismus oder zum Kommunismus abfallen, dem Kapitalismus, Militarismus und der Magie der Technik verfallen sind, an Leib, Seele und Geist immer mehr verstört werden (denken wir besonders auch an das, was Leonhard Ragaz den «Sexualismus» nannte, oder an die Rolle, welche die Lüge, die Hetze, die Verleumdung und Verdrehung, die Brutalität und Unmenschlichkeit in der ganzen Welt spielen!), um schließlich morgen dem totalen Krieg im Namen von Ideen und Werten (zum Beispiel der abendländisch-christlichen Zivilisation) vielleicht völkerweise geopfert zu werden. Weil man doch im Grunde ohne Christus und seine Herrschaft auskommen will.

Nein, bedenken wir doch die Geschichte, die Offenbarungsgeschichte, welche die klarste Erkenntnis der Weltgeschichte bietet. Ist Israel nicht am Gesetz gescheitert? Scheitert auch die Welt nicht immer wieder am bloßen Gesetz, dem die Kraft der Erfüllung fehlt? Ist sie nicht am «Naturrecht» und auch in den «Menschenrechten» gescheitert, wenn wir die Lage

unserer Welt ehrlich betrachten und Ungeheuerlichkeiten und Teufeleien, wie den totalen Krieg mit Atombomben, Napalmbomben, Bakterienkriegsführung, überhaupt den modernen Krieg, nicht zu einer doch noch annehmbaren und zu rechtfertigenden Menschenangelegenheit verdrehen und umlügen, weil wir in letzter Instanz und vor der Wahrheit doch nicht mit unsern «Verteidigungskriegen» und «Polizeiaktionen» bestehen können. In diese verzweifelte und ausweglose Lage kommt die Welt immer wieder, wenn nicht ein Durchbruch zur Welt Christi und seinen Geboten erfolgt. Diese «Durchbrüche» (Leonhard Ragaz) sind es, die in Wirklichkeit die «Menschenrechte», ja noch mehr und tiefer das Menschentum unter den Völkern vorwärtsbringen und vertiefen durch die heiligen Gotteskräfte der Wahrheit, der Liebe, der Freiheit und des Opfers. Von ihnen geht auch die Aufrichtung von Recht und Gesetz aus. Das ist die Kraft, welche die Welt mit dem Menschen und durch den Menschen von Gott her und zu seinem Reiche hin wahrhaft verändert. Das ist Christus. So wird er «der Weg, die Wahrheit und das Leben» für jeden einzelnen Menschen wie für die Völker. Dieses Wort ist kein Wort religiöser Ausschließlichkeit, sondern ein Wort der göttlichen Totalität. Um sie geht es heute. Die Totalismen der Welt sind Mahnung und Gericht und Hinweis auf den Totalismus Gottes, das Reich. Das muß die Christenheit unter den Stürmen und Wettern dieser Zeit neu lernen. Sie muß die Offenbarung des Reiches, seine Vertretung unter den Völkern durch die Lehre der Gebote Christi unter ihnen ganz neu ernst nehmen lernen. Für den Kampf, in den sie dadurch gerät, gilt ihr dann sicher, aber nur dann, Christi Zusicherung: «Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis zur Vollendung der Zeit.» *Albert Böhler.*

Jedes Urteil ist eine Selbstverurteilung[1]

Wenn wir in diesem Kapitel zu einer sachlichen und christlich verantwortlichen Beurteilung des Kommunismus kommen wollen, müssen wir uns immer dessen bewußt bleiben, daß jede Verurteilung, die wir aussprechen, auch eine Selbstverurteilung ist. Paulus' Wort bleibt von einer uns immer wachrüttelnden Aktualität: «Darum bis du, o Mensch, wer du auch seiest, nicht zu entschuldigen, wenn du urteilst. Denn indem du einen anderen richtest, sprichst du das Urteil über dich selber. Denn du, der du richtest, tust das nämliche» (Römer 2,1).

Oft scheint es, daß man sein Urteil über den Kommunismus ins Leere spricht: daß gleichzeitig mit Rußland auch noch andere Staaten und Völ-

[1] Aus dem Buch des Autors «Christentum und Kommunismus».

ker *mit ihrer Vergangenheit* da sind, scheint den meisten Menschen nicht klar zu sein.

Darum ist es notwendig – und auch das gehört sehr wesentlich zu der Aufgabe der christlichen Kirche – stets wieder darauf hinzuweisen: jedes Urteil, das wir über Rußland aussprechen, ist eine Selbstverurteilung. Ich führe hier einige wichtige Punkte an:

Mit großer Entrüstung weisen wir auf die vielen Opfer, die in Sowjetrußland für die neue Gesellschaftsordnung fallen.

Ist aber unsere Entrüstung ebenso groß über die Opfer, die der Kapitalismus gefordert hat und noch fordert?

Ich denke hier an die Opfer, die die industrielle Revolution in England im 18. und 19. Jahrhundert gefordert hat und an das Elend des Proletariats. Ein tiefes Leiden für Hunderttausende war der Preis, den England für seine industrielle Revolution der Industrie bezahlen mußte.

Wir dürfen nicht glauben, daß der Kapitalismus jetzt, im 20. Jahrhundert, keine Opfer fordert. An allererster Stelle denke ich dabei wieder an die Arbeitslosigkeit. Aber auch an die Tatsache, daß die Möglichkeit, Art und Anlage zur Entfaltung zu bringen, abgeschnitten werden kann, weil gewisse Geldbeträge fehlen.

Diese Opfer, die täglich gefordert werden, werden kaum mehr beachtet, weil man an sie gewöhnt ist.

Dann haben wir die Beschneidung der Freiheit in Sowjetrußland. Man kann diese aus der Geschichte Rußlands erklären; ferner aus der Tatsache, daß Sowjetrußland die Periode, in der sich die Arbeiter ihrer selbst bewußt werden konnten, übersprungen hat; und außerdem aus der kommunistischen Ideologie und der heutigen internationalen Situation.

Aber diejenigen, die so unkritisch preisend über unsere Freiheit sprechen, müßten dabei doch wohl bedenken, daß die Rhetorik der Freiheit größer ist als die Realität der Freiheit.

Um auf die Geschichte zurückzukommen: es ist erst 128 Jahre her (1824), daß die Arbeiterorganisationen in England in beschränktem Maße Vereins- und Versammlungsfreiheit erhielten. Die bürgerlichen Klassen hatten alle Versuche der Arbeiter, ihr Los zu verbessern, unterdrückt. Rußland beschneidet die Freiheit. Aber hat jemals ein Staat, der in Gefahr war, oder mit Recht oder Unrecht allerlei Drohungen fürchtete, etwas anderes getan?

In Holland von 1952 herrscht nicht die Freiheit tout court, sondern die amerikanische Freiheit. Die nichtkommunistische Presse (und das gilt für die Tageszeitungen und beinahe alle Wochenzeitschriften) hat sich, zwar nicht offiziell, aber den Tatsachen nach, vollkommen angepaßt, wenn es sich um die antikommunistische Haltung handelt. Für das Radio gilt dasselbe: Meinungen, die sich gegen die Politik richten, welche im Atlantischen Vertrag ihre Kulmination gefunden hat, bekommen so gut wie keine Möglichkeit mehr, sich Gehör zu verschaffen. Das findet seinen

Grund nicht nur in dem holländischen Radio-System, sondern seine letzte Ursache in der amerikanischen Freiheit, die von den Radiovereinigungen – und wäre es nur den Hörern zuliebe – akzeptiert werden muß.

Über die kapitalistische Freiheit haben wir bereits gesprochen. Die kapitalistische Freiheit ist eine auf ganz besondere Manier beschnittene Freiheit.

Wir wollen außerdem nicht vergessen, daß, nachdem der Militarismus in den demokratischen Ländern Eingang gefunden hat, die Freiheit je länger desto mehr beschränkt wird.

Man wundert sich hier im Westen darüber, daß im Osten die Sklaverei in allerlei Formen gefunden und von vielen auch gutgeheißen wird.

Aber müßten wir uns nicht viel mehr darüber wundern, daß wir auch im Westen die Sklaverei folgsam auf uns nehmen: wenn unsere jungen Männer 19 Jahre alt werden, müssen sie in den Militärdienst. Hiergegen widersetzen sich nur wenige.

Müßten wir uns nicht viel mehr darüber wundern, wie wir es im demokratischen Holland, infolge einer plötzlichen Verfassungsänderung, ermöglichten, daß junge Menschen gegen ihren Willen für Jahre nach Indonesien gesandt wurden?

Müßten wir uns nicht viel mehr darüber wundern, daß man im ganzen Westen die militärische Sklaverei gutheißt und daß man in der Tatsache, daß man diese Sklaverei gutheißt und für sie wählt, auch noch – oh Tragik! – einen Beweis unserer demokratischen Freiheit sieht?! Wer sieht noch ein, daß infolge der formal-demokratischen Freiheit die Demokratie materiell untergraben wird?

Gerade von unserer westlichen Sklaverei-Bejahung aus kann uns die östliche Bejahung der Sklaverei begreiflicher werden.

Ich habe nicht die Absicht, das Urteil über Rußland in sein Gegenteil umschlagen zu lassen und also unsere Freiheitsbeschränkung mit der in Sowjetrußland auf eine Stufe zu stellen. Ich beabsichtige jedoch mit obigen Bemerkungen über die Freiheit unsere Augen zu öffnen, damit wir sehen, wie jedes Urteil eine Selbstverurteilung in sich schließt.

Da, wo es sich um internationale politische Angelegenheiten handelt, ist es erschreckend wahr, daß sich jede Verurteilung von Rußland sofort gegen uns selbst richtet und zu einer Verurteilung von uns selbst wird.

Das systematische Beiseiteschieben von Rußland, das nach dem Ersten Weltkriege sofort mit den Interventionskriegen begann, ist eine der Ursachen des tiefen Mißtrauens gewesen, das Rußland dem Westen gegenüber beherrscht.

Ich will in diesem Absatz auf einen anderen Punkt hinweisen. Es bleibt eine traurige und uns belastende Tatsache, daß sich die westlichen Demokratien zwar gegen die antidemokratische Wirklichkeit auf der *linken* Seite, nämlich in Rußland, gewendet haben, aber nicht auf dieselbe energische Weise gegen die antidemokratische Wirklichkeit auf der *rechten* Seite, nämlich in Italien und Deutschland; sie haben sich

also wohl sofort gegen den Kommunismus, nicht aber gegen den Faschismus und den Nationalsozialismus gerichtet.

Laski hat verschiedene Male darauf hingewiesen, daß die kapitalistischen Länder alles taten, die faschistischen Staaten zufriedenzustellen. Die Begeisterung der englischen Konservativen über Mussolini, selbst nach der Intervention in Spanien und dem Krieg in Abessinien, war einfach erschreckend. «Churchill hat erst, nachdem Italien am Kriege (1940) teilnahm, begriffen, daß Mussolini dieselben Kräfte vertrat, von denen auch Hitler Repräsentant war.»

Dasselbe gilt von den Beziehungen hinsichtlich des Nazismus.

Der englisch-amerikanische Kapitalismus und Imperialismus, die politischen Handlungen der Alliierten müssen ebenso für alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt, verantwortlich gemacht werden, wie die eigenartig-militaristische Anlage, der «Wille zur Macht», die Selbstüberschätzung, die viele Deutsche charakterisiert.

Hinsichtlich Rußland und des Kommunismus gilt dasselbe wie hinsichtlich Deutschland und des Nazismus: die westlichen Demokratien tragen eine sehr große Schuld – der Nazismus wurde mit durch unsere Schuld ins Leben gerufen und dann auf allerlei Weise unterstützt; das kommunistische Experiment haben wir, mit Hilfe von Interventionskriegen usw., verdächtigt und versucht, ihm entgegenzuarbeiten.

Die Folgen ließen nicht auf sich warten. Für Rußland war es mehr als deutlich, daß die Leiter der Demokratien vorzogen, die kapitalistischen Interessen, notfalls durch Unterstützung von faschistischen und nationalsozialistischen Diktatoren zu verteidigen, anstatt lieber die ökonomischen und sozialen Folgen der Demokratie zu akzeptieren.

Karl *Jaspers* hat in seinem Buche «Die Schuldfrage» ausdrücklich auf die Schuld hingewiesen, die die westlichen Demokratien Deutschland gegenüber auf sich geladen haben. Dieselben Tatsachen haben gleichzeitig Rußlands Mißtrauen gegen den Westen vertieft.

Jaspers hebt unter anderem die folgenden Tatsachen hervor: der Einfall der Japaner in die Mandschurei wurde geduldet; im Jahre 1933 schloß der Vatikan ein Konkordat mit Hitler; alle Staaten erkannten das Hitlerregime an; im Jahre 1936 besetzte Hitler das Rheinland, und Frankreich ließ das zu. Auch Röpke klagt die Welt außerhalb Deutschlands an, weil man nicht glauben *wollte*, was antinationalsozialistische Deutsche sagten. «Man war blind, weil man blind sein wollte.»

«Wer die Mitgliederliste der Englisch-Deutschen Brüderschaft betrachtet – ein Verein zur Beförderung der guten Beziehungen zwischen England und dem nationalsozialistischen Deutschland – sollte glauben, daß er ein Adreßbuch des englischen Adels, kombiniert mit ‚Who is who?' der Geschäftswelt vor sich habe» (Laski).

Man kann noch viel mehr Tatsachen aufzählen. Es hat aber wenig Sinn, das zu tun. Alle diese Tatsachen bringen uns immer wieder eine Realität deutlich vor Augen: die kapitalistischen Demokratien hießen

zwar die antidemokratische Wirklichkeit in Deutschland und Italien gut, aber sie lehnten die antidemokratische Wirklichkeit aus Sowjetrußland ab, weil Sowjetrußland dem Kapitalismus den Krieg erklärt hatte.

Der ökonomisch-soziale status quo wurde durch den Nazismus nicht angetastet – darum akzeptierten so viele Führer der westlichen Demokratien zwar den antidemokratischen Nationalsozialismus, nicht aber den antidemokratischen Kommunismus. (Man denke jetzt wieder an das Spiel, das mit Franco-Spanien von den westlichen Demokratien gespielt wird.)

Wenn wir ein Urteil über Sowjetrußland aussprechen, dann bedeutet das immer wieder, daß wir uns selbst und unsere schuldvolle Vergangenheit verurteilen. Nur, wenn wir nicht Angst davor haben, unsere *Vergangenheit ehrlich* zu sehen, besteht eine Möglichkeit, daß wir in der *Gegenwart* zu einem gerechten Urteil kommen und dadurch für die *Zukunft* neue Wege entdecken und beschreiten.

Daß jedes Urteil eine Selbstbeschuldigung enthält, gilt natürlich auch für die Nachkriegspolitik des Zweiten Weltkrieges. Ich denke hierbei an ein Gespräch, das Steinbeck, der bekannte amerikanische Roman- und Novellenschriftsteller, mit einer Gruppe ukrainischer Bauern hatte: Einer der Bauern fragte: «Was würde die amerikanische Regierung tun, wenn die Sowjetregierung Mexiko Geld leihen und militärische Hilfe leisten würde mit dem offen ausgesprochenen Zweck, der Ausbreitung der Demokratie Einhalt zu gebieten?» Wir dachten eben nach und antworteten: «Nun, wir glauben, daß wir dann den Krieg erklären würden.»

Und der Bauer sagte: «Aber Sie *haben* der Türkei Geld geliehen, das doch an unserer Grenze liegt, mit dem Zweck, der Ausbreitung unseres Systems Einhalt zu gebieten, wir aber haben den Krieg nicht erklärt.»

Ich bin mir dessen bewußt, daß hier wieder andere Gegenbeweise genannt werden können, die auf russische Schuld weisen, aber hierüber zu sprechen hat erst dann Sinn und hat nur dann eine heilsame Wirkung, wenn wir erst unsere eigene Schuld betrachten.

Darum ist es verhängnisvoll, wenn der schon genannte «Sozialist» J. de Kadt Schuldbewußtsein «ein Zeichen von Dekadenz» nennt und Rußland die Schuld an allem in die Schuhe schiebt.

Wir dürfen in unseren Urteilen über Sowjetrußland nicht allzu scharf sein. Wir, die wir zum Westen gehören, haben auch noch heute verschiedenes auf unserem Kerbholz. Ich nenne hierzu nur einige Punkte: das Negerproblem in Amerika (hier werden 14 Millionen Negern ihre Rechte vorenthalten); das Rassenproblem in Südafrika; die Methoden aller kolonisierenden Mächte mit Ausbeutungen, Rassendiskrimination und Verfolgungen der Nationalisten: die koloniale Geschichte Frankreichs nach 1945 (Vietnam) und Hollands (Indonesien: trotz allen ernsthaften Versuchen von Männern wie Schermerhorn, den richtigen Weg zu finden, wurden doch militärische Maßnahmen getroffen, eine Politik von unendlichem Schachern, um am Ende von Amerika wenig ehrenvoll zu einem Vertrag gezwungen zu werden); die Beziehungen zu Franco, die,

je länger es dauert, desto «besser» werden; die amerikanische China- und Koreapolitik.

Es beweist ein erschreckendes Pharisäertum, wenn wir über Rußland urteilen, während wir unsere *eigene* Vergangenheit und unsere *eigene* Gegenwart entweder nicht zur Diskussion stellen wollen oder mit einigen nichtssagenden Worten zu entschuldigen versuchen.

Die Spitze unseres Urteils über Rußland wendet sich gegen uns: «Du bist der Mann!» (Samuel II, 12, 1–7).

Dasselbe gilt auch hinsichtlich der Konzentrationslager in Rußland und unser Urteil darüber. Wir sprechen hierüber noch näher in den folgenden Absätzen über «Mittel und Zweck» und «Militarismus und Kommunismus».

Auch hier: die Verurteilung schließt eine Selbstverurteilung ein.

Wenn wir über Konzentrationslager sprechen, dann denken wir an die englischen Lager in Südafrika, am Anfang dieses Jahrhunderts. Emily Hobhouse gab damals abscheuliche Berichte hierüber bekannt.

Bei einem Besuch in den Konzentrationslagern in Südafrika im Jahre 1901 wurde festgestellt, daß ein Lager, das mit 2000 Menschen überbevölkert war, innerhalb sechs Wochen auf 4000 anwuchs. Das Lager bestand aus Zelten, in denen es im Sommer unerträglich warm war. Die Leute schliefen auf der Erde, sie hatten weder Tische noch Stühle. Frauen wußten nicht, wo ihre Kinder waren. Es gab viele Kranke, täglich starben viele. Typhus herrschte, aber man hatte nicht genug Brennstoff, um das Wasser vor dem Gebrauch abzukochen. Alle waren in hohem Maße unterernährt. Im Mai 1901 kehrte Emily Hobhouse nach England zurück. Von dort aus war inzwischen eine Kommission von sechs Damen nach Südafrika gesandt, um die Konzentrationslager zu besuchen. Diese sandten einen Rapport über ihre Befunde, aus dem kein Funke Mitgefühl spricht. Sie schilderten aber alles viel besser, als es war. Auch Sterbeziffern wurden genannt. In einem einzigen Lager starben von 6000 Bewohnern 400, wovon 197 Kinder zwischen 1 und 5 Jahren. Vom Juli 1901 bis zum Februar 1902 starben insgesamt 20 117 Menschen in den englischen Konzentrationslagern.

Wir, Holländer, kennen im früheren Niederländisch Ostindien das berüchtigte Lager Ober-Digoel in Neu-Guinea. Im Jahre 1934 wurden Hatta und Sjahrir mit dem gesamten Hauptvorstand der nationalistischen Vereinigung Pendidikan Nasional Indonesia (PNI) dorthin verbannt.

Und nach der Befreiung im Jahre 1945 kannten wir in Holland die Lager der NSB'ers (Mitglieder der holländischen Nationalsozialistischen Bewegung) und anderer politischer Strafgefangener, in denen Dinge geschehen sind, worüber wir uns für immer schämen müssen.

Es sei wiederholt: ich behaupte nicht, daß alle diese Tatsachen immer genau auf demselben Niveau stehen – ich versuche nur zu beweisen, daß jede Verurteilung von Rußland auch eine Selbstverurteilung einschließt.

Ich nenne noch einen Punkt:

Den Russen wird der Kontakt mit Ausländern unmöglich gemacht. Wer diesen Kontakt sucht, steht unter Verdacht mit allen Folgen, die damit verbunden sind.

Wenn ein Ausländer, zum Beispiel ein ausländischer Korrespondent, einen Russen einlädt – so schreibt Steinbeck – «kommt meistens irgendeine Verhinderung; der Russe ist krank, oder er kann nicht kommen, oder er ist außerhalb der Stadt».

Aber sehen wir nicht etwas Ähnliches auch im Westen? Wieviele brave Holländer (und Schweizer?) wagen noch einen Freund einzuladen oder zu besuchen, der als überzeugter Kommunist bekannt ist?

Ich weiß natürlich, daß, wenn es unbedingt nötig ist, dieser Kontakt im Westen noch ohne Lebensgefahr möglich ist, in Rußland aber nicht.

Aber ich weiß auch, daß die Beschuldigung gegen Rußland, jeder Kontakt mit nicht-kommunistischen Ausländern würde unmöglich gemacht, auch zur Selbstbeschuldigung führen muß. Sonst wird die stille Tyrannei, die uns verhindern will, mit Kommunisten in Kontakt zu stehen, noch weiter fortwuchern.

Vielleicht erwächst bei dem Leser die Frage, warum es eigentlich nötig ist, alle diese Tatsachen aufs neue zur Sprache zu bringen. Ist es nicht besser, das Vergangene ruhen zu lassen? Ich glaube das nicht. Das Vergangene darf und kann nur dann für immer Vergangenheit bleiben, wenn es ein *verarbeitetes* und ein *vergebenes* Vergangenes ist. Das gilt für jeden Menschen persönlich, aber auch für jedes Volk.

Wir haben aber die Vergangenheit noch nicht verarbeitet. Wäre das wirklich der Fall, dann würden wir zu einem ehrlichen Schuldbekenntnis kommen. Nun aber ist, allgemein gesprochen, kein Schein oder Schatten von Schuldbekennen, von Buße und Reue, zu spüren.

Die Vergangenheit kann erst eine verziehene Vergangenheit sein – das heißt eine Vergangenheit, über welche wir die Stimme von Gottes Vergebung vernommen haben –, wenn wir zu Buße und Schuldbekenntnis kommen. Wie aber können wir etwas von Vergebung wissen, wenn wir nicht begreifen, daß etwas zu verzeihen wäre?

Das ist die tiefste Not unserer Zeit, wenn es politische, nationale und internationale Angelegenheiten betrifft: Wir kennen das Vergangene nicht als eine *verarbeitete* und eine *verziehene* Vergangenheit – wir wissen nur von einer *vergessenen* Vergangenheit.

Nur wenn wir das Vergangene verarbeiten wollen, wenn uns das Gewesene auch verziehen ist, nur dann ist die Möglichkeit eines neuen Anfangs. Unsere Aktivität wird dann nicht gelähmt, sie wird vielmehr in der guten Richtung angefacht.

Darum ist es so wichtig, die Vergangenheit ehrlich zu betrachten, sie mutig zu verarbeiten und als eine verziehene Vergangenheit hinter uns zu lassen.

Das befreit uns von Angst, Heuchelei, Selbstgenügsamkeit, Hochmut, Verkrampfung, auch Rußland gegenüber.

Unser Urteil ist erst dann wirklich frei, wenn wir in der Verurteilung des anderen die Selbstverurteilung anerkennen wollen.

Ich begann diesen Absatz mit einem Paulus-Wort. Ich will auch mit einem Wort von ihm enden:

«Um wirklich frei zu sein, hat Christus uns befreit» (Galat. 5, 1). Das betrifft unser Urteil über Rußland, aber auch unser Urteil über uns selbst und über den Westen. *Krijn Strijd*

Zur Strafvollzugsreform[1]

Wer sich nur immer für die Vermenschlichung des hergebrachten Strafvollzuges einsetzt, wird sich den Vorwurf der Humanitätsduselei, der Weltunkenntnis und der wirklichkeitsentfremdeten Ideologie gefallen lassen müssen. Die Begründung dieses Vorwurfes, so primitiv sie auch sein mag, verfehlt nie eine gewisse Wirkung auf die breite Masse. Es will ihr nicht einleuchten, warum notorische Rechtsbrecher gelinder behandelt werden oder es materiell besser haben sollten als die überwiegend große Mehrheit derer, die niemals mit dem Strafgesetz in Konflikt gerieten, aber trotzdem jahraus, jahrein mit harter Arbeit und schweren Sorgen belastet sind.

Gerade von diesen Leuten wird etwa auch die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen bemängelt, besonders wenn solche, nach ihrer Entlassung, von Gemeinde, Staat oder Bund wieder in den normalen Arbeitsprozeß eingeschaltet werden.

«Man muß also», hört man etwa knurren, «schon eine Gefängnis- oder Zuchthausstrafe für irgendein Vergehen oder Verbrechen hinter sich haben, um angestellt zu werden, während zahlreiche Unbescholtene sich erfolglos um die jenen zugewiesenen Stellen umsonst bewerben.»

Den ersterwähnten Gegnern des vermenschlichten Strafvollzuges wäre zunächst die Frage entgegenzustellen, ob sie, auch gegen die denkbar gelindeste, beste Strafanstaltsbehandlung und -versorgung, ihre persönliche Freiheit, die ihre Trennung von Familie und altvertrauter Umwelt bedingt, einzutauschen willens wären.

Den andern, den Scheelsüchtigen, wäre nahezulegen, zu erwägen, ob sie, um einer später gesicherten Stelle willen, ihre bürgerliche Ehre, ihr gesellschaftliches Ansehen, preisgeben möchten.

Bei diesen und jenen liegt demnach ein gutes Stück Gedankenlosigkeit, aber ein noch größeres, durchaus ungerechtfertigtes Pharisäertum

[1] Wir verweisen unsere Leser auf die Seiten 109 ff. des März/April-Heftes der «Neuen Wege».

zugrunde. Denn daß nicht auch sie (wie übrigens wir alle) nie hinreichend straffällig wurden, um vom Strafgesetz erfaßt zu werden, haben sie in der sozusagen ausnahmslosen Regel beileibe nicht etwa ihrer besonderen Rechtschaffenheit und Vortrefflichkeit, sondern einem gütigen Schicksal, das sie davor bewahrte, zu verdanken. Sei es, weil sie nicht erwischt wurden; sei es, weil gewisse, durch Notlagen irgendwelcher Art bedingte Versuchungen nie an sie herantraten; sei es endlich, weil sie, vermöge ihrer Erbmasse, ihrer Erziehung, ihrer gesellschaftlichen Stellung, ihrer besseren, übrigens nicht durchaus selbsterworbenen Einsicht, ihrer von Natur aus widerstandskräftigeren seelischen und geistigen Beschaffenheit, oder aber auch in manchen Fällen lediglich durch die ihnen innewohnende Feigheit sich selbst und der Umwelt gegenüber, davor bewahrt blieben.

Übrigens weiß man ja, daß es der gesetzesehrlichen Halunken und Schurken zur Genüge gibt, die entweder nie hängen bleiben, weil sich niemand getraut gegen sie zu klagen (zum Beispiel Erpresser), oder weil sie schlau und verschlagen genug sind, sich durch die Maschen des Gesetzes hindurchzuwinden und zeitlebens immer haarscharf das Zuchthaus zu streifen vermögen, ohne je hinreichende Handhabe zu strafrechtlichem Zugriff zu bieten. Daß gerade diese Kategorie der geistig oft hochentwickelten, verschlagenen, schlauen, mit allen Wassern gewaschenen Gauner unsäglich mehr Unheil anrichtet und unverhältnismäßig gefährlicher für den Staat, die Gesellschaft und den Einzelbürger ist als mancher strafgefangene Schwerverbrecher, dürfte nachgerade so ziemlich allbekannt geworden sein.

Also ein für allemal: Guter Leumund und Straflosigkeit sind nie und nirgends als eigenmenschliches Verdienst, sondern ganz einfach als besondere Gnade des Schicksals zu werten, für welche diejenigen, denen sie zuteil wird, lediglich aus tiefster Seele dankbar sein müßten.

Wer nur immer Gelegenheit hatte, sich mit dem Lebenslauf und den Schicksalen zahlreicher strafgefangener Rechtsbrecher mehr als bloß oberflächlich und vorübergehend zu befassen, der weiß, daß es den wenigsten von ihnen leicht gefallen ist, sich erstmals vorsätzlich und mit Vorbedacht zu vergehen. Vermöchten wir in jedem Einzelfalle nachzuprüfen und nachzufühlen, wie vieler Bedrängnisse, Notlagen und Versuchungen es bedurfte, um einen normal gewachsenen Menschen zum Rechtsbrecher zu gestalten, so würden wir in den meisten Fällen erkennen müssen, wie lange und wie heldenhaft er sich dagegen gewehrt hat, bis er schließlich doch unterlag. Wenn wir dann unsere Prüfung noch weiter, nämlich auf uns selber ausdehnen würden, so müßten wir uns gar nicht allzuselten eingestehen, daß, wäre uns Gleiches geschehen, wir unfähig gewesen wären, so lange tapferen Widerstand erfolgreich zu leisten.

Es mag zynisch und paradox klingen, ist aber durchaus ernst gemeint und kommt wohl der objektiven Wahrheit am nächsten:

Der Unterschied zwischen den bestraften Rechtsbrechern und den

Unbescholtenen besteht lediglich darin, daß jene eingesperrt sind, während die andern frei herumlaufen.

Es prüfe sich jeder nur selber, er erforsche seine Vergangenheit samt seinen geheimsten Gedanken, Leidenschaften und Gelüsten, dann möchte ich den sehen, der wahrheitsgemäß behaupten dürfte, er hätte nicht da oder dort zum mindesten eine Haft-, wenn nicht eine schärfere Strafe redlich verdient.

Man entging ihr bloß darum, weil das Strafgesetz lediglich den als strafbar betrachtet und erfaßt, der eine Tat begeht, die das Gesetz ausdrücklich mit Strafe bedroht (StGB Artikel 1).

Wann und wo aber nur immer von Strafrecht, Strafrechtspflege und Strafvollzug die Rede ist, sollte nie übersehen werden, daß es sich dabei lediglich um Institutionen handelt, die der menschlichen Gesellschaft zum wirklichen oder vermeintlichen Nutzen gereichen sollen, wie etwa zum Schutze des Eigentums, des Leibes und des Lebens.

Da nun aber, je nach Zeit, Ort und Umständen, die Bedürfnisse der Gesellschaft wandelbar sind, sind es auch ihre Rechtsanschauungen. Daher dürfen ihre Übereinkünfte und Einrichtungen, als welche die Gesetze und ihr Vollzug angesprochen werden müssen, keinen Anspruch auf unabänderliche, geschweige denn ewige Gültigkeit erheben.

Daraus ergibt sich, daß die Anforderungen der (als Staat gegliederten) Gesellschaft, in der Gestalt ihrer übereinkünftlichen Gesetze und Institutionen, keineswegs zwangsläufig, nicht einmal mit der banalen Moral, geschweige denn mit dem höheren allmenschlichen Sittengesetz, dem Ethos, übereinzustimmen brauchen und daß sie in Wirklichkeit auch nur stellen- und streckenweise zeitweilig übereinstimmen.

Das allmenschlich höhere ethische Sittengesetz nämlich stellt an jeden Einzelnen stets gleichbleibende, unabänderliche Forderungen ewiger Gültigkeit. Diese sind nicht, wie die gesellschaftlichen, übereinkunfts- oder überlieferungsbedingt, sondern sie beruhen auf der eigenmenschlichen Gesinnung, die das Gute fordert und das Böse ablehnt, über welcher Betätigung lediglich das persönliche Gewissen, das heißt seine Erkenntnis des Guten und Bösen entscheidet.

Darum erweist es sich als unvermeidlich, daß die eigenmenschliche Gesinnung, das Gewissen also, häufig in sinnenfälligen Widerspruch zu den gesellschaftlichen Anschauungen, Übereinkünften, Gesetzen und Institutionen gerät.

Ferner, daß die ethische Verantwortlichkeit des Einzelnen genau nur so weit reicht wie seine Erkenntnis, sein Gewissen.

Diese allgemeinen Feststellungen waren darum nicht überflüssig, weil sie grundlegend und richtungsgebietend für die wirklich gesellschaftsaufwertende Behandlung des Rechtsbrechers sind.

An dieser Stelle wäre es nun angezeigt, die Begriffe der Strafe als Rache, Unschädlichmachung, Sühne, Abschreckung, sowie die verschiedenen Methoden ihrer Anwendung zu erörtern. Da solches jedoch von be-

rufenen Kriminalisten, Psychologen, Juristen, Philosophen, Pädagogen und Vollzugsbeamten schon seit Jahrzehnten besorgt wurde und stets aufs neue besorgt wird, dürfen wir uns mit der bloßen Feststellung begnügen, daß die herkömmlichen Strafvollzugsmethoden samt und sonders weitgehend versagt haben.

Auch bei uns in der Schweiz, anders wir nicht ungefähr 70 Prozent rückfällige Vorbestrafte aufzuweisen hätten!

Es sind also nicht welt- und wirklichkeitsfremde, rein ideologische Humanitätsduseleien, die der von uns angestrebten Strafvollzugsreform zugrunde liegen, sondern im Gegenteil namentlich auch ungemein ernste gesellschaftliche Nützlichkeitszwecke.

Man möge sich bloß vergegenwärtigen, daß durch die Einsperrung des Rechtsbrechers nicht bloß dieser selbst, sondern auch seine Angehörigen samt seiner Nachkommenschaft empfindlich gesellschaftsvermindernd belastet werden, daß unsere Strafrechtspflege und unser Strafvollzug, samt den sie unvermeidlich begleitenden vermehrten – oft chronisch werdenden – Armenlasten, eine ganz erkleckliche Summe Geld kostet, deren Ausgabe in gar keinem vernünftigen Verhältnis zu den damit erzielten Ergebnissen steht, um die dringliche Notwendigkeit der Begehung neuer Wege, wäre es auch nur im Hinblick auf die Staats- und Gemeindefinanzen oder den Steuerpflichtigen, unabweisbar darzulegen.

Ergänzend sei daran erinnert, daß sich viele unserer Strafanstalten als eigentliche Hochschulen des Verbrechens immer aufs neue erweisen. Delinquenten, die wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Vergehens dort eingewiesen werden, unterliegen daselbst während ihrer Strafzeit den verderblichen Einflüssen mehrfach Vorbestrafter, erleiden nach ihrer Entlassung die pharisäische Abweisung und Verachtung der Unbescholtenen, so daß es ihnen oft trotz bestem Willen nicht gelingt, sich wieder in die Gesellschaft als nützliche, achtungswerte Glieder und Bürger einzugliedern, um sich ehrlich zu betätigen, worauf sie, wie eine ganze Anzahl noch in frischer Erinnerung haftender Beispiele erweist, zu eigentlichen Schwerverbrechern verdämmern. Daß sich der von ihnen angerichtete Schaden nicht bloß auf die von ihnen unmittelbar betroffenen Opfer verdichtet, sondern auch den Staat und die Gesellschaft in verschiedengeartetem, stets anwachsendem Maße belastet, bedarf wohl keiner besonderen Beweisführung.

Anderseits ist der sinnenfällige, praktische Beweis bereits erbracht, daß durch die Anwendung der von uns, wie übrigens weitgehend vom Strafgesetz selbst geforderten sozial- und heilpädagogischen Strafvollzugsmethoden die Rückfälligkeitsquote ganz erheblich gesenkt werden kann und tatsächlich gesenkt wird. Sie beträgt beispielsweise in der Arbeitserziehungsanstalt Uitikon am Albis bloß noch 30 Prozent, und es ist nicht einzusehen, warum sie nicht im Laufe der Jahre noch weiter, auf 10 oder gar auf 5 Prozent reduziert werden könnte. Ähnliche Erfahrungen werden aus Schweden, England und einzelnen Staaten Nord-

amerikas gemeldet. Wir müssen ihre zahlenmäßige Darstellung hier lediglich darum umgehen, weil uns zur Stunde wohl die Tatsache selbst, nicht aber deren genaue statistische Unterlagen hinreichend bekannt wurden.

Die vorerwähnten zehn oder fünf Prozent rettungslos Unheilbarer aber wird man nach wie vor, gesellschaftlicher Sicherheit halber, in geschlossenen Anstalten verwahren müssen, ohne damit notwendigerweise Quälereien über sie zu verhängen, die über eine selbstverständlich unumgänglich strikte Hausordnung hinausgehen.

Die Strafvollzugsreform, wie sie von unserm Strafgesetzbuch angebahnt und wie sie die am 16. März 1952 in Bern gegründete Schweizerische Gesellschaft für Strafrechtspflege und Strafvollzugsreform anstrebt und zu verwirklichen sucht, beruht auf der Erkenntnis der unbedingten, ganzen oder wenigstens weitgehenden Nacherziehungs- und Besserungsmöglichkeit der Rechtsbrecher, im Hinblick auf ihre Wiedereinschaltung in das normale Leben der Freien, der Familien- und Erwerbsfähigen.

Damit ist eingestandenermaßen eine zunehmende Verdrängung des Strafrechtes zugunsten des heilpädagogischen Nacherziehungsrechtes verbunden.

Wer jedoch daraus ableiten wollte, es würde der straffällige Rechtsbrecher dadurch verweichlicht oder gar verhätschelt und verzogen, der würde sich gründlich irren. Er ist und bleibt nach wie vor strafbar und wird bestraft: allein was dabei neu ist, besteht in dem Bestreben, ihm die über ihn verhängte Strafe so begreiflich zu gestalten, daß er selber zur Einsicht ihres an ihm sich vollziehenden Erziehungsprozesses gelangt. Jegliche Strafe, will sie mehr und anderes erreichen, als es die Abreagierung einer unbeherrschten Laune oder Leidenschaft oder die Fortdauer des hergebrachten Schlendrians im Strafvollzug vermag, muß dem Bestraften selbst vor allen Dingen billig und verständlich erscheinen, anders sie ihn lediglich in eine Trotz- und Ressentimentsstellung, folglich mit größter Wahrscheinlichkeit zur nachanstaltlichen Rückfälligkeit drängt. Jedenfalls wird er dadurch rein menschlich irgendwie, gelegentlich unheilbar, vermindert.

Nun ist aber jede Strafe nicht bloß mit einer Beschränkung der eigenen persönlichen Handlungsfreiheit, sondern auch mit einem dem Bestraften von außen zugefügten Leid nun einmal unumgänglich verbunden.

Man betrachte daher den Rechtsbrecher gewissermaßen als Sozialkranken, der ein Recht auf Heilung und womöglich Genesung zu beanspruchen hat. Diese Heilungsbehandlung wird ebensowenig wie die ärztliche am Körper ohne zeitweise Einschränkung der Handlungsfreiheit oder gar der Vornahme schwerer, schmerzhafter Operationen auskommen. Nun wissen wir heute von der zu diesem Zwecke anzuwendenden Therapie immerhin so viel, daß es ebenso unklug vom gesellschaftlichen

als unverantwortlich vom rein menschlichen Standpunkt aus wäre, sie nicht stets ausbauend anzuwenden, um damit sowohl den Staat wie die Gesellschaft und den Einzelbürger von der sie schwer belastenden Kriminalität weitmöglichst zu befreien.

Womit, will uns scheinen, ein durchaus vertretbarer, nichts weniger als utopistischer Nützlichkeitszweck zweifelsohne in stets zunehmendem Maße erreicht werden wird.

Die welt- und wirklichkeitsfremden Phantasten aber sind anderswo zu suchen, nämlich in den Reihen derer, die aus Bequemlichkeit, Selbstsucht oder falschverstandenen fiskalischen Erwägungen es nicht vermögen, von ihren längst als auswegslos erkannten Geleisen abzuweichen.

C. A. Loosli

Die Verbundenheit Gottes mit dem Menschen

(Die Theoandrie bei N. Berdiaeff)

(Schluß)

Es ist kein Zufall, daß der erste Hauptteil des Buches, der das Ringen mit den Mächten und Wirklichkeiten des menschlichen und kosmischen Lebens darstellt, einen Höhepunkt erreicht in dem Kapitel über

das metaphysische Problem des Krieges.

Dieses ist ja, als Ausdruck des *Glaubens an die Gewalt*, das alles überschattende Problem unserer Epoche, das nur immer neu von Heuchelei und Lüge verdeckt wird. «Der Krieg», so beginnt hier Berdiaeff, «ist ein Grundphänomen unseres Äons. Er ist nicht nur eine Offenbarung des menschlichen, sozialen und historischen, sondern auch des kosmischen Lebens.» Und er zeigt zunächst einmal, mit welcher Stärke die im Kriege sich äußernde Gewalt den Menschen erfassen kann, und wie sie bis heute sein Bewußtsein, seinen Willen und seinen Glauben prägt. «Die Geschichte der Welt läßt sich zum großen Teil als Krieg erfassen; sie ist die Geschichte der Kriege. Die kurzen Friedensintervalle, wie das letzte Viertel des neunzehnten Jahrhunderts, haben die Vorstellung aufkommen lassen, als sei der Friede und nicht der Krieg der Normalzustand der Geschichte. Aber diese Vorstellung, die den Humanisten des vergangenen Jahrhunderts teuer war, ist falsch.» Eine besondere Rolle spielt in den Auseinandersetzungen der Menschen in der Geschichte der Krieg deswegen, weil er für das Bewußtsein der Menschen dasjenige äußerste und darum auch verführerischste Mittel darstellt, «zu dem man greift, um mit Hilfe der Gewalt seine Ziele durchzusetzen». Das ist der Tatbestand, vor dem die Welt jetzt in den beiden weltpolitischen Hauptlagern steht, wobei der Anspruch, für eine den Frieden sichernde Ord-

nung des «Rechts» und der «Freiheit» zu kämpfen (Westen), mit dem andern Anspruch, den Frieden durch die neue sozialistische Völkerordnung zu erkämpfen, die die sozialen Hauptursachen des Krieges beseitigt (Osten), zusammenstößt. «Wenn es Kriege gibt, so deswegen, weil es ‚dieses' und das ‚andere' gibt, weil jede Betätigung auf Widerstand stößt, und weil der Widerspruch das Wesen des Lebens dieser Welt selbst ausmacht. Die Menschen können sich weder einander noch den verschiedenen Gruppen familiärer, wirtschaftlicher, politischer, sozialer, religiöser oder ideologischer Art anpassen, in die sie sich hineingestellt sehen. Zwei Freunde, zwei Liebende, Eltern und Kinder, zwei Männer, die sich zur gleichen Religion und Ideologie bekennen, können leicht in Fehde miteinander geraten. Egoismus, Anmaßung, Neid, Eifersucht, Eigenliebe, Eigennutz und Fanatismus sind ebenso viele Ursachen, die Kriege auslösen können. Es gibt eine existentielle Dialektik der Vereinigung und der Trennung. Man predigt die Freiheit; aber um die Gegner der Freiheit zu überwinden, muß man zur Gewalt greifen und seinen Feinden die Freiheit versagen. Man kämpft gegen das Böse im Namen des Guten, aber man beginnt damit, sich dem Bösen im Hinblick auf seine Verteidiger und Anhänger auszuliefern. Die Menschen und Völker, die von der pazifistischen Idee der Abschaffung der Kriege durchdrungen sind, sehen sich gezwungen, den Anhängern des Krieges Feindschaft anzusagen. Daraus entsteht ein Circulus vitiosus. Die Psychologie des Fanatismus – des ausschließlichen und fanatischen Einsatzes für eine Idee, sei sie nun religiös, national, politisch oder sozial – führt wie ein Verhängnis unvermeidlich zum Kriege.» Es ist in der Tat für eine wirkliche Überwindung des Krieges wichtig, diesen *Fatumcharakter* desselben klar zu erkennen, der ebenso von der Unerlöstheit der Menschenwelt zeugt wie von dem bis jetzt weltgeschichtlich noch nicht durchschlagend Wirklichkeit gewordenen notwendigen *Durchbruch zur Christuswelt des Sieges auch über die Gewalt; denn die Christuswelt ist die geschichtlich einsetzende, menschliche, soziale wie kosmische Überwindung des Krieges, sie ist Friede.* Christus *ist* unbeschränkt, sowohl im «Innern» wie im «Äußern», «der Friede».

Wie der Fatumcharakter des Krieges seine Überwindung unmöglich zu machen scheint, so auch seine *Idealisierung.* «Wenn die Völker im Mord auch eine Sünde und ein Verbrechen sehen, so gefallen sie sich nicht minder darin, gewisse Formen des Mordes zu idealisieren, wie zum Beispiel das Duell, den Krieg, die Todesstrafe, den verschleierten Mord politischer Verfolgung. Und Blut erzeugt immer wieder Blut. Wer zum Schwert greift, wird durch das Schwert umkommen. Das Blutvergießen kann nur unseren Abscheu erwecken.» Wieder bezeichnet hier *Wort und Haltung Jesu,* wie es in dem Wort an Petrus in Gethsemane geschah und mit dem Kreuz besiegelt wurde, den Durchbruch. Es ist das klare, unbedingte Nein zum «Schwert», das geradezu das Mittel der schlechten unendlichen Wiederholung des Bösen und des Übels darstellt, aber

überwunden wird durch das Trachten nach dem Reiche Gottes, durch die Nachfolge und das Kreuz, mit dem Jesus selbst diesen Durchbruch bewirkt hat.

Ein weiteres Hindernis für die Überwindung des Krieges beruht nach Berdiaeff auf seiner *«Doppelwertigkeit»*. «Einerseits stellt der Krieg in der Tat die zoologische Phase in der Entwicklung der Menschheit dar, ist eine Sünde und ein Übel, aber anderseits haben die Kriege dazu beigetragen, die Menschen über die erniedrigende Alltäglichkeit des erdgebundenen Lebens zu erheben. Sie befähigten die Menschen zu Heldentaten (man beachte die Vergangenheitsform! D. Schr.), sie forderten Mut und Tapferkeit und schlossen den Opfergeist, den Verzicht auf Sicherheit und die Treue ein. Aber gleichzeitig haben die Kriege mitgewirkt, die niedrigsten Instinkte der Menschen zu entfesseln, wie Grausamkeit, Blutdurst, Gewalttätigkeit, Plünderung, Machtwillen. Selbst das Heldentum braucht nicht nur positiv, sondern kann auch negativ sein. Die Anziehungskraft, die der militärische Ruhm ausübt, widerspricht dem Geist des Christentums, weil der Krieg das Bedürfnis weckt, Cäsaren, große Feldherren, Vorgesetzte und Antichristen zu vergöttlichen; doch darf man diese Vergöttlichung mit dem Kult der Genies und der Heiligen nicht verwechseln.» Diese Doppelwertigkeit kann vor der Wahrheit nicht mehr bestehen. Der Widerspruch der Werte in der Kriegsführung selbst ist absolut geworden, und der Krieg ist auch kein «kleineres Übel» mehr, was nur noch die Heuchelei und Lüge sagen kann, die einen Weltuntergang durch den Krieg als Vernichtung, Ausrottung und Weltzerstörung (denn das ist der Krieg geworden und *das* beweist Korea!) als ein kleineres Übel zu bezeichnen vermag. Das kriegerische «Heldentum» ist keine Wahrheit mehr. Der Krieg ist Verbrechen.

Das Evangelium stellt auch hier den Durchbruch dar zur Wahrheit Gottes und des Menschen: «Selig sind, die Frieden wirken (die Friedenskämpfer), denn sie werden Söhne Gottes heißen.» Es stellt den Menschen auf einen ganz *andern Boden* im Kampf mit dem Bösen. Es übermittelt ihm einen *andern Geist und Sinn*. Es verpflichtet ihn unbedingt der *Wahrheit und der Liebe sowohl als Mittel wie als Weg*. Es bezeichnet auch hier die Durchbruchstelle. Insofern hat Leo Tolstoj mit seiner Unterstreichung des Wortes vom Nicht-Widerstehen (mit Gewalt! – denn das meinen das Evangelium und Tolstoj) gegen alle seine theologischen Bestreiter recht. Und er war sich der Konsequenzen seiner Lehre besser und ehrlicher bewußt als seine Bestreiter, und die erste weltgeschichtliche Frucht dieser Geisteshaltung in Gandhi bleibt immer noch ein beschämendes Gericht über alles, was den Christennamen trägt. Denn echte, dauernde Siege über das Böse sind nur auf dieser Linie möglich. Das gilt entscheidend auch für das Rußland- und Kommunismusproblem. Pro-Kommunisten sind darum in Wahrheit diejenigen Antikommunisten, die das Rußlandproblem entweder überhaupt nur mit Gewalt meinen lösen zu können und das angebliche Gezwungensein zur Gewalt betonen oder

von dem angeblichen Respekt der Kommunisten vor der Gewalt schwatzen. Nein, die Kommunisten kennen als Marxisten vielleicht nur zu gut die «geschichtliche Rolle der Gewalt» und wissen mit ihr zu rechnen. Wer ihnen auf dieser Ebene begegnet, wird falsche Rechnungen machen, wie immer der Verlauf der politischen Geschehnisse der nächsten Jahre sein wird. Der Kommunismus muß anders überwunden werden, wenn er überhaupt überwunden werden soll, das bleibt unsere Grundthese.

Was *Tolstoj* anbelangt, so betont Berdiaeff mit Recht die Tiefe und Bedeutsamkeit seines radikalen Friedenskampfes (wie seines Denkens überhaupt), der dem absoluten Nein zum Glauben an die Gewalt (was etwas ganz anderes als «Doktrinarismus» sein kann!) das absolute Ja zum Dienst an der Wahrheit und für die Liebe entgegenstellt. Tolstojs Haltung ist in der Tat nicht gesetzlich in dem Sinne, wie man ihm das oft vorwirft. Er versteht das Evangelium nicht als «Gesetz», auch nicht als «Gnade» (hier liegt wohl ein Stück seines eigenen Mißverständnisses des Evangeliums, aus dem wiederum das Mißverständnis seiner Gegner entspringt), sondern als *neue Lebenswirklichkeit* und *Lebensauffassung*, die ein mit der göttlichen Vernunft zusammenfallender oder mit ihr korrespondierender *Glaube* (der darum nicht «mystisch» und nicht «dogmatisch» ist) erfassen und verwirklichen könne und solle. Hier setzt sein Ringen mit dem Tod und mit dem Kriege ein, für das Leben und für den Frieden. Seine «Ethik» ist darum eine Ethik der «Heiligkeit des Lebens», nicht nur der bloßen «Ehrfurcht» vor dem Leben. Darin steht er dem Evangelium näher als diejenigen, unter deren Händen die Gnade Gottes in Christus, dieses höchste, lebendigste und wirksamste, persönlichste und universellste «Mittel» (man entschuldige den ungenügenden Ausdruck) des Reiches Gottes weithin unwirksam und unverständlich geworden ist.

Auch den Alpdruck Nietzsches vom «letzten Menschen» stellt Berdiaeff in den geistigen Zusammenhang unseres Themas: «Zwei Schicksale bedrohen den Menschen: entweder Krieg, Gewalttätigkeit, Blut und Heroismus, der sich mit dem falschen Reiz der Größe umgibt, oder Genuß eines erdnahen Lebens in voller Selbstzufriedenheit und Unterwerfung unter die Macht des Geldes. Die Menschen zögern zwischen diesen beiden Zuständen, und es bereitet ihnen große Mühe, sich zu einem dritten zu erheben, der über diesen steht.» Nietzsches Angst ist doch wohl unbegründeter als Marxens Erkenntnis der Leiden riesiger Menschenmassen unter dem Fatum des wirtschaftlich-sozialen Lebens. Der *Hang und Drang des Menschen* freilich, der zu beiden «Schicksalen» führt, ist tief in ihm verwurzelt und stürzt ihn immer wieder in Gottlosigkeit, Rausch und Teufelei. «Ich geplagter Mensch», läßt einmal der Apostel diesen unter dem Gesetz der Welt und der Sünde stehenden Menschen sprechen, «wer wird mich aus dem Leibe dieses Todes retten?» und gibt die Antwort: «Dank sei Gott durch Jesus Christus unsern Herrn!» (Römer 7, 24.) Mit der Begründung: «Denn das Gesetz des Geistes des Lebens im

Christus Jesus machte dich vom Gesetz der Sünde und des Todes frei.» (Römer 8, 2.)

Ein neuer Aspekt des Kriegsproblems eröffnet sich, wenn man darin das *Verhältnis von Individuum und Kollektiv* betrachtet. «Der Krieg – und ich spreche hier vom wahren Krieg – stellt die äußerste Form der Macht des Kollektivs über das Individuum dar. Man kann diese Gedanken auch anders ausdrücken, indem man sagt, daß der Krieg eine Äußerung der hypnotischen Macht ist, die das Kollektiv über die Person ausübt. Die Menschen können nur kämpfen insoweit, als ihr persönliches Gewissen zugunsten des Kollektiv- oder Gruppengewissens geschwächt ist. Die Entwicklung und Vervollkommnung der Mittel zur Kriegsführung haben die Objektivierung des Krieges zur Folge.» Die *Objektivierung* aber ist nach Berdiaeff auf jedem Gebiet und immer die Entmenschlichung des Menschen. Zugespitzt und unerträglich wird diese Objektivierung durch die *Rolle der Technik* im modernen Krieg. «Der vervollkommnete und objektivierte Krieg ist zum totalen Krieg geworden, dem man sich unmöglich entziehen kann, um sich in irgendeinen Schlupfwinkel zu flüchten. Wenn die Kriegskunst auch eine sehr vielfältige Kunst ist, so bleibt sie dennoch die Kunst, Menschen zu töten. Der Krieg ist ein großes Übel, oder vielmehr: er ist ein zur Erscheinung gelangtes Böses, das im Innern gegärt hat. Aber der totale Krieg wird zu einem totalen Bösen.»

Trotzdem möchte Berdiaeff nicht einem *«abstrakten Pazifismus»* das Wort reden. «Wenn man den Krieg auch als das große Böse und die große Sünde anprangern muß, soll man sich doch davor hüten, in das andere Extrem zu verfallen und sich einem abstrakten Pazifismus um jeden Preis hinzugeben. Im Zustand des Bösen, in dem sich unsere Welt befindet, kann der Krieg das geringere Übel sein. Wenn der Eroberungs- und Unterdrückungskrieg absolut böse ist, so ist ein Befreiungs- und Verteidigungskrieg nicht nur gerechtfertigt, sondern auch geheiligt. Das gleiche kann man von den Revolutionen sagen, die eine andere Erscheinungsform des Krieges darstellen. Wenn die Revolutionen auch immer grausam sind, so können sie doch etwas Gutes bedeuten. Die Geduld ist eine Tugend, aber sie kann sich in ein Laster verwandeln, wenn sie dazu dient, das Böse zu ermutigen. Das Gute offenbart seine Wirkung in konkreter, vielfältiger und undurchsichtiger Situation, so daß seine Äußerungen nicht gradlinig sein können und man oft nach dem geringsten Übel suchen muß.»

Wir haben oben schon von der Fragwürdigkeit des Motivs vom «geringeren» oder «geringsten» Übel geredet, wenn es sich, wie in diesem Falle (was heute nur verantwortungslose Menschen nicht ernst zu nehmen wissen!), darum handelt, daß die Orgie des kommenden totalen Krieges die Welt zu vernichten droht. Nicht eine, wenn auch noch so fragwürdige «Reinigung» der Welt ist durch den Krieg zu erwarten, sondern der Taumel in den Abgrund. Dazu kommt, daß die riesige Zu-

rüstung zum «Verteidigungskrieg» gegen den nun seit Jahren propagierten «Angriff» vom Osten alle Zeichen des Interventionskrieges und Religionskrieges an sich trägt, in dem Schuld und Verhängnis nur noch zerstörend, aber gewiß nicht Wahrheit schaffend wirken werden, wie es sich viele Leute noch immer einreden, weil sie die Götzenmächte des Westens abschirmen oder das Gericht über sie vertagen wollen. Aber solche Vertagungen der Gerichte Gottes gibt es nicht. Das zeigt gerade die Drohung und Mahnung des Kommunismus, die über Völker und ganze Kontinente bestehen bleibt.

Nein, *Christus muß völlig von der Kriegs- und Gewaltwelt getrennt werden*, wenn über dieser Welt noch eine echte Hoffnung und ein Licht erstrahlen soll. (Vgl. dazu auch Leonhard Ragaz in «Mein Weg», Bd. 2, Seiten 15 ff. und 332 ff.) Denn das Zeichen, unter dem diese Fragestellung steht, ist die wirkliche Schicksalsfrage unserer Welt: ob die *Weltrevolution*, in deren Ablauf wir stehen, unter den Katastrophen der Welt einmünden könne in das, was Leonhard Ragaz als die Revolution Christi bezeichnete. Zu ihr gehört aber eine christliche, eine menschliche Lösung des sozialen Problems. So sagt auch Berdiaeff: «Die völlige Abkehr vom Kriege kann nur die Folge eines Wandels im geistigen Zustand der menschlichen Gesellschaft und einer Änderung der sozialen Ordnung sein. Das kapitalistische Regime erzeugt in verhängnisvoller Weise Kriege[1]. Der Sieg über den Krieg bedeutet den Sieg über die Souveränität des Staates und über die ausschließliche Herrschaft des Nationalismus. Aber es ist unmöglich, den Kriegen und Revolutionen ohne eine radikale Wandlung des sozialen Lebens der Menschen ein Ende zu setzen. Den Kriegen begeistert zustimmen, aber gleichzeitig die Revolutionen verdammen und für unzulässig erklären, heißt, sich der Scheinheiligkeit und Lüge schuldig machen. In Revolutionen fließt viel Blut, noch viel mehr aber in Kriegen. Eine Revolution, in deren Verlauf sich stets Greueltaten abspielen, kann dennoch ein geringeres Übel bedeuten als die geduldige Unterwerfung unter die Knechtschaft, als die unbegrenzte Annahme der Sklaverei. Deshalb erweisen sich manchmal innere Revolutionen, Revolutionen gegen herrschende politische, soziale und wirtschaftliche Einrichtungen als notwendig. Die Kriege und die Revolutionen richten die Menschen und Völker, die ihre göttlichen und menschlichen Bindungen zerrissen haben und getrennt nicht nur vom Menschlichen im allgemeinen, sondern auch von diesem oder jenem Teil des Menschlichen leben.»

Weltgericht und Völkergericht, Gericht der Ideen, Staaten, Bewegungen, und alles heute auf das äußerste und wie unentwirrbar zugespitzt für das menschliche Auge – wo hat der Mensch da noch eine Stätte, der so sehr zum Objekt der Geschichte gewordene Mensch, der von der

[1] Vgl. dazu Natalie Moszkowska: «Das kapitalistische Endstadium» in «Rote Revue», 1952, Heft 5/6.

Wahrheit so sehr zur *Macht* und zur *Gewalt* abgefallene, der in seinesgleichen immer mehr nur den *Feind* und kaum mehr den *Bruder* und *Menschen* erkennt und anerkennt, zu Haß und Vernichtung, zu Verdrehung und Liebe neigt und durch die heutigen politischen Kräfte immer mehr von Gott und dem Menschen weg zur Unmenschlichkeit und Vernichtung getrieben wird?

Es kann hier nicht einmal ein erschöpfender Bericht über dieses eine Kapitel gegeben werden, geschweige denn über das ganze Buch. Es konnte sich nur um einen Hinweis und eine Auswahl handeln. Was Berdiaeff noch über Macht und Wahrheit, die psychische Gewalt, die Objektivierung des Menschen im «Feind» sagt, wäre derselben Beachtung wert. Denn aus allem erhebt sich ja die eine große Frage, wie sie sich auch aus aller Wirklichkeit heute erhebt: «Ist der Sieg des Menschlichen möglich in den Verhältnissen unserer Welt? Die Menschheit muß ihre Rechte hüten, selbst unter den furchtbaren Bedingungen des Krieges, aber ihr endgültiger Sieg wird sich erst jenseits der Grenzen dieser Welt verwirklichen lassen (was bei Berdiaeff nicht heißt, daß deswegen der Kampf aufgegeben werden dürfe!). Der Krieg in allen seinen Formen und Gestalten geht darauf zurück, daß das Band zwischen dem Menschen und Gott zerrissen ist und daß die Kräfte des Menschen und der Welt ihre Eigengesetzlichkeit befestigt haben. Die Unterdrückung des Bösen, das seinen Ausdruck im Krieg findet, wie des Bösen im allgemeinen, setzt eine radikale Wandlung des menschlichen Bewußtseins, den Sieg über die Objektivierung als Ergebnis einer falschen Bewußtseinsorientierung voraus. Der Feind ist das am stärksten objektivierte, das vor allem andern in ein Objekt verwandelte Sein, dasjenige, das uns vom existentiellen Standpunkt aus am fremdesten ist. Kampf kann nur gegen ein Objekt, nie gegen ein Subjekt geführt werden. Wir leben in einer Welt, in der die Objektivation regiert, in einer Welt der Zwietracht, und deswegen stehen wir unter dem Gesetz des Krieges. Die Welt der Menschlichkeit, der Geistigkeit, der Schönheit und der Unsterblichkeit ist eine Welt, die nichts gemein hat mit der Welt des Schreckens, der Leiden, des Bösen und des Krieges, den ich versucht habe zu beschreiben.»

Im Angesicht dieser Wirklichkeit erheben sich nun für Berdiaeff die entscheidenden Fragen, die er in den folgenden sieben Kapiteln behandelt: «Vom Menschlichen», «Die Geistigkeit», «Die Schönheit», «Die Unsterblichkeit», «Messianismus und Geschichte», «Die Religion des Geistes», «Das Ende der Dinge und der neue Äon». Der Mensch, der das Band mit Gott zerrissen hat, begegnet hier wieder Gott, und durch Gott erhält er die wahre Gottverbundenheit, Freiheit und Menschlichkeit. Das alles aber geschieht in einem in der Geschichte und über der Geschichte sich vollziehenden Kampf, der mit dem Kommen des Reiches Gottes zur Verwandlung der Welt führt. Im Mittelpunkt dieser Kapitel steht darum neben der Frage nach dem Menschen und dem Mensch-

lichen das Messianische und Eschatologische. Für Berdiaeff hat der Mensch daran echten Anteil. Er ist «Mitarbeiter Gottes». Darum geht Berdiaeff auch über die Heilsidee, wie sie sich im geschichtlichen Christentum herausgebildet hat und eine Einseitigkeit darstellt, hinaus. Auch hier wird die Freiheit zur schöpferischen Kraft Gottes und des Menschen. «Die Idee selbst des Heils ist aus dem Zustand der Unterdrückung des Menschen geboren und steht in Beziehung zur gerichtlichen Auffassung vom Christentum. Sie muß der Idee der Verwandlung, der schöpferischen Erleuchtung, der Vervollkommnung des Daseins weichen. ‚Ich schaffe immer Neues.' Und nicht nur Gott schafft, sondern auch der Mensch. Die Epoche des Endes wird nicht nur Epoche der Zerstörung sein, sondern auch eine Epoche der zugleich menschlichen und göttlichen Schöpfung, eines neuen Lebens und einer neuen Welt. Die Kirche des Neuen Testamentes (was wir unter «Gemeinde» verstehen. D. Schr.) war ein symbolisches Abbild der Ewigen Kirche des Geistes. Das ewige Evangelium wird in der Kirche des Geistes gelesen werden. Sobald wir dem Ewigen Reich des Geistes nahekommen, werden sich die schmerzlichen Widersprüche des Lebens lösen. Die Leiden, die gegen Ende noch schwerer werden, verwandeln sich in ihr Gegenteil, das heißt in Freuden. Das gilt nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit, denn die Zeit wird umgestürzt werden, und alle Lebenden werden teilnehmen am Ende.» Denn dieses Ende, das wahre Ende und der wahre Anfang ist das Reich. *Albert Böhler*

Warum ist der Antisemitismus so schwer zu bekämpfen?

Wir alle wissen, was der Antisemitismus ist, oder wir glauben wenigstens, es zu wissen. Aber wenn wir unsere Mitmenschen fragen wollten, so würden wir wahrscheinlich sehr verschiedene Antworten erhalten. Die einen würden sagen: Antisemitismus ist Judenhaß, die anderen Judenfeindschaft. Noch andere würden antworten, er sei ein unbestimmtes Gefühl der Fremdheit und darum der Ablehnung, und endlich bekämen wir wohl auch zur Antwort: ein Vorurteil gegenüber den Juden. Alle hätten recht mit ihren doch so verschiedenen Aussagen, denn in der Tat: der Antisemitismus kann sich in sehr verschiedenen Graden äußern, vom Vorurteil angefangen, das sich nicht gegen den einzelnen Juden richtet den man sogar voll anerkennen kann, bis zum zerstörerischen Judenhaß. Allerdings kommen diese kämpferischen Aggressionen erst in einer Gruppe oder Masse Gleichgesinnter zur vollen Erscheinung. In dieser Form ist der Antisemitismus also ein Gruppen- oder Massenphänomen.

Man hat nach den Ursachen des Antisemitismus gefragt, der eine sehr lange Geschichte hat, den es lange vor Christi Zeiten gegeben hat und der explosionsartig immer wieder von Zeit zu Zeit bei den verschiedensten Völkern aufgetreten ist. Man hat den sicher richtigen Gedanken ausgesprochen, daß es gegen Minderheiten von jeher zu Ausschreitungen gekommen ist, weil sie sich nicht wehren können, wenn die Majorität sie als Prügelknabe benutzt, um an ihnen allen Unmut, alle Malaise abzureagieren, vor allem in chaotischen Zeiten, wenn Sorge und Angst um die eigene Existenz die Menschen anfällt. Diese Erklärung ist wohl richtig, aber nicht erschöpfend. Wir müssen uns nach einer weiteren Begründung umsehen.

Der Antisemitismus hatte im Altertum hauptsächlich eine religiöse Ursache. Die Majorität eines heidnischen Volkes nahm es der jüdischen Minorität sehr übel, daß sie sich nicht den vom Staat angeordneten religiösen Vorschriften fügte, und diese heidnischen Gebräuche, Sitten und Kulte als inferior einschätzte. Diese Ablehnung aber war den Juden durch ihr religiöses Gesetz zur Pflicht gemacht, damit sie nicht wieder in heidnischen Götzendienst verfielen. – Im frühen Mittelalter bis zur Zeit der Kreuzzüge hatten die Juden einige Jahrhunderte lang friedlich unter den Wirtsvölkern leben können. Nun aber, in der Zeit des religiösen Überschwanges und der Kreuzzugsbegeisterung, die sie natürlich nicht teilten, wurde ihre Fremdheit unangenehm empfunden und daraus entstand sehr schnell Mißtrauen, Abneigung und Haß gegen sie. Mit der aufkommenden Geldwirtschaft wuchsen Neid und Begehrlichkeit im Volke. Man stellte die Juden in dieser Zeit unter Sonderbestimmungen, verbot ihnen Ackerbau und Handwerk und verwies sie allein auf das Geldgeschäft, indem man ihnen das Zinsnehmen und das Eintreiben von Zinsen großer Herren erlaubte. Man wußte wohl, daß dies eine sehr zweifelhafte Erlaubnis war, denn diese Betätigung erzeugte schon an sich große Feindschaft der Schuldner, außerdem mußten die Juden selbst so hohe Steuern und Abgaben bezahlen, daß sie geradezu gezwungen waren, hohe Zinsen zu fordern. Gewiß mögen auch Habgierige unter ihnen gewesen sein; wie ist das anders möglich, denn sie waren und sind Menschen wie alle anderen, aber die schlechte Eigenschaft *eines* Juden wurde sofort *allen* in die Schuhe geschoben. Diese Verallgemeinerung ist noch heutigentages gerade gegenüber den Juden üblich. Als man später auch den Christen das Zinsennehmen erlaubte, fand sich, wie das in alten Chroniken öfter vermerkt ist, daß die christlichen Geldhändler es noch ärger trieben als die jüdischen und dabei hatten sie keine Sonderabgaben zu leisten. – Nach der Französischen Revolution und der Erklärung der Menschenrechte schien eine Zeit der Ruhe für die Juden gekommen, vollends als ihnen die Bürgerrechte verliehen wurden. Aber nun dauerte es nicht lange und eine neue Form des Antisemitismus tauchte auf – der Rassenantisemitismus. Er verbreitete sein Gift langsam aber sicher und hat schließlich sechs

Millionen Juden das Leben gekostet. Daß Deutschland nicht ganz allein daran schuld war, sondern die Regierungen mancher anderer Länder, die ihre Tore nicht zur rechten Zeit den Verfolgten aufmachten, ist bekannt, wird aber nicht gern gehört. Trotz allem aber lebt das Judentum weiter, sogar heute zum Teil im eigenen Land, zwar dort ungeheuer gefährdet, doch ungebrochen und mit unglaublicher Vitalität. Ja, es gibt ein mysterium judaicum! Das spüren die Antisemiten, die durch den Untergang des Hitlerreiches nichts gelernt haben und nur aus Opportunitätsgründen heute schweigen. Das Wort: «Das Heil kommt von den Juden» ist ihnen ein Aergernis wie der Name des «Volkes Gottes». «Wären die Juden wie die Engel», sagt der Frankfurter Professor Franz Boehm, «so würde das die Antisemiten nur noch mehr reizen.»

Woher kommt aber diese Hartnäckigkeit und scheinbare Unausrottbarkeit des Antisemitismus? Der berühmte Nervenarzt und Psychologe Prof. S. Freud, der selbst unter der Judenfeindschaft in seiner Heimatstadt Wien schwer hat leiden müssen, hat sich vielfach mit diesem Problem beschäftigt. Er meint, daß es «Erinnerungsspuren» im Denken der Völker gibt, durch nachdrückliche frühere Erfahrungen eingegraben, die nur der Erweckung, nicht der Neuerwerbung bedürfen, um wieder in Erscheinung zu treten. Der bekannte Zürcher Prof. C. G. Jung spricht in einem anderen Zusammenhang von Urerfahrungen, die im Denken der Menschen auftreten und besonderer Ausgestaltung unterliegen können. So werden die Urerfahrungen zu Symbolen verdichtet, die in Sagen, Mythen und Märchen und in den Träumen der Menschheit zu allen Zeiten ihren Ausdruck gefunden haben. Wenn wir den Antisemitismus auf diesem Hintergrund beurteilen, so wird es uns eher verständlich, warum er so schwer auslöschbar ist. Wir haben uns nun zu fragen, welches denn diese «Erinnerungsspuren» aus dem Mittelalter sind, die sich so tief in die Seelen der Menschen eingegraben haben?

Wir denken zunächst an die Gestalt des *Ahasver*, des Ewigen Juden, mit dem sich im Mittelalter die Völker sehr beschäftigten, eine Erzählung, die zunächst von Mund zu Mund ging und so nachhaltig wirkte, daß man überall glaubte, einen solchen Mann gesehen zu haben. Sie verbreitete sich noch mehr, als ein Volksbuch daraus entstand. Diese Gestalt des Ewigen Wanderers, der nicht sterben darf, weil er Christus auf seinem Leidensweg verhöhnt habe, galt und gilt noch heute als Symbol für die heimatlose Judenheit, die selbst an ihrer Verdammnis schuld ist. Merkwürdigerweise handelte es sich aber bei der ersten Version der Sage von einem durch Christus selbst zur ewigen Wanderschaft verurteilten Menschen gar nicht um einen Juden, sondern um einen Römer, Cartaphilus mit Namen, aus dem Gefolge von Pilatus. Diese Geschichte kam von England, wohin sie ein armenischer Erzbischof gebracht habe (1228) um, wie es in der alten Chronik heißt, «einen lebendigen Zeugen vorweisen zu können für das Leben Christi auf Erden». Diese Erzählung erinnert an die Kainsgeschichte, und bei der Judenfeindlichkeit der

Völker in jener Zeit braucht man sich nicht zu wundern, daß aus diesem verfluchten Wanderer sehr bald ein Jude wurde. Wir wundern uns auch nicht darüber, daß aus dem reuigen Mann, dem Ahasver, einem Schuster aus Jerusalem, wie er im Volksbuch aus dem Jahre 1602 beschrieben wird, bald eine ganz andere Gestalt wurde – ein wüster Geselle, der bettelnd und fluchend durch das Land zieht, und daß diesem Volksbuch üble antisemitische Anhänge beigegeben wurden, die das Volk gegen die Juden aufhetzten. Davon scheint noch immer etwas in der Volksseele zurückgeblieben zu sein. In einem Schweizer Kinderbuch «Alpensagen und Sennengeschichten», 1941 erschienen, liest man eine Geschichte, wie Ahasver zu einer Bäuerin ins Haus kommt, um Nahrung zu heischen. Als er aber das Kreuz im Winkel erblickt, «rennt er mit einem wilden Fluch aus dem Hause, so daß es der Bäuerin grauste». Eine antisemitische Absicht ist dem Herausgeber dieses Buches wahrscheinlich ganz fern gewesen . . . Er hat sich wohl einfach gar nichts dabei gedacht. Ganz anders aber, wenn im Jahre 1950 in einem neuen Lesebuch in Deutschland nach der Abnahme durch eine Kommission hinterher eine zehn Seiten lange antisemitische Ahasvergeschichte eingeschmuggelt wurde, so daß, als man es bemerkte, die ganze Auflage vernichtet werden mußte. Die symbolische Gestalt des Ahasver ist also noch immer geeignet, judenfeindliche Gefühle zu wecken und wird von den Antisemiten dazu benutzt.

Eine weitere Gestalt, die sich seit dem Mittelalter ins Denken des christlichen Volkes tief eingegraben hat, ist die des *Entchrist* oder Antichrist, wie er in vielen Spielen dem Volk jener Zeit vor Augen geführt und von den naiven Zuschauern als Wirklichkeit aufgefaßt wurde. Als Entchrist trat meist ein teuflisch aussehender Jude auf. Diese ursprünglich kirchlichen Spiele entarteten mehr und mehr und wurden schließlich zu derben Fastnachtsspielen. Nach einem solchen brach in Nürnberg 1491 ein schreckliches Pogrom aus. Die erregte Volksmenge zog zum Ghetto und steckte es in Brand, und Hunderte von Juden kamen in den Flammen um.

Eine letzte symbolhafte Figur, die wir hier nennen wollen, ist die des biblischen *Judas*, des Verräters Christi. Er wird stets mit rotem Haar und Bart abgebildet, zum Zeichen seiner Bosheit, da man in jener mittelalterlichen Zeit den Rothaarigen alles Böse zutraute. Der Name Judas wurde zum Gattungsnamen für die Juden überhaupt, bedingt durch den Gleichklang des Wortes, aber bald wurde auch die Tat des Judas auf alle «Judasse» übertragen. Alles Böse in der Welt steht also nach dieser Auffassung mit den Juden in Verbindung. Daher wandte sich die Volkswut lauter und leiser gegen sie. Ihre vermeintliche Beziehung zum Bösen, zum Teufel, fand auch in abergläubischen Gebräuchen, in Redensarten usw. ihren Ausdruck. In vielen Spukgeschichten stehen Juden im Mittelpunkt, ein Teufelspakt muß mit Judenblut geschrieben sein. Die Juden verhöhnen alles Heilige, sie schänden die Hostie und das Kreuz oder

können den Anblick nicht ertragen. Der Ahasver hat riesige Schuhe an den Füßen, wie alle Zauberer. In Ulm, Bern und Basel zeigte man sie dem Volk lange Zeit, da der Jude sie auf seiner Wanderung vergessen habe. Nach einer sächsischen Überlieferung befinden sich auf den Sohlen seiner Schuhe großköpfige Nägel in Gestalt eines Kreuzes, so daß der Ewige Wanderer, wohin er kommt, dieses Zeichen dem Boden eindrücken muß.

Man könnte noch viele solche mittelalterliche Reminiszenzen hier anführen, und wir dürfen nicht meinen, daß diese Geschichten gleich wie Märchen aufgefaßt wurden. Ganz im Gegenteil. Sie wurden als Wirklichkeit und Wahrheit aufgenommen und das Volk handelte danach. Ihre Spuren aber haben sie bis heute hinterlassen. Durch Erlebnisse können diese Spuren wieder reaktiviert werden, besonders wenn diese affektiver Art sind. Wie oft erleben wir es, daß ein an sich ruhiger und verständiger Mensch, wenn ihm durch einen Juden etwas angetan wurde, in gehässigen Äußerungen gegen alle Juden sich ergeht. Der Einwand, Gleiches hätte ihm auch ein Nichtjude antun können und hätte mit der Allgemeinheit der Juden nichts zu tun, wird nicht angehört. Es ist, wie wenn der schlummernde Antisemitismus plötzlich losgelassen wäre. Ist es dann ein Wunder, wenn sich in der Masse solche Ausbrüche des Antisemitismus auch noch heute explosiv und gefährlich ereignen können? Solche Menschen, die sich so ihren Emotionen hingeben, haben meist ein labiles Gemütsleben, es fehlt ihnen das stabile Gleichgewicht einer in sich gefestigten Psyche. In chaotischen Zeiten nehmen solche Psychosen überhand. Diese Menschen sind nicht imstande, das Böse, den Dämon, den jeder in seiner eigenen Brust fühlt, als sein eigenes Selbst anzuerkennen und dagegen anzukämpfen. Sondern man beschuldigt den anderen, um sich selbst um so besser und reiner fühlen zu können. Wie stark solche Dämonensymbolik jene hitlerschen Antisemiten bedrängte und beherrschte, wird uns besonders deutlich aus einem Wort von Goebbels aus einer Rede vom 9. September 1937, wobei auch die biblische Form zu beachten ist: «Sehet, das ist der Feind der Welt, der Vernichter der Kulturen, der Parasit unter den Völkern, der Sohn des Chaos, die Inkarnation des Bösen, das Ferment der Dekomposition, der plastische Dämon des Verfalls der Menschheit.» Aus diesem Affektausbruch hören wir sehr deutlich den mystisch-religiösen Hintergrund jenes antisemitischen Wahnes heraus.

Für den mittelalterlichen, tief in der religiösen Tradition verwurzelten Christen waren die Juden vor allem deswegen verachtet und gehaßt, weil sie die Göttlichkeit Christi nicht anerkennen wollten. Da aber Vatergott und Sohngott für den Christen eines sind, sind die Juden gewissermaßen damit auch von Gottvater abgefallen. Sie hätten das Heil der Erlösung haben hönnen, aber sie haben es abgewiesen. Damit haben sie sich auf die Seite des Antichristen, des Belial und der bösen Engel gestellt und sind diesen gleich geworden. Dies ist der Grund ihrer Unheimlich-

keit. Und diese Auffassung findet sich auch heute noch unbewußt im Denken und Fühlen selbst jener, die ihrem christlichen Glauben längst den Rücken gekehrt haben, verharmlost als Vorurteil und passive Abneigung, aggressiv als Feindschaft und Haß. Die Symbole der mittelalterlichen Gestalten ruhen im Unbewußten. Sie treten mit ihren Affekten an die Oberfläche des Bewußtseins, wenn an sie gerührt wird. Dies erscheint uns der Grund, warum der Antisemitismus so schwer zu bekämpfen ist. Der Antisemitismus ist ein komplexes psychologisches Phänomen, aber seine Wurzeln reichen tief hinab in unbewußte Schichten des Seelenlebens.

Danach wäre eigentlich der Bekämpfung des Antisemitismus keine gute Prognose gestellt. Das einzige, was wir notwendig tun müssen, ist, den guten Willen und die Einsicht wachzurufen und eine öffentliche Meinung zu wecken, die den Antisemitismus als unanständig und als krankhaft ablehnt. Wenn alle so denken, dann will keiner mehr unanständig und krankhaft sein (F. Boehm). Aber eine solche öffentliche Meinung wird nur geschaffen, wenn alle dabei mithelfen, vor allem die Eltern unserer Jugend, die Lehrer, die Geistlichkeit. In Wort und Tat. Es darf sich niemand davon ausnehmen aus irgendwelchen Gründen. Denn es ist eine Christenpflicht, die damit zu erfüllen ist, eine längst fällige Schuldtilgung. *Dr. E. Liefmann*

Tolstoj-Worte

Die Lehre Christi hat nur dann Kraft, wenn sie die volle Vollkommenheit fordert, das heißt die Vereinigung des göttlichen Wesens, das sich in der Seele jedes Menschen befindet, mit dem Willen Gottes – der Verbindung des Sohnes mit dem Vater. Nur diese Befreiung des Gottessohnes, der in jedem Menschen lebt, vom Tierischen und seine Annäherung an den Vater bilden das Leben nach der Lehre Christi.

Der wahre Friede beruht auf gegenseitigem Vertrauen, während diese ungeheuren Rüstungen klar und deutlich das äußerste Mißtrauen beweisen, wenn nicht gar den verborgenen Haß, der zwischen den Staaten besteht.

Alle Menschen unserer Zeit leben in einem beständigen schreienden Widerspruch der Erkenntnis und des Lebens. Diese Widersprüche sprechen sich sowohl in den wirtschaftlichen wie in den staatlichen Beziehungen aus. Am schärfsten aber ist dieser Widerspruch in der Erkenntnis des christlichen Gesetzes der Menschen-Brüderschaft und in der Notwendigkeit, in die alle Menschen die allgemeine Wehrpflicht versetzt, durch

die jeder bereit sein muß zu Feindschaft und Totschlag, durch die jeder gezwungen ist, gleichzeitig ein Christ und ein Gladiator zu sein.
Leo Tolstoj: Das Reich Gottes ist inwendig in euch. Bd. 1.

Die christliche Lehre ist keine Gesetzgebung, die, mit Gewalt eingeführt, sofort das Leben der Menschen verändern könnte; das Christentum ist eine von der früheren abweichende, neue, höhere Auffassung des Lebens. Eine neue Auffassung des Lebens kann aber nicht vorgeschrieben werden, sie kann nur freiwillig angenommen werden. Freiwillig aber kann die neue Lebensauffassung nur auf zwei Arten angenommen werden; in geistiger innerer und in erfahrungsmäßiger äußerer Weise.

Die Regierungen – alle Regierungen, die despotischen wie die liberalen – sind in unserer Zeit zu dem geworden, was Herzen so treffend einen Dschingis-Khan mit Telegraphen nennt, das heißt Organisationen der Gewalt, die lediglich auf der gröbsten Willkür beruhen und gleichzeitig sich all der Mittel bedienen, die die Wissenschaft zu einer gemeinsamen, gesellschaftlichen, friedlichen Tätigkeit freier und gleichberechtigter Menschen hervorgebracht hat, und die sie zur Knechtung und Bedrückung der Menschen anwenden.

Die Regierungen und die herrschenden Klassen stützen sich jetzt nicht auf das Recht, ja nicht einmal auf den Schein der Gerechtigkeit, sondern auf eine mit Hilfe der wissenschaftlichen Fortschritte geschaffene, höchst künstliche Organisation, bei der alle Menschen in einen Kreis von Gewalt gebannt sind, aus dem sie sich nicht befreien können.

WELTRUNDSCHAU

Wer profitiert von Korea? Der *Koreakrieg* dauert nun volle zwei Jahre. Und immer noch ist sein Ende nicht abzusehen, scheinen doch die nachgerade zum Possenspiel gewordenen «Waffenstillstandsverhandlungen», entgegen unseren hier geäußerten Erwartungen, neuerdings in einer Sackgasse stecken geblieben zu sein. Das Haupthindernis ist gegenwärtig die Frage der Heimschaffung der Kriegsgefangenen; die Nordkoreaner und Chinesen verlangen *alle* Gefangenen, die in der Hand der UNO-Streitkräfte sind, zurück, während die Amerikaner behaupten, ein großer Teil dieser Soldaten *wolle* gar nicht mehr heim, und es wäre unmenschlich, Gegner des kommunistischen Regimes wider ihren Willen «dem Henker auszuliefern». Allein es bestehen begründete Zweifel an der Richtigkeit der amerikanischen Behauptungen, Zweifel, die durch die fürchterlichen Mißstände in den überfüllten Gefangenenlagern der UNO und die grausame Art

ihrer Behebung zum mindesten nicht zerstreut worden sind. Die Amerikaner, so sollte man meinen, hätten darum einigen Grund, in Panmunjon nicht allzu hohe Töne über Menschlichkeit und Moral von sich zu geben, um so mehr als die neuerliche Selbstenthüllung des südkoreanischen Diktators Syngman Rhee — um mit dem «New Statesman» zu reden — «die moralische Grundlage der Fortsetzung des Eingreifens der Vereinten Nationen auf der Halbinsel weithin zerstört». Was sich dieser unheilvolle Mann, gestützt auf die grund- und kapitalbesitzende Oberklasse seines Landes und auf seine halbfaschistischen Söldnerorganisationen, jetzt wieder leistet, um seine Wiederwahl durch das Parlament zu sichern und die Opposition zu ersticken, das bringt ja sogar einen Truman, einen Churchill und die anderen Häupter der «freien Nationen» in Verlegenheit, Herren also, die in der Hinsicht doch einiges vertragen können — zum Beispiel Francos Wüten in Spanien —, ihren Schützling Rhee aber nun doch ernstlich ermahnen mußten, den «Freiheitskrieg», den sie in Korea führen, nicht gar zu arg zu kompromittieren . . .[1]

Inzwischen darf man sich wohl wieder einmal darauf besinnen, wem die bewaffnete Intervention der Vereinigten Staaten in Korea eigentlich genützt hat, mit anderen Worten: wer Grund gehabt hat, diese Intervention zu wünschen und zu fördern. Daß das koreanische *Volk* keinen Nutzen daraus gezogen hat, so wenig wie die Sache der Menschlichkeit, des Rechtes und der Freiheit ganz allgemein, dürfte nunmehr feststehen. Wenn die Tatsachen, die der Bericht der (kommunistisch beeinflußten) Internationalen Frauenkommission über die Kriegführung der amerikanischen und südkoreanischen Truppen zusammenstellt, auch nur halbwegs als erwiesen gelten können, dann ist die Aufführung eines Teils der UNO-Streitkräfte in Korea derart grauenhaft gewesen, daß man nicht Kenntnis davon nehmen kann, ohne im Innersten verwundet und aufgewühlt zu werden[2]. Hingegen haben *andere* Gruppen und Kreise

---

[1] Daß man bei den Westmächten überhaupt nicht daran denkt, Südkorea nun wirklich zu einer freien Nation zu machen, kam letzthin sehr nett im britischen Unterhaus zum Ausdruck. Die «Neue Zürcher Zeitung» berichtet darüber ganz unschuldig (Nr. 1289): «Als Barbara Castle (eine dem linken Flügel angehörige Labourabgeordnete. H. K.) fragte, ob nicht an die Notwendigkeit einer ‚Absetzung' Syngman Rhees durch die Vereinigten Nationen zu denken sei, fuhr ihr nicht nur Eden, sondern auch Morrison über das demagogische Mundwerk.»

Nebenbei: Was sich jetzt in *Frankreich* abspielt, zeigt gleichfalls, mit welchem Zynismus die Herrschenden ihren «Kampf für Freiheit und Menschenrecht» führen. Der «Canard Enchaîné», ein antikommunistisches Wochenblatt der Linken, stellte letzthin freimütig fest: «Wir leben jetzt in Frankreich in einem Zustand vollständiger Ungesetzlichkeit, aber — man mag es glauben oder nicht — niemand kümmert sich auch nur einen Deut darum.» Nur dank dieser Gleichgültigkeit gegenüber Recht und Gesetz, dank auch der Kampfmüdigkeit der Arbeiter, die angesichts des Stillstandes der Teuerung und unmittelbar vor ihren bezahlten Ferien keine Lust zu einem politischen Streik hatten, kann die Regierung bei ihrem Vorgehen gegen die Kommunistische Partei so willkürlich und gesetzlos handeln, wie sie es tatsächlich tut.

[2] Der Bericht kann von der Internationalen Frauenkommission, Unter den Linden 13, Berlin W. 8, bezogen werden.

ein sehr starkes Interesse an einem Krieg in Korea gehabt. Nicht nur die kommunistischen Nordkoreaner, die nach unserer Kenntnis der damaligen Vorgänge den Krieg *ausgelöst* haben, weil sie gewiß waren, daß er ihnen ohnehin aufgezwungen werden würde. Sondern vor allem höchst mächtige Kräfte im antikommunistischen Lager. Scott Nearing kennzeichnet sie in seinen «World Events» (Frühling 1952) wie folgt:

1. Syngman Rhee war bei den südkoreanischen Wahlen vom 30. Mai 1950 geschlagen worden. Es gab nur *ein* Mittel, um seine Stellung trotzdem haltbar zu machen: Krieg. «Wenn ein Krieg ausbräche und Washington, das ihn zur Macht gebracht und darin gehalten hatte, veranlaßt werden könnte, ihm militärische Unterstützung zu geben, dann vermochte Rhee weiter zu regieren.»

2. Auch Tschiang Kai-shek brauchte Krieg. Er hatte trotz amerikanischer Unterstützung seine Macht über China verloren. Sein letztes Réduit, Formosa, sollte von den Streitkräften der Chinesischen Volksrepublik im Juli 1950 angegriffen werden. Nur ausländische Intervention konnte ihn vor der Vertreibung auch aus dieser Stellung retten. Und sie tat es auch; eine der ersten amerikanischen Kriegshandlungen nach der Erklärung der Feindseligkeiten war die «Abriegelung» Formosas gegen das chinesische Festland durch die siebte USA-Flotte.

3. Kapitalistische Interessenten in Amerika schauten mit gierigen Augen auf die Rohstoffe und Industrien Koreas, Formosas und der Mandschurei. Nur ein Krieg gab ihnen die Möglichkeit, sie in eigenen Besitz zu bringen.

4. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten war 1949 von einer Krise bedroht. Die Gewinne der Kapitalgesellschaften hatten in den vorausgegangenen Jahren eine bisher unerreichte Höhe erklommen (28 Milliarden im Jahr 1949 gegen nur 9 Milliarden im Jahr 1940). Nur große Rüstungs- und Kriegsaufträge konnten die Fortdauer der Hochkonjunktur sichern. Und der Koreakrieg trieb denn auch tatsächlich die Militärausgaben der USA von 13—14 Milliarden Dollar im Jahr 1949 auf 50—60 Milliarden im Jahr 1952 hinauf. So wurde die Krise verhindert, Vollbeschäftigung wiederhergestellt und eine neue Wirtschaftsblüte herbeigeführt.

5. Der Koreakrieg gab der Druck- und Drohpolitik der Regierung Truman-Acheson entscheidenden Auftrieb. a) Er ermöglichte es, widerstrebende Bundesgenossen wie England und Frankreich gleichzuschalten. b) Er beschleunigte den Ausbau des Nordatlantikbundes, eingeschlossen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und die Angliederung Griechenlands und der Türkei. c) Er bahnte den Weg für die Wiederaufrüstung Japans, den Friedensvertrag mit Japan und die Pazifikvertragsorganisation. d) Er stärkte Amerikas Stellung im Mittelmeerraum und beschleunigte die Anlage amerikanischer Stützpunkte in Europa, Nordafrika und Vorderasien. e) Er ermöglichte die Verwandlung der Wirt-

schaftshilfe gemäß Marshall-Plan in die offene Militärhilfe an Europa, unter Verminderung der Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft[3]. f) Er erlaubte den Vereinigten Staaten, die Franzosen in Indochina zu unterstützen und die Subventionen an die Philippinen-Regierung zu steigern. g) Er verwandelte die UNO endgültig in ein Werkzeug der amerikanischen Politik, unter Ausschluß der Chinesischen Volksrepublik aus der UNO.

6. Der Koreakrieg verstärkte die Macht der Militärs in den Vereinigten Staaten ungemein. Er stellte ihnen viermal soviel Geldmittel und dreimal soviel Personal zur Verfügung wie vorher. Er ermöglichte ihnen die Entwicklung und Ausprobierung neuer Waffen und Kampfverfahren. Er erlaubte ihnen die Anlegung einer großen Reserve von kriegserprobten Soldaten, die immer wieder durch frische Rekruten ersetzt werden konnten.

7. Der Koreakrieg brachte den Antikommunismus in Amerika zur Siedehitze und lenkte die Aufmerksamkeit des Volkes von den Mißständen im Innern auf die angebliche Gefahr von außen ab. Er stärkte den Kapitalismus und die Reaktion auf der ganzen Linie gewaltig, förderte Nationalismus und Imperialismus in bisher unerreichtem Grad, untergrub alle Anstrengungen für einen Verständigungsfrieden und gab den Gewaltpolitikern à la MacArthur wie den Propagandisten eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion bedenklich große Operationsmöglichkeiten.

Wer will behaupten, daß diese *Folgen* des Eingreifens in Korea von den interessierten Kreisen nicht von vornherein — wenigstens weitgehend — *gewollt* wurden, daß die Erwartung ihres Eintretens also nicht zu den stärksten *Beweggründen* für den Interventionsentschluß der Vereinigten Staaten gehörte?

Schlüsselstellung Deutschland Es gibt jedenfalls Beobachter der amerikanischen Politik, die auf Grund solcher Erwägungen vermuten, der «große Schlag» der Vereinigten Staaten gegen den Weltkommunismus werde, im Sinne MacArthurs und seiner Hintermänner, in Asien erfolgen. Und da nicht nur Senator Taft, sondern auch General Eisenhower ausdrücklich MacArthur als ihren Ratgeber in außenpolitischen und besonders asiatischen Angelegen-

[3] Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten die Aufrüstung Westeuropas auch darum forcieren, weil sie davon eine Schwächung seiner durch die Marshall-Plan-Hilfe gefährlich erstarkten Wirtschaftskraft erwarten. Aber das ist sicher nicht, wie Scott Nearing annimmt, der Hauptgrund der amerikanischen Militärhilfe an Westeuropa, der vielmehr im Willen zum Aufbau einer «unwiderstehlichen» Kriegsmaschine für den Einsatz gegen den Ostblock — mit oder ohne offene Gewaltanwendung — besteht. Und der Koreakrieg, der als erste Kraftprobe mit dem «aggressiven Sowjetimperialismus» aufgezogen wurde, gab den Vereinigten Staaten die längst gesuchte Gelegenheit, nicht nur sich selbst, sondern auch die europäischen Verbündeten im größten Stil zu bewaffnen.

heiten bezeichnet haben, so ist es wohl möglich, daß unter einem republikanischen Präsidenten die «asiatische Schule» der amerikanischen Weltpolitik stärkeren Einfluß gewinnen würde als bisher. Dennoch wird notwendigerweise auch *Westeuropa* nach wie vor entscheidende Bedeutung für die Weiterentwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden großen Machtlagern haben. Und innerhalb von Westeuropa nimmt mehr und mehr *Deutschland* eine beherrschende Schlüsselstellung ein.

Das Rennen um Zeitgewinn, von dem ich in der letzten Weltrundschau im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Deutschlandverträge sprach, ist nun ja von Adenauer (und Acheson) vorläufig gewonnen worden. Sowohl das Bonner Abkommen über die neue internationale Stellung Westdeutschlands wie der Pariser Vertrag über die Einbeziehung der Deutschen Bundesrepublik in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» sind fristgerecht unterzeichnet worden, wenn auch nur dank rücksichtslosem Druck der Vereinigten Staaten auf Frankreich und England, die beide der amerikanischen Militärhilfe verlustig gegangen wären, wenn sie nicht, über alle Hemmungen hinweg, zuletzt doch nachgegeben hätten. Westdeutschland ist damit von einem feindbesetzten Besiegtenland formell in den Rang eines bewaffneten Verbündeten der Westmächte erhoben worden. *Tatsächlich* wird es weiter unter amerikanischer Kontrolle stehen, wird seine künftige Armee einem amerikanischen Oberbefehlshaber unterstellt sehen und namentlich auch wirtschaftlich (Unterbindung des Handels mit dem Osten!) ins amerikanische Weltsystem eingegliedert bleiben. Ob es sich auf die Länge mit dieser Satellitenrolle bescheiden wird, ist freilich sehr die Frage. Wohl sind die Vereinigten Staaten bereit, Westdeutschland freie Hand für seine nationalistischen Ostpläne zu geben, soweit das mit ihren eigenen Interessen vereinbar ist. Aber wer garantiert ihnen dafür, daß nicht das Verhältnis Amerika-Westdeutschland sich mit der Zeit umkehrt und Westdeutschland die Vereinigten Staaten vor *seinen* Wagen spannt?

Die *Sowjetpolitik* ist jedenfalls darauf aus, das endgültige Zustandekommen der Partnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und Westdeutschland mit allen Mitteln zu verhindern. Sie sucht den Westdeutschen klar zu machen, daß sie nicht die Wiedervereinigung mit den Ostdeutschen *und* den Anschluß an den Westblock zugleich haben können, und bietet ihnen, auf der Grundlage gesamtdeutscher Wahlen, ein einiges Deutschland an unter der Bedingung, daß es keinerlei Militärbündnisse mit anderen Mächten eingehe, also neutral bleibe, mit einer für seinen Selbstschutz ausreichenden Nationalarmee allerdings. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Aussicht für sehr viele Westdeutsche etwas Verlockendes hat. Auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus, wäre doch die dauernde Abschnürung Westdeutschlands vom Osten für dieses ebenso verhängnisvoll, wie die Abschnürung Japans vom asiatischen Festland die japanische Wirtschaft zum Erliegen bringen müßte. Reicht das aber aus, um die Opposition gegen die Verträge von Bonn und Paris

so zu aktivieren und zu einigen, daß die jetzige Regierungskoalition noch vor den nächstjährigen Wahlen gesprengt wird? Oder gelingt es Adenauers Verschlagenheit und Skrupellosigkeit doch wieder, alle parlamentarischen Widerstände zu brechen, den offensichtlich gegen die Eingliederung in den Westblock gerichteten Volkswillen lahmzulegen und seinem Ziel eines klerikal-reaktionären («freien») Westdeutschland als Kern eines klerikal-reaktionären Westeuropa einen entscheidenden Schritt näherzukommen?

Die Wahrscheinlichkeit spricht heute eher dafür, daß die Deutschlandverträge vom Bonner Parlament innert nützlicher Frist genehmigt werden. Ähnlich steht es mit dem *französischen* und dem *britischen* Parlament. Wäre die Labourpartei einmütig und entschlossen gegen die Ratifizierung, so würde es Churchill und Eden schwer fallen, eine annehmende Mehrheit zu erlangen; da aber die heutige konservative Regierung Englands in Sachen Deutschland nur die Linie weiterführt, die schon die Labourregierung vorgezeichnet hat, so ist mit ernsthaften Schwierigkeiten für die Zustimmung des Unterhauses nicht zu rechnen[4]. Und was Frankreich betrifft, so ist dort in allen Kreisen die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland derart groß, daß alle Parteien außer den Kommunisten und Gaullisten ein vom Osten abgesondertes Westdeutschland, das unter alliierter Kontrolle stünde, als das weitaus kleinere Übel ansehen, auch wenn dieses Westdeutschland eine Armee bekommt, die nichts mehr mit der vom Pleven-Plan gemeinten europäischen «Mischarmee» zu tun hat, vielmehr einfach eine Neuauflage der alten Wehrmacht sein wird, mit eigenem Generalstab und bald auch mit völliger Freiheit der Rüstungsproduktion[5].

Daß Frankreichs Ja zu der von Amerika erzwungenen Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikblock nur mit schlechtem Gewissen gegeben wird, ist freilich nur zu offenkundig. Man lese etwa, was

---

[4] Um die Widerstände in der Labourpartei wie auch in der westdeutschen Sozialdemokratie zu überwinden, soll jetzt anscheinend doch noch eine Konferenz mit Sowjetvertretern abgehalten werden. Der Londoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» kommentiert (in Nr. 1289) das Manöver ganz ungeschminkt: «Die Ratifizierung wäre, aus der Perspektive des britischen Parlaments betrachtet, besser durchzuführen, wenn vorher durch das Ergebnis einer Viermächtekonferenz, das man sich kaum positiv vorstellen kann, eine Änderung der Haltung der westdeutschen Sozialisten bewirkt werden könnte. Ohne eine vorgängige Viererkonferenz wäre es schwierig, das gemäßigte Element, und unmöglich, den linken Flügel der Labourpartei für die Ratifizierung zu gewinnen.» Die Westmächte, vor allem die Vereinigten Staaten, haben es natürlich ganz in der Hand, das gewünschte Ergebnis herbeizuführen, «das man sich kaum positiv vorstellen kann». So wird heute hohe Politik gemacht!

[5] Der Sicherheitsbeauftragte der Bonner Regierung, Theodor Blank, hat bekanntgegeben, daß in den zwölf deutschen Divisionen der künftigen Europäischen Armee rund *100 000 deutsche Berufssoldaten (!)* Dienst tun werden. Die Aufstellung der deutschen Einheiten werde im Jahre 1954 abgeschlossen sein. Blank bezifferte die Höhe des deutschen Kontingents mit etwa 500 000 Mann, wovon 20 Prozent Berufsoffiziere und Berufsunteroffiziere sein würden. Zuerst würden nur Freiwilligenkader aufgestellt. Mit den ersten Einberufungen sei erst für Anfang 1954 zu rechnen.

Sirius (Chefredakteur Beuve-Méry selber) im «Monde» vom 11. Juni schreibt:

«Was kann das normale Endergebnis dieses überstürzten Vorgehens sein? Eine gewisse begriffliche Logik erlaubt die Antwort: der Frieden. Geduldige Beobachtung der Tatsachen und ihrer Verkettung hingegen erlaubt die nicht weniger zuversichtliche Behauptung: der Krieg. Man kann diesen fast mit Sicherheit voraussehen von dem Augenblick an, da das Wettrüsten ein bestimmtes Tempo annimmt und seine Begleiterscheinungen so unerträglich werden, daß man sich auf der einen wie auf der anderen Seite daran gewöhnt, einmal ‚Schluß zu machen'.

... Die westdeutschen Truppen können nicht rasch genug aufgeboten werden, ohne daß man in weitem Ausmaß ehemalige nazistische Kader oder dem abgeschafften Regime ergebene Offiziere heranzieht. Die Vorkämpfer der demokratischen Freiheiten, die Vereinigten Staaten, müssen in Asien Syngman Rhee, Tschiang Kai-shek und Bao Dai aufbieten. In Europa sind es die Nazi, die Faschisten, die Falangisten, die Milizmänner, die sich im Namen eines erprobten Antibolschewismus schmeicheln, morgen die zuverlässigsten Stützen des Westens zu sein, so daß der Durchschnittseuropäer, der doch eine wohnliche Welt auf den blutigen Trümmern der Faschismen wiederaufbauen sollte, keinen Hehl aus seiner Verwirrung macht. Er fühlt, er begreift, daß die angewandten Mittel den Zweck, den man erstrebt, mindestens ebensosehr gefährden, wie sie ihn sichern, daß eine tiefe Aussöhnung Frankreichs mit Deutschland schwieriger geworden ist, daß Europa eher zerfällt, als aufgebaut wird. Wenn die Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit weder an die Freiheit noch an die Gerechtigkeit glauben können, liegt dann der Grund nicht darin, daß die demokratischen Einrichtungen schon jetzt zum Untergang verurteilt sind? Wie viele Menschen könnten ihnen heute entschlossen ihr Hab und Gut, ihr Leben und das ihrer Kinder opfern?»

Und Beuve-Méry schließt mit der nur zu richtigen Feststellung,

«daß eine breite Schicht der ‚guten Gesellschaft' des Westens sich heute mit den gleichen Gefühlen, mit den gleichen Zukunftsperspektiven für die Wiederaufrüstung Westdeutschlands entscheidet, die sie einstens nach München führten. Es war immer noch besser, Deutschland zu schonen, obschon es hitlerisch war, und was für einen Preis man auch zu bezahlen hatte, da es ja doch über kurz oder lang mit Moskau zusammenstoßen mußte. Ihm Widerstand zu leisten, es zu schwächen, das hieß den Bolschewismus stärken. Heute gibt man sich der Illusion hin, daß die Wiederaufrüstung Deutschlands das einzige Mittel sei, um Moskau zum Rückzug zu zwingen, und wer daran zweifelt, der wird wie damals an den Pranger gestellt. Gebe Gott, daß die gleichen Ursachen nicht die gleichen Wirkungen haben!»

Das ist die Stimme eines nüchternen konservativen Franzosen, der mit seiner Auffassung wahrlich nicht allein steht. Dennoch: die französische Volksvertretung wird der Aufnahme Westdeutschlands in die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» vermutlich mit beträchtlicher Mehrheit zustimmen.

Daß die *amerikanische* Bundesversammlung die Deutschlandverträge genehmigen wird, dürfte ohnehin feststehen. Was Wilson mit dem Senat erlebt hat, der ihm den Völkerbundsvertrag zerrissen vor die Füße warf, wird sich hier nicht wiederholen. Trotzdem ist es keineswegs sicher, daß die amerikanische Politik den Weg, den sie jetzt geht, blindlings bis zum Ende — einem Ende mit Schrecken — fortsetzen wird. Wir haben schon im Maiheft erwähnt, daß uns aus den Vereinigten Staaten immer wieder überraschend optimistische Stimmen in Hinsicht auf eine Umkehr des amerikanischen Weltkurses zukommen. Ähnliche Möglichkeiten faßt

auch die Neuyorker «Monthly Review» (Mai 1952) ins Auge, wenn sie schreibt:

«Die treibende Kraft hinter dem Kalten Krieg ist die amerikanische Außenpolitik, die, wie wir an dieser Stelle wiederholt dargelegt haben, im Grunde darauf ausgeht, eine solch überwältigende Militärmacht aufzubauen, daß sie uns instand setzen soll, den dritten Weltkrieg zu gewinnen, ohne ihn durchkämpfen zu müssen. Diese Politik schließt natürlich nicht nur kolossale Rüstungen für die Vereinigten Staaten in sich, sondern auch das Streben, so viele Bundesgenossen einzupferchen und zu bewaffnen wie nur möglich. Westdeutschland in Europa und Japan im Fernen Osten, die Feinde im Zweiten Weltkrieg, sind für die Rolle der Hauptverbündeten ausersehen.

Nun weisen aber alle Anzeichen darauf hin, daß diese Politik keinerlei Hoffnung auf Erfolg hat. Die Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten wächst mindestens so schnell, ja sehr möglicherweise noch schneller als die Angriffsfähigkeit der von Amerika geführten Koalition. Und weit entfernt, neue Verbündete zu gewinnen, stehen die Vereinigten Staaten in ständiger und wachsender Gefahr, auch noch alte zu verlieren. Mit anderen Worten: die amerikanische Politik gründet sich auf eine gänzlich falsche Einschätzung der wirklichen Weltlage und der ihr innewohnenden objektiven Möglichkeiten. Diese Politik ist bereits bankerott, und über kurz oder lang wird ihr Bankerott zu offenkundig werden, als daß er noch länger verschleiert werden könnte ... Wenn es soweit ist, wird die herrschende Klasse Amerikas vor einer tiefen Krise stehen. Es wird nötig werden, die Truman-Acheson-Politik, die eine Neuordnung der Welt erzwingen will, aufzugeben und eine neue Politik aufzunehmen.»

Vorausgesetzt, so muß man beifügen, daß der Bankerott der amerikanischen Weltpolitik ihre Urheber und Werkzeuge nicht zu einem letzten Gewaltschlag verleitet, der ihre verzweifelte Lage doch noch retten soll! Ob nicht *ein* Grund für Eisenhowers Rückzug aus Europa die an Ort und Stelle gewonnene Einsicht ist, daß auf die westeuropäischen Völker, eingeschlossen das Volk der Mitte — das deutsche —, ja doch kein Verlaß wäre, wenn es mit dem Kreuzzug gegen Osten wirklich Ernst gälte[6]?

Frieden durch Kriegsrüstung! Das will natürlich nicht heißen, daß General Eisenhower nicht ebenfalls an die alte heidnische Irrlehre glaube, Frieden sei nur durch Vorbereitung auf den Krieg zu gewinnen. Er hat selbst einmal gesagt:

[6] Ob Eisenhower oder Taft republikanischer Präsidentschaftskandidat werden wird, vermögen auch die gewiegtesten Beobachter der amerikanischen Parteipolitik nicht vorauszusagen. Taft ist der Mann der ausgesprochen kapitalistischen Interessen und aller Stellenjäger, hat aber wenig Aussicht, die Volksmehrheit für sich zu gewinnen, die bei den letzten fünf Präsidentschaftswahlen konsequent für den Kandidaten der *Demokratischen* Partei stimmte. Eisenhower anderseits könnte recht wohl soviel bisher demokratisch stimmende Wähler und Wählerinnen zu den Republikanern herüberziehen, daß es zu einer Mehrheit reichen würde, wenn er wirklich auch die republikanische Stimmkraft ganz auf seiner Seite hätte. Das aber ist eben die Frage. Seine Lage würde noch schwieriger, wenn die Demokraten einen Kandidaten fänden, der die Abwanderung größerer Scharen ihrer früheren Wähler zu den Republikanern zu verhindern imstand wäre. Truman wird jedenfalls sein nicht geringes Ansehen ganz einsetzen, um dem Kandidaten seiner Partei zum Erfolg zu verhelfen, so wenig Aussichten diese auch haben mag.

«Die größte einzelne Bewegungskraft für den Weltfrieden ist heute das organisierte Militärpotential der Vereinigten Staaten.» («New York Times», 16. 11. 45.) Nur scheint er daran zu zweifeln, daß die Völker sich noch immer so selbstverständlich wie früher von dieser Trugvorstellung beherrschen und ins Verderben jagen lassen. Und darin hat er — wenigstens was diejenigen Völker betrifft, die den Krieg auf eigenem Boden erlitten haben — gewiß recht. Es kommt nun jedenfalls alles darauf an, *den Rüstungs- und Kriegsaberglauben in den Menschen immer stärker zu erschüttern*, so sehr, daß er endgültig zusammenbrechen muß, wenn er sich in einem dritten Weltkrieg und schon bei dessen Vorbereitung aufs neue «bewähren» sollte. Es sei darum zur Rüstungs- und Abrüstungsfrage hier einiges Grundsätzliche gesagt, das gerade im Blick auf die heutige Weltlage sich klar zu machen lebenswichtig werden kann.

Der übliche Einwand gegen die Abrüstungsforderung ist ja, das sei eine allzu primitive Losung, weil doch Rüstungen und Krieg nur die Folge menschlicher Leidenschaften und sachlicher Konfliktskräfte seien. Es gelte also diese *Ursachen* aus der Welt zu schaffen — wenn das überhaupt möglich sei —, dann würden auch die Folgen ganz von selbst verschwinden. Solange das *nicht* der Fall sei, müsse man eben mit den «Realitäten» rechnen und sich mit bewaffneter Hand gegen den Einbruch der Kriegskräfte in unser Leben wehren. Auf diesem Boden stehen auch die meisten Sozialisten und vollends die Kommunisten; erst jüngst noch suchten die deutschen Kommunisten den sowjetischen Vorschlag, einem neutralen Deutschland wieder eine Armee zu geben, mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen, daß die Sowjetunion selbstverständlich keinem Lande den Verzicht auf militärische Verteidigung zumute, so wenig sie selbst darauf zu verzichten gesonnen sei. Und ein Aufruf der «Sozialistischen Aktion», einer linksstehenden Gruppe dissidenter westdeutscher Sozialdemokraten, sagte beim gleichen Anlaß: «Wir Sozialisten sind keine Pazifisten und sind es nie gewesen ... Wir Sozialisten erklären, zu jeder Stunde zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften des Volkes bereit zu sein. Solange es Feinde des Volkes und des Sozialismus gibt, können insbesondere die Sozialisten niemals darauf verzichten, sich gegebenenfalls mit der Waffe der finsteren Kräfte der Reaktion zu erwehren.»

An dieser ganzen Betrachtungsweise ist gewiß viel Richtiges. Kriege und Kriegsrüstungen *sind* weithin die Folge menschlicher und sachlicher Konfliktsursachen. Insbesondere haben wir hier ja immer mit allem Nachdruck klarzustellen gesucht, daß die Aufrüstungspolitik der Westmächte, wie sie unter Führung der Vereinigten Staaten betrieben wird, wesentlich in der macht- und klassenmäßigen Feindseligkeit des Spätkapitalismus und seiner Träger gegen die aufsteigende sozialistische Welt, gegen die Revolution der «zurückgebliebenen», halb- und ganzkolonialen Völker verwurzelt sei. Das ändert indessen nichts an der Tatsache, daß *die militärischen Rüstungen selbst wieder eine der stärksten*

Kriegsursachen geworden sind. Die menschlichen und sachlichen Kriegskräfte können ja nur dann zur Wirkung kommen, wenn hinter ihnen der Glaube steht, daß militärische Gewalt ein taugliches Mittel zur Lösung von Völkerkonflikten sei. Sobald dieser Glaube als Aberglaube erkannt wird, fehlt den Kriegskräften das Werkzeug, um sich auszudrücken; die Völkerkonflikte müssen auf schiedlich-friedlichem Wege gelöst werden. Es gilt also die Unwirksamkeit und Unsinnigkeit kriegerischer Gewalttätigkeit aufzuzeigen und ihrer Anwendung konsequent Widerstand zu leisten.

Und man sollte meinen, daß dies heute eher möglich sei als jemals zuvor. Kriegsrüstung war nie ein Mittel, den Krieg aus der Welt zu schaffen, sonst hätte die Welt in den vergangenen zweieinhalb Jahrtausenden nicht — wie berechnet wurde — nur *ein* Friedensjahr in je zwölf Jahren genossen. Militärische Aufrüstung erhebt sich eben, ob sie nun zum Angriff oder zur Verteidigung bestimmt ist, grundsätzlich nicht über das ganze Reich des Gewaltdenkens, der Feindseligkeit, der Furcht und *muß* darum zuletzt im Krieg enden, den sie gedanklich und tätig vorausnimmt. Was Sir Edward Grey, der britische Außenminister zur Zeit des Kriegsausbruchs im Jahr 1914, in seinem Erinnerungsbuch «Fünfundzwanzig Jahre» schrieb, gilt heute noch viel mehr:

«Die Lehre liegt auf der Hand: große Rüstungen führen unausweichlich zum Krieg. Wenn auf der einen Seite gerüstet wird, muß auch auf den anderen Seiten gerüstet werden ... Die Rüstungssteigerung, die in jeder Nation ein Bewußtsein von Stärke und ein Gefühl von Sicherheit erzeugen soll, bringt diese Wirkungen nicht hervor. Im Gegenteil, sie erzeugt ein Bewußtsein von der Stärke anderer Nationen und ein Gefühl von Furcht. Furcht aber gebiert Argwohn und Mißtrauen und böse Vorstellungen jeder Art ... Die gewaltige Zunahme der Rüstungen in Europa, das Gefühl von Unsicherheit und Furcht, das durch sie erzeugt wurde — *das* war es, was den Krieg unvermeidlich gemacht hat.»

Dabei waren die damaligen militärischen Rüstungen ein Kinderspiel gegenüber der ungeheuerlichen Kriegsmaschinerie, die die Regierungen *heute* gegeneinander aufbauen! Und diese Maschinerie will früher oder später auch in Gang gesetzt werden. Es werden zuletzt nicht die Staatsmänner und Parlamente sein, die den Rüstungsapparat lenken und in den Dienst ihrer Politik stellen; vielmehr werden es der Rüstungsapparat selbst und die ihn handhabenden Generäle sein, die den Politikern das Gesetz des Handelns vorschreiben. Dies um so mehr, als auch die Eigengesetzlichkeit einer gottverlassenen Wirtschaft dazu drängt, die Rüstungen immer höher zu steigern und sie schließlich in Krieg ausmünden zu lassen, um dem sonst drohenden Zusammenbruch des kapitalistischen Systems zu entrinnen.

Militärische Rüstungen, zumal wenn sie derart hochgetrieben sind wie diejenigen der Westmächte, drängen so die Staatsführung mit innerer Notwendigkeit dazu, alle anderen Wege, internationale Konflikte zu lösen, zu verschmähen und sich in erster und letzter Linie auf Gewalt und Gewaltdrohung zu verlassen. «Keine Verhandlung mit den Russen,

bevor wir ihnen nicht mit unserer überlegenen Kriegsmacht einen Frieden nach *unserem* Willen diktieren können» – das ist ja jetzt der Inbegriff staatsmännischer Weisheit im westlichen Lager. Und gar an die *Wurzeln* der Weltunruhe und der kommunistischen Gefahr heranzugehen, durch großzügige, durchgreifende Beseitigung der Notlage der «zurückgebliebenen» Völker und Volksschichten — wie sollte man das nötig haben, wenn man doch dank der überlegenen Militärmacht der «freien Welt» hoffen darf, mit dem Kommunismus auf viel bequemere Art fertig zu werden und sich dann der Schönheiten der herrschenden Weltordnung ungestört zu erfreuen?

Nun, das Erwachen aus solchen Wunschträumen wird ja nicht ausbleiben. Man wird es wahrscheinlich schon recht bald an Deutschland erleben, was es heißt, einem sowieso nationalistisch und militaristisch erzogenen Volk wieder Waffen in die Hand zu drücken: seine derzeitige Führungsschicht wird nicht ruhen, bis sie den Machttrieb, Ehrgeiz und Vergeltungsdrang im westdeutschen Menschen derart wiedererweckt und großgezogen hat, daß er sich zu einem neuen, noch viel selbstmörderischeren Abenteuer hergibt, als dasjenige war, zu dem Hitler ihn aufreizte. Bekommt hingegen Westdeutschland *keine* Waffen, dann wird aller Nationalismus und Kapitalismus nicht hinreichen, um die alten, noch schlummernden Kriegskräfte zu neuem Ausbruch zu bringen.

Man wird vielleicht auch zu spät einsehen, daß die Wiederaufrüstung Westdeutschlands, anstatt die *Sowjetunion* einzuschüchtern, sie im Gegenteil veranlaßt, die zusätzliche Stärke, die der Westblock damit scheinbar gewinnt, durch eigene Neurüstung auszugleichen und sogar zu überbieten, ja möglicherweise den Krieg selbst auszulösen, den man ihr jetzt täglich androht und den sie bei längerem Zuwarten nur unter immer ungünstigeren Umständen zu führen hätte.

Und man wird wohl vor allem befürchten müssen, daß die Präventivkrieger und anderen Draufgänger in den *Vereinigten Staaten* um so eher ihre Hemmungen verlieren werden, je machtvoller die Kriegsmaschine ist, die sie in die Hand bekommen. Die Bevangruppe schrieb schon in ihrer ersten Veröffentlichung («One way only») durchaus zutreffend:

«Die innere Stärke der Westmächte ist heute weit größer als diejenige der Sowjetunion, auch wenn diese größere Mengen bestimmter Waffenarten und eine größere militärische Mannschaftsstärke besitzt. Die amerikanische Überlegenheit an Atomwaffen ist überwältigend; nach der neuesten Schätzung haben die Vereinigten Staaten eine zahlenmäßige Überlegenheit von wahrscheinlich fünf zu eins und eine noch größere Überlegenheit in bezug auf die Mittel, um die Bomben abzuwerfen. In den kommenden zwei Jahren werden die Amerikaner diese Überlegenheit sicher nicht verlieren, wenn auch ihr Vorsprung etwas geringer werden mag. In den gleichen zwei Jahren wird die russische Überlegenheit an anderen Waffen, soweit sie überhaupt besteht, durch die höhere Produktionskraft Amerikas sicher überboten werden. Die Amerikaner werden also im Jahr 1953 hinsichtlich der Waffenstärke in der Übermacht sein. Sie werden eine Macht besitzen, die größer ist als alles, was je ein Land in Friedenszeiten besaß. Und es wäre nicht das erste Mal, daß ein Riese seine Kraft auch zu gebrauchen

wünschte, selbst wenn er gar nicht angegriffen würde. Präsident Truman würde ein solches Streben ablehnen. General MacArthur nicht. Er war bereit, ein mit der Sowjetunion verbündetes Land anzugreifen, obschon das Stärkeverhältnis nicht annähernd so günstig für ihn war.»

Und MacArthur hat — um es zu wiederholen — sowohl unter einer Regierung Taft als unter einer Regierung Eisenhower alle Aussicht, von neuem eine maßgebende Rolle zu spielen!

Der veraltete Krieg All die Gründe, die im Vorangehenden angeführt wurden, sprachen grundsätzlich schon immer gegen den Wahnglauben, man müsse nur recht kräftig aufrüsten, um den Frieden unbedingt zu sichern. Nun aber kommen dazu weitere Überlegungen, die erst in den letzten Jahrzehnten ihr volles Gewicht erhalten haben und die alle Kriegsrüstungen vollends als widersinnig, ja verbrecherisch erscheinen lassen. Der Krieg, zu dem die Rüstungen schließlich unweigerlich führen, hat ja zu unseren Lebzeiten eine Gestalt angenommen, die ihn als Mittel, irgendwelche vernünftigen oder gerechten Zwecke zu erreichen, ganz und gar untauglich machen. Auf der einen Seite sind die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Völkern durch die neuere Entwicklung von Technik, Wirtschaft und Kulturleben derart eng geworden, daß jeder wenn auch scheinbar noch so isolierte und lokalisierte Krieg sozusagen alle Völker der Erde in Mitleidenschaft zieht. Siehe Korea! Insbesondere drohen alle Völkerkriege, den hinter ihnen wirkenden Kräften gemäß, zu internationalen Klassen- und Bürgerkriegen zu werden, in denen die alten Begriffe von Vaterland, nationaler Unabhängigkeit und staatlicher Souveränität ihre Bedeutung mehr und mehr verlieren. Auf der anderen Seite hat die *Revolutionierung der gesamten Kriegstechnik die Schrecken* eines eben nur noch total zu führenden Krieges dermaßen erhöht, daß ein weiterer Weltkrieg, statt irgendwelchen sittlich zu rechtfertigenden Zielen zu dienen, nur noch eine einzige höllische Massenvernichtungsorgie werden könnte. Gerade der Koreakrieg hat uns davon einen grauenhaften Vorgeschmack gegeben. Der englische Journalist Reginald Thompson — kein Pazifist —, der über ein Jahr lang den Krieg in Korea als Korrespondent des Londoner «Daily Telegraph» beobachtet hat, sprach es im «New Statesman» (2. 2. 52) erschüttert aus:

«Wenn diese Armeen (die in Korea miteinander kämpfen. H. K.) außerstand waren, einander zu vernichten, so waren sie doch imstande, das Land zu vernichten, um das sie kämpften ... So sehen wir in Korea zum erstenmal die neue Richtung und den neuen Typus der Kriegsführung vor uns. In den Krieg von 1914 bis 1918 wurde die Zivilbevölkerung erst teilweise hineingezogen. Im Krieg von 1939 bis 1945 wurde die Zivilbevölkerung im gleichen Maße Angriffsziel wie die Soldaten. Heute ist die Zivilbevölkerung das hauptsächliche Angriffsziel geworden.

... Viel von dieser Entwicklung war schon in den späteren Abschnitten des Zweiten Weltkrieges klar geworden ... Die Bomber brachten der Zivilbevölkerung viel Leid und viel Verlust an Eigentum, aber die militärische Niederlage des Feindes ver-

mochten sie nicht zu bewirken. Noch mehr: sie machten den Sieg, als er schließlich doch gewonnen wurde, wirtschaftlich und politisch zu einem Unglück.

... Die Atombombe hat Dinge wie Tanks, Artillerie und Armeen lächerlich gemacht. Sie hat die Kriegführung ganz in die zivile Sphäre verlegt und kann die tatsächliche Auslöschung eines Landes wie Großbritannien bewirken. Der Krieg in der Form, wie die Menschheit ihn bisher kannte, hat aufgehört, seinen Zweck zu erfüllen. Zwei Weltkriege haben das bewiesen; Korea hat dazu ein Nachwort geschrieben und die Wahrheit noch unterstrichen. Vernünftigerweise sollte Hitler der letzte Mensch gewesen sein, von dem berichtet wird, daß er das Gegenteil glaubte und zu beweisen suchte.

In beiden Weltkriegen haben die Sieger nicht gesiegt; in beiden haben sich die Verteidiger, die am Anfang verhältnismäßig schwach bewaffnet waren, mit Erfolg gewehrt. Es ist nur billig anzunehmen, daß ein drittes Abenteuer den Beweis noch vervollständigen, zugleich aber die Menschheit wahrscheinlich irgendwie in eine nicht wiedergutzumachende Katastrophe stürzen würde.»

Alles, was wir über die moderne Kriegstechnik wissen und was uns Fachleute des Totalkrieges sagen, bestätigt die Auffassung Thompsons. Korea hat uns tatsächlich gelehrt: Es gibt heute keinen irgendwie zu rechtfertigenden Revolutionskrieg mehr. Es gibt noch weniger einen auch nur von ferne verantwortbaren Freiheitskrieg, der im Namen des Menschen- und Völkerrechtes geführt werden dürfte. Es gibt überhaupt kein militärisches Ergebnis irgendeines Krieges mehr, das höher stünde als die Leiden und Verwüstungen — körperlicher und materieller wie seelischer und sittlicher Art —, die er anrichtet. Es gibt insbesondere keinen *«gerechten»* Krieg mehr, wie er so lange von Moral- und Religionslehrern mit einem peinlichen Aufwand von Sophistik und Rabulistik gepredigt wurde — den Herrschenden zur Freud', den Völkern zum Leid. Ich stimme vollkommen Daniel Parker bei, der in seinem ausgezeichneten Büchlein «Refus de la guerre» (herausgegeben von der Communauté Internationale des Chrétiens und der Résistance active non-violente, Le Chambon-sur-Lignon, Haute-Loire, France) sagt:

«Der Einsatz von Terror- oder Massenmordmitteln würde allein schon ausreichen, um auch die gerechteste Sache schlecht zu machen ... Wenn nach langem Kampf der eine der beiden Gegner schließlich zerschmettert und materiell vernichtet wird, so ist damit sein bösartiges Wirken noch keineswegs zu Ende. Der Gewaltkeim kreist in den Adern des Siegers selbst und vergiftet sein Leben. Hitler ist zerschmettert worden, aber ist der Satansgeist, der ihn beseelte, aus dieser Welt verschwunden? Sind wir in das Zeitalter des Friedens, des gegenseitigen Vertrauens, der sozialen Gerechtigkeit und der Sicherheit eingetreten, das man uns verheißen hatte und das durch den Sieg eröffnet werden sollte?»

«Wenn es Kriege gibt, die für eine gerechte *Sache* unternommen werden, gibt es dann auch wirklich *gerechte Kriege*? Der Krieg bringt doch ein entsetzliches Maß von Ungerechtigkeiten und Unbilligkeiten mit sich. In der Geschichte der Völker zieht jeder Fehler der einen Nation durch ihre wechselseitige Verkettung eine Vergeltungsmaßnahme des anderen Lagers nach sich. Gibt es auf dieser Welt überhaupt eine hundertprozentig gerechte Sache? Was soll man tun, wenn ein bestimmter Krieg im Anfang als nur zu 55 Prozent gerecht erscheint? Und was, wenn ein Krieg, der zuerst zu 80 Prozent gerecht war, in der Folge nur noch zu 45 Prozent gerecht ist, weil man jetzt andere Verbündete hat, weil man im Verlauf der Dinge gerechte Grundsätze preisgegeben oder Kompromisse geschlossen hat, um die Koalition zum Sieg zu führen?»

Auch mit der Behauptung, ein «gerechter» Krieg sei immer noch das kleinere Übel als der Verzicht auf ihn, ist es nichts. Besonders wenn sich Christen darauf stützen. «Die große Schwäche dieser Theorie», so stellt Parker fest,

«liegt darin, daß sie keinerlei biblische Grundlage hat. Jesus Christus fordert niemals seine Jünger auf, das geringere Übel zu wählen; er ermahnt sie im Gegenteil, vollkommen zu sein, wie der Vater im Himmel vollkommen ist (Matth. 5, 48). Das ganze Evangelium ist gegen jede Vorstellung von Halbheiten, von Kompromissen ... Ist es überhaupt sicher, daß das Mitmachen bei ‚gerechten Kriegen' wirklich das kleinere Übel ist? Wohin ist die Menschheit nach zwei Weltkriegen gekommen, in denen Millionen von Männern, Frauen und Kindern den Tod gefunden haben? Sieht es so aus, als würden Frieden und Gerechtigkeit, die vielverheißenen, jetzt dann bald auf dieser Erde herrschen?

Stellen wir uns hingegen einen Augenblick vor, daß nach dem Beispiel der Urkirche alle Kirchen im Laufe der Geschichte endgültig und unbedingt die Teilnahme an irgendeinem Krieg, auch einem gerechten, verweigert hätten. Welche Wirkung hätte diese Haltung auf den Gang der Geschichte und die Entwicklung der Menschheit gehabt? Stünden wir heute auch noch unter der Drohung eines dritten Weltkrieges, der noch grauenhafter sein müßte als die beiden anderen?»

Der „Verteidigungskrieg" Mit dem «gerechten» Krieg fällt auch — schon im bloß politischen Bereich, von der christlichen Haltung nicht zu reden — der sogenannte *Verteidigungskrieg*. Der *sogenannte* Verteidigungskrieg, sage ich. Denn auf dem Boden einer durch und durch verdorbenen Gesellschaftsordnung und einer auf Gewalt und nationalen Egoismus gegründeten Welt gibt es ja längst keine *echten* Verteidigungskriege mehr, die ein Volk mit reinem Gewissen durchfechten könnte. Auch der Krieg, den die Alliierten gegen Hitlerdeutschland führten, war alles andere als ein echter Verteidigungskrieg, waren doch Hitler und der Nazismus nicht bloß das natürliche Produkt der wirtschaftlichen, politischen und sittlichen Anarchie, der die *ganze* westliche Welt verfallen ist, sondern auch das bewußt herbeigeführte Ergebnis jener westmächtlichen Politik, die den Faschismus als wirksamste Waffe gegen den Kommunismus ansah und ihn planmäßig gegen die Sowjetunion einsetzte.

Und um das andere, noch viel näher liegende Musterbeispiel zu erwähnen: Ist etwa der westmächtliche Koreafeldzug irgendwie so etwas wie ein Verteidigungskrieg? Von Nordkorea aus gesehen, ist er ein «gerechter» Revolutionskrieg. Von Südkorea aus gesehen, ist er *formal* ein Verteidigungskrieg, tatsächlich aber die Folge der jahrelangen Drohungen Syngman Rhees und seiner Regierung, Korea mit Gewalt wiederzueinigen, also Nordkorea durch einen «nationalen» Krieg dem im Südstaat geltenden reaktionär-feudalen Regime wieder zu unterwerfen. Die Nordkoreaner kamen diesem Krieg zuvor, indem sie die nationale Einigung Koreas auf *ihre* Art zu erzwingen suchten. Von Amerika aus gesehen aber ist das Eingreifen in Korea nichts anderes als ein pazifistisch-humanitär verkleideter Krieg gegen die soziale Revolution in Korea und

in Ostasien überhaupt. Er schließt damit ganz organisch an das amerikanische Eingreifen der Vereinigten Staaten zugunsten von Tschiang Kai-sheks gegenrevolutionärem Regime, am Ende des Zweiten Weltkrieges, an, und die Chinesen hatten wahrlich allen Grund, die Wiederaufnahme dieses zunächst gescheiterten Unternehmens zu befürchten, als MacArthur die UNO-Truppen in Eilmärschen gegen die mandschurische Grenze heranführte, entsprechend seiner wohlbekannten Theorie, daß der Weltkommunismus vor allem in Asien angepackt und zerschlagen werden müsse. Dennoch erklärten die Vereinten Nationen feierlich *China* als Angreifer — die Begriffe damit völlig auf den Kopf stellend!

Wie schwer, ja wie unmöglich es ist, den Angreifer im gegebenen Fall zu bestimmen, hat man an den entsprechenden fruchtlosen Bemühungen des alten Völkerbundes zur Genüge erlebt. Am ehesten konnte noch die Formel befriedigen, die damals — auf Grund eines von Litwinow unterbreiteten Entwurfes übrigens — unter der Leitung des Griechen Politis von einem Ausschuß der Genfer Abrüstungskonferenz ausgearbeitet wurde, aber niemals tatsächliches Völkerrecht geworden ist. Dies nicht zuletzt darum, weil nach dieser Formel die Vereinigten Staaten von Amerika mit ihrer jahrelang betriebenen Einmischung in Griechenland und China hätten als Angreifer erklärt werden müssen.

Auch der Atlantikpakt hat den Begriff der Aggression höchst ungenau und willkürlich umschrieben, abgesehen davon, daß die Vertragsmächte selber in jedem Fall allein entscheiden können, wann ein Angriff vorliege. Und daß sie im Zweifelsfall immer die *andere* Seite als Angreifer erklären würden, ist von vornherein selbstverständlich, um so mehr als nach der bei ihnen vorherrschenden Auffassung jede kommunistische Revolution im *Innern* eines Landes als Angriff gegen die «freie Welt» anzusehen wäre, auch wenn, wie das im Falle der Tschechoslowakei geschehen ist, diese Revolution ohne irgendwelches militärisches Eingreifen von außen erfolgen sollte. Präsident Truman hat in seiner Botschaft an die amerikanische Bundesversammlung vom 18. März 1948 ausdrücklich erklärt, die Vereinigten Staaten müßten aufrüsten, um Westeuropa nicht nur vor einem äußeren, sondern auch vor einem «inneren» Angriff zu schützen. Außenminister Acheson, darüber befragt, ob der Artikel 4 des Atlantikpaktes zum Eingreifen gegen eine kommunistische Revolution in Europa berechtigen würde, antwortete zwar, das sei nur dann der Fall, wenn eine solche Revolution, wie in Griechenland, «von außen her inspiriert und gefördert» würde. Aber gerade der Hinweis auf Griechenland zeigt, wie willkürlich diese Auslegung des Artikels 4 ist. Denn was fällt der antikommunistischen Propaganda und den westmächtlichen Regierungen leichter, als *jede* kommunistische Aktion in irgendeinem Land als «von außen her inspiriert und gefördert» hinzustellen? Auch in unserer, ach so neutralen Schweiz kann ja die Partei der Arbeit nichts mehr unternehmen, das nicht sofort von der ganzen bürgerlichen und fast der ganzen sozialdemokratischen Presse als Aus-

führung eines Auftrags erklärt würde, den die «fünfte Kolonne Stalins» aus Moskau empfangen habe!

Abrüstung und Kriegswiderstand Es ist unschwer einzusehen, daß unter solchen Umständen alle Abrüstungsbestrebungen der Regierungen von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Die machthabenden Kreise *wollen* gar nicht ernsthaft abrüsten; keine Regierung traut der andern über den Weg; jede will sich die Freiheit vorbehalten, «im Notfall» den «gerechten», den «Verteidigungskrieg» zu führen, den alle Regierungen zu allen Zeiten für sich in Anspruch genommen haben. Doch würde es zu weit führen, dies an Hand der Leidensgeschichte der internationalen Abrüstungskonferenzen im einzelnen nachzuweisen. Nur zwei Tatsachen seien hervorgehoben. Einmal, in Ergänzung dessen, was ich darüber in der Mairundschau bemerkt habe, daß es unrichtig ist, von einem Stand der militärischen Rüstungen der *Sowjetunion* zu reden, der es nötig mache, auch die Kriegsrüstung der Westmächte auf die äußerste Höhe hinaufzutreiben. Gerade jetzt (7. Juni) erscheint im «New Statesman» ein Aufsatz von Professor J. Miller in Glasgow, einer Autorität in russischen Angelegenheiten, der auf Grund gewissenhafter Prüfung der erreichbaren Angaben feststellt, daß zwischen 1947 und 1951 die militärischen Vorbereitungen der Sowjetunion in keinem irgendwie bedeutenden Maße gesteigert worden sind, wenn auch zwischen 1945 und 1947 die sowjetischen Wehrmachtsausgaben viel weniger drastisch herabgesetzt wurden als die britischen und amerikanischen (immerhin doch auch von 60 Prozent des russischen Gesamtausgabenbudgets auf 19 Prozent). Wobei zu beachten ist, daß die Sowjetunion infolge der riesigen Zerstörungen, die sie durch den Krieg erlitten hat, auch für den Wiederaufbau ihrer Wehrmacht mehr aufwenden mußte als die angelsächsischen Länder, und daß die sowjetische Wehrmacht auf dem Gebiete der Erziehung und der öffentlichen Arbeiten größere Aufgaben zu erfüllen hat als die westlichen Armeen[7].

Unsere andere Bemerkung gilt der Tatsache, daß entgegen den immer und immer wieder unter uns verbreiteten Behauptungen die Sowjetunion zum mindesten nicht mehr Schuld am Scheitern der neuesten *Abrüstungsverhandlungen* trägt als die Westmächte. Wogegen sich

[7] Bemerkenswert sind auch folgende Feststellungen von Professor Miller: «Die Lebenshaltung erhebt sich (in der Sowjetunion) zum mindesten deutlich über das hergebrachte russische Niveau; urteilsfähige neuere Besucher sagen, sie sei gegenwärtig der Lage der Arbeiterschaft in Norditalien und Frankreich zu vergleichen ... Das jetzt erreichte Stadium, mit den Anfängen eines echten Überschusses über die unbedingten Lebensnotwendigkeiten hinaus, mit der Überzeugung der jungen Generation, daß sie noch zu ihren Lebzeiten den absoluten Überfluß des ‚Vollkommunismus' sehen werde, und mit der tiefgegründeten Befestigung des Vertrauens, das durch den Hinzutritt Chinas hervorgerufen worden ist, machen die Sowjetunion kraftvoller, als jede Schätzung ihrer Wehrmacht anzuzeigen vermag.»

die Sowjetunion wehrt, das ist nicht die internationale, kontrollierte Abrüstung, sondern eine Art von Abrüstung, die ihr von der sowjetfeindlichen Mehrheit der UNO im Widerspruch zu ihren Lebensinteressen aufgezwungen werden wolle. Professor Blacket hat das in seinem grundlegenden Buch über den Atomkrieg (deutsch im Steinberg-Verlag, Zürich, erschienen) völlig klar gemacht; aber es ist freilich bequemer, dieses Buch totzuschweigen, als es zu widerlegen. Zum gleichen Ergebnis kommt übrigens der französische Kernphysikforscher André Berthelot, der («Esprit», November 1950) in einer sachlich-objektiven Studie feststellt:

«Es liegt auf der Hand, daß ein Land, das einer internationalen Körperschaft einen Teil seiner nationalen Souveränität übertragen soll, das ihr die Aufgabe anvertrauen soll, die Zahl und den Standort der Atomkraftwerke auf seinem eigenen Boden festzusetzen, sicher sein muß, daß sich im Schoße dieser Körperschaft keine ihm feindliche Mehrheit bildet. Ein Land wie die Sowjetunion — wo das feindselige Vorurteil gegenüber jeder ausländischen Initiative krankhafte Formen angenommen hat, aber nicht einfach grundlos ist — konnte offenkundig gar nicht anders als fürchten, daß die Internationale Atomkraftbehörde (wie sie der amerikanische Plan vorsah. H. K.) zu einem Spionageorganismus im Interesse der Westmächte würde. Es konnte auch nicht die Aussicht annehmen, daß die Entwicklung der Atomkraft in der Sowjetunion — einem Lande, das unendlich weniger reich an Kraftquellen ist als die Vereinigten Staaten und in dem diese besondere Kraftquelle eine wichtige Rolle in der Entwicklung der armen Landesteile spielen könnte — einer Körperschaft überlassen bliebe, die von potentiell feindlichen Mächten beherrscht würde.»

Im übrigen hat der sowjetische Vertreter in der Abrüstungskommission Ende 1951 zwei wichtige Zugeständnisse an die amerikanische Auffassung gemacht: die Ausschaltung der Atomwaffen solle nicht, wie die Sowjetunion bisher verlangt hatte, *vor* der Ingangsetzung des Kontrollapparates erfolgen, sondern *gleichzeitig* damit, und die Inspektion der Atomkrafteinrichtungen solle fortlaufend vorgenommen werden, nicht nur in größeren Zeitabständen. Die Westmächte ihrerseits wollen eine Atomkraftkontrolle nur dann annehmen, wenn zugleich auch in bezug auf die älteren, konventionellen Waffen ein Abrüstungsvertrag zustandekomme. Darüber wird eben jetzt in der Abrüstungskommission verhandelt, wobei die Sowjetunion eine Verminderung der bewaffneten Streitkräfte aller Länder um mindestens einen Drittel vorschlägt, die Westmächte aber eine Begrenzung der Streitkräfte Amerikas, Rußlands und Chinas auf je 1,5 Millionen Mann und auf 800 000 Mann für England und Frankreich. Daß sich die beiden Gruppen darüber nicht einigen können, ist ohne weiteres verständlich, zumal die Flottenstreitkräfte und die militärischen Stützpunkte (deren die Vereinigten Staaten gegen zweihundert besitzen) in der Abrüstung nur schwer oder gar nicht einbezogen werden können. Solange das gegenseitige Mißtrauen der Regierungen weiterbesteht, werden eben die technischen Fragen, die mit der Abrüstung verbunden sind, unlösbar bleiben.

Die Abrüstung wird erst dann vom Fleck kommen, wenn *aus den Völkern selbst heraus das unbedingte Nein zu jeglichem Krieg so überwältigend stark wird, daß die Regierenden gezwungen werden, andere*

Wege zur Lösung der internationalen Konflikte zu beschreiten als Gewaltandrohung und schließlich Gewaltanwendung. Dieses Nein wird aus den verschiedensten Quellen und Antrieben herkommen; seine stärkste Kraft wird aber daraus fließen, daß es nicht einfach Nein bleibt, sondern auch ein *Ja* wird: das Ja des Glaubens an die Allkraft des Geistes und der Liebe, die allein Schutz, Sicherheit und Frieden wirkt, für die Völker nicht minder als für die Einzelnen.

Es soll damit keineswegs derjenige Wille zu Abrüstung und Frieden, der sich nicht bewußt auf diese stärkste Kraft und letzte Wirklichkeit gründet, als bloß «menschliches Machen» abgetan werden, wie das ein gewisser frommer Tiefsinn so gerne tut. Wie in der sozialen Bewegung unserer Zeit, so wirken auch in der Friedensbewegung wertvolle Kräfte, die nicht von Gott und seinem Christus ausgehen, ja sich sogar in Gegensatz zu ihnen stellen und doch ihre von Gott gewollte Rolle im Kampf gegen den Krieg spielen. Ich halte es darum auch für falsch, die Zusammenarbeit mit diesen Kräften abzulehnen, einfach «weil wir grundsätzlich eine andere Auffassung von den Grundlagen der Friedensbewegung haben», das heißt weil wir Gegner *aller* militärischen Gewaltanwendung sind. Dies namentlich dann, wenn wir gleichzeitig mit anderen Kräften zusammenarbeiten, die ebenfalls durchaus nicht grundsätzlich antimilitaristisch, vielmehr sogar höchst rüstungsfreudig sind wie unsere Sozialdemokratie, die die Druck- und Drohpolitik der Westmächte gegenüber dem Ostblock aufs entschiedenste unterstützt. Auch die Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Friedensrat, der in seiner Mehrheit ebenfalls recht westlich orientiert ist und für eine radikale Abrüstung durchaus nicht zu haben ist, erscheint wenig konsequent, wenn man sich auf der anderen Seite vor aller Berührung mit irgendwie kommunistisch beeinflußten Friedenskämpfern aus «grundsätzlicher» Reinlichkeit so streng hütet. Ich für meinen Teil empfinde es jedenfalls mit meinem Antimilitarismus viel leichter vereinbar, mit einer Friedensbewegung zusammenzuarbeiten, an der auch Kommunisten teilnehmen (wie der Gruppe, die den Schweizerischen Friedenskongreß vorbereitet, und in der die Kommunisten und «Partisanen» weitaus in der Minderzahl sind und nur einen der fünf Hauptredner stellen), als mit Parteigängern der Westmächte, deren Welt- und Europapolitik die entscheidende Bedrohung des Friedens darstellt.

Wenn dies gesagt ist, muß aber ebenso deutlich, ja mit immer größerer Kraft ausgesprochen werden, daß die Friedensbewegung wie die sozialistische Bewegung nur in dem Maße lebendig und wirksam sein wird, als sie sich auf den Boden der Verkündigung von Gott und seinem Reich stellt und mit der Nachfolge Christi Ernst macht. Wir stimmen da völlig dem zu, was im letzten Jahresbericht der Schweizerischen Zentralstelle für Friedensarbeit gesagt wird: «Friede ist nicht nur ein politisches Kalkül, so sehr er auch auf der Ebene der Politik vollzogen werden muß, sondern er ist die Frucht einer entsprechenden sittlichen Gesinnung und

dieser gemäßen tatkräftigen Haltung ... Friedensarbeit ist deshalb zunächst und vor allem eine religiöse Arbeit.» Und wir pflichten freudig auch René Bovard bei, der im «Essor» (30. 5. 52) ausruft:

«Es ist Zeit, daß der Christ — und überhaupt jeder Mensch — sich darüber klar wird, daß die Zerstörungskraft des Krieges so groß geworden ist, daß das Fehlen des Glaubens an die Macht der Liebe die ganze Existenz der Menschheit aufs Spiel setzt. Angesichts der Ganzheit des Krieges hilft nur noch die Ganzheit der Liebe. Man muß den Mut haben, auf den Schutz des Soldaten zu verzichten, um den Schutz der Liebe anzunehmen. Als Christus mahnte, auch den anderen Backen hinzuhalten, war das keineswegs Nichtwiderstand gegen das Böse, sondern im Gegenteil wesenhafter Widerstand durch die Bejahung einer unbedingten Überlegenheit über das Böse. Es war der revolutionäre Bruch mit dem Vergeltungsgesetz.»

Diese Haltung wird hinter der Abrüstungsbewegung, hinter dem Kriegswiderstand sichtbar werden müssen, wenn sie wirkliche Durchschlagskraft gewinnen sollen. Abrüstung und Kriegswiderstand dürfen nicht nur negative Losungen sein; sie müssen zu positivem Handeln führen, einem Handeln aus dem Glauben in die *wirklichen* Mächte, die die Welt regieren. Aus solchem Glauben erst wird der westlichen Menschheit auch der Wille erwachsen, all ihre Kräfte und Mittel in den Dienst der *sozialen Umwälzung* zu stellen, die die sicherste Gewähr für den Völkerfrieden sein wird. Solange kapitalistische Anarchie, kapitalistische Gewalttätigkeit, kapitalistischer Kampf aller gegen alle als die rechte Lebensform freier Menschen und Nationen unter uns gelten, wird daraus immer wieder auch blutiger Krieg *zwischen* den Völkern entspringen. Und solange wird es ganz sinnlos und vergeblich sein, dem Weltkommunismus mit Waffengewalt entgegenzutreten. Darüber sei heute nichts weiter gesagt; es gehört dies ja zum eisernen Bestand der Wahrheitserkenntnis, welche die «Neuen Wege» zu verbreiten und zu vertiefen berufen sind. Nur der innere Zusammenhang von Völkerfrieden, Nachfolge Christi und sozialer Revolution sollte wieder einmal klargestellt werden — als Aufforderung zu jenem radikalen schöpferischen Handeln, das uns allein den Sieg der Friedenssache verbürgt.

16. Juni. *Hugo Kramer.*

BUCHBESPRECHUNG

Schritte zum Frieden. Eine Stellungnahme von Quäkern zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Sensenverlag Wien. Auslieferung in der Schweiz: Pazifistische Bücherstube, Gartenhofstraße 7, Zürich.

Die amerikanischen Quäker hatten eine Art Sachverständigenkommission beauftragt, sich zu den entscheidenden Fragen der amerikanischen Außenpolitik zu äußern. Das Ergebnis dieser Gemeinschaftsarbeit liegt in der angegebenen Broschüre vor.

Der Augenblick

Ich habe mein Antlitz
einen Augenblick vor Dir verborgen.
Jes. 54, 7.

Einen Augenblick währte Dein Zorn,
Eines göttlichen Augenblicks Dauer
Hast Du Dich vor uns verborgen,
Blicktest Du von uns fort.
Aber ganze Geschlechter sind
In diesem Abgrund versunken:
In dieses Hier ohne Dort,
In dieses Heut' ohne Morgen,
In dieses Schrei'n ohne Wort,
In diese Wildnis von Trauer
Stürzten wilder und wilder
Millionen sprühender Funken
Deines lebendigen Lichts,
Millionen geliebter Bilder
Deines Angesichts,
In Qualen ohn' Ende zertreten. –
Wie sollen, wie können wir, Herr,
Entsetzlicher, Ewiger,
Wir, die noch atmen, noch sind,
Ganz dem Entsetzen zum Raub,
Vom Donner des Schicksals taub,
Von stürzenden Tränen blind,
Über diesen Abgrund von Not,
Von Leid, Schuld und Tod
Zu Dir beten?

Wir können nicht beten, nur schrei'n,
Du selber, Herr, hältst uns fest
Und lähmst uns die Zunge im Munde.
Wir kennen von Dir nur die Wunde,
Die Du, uns verlassend, uns schlugst,
Wir kennen von Dir nur die Stunde,
Mit der Du uns suchst und versuchst.
Sind wir drum weniger Dein?
Ganz brachest Du in uns ein.
Ganz willst Du in dieser Wunde
Uns brennende Gegenwart sein.
Drum, wenn Du in dieser Stunde
Selbst uns das Beten erläß't
Und gibst unserem Schweigen recht
Und hältst unsere Hände fest

Und vernimmst unser einsames Schrei'n:
Eins wirst Du diesem Geschlecht,
Das Deine Hände zerpressen,
In Ewigkeit nicht verzeih'n:
Das *Vergessen.*

Wachen

Je näher die Sterbestunde
Des Göttlichen rückt,
Um so schwerer ist wach zu bleiben.
Schwarz senkt sich die Nacht in die Runde,
Die tief mit dem Schlaf im Bunde:
Uralte Schwere drückt,
Und gespenstische Schwaden treiben.

Auch die Jünger am Ölberg entschliefen.
Vom nächtlichen Zauber verweht,
Schien ihrem verworrenen Lauschen
Das urgewalt'ge Gebet,
Das nie, seit die Erde steht,
Emporstieg aus solchen Tiefen
Göttlicher Menschenpein,
Als der Ölbäume flüsterndes Rauschen:
Dicht neben Ihm schliefen sie ein.

Und wir – wir sollten vollbringen,
Was keiner der Jünger vollbracht,
Wir Armen, Schwachen, Geringen:
Mit ihm den Tod zu durchringen
In sternenlos einsamer Nacht?
Ach alles, alles kehrt wieder:
Ein Engel mit schwarzem Gefieder
Schließt unsere träumenden Lider
Und hüllt unsere Seelen in Nacht.

Und darum lodern die Schlachten,
Und die Hölle selber entbrennt,
Weil wir nicht wachten, nicht wachten.
Wir lebten und weinten und lachten,
Wir planten und bauten und dachten;
Doch Zerstörung ward all unser Trachten:
Weil wir, statt des Einen zu achten,
Versanken in das, was uns trennt.

Wie aber sollen wir wachen,
Da alles im Schlaf uns umgibt?
Es wacht nur der Eine, der liebt.
Drum müssen wir selber mit Zittern
Den Kelch an die Lippen führen
Und den Trank, der Sein ist, den bittern
Mit den ängstenden Lippen berühren.

Was wissen wir alle vom Morgen?
Es schmeckt nach bitterem Tod.
Doch im Düstersten angstvoll verborgen,
Nicht stumpf und verzagend sich sorgen,
Die Kraft von Ihm selber borgen,
Hinüberzuleuchten ins Morgen –
Das ist unsrer Stunde Gebot.

Als Flammen müssen wir brennen,
Als Leuchter müssen wir strahlen,
Als Kerzen uns selber verzehren,
Damit wir das letzte Gebet,
Das kein Ohr vernimmt und versteht,
Das uns alle umfaßt und meint,
Um uns alle erbangt und weint,
Damit wir die göttlichen Qualen
Im eigenen Lodern erkennen.

Gebet

Herr, wir sind groß und all,
Herr, wir sind Staub und Nichts,
Wir Abbild und Zerfall
Des ewigen Angesichts.

Die Götzen unsrer Welt,
Die peitschen wild hinaus.
Die arme Seele ist
Ein einz'ger Schrei: Nach Haus!

Die Engel stehn geballt
Hoch über unsrem Sein
Zu schwerer Glanzgestalt.
Die Welt läßt sie nicht ein.

Was aber ist Gebet?
Entwirre diesen Schrei –:
Da hoch die Sünde steht,
Herr, bin ich auch dabei?

Herr, ich bin auch dabei,
Ich bin in dieser Welt –
Vernimm nur diesen Schrei,
Der durch die Sphären gellt!

Vernimm nur diesen Schrei
Und laß ihn zu Dir ein!
Es ist ja *aller* Schrei,
Ist nicht mein Schrei allein.

Wo alles stürzt und kracht,
Wo alles untergeht,
Wo irr die Lüge lacht –
Ist aller *Grund* Gebet.

Herr, alles ist Gebet.
Nur das Versinken kennt
Zu Dir den letzten Schrei,
Den Schrei, der rast und rennt,

Drängt flügelstark empor
Durch Grausen, Schutt und Wust
Und sprengt zu Dir das Tor
Und sucht, sucht Deine Brust.

MARGARETE SUSMAN

Blumhardt-Worte

Es ist ein furchtbarer Schnitzer in der Christenheit, den Leuten zu sagen: «Du bist ein Sünder.» Wer hat euch denn das gelehrt? Das haben wir schon vorher gewußt –, das weiß jeder, daß er ein Lump ist. Jesus hat das nicht getan; das wird einfach vorausgesetzt, daß man das weiß, und das weiß auch jeder, von dem braucht man keinen solchen Lebtag zu machen! Und wer's nicht weiß, dem darf man's nicht ins Gesicht schleudern –, das ist eine Unverschämtheit! Darum kommt Jesus zu den Sündern und sagt: «Du gehörst zu Gott.» Er kommt nicht zu den Gerechten, er sagt zu dem Mörder, Räuber, Ehebrecher: «Du gehörst zu

Gott –, was lässest du dich herunterdrücken? Auf! Du bist ein Gottesmensch, du sollst Trost haben!» Das Evangelium kommt deswegen immer nur zu den Geringen, zu den Zerschlagenen, zu den schon Gedemütigten; die Stolzen hören's gar nicht, aber sobald sie auch Sünder werden, so hören sie's auch; aber dann darf man es ihnen nicht noch sagen –, sie wissen es ja vorher. Die Leute werden von selbst zum Bewußtsein ihres ungehörigen Zustandes kommen, und auf dem Bewußtsein der Menschen, daß sie arme Sünder sind, ruht das Wort Christi, das Wort im Fleisch, welches sagt: «Du Sünder, du gehörst zu Gott!» Das ist das Evangelium.

Jesus ist kein Religionsstifter, Jesus ist der Erneuerer des Lebens. Das Menschheitswort Gottes muß geliebt werden, und wenn's geliebt werden soll, muß man's verstehen. Ich habe gesagt: es stehe nicht in der Bibel, es ist zu groß, das Menschheitswort Gottes findet man nicht aufgeschrieben –, daher können die besten Christen ihre Nebenmenschen doch hassen, töten und aufs leidenschaftlichste sich von ihnen scheiden. Es ist ein Wort der Bindung und doch ein Wort der Freiheit; das Christuswort verbindet mich mit euch allen, das Christuswort schmeißt euch aber alle aus meiner Stube heraus. Wir sind verpflichtet für einander und frei von einander. Das ist das große Christuswort.

Jetzt, wer kann das verstehen? Der Höhepunkt drückt sich aus in dem Wort: «Liebet eure Feinde!», das heißt, haltet euch für verpflichtet, auch zu euren Feinden zu gehören als Menschen; ihr dürft ihnen nichts tun, und wenn sie euch totschlagen; ihr, die ihr mich liebt, dürft keine Hand rühren gegen Andersdenkende, gegen Sünder, gegen Niedrigstehende, gegen irgendwelche Menschen, sie mögen heißen, wie sie wollen, und wenn sie im ärgsten Schmutz liegen, ihr seid ihnen verpflichtet. Aber ihr seid auch frei von ihnen; ihr dürft euch von keinem Menschen vergewaltigen lassen, es hat euch kein einziger Mensch etwas zu sagen, ihr seid absolut nur Gott verpflichtet als solche Freie für die elende, verlorene, verdammte und verfluchte Gesellschaft, damit Gott hineinkomme.

Jetzt vergleichet einmal dieses Gotteswort, dieses Christuswort mit unserem Christentum.»

(Aus Christoph Blumhardt: «Ihr Menschen seid Gottes.»)

«Lasset uns, meine Lieben, das ein wenig ins Herz nehmen, namentlich in unserer Zeit, da es in so viel Menschen gärt, wo es kocht in den Herzen und wo man schon die Polizeidiener ruft, um die Kochenden totzuschlagen, wo man doch nur an die alten Mittel denkt, um die Völker niederzuhalten, wenn sie kochen und gären. In unserer Zeit darf es nicht mehr so gehen, in unserer Zeit müssen Menschen sein, die es vor Gott bewirken, daß er zu seinen Schafen kommt, das heißt zu den Völkern, zu denen, die er bis jetzt noch nicht hat berühren können. Ich sage:

das sind die Geringsten des Herrn, in unserer Zeit sind das die Geringsten des Herrn, die in einer gewissen Weise heute an die Oberfläche der Gesellschaft kommen und auftauchen mit viel Geschrei und mit viel Brutalität vielleicht auch; alle, die längst Unterdrückten suchen sich, oder vielleicht sucht Gott ihnen eine Bedeutung zu geben, weil er sie sucht. Es ärgern sich viele in unseren Tagen, daß sich das Volk so regt –, sie sollen schweigen, sie sollen sich ihr Schicksal gefallen lassen! – aber Gott macht sie regsam; wir müssen darauf achten, daß dieses von unten nach oben schäumende Volk, daß die bis jetzt immer Unterdrückten an die Oberfläche kommen. Wir müssen hinstehen als Menschen wie Säulen, erstens nicht zagend und wankend, auch wenn es gilt, daß wir unser Leben dafür geben, daß den Menschen allen geholfen werde; nicht wankend auch, wenn wir den Schmutz der Welt sehen und meinen, da können wir mit dem Dreschflegel dreinschlagen; nicht wankend vor der Sünde, die uns entgegenstarrt in den Massen der Menschen; nicht wankend auch angesichts der Hölle und satanischen Kräfte, die uns scheinbar aus den Menschen entgegenkommen. Nein! Nichts gilt als der Wille Gottes, daß sie gerettet werden; nicht gilt deine Sünde, nicht gilt dein Teufel, nicht gilt deine Hölle – nur der Mensch gilt. Warum verdammt ihr, die ihr fromm seid, die andern? Warum macht ihr es ihnen schwer? Warum versagt ihr ihnen die Rücksicht und die Liebe? Ich fürchte, die Gesellschaften der Religionen werden es nicht mehr lernen, was es heißt: Liebe haben, wie Gott in seinem Sohne die Welt geliebt hat. (Aus Christoph Blumhardt: «Ihr Menschen seid Gottes.»)

BESINNUNG AUF DIE SCHWEIZ

Eine christliche Auffassung über die Entstehung und das Wesen der Eidgenossenschaft

Vorbemerkung

Zu Beginn dieses Jahres versprach ich, das, was in der vergriffenen Broschüre «*Die christliche Sendung der Schweiz*» und in gelegentlichen Aufsätzen der «Eidgenössischen Blätter» über die Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft geboten wurde, für die «Neuen Wege» in ein abgerundetes Ganzes zu bringen. Nun ist Sommer, und mein Versprechen soll endlich eingelöst werden.

1. Der Weg zur neuen Auffassung

Es war Sekundarlehrer Reinhard Meyer in Langenthal, der mich mit seiner 72seitigen Schrift über den «*Wandel der Ansichten über die Entstehung der Eidgenossen und die Schule*» auf das Büchlein «*Von Art und*

Kunst der deutschen Schweiz» des bekannten Literaturhistorikers *Josef Nadler* aufmerksam machte, in dem in neuerer Zeit wohl zum ersten Male darauf hingewiesen wurde, daß der eidgenössische Gedanke aus der neuen religiösen Seelenlage entsprang, die für die Wende vom 13. zum 14. Jahrhundert bezeichnend ist. Professor Nadler meint, man brauche nicht nach Menschen zu suchen, welche das Gedankengut der Bettelorden, der Wiedergeburt und Mystik zu den schlichten Bergleuten der Waldstätte gebracht haben; «denn», so fährt er wörtlich fort, «was auf Erden zum Leben gerufen ist, drängt sich, scheinbar verbindungslos, an vielen Stellen durch das Erdreich, das empfangen will. Dennoch waren solche Leiter da. Durch die Volkspredigten der Zeit strömten auch dem ungebildeten Mann die Gedanken des Jahrhunderts zu, vereinfacht zwar, doch naturkräftig. Für jene, die zu allerlei Wissen vorbereitet waren, wurde gerade durch die Klöster in den Bergtälern die oberrheinische mystische Literatur handschriftlich verbreitet. Doch der größte Einfluß auf die volksverständliche Verbreitung der Zeitgedanken muß den geheimen religiösen Gemeinden des Oberlandes zugemessen werden, Waldbrüdern von allerlei Strebung und Bildung, Gottesfreunden, Wanderpredigern, die im stillen Anhang warben. In diesen Sondergruppen gärte der Sauerteig einer neuen Zeit, von ihnen konnte der weltverlorenste Hirte angesäuert werden . . .: im eidgenössischen Gedanken ist das Verlangen des Jahrhunderts nach einer befreienden Wiedergeburt Leib und Seele geworden.»

Josef Nadler war noch Professor an unserer katholischen Universität in Freiburg, als er dies schrieb. Er hat den Gedanken, daß die Eidgenossenschaft aus dem neu erwachten religiösen Leben des Hochmittelalters entstand, nicht weiter ausgeführt; mich aber packte er derart, daß ich tat, was ich vermochte, um die Zusammenhänge zwischen den beiden zu erkennen und bekanntzumachen.

Weil ich nicht Lateinisch kann, kam für mich das Forschen in den alten Archiven nicht in Frage. Wahrscheinlich hätte es mir auch nicht viel genützt; denn die neue religiöse Seelenlage fand in den Ketzern ihren ursprünglichsten Ausdruck, und für das Positive, das der Ketzerei entsprang, hatten die Chronisten, die meist Mönche oder sonst kirchlich interessierte Leute waren, wenig Sinn.

Stauffacher war sicher beim Volke angesehen. Wie die Tradition beweist, galt er als hilfsbereiter, guter Mensch. Daß aber der Drang zu seinem Gutsein einer persönlichen Berührung mit Gott entsprang, die der Quell der Ketzerei ist, wollte man weder sehen noch gestehen; denn damit hätte man diese bereits bejaht; und trotzdem wird es so gewesen sein, weil eine Liebe, die das Leben aufs Spiel setzt, ohne einen unmittelbaren Gewinn zu sehen, stets eine Berührung mit dem Göttlichen zur Voraussetzung hat, die verpflichtend wirkt. So suchte ich die Zusammenhänge zwischen der Eidgenossenschaft und der mittelalterlichen Ketzerei mit Hilfe der Lebenserfahrungen zu erkennen. Daß dabei natürlich alles

stark hypothetisch bleibt, ist klar; aber die Geschichte ist eine derart fragliche Wissenschaft, daß ich deshalb kein schlechtes Gewissen habe. Auch der Geschichtsforscher, der objektiv zu sein meint, wählt ganz unbewußt das aus dem breiten Geschehensstrome aus, was seiner Auffassung entspricht, und alles andere läßt er unbeachtet beiseite, trotzdem es auch mithalf, das Gesamtgeschehen zu bestimmen. So kommt es, daß es verschiedene Geschichtsauffassungen gibt. Ein katholischer Geschichtsforscher stellt die Reformation anders dar als ein protestantischer, selbst wenn beide sachlich zu sein suchen. Unser Sehen und Erkennen wird eben durch unsere Wertungen geleitet. Den Geschichtsprozeß vermag niemand ganz so zu sehen und so darzustellen, wie er sich abspielte, weil niemand vollkommen und selbstlos ist. Jeder Geschichtsforscher wählt aus, muß auswählen, sonst würde seine Geschichte zu ausführlich und schwerfällig.

2. *Von der religiösen Erneuerungsbewegung des Hochmittelalters*

Um nun den Zusammenhang zwischen dem neu erwachten religiösen Leben und der Eidgenossenschaft zu erkennen, ist es gut, wenn man sich klar macht, daß das Religiöse im Mittelalter derart im Mittelpunkte des Lebens stand und es beherrschte wie heute das Wirtschaftliche. Zweitens ist wichtig zu wissen, daß das religiöse Leben aus zwei Quellen genährt wird, von denen die eine die Religion des Volkes, die in der Kirche ihre Organisation hat, und die andere das eigene Erleben ist. Trotzdem beide einander brauchen und die zwei Pole einer lebendigen Religion bilden, hat jede Seite die Neigung, die andere auszuschließen. Mit besonderer Hartnäckigkeit tut das die kirchliche. So haben wir seit den Tagen, wo es eine christliche Kirche gibt, *einen Kampf gegen persönlich erlebtes, persönlich verstandenes und persönlich aufgefaßtes Christentum.* Weil aber der persönliche Pol für ein lebendiges Christentum ebenso wichtig ist wie Dogmen und Institutionen, darf er nicht unterdrückt werden, sonst verknöchert und versteinert der Glaube.

Es gab nun Zeiten, wo das persönliche Christentum besonders stark war. Sie zeichneten sich durch ihre Lebendigkeit aus. Eine solche begann am Anfang des 10. Jahrhunderts auf dem Balkan. Ein Pope namens Bogomil soll sie ausgelöst haben. Nach ihm erhielten die Erweckten den Namen Bogomilen[1]. Es ging ihnen, soviel aus den spärlichen Angaben ersichtlich ist, nicht nur um die Erneuerung des einzelnen Menschen, sondern auch um diejenige der Gesellschaft und des Staates, so daß die Bogomilen eine Zeitlang in Bulgarien zum Beispiel die nationale Partei bildeten, die aber unterdrückt werden konnte.

Vom 11. Jahrhundert an erkennt man die Bewegung auch in Italien und Frankreich. Sie durchdringt nach und nach die meisten erwachten

[1] Manche meinen, «Bogomilen» sei einfach eine slawische Bezeichnung für «Gottesfreunde».

Länder Europas und erzeugt Männer wie Bernhard von Clairvaux, Arnold von Brescia, Peter Waldus, Franz von Assisi usw. Besonders stark war sie in Südfrankreich, wo sie anfing eine neue Kultur zu erzeugen, die in Kreuzzügen zum großen Teil vernichtet wurde, in denen 18 Städte und 164 Dörfer zerstört und über 60 000 Menschen getötet worden sein sollen.

Auch in Oberitalien war die Bewegung so stark, daß die von ihr Berührten in manchen Städten das Übergewicht hatten. Ihr Mittelpunkt war hier Mailand, wo ihre Leute nach dem Lumpensammlerviertel Patana, wie gesagt wird, *Patarener* genannt wurden. Es soll auch in Rom Katharerschulen gegeben haben. Friedrich II., der den Schwyzern 1240 den Freiheitsbrief ausstellte, galt als ein Beschützer der Ketzer.

Ob die Bewegung vom Balkan her nach Italien gebracht wurde, weil ihre Anhänger hier gelegentlich Bulgaren genannt werden, ist schwer zu sagen. Es ist ebensogut möglich, daß sie da wie an anderen Orten selbständig aufbrach; denn sie lag in der Luft.

Sie ist durch ein starkes Verlangen nach dem ursprünglichen Christentum gekennzeichnet. Die kirchlichen Formen und Gebräuche genügten nicht mehr. Man wollte Gott erleben und Christus nachfolgen. Die Bergpredigt und andere Worte des Herrn wurden besonders wichtig.

Wie jedermann weiß, geht nicht immer alles schön geordnet, klar und sauber vor sich, wenn das Leben durchbricht. Darum mag auch in dieser Bewegung viel Abstoßendes vorgekommen sein. Wenn man aber zum Beispiel *die Waldenser* studiert, so staunt man über ihren klaren Blick für das Wesentliche im Christentum, über ihre Nüchternheit und Schlichtheit, über ihren Mut und ihre Treue. Sie hatten sicher mit andern Richtungen der Bewegung die allergrößte Bedeutung für das Erwachen des Bürgertums. Sie lehrten die Menschen wieder, im Mitmenschen den Bruder sehen und ehren; sie nannten sich auch meist Brüder und wurden damit Wiedererwecker des demokratischen Gedankens in der Welt. Sie erlebten Gott als Vater und die Menschen, ob sie nun Priester, Ritter oder Bauern waren, als seine Kinder, wodurch im einfachen Untertan ein neues Selbstbewußtsein entstand, das ihm das Recht und den Mut verlieh, sich frei und unabhängig zu machen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man in dieser Bewegung den Urkeim der Volksbünde sieht, die in jener Zeit entstanden, von denen die Eidgenossenschaft einer ist; denn sie weckte die Menschen und verlieh ihnen Würde. Als Kind Gottes fühlte sich der Hörige dem Ritter und Priester ebenbürtig, wenn nicht überlegen.

3. *Die Erneuerungsbewegung und die Waldstätte*

Es ist nun sicher nicht abwegig, wenn man annimmt, daß auch Bauern am Vierwaldstättersee von dieser Bewegung ergriffen waren. Es ging ja durch ihr Land der neue, zentrale Verkehrsweg, der Gotthardpaß, der im 12. Jahrhundert eine Rolle zu spielen beginnt. Dieses war

seine nördliche Rampe. Dazu kam, daß die verfolgten Ketzer gerne in den Bergen Zuflucht suchten. Da mag es leicht vorgekommen sein, daß sich der eine und andere in der Nähe dieses Passes aufhielt und das neue Gedankengut im stillen weitergab.

In einem Artikel der «NZZ», der den Titel trug «*Was die alten Schweizer aßen*», schrieb Prof. Dr. *Leo Weisz*: «Hier», nämlich in der unwirtlichen Urschweiz, «ereignete sich in der Mitte des 12. Jahrhunderts etwas, was bisher unbegreiflicherweise unbeachtet blieb, was aber nicht nur kulinarisch, sondern auch historisch von großer Bedeutung wurde. In den Schweizer Bergen faßte die Ketzerei der Albigenser, der Katharer, der Bogomilen und wie sie sonst heißen, Fuß. Entrüstet berichtet *Wibald*, der Abt von Corvey, zum Jahre 1152: ‚Laien aus Schwaben, aus Svicia und Bayern droheten unsere und der ganzen christlich-lateinischen Kirche Religion zu Boden zu drücken. Diese Leute waren einfache Bergbauern, die am Alten hangen. Die ‚Ex Svicia' besuchen Schwaben, Bayern und das nördliche Italien um des Handels willen, lernen die Bibel auswendig und verachten dagegen diejenigen Kirchengebräuche, welche sie für neu halten. Sie weigern sich, die Bilder zu verehren, verwerfen die Reliquien der Heiligen, essen selten Fleisch, einige gar keines und leben bloß von Gemüsen. Wir nennen sie darum Manichäer, dergleichen einige aus Hungarn zu ihnen gekommen[2].'»

Wenn in den Schweizer Bergen das Evangelium einmal derart Fuß gefaßt haben soll, daß Leute aus der Gegend von Schwyz, wohl wie die Waldenser, als Hausierer missionierend herumzogen, so wird damit manches verständlich, das sonst ein ungelöstes Problem wäre.

Da ist einmal *die Weite des Blickes*. Professor Dr. Karl Meyer, der, aus dem Kanton Luzern stammend, für diese Dinge natürlich weniger Interesse hatte als ich, sagte mir einst, als ich ihn von der Universität aus nach Hause begleitete, die Waldstätte müßten über Politiker mit einem Weitblick verfügt haben, wie wir sie jetzt nicht mehr hätten. Dieser Weitblick kann durch das Evangelium verständlich werden; denn es verleiht Sinn für Zusammenhänge und läßt hinter die Machenschaften der Menschen in die Tiefe sehen. Es löst vom Boden und befreit von der Erdgebundenheit. Die Berührung mit dem Evangelium macht begreiflich, daß diese Bergbewohner mit Zürich und Bern verkehrten, die für die damaligen Verkehrsverhältnisse doch recht weit entfernt waren, und daß ihnen der Städter überhaupt nicht ein fremder Mensch war, den sie mieden. Menschen, die Gott erleben, fühlen sich miteinander verbunden und nehmen Anteil am gegenseitigen Ergehen.

In Zürich wirkte 1142 und 1143 der aus Italien und Frankreich vertriebene *Arnold von Brescia*, der durch das Evangelium zum größten Freiheitskämpfer wohl des ganzen Mittelalters wurde. Sein Haupt-

---

[2] Siehe auch «*Die alten Eidgenossen*» von *Leo Weisz*, Max-Niehans-Verlag, Zürich, Seite 46.

gedanke war: Christus ist arm gewesen und strebte in keiner Weise nach Macht und weltlichen Gütern; und seine Jünger, die Apostel, waren ebenfalls arm und blieben es, folglich sollte die Kirche mit all ihren Dienern auch gewillt sein, arm zu bleiben und auf Macht und Reichtum zu verzichten. Arnold eiferte zwar auch gegen Fehden und Kriegszüge, gegen Wucher und Raub und alles Jagen nach Geld und Gut; aber immer wieder kam er auf den einen Gedanken zurück: die Herde verwildere nur so, weil die Priester bei ihren weltlichen Sorgen ihre geistlichen Pflichten vergäßen. Die Bischöfe kümmerten sich um die nichtigsten Fragen dieser Welt, aber nicht um ihr Hirtenamt. Er sah die ganze Zukunft davon abhängig, daß die Kirche in sich ging, wahr wurde und auf das verzichtete, was nicht zu ihr gehörte. Die weltlichen Herren wären dazu da, die weltlichen Güter zu verwalten.

Geschichtlich ist nicht zu belegen, daß Arnold auch in der Gegend von Schwyz lehrte, aber möglich ist es; denn dieses lag am Wege nach Italien, in das Arnold 1145 zurückkehren durfte, und seine Gedanken waren dort so lebendig, daß sie die schwyzerische Politik bestimmten.

Das Verhalten der sonst frommen Schwyzer gegen die Klöster ist aus diesen Lehren heraus verständlich. Dem Frauenkloster Au in der Nähe von Steinen am Lowerzersee nahmen sie, weil es sich weigerte, Steuern zu zahlen, ein Pferd weg. Mit Einsiedeln standen sie in richtigem Krieg. In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 1314 überfielen sie sogar das Kloster unter der Führung von Landammann Stauffacher und führten seine Insassen gefangen nach Schwyz, wo man sie acht Wochen behielt, bevor sie wieder heim durften.

Die Ehrfurchtslosigkeit der Schwyzer den Klöstern und Geistlichen gegenüber war nicht Gottlosigkeit, sondern Folge einer neuen religiösen Einstellung, nach der die Klöster arm sein sollten, wie das den Minoriten vorschwebte, die damals stark gegen die Herrenklöster der reichen Benediktiner gewühlt haben sollen. Das *älteste Steuergesetz der Schwyzer*, das aus dem Jahre 1294 stammt[3], ist stark gegen den Besitz der Klöster gerichtet. Es bestimmt, daß niemand einem Kloster ein in dem Lande liegendes Gut verkaufen oder als Aussteuer einer ins Kloster eingetretenen Tochter geben darf und daß die Klöster allen Besitz meiden sollten, wenn sie nicht steuern wollten.

Die Schwyzer waren aufgeklärt. Sie sagten sich, wie die Patarener, Arnold von Brescia und andere Menschen jener Zeit: Wer als Geistlicher oder Mönch Jesus, der arm war, nachfolgen will, soll nicht nach weltlichen Gütern gieren. Besitzt er aber solche, so mag er sie wenigstens wie andere Menschen auch versteuern. Johannes Müller weiß von der Geistlichkeit der Waldstätte zu berichten, daß sie aus Zorn darüber, daß sie hätte steuern sollen, dem König zugetan gewesen sei.

---

[3] Siehe Leo Weisz, «Die alten Eidgenossen», Seite 30.

4. *Die schweizerische Frömmigkeit*

Die Ansicht, daß ein Geistlicher, der nach irdischem Besitz verlangt, kein richtiger Diener Christi sei, die vor allem Arnold von Brescia vertrat und die allem Anschein nach auch die Eidgenossen hatten, ließ diese in einen Gegensatz zur Kirche treten, der sich durch die ganze Schweizergeschichte hindurch zieht; und die Berührung mit Gott gebar eine typisch schweizerische Religiosität, durch die alle richtigen Schweizer irgendwie gekennzeichnet sind. Diese schweizerische Christlichkeit ist nicht eigentlich kirchlich, sondern ist eine Laienreligiosität, die auf eigenem Erleben und eigenem Suchen und Nachdenken beruht und sich mehr in Taten als in Worten äußert. Der wahre Schweizer setzt sich mit der Umwelt und den letzten Fragen auseinander und kommt so zu einer selbständigen Haltung und einem persönlichen Christentum, welches der eigentliche Träger der eidgenössischen Idee ist.

In der Schweizergeschichte sehen wir stets neben dem kirchlichen Christentum dieses schweizerische einhergehen, das in Pestalozzi, Carl Hilty und andern Gestalten einen besonders schönen Ausdruck fand.

Der Gegensatz zwischen dem kirchlichen und diesem Laienchristentum tritt nicht stärker hervor, als es der Fall ist, weil dieses in erster Linie bestrebt war, zu Gott und Welt in die rechte Stellung zu kommen und sich im Alltag zu bewähren. Mit der Kirche stritt es eigentlich nur, wenn sich besonders begabte Geistliche wie etwa Zwingli und Ragaz zu ihm bekannten. Die zwinglische Reformation war weitgehend ein Durchbruch dieser typisch schweizerischen Religiosität. Sobald sich aber ihre Frömmigkeit organisierte und Kirche wurde, trat sie in einen Gegensatz zur eigentlich schweizerischen Religiosität, die zum Teil aus Opportunität nicht angriffig ist, zur Hauptsache aber, wie bereits betont, weil es ihr einfach ums Leben geht und sie diesem dienen will, was mithilft, daß die Kirche ihre Vertreter gewähren läßt und den Gegensatz zu ihr leicht übersieht und vergißt. Wer weiß zum Beispiel heute, daß der heilig gesprochene Niklaus von Flüe wohl noch nach der Tagsatzung von Stans ein Opfer der Inquisition geworden wäre, wenn ihm die Obwaldner Regierung nicht gewogen gewesen wäre und ihn gegen jene geschützt hätte? Wenn wir von Carl Hilty hören, durch den die schweizerische Frömmigkeit einen umfassenden schriftstellerischen Ausdruck gefunden hat, denkt ebenfalls niemand mehr daran, daß er zu seinen Lebzeiten nicht allen Pfarrern genehm war.

Dieses persönliche, auf Erlebnissen fußende Christentum war im Mittelalter eine verfolgte Ketzerei, die aber sehr stark verbreitet war. In den Eidgenossen fing es an, staatserhaltend zu wirken. Daß Papst Innocenz IV. am 28. August 1247 drohte, über die Leute von Schwyz, Sarnen und Luzern den Bann verhängen zu lassen und diese zu Friedrich II. hielten, der im Bann war, deutet stark darauf hin, daß die Bauernerhebung am Vierwaldstättersee ketzerischen Charakter trug.

Wahrscheinlich hatte der erste Bundesbrief, auf den in demjenigen von 1291 hingewiesen wird, noch etwas von diesem ketzerischen Charakter. Man merkte in ihm wohl noch, daß die Eidgenossenschaft eine Verbindung der aufgeweckten, vom Geist der Zeit erfaßten Männer war, zu der wahrscheinlich auch Entlebucher gehörten; denn in ihrem Tale war wie in Unterwalden das erwachte Laienchristentum stark vertreten. Geschichtsforscher wie Prof. Dr. Leo Weisz glauben, daß dieser Brief auch jetzt noch vorhanden ist, aber nicht herausgegeben wird, damit der etwas ketzerische Ursprung der Eidgenossenschaft nicht offenbar wird.

Man muß sich natürlich nicht vorstellen, daß da alle Leute um den Vierwaldstättersee herum vom neuen Geist jener Zeit erfaßt waren. Es mochten das ein paar Familien sein: in Schwyz diejenige der Stauffacher, in Uri die der Fürst usw. Aber diese bildeten geistige Mittelpunkte und waren durch das in ihnen erwachte Leben miteinander verbunden. Die Überlieferung berichtet, daß für die Zusammenkunft auf dem Rütli in jedem Orte zehn Männer gesucht wurden. Dreißig genügten, um ein Sauerteig zu sein.

Den erwachten, vom Geiste der Zeit erfaßten Menschen schlossen sich, wie einst Jesu, natürlich nicht in erster Linie die kirchlich frommen Leute, sondern mehr die fraglichen, der Natur verhafteten an. Das half mit, der Eidgenossenschaft einen unreligiösen Stempel zu geben. Die naturhaften, vom Geiste wenig berührten Menschen waren wohl bald in der Überzahl. Nun fühlte man sich als Volk. Im Briefe von 1291 spricht dieses. Aber getragen war der Bund trotzdem von den geistig erwachten Menschen, und das ist bis heute so. Nach außen erscheint unser Volk meist recht ungeistig und egoistisch; aber getragen wird es durch hochgesinnte Menschen, die selten stark hervortreten, aber trotzdem da sind. Das Volk besitzt seine naturhafte Religion, die sich wenig von derjenigen anderer Völker unterscheidet; es hat seine Kirchen, die wie andere Kirchen sind; aber im Volkskörper befindet sich immer eine schöne Anzahl Menschen, die typische Schweizer sind, das Volk lebendig erhalten und ihm die Richtung weisen, wie das in neuester Zeit *Leonhard Ragaz* tat.

5. *Die Eidgenossenschaft und die Religiös-soziale Bewegung*

Zum Schlusse soll noch darauf hingewiesen werden, daß die Bezeichnung «Eidgenossenschaft» die innere Verwandtschaft mit der Religiös-sozialen Bewegung bewußt machen kann; denn in jener ist bereits das Anliegen der Menschen vorhanden, welche diese Bewegung getragen haben. Das Wirtschaftliche, auf das der zweite Teil des Namens hindeutet, soll mit dem Heiligen, als dessen ernsteste Handlung der «*Eid*» gilt, derart verbunden werden, daß die beiden eine Einheit sind. Das Ewige muß das Genossenschaftliche durchdringen und heiligen und durch

dieses einen Leib bekommen und damit sichtbare Gestalt werden. So gesehen, bedeutet die Geburt der Eidgenossenschaft für die Staatenwelt, was die Geburt des Gottessohnes für uns Menschen und die Erde überhaupt.

Arnold Lüscher

Der junge Hegel und das Judentum

I.

«Religion ist eine der wichtigsten Angelegenheiten unseres Lebens» – mit diesen Worten beginnt der Band «Theologische Jugendschriften» Hegels, welchen Hermann Nohl 1907 aus den Handschriften der Königlichen Bibliothek in Berlin herausgegeben hat. (Eine englische Uebersetzung des Buches ist 1948 in Chicago herausgekommen.) Diese Handschriften sind ein wichtiges Dokument zur Geschichte der Entwicklung des großen Philosophen. Es sind sozusagen Selbstgespräche, welche der junge Hegel mit sich geführt hat. Das Problem des Judentums spielt dort eine große Rolle. Hegel war, als er die ersten Betrachtungen zu Papier brachte, Student der Theologie in Tübingen, der Hochburg der lutheranischen Strenggläubigkeit. Die scharfe Kritik, welche in den Jugendschriften das Judentum und Christentum erfahren, ist vielleicht als Reaktion gegen den Druck der christlichen Orthodoxie auf den jungen Studenten zu erklären.

In der ersten Abhandlung «Volksreligion und Christentum» aus dem Jahre 1793 greift Hegel die christliche Religion und sogar ihren Stifter scharf an. Er vergleicht Sokrates mit Jesus, und der Vergleich fällt überall zugunsten des Griechen aus. Er greift Jesus an, weil er sich mit zwölf Aposteln umgab. Es genügte Jesus nicht, daß er schlechthin Schüler hatte, in deren Herzen er einige Funken werfen konnte, Männer, die im Schoße ihrer Familie und in ihrem Wirkungskreis in der Welt geblieben waren. Sokrates predigte nicht vom Berg – das wäre in Griechenland völlig unmöglich gewesen, das war nur unter Juden möglich. Die Zahl der Schüler des Sokrates war unbestimmt, und der dreizehnte und vierzehnte war ihm ebenso willkommen wie die früheren; jeder seiner Schüler war ein Meister für sich und stiftete seine eigene Schule. Seine Schüler verließen nicht Haus und Hof. Jesus wollte seinen eigenen Geist in die Seele seiner Schüler gießen, Sokrates begnügte sich damit, die «Hebamme» zu sein, welche aus der Seele seiner Schüler die Begriffe entwickelt, die in ihr lagen. Wenn aber Jesus seinen Schülern den Weg zeigen wollte, sagte er: «*Ich* bin der Weg und die Wahrheit und das Leben.»

Diese Kritik an Jesus geht nicht sehr tief. Der junge Hegel versteht nicht den Unterschied zwischen dem Verhältnis des wissenschaftlichen

Lehrers zu seinen Schülern und des religiösen Lehrers zu seinen Jüngern. Der wissenschaftliche Lehrer freilich weckt vor allem den Schüler zum Selbstdenken. Der religiöse Lehrer übergibt dem Jünger verwandelnde Kraft, indem er ihn zum Gefäß macht, das nicht Kenntnisse empfängt, sondern Kräfte.

Hegel geht in seiner Kritik so weit, daß er die Stellung angreift, welche der Tod Jesu in der christlichen Religion hat. Als ob nicht schon viele Millionen sich für geringere Zwecke als für die Erlösung der Menschheit hingegeben hätten, für ihren König, ihr Vaterland, ihre Geliebte, und sie taten es mit Lächeln, mit Freude und nicht mit Angstschweiß. Bittere Worte findet Hegel gegen die Missionäre des Christentums. Wozu Missionäre aussenden, solange es unter den Christen moralisch schlechte Menschen gibt? Und was ist das Ziel der Mission? Sie hat viele Arbeit, Schweiß, Beschwerlichkeiten, selbst Blut gekostet mit dem einzigen Ziele, die Phantasie der Völker mit einem *Namen* auszufüllen. Hegel haßt die Einstellung des Christen zum Tode, die Vorstellung, daß 50 oder 80 Jahre irdischen Lebens über die ewige Seligkeit oder Verdammnis des Menschen entscheiden sollen, so daß der Mensch sein ganzes Leben lang den Tod vor Augen haben soll. Den Griechen war der Tod ein schöner Genius, der Bruder des Schlafes, dem Christen ist er das Knochenskelett oder der graue Schädel, mit welchem die Christen ihre Särge verzieren. Den Griechen erinnerte der Tod an den Genuß des Lebens, dem Christen verleidet der Gedanke an den Tod das Leben, und christliche Prediger benützen ihn, um ihren Zuhörern Schrecken einzujagen. Diese Vorstellungen haben schon viele Menschen zerrüttet und zur Verzweiflung gebracht.

II.

Drei Jahre nach dieser Abhandlung, im Jahre 1796, kehrte Hegel noch einmal zu diesem Thema zurück. Diesmal interessierte ihn die geschichtsphilosophische Frage, wie es geschehen konnte, daß die griechische Religion von der christlichen verdrängt werden konnte. Jedes Volk hat seine religiöse Phantasie, seine heiligen Orte. Das Christentum hat den Olymp und Walhalla entleert, hat die heiligen Haine niedergehauen und den Völkern statt ihrer eigenen Götter Gestalten gegeben, welche Schöpfungen der religiösen Phantasie des jüdischen Volkes waren, dessen Kultur und Interessen ihnen fremd waren. «Ist denn Juda der Deutschen Vaterland?» fragt Hegel. Die Verdrängung der heidnischen Religionen ist eine von den wunderbaren Revolutionen, deren Ursachen aufzusuchen den denkenden Geschichtsforscher beschäftigen muß. «Wie konnte eine Religion verdrängt werden, die seit Jahrhunderten sich in den Staaten festgesetzt hatte, die mit der Verfassung des Volkes innigst zusammenhing, wie konnte der Glaube an Götter aufhören, denen die Städte und die Reiche ihre Entstehung zuschrieben, denen die Völker alle Tage Opfer brachten, deren Segen sie zu

allen Geschäften anriefen, unter deren Panier die Armeen siegreich gewesen waren, deren Tempel der Stolz der Völker waren? Wie konnte der Glaube an die Götter, der mit tausend Fäden in das Gewebe des Lebens verschlungen war, aus diesem Zusammenhang losgerissen werden?»

Hegel antwortet: Die griechische und römische Religion waren Religionen für freie Völker und mit dem Verlust der Freiheit mußte auch ihre Kraft verlorengehen. «Was sollen einer Armee Kanonen, die ihre Munition verschossen hat? Was sollen dem Fischer Netze, wenn der Strom vertrocknet ist?» Als freie Menschen gehorchten Griechen und Römer Gesetzen, die sie sich selbst gegeben. Im öffentlichen wie im Privatleben war jeder ein freier Mann. Als freie Menschen führten sie Kriege, die sie selbst beschlossen hatten. Und sie waren frei auch im Verhältnis zu ihren Göttern. Sie fragten die Götter um Rat, dankten ihnen für ihre Gaben, aber sie waren ihnen gegenüber frei, sie kannten keine göttlichen Gebote. Diese Freiheit der Bürger ging durch die Kriege zugrunde. Es entstand eine Aristokratie des Kriegsruhms und des Reichtums, einzelne Bürger erlangten eine Übermacht im Staate. Der Bürger hörte auf, im Staate das Bild seiner eigenen Tätigkeit zu sehen, der Staat wurde ihm fremd. Der einzelne Bürger sah jetzt nur noch seine individuellen Zwecke, das Leben wurde privatisiert. Jetzt lebten die Bürger ohne Vaterland in einem Staate, an dem sie keine Freude hatten. In diesem Zustande bot sich ihnen die christliche Religion an. Sie war nicht eine Religion von freien Männern, sondern von Sklaven. So lange der jüdische Staat Macht und Kraft hatte, brauchten auch die Juden den Gedanken des Messias nicht. Der messianische Gedanke ist eine Folge der politischen Ohnmacht. Hegel findet Worte höchster Bewunderung für die letzten Kämpfe der Juden gegen die Römer, als das jüdische Volk seine «trägen messianischen Hoffnungen» wegwarf und zu den Waffen griff und nachdem es alles getan hatte, was begeisterter Mut leisten kann, sich und seinen Staat unter den Ruinen von Jerusalem begrub. Wäre das jüdische Volk damals untergegangen, so wäre es in der Geschichte neben Karthago und neben Sagunt gestanden sein. Aber das jüdische Volk kehrte nach der Niederlage zur trägen messianischen Hoffnung zurück. Die nationalen Erwartungen wurden jetzt in ein Jenseits projiziert. Und diese Projektion übernahm dann das Christentum von den besiegten Juden. Die Christen projizierten ihre Hoffnungen in eine jenseitige Welt, statteten diese Welt mit einem Reichtum aus, der nicht mehr das Eigentum der Menschen war. Und so sind die Schätze der Erde an den Himmel verschleudert worden, und es ist – meint Hegel – Aufgabe unserer Zeit, diese Schätze als Eigentum der Menschen und der Erde zurückzufordern. Der Himmel ist nur eine Selbstentfremdung des Christen.

Hier treffen wir zum erstenmal bei Hegel auf jenen Begriff, der später als «Selbstentfremdung» oder «Selbstentäußerung» in der Philo-

sophie Hegels, Feuerbachs, Marx', Heß' so eine große Rolle spielen sollte: Das Jenseits ist ein Raub am Diesseits. Dabei behandelt Hegel in dieser Abhandlung vom Jahre 1796 Judentum und Christentum auf der gleichen Ebene. Beide sind Religionen, welche den Menschen zum Sklaven eines Wesens machen, das außerhalb des Menschen ist, dessen Teil er nicht ist, mit dem er nichts gemeinsam hat und der ihn beherrscht. Die jüdische und christliche Religion sind «positive» Religionen, Inbegriffe von Sätzen, an welche der Gläubige zu glauben verpflichtet ist, Religionen, in denen das Element der objektiven *Autorität* das Übergewicht hat über das reine Glaubensleben des Herzens. Dieser Begriff der «positiven Religion» steht jetzt im Mittelpunkt von Hegels Gedanken.

III.

In seiner Abhandlung «Die Positivität der christlichen Religion» aus dem Jahre 1795/96 unternimmt Hegel die Untersuchung der Umstände, welche dazu führten, daß die Religion Jesu sich zu einer «positiven» Religion verwandelte. Es ist überflüssig zu sagen, daß Hegel diese Positivität *negativ* bewertete. Wiederum erblickte er hier den Einfluß des Judentums. Jesus selbst wollte reine Moralität erwecken, aber er mußte auf Bestehendes Rücksicht nehmen. Er mußte als Jude vom Judentum ausgehen. Er fand im Judentum einen «statutarischen» Glauben vor und mußte ihn zur Moralität erheben. Er fand den Messiasgedanken vor, und durch den Einfluß des Glaubens an den Messias erhielt die Person des Lehrers eine wichtige Rolle, wichtiger als es für die Empfehlung der Wahrheit selbst nötig gewesen wäre. So war Jesus genötig, von seiner Person zu sprechen. Die Juden waren in dem Glauben erzogen, daß sie ihre Gesetze und ihren Gottesdienst von Gott selbst empfangen hatten, und waren stolz darauf. Der Lehrer, welcher unter ihnen wirken wollte, mußte daher seine Behauptungen auf die Autorität stützen, er konnte sich nicht auf die Vernunft allein berufen. Er mußte sagen, daß er nichts lehre als was ihn der Vater gelehrt habe, denn die Menschen lieben es, ihrer eigenen Freiheit zu entsagen und sich willig unter das Joch einer Vormundschaft zu beugen. Sie lieben ihre Ketten um so mehr, je lästiger die Ketten werden. Daher mußte Jesus den Glauben an seine Person fordern. Er mußte Mittel wählen, welche dem eigentlichen Ziele widersprachen. Aus einer ähnlichen Dialektik von Mitteln und Zielen erklärt Hegel den Gebrauch von Wundern durch Jesus. Die Juden waren an Wunder gewöhnt. Hegel macht zur Geschichte von der Heilung der verdorrten Hand (Markus-Evangelium, Kapitel 3) die feine Bemerkung, daß dort den Juden die Heilung selbst gar nicht auffiel, sondern nur die Entweihung des Sabbath. So sehr lebten die Juden in einer Atmosphäre von Wundern. Und später hängten sich die Christen gerade an diese Wunder, die, von der reinen Religion aus betrachtet, wertlos waren. So übernahm überhaupt das Christentum vom Judentum den Autoritätsglauben und wurde zu einer

«positiven» Religion in einem noch höheren Maße, als es das Judentum war.

Ein wichtiges Moment in der Entwicklung auf die «Positivität» des Christentums spielte die quantitative Ausbreitung. Sie führte dazu, daß das Christentum im Mittelalter einen staatsähnlichen Charakter annahm. Dadurch wurden religiöse Gesetze zu Staatsgesetzen. Aber die Begründung auf den Staaten widerspricht der reinen Religion. Daß aber das Christentum diesen Staatscharakter annahm und so dem Sinn der Religion als subjektiver Religion des Herzens untreu wurde, schreibt Hegel wiederum dem Einfluß des Judentums zu. Hegel hat in dieser Epoche mit großem Interesse Mendelssohns «Jerusalem» gelesen, und die Jugendschriften enthalten Exzerpte aus diesem Buche, das seinerseits als Kanal diente für die Übermittlung von Spinozas Ansichten über das Judentum. Mendelssohns These war, das Judentum sei nicht offenbarte Religion, sondern offenbartes Gesetz. Daher sei die jüdische Religion an den Staat gebunden. Diese Auffassung übernahm Hegel und verwendete sie nun als Waffe gegen das Judentum. Das Judentum habe, meinte er, nur die Legalität der *äußeren* Handlung zum Ziele gehabt. Wenn ein Jude seine Opfer darbrachte, den Zehnten gab usw., so hatte er alles getan, was er als religiöse Pflicht kannte. Zu etwas anderem fühlte sich der Jude nicht verbunden, weil die Gebote Gottes in seinen Augen nur die legale Leistung verlangten. Das Ziel Jesu sei es gewesen, diese Legalität in Moralität zu verwandeln, aus Bürgern des Rechtsstaates Bürger des Reiches Gottes zu machen. Jesus wollte die Vernunft in Freiheit setzen, die Juden zu autonomen freien Menschen machen, die ihren *eigenen* Geboten folgen sollten. Aber die Juden waren zu jung, zu ungeübt in der Freiheit, und die kirchliche Autorität warf den Christen wiederum ein Joch über und verwandelte die moralische Religion Jesu wiederum in eine positive Religion.

IV.

In den bisher von uns behandelten Jugendschriften sieht Hegel das Judentum und Christentum auf einer Ebene. Beide sind für ihn Religionen des Jenseits, in denen der Mensch sich selbst entfremdet, «positive» Religionen, in welchen das Moment der Objektivität (Überlieferung, gebotenes Gesetz) das Moment der subjektiven Religion weit überwiegt.

Im Jahre 1796 übersiedelte Hegel von Bern nach Frankfurt, wo er die fruchtbarsten Jahre seines geistigen Wachstums verbrachte. Die Schriften, die in dieser Periode entstanden sind, zeigen einen scharfen Wechsel seiner Ansichten. Der Wechsel im Stil und Inhalt, wie er in der 1799 entstandenen Schrift «Der Geist des Christentums und sein Schicksal» zur Erscheinung kommt, ist so radikal, daß er nach einem Ausdruck von R. Kroner beinahe erschreckend ist. In seinen bisherigen Schriften war Hegel ein Zeitgenosse der Aufklärung. Jetzt ist er ein

christlicher Mystiker, dessen Religion einen ihr entsprechenden Ausdruck sucht.

Aber während seine Einstellung zum Christentum sich radikal ändert, bleibt seine Ablehnung des Judentums wie sie war, ja sie vertieft sich noch. Das Judentum ist ihm nunmehr der dunkle Hintergrund, gegen welchen er das Christentum, wie er es jetzt versteht, sich abheben läßt. Das Judentum ist eine Religion der Selbstentfremdung, die über sich selbst einen Tyrannen aufstellt und sich ihm unterwirft. Hegel tadelt die Juden, weil sie sich abgesondert hatten, statt sich mit anderen Völkern zu vereinigen. Und auch mit der Natur lebten sie in Feindschaft. Dies sucht Hegel durch eine Geschichtsskizze des Judentums nachzuweisen.

Diese beginnt mit der Sintflut. Die Folge der Flut war die Zerreißung des Vertrauens des Menschen zur Natur. Die Natur, früher dem Menschen freundlich, wurde jetzt zu einem zerstörenden Feind, gegen den es keinen Widerstand gab. Damit aber der Mensch gegen die feindliche Natur bestehen konnte, mußte die Natur beherrscht werden. Diese Beherrschung der Natur konnte entweder in der Idee erfolgen oder in der Wirklichkeit. Hier stehen einander Noah und Nimrod gegenüber. Noah ging den Weg des Bundes mit Gott, der seinerseits verspricht, keine Flut mehr zuzulassen, dafür aber den Menschen die noachidischen Gebote auferlegt. Nimrod aber macht sich selbst zum Herrscher über die Natur, und wie Prometheus würde er Gott Widerstand leisten, wenn er noch einmal versuchen sollte, die Welt der Flut auszusetzen. Zu diesem Zwecke baut Nimrod den babylonischen Turm. Hegel erwähnt die Überlieferung, daß die Erbauer des Turmes Menschen waren, welche die Flut überlebt haben.

Beide aber, Nimrod und Noah, schließen mit der Natur einen Frieden aus Not und ohne Versöhnung. Der Abgrund zwischen dem Menschen und der Natur bleibt bestehen.

Mit Abraham beginnt die Geschichte des Volkes. Die jüdische Tradition selbst charakterisiert (was Hegel nicht weiß) Abraham durch zwei Momente: daß er nämlich auf der einen Seite sich von der ganzen Welt trennt und die Welt sich gegenübersetzt, daß er aber diese Trennung durchführt, um der messianischen Hoffnung willen, welche die einige Menschheit erwartet. Und so wird er gleichzeitig von der jüdischen Tradition Vater aller Völker genannt. Hegel sieht aber nur den Zug der Trennung. «Der erste Akt, durch den Abraham zum Stammvater einer Nation wurde, ist eine Trennung, welche die Bande des Zusammenlebens und der Liebe zerreißt.» Abraham wollte frei sein, um nicht lieben zu müssen. Er war ein Fremdling auf Erden. Die Beschneidung sieht Hegel als Zeichen der Absonderung. Abraham erlaubte nicht, daß sein Sohn eine Kananiterin heiratete. Selbst die Opferung Isaaks sieht Hegel als Zeichen mangelnder väterlicher Liebe. So war ihm die ganze Welt entgegengesetzt, und das einzige Verhältnis, in das er sich

zur Welt hätte stellen können, wäre die Beherrschung gewesen. Da er diese nicht selbst realisieren konnte, so überließ Abraham die Weltregierung seinem Gott. So war die Wurzel seiner Gottheit die Verachtung der ganzen Welt, und Abraham war allein der Günstling. Andere Völker, die einen nationalen Gott haben, räumen den übrigen Völkern gleiche Rechte ein und anerkennen ihre Götter ebenfalls als Götter. In Abrahams eifersüchtigem Gott aber lag die entsetzliche Forderung, daß die Juden allein einen Gott haben, die anderen überhaupt ohne Götter sind. So sieht Hegel Abraham. Dahin mußte der Philosoph kommen, wenn er die Einzigkeit Gottes und seines Volkes sah ohne die messianische Menschheit, die unbedingt dazu gehört.

Unter diesem Gesichtspunkt stellt Hegel die biblische Geschichte dar. Die Juden übertragen alle Macht auf Gott, und alle anderen Völker sind nichts als Materie, während die Juden die Günstlinge sind. Als Beweis führt Hegel das Verhalten der Söhne Jakobs zu den Einwohnern von Sichem an (Erzählung von Dina), die Ausbeutung der Ägypter vor dem Auszug der Israeliten aus Ägypten, die Schadenfreude der Juden über den Untergang der Ägypter im Schilfmeer: Es ist nicht die Freude der Tapferkeit, die doch bereit ist, eine Träne über den toten Feind zu weinen. Hegel kennt nicht die Erzählung des Midrasch, nach welcher Gott den Juden, die ihn nach dem Durchgang durchs Rote Meer priesen, geantwortet habe «Die Werke meiner Hände ertrinken im Meer, und ihr sprechet Lobgesänge». Bis zum heutigen Tage kürzt der Gottesdienst der Synagoge in den letzten Tagen des Pessachfestes die Lobgesänge, zur Erinnerung an die untergegangenen Ägypter. Aber davon weiß Hegel nichts. Er sieht die staatlichen Einrichtungen der Juden so schief an, daß er selbst dort, wo das Jubeljahr den Schuldenerlaß durchführt und den Landbesitz dem entrechteten Armen wiedergibt und wo sich das jüdische Gesetz vom Schuldenerlaß dem Gesetze Solons so sehr annähert, trotzdem keine Parallele zugeben will. Bei den Griechen hatte der Erlaß der Schulden den Zweck, daß alle Bürger frei und selbständig sein sollten; die Juden dagegen kannten keine Freiheit und keine Rechte, sondern nur die eine Gleichheit, Sklaven ihres Gottes zu sein. So durch Haß und Unverständnis verblendet, sah der junge Hegel die Geschichte der Juden.

V.

Wir geben diese Ausführungen Hegels gegen das Judentum wieder, nicht um mit ihm zu polemisieren, sondern um in der echten Auseinandersetzung mit einem Philosophen, dessen Werke nach jahrzehntelanger Verachtung heute wieder zu lebendigen Kräften geworden sind, etwas für unsere Zeit und die heutige Beziehung zwischen Judentum und Christentum zu lernen. Die historisch falsche Zeichnung des Judentums und seiner Institutionen, wie zum Beispiel des Jubeljahres, richtet sich von selbst. Aber gleichzeitig erhebt sich die Frage, wie

konnte es geschehen, daß Hegel das Judentum hinstellen konnte als eine äußere Gesetzesreligion, die von ihren Anhängern nicht das Herz, sondern die äußere Erfüllung gewisser Gebote verlangt? Ein bekanntes rabbinisches Wort sagt «Der Allbarmherzige will das Herz», und die gesamte jüdische religiöse Literatur von den Psalmen bis Jehuda Halevi und bis zum Chassidismus ist erfüllt von dieser Religiosität des Herzens. Aber ohne Zweifel hat Hegel doch auch wieder darin recht, daß die jüdische Religion in vielen Teilen eine «statutarische» Religion des Gesetzes ist. Hier den Weg der Synthese zu finden, war immer die große Aufgabe des Judentums, und sie ist der heutigen Generation aufs neue gestellt und ist mit der Errichtung des Staates Israel und den heutigen religiösen Kämpfen in Israel besonders aktuell geworden. Die jüdische Religion muß sich vor beiden Extremen hüten: sie darf nicht zu einer reinen Ethik oder zu einem subjektiven Rausch der Gefühle werden, der zu nichts verpflichtet, und sie darf nicht zu einem objektiven, toten Gesetzbuch werden, das den Menschen nur von außen her verpflichtet. Hier liegt die gewaltige Aufgabe einer Vereinigung extremer Gegensätze.

In einem Punkte werden sich Judentum und Christentum *zusammen* gegen Hegel zur Wehr setzen. Hegel sieht die Religion als ein Produkt *des Menschen*, ob dieser nun Noah oder Nimrod oder Moses oder Jesus hieß. Nicht einen Augenblick lang nimmt er an, daß Gott eine wirkliche Macht ist, die einen wirklichen Bund mit einem Volke oder einer Kirche geschlossen hat, sondern Gott ist die Projektion der Juden, *sie* haben sich diese unendliche Macht gegenübergesetzt, und es liegt an ihnen, ihrer Sonderstellung ein Ende zu machen, ihr Schicksal, die Transzendenz Gottes aufzuheben. Was später, 1841, Hegels Schüler Ludwig Feuerbach ausdrücklich formulierte, daß nämlich Gott ein Werk des Menschen und nur der «Spiegel» des Menschen sei, das ist der Standpunkt Hegels in seinen Jugendschriften. So kann er den Juden vorwerfen: «Das Judentum ist eine Religion aus Unglück und fürs Unglück; nicht für das Glück, das frohe Spiele will; der Gott der Juden ist zu ernsthaft.» Und hierin hat freilich Hegel recht: der Gott des Judentums und des Christentums ist ernsthaft, weil er keine Fiktion des Menschen ist, sondern eine Wirklichkeit, eine Macht, mit welcher sich der Mensch zu konfrontieren hat. *Hugo Bergman*

Unteilbarer Friede: Weltaufgabe Nummer 1

Die nach gründlichen Beratungen zustandegekommenen Memoranden der amerikanischen Quäker über die Außenpolitik der USA, insbesondere ihre Beziehungen zur Sowjetunion, gelangten zu dem Ergebnis, daß trotz weltanschaulichen Verschiedenheiten zwischen beiden

Völkern genug Möglichkeiten für einen *friedlichen* Wettbewerb bestehen, und bestätigt damit Stalins und aller Einsichtigen Urteil in der gleichen Frage. Aber wie relativ wenig einsichtige Menschen gibt es in der «abendländischen» Welt! In Westdeutschland zum Beispiel ist es kaum noch möglich, für den unteilbaren Frieden offen einzutreten. Die Verhetzung gegen den Osten hat unter Goebbels' nachwirkendem und des amerikanischen Monopolkapitals aktuellem Einfluß geradezu hysterische Ausmaße angenommen. Am beschämendsten ist dabei nur, daß die offizielle Sozialdemokratie am wütendsten ins Feuer des Hasses gegen die sozialistischen Oststaaten bläst. Und leider sind die Verhältnisse in der Bonner Bundesrepublik wohl prinzipiell typisch für die gesamte Einflußsphäre der westlichen «Demokratie». Dabei lehrten seit Jahrtausenden die Meister der östlichen und westlichen Menschheit aus sittlichen und vernünftigen Überlegungen das gleiche Gebot: Liebet einander! Lasset die Sonne nicht untergehen über eurem Zorn! — Dsi Shia, ein Schüler des Konfuzius, formulierte um 500 v. Chr.: «Zwischen den vier Meeren sind *alle Menschen Brüder*.» Über 2400 Jahre darnach erhebt Albert Einstein besorgt seine Stimme: «Im Schatten der Atombombe ist es klar geworden, daß *alle Menschen Brüder* sind.» Denn mochte ehemals das «Selig sind die Friedestifter!» nur eine Verheißung für die wahrhaft Frommen sein, so ist im Zeitalter der Atomenergie die Wahrung des Friedens gleichbedeutend mit der Errettung der menschlichen Gesellschaft vor dem Untergang geworden. Damit wird die Erfüllung von Fridtjof Nansens Forderung aus seiner Rede bei der Verleihung des Friedens-Nobelpreises im Dezember 1922: «Wir müssen eine *Bruderkette* bilden *über die ganze Erde* hin» jetzt von höchster Dringlichkeit.

Die Pariser Außenministerkonferenz hatte zwar eine leichte Entspannung der internationalen Lage gebracht, der Verlust des Atombombenmonopols der USA neue Hoffnungen auf eine friedliche Entwicklung der Weltpolitik geweckt, jedoch werden sie nur dann in Erfüllung gehen, wenn alle Menschen guten Willens nicht untätig bleiben, das heißt unter anderem, ihr Weltbild ständig auf seine Gültigkeit prüfen und in Ordnung halten. Der Friede und damit unsere Zukunft hängen heute von dem Ausgleich der «Großen Zwei» in Ost und West ab, der ohne ein Entgegenkommen von beiden Seiten unmöglich ist. Da aber einem Worte J. B. Priestleys (in «The Secret Dream», 1946) «für jedes *Pfund* östlicher eine halbe *Tonne* westlicher, antibolschewistischer Propaganda auf uns losgelassen wird», müssen wir uns, die wir dem Westen mit unseren Traditionen näherstehen, als dem Osten, hüten, der «atlantischen» Verlockung zu erliegen. Wer wiederum, wie nach dem Ersten Weltkriege, den Frieden teilen, ihn – contradictio in adiectu – zu einem antikommunistischen Frieden machen will, der muß früher oder später, willig oder widerwillig, bei einem dritten, «präventiven» Weltkrieg landen (wie Churchill – zunächst ideologisch – in seiner Bostoner Rede), und diese neue Katastrophe wäre, wenn auch nicht sicher, Amerikas

oder Rußlands, so doch auf jeden Fall des europäischen «Abendlandes» völlige Austilgung als Kulturlandschaft. *Erhaltung des Friedens ist deshalb Weltaufgabe Nummer 1.* Henry Wallace, Vizepräsident unter F. D. Roosevelt, sah «die einzige sichere Bürgschaft für einen langanhaltenden Weltfrieden» in der dauernden engen Zusammenarbeit der Völker des angelsächsischen, lateinischen, des sowjetischen und des chinesischen Kulturkreises («Soviet Asia Mission», 1945). Sie gilt es zu schaffen.

Ist aber diese enge Zusammenarbeit der Völker angesichts so vieler negativer Erfahrungen aus der Geschichte, aus dem Versagen von Kirchen und Erziehungsinstitutionen, aus dem Scheitern von internationalen Bemühungen des Völkerbundes und der UNO, aus dem «Kalten» Krieg zwischen West und Ost nicht bloß ein Hirngespinst von Quäkern und sozialistischen Utopisten? Muß nicht der ewige Friede ein idealistischer Traum bleiben, der unter unvollkommenen Menschen niemals verwirklicht werden kann? Hier ist nicht der Platz aufzuzeigen, wie Wissenschaft und Technik unsere Erde immer kleiner, die Berührung der Völker immer enger und damit den Zwang zum Frieden immer stärker gemacht haben. Bei Strafe der Selbstvernichtung in naher Zukunft bleibt jetzt den Nationen einfach kein anderer Weg mehr, als füreinander Verständnis aufzubringen und aufeinander Rücksicht zu nehmen. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, da die Menschheit nicht mehr nur aus religiös-sittlichen und humanitären Gründen den Krieg als Mittel der Politik ächten und abschaffen muß, sondern um ihres eigenen Überlebens willen[1]. Es ist bekannt, welch große Rolle die Entwicklung der Produktivkräfte und des Verkehrs im vorigen Jahrhundert bei der Einigung Deutschlands gespielt hat. In wieviel höherem Maße ist dies im gegenwärtigen Entwicklungsstadium bei der Bildung einer neuen Ordnung im Weltmaßstabe der Fall. Die *äußeren Voraussetzungen* ermöglichen also zum ersten Male die Schaffung einer wirklich erdumspannenden Gesellschaft. Die *innere* Bereitschaft dazu sollte unter der Drohung der Atombombe nun auch dort geweckt werden können, wo man den Überlieferungen des Christentums, den Lehren der humanistichen Philosophie und des Sozialismus bisher ablehnend gegenüberstand. Nicht zuletzt sollten die Jugenderzieher ihre besondere Verpflichtung erkennen, ein möglichst umfassendes Wissen über die Gesetze des menschlichen Zusammenlebens, eine gründliche Kenntnis anderer Völker und ihrer Kulturleistungen zu vermitteln, durch vorbildliche Gestaltung des schulischen Gemeinschaftslebens soziales Verhalten zu üben

[1] Dabei wollen wir nicht übersehen, wie sehr sich die Menschen trotzdem auch in unseren Tagen die sittliche und vernünftige Einsicht für das menschlich «Notwendige», das Gottgewollte, überblenden und verfinstern lassen und wahngefangen sich in Abgründe stürzen — wenn nicht eine an die Wurzeln des Menschenwesens greifende Revolution Hand in Hand geht mit der äußeren Zusammenfügung der Menschen in der *einen* Welt. Wir glauben, daß die entscheidenden *Kräfte* aus der «Revolution Christi» und des Reiches Gottes fließen werden. (D. R.)

und so die Achtung der heranwachsenden Generation vor den Mitmenschen, auch in fremden Völkern, zu wecken und lebendig zu erhalten. Kantönlibeschränktheit in der Schule kann genau so zu einer Gefahr für den Frieden werden wie chauvinistische Verhetzung. Roosevelt erkannte tiefer als die jetzige Regierung der USA und einige andere Regierungen das Gebot der Stunde, als er während des letzten Krieges erklärte: «*Der alte Ausdruck ‚westliche Zivilisation' paßt nicht mehr.* Die Weltereignisse und die gemeinsamen Notwendigkeiten der Menschheit sind im Begriffe, die Kulturen Asiens und Europas und der beiden Amerika zu vereinigen und, zum ersten Male, eine *Weltzivilisation* zu formen.» Ein zeitgenössischer Chinese, Dr. Hsiao Yunlay, gab 1948 dazu einen östlichen Kommentar und eine Lehre für westliche Individualisten: «*Die Menschheit wird ein Ganzes ... Die Weltfriedensordnung des 20. Jahrhunderts kann nicht mehr einen ausschließlich abendländischen Charakter tragen* ... Der höchste Wert im europäischen Denken ist nicht die Menschheit, sondern der Einzelmensch ... Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Mensch als Einzelwesen nur eine Abstraktion bedeutet und nicht den Menschen als Ganzes zum Gegenstand hat. Der Mensch als Ganzheit ist in vielfältiger Weise mit der Natur und seinen Mitmenschen verbunden ... Damit erstreckt sich das europäische Menschenbild nicht auf den Menschen in seiner ganzheitlichen Einordnung in Natur und Gesellschaft, sondern erfaßt ihn nur als freies Willenssubjekt ... Dadurch unterscheidet sich Europa von allen anderen Kulturkreisen ... *Der Freiheitsgedanke bedarf der Ergänzung durch den Menschheitsgedanken* und einer vom Menschheitsgedanken erfüllten Ethik ... Für den Westen steht daher die Aufgabe im Vordergrund, in seiner Politik dem ethischen Grundsatz der Menschheitsverpflichtung stärkeres Gewicht zu geben ... Die Zukunft der Menschheit beruht auf einer Synthese praktischer abendländischer Friedensorganisation und östlicher Friedensethik.» Um diese *Synthese von Wert und Rechten des Individuums und der Gemeinschaft* geht es letzten Endes bei allen Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. An dieser Weltwende ist darum weder deutsche noch europäische oder amerikanische Überheblichkeit länger am Platze. «Nicht die Atombombe, sondern der Runde Tisch führt zum Frieden.»

Unter Sozialisten bedarf es meines Erachtens keines Beweises dafür, daß in allen Ländern der Erde der «man in the street» den Frieden liebt, nur sein bescheidenes Auskommen wünscht und *unverhetzt* keines fremden Volkes Feind ist. Es bleibt neben dem Kampf für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft *unsere wichtigste Aufgabe*, die politische Begriffswelt durch ständigen Vergleich mit der Wirklichkeit in Ordnung zu halten, Vorurteile und falsche Verallgemeinerungen ausschalten zu helfen. Am nötigsten scheint mir dies den Russen und Amerikanern gegenüber, wenn wir nicht an einem neuen Völkermorden mitschuldig werden wollen. Victor Gollancz, der durch viele Taten der

Nächstenliebe bewiesen hat, daß er auch den Deutschen ohne Groll und Rachegefühle gegenübersteht, sagte in einem Vortrage zu ihnen (abgedruckt in «Versöhnung», Hamburg 1948) sehr richtig: «*Dieser Hang zum Verallgemeinern ist besonders unangebracht im Falle Rußland.* Im vergangenen Herbst hörte ich oftmals sagen, ‚die Russen' täten alle möglichen schrecklichen Dinge. Hüten Sie sich um Gottes willen vor einem vagen, nationalistischen Haß gegen jenes mythische Wesen ‚die Russen' ... ‚Die Russen' sind – ebenso wie Sie und ich – gewöhnliche Sterbliche, die auf Bauernhöfen leben, Brücken bauen und sogar Gedichte verfassen ... Sie sollten gegen die Russen in ihrer Gesamtheit ebensowenig eine Abneigung hegen wegen der Dinge, die einige von ihnen getan haben oder noch tun, wie die Russen eine Abneigung gegen Sie in Ihrer Gesamtheit hegen sollten wegen tausend Unmenschlichkeiten, die manche Deutsche an manchen Russen begangen haben ...» Und warnend fügte er hinzu, wenn die Deutschen unter Berufung auf ihnen selbst angetanes Unrecht einen neuen Nationalismus unter sich entfachen, ‚so werden sie einen Beitrag zum Ausbruch eines neuen Krieges leisten, der dann wieder zu einer Fülle neuer Ungerechtigkeiten führen würde usw. usf., bis wir uns schließlich alle gegenseitig ausrotten und auch diese Erde hier, auf der wir leben, in Trümmer geht.» Leider sind aber die Deutschen, die unter Hitler solange in unrühmlicher Isolierung von ihrer Umwelt gelebt haben, wohl nicht die einzigen, denen Wahrheiten, wie sie Gollancz ausspricht, eindringlichst vor Augen geführt werden müssen. Die Lektüre ausländischer Bücher und Zeitschriften, die Deutschlandpolitik der Westmächte, Rundfunk- und Pressehetze, die Schaufensterauslagen von Zürcher Buchhandlungen – um nur wenige Beispiele zu nennen – müssen jeden Friedensfreund in dieser Beziehung sehr bedenklich stimmen. Eine richtige Anschauung von der Geschichte und Kultur der Sowjetunion, vom Leben und Wollen ihrer Völker und Staatsmänner ist noch keineswegs weit verbreitet. Infolge der überwiegend antibolschewistischen Propaganda braucht man sich darüber nicht allzusehr zu wundern, oft aber wird die mißtrauische «Geheimniskrämerei» der Russen selbst dafür verantwortlich gemacht, daß häufig kein der Wirklichkeit entsprechendes Bild der sowjetischen Verhältnisse im Ausland bekannt ist. Mit ein wenig Mühe war es jedoch bis in den letzten Krieg hinein einem gutwilligen Beobachter durchaus möglich, sich aus eigener Anschauung das nötige Wissen zu verschaffen. Wissenschaftler und Politiker aller Richtungen durften das Sowjetland ungehindert bereisen, wenn sie nicht gerade als berufsmäßige Hetzer unangenehm aufgefallen waren. Die Berichte so verschieden gearteter Menschen wie des rechtsgerichteten Seniors der deutschen Rußlandsspezialisten Prof. Dr. Otto Hoetzsch und des sowjetfreundlichen amerikanischen Agrarpolitikers Henry Wallace stimmten im wesentlichen durchaus überein. Bei ihnen wie bei Wilkie und Andersen Nexö, bei Priestley, J. T. Murphy, H. Johnson, E. Crankshaw, Barbusse, Rolland und

anderen fand ich Bestätigung meiner eigenen Erfahrungen aus der Vorkriegszeit: *Die Sowjetvölker sind nicht unsere Feinde. Sie sind die Schöpfer einer neuen Kultur. Sie wollen ehrlich den Frieden. Sie haben ein berechtigtes Mißtrauen gegen den «Westen», das zu beseitigen wir um des Friedens und einer glücklicheren Zukunft willen mithelfen müssen.*

Vor 1933 habe ich in allen Schichten der sowjetischen Bevölkerung eine geradezu überwältigende, von Sympathie erfüllte Achtung vor der deutschen Technik, Organisation, Sauberkeit, Bildung und Kultur gefunden, von denen man lernen wollte. Auch der Amerikaner galt um seiner sachlichen Leistungen willen als Vorbild, und es waren genug USA-Ingenieure und Techniker im Lande, aber sie waren nicht beliebt, nur respektiert. Dem Deutschen brachte man dagegen eine warme Freundschaft entgegen, und ich selber habe außer in Dänemark in keinem anderen Lande je wieder solch herzgewinnende Gastfreundschaft genossen wie in der UdSSR. Daß Deutschland diese friedliebenden Völker mit Raub, Mord und Zerstörung überzog, bleibt seine Schande so lange, bis es sich ernsthaft bemüht, ein nicht von Propaganda getrübtes Bild ihres Landes, ihrer Kultur, ihrer Ziele und ein neues, nicht von Haß und Unwissenheit erfülltes Verhältnis zu ihren Menschen zu gewinnen. Die Russen sind von Natur aus dazu geneigt, die Feindschaft des Krieges und ihre eigenen Kampfparolen gegen die deutschen Okkupanten zu vergessen. Von ihrer Seite aus wird die Versöhnung nicht schwer werden. Noch immer lebt die Sympathie zum *geistigen* Deutschland in den Herzen der Russen und ihrer Brudervölker. 1948 wurde ich in Weimar Zeuge, wie am Goethe-Schiller-Denkmal vor dem Nationaltheater russische Erzieher und Professoren einen wundervollen Kranz roter Nelken mit der Widmung «Moskauer Pädagogen den großen Humanisten» niederlegten. Ich habe keine Deutschen je in ehrfürchtigerer Ergriffenheit an den Gedenkstätten ihrer Großen gesehen als diese Russen. Ich traf sie in der Fürstengruft und in Goethes Gartenhaus in der gleichen aufrichtigen Verehrung wieder. Ihr in der deutschen Geschichte erstaunlich gut bewanderter Militärbefehlshaber in Thüringen, General Kolesnitschenko, sprach in jenen Tagen, offenbar aus innerer Überzeugung, vor deutschen Lehrern dreier Besatzungszonen unter anderem das Wort: «Wie viele große Menschen hat doch Deutschland der ganzen Menschheit geschenkt! Es hat noch eine große Zukunft!» Für sie ist trotz Krieg und hitlerischer Apostasie Deutschland das Land von Goethe und Beethoven, Marx und Engels, Heine und den Brüdern Mann geblieben, denn «es würde lächerlich sein, die Hitler-Clique mit dem deutschen Volke gleichzusetzen». Bisher hat dieses Volk in seiner Gesamtheit wenig getan, um die ihm entgegengebrachte gute Meinung zu rechtfertigen. Möge die von der sowjetischen Besatzungszone ausgehende geistige Erneuerung das ganze Deutschland erfassen, damit Stalins Wort vom 14. Oktober 1949 wahr werden kann: «Wenn

unsere beiden Völker im Kampf um den Frieden Entschlossenheit zeigen und dabei ihre Kräfte im gleichen Ausmaß aufbieten, wie sie es zur Führung des Krieges taten, dann kann der Friede in Europa als gesichert angesehen werden!»

Die Friedensliebe der sowjetischen Völker ist über jeden Zweifel erhaben. Auch dafür könnte ich aus eigenem Erleben viele ergreifende Beispiele berichten. Der Räte*regierung* wird der Wille zum Frieden unter dem Einfluß der einseitig westlich gerichteten Propaganda nicht überall ohne weiteres geglaubt. Unvoreingenommenes Nachdenken wird aber die Einsicht hervorrufen müssen, *daß die Sowjetpolitik alles vom Frieden und gar nichts vom Kriege erhoffen kann.* Wenn sie die ungeheuren Kriegsschäden in ihren Westgebieten wieder gutmachen soll (kein anderer Staat der Erde hat so schwere Wunden erlitten!) und darüber hinaus ihren sozialistischen Aufbau vollenden will, dann braucht sie den Frieden so nötig wie das tägliche Brot. Begreiflich erscheint das allerdings nur dem, der sich über die Ergebnisse und Ziele ihrer Planwirtschaft nicht den gleichen Illusionen hingibt wie Hitler und Rosenberg. Wer die Verwirklichungen der russischen Revolution studierte und mit eigenen Augen sah, der weiß, daß die Sowjetmenschen allen Grund haben, Kriege zu fürchten, denn sie könnten dadurch von neuem den Ertrag vieljähriger, harter Arbeit verlieren. Nur der Frieden vermag ihnen nach heroischen Anstrengungen und unvorstellbaren Entbehrungen das verdiente leichtere Leben zu gewähren. Die materiellen Errungenschaften, eine mächtige sozialistische Industrie und eine genossenschaftlich betriebene Landwirtschaft, die zum Zwecke der Arbeitsersparnis mit den modernsten Maschinen ausgerüstet ist, sind nicht einmal die höchsten Werte, die ein neuer Krieg bedrohen würde. Wir sollten endlich zur Kenntnis nehmen, daß in der Sowjetunion nicht nur die arbeitenden Menschen zum ersten Male in ihrer Geschichte an der Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens aktiven Anteil haben, daß die Frau wirklich in jeder Beziehung dem Manne gleichgestellt wurde, sondern daß auch in diesem Vielvölkerstaat es gelang, die nationale Frage befriedigend zu lösen, Lebensstandard und Gesundheit des Volkes zu heben und diese bildungshungrigen Menschen durch eine alle erfassende Einheitsschule dem Analphabetentum zu entreißen und dadurch für eine höhere Kulturstufe reif zu machen. Ich werde nie die Kindermädchen in Kiew vergessen, die an schönen Sommertagen auf den Bänken in den Anlagen der Boulevards und Dnjeprgärten saßen, den Kinderwagen mit der einen Hand hin- und herbewegend und mit der andern ein Buch haltend, aus dem sie lernten. Wenn man zuschaute, welcher Art es war, erblickte man ein Lehrbuch der Mathematik, Geschichte, Astronomie, der deutschen Sprache oder einen Band Puschkin-Gedichte oder Shakespeare-Dramen. In den Klubs der Arbeiter, Bauern und Soldaten, in den «Ruhehäusern», Kinderheimen und Schulen, in den Sommerlagern der Jugendverbände und der Armee immer wieder das

gleiche Bild: einfache Menschen, die nach erzwungenem, jahrhundertelangem Schlaf zum geistigen Leben erwacht sind und nun mit schier überwältigender Begierde das Kulturgut aller Völker sich anzueignen bestrebt sind, von den deutschsprachigen Schriftstellern zum Beispiel nicht nur Marx und Heine, sondern ebenso auch Humboldt und Goethe, Pestalozzi und Gottfried Keller. Die Regierung unterstützte das Bildungsbedürfnis der Sowjetvölker, indem sie die klassischen Werke der Weltliteratur in Millionenauflagen verbreiten ließ und das Beste der eigenen nationalen Kulturen weiterpflegte, dem Worte ihres großen Landsmannes Bjelinskij getreu: «Seine Heimat lieben, heißt, die Ideale der Menschheit in seinem Lande verwirklicht sehen zu wollen und mit allen Mitteln dafür zu arbeiten und zu kämpfen.» Darum hat neben der modernen Kunst der Spitzentanz des klassischen Balletts in Rußland noch ebenso seine Stätte wie der Glanz der Großen Oper, Shakespeares «Sommernachtstraum», Schillers «Wilhelm Tell» und Beethovens Symphonien. Ich habe von Philharmonischen Orchestern Berlioz' Phanstastische Symphonie in Kiew, die «Eroica» in Moskau, Mozarts «Kleine Nachtmusik» im abendlichen Stadtpark von Jalta gehört, die Tannhäuser-Ouvertüre von einer Tatarenkapelle in Bachtschissaraj, Straußsche Walzer überall in den öffentlichen Speisehäusern und Gärten, und immer inmitten einer andächtigen und begeisterten Zuhörerschaft, wie sie kein Musiker sich dankbarer wünschen kann. Die gleiche leidenschaftliche Anteilnahme brachten die Sowjetvölker der ausländischen Wissenschaft, Technik und Volksbildung entgegen. Sie waren sich also klar darüber, daß sie viel vom Ausland lernen mußten und daß dieser Prozeß, recht verstanden, nie abgeschlossen sein wird. Wir können trotzdem gewiß der Meinung sein, daß auf manchen Gebieten «die Russen» in zu großer Selbstgenügsamkeit sich heute den Erfahrungen ihrer Umwelt zu wenig erschließen, daß sie sich durch den Hitlerkrieg zu nationalistischen Übertreibungen hinreißen ließen, aber das Recht, ihnen zu raten, erwerben wir erst, wenn wir begriffen haben, daß nach jahrzehntelanger Überheblichkeit und Verhetzung das Lernen vom andern jetzt zunächst einmal auf *unserer* Seite sein muß, denn Völkerversöhnung ist keine «Einbahnstraße», und die UdSSR hat inzwischen Dinge geschaffen, die wegen ihrer zukunftweisenden Bedeutung ernstester Aufmerksamkeit und unvoreingenommener Prüfung durch alle Nationen wert sind. Wissenschaftlich und gesellschaftlich hat sie das «Abendland» in vielem überholt und damit schon einige Gründe für ihr jüngst gewonnenes Selbstbewußtsein aufzuweisen.

Als Lehrer und Erzieher hat mich am meisten ergriffen, daß während der großen Not in der ersten Zeit des Aufbaus nach dem verheerenden Bürgerkriege die Sorge der Sowjetregierung zuerst den *Kindern und Jugendlichen* galt und daß sie alle Völker des Riesenterritoriums zu einem edlen Wetteifer begeisterte, der trotz Hunger und Mangel an allen Enden Tausende neuer Schulen und Kinderheime entstehen und

die Jugend das materielle Elend dieser Jahre viel weniger empfinden ließ als zwangsläufig die ältere Generation. Ich habe einige Tage in dem Musterlager der Jungen Pioniere in Artek an der herrlichen Krimriviera zugebracht, mit den Kindern gespielt, gebadet, gelernt und auch gut gegessen. Aber Artek war kein vereinzeltes «Potemkinsches Dorf». Während monatelangen Aufenthaltes in der Sowjetunion sah ich viele Dutzende Sommerlager von Schülern und Jungpionieren in Stadt und Land, «Kinderstädtchen» in Kiew und Odessa, die Biologische Versuchsstation der Jungen Naturforscher in Moskau-Sokolniki, das Maxim-Gorkij-Heim Makarenkos für obdachlose Jugendliche bei Charkow, Kindersanatorien und Waisenhäuser, neue und alte Schulen aller Stufen für Ukrainer, Russen, Tataren, Deutsche, Juden, Polen, Georgier und andere. Nicht alle waren so großartig eingerichtet wie der wundervolle Neubau der zehnstufigen 68. Arbeitsschule im Leningrader Narwarayon mit ihrer eigenen Sternwarte und dem herrlichen Museum oder das Heim für lungenkranke Kinder bei Kiew oder manche Studentenhäuser und wissenschaftliche Institute der großen Kulturzentren, aber noch im kleinen Steppendorf an der rumänischen Grenze oder bei den Krimtataren fand ich *Pestalozzis Geist* unter den «Bildungsarbeitern» lebendig, waren der bescheidene Kindergarten, das primitive Schulinternat oder Kinderheim der sauberste und traulichste Fleck der Gemeinde, die Kinder fröhlich und von offener Zutraulichkeit, so daß ich nach diesen Erfahrungen nicht den geringsten Zweifel hege, daß die Sowjetregierung wirklich für Erziehungszwecke den größten Haushaltsanteil von allen Staaten der Erde ausgibt (nach «Geist und Tat» 1947, Nr. 6, vom gesamten Volkseinkommen 7 Prozent, England 3 Prozet, USA 1,5 Prozent). Man bemüht sich in der UdSSR ernsthaft und erfolgreich, keine menschliche Begabung unausgenützt verkümmern zu lassen. Daß diese Kulturpolitik in den über 30 Jahren des Bestehens des Sowjetsystems im Wesentlichen unverändert geblieben ist, beweist unter anderem auch die Stellung seiner Militärverwaltung in Deutschland zum Kulturleben und Schulwesen der DDR. Der Bildungsdualismus für reich und arm wurde gründlich beseitigt, Kunst und Wissenschaft wurden großzügig gefördert, durch Schaffung einer demokratischen, einheitlichen deutschen Schule eine wirkliche Umerziehung des Volkes im humanistischen Sinne eingeleitet[2]. Die bekannte große Kinderliebe aller Ostvölker war den fortschrittlichsten deutschen Pädagogen bei ihrem Reformwerk eine wertvolle Hilfe. Von der Besatzungsarmee belegte Räume wurden sofort freigegeben, wenn sie für Schul- oder andere Bildungszwecke gebraucht wurden. Im Kinderdorf Wilhelmstal bei Eisenach in Thüringen erlebte ich vor einigen Jahren, wie zu einer Besichtigung eingetroffene sowjetische Offiziere mit den Kleinsten Kreisspiele machten und dann die etwa 100 Kinder in zwei Fuhren mit

[2] Vergleiche «Rote Revue» 1949, Nr. 1.

ihren fünf Personenautos einige Stunden lang über Mittag durchs Gebirge reisen ließen. Es ist schwer zu sagen, wer sich mehr gefreut hat – die «feindlichen» Soldaten oder die laut über die Bergwälder jubelnden Kinder. Vor einigen Tagen sah ich in Berlin-Lichtenberg im sowjetischen Sektor das «Haus der Kinder»[3]. Eingerichtet wurde es auf Empfehlung der Militärregierung, finanziert wird es aus dem Haushalt der Deutschen Demokratischen Republik und aus den Überschüssen der «Freien Läden». Dieses den «Pionierpalästen» der Sowjetunion nachgebildete «Haus der Kinder» steht *allen* Sechs- bis Fünfzehnjährigen täglich von 9 bis 20 Uhr offen. In seinen fünf Stockwerken befinden sich Theater-, Kino- und Sportsäle, Musikräume für Chor-, Mandoline-, Violin-, Blockflöte-, Akkordeon- und Orchesterzirkel, Schach- und Lesezimmer mit niedrigen Klubsesseln, eine ständig vergrößerte Bibliothek mit gegenwärtig 18 000 Bänden Kinderliteratur aus aller Welt, Zeichen, Gymnastik- und Vortragssäle, Werkstätten für Radiobastler, Photographen, Tischler, Schlosser, Kunstgewerbler, Puppenspieler und Keramiker, Biologieräume mit lebenden Tieren und Präparaten, Pflanzen und herrlichen Aquarien und Terrarien. In den Ausstellungsfluren und -zimmern wurden gerade sowjetische Kinderzeichnungen und polnische Graphik gezeigt. Die Teilnahme an sämtlichen «Zirkeln» und Veranstaltungen, die Benutzung der Musikinstrumente, Photoapparate, Werkzeuge und Arbeitsmaterialien ist kostenlos. Die Zirkel werden von Pädagogen, Künstlern, Handwerkern und psychologisch geschulten Jugendleitern, zum Teil hauptamtlich, geführt. Das ganze Gebäude des ehemaligen Gymnasiums wurde völlig neu gestaltet und strahlt von Sauberkeit und gutem Geschmack, die sich bereits auf die jungen Besucher aus den Trümmern Berlins auszuwirken beginnen. Neben dem gepflegten Sportplatz des Hauses ist ein Theater für 600 bis 700 Kinder im Bau[4]. Es wird im nächsten Frühjahr fertiggestellt sein und über eine moderne Drehbühne, einen Balletraum und eine Turnhalle mit Nebenräumen für Kleiderablage und Duschen verfügen. 16 ähnliche Kinderpaläste werden in der Deutschen Demokratischen Republik im nächsten Jahre neu errichtet werden! Vier stehen schon kurz vor ihrer Vollendung[4]. Auf den Elternabenden des Berliner Hauses sprachen bisher regelmäßig neben deutschen Erziehern auch die sowjetischen Berater über gesellschaftliche, pädagogische und psychologische Probleme. Aus ihrer ganzen Anteilnahme am Leben der Kinder merkt man, wie sehr ihnen das Gedeihen des «Hauses der Kinder» eine echte Herzensangelegenheit ist und Erinnerungen an ihre Heimat wachruft, in der man auch gut zu den jungen Menschen ist, für die man Opfer bringt, damit sie in einer besseren Welt uneigennütziger und glücklicher leben können. Vielleicht begreift man nun ein wenig, warum die Sowjetmenschen ihre eigene Lebensform nicht durch eine deutsche oder amerikanische

[3] Jetzt Zentralhaus der «Jungen Pioniere».
[4] Inzwischen vollendet und in Benutzung.

oder welche immer ersetzt haben wollen, daß sie sich nicht nach *unserer* Freiheit und Demokratie westlicher Prägung sehnen. Wendell Wilkie teilt in «One World» (1943) folgende Antwort eines russischen Betriebsleiters auf die Frage, ob er anderen Anschauungen als den offiziellen Ausdruck geben könnte, mit: «Mr. Wilkie, Sie verstehen mich nicht. Ich habe mehr Freiheit, als mein Vater und mein Großvater je gehabt haben. Sie waren Bauern. Man erlaubte ihnen nicht, lesen und schreiben zu lernen. Sie waren Sklaven des Bodens. Wenn sie erkrankten, gab es keinen Arzt und kein Spital für sie. Ich bin der erste Mensch in der langen Reihe meiner Vorfahren, der die Möglichkeit hatte, sich zu bilden, es weiterzubringen, hinaufzukommen. Und das ist für mich Freiheit. Ihnen mag es nicht als Freiheit erscheinen, aber Sie müssen bedenken, daß wir uns im Entwicklungsstadium unseres Systems befinden. Eines Tages werden wir auch politische Freiheit besitzen.» Dem Sinne nach haben mir Hunderte von Bauern und Arbeitern, Erziehern und Intellektuellen auf ähnliche Fragen das gleiche geantwortet, obwohl es vor zwanzig Jahren unter Bauern und Akademikern noch viele Gegner des Regimes gab. Die Außenwelt aber hat das Selbstbestimmungsrecht der Sowjetvölker von allem Anfang nicht geachtet und versucht, mit Invasionsheeren, wirtschaftlichem und geistigem Boykott, durch Diffamierung und Sabotage die Revolution zu ersticken. Ist es wirklich so unverständlich, daß Völker und Regierung der Sowjetunion nach dem Hitlerüberfall dieser Außenwelt gegenüber wieder mißtrauischer geworden sind? Auch Trumans furchtbares Wort vom 24. Juni 1941 (in dem Artikel der «New York Times»: «Sollten wir sehen, daß die Deutschen siegen, müssen wir den Russen helfen. Sollten wir sehen, daß die Russen siegen, müssen wir den Deutschen helfen, so daß sich möglichst viele von ihnen gegenseitig umbringen», kann in Anbetracht der Stellung des Autors so leicht nicht vergessen werden, und es wird sehr viel guten Willens von allen Seiten bedürfen, endlich eine Atmosphäre des Vertrauens zu erzeugen. Wir sollten ein jeder in seinem Kreise dazu beitragen.

Glücklicherweise gibt es auch *ein anderes Amerika*, als das der Generale und Kapitalmagnaten, der Rassenfanatiker und faschistischen Verfolger sogenannter «Unamerican activities», der Lynchjustiz und der Atombombe. Die «Neuen Wege» haben in mehreren Heften erfreuliche Zeugnisse dafür beigebracht. Ein schönes Beispiel, daß in den USA das Streben nach einer vertieften menschlichen Bildung nicht nur auf Hochschuldiskussionen beschränkt bleibt, sondern breitere Volksschichten sich von der Spezialisierung und geistigen Verflachung zu einer neuen Gemeinschaftskultur hinwenden, scheint mir der starke Besuch von ernsten Konzertveranstaltungen und die Sehnsucht nach großer Kunst überhaupt zu sein. Als 1948 über 200 der von den Besatzungstruppen in Deutschland sichergestellten Gemälde großer Meister (darunter Werke von Rembrandt, Rubens, Tizian, Raffael und deutschen

Malern) in der Nationalgalerie in Washington in einer Sonderausstellung gezeigt wurden, schwoll der Strom begeisterter Besucher von Tag zu Tag an. Darunter waren Hunderte von Schulklassen mit ihren Lehrern, nicht nur aus der näheren Umgebung, sondern auch Studenten aus Missouri und Negerkinder aus Alabama, die tage- und nächtelang unterwegs gewesen waren, um die Bilder sehen zu können. Vom 17. März bis 25. April standen fast eine Million amerikanischer Menschen vor den Kunstwerken aus der Alten Welt. Die Museumswächter wurden bis zur Erschöpfung in Anspruch genommen, aber glücklich über den noch nie erlebten «Rekord» und die disziplinierte Menge äußerten sie immer wieder: «Was für gebildete Leute das sind!» oder: «Wo kommen all die netten Menschen nur her?!» Entzücken und selbst Andacht spiegelten sich oft auf deren Gesichtern. Offenbar kamen die allermeisten aus einem edleren Grunde als dem eitler Neugier. Nach Abschluß der Ausstellung in der Bundeshauptstadt wurde ein Teil der Gemälde an anderen Orten der Union mit ähnlichem Erfolg gezeigt. Zeitschriften mit Riesenauflagen (zum Beipiel das Dezemberheft 1948 des «National Geographic Magazine», dem ich den Bericht entnehme) verbreiteten in wertvollen farbigen Wiedergaben einen Abglanz der Kunstwerke bis in den letzten Winkel des Landes. Nach einem Jahre wurden die Gemälde nach sorgfältigster Behandlung an Deutschland zurückgegeben. Für die in den USA gelösten Eintrittsgelder wurden Kleidung, Schuhe und Bettwäsche gekauft und zur Verteilung an bedürftige Deutsche nach München, Stuttgart, Wiesbaden und Berlin geschickt. In den großen Ferienzentren Nordamerikas erfreuen sich die Liebhaberkurse für Malerei und Plastik der größten Beliebtheit. Die smarte Oberfläche seiner Ostküstenzivilisation täuscht oberflächliche Beobachter; *wir* sollten uns vor verfrühten Verallgemeinerungen hüten und die Dinge sehen, wie sie sind: «Amerika ist das Land, wo 500 Atombomben aufgehäuft sind. Die Staatsmänner und Generale verfügen über sie. Aber das ist auch das Land, aus dem Millionen von Nahrungsmittelsendungen in die Welt gehen, die Hälfte von ihnen nach Deutschland und Japan. Wenn ein Mann in demselben Amerika die Idee hat, einen Freundschaftszug auszurüsten, was ist das Ergebnis? Statt der in Aussicht genommenen 50 Eisenbahnwagen kommen 270 in New York an. Das amerikanische Volk hat immer mehr gegeben, als verlangt wurde. So groß mein Mißtrauen in die Hersteller der Atombomben ist, so groß ist mein Vertrauen in die Güte des amerikanischen Volkes.» (Heinz Kraschutzki in einem Vortrag in England, abgedruckt im «Friedensboten» 1949, Nr. 1, Zeitschrift des deutschen Zweiges der «Internationale der Kriegsdienstgegner».) Mögen die Care-Pakete für die Fabrikanten ein profitables Geschäft gewesen sein, die kleinen Leute, die dafür in Amerika ihre sauer verdienten Dollars zahlten, brachten damit ein wirkliches Opfer aus menschlicher Solidarität mit ihren Brüdern in Europa. Über 33 Millionen solcher Geschenkpakete haben ihren Weg aus den Vereinigten

Staaten allein nach Deutschland gefunden. Welcher Reichtum brüderlichen Fühlens offenbart sich in dieser Zahl! Die Völker der Erde sind unverhetzt wirklich einander viel näher, als man uns «Utopisten» gemeinhin zugeben will. Insbesondere hat Henry Wallace recht, wenn er sagt: «Es gibt keine zwei Länder, die so ähnlich sind wie die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika ... diese als Exponent einer Demokratie der freien Unternehmung, jene als Vertreter einer gelenkten Demokratie ... Unvermeidlich werden die beiden Länder einander beeinflussen ... Das bedeutet nicht, daß die Vereinigten Staaten den Kommunismus akzeptieren, noch daß die Sowjetunion zur Demokratie des freien Unternehmertums übergeht. Es bedeutet jedoch, daß ... der Wunsch des einfachen Mannes nach Arbeit und Maximalproduktion ohne Einbuße an Freiheit eine allgemeine und tiefe Einwirkung auf beide Staatswesen ausüben wird und durch sie auf die ganze Welt. ... *Feinde des Friedens sind aber jene, die es mit Vorbedacht darauf anlegen, zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland Unfrieden zu stiften* ... Aber damit dürfen sie keinen Erfolg haben, diese Leute! Wir müssen ihr Gift unschädlich machen, indem wir gemäß der Rooseveltschen Politik die Freundschaft mit Rußland im Frieden ebenso pflegen, wie wir es im Kriege getan haben. Das ist die Aufgabe Präsident Trumans. Ich glaube, es ist auch der Wunsch einer gewaltigen Majorität des amerikanischen Volkes. Ich bin sicher, daß auch die Tätigkeit der heutigen Leiter der Sowjetunion auf dieses Ziel gerichtet ist.» Wir sind überzeugt, daß die ungeheure Majorität *aller* Menschen den Frieden will und den Krieg mit seinen immer entsetzlicheren Auswirkungen aus tiefstem Herzen haßt. Aber sie fühlt sich oft noch den Kriegsherren dieser Welt gegenüber ohnmächtig und resigniert. Machen wir ihr ihre Bedeutung und ihre Mission bewußt! Zwischen den erwachenden Millionenmassen des asiatischen Ostens und den Vereinigten Staaten von Nordamerika im Westen könnte das Vereinigte Europa der Weltzivilisation seinen letzten und größten Dienst erweisen durch Herausbildung einer Synthese zwischen östlicher und westlicher Lebensführung, zwischen extremem Kollektivismus und äußerstem Invididualismus. Ein Europa ohne die Sowjetunion allerdings wäre dafür zu schwach, und es würde auch gerade denjenigen seiner integrierenden Bestandteile abstoßen, mit dem zusammen es die größte je bestehende Friedensmacht, ja die Garantie eines dauernden Weltfriedens sein könnte. Eine nur *West*europa umfassende Union dagegen muß früher oder später in amerikanische Abgängigkeit geraten und damit den Zusammenprall zwischen West und Ost begünstigen, statt ihn verhüten zu helfen. Friede mit *allen* Völkern heißt das Ziel. Wer Blockbildungen fördert, arbeitet in Wirklichkeit für den nächsten Krieg. Der Friede kann in diesem Stadium der Entwicklung nicht mehr geteilt werden. Coudenhove-Calergis und Churchills Europabestrebungen sind nicht die unseren, sie dienen der Aufrechterhaltung einer ungerechten Gesell-

schaftsordnung und tragen damit den Keim neuer bewaffneter Auseinandersetzungen in sich. Wecken wir also die Sehnsucht nach und den Willen zu einem Frieden der Völker in Ost und West in den Herzen der Menschen, und zeigen wir ihnen, daß in allen Zonen die Zahl der Kriegsinteressenten nur klein ist und machtlos gegenüber einem entschlossenen Nein der Massen! Schaffen wir besonders auch bei der jungen Generation die Atmosphäre des guten Willens und des Vertrauens, die den Staatsmännern so oft fehlt! Thomas Mann sagte vor einiger Zeit einmal: «Ich habe vielleicht nicht genug Sinn für die von Rußland ausgehende Bedrohung der kapitalistisch-bürgerlichen Lebensordnung, denn ich bin kein Kapitalist. Soviel aber sehe ich, daß von Rußland keine Bedrohung dessen ausgeht, worauf es ankommt, nämlich des Friedens.» So *laßt uns unbeirrt von Verleumdungen und Spott für den ganzen, unteilbaren Frieden kämpfen,* der Amerikaner, Sowjetvölker, Inder, Chinesen, West und Ost mit gleicher Sympathie umfaßt! Nur so können wir dazu beitragen, daß das Zeitalter der Atomenergie statt in das Chaos in eine reichere und glückliche Zukunft, *in die sittlich geordnete Gesellschaft der Vereinten Nationen* führt. *Karl Krot.*

Urteil über Kommunismus und Militarismus*

Es ist notwendig, am Anfang dieses Paragraphen eine deutliche Definition dessen zu geben, was wir unter Militarismus verstehen.

Der Mittelpunkt des Militarismus ist die Überzeugung, daß die Anwendung von Militärgewalt, also auch Kriegführen, notwendig sein kann und damit erlaubt ist.

Diese Überzeugung kann einem nationalistisch-imperialistischen Streben entsprießen; man findet sie aber auch – als Gegenpol – bei denen, die glauben, durch einen Krieg ein schlimmeres Übel zu vernichten in der Hoffnung, daß damit bleibend Gutes erzielt werden kann.

Die Folgen dieser Überzeugung bedeuten für jeden, der sie teilt – das gilt also sowohl für die eine wie für die andere Gruppe – daß er die Verantwortung für alles, was in Kriegs- und «Friedens»zeiten geschieht, mittragen will, das heißt daß, wenn es nötig ist, ein System von ungebändigter und ungehinderter Gewalt in Tätigkeit gesetzt wird, während die totalitäre Wirkung des Systems, auch in Friedenszeit, das menschliche Leben und die Gemeinschaft immer mehr durchtränkt.

Bewußt vermeiden wir hier das Wort «Militarist», weil es in seiner Bedeutung viel beschränkter ist als das Wort «Militarismus». Ein Militarist ist schließlich jemand, der im Kriegführen immer noch etwas von dem frisch-fröhlichen Kriege sieht, wie der deutsche Kronprinz es im

* Aus dem Buch des Autors «Christentum und Kommunismus».

Jahre 1914 ausdrückte. Sicherlich haben diejenigen, die den Krieg als ein Ultimum remedium, eine äußerste Notwendigkeit sehen, diese Mentalität nicht.

Wenn man aber in einem Wörterbuch aus dem Jahre 1937 die Definition des Wortes «Militarismus» nachschlägt, so findet man dort: «das-in-den-Vordergrund-Stellen der militärischen Ziele und das Unterordnen von allem an die Interessen des Heeres; das Herrschen der Soldatenkaste». Ein solcher Zustand, der im Jahre 1937 noch als anomal angesehen wurde, wird heute selbst von den zahmsten Anhängern des Militarismus als notwendig betrachtet. So will es der Fatalismus der Tatsächlichkeiten.

Je weiter wir in unserer Konfrontation mit dem Kommunismus komme, desto mehr gelangen wir zu der Entdeckung, daß die Kirche, wenn sie nicht gegenüber dem heutigen totalitären Militarismus eine sachlich-christliche Botschaft verkündigt, auch nicht imstande ist, eine ehrliche, sachlich-christliche Botschaft über den Kommunismus zu verkünden. Jedes Argument wird sich wie ein Bumerang gegen sie selbst kehren.

Im Kriege zwischen den Völkern läßt die Kirche zu, was sie in Sowjetrußland scharf verurteilen zu müssen glaubt.

Wir hören zwar von christlicher Seite Proteste gegen die vielen Opfer, die die russische Revolution gekostet hat (Liquidierung der Kulaken, Liquidierung poltischer Gegner usw.), dagegen wurden keine Proteste, und ich meine darunter keine Proteste *in Wort und Tat*, über die 10 Millionen Toten des Ersten Weltkrieges und die 32 Millionen des Zweiten Weltkrieges hörbar.

Es wird zwar oft nach der Lektüre von Büchern wie dem von Kravchenko «Ich wählte die Freiheit» gesagt: «Das darf niemals hier geschehen. Dagegen müssen wir uns wehren. Niemals werden wir daran teilnehmen!» ..., aber denselben Abscheu und dieselbe entschiedene Ablehnung kann man nach der Lektüre eines Buches wie dem von Theodor Plivier, «Stalingrad», nicht vernehmen, und in diesem Buche wird doch die Vernichtung von ungezählten Soldaten im Kriege beschrieben.

Sehr oft wird der Kommunismus abgelehnt, weil er prinzipiell an dem Wahrspruch festhält: «Das Ziel heiligt die Mittel.» Aber handelt nicht jeder Staat, der bereit ist, sich mit Atombomben und bakteriologischen Mitteln zu verteidigen, ebenfalls gemäß diesem Prinzip? Bedeutet der am 31. Januar 1950 genommene Beschluß der Vereinigten Staaten, die H-Bombe herzustellen, nicht erneut eine Bestätigung dieser Wahrheit?

Wenn es wesentlich darauf ankommt, dann verlassen wir alle Grundlagen des Rechtsstaates und handeln gemäß der Regel: Was nötig ist, ist erlaubt. Im besten Falle ist das bei uns eine moralische Streitfrage; gemäß ihrer Ideologie ist das bei den Russen nicht der Fall.

Natürlich ist kein Land mit dem Herzen dabei, wenn es so große Opfer für die Verteidigung auf sich nimmt. Das gilt sowohl für die Ver-

einigten Staaten als auch für die Sowjetunion. Beide betrachten die Bewaffnung und einen möglichen dritten Weltkrieg als einen sehr hohen Preis, den der Widersacher ihnen auferlegt, aber den sie – wenn es nötig ist, auch bezahlen werden, weil sie glauben, auf diese Weise den ihrer Meinung nach wertvollsten Besitz verteidigen zu können. Dabei wird kein Mittel von der Hand gewiesen, weder von Amerika und seinen Trabanten, noch von Rußland und den seinen.

Daraus folgt, daß eine Kirche, die den Militarismus schweigend gutheißt oder mit der Tat unterstützt, das innere R e ch t verloren hat, gegen den Kommunismus zu predigen. Ich möchte hierzu noch auf einige Punkte näher eingehen:

1. «Sie vergessen», so könnte man sagen, «daß der Kommunismus den Menschen einer bestimmten antichristlichen Ideologie in die Arme treibt, oder wenigstens daran hindert, sich dieser Ideologie zu erwehren – beim Militarismus ist das nicht der Fall.»

Bei einer solchen Bemerkung verliert man aus dem Auge, daß auch der Militarismus auf einer antichristlichen Ideologie fußt. Wer in dieses System eingeschaltet ist, kann und darf sich nicht dagegen auflehnen.

Es wird zwar versucht, diese antichristliche Ideologie mit der christlichen Verkündigung in Einklang zu bringen, und den meisten Christen scheint das auch annehmbar zu sein, aber wir können hierin nur einen sehr verhängnisvollen Irrtum erblicken und in gewissen Fällen auch einen sehr geschickten Betrug.

Der ideologische Hintergrund des Militarismus ist das Vertrauen auf die totalitäre Gewalt als Mittel, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen. Da wir unmöglich in diesem Mittel – man sehe es konkret, zum Beispiel nach Pliviers «Stalingrad», oder in Erinnerung an irgendwelche Erlebnisse, die man im Kriege gehabt hat; Abstraktheit ist hier von Übel – nochmals: weil wir unmöglich in diesem Mittel auch nur einen bescheidenen Zusammenhang mit dem Gottesreich und dem von Christus geforderten Gehorsam erkennen können, darum ist dieses Vertrauen auf die totalitäre Gewalt eine Äußerung weltlicher Gleichschaltung (Römer 12, 2) und darum ist die Ideologie des Militarismus antichristlich.

Diese Ideologie gestattet zwar, Gottes Namen zu nennen – wenn sich dieser Gott den Forderungen, die Mars erhebt, unterordnet. Man behauptet ja, daß Mars diese Forderungen stellt, damit man später den Gott des Evangeliums wieder in Freiheit anrufen kann! Die antichristliche Ideologie, die den Militarismus trägt, zeigt sich im *Vertrauen auf einen Abgott*. Diese Abgötterei – die die Propheten «Hurerei» nannten – muß von der christlichen Kirche verworfen und bekämpft werden.

Die Stellung, die die Kirche innerhalb des Militarismus in Kriegszeiten (und auch oft schon in Zeiten der Kriegsvorbereitung) einnimmt, ist dieselbe, wie die der Kirche in Sowjetrußland: sie läßt sich ausnützen.

Auch in Sowjetrußland darf die Kirche den Namen Gottes anrufen und Christi Namen preisen ... wenn sie sich nur nicht gegen die herrschende Ideologie richtet. Daß das die Kirchen im Westen noch nicht erfahren, ja nicht einmal entdeckt haben, ist der Tatsache zu verdanken (und zuzuschreiben), daß sie sich widerstandslos in den Militarismus und seine Ideologie einschalten lassen. Wenn sie dies irgendwann, ruhig, aber entschieden, in Wort und Tat verweigern würden, dann wäre ein Konflikt zwischen Kirche und Staat nicht mehr zu vermeiden.

Daß dieser Konflikt noch nicht ausgebrochen ist, erklärt sich aus der Tatsache, daß die Kirchen die antichristliche Ideologie des Militarismus nicht entdecken können, nicht zu entdecken wagen oder nicht entdecken wollen.

2. «Der Kommunismus ist von totalitärer Struktur.» Ja, das stimmt. Aber wir müssen direkt darauf folgen lassen: der Militarismus ist das auch.

Der Militarismus fordert den ganzen Menschen, nach Körper und Seele. Die Ausbildung der Soldaten, die Übungen, die sie mitmachen müssen, die Filme, die sie zu sehen bekommen, die psychologische Beeinflussung, die ihren Geist so lange knetet, bis er «war-minded» (kriegsgesinnt) wird ... das alles leuchtet wohl jedem ein. Körperlich und seelisch fordert der Militarismus den ganzen Menschen.

Wenn Krieg geführt wird, zeigt sich der totale Charakter sehr deutlich in dem Grundsatz, der jeder Handlung als Richtschnur dient: jede Tat, die der Vernichtung des Feindes dient, ist erlaubt und muß ausgeführt werden.

Feldmarschall Montgomery hielt am 15. Juli 1949 im Haag eine Rede, worin er rundheraus auf den totalitären Charakter des modernen Krieges hinwies: «Heutzutage ist der Krieg total ... Er umfaßt alle Zweige des nationalen Lebens ... Die ganze Nation, jeder Mann, jede Frau und jedes Kind wird hineinverwickelt.»

Und in diesem Sinne sind noch manche Beispiele zu nennen.

Aus all dem aber ist erwiesen, daß der Militarismus totalitär ist.

Darum kann sich eine Kirche, die den totalitären Charakter des Militarismus gutheißt, wenn sie ehrlich sein will, nicht gegen den Kommunismus wenden, *weil* er totalitär ist. Eine solche Kirche hat das moralische und geistige Recht hierzu verspielt.

3. «Die Kirche hat in Sowjetrußland nur eine sehr beschränkte Freiheit.»

Es ist nicht zu leugnen, daß die Kirche in Sowjetrußland nur eine beschränkte Freiheit genießt.

Aber wir wollen nicht vergessen, daß die beschränkte Freiheit der Kirche auch hinsichtlich des Militarismus gilt, und zwar sicherlich wenn konkrete Kriegshandlungen auszuführen sind. Man wird zwar in den westlich-demokratischen Ländern solange als möglich damit warten, in

die Freiheit der Evangeliumsverkündigung einzugreifen, um so mehr, als es sich immer nur um wenige handelt, deren Predigten dazu Veranlassung gäben, aber eingreifen muß man.

Der totalitäre Militarismus steht mit dem totalen Christentum in sehr gespannter Beziehung.

In der Sowjetunion ist die Kirche gleichgeschaltet. Gemäß ihrer nichtprophetischen Struktur hat sie sich das auch ruhig gefallen lassen.

Unsere westlichen Kirchen haben sich hinsichtlich des Militarismus gleichschalten lassen. Und das bedeutet für unsere Kirchen eine größere Schuld als für die Russische Kirche, weil unsere Kirchen dem prophetischen Element, wenigstens in der theologischen Theorie, einen Platz eingeräumt haben.

Ich will hier drei Beispiele für diese Gleichschaltung anführen:

Nach der obenerwähnten Rede von Montgomery schrieb einer der holländischen Militärprediger, Ds. A. T. W. de Kluis: «Da stand ein Führer ... ein Großer unter den Großen ... Man ist gerührt, einen so berühmten Mann, der mit Lorbeeren bedeckt ist, so einfach über die Grundsätze der westlichen Kultur sprechen zu hören, wobei er seiner Meinung Ausdruck gab, daß das Christentum der Eckpfeiler dieser Kultur sei.»

Was eine solche Schreiberei noch mit dem Evangelium zu tun hat, ist mir ein Rätsel.

Was die Kirche hier schrieb, war schlimmer, als was Montgomery sagte. «Die Kirche» ... Ist das nicht zu scharf ausgedrückt? Ich fürchte nicht. Die Masse des Kirchenvolkes in Holland und anderswo stimmt im wesentlichen mit der Ansicht von Ds. de Kluis überein.

Die lebendige, nicht gleichgeschaltete Kirche hätte hier auf Jesaja 2, Vers 12–17 hinweisen müssen.

Zweites Beispiel:

In einem Radiovortrag für die holländischen Soldaten wurde im Frühling 1948 von einem Theologieprofessor, Dr. A. A. van Ruler, gesagt: «Die Zucht des Heeres und die Übungen des Körpers und Geistes, die Notwendigkeit, mit vielen anderen an einem Zwecke, jeder auf seinem Platze, zu arbeiten – das alles und noch viel mehr – sind Möglichkeiten, die wir ergreifen müssen, wenn wir Mensch im vollen und wahren Sinne des Wortes werden wollen. Diese Menschwerdung ist doch wohl das Eigentliche des Lebens ... Die Bibel lehrt uns überdeutlich, daß es Gottes Wille und Absicht ist, daß die Erde bewohnbar ist und wir dort Mensch sein können. Dieser Absicht und diesem Willen ist das Heer dienstbar.»

Man hat den Eindruck, einen deutschen Feldprediger aus der Nazizeit zu hören.

Gleichschaltung! Trotz allem Geschwätz über die Theokratie.

Ein drittes Beispiel:

Ein anderer holländischer Professor, Dr. L. Cornelissen O. P., hat in einem Zeitungsartikel behauptet, daß gemäß katholischer Auffassung «die Atombombe eine erlaubte Waffe ist». Aber mit einer sonderbar abstrakten Wendung wird hinzugefügt, daß «es immer unmoralisch ist, offene Städte zu bombardieren!»

Ich schreibe keine Unwahrheit, wenn ich sage: die Kirchen in ihrer Gesamtheit, mit wenigen Ausnahmen, heißen den Militarismus gut. Dabei gebrauchen sie allerlei sonderbare Beweisgründe: zum Beispiel Militärdienst leisten ist Sünde, aber den Militärdienst verweigern, ist auch Sünde. Und so tastet man im Dunkeln.

Weil aber die Kirche auf diesem Punkte sowohl die Verkündigung des Evangeliums als ihren priesterlichen Auftrag vernachlässigt, braucht sie nicht über Beschränkung ihrer Freiheit zu klagen. Hätte die Kirche ihren Auftrag nicht verleugnet, dann hätte sie die Beschränkung ihrer Freiheit schon längst am eigenen Leibe erfahren.

So aber können die Diplomaten und Heeresführer ruhig sein. Niemand wird sie stören. Die offiziellen Kirchen sicherlich nicht.

Aber . . . Kirchen, *die ihr Recht selbst beschneiden*, wenn es sich um die prophetische Verkündigung handelt, dürften auch nicht allzu hart schreien, wenn ihnen zum Beispiel eine russische Besetzungsmacht irgendeine Beschränkung auferlegen würde.

Das ist das Tragische: Wir sind in diesen Jahren auf dem besten Wege, alles moralische und geistige Recht zu verspielen, das wir sonst bei einer möglichen russischen Besetzung gebrauchen könnten, um als Kirche gegen Unrecht und Gewalt zu protestieren.

4. Die westlichen Kirchen erklären sich zwar mit der uneingeschränkten Gewalt in einem Krieg für die Verteidigung von Freiheit und Demokratie (das heißt westliche Freiheit und Demokratie) einverstanden, aber sie würden sich mit uneingeschränkter Gewalt in einem Kriege für eine gerechtere Gemeinschaft, wodurch dieser Klassengesellschaft ein Ende bereitet würde, nicht einverstanden erklären – (wenn wir überhaupt von der Voraussetzung ausgehen wollen, daß sich eine solche Situation je ergeben könnte). Einen Krieg für eine «totale Demokratie» würden die Kirchen ebensowenig unterstützen, wie sie einen Krieg zugunsten der Loslösung von Indonesien von Holland unterstützt haben würden.

Die Kirche akzeptiert einen Krieg zur Verteidigung von «rechts» (also konservativ, auf ökonomischem, sozialem und politischem Gebiet), sie sanktioniert ihn praktisch und stimuliert ihn. Einen Krieg zur Verteidigung von «links» (also fortschrittlich, auf ökonomischem, sozialem und politischem Terrain) akzeptieren die Kirchen aber nicht, im Gegenteil: man zieht gegen ihn zu Felde!

Und weil sich die Kirchen auf diesen Standpunkt der Verteidigung des Krieges zugunsten von «rechts» stellen, entgeht ihnen völlig die faschistische Tendenz der heutigen Militarisierung.

Man kann gut verstehen, daß intelligente Kommunisten ohne weiteres merken, daß auch durch die Haltung der Kirchen zugunsten eines «Krieges für rechts» und gegen einen «Krieg für links» bewiesen wird, daß das Kirchenvolk an der Seite der Reaktion steht, den Konservativismus unterstützt und den Status quo verteidigt.

Ich bin davon überzeugt, daß sehr viele Christen mit den besten Gewissen «rechts» orientiert sind. Man will Ordnung, Recht und Freiheit verteidigen, und darum muß man sich vor der ideologischen und praktischen Untergrabung von Freiheit, Recht und Ordnung hüten und gegen sie kämpfen.

Die Tyrannei der «kapitalistischen Kultur» und der Gewaltsideologie hat die Kirchen und ihre Bekenner so sehr in der Macht, daß der Krieg immer auf einem konservativen «rechten» Hintergrund gutgeheißen wird.

Die Kirche ist schuldig, nicht nur weil sie die verbrecherischsten Kriegs*mittel*, sondern auch, weil sie die nur-rechts-gerichteten Kriegs*ziele* gutheißt.

Diese Situation, welche die Kirche nicht aufgeben kann, oder will, macht es ihr unmöglich, ein wirklich christliches Zeugnis hinsichtlich des Kommunismus abzulegen.

Man kann bemerken, daß Rußland in Friedenszeiten allerlei Maßnahmen trifft, zu welchen die westlichen Demokratien sich nur in Kriegszeiten entschließen.

Hinsichtlich der herrschenden internationalen Lage das Folgende:

Rußland sieht als Bedrohung, was der Westen als Verteidigung sieht. Und der Westen sieht als Bedrohung, was Rußland als Verteidigung sieht.

Der Westen behauptet, gegen ideologische und praktische Untergrabung der Freiheit und des Rechtes auf eigene Überzeugung zu kämpfen – in diesem Kriege kann es kein Mittel ungebraucht lassen.

Rußland behauptet, gegen die Untergrabung des Sozialismus zu kämpfen – in diesem Kriege kann es kein Mittel ungebraucht lassen.

Der Westen untergräbt durch diese Mittel die Freiheit. Und Rußland untergräbt durch diese Mittel die Möglichkeit, zu einem gerechtfertigten und gerechten Gemeinschaftsleben zu kommen.

Sowjetrußland aber befindet sich noch in einer besonderen Schwierigkeit: Von Anfang an fühlte es sich in einen Kriegszustand getrieben. Die Bedrohung aus dem Westen ist nicht nur eine kommunistische Legende, sondern sie ist eine politische, ideologische, ökonomische, strategische und militärische Wirklichkeit.

Amerika, wo man die russische Drohung empfindet, befindet sich in einer bestimmten konsolidierten Situation. In Sowjetrußland, das sich von Anfang an vom Westen her bedroht fühlte, konnte sich die Situation nicht konsolidieren. Auch hierdurch – die kommunistische Ideologie, die den Kampf gegen den Kapitalismus zum Dogma gemacht hat, spielt

hierbei auch eine Rolle – ist der permanente Kriegszustand für Rußland entstanden.

Im Kriege zwischen Völkern, in nationalistischen und imperialistischen Kriegen werden alle Mittel gebraucht, um zum Ziele zu kommen. Im Krieg zwischen Ideologien – und so sahen viele auch den Krieg gegen den Nationalsozialismus – liegt die Situation ebenso. Auch im Kriege, den Rußland gegen die kapitalistische Umzingelung und Bedrohung führt, werden alle Mittel gebraucht.

In der letzten Zeit macht man jedoch einen Unterschied zwischen Kaltem und Heißem Kriege. Der Kalte Krieg wird mit diplomatischen Mitteln geführt, zum Beispiel auch durch Erlangung wichtiger strategischer Punkte ohne militärische Gewalt, Waffenlieferungen usw. Der Heiße Krieg wird mit Waffengewalt geführt. Man könnte den Krieg, den Sowjetrußland nun schon seit 1947 führt, einen «Kalten» Krieg nennen.

Von Sowjetrußland muß man sagen, daß es sich in diesem Kalten Krieg einiger Mittel, wie der vorerwähnten des totalitären Regimes, der Konzentrationslager, Gleichschaltung usw. bedient, welche die westlichen Demokratien so gut wie nicht oder überhaupt nicht gebrauchen.

Bei der üblichen Entrüstung über den Gebrauch dieser Mittel wird aber, vor allem von denjenigen, welche an der russischen Umzingelung so zäh mitwirken, übersehen, daß man bei der russischen Handlungsweise von einem defensiven Kriegscharakter sprechen kann.

Erst wenn man diesen berücksichtigt, kann man verstehen, daß von Sowjetrußland aus eine Angriffspolitik gegen die nichtkommunistische Welt geführt werden muß. Dazu ist der Messianismus der kommunistischen Idee die Antriebsfeder und der Imperialismus ist die große Versuchung.

Die Kirche, die den Militarismus gutheißt, gibt sich – oft gegen ihren Sinn – mit dem Wahlspruch: das Ziel heiligt alle Mittel, zufrieden. Sie läßt sich das Joch einer anderen, antichristlichen Ideologie auflegen; sie heißt das totalitäre System gut; sie läßt die kirchliche Verkündigung so gut wie ohne Protest gleichschalten (die Freiheit der Verkündigung braucht ihr nicht erst noch durch die Obrigkeit entnommen zu werden!); sie beweist ihre Gebundenheit nach «rechts» und ihre Furcht vor «links».

Der Weltenrat der Kirchen, in den viele unevangelische Gebundenheiten, welche die offiziellen Kirchen kennen, nicht anerkannt werden – es ist oft erfreulich und erfrischend zu lesen, was von denjenigen, die eine leitende Funktion in diesem ökumenischen Werk haben, gesagt wird! – selbst dieser Weltkirchenrat zeigt auf traurige Weise, daß eine Kirche, die den Militarismus nicht abweist, in ihrem Urteil gegen den Kommunismus schwach ist.

In der Resolution, welche durch das Zentralkomitee des Weltkirchenrates in Chichester im Juli 1949 angenommen wurde, wird gegen «totalitäre Methoden, deren Doktrin falsch ist, weil sie behauptet, daß

Mittel, die für die Erreichung eines sozialen und politischen Zieles gebraucht werden, erlaubt sind» – protestiert.

Haben die Kirchen das Recht, das hinsichtlich der Lage im Osten zu tun, wenn sich dieselben Kirchen nicht gegen den modernen Militarismus, seine «totalitären Methoden» und seine «falsche Doktrin» wenden?

Noch viel ernster ist die Erklärung des Weltkirchenrates auf der Konferenz in Toronto am 8. bis 15. Juli 1950 über die Koreanische Frage. Darin werden die Vereinten Nationen gepriesen, weil «sie so schnell beschlossen haben, der Aggression die Stirne zu bieten». Man jubelt den «Polizeimaßnahmen zu, welche jedes Volk, das den Vereinten Nationen angehört, unterstützen müßte».

Es ist einfach verwirrend, eine solche Erklärung zu lesen. Und ein trauriger Beweis dafür, daß die Kirchen, die den Militarismus nicht abweisen, durch den Westblock aufgeschluckt werden.

Es ist nicht unmöglich, daß der Militarismus in der Prüfung, die das Christentum in dieser Zeit zu bestehen hat, den Hauptpunkt bildet.

Diesen Paragraphen beendige ich mit zwei Zitaten aus dem Buche «Stalingrad» von Plievier. Wir wissen dann wieder mit erneuter Unruhe, was der moderne Krieg, was jeder moderne Krieg bedeutet:

1. Zitat:

«Am 19. November 1942 hatte der stellvertretende Hauptquartiermeister der sechsten deutschen Armee 330 000 Mann in seinen Präsenzlisten stehen. Bis zum 10. Januar 1943, also innerhalb 51 Tagen, hatte er 140 000 Mann durchstreichen müssen – so viele waren in russischen Anfällen oder durch Hunger, Kälte oder Krankheit zugrunde gegangen.»

2. Zitat:

«Das alles geschah, während die russische Artillerie Tausende Tonnen glühendes Material in das umzingelte Gebiet schmiß und während auf der ganzen Front das Feuer züngelte. Menschen wurden zerschmettert, gebraten, geschmort, in Stücke gerissen, feingemahlen und vierzig Meter hoch in die Luft geschleudert, Häuserruinen stürzten ein, die Erde kochte.»

Eine Kirche, die nicht sagt:

«Im Namen von Jesus Christus dürfen und können wir einen Krieg unter keinen Umständen sanktionieren», hat das Recht verspielt, den Kommunismus seiner Greuel, seiner Schändung der menschlichen Würde wegen zu verurteilen.

Krijn Strijd

VERSAMMLUNGS- UND KONFERENZBERICHTE

Jahresversammlung der Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege»

21. Juni 1952

Nach Verlesung des Protokolls der außerordentlichen Jahresversammlung vom 30. Juni 1951, welches mit Dank genehmigt wurde, gab die Präsidentin einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr. Sie machte darauf aufmerksam, daß wegen Ausscheidens eines Mitgliedes und wegen starker Behinderung eines andern Mitglieds (aus Gesundheitsgründen) die Arbeit des Redaktionskollegiums praktisch von zwei Mitgliedern geleistet werde. Eine Hilfe, vor allem für die Präsidentin, wäre mit der Zeit erwünscht. Sie teilte mit, daß Dr. Hugo Kramer, nach interner Diskussion, im Einvernehmen mit dem Vorstand nunmehr lediglich ständiger Mitarbeiter der «Neuen Wege» (Weltrundschau, gelegentliche Artikel über schweizerische Probleme) ist. In lebendiger Weise wurde von der Versammlung die Gestaltung der «Neuen Wege» sowie in Aussicht genommene Pläne in bezug auf Themen, Referenten und intensivere Wirkungskraft besprochen. Vor allem mußte die materielle Lage der Zeitschrift eingehend erörtert werden. Vorschläge zu ihrer Verbesserung wurden erwogen. In Anbetracht der Teuerung und allgemeinen Erhöhung der Zeitungs- und Zeitschriftenpreise und im dringenden Interesse einer würdigen Weiterführung der «Neuen Wege» wurde eine Abonnementserhöhung auf den 1. Januar 1953 beschlossen. Es wurde dabei auf die Opferwilligkeit aller Abonnenten vertraut. Die Ansicht unter den Mitgliedern war allgemein, daß die «Neuen Wege» in jeder Hinsicht noch enger mit der Religiös-sozialen Vereinigung verbunden werden sollten, da sie ja deren Organ sind, ohne welches die Religiös-soziale Vereinigung nie aktiv und fruchtbringend wirken könnte. Ein diesbezüglicher Antrag an die Religiös-soziale Vereinigung wurde gutgeheißen.

Die Präsidentin übernahm auf Wunsch der Versammlung ihr Amt für ein weiteres Jahr. Als Ersatz für das verstorbene Vorstandsmitglied Georg Scherrer wurde Thomas Landolt in den Vorstand gewählt.

Die Versammlung schloß im festen Bewußtsein, daß neuer Arbeitsgeist und neues Vertrauen in allen Mitgliedern lebten.

Jahresversammlung der Religiös-sozialen Vereinigung

22. Juni 1952

Margarete Susman eröffnete die Jahresversammlung in dankenswerter und willkommener Weise mit dem Vortrag von drei eigenen ergreifenden Gedichten: «Der Augenblick», «Wachen», «Gebet».

Der Jahresbericht der Präsidentin sprach von der Schwere des Prozesses einer Neubesinnung und Neuwerdung, der auch im vergangenen Jahr noch auf der Vereinigung lastete, der aber die Mitglieder enger und aktiver miteinander zu verbinden beginnt. Die Arbeit der Zürcher und Winterthurer Gruppe hat sich in erfreulicher Weise belebt. Die Freundschaftstagung auf dem Flumserberg brachte in ihrer Folge klärende Auseinandersetzungen. Das noch enger zu gestaltende Verhältnis zwischen der Religiös-sozialen Vereinigung und den «Neuen Wegen» wurde von der Präsidentin befürwortet und von der Versammlung einmütig bejaht. Daraus resultierte ein Beschluß der Versammlung, die Mitglieder vom 1. Januar 1953 an mit einem festen Beitrag zu verpflichten. Die Statuten wurden in diesem Sinne abgeändert, ebenso wurde durch eine Abänderung der Tatsache Rechnung getragen, daß nur noch die «Neuen Wege» Organ der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz sind.

Ein Antrag eines Mitgliedes auf Stellungnahme zum Aufruf des Kongresses für die Verteidigung des Friedens wird besprochen, und es wurde beschlossen, zwei Delegierte an den Kongreß zu senden, in der Meinung, daß nur unabhängiges Dabeisein auch unabhängiges Urteil schaffen könne.

Präsidentin, Quästorin und Vorstand wurden einstimmig bestätigt. An Stelle des leider aus dem Vorstand scheidenden W. Lüssi wurde Jörg Liechti aus Bern in den Vorstand gewählt.

Am Nachmittag sprach die tapfere, unermüdliche *Elisabeth Rotten* über «Der Kampf um den Frieden heute»; sie beeindruckte die Zuhörer tief und gab ihnen neuen Mut.

Bericht über die Konferenz des Internationalen Bundes Religiöser Sozialisten in Nyköping (Schweden)

3. bis 6. August 1952

Vorbemerkung: Aus Zeit- und Platzgründen muß dieser Bericht knapp ausfallen. Die Berichterstatterin behält sich vor, in späterem Zeitpunkt noch einmal auf diese Konferenz zurückzukommen.

Wir verweisen auf das im Maiheft und im Juniheft veröffentlichte Programm dieser Konferenz, welches im großen ganzen eingehalten wurde. Da Pfr. Trautvetter und Pasteur Voge aus Gesundheitsgründen nicht teilnehmen konnten, sprachen am Montag Dr. Eeg-Olofson und Prof. Hans Iwand, am Dienstag Pfr. van Biemen und Pfr. R. Lejeune. Am Sonntagnachmittag fand eine vorbereitende Komiteesitzung statt. Aus der Schweiz nahmen an der Konferenz teil: Pfr. Hermann Bachmann (als Präsident), Frl. Dr. Christine Ragaz (als Sekretärin), Frau Pfr. Bachmann, Frau Clara Ragaz, Herr Jakob Ragaz, Frau Gertrud Ragaz-Fricker, Pfarrer Lejeune, Herr Ernst Muntwiler, Frau Clara Muntwiler-Groß, Herr Emil Printschler, Frau Frieda Printschler als Vertreter der Neuen Religiös-sozialen Vereinigung. Frau Carmen Weingartner-Studer als Vertreterin der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz, und Herr Dr. Hugo Kramer als Vertreter der welschen Gruppe der Religiös-Sozialen und der angeschlossenen beiden Religiös-sozialen Gruppen Frankreichs. Es stand den Konferenzteilnehmern in der Nähe von Nyköping ein wundervolles altes Schloß zur Verfügung, und für die wirklich umfassende, herzliche und doch ganz still wirkende Gastfreundschaft des Hausherrn Pfr. Ramstedt und seiner Frau sowie für die verschiedenen Einladungen seitens der Bruderschaftsbewegung Schwedens, der Mitglieder des schwedischen Landeszweiges, des Bürgermeisters von Oxelesund, der Arbeitervereinigung von Nyköping, für alle Hilfsbereitschaft, Freundlichkeit und Brüderlichkeit der schwedischen Freunde durften wir von Herzen dankbar sein.

Die gediegenen Referate vermittelten viel Gutes, viel Richtiges, viel Beherzigenswertes; auch viel Interessantes und Aufschlußreiches; man konnte viel davon mitnehmen. Und doch — ein wirkliches Christusfeuer fehlte. Bei einem der Referenten war stark ein lebendiges Denken, ein Suchen und Ringen und viel Mut zu spüren, aber die Diskussionen verloren sich stets in ein Zerreden von Begriffen, in ein abstraktes Tüfteln, in abseitige Probleme, bis am Ende des zweiten Tages ein schwedischer Freund voller Unruhe fragte, wann man denn endlich um die brennenden Probleme: Abrüstung, Militarismus, Wiederaufrüstung Deutschlands, Nationalismus, Mammonismus ringen wolle. Da war es aber wieder einmal Essenszeit, und am dritten Tag verschlangen die Prozeduren um die Wahl eines Präsidenten, um die Anzahl der berechtigten Stimmen und um andere organisatorische Dinge alle Zeit, so daß man auseinanderging, ohne daß man zum wesentlichen Kern und zum wahren Sinn einer Konferenz Religiöser Sozialisten vorgestoßen wäre. Es wurde auch die Ansicht ausgesprochen, daß eben andere Themen auf dem Programm gestanden hätten — aber um die Wahl dieser Themen waren ja schon in der vorbereitenden Komiteesitzung in Darmstadt die Meinungen auseinandergegangen.

Über drei wichtige Punkte wurde in der Komiteesitzung und am Mittwoch, dem 6. August, diskutiert und Entscheidungen getroffen:

1. Die vereinigten Gruppen der Skandinavier sowie die Deutschen hatten den

Antrag auf eine Prinzipienänderung gestellt, die von der Religiös-sozialen Vereinigung als verhängnisvoll bezeichnet werden mußte. Als Ganzes bedeutet uns diese Änderung eine unbedingte Abschwächung und Verwässerung der ursprünglichen Prinzipienerklärung, welche konkrete Ziele mit Mut und Eindeutigkeit ausgesprochen hatte, während die verschiedenen Punkte der neuen Prinzipienerklärung von jedem christlichen Verein gesagt und vertreten werden könnten. Eine klare Haltung und Position wird darin verlassen. In einem Punkte aber stützt sich die Erklärung auf die Erklärung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt im Jahre 1951, wogegen wir den Standpunkt vertraten, daß wir als Religiöse Sozialisten uns keinesfalls auf parteimäßige Formulierungen festlegen und dem Sozialismus kritisch gegenüberstehen sollten. Ein freudig begrüßtes Telegramm Dr. Schumachers und Erich Ollenhauers an die Konferenz wies auf die von den Skandinaviern, Deutschen und Holländern gewünschte enge Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Parteien ihrer Länder hin. Wunsch und Streben zu diesem Ziel kann vielleicht verstanden, soll diskutiert werden, darf aber unseres Erachtens nicht in einer Prinzipienerklärung fixiert werden; in einer Prinzipienerklärung der Religiös-Sozialen müßte jeder Punkt grundsätzlich verpflichtend, für alle Mitglieder annehmbar und aus wirklicher Verantwortung gegenüber Gott gewachsen sein; es darf nicht ein wenn auch ideal gemeinter Zweckparagraph mit aller Gewalt hineingezwängt werden. Die Antragsteller und ihre Befürworter erwiesen sich in der Abstimmung als siegreich.

2. Von Holland aus wurde eine lose Organisation der einzelnen Gruppen stark befürwortet, während Deutschland sich für eine straffere und umfassendere, aber mehr äußere Organisation einsetzte. Unser Wunsch und Bestreben hingegen geht dahin, daß der Internationale Bund der Religiösen Sozialisten, bei aller selbständigen Gruppenarbeit und auch trotz verschiedenen Auffassungen in Einzelheiten (es wurde und wird oft zuviel und zu Unrecht nach einer bequemen Einigkeit gestrebt) eine feste innere Haltung, eine unzweideutige Position nach außen aufweisen solle und allen Wankelmütigen, Unentschiedenen und doch ehrlich Suchenden eine Leuchte, ein Halt, ein Wegweiser sein könnte und müßte. Wenn dieser Bund sich nur den Mantel Christi umhängt, nicht aber vor seinem Antlitz gerade und offen und unerschrocken wandelt und handelt — wie soll er dann eine innerste Existenzberechtigung haben?

3. Nach dem Tode von Leonhard Ragaz wurde das Präsidium Pfr. Bachmann, das Sekretariat Frl. Dr. Ragaz anvertraut. Es war an sich etwas Schönes und Bedeutungsvolles, daß somit das Zentrum in der Schweiz blieb. Die von der Neuen Religiös-sozialen Vereinigung gewollte Trennung hat sich nun auch innerhalb des Internationalen Bundes zersetzend und hemmend ausgewirkt. Wie konnten alle die außenstehenden Mitglieder des Bundes diese Trennung und ihre Hintergründe verstehen? Die Tatsache allein zeigte sich als in jeder Hinsicht schwere Belastung. Gewiß hatte Pfr. Bachmann von sich aus seinen Rücktritt angeboten und hatte als gewichtigen Nachfolger Prof. Banning aus Holland vorgeschlagen. Aber er wurde, nachdem einige Stimmen, darunter auch die unsrige, sich für seine Wiederwahl eingesetzt hatten und er sich nochmals zur Verfügung gestellt hatte, mit sieben zu drei Stimmen seines Präsidiums enthoben, womit auch Frl. Dr. Ragaz ihr schweres und sorgfältig verwaltetes Amt als Sekretärin an Holland abgeben mußte, da eine solche Verlegung des Sekretariates nach Holland vom neugewählten Präsidenten, Prof. Banning, aus verständlichen praktischen Gründen gewünscht worden war. Die Berichterstatterin gesteht, daß diese Wendung sie tief bewegt hat und ebenso die Erkenntnis, daß die Stellung unserer Religiös-sozialen Vereinigung nicht nur gegenüber der Neuen Religös-sozialen Vereinigung, sondern auch gegenüber der jetzigen Tendenz des Internationalen Bundes eine viel einsamere und schwerere ist, als es sich wohl viele von uns denken können. Es wurde an dieser Konferenz viel und oft der Name Ragaz genannt, aber auf die Frage, die ich im Namen unserer Vereinigung am letzten Tag an die Konferenzteilnehmer stellte, ob sie wirklich überzeugt seien, daß diese Konferenz im Sinne und Geiste von Leonhard Ragaz verlaufen, daß sein Geist unter uns gewesen, sein Wollen und Wirken richtig vertreten gewesen sei, ist mir keine Antwort gegeben worden. *Carmen Weingartner-Studer*

Wie lang noch Koreakrieg? Statt nach zweijähriger Dauer endlich aufzuhören, geht das Gemetzel in Korea — das man schönfärberisch immer noch Krieg nennt — in verschärftem Grad weiter. Die Absicht der amerikanischen Generäle, die für die Zerstörung zuerst der großen Kraftwerke am Jalu und dann der noch einigermaßen bewohnbar gewesenen Städte Nordkoreas verantwortlich sind, ist dabei unschwer zu erkennen: es soll auf diese Weise eine Kettenreaktion ausgelöst werden, die die neuerdings ärgerlich widerstrebenden Verbündeten der Vereinigten Staaten unwiderruflich in einen *offenen Krieg mit China* verwickeln müßte. Die Spekulation war, daß die Chinesen in aller Form ihre starke Luftwaffe einsetzen würden, um die amerikanischen Angriffe abzuwehren, daß daraufhin die chinesischen Flughäfen in der Mandschurei bombardiert werden könnten, was die Chinesen wiederum zu Vergeltungsmaßnahmen zwingen werde und daß so als Endstück der ganzen Kette unweigerlich der Krieg mit der Chinesischen Volksrepublik erscheinen werde. Die Selbstbeherrschung der Chinesen hat bisher diesen Plan vereitelt; aber wer will dafür garantieren, daß der Kriegsbrand nicht doch noch in größtem Maßstab auf ganz Ostasien übergreift?

Das eine Gute hat die Entwicklung, die der Koreafeldzug mehr und mehr genommen hat, immerhin gehabt: sie ist geeignet, auch denjenigen Menschen die Augen zu öffnen, die bisher nicht sehen *wollten*, was tatsächlich hinter dem ganzen koreanischen Abenteuer steckt. Konni Zilliacus (der übrigens, nach seinem vor zwei Jahren verfügten Ausschluß, jetzt wieder in die Labourpartei eingetreten ist) spricht es in einem Brief an den «New Statesman» erneut unverhohlen aus, was ja von Anfang an völlig klar war: daß nämlich der Heiligenschein der Vereinten Nationen nur dazu herhalten mußte, das etwas weniger heiligmäßige Gesicht der amerikanischen Machtpolitik zweckentsprechend einzurahmen und einem Unternehmen, das sonst, nach Walter Lippmanns Ausdruck, nur ein «schmutziger kleiner Krieg» gewesen wäre, ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Und er fügte hinzu: «Ein schmutziger kleiner Krieg, den die Vereinigten Staaten für ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke führen und in den sie von General MacArthur und der China-Druckgruppe hineinmanövriert wurden.» Mit nicht geringerer Schärfe kennzeichnet im selben Blatt der hervorragende englische Friedenskämpfer Dr. Alex Comfort den Koreakrieg der Vereinten Nationen. «Man hat», so schreibt er,

«geltend gemacht, es handle sich hier um eine Polizeiaktion. In was für einem gesitteten Land würde aber die Polizei die Bevölkerung einer Stadt abschlachten, um Gesetz und Ordnung wiederherzustellen? ... Man hat auch gesagt, wir dürften doch Korea nicht einer kommunistischen Tyrannei preisgeben. Ich möchte aber doch in allem

Ernst fragen, was für Missetaten eine Tyrannei noch begehen könnte, die wir nicht selbst schon begangen haben. Die Tötung von 3 Millionen Menschen? Die Hinrichtung von Männern, Frauen und Kindern? Folterung? Gewalttätigkeit gegenüber Gefangenen? Planmäßige Unterdrückung unliebsamer Tatsachen? Die Leistungen der Tyrannen sind von uns noch überboten worden. ... Man hat geltend gemacht, wenn man den Krieg jetzt aufgebe, so übe man Verrat an Menschen, die ihr Leben geopfert hätten. Ich sehe indessen keinen Grund, noch weitere Menschenleben zu opfern, nur weil wir brave Menschen für eine unwürdige Sache in den Tod geschickt haben. Wir können jetzt mit eigenen Augen sehen, was die Früchte der ‚kollektiven Sicherheit' sind, was Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit heißt, wie ihn das UNO-Oberkommando auslegt, und ich gebe zu bedenken, daß wir uns beschmutzen, wenn wir weiter daran beteiligt bleiben.»

„Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" Daß die westmächtlichen Regierungen den verhängnisvollen Fehler zugeben werden, den sie mit ihrem Koreaunternehmen begangen haben, ist natürlich nicht zu erwarten. Vor allem werden die Vereinigten Staaten ihre Ostasienpolitik auf keinen Fall ändern, bevor der neue Präsident im Amt ist, den das Volk im November wählen wird, heiße er nun Eisenhower oder Stevenson. Aber vielleicht werden die *Völker* aufstehen und dem grauenhaften Spuk ein Ende machen? Wenn in Ostasien ein haltbarer Frieden zustandekommen soll, geht es sicherlich nicht anders als durch Aufnahme Chinas in die UNO und durch Heranziehung der Kommunistischen Partei zu einer vorläufigen Regierung für ein geeintes Korea. Und soll Frieden in *Europa* werden, dann geht es nicht anders als durch dauernde Abrüstung und Neutralisierung Deutschlands innert seiner heutigen Grenzen. Unter dieser Bedingung würde die Sowjetunion, wie bestimmt angenommen werden kann, Ostdeutschland freigeben und damit die Wiedervereinigung der beiden für sich allein ja doch nicht lebensfähigen Hälften Deutschlands ermöglichen, nicht aber dann, wenn sie befürchten, ja als ganz sicher annehmen müßte, daß ein geeintes Deutschland von den Westmächten bewaffnet und früher oder später gegen den Ostblock eingesetzt würde. Mit anderen Worten: die Politik des Atlantikpaktes und der sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, also der gewaltmäßigen «Eindämmung» des sowjetischen Einflusses in Europa und der übrigen Welt, müßte grundsätzlich aufgegeben werden, damit eine friedlich-schiedliche Auseinandersetzung — im buchstäblichen Sinne verstanden — mit der Sowjetunion herbeigeführt werden könnte.

Nur ist eben, wie sich auch in der Berichtszeit wieder erwiesen hat, die Aussicht gering, daß innert nützlicher Frist eine derartige Schwenkung der westmächtlichen Europapolitik erfolgen werde. Die Antwort der Westmächte auf die russische Note vom 24. Mai, die endlich am 10. Juli überreicht wurde, geht um die Frage einer *Viererkonferenz* mit solcher Vorsicht herum und stellt derartig weitgehende Vorbedingungen dafür auf, daß es äußerst unwahrscheinlich ist, daß sich Washington und Moskau an den gleichen Tisch setzen werden, um wirklich und im Ernst

über eine gewaltfreie Lösung der deutschen Frage zu verhandeln. Amerikas Politik ist und bleibt vorerst eben die Massierung so gewaltiger Machtmittel auf seiten der Westmächte, daß sich die Russen entweder von vornherein geschlagen geben müßten, wenn sie am Konferenztisch anträten, oder aber der sicheren Niederlage entgegengingen, falls sie die westmächtlichen Bedingungen für die Neuordnung Europas «bis zum Ural» ablehnten und sich mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzten.

Wie weit die *Verbündeten* Amerikas auf diesem Katastrophenweg zu gehen gesonnen sind, das ist nun allerdings die große Frage. In England wächst der Widerstand gegen die USA-Politik zusehends; der jüngste Beschluß der Labourfraktion, der sich gegen die Ratifizierung des Bonner Generalvertrages richtet, ist nur *ein* Zeichen dafür. Die Regierung Churchill ist freilich der schließlichen Zustimmung des Parlaments zur Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Militärsystem ebenso gewiß, wie die Regierung Adenauer auf eine Mehrheit im Bundestag für ihren halsbrecherischen Kurs zählen darf — trotz oder vielmehr gerade wegen der ja gar nicht grundsätzlich gemeinten Opposition der Sozialdemokraten. Daß in Frankreich die Volksstimmung eher gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ist, bestätigen alle sachkundigen Beobachter. «Die unausweichlichen Folgen der atlantischen Politik werden jetzt immer klarer», schrieb letzthin beispielsweise Jean Fabiani, der unstreitig antikommunistische Chefredakteur des «Combat». «Anfangs brandmarkten nur ein paar weitblickende Menschen ihre Nachteile und den Gedanken eines Kreuzzugs gegen die Sowjetunion, der durch den Verteidigungscharakter dieser (Atlantikpakt-) Politik nur schlecht verhüllt wurde. Im Jahre 1952 kann es keinerlei Zweifel mehr geben.» Aber wird der Widerstand gegen die Auslieferung Frankreichs an die amerikanische Gewaltpolitik stark genug sein, um sich gegenüber einem Parlament, dem es an Mut fehlt, und einer Regierung, die entschlossen gegenrevolutionäre Wege geht, noch rechtzeitig durchzusetzen? Die Entscheidung dürfte beim Wiederbeginn der politischen Saison im Herbst fallen. «Frankreich», so meint im «Observateur» Claude Bourdet, «wird dann den Weg zu Demokratie, Frieden und wirklichem Fortschritt einschlagen oder aber den Weg zu Unterdrückung, Bürgerkrieg und eigentlichem Krieg.» Und vor die gleiche Wahl sieht sich je länger, je unentrinnbarer jedes europäische Land gestellt, das bei der Gestaltung des Schicksals unseres Erdteils ein Wort mitzusprechen hat.

Westeuropa in amerikanischer Sicht All diese Fragen stoßen uns immer wieder auf eines der großen Kernprobleme der internationalen Politik: dasjenige der *Einigung und Verselbständigung Westeuropas*. Denn wenn sich zwischen die beiden Machtriesen im Westen und Osten, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, ein wirklich unabhängiges und vereinig-

tes («integriertes») Westeuropa einschöbe, dann wäre die Gefahr eines Zusammenstoßes dieser Riesen, die sich jetzt so bedenklich nahegerückt sind, nicht allein in Europa selbst, sondern auch in Asien wohl entscheidend verringert. Was heißt das aber praktisch: Schaffung eines einigen, unabhängigen Westeuropa? Es heißt, da Westeuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in immer stärkerem Maße unter amerikanische Kontrolle gekommen ist, vor allem *Befreiung Westeuropas von diesem amerikanischen Einfluß*, in zweiter Linie freilich auch Sicherung gegen die Einbeziehung Westeuropas in den *sowjetischen* Einflußkreis, der sich ja heute von Berlin bis Wladiwostok erstreckt. Wir haben auf diese Notwendigkeit in unseren Weltüberblicken immer und immer wieder mit Nachdruck hingewiesen, möchten die Europafrage nun aber doch auch einmal — soweit das in dem uns gesteckten Rahmen überhaupt angeht — in ihrem weiteren Zusammenhang aufrollen.

Ausgangspunkt muß dabei die Stellung sein, die Westeuropa im Ganzen der *amerikanischen Weltpolitik* einnimmt. Fritz Sternberg umschreibt sie in seinem Buch «The coming crisis» («Die kommende Krise») durchaus treffend (Seiten 197 ff.):

«Was die Vereinigten Staaten in erster Linie brauchen, um ihre Weltmachtstellung zu stärken, das ist die Gewinnung von Verbündeten außerhalb ihres eigenen Gebietsbereiches. Wenn sich das Sowjetsystem weiterhin erfolgreich entwickelt, wenn der Kapitalismus weiterhin auf dem europäischen Festland bedroht bleibt und in Großbritannien unterhöhlt wird, wenn die nationalrevolutionären Bewegungen in den bestehenden Kolonialreichen und in den Kolonial- und Halbkolonialländern weiter erstarken und fortschrittliche Elemente zur Macht kommen, dann würde natürlich das monopolkapitalistische System in den USA isoliert dastehen. Und in dem Maß, als diese Entwicklung sich fortsetzte, würde die Gefahr wachsen, daß innerhalb der USA die Kräfte erstarken, die eine Linksbewegung mit dem Ziel einer Gleichschaltung des Landes mit dieser Welttendenz begünstigen.

So dürfte (Sternberg schrieb das schon 1946) ... eine imperialistische Politik der Vereinigten Staaten darauf abzielen, die Welttendenz nach links hin zu verlangsamen, ihre Richtung zu ändern und sie womöglich gänzlich zu liquidieren ... Sie dürfte das ganze militärische, wirtschaftliche und finanzielle Gewicht des Landes in die Waagschale werfen, um den reaktionären oder doch mindestens den ‚gemäßigten' kapitalistischen Elementen in Europa zu helfen, die Angriffe der fortschrittlichen Linkskräfte abzuwehren und den Zug zum Sozialismus zum Stehen zu bringen oder ihn doch wenigstens zu verlangsamen.

... Der Kapitalismus ist in einer Reihe europäischer Länder schwer erschüttert. Es darf als ganz sicher angenommen werden, daß es ohne die Unterstützung, die die reaktionär-kapitalistischen Elemente in Europa aus amerikanischen Quellen erhalten oder auch nur zu erhalten hoffen, keinen Kapitalismus in Europa mehr gäbe, wenn einmal die kommende Wirtschaftskrise ausbrechen sollte ... Die große Wirtschafts- und Finanzmacht der Vereinigten Staaten soll eingesetzt werden, um gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der europäischen Bevölkerung eine Schicht von Reaktionären an der Macht zu halten.»

Genau so ist es gekommen. Als um 1947 herum klar wurde, daß die bürgerlich-kapitalistische Ordnung in Westeuropa in voller Zersetzung begriffen war und daß vor allem Deutschland unter den Folgen der Kriegsschäden, der Niederlage und der Besetzung seine alte soziale Struktur nicht würde aufrechterhalten können, da entschloß sich Amerika

zu jener großzügigen Stützungsaktion, die zuerst im Marshall-Plan, dann im Atlantikpakt und schließlich in der Militärhilfe an die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» ihren Ausdruck fand. Die Wiederaufrichtung des westeuropäischen Kapitalismus, mit Westdeutschland als Mittelstück, ging Hand in Hand mit einer umfassenden militärischen Aufrüstung Westeuropas, wiederum mit Westdeutschland als Kern und Stern des Programms, und sicherte so die Eingliederung Westeuropas in das Gesamtsystem der amerikanischen Weltpolitik. War Osteuropa — mindestens vorläufig — für den Kapitalismus verloren, so sollte doch auf jeden Fall in Westeuropa eine «Ordnung» erhalten bleiben, die den Völkern unseres Erdteils ein Jahrzehnt Wirtschaftskrise, fortschreitende soziale und moralische Zerrüttung und innert dreier Jahrzehnte zwei verheerende Kriege gebracht hatte. Alles mit dem Zweck, das Umsichgreifen des Sozialismus und gar des Kommunismus zu verhindern. «In dieser Hinsicht», so erklärte in der amerikanischen Wochenschrift «Life» (26. Februar 1951) Paul Hoffman, der frühere Direktor der Marshall-Plan-Organisation, «war und bleibt der Marshall-Plan Angelpunkt und Probierfeld einer amerikanischen Außenpolitik, die fest, aufbauend und großzügig ist.» Und voller Genugtuung stellt Hoffman fest, daß zwischen der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Westeuropa und dem Rückgang der kommunistischen Bewegung in den gleichen Ländern ein unverkennbarer Zusammenhang bestehe. In Belgien zum Beispiel seien während der Zeit der Marshall-Plan-Aktion die Kommunisten von 17 auf 10 Kammersitze zurückgefallen, in Norwegen gar bis auf Null; in Dänemark hätten sich die kommunistischen Stimmen von 12 auf 4 Prozent der Gesamtzahl verringert, und in Österreich seien in 30 Städten die Kommunisten völlig aus der Verwaltung verdrängt worden. «In England wie in der Schweiz ist der Kommunismus nie ein ernstes Problem gewesen; in Griechenland, der Türkei und Portugal ist die Kommunistische Partei als solche verboten. In Italien hat die bloße Ankündigung der ECA-Hilfe mitgeholfen, die kommunistische Vertretung in der Nationalversammlung zu vermindern ... In Frankreich hat das Erscheinen des Marshall-Planes aller Wahrscheinlichkeit nach eine Machtergreifung durch die Kommunisten verhindert.»

Schon vorher, in einer Rede vor dem Marshall-Plan-Rat am 31. Oktober 1952, hatte Hoffman die «Integration der westeuropäischen Wirtschaft» als ein Hauptziel der amerikanischen Politik gefordert. «Der Kern einer solchen Integration wäre die Bildung eines einzigen großen Marktes, in dessen Bereich mengenmäßige Beschränkungen des Warenaustausches, Währungsschranken für den Zahlungsverkehr und schließlich alle Zölle für immer verschwinden müssen ... Die Schaffung eines ständigen Freihandelsraumes, der 270 Millionen Verbraucher in Westeuropa umfaßte, würde die Entwicklung von Großindustrien mit niedrigen Produktionskosten beschleunigen.»

Soweit ist es bisher freilich noch nicht gekommen. Schuman-Plan,

Europäische Zahlungsunion und andere Veranstaltungen werden in Amerika immerhin als Ansätze für eine westeuropäische Wirtschaftseinheit auf kapitalistischer Grundlage gewürdigt, die dem Sozialismus und Kommunismus den Weg zu verlegen geeignet wäre. Um so erfolgreicher waren die Vereinigten Staaten mit der *politischen* und *militärischen* Gleichschaltung Westeuropas, auf deren einzelne Etappen hier nicht zurückgekommen zu werden braucht. Es genügt, die Tatsache selbst festzustellen und ihre Folgen ins Auge zu fassen.

Unfreies Westeuropa Und diese Folgen sind wahrlich erschreckend genug. Wenigstens für uns Europäer. Ja, den Amerikanern eröffneten sich zu Beginn ihrer neuen Europapolitik die verlockendsten Aussichten: Westeuropa als Absatzmarkt für die amerikanische Überschußproduktion, als zukunftsreiches Kapitalanlagegebiet, als neu aufgerichtetes Bollwerk des «freien Unternehmertums» und als machtvoller Rammbock im Kampf gegen den Kommunismus. Aber von Westeuropa aus gesehen, war diese Politik, trotz aller Wirtschaftshilfe, die von jenseits des Ozeans her winkte, mit schweren Gefahren belastet. «Sie kann», so schrieb damals (April 1948) im «Esprit» André Véran weitsichtig,

«in kurzer Frist zu der direkten Beherrschung der meisten Schlüsselindustrien durch das amerikanische Kapital führen. Zu dieser direkten Beherrschung droht (wenn es den amerikanischen Finanzkreisen gelingt, sich zu Herren der Ruhr zu machen), eine indirekte Beherrschung durch den Mechanismus der Zuteilung der Kohle an die europäische Industrie zu kommen. Europa steht also vor der Wahl, eine eigentliche wirtschaftliche Kolonisierung anzunehmen oder abzulehnen. Aber im Rahmen des Kapitalismus muß man eben anerkennen, daß diese Haltung vollkommen konsequent ist und schwer auf der Politik der Vereinigten Staaten zu lasten droht. Sie ermöglicht tatsächlich eine massive Kapitalausfuhr, die Entwicklung der Handelsbeziehungen und, vom Standpunkt des wirtschaftlichen Gleichgewichtes der westlichen Halbkugel aus, eine Wiederingangsetzung der europäischen Wirtschaft ohne irgendwelche Gefahr der Konkurrenz für die Industrie der Vereinigten Staaten. Es liegt somit auf der Hand, daß entgegen einer Vorstellung, die sowohl bei den Anhängern wie bei den Gegnern des Marshall-Plans sehr verbreitet ist, das wohlverstandene Wirtschaftsinteresse der Vereinigten Staaten nicht darin besteht, Europa erhebliche Kredite à fonds perdu vorzustrecken, sondern darin, in Europa Kapital anzulegen, wie sie das in Deutschland von 1924 bis 1927 getan haben.»

Die Voraussage hat sich im wesentlichen als richtig erwiesen. Ja, sie ist durch die Tatsachen in mancher Hinsicht noch übertroffen worden. Die Vereinigten Staaten stehen heute wirklich als die unbedingten Beherrscher der Wirtschaft und damit auch der Politik Westeuropas da. Man sehe sich nur etwa die Zahlen für die Stahlproduktion im Jahr 1951 an, wie sie vom Statistischen Monatsbulletin der Vereinten Nationen für Dezember 1951 gegeben werden:

USA	105	Millionen	Tonnen
Großbritannien	18	»	»
Westdeutschland	13	»	»
Frankreich	8	»	»

Amerikas Stahlproduktion ist also sechsmal größer als diejenige Großbritanniens und dreizehnmal größer als diejenige Frankreichs, das seinerseits nur zwei Drittel der Produktion Westdeutschlands erreicht. Die Stahlproduktion Englands und Frankreichs zusammen beträgt nur einen Viertel derjenigen Amerikas. Und ähnlich steht es mit den Unterschieden in bezug auf die Förderung von Kohle, die Erzeugung elektrischer Kraft, die Herstellung von Maschinen, Automobilen usw. Das wirtschaftliche Übergewicht der Vereinigten Staaten ist erdrückend — und demgemäß auch seine politische Machtfülle. Man braucht nicht lange zu suchen, um die Gründe für die bedingungslose Vorherrschaft Amerikas innerhalb der UNO, des Atlantikpaktes und verwandter Organisationen zu entdecken!

Wohl haben die unerschöpflich scheinenden Mittel und Kräfte der Vereinigten Staaten auch jene Hilfeleistung an Westeuropa erlaubt, die dieses nach dem Krieg so bitter nötig hatte. Aber Westeuropas wirtschaftlichen und sozialen Notstand wirklich zu beheben, das vermochte die noch so umfassende amerikanische Hilfe dennoch nicht, besonders nicht, seitdem sich der Marshall-Plan mehr und mehr in eine Rüstungshilfe an die westeuropäischen Länder verwandelte. Westeuropa war eben nicht bloß durch zwei verheerende Kriege erschöpft; sein Wohlstand wird vielmehr in seinen Grundlagen erschüttert durch die Revolution der kolonialen und halbkolonialen Völker und den Zerfall des ganzen kapitalistischen Imperialismus, der Europa seine hohe Lebenshaltung, seine kulturelle Überlegenheit, seine bürgerliche Demokratie und seine politische Vormachtstellung in der Welt so lange gesichert hat. Und nun lastet auf Westeuropa auch noch das Gewicht der militärischen Überrüstungen, auf die gestützt es seine alte Machtposition und Kulturhöhe dennoch aufrechtzuerhalten und gegen den Aufstieg der «zurückgebliebenen» Völker des europäischen und asiatischen Ostens verteidigen zu können wähnt!

Statt den Weg zu einer sozialistischen Ordnung zu beschreiten, der Westeuropa bei Kriegsende gewiesen schien, verharrt es und verhärtet sich eben tatsächlich in einem lebensunfähigen Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Und statt ein Hort der Freiheit und des gesunden Fortschritts zu sein, ergibt es sich mehr und mehr freiheitsfeindlichen und rückschrittlichen Kräften. Auch wo, wie in Großbritannien, eine Zeitlang planmäßig in der Richtung auf den Sozialismus hin vorgestoßen wurde, hat die Verkettung mit dem hochkapitalistischen Amerika aufs neue die konservative Reaktion ans Ruder gebracht, nachdem schon das Labourregime — vor allem in der Behandlung der Ruhrfrage — die Möglichkeiten einer sozialistischen Neugestaltung des westeuropäischen Festlands schuldhaft preisgegeben hatte. Ähnliches gilt von der schwächlichen Unterwerfung Großbritanniens unter Amerikas Machtwillen in bezug auf Ostasien (Korea, China, Japan, Indochina usw.); auch die «peinliche Überraschung», die man jetzt in England angesichts der Zer-

störung der großen Kraftwerke am Yalu — sie versorgen einen Drittel der immer noch chinesischen Mandschurei mit Elektrizität! — durch die Amerikaner empfindet, wird an dieser Unterwürfigkeit nichts ändern, zumal die Labouropposition gar nicht daran denkt, im Ernst gegen den amerikanischen Stachel zu löken. Wundert man sich noch darüber, daß dank der großherzigen USA-Hilfe an Westdeutschland die alten, unseligen Mächte der Reaktion und des Militarismus, die Deutschland schon dreimal in den Krieg gestoßen haben, aufs neue im Sattel sitzen, daß in Frankreich die konservativ-kapitalistische Rechte gewonnenes Spiel zu haben glaubt, daß in Italien ein klerikal-rückschrittliches Regime straflos das Volk niederhalten darf, daß Francos Spanien zum offiziellen Verbündeten Amerikas und damit zum inoffiziellen Verbündeten auch der übrigen «freien Nationen» aufgerückt ist, daß die Diktatur in Portugal wie in Griechenland sich so sicher fühlt wie nur je? Wohin man schaut, überall in Westeuropa scheint ein konservativer Kapitalismus, ja ein neuer Faschismus das Feld zu beherrschen, gestützt auf jene amerikanische Weltpolitik, die wir zu Beginn dieser Erörterung gekennzeichnet haben. Daß im Schatten Amerikas das alte Regime auch in der Schweiz aufs prächtigste gedeiht, sei nur der Vollständigkeit halber bemerkt; die Folgen verspüren wir ja tagtäglich am eigenen Leib, um so mehr als auch die offizielle Sozialdemokratie, wie in den meisten anderen Ländern Westeuropas, von der Erstarrung im bestehenden Denk- und Gesellschaftszustand bis tief hinein befallen ist.

Und was das ärgste ist: Westeuropa taumelt, von Amerika gestoßen, mehr und mehr dem Abgrund eines neuen Krieges entgegen. «Die große Tragödie Europas», so liest man in der hier schon wiederholt angeführten Quäkerschrift «Schritte zum Frieden», «besteht darin, daß diese edlen Hoffnungen (gemeint sind die Hoffnungen auf ein neues, im Frieden gedeihendes Europa, wie sie am Ende des Zweiten Weltkriegs so weit verbreitet waren. H. K.) sich beinahe zu nichts verflüchtigt haben, je mehr sich der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland entwickelte ... Zu Recht oder Unrecht glauben heute viele Europäer, daß sich die Vereinigten Staaten mit der Unausweichlichkeit eines Krieges gegen die Sowjetunion abgefunden haben und daß ihre Politik vor allem darauf gerichtet ist, ihren Sieg in einem solchen Krieg sicherzustellen ... Sie wissen, daß im Kriegsfall ihre Länder das Hauptschlachtfeld werden müßten und sie selbst zu den ersten Opfern einer Massenschlächterei gehören würden, die ebensosehr den Charakter eines Bürger- wie eines Völkerkrieges trüge.»

Neutral und abgerüstet! Man sollte meinen, die Völker Westeuropas müßten sich im Blick auf die tödliche Gefahr, vor der sie stehen, in einem elementaren Aufschwung der Herzen und Geister gegen jeden Versuch auflehnen, in einen dritten Weltkrieg hineingerissen zu werden. Es ist wirklich nur der gesunde

Menschenverstand, der unabweisbare Selbsterhaltungstrieb, der aus der Feststellung eines G. D. H. Cole spricht:

«Für uns (Engländer) geht es von jetzt an um den Frieden zu jedem Preis. Und so unangenehm es ist, das sagen zu müssen, so sind wir doch in Zukunft berechtigt, eher *jedes* Ideal fahren zu lassen, als in den Krieg zu ziehen, wenn wir uns damit tatsächlich dem Krieg fernhalten können. Wir werden ein Recht dazu haben, weil keine Staatsführung das Recht hat, das ganze Volk zum Massenselbstmord zu verurteilen. Man kann bereit sein, als einzelner sein Leben für ein Ideal hinzugeben; man kann sogar als Bürger oder Staatsmann bereit sein, Tausende oder Millionen für eine Sache in den Tod zu schicken, die man für gut genug hält. Aber für keine Sache, so glaube ich, kann ein Bürger oder Staatsmann das Recht haben, die unabwendbare Vernichtung der ganzen Gemeinschaft, zu der er gehört, anzuordnen. Ich glaube auch nicht, daß irgendeine Regierung in der Praxis dergestalt handeln könnte, ohne weggefegt zu werden. Das britische Volk wird, wie ich glaube, sich weigern, und sich mit Recht weigern, an einem künftigen Weltkrieg teilzunehmen. Das heißt nicht, daß es nicht doch gegen seinen Willen in einen solchen hineingerissen werden könnte; aber in diesem Falle würde es, sofern es nicht ausgelöscht würde, bevor es noch Gelegenheit hatte, überhaupt etwas zu tun, nach meiner Ansicht jedes Mittel gebrauchen, das in seiner Macht steht, um wieder daraus herauszukommen — eingeschlossen die Macht, die das französische Volk im Jahre 1940 ausübte, als es sich weigerte, zu kämpfen.»

Das sollte, wie man meinen könnte, die Haltung *aller* Völker sein, die in gleicher Gefahr schweben. Allein wir wissen nur zu gut, wie es *tatsächlich* um solchen bedingungslosen Widerstand gegen den Krieg steht. Wohl organisieren die Kommunisten überall den Kampf gegen die amerikanische Gewalt- und Herrschaftspolitik, aber die hetzerischen Übertreibungen und demagogischen Entstellungen, derer sie sich in ihrer Propaganda bedienen, schaden der Friedenssache viel mehr, als sie ihr nützen. Wohl entwickelt sich daneben allmählich auch eine unabhängige, radikale Friedensbewegung, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten selbst, aber ihre Anhänger sind von Zahl noch gering und die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, von lächerlicher Kleinheit. Als *Ganzes* sind die Völker, vor allem diejenigen Westeuropas, anscheinend bereits zu müde und stumpf geworden, um sich den Vorbereitungen auf die nächste Massenschlächterei wirksam entgegenzuwerfen, oder durch die künstlich gesteigerte Angst vor dem Kommunismus so unfähig geworden, die über ihnen hängende Gefahr überhaupt zu erkennen, daß die Praktiker der Lügenlosung «Frieden durch Kriegsrüstung» bis jetzt leichtes Spiel haben. Und doch fragt man sich, *wie lange* die Aufrüster und Gewaltpolitiker die Völker noch hinter sich haben werden. Wie Scott Nearing («World Events», Winter 1952, Seite 10) schreibt:

The intelligent man's guide to the post-war world, p. 1047.

«Selbst wenn die Oligarchen, die (in Amerika) die Politik für Westeuropa machen, gewillt wären, der Acheson-Eisenhower-Linie zu folgen — und einige von ihnen sind weit davon entfernt —, und selbst wenn das amerikanische Finanzministerium gewillt wäre, sämtliche Rechnungen zu bezahlen, so bliebe dennoch das Problem der Massenzustimmung und der Massenbeteiligung an irgendeiner größeren Aktion, wie sie mit einer allgemeinen Kriegsanstrengung verbunden wäre.

Auch wenn eine westeuropäische Armee endgültig aufgestellt und ausgerüstet

wäre, bliebe die quälende Frage: Wird der gewöhnliche Soldat kämpfen oder wird er mit Sack und Pack über die Schlachtlinien hinweg zum ‚Feind' überlaufen? Erinnern wir uns doch, daß wir von Europa reden und daß Europa in einem Bürgerkrieg begriffen ist. Geht unter diesen Umständen die wirkliche Drohung für die Westeuropäer von andern Europäern aus, oder geht sie von überseeischen Störefrieden aus, die die Europäer dazubringen wollen, europäisches Eigentum zu zerstören und europäisches Leben auszulöschen? Es ist erst ein paar Jahre her, seit diese gleiche Kriegskunst in Asien während eines andern langdauernden Bürgerkrieges geübt wurde. Jeder Adjutant Eisenhowers, der dem nachzugeben bereit ist, mag sich von Chiang Kai-shek eine Auskunft holen, die auf bitteren persönlichen Erfahrungen beruht. Kurz, in diesem Falle wanderten Waffen und Ausrüstung über die Kampflinien in China hinüber und werden jetzt dazu benützt, die überseeischen Störenfriede aus dem Land zu jagen.»

Der unmittelbare Kriegswiderstand wäre freilich nur ein Notbehelf, falls es nicht gelänge, rechtzeitig Westeuropa aus jeder Bindung an die amerikanische Machtpolitik zu lösen. Denn das müßte jetzt das normale, das vordringlichste Bemühen aller Friedenskräfte sein: ein politisch und militärisch neutrales Westeuropa zu organisieren, das unbeeinflußt von den beiden Machtriesen *seinen* Weg — den «dritten Weg» — ginge und ein friedliches Nebeneinanderleben der kommunistischen und der kapitalistischen Welt ermöglichte. Daß auch Großbritannien einem solchen Europa angehören müßte, unbeschadet seiner engen Beziehungen zu den anderen Mitgliedern des angelsächsischen Völkerbundes, erscheint als selbstverständlich — schon zur Sicherung des notwendigen Gegengewichts gegen den deutschen Einfluß, der unter allen Umständen, so wie die Dinge nun einmal liegen, begrenzt und in die rechte Bahn gelenkt werden muß. Die «Vereinigten Staaten von Westeuropa» würden dann am zweckmäßigsten auf Grund eines Regionalabkommens im Sinne des Artikels 52 der UNO-Satzung gebildet werden und mit anderen ähnlichen Gruppierungen — Indien und Südostasien, Bund der arabischen Staaten usw. — eine Friedensmacht darstellen, gegen die keine Kriegskraft der Welt mehr aufzukommen vermöchte.

Viele Befürworter eines derartig aufgebauten, von jeglicher Bindung an einen einzelnen Machtblock freien Westeuropas möchten ihm auch eine *militärische Rüstung* mitgegeben wissen, die — wie das die Sowjetunion mit ihrem Vorschlag einer nationalen Armee für das zu neutralisierende Deutschland meinte — erst seine politische Neutralität sicherstellen könne und seine Verteidigung gegen Angriffe, woher sie auch kämen, ermögliche. Claude Bourdet zum Beispiel, einer der bekanntesten Vorkämpfer der Verselbständigung Westeuropas, redet entschieden einer *bewaffneten* Neutralität des zu schaffenden Gebildes das Wort, da nur so Länder wie Schweden, die Schweiz, Italien und Jugoslawien dafür gewonnen und die Vereinigten Staaten in bezug auf die Abwehr eines russischen Angriffs gegen den Westen beruhigt werden könnten. Einzig ein militärisch gerüstetes Westeuropa werde von beiden rivalisierenden Weltgroßmächten geachtet werden und sein Wort in die Wagschale der internationalen Entscheidungen zu werfen vermögen.

Allein, so realpolitisch klug solche Erwägungen zu sein scheinen, so wenig entsprechen sie doch dem Gebot der Stunde. Die militärische Aufrüstung Westeuropas würde ja nur die Täuschung fortsetzen, daß der Frieden auf der Drohung mit kriegerischer Machtentfaltung — wenn auch nicht *bloß* durch sie — beruhe, während alles darauf ankommt, daß nun endlich einmal mit diesem Irrwahn gebrochen wird. Sodann: Gegen Angriffe von welcher Seite wollte man Westeuropa eigentlich bewaffnen? Eine Gefahr von Amerika her fassen die Befürworter einer westeuropäischen Bundesarmee sicher nicht ins Auge; bleibt also nur die Verteidigung gegen einen Angriff von seiten des Sowjetblockes, die vorbereitet werden müsse. Dann stehen wir aber tatsächlich auf dem gleichen Fleck wie heute, wo sich Westeuropa offen dem amerikanischen Militärsystem anschließt, um gegen eine Invasion von Osten gewappnet zu sein, und wo auch die offiziell neutrale Schweiz ihre massive Aufrüstung in Wahrheit einzig im Blick auf eine Bedrohung durch die Sowjetunion betreibt. Ein im gleichen Stil neutralisiertes Westeuropa stände moralisch ebenso selbstverständlich im amerikanischen Lager, wie das jetzt bei der Schweiz der Fall ist. *Wirkliche* Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten erfordert auch Befreiung von der Russen- und Kommunistenpsychose, die, in Amerika am stärksten wütend, auch Westeuropa in ihren Bann gezogen hat, also auch den Verzicht auf die Abwehr einer Gefahr, die lediglich das Erzeugnis dieser Psychose ist. Der wahre Grund für die russischen Rüstungen aber, die Furcht vor einem neuen Angriff von Westen her gegen das Kernland der sozialen Revolution, würde in dem Maße wegfallen, als Westeuropa durch seine militärische Abrüstung bewiese, daß es sich unter keinen Umständen zum «Kontinentaldegen» Amerikas gegen die Sowjetunion hergäbe.

Damit ist auch die weitere Einrede gegen eine unbewaffnete Neutralität Westeuropas gegenstandslos geworden, daß ein nicht kriegsbereites Westeuropa einen militärischen Leerraum darstellen würde, in den eine fremde Militärmacht mit geradezu gesetzmäßiger Sicherheit einströmen müsse. Die Sowjetunion hat, wie gesagt, keinen Grund, ein solches Westeuropa vorsorglich zu besetzen, da ihr von ihm keinerlei Gefahr mehr drohen könnte und da sie auch durch eine westeuropäische Abrüstung nicht von der seit über einem Vierteljahrhundert eingehaltenen Linie abgebracht würde, die Revolutionierung der Welt in erster Linie vom inneren Versagen des Kapitalismus und Feudalismus zu erwarten, statt von einer kriegerischen Ausdehnung ihres Machtbereiches. Amerika aber würde bald einsehen, daß es noch viel unsinniger und unmöglicher wäre, Westeuropa zum Schutz gegen einen sowjetischen Angriff mit eigenen Streitkräften besetzen zu wollen gegen den Willen der westeuropäischen Völker, als diese Völker zu freiwilligen Hilfstruppen im Kampf gegen den Kommunismus zu machen.

Nein, der wahre Schutz Westeuropas gegen jegliche militärische Unterjochung besteht in der Entwicklung seiner *moralischen* Lebens- und

Abwehrkräfte — wir haben davon in der letzten Weltrundschau kurz geredet — und damit zusammenhängend im Aufbau einer *freiheitlich-sozialistischen* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der gegenüber jeder Eroberungsversuch des Gewaltkommunismus von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Und nur ein Westeuropa, das von der Last der Kriegsrüstungen befreit ist, befreit auch von den reaktionär-demokratiefeindlichen Kräften, die sich immer auf dem Boden militärischer Rüstungen entwickeln, wird anderseits imstande sein, sich eine neue, sozialistische Gemeinschaftsform zu geben, wie sie für uns nun offenkundig zur einfachen Lebensnotwendigkeit geworden ist.

Neuer Wein in neue Schläuche! Es ist in der Tat unvorstellbar, daß ein unabhängiges, seiner Würde und Eigenart bewußtes, sein eigenes Leben leben wollendes Westeuropa auf anderer als auf sozialistischer Grundlage erbaut werden könnte. Die Vereinigten Staaten von Europa sind ja schon seit mehr als hundert Jahren nicht nur der Traum aller radikalen Demokraten und Friedenskämpfer, sondern erst recht eine Losung der Sozialisten aller westlichen Länder gewesen, von den Achtundvierziger Revolutionären über Victor Hugo und die Kommunarden bis zu Jaurès, Rosa Luxemburg und Briand. Um so grotesker nimmt es sich aus, daß es heute auch und vor allem bürgerliche Konservative und kapitalistische Reaktionäre sind, die begeistert die Europafahne schwingen: Churchill und de Gaulle, Schuman und Adenauer, Paul Hoffman und van Zeeland, die diversen Europa-Unionen und Auch-Föderalisten wie auch ihre rechtssozialdemokratischen Mitläufer à la André Philip und Kurt Schumacher. Aber wir haben ja gesehen, wie sehr das geeinigte Westeuropa, das *diese* Gruppen wollen, nur ein Stück derjenigen Welt ist, die die Segnungen eines «*amerikanischen* Friedens» genießen soll. Lasse man sich doch nicht durch die Form, in die die Länder Westeuropas gegossen werden sollen, über den Inhalt und das Wesen des neuen Gebildes täuschen: Nicht jede Föderation, nicht jede Preisgabe nationaler Souveränität ist schon an und für sich ein Fortschritt, sonst wäre beispielsweise auch das Europa, das Hitler erstrebte, ein mächtiger Fortschritt gewesen. «Es (Europa) vereinigen zu wollen, ohne es umzugestalten», so schrieb einmal J.-M. Domenach im «Esprit» (Nr. 11, 1948), «heißt den europäischen Kapitalismus vorläufig in einem Verfallszustand erstarren zu lassen, in dem er einen vorläufigen Aufschwung nur um den Preis eines politischen und menschlichen Rückschritts nehmen könnte, von dem uns die Faschismen eine Ahnung gegeben haben, heißt ein befestigtes Bollwerk im Dienste Ame-

* Der Leser sei für die wirtschaftliche Seite der Europafrage immerhin auf die gute Schrift «Die Wirtschaft im neuen Europa» von Walter Fließ (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) und auf die entsprechenden Kapitel im fünften Teil von Professor Cole's Werk über die Nachkriegswelt (Verlag Victor Gollancz, London) verwiesen.

rikas gegen die Sowjetunion errichten, und das ist nicht der Weg zum Frieden oder zur Freiheit, nicht der Weg Europas. Wenn das etwa die Absicht ehrgeiziger Militärs oder Geschäftsleute ist, so ist es durchaus in Ordnung; aber Menschen guten Glaubens gegenüber als eine Revolution auszugeben, was tatsächlich ihr Gegenteil ist — das ist ein Skandal ... Die kapitalistischen Staaten Westeuropas irgendwie einander anzugleichen und gemeinsame Einrichtungen darüber zu stülpen, das heißt nicht ‚Europa schaffen' ... Man schafft Europa nur *gegen* den Kapitalismus, durch eine tiefgreifende Umgestaltung seines ganzen Aufbaus.»

Das bleibt unbedingt wahr. Wenn Westeuropa überhaupt als selbständige Wesenheit weiterleben will, dann wird es in einem freiheitlichen, aber radikalen Sozialismus diejenige Gemeinschaftsform finden müssen, in der sich allein die besten Überlieferungen und tiefsten Antriebe seiner Geschichte fortsetzen können. Jeder Versuch, der Entscheidung für den Sozialismus auszuweichen, wird nur zur Neuzüchtung eines unfruchtbaren, ja gefährlichen Nationalismus, zu wachsender Durchdringung und Beherrschung durch den amerikanischen Kapitalismus, zur Vorherrschaft reaktionär-klerikaler Mächte und höchst wahrscheinlich, unter deutschem Kommando, zur «endgültigen» Kraftprobe mit dem Sowjetblock führen.

Ein demokratisch-sozialistisches Westeuropa anderseits wäre auf friedliche Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern des Ostens, die auf dem Fuße der Gleichberechtigung geschehen müßte, ebenso angewiesen wie auf die Pflege enger Beziehungen mit dem amerikanischen Block und der angelsächsischen Völkergemeinschaft. Von einem *solchen* Westeuropa hätte die Sowjetunion nichts mehr zu fürchten; nicht einmal die mißtrauischste und übelwollendste Propaganda wäre imstand, es als bloße Hilfskraft der kapitalistisch-imperialistischen Welt im Kampf gegen die soziale Revolution der Ostvölker hinzustellen.

Über die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben wie über die geistigen Probleme, die sich einem neuen, vereinigten Westeuropa stellen werden, kann hier nichts mehr gesagt werden; vielleicht daß wir uns in einer späteren Rundschau damit befassen werden*. Hingegen sei doch noch besonders ausgesprochen, daß die *Deutschlandfrage* kaum in einem anderen Rahmen lösbar erscheint als in dem eines neutralen, abgerüsteten und sozialistischen Westeuropa. Ein dem Westblock, wie er heute dasteht, angeschlossenes Deutschland wäre ein Unglück für Europa und die Welt. Ein bloß einseitig neutralisiertes Deutschland, mit oder ohne Nationalarmee, aber innerhalb einer Welt, die durch den Gegensatz zwischen Ost und West zerrissen wäre, würden die Deutschen selbst nicht annehmen. Abrüstung und Neutralisierung könnten die Deutschen jedoch sofort annehmen, wenn sie auf ganz Westeuropa ausgedehnt würde, als Gewähr für die Vermeidung eines Zusammenpralls der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf europäischem Boden und als Voraussetzung einer grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Neu-

ordnung unseres Erdteils. Die Deutschen *könnten* eine solche Lösung ihres Problems annehmen, sage ich, *wenn* usw. Aber das ist's eben: von einer Erfüllung dieser Bedingung scheinen wir heute weiter entfernt als je. Weder die Westalliierten noch die Deutschen selbst wollen eine Lösung des Deutschland- und des Europaproblems auf dem hier angedeuteten Wege. Die sogenannte reale Lage ist heute vielmehr so, wie sie der unter dem Decknamen Carolus schreibende westdeutsche Mitarbeiter der Neuyorker «Nation» kennzeichnet:

«Sieben Jahre nach seinem jämmerlichen Tod feiert Hitler seinen größten Triumph: Deutschland soll von der gleichen westlichen Welt wiederaufgerüstet werden, die er der Vernichtung geweiht hatte und die trotz den schweren Opfern, welche von ihr verlangt wurden, sich aufgerafft hatte, um das Ungeheuer niederzustrecken. Sieben Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wird zur Wirklichkeit, was der Führer vergeblich bis zur letzten Minute erhofft hatte: der Westen verbündet sich mit der Wehrmacht zu einem Kreuzzug gegen den Osten. Und wie in allen Tragödien shakespearischen Stils wird auch hier die satirische Nebenhandlung sichtbar: zum zweiten Mal, und diesmal mit Hilfe der westlichen Demokratien, nimmt der Hitler-Geist Besitz vom deutschen Volk, das nichts mehr mit Baracken, Kanonen und Krieg zu tun haben wollte ... Die Wiederaufrüstung Deutschlands ist der Weg zum großen Abenteuer: zu Chaos und Krieg. Die deutsche Wiederaufrüstung wird Hitlers Generäle zu Schiedsrichtern zwischen Ost und West, zu Herren über Krieg und Frieden machen. In den verzehrenden Flammen eines Dritten Weltkrieges wird Hitler seine Rache genießen — sogar in der Hölle.»

Vor dieser Aussicht scheint alles Bemühen um ein waffenloses, freies Westeuropa kindische Utopie, im besten Fall weltferner Idealismus. Aber ist solcher Widerspruch zwischen Augenschein und Wirklichkeit jemals ein Grund gewesen, vor Irrwahn und Unverstand zu kapitulieren? Noch immer hat der edle Friedrich Albert Lange recht, wenn er uns am Schluß seiner Geschichte des Materialismus erinnert: «Die Wahrheit, zu spät, kommt dennoch früh genug; denn die Menschheit stirbt noch nicht. Glückliche Naturen treffen den Augenblick; niemals aber hat der denkende Beobachter ein Recht zu schweigen, weil er weiß, daß ihn für jetzt nur wenige hören werden.»

28. Juli. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

«Die Toten bleiben jung»

Zweifellos ist Anna Seghers eine der markantesten Gestalten der zeitgenössischen deutschen Literatur und zählt vielleicht mit Ricarda Huch und Gertrud von Le Fort zu den hervorragendsten Schriftstellerinnen, auf die Deutschland stolz sein darf. Es verdient hervorgehoben zu

werden, daß Anna Seghers, die mehrere Jahre in Frankreich lebte, Vizepräsidentin des deutschen Friedenskomitees ist. In dieser Eigenschaft nahm sie an den internationalen Kongressen der Friedenspartisanen in Paris und Warschau teil.

Nach tiefschürfendem, ernstem Studium der orientalischen Sprachen, der Kunst- und Kulturgeschichte schrieb sie 1929, im Alter von 28 Jahren, ihren ersten Roman, «Der Aufstand der Fischer von St. Barbara», der ihr den Kleistpreis eintrug. Das Thema war der Aufstand der Fischer im Norden Frankreichs. Es folgten verschiedene andere Werke, so «Das siebte Kreuz», von dem ein äußerst ergreifender Film gedreht wurde, und «Transit». Bald aber sollte ihre Stimme auf deutschem Boden verstummen, denn Anna Seghers gehört zu jenen 250 Schriftstellern, die es vorzogen, ins Exil zu gehen, statt unter der Nazidiktatur zu leben. Doch ließ diese Stimme der Welt gegenüber nicht ab es laut zu verkünden, daß die Greuel und Verbrechen des Faschismus nicht das wahre Antlitz Deutschlands widerspiegelten. Am Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte sie in ihre Heimat zurück, wo sie sich in Berlin niederließ und Mitglied der Kunstakademie Ostdeutschlands wurde. Sie erhielt einen nationalen Preis für ihr gesamtes Schaffen, und der Aufbau-Verlag ist im Begriffe, eine vollständige Ausgabe ihrer Werke herauszubringen.

Nun beschenkt uns die große Schriftstellerin mit einem neuen Roman, der unserer Meinung nach ein Meisterwerk ist: «Die Toten bleiben jung», von dem bei Albin Michel, Paris, eine französische Übersetzung erscheint. Das Werk umfaßt zwei Bände und trägt als Untertitel: «Die Zeugen» und «Die Brandstifter». Dieser Roman, der mit dem Stalin-Literaturpreis bedacht wurde, erzielte trotzdem in Frankreich eine äußerst warme und günstige Aufnahme, und zwar nicht nur in der kommunistischen Presse, was ja begreiflich ist, sondern auch in den großen, rechts orientierten Zeitschriften. Es handelt sich hier um eine einstimmige Ehrung des hervorragenden Talentes von Anna Seghers, ungeachtet ihrer politischen Gesinnung. In dieser Zeit des Kalten Krieges ist dies besonders erfreulich, wenn man bedenkt, daß Graham Greene nur mit größter Mühe und nachdem er zuvor eine Ablehnung erfahren hatte, die Bewilligung erhielt, sich für die Dauer von vier Wochen nach Amerika zu begeben. Es ist zu wünschen, daß ähnliche Äußerungen von Objektivität und gutem Willen sich vervielfachen, und zwar beiderseits des Eisernen Vorhangs! Es ist zu wetten, daß die internationale Spannung merklich nachlassen würde!

Um auf den Roman zurückzukommen, ist es sicher nicht erstaunlich, daß André Wurmser sich in dithyrambischen Worten über ihn äußert. «Das ist das dritte Buch unseres Europas. Jedes der drei großen Bücher spricht zu den Menschen vom Vaterland, das sie bilden, und von dessen Geschichte. ‚Der Sturm' von Ilja Ehrenburg sagt es dem Volk der Sowjetunion. ‚Die Kommunisten' von Louis Aragon dem französischen Volk und ‚Die Toten bleiben jung' dem deutschen Volk.» Viel beachtens-

werter ist jedoch die Würdigung des Literaturkritikers in der protestantischen Wochenschrift «Réforme»: «Die Vorbedingungen für dieses grandiose Werk scheinen uns einem Äschylus ebenbürtig zu sein.» Und schließlich die Kritik von Blanzat im «Figaro Littéraire»: «Über das Leben in Deutschland während der beiden Weltkriege sind uns schon fünf oder sechs wertvolle Zeugnisse in Romanform zugänglich geworden. ‚Die Toten bleiben jung' können alle ersetzen. Was uns an diesem Roman besonders beeindruckt, ist neben dem Gleichgewicht zwischen Historie und Roman der weite Blick. Anna Seghers führt uns durch die Jahre 1919 bis 1945 und zeigt uns in seiner Ganzheit den Nazismus, seinen Beginn, seine weitere Entwicklung und die vielleicht provisorische Schlußfolgerung. Der Roman ist durchaus nicht neutral. Schon mit ihren Erstlingswerken bekundete Anna Seghers ihre Sympathien für den Kommunismus. In der Schilderung des heutigen Deutschlands, wo die Kommunisten die Hauptgegner der Nazis waren, konnte sie weniger denn je diesen Umstand verschweigen. Der ganze Roman ist auf dieser Parteinahme aufgebaut. Aber die intellektuelle Ehrlichkeit der Verfasserin, ihre stete Sorge, den Gegner zu begreifen, treten so klar zu Tage, daß sie dem Buch die Würde des Kunstwerkes verleihen und sich vorteilhaft von den propagandistischen Arbeiten unterscheiden.» Es ließen sich noch viele ähnliche lobende Äußerungen der französischen Kritik anführen.

Man muß vor allem die Weite des sozialen Panoramas bewundern, das sich vor den Augen des Lesers entfaltet, was bei modernen Romanen, wenn sie noch dazu von einer Frau geschrieben sind, äußerst rar ist. Anna Seghers verteilt ihre Helden auf sämtliche Stufen der sozialen Rangordnung. Vom Unternehmer bis zum Arbeitslosen, vom Generalstabsoffizier bis zum gemeinen Soldaten, vom rheinischen Industriemagnaten und baltischen Junker bis zum Berliner Taglöhner und Dorfhandwerker verkörpern diese Personen alle Lebensalter des Menschen.

Es ist äußerst schwierig, auf gedrängtem Raum ein Werk von 800 Seiten zu resümieren, das sich über einen historischen Zeitraum von einem Vierteljahrhundert erstreckt und das einige Dutzend Gestalten betrifft. Das zentrale Thema, von dem alles übrige seinen Ausgang nimmt, ist denkbar einfach.

Erwin, der mit knapper Not aus dem Ersten Weltkrieg als Kommunist zurückkommt, wird eines Tages (wir schreiben 1919) in einem Vorort Berlins von den Weißgardisten gefangen genommen. Es darf nicht vergessen werden, daß dies die Zeit des Spartakistenaufstandes, die Zeit Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs war. Das Los des jungen Menschen ist besiegelt. Auf der Stelle wird er von seinen Feinden hingerichtet, die auf ihn ganz oberflächlich die Kriegsgesetze anwenden, die viereinhalb Jahre lang auf dem Schlachtfelde in Geltung standen. Doch bevor Erwin den Tod erleidet, ist es ihm noch vergönnt, seinen Mördern zuzurufen: «Ihr könnt heute noch mit mir abrechnen. Aber die Reihe wird auch an euch kommen!»

Dieser umfangreiche Roman vermittelt uns anschaulich die Richtigkeit dieser Worte. Aber erst sechsundzwanzig Jahre später werden sie sich erfüllen; noch muß die Katastrophe des nazistischen Abenteuers abgewartet werden. Wie dem auch sei, alle, die an der Ermordung Erwins teilgenommen haben, müssen einer nach dem andern diese Tat mit ihrem Leben bezahlen. Der Hauptverantwortliche, Kurt von Klein, ist der erste, der durch seinen entlassenen Chauffeur in den Tod getrieben wird, denn dieser ist über die Behandlung durch seinen Herrn, dem er in Kriegs- und Friedenszeiten stets aufopfernd gedient hat, empört. Es kommen beide um. Der den Mord an Erwin verübte, ein aktiver Offizier, macht am Ende des Zweiten Weltkrieges in dem Augenblick seinem Leben ein Ende, als er an der russischen Front in die Hände der Roten Armee zu fallen droht, die die deutsche Abwehrlinie durchbrochen hat. Kurze Zeit vorher ist ein anderer Offizier, der gleichfalls an der Ermordung Erwins teilgenommen hatte, von Freischärlern an der baltischen Front umgebracht worden. Und schließlich wurde der fünfte der Mörder, ein Bauer, der beim Vormarsch der Deutschen in Frankreich im Juni 1940 die Abenteuer des Soldatenlebens der harten Fron der Landwirtschaft vorzog, in einem französischen Dorf erschossen. Die Voraussage Erwins ist eingetroffen. Aber er selbst hat eine Nachkommenschaft, eine nachgeborne Familie, die in seinem Geiste weiterlebt. In erster Linie Marie, die Geliebte Erwins, eine einfache Magd in einem Gasthof, eine Frau aus dem Volk, unwissend und zugleich von innerem Adel erfüllt, wohl eine der schönsten Frauengestalten der zeitgenössischen deutschen Literatur. Da ist ihr Mann, Geschke, ein Arbeiter, aufrichtiger und guter Sozialdemokrat, der bei einem Bombenangriff auf Berlin sein Leben einbüßt. Auch sein Kampfgefährte Martin führt weiter eine heimliche Existenz, die normale Existenz der Kommunisten im Dritten Reich. Dem Anschein nach könnte man glauben, daß das Leben ohne Erwin wieder in seine Rechte tritt. Und doch ist es nicht nur Martin, der, von Sorgen und Gefahren gequält, von denen sein tägliches Dasein erfüllt ist, von Zeit zu Zeit seinem verlorenen Freund eine flüchtige Erinnerung weiht. In Wirklichkeit wird uns in «Die Toten bleiben jung» Erwins Gegenwart unablässig nahegebracht. Sein Geist lebt erneut und mit eindrücklicher Macht in Hans, seinem Sohn, den er mit Maria hatte; denn von Kindheit an und auch als Jugendlicher wußte Hans sich, allen Versuchungen seiner Zeit zum Trotz, den Sinn für Gerechtigkeit und Menschlichkeit zu bewahren. Durch eine tragische Wiederholung der nämlichen Ereignisse wird Hans gleichfalls von einem der Männer getötet, die seinen Vater mordeten, und mit den gleichen Worten, die dieser einst ausgesprochen hatte: «Machen wir damit ein Ende!»

Doch Hans und die Seinen enden nicht, werden niemals enden. Denn ebenso wie Maria für Erwin, wird das junge Mädchen, das Hans sich zur Gefährtin genommen hatte, ewig auf ihn warten, weil durch den Sohn, den sie gebären wird, Hans genau so jung bleiben wird wie Erwin,

ewig jung und unsterblich wie das Volk. Und gerade dieses symbolische Ereignis verleiht dem Roman von Anna Seghers seinen wahren Sinn. Wenn auch die Verfasserin im politischen und menschlichen Bereich Partei ergreift, vermeidet sie dies als Schriftstellerin und Künstlerin. Gerade darauf beruht ihre Kraft. Sie überhäuft keine der dargestellten Personen. Sogar die verwerflichste wird uns verständlich gemacht. Sie erklärt sie uns. Aber nicht, indem sie die Taten unters Mikroskop nimmt und studiert, sondern durch das Aufzeigen der drohenden, nie verscheuchbaren Arbeitslosigkeit und des Arbeiterelendes während eines so langen, niemals unterbrochenen Zeitabschnittes, die uns besser Aufschluß geben über die Entstehung und Annahme des Hitlerismus als die beredtsten Reden. Wir sehen den Haudegen Nodler vor uns, den vom Militärgeist durchdrungenen Bauern, von dem wir schon gesprochen haben, wie er im Sportpalast Goebbels lauscht und in dessen Worten sein eigenes Sinnen und Trachten erkennt, das ihm bis dahin nicht so klar zum Bewußtsein gekommen war. Einige Figuren dieses Romans leben im Unmenschlichen. Aber man könnte sie nicht ausschließlich als Scheusale bezeichnen. Ihre Vorurteile, mehr noch die Vorurteile ihrer Familie, entbehren manchmal nicht der Größe. Anna Seghers zeigt hier deutlich, wie die Opposition des Proletariats durch die Feigheit der einen, den Verrat der andern, durch das Zaudern der falschen Vernunftprediger, durch die geriebene Schlauheit der Nazis und schließlich durch die Uneinigkeit und Unwissenheit im allgemeinen zur Ohnmacht verurteilt war. Niemals tritt irgendein «Deus ex machina» in Erscheinung, oder ein Henker, ein völlig Verworfener, auf den es zweifellos leicht und bequem wäre, den ganzen Haß, den der Nazismus verdient, und die ganze Schuld, die diese Leute gemeinsam auf sich geladen haben, zu übertragen. Von selber gelangen wir allmählich zur Erkenntnis, wo in Wirklichkeit der Abgrund sich auftat und wie die Völker hinabstürzen, indem sie sich *untätig der Fatalität, dem Sichtreibenlassen unterordnen.* Welch große und immer aktuelle Lehre!

In keinem Augenblick erweist sich Anna Seghers theoretisch oder belehrend in der Schilderung der Ereignisse. So entdecken wir nirgends Betrachtungen über den Antisemitismus. Aber man sieht hinter dem Gitter, das die Villa eines reichen Juden schützend umgibt, eine Bande von Wut entfesselter Menschen. Sie sehen die herrlichen Lüster, die dieses gräßliche Individuum dem deutschen Volk entwendet hat, sie sehen die Museumsstücke, die unbedingt und ohne Aufschub der betrogenen Volksgemeinschaft zurückzugeben sind. Es muß ein Exempel statuiert werden! Und was übrig bleibt, soll geplündert werden, sei es auch nur, um diesem Elenden beizubringen, was es heißt, die Reichtümer des Volkes anzuhäufen. Sie begehren unter wildem, unablässigem Klopfen Einlaß an der Türe der Villa und zittern schon vor Ungeduld, endlich ihren Racheinstinkten freien Lauf lassen zu können. Das Stubenmädchen öffnet schließlich. Hier Levy? Nein, der ist nebenan. In

dieser Villa wohnt der Gauleiter Haenisch. Die verblüfften Nazis gewinnen rasch wieder ihre Fassung. Sie werden sich schadlos halten, wenn sie andere Möbel zerschlagen, andere Lüster einsammeln werden zugunsten der Volksgemeinschaft . . . oder Görings!

Anna Seghers Haltung gegenüber dem religiösen Empfinden ist besonders hervorzuheben, und wir staunen, daß unseres Wissens bisher kein einziger Kritiker darauf hingewiesen hat, daß diese Schriftstellerin, die sich offen zur marxistischen Doktrin bekennt, wiederholt das größte Verständnis und sogar die lebhafteste Sympathie bekundet hat für alles, was die Seele und den religiösen Glauben betrifft, worüber wir selbst verwundert sind.

Die Frau eines der fünf Männer, die seinerzeit Erwin getötet haben, ist mit ihrem Kind dem Tode nahe. Sie erforscht ihr Inneres und gelangt zum Bewußtsein einer ganz anderen Wahrheit als jener, auf der bis dahin ihr Dasein beruhte. «Endlich», dachte sie, «sind wir beide beisammen. Wenn ich nur beten könnte. Ach, wenn Du unser Vater, der Du im Himmel bist, nur existiertest! Dein Name wäre geheiligt, Dein Reich würde kommen, Dein Reich und nicht das angeblich tausendjährige, von dem man uns bis zum Ueberdruß die Ohren vollpfropft. Dein Wille würde geschehen auf Erden und im Himmel, und nicht der Wille des Führers, der sich in einem Geschwader von Flugzeugen im Himmel und von Bomben auf der Erde äußert. Du würdest uns unser tägliches Brot geben und ich würde satt sein, statt diese andauernde Leere und den Hunger zu spüren; dieses ewige Sehnen und Sorgen existierte nicht, sondern etwas, was uns die Empfindung von Erfüllung geben würde. Du würdest uns nicht in Versuchung führen, all das anzunehmen, was sich uns bietet: flüchtige Liebschaften, Geld, Geschenke. Nicht einmal das Kind von diesem Lieven, der mir schon seit langem nicht mehr gefällt; auch nicht das Schloß, an dem ich so hing. Du würdest uns unsere Schuld vergeben, meine inbegriffen, – weil mir immer darum zu tun war, intensiv zu leben, direkt auf das Ziel lossteuernd, und nie habe hören wollen, was meinen Genuß hätte beeinträchtigen können, – wie wir auch denen vergeben, die unsere Schuldiger sind. Aber wie könnten uns diese Armen verzeihen, die man ganz nackt, wie das liebe Vieh, vor sich hergetrieben hat? Du, mein Gott, Du würdest dieses Kunststück fertigbringen, uns alle unsere Fehler zu vergeben. Bei Dir würden wir denselben Frieden finden wie daheim. Denn daheim ist immer der Frieden, sogar jetzt. Auch der Schnee ist Frieden. Gesegnet sei Dein Reich, Deine Macht und Dein Ruhm. Amen.» Und gegen das Ende des Buches drückt ein verwundeter Soldat, der im Roman nur eine episodenhafte Figur ist, die gleiche geistige Realität aus, wenn er die Worte ausruft: «Wie ist sie doch dünn, die Firnisschicht auf dem armen menschlichen Vieh! . . . Wie leicht wiegt doch all das Wissen, das die Menschen sich im Laufe von einigen tausend Jahren angeeignet haben . . . Jetzt muß alles wieder vom Beginn

anfangen, von den zehn Geboten: ‚Du sollst nicht töten. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Hab und Gut, usw.'»

Die Frau, die diese Zeilen und diesen an erster Stelle stehenden Roman geschrieben hat und von umfassender, fast kosmischer Erhabenheit erfüllt ist, erweist sich zweifellos nicht nur als große Schriftstellerin, sondern auch als eine mitfühlende, edle und großmütige Seele.

Serge Radine

«Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens»

Unter diesem Titel ist soeben der erste Band der seit zwei Jahren laufenden Familienstudien der Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg, erschienen (Ardey-Verlag, Dortmund), DM 6.60. Das Buch bringt vor allem eine Untersuchung der unterschiedlichen sozialen Leitbilder, die die Beziehungen der Ehegatten zueinander, der Eltern und Kinder und der Familie zu den Verwandten bestimmen.

164 je 15 bis 70 Schreibmaschinenseiten umfassende Beschreibungen (Monographien) einzelner Familien aus dem Bundesgebiet nördlich des Mains sind das ausführliche Material, das dieser soziologischen Analyse zugrunde liegt. Im ersten Teil wird an einer dieser umfassenden Familienmonographien die Methode der Untersuchung besprochen. Dieser Abschnitt dürfte besonders die Soziologen, aber auch alle Lehrer an Volksschulen, höheren Lehranstalten, Volkshochschulen, sozialpädagogischen Ausbildungsinstituten, Lehrerbildungsanstalten usw. interessieren, die Sozialerziehung betreiben und dabei nicht bei der Vermittlung von Erkenntnissen theoretischer Soziologie stehenbleiben, sondern ihre Schüler selbst zur Beobachtung sozialen Lebens anregen wollen.

Der zweite Teil bringt zunächst eine Analyse der Gattenbeziehungen. Wir lernen eine erste Gruppe von Familien mit vorwiegender Geltung eines patriarchalischen Leitbildes, eine zweite mit Konkurrenz eines patriarchalischen und des Leitbildes der Gleichrangigkeit, eine dritte mit Vorwiegen der Gleichrangigkeit und schließlich eine Gruppe mit Vorranganspruch der Frau kennen. Jedesmal werden die sozialen Faktoren herausgearbeitet, die zur Geltung dieser Leitbilder führen und vor allem die *Auswirkungen auf den Zusammenhalt der Familie* untersucht.

Die Ergebnisse dieser Analyse Dr. *Wurzbachers* sind sicherlich für die gesamte Öffentlichkeit sehr aufschlußreich, insbesondere aber für Juristen, kirchliche und kommunale Eheberater und alle Menschen, die sich laufend mit Familienfragen zu befassen haben. Ganz besonders möchten wir wünschen, daß jene Persönlichkeiten, die maßgeblich an den öffentlichen Diskussionen und den Beratungen im Bundestag über die Änderung des Familienrechts beteiligt sind oder sein werden, das vorgelegte Material durcharbeiten, bevor sie Stellung beziehen. Es zeigt sich nämlich auch bei der Familienforschung wieder, daß zwischen herkömmlichen theoretischen Ansichten und dem wirklichen Leben, dessen Probleme wir begreifen und der Lösung nahebringen müssen, große Unterschiede bestehen.

Der zweite Teil untersucht dann die Eltern-Kind-Beziehungen. Wir lernen sehr unterschiedliche Strukturen dieses Verhältnisses kennen: Das Kind vorwiegend Arbeitskraft, vorwiegend Belastung, vorwiegend Instrument familialen Prestiges, Übertragung elterlicher sozialer Hoffnungen auf das Kind, das Kind Ersatzperson für mangelhafte oder fehlende Partnerbeziehungen und das eigenständige Kind. Wiederum werden jeweils die sozialen Fakten und Auswirkungen solcher unterschiedlicher Leitbilder untersucht. Gleichermaßen analysiert der Verfasser die Verwandtenbeziehungen. Der letzte Teil bringt die sozialpädagogischen Folgerungen, nachdem die Untersuchung ergab, daß das wesentlichste Merkmal der modernen Kleinfamilie ihr «Aufsichgestelltsein» ist. Sie ist nämlich nicht mehr wie früher in Verwandtschaft, Nachbarschaft, Sitte und religiöse Gemeinde eingeordnet, die eine feste Stützung und

Führung gaben, sondern der Einzelne steht bei seiner jeweiligen familialen Aufgabe — sei es bei der Partnerwahl, der Lösung aus dem eigenen Eltern-Kind-Verhältnis oder der Gestaltung einer Gatten- oder Eltern-Kind-Beziehung — jener verwirrenden Vielfalt von Vorbildern (positiven und negativen) und sozialen Einflüssen gegenüber, wie sie unsere moderne Gesellschaft kennzeichnen.

Anregung zu Eigenständigkeit und Selbstgestaltung auf der einen, Willkür und Richtungslosigkeit auf der andern Seite sind sozial nützliche wie schädliche Folgen, und es zeigt sich, daß auch die moderne Familie der Stützung durch die Gesellschaft bedarf. Dies durch Rücksichtnahme der Großinstitutionen des wirtschaftlichen und politischen Lebens, die den Familienvater oft so einspannen, daß die Untersuchung von familienentfremdender «Berufsgeprägtheit und -verengtheit» vieler Männer spricht, Stützung aber auch durch bewußtere Sozialerziehung als bisher. Wir glauben, daß mit dieser Arbeit ein wertvoller, weil objektiver Beitrag geliefert worden ist, der mithelfen kann, die öffentlichen Diskussionen über die sozial so wichtigen Institutionen Ehe und Familie aus dogmatischen Gegensätzen herauszuheben. *Kurt Fiebich*

Ernst Stähelin: «Die Verkündigung des Reiches Gottes in der Kirche Jesu Christi» I. Verlag Friedrich Reinhardt AG, Basel.

Der Basler Professor für Kirchengeschichte, der manchen unserer Freunde durch seinen Vortrag am Ferienkurs in Obstalden bekannt ist, hat mit der Herausgabe dieses wichtigen, auf vier Bände berechneten Werkes begonnen. Es handelt sich um Zeugnisse von der Verkündigung des Reiches Gottes aus allen Jahrhunderten und allen Konfessionen. Ebenso wie die Auswahl unter einem universellen Gesichtspunkt getroffen wurde (auch die sogenannten Ketzer werden berücksichtigt, soweit ihre Werke erhalten geblieben sind), möchte sie auch allen möglichen Kreisen dienen, angefangen bei den theologischen Fachkreisen, die damit ein bedeutendes Nachschlagewerk zur Verfügung gestellt bekommen, das ihnen in fast allen theologischen Disziplinen ein Helfer und eine Bereicherung sein wird, bis zu jenen Christen, denen die Zeugnisse dieser Botschaft vom Reiche Gottes eben als Zeugnisse aus der Geschichte der Sache Christi wertvoll sein werden.

Der erste Band umfaßt den Zeitraum «von der Zeit der ersten Apostel bis zur Auflösung des Römischen Reiches». Er enthält auch für den studieren oder studierenden Theologen vieles, das ihm nur durch ein spezielles und eingehendes Quellenstudium zugänglich wäre. Wie wertvoll ist es aber, wenn sich eine Sache in ihren eigenen Zeugnissen und nicht in bloßen Kompendien oder Geschichtswerken erschließt! Prof. Stähelin leitet dazu jeden «Zeugen» oder jedes Zeugnis mit einer kurzen geschichtlichen Orientieurng ein, die wiederum sowohl dem Fachmann wie dem Laien willkommen sein wird.

Eine Frage hat sich dem Schreibenden gleich zu Beginn der Lektüre gestellt: Hätte dieser Band nicht mit dem Zeugnis des Alten Testaments vom Reiche Gottes beginnen sollen? Es ist ja das Bedeutsame dieser Botschaft, um ein Wort von Leonhard Ragaz zu gebrauchen, daß sie «Kern und Stern» der ganzen Bibel wie der Sache Christi selbst ist und das Zeugnis des Alten Testaments für die Gemeinde Christi (wie wir lieber sagen statt «Kirche») zum lebendigen Zeugnis des Reiches Gottes und seines Christus gehört. Noch etwas möchte ich in diesem Zusammenhang sagen: Wäre nicht, gerade um die Lebendigkeit, die überzeitliche und gerade darum in allen Zeiten so wirksame Aktualität dieser Verkündigung noch mehr herauszustellen, der Zusammenhang der Botschaft vom Reiche Gottes mit der Botschaft von der Sendung und Wirksamkeit des heiligen Geistes auch in der Auswahl der Stücke noch mehr herauszuarbeiten gewesen? Vermißt habe ich hier vor allem das Zeugnis Jesu vom Parakleten in den Stücken aus dem Johannes-Evangelium.

Doch die Auswahl aus einem großen Reichtum ist ja immer das schwerste Stück einer solchen Arbeit. Wir freuen uns, daß Herr Prof. Stähelin uns diesen Reichtum nun auch in deutscher Sprache zugänglich gemacht hat, und möchten mit allem Nachdruck auf diesen und die kommenden Bände hinweisen. *Albert Böhler.*

Georg Wünsch: «Der Mensch im modernen Materialismus als Aufgabe christlicher Verkündigung». Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen.

Mein einstiger Marburger Lehrer hat sich diese Frage immer wieder neu gestellt. Schon in seinem Buche «Wirklichkeitschristentum» (im gleichen Verlag erschienen) taucht sie auf und wird in diesem Vortrag weitergeführt. Er möchte dabei echter Wahrheit und Wirklichkeit vermittelnder Erkenntnis Bahn brechen und wendet sich gegen allen Illusionismus religiöser und philosophischer Art, der sich gleichsam der Prüfung durch den Materialismus in seinen verschiedenen Prägungen und Wurzeln leichthin entzieht. Denn mit Recht betont Prof. Wünsch, daß der Mensch unserer Zeit (auch der an Christus glaubende) weitgehend bestimmt wird durch die verschiedenen Arten des Materialismus, auch wenn er sich, wie das im «Westen» der Fall ist, noch so idealistisch gebärdet. Hier kann der Vortrag auf treffliche Weise den Dienst leisten zur «Redlichkeit» und zum Ringen um wahre Erkenntnis führen. Im einzelnen freilich könnte man zu einer andern Deutung der verschiedenen Materialismen kommen. So kann man etwa das, was Prof. Wünsch im Abschnitt über den naturalistischen Materialismus sagt und worin er über die Aussagen der modernen exakten Wissenschaften (Physik, Biologie usw.) referiert, doch mit guten sachlichen Gründen als einen «Durchbruch des lebendigen Gottes in die Welt des Denkens hinein» verstehen, wie das Leonhard Ragaz in seinem Buche «Die Botschaft vom Reiche Gottes» (Verlag Herbert Lang & Cie., Bern) zeigt. Im letzten Kapitel des Vortrages, der zur Frage der Offenbarung führt, zeigt Prof. Wünsch, wie die Bezeugung des christlichen Glaubens, die aus der Offenbarung erwächst, allein durch seine Bewährung in der echten Liebe, der Christusliebe, auch den Menschen im Materialismus unserer Zeit zu erfassen vermag. *Albert Böhler*

Hedwig Wolff: «Frauendienst in der Kraft Gottes». Verlag Heinrich Majer, Basel.

Diese «Geschichte der weiblichen Diakonie», die zunächst als Handreichung für die lernenden Diakonissenschwestern gedacht ist (und diesen Zweck sicher trefflich erfüllt), übermittelt in ihrer Art vieles vom gewaltigen «Epos der Liebe», das die Geschichte der Sache Christi durchzieht. Das Feuer und die Kraft der errettenden und erlösenden Liebe Christi, die die Hinwendung des Menschen zum Reiche Gottes bewirkt, worin alle «Herrschaft» des Menschen über den Menschen im Sinne des Weltreiches aufgehoben ist zugunsten eines umfassenden Dienstes (das heißt ja Diakonie) des Menschen am Menschen, leuchten uns aus dieser Darstellung der weiblichen Diakonie entgegen, die schon so viele Frauenseelen zu entzünden vermochte. Wir freuen uns dieser Gabe von Hedwig Wolff, die als Schülerin von Leonhard Ragaz und als Leserin der «Neuen Wege» vielleicht auch einmal in diesen Blättern uns eine Seite aus dem «Epos der Liebe», der Geschichte der weiblichen Diakonie, erzählen könnte. *Albert Böhler*

Wilhelm Mensching: Jesus und der Krieg. Verlag Freundschaftsheim Bückeburg.

Auf diese Broschüre möchten wir ebenfalls nachdrücklich hinweisen. Hier trifft man auf keinen theologischen Sophismus oder auf religiöse Zweideutigkeiten, sondern auf eine selten klare Herausarbeitung der Stellungnahme des wirklichen Jesus zum Kriegsproblem seiner Zeit. Denn Jesus hat wirklich Stellung bezogen. Das ganze neutestamentliche Zeugnis gibt darüber eine sehr eindeutige Auskunft, gerade wenn man diesen Jesus in der *Geschichte seiner Zeit* mit ihren Kämpfen und Entscheidungen sieht und sein Wort, seine Taten und Entscheidungen ernst nimmt.

Die Arbeit ist in drei Hauptabschnitte gegliedert. 1. Jesu Kriegserlebnisse und die Ergebnisse. 2. Jesu Friedensarbeit in Innen- und Außenpolitik seines Volkes. 3. Jesu Weiterwirken für den Frieden über seinen Tod hinaus. Hier kommt echter biblischer Realismus zum Ausdruck und der Glaube, der wirklich der Sieg ist über die Kriegswelt auch unserer Tage. *Albert Böhler*

Nationalrat Emil Frei: «Mißbrauchte Mütterkraft.» Verlag Genossenschaftsbuchhandlung Winterthur.

«Ohne gesunde Mütter keine gesunden Familien», das war die Losung der letztjährigen Bundesfeiersammlung. Das Losungswort ist sicher richtig, doch sieht manches in der Praxis anders aus, als sich das viele patriotische Vielredner vorstellen mögen. Davon gibt uns die kleine Schrift von Emil Frei, die man nicht ohne innere Anteilnahme lesen kann, eindrückliche Beispiele. Wir möchten das Heft in der Hand eines jeden Schweizers wissen. «Vaterland! Heilige wieder dieses alte Fundament deiner Wohnstube!», sprach einst Pestalozzi. Solange aber im Lande Pestalozzis Tausende von Müttern unter schwersten Bedingungen gezwungen sind, mitzuverdienen, damit die Familie überhaupt existieren kann, versündigen wir uns gegen den Geist dieses großen Menschenfreundes. So wird heute vielerorts an Mutterkraft Raubbau getrieben. Dabei wird von Natur aus der Mutter eine ganz besondere Aufgabe zugedacht. Wie schwer eine Frau, die als Heimarbeiterin oder gar in einer Fabrik den größten Teil vom Tag verbringt, es hat, ihren Hausfrauen- und Mutterpflichten nachzukommen, läßt sich nur schwer ermessen. Neben all den vielen Hausfrauenpflichten kommen noch die Kinder mit ihren Anliegen. Das natürliche Zärtlichkeitsbedürfnis von Mutter und Kind sollte Befriedigung finden. Wir treffen unter diesen Frauen, die Übermenschliches leisten, ... stille Heldinnen des Alltags. Das Ganze ist eine Anklage gegen ein System, das den Profit mehr achtet als den Menschen. Schaffen wir eine Volksgemeinschaft, in der die Mutter wieder Mutter sein kann. Bilder von Käthe Kollwitz geben der Schrift ein ernstes, würdiges Gepräge. *Hansruedi Zbinden*

Fritz Wartenweiler: «Was tun wir für den Frieden?» (Zweite Folge.) Rotapfel-Verlag, Zürich. Preis Fr. 3.95.

Si vis Pacem, para Pacem. Willst du den Frieden, arbeite für den Frieden. Für den Frieden sich einzusetzen, sollte die dringendste Aufgabe eines jeden Menschen sein. Recht wenig Menschen haben das erfaßt. Wohl wird viel von einem kommenden Kriege gesprochen, aber viele Menschen nehmen das hin als etwas Schicksalhaftes, Selbstverständliches. Dabei sollten wir uns täglich auf die Frage besinnen:

«Was tun wir für den Frieden?» Die vorliegende Schrift möchte ein Weckruf sein und gibt verschiedene Vorträge aus verschiedenen Zeitpunkten wieder. Mag man da und dort auch anderer Ansicht sein als der Verfasser, so muß man doch das Friedensstreben Wartenweilers als ehrlich und aufrichtig anerkennen. Grundsätzlich ist ja überhaupt jede Schrift zu begrüßen, die einen echten, auf Gerechtigkeit fundierenden Friedenswillen zum Ausdruck bringt. Gerechtigkeit ist erste und wichtigste Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. Mit einem ergreifenden Hinweis auf Fridtjof und Odd Nansen nimmt das Buch seinen Abschluß. Allen, denen der Kampf um Frieden und Gerechtigkeit Herzensangelegenheit ist, möchten wir diese Lektüre empfehlen.

Als willkommene Diskussionsgrundlage wird man diese Schrift in vielen Kreisen begrüßen. *Hansruedi Zbinden.*

Denke an mich ....

Einer aber von den aufgehängten Übeltätern lästerte ihn: «Bist du nicht der Christus? Rette dich und uns!» Aber der andere schalt ihn, antwortete und sprach: «Nicht einmal du fürchtest Gott! Denn du bist im selben Urteil, und wir zwar mit Recht; denn wir erhalten, was unsere Taten verdienen. Aber dieser hat nichts Ungehöriges getan. Und er sagte: «Jesus, denke an mich, wenn du in dein Königtum kommst. Und er sagte ihm: «Wahrlich, ich sage dir: Heute wirst du mit mir im Paradiese sein.»

(Lukas 23, 39—43, Übersetzung von A. Schlatter.)

Alle, die am Kreuze Jesu weilten oder vorübergingen, verspotteten und höhnten ihn. Auch die beiden Verbrecher, die zu seinen Seiten am Kreuze hingen, höhnten Jesus. In der Erzählung des Lukas tut dies wenigstens der eine von ihnen. Das Höhnen des Verbrechers bedeutet etwas anderes als das Höhnen der Umstehenden. Wann immer wir uns mit dem Leben, dem Denken und Fühlen eines Verbrechers, eines Übeltäters auseinandersetzen, werden wir auch dieses Höhnens des Verbrechers an der Seite Jesu gedenken müssen. In seinem Höhnen liegt der Schlüssel zu seinem Verbrechertum, aber auch zu seinem Menschentum.

Wir wollen nun aber auf den zweiten Übeltäter blicken und das Wesentliche, das uns aus seiner erschütternden Zwiesprache mit Jesus offenbar wird, klar zu erfassen versuchen, damit es uns helfe.

Da ist einmal die innere Bereitschaft des Übeltäters, seine Schuld zu erkennen. Diese Erkenntnis betäubt die körperliche Qual und macht sein Herz empfänglich für das Licht Jesu, das zu ihm hinüberstrahlt. Nur die Einsicht in seine Schuld läßt ihn auch Jesus ein-sehen. Er erkennt ihn ohne Hemmung, und seine Seele wendet sich unmittelbar ganz ihm zu, ohne Vorbehalt, ohne Scheu, ohne Anmaßung, ohne Kriecherei. Und so allein kann das Wunder geschehen, daß er Jesus auch anspricht und daß er das rechte Wort findet: «Denke an mich ...» Keine zweifelnde Frage, kein verzagtes Flehen, keine unmögliche Forderung liegt darin, wohl aber eine schlichte, unmittelbare Ansprache von Mensch zu Mensch, von Bruder zu Bruder, vom Gestrauchelten zum einzigen, der auf-heben kann. Kein Edelmann, kein Priester, kein Gebildeter, kein Tugendhafter könnte sich würdiger, echter und der Situation gemäßer ausdrücken, niemand, der nach Menschengesetz schuldlos sich meint, könnte schöner, wahrhaftiger und rührender empfinden. Ja, wir dürfen sagen, daß diese Worte des Verbrechers auch im reinsten Sinne *Geistesgegenwart* verkörpern.

Wir mühen uns ab, durch stufenweises Erklimmen immer höherer Tugendgrade, durch Läuterungen allmählich so zu werden, daß auch die Welt besser werde. «Zuerst muß der einzelne Mensch besser werden, dann erst kann auch die Welt als Ganzes besser werden.» Ja, wie lange wollen wir da noch warten? Drehen wir uns da nicht einfach

immer nur um uns selber? Der Verbrecher am Kreuz zeigt uns: Ein Augenblick ist entscheidend, nämlich die Wendung von sich weg zu Jesus mit der Bitte: «Denke an mich . . .»

Und Jesus bestätigt ihn. Er sagt nicht: «Einmal wirst du erlöst sein, aber du mußt noch lange warten und an dir arbeiten und immer besser werden. Wie viele sind schon um unzählige Stufen höher gestiegen als du und kommen also zuerst daran. Dich aber kann ich noch lange nicht brauchen.» Nein, Jesus sagt: «*Heute* noch wirst du *mit mir* im Paradiese sein.» So selbstverständlich ist das, so göttlich und so menschlich selbstverständlich.

Wer aber mit Jesus im Paradiese ist, kann der noch böse bleiben? Kann er Gefahr für die Menschen bedeuten? Kann er andern, die gut sein wollen, die Jesus suchen, im Wege stehen? Wessen bedarf die Welt mehr – des Menschen, der mit Jesus im Paradiese ist und dadurch auch seine Kraft und Vollmacht bekommt, oder desjenigen, der sich um seine menschliche Vollkommenheit bemüht, aber nie die Bitte an Jesus stellt: «Denke an mich . . .», diese Bitte, welche die eindeutige Wendung zu Jesus, die eindeutige Umkehr des eigenen Wesens, die eindeutige Abwendung von weltlichen Mächten bedeutet?

«Heute» – dieses Wort, das uns Heilung verheißt und das uns zur Antwort, zur Wirklichkeit wird, wenn wir uns an Jesus und zu Jesus wenden – dieses Wort soll uns gerade jetzt auf dem Herzen brennen, wo es, wie noch nie, darauf ankommt, daß *heute* eine Umkehr geschieht. Die spontane Hinwendung zu Jesus, wie sie der Verbrecher vollbrachte, ist es, was uns vor allem andern nottut und was uns auch allein spontan, eben *heute*, helfen würde. *Carmen Weingartner-Studer*

Vor allem eines: Aufrichtigkeit!

Über eines sei dir klar, du, der du dich Christ nennst: du kannst dich von deinem Vaterland in eine Uniform stecken lassen; du kannst dich zum systematischen Menschenmord erziehen lassen; du kannst dich zum Agenten all der teuflischen Vernichtungswaffen machen lassen; du kannst die Früchte dieser Erziehung zum systematischen Menschenmord im Ernstfall unter Beweis stellen, wenn du im Namen des Vaterlandes oder irgendeiner Idee zum legitimierten Massenmörder wirst; du kannst in ein Flugzeug steigen und dir unbekannte Menschen und Städte mit Bomben «ausradieren» – all das kannst du tun, aber, dies merke dir: mit Christus hat das nicht nur nichts zu tun, sondern es ist Verrat an Christi Geist. Du nennst dich Christ, weißt du nicht, daß Christus die Feindesliebe gelebt und gelehrt hat?

Laß dich warnen! Sei aufrichtig! Denn wenn du dich Christ nennst,

ohne den zu wollen, dessen Namen du trägst, dann bist du ja ein Schwindler und Heuchler und Schwätzer. Hüte dich! Sei dir klar darüber, daß du fälschlicherweise den Namen Christi trägt, und dies bedeutet, daß du den Namen dessen erniedrigst und beschmutzest, der zu unserer Erlösung gekommen ist.

Nimmst du Christus so wenig wichtig, dein Selbst jedoch so überwichtig, daß du, Vermessener, es wagst, Christus für deine egoistischen, unchristlichen Zwecke zu mißbrauchen, ohne zu erkennen, daß der Name Christi einem die größte und schwerste Verantwortung auferlegt, die ein Mensch überhaupt tragen kann? Bist du derart leichtfertig, daß du die Worte ewiger Wahrheit in den Wind schlägst oder sie frevelhaft für deine zeitlichen Utopien mißbrauchst, ohne zu erkennen, daß am Ende der Zeit und ihrer Utopien die ewige Wahrheit diese Welt richten wird?

Und wehe dann, wenn du den Namen Christi mißbraucht hast, wenn du ein Heuchler und Schwindler und Schwätzer warst! Wehe dir, wenn du gedankenlos und leichtfertig dich Christ zu nennen wagst!

Laß dich warnen! Sei aufrichtig! Wirf Christus ab von dir – oder folge ihm nach. Auf jeden Fall: sei aufrichtig und entscheide dich! Christus *und* dieses unheilige, egoistische Leben – das gibt es nicht. Du kannst nicht Gott *und* dem Mammon dienen.

Das ist ja gerade dein und unser Verbrechen: wir wollen den Mammon und Gott noch dazu. Wir wollen dieses Leben gewinnen und die ewige Seligkeit noch dazu. Mach endlich deine Augen auf! Schau dieser furchtbaren Wahrheit ins Gesicht:

Hunderte Millionen von Menschen, ungeläuterte, egoistische Menschen, die mit dem kapitalistischen Ideal der freien Machtentfaltung für jedermann über diese Erde hergefallen sind und – das darf man wohl behaupten – diese Erde in ihrem Geiste umgewandelt haben, nennen sich Christen. Halt nur still, du Feigling, blick dem unerbittlichen Spiegel der Wahrheit ins Gesicht: wie der Egoismus des Einzelmenschen zum Familienegoismus wächst, dieser zum Stamm- und Sippenegoismus, zum Staatsegoismus, schließlich zum Ost- und Westblockegoismus – was ist denn diese Welt anderes als die gewaltig-furchtbare Manifestation des menschlichen Egoismus?! Immer weiter ist dieser Egoismus gewachsen, immer größer ist er geworden, immer mehr hat er Früchte getragen ... wie ein Spinnennetz hat er sich um die ganze Welt gelegt und hat alle Menschen in seine Gewalt verstrickt.

Ja, mache die Augen auf, auch wenn die Wahrheit dich niederschmettert: der Egoismus ist zur ausschließlichen Lebenswirklichkeit geworden, nur noch der rücksichtslose Egoismus wird geduldet; willst du nicht unter die Räder kommen, muß du dir mit allen bösen Waffen und Methoden dein «Lebensrecht» erkämpfen ... und weil du dir dein «Lebensrecht» mit diesen bösen Waffen und Methoden erkämpfst, darum wird das Leben immer böser, brutaler und gemeiner ... und das bedeu-

tet für jeden Einzelnen: noch härter und brutaler, noch böser und gemeiner werden, um leben zu können – so ist aus dem Egoismus der Menschen ein Machtreich entstanden, das eine so absolute Macht ausübt, daß nur noch der gemeinste Egoismus ein «Lebensrecht» hat.

Ja, blicke nur in die ungeschminkte Fratze des Riesenmolochs: du, ich, unsere Väter, wir alle haben diesen Riesenmoloch aufgerichtet; wir haben vor Baal unsere Knie gebeugt; wir haben die Götzen gewollt; Herren wollten wir sein – jetzt sind wir die erbärmlichsten Sklaven, die je auf dieser Erde lebten. Jetzt gibt es nur eines: bedingungslosen Gehorsam dem Riesenmoloch. Jetzt müssen alle Menschen den Riesenmoloch schützen und erhalten. Dieser Riesenmoloch bestimmt über unser Leben und Tod. Doch was das Schlimmste ist: dieser Riesenmoloch darf sich christlicher Staat nennen, ohne daß du, der du dich Christ nennst, deine Wahrheitsstimme erhebst, um diesen falschen Christ, diesen wahren Antichrist bloßzustellen!

Oh, wenn du nur endlich den Fluch erkennen würdest, der dich einmal furchtbar vernichten wird: du, wir, nennen uns Christen und sind die elendesten Sklaven des Mammons! Ja, wir sind die Diener des Antichrist. Wir kommen im Namen von Christus und sind die größten Feinde von Christi Geist! Äußerlich sind wir Christen, innerlich sind wir teuflische Mammonsklaven. Weh euch, die ihr euch Christen nennt und nicht Christus, sondern der Mammonmacht dient! Weh euch, ihr bösen Sklaven des Antichrist!

Darum sei dir klar darüber, du, der du dich Christ nennst: wenn dein Staat dich auffordert, die brutalsten Waffen in die Hand zu nehmen und mit den gemeinsten Methoden deinen Staat zu verteidigen, unter dem Vorwand dein und aller deiner Staatsbürger Leben zu schützen, sei dir klar darüber, du, der du dich Christ nennst, was du schützest und wen du schützest, was das Wesen dessen ist, das dich zwingen will, in seinem Namen zum Massenmörder zu werden.

Es ist schlimm, wenn ein reiner Machtstaat dich zu seiner Erhaltung und Verteidigung zwingen will, es ist der Frevel des Antichrist, wenn Menschen im Namen von Christus mit den Waffen der Macht drohen, terrorisieren, unterdrücken, morden. Die sogenannte Christenheit mit einer noch nie dagewesenen Riesenrüstung verteidigen, mit Atombomben und anderen Vernichtungswaffen drohen und terrorisieren – so etwas wagt sich unwidersprochen christlich zu nennen?!

Christus und Macht – das gibt es eben nicht. Wer ist der größte Feind der Macht? Wer führt das feurige Schwert des Geistes, das sich bis in das letzte Lügenversteck des Machtungeheuers einbohrt? Diese größte Geisteskraft, das strahlende Licht der Wahrheit, wer trägt sie bis in das Zentrum der Bosheit und besiegt die finstre Höllenmacht durch das Licht? «Ich bin gekommen, ein Feuer anzuzünden auf Erden, ich wollte, es würde schon brennen» – wer ist der Geist, der diese Welt in ihrer ganzen Bosheit packt, den Menschen in die Ecke treibt, mit im-

mer schärferem Licht die Hölle in der Menschenseele offenbart, so daß das Feuer immer heller brennt, bis einmal die ganze Hölle aus der Seele ausgebrannt sein wird – wer ist der Geist, der diese Welt umkehrt, den schweren, dunklen Panzer der Bosheit aufhebt, die Hölle offenbart, die Hölle als strahlender Sieger durchbricht und überwindet? Christus – das bist Du!

Darum vergiß nicht, du, der du dich Christ nennst, daß es keinen größeren Feind deines ungeläuterten, egoistischen Lebens gibt als Christus. «Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren, und wer es verliert, um meinetwillen, der wird es finden.»

Du kannst dieses ungeläuterte, egoistische Leben erhalten, du kannst zur Erhaltung dieses ungeläuterten Lebens alle Feinde umbringen – doch sei dir bewußt, daß der erste, den du ermordest, Christus ist. Christus ist der sichere Tod deines bisherigen Lebens, aber danach der Beginn des neuen, besseren, heiligen Lebens. Vor den Russen mußt du keine Angst haben, du, der du dich Christ nennst und dennoch dieses egoistische, ungeläuterte Leben erhalten willst, aber vor Christus, da fürchte dich – Er, Christus, ist der einzige, der wahre Feind dieses Lebens.

Sei aufrichtig, erkenne deinen wahren Feind: Christus. Jag ihn ... zum Teufel, Ihn, Christus, der deine ganze Existenz bedroht. «Wer sein Leben erhalten will, der wird es verlieren.» All unser menschliches Streben nach Machtgewinn und Machtsicherung soll also vergebens gewesen sein?! Je höher wir bauen, um so schrecklicher der Sturz in die Tiefe?! Die gewaltige Riesenrüstung, mit welcher wir uns zu schützen meinen, wird uns nicht helfen, unser Leben zu erhalten, im Gegenteil, je stärker die Sicherungen, um so sicherer und gründlicher unser Tod und Vernichtung?!

Warum stehen wir nicht gemeinsam auf gegen Ihn, Christus, der mit wenigen Worten uns vor den unausweichlichen Tod dieses ungeläuterten Lebens führt? Ach, wenn wir nur die Aufrichtigkeit der Kommunisten hätten, die den Kampf gegen Christus auf ihr Banner geschrieben haben! Wenn wir nur endlich einmal aufrichtig wären! Ohne Aufrichtigkeit ist keine Klarheit, und ohne Klarheit gibt es keine Entscheidung. Entscheiden aber muß man sich, jeder Einzelne, für oder gegen Christus.

Entweder – oder. Entweder wollen wir dieses Leben erhalten – dann werden wir es, nach Christi Worten, verlieren. Oder wir wollen dieses ungeläuterte, egoistische Leben verlieren, um das bessere, heilige Leben durch Christus zu finden. Entweder Machtsicherung – oder Machtaufgabe. Entweder pausenloser Kampf um die Macht – oder das inbrünstige Gebet an Christus: o Christus, erlöse mich vom Übel, gib mir die Kraft, die inmitten dieser Welt des erbarmungslosen Machtkampfes alle Waffen dieses bösen Kampfes ablegt, um dafür entblößt und ausgesetzt die ganze Bosheit der Macht zu erleiden; nein, ich will die Machtgesetze dieser Welt nicht anerkennen, lieber alles erleiden, als Dich, Dein Leben

verlieren, o gib mir diese Kraft, die das größte Leid überwindet, laß mich immer wieder durch Dich, der Du diese Welt durch Dein Leiden überwunden hast, in des Glaubens Seligkeit auferstehen ... nur Du, mein Christus, sollst sein, mein Ich, dieser egoistische, ungeläuterte intelligente Parasit soll für ewig tot sein!

Ja, immer wieder von dieser Welt der erbarmungslosen Gewalt niedergetrampelt zu werden, immer wieder das schwerverwundete, ängstlich-zitternde Herz durch das gläubige Vertrauen zu seinen Menschenbrüdern überwinden, für etwas Erbarmen, Liebe, Güte betteln und immer, immer wieder von diesen rohen, herzkalten Menschen niedergeprügelt zu werden, so daß das Leiden zur Verzweiflung wird und die Verzweiflung in der vollkommenen Ohnmacht und letzten Erbarmungswürdigkeit um Gottes Gnade winselt: das ist der Schreckensweg – doch am Ende aller Schrecken und Verzweiflung steht die gnädige Erlösung. Und von dieser Welt erlöst zu werden, glaube mir, das ist Gnade, selige Gnade. Aber du mußt bis zum Ende gehen, bis zur äußersten Verlassenheit, bis zur Todesschlucht – dahinter ist das Schluchzen des Erlösten, die Verwandlung des Leides in Freude.

Was willst du nun? Willst du dieses durch und durch böse, korrupte, häßliche Leben erhalten, willst du zur Verteidigung dieses bösen Lebens zum Mörder werden? Oder willst du Christus?

Wenn du Christus willst, dann werden dir die Augen aufgehen, in was für einer bösen Welt du lebst. Doch das ist ja deine Rettung! Willst du blind in der Hölle leben? Ist es nicht besser, die Hölle werde offenbar, denn wer macht sie offenbar? Christus. Und hast du Christus, dann hast du doch das Licht, das Licht der Wahrheit, das einmal alle Finsternis der Hölle besiegt. Darum: klammere dich nur fest an Christus – Er wird dich aus dem Rachen der Hölle erlösen ... dann aber darfst du jubeln, in der Seligkeit der lichten Himmelsfreiheit atmen, dann bist du gerettet, ewig wirst du leben in der herrlichen Gerechtigkeit von Gott – ja, klammere dich fest, fest an Christus.

Der andere Weg ist der hoffnungslose Weg in das haßverfressene gegenseitige Ausrotten.

Entweder – oder. Sei aufrichtig und entscheide dich. Und laß dir eines sagen: entscheide dich heute, denn morgen wird dir die Entscheidung schwerer. Täglich wächst der Riesenmoloch. Immer enger zieht dein Staat sein Spinnennetz. Immer mehr wirst du eingesponnen. Immer schwerer wird es also, sich gegen die böse Teufelsmacht des Staates zu erheben, um nicht die Stimme des Gewissens zu verraten. Mit allen Terrormitteln will dich der Staat zum Verrat an Christi Geist zwingen. Man wird dich ins Gefängnis werfen, dich quälen, vielleicht töten, wenn du dich weigerst, zu töten oder Waffen zum Töten zu schmieden.

Wem willst du gehorchen? Gott oder der Macht, Christus oder Cäsar? Ach, wenn du es nur einsehen würdest: weil wir uns nicht entschieden haben, weil wir Gott *und* die Macht, Christus *und* Cäsar woll-

ten, darum konnte Cäsar, nein, noch schlimmer: der Antichrist solche ungeheure Macht gewinnen. Wären wir Christen – welche Macht würde es wagen, uns zum Brudermord zwingen zu wollen?! So aber, weil wir uns nicht entscheiden, wird die Macht immer böser, immer näher kommt aber auch das Ende aller Macht: die Selbstvernichtung.

Oh, wenn ich dich nur aufrütteln könnte, mein Bruder, wenn du mir nur glauben würdest: laß dich von Christus retten! Mach den Vernichtungswahnsinn dieser bösen Welt nicht länger mit. Kehre um, heute noch! Morgen ist es vielleicht zu spät. *R. Wiegand*

September 1952.

Die Freiheit*

Die Argumente, die für und gegen die Verträge stehen, sind längst dargelegt; sie brauchen nicht wiederholt zu werden. Mehr und mehr ist der Eindruck eines zwangsmäßigen Ablaufs entstanden; die besondere Taktik, mit der die Ratifizierung erreicht werden soll und die freilich sehr gegen die Sache spricht, hat diesen Eindruck bewirkt. Aber welcher Art auch die von den Staatsmännern eingegangenen Bindungen sein mögen, so ist unser Volk doch in diesem Augenblick noch frei, und das heißt verantwortlich für sich und alles. Es sollte sich dieser Freiheit in letzter Stunde bewußt werden und aus ihr sich entscheiden. Um Freiheit geht es nach der – gewiß nicht anzuzweifelnden – Überzeugung der Regierung auch in den Verträgen; aber diese Freiheit – das ist das Paradoxe – wird im Banne einer Pflicht stehen, deren Vollzug das Gewissen der sie Vollziehenden zu verletzen droht. Im Wesen des Wehrdienstes liegt – und namentlich in Deutschland – durchaus die Tendenz zur Totalität; Einschränkungen, die heute noch verheißen werden, haben wenig Aussicht auf Bestand. Von Etappe zu Etappe werden sich, nach aller Voraussicht, die Forderungen überholen und steigern; an Begründungen militärischer und politischer Art wird es nicht fehlen. Das entspricht dem Gesetz technisierter Rüstung, aber auch der Zeit, die glaubt, dem Totalitarismus nur wieder mit Totalitarismus begegnen zu können. Wir stehen am Tor des Kasernenhofs, und wenn sich unser Volk ent-

* Diese Stimme, die sich auf den Generalvertrag bezieht und die wir mit freundlicher Genehmigung der Redaktion der Monatsschrift der Bekennenden Kirche in Deutschland, «Die Stimme der Gemeinde», hier abdrucken, ist einem Sonderdruck dieser Zeitschrift entnommen, welcher vorangehend eine höchst bemerkenswerte Rede bringt, die Pfr. Gustav W. Heinemann am 8. Juni in der Paulskirche zu Frankfurt über den *Generalvertrag* gehalten hat. (Dieser Sonderdruck kann bei der Schriftleitung, Roquetteweg 15, Darmstadt, bezogen werden, bis zu 20 Exemplaren DM –.10.) Wir empfehlen unsern Lesern, diese Rede Dr. Heinemanns zu lesen und den Worten Reinhold Schneiders vor allem zu entnehmen, von welcher Bedeutung die *Verantwortung jedes einzelnen Menschen* auch im politischen Geschehen ist. (D. R.)

schließt, ihn zu betreten, so soll es ohne Illusionen geschehen. Aber entschließen muß es sich vor dem Tore! Es soll nicht wenigen Männern, denen auch ihre Gegner den Mut zur Entschiedenheit zubilligen müssen, die Last der Verantwortung überlassen; es soll nicht etwa – an einem Tage, dessen Herankunft wir keineswegs wünschen – sagen, daß es nicht gewollt habe, was geschehen ist. Die gebrachten Opfer – einem jeden Opfer seine Ehre! – sind zu furchtbar, als daß eine solche Entschuldigung noch einmal vorgebracht werden könnte; sie würde im übrigen, und mit Recht, unwirksam sein.

Die Folgen der zu treffenden Entscheidung sind, für die innere wie die äußere Geschichte des deutschen Volkes und der Welt, von solcher Tragweite, daß durchaus von einem jeden ernsteste Rechenschaft gefordert werden muß. Verbergen wir uns nicht hinter Parteien, Organisationen, Verbänden, Obrigkeiten, auch nicht hinter geistlichen Autoritäten! Es ist die Stunde des Einzelnen, der im Ganzen steht. Ein jeder Einzelne steht für das Ganze. Er muß vor den höchsten Werten, die er verehrt, sich darüber klar werden, wie er die zu treffende Entscheidung wünscht. Das ist ja eben Menschenrecht – vielleicht sogar das erste unter diesen Rechten –, Anteil zu fordern an der Geschichte, sie in sich zu vollziehen und diesen Vollzug sichtbar und wirksam zu machen nach der Weisung des Gewissens. Das Wort, daß wir im ersten frei, im zweiten Knechte sind, trifft heute und hier einen jeden mit besonderer Wucht; bejahen wir das Gesetz der Rüstung, so wird sie uns einfordern; es wäre töricht, sich darüber zu beklagen. Bisher ist der Beweis nicht erbracht worden, daß die Gewalt des militärisch-technischen Apparates von Menschen wirklich beherrscht werden kann. Auch das Denken kann nicht mehr gelenkt werden, sobald es sich einmal bewußt auf die Entfesselung vernichtender Mächte richtet; es wird von diesen angezogen und fortgerissen.

Gewiß, der Raum der Freiheit in der gegenwärtigen Welt ist nicht groß, kann nicht groß sein; aber, wie schmal er auch ist, er ist doch Raum unserer Verantwortung, ein Raum, der besetzt werden muß. Die Geltung eines Volkes wird nicht entschieden von Waffen und wirtschaftlicher Macht, sondern vom Ausmaß der Verantwortung, die es zu tragen wagt, von Person zu Person. Dieser Wille zur Verantwortung ist Macht, ist christliche Macht. Sollen wir uns der Freiheit um der Freiheit willen begeben? Oder sollten wir uns nicht zu ihr bekennen, indem wir sie tun?

Achtung gebührt einer Entscheidung, die vom Gewissen wirklich erkämpft worden ist. Aber dieser Kampf ist unerläßlich, und untragbar sind alle Versuche, die Not des Gewissens nicht aufkommen zu lassen und sie mit Argumenten, die vergangene Zeiten und Denkweisen zu verantworten haben, zu beschwichtigen. Unser Volk steht im Brennpunkt der Geschichte, ausgeliefert den Heimsuchungen eigener und allgemeiner Schuld, zerrissen, beunruhigt, unsicher in sich selbst, ratlos

vielleicht. Es darf die Entscheidung der Stunde nicht über sich hinweggehen lassen wie es so vieles über sich kommen ließ; denn es wird sie ja tragen müssen, diesseits und jenseits der sich unaufhaltsam vertiefenden Kluft als Einheit, die man wohl zerreißen aber nicht aufheben kann; und es wird einstehen müssen für das, was es trägt. Die Stunde ruft einen jeden von uns; keiner kann ihr die Antwort verweigern, die Antwort muß deutlich sein in Leben und Haltung, so deutlich wie nur eine notvoll errungene Antwort ist. Die Geschichte wird uns beim Wort nehmen; nichts ist so gewiß. Und es geschieht sicherlich zu Recht. Denn noch sind wir frei – vielleicht zur letzten Tat, zum letzten Wort unserer Freiheit.

Als Christen müssen wir uns darüber klar sein, daß die von den Mächten der Welt verheißene Freiheit durchaus anderer Art ist als die von Christus uns geschenkte. Es ist unsere geschichtliche Aufgabe und Verpflichtung, die Freiheit Jesu Christi in allen unseren Entscheidungen und gerade in den politischen zu bezeugen.

Wir erwarten von den Abgeordneten, daß sie hervortreten in persönlichem Mut, von den Richtern, daß sie urteilen einzig nach Recht und Gewissen. Wir müssen selber tun, was wir fordern, wenn die gefährliche Leere dieses Augenblicks ausgefüllt werden soll. Das die Zeit lösende Wort kann nur von religiöser Verantwortung für das Ganze gefunden werden. Noch einmal: es ist vielleicht das Wort der letzten Freiheit.

Reinhold Schneider

Aufruf zur Bildung einer «Gemeinschaft für jüdisch-christliche Versöhnung in Israel»*

Der Jude in Israel kann zum erstenmal seit der Zerstörung Jerusalems in Freiheit und Vorurteilslosigkeit das Leben und die Lehre Jesu betrachten: Phänomene, welche an sich unzertrennliche Bestandteile der jüdischen Geschichte sind. Hier in Israel trifft den Juden, der sich mit diesen Phänomenen beschäftigt, nicht der Vorwurf, daß er sein Volk im

* Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Schrift von Leonhard Ragaz «Judentum und Christentum, ein Wort zur Verständigung» (Rotapfel-Verlag, Erlenbach-Zürich 1922), deren Schluß lautet: «Das langsame Zusammenfließen von Judentum und Christentum ... wird beiden Bewegungen zum Heil gereichen, vor allem aber der *Sache*, der sie beide in dem Maße dienen werden, als sie zu sich selber kommen: der Gottsherrschaft auf Erden! Wenn der ganze Glutstrom des Energismus, der ganze Durst nach dem Absoluten, die ganze Gottesleidenschaft, die im Grunde der jüdischen Seele wohnen und den Schlüssel auch zu ihren Verirrungen bilden, sich einmal von alten Schranken und Hemmungen erlöst in diese größte Sache ergießen, dann werden wir Höchstes erleben, dann vielleicht ganz ungeahnte Entfaltungen dieser Sache schauen. Es wird aus der Seele des Judentums vielleicht eine ungleich kongenialere Erfassung und Verwirklichung der Sache Jesu erstehen, als sie bisher auf unserem Boden

Stiche läßt oder gesellschaftlicher und beruflicher Vorteile zuliebe sich der Christusidee zuwendet.

Der historische (empirisch und spirituell) noch gegenwärtig andauernde Bruch zwischen Judentum und Christentum kann sich nicht ins Unendliche fortsetzen, wenn die Menschheit daran nicht zugrunde gehen soll. Es müssen objektive und tolerante Kräfte ausgelöst werden zur Überbrückung der Kluft und zur Wiederherstellung der Kontinuität für eine geistige und menschliche Versöhnung. Ohne eine Versöhnung mit Jesus bleibt Israel ein Torso, und ohne Versöhnung mit Israel bleibt die christliche Lehre unvollkommen. Eine religiöse Aufgabe liegt in der Auferstehung Israels einbeschlossen. Die Aufgabe, die eine weltweite und liebesbereite Perspektive erfordert, mahnt Israel an seine ursprüngliche, schon von Moses gebotene, unabdingbare Mission, als Priestervolk unter den Völkern zu wirken, und mahnt die Völker der Welt an die Verpflichtungen des Gewissens gegenüber Israel, welche durch das Alte und Neue Testament geoffenbart und geboten worden sind. Keines kann ohne das andere bestehen. Trotz aller Vielheit der Erscheinungen besteht ein göttliches Postulat zur Einheit des Menschengeschlechts. Es erfordert Bezugsetzung aller Weltreligionen, in erster Linie aber aller aus der jüdischen Religion hervorgegangenen Lehren. Die Erlösung der Einzelseele, der Volksgemeinschaften und der Menschheit kann nur erfolgen durch Zusammenschluß aller göttlichen Grundwahrheiten, welche vom Ursprung an im Kosmischen und Irdischen sich ergeben haben. Die jüdische und christliche Entwicklung und ihre geistig-kulturelle gegenseitige Durchdringung bilden heute trotz allem, was geschehen ist, eine Basis für ein schöpferisches jüdisch-christliches Gespräch. Der bald 2000 Jahre alte, sowohl negative als positive Kontakt zwischen Judentum und Christentum ist reif zur Abklärung. Es muß einmal von Israel aus gesagt sein: «In Jesus lebte göttliche Inkarnation. Seine Intention kristallisierte sich zur höchsten geistigen und ethischen Konzentration der jüdischen Lehre. In Jesus sind existent die Wandlung und das Karma Israels.» In Jahrtausenden sind wir als seine wahren Leidensbrüder und Kreuzesträger unbewußt durch ihn hindurchgegangen. Seine Botschaft an die Völker der Welt ist auch unser Zentralproblem. Seine Idee ist der Glaube an die Entwicklung des Göttlichen im Menschen. Die Exten-

---

vorgekommen ist. Dann wird aber auch die Seele des Judentums selbst aufjubeln voll schöpferischer Freude im lebendigen Gott. Aber vielleicht wird auch das Christentum erst dann völlig zu sich selbst kommen. Diese Ahnung lebt von Anfang an in seiner Mitte. Paulus spricht sie in seinen Auseinandersetzungen mit Israel aus. In späteren Zeiten hat diese Ahnung die Form angenommen, daß man erklärte, Christus könne nicht wiederkommen, bevor auch Israel sich ihm zugewandt habe. Solche Ahnungen entbehren selten der Wahrheit. Es spricht sich in ihnen die intuitive Erkenntnis aus, daß Judentum und Christentum jedes eine Wahrheit vertreten, die nur beide vereinigt die *ganze* Wahrheit bilden und daß beide einmal, in der Fülle der Zeiten, zusammenströmen müssen, damit der volle Tag Gottes und des Menschen, der Tag des Christus, über die Welt kommen könne.»

In einer zweiten Schrift, «Israel, Judentum, Christentum» (Religiös-soziale Ver-

sion seiner Lehre manifestiert sich unaufhörlich über alle Grenzen, denn Jesus ist der prophetisch vorausgesagte göttliche Impuls für alle Menschen und Völker der Erde. In 2000 Jahren lebte keine so prädestinierte Gestalt. Das muß uns Juden mit Stolz erfüllen. – Viele seiner Anhänger sind zwar zu allen Zeiten menschlich unvollkommen geblieben und in die Irre gegangen. Aber die Vollkommenheit der Lehre und die messianische Erscheinung Jesu sind dadurch nicht angetastet. Seine Sendung hat die reinsten Seelen und die tiefsten geistigen Güter gefördert. Wir alle, ob wir wollen oder nicht, werden immer mehr von Christus durchdrungen und tragen durch ihn in dieser sündigen Welt die Voraussetzung für Versöhnung und Erlösung in uns. Israel ist daher in erster Linie durch Christus ein göttlich-magischer Begriff für die Völker der Welt. Sie erwarten, daß die vollkommene Lehre und die vorbildliche Haltung der Menschen, die zu Frieden und Verständigung führen, von Zion ausgehe. Das verpflichtet uns zur Idee der Liebe und Gemeinschaft unter den Menschen und Völkern. Für die Verwirklichung der messianischen Verheißungen müssen wir durch Propheten und Jesus bereit sein. Die Opfer, die wir gebracht, können nur durch diese bewußte Erkenntnis und Handlung fruchtbar gemacht werden.

Wir rufen alle Gleichgesinnten auf, sich zu einer freien Gemeinschaft im Geiste der jüdisch-christlichen Versöhnung zusammenzuschließen. Unsere Gemeinschaft soll eine unabhängige, objektive, in sich und auf der Welt beruhende sein, unbefleckt wie alles Originäre und keine Aggression gegen Bestehendes.

Im Auftrag des vorbereitenden Komitees: Dr. *Erich Bloch*

Naharia, den 15. August 1952.

In memorian Emile Zola

Am 29. September 1902 — vor nunmehr fünfzig Jahren also — ist Emile Zola dahingegangen, mit 62 Jahren — sein Geburtstag ist der 2. April 1840 — mitten aus der Arbeit herausgerissen worden. Sein ihm ebenbürtiger Zeitgenosse Anatole France sagte von ihm: «Il fut un moment la conscience humaine.» Das Gewissen einer ganzen um Wahrheit, Recht und Fortschritt ringenden Menschheit.

---

einigung der Schweiz, Zürich 1943), sagt Ragaz am Schluß: «Der Weg zu Christus führt für den Juden über Zion ... In Christus erfüllt sich Zion; Zion führt zu Christus. Das wird der Jude erkennen, wenn er auf rechte Art den Weg zu Zion hin geht. Er wird es erkennen zu *seiner* Zeit, nicht zu unserer Zeit, zur Gotteszeit, nicht zur Menschenzeit ... Nein, es ist keine Utopie und Phantastik. Man muß nur für Gottes Wege ein wenig geöffnete Augen haben, um zu erkennen, daß der letzte Sinn der ungeheuren Weltbewegung, die nun vor sich geht, in dem Thema ‚Israel, Judentum, Christentum' enthalten ist.» Vor allem aber auch in seinem siebenbändigen Bibelwerk hat Ragaz Judentum und Christentum in seiner ganzen Tiefe gedeutet und damit den gangbaren Weg zur endlichen Vereinigung gewiesen.

Beide Schriften sowie das Bibelwerk können bei der Pazifistischen Bücherstube, Gartenhofstraße 7, Zürich, bezogen werden. (D. R.)

Wenn wir nun heute, am 50. Todestag von Zola, seiner gedenken, so dürfen wir wohl auch an jenes Wort von Odd Nansen, dem Sohn Fridtjof Nansens, erinnern, das sich im Nachwort zu seinem Konzentrationslager-Tagebuch «Von Tag zu Tag» findet und lautet: «Das schlimmste Verbrechen, das man heute begehen kann, gegen sich selbst und die Gesellschaft, ist, zu vergessen, was (von 1933 bis 1945) geschehen ist, und in Gleichgültigkeit zu verfallen. Was geschehen, ist schlimmer, als man sich vorstellen kann.» Wie wohl auch an jene Worte, die der britische Historiker William Edward Hartpole Lecky, von der Inquisition sprechend, in seiner Geschichte vom Ursprung und Einfluß der Aufklärung geschrieben hat: «Verfolgung kam über die Juden in den schrecklichsten Formen, und sie blieb jahrhundertelang ihr dauerndes Teil. Dennoch schwang sich der Geist dieses Volkes immer wieder empor. Und wir finden unter den Juden die geschicktesten Ärzte, die tiefsten Philosophen, die befähigtsten Financiers» und — so möchte ich anfügen — den vielleicht hervorragendsten Wissenschafter unserer Zeit, den genialen Erben und gewissermaßen Vollender der Erkenntnisse und Lehren von Kopernikus, Galilei, Tycho de Brahe, Kepler und Newton, und in gewissem Sinne auch Leonardo da Vinci, Giordano Bruno und Baruch Spinoza: Albert Einstein.

Es war am 16. Mai 1896, als der Verfasser des gewaltigen, die Forschungsergebnisse von Charles Darwin demonstrierenden Romanwerkes «Les Rougon-Macquart», eben Emile Zola, im Pariser «Figaro» einen Aufsatz veröffentlichte, dem der Titel gegeben war: «Pour les Juifs.» Wieder einmal war notwendig geworden — und diesmal in Frankreich — für die Rechte des jüdischen Menschen und Bürgers und damit der Juden überhaupt und gegen den Antisemitismus einzustehen, den August Bebel einmal den «Sozialismus» der dummen Kerle genannt hat. Und Zola ist in seinem Aufsatz «Pour les Juifs» mit seltenem Wagemut für sie und gegen den verlogenen Antisemitismus aufgetreten.

Es war die Zeit der bekannten Dreyfus-Affäre. Am 25. November 1897 erschien im «Figaro» ein zweiter Zola-Aufsatz. In ihm ist unter Nennung der Zeugenschaft des französischen Senators Scheuer-Kestner zum erstenmal der Name des wirklichen Dokumentendiebes, Verräters und Agenten Deutschlands, der des Kommandanten Esterhazy, genannt. Eine Welt horchte auf. Der zweite Aufsatz Zolas schließt mit den Worten: «La vérité est en marche et rien ne l'arrêtera.» Und nichts sollte sie aufhalten. Sie tat einen weiteren Schritt. Er bestand in der Veröffentlichung jenes offenen Briefes an den Präsidenten der Dritten Republik, Felix Faure, in der von George Clémenceau herausgegebenen Zeitung «Aurore», jenes Rufes an alle, dem Clémenceau, im Einverständnis mit dem Autor, Zola, den Titel gegeben hat: «J'accuse . . .»

Wir klagen an! Ich sage absichtlich: wir. Denn ist auch Zola der alleinige Verfasser des Briefes, so stand er doch nicht allein gegen alle jene hohen Offiziere und ihre politischen Hintermänner und Financiers, die einen unschuldigen, der Republik treu ergebenen Juden des Verrats beschuldigt, seine Verhaftung betrieben und dann durch gefälschte Papiere und Meineide mitgetan hatten, daß ein Militärgericht das Recht mit Füßen trat und Dreyfus verurteilte.

Nein, Zola stand nicht allein, hatte er auch jahrelang die ganze Verantwortung und Hauptlast des Kampfes für Wahrheit, Recht und menschliche Freiheit auf sich genommen. Die besten Köpfe der französischen Nation, so Anatole France und Jean Jaurès, und nicht nur der französischen Nation, überall in der Welt, wo von der Affäre die Rede war, sind sehr bald auf die Seite des Rechts und damit Zolas getreten, von dem Francis de Pressené einmal — und mit Recht — gesagt hat: «Il n'a aimé, cherché, servi que la vérité.»

In allem, in seinem Eintreten für die Juden, in seinem Kampf für Dreyfus, in seinen gewaltigen Romanschöpfungen, von denen ein Werk — und kein geringeres — den Titel «Vérité» trägt, und last not least, auch in einem Brief an die Jugend.

Und gerade aus diesem Brief möchte ich nunmehr, nicht nur weil er so gut wie vergessen ist, hat er auch einmal Tolstoij, Dumas und nicht wenige andere zu langen Erklärungen veranlaßt, sondern auch aus anderen Gründen, die man, denke ich, erkennen wird, einige Stellen geben. Da ist erst einmal gesagt, das 20. Jahrhundert

werde zu einer Bekräftigung des 19. Jahrhunderts hinsichtlich des wissenschaftlichen und demokratischen Aufschwunges werden, und angefügt, es scheine, daß der wirkliche Sinn des Lebens, die große Freude, die man im Leben finden soll, in wissenschaftlichen Eroberungen bestehe. «Obgleich wir die traurige Gewißheit haben, daß wir nie alles kennen lernen werden.» «Und doch», heißt es dann weiter: «mein Eintritt in das Leben ging unter schwierigen Umständen vor sich; ich habe sowohl Not wie Verzweiflung kennen gelernt, kämpfte dann, was ich jetzt noch tue, da ich verleugnet, durchgehechelt, von Beleidigungen überschüttet werde.» Allein darum, weil Zola mit seiner guten Waffe, der Feder, für Wahrheit und Gerechtigkeit eingetreten, immer wieder und unbeirrt in seinem gesamten Werk und Tun nach der Wahrheit gestrebt, ihr mit aller Hingabe, zu der ein Mensch nur fähig, gedient. Er hatte nur einen Glauben, eine Kraft: die Arbeit. «Mich hielt nur jene ungeheure Arbeit aufrecht, die ich mir gestellt, vor mir stand stets jenes Ziel, dem ich zustrebte; und das war genügend, um mich zu erheben, zu ermutigen, wenn das schlimme Leben mich zu erdrücken suchte. Arbeit! Das Leben ist nichts anderes als eine übertragene Bewegung, die es erhält und weiter überträgt, die Arbeit eines großen Werkes, das in Jahrhunderten vollendet wird. Ich — Zola — bin überzeugt, daß der einzige Glaube, der uns retten kann, der Glaube an die vollbrachte Anstrengung ist. Schön ist es, von der Ewigkeit zu schwärmen, aber für einen ehrlichen Menschen ist es genügend, dieses Leben zu beschließen, nachdem er sein Werk getan hat.»

Und Zola hat sein Werk getan, war ihm auch nicht vergönnt, es bis zum letzten Federstrich zu vollenden, auch nicht vergönnt, den vollen Sieg des 1896 begonnenen Kampfes um Wahrheit und Gerechtigkeit, den Freispruch und die Rehabilitierung des dann zum General ernannten Dreyfus zu erleben. Erleben durfte Zola aber, daß man 1899 immerhin gezwungen war, den zu unrecht verurteilten Offizier zu begnadigen. Doch mit einer Begnadigung war es selbstverständlich in nichts getan. Nicht Gnade forderten Zola, France, Clémenceau, Jaurès und alle, die zu ihnen standen, sondern Gerechtigkeit und Bestrafung des wirklich Schuldigen ...

Von denen aber auch heute, nach dem mehr als grauenhaften Geschehen von 1933 bis 1945 wie viele noch oder schon wieder nicht nur frei herumlaufen, sondern — als wäre nichts geschehen — in Amt und ... Unwürden sind!

Fünfzig Jahre sind dahin, seit Emile Zola von uns gegangen; er, der, um einen einzigen, zu Unrecht verurteilten Juden zu retten — wobei es allerdings, wie hoffentlich auch diese knappen Ausführungen gezeigt haben, um weit mehr ging —, alles und alles eingesetzt hat: nicht nur seine gute Feder, seinen weltbekannten Namen, auch seine eigene Sicherheit. Fünfzig Jahre ... Fortschritte liegen hinter uns ...

Eine Minute Besinnen, Schweigen, nur eine Minute bitte: für Zola und für unsere Toten ...

... und dann versuchen wir einmal zu überlegen, daß es vielleicht niemals notwendiger war, als es heute notwendig ist, klar zu sehen, von weltweiter Warte aus zu sehen und bis in den Kern der Dinge hinein zu sehen. Noch etwas Unklarheit oder Blindheit oder Verbissenheit mehr, noch etwas falsche Massensuggestion oder Verhetzung, noch etwas Mangel an Aufrichtigkeit und persönlichem Mut, und — wie sagte doch einmal Einstein zu einem Interviewer? Es sei sehr wohl möglich, daß die ungefähr zwei Milliarden heute lebender Menschen die Opfer eines Atomkrieges werden könnten ... Und wer will das wirklich? Ich denke, kein Mensch, der seine fünf gesunden Sinne beisammen hat. *Artur Seehof*

Zu Sofie Zollers sechzigstem Geburtstag (15. Sept. 1952)

Liebe Sofie Zoller!

Im Namen des Vorstandes der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz und des Vorstandes der Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege», aber auch im Namen aller Mitglieder der beiden Vereinigungen möchte ich Dir unser aller herz-

lichste Grüße und Wünsche zu Deinem sechzigsten Geburtstag übermitteln. Wir alle wissen, was Du unserer Sache und den beiden Vereinigungen, die sie zu tragen und für sie zu kämpfen versuchen, bedeutest. Aber an solch besonderem Datum wollen wir uns mehr als je Rechenschaft geben von Deiner Treue, Deiner Hingabe und Deiner Opferfähigkeit. Gerade in unserer jetzigen Krisenzeit erleben wir es so deutlich, wie sehr es auf jeden Einzelnen ankommt, wie entscheidend es ist, daß jeder Einzelne mit dem *ganzen* Herzen und mit seiner *ganzen* Kraft für die Sache einsteht und für sie kämpft, leidet und arbeitet. Wenn wir da an Dich denken, sind wir beschämt angesichts dessen, was gerade Du für die Religiös-soziale Vereinigung, für die «Neuen Wege», deren Sekretärin Du bist, für das Werk von Leonhard Ragaz, für die Sache Gottes getan hast und tust, ohne auch nur je die Hand nach irgendeinem äußeren Lohn auszustrecken. Du hast alles, was es für unsern Kampf braucht und settest dies alles auch voll und ganz dafür ein: Mut, ein heiß schlagendes Herz, immer sich erneuernde Glaubens- und Hoffenskraft, großzügiges Denken, wirkliche Selbstlosigkeit und die nie erlahmende Geduld zur täglichen, zeitraubenden, oft so mühseligen Kleinarbeit, an die Du gewissenhaft und verantwortungsbewußt Deine Kräfte und Deine Freizeit neben Deiner Berufsarbeit hingibst. Du bist da, wenn es nötig ist, und schaffst für das Notwendige Zeit, auch wenn Du mit Recht sagen dürftest: «Ich habe keine Zeit.» Du gibst Deine ganze Persönlichkeit an die Sache, und deshalb bist Du eine Persönlichkeit.

Wir wissen dies, aber wir wissen es nie genug. Wir danken Dir für alles, wir wollen von Dir lernen, wir wollen Dir helfen, wir wollen unserer Sache ebenso treu zu dienen versuchen, denn das macht Dir die größte Freude, und wir wünschen Dir, die Du eine so bescheidene und nach außen unauffällige Dienerin des Reiches Gottes bist, daß der Glanz des Lohnes, den Du von anderer als von der irdischen Welt empfängst, immer heller in Dir strahlen möge. Dieser Glanz wird Dir in dem Dunkel unseres Tastens und Bemühens das unverlöschbare, wegweisende Licht und der unzerbrechliche Wanderstab sein. *C. W.-St.*

Stern und Unstern über Asien

Das «Weltproblem Nr. 1» – die Not der unterentwickelten Völker – drängt sich immer stärker dem Bewußtsein der abendländischen Kulturmenschheit auf. Einen Beleg dafür liefert eines der letzten Hefte (Nr. 42) des «*Monats*», der sich «Eine internationale Zeitschrift» nennt, tatsächlich aber ein Organ des amerikanischen Informations- d. h. Propagandadienstes in Westdeutschland ist. (Vertrieb: München, Schellingstr. 39.) Eine Reihe von Verfassern beschäftigt sich darin mit der revolutionären Freiheitsbewegung, welche die farbigen Völker vom Fernen Osten über die arabische Welt und quer durch Afrika bis an den Felsen von Gibraltar ergriffen hat, und sucht ihren Sinn zu deuten, ihre Gefahren für die bestehende Ordnung, aber auch ihre Verheißungen für die Zukunft zu ergründen. Dabei ist sozusagen für alle Beiträge kennzeichnend, daß sie sich eifrig bemühen, das sozialrevolutionäre Element dieser gewaltigen Bewegung, so wie wir es verstehen, zu verwischen und damit die Notwendigkeit einer radikalen gesellschaftlichen Umwälzung in den zurückgebliebenen Ländern als weniger vordringlich erscheinen zu lassen. «Der eigentliche Krisenfaktor in Asien», so schreibt zum Beispiel Pro-

fessor G. F. Hudson, «ist nicht die unendliche Armut der Massen – sie ist kein Novum –, sondern der soziale und kulturelle Verfall, der sich seit zwei Generationen als Folge der Berührung Asiens mit dem Westen vollzieht . . . Alle Werte scheinen in Zweifel, Verwirrung und Chaos untergegangen zu sein. Aber die Erlösung steht offenbar nahe bevor: die kommunistischen Propheten erheben in dieser seelischen Wüste ihre Stimme und verkünden, daß sie im Besitz der absoluten Wahrheit seien. So bietet die Kommunistische Partei dem entwurzelten asiatischen Menschen Ersatz für alles Verlorene.» Daran ist sicher viel Wahres. Allein die seelische Entwurzelung der asiatischen Massen geht eben doch Hand in Hand mit ihrer leiblichen Verelendung. Und darum genügt es eben nicht, den Asiaten ihr kulturelles Minderwertigkeitsgefühl irgendwie zu nehmen und «die kommunistische Aggression auf Asien zu lokalisieren». Ja, es ist geradezu verhängnisvoll, den Staatsmännern des Westens zu raten, sich «keine übermäßig große Nachsicht mit der kindlichen Zerstörungswut neugeborener Demokratien» zu erlauben oder gar im Notfall ihre Unterstützung «Systemen zu leihen, von denen man unter normalen Umständen entschieden abrücken würde». Genau das Gegenteil ist wirklich notwendig: die entschlossene Förderung und Unterstützung nicht der reaktionären Kräfte, sondern der revolutionären Bewegungen, auch wenn es dem Westen vorläufig an eigenen revolutionären Energien schwer gebricht.

Ähnlich unbefriedigend ist der Aufsatz Hugh Seton-Watsons. So lehrreich seine Analyse der Revolutionen des 20. Jahrhunderts ist, so stark er auch – im Unterschied zu Hudson – die Notwendigkeit wirtschaftlicher Hilfe an Asien betont, so übertrieben und gefährlich ist es, wenn er in den «Machtverschiebungen, die von Zeit zu Zeit in den Balkanländern, in Lateinamerika und im Mittleren Osten vor sich gingen», nur Staatsstreiche, keine Revolutionen sehen will und weiter folgert: «Da nun bekannt ist, daß kommunistische und andere revolutionäre Bewegungen nur durch sowjetische Eroberungen, durch militärische Niederlagen der Gegner Sowjetrußlands oder infolge der Kapitulation der legitimen Machthaber (!) siegreich gewesen sind, müssen die Opfer, auf die es der Kommunismus abgesehen hat, eben dafür Sorge tragen, daß sie im Kriegsfall nicht unterliegen und daß sie sich Machtpositionen nicht aus der Hand winden lassen.» Auch ein so guter Kenner gerade des Nahen und Mittleren Ostens, wie es der Oxforder Historiker ist, unterschätzt hier bedenklich die echt revolutionären Kräfte, die hinter so manchem Staatsstreich stehen – man denke etwa an den ägyptischen vom Juli dieses Jahres – und ermutigt ebenso peinlicherweise die konservativen Kräfte, sich ja ihre «Machtpositionen nicht aus der Hand winden zu lassen», statt die hoffnungslose Brüchigkeit der alten feudalen und primitiv-kapitalistischen Gesellschaftsformen rückhaltlos anzuerkennen und die Folgerungen daraus zu ziehen.

Wenn Dr. Seton-Watson besonderen Nachdruck auf die Gewin-

nung der Freundschaft der intellektuellen Jugend in den rückständigen Ländern legt und mit der Kränkung und Zurücksetzung der farbigen Bildungsschicht Schluß gemacht wissen will, so hat er damit gewiß recht. Und doch verschiebt er damit das Problem allzusehr auf die psychologische Ebene, im Bestreben, die soziale Umwälzung als minder wichtig hinzustellen. («Es wird sehr lange dauern, bis der Lebensstandard des gesamten Gebietes wirklich spürbar gehoben werden kann.») Das gilt noch mehr für den Beitrag des amerikanischen Professors Linebarger, der, wie Hudson, vor der Annahme warnt, man müsse vor allem die materielle Not der asiatischen Völker beheben: «Die Menschen Asiens sind zwar arm, aber ihre Armut an Prestige und Selbstgefühl drückt sie schwerer als ihre wirtschaftliche Armut. Was sie am dringendsten brauchen, ist die Empfindung, für irgend etwas benötigt zu werden.» Solch *falschem* Spiritualismus kann nicht entschieden genug entgegengetreten werden, ohne daß deswegen der Kern von Wahrheit verkannt werden soll, der in Linebargers überspitzter Formel steckt: «Der Westen glaubt an geistige Werte und versucht, sie mit materiellen Gütern zu erkaufen: mit Geld, Geschenken und Hilfsprogrammen. Die Kommunisten glauben an materielle Werte, aber sie bieten den Menschen etwas, an dem sie mitwirken, wofür sie arbeiten und kämpfen können. Der Westen verspricht ihnen Besitz, der Kommunismus einen Lebensinhalt.»

Aufschlußreich sind die verschiedenen Tatsachenberichte, die dem Heft beigegeben sind: über die Kriege in Korea, Indochina und Malaya (auf dem malayischen Schauplatz kämpfen Militär- und Polizeikräfte in der Zahl von 150 000 Mann gegen 4000 kommunistische «Banditen»), über die Elendslage des marokkanischen Volkes, über das portugiesische Macao (bei Hongkong), das «Sündenbabel am Rande der Weltgeschichte». Aufs neue wird man sich hier bewußt, daß diese ganze Welt der zurückgebliebenen und ausgebeuteten Kolonial- und Halbkolonialvölker durch einen Abgrund von der «westlichen Gesellschaft» getrennt ist, die in Nordwesteuropa, Nordamerika, Australien und Neuseeland nur etwa einen Sechstel der Erdbevölkerung umfaßt und sich dennoch anmaßt, der völlig andersgearteten erdrückenden Mehrheit des Menschengeschlechts *ihre* Lebensform aufzuzwingen oder sie doch zu verhindern, die ihr selbst gemäße menschenwürdige Lebensform zu finden. Wie lange wohl noch? *H. K.*

Alle Menschen sind Brüder

In der letzten Nummer der «Neuen Wege» lasen wir den von einem Schüler des Konfuzius um 500 v. Chr. formulierten Spruch: «Zwischen den vier Meeren sind alle Menschen Brüder.» Eine schöne Idee, die wir

erst im 20. Jahrhundert zu verwirklichen haben. Von dem Fünftel unserer Brüder, den 475 Millionen, die im neuen China wohnen, würden wir alle gerne mehr wissen, aber unsere Zeitungen sind heutzutage sehr wortkarg in bezug auf China. Wenn wir nur dorthin reisen könnten, wie die 32 Engländer, die jetzt nach China unterwegs sind (davon 4 Unterhausmitglieder). Wir warten mit Ungeduld auf die Berichte dieser Weltreisenden, besonders den Bericht von Emrys Hughes, dem unerschrockenen Labourabgeordneten, der nie müde wird, im Unterhaus, in «Peace News», wo er auch zum Wort kommt, für Gerechtigkeit unter den Menschen und für die Versöhnung zu kämpfen. Uebrigens gibt es genug Material in der zweimal im Monat erscheinenden «People's China», in «China Pictorial» und in «China Reconstructs» für die Englischkundigen, die sich ein Bild machen wollen von der Welt, wie sie die Chinesen sehen.

Viele ihrer Auffassungen sehen von hier aus, als ob sie auf den Kopf gestellt wären. Den Friedensvertrag zwischen den USA und Japan zum Beispiel, der hier einfach als selbstverständlich akzeptiert wird, beschreibt Tschu En-lai, der chinesische Außenminister, als «einen Vertrag für den Krieg und für die Versklavung, wobei Japan ein amerikanischer Stützpunkt werden soll. Er belebt den japanischen Militarismus, ist gegen China und die Sowjetunion gerichtet, eine Bedrohung Asiens und eine Vorbereitung auf einen neuen Angriffskrieg». Anderseits wird der chinesisch-japanische Handelsvertrag, der einen Warenaustausch im Wert von 60 Millionen Pfund vorsieht, als ein Schritt zum Frieden bezeichnet. NATO (North Atlantic Treaty Organisation) wird als «Klub des Weißen Mannes für die Fortführung der kolonialen Unterdrückung» übersetzt, was einem die Bemerkung eines Engländers ins Gedächtnis zurückruft, der berichtete, daß die Bevölkerung in Südostasien nicht viel von der UNO weiß, außer, daß es eine Atlantische Charta gibt. Er wagte nicht, den Leuten zu sagen, daß sich diese Charta in einen Atlantischen Pakt verwandelt hat, eben die NATO. Wie wir sehen, denkt man in Asien schon ganz anders als bei uns. Für sie ist die Anwendung der bakteriologischen Waffe in Korea und China eine anerkannte Tatsache, gerade wie bei uns jedermann überzeugt ist, sie sei nicht angewendet worden. Der Bund amerikanischer Wissenschafter, obwohl er glaubt, daß «das wenige Beweismaterial, das für diese Anklage vorgebracht wird, sie absolut nicht zu erhärten vermag, hat dem Unterschied der Auffassung des Ostens und des Westens Rechnung getragen (laut «Bulletin of Atomic Scientists, June 1952):

«Wir müssen uns unbedingt klar machen, daß die Drohung und der Schrecken der geplanten Verbreitung von Krankheiten außerhalb der USA viel drastischer empfunden werden als innerhalb unseres Landes. Da die biologische Waffe, soviel bekannt ist, unter Kriegsverhältnissen noch nicht erprobt worden ist und zudem äußerst geheimgehalten wird, ist eine Einschätzung ihrer Möglichkeit äußerst schwierig. Aber ihre Ge-

fahr erscheint unzweifelhaft geringer in Ländern, wie die USA, wo das Niveau der öffentlichen Gesundheitspflege hoch ist. Geschützt durch Maßnahmen öffentlicher Gesundheitspflege, haben die meisten Amerikaner noch nie erfahren, oder sie erinnern sich nur sehr undeutlich, welch lähmende Angst durch eine unkontrollierte Epidemie erzeugt wird. Nur selten und nur in wenigen Gebieten haben wir bei uns die heftigen Gemütserregungen feststellen können, die sich einstellen, wenn die Bevölkerung sich von einer geheimnisvoll um sich greifenden, tödlichen Krankheit bedroht sieht. Im Gegensatz dazu leben die vielen Millionen des Nahen und Fernen Ostens in ständiger Angst vor dem nächsten Zusammenbruch des heiklen Gleichgewichtszustandes zwischen menschlicher Widerstandskraft und der Virulenz der Krankheitskeime. Dort sind die Wirkungen der Krankheit unmittelbar und wahrnehmbar in der Form von Tod, zerstörten Ernten und kommender Hungersnot. Jedermann, der die Verbreitung von Krankheiten bewußt fordert, ist im Bunde mit bösen, gefürchteten und kaum verstandenen Kräften. Gerade auf das Gemüt dieser Leute macht die Sowjetanklage den tiefsten Eindruck. Wer immer gewillt ist, solche Mittel anzuwenden, um seine Zwecke zu erreichen, dem können sie nichts Gutes zutrauen. Unglücklicherweise besteht die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki, die dazu angetan ist, sie mehr oder weniger von unserer Bereitschaft, solche Mittel anzuwenden, zu überzeugen.»

Was uns Europäer vielleicht mehr beeindruckt als alle Anklagen der Chinesen selbst, ist die Auffassung angesehener in China wohnender Weißer, daß die bakteriologische Waffe in Korea und China ausprobiert worden ist. Sehen wir diese Menschen einmal an. Da ist Rewi Alley, der Neuseeländer, der einmal sagte: «Die Arbeiter sind das Salz der Erde, und an ihrem Schicksal teilzunehmen, ist das wahre Abenteuer unserer Zeit.» Rewi Alley, von seinem Vater nach einem Maorihäuptling benannt, lebt seit mehr als 20 Jahren in China. Im Ersten Weltkrieg wurde er vergast, verwundet und vom Prinzen von Wales ausgezeichnet. Er war einer der Gründer der Indusco (Industrielle Genossenschaft), die 1938 unter Tschiang Kai-shek von dem britischen Gesandten (Sir Archibald Clark Kerr) ins Leben gerufen wurde und in ganz China kleine genossenschaftliche Industriebetriebe einrichtete. Rewi Alley hat schon Epidemien am eigenen Leib kennen gelernt, Malaria, Dengue-Fieber und Typhus. Er arbeitete vor dem Krieg in einem Hungergebiet, wo 3 Millionen Menschen den Hungertod starben. (Snow, «Battle for Asia», 1941). Er arbeitete und litt mit dem ärmsten Kuli Chinas. Heute leiht Rewi Alley dem Protest gegen die Anwendung der bakteriologischen Waffe seinen Namen. Nicht allein dieser Neuseeländer, sondern einige seiner Landsleute, der Australier Wilfried Burchett (Verfasser von «China verändert sich», Verlag «Volk und Welt», Berlin 1952), der australische Wissenschafter Dr. Stephan Macindoe, und «last but not least», der kanadische Missionar Dr. James G. Endicott.

Dr. Endicott, in China geboren, war 20 Jahre Missionar der Vereinigten Kirche Kanadas. Nach seiner letzten Reise in China schrieb er seine Broschüre «I Accuse», worin er die Anklage der Chinesen unterstützt. Seine Broschüre, schreibt er, sei nicht gegen die Amerikaner gerichtet, da «fast jedermann in den USA gegen die bakteriologische Kriegführung ist. Deshalb wird die Vorbereitung dafür so geheim gehalten.» Soviel wir gehört haben, hat die kanadische Regierung von einer Anklage gegen Dr. Endicott abzusehen beschlossen, da diese «nicht im wohlverstandenen Interesse des Landes wäre».

Abgesehen von der Frage der Anwendung der bakteriologischen Waffe in Korea und China, zeigt das Buch «Cry Korea» von Reginald Thompson, daß in Korea schon genug zerstört worden ist. Reginald Thompson war Kriegskorrespondent des konservativen «Daily Telegraph». Er beschreibt («Peace News», 29. August 1952), wie er in Korea «zum Dienstverweigerer gegen die Massenvernichtung von Menschen, die sich nicht verteidigen können», geworden ist. Das «People's China» bringt eine Besprechung seines Buches «Cry Korea» von Dr. Endicott, der sagt, das Buch sollte in die Hände jedes Delegierten der UNO gelangen. Jede Kirche in England und Nordamerika sollte es bekanntmachen. Reginald Thompson schildert die «Befreiung» Koreas. «Jedes Dorf, jede kleine Stadt, wo der Krieg hinkam, wurde vernichtet. Die Zivilbevölkerung starb in der Asche und dem Schutt ihrer Häuser.» Er kommt zum Schluß, daß es «keinen Ersatz für Kämpfen gibt, außer Nicht-Kämpfen, keinen Ersatz für Krieg, außer Frieden».

Daß es Amerikaner gibt, die für diesen Frieden arbeiten, zeigt der Aufsatz von Dr. John Adams Kingsbury (in «People's China», 16. Juni), der kürzlich in China war. «Wenn nur meine Mitbürger in Amerika ein Dorf im befreiten China besuchen und diese wahre Demokratie an der Arbeit sehen könnten, würde die öffentliche Meinung der USA die Anerkennung Volkschinas sofort erzwingen.» Aus «People's China» könnten die Amerikaner allerlei Positives über das neue China erfahren, über die Bodenreform, über die Schulungsarbeit im ganzen Lande, über die Anpflanzung von Bäumen (mehr in einem Jahr als in 22 Jahren der Kuomintang-Herrschaft), über die Bekämpfung von Waldbränden (im Nordosten allein wurden 940 000 Menschen zu diesem Zweck mobilisiert), über die Vorschriften für das Fällen von Bäumen, über den Feldzug gegen die Dürre (die im alten China zur Hungersnot führte), über die 505 Kilometer lange Chengtu–Chungking-Eisenbahn (die erste Eisenbahn, die von den Chinesen aus eigenen Kräften gebaut wurde). Was aber uns Schweizer vielleicht am meisten interessieren wird, ist die Entwicklung der genossenschaftlichen Arbeit auf dem Lande.

«Nur durch gegenseitige Hilfe kann man zwei Fische mit einer Hand fangen» sagen die Chinesen, das heißt nur durch Zusammenarbeit können sie landwirtschaftliche Güter erzeugen und zur gleichen Zeit Nebenbeschäftigung verrichten. In einem Dorf in Hupeh zum Beispiel haben

elf arme Bauernfamilien, nachdem sie eigenes Land erhalten und über seine Bebauung diskutiert hatten, abgemacht, ihre paar Zugtiere und Werkzeuge als Gemeingut zu betrachten und sich gegenseitig unentgeltlich zu helfen. Über die Auswirkung sagte ein Bauer: «Ich bezahle bloß 45 Kilo Getreide und habe mehr Werkzeuge zur Verfügung als ich in einem Jahre kaufen könnte.» Der Boden wurde tiefer gepflügt, die Felder besser gedüngt, erfahrene Männer sorgten für die Auswahl des Saatgutes, andere für die Vernichtung der Schädlinge. Die Bauern lernten sich gegenseitig vertrauen. Alle 3 Tage kamen sie zusammen, um die Zeitung zu lesen; ihr Interesse an Geschehnissen außerhalb ihres Dorfes wurde wachgerufen. Im Februar – immer ein Monat des Nahrungsmittelmangels – gingen neun Mitglieder der Genossenschaft auf einer Staatsfarm arbeiten, wo sie 88 Kilo Reis verdienten. Ein Bauer wurde an der Konferenz der Musterarbeiter geschickt. «Die Expropriierung der Feudalgrundbesitzer hat nun den Weg für die Entwicklung großer, moderner, mechanisierter Farmarbeit mit hohen Ernten geebnet. Die ‚mutual aid teams' (Gruppen der gegenseitigen Hilfe) sind eine Form der kollektiven Arbeit, die auf individuellem Bodenbesitz fußt.»

Auf einer höheren Stufe gibt es ländliche Produktivgenossenschaften, meistens im Nordosten und im Norden. Hier investieren die Bauern ihren Boden in einer gemeinsamen Unternehmung, wofür sie Anteile erhalten. In einem Dorf in Shansi zum Beispiel haben sich 76 Menschen zusammengeschlossen. All die kleinen Bodenstücke, die vorher von jedem Bauern in noch kleinere Bodenparzellen aufgeteilt worden waren, um Getreide, Baumwolle, Gemüse usw. zu pflanzen, sind nun zusammengelegt worden und werden gemeinsam benützt, so daß die Arbeit kollektiv geplant werden kann. Innerhalb jeder Gruppe bekommt jede Person die Arbeit, die er am besten zu leisten imstande ist. Man kann so die besten Methoden anwenden und bessere Werkzeuge kaufen. Die Löhne werden nach Arbeitspunkten berechnet – «jedem nach seiner Arbeitsleistung». In dieser Produktivgenossenschaft wurde 1951 das Gesamtprodukt wie folgt verteilt: 52 Prozent an die Mitglieder als Lohn, 40 Prozent an die Bodenbesitzer als Pachtzins, 8 Prozent wurden auf die Seite gelegt. 60 Prozent dieser Ersparnisse werden in der Produktion neu investiert, das übrige für die Wohlfahrt, Erziehung, Unterhaltung, Gesundheitsdienst usw. verwendet. Die Leistung der Genossenschaft hat nicht nur den Verdienst der Mitglieder erhöht, sondern Begeisterung für die genossenschaftliche Idee in andern erzeugt.

Die Regierung der Volksrepublik will die «mutual aid teams» über das ganze Land verbreiten, und wo diese schon Erfahrung gesammelt haben, die Produktivgenossenschaften befürworten. (Es gab deren 1951 bloß 400 in ganz China.) Propaganda für die Produktivgenossenschaften wird nicht nur von der Regierung, sondern von der Kommunistischen Partei, der Jugendliga und all den Bauernmassenorganisationen gemacht. Überdies werden diese Genossenschaften Priorität genießen an

Staatsanleihen, in der Zuweisung von Farmgeräten, gutem Saatgut, Düngemitteln, Insektenvertilgungsmitteln und technischem Rat.

Auf dem Wege zur Kollektivierung der Landwirtschaft in China ist der Nordosten weiter fortgeschritten. Es besteht dort eine Kollektivfarm. Seit 5 Jahren hat man im Grasland experimentiert. Fünf Familien einer Produktivgenossenschaft gingen einen Schritt weiter, indem sie keinen Pachtzins für das zur Verfügung gestellte Land ausrichteten, sondern die Löhne nur nach der Zahl der Arbeitstage, nach der Leistung, berechneten. Heute arbeiten 36 Familien auf 99 Hektaren. Sie nennen ihre Farm «Hsinghuo», das heißt «Der Funke», als «Symbol für die große, sozialistische Landwirtschaft der Zukunft». Jede Familie hat ein neues Haus mit großen Fenstern und elektrischem Licht. Bessere Lebensbedingungen haben die kulturellen Bedürfnisse erhöht. Die Farm unternimmt ihre eigene Forschungsarbeit zur Verbesserung des Saatgutes usw. Sie soll in der nächsten Zukunft eine neue Schule bekommen, Kindergärten, Klub usw.

Wie man sieht, gibt es bis jetzt keinen festen Plan für die landwirtschaftliche Entwicklung Chinas, aber überall wird experimentiert. Alle Berichte sprechen von der aktiven Anteilnahme der Chinesen selbst. Aber unsere Presse berichtet von «Zwangsarbeit», zum Beispiel am Huai-Fluß. In diesem Zusammenhang ist es nicht unwichtig, die Antwort Mrs. Pandits, der Schwester Nehrus, zu vernehmen. «Soweit wir wissen, gibt es dort keine Zwangsarbeit. Es ist bekannt, daß das Huai-Fluß-Stauwerk durch die freiwillige Arbeit von über 2 Millionen Bauern gebaut wurde. Diese Bauern erhielten Reiszuteilungen, die für sie gewöhnliche Form von Lohn.» Mrs. Pandit sagte weiter: «Der Eindruck, den die indische Delegation mit nach Hause nahm, war Bewunderung für den Eifer und die disziplinierte Energie, mit der die Chinesen die schwierigen Aufgaben durchführen.»

Hoffentlich wird China nicht weiter in Krieg verwickelt, wie die Leute um Tschiang Kai-shek es wünschen. Was die Gefahr von Krieg zwischen Indien und China anbelangt, so sagte Mrs. Pandit: «Es gibt keinen anderen Fall in der Geschichte der Menschheit, daß zwei große Länder, die Nachbarn sind, Tausende von Jahren miteinander im Frieden lebten.» Ob Indien Vertreter an die Friedenskonferenz der asiatischen und pazifischen Gebiete schicken wird? An der vorbereitenden Konferenz im Juni in Peking fanden sich 47 Delegationen aus 20 Ländern ein. Die australische Delegation wurde von Dr. John Burton, früherem Sekretär im Außenamt und australischem Kommissar in Ceylon, geführt. Er ist aber nicht ein offizieller Vertreter Australiens, man will ihn sogar wegen dieser Reise nach China aus der australischen Labourpartei ausschließen. Aber trotz Opposition wird diese Konferenz wahrscheinlich im September im Neuen Peking stattfinden – im Peking, sagt Rewi Alley, «das so oft geplündert worden war und nun ein Heim für das Volk ist». Alle werden zusammenkommen, Inder, Australier, Ame-

rikaner, Burmesen, Japaner, Neuseeländer, Russen, «um etwas Einfaches zu besprechen – Frieden unter den Menschen». Es scheint ganz natürlich, daß der amerikanische Vertreter, Dr. John Adams Kingsbury, Roosevelt zitierte, der kurz vor seinem Tode diese Botschaft an die Amerikaner richtete: «Meine Arbeit, meine Freunde, ist der Friede. Ich bitte euch, euren Glauben aufrechtzuerhalten. Euch und allen, die sich mit uns der Aufgabe widmen, einen dauernden Frieden zu schaffen, sage ich: ‚Unsere Arbeit von morgen findet ihre Grenze einzig im Zweifel, den wir heute hegen. Machen wir uns an die Arbeit mit einem starken, aktiven Glauben.'»

Mögen die Amerikaner diese Worte beachten, bevor es zu spät ist, und mögen andere Völker ihre Regierungen zur Verhandlung zwingen, denn, wie der amerikanische Präsidentschaftskandidat Stevenson sagte: «Die Türe zum Verhandlungszimmer schließen, heißt die Türe zum Krieg öffnen.» *Millicent Furrer-Proud*

WELTRUNDSCHAU

Der Aufstand der Farbigen Im Vordergrund der Weltereignisse steht nun erneut – wenigstens für unsere Augen – die gewaltige nationale und soziale Freiheitsbewegung der farbigen Völker. Sie ist in der Berichtszeit mit großen Schritten weitergegangen: in *Nordafrika* – wo Marokko und Tunis immer offener rebellieren –, in *Südafrika*, wo die Neger und Inder auf Gandhis Spuren mit Heldenmut passiven Widerstand gegen die Herrenrassenpolitik der Regierung Malan leisten, und besonders dramatisch in *Ägypten* wie auch in *Persien*.

Das Kennzeichnende an der jüngsten Entwicklung sowohl in Ägypten als in Persien ist, daß die Aufstachelung des fremdenfeindlichen Nationalismus nicht mehr genügt, um die Empörung des Volkes über seine jammervolle Ausbeutung durch die herrschende Oberklasse zu dämpfen und abzulenken; es ist vielmehr nötig geworden, ernsthafte soziale Reformen an die Hand zu nehmen, um den Ausbruch einer eigentlichen proletarischen Revolution zu verhindern. In Ägypten besorgt diese Aufgabe die nun in aller Form aufgerichtete Militärdiktatur des Generals Naguib; hinter ihr steht derjenige Teil des Besitzbürgertums, der es satt hat, den nationalen Reichtum in den Taschen einer korrupten und prasserischen Oligarchie, wie sie sich um den Hof herum gruppierte, verschwinden zu sehen. Um aber die Auflehnung gegen das feudal-kapitalistische Palast- und Pascharegime nicht zur offen revolutionären Volksbewegung «entarten» zu lassen, hält General Naguib

einerseits die «Unruhestifter» mit eiserner Hand nieder, während er anderseits eine Bodenreform verspricht, die den Landbesitz auf höchstens 80 Hektaren beschränken und das enteignete Land unter die besitzlosen Pächter und Dorfproletariar verteilen soll. Soweit der Großgrundbesitz weiter bestehen kann, soll der Pächter nicht mehr als die Hälfte des Bodenertrags dem Grundherrn abliefern müssen. Das ist für ägyptische Verhältnisse – 12 000 Großgrundbesitzer haben 37 Prozent des anbaufähigen Bodens in Händen, während zwei Millionen «Bauern» nicht einmal halb soviel Boden besitzen, wie für die bare Existenzsicherung nötig wäre – schon fast eine Agrarrevolution ... wenn es nicht auf dem Papier stehenbleibt und auch wirklich *allgemein* angewandt wird. (Nach gewissen Berichten sollen nur 1500 Großgüter von der Verordnung betroffen werden, so daß die landhungrige Masse des Volkes im ganzen unbefriedigt bliebe.) Die Gegenrevolution ist übrigens in der Stille bereits an der Arbeit.

In Persien hat sich Ministerpräsident Mossadegh gleichfalls diktatorische Vollmachten geben lassen. Seine Regierung steht eben unter doppeltem Druck: die radikalen Nationalisten, verbunden mit den muselmanischen Fanatikern, hindern ihn an jedem Entgegenkommen in der Ölfrage, obwohl die letzten britischen Vorschläge hätten eine Grundlage für eine Verständigung bieten können, und treiben das Land so fast gewaltsam dem Bankerott entgegen; die daraus erwachsende verschärfte Notlage des Volkes aber bringt die Gefahr einer kommunistisch geführten Revolution näher, so sehr die Amerikaner sich bemühen, durch Einwirkung auf die Engländer und durch «symbolische» Finanzhilfe den Zusammenbruch des konservativen Regimes hinauszuzögern. Mossadegh hat in dieser Zwangslage vorerst einmal eine Boden- und Steuerreform verordnet, die den Großgrundbesitz belasten und den Landpächtern einen größeren Anteil am Ernteertrag sichern soll. Was dabei herauskommt, bleibt abzuwarten. Wenn die Vereinigten Staaten und Großbritannien ihren ganzen Einfluß aufböten, um, wie in Ägypten, so auch in Persien eine *gründliche* Bodenreform durchzusetzen, so wäre schon viel gewonnen, um im Mittelosten einigermaßen menschenwürdige Lebensbedingungen für die breiten Volksschichten zu schaffen.

Drohendes Amerika Aber daran ist ja vorderhand überhaupt nicht zu denken. Nicht nur ist in England eine konservative Regierung am Ruder, die sich schon im eigenen Land bemüht, die sozialen Fortschritte rückgängig zu machen, welche die Labourregierung erwirkt hat; es ist vor allem *Amerika*, das überall die große Weltgefahr für alles wird, was Sozialreform oder gar Sozialismus heißt. Schon die demokratische Regierung Truman-Acheson, die in außenpolitischen Angelegenheiten unter stärkstem Druck von seiten der konser-

vativen Republikaner stand und steht, hat ja als Vorkämpferin der Gegenrevolution eine verhängnisvolle Rolle auf der Weltbühne gespielt. Sollte aber als Ergebnis der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom kommenden November gar eine Regierung Eisenhower-Dulles gebildet werden, mit einer zuverlässigen Mehrheit in der Bundesversammlung, dann könnte es leicht zu einer eigentlichen internationalen Katastrophe kommen. Denn nichts ist falscher, als die Reden General Eisenhowers und seines Ratgebers Dulles über die Notwendigkeit, die Völker des Ostens «von der kommunistischen Tyrannei zu befreien», mit der bagatellisierenden Bemerkung: «Wahlpropaganda für den inneren Gebrauch» abtun zu wollen. Dulles ist schließlich jahrelang der republikanische Hauptsachverständige des amerikanischen Außenministeriums gewesen, der unter anderem den sogenannten Friedensvertrag mit Japan gezimmert und auch sonst die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten maßgebend (und folgenschwer) mitbestimmt hat. Und die hundert Millionen Dollar, die der Kongreß für die Unterstützung, Ausrüstung und Bewaffnung gegenrevolutionärer Gruppen in den kommunistischen Ländern bewilligt hat, sind auch nur *ein* Anzeichen dafür, daß die offene Ankündigung eines «Befreiungskreuzzuges» nach dem Osten durchaus auf der Linie der bisherigen Politik einer bewaffneten «Eindämmung» des Kommunismus liegt, die nun «mit kalter Entschlossenheit» (wie Eisenhower sagte) weitergeführt werden soll[1]. Erinnern wir auch daran, daß (vgl. «Neue Wege», Januar 1952, Seiten 32/33) Staatssekretär Acheson schon in seiner Berkeley-Rede vom März 1951 ein außenpolitisches Programm entwickelt hat, das demjenigen von Eisenhower und Dulles sehr nahekommt. Kurz, *wenn* die Republikaner wieder an die Macht kommen, dann ist die Gefahr groß, daß die neue amerikanische Regierung mit ihrem «dynamischen» Antikommunismus wirklich ernst macht. Noch ist es zum Glück nicht so weit; Eisenhower müßte schon einen Erdrutsch in einigen bisher demokratisch stimmenden Staaten, besonders im Süden, herbeiführen und außerdem die Republikaner geschlossen hinter sich haben, wenn er gewinnen wollte, und das wird auch dann nicht so einfach sein, wenn er die Demokraten noch heftiger als «die Partei der Korruption» anprangert.

Wie nahe aber schon heute die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges liegt, das lehrt die amerikanische Kriegführung in *Korea*, die unter Einsatz verheerender Massenvernichtungswaffen ihre Luftangriffe bis unmittelbar an chinesisches und russisches Gebiet hin vorträgt. «Dies

[1] Die amerikanische Depeschenagentur Associated Preß zitiert (nach dem «Detroit News» vom 5. September) einen ungenannten osteuropäischen Bauernführer, der, jetzt in den Vereinigten Staaten lebend, gesagt habe, Eisenhower und Dulles hätten grundsätzlich ganz recht, verdürben aber ihre Sache wieder, indem sie von Sabotage (gegen die Sowjetunion und die Volksrepubliken) redeten, bevor sie ins Werk gesetzt sei. «Die Engländer tun es, ohne davon zu reden. Warum kündigen die Amerikaner an, was sie erst tun *wollen*?»

soll den (russischen und chinesischen) Kommunisten zeigen, daß wir nicht spaßen», sagte Vizeadmiral Joseph Clark, der Kommandant des Siebenten Flottengeschwaders, als er den am 1. September geführten Angriff auf die Erzgruben an der mandschurischen Grenze, dicht vor sowjetischem Gebiet, erläuterte. Und General van Fleet, der Oberbefehlshaber in Korea, wünschte (am 8. Juli), daß «der Krieg gegen den Kommunismus in Korea ausgetragen und gewonnen werde», hinzusetzend, daß «die Angriffe auf den Jalu eine heilsame Wirkung gehabt» hätten, weil sie die Kommunisten eingeschüchtert und die Antikommunisten in Europa ermutigt hätten.

Die amerikanische (und allgemein westmächtliche) Kriegführung in Ostasien ist tatsächlich in einer schwierigen Lage. Nachdem sie sich auf das Korea-Abenteuer eingelassen, Formosa gegen das chinesische Festland abgeriegelt und Japan zum Vasallen gemacht hat, kann sie jetzt weder rückwärts noch vorwärts. Rückzug – das hieße Preisgabe Südkoreas, Formosas, Indochinas und Japans; ein weiterer Vorstoß aber müßte zum offenen Krieg mit China und über kurz oder lang auch mit Rußland führen. Und dafür ist die öffentliche Meinung weder in den Vereinigten Staaten noch in Westeuropa reif. Soll sie also durch Eisenhowers Kreuzzugspropaganda reif *gemacht* werden? Der Gedanke ist phantastisch, aber vollkommen ernst zu nehmen. «Kein Ausblick», so schreibt der «New Statesman» (6. September),

«könnte für die Welt entsetzenerregender sein als der auf einen amerikanischen Präsidenten, der auf einen Versuch zur ‚Befreiung' aller Länder in der Welt festgelegt wäre, die heute unter kommunistischer oder angeblich kommunistischer Herrschaft stehen. Die Unwissenheit und Anmaßung, die in der Vorstellung liegt, daß zum Beispiel die Chinesen und Tibetaner eine Befreiung durch amerikanische Truppen begrüßen würden, ist schauderhaft. Die Aussicht, die durch Eisenhowers Rede eröffnet wird, ist die auf einen Dauerkrieg. Die Folge ist, daß wir uns alle fragen müssen, mit was für Mitteln wir es vermeiden können, das nächste Korea zu werden. So etwas wie einen Befreiungskrieg gibt es heute einfach nicht mehr; das ist nur noch eine grausige Beschönigung für allgemeine Verwüstung, für die Verbrennung der Zivilbevölkerung bei lebendigem Leibe und für die fortwährende Beanspruchung der menschlichen Mittel und Kräfte für Tod und Zerstörung.»

Verhandeln, nicht rüsten! Während einiger Hochsommerwochen machte es denn auch fast den Anschein, als schreckten wenigstens die westeuropäischen Regierungen vor dieser Aussicht doch zurück. Die Ausführung des Lissabonner Programms der Nordatlantischen Militärorganisation stieß da und dort auf Schwierigkeiten; in Belgien kam es sogar zum Generalstreik gegen die nach Eisenhowers Wunsch vorgesehene Einführung des zweijährigen Militärdienstes. Aber bald vernahm man die «beruhigende» Versicherung, das Programm werde auf jeden Fall verwirklicht, auch wenn bis Jahresende nicht 50, sondern nur 45 Divisionen bereitstehen sollten. Auch mit der Ratifizierung der Deutschlandverträge ging es vorwärts;

der amerikanische Senat nahm sie widerstandslos an und das britische Unterhaus wenigstens mit den Stimmen der konservativen Mehrheit. Wahrscheinlich werden auch Frankreich, Italien und die kleineren Satelliten Ja sagen, wenn es ihnen schon nicht besonders pressiert. In Westdeutschland aber drückt die Adenauersche Koalition auf rasche Verabschiedung, und die Sozialdemokraten werden dagegen so wenig eine *ernsthafte* Aktion auslösen wie die Gewerkschaften. Europa bekommt dann alle Aussicht auf ein schon wieder hochgerüstetes «Nationaldeutschland», das – neben der Schweiz – die stärkste Militärmacht im Westen würde und seinem Traum eines vom Kommunismus befreiten, dafür der deutschen Kolonisation offenstehenden Osteuropa ein neues Mal nachjagen könnte – im vollen Einklang mit der amerikanischen Befreiungsstrategie . . .

Daß die Sowjetunion sich gegen das ihr zugedachte Los nach Kräften wehrt, ist nur selbstverständlich. Der Notenkrieg um die deutsche Frage geht in der Tat nun schon seit Anfang März hin und her, ohne daß ein positives Ergebnis irgendwie abzusehen wäre. Rußland beharrt auf seinem Standpunkt, daß vor allem eine grundsätzliche Verständigung über die *Neutralisierung*, also Ungefährlichmachung Deutschlands erreicht werden müsse, bevor an die *Einigung* Deutschlands auf Grund freier Wahlen und an den Abschluß eines Friedensvertrages herangegangen werden könne. Die Westmächte ihrerseits wollen die Reihenfolge umgekehrt wissen und verlangen zuerst freie Wahlen, aus denen ein (natürlich antikommunistisches) Gesamtdeutschland hervorgehen müsse, mit dem dann über einen Friedensvertrag zu verhandeln sei, unter ausdrücklicher Freistellung des Anschlusses dieses «demokratischen» Deutschlands an den Westblock. So scheint die Auseinandersetzung festgefahren zu sein und der Kalte Krieg einfach weitergehen zu müssen. Und doch gibt es nur *eine* Wahlmöglichkeit gegenüber der Aussicht auf Weiterrüsten bis zum offenen Krieg: ernsthaft mit der Sowjetunion verhandeln, um die deutsche Gefahr endgültig zu bannen. Gewiß, mit den Russen ist schwierig Kirschen zu essen. Ihr Mißtrauen und ihre Sturheit sind phänomenal. Aber daß sie nicht die Hand zu einer «Lösung» der deutschen Frage bieten wollen, die Deutschland gegen die östliche Welt aufrüsten ließe, darin muß man ihnen vollauf recht geben. Sie sind bereit, einen hohen Preis dafür zu bezahlen, daß Deutschland nicht dem Westblock eingegliedert werde; sind auch die Westmächte bereit, einen Preis zu bezahlen, um die Einigung Deutschlands und das Verschwinden des kommunistischen Regimes in der Ostzone auf friedlichem Weg zu erlangen? Das ist die ganze Frage. An ihrer Beantwortung hängt das Schicksal Europas.

Ostdeutsche Eindrücke Aber ich kann diesmal nicht länger bei diesen entscheidungsschwangeren Auseinandersetzungen verweilen. Ich möchte vielmehr, in großer Kürze zwar,

einiges von dem berichten, was ich im Juli in einem Stück *Ostdeutschland* selbst gesehen und erlebt habe. Durch schweizerische Vermittlung vom (Ost-)Deutschen Friedenskomitee eingeladen, verbrachte ich drei Wochen in Berlin-Ost und seiner weiteren Umgebung. Aber der Aufenthalt dort war großenteils höchst unerquicklich und enttäuschend. Durch grobe Fahrlässigkeit war versäumt worden, mir rechtzeitig das sowjetische Einreise- und Aufenthaltsvisum zu verschaffen. Und als ich dann aufforderungsgemäß ohne Ostvisum in Berlin ankam, mit dem Flugzeug die Zonengrenze überspringend, verweigerten mir die Russen die Bewegungsfreiheit. Alles, was dank den Bemühungen des Friedenskomitees schließlich erreicht werden konnte, war die Genehmigung zu einem örtlich begrenzten Aufenthalt mit vorgeschriebener Marschroute für die Ausreise. So mußte ich zuerst die Hälfte der Zeit in dem heißen, lärmigen Berlin und dann den Rest in einem Gästehaus des Friedenskomitees an einem der vielen reizenden Seen der Umgebung verbringen, ohne die Möglichkeit, durch Reisen in die «Zone» aus eigener Anschauung mein Wissen über die Deutsche Demokratische Republik (DDR) zu vermehren und zu vertiefen. Auch die aufmerksamste und großzügigste Gastfreundschaft des Friedenskomitees, für die ich dankbar bin, vermochte an diesem Zustand nichts zu ändern. Berlin denkt und Moskau lenkt – das ist die Sachlage. Wenn das Satellitenverhältnis zwischen der DDR und der Sowjetunion schon in solch kleinen Dingen derart ausgeprägt ist, wie mag es dann erst in den großen politischen Fragen und Entscheidungen sein! Ich war auf jeden Fall froh, als ich meine Freiheit wiedererlangt hatte und das schwermütig-ernste brandenburgische und mecklenburgische Tiefland hindurch zur Ostsee und hinüber nach Schweden fahren konnte, zur Konferenz des Internationalen Bundes religiöser Sozialisten in Nyköping ...

Was sind nun aber die Eindrücke, die mir von diesem Aufenthalt in der DDR geblieben sind? Sie sind – wie es der Natur des Kommunismus überhaupt entspricht – zwiespältiger Art. Auf der einen Seite erhebt und ermutigt einen das Neue, Revolutionäre, Verheißungsvolle, das auch hier in Ostdeutschland aufgebrochen ist; auf der anderen bedrückt und beengt einen so vieles an den *Mitteln*, mit denen diese Revolution arbeitet, insbesondere alles, was auf Diktatur, Polizeistaat und Gesinnungszwang hinausläuft.

Beginnen wir mit dem äußeren Anblick, den das Leben in Ostberlin und seiner Nachbarschaft bietet. Wenn man vom Westen her kommt, so fällt einem natürlich das im ganzen genommen noch niedrigere Lebensniveau auf. Vieles ist noch ungeordnet, einfach, unzulänglich. Der Wohlstand ist noch nicht wieder so sichtbar wie – bei den «oberen» Schichten mindestens – im Westen, freilich auch der Luxus lange nicht so herausfordernd wie dort. Die gesellschaftlichen Unterschiede sind überhaupt weniger ausgeprägt als im Westen, wo die Klassengegensätze gegen früher eher noch verschärft sind. Man muß, um gerecht zu

urteilen, vor allem auch zweierlei stets im Auge behalten: Der Osten von Berlin war von jeher viel industrieller und proletarischer als der Westen mit seinen eleganten Wohnquartieren und Villenstädten, und dazu ist Ostberlin von den Bombenangriffen während des Krieges weit schwerer betroffen worden als die meisten Gegenden Westberlins. Zieht man dies in Betracht, so kann man nicht anders als erstaunt sein über die mächtigen Fortschritte, die der Wiederaufbau und die allgemeine Normalisierung des Lebens in Ostberlin gemacht haben. Jeder Ostberliner hat es miterlebt, wie sich aus dem entsetzlichen Chaos, welches das Tausendjährige Reich zurückgelassen hat, immer sicht- und fühlbarer Ordnung, Lebenssicherheit und Lebensfreude geformt haben. Und was noch wichtiger ist: das Erreichte gibt ihm die feste Zuversicht, daß es auch in Zukunft planvoll und stetig aufwärts und vorwärts gehen wird. Eine weit verbreitete Stimmung des Optimismus und des Glaubens an eine schöne, große Zukunft ist – trotz allem Druck des Diktaturregimes – unverkennbar; und auch der ausländische Besucher steht stark unter dem Eindruck: Hier wird etwas radikal Neues gebaut, eine neue gesellschaftliche Ordnung ist im Werden, eine Lebens- und Gemeinschaftsform, die zwar noch lange nicht Sozialismus ist, aber doch in der Richtung auf den Sozialismus hin geht und ohne gewaltsame Störung von außen sich reich entfalten wird.

Aufbau und Lebenshaltung Ein Sinnbild für den Zukunftsglauben, der in der DDR lebt, ist der architektonische Aufbau der *Stalinallee* in Ostberlin, dieses über anderthalb Kilometer langen und 70 Meter breiten Anfangsstückes der geplanten Ost-West-Achse, das über den Alexanderplatz und den zentralen Marx-Engels-Platz nach den Linden und dem Brandenburger Tor weitergeführt werden soll. In der westlichen Presse wird freilich sehr viel Unverständiges, ja Gehässiges über die Stalinallee geschrieben. Der Berliner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» zum Beispiel sah in ihr (4. Juli 1952) ein Symbol für den «Anspruch auf totale Unterwerfung, den der sowjetische Staat an den einzelnen Menschen stellt», und behauptet gar, die Bauten der Stalinallee seien «so angelegt, daß die einzelnen Wohnungen von einem Punkt aus kontrolliert werden können.» Das letzte ist nun von vornherein Unsinn. Wahr ist lediglich, daß alle Wohnungen eines Blocks eine telephonische Hauszentrale haben werden, durch die jede Einzelwohnung erreicht werden kann. Was aber die Stalinallee als angeblichen Ausdruck eines Willens zum Kollektivdasein betrifft, in dem alle Individualität ausgelöscht werden solle, so habe ich in westdeutschen, englischen und amerikanischen Städten Hochhäuser und andere Wohnfabriken gesehen, die mir weit mehr den Eindruck von Massenquartieren ohne Einzelgesicht machten – nicht zu reden von den Arbeiter- und Elendsquartieren in den Städten und Industriegebieten der kapitalistischen Länder, in denen nun wirklich Men-

schentum und Individualität gründlich ausgelöscht sind. Architektonisch und ästhetisch aber finde ich die gegenwärtig ausgeführten Bauten der Stalinallee und die ausgestellten Modelle der ganzen Anlage in ihrer Verbindung von Zweckmäßigkeit und städtebaulichem Eigenstil recht glücklich und ansprechend; sie mögen ganz gut den Durchbruch zu einem neuen deutschen Baustil bedeuten, der an die besten Überlieferungen der deutschen Architektur anknüpft. Wie dem auch sei, in der DDR wird mit leidenschaftlichem Eifer gebaut. Neben Berlin werden jetzt die wichtigsten industriellen und kulturellen Zentren wie Dresden (wo der historische, bombenzerstörte Zwinger peinlich originalgetreu wiederhergestellt werden soll), Leipzig, Magdeburg, Dessau, Rostock usw. mit einem Kostenaufwand von 4,16 Milliarden Mark allein für die Jahre 1951 bis 1955 neu aufgebaut[2]. Dazu kommen die Wiederherstellung und der Neubau von Kraftwerken, Fabriken aller Art, Verkehrsanlagen usw., die in größtem Maßstab geschehen und auf die alle Kräfte in erster Linie verwendet werden.

Meine Beobachtungen über die *Lebenshaltung* des Volkes der DDR beschränken sich in der Hauptsache auf Ostberlin und einen Teil der benachbarten Zone. Das Gesamtbild ist nicht ungünstig; die Menschen sehen recht genährt und gekleidet aus, wenn auch vielfach nicht im selben Maß wie im Westen. Zu haben ist jedenfalls wieder fast alles, außer reiner Wolle, guten Schuhen, soliden Stahlwaren, Kakao u. dgl. Anderes ist nur oder meistens in schlechter Qualität verfügbar, während beispielsweise Porzellan (Meißen!), Trikotagen, Glaswaren, optische Apparate (Zeiß!) usw. besser als im Westen sind. In den heißen Julitagen fehlte es auch sehr an alkoholfreien Getränken, wie überhaupt der Mangel an guten Gaststätten sehr fühlbar ist.

Was kann sich aber der Durchschnittsbürger der DDR von den verfügbaren Waren tatsächlich kaufen? Die gutbezahlten Beamten und Funktionäre in Verwaltung, Partei und Gewerkschaften wie auch die regimetreuen Intellektuellen aller Art vermögen sich natürlich so ziemlich alles zu leisten, und das ist eine schon recht breite Schicht. Auch für die Jugend wird mehr als ausreichend gesorgt. Daß die bäuerliche Bevölkerung keinen Mangel leidet, erscheint selbstverständlich. Die Großzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen ist so entlöhnt, daß sie sich recht ernähren und kleiden kann; die Aktivisten und die übrigen besonders gut qualifizierten Arbeiter leben sogar in eigentlichem Wohlstand. Sozusagen alle Arbeiter beziehen für die noch rationierten Lebensmittel

[2] Im «Aufbau» (Nr. 33) glossiert Oswald Zienau dieses Aufbauwerk auf ausgesucht hämische Art. Von Dresden redend, schließt er seinen Artikel mit dem Satz: «Das ‚deutsche Moskau an der Elbe' wird auch die letzten Spuren des einstigen Kultur- und Kunstzentrums Dresden auslöschen und dafür seine Bewohner endgültig in die Fesseln der Parteiherrschaft und mit dem Elend der Lebensdürftigkeit schlagen, doch wenigstens ihnen das Marschiererglück bescheren ...» So kann man natürlich gar alles herunterreißen!

(Fleisch, Butter und andere Fette, Zucker) Zusatzkarten in verschiedener Abstufung, die zu normalen, möglichst tief gehaltenen Preisen eingelöst werden können; weitverbreitet sind auch die gemeinsamen verbilligten Mahlzeiten in den Betrieben.

All die übrigen Menschen jedoch, die ein geringes Einkommen haben und (oder) nur einfache Zusatzkarten beziehen – und ihrer ist, auch in den früher besser bewerteten Berufen, eine sehr große Zahl –, sind, ohne gerade Not zu leiden, ungenügend ernährt und bekleidet. Mit einer Butter- und Fettration von monatlich 1350 Gramm, also 45 Gramm täglich, ist nach unseren Begriffen nicht auszukommen. Auch die Fleischration, die zugleich für Fische und Eier reichen muß, ist gänzlich ungenügend. Was über die Ration hinausgeht, muß in den HO-Läden (Verkaufsstellen der staatlichen Handelsorganisation) gekauft werden, und da stehen die Preise gewöhnlich um ein Vielfaches höher als im «gebundenen» Kleinhandel. Milch auf Marken zum Beispiel kostet an einem bestimmten Ort 34 Pfennig, im HO 2 Mark, Fleisch mittlerer Güte 1,50 Mark (500 Gramm), im HO 12 Mark, Wurst (125 Gramm) 45 Pfennig auf Karte, 2,20 Mark im HO. In den HO-Gaststätten sind im allgemeinen die Unterschiede geringer; immerhin bezahlte ich zum Beispiel einmal in einem solchen Restaurant für ein Morgenessen, bestehend aus einem Kännchen Kaffee, einer winzigen Portion Milch, 10 Gramm Butter, 20 Gramm Konfitüre, einem (nicht frischen) Ei und zwei Brötchen 3,40 Mark[3].

Bei all dem muß freilich zweierlei festgehalten werden. Einmal: In Ostberlin gibt es keine Arbeitslosen, wohl aber Mangel an Arbeitskräften. In Westberlin zählt man ohne die Flüchtlinge aus dem Osten über 200 000 Arbeitslose, die übrigens vielfach gar kein Bedürfnis nach Arbeit haben, setzen sie doch ihre Arbeitslosenunterstützung großenteils in Ostmark um, mit denen sie dann für einen Bruchteil des Westpreises im Ostsektor Lebensmittel kaufen, so wie auch viele andere Westberliner den Kursunterschied (eine Westmark gleich etwa vier Ostmark) dazu benützen, sich mit Bedarfsgegenständen aller Art in Ostberlin einzudecken. Sodann: Die ostdeutsche Planwirtschaft hat es erlaubt, in den

[3] Die HO-Läden dienten ursprünglich dazu, die überschüssige Kaufkraft der damaligen Oberschicht abzuschöpfen, durch Anlockung zum Kauf begehrter, aber knapper Waren, die teuer bezahlt werden mußten. In dem Maße, wie die Versorgung reichlicher wird — und ein Gang durch das große HO-Kaufhaus am Berliner Alexanderplatz zeigt, *wie* reichlich sie bereits ist —, fällt diese Zweckbestimmung weg; die HO-Preise werden in die Senkungsaktionen einbezogen und müssen mit denjenigen der Privatgeschäfte und der Konsumgenossenschaften konkurrieren. Geblieben ist im wesentlichen die Überteuerung gewisser Lebensmittelpreise, und das ist unsozial, zwingt es doch die Geringbemittelten, für Mangelwaren, die aber lebensnotwendig sind, schmerzhaft hohe Preise zu bezahlen, während die zahlungskräftigen Schichten den Preisunterschied kaum spüren. Die HO-Gaststätten sind übrigens häufig überfüllt; ihre Besucher stammen aus allen Kreisen. — Bemerkenswerterweise dringt die staatliche Handelsorganisation immer stärker auch in das Gewerbe ein. HO-Hutläden, -Buchbindereien usw. sind keine Seltenheit mehr.

letzten paar Jahren etwa ein Dutzend Preissenkungen vorzunehmen, die die Lebenshaltung der Bevölkerung spürbar gehoben haben. Es besteht aller Grund zu der Annahme, daß diese Bewegung weitergehen und die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidern und Schuhen, mit Wohnraum, Haushaltartikeln usw. immer reichlicher werden wird[4]. Auch die Leistungen der öffentlichen Hand, wie unentgeltliche Lehrmittel, Ferienversorgung besonders für die Kinder, billige Theater- und Konzertkarten, werden immer weitere Volkskreise erfassen und mithelfen, im Vergleich zum Westen die Versorgungslage für die breiten Verbraucherschichten zugunsten Ostdeutschlands zu verschieben.

Planwirtschaft Noch ist die durchschnittliche Lebenshaltung in der DDR unzweifelhaft niedriger als im Westen – ein Hauptgrund für die bis zu den jüngsten Sperrmaßnahmen recht starke Abwanderung aus dem Osten. Dennoch halte ich im ganzen die Wirtschaft der DDR für gesünder als diejenige der Bundesrepublik, deren Kapitalismus auf die Länge nicht lebensfähig ist und nur durch die Einpumpung amerikanischer Milliarden und durch Roßkuren wie die sogenannte Währungsreform zu einer vorübergehenden Scheinprosperität gebracht worden ist. Die ostdeutsche Wirtschaft anderseits ist wohl durch die riesigen Wiedergutmachungsleistungen an die Sowjetunion entkräftet worden, wird nun aber unter zentraler Planung umfassend und verheißungsvoll zum Dienst am Gesamtvolk entwickelt. Jede Steigerung der Produktionskraft, jede Verbesserung der Arbeitsmethoden, jeder Fortschritt in Handel und Verkehr kommt – wenn auch nicht immer sofort – der Hebung der Lebenshaltung zugute und wird nicht vom Gewinnstreben des «freien Unternehmertums» aufgesaugt, wie dies in der kapitalistischen Wirtschaft weithin der Fall ist. Und die Produktionskraft *wird* sich stärker und stärker entfalten. Die *industrielle Erzeugung* soll bis 1955 auf fast das Doppelte des Standes von 1950 gebracht werden, wobei der Nutzbarmachung der Bodenschätze besonders große Aufmerksamkeit gewidmet wird, und die bisherigen Ergebnisse des Fünfjahrplanes, der in den meisten Industriezweigen gut erfüllt wurde, sprechen durchaus dafür, daß das Ziel erreicht wird, sofern die DDR friedlich-normal weiterarbeiten darf. Die «volkseigenen», also sozialisierten Unternehmungen spielen dabei natürlich eine entscheidende Rolle.

Ähnliches gilt von der *Landwirtschaft*. Anbaufläche, Düngemittel, Ernteerträge, Milcherzeugung usw. werden planmäßig vermehrt; die Milcherzeugung zum Beispiel ist im ersten Vierteljahr 1952 gegenüber dem Vorjahr um 29 Prozent und der Milchertrag je Kuh um 14 Prozent

[4] Im ersten Vierteljahr 1952 wurden im privaten Kleinhandel um 17 Prozent höhere Umsätze erzielt als während der gleichen Zeit des Vorjahres, in den HO-Läden sogar um 44 Prozent höhere, trotz den fünf Preissenkungen des Jahres 1951.

gestiegen. Die volkseigenen, meistens durch die Zerschlagung des Großgrundbesitzes geschaffenen Güter werden immer stärker zu Musterbetrieben entwickelt, die zu Mittelpunkten des wissenschaftlichen und technischen Fortschrittes auf dem Land werden. Den selbständigen Bauern dient daneben das Netz der Maschinenausleihstationen, das über das ganze Land hin gebreitet liegt; der Wirtschaftsplan soll im übrigen den Bauern den Absatz ihrer wachsenden Produktion durch eine abgestufte staatliche Erfassung sichern, wobei dank der Steigerung der Arbeitsergiebigkeit laufend größere Produktenmengen für den eigenen Verbrauch und den freien Verkauf zur Verfügung bleiben sollen.

Für die Forstwirtschaft sieht der Plan vor, daß bis 1955 320 000 ha Kahlflächen aufgeforstet und 200 000 ha verlichtete Waldbestände mit Unter- und Voranbau ausgestattet werden sollen.

Wie sich in der Praxis die Entwicklung der Landwirtschaft auf dem Boden des ehemaligen Großgrundbesitzes gestaltet, entzieht sich meiner Kenntnis. Auf alle Fälle aber ist die Aufhebung des Großgrundbesitzes eine der stärksten Leistungen der Deutschen Demokratischen Republik. Ich habe inmitten der märkischen Landschaft Fontanes Altersroman «Der Stechlin» gelesen, dessen Schauplatz ja gerade hier in der Nähe liegt. Diese ganze Welt der adligen Junker des brandenburgischen Kerngebietes und mit ihr die feudale Wirtschaft und Gesellschaft Ostelbiens überhaupt, die in der deutschen und europäischen Geschichte eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, sie ist heute verschwunden und versunken, und Friedrich Naumanns Losung: «Bauerngut an Bauerngut bis an die russische Grenze» ist buchstäblich erfüllt. Welch eine Wendung durch die Tatkraft der DDR! Die Weimarer Republik, aus der «Revolution» von 1918 erwachsen, war nicht imstande, mit dem Großgrundbesitz aufzuräumen, der dann auch – mit den andern Unheilskräften – Deutschland planmäßig in den Nazismus und den Zweiten Weltkrieg hineintrieb. Was blieb den Schöpfern des neuen ostdeutschen Staates anderes übrig, als die Enteignung des Großgrundbesitzes diktatorisch zu vollziehen (nur in Sachsen, soviel ich weiß, fand darüber eine Volksabstimmung statt), nachdem die Demokratie so katastrophal versagt hatte?

Die Sozialisierung der ostdeutschen Industrie wird vermutlich auf ähnliche Weise vor sich gehen, und die Westdeutschen, die mit ihrer ganzen «Freiheit» ihre Schwerindustrie, die große Gönnerin Hitlers, nicht haben dem Volke dienstbar machen können, vielmehr deren Herrschaft sich nach dem Krieg erst recht befestigen ließen, haben zu allerletzt Ursache, sich darüber zu beklagen. Mögen sie doch mit ihrer Art Demokratie die soziale Revolution besser vollziehen als es nun die ostdeutschen Kommunisten tun! In der DDR hofft man jedenfalls, die soziale Planwirtschaft zu einem derartigen Erfolg zu machen, daß Ostdeutschland auf den Westen nicht mehr abschreckend, sondern mehr und mehr anziehend wirken werde, während gleichzeitig der westliche

Kapitalismus immer deutlicher versage und zerfalle. Und das bisher Erreichte berechtigt in der Tat zu der Erwartung, daß, wie es sich der Fünfjahrplan zum Ziel setzt, Ende 1955 die Vorkriegslebenshaltung der Bevölkerung wieder erreicht, ja überschritten sein wird.

Arbeitsbedingungen «Möglich», so erwidert man uns wohl, «aber um welchen Preis! Baut sich nicht die ganze ostzonale Wirtschaft auf ärgster Ausbeutung, Unfreiheit und Rechtlosigkeit der Arbeiter auf?» Daß dem wirklich so sei, behaupten namentlich unsere Sozialdemokraten und die ihnen nahestehenden Gewerkschafter[5]. Ich bedaure es darum besonders lebhaft, daß ich nicht auf Grund eigenen Augenscheins und eigenen Nachforschens in Industriebetrieben und bei Gewerkschaften zu diesen Anklagen Stellung nehmen kann, vielmehr auf allgemein zugängliche Informationsquellen angewiesen bin. Von vornherein ist indessen doch zu sagen, daß in einer Wirtschaft, die auf den Sozialismus oder auch nur auf Planung und Lenkung der Produktion ausgerichtet ist, den Gewerkschaften selbstverständlich eine wesentlich andere Aufgabe zukommt als in der kapitalistischen Profitwirtschaft. Jetzt führen nicht mehr «freie Gewerkschaften» ihren täglichen Kampf mit einem «freien Unternehmertum» um mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und vermehrte Mitsprache; jetzt sind die Gewerkschaften vor allem Organe der Wirtschaftspolitik selber, dazu berufen, die Leistungsfähigkeit der geplanten Produktion nach Kräften zu steigern, die Arbeiter und Angestellten am Erfolg der Wirtschaftsführung zu interessieren und anderseits mitzuhelfen, daß Willkür und Unfähigkeit, daß Mißbräuche aller Art, wie sie besonders bei jungen Betriebsleitungen nur zu nahe liegen, abgestellt und überwunden werden. Daß die Gewerkschaftsfreiheit im alten Sinn, wie sie das Ideal der meisten Gewerkschaftsführer in der kapitalistischen Gesellschaft ist, dabei oft zu kurz kommt, muß unbedingt zugegeben werden; aber die Kritiker der neuen Rolle der Gewerkschaften müßten eben auch angeben, wie sie eine wirtschaftliche Revolution von der Art, wie sie zum Beispiel in der DDR notwendig geworden ist, durchführen würden, *ohne* den hergebrachten Gewerkschaftsrechten zu nahe zu treten. Der Verdacht ist kaum abzuweisen, daß diesen Leuten die Gewerkschaftsfreiheit vor allem darum so am Herzen liegt, weil sie die wirtschaftliche und soziale Revolution im Ernst eben gar nicht wollen. Damit

---

[5] Siehe zum Beispiel die von der Sozialdemokratischen Partei Basel-Stadt als Flugschrift verbreitete Rede von F. Schneider: «Die Söldner Stalins gehören nicht in den Staatsdienst», worin die «bolschewistische Sklaverei» in der Deutschen Demokratischen Republik besonders heftig angegriffen wird; ferner der Leitartikel im «Volksrecht» vom 26. August 1952 über die «Ausbeutung und Entrechtung der Arbeitnehmer», die Unterdrückung der freien Gewerkschaften, die Abschaffung der Betriebsräte usw., auch zwei Artikel von M. Bardach im «Aufbau» (über die Opposition gegen die Gesamtarbeitsverträge, die Frauenarbeit, die Leistungsprämien usw.).

ist keineswegs einfach gerechtfertigt, was an Einbrüchen in die Freiheits- und Menschenrechte der Arbeiter durch kommunistische Wirtschaftsplaner alles geschieht; aber die Mißbräuche, Fehler und Ungerechtigkeiten, die hier vorkommen, gewinnen doch ein anderes Gesicht, wenn man sie in ihren größeren Zusammenhängen betrachtet. Und sicherlich hat Dr. G. R. Barker vom Forschungsinstitut für sowjetische Einrichtungen an der Universität Birmingham Recht, wenn er meint: «Soll das weitverbreitete Ideal einer vollgeplanten Wirtschaft jemals anderswo verwirklicht werden . . . , dann werden die Hauptprobleme der Planung und der Gestaltung der menschlichen Beziehungen, wie sie sich in der Sowjeterfahrung enthüllt haben, neuerdings auftreten, und die Art und Weise, wie die Sowjets an die Lösung einer Anzahl von ihnen herangegangen sind, wird eine aufschlußreiche Lehre bieten.» («Political Quarterly» Januar–März 1952, S. 94.)

Daß manche Anschuldigungen, die gegen die Arbeitsbestimmungen in Ostdeutschland erhoben werden, tendenziös übertrieben, ja unwahr sind, daran habe ich ohnehin keinen Zweifel. Man liest bei uns zum Beispiel immer wieder von sklavenmäßigen Zuständen, die in den Uranbergwerken Sachsens herrschen sollen. Zufällig traf ich in Berlin eine Abordnung von Bergarbeitern aus der Zwickauer Gegend, die die Verhältnisse beim Abbau der Uranerze genau kennen. Aber diese Männer, die für Schönfärber zu halten ich keinen Anlaß habe, versicherten mir übereinstimmend, daß eher das Gegenteil dessen zutreffe, was da behauptet wird. Die Uranförderungsstätten liegen in einem Gebiet, das früher durch sein Heimarbeiterelend nur allzugut bekannt war; heute sieht man dort aufblühende, moderne Industriedörfer mit guten Löhnen und normalen Arbeitsbedingungen, wenn auch in der ersten Nachkriegszeit nicht selten Zwangseinweisungen arbeitsscheuer, asozialer Typen vorgekommen seien. Die eigenen Löhne der erwähnten Bergarbeiter erreichen im Durchschnitt 500 Mark im Monat bei einem Existenzminimum von etwa 300 Mark für eine vierköpfige Familie. Viele Arbeiter kommen durch Leistungsprämien und dergleichen bedeutend höher, bis zu 1000 Mark.

Daß die Frauenarbeit in der DDR weiter verbreitet ist als im Westen, ist richtig, und das ist gewiß oft ein arger Schaden. Anderseits ist das Bestreben unverkennbar, die Arbeitsbedingungen (wie es im Gesetz heißt) «den physischen Besonderheiten der Frau anzupassen». Dazu kommt, daß ein Netz von Fürsorgeeinrichtungen zum Schutz von Gesundheit und Leben der Frauen und Kinder – wie natürlich auch der Männer – besteht. Zahlreiche Betriebe haben vorbildliche sanitäre Einrichtungen, die besonders den Frauen zugutekommen; andere erleichtern der Frau ihre Aufgabe als Mutter und Hausfrau durch Werkküchen, Nähstuben, Schuhreparaturwerkstätten, Waschanstalten, Badeeinrichtungen usw. Dazu kommen die vielen neuen Kinderkrippen, Kindertageshorte, Beratungsstellen für Mütter und Kinder, Kinderspitäler usw.,

die Fürsorgemaßnahmen für Schwangere und Stillende, die Erholungsheime, die Sanatorien und Sozialheime. Im ganzen ist wohl die Stellung der Frau in der DDR würdiger als in den kapitalistischen Ländern, zumal der Grundsatz «Gleicher Lohn für gleiche Leistung» folgerichtig durchgeführt wird und den Frauen grundsätzlich alle Berufe offenstehen, in voller Gleichberechtigung mit dem Mann. Nicht zu sprechen von den politischen Frauenrechten, auf deren Stand in unserer «demokratischen» Schweiz wir wahrlich nicht stolz sein können ...

Unverständlich ist, daß kürzlich im «Volksrecht» (Nr. 200) von einem «zunehmenden Lohndruck», ja von einer «allgemeinen Lohnsenkung» für die Arbeiter der DDR gesprochen wurde. Das Gegenteil ist ja wahr: die Löhne sind im Juni dieses Jahres vor allem für qualifizierte Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen wesentlich erhöht worden, im Bergbau zum Beispiel um 13 bis 97,4 Prozent, in der Metallindustrie um 8,8 bis 50 Prozent, in der Chemie um 6,8 bis 38,3 Prozent, bei den Eisenbahnen um 6,6 bis 29,4 Prozent. Nach dem Fünfjahrplan sollen die Löhne Ende 1955 in der Industrie durchschnittlich um 20 Prozent höher stehen als 1950. Die Löhne der Meister in den volkseigenen Betrieben sind durch das Gesetz vom 28. Juni 1952 noch stärker erhöht worden, im Kohlenbergbau zum Beispiel um 56,8 bis 66,9 Prozent; sie betragen jetzt tarifmäßig im Steinkohlenbergbau 475 bis 888 Mark im Monat, in der Bauindustrie 370 bis 685 Mark, in der Textilindustrie maximal 635 Mark, in der Metallurgie 900 Mark. Dazu kommen immer noch die Sonderzulagen für außerordentliche Leistungen.

Diese Sonderzulagen sind es nun freilich, die entschieden zur Kritik herausfordern. Gewiß, die neuen Arbeitsantriebe, die in einer sozialistischen Wirtschaft wirken müssen – die Freude und der Stolz, nicht mehr für fremden Gewinn, sondern für den eigenen Aufstieg zu arbeiten –, können nur langsam zur Geltung kommen, und gegen eine Abstufung der Löhne entsprechend der Leistung ist darum, sofern das in vernünftigem Maße geschieht, vorderhand nicht viel einzuwenden. Aber eben – an diesem vernünftigen Maße fehlt es in der DDR weithin. Die Spitzengehälter für Wissenschafter, Ingenieure und Techniker betragen jetzt in 1000 Fällen bis zu 2000 DM monatlich, in 500 Fällen bis 3000 DM und in weiteren 500 Fällen bis 4000 DM monatlich. Für besonders hervorragende Spezialisten sind 100 Gehälter bis zu je 5000 DM im Monat festgesetzt. 50 Gehälter bis 7500 DM, 50 Gehälter bis 10 000 DM, 30 Gehälter bis 12 500 DM und 20 Gehälter gar bis zu je 15 000 DM im Monat. Ich habe über diese Lohnpolitik viel mit Kommunisten gesprochen; sie fanden es durchaus in der Ordnung, daß Forschern und Technikern, die der Volkswirtschaft Millionenwerte einbringen, ein Luxusleben wie nur irgendeinem westlichen Millionär ermöglicht werde, da er ja sein Einkommen durch eigene Arbeit, nicht durch Ausbeutung fremder Arbeitskraft gewinne und es auch nicht in irgend welchen kapi-

talistischen Unternehmungen zum Schaden der Volksgesamtheit anlegen könne[6]. Allein die Tatsache bleibt eben doch, daß hier an Geldgier und Genußsucht appelliert wird, an Triebe also, die zu den stärksten in der kapitalistischen Gesellschaft wirkenden gehören, und daß die sittlichen Grundlagen des Sozialismus damit aufs gefährlichste geschwächt werden, während vermeintlich die materielle Leistungsfähigkeit der neuen Wirtschaft erhöht wird. Ähnliches gilt, in geringerem Grade freilich, für die Prämien, Auszeichnungen und Zulagen, die den «Aktivisten», «verdienten Aktivisten», «Helden der Arbeit» usw. verabfolgt werden; der Appell an den Eigennutz muß seine bestimmten Grenzen haben, auch wenn die Leistungssteigerung nicht zu übermäßiger Beanspruchung der körperlichen Kräfte führt und die höhere Arbeitsergiebigkeit, wie es Grundsatz ist, nur durch bessere Arbeitsmethoden – vermehrte Rationalisierung und Mechanisierung der Arbeit – erreicht wird. Hier ist noch sehr viel zu ändern – selbst wenn es auf Kosten der vorläufigen Produktionssteigerung gehen müßte!

Volksbildung Viel Erfreuliches wäre über die Volksbildung in der DDR zu berichten, um deren Erforschung ich mich besonders bemüht habe; die Raumnot zwingt mich indessen auch hier zu äußerster Knappheit.

Was wohl jedem unbefangenen Beobachter des Schulwesens in der DDR in die Augen fällt, das ist: Hier wird in großem Stil wirklich Ernst gemacht mit einer neuen, menschheitlich und sozialistisch ausgerichteten Erziehung. Die alte Standes- und Klassenschule ist verschwunden; an ihre Stelle ist die demokratische Einheitsschule getreten, aufgebaut auf der achtjährigen Grundschule, deren vier obere Jahrgänge den Stoff vermitteln, der früher den vier ersten Jahren der Mittelschulen, also nur etwa zehn Prozent aller Kinder, vorbehalten war. An die Grundschule schließt sich die vierjährige Oberschule an, die zur Matura führt, oder aber die dreijährige Berufsschule, von der aus durch Fachschulen oder Abendkurse ebenfalls die Hochschulreife erlangt werden kann. Beihilfen aller Art sorgen dafür, daß kein Kind bloß aus finanziellen Gründen am Besuch einer weiterführenden Schule verhindert wird. Ähnliches gilt von den Hochschulen, die jetzt auch und gerade den Studierenden aus den weniger bemittelten Volksschichten offenstehen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Berufsbildung geschenkt. Bis 1955 sollen 1,1 Millionen hochqualifizierte Facharbeiter und -arbeiterinnen ausgebildet und der Wirtschaft zugeführt werden, wobei neue

[6] Einer der bekanntesten Literaten der DDR beispielsweise besitzt am Scharmützelsee eine «Traumvilla» mit Park, Gärtner, Chauffeur und Dienerschaft, mit Segeljacht, Auto und allem sonstigen Zubehör. Ob die besten Schaffenskräfte dieses Mannes in solchem Genußleben nicht doch bald versiegen?

Methoden der Schulung in enger Verbindung mit der Praxis angewandt werden.

Die Leistung der DDR auf dem Gebiete der öffentlichen Erziehung erscheint um so größer, wenn man bedenkt, daß hier sozusagen alles von Grund auf neuaufgebaut werden mußte. In Berlin zum Beispiel waren bei Kriegsende 30 Prozent aller Schulen zerstört oder schwer beschädigt; andere Schulhäuser beherbergten Spitäler, Verwaltungsämter usw. Heute sind die Raumschwierigkeiten so ziemlich überwunden, vor allem dank den außergewöhnlich reichen Mitteln, die die Republik der Schule zuführt. Ostdeutschland gibt tatsächlich mehr als doppelt soviel für sein Schulwesen aus als der wohlhabendere, von Amerika großzügig unterstützte Westen Deutschlands. Im Fünfjahrplan sind die Ausgaben für Volksbildung und Kultur gegenüber 1950 um 48 Prozent erhöht. Dementsprechend können auch die Schulklassen erstaunlich niedrig gehalten werden, entfällt doch in der DDR schon auf durchschnittlich 38 Schüler eine Lehrkraft (gegen 50 oder 60, wenn nicht mehr Schüler in Westdeutschland). Die Zahl der Lehrkräfte für die allgemeinbildenden Schulen und die Berufsschulen soll bis 1955 von rund 88 000 auf 114 000 erhöht werden.

Natürlich bereitete die Gewinnung neuer Lehrkräfte nach dem Krieg die größten Schwierigkeiten, wurden doch im Zuge der Entnazifizierung etwa 60 000 Lehrer entlassen und in die Fabriken und Bergwerke geschickt. Im ganzen ist aber das Experiment der Heranbildung von Neulehrern doch geglückt. Viele Neulehrer, die aus anderen Berufen herkamen, haben sich sogar als außerordentlich begabte und fähige Erzieher erwiesen; einer der besten Schulleiter in Ostberlin beispielsweise war früher Bauschlosser. Der Aufstieg der Begabten ist in der DDR überhaupt planmäßig und mit Erfolg erleichtert worden. Viele Werkdirektoren sind aus der Arbeiterschaft hervorgegangen; der Leiter des großen HO-Kaufhauses in Berlin war ehedem Schlosser, andere Inhaber verantwortlicher Stellungen schlugen sich bis Kriegsende als kleine Angestellte durchs Leben – und so fort. Die Demokratisierung der Wirtschaft und des Staates empfängt von hier aus fortlaufend die stärksten Antriebe.

Auch die materielle Lage der Lehrkräfte ist unter dem neuen Regime wesentlich verbessert worden. Die Lehrergehälter stehen für die Grundschulen um 900 bis 1400 DM jährlich höher als die entsprechenden Gehälter in Westdeutschland.

Großen Eindruck hat mir ein Besuch im Verlagsgebäude von «Volk und Wissen» gemacht, aus dem in fünf Jahren über 80 Millionen Schulbücher, 146 Millionen Lehrhefte und 25 Millionen sonstiger Hilfsmittel für Unterricht und Studium ins Land hinausgegangen sind. Die Schulbücher spiegeln alle den neuen Geist wider, der die Schule der DDR erfüllt, und können auch pädagogisch und methodisch für viele Länder

als Vorbild gelten; die Erstklaßfibel («Lesen und Lernen») ist in dieser Beziehung ein Meisterwerk[7].

Was sonst noch alles zur geistigen und körperlichen Förderung der Jugend geschieht, kann hier nicht einmal angedeutet werden; vom «Haus der jungen Pioniere» in Berlin, das ich mit wachsender Bewunderung durchschritt, war bereits im letzten Heft der «Neuen Wege» (Seite 282) die Rede. Hingegen muß doch noch der allgemeinen Volksbildungsarbeit gedacht werden, die in der DDR geleistet wird. Für die Verbreitung der Güter von Kunst und Wissenschaft wird ganz außerordentlich viel getan. Klub- und Kulturhäuser, Theater- und Konzertveranstaltungen, Volksbibliotheken, umfassender Literaturvertrieb, Vortragsdienst und ähnliche Einrichtungen legen davon eindrucksvolles Zeugnis ab. Dabei fällt namentlich auch eines immer wieder auf: Die Schmutz- und Schundliteratur, mit der zum Beispiel Westdeutschland geradezu überschwemmt ist (man sehe sich etwa einen beliebigen Zeitungskiosk an) und die solche Verheerungen unter der Jugend anrichtet, fehlt hier vollständig. Desgleichen sind die Kinofilme von beispielhafter Sauberkeit und Gesundheit – ein kaum hoch genug zu veranschlagender Vorzug gegenüber der Art von Volksunterhaltung und -belehrung, die die westliche «Kultur» hervorgebracht hat.

Bei all dem muß aber stets *eine* Tatsache im Auge behalten werden: Die Leistungen der DDR auf dem Gebiete der Erziehung und Volksbildung sind eng verknüpft mit der Eintrichterung der spezifisch kommunistischen Lebensanschauung und Gesellschaftsauffassung. Wer sich da nicht fügt, muß es büßen; der Aufstieg der Begabten findet an der unbedingten Notwendigkeit der Selbstgleichschaltung mit der offiziellen Denkweise seine feste Grenze. Die obersten Leiter des Schul- und Volksbildungswesens mögen weitherziger sein – einer der maßgebenden Pädagogen der DDR ließ das mir gegenüber deutlich erkennen –; die tägliche *Praxis* wird auch hier von den Parteifunktionären beherrscht, die rücksichtslos die kommunistische Doktrin durchsetzen. Und es sind gewiß nur wenige junge Menschen, die diesem Druck zu widerstehen vermögen und die zum Beispiel nach dem Westen abwandern, weil sie nicht in die Oberschule aufsteigen können, ohne der (kommunistischen) Freien Deutschen Jugend beizutreten, oder die es riskieren, von der Hochschule entfernt zu werden, weil sie weltanschaulich nicht «zuverlässig» sind – auch wenn sie durchaus positiv zur sozialen Revolution stehen. Die DDR ist hier mit einer schweren Hypothek belastet, die nicht schnell genug abgelöst werden kann.

[7] Prächtig sind auch die Schulatlanten. Nebenbei: der Atlas für die *westdeutschen* Schulen (ich sah einen solchen in Hamburg durch) enthält zwar Karten von Frankreich, England, Skandinavien und jedem anderen wichtigeren europäischen Land, nicht aber eine Karte der Sowjetunion. Die Existenz eines Landes, genannt Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, wird von den Herausgebern dieses Atlas einfach nicht zur Kenntnis genommen. Ein wirklich bemerkenswertes Weltbild, das da die westdeutschen Kinder bekommen! Wie steht es wohl mit ihren Geschichtsbüchern?

Auch die Religionsfreiheit stößt in der DDR auf sehr enge Schranken. Unbequeme Gemeinschaften werden unter dem Vorwand, sie trieben im Auftrag des Westens Spionage und Sabotage, einfach verboten. (In mindestens *einem* Fall kann ich die Hand ins Feuer legen, daß die Beschuldigung der Agententätigkeit oder politischen Opposition unwahr ist.) Die noch anerkannten Kirchen aber dürfen von der christlichen Botschaft her keinerlei kritische Haltung gegenüber dem Regime einnehmen. Das ist ein schwerer Schaden; da indessen die Kirchen im großen ganzen früher keine grundsätzliche Gegnerschaft gegen Kapitalismus, Militarismus und Nationalismus bekundet haben, vielmehr zuverlässigste Stützen der herrschenden Ordnung gewesen sind, so haben sie jetzt auch kein Recht, im Namen der Gewissensfreiheit aufzubegehren, wenn der kommunistische Staat die Revolution, die sie im Namen Christi hätten vorbereiten sollen, aber nicht vorbereitet haben, im Namen Marxens und Lenins vollzieht und die Religionsgemeinschaften auf ihren «Kirchenraum» beschränkt.

Diktatur Wir stoßen damit von selber auf die Frage der *Diktatur* als des Hauptwerkzeuges der gesellschaftlichen Revolution, die in der DDR im Gang ist. Denn die DDR *ist* ein Diktaturstaat, und wahrlich kein zimperlicher! Die harmloseste Form der Diktatur ist noch die Propaganda, die einen auf Schritt und Tritt schreiend, aufdringlich, gebieterisch anfällt. Wenn dann vollends eine große politische Sache aufgezogen wird wie die Tagung des Weltfriedensrats oder die darauf folgende II. Konferenz der SED (Sozialistische Einheitspartei), die in die Zeit meines Aufenthaltes fiel, dann wird der Ansturm der Propagandaschlagworte und der von den Massenkundgebungen ausgehenden Suggestion fast erdrückend, freilich auch schnell abstumpfend. Als Trägerin dieses ganzen Volksbeeinflussungsapparats und als eine der Hauptstützen des Regimes überhaupt nimmt «Die Partei» eine überragende, führerhafte, fast gottähnliche Stellung ein. Mir wurde das besonders deutlich bei einer Versammlung, an der eine Reihe der ersten Schriftsteller Ostdeutschlands über ihr inneres Verhältnis zur Partei zu sprechen hatte. Sie taten das alle, mit Ausnahme vielleicht von Anna Seghers, in einer beinahe religiösen, mystischen Art, die aber durchaus ehrlich und glaubhaft wirkte.

Die beiden anderen Hauptstützen des Regimes sind Polizei und Justiz, mit der übrigens kaum sichtbaren sowjetischen Besatzung im Hintergrund. Ihre zentrale Aufgabe ist, politisch gesehen, die Niederhaltung jeder irgendwie als gefährlich erachteten Opposition gegen den neuen Staat, und sie besorgen das wirklich energisch und gründlich. Auch die bloße Überwachung der Haltung und Meinungsäußerung der Bürger ist sehr planmäßig ausgebaut, bis hin zu scheinbar unverfänglichen Hausbesuchen, die «unsichere Kantonisten» von Zeit zu Zeit erhalten . . .

Was mich persönlich am meisten bedrückte, das war – neben der

Behinderung meiner Bewegungsfreiheit – die weitgehende Absperrung von den Informationsquellen, an die ich mich ein Leben hindurch gewöhnt habe und die mir schlechterdings unentbehrlich sind, sofern ich nicht auf die Möglichkeit einer freien Urteilsbildung einfach verzichten will. Selbständige Meinungsbildung – das ist für das gewöhnliche Volk der DDR in der Tat unmöglich. Presse, Literatur, Radio, Lehre, Forschung usw. sind so gelenkt, daß im wesentlichen nur *eine* Auffassung, nur *eine* Denkweise – eben die offiziell gültige – an den Menschen herangetragen werden kann. Alles andere wird ihm ferngehalten; die Obrigkeit weiß schon, was für eine geistige Kost ihm gut tut[8]. Der Durchschnittsleser erfährt so nicht nur nicht, was alles in der Welt (und in der DDR selbst!) wirklich vorgeht; er ist auch völlig außerstande, sich ein eigenes Urteil über das zu bilden, was Staatsführung und Zensur ihm vorzusetzen für gut finden. Daß dadurch Tür und Tor für Einseitigkeiten, Entstellungen und Verdrehungen, für halbe Wahrheiten und ganze Unwahrheiten, für Demagogie und Hetze jeglicher Art weit aufgemacht werden, versteht sich von selbst. Um aus vielen Beispielen nur ein einziges herauszugreifen: Ueber die Antwort der Westmächte vom 10. Juli auf die frühere Note der Sowjetunion über die deutsche Frage war sachlich in der Presse der DDR rein nichts zu lesen, kein Wortlaut, nicht einmal ein Auszug; dafür standen in jeder Zeitung lange redaktionelle Artikel über die Streitsache, in denen natürlich behauptet werden konnte, was man nur wollte, ohne daß man hätte befürchten müssen, der Leser könne die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen nachprüfen. Ich mußte jeweilen schon nach Westberlin fahren, um – wenn nicht die Wahrheit, so doch die andere Seite der Sache kennen zu lernen. In einer solchen Luft zu leben, wäre mir auf die Länge einfach unmöglich; gegen diese Bevormundung – um keinen stärkeren Ausdruck zu brauchen – lehnt sich mein ganzes Inneres, all mein Wille zur Selbstbestimmung derart auf, daß dagegen sämtliche Erklärungs- und Rechtfertigungsgründe nicht mehr aufkommen.

Und erst recht würde ich mich auflehnen, wenn ich die übrigen Polizei- und Diktaturmaßnahmen Tag für Tag über mich ergehen lassen müßte, den Gesinnungsdruck auf Schule, Kirche, Wissenschaft, die systematischen Bemühungen um Gleichschaltung mit der offiziellen Denkweise – jeden Mittwoch von 8 bis 10 Uhr, oft auch noch ein zweitesmal in der Woche, werden zum Beispiel sämtliche Betriebsangehörige zur «Schulung» im Geiste des Regimes versammelt –, kurz die Erfassung und Knetung des ganzen Menschen durch eine über ihm stehende äußere Autorität für die Zwecke des «Kollektivs», in dem er aufzugehen habe. Dazu die widerliche Verherrlichung der Sowjetunion, ihrer Armee und ihrer Führer, die in der DDR sozusagen obligat ist.

[8] Auch die «Neuen Wege» werden nur bis zu einzelnen Abonnenten durchgelassen; die übrigen Exemplare verschwinden irgendwo bei der Zensur, und zwar ohne daß dem Verlag Mitteilung von ihrer Unerwünschtheit gemacht würde.

Revolution von unten! Ich habe mit ostdeutschen Kommunisten einläßlich über die Diktatur- und Gewaltfrage gesprochen und kann ihre Haltung auch weithin verstehen. Das neue Staatswesen stand nach dem Zusammenbruch des Hitlerreiches vor einer ungeheuer schweren Doppelaufgabe: aus dem entsetzlichen materiellen und moralischen Chaos wieder eine lebensfähige Gemeinschaftsordnung zu erschaffen und zugleich eine von Grund auf *andersgeartete* Staats- und Wirtschaftsordnung aufzubauen. Da *mußte* eine starke, ihres Zieles bewußte Führung kommen, die autoritär, ja diktatorisch einzugreifen hatte, wo das Volk, durch Jahrhunderte eines feudal-militärischen Obrigkeitsstaates und ein Dutzend Jahre nazistischer Despotie verdorben, zur Demokratie noch nicht reif war. Die DDR ist eben nicht aus einer Revolution von *unten* her entstanden, sondern aus einem bloßen militärischen und politischen Zusammenbruch, in dem die Revolution *von oben her* gemacht werden mußte – oder überhaupt nicht gemacht werden konnte. In Westdeutschland wurde sie nicht gemacht; in Ostdeutschland wurde sie diktatorisch gemacht; mit Entnazifizierung, Aufteilung des Großgrundbesitzes, Sozialisierung der Industrie, Schulreform, Ausschaltung der kriegstreiberischen Mächte usw.

Dazu kam und kommt die Bedrohung durch die Gegenrevolution, von außen wie von innen her. Und die ist kein Phantasiegebilde; sie ist greifbare Tatsache. Spionage, Wirtschaftssabotage und Unterhöhlung der neuen Ordnung werden von den bürgerlich-kapitalistischen Ländern her, mit Westberlin als vorgeschobenem Hauptstützpunkt, in großem Stil betrieben, verbunden mit einem Tag für Tag betriebenen Lügenfeldzug der Presse und des Radios der Weststaaten, der auf alle Weise in den Osten hineinzuwirken versucht, so daß auf der ganzen Linie Abwehr und Wachsamkeit elementare Gebote der Selbsterhaltung sind. Die ganze Deutschlandpolitik der Westmächte ist eine Drohung gegen das Leben der DDR selbst, besonders wenn sich dahinter die Aussicht auf einen Revanchekrieg zur Befreiung der Ostdeutschen und der anderen östlichen Völker vom bolschewistischen Joch öffnet.

Die Diktatur als Verteidigung gegen diese tödliche Gefahr ist im Falle der Deutschen Demokratischen Republik ebensowohl zu verstehen wie im Falle der Sowjetunion. Und die bürgerlichen Demokratien, die mit Staatsschutzgesetzen, Kommunistenverfolgungen, militärischer Aufrüstung und dergleichen Mitteln die tatsächlich oder vermeintlich *ihnen* drohenden Gefahren abzuwehren suchen, sind die letzten, die ein Recht hätten, der DDR aus ihren Verteidigungsmaßnahmen einen Vorwurf zu machen. Aber es bleibt eben dennoch wahr, daß die Verteidigung der Revolution durch die DDR weithin mit falschen und darum zuletzt unwirksamen Mitteln geschieht. Alles, was Diktatur, Zensur, Polizeistaat usw. heißt, steht mit dem Wesen und Ziel des Sozialismus dermaßen in Widerspruch, daß es höchstens als vorübergehende Notstandsmaßnahme des Kalten Krieges, und auch da nur in sehr begrenztem Um-

fang, erträglich ist. Das Bewußtsein müßte bei der Staatsführung lebendig und deutlich erkennbar sein, daß Freiheit und Selbstregierung das Normale sind und das vorerst dafür noch nicht reife Volk dazu planmäßig *erzogen* werden muß. Tatsächlich ist von solchem Bewußtsein und Streben sehr wenig zu bemerken; Bevormundung und Diktatur werden – vielleicht mit etlichen Verbeugungen vor dem Ideal – in der Praxis als das Natürliche, dem Menschenwesen am meisten Entsprechende angesehen und geübt, zum Teil gewiß als Erbe des alten preußisch-deutschen Regimes und besonders der Hitlerzeit, ist doch der Kommunismus vieler Vertreter und Anhänger des neuen Staates noch sehr jungen Datums[9]. Nur aus dieser Grundhaltung ist es beispielsweise zu erklären, daß, wie es mir gegenüber einmal geschah, das Zensurregiment mit der Behauptung verteidigt wurde, die Staatsführung sei dank ihrer marxistisch-leninistisch-stalinistischen Schulung stets imstande, die politische Lage mit wissenschaftlicher Objektivität zu beurteilen, und diese Fähigkeit gebe ihr das Recht, die Wahrheit, in deren Besitz sie sei, dem unmündigen, ungeschulten Volk zu dessen eigenem Wohl aufzunötigen. Das vollendete klerikale Autoritätsprinzip! Von Dostojewskijs Großinquisitor scheinen die Leute, die so argumentieren, ebensowenig gehört zu haben wie von John Stuart Mill und seiner klassischen Beweisführung dafür, daß die Wahrheit, auch wenn man völlig überzeugt ist, sie zu besitzen, niemals mit Zwang durchgesetzt werden darf, will man nicht ihre innere Kraft, auf die doch alles ankommt, verhängnisvoll schwächen, ja vernichten.

Es fehlt, so ist wenigstens mein Eindruck, auch in der DDR durchaus die Erkenntnis, daß sich der Sozialismus und die Revolution in erster und letzter Linie vermöge ihrer Wahrheit, und das heißt vermöge ihrer Uebereinstimmung mit den Gesetzen der sittlichen Weltordnung, durchsetzen müssen, und daß aller äußere Schutz nur in dem Maße wirksam sein kann, als er sich in diesem Rahmen hält. Die enge Verbindung des Sozialismus-Kommunismus, wie er in der DDR verstanden wird, mit einer Lebensauffassung und Soziallehre, die die Realität der geistig-sittlichen Welt und ihrer Gesetze leugnet, arbeitet darum dem sozialistischen Endziel ebenso klar entgegen wie dem Ziel des Völkerfriedens. Eine gewisse Friedenspropaganda, die sich nicht genug tun kann in der Anschwärzung des Gegners und der Denunzierung seiner abgrundtiefen Bösartigkeit, ist von hier aus nicht weniger falsch und widersinnig als die Art und Weise, wie auch in der DDR – genau wie im Westen – die Kriegsrüstung des anderen Lagers mit womöglich noch stärkerer eigener Rüstung und Abwehr beantwortet wird. Im besonderen die

[9] So der Kommunismus jenes Dr. Melsheimer, der im Dritten Reich Karriere gemacht und das Zeugnis bekommen hat: «dem nationalsozialistischen Staat durchaus bejahend gegenüberstehend», gleich nach dem «Umbruch» aber in die neue Regierungspartei eingetreten ist, «die nun gegebene Realität anerkennend». Heute ist er Oberstaatsanwalt.

jüngsten Sperrmaßnahmen längs der Grenze mit Westdeutschland – von deren Umfang ich mir freilich kein Bild machen konnte – sind mindestens in der heutigen Lage weit übertrieben und dienen nur dazu, Panik und Kriegsfurcht auf beiden Seiten zu verbreiten.

Und zum Schluß: das ostdeutsche Volk als ganzes wird durch ein Zwangsregime nicht für den sozialistischen Aufbau gewonnen werden. Wie groß die Zahl derer ist, die heute aus Überzeugung hinter dem neuen Staat stehen, läßt sich natürlich nur sehr schwer ermitteln; wahrscheinlich ist es nur eine kaum besonders starke Minderheit. Die Mehrheit fügt sich nur widerwillig oder heuchelt Loyalität; die umfangreiche Flucht nach dem Westen, die erst jetzt allmählich abgestoppt wird, hat ihren Ursprung in diesen Schichten. Die Gleichschaltungspolitik, der ständige Gesinnungsdruck, die Ueberwachung und Einschüchterung zweifelhafter «Elemente», die Absperrung gegen außen und nicht zuletzt die Gewöhnung vermindern zwar die Stärke der stillen Opposition vorzu, besonders da jetzt eine Jugend heranwächst, die überhaupt nichts anderes als das kommunistische Regime kennt. Aber daß auf diesem Wege eine sozialistische Ordnung erbaut werden könne, die wirklich tief im Volk verankert ist und allen Stürmen zu trotzen vermag, das halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Was der DDR vor allem nottut, das ist ihre Volkstümlichmachung durch Erziehung zur Freiheit und Selbstregierung, ist Duldsamkeit gegen alle ehrlich sozialen Revolution zugetanen Menschen und Gruppen, unter Verzicht auf Einprägung der spezifisch kommunistischen Lebens- und Weltanschauung, ist Voranstellung der Aufgabe, den Gerechtigkeits-, ja Brüderlichkeitsgeist, der allem wirklichen Sozialismus zugrunde liegt, sichtbarlich in die wirtschaftliche und politische Gegenwart hineinzutragen und sich hier allumfassend auswirken zu lassen. Die Außenwelt kann dazu entscheidend beitragen, indem sie ihre Feindseligkeit gegenüber den aus der sozialen Revolution unserer Zeit geborenen Staaten aufgibt und den Kommunismus als Antwort auf das Versagen der Demokratie und der Christenheit gegenüber den großen Volks- und Völkernöten versteht, also die Zwangsrevolution von oben durch die freiwillige von unten ersetzt und überbietet. Solange sie das nicht tut, vielmehr in Verblendung und Selbstgerechtigkeit ihre schwere Verschuldung übersieht, hat sie kein Recht zur Anklage wider den Kommunismus, der dann eben der einzige Weg bliebe, um das Weltproblem Nr. 1 zu lösen, das der Antikommunismus nicht lösen kann und im Ernst auch gar nicht lösen will.

10. September *Hugo Kramer*

Europa und Asien

(In die Gegenwart zu übersetzen!)

Das Übel des Krieges besteht in äußerster Feindschaft und Haß zwischen den Teilen der auseinanderfallenden Menschheit. In unseren persönlichen Beziehungen werden schlechte Gefühle durch nichts gerechtfertigt, und es ist zwecklos, sie zu entlarven. In dem internationalen Haß vereinigt sich jedoch das schlechte Gefühl mit lügnerischen Meinungen und unrichtigen Beurteilungen und wird auch oft von ihnen hervorgerufen. Der Kampf gegen diese Lüge ist die erste Pflicht jedes Menschen, der in Wahrheit die Menschheit einem guten Frieden nahebringen will.

Was aber den zukünftigen Entscheidungskampf anbetrifft zwischen Europa und Asien, so stellt er sich bei aller seiner großen Wahrscheinlichkeit keineswegs für uns dar als eine unbedingte, von außen her lastende Notwendigkeit. Die Sache ist noch in unseren Händen. Die erste Bedingung für eine mögliche, wenn auch wenig wahrscheinliche friedliche Einbeziehung der mongolischen Rasse in den Kreis der europäischen Bildung besteht darin, daß die christlichen Völker selber christlicher werden, daß sie sich in allen Beziehungen ihres Kollektivlebens in höherem Grade von sittlichen Grundsätzen leiten lassen als durch schmachvollen Eigennutz und böse wirtschaftliche und konfessionelle Feindschaft.

Noch unlängst wandten sich auf dem Weltreligionskongreß in Chicago einige Asiaten – Buddhisten und Brahmanen – an die Europäer mit folgenden Worten, die die übliche Meinung des Orients ausdrücken: «Ihr sendet Missionare zu uns, um eure Religion zu predigen. Wir bestreiten gar nicht die Würde eurer Religion, aber, nachdem wir uns in den letzten zwei Jahrhunderten mit euch bekannt machten, sehen wir, daß euer ganzes Leben den Forderungen eures Glaubens entgegengesetzt ist und daß euch nicht der Geist der Wahrheit und Liebe leitet, der euch geboten war durch euren Gott, vielmehr der Geist der Habsucht und der Gewalt, der allen schlechten Menschen innewohnt. Das bedeutet eines von beiden: entweder kann eure Religion, bei aller ihrer inneren Vorzüglichkeit, nicht praktisch verwirklicht werden und taugt demnach nicht für euch, die sie bekennen, oder aber ihr seid so schlecht, daß ihr nicht vollbringen wollt, was ihr könnt und solltet. In beiden Fällen habt ihr vor uns keinerlei Vorzug und solltet uns in Ruhe lassen!»

Überzeugend darauf antworten kann man nicht mit Worten, vielmehr nur mit Taten. Gegen ein Europa, das innerlich einig und wirklich christlich ist, hätte Asien weder eine Rechtfertigung des Kampfes noch Aussicht auf Sieg.

Wladimir Solowjew

Zu Allerheiligen und Allerseelen

Wir wollen der Mitmenschen gedenken, die in Korea täglich und stündlich sterben – nein, hingemordet werden. Gedenken ist das wenigste, was wir tun sollen, wenn wir schon nicht Erbarmen und Empörung und daraus Taten aufbringen – wenn schon nicht ein einziger Schrei durch die Völker gellt, den die für das Gemetzel Verantwortlichen einfach nicht überhören *können*.

Wir wollen der Millionen Juden gedenken, die in unserem aufgeklärten Zeitalter ausgerottet wurden und deren Ausrottung noch nicht gesühnt ist. Wir sind den Juden gegenüber noch lange nicht offen, gerecht, brüderlich und liebevoll genug.

Wir wollen der Millionen Toten der beiden Weltkriege gedenken, die uns – aber wir hören es ja nicht – aus ihrer Gruft zurufen: «Wehe, wenn euer Geschlecht uns verrät, unsern sinnlosen Tod für nichts nimmt, mit der Möglichkeit einer totalen Massenvernichtung spielt wie mit einem erregend gefährlichen Spielzeug und uns womöglich durch eine grausige Überfüllung des Erdreiches mit ‚Leichenmaterial' nicht einmal den letzten Ruheplatz voll gönnen wird.»

Wir wollen aller unschuldigen Geschöpfe, aller wehrlosen Natur, allen geistigen und seelischen Lebens, das da täglich um uns her sterben muß, gedenken. Gewaltglaube, Gleichgültigkeit und Verrat an Jesus Christus und an Gott sind so selbstverständlich geworden unter uns wie ein Fußballmatch oder eine Fahrt ins Blaue.

Und wir wollen aller Frauen, Kinder und Männer gedenken, die täglich still ein wenig sterben müssen, weil der Schmerz um hingemordete Liebe sie je länger je mehr nicht ruhen läßt und ihr Herz aushöhlt. Denn niemand kümmert sich um ihre unausgesprochene Qual.

Wir wollen das wenigste tun, was wir tun sollten: gedenken! Wir dürfen aber nicht hoffen, gesegnet zu sein, wenn wir dabei stehenbleiben.

Wir wollen gedenken, aber so, daß wir es nicht mehr aushalten können, nichts zu tun im Namen der Toten und für das Leben der *noch* nicht Getöteten.

Carmen Weingartner-Studer.

Eine Botschaft von Lord Boyd Orr an die «Neuen Wege»

Der Alte Weg, den die Welt einschlug, ging über immer wiederkehrende Kriege zwischen den Völkern. Wenn die Menschheit auf diesem Weg weitergeht, so bleibt keine Hoffnung für die Zukunft. Bei den heutigen schrecklichen Todes- und Zerstörungswaffen würde ein dritter Weltkrieg das Ende unserer Zivilisation bedeuten.

Hoffnung für die Zukunft besteht nur, wenn die Völker in gemeinsamer Arbeit und unter Anwendung moderner Wissenschaft die gewaltigen Hilfsmittel der Welt ausnützen, um dem Hunger, der Armut und vermeidbaren Krankheiten – den Nöten, unter denen zwei Drittel der Menschheit leiden – ein Ende zu machen. Dies muß der Neue Weg sein.

Dieser Neue Weg stimmt überein mit der Lehre aller großen Religionen. Er ist das, was das Volk überall in der Welt ersehnt. Die Zusammenarbeit der Nationen in solchen Bestrebungen würde das Versprechen erfüllen, das sie in der Atlantischen Charta abgaben: «Freiheit von Not, für alle Menschen in allen Ländern.»

Solche Zusammenarbeit würde unter den Völkern gegenseitiges Verständnis fördern und wäre damit ein Schritt in der Richtung der Welteinigkeit und einer Art von Weltregierung, die die neue und bessere Welt des Friedens und Wohlstandes aufbauen könnte. Dieser Neue Weg ist die einzige Alternative neben Krieg. Alle Menschen, die weitblickend und guten Willens sind, sollten ihr möglichstes tun, den Gedanken des Neuen Weges zu fördern.

James Maxton[1]

Der folgende Passus ist einer Gedenkrede Lord Boyd Orrs auf den mutigen Sozialisten James Maxton (1885—1946) entnommen. James Maxton stammte aus dem industriellen Norden, aus Glasgow. Während der etwa 25 Jahre, die er dem englischen Unterhaus angehörte, war er ein kompromißloser Kämpfer für den Sozialismus, das Gewissen der Partei. Was uns an ihm besonders interessiert, ist seine Einstellung internationalen Problemen gegenüber, für die er ein das Maß seiner Parteifreunde übersteigendes Verständnis besaß.

Die menschliche Gesellschaft braucht Rebellen

Ich habe etwas ausführlicher von Religion und Erziehung gesprochen, weil ihr Mißbrauch den menschlichen Fortschritt ernstlich hindert. Jeder Fortschritt ist Männern und Frauen zu verdanken, die allgemeine, durch

[1] Freundlicherweise erlaubter Abdruck aus der Broschüre des Maxton Memorial Committee, 318 Regents Park Road, London, N. 3. «The Role of the Rebel in Society», by Lord Boyd Orr.

Kirche und Schule geprägte Auffassungen von neuem auf ihre Geltung prüften. Wir alle erben in jungen Jahren Glauben und Vorurteile unseres Zeitalters, in unserem Unterbewußtsein sogar den Aberglauben früherer Epochen. Die Eigenschaft, die ein Rebell zunächst haben muß, ist geistiger Mut, es ist der Mut, der am seltensten anzutreffen ist. Er muß imstande sein, sein Geistesleben bis in die Tiefen, ja bis ins Unbewußte zu erforschen, um, was er an Glauben und Vorurteilen übernommen hat, im kalten Licht des Verstandes auf seinen Wahrheitsgehalt zu prüfen. Dies ist keine einfache Aufgabe. Übernommenen Glauben und Aberglauben zu verwerfen, beschwört tiefe seelische Konflikte herauf, ein Gefühl der Untreue unserem inneren Selbst gegenüber, unserer Familie, unserer Klasse, ja allem, was uns teuer ist gegenüber. Aber wenn die Gesellschaft keine Menschen findet, die willens sind, dies auf sich zu nehmen, so besteht keine Hoffnung auf Fortschritt. Den geistigen Rebellen Europas, nach der Renaissance, im England des 17. Jahrhunderts und in Frankreich vor der 89er Revolution, verdanken wir den großen Fortschritt in der Wissenschaft, den daraus sich ergebenden Wohlstand und die Verbreitung politischer Freiheit, die alle den Ruhm unserer westlichen Zivilisation ausmachen.

Aber intellektueller Mut, der einen Menschen befähigt, übernommene Auffassungen und Vorurteile abzulegen und zur Überzeugung zu kommen, daß es gesellschaftliche Übel gibt, die ausgemerzt werden müssen, genügt noch nicht. Der Rebell muß den moralischen, manchmal sogar den physischen Mut aufbringen, für das, was er nun als Wahrheit und Gerechtigkeit erkannt hat, zu kämpfen. Auch dies ist schwer. Auf den ersten Widerstand stößt er schon in seiner Familie und bei seinen Freunden, die ihn möglicherweise als Friedensstörer, als Querulanten, oder, was noch schlimmer ist, als Verräter an seiner Klasse, an der Heimat hinstellen und ächten. Er fühlt sich ohne Halt, isoliert. Alle großen Rebellen haben ihre 40 Tage in der Wüste gebraucht, wenn nicht in der wirklichen, so doch in der Wüste geistiger und seelischer Verlassenheit.

Wenn er diese Prüfung überstanden hat, sieht er gerade jene Leute, denen er dienen will, als Feinde vor sich, denn wenn Religion und Erziehung in den Massen Gefühlszustände geschaffen haben, die auf jeden Zweifel an der Richtigkeit ihrer Anschauungen und Lebensweise mit Zornausbrüchen reagieren, so braucht es nicht viel, um die Menge zu Tätlichkeiten hinzureißen. Ein gutes Beispiel dafür bietet die Geschichte Jesu, des größten Rebellen gegen Übel der Gesellschaft. Es fiel den Priestern leicht, die Volksmenge in solche Wut zu versetzen, daß sie schrie: «Kreuziget ihn, kreuziget ihn!» Nehmen wir einen anderen Fall, der unserer Zeit näher liegt. In den Tagen der Französischen Revolution traf sich eine Anzahl Männer, hauptsächlich Ärzte und Geistliche, die nicht der englischen Staatskirche angehören wollten (dissenters), in einem Hause in Birmingham, um die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in neuen, Wohlstand mehrenden Erfindungen zu besprechen. Es

waren freigesinnte Menschen, die unter damaligen Bedingungen nicht an die Universitäten von Oxford und Cambridge zugelassen worden wären. Sie waren politisch interessiert und voller Hoffnung, daß die Französische Revolution eine große Ausbreitung politischer Freiheit bringen werde. Einer von ihnen, Dr. Priestley, der Entdecker des Sauerstoffes, wurde sogar zum Mitglied der Revolutionären Französischen Nationalversammlung gewählt. Diese Männer mit ihrer neuen Wissenschaft und ihren Rebellenideen waren eine ernsthafte Gefahr für die Autorität von Kirche und Staat. Unter wilden Rufen nach «Kirche und König» stürmte und zerstörte die Menge das Gebäude, wo sich die Männer trafen, und verbrannte die Kapelle, wo Dr. Priestley predigte, wie auch sein Wohnhaus.

In den hundert Jahren, die vergingen, seit Dr. Priestley von der Menge verfolgt wurde, bis zum Geburtsjahr James Maxtons, gewann die politische Freiheit viel Boden. Noch immer aber blieb ein großes Maß an Vorurteil und Feindschaft gegenüber jedem Gedanken an tiefgreifende Wandlungen der Gesellschaftsordnung. Dies wurde offenbar, als Keir Hardie und Bob Smillie die Bergleute aufforderten, sich zusammenzutun, um sich einen größeren Anteil an den Gewinnen der Kohlenbergwerke zu erkämpfen, und als auf weiterer Front der Sozialismus denkende Menschen, die ein Herz für das Elend der Armen hatten, an sich zog. Ich erinnere mich sehr wohl, wie man auf diese neue Revolte der Arbeiterklasse reagierte, um so mehr als ich ebenfalls dagegen eingestellt war. Es bestand sehr wenig Neigung, die Forderungen der Bergleute oder gar der Sozialisten auf ihre Berechtigung zu prüfen. Ein Streik wurde ohne Rücksicht darauf, ob Bergleute oder Grubenbesitzer dafür verantwortlich waren, als Verbrechen gegen die Gesellschaft verdammt. Sozialismus war ein gefährlicher Glaube, der, wenn er angewandt würde, den durch Sparsinn und Fleiß erworbenen Reichtum der Besitzenden rauben und jenen Leuten aushändigen müßte, die einzig durch ihre Trunksucht und Liederlichkeit der Armut verfallen waren. Schlimmer noch, Sozialisten waren Freidenker und Feinde der Kirche und einer wohlgeordneten Gesellschaft, und deshalb ohne Ansehen zu verurteilen. Wenn über irgendeine soziale Maßnahme, die höhere Steuern zur Folge hatte, diskutiert wurde, so brauchte nur das Wort zu fallen «das ist Sozialismus», um jedes weitere Argument an den Leuten abprallen zu lassen.

Es ist leider nur zu leicht, an alle möglichen Vorurteile zu appellieren, indem man schwer definierbare Begriffe, wie Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus, Demokratie usw., die jedem etwas anderes bedeuten, unter das Volk wirft; man schafft so die seelischen Konflikte, die das Denken ausschalten. Selbst unter der politischen Freiheit, die wir heute genießen, benützen Politiker aller Parteien nur zu gerne abgedroschene Worte und Phrasen, um an die Gefühle statt an gesunden Menschenverstand und Vernunft zu appellieren.

Abgesehen von Mut jeder Art bedarf der Rebell, dessen einziges Ziel

das Wohl seiner Mitmenschen ist, auch der Liebe, einer Liebe, die selbst seine politischen Gegner nicht ausschließt. Er muß tolerant sein, auch gegenüber Überzeugungen, die er nicht teilen kann, weil ihm bewußt ist, daß niemand, am wenigsten vielleicht der fanatische Rebell, immer recht hat. Wenn man diese Liebe zu den Menschen hat, so ist damit meist ein Sinn für Humor verbunden, der dazu beiträgt, dem politischen Streit etwas von seiner Bitterkeit zu nehmen. Alle diese Eigenschaften hatte James Maxton im höchsten Maße. Man mag sich fragen, ob seine politischen Ansichten richtig oder falsch waren, aber niemand konnte an seiner geistigen Sauberkeit zweifeln. Es ist schwer zu sagen, ob die radikale und plötzliche Umwälzung der wirtschaftlichen Gesellschaftsstruktur, die er befürwortete, praktisch durchführbar war. Aber kein Mensch zweifelte an der Reinheit der Motive James Maxtons, der es ablehnte, einen Regierungsposten anzunehmen und selbst einen Doktorhut der St-Andrews-Universität ausschlug, weil ihm solche Ehrung gegen seine Prinzipien zu gehen schien. Das Beste an ihm war seine Liebe zu den Mitmenschen. Sie trieb ihn, das Elend zu hassen, das so viele von ihnen so unnötigerweise drückte, und ließ doch keinen Haß gegen seine Gegner in ihm aufkommen. Man brauchte ihn nicht lange zu kennen, um zu verstehen, warum gerade James Maxton, der die schärfsten Reden hielt, das beliebteste Mitglied des Unterhauses war.

Was die Rebellen erreicht haben

Es ist traurig, feststellen zu müssen, daß nur wenige dieser Pioniere, die in der vordersten Front für menschlichen Fortschritt kämpften, die Früchte ihrer Arbeit sehen dürfen. Doch wenn auch das Ergebnis erst später sichtbar werden mag, so wird doch keine ehrliche Arbeit vergeblich geleistet. Wenn wir die Lebensbedingungen der Arbeiter, wie sie vor hundert Jahren bestanden, mit den heutigen vergleichen, wird uns bewußt, wieviel geleistet worden ist. Alle sechs Forderungen der Chartisten, bis auf die alljährlichen Parlamentswahlen, sind durchgesetzt worden. Der klaffende Abgrund zwischen sehr reichen und sehr armen ist schmäler geworden. Einer der besten Gradmesser sozialen Fortschritts in materieller Beziehung ist die Abnahme der Kindersterblichkeit und die Hebung der körperlichen Entwicklung der Kinder. Die großen Unterschiede auf diesem Gebiete, die einst zwischen arm und reich bestanden, sind im Verschwinden begriffen, und dank unentgeltlicher Mittelschulbildung kommen wir auch dem Ausgleich an Aufstiegsmöglichkeiten für Kinder aller Klassen näher.

Ebenso wichtig wie der materielle Fortschritt ist der Umstand, daß sich alle politischen Parteien verpflichtet sehen, den Kampf gegen vermeidbare Armut und ihre Folgen zu führen. Unser schlimmstes soziales Übel ist heute die Wohnungsnot. Die Labour-Regierung plant für 200 000 Häuser per Jahr, die Konservative Partei macht sich anheischig, 300 000

zu bauen. Welcher Unterschied gegenüber dem 19. Jahrhundert, als sich die politischen Parteien weit mehr um die geheiligten Rechte des Besitzes kümmerten als um das heilige Recht des Volkes auf Leben und Glück. Diese große Wandlung verdanken wir nicht so sehr den Männern, die die Sozialreformen dem Parlament vorlegten als den unentwegten Agitatoren, die seinerzeit als Friedensstörer angeprangert wurden. Carlyle sagt irgendwo, die Leiber der Vorkämpfer menschlichen Fortschrittes füllen die Schützengräben, damit die nach ihnen Kommenden um so leichter über sie zum Siege schreiten können. Wenn wir heute abend unserer Dankbarkeit an James Maxton Ausdruck geben, so wollen wir auch die langen Reihen unbekannter Streiter grüßen, deren Opfer das Maß an religiöser, politischer und wirtschaftlicher Freiheit unserer Tage möglich machten.

Der Rebell von heute und morgen

Den Männern, von denen wir gesprochen haben, lag vor allem der Kampf gegen die Armut in diesem Lande am Herzen. Doch Weltereignisse der letzten Jahre müssen uns klargemacht haben, daß ein Wohlfahrtsstaat im einzelnen Land nur als Teil eines Weltwohlfahrtsstaates bestehen kann. Das heißt eines Staates, welcher außer Freiheit von Krieg auch wirtschaftliche und politische Freiheit für alle Menschen in allen Ländern sichert. Aus der gegenwärtigen Weltrevolution wird, wenn auch erst nach vielen Jahren, entweder ein solcher Staat hervorgehen, oder – ein Krieg, der unsere westliche Zivilisation austilgen wird. Falls unsere Zivilisation zerstört wird, wie andere, die im Lauf der Geschichte untergingen, so wird sie zerstört werden, weil sie ihre Aufgabe nicht erfüllte, weil sie die neue und bessere Welt nicht schuf, die die moderne Wissenschaft möglich gemacht hat. Die Gefahr für unsere Zivilisation liegt weder im Kapitalismus noch im Kommunismus. Die Gefahr liegt im Fortbestehen vermeidbarer Armut und Krankheit und in der Unterdrückung politischer und geistiger Freiheit bei zwei Dritteln der Weltbevölkerung. Im ideologischen Krieg, der gegenwärtig die Welt trennt, wird der Sieg jener Seite zufallen, die die farbigen Völker überzeugen kann, daß ihr Ziel die Überwindung beider und nicht eines der erwähnten Übel bildet.

Ein Welt-Wohlfahrtsstaat kann nur ins Leben gerufen werden durch eine Weltregierung in irgendeiner Form, die imstande ist, den Frieden zu erhalten und die Nationen dazu zu bringen, in internationalen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten, damit die riesigen potentiellen Hilfskräfte der Erde zum Wohl der Bevölkerung aller Länder eingesetzt werden. Flugzeug und Radio haben die Welt so zusammenschrumpfen lassen, daß Weltregierung, sei es durch Anwendung von Gewalt oder durch Zustimmung der Bevölkerung unausweichlich ist. Es besteht jedoch die Gefahr, daß in einer Regierung, die im Weltmaßstabe über die unermeßlichen Kräfte verfügt, die die moderne Wissenschaft freigelegt hat –

Macht wie sie kein König oder Diktator je besessen hat –, in die Hände von einigen wenigen Menschen gelangen und sie korrumpieren könnte. Ein Schutz gegen diese sehr reale Gefahr liegt in völliger politischer Freiheit für alle Nationen, und in der Wahl der Delegierten für die Weltregierung durch das Volk und nicht durch Leute, die von den Außenministern der Nationen ernannt worden sind. Je mehr kleine Nationen, um so größer die Sicherung der Freiheit. Die Gefahr eines Krieges oder wirtschaftlicher Beherrschung geht nicht von den kleinen Nationen aus, von Dänemark zum Beispiel, oder der Schweiz oder Schweden, sondern von den Großmächten. Gerade in den kleinen Nationen, wo die Mitglieder der Regierung in engem Kontakt mit der Bevölkerung leben, ist wirkliche Demokratie und Freiheit am leichtesten zu erreichen. Aufteilung oder Dezentralisierung der Macht ist eines der dringenden Gebote der Gegenwart. Dies ist der Grund, warum so weite Kreise in Schottland das Verfügungsrecht über rein schottische und lokale Angelegenheiten für eine schottische Regierung, für schottische Stadt- und Grafschaftsbehörden verlangen, die von eigenen Leuten gewählt werden. Das verstand unseres Erachtens James Maxton unter Selbstregierung für Schottland.

Lokale Demokratie mit politischer Freiheit, im Rahmen einer Weltregierung, stark genug, den Frieden zu erhalten – das ist unsere Hoffnung für die Zukunft. Kleine Länder können sich die Freiheit nicht erhalten, solange der Weltfriede nicht gesichert ist. Es sind darum gerade auf dem Gebiete internationaler Politik die Rebellen heute am nötigsten, Männer, die selbständig denken und sich weigern, die Ansichten Moskaus oder Washingtons, aber auch die Losungen unserer eigenen Politiker, gleich welcher Partei, kritiklos zu übernehmen.

Das Bestreben, eine universelle öffentliche Meinung zugunsten einer Welt des Friedens, der Fülle und der Freiheit aufzubauen, muß vom Volk ausgehen, genau wie die Bewegung für soziale Reform in England vom Volk ausging. Die Weltbewegung für unser Ziel hat ihren Anfang genommen. Vertreter des Volkes verschiedener Länder treffen sich in nichtgouvernementalen, internationalen Organisationen. Wenn Maxton heute lebte, glaube ich, würde er eine führende Stellung einnehmen in dieser Weltbewegung für den Frieden und die Überwindung der Armut in allen Ländern; er würde, als Rebell, von der gegenwärtigen Regierung eine unabhängigere Haltung im Kampf um eine Welt des Friedens und der Fülle fordern.

James Maxton ist heute nicht mehr leiblich unter uns, aber sein Geist ist gegenwärtig und wird unter uns bleiben im Maße, wie wir ihn lebendig erhalten. Wir können dies tun, indem wir seinen Eifer und seine Begeisterung für die Förderung der Wohlfahrt des Volkes nicht nur dieses Landes, sondern aller Länder in uns aufnehmen und weitertragen. Dies ist der beste Dank, den wir unserem Jimmy Maxton, dem «geliebten Rebellen», darbringen können.

Maxtons Rede und sein Ausschluß aus dem Unterhaus

23. Juni 1923.

Während der Beratung über das Budget für Schottland kam der Bericht der schottischen Gesundheitsdirektion zur Sprache. Der Bericht wurde von Captain Walter Eliott, dem Unterstaatssekretär des Departementes vorgelegt. Nach Äußerungen von zwei anderen Unterhausmitgliedern erhob sich Maxton. Er anerkannte, daß der Unterstaatssekretär seine Darlegungen mit großer Zurückhaltung vorgebracht und in bezug auf die Schlüsse, die aus den Statistiken gezogen werden konnten, einige Vorbehalte angemeldet hatte und fuhr dann fort:

«Ich studierte die Statistik gestern abend, und ich möchte Ihnen diese Zahlen vorlegen und die Frage an Sie richten, nachdem ich meine Schlüsse daraus gezogen habe, ob ich nicht berechtigt bin, gegenüber der schottischen Gesundheitsdirektion, gegenüber der Regierung, die über die Maßnahmen entscheidet, und gegenüber jenen Mitgliedern des Unterhauses, die diese Maßnahmen billigen, eine sehr gravierende Anklage auf Vernachlässigung öffentlicher Wohlfahrt vorzubringen.

Ich stellte fest, daß die Unterhaltskosten für Mann, Frau und vier Kinder in Barnhill, dem größten Armenhaus Schottlands, 58 shilling 7½ d (ohne Arzt und Gebäudeunterhaltskosten) per Woche betragen. In der Stadt Glasgow finden sich wenige gelernte Berufsarbeiter, die 58 shilling Wochenlohn beziehen. Ungelernte und angelernte Arbeiter in meinem Wahlkreise verdienen etwa 32½ shilling per Woche.

Von diesem elenden Betrag müssen sie sich und ihre Familie kräftig genug erhalten, um den Verheerungen der Krankheit zu widerstehen – etwas, was sich als unmöglich erweist in der erwähnten Institution mit ihren Möglichkeiten des Großeinkaufs. Es scheint mir dies ein eindeutiger, klarer Hinweis zu sein, wo die Brutstätte eines Teils unserer Tuberkulose zu suchen ist.

Doch die bedrückendste Seite der ganzen Angelegenheit ist die Frage des Schicksals der Kinder. Wenn es etwas gibt, das der Sphäre der Parteipolitik entzogen werden sollte, so ist es das Wohlergehen der Kinder. Im Bericht der Gesundheitsdirektion tönt es allerdings anders: Wir haben unsere Politik rigorosester Einschränkung fortgesetzt – denn wir müssen sparen.»

Ein ehrenwertes Mitglied des Hauses warf zur Idee des Sparens zustimmend ein: «Hört, hört!» Es war der ehrenwerte Baron Sir Frederick Banbury, Abgeordneter für die Londoner City.

«Im Lauf seiner beruflichen Tätigkeit muß der Unterstaatssekretär (Capt. Walter Eliott) Tausende von kleinen Kindern haben leiden sehen, er muß mit angesehen haben, wie die Eltern über ihre zwischen Leben und Tod schwebenden Kleinen wachten. Ich war Zeuge bloß in einem Fall, und dieser machte mir solchen Eindruck, daß ich ihn nie mehr loswerden kann. Ich sah eine Mutter mit ihren letzten Kräften um das Leben

ihres Säuglings ringen und in der Rettung ihr eigenes verlieren. Wie dies in den Statistiken erschien, interessiert mich nicht. Was mir aber nahe geht, das ist der Gedanke an die Zehntausende von Vätern und Müttern, die sich über ihre Babies beugen und um ihr Leben zittern. Wenn ich das Gewissen der Öffentlichkeit treffen und sie zur Einsicht bringen kann, daß solche Zustände absolut unrecht und in einem christlichen Volk nicht zu verantworten sind, so glaube ich, meinem Lande einen Dienst erwiesen zu haben.

Die ganze Situation wird im vorliegenden Bericht bemäntelt. Der ehrenwerte Herr Referent erklärt, die angeordnete Verweigerung der Milch- und Nahrungsmittelabgabe an Mütter habe keine Wirkung gehabt, die sich statistisch feststellen lasse. Will er vielleicht behaupten, der Entzug der Milch gebe einem Baby eine bessere Chance im Leben als die weitere Abgabe von Milch. Er kann nicht erklären, der Entzug dieser Nahrungsmittel habe die statistischen Zahlen nicht um vieles schlimmer gemacht, als sie gewesen wären, wenn man den Kindern die äußerste Sorge hätte angedeihen lassen. Die Abgabe von Milch durch die Lokalbehörden wurde eingeschränkt durch ein Rundschreiben vom 12. März 1922, zu einer Zeit, wie der ehrenwerte Herr Referent und sein Bericht feststellen, als die Sterblichkeitsziffern die höchsten waren seit Jahren. Im selben Rundschreiben teilte die Behörde mit, sie werde mit Rücksicht auf die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit die Hospitalisierung von Kindern mit Keuchhusten und Masern nicht mehr gestatten. Zu einer Zeit, als eine Epidemie wütete und die Sterblichkeitsziffer am höchsten war, erließen die ehrenwerten und edlen Herren da drüben – aus Sparsamkeitsrücksichten und mit Billigung des ehrenwerten Barons, Vertreter für die Londoner City – ein Rundschreiben, das die Kinder dazu verdammte, am Ansteckungsort zu verbleiben. Sie sollten nicht aus den Einzimmer- und Küchenwohnungen herausgeholt werden, damit das einzelne Kind isoliert werden konnte. Aus wirtschaftlichen Interessen verurteilten sie Hunderte von Kindern zum Tode, und ich nenne das Mord. Ich bezeichne die Männer, die diese Maßnahme veranlaßten als Mörder. Sie haben Blut an den Händen ... das Blut von Kindern. Es ist etwas Furchtbares für einen Menschen, das auf dem Gewissen zu haben ... Ein kaltblütiges, gemeines Verbrechen, begangen, um Geld zu sparen. Wir sind bereit, Kinder umzubringen im Interesse der Dividenden. Wir stellen Kinder vor die Front ...»

Sir Frederick Banbury wollte einen Ordnungsantrag stellen, aber Maxton behielt das Wort. Der Vizevorsitzende, Capt. Fritzroy, intervenierte, und Sir Frederick fragte: «Gehört es sich, daß ein ehrenwertes Mitglied des Unterhauses andere Mitglieder Mörder nennt?» Der zweite Vorsitzende erklärte: «Ich halte den Ausdruck für ungehörig.» Der Premierminister gab zu verstehen, eine Wendung wie «die Politik der schottischen Gesundheitsbehörde komme einem Totschlag gleich» könnte an Stelle des beanstandeten Ausdrucks treten.

Maxton sagte: «Wenn der sehr ehrenwerte Baron mir ein anderes Wort für Mord leihen will, das den Tatbestand beschreibt, so will ich es gerne verwenden. Wenn mir kein solcher Ausdruck geboten wird, so bleibe ich bei dem, was ich gesagt habe.»

Später ersuchte der 2. Vorsitzende Maxton, den Ausdruck in seiner Geltung für irgendein einzelnes Mitglied des Unterhauses zurückzunehmen, aber Maxton erwiderte: «Ich kann nichts zurücknehmen. Ich brauchte den Ausdruck absichtlich, ebenso wie mich das ehrenwerte Mitglied absichtlich unterbrach.» Maxton verteidigte seinen Standpunkt über eine halbe Stunde, fand es dann unmöglich, weiterzufahren und bat John Wheatley, an seine Stelle zu treten. Auch er gebrauchte das Wort «Mörder» und weigerte sich, es zurückzunehmen.

Schließlich wurde der Ausschluß von Maxton und Wheatley beantragt und mit 258 gegen 70 Stimmen beschlossen . . . In der Antwort der Regierung auf die Debatte erklärte Capt. Walter Eliott, nachdem die ausgeschlossenen Mitglieder das Haus verlassen hatten: «Jedermann anerkennt Mr. Maxton als aufrichtigen und sympathischen Menschen, in mancher Beziehung als einen der gediegensten Charaktere des Unterhauses.»

Lord Boyd Orr

Worte

Ich baue alle Freiheit auf Gerechtigkeit, aber ich sehe in dieser Welt *keine versicherte Gerechtigkeit* als bei der *zur Einfalt, Frömmigkeit und Liebe gestimmten,* und *in dieser Stimmung erleuchteten Menschheit.*

Alle *Familiengerechtigkeit,* welche die größte und reinste und allgemein in der Welt genossene Gerechtigkeit ist, hat im ganzen nur Liebe zu ihrer Quelle – und dennoch wirkt sie, in der Einfalt aller Völker, allgemeinen Segen der Welt.

So wie alle Gerechtigkeit auf Liebe ruht, *so ruht auch Freiheit* darauf. *Reiner Kindersinn ist die wahre Quelle der Freiheit, die auf Gerechtigkeit ruht, und reiner Vatersinn ist die Quelle aller Regierungskraft, die Gerechtigkeit zu tun und Freiheit zu lieben erhaben genug ist.*

Und die Quelle der Gerechtigkeit und alles Weltsegens, die Quelle der Liebe und des Brudersinnes der Menschheit, *diese beruht auf dem großen Gedanken der Religion, daß wir Kinder Gottes sind* und daß der Glaube an diese Wahrheit der sichere Grund alles Weltsegens sei. In diesem großen Gedanken der Religion liegt immer der Geist aller wahren Staatsweisheit, die reinen Volkssegen sucht; denn alle innere Kraft der Sittlichkeit, der Erleuchtung und Weltweisheit ruht auf diesem Grund des Glaubens der Menschheit an Gott.

Und Gottvergessenheit, Verkenntnis der Kinderverhältnisse der Menschheit gegen die Gottheit ist die Quelle, die alle Segenskraft der Sitten, der Erleuchtung und der Weisheit in aller Menschheit auflöst.

Daher ist dieser verlorene Kindersinn der Menschheit gegen Gott das größte Unglück der Welt, indem es alle Vatererziehung Gottes unmöglich macht, und die Wiederherstellung dieses verlorenen Kindersinnes ist Erlösung der verlorenen Gotteskinder auf Erden. Der Mann Gottes, der mit Leiden und Sterben der Menschheit das allgemein verlorene Gefühl des Kindersinnes gegen Gott wieder hergestellt, ist der Erlöser der Welt, er ist der geopferte Priester des Herrn, er ist Mittler zwischen Gott und der gottvergessenen Menschheit. Seine Lehre ist reine Gerechtigkeit, bildende Volksphilosophie, sie ist Offenbarung Gottes des Vaters an das verlorene Geschlecht seiner Kinder.

Johann Heinrich Pestalozzi: «Die Abendstunde eines Einsiedlers»

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Votum zum Thema: „Der prophetische Glaube und die Politik"

Liebe Freunde!

Da ich zu meinem großen Bedauern der heutigen Tagung fernbleiben muß, habe ich den bescheidenen Versuch gewagt, Ihnen durch einige wenige einleitende Worte etwas über das mir gegebene Thema zu sagen.

Der Gegenstand «Prophetischer Glaube und Politik» verlangt zunächst *einen Versuch der Gründung beider Worte: des Glaubens und der Politik. Politik* ist ihrer Grundbedeutung nach Staatskunst, Verwaltung staatlicher Gemeinschaft. Die Bezeichnung stammt von dem Wort Polis, dem Stadtstaat der griechischen Antike in seiner reinen und strengen Ordnung. Denn Politik hat zu allen Zeiten letzte menschliche Verantwortung gefordert. Namen wie Solon, Lykurg, Perikles sind uns als Repräsentanten menschlich politischer Größe durch die Geschichte hindurch erhalten geblieben.

Das *Mysterium des Glaubens* ist schwerer zu erfassen. Es ist, wenn wir *unter Paradoxie* eine Wahrheit verstehen, die mit dem Verstand nicht erreichbar ist, die gewaltigste Paradoxie der Menschheitsgeschichte. Die Kraft des Glaubens ist eine Gewißheit, die keinen irdisch sichtbaren Grund hat, während die Politik sich auf der Gemeinschaft sichtbarer, wirklicher Menschen erbaut. Der prophetische Glaube, der sowohl Gestaltung einer Gemeinschaft wie der Glaube an ein Unerblickbares ist, verlangt das Vertrauen auf eine Wirklichkeit, die in der Menschenwelt nicht zu finden ist.

Alle Politik: Einsatz des Eigenen in das Fremde, *wird in der menschlichen Zeit zur Geschichte,* zur geistigen Klärung menschlicher Wirrnis. Ich möchte Sie an das Wort Goethes erinnern, daß ohne die Zeiterfassung der Propheten als Vergangenheit, Gegenwart und Verheißung die ganze menschliche Geschichte nur ein Chaos von Blut und Tränen wäre. Er, den man so oft den großen Heiden genannt hat, hat also die Politik der Propheten als die allein wahre und allein tröstliche erkannt. Denn immer ist in die rein menschliche Politik auch menschliche Verwirrung eingedrungen; auch der reinste und größte menschliche Wille reicht zur vollkommenen Gestaltung menschlicher Gemeinschaft nicht aus. Und dies nicht nur, weil Seele und Geist und Schicksal der Menschen verschieden sind und oft einander widerstreiten – die schwerste Hemmung politischer Gestaltung ist, daß das Menschenleben zu kurz ist, um eine große Zeitspanne zu überblicken. Dies, daß dem Menschen vom Ganzen aus gesehen nur ein einziger flüchtiger Augenblick für sein Wissen, Denken und Gestalten gegeben ist, ist von je das schwerste Hindernis aller Gemeinschaftsgestaltung gewesen.

Es ist vor allem das Alte Testament, es sind am mächtigsten die Psalmen und das Buch Hiob, die nicht aufhören, die Kürze und Flüchtigkeit des Menschenlebens zu beklagen. Sie klagen, daß alles Fleisch wie Gras ist, daß der Mensch wie eine Blume des Feldes ist, die heute blüht und morgen abgerissen wird, daß das kurze hinfliehende Menschenleben vor einem Augenaufschlag des Ewigen vergeht. – Und es ist nun das Einzige und Wunderbare, daß gerade im Alten Testament dieser Augenaufschlag des Ewigen, der im gewöhnlichen Menschendasein nur als ein dunkles, unfaßbares Schicksal wirkt, eine Reihe von Männern aufgerufen hat, für die er nicht nur ein unbegreifliches Schicksal, für die er ein klarer Wink, ein göttlicher Aufruf ist, mit dem Gott ihnen etwas Bestimmtes zu verstehen gibt, die in dem kurzen Blick, der auf sie gerichtet ist, die Tiefe seines Sinnes begreifen. Diese Männer sind die Propheten.

In der Geschichte jedes bedeutsamen Volkes findet sich ein Augenblick, in dem es über seine nationale Geschichte hinauswächst und sich in seiner menschheitlichen Bestimmung begreift. Das Eigentümliche in der Geschichte Israels ist aber, daß sein ganzer Inhalt kein anderer ist, als solche Sprengung der Nation durch die Idee – eine Sprengung, die sich als mächtiger Eingriff Gottes im Leben jedes Propheten vollzieht und ihn gleichsam aus seinem Volke in das Ganze der Menschheit hineinschleudert.

Und während alle übrige Politik sich auf die Gemeinschaft sichtbarer Menschen bezieht, ist die prophetische Politik sowohl Gestaltung wirklicher Gemeinschaft wie auch der Glaube an ein Unerblickbares. *Prophetischer Glaube erzeugt eine Politik, die in keiner irdischen Gemeinschaft, sondern allein im Willen Gottes vorhanden ist.* Hier geht es nicht um ein Bild Gottes, sondern *um Gott,* um den Gott, von dem

sich ein Bildnis im irdischen Stoff zu machen verboten ist. Nicht ein noch so hohes Menschenbild soll hier erschaffen und als göttliches Gleichnis und menschliches Vorbild dem Volke vorangetragen werden – nein: «Israel soll eine Schmach, Hohn, Exempel und Wunder sein allen Völkern» durch das gewaltige Gericht über sein Volk, in dem Gott sich als der Einzige offenbart und den ungeheuren Abstand auch noch seines erwählten Volkes von der Gottebenbildlichkeit enthüllt. Denn es ist nicht erwählt zu *sein*, sondern zu *künden*. *Nicht es selbst soll sein*, sondern *das von ihm Verkündete: die Eine in Gott und im Frieden geeinte Menschheit*, die eine Gestalt reiner Zukunft ist. Das Grundwort des prophetischen Glaubens liegt in der einzigen Verheißung Gottes an sein Volk: «Du sollst durch Gerechtigkeit bereitet werden, du sollst ferne sein von Gewalt und Unrecht.» Denn die Gerechtigkeit ist nirgends in der Welt vorhanden; sie muß vom Menschen erst erschaffen werden. Daher die Angst und der ungeheure Zorn der Gottesmänner gegen den Ungehorsam des Volkes: die Gerechtigkeit ist nirgends in der Welt vorhanden, und an ihrer Verwirklichung hängt der Bestand des Volkes und der ganzen Menschheit selbst.

Darum ist das Leben der Propheten so über alle Maßen schwer, ist der späte Aufschrei des Elia: «Es ist genug, Herr, so nimm denn meine Seele!» für alle Propheten mitgesprochen. Auf jedem liegt die Last einer Verantwortung ohnegleichen, denn sein Aufruf zur Gerechtigkeit des Reiches Gottes auf der Erde ist nicht nur Gerechtigkeit, sondern auch Gericht. In der Macht seiner Verantwortung ist der Prophet Nachbild und Abbild der Feuersäule, die auf der Wanderung durch die Wüste göttlich leuchtend dem Volke voranzieht.

Und doch, trotz diesem lichten Feuer, soll auch der Prophet wie das von Gott erkorene Volk den Menschen nicht Glanz und weltliche Ehre, sondern Schmach, Hohn, Exempel und Wunder sein. Denn auch er steht ja unter dem Gericht Gottes, das er selbst vollzieht. —

Uns heutigen Menschen sind in der Wirrnis unserer Geschichte der prophetische Glaube und die prophetische Politik fremd geworden. Und doch ist der Glaube an die Gerechtigkeit noch nicht ganz aus unserer Welt verschwunden. Marx hat die Gemeinschaft rein aus der Gerechtigkeit, zwar nicht aus der Gerechtigkeit des Glaubens, aber aus der des menschlichen Wissens und einer großen geschichtlichen Schau erbaut. Zwischen dem prophetischen Glauben und unserem Leben liegt eine Welt; der Faden zwischen der prophetischen Politik und der unserer Welt ist zerrissen. Nirgends hat ein Mensch sich so tief und gewaltsam von der prophetischen Gerechtigkeit losgerissen wie der französische Dichter Sartre, der in einem großen Drama in einer versumpften politischen Welt den einzigen reinen und edlen Menschen, den er aus diesem Sumpf noch aufsteigen läßt, in der Politik nicht die reinen, sondern die schmutzigen Hände fordern läßt, weil er den Glauben an die Macht des Reinen über die Welt verloren hat. Es ist der genaueste Gegensatz zu

dem Propheten Jesaja, der sich als ein Mann unreiner Lippen in einem unreinen Volke der göttlichen Verkündigung nicht für wert hält – bis ihm Gott den Engel sendet, der mit der schmerzhaft glühenden Kohle ihm die Lippen für die Verkündung rein brennt.

Wer vermöchte diesen prophetischen Glauben noch zu erfassen? Allein der religiöse Sozialismus hat inmitten einer glaubenslosen Welt noch einmal an ihn anzuknüpfen gesucht. Männer wie Blumhardt, wie Ragaz haben inmitten der Finsternis ihrer Welt, die sie bis in jede Faser erlebten, um den Glauben der Propheten und um die prophetische Wahrheit ihrer Politik gerungen.

Die prophetische Politik, der prophetische Glaube münden in die Gestalt des Gottesknechtes des Jesaja; in ihm, dessen Seele wie die keines anderen Menschen auf Erden gearbeitet hat, hat in dem ungeheuren Leiden aller, von dem er wie von der Glorie der Ewigkeit umstrahlt war, der Glaube der Propheten sich erfüllt. Doch das Anfangswort dieses Kapitels: «Aber wer glaubt unserer Predigt und wem ist der Arm des Herrn geoffenbart?» ist auch der letzte irdische Ausdruck alles prophetischen Glaubens gewesen.

Margarete Susman

Christentum und Politik

Thesen – aufgestellt von Emil Fuchs

1.

Politik ist das Ringen der Menschen, ihr Gemeinschaftsleben in Gemeinde, Staat, Volk, Wirtschaft-Menschheit in einer Weise zu ordnen, die ein gedeihliches Zusammenleben ermöglicht.

Da die dauernden Veränderungen in Arbeitsinstrumenten, Kräften, Verkehrsmöglichkeiten, Ideen und geistiger Haltung zu Veränderungen des Zusammenwirkens zwingen, ist die Arbeit der Politik eine Arbeit an nie endenden Schwierigkeiten, Disharmonien, Kämpfen, Neuordnungen.

Kein verantwortungsbewußter Mensch – also am wenigsten ein Mensch, der ein Jünger Jesu sein will, kann sich dieser Aufgabe entziehen. Wollten die Jünger Jesu diese schwerste aller Aufgaben des Menschseins den Nichtchristen überlassen, so würde dadurch ihre Botschaft für alle die unglaubwürdig werden, die an den Nöten des gerade vorhandenen Systems leiden; ja, allen, die diese Aufgabe in Verantwortung erkennen.

Was für den einzelnen Christen gilt, gilt auch für die Kirchen und Gemeinschaften. Sie sind mitverantwortlich für die rechte, gedeihliche Gestaltung der Rechts- und Gemeinschaftsformen.

2.

Für den, der ein Jünger Jesu sein will, steht seine Arbeit in der Politik, wie sein Verhalten zu seinem Nebenmenschen überhaupt, unter dem Rufe Jesu, der uns sagt, daß wir Brüder sind – also darum zu ringen haben, daß unser Verhältnis zueinander sich im Geiste der Brüderlichkeit vollzieht.

Jesu Wort und Haltung macht uns ganz deutlich, daß nichts uns hindern darf, uns brüderlich gegen unsere Mitmenschen zu verhalten, und daß am Jüngsten Gericht die Frage nach dem Brudersein die entscheidende Frage ist.

Da unser Verhalten zueinander von den geltenden Rechtsanschauungen, Rechtsnormen, Wirtschafts- und Gemeinschaftsgestaltungen entscheidend abhängig ist, gilt es also dauernd aufmerksam zu beachten, wo diese Formen der Brüderlichkeit hinderlich sind, wo sie sie fördern und wie wir Wege finden können und müssen, sie in einer Weise zu gestalten, die der Brüderlichkeit besser entspricht als die bisherigen Formen.

3.

Die Vorstellung, daß es irgendein Gebiet des Lebens geben könne, das von dieser Forderung Jesu ausgenommen ist, auf dem also dies dauernde Ringen um Brüderlichkeit sich nicht zu vollziehen brauche, ist eine der Selbsttäuschungen, mit denen der egoistische Mensch und egoistische Machtkomplexe sich der Forderung Jesu zu entziehen suchen. Daß Christen und Kirchen sich diesem Aberglauben beugten, war eine der entscheidenden Ursachen dafür, daß ihre Botschaft Millionen von Menschen unglaubwürdig wurde.

Die Kirchen Jesu Christi und alle Jünger Jesu Christi haben in Botschaft und Verhalten deutlich zu machen, daß Jesus Christus «sitzet zur Rechten Gottes», das heißt daß er der Herr aller Lebensgebiete und aller Lebenswirklichkeit ist, daß, was gegen seinen Geist und ohne seinen Geist ist, Tod und Verderben bedeutet.

Deutlich gilt das für die Frage des Krieges. Staatsmänner und Völker – gar Kirchen –, die glauben, daß Gewalt, List, Zwang und Krieg für ihr Volk Heil schaffen können, verleugnen damit den Glauben an den Gott und Vater Jesu Christi. Wir wissen, daß nur das Heil schafft, was in seinem Geiste geschieht.

Deshalb kann aber die Christenheit nicht heute sagen: Krieg ist überwunden! Sie wird nur frei vom Kriege werden, wenn sie die Voraussetzungen des Krieges überwindet, das heißt wenn die Einzelnen, die Völker, die Staatsmänner lernen, ihre Gegensätze und Angelegenheiten zu ordnen im Geiste brüderlicher Wahrhaftigkeit, Rücksichtnahme aufeinander – in dem Willen durch Achtung vor dem Recht und den Lebensnotwendigkeiten des anderen. Wenn Christen und Kirchen aufrichtig den Krieg unmöglich machen wollen, müssen sie offen und klar allem

entgegentreten, was im Zusammenleben der Völker dem Geiste der Wahrhaftigkeit und Brüderlichkeit widerspricht und also zum Kriege drängt, weil es Mißtrauen und Haß schafft.

Sie haben sich also vor allem auch gegen alle Methoden der Propaganda zu wenden, durch die ihre eigenen Staatsmänner und Parteien die Fähigkeit, anderen gerecht zu werden, sich und den Völkern zerstören.

5.

Dasselbe gilt für die Frage der Revolution. Das «Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat», hat seine große Bedeutung; denn wenn die Autorität fällt, die Recht und Ordnung aufrechterhält, erhebt sich ein Kampf aller gegen alle, der jede Brüderlichkeit unmöglich macht.

Bestehendes Recht darf also nicht gebrochen werden. Halte ich es für falsch, so habe ich es durch brüderliches und verständnisvolles Ringen zu ändern.

Aber: Dies gilt vor allem – und ganz entscheidend vor allem – den Mächtigen. Sie müssen den Willen zur Brüderlichkeit aufbringen; bereit sein, die Regelungen zu schaffen und die Opfer zu bringen, die auch den weniger Mächtigen ihr Menschenrecht und ihre Menschenwürde wahren und schaffen.

Leider ist die Sünde der Menschheit so groß, daß der Marxismus mit Recht im Kommunistischen Manifest sagen kann: «Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.» Auch in der Zeit, in der das Christentum einen entscheidenden geistigen Einfluß in der Gesellschaft hatte, haben die Mächtigen nicht gelernt, brüderlich mit den weniger Mächtigen und den Unterdrückten zu handeln, in brüderlichem Geiste die Ordnungen immer neu zu schaffen. Ja – die Kirchen haben sich von der gesellschaftlichen Lage und Meinung immer stärker beeinflussen lassen als durch das Evangelium. So kam es immer wieder zu Revolutionen, die von der Brüderlichkeit aus gesehen Unrecht, Sünde sind, deren Sünde aber in der Kurzsichtigkeit und egoistischen Verständnislosigkeit der Mächtigen beruht, nicht in der Verzweiflung der Unterdrückten.

Die Aufgaben der Kirche, Christen, Christenheit wäre, durch aufmerksames Beobachten der Wirklichkeit und durch starkes Aufrufen des Gewissens die Umgestaltungen des Gesellschaftslebens zu schaffen, die den Ausbruch gewaltsamer Revolutionen hindern könnten.

Da heute Krieg und Revolution sehr eng miteinander verknüpft sind, ist die Frage der Neugestaltung der Gesellschaftsordnung eng verbunden mit der Frage, ob wir Wege gehen, die auch den Krieg verhindern.

6.

Diese Frage wird am besten beleuchtet durch die Frage des Verhaltens des Christen zwischen Ost und West.

Es ist furchtbar einfach vom Standpunkt der bestehenden Anschauungen aus und von den gesellschaftlichen Gewohnheiten aus, alle Schuld an Not und Druck, Gewalt und Bitterkeit, die in der Welt heute die Menschen quälen, den bösen Menschen zuzuschreiben, die mit der Lage nicht zufrieden sind, in der sich der gute christliche Mensch so behaglich fühlte, zum Teil noch fühlt.

Es ist sehr einfach, all das Schwere, was in Rußland geschah, den Bolschewisten zuzuschreiben, und völlig zu ignorieren, daß der mit den furchtbarsten Mitteln geführte Bürgerkrieg auf beiden Seiten Nöte und Verzweiflungszustände schuf, und damit Schuld beider. Alexej Tolstojs Werk «Der Leidensweg» schildert das sehr klar.

Und wieder ist es leicht, vom Rechtsbewußtsein der alten Gesellschaftsordnung aus die Rechtspflege zu verurteilen, mit der das neue System aus anderem Rechtsbewußtsein heraus sich und seine Gemeinschaft schützt – zum Teil gegen den andauernden Kampf, der es bedroht. Sucht man das Neue zu verstehen, dann sieht sehr vieles ganz anders aus, als der es sieht, der es nur von außen sehen kann und will.

Hier gehört es zu den schmerzlichen Erfahrungen, die wir, die wir in der Welt des Ostens leben, ringen und doch wieder *froh* mitarbeiten, immer wieder machen, daß so weithin der Wille – auch christlicher Kreise – fehlt, um sich diese Lage deutlich zu machen und darum zu ringen, das Neue und sein Recht, sein Tun aus *seinen* Voraussetzungen und nicht aus Voraussetzungen der alten Gestaltung zu beurteilen.

Wir erleben hier bei uns die schwere persönliche Tragödie der vielen, die im Geiste der individualistischen Wirtschaftsweise erzogen, einfach nicht begreifen können, daß Schädigung der Gemeinschaft und ihrer Interessen ein schweres Verbrechen ist, während man doch bis vor kurzem sehr selbstverständlich mit allen möglichen Tricks sich auf Kosten der Gemeinschaft Vorteile schaffen durfte.

Da große Teile der Wirtschaft Volkseigentum sind, sind alle Vergehen gegen dieses eben Verbrechen.

7.

Wollen wir ein Nebeneinander der beiden Wirtschaftssysteme erreichen, wollen wir erreichen, daß die Weiterentwicklung in friedlicher Erneuerung und ohne gewaltsamen Zusammenprall sich vollzieht, so müssen wir darum ringen, daß tieferes Verstehen der Notwendigkeiten, Rechtsanschauungen, Nöte und Schwierigkeiten und damit auch der aus den Nöten erwachsenen Kämpfe erwacht. – Niemand wird leugnen, daß im Alten und Neuen aus diesen Kämpfen und den oft hilflosen Versuchen bestimmte Dinge zu überwinden, Dinge geschehen, die Unrecht gegen einzelne und viele sind. Kein Christ darf sich dabei beruhigen, daß das geschieht in dieser Umwälzung. Er hat darum zu ringen mit allen seinen Kräften und seinem Mute, daß solche Dinge überwunden werden; er darf aber nicht mit der Verständnislosigkeit, wie etwa in

Gollwitzers Buch «Und führen, wohin du nicht willst», diese Nöte dem System, gar dem bösen Willen zuschreiben und Urteile suggerieren, die den Leser unfähig machen, das große Werden, in dessen Lauf sich ganz gewiß menschliche Verfehlungen mischen, zu sehen, gar irgendwie verstehen zu wollen. (Man bedenke, daß z. B. bei Gollwitzer die Methode der Russen, dem viel Arbeitenden höhere Eßportionen zu geben, daran schuld ist, daß im deutschen Gefangenenlager deutsche Menschen zugrundegehen, während die anderen eben ihre besseren Portionen für sich behalten ... Ähnliche Stellen, wo Befangenheit sehr deutlich wird, sind im ganzen Buche zu finden.) (Nur so nebenbei wird z. B. erwähnt, daß während man im deutschen Gefangenenlager hungerte, auch das russische Volk hungerte, und dies sofort aufhörte mit dem Hunger des russischen Volkes.)

Wir hier erleben, wie die westliche Propaganda die Dinge falsch sieht und dann noch durch Übertreibungen verstärkt und so eine vergiftende Propaganda entsteht, die jede friedliche Lösung erschwert.

8.

Alle Christen, wo sie leben, alle Kirchen, wo sie wirken, haben die große Aufgabe, im Geiste der Brüderlichkeit und Wahrhaftigkeit aufeinander zu schauen, Verstehen zu wecken, dem Unrecht tapfer entgegenzutreten, es aber nie nur beim Gegner zu sehen, sondern vor allem bei sich selbst.

Es gehört zu den für uns erstaunlichen Tatsachen, wenn wir wieder einmal in die westliche Welt kommen, wie selbstverständlich auch Christen das Weiterbestehen des ungeheuren Unrechtes der kapitalistischen Wirtschaftsweise, der Klassenscheidung, der Kolonialwirtschaft und das Wiederaufleben des ganzen egoistisch-individualistischen Geistes und Denkens hinnehmen, mitmachen, während sie mit größter Entrüstung auf alle Fehler hinweisen, die im Neu-Werdenden sich zeigen – sicher zu unserem Schmerz, sicher als im Aufruf an unser Gewissen; aber eben doch nicht so, daß sie das Wesentliche sind.

Unsere kleine Deutsche Demokratische Republik ist, vom Osten her gesehen, ein schwer gefährdetes Grenzgebiet; gefährdet durch eine mit allen Mitteln betriebene feindliche Propaganda, Spionage, Sabotage, zum Teil gestützt durch feindliche Elemente im Staate selbst. Nun sehe man einmal, was die großen Kolonialmächte Frankreich, England, USA in ihren schwer gefährdeten Grenzgebieten tun: in Korea, Vietnam, Malaya, Persien, Türkei, Griechenland, Ägypten, Tunis, Marokko. Selbst wer in den übertriebenen Vorstellungen der Propaganda lebt, wird einsehen müssen, daß dem allem gegenüber die Abwehrmaßnahmen unseres Staates nicht im entferntesten zu vergleichen sind.

Und man wird einsehen müssen, daß im Osten eines dazu kommt, was vom Westen her immer wieder mißachtet wird.

Das ist der Wille zu Frieden und Verständigung. Ganz gewiß ist dieser Wille verbunden mit Vorsichts- und Schutzmaßnahmen, die in schmerzlicher Weise oft auch wieder Mißtrauen erregen. Aber der Wille ist da – ist notwendig da, da der Osten, vor allem auch die Sowjetunion, den wirtschaftlichen Aufbau aufs dringendste nötig hat. Niemand kann fordern, daß in einer Welt des Mißtrauens die westlichen Mächte blind vertrauen. Aber fordern kann man, daß sie sich um ein Verstehen der Sachlage mühen, das einen Weg zur Verständigung öffnen würde und kann. Hier aber setzt vor allem die Aufgabe der Kirchen und Christen ein, sich um ein Verstehen zu mühen und Wege suchen zu helfen, auf denen diese Verständigung gefunden werden könnte. Die Denkschrift der amerikanischen Quäker «Steps to Peace» ist ein wundervolles Beispiel solchen Mühens und Verstehens. Warum versagt die weite Christenheit, die Masse der Christen hier?

Wir sind gerufen, frei zu werden von der Angst um unsere gewohnte Lebenssicherheit, von den Vorurteilen der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, und ganz gewiß «klug wie die Schlangen», aber auch «ohne Falsch wie die Tauben» – und das zweite ist das Entscheidende, wenn wir als Christen in der Politik etwas sein wollen –, daß wir der törichten Schlangenklugheit der Menschen und der Staatsmänner dieser Welt die weisheitsvolle, wahrhaftige Güte Jesu Christi entgegenstellen.

Emil Fuchs.

Die **Schlußworte** der Berichterstatterin, die sie in ihrer Eigenschaft als Präsidentin der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz den Teilnehmern des Ferienkurses übermittelt hat, lauteten:

«Liebe Freunde!

Ich möchte Euch allen, im tiefsten bewegt, danken, daß Ihr von ganzem Herzen an dieser bedeutsamen Tagung mitgearbeitet habt. Ich glaube, daß wir wirklich von einem Segen sprechen dürfen, der auf unserer Arbeit geruht hat. Diejenigen Freunde, die die letzten Jahre unserer internen Nöte nicht miterlebt haben, können es wohl kaum ermessen, *wie* es uns zumute ist, daß durch diese Tagung ein wohl erhofftes, aber nicht so rasch erhofftes Licht in die tatsächliche Finsternis gekommen ist, durch die wir hindurch mußten. Wir sind uns alle so schwach und unzulänglich vorgekommen, und nun, da es ein so fruchtbares Arbeiten zwischen den verschiedenartigsten Menschen geworden ist, wobei einige von diesen Menschen erst noch von außen her und vielleicht mit Vorurteilen zu uns gekommen sind, dürfen wir doch erleben, daß wir tapferer durchhielten, als wir es selber gewußt haben. Nun beginnt aber eine ebenso schwere Phase unserer Arbeit und Bewährung: wir müssen das Erarbeitete verwirklichen, müssen hinaustreten, müssen jeden Tag wach sein und tätig sein. Dabei ist auch echtes Gebet, jede Besinnung, ja es ist jeder Gedanke

von uns, jedes Wort, jeder Blick, jedes echte Zuhören eine Tat. Ebenso das nüchterne Denken und ‚Zu-Ende-Denken', ebenso das unerschütterliche Vertrauen auf Gott und auf Jesus, der ‚alle Tage bei uns ist' – wenn wir für ihn und nur für ihn wirken. Es *gibt Wunder*, es gibt ein «Auf-den-Wogen-schreiten-Können', wenn man wirklich glaubt. Und was das Opfer und die Opfer betrifft, die wir *unbedingt* bringen werden *müssen*, so wird es wohl für den einzelnen von uns und für unsere Vereinigung hier in der Schweiz kaum in einem eventuellen körperlichen Tod bestehen, aber es kann in der Hingabe von Dingen bestehen, die wir alle oft schwerer hingeben als das Leben: in der Hingabe des ‚guten Rufes', der inneren und äußeren Ruhe und bürgerlichen Geborgenheit, in der Hingabe von Freundschaftsbeziehungen, in der Entfremdung oder Trennung von Eltern und Kindern, in der Hingabe vielleicht von Besitz, Stellung und Zukunftsplänen, in der Hingabe aller eigenen Privatwünsche und vielleicht auch in der Hingabe der äußeren Freiheit. Dies alles kann viel schmerzlicher sein als die Hingabe des Lebens. Der Tod braucht ja nicht nur den Körper zu betreffen. Das müssen wir wissen, und das ist das Kreuz, das wir um der Wahrheit Christi willen auf uns nehmen müssen, jeder auf seine Art und unsere Vereinigung als Ganzes, wenn es sein muß.

Können wir das wirklich? Nein, wenn wir Angst haben und uns immer wieder selbst täuschen und rechtfertigen wollten und wenn wir das Opfer weit weg suchen, anstatt dort, wo es uns im Alltag trifft. Ja, wenn wir den rechten Glauben, den rechten Mut, die kindliche Zuversicht und die gegenseitige Hilfe haben.

Wir haben mit dieser Tagung das erste Wunder erlebt. Gott gebe uns die Kraft, daß wir durch alle Nüchternheit und Realität der nun auszuführenden Arbeit und die Kämpfe für das Reich Gottes hindurch an das zweite und die weitern Wunder glauben, was immer auch geschehen mag. Wir sind heute glücklich und dürfen es sein; aber *wie* viel *schwerer* ist es nun doch auch für uns geworden!»

Als die Abschiedsstunde vom herrlichen Flumserberg, wo wir die Natur in Nebel, Schnee, Regen, aber auch in strahlendem Sonnenschein erlebt hatten, gekommen war, lag auf der überraschend frei gewordenen grandiosen Bergkette der Churfirsten und der sich ihr anschließenden Berggipfel ein segnender Abendsonnenglanz, dargeboten zum Mitnehmen in die dumpfere Talluft. Einige von uns gedachten des «Abschiedsgesanges auf der Höhe», den Leonhard Ragaz am 9. Oktober 1945 (also vor sieben Jahren, in seinem Todesjahr, drei Monate vor seinem Hinschiede) auf der Gubelhöhe bei Ägeri betend und dankend gesungen hat:

«Abendsonne, golden klar,
Herrschest über Tal und Höhen –
Möchte ganz mein Abendjahr
So im Glanze Gottes stehen!
Hoch und hehr in deinem Lichte
Seh' ich fern die Gipfel ragen –
Daß auf sie den Blick ich richte,
Ganz, in meinen Abendtagen!»*

Fußnote am Schluß des Berichtes.

Wir hofften, durch diesen Ferienkurs mit der geistigen und menschlichen Hilfe verschiedenster Referenten und durch offene, intensive Diskussionsarbeit nicht nur eigene Klärung, weitere Klarheit über unsere Haltung, über unsere künftige Arbeit und über den Weg zu *allen* unsern Brüdern zu finden, sondern wollten auch durch eine verwirklichte Auseinandersetzung zwischen den beiden Referenten, dem Kommunisten Dr. *Konrad Farner* und dem niederländischen, protestantischen Pfarrer *Krijn Strijd* dem Geiste und dem Wunsche, den Leonhard Ragaz gerade in seinen, von konzentriertester Geistesklarheit durchleuchteten, letzten Lebenswochen brennend geäußert hat, erste Erfüllung geben: dem Wunsche, das Ringen um die Wahrheit und um die Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden von Mensch zu Mensch offen auszutragen, den gewaltigen Ereignissen im Osten, dem Ringen und Versagen überall mit hellwachem Herzen nachzuspüren, ritterlich als westlicher Christ für Jesus, aber auch in seinem Namen für die am meisten verachteten und mit Alleinschuld beworfenen Mitbrüder einzustehen.

Unsere Bemühungen führten uns einen guten Schritt nach oben in die erfrischende Bergluft der Aufrichtigkeit und in die geistige Reichweite des jüngsten unserer schweizerischen Propheten und Pioniere Gottes.

Wir werden nach und nach alle Referate, für die wir unsern Referenten allerherzlichst danken, weil sie, jedes für sich, eine Frucht ehrlichster und durchstoßender Geistes- und Herzensarbeit bezeugten, in extenso in den «Neuen Wegen» veröffentlichen, so daß unsere Freunde und Leser die Flumserberg-Woche nachträglich zu einem Teil miterleben und Stellung dazu nehmen können. Über den noch wichtigeren Teil, nämlich die an die Referate sich anschließenden Diskussionen und persönlichen Gespräche können wir in diesem Bericht nichts Näheres und Einzelnes mitteilen. Wir behalten uns aber vor, die hauptsächlichsten errungenen Erkenntnisse und Aussagen in einer der nächsten Nummern zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen. Diskussionen und Gespräche waren durchweg von Verantwortlichkeit, Lebendigkeit und innerem Mitgehen getragen und waren fruchtbar durch Offenheit und selbständiges Denken. Das entscheidende Ereignis bildeten die Referate und gegenseitigen Fragestellungen der beiden Referenten Farner und Strijd. Es ist schade, daß hier nicht viele Menschen aus allen Kreisen dabeisein und haben erleben können, was bei einem solchen Begegnen, wobei alle Teilnehmer sich frei äußern konnten, an Kraft und Erkenntnis ans Licht tritt. Es war ein bewegendes Erlebnis, wie der Kommunist Farner, der mit menschlicher Intensität und mit bewundernswerter geistiger Klarheit sein Denken und seine Überzeugungen, seine Schau über die heute sich uns darbietende Verwirklichung des kommunistischen Gedankens darlegte und verteidigte, dem freien, wahrhaft christlichen, in die Sphäre des «Gegners» völlig sachkundig und leidenschaftslos eingedrungenen Pfarrer Strijd bekannte: «Sie haben mir sachlich begründete, konkrete Fragen gestellt und nach Ihrem Referat, welches ein konstruktives Programm

aufstellte, sowie nach Ihren eindeutigen Antworten auf die Ihnen gestellten Fragen muß ich sagen, daß ich noch nie einen *solchen* ‚Gegner' vor meiner Klinge hatte.» Der eine sah und wußte im andern den Bruder, suchte ihn zu verstehen, verwischte keine als richtig erkannte Wahrheit, verleugnete keinen Moment seinen Glauben. In beiden war also echter Christusgeist – und dieser allein ergreift und befreit uns alle. *Nicht* ein politisches Halbdunkel, *nicht* das grelle und scharfe Licht der Hetze und Verleumdung, sondern das unbestechliche, ewige Leuchten dieses Christusgeistes gab der Woche den erschütternden Aus- und Aufklang.

Die kommunistische Welt in ihrer von Christus her eingepflanzten, großartigen Konzeption, mit ihrem ergreifenden Programm und Ziel eines weltweiten und tatsächlich verwirklichten Ethos unter den Menschen (ein in seiner Grundhaltung, in seinen Wurzeln weitgehend christliches Ethos!) wurde von Farner vor uns ausgebreitet, und wenn uns eine gewaltige, echte Beklemmung überkam darüber, daß dieses Große unter so erbarmungslosem und abzulehnendem Zwang sich gebären und behaupten muß, so rüttelte uns der kompromißlose Kämpfer für Christus, Strijd, ebenso gewaltig auf: Wer trägt mit seiner eigenen Erbarmungslosigkeit des *Herzens* die Schuld an der Erbarmungslosigkeit eines *Systems*? Wer ist schuld, daß eine große und christliche Idee, weil sie endlich einmal *nicht* verwässert, verfälscht, abgesondert, verzerrt, verschmutzt und verraten werden möchte, wie es sonst mit allen großen Ideen der Menschheit und erst recht mit dem Christentum geschehen ist und geschieht, wer ist schuld, daß eine solche große Idee sich nur noch im Krampfe des Zwanges und des Terrors, in der hundertprozentigen Gleichschaltung auch der seelischen und geistigen Regungen aufrechterhalten zu können glaubt? Wer von uns Christen, welches «christliche» Volk hat die große Idee des Kommunismus wirklich vor Gottes Auge und von *Ihm* aus erkannt und erkennen wollen, um ihr dann vom freien Boden der Christus-Nachfolge aus die Mithilfe zur Verwirklichung und den göttlichen Impuls und Rückhalt zu geben? Wer hat mit den Brüdern gearbeitet, geglaubt, gerungen? Haben wir als Christen und als Bekenner, aber auch als gedankenlose Nutznießer demokratischer Freiheiten den *wahren* Freiheiten, nämlich der *innern* eines selbständigen Denkens und Handelns und der *äußern* einer von Gott allen Menschen zugedachten, in sozialem wie im geistigen Sinne menschenwürdigen Daseins zu ihrem Recht, ja nur zu ihrer Existenz verholfen? All diese Fragen und noch viele mehr gilt es, sich zu stellen, und dann gilt es, sie zu verarbeiten, und dann gilt es, sie mit den «Gegnern» gemeinsam zu verarbeiten, und dann gilt es, sie vor Gott zu tragen, und dann gilt es, sie ehrlich und offen vor aller Welt zu beantworten, und dann gilt es, die gewonnene Antwort zu prüfen und noch einmal vor Gott zu tragen, und dann gilt es, die bestätigte Antwort gemeinsam mit den Brüdern zu verwirklichen – und dann, ja dann sind wir doch hoffentlich so weit, daß wir nicht mehr richten, höhnen und hetzen und dumpf uns an verbrecherischen Schlagworten

und Parolen sättigen, sondern umkehren, an die eigene Brust schlagen und vereinigt der Christuswahrheit – Gerechtigkeit für alle Menschen, Friede auf Erden, Licht und Wahrheit über alles, Barmherzigkeit und Liebe in allem – dienen.

Wir danken den Herren Pfr. Strijd und Dr. Farner, deren Art und Weise der Begegnung, deren menschliche Integrität und Offenheit, deren ritterliche Zeugnisablegung uns alle wachgerüttelt und sehr gestärkt haben.

Zur Erweiterung und Bekräftigung der aufklärenden Arbeit dieser Woche schenkte uns der Redaktor von «Dein Reich komme» eine ergreifende Vorlesung aus seinen Werken, verbunden durch erfrischend lebendige, ursprüngliche Erläuterungen, Dr. Hugo Kramer ein ausgezeichnetes Kurzreferat über die providentiellen Aufgaben der Schweiz im Dienste des Reiches Gottes und einen Bericht über den «Schweizerischen Kongreß zur Verteidigung des Friedens», Albert Böhler eine Vorlesung zweier bedeutsamer Kapitel aus dem neuen Buch Wilhelm Menschings: «Jesus im politischen Zeitgeschehen», und G. Rieger eine Plauderei über seine Art des Zeichenunterrichtes, wobei er sie durch mitgebrachte Schülerzeichnungen und eigene Bilder anschaulich ergänzte. Die Berichterstatterin durfte durch einen Vortrag über Beethoven auch auf das Gebiet der Musik und ihrer heutigen Problematik den Blick von Gott und dem lebendigen Christus her lenken. Frl. Sophie Widmer aber, die weit über siebzigjährige, vollbrachte eine ungewöhnliche und bewundernswerte Leistung, indem sie, während auf ihrem Altersantlitz der unvergängliche Lebenshauch mutiger und gläubiger Jugend strahlte, die ganze Appassionata-Sonate von Beethoven ohne jede Ermüdungserscheinung, mit Feuer, Andacht und Akkuratesse auswendig vortrug und damit uns allen eine ungetrübte Freude bereitete. Wir haben auch gesungen und waren die ganze Woche in kameradschaftlicher, herzlicher Weise miteinander verbunden.

Ganz besonders herzlichen Dank sagen wir auch unsern Gastwirten und dem Personal des Hotels «Alpina», die uns in jeder Hinsicht rührend, unaufdringlich und doch mit spürbarer Hingabe betreuten und unsere Arbeit mit Aufmerksamkeit verfolgten.

Zum Schlusse möchte ich noch auf dies hinweisen: Es wurde in dieser Woche die unselige *Spaltung* der Religiös-sozialen Vereinigung immer wieder – im Sinne des Versöhnungswunsches sowohl als im Sinne einer, gerade durch jüngste Vorkommnisse erhärteten, jetzigen Unmöglichkeit des Sichfindens – verschiedentlich erörtert. Es wird eines jeden eigene Sache sein, sich immer wieder mit dem uns alle ununterbrochen bedrükkenden Problem auf seine Weise und nach seinem Gewissen auseinanderzusetzen. Im Namen der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz als solcher drängt es mich, als deren Präsidentin, im Sinne einer nötigen Klarstellung, auszusprechen:

Die Ursachen und Hintergründe der Spaltung sind nicht geklärt. Der

Wille zur Klärung ist bei uns vorhanden. Die Spaltung war keine gemeinsam beschlossene Sache und keine sich aus ehrlich ausgetragenen Situationen als notwendig erweisende Lösung, sondern wurde von der jetzigen Neuen Religiös-sozialen Vereinigung seit Jahren gewollt und endlich mittels verschiedenster Abstimmungsultimaten durchgezwängt, was die Freunde von Ragaz und die kompromißlosen Verfechter der Sache Gottes sehr viel Herzblut gekostet hat. Nach der Schlußabstimmung wurde der Wille der Mehrheit nicht anerkannt, sondern zur sofortigen Trennung und zur Gründung der Neuen Religiös-sozialen Vereinigung geschritten. Obwohl wir dem gleichen Boden entwuchsen und im höheren Sinne Brüder sind, hat man uns stehengelassen.

Wenn wir den Ursachen des Abgrundes, der sich auftat, auf der persönlichen, politischen oder weltanschaulichen Ebene nachgehen, wenn wir wiederum durch endloses Aneinandervorbeireden auf solcher Ebene zur Klärung oder gar zur Wiedervereinigung zu kommen versuchen wollten, würden wir, so glaube ich fest, nie zum Ziele kommen und unnütz Kräfte verschwenden. Auf diesen Ebenen wird die Wahrheit sich unweigerlich einmal offenbaren, und wir warten und brennen darauf. Aber vom geistigen Blickpunkte aus gesehen ist es so: Unsere Vereinigung steht auf dem Boden Jesu Christi und versucht, seinen Willen *rein* und *kompromißlos* zu verwirklichen. *Es ist unsere Überzeugung, daß nur dann der Welt und den Menschen in der heutigen Not wirksame und echte Hilfe gebracht werden kann.* Es gibt für uns – um jetzt nur das heute akute Problem beim Schopfe zu packen – *absolut keinen Kompromiß* in der Haltung gegenüber Krieg, Rüstung und Wiederbewaffnung Deutschlands. Den Gewaltglauben, der sich in der Menschen ganzes Denken und Tun verkrallt hat, durch Gewalt zunichte machen zu wollen, dünkt uns absurd. Wir glauben, daß dies schon als Gedanke einem Christen einfach unmöglich ist und sein muß.

Mit der Möglichkeit eines neuen Krieges, wo Teufelei und Perfidie, ausgedacht und ausgeführt von «kultivierten» Menschen und eingeschriebenen Christen, ihre Orgien feiern werden und Millionen von Kindern, derer das Himmelreich ist, ein ihnen *gottesrechtlich* zugehörendes Paradies wiederum vertrampelt, verbrannt, vergiftet – eben verteufelt werden wird –, mit einer solchen Möglichkeit zu rechnen, hat uns Christus nicht geboten, nicht erlaubt und nicht vorgelebt.

Einen gemeinsamen Weg können wir also *nur* in Christus und in seiner Nachfolge wieder finden. Dies ist aber nie Sache einer Mache oder einer unehrlichen, verwischten Versöhnung, sondern da hat Christus eben auch ein Wort dazu zu sagen.

Carmen Weingartner-Studer.

---

* Zu Seite 384: Diese Worte wurden in der Vertonung von Carmen Weingartner-Studer an der letztjährigen Flumserberg-Tagung erstmals gesungen.

Thesen zum „Schweizerischen Kongreß zur Verteidigung des Friedens"

1. Die Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz läßt sich durch zwei Delegierte am Schweizerischen Kongreß zur Verteidigung des Friedens vertreten, weil sie grundsätzlich jede ernsthafte Bemühung für den Frieden bejaht.

Die Zuspitzung der weltpolitischen Gegensätze mit der Drohung eines totalen Krieges muß nicht nur unser aller Verantwortungsbewußtsein für den Kampf um den Frieden wachrütteln, sondern muß uns Mittel und Wege suchen lassen, die *Völker* für diesen Kampf um den Frieden aufzurufen.

2. Die Lage scheint deswegen so verzweifelt, weil die beiden weltpolitischen Lager zwar ihren Friedenswillen propagieren, im Grunde aber von der Notwendigkeit der gewaltsamen kriegerischen Auseinandersetzung überzeugt sind und dem *alten* Glauben an die Gewalt in gesellschaftlichen und politischen Konflikten huldigen.

3. Darum geben beide Seiten ihre Zurüstung zum Krieg als Vorbereitung eines Verteidigungskrieges gegen den drohenden Angriff des andern Lager aus. Sie bewegen sich damit in einem Todeszirkel, denn ein kommender *totaler* Krieg wird weder als «Verteidigungskrieg» noch gar als «Polizeiaktion» geführt werden können, sondern wird die gegenseitige Vernichtung ganzer Völker und Länder bedeuten.

4. Wie schwer auch die wirklichen Gegensätze in der Welt sind, so arbeiten doch diejenigen, die nur an ihre gewaltsame Lösung glauben und damit das *demokratische Prinzip aufgeben*, einem Verbrechen an der Menschheit in die Hände. Alle Greuel, aller Terror und alle Unmenschlichkeiten, die in der verschiedensten Weise und unter verschiedenster Begründung schon jetzt auf beiden Seiten verübt werden, rechtfertigen weder die Vorbereitung noch die Auslösung einer gegenseitigen Ausrottung.

5. Helfen kann hier nur eine völlige Umkehr und radikale Abwendung von diesem Weg ins Chaos und dem teuflischen Spiel mit verbrecherischen Mitteln.

6. Wir sehen die Möglichkeit einer solchen Umkehr nur in einer *tiefgehenden geistigen* Revolution, die die notwendige soziale Revolution und die notwendige neue Rechtsordnung unter den Völkern mit den tiefsten und reinsten Kräften des menschlichen Wesens verwirklicht.

7. Wir sehen als Religiös-Soziale in dem *wirklichen* und *lebendigen Christus* (*nicht* dem Religions- und Kirchenchristus) die Bürgschaft und die Kraft zur Schaffung einer neuen menschlichen Gemeinschaft, in der die Menschen in allen ihren Beziehungen nicht mehr Feinde, Ausbeuter und Sklaven, sondern Brüder sind. Diesem Grundsinn alles *echten* So-

zialismus und Kommunismus gilt es heute in der Völkerwelt zum Durchbruch zu verhelfen. Entweder verwirklichen wir Gerechtigkeit und Frieden oder wir werden vom Krieg getötet.

Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz

Zur Frage des Bakterienkrieges in Korea

Diskussionsvotum von R. Brun, Zürich, vor dem Schweizerischen Friedenskongreß in Zürich vom 5. Oktober 1952

Vor einigen Monaten wurde ich als Mediziner, der zugleich über einige Spezialkenntnisse auf dem Gebiete der Insektenbiologie verfügt, von einem Journalisten über die Frage des Bakterienkrieges in Korea interviewt. Die Frage, ob der «biologische Krieg» auf Grund bisheriger wissenschaftlicher Erfahrung überhaupt möglich sei oder ob er eher als eine wissenschaftlich unhaltbare Propagandameldung betrachtet werden müsse, war leicht zu beantworten: Auf Grund des heutigen Standes der biologischen Wissenschaften, insbesondere der Bakteriologie und der Entomologie (Insektenkunde), konnte ich die *Möglichkeit* der bakteriologischen Kriegführung in der Form, wie er von den kommunistischen kriegführenden Parteien behauptet wurde, *bejahen*. Zugleich mußte ich aber damals ausdrücklich erklären, daß die mir vorgelegten Photographien und anderen sogenannten Beweise meines Erachtens noch keineswegs genügten, um mit einiger Sicherheit behaupten zu können, daß der Bakterienkrieg in Korea tatsächlich von einer kriegführenden Partei ausgelöst worden sei.

Inzwischen sind mir aber andere Meldungen zugegangen, die meines Erachtens jedem biologisch tätigen Wissenschafter eine Beurteilung auch der letzteren Frage durchaus erlauben.

Diese neueren Quellen sind:

1. Ein eingehender *Rapport*, den *Yves Farge* an der Außerordentlichen Session des Weltfriedensrates in Berlin am 3. Juli 1952 *über den Bakterienkrieg in Korea* erstattet hat. Von diesem Bericht liegt mir das 32seitige stenographische Protokoll vor.

2. Noch etwas ausführlicher hat Farge, der allerdings selbst nicht Biologe ist, über die gleiche Frage in einer Broschüre «*Témoignage sur la Chine et la Corée*», Paris 1952, berichtet. Diese Arbeit zerfällt in zwei Abschnitte, in:

a) die eigentliche «*Témoignage*», in welcher sämtliche Forschungsergebnisse der chinesischen Wissenschafter zusammengestellt sind, die mit der Aufklärung der seltsamen Vorkommnisse des ersten Vierteljahres 1952 beauftragt waren;

b) das ausführliche *Tagebuch*, das *Yves Farge* über seine Reise über Peking–Mukden–Pyongyang verfaßt hat.

Nach eingehendem Studium dieser beiden Arbeiten kann ich als Wissenschafter bezeugen, daß es sich dabei um einen *völlig objektiven Tatsachenbericht handelt*. Es wird einfach und klar und ohne billige Haßpropaganda über die bisher vorliegenden Beobachtungen und über ihre allmähliche wissenschaftliche Sichtung und Auswertung berichtet. Dabei werden sämtliche Quellen, von denen *Yves Farge* seine sehr eingehenden Informationen bezogen hat, nicht nur genau, sondern geradezu erschöpfend aufgeführt, beziehungsweise zitiert:

1. Die *wissenschaftlichen Zentren*, das heißt die bakteriologischen und entomologischen Laboratorien in Peking und Mukden, in denen die im Hinterland von Nordkorea gesammelten Beobachtungen untersucht und ausgewertet wurden, werden genannt, ebenso die *sechs leitenden Wissenschafter*, das heißt die chinesischen Gelehrten, die sich mit einem Stabe von etwa 50 Mitarbeitern dieser Aufgabe unterzogen. Auch die Ausbildung dieser Gelehrten an verschiedenen englischen, französischen und amerikanischen Universitäten sowie ihre seitherige wissenschaftliche Karriere, werden genau registriert. Der Leser erlebt es dann förmlich mit, wie die chinesischen Biologen ihre Forschungsaufgabe schließlich Schritt für Schritt gelöst haben, sine ira et studio, wie es sich für den wahren Wissenschafter ziemt, und auch ohne voreilige Schlußfolgerungen oder vorschnelle Verallgemeinerungen zu machen.

«Und wenn schon», wird man hier vielleicht einwenden, «das sind ja nur Chinesen!» *Nur Chinesen*? Dieser Einwand, der ja nur von gedankenlosem Rassenhochmut zeugen würde, wäre leicht zu widerlegen, hatte ich doch selbst während meiner langjährigen Tätigkeit am Zürcher Hirnforschungsinstitut hinreichend Gelegenheit, junge ostasiatische Forscher an der Arbeit zu sehen. Die Gründlichkeit und Genauigkeit ihrer Untersuchungen hatte mich immer mit beinahe neidvollem Respekt, ja mit Bewunderung erfüllt. Dem entsprachen auch ihre Forschungsergebnisse: sie sind größtenteils als völlig gesicherter Neubesitz in die modernen Lehr- und Handbücher der Neurologie eingegangen.

2. *Epidemiologisch* ist eine Karte von Nordkorea und den angrenzenden nordöstlichen Provinzen der Mandschurei, die *Farge* in den Laboratorien sah, von besonderem Interesse. Auf dieser Karte waren alle Stellen markiert, an welchen nachweislich biologisches Material aus Flugzeugen abgeworfen worden war (infizierte Insekten und andere Tiere als Krankheitsträger, aber auch tote Gegenstände, die von der Bevölkerung und von Soldaten allmählich gesammelt worden waren). Es waren damals schon 340 Fälle, und die Streuung beziehungsweise Häufung solcher Punkte in gewissen Gegenden, im Zusammenhalt mit den Untersuchungsergebnissen der Bakteriologen und Entomologen, ergab schließlich ein ziemlich klares Bild, nämlich einen schlüssigen epidemiologischen Beweis für die Wirklichkeit des bakteriologischen Krieges.

Es sei hier nur erwähnt, daß zum Beispiel Abwürfe von bazillentragenden Insekten und anderen Tieren, welche Typhus-, Cholera- und andere Erreger von Magen-Darmepidemien enthielten, sich stets im engsten Bereiche von Gewässern, Wasserreservoiren und dergleichen ereigneten und sich dort – und nur dort – in dichtester Streuung häuften. Anderseits wurden dagegen mit Pestbazillen infizierte Flöhe oder Mäuse stets nur in unmittelbarer Nähe von Siedlungen oder Winterquartieren von Truppen abgeworfen. Dabei wurde u. a. auch festgestellt, daß einige der abgeworfenen Bazillenträger Arten angehörten, die weder in China, noch in Korea vorkommen. – Die Karten erinnern sehr an entsprechende Karten, in denen der Biologe das Vorkommen und die Verbreitung bestimmter Insekten aufzuzeichnen pflegt, und hier wie dort kann der Kundige aus der Streuung beziehungsweise Dichtigkeit des Befalles weitgehende biologische und eventuell auch epidemiologische Schlußfolgerungen ziehen.

Wie vorsichtig, ja geradezu rigoros die chinesischen Wissenschafter bei der Beurteilung des eingehenden Materials vorgingen, möge ein Beispiel zeigen: So wurde ein Massenfund von Vogelfedern, die sich als mit hochvirulenten Gasbrandbazillen infiziert erwiesen, nur deshalb als nicht genügend beweiskräftig zurückgewiesen, weil die Sammler unterlassen hatten, zugleich Bodenproben mit einzusenden; und auch nicht darauf geachtet hatten, ob etwa auf dem betreffenden Areal tierische Exkremente vorhanden waren, in welchen Gasbrandbazillen, wie man weiß, nicht selten vorkommen. Ferner wird im Bericht ausdrücklich gesagt, daß der Beginn des Bakterienkrieges eine Panik in der Bevölkerung auslöste, die zur Folge hatte, daß zahllose, zum Teil ganz unsinnige Falschmeldungen einliefen, die sich erst nach genauester Untersuchung als solche herausstellten.

Eine weitere epidemiologisch bedeutsame Feststellung war u. a. die, daß in fünf Tälern, die je mindestens 100 km voneinander entfernt und durch unzugängliche Bergketten voneinander getrennt waren, somit also keinen direkten Verkehr untereinander hatten, im gleichen Zeitraum vom 1. bis 10. März *Pestepidemien* ausbrachen. In allen diesen Tälern waren kurz vorher ganze Populationen von Flöhen abgeworfen worden, deren Untersuchung ergab, daß ihr Vormagen mit hochvirulenten Pestbazillen vollgepfropft war. Anderseits geht schon aus einer Publikation des amerikanischen Marinedepartements von 1946 hervor, daß die Pest schon damals in Korea erloschen war, desgleichen seit 1950 in der Mandschurei und Nordostchina. Eine Einschleppung durch chinesische Truppen aus Honan, in welcher Provinz in der Tat 1952 Pestfälle auftraten, fällt völlig außer Betracht, da die Luftdistanz von dort bis nach Pyongyang über 1200 km, die Eisenbahndistanz sogar fast 3000 km beträgt.

Ein letzter epidemiologischer Beweis gegen den möglichen Einwand, die in Nordkorea seit dem Januar 1952 aufgetretenen Epidemien seien durch Truppentransporte aus China eingeschleppt worden oder gar, sie

seien «spontan» entstanden, ergibt sich aus der *zeitlichen Diskordanz* des Ausbruchs dieser Epidemien im Winter und Vorfrühling. Sowohl Pest- als auch Cholera- und Typhusepidemien treten nämlich erfahrungsgemäß im Sommer und Herbst, die Pest überdies anfänglich nur in Form der Bubonenpest auf. In Korea wurden aber schon kurz nach dem Beginn der Epidemien Fälle von Lungenpest gemeldet, die bekanntlich besonders gefährlich ist. Demgemäß erwiesen sich denn auch die durch die chinesischen Bakteriologen isolierten und weiter gezüchteten Erreger durchweg als ganz besonders hochvirulent.

3. Zu alledem kommen schließlich noch die *ausführlich und wörtlich protokollierten Aussagen* von drei amerikanischen Gefangenen aus abgeschossenen Flugzeugen. Davon waren zwei Offiziere und einer ein Neger; alle werden mit Namen genannt. Alle drei wurden von *Farge* und seinem Kollegen einzeln und ohne weitere Zeugen befragt; alle drei sagten dasselbe aus, darunter einer der Offiziere sogar besonders eingehend. Dieser Offizier – ein gläubiger Katholik – begründete dies ausdrücklich damit, daß er durch Gewissensbisse dazu gedrängt worden sei, alles zu sagen.

4. Endlich zitiert *Yves Farge* auch wörtlich *zahlreiche Stellen* aus *amerikanischen wissenschaftlichen Zeitschriften*, aus Artikeln nämlich, welche die allgemeine Methodik und das spezielle Vorgehen in einem allfälligen biologischen Kriege behandeln. Die dort empfohlenen Methoden sind zu einem großen Teil dieselben, wie sie in Nordkorea und in der Mandschurei im ersten Halbjahr 1952 tatsächlich beobachtet und erforscht wurden. Einige dieser Methoden sind übrigens fast identisch mit denjenigen, die seinerzeit auch in dem berüchtigten *Prozeß von Chabarowsk* gegen die «bakteriologische Brigade» der japanischen Kwantung-Armee aufgedeckt worden sind, nur daß jene Methoden später teilweise verbessert wurden.

Zusammenfassend kann ich als Wissenschafter, der seit über 40 Jahren mit der allgemeinen und speziellen Methodik biologischer Forschung vertraut ist und daher die Beweiskraft wissenschaftlicher Arbeiten biologischen Inhalts einigermaßen zu beurteilen vermag, über diesen Bericht nach bestem Wissen und Gewissen Folgendes aussagen:

1. Der Bericht von *Yves Farge* ist eine sorgfältig und gut dokumentierte Arbeit, die in dieser Beziehung geradezu den Wert einer wissenschaftlichen Abhandlung hat.

2. *Meines Erachtens erbringt diese Arbeit den Beweis, daß der biologische Krieg während des ersten Halbjahres 1952 durch die amerikanische Luftwaffe tatsächlich in großem Ausmaße gegen Nordkorea und die angrenzenden östlichen Provinzen der Mandschurei angewendet worden ist.*

3. Dieser Beweis ist sowohl auf epidemiologischem und bakteriologischem als auch auf entomologischem Wege meines Erachtens erbracht

worden. Die Ausführungen von *Yves Farge* dürften für jeden Biologen, der ehrlich und verantwortungsbewußt an die Würdigung dieser Dokumentation herantritt, genügend Überzeugungskraft besitzen. Wollte ein Überskeptiker nach sorgfältigem Studium dieser Publikation noch an ihrer Beweiskraft zweifeln, so müßte er ebenso gut auch an der Beweiskraft der meisten wissenschaftlichen Publikationen zweifeln, von denen manche weniger gut begründet sind, als diese es ist.

Auf alle Fälle geht es meines Erachtens nun nicht mehr an, einen solchen Tatsachenbericht ohne eingehenden Gegenbeweis einfach durch lakonische Dementis erledigen zu wollen oder gar ihn kurzweg als lächerliche «Propagandalüge» abzutun.

Übrigens steht der Bericht von *Yves Farge* heute keineswegs mehr vereinzelt da. So ist in der «NZZ» vor acht Tagen (28. September 1952, Nr. 2107) auf der zweiten Seite der Sonntagsausgabe kurz über eine *Pressekonferenz* berichtet worden, die der soben aus China zurückgekehrte Dozent an der Universität Cambridge Dr. J. *Needham* abgehalten hatte. Er «gehörte einer *internationalen Kommission* an, welche die Behauptungen über die bakteriologische Kriegführung in China (sic!) zu untersuchen hatte. Needham ist wissenschaftlicher Berater der UNESCO.» – Der Bericht fährt dann fort:

«Dr. Needham erklärte, *es könnte sein*, daß *bakteriologische Experimente* im Sinne einer Hauptprobe (!) angestellt worden seien. Die verschiedenen verwendeten Methoden deuteten darauf hin, daß man verschiedene Tricks verwende. Needham behauptete, er besitze ‚positive Beweise' dafür, daß bis Juni 1952 Angriffe mit Hilfe von Bakterien durchgeführt worden seien, sagte aber nicht, um was für Beweise es sich handle. Er fügte bei, er habe keine bakterientragenden Insekten mitgebracht, weil die Infizierung der Insekten nicht von langer Dauer sei.»

Soweit das «entre-filet» der «NZZ», deren damit bewiesener Mut zur Wahrheit immerhin Anerkennung verdient, auch wenn diese «Wahrheit», wie Sie gehört haben und weiter hören werden, sehr abgeschwächt wurde.

Schon anderntags ging mir nämlich der ausführliche stenographische *Bericht* der erwähnten *internationalen wissenschaftlichen Kommission* zu. Es handelt sich diesmal um eine streng wissenschaftliche Arbeit von 64 Druckseiten. Der Kommission gehörten an:

die leitende Ärztin des Zentrallaboratoriums der Stadtspitäler von Stockholm;

ein Direktor eines französischen Laboratoriums für Tierphysiologie, ehemaliger Experte der UNRRA und korrespondierendes Mitglied wissenschaftlicher Gesellschaften Italiens und Spaniens;

der erwähnte Dr. J. Needham (Großbritannien), Fellow of the Royal Society, Privatdozent für Biologie an der Universität Cambridge, ehemaliger wissenschaftlicher Berater der britischen Gesandtschaft in China

und jetziger Direktor der Abteilung für Naturwissenschaften der UNESCO.

ein italienischer Professor der Anatomie an der Medizinischen Fakultät der Universität Bologna;

ein brasilianischer Professor der Parasitologie an der Universität Sao Paolo, ehemaliger Direktor des Gesundheitswesens des Staates Sao Paolo und Professor honoris causa der Medizinischen Fakultäten der Universitäten von Recife und Paraiba;

endlich als einziges sowjetrussisches Mitglied ein Professor der Bakteriologie und Vizepräsident der Medizinischen Akademie der UdSSR, zugleich gewesener medizinischer Oberexperte im Prozeß von Chabarowsk gegen die japanischen Wehrmachtsangehörigen, die der Teilnahme an einem bakteriologischen Krieg angeklagt waren.

Die außerordentlich objektive und gründliche wissenschaftliche Arbeit, welche diese Kommission besonders bei der peinlich genauen Überprüfung aller chinesischen Dokumentationen geleistet hat, geht aus jeder Seite dieser Arbeit hervor. Ihre Ergebnisse stimmen im wesentlichen völlig mit dem Referat von *Yves Farge* überein, nur daß sie natürlich noch wesentlich genauer und unter Verwendung der internationalen wissenschaftlichen Terminologie und Nomenklatur sowie durch Zitate aus zahlreichen wissenschaftlichen Arbeiten aller Länder begründet sind.

Die *Schlußfolgerungen*, zu welchen die Kommission – übrigens einstimmig – gelangt ist, lauten im wesentlichen (ich kürze hier etwas ab) wie folgt:

1. Seit dem Beginn des Jahres 1952 ereigneten sich in Korea und in China ungewöhnliche Phänomene, die sowohl vom Volk als auch von den Regierungen der genannten Länder dahin gedeutet wurden, daß die USA vom bakteriologischen Krieg Gebrauch gemacht hätten.

2. Die Kommission sah sich in der Tat vor eine große Zahl von Ereignissen gestellt, von denen eine bestimmte Anzahl den Charakter zusammenhängender Folgeerscheinungen hatten, die sich als beweisend (démonstratif) erwiesen.

3. *Das chinesische und das koreanische Volk waren Opfer wiederholter mikrobiologischer Angriffe, die durch Einheiten der USA ausgeführt wurden.*

4. Die Kommission gelangte zu diesen Schlüssen, indem sie sämtliche Tatsachen nach den Gesetzen der Logik miteinander verband. Sie mußte sich vor den Beweisen verneigen und feststellen, daß ein derart unmenschliches Vorgehen trotz der allgemeinen Mißbilligung verwendet wurde.

5. Die Kommission lädt die Völker der ganzen Welt ein, ihre Anstrengungen zur Verhinderung des Krieges zu verdoppeln und es zu verhindern, daß die Fortschritte der Wissenschaft in den Dienst der Destruktion der Menschheit gestellt würden.

Wie sehr auch die *Schweiz* Grund hat, solche Kriegsmittel zu verurteilen und gegen ihre Anwendung zu protestieren, braucht nach diesen Darlegungen nicht mehr ausdrücklich gesagt zu werden. Immerhin möchte ich zum Schlusse meiner Ausführungen darauf hinweisen, daß das laue Beiseitestehen und Nichtreagieren gegen solche barbarischen Methoden, ihre Verleugnung oder gar Bagatellisierung und Lächerlichmachung erfahrungsgemäß mit der Zeit unfehlbar zu einer zunehmenden Abschwächung des Gewissens beim Einzelnen wie bei der Masse führt. Wie begründet diese Befürchtung ist, mag aus folgendem Beispiel hervorgehen, das mir gleichfalls erst in den letzten Tagen zugegangen ist:

In der «Gazette de Lausanne» vom 14. September 1952 publizierte Prof. Dr. *R. Matthey*, Ordinarius für Biologie und Dekan der Faculté des Sciences der Universität Lausanne, einen Artikel über den bakteriologischen Krieg. Er gibt zunächst seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß der bakteriologische Krieg nicht nur östlich, sondern auch westlich des Eisernen Vorhanges, einschließlich der USA, anscheinend einmütig verurteilt werde. Er finde im Gegenteil, daß, wenn man schon Krieg führe – er selbst verurteile den Krieg als solchen –, eine wirksame bakteriologische Technik als Ersatz für die bisherigen inhumanen Kriegsmittel geradezu einen Dienst an der Menschheit bedeuten würde. Denn die blinde Zerstörung würde damit durch eine gelenkte Zerstörung ersetzt: die weniger Widerstandsfähigen würden unterliegen und die besser Angepaßten würden überleben, ganz wie die biologischen Gesetze dies zeigten. Zugleich würde dadurch eines der dringendsten Probleme der Gegenwart, nämlich das Problem der zunehmenden Übervölkerung, auf beste gelöst.

Es scheint, daß gegen diesen skandalösen Artikel bisher nur ein bürgerliches Blatt, nämlich der «Nouveau Courrier Romand» in Zürich, und zwar in seiner Nummer vom 19. September 1952, Stellung genommen und die unmenschlichen Thesen des Verfassers gebührend tiefer gehängt hat. Vor allem wundert man sich, daß dem Herrn Professor offenbar kein besseres Mittel gegen die Übervölkerung der Erde eingefallen ist als die periodische Ausrottung eines Teiles ihrer Bewohner durch künstlich erzeugte Epidemien.

* *

Und wir? Was können wir Schweizer in dieser Sache tun?

Mir scheint, es ist Pflicht eines jeden Rechtdenkenden, im Interesse der Erhaltung des Weltfriedens die Wahrheit über derart gravierende Vorkommnisse nach Möglichkeit zu verbreiten, anstatt mitzuhelfen, sie aus Furcht vor den Mächtigen weiterhin zu vertuschen oder zu bagatellisieren. Denn ein bekanntes und immer geltendes Wort sagt: «Wer die Wahrheit kennt und saget sie nicht, der ist des Teufels!»

Bericht über den «Schweizerischen Kongreß zur Verteidigung des Friedens»

4./5. Oktober, «Limmathaus», Zürich

Mit Rücksicht auf den gedrängten Raum kann dieser Bericht nur die Hauptpunkte der Kongreßreden wiedergeben. Es geschieht ohne die persönliche Stellungnahme des Berichterstatters.

In seiner Eröffnungsansprache am Samstag vor dem vollbesetzten «Limmathaus» Saal — er faßt etwa 800 Personen — umriß Pfr. Theophil Baroni, Genf, das Ziel dieses Kongresses. Es sei darin gelegen, eine *Einigung* im Kampf um den Frieden herbeizuführen. Er kam auf die Vorwürfe zu sprechen, die gegen jene erhoben werden, die sich mit Kommunisten an einen Tisch setzen. Man behauptet, der Kongreß sei eine getarnte Sowjetpropaganda. Aber im vorbereitenden Komitee sind die verschiedensten Mitglieder. Sie sorgten dafür, daß jedermann seine Unabhängigkeit wahren kann. Unsere Grundlage muß breit sein. «Wir sind überzeugt, daß eine gemeinsame Arbeit möglich ist, ohne daß jemand seine Stellung aufgeben muß.» (Es sei hier erwähnt, daß die Religiös-soziale Vereinigung ihren Standpunkt dem Kongreß zur Kenntnis brachte. Siehe die an anderer Stelle dieses Heftes abgedruckte Erklärung.)

In seinem Referat *«Zur Frage der Abrüstung»* zeigt Dr. *Hugo Kramer*, wie die Aufrüstung, «um den Krieg zu verhindern», diesen erst recht herbeizieht. Wohl gehören zur Schaffung eines dauerhaften Friedens nicht nur Abrüstung, sondern positive Taten, insbesondere eine grundlegende Umstellung unserer Wirtschafts- und Staatsordnung. Aber das braucht viel Zeit, und wir haben nurmehr wenig Zeit, um den Krieg zu verhindern. Darum müssen wir den nächstliegenden Ursachen auf den Leib rücken, den militärischen Rüstungen in allen Ländern. Im Westen hofft man, durch gesteigerte Rüstung Rußland einzuschüchtern und einen Druck auszuüben, der den Ostblock von innen her sprengt. Auch soll dadurch der Rückhalt, den der Kommunismus in der ganzen Welt an Rußland hat — so glaubt man —, zerstört werden. So würden wir durch die Rüstung zum Krieg diesen selbst vermeiden können — si vis pacem para bellum — und überdies das Fortschreiten der sozialen Revolution aufhalten können. So kämen wir zum «Frieden durch Kraft», und die Rüstungen seien eine Versicherungsprämie gegen den Krieg, die immer noch unvergleichlich billiger sei als der Krieg selbst.

Aber das ist eine ganz falsche Rechnung. Rußland läßt sich nicht einschüchtern, so wenig wie sich der Westen einschüchtern ließe. Und Kriegsrüstungen tragen ihr Gesetz in sich selber: Je furchtbarer die Waffen sind, desto größer die Versuchung, sie anzuwenden, bevor der mutmaßliche Gegner sie gegen uns selber einsetzt. Aus der *Furcht* vor dem Krieg, aus der die Rüstungen entstanden sind, wird allmählich der Glaube an die *Unvermeidbarkeit* des Krieges. Man rüstet nicht mehr, um ihn abzuwehren, sondern um ihn zu gewinnen. Man *wünscht* ihn schließlich herbei: «Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.» Man kommt in Versuchung, den Ausbruch des als unvermeidlich angesehenen Krieges zu *provozieren*, wenn die Lage für einen selbst günstig erscheint — und von hier bis zum *Präventivkrieg* ist es nur mehr ein Schritt!

Und was das für einen Krieg werden müßte, in dem die Atombombe vielleicht noch eine der harmlosesten Waffen wäre!

Es kommt nicht darauf an, den nächsten Krieg zu gewinnen, sondern ihn zu verhindern. Wer rüstet, handelt aus dem Geist des Krieges. Wenn wir aus dem Geist des Friedens handeln wollen, müssen wir bereit sein zur Abrüstung, zur internationalen Abrüstung auf jeden Fall, eventuell sogar zur einseitigen Abrüstung. Das wäre nicht nationaler Selbstmord, nicht irreal. Auch wir in der Schweiz müßten so denken. Wer glaubt, daß unsere Armee uns vor dem Krieg bewahren kann, gleicht einem, der sich vor dem Ausbruch eines Vulkans mit einem Bretterhag schützen will.

Voraussetzungen für eine solche Abrüstung sind geistiger Widerstand, Glaube an die Wirksamkeit, ferner soziale Voraussetzungen, echte Volksgemeinschaft. Die Opfer,

die dafür gebracht würden, hätten mehr Erfolg als jene für den militärischen Widerstand.

Es müßte überall eine Volksbewegung für allgemeine Abrüstung entfacht werden. Als allernächstes Ziel müßte die Aufrüstung Westdeutschlands verhindert werden. Es sollte eine schweizerisch-deutsche Konferenz gegen die Wiederaufrüstung einberufen werden. Eine neue Résistance gegen den Krieg und die Vorbereitung zu ihm müßte geschaffen werden, die den Regierungen sagt: «Cette fois on ne marchera plus.» Es müßte eine Gesetzgebung gegen die Kriegshetze geschaffen werden. Wir müssen aus dem Geist der Liebe dem Frieden dienen. Die nationale Aufgabe der Schweiz als dem Land des Roten Kreuzes wäre, das Klima zu schaffen für die Völkerverständigung. Das wäre unser stärkstes Lebensinteresse, denn «in einer Welt, die jener Hölle verfiele, welche die sichere Folge einer neuen Weltkatastrophe wäre, könnte auch die Schweiz nicht leben» (Ragaz).

In ihrem Referat über «*Massenvernichtungswaffen*» führte Frau Professor *Gertrud Woker* aus: In einem künftigen Kriege sind nicht mehr die Heere das Ziel des Angriffs, sondern die Völker selber, um die Kapitulation der feindlichen Regierung zu erreichen. (Hiroshima!)

Mit der Ausstreuung von Bakterien haben seinerzeit die Japaner gegen die Chinesen begonnen, heute sind sie engste Mitarbeiter in den amerikanischen Laboratorien. Die Anwendung der bakteriologischen Kampfmittel durch die Japaner wurde im Prozeß von Chabarowsk erwiesen; aber es wurde möglichst verhindert, daß dieser Prozeßbericht in die Öffentlichkeit gelangt. (Buch des australischen Kriegskorrespondenten Burchatt.) Amerika, Japan und Brasilien sind die einzigen Länder, die das Abkommen vom Jahre 1924 gegen die Verwendung von Gas und Bakterien nicht ratifiziert haben.

Unter den gezüchteten Bakterien sind auch die Erreger der Pest, der im 14. Jahrhundert 25 Millionen Menschen — etwa ein Viertel der damaligen Bevölkerung — erlagen. Truman und Roosevelt haben zwar feierlich versichert, daß sie eine solche Waffe nicht anwenden würden, wenn der Feind sie nicht zuerst anwendet. Aber heute wird die bakteriologische Waffe gelobt, was Frau Professor Woker mit zahlreichen Aussprüchen von führenden Militärs und Wissenschaftern des Westens belegt. «Sie ist eine ideale Waffe, weil sie ohne Wissen der Bevölkerung angewendet werden kann und schon kleine Dosen riesigen Schaden anrichten können.» Weil sie «nur» die Bevölkerung trifft und die Industrie und Transportmittel schont. Laut einer Publikation der Militärschule von Fort Lawenwoerth soll die zu erregende Krankheit schwer zu diagnostizieren sein, die Herkunft soll schwer feststellbar, eine Immunisierung schwer möglich sein, und es sollen solche Bakterien sein, die jeder Therapie Widerstand leisten.

Der Versuch, das Gewissen der Welt auszuschalten, kann nur zur Katastrophe führen, auch der Amerikas, das einst die Menschenrechte erklärte und die Sklaverei abschaffte und von dem man unschätzbare Werte für die Zukunft erwarten durfte. Die Proteste gegen den wissenschaftlichen Krieg müssen ihn verhindern und die menschlichen Werte retten.

Bezüglich des *Referates* von Prof. Dr. *R. Brun* wird auf sein in extenso abgedrucktes Votum in dieser Nummer verwiesen. Er kommt zum Resultat, daß die bakteriologische Waffe im Koreakrieg von den Amerikanern fallweise angewendet wurde.

Professor *Bonnard* sprach über «*Kulturellen Austausch zwischen Ost und West*». Kultureller Austausch ist eine Vorbedingung zum Frieden. Menschen morden, aus der Entfernung, das ist Krieg; er wird erschwert, wenn man diese Menschen kennt, wenn man weiß, daß sie uns ähnlich sind. Indem wir sie verneinen und zerstören, verneinen und zerstören wir auch uns selbst. Mord ist nie notwendig. Der Krieg ist die totale Unkultur. Die Kultur, das ist der allumfassende Frieden. Bonnard fordert die Freiheit der Kultur, den *freien* Film, das *freie* Radio. Während wir heute wichtige Kunstwerke und Dokumentarfilme nicht zu sehen bekommen, weil Interessen es verhindern. Von der Notwendigkeit eines kulturellen Austausches müßte die Öffentlichkeit informiert werden, damit sie ihn fordert. «Denn es ist nicht der Osten, sondern der Westen, der den Eisernen Vorhang herabfallen läßt.» Bonnard verlangte vom Kongreß, daß eine

kulturelle Kommission auf breiter Basis gebildet werde, um «die Bedingungen zu prüfen, die unser Volk dem kulturellen Leben aller Menschen zurückgeben.»

Dr. *Martin Stohler*, Basel, wies in seinem Referat *«Wirtschaftlicher Austausch zwischen Ost und West»* darauf hin, daß ein Handel trotz der Verschiedenheit der Wirtschaftssysteme möglich und notwendig sei. Die These «Es gibt kein Einvernehmen mit dem Osten» führt zum Krieg. Wie immer unsere Stellung zum russischen und chinesischen System sei — sie haben die sozialen Systeme in ihren Ländern verändert, und sie werden nicht kapitulieren. Der Handel wird aus politischen und militärischen Gründen vom Westen unterbunden. Es sind Exportlizenzen (Erlaubnisscheine) fast für alle Waren nötig, die nach dem Westen geliefert werden sollen. Kampf um den Frieden schließt auch ein die Forderung nach natürlichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den West- und den Ostländern, diesem Block von 800 Millionen Menschen, wobei der sozialen und wirtschaftlichen Struktur dieser Länder Rechnung getragen werden muß.

In der *Diskussion* kam eine Reihe Redner der verschiedensten Richtungen zum Wort.

Der Kongreß wurde abgeschlossen mit einem fast einstimmig angenommenen «Aufruf an das Schweizervolk». Dieser stellt die bestehende ungeheure Gefahr eines neuen Weltkrieges fest. Er faßt die wichtigsten Forderungen der verschiedenen Referenten in 9 Punkten zusammen: Verhandlungen statt Gewaltlösungen; Ratifizierung des Genfer Verbotes von bakteriologischen und chemischen Waffen durch *alle* Länder; gegen unsere übermäßige Aufrüstung; gesetzliches Statut für Militärdienstverweigerer; für eine Weltabrüstungskonferenz, für eine schweizerische Konferenz zum Studium der deutschen Frage; für kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit den Ostländern; gegen Kriegspropaganda; für die verfassungsmäßigen Freiheitsrechte; die Christen betrachten den Krieg als Ungehorsam gegenüber dem göttlichen Gesetz; Planung eines *schweizerischen Friedensparlamentes*, dessen Aufgaben wären: objektive Informationstätigkeit, ständige Aussprache über die Friedensprobleme und Kontakt zwischen allen pazifistischen Richtungen unseres Landes.

In einer Sonderresolution erklärte der Kongreß, er würde wünschen, daß sich alle Landsleute für den am 5. Dezember vom Weltfriedensrat nach Wien einberufenen Kongreß der Völker interessieren und sich gegebenenfalls dort vertreten lassen, um schweizerische Stimmen zu Gehör zu bringen. H. H.

WELTRUNDSCHAU

Schrei, Korea! Vor ein paar Tagen wurde aus Adelaide, der großen südaustralischen Hafenstadt, gemeldet, es sei dort ein eigentümlicher radioaktiver Hagel niedergegangen. Vertuschend wurde hinzugefügt, man könne noch nicht sagen, ob diese Naturerscheinung eine Wirkung der Atombombenexplosion sei, die von den Engländern kürzlich auf dem Boden Australiens herbeigeführt wurde; aber hat wirklich jemand den geringsten Zweifel daran, *daß* das eine Ereignis die Folge des anderen ist? Und der radioaktive Hagel von Adelaide ist ja nur eine Andeutung der unübersehbaren Störungen und Zerstörungen, die ein Atombombenkrieg nicht allein *auf* der Erde, sondern auch über und unter der Erde und draußen im Weltall hervorzurufen droht. Ob wohl die Militärs und Politiker, die jetzt unersättlich weiter und weiter rüsten, an-

geblich um einen neuen Krieg zu verhindern, Phantasie und Gewissen genug haben, um sich im Ernst vorzustellen, wohin *tatsächlich* das Wettrennen um die modernste militärische Rüstung führen muß, wenn ihm nicht sehr rasch Einhalt geboten wird? Kollektiver Selbstmord der beteiligten Völker ist ein kaum übertriebener sprachlicher Ausdruck dafür!

Unterdessen geben uns die «lokalen» Kriege, die dem Zweiten Weltkrieg gefolgt sind – in Indonesien, Malaya, Vietnam, China, Korea usw. –, bereits eine Ahnung von den Schrecknissen, die unser warten, falls es zu einer dritten Generalkatastrophe kommen sollte. Krieg würde man ein solches Ereignis überhaupt nicht mehr heißen können. Wie der ehemalige Kriegskorrespondent Reginald Thompson, der Verfasser des Buches «Cry Korea» («Schreie, Korea!») richtig sagt:

«Die Atombombe ... hat dem Krieg ein Ende gemacht. Gemetzel aus großem Abstand, und wahrscheinlich anonym, ist an seine Stelle getreten. Die Strategie des Westens seit 1945 ist auf Atomwaffen gegründet. Atomwaffen bedeuten Katastrophe ... Es sind jetzt fast zwei Jahre her, daß in mir ein Gewissensprotest gegen den Massenmord an wehrlosen Menschen und überhaupt gegen den Massenmord ohne militärische Notwendigkeit aufkam ... Endlich war mir die Realität der Entwicklung vom Krieg zur Massenvernichtung der Wehrlosen aufgegangen. Die Zivilbevölkerung, die bisher nur am Rande mitgelitten hatte, war das Angriffsziel geworden. Ich war jahrelang knietief in Tod und Zerstörung gewatet, aber in Korea zum erstenmal empfand ich ganz unmittelbar die Schande und das unnennbare Entsetzen der wahllosen Abschlachtung der Wehrlosen, die außerstande waren, zurückzuschlagen. Nie zuvor war mir das zum Bewußtsein gekommen. Ich empfand ganz unmittelbar die elende Entwürdigung und Feigheit des Atomdenkens.»

Gewiß, noch sind keine Atomwaffen in Korea eingesetzt worden, höchstens Bakterienkulturen. Aber die planmäßige Ausrottung der Zivilbevölkerung durch massierte Luftangriffe und Überschüttung mit Napalm – klebrigem, brennendem Benzin – ist ja schon grauenhaft genug. Die achtundsiebzig Städte und Dörfer in Nordkorea, die diesen Sommer – nach heuchlerischer Warnung der Bevölkerung – im Laufe einer einzigen Angriffsaktion ausgelöscht wurden, schreien Tag und Nacht ebenso laut zum Himmel wie Hiroshima und Nagasaki, die ersten Opfer der amerikanischen Atombomben. Die dafür Verantwortlichen – so der amerikanische Luftfahrtminister Finletter und der Kommandant der amerikanischen Luftwaffe in Ostasien, General Weyland, die darüber eine gemeinsame Erklärung herausgegeben haben – begründen diese Art Kriegführung natürlich mit «militärischer Notwendigkeit». In Wahrheit hat militärische Notwendigkeit damit so wenig zu tun wie mit der Vernichtung von Hiroshima oder von Dresden. Die «New York Times» sagte es damals (10. August) ganz offen: «Die Luftwaffe wird eingesetzt, um den Feind zu zwingen, einen gerechten Waffenstillstand zu unterzeichnen. Die gleiche Taktik», so hieß es weiter, «wurde mit Erfolg gegen die Moral der japanischen Zivilbevölkerung in den späteren Abschnitten des Pazifikkrieges angewandt.» Also: die Amerikaner erklären, *aus Menschlichkeit* der Heimschaffung auch der nichtkommunistischen Nord-

koreaner und Chinesen aus ihren Gefangenenlagern nicht zustimmen zu können (das ist ja scheinbar der letzte Streitpunkt in den Waffenstillstandsverhandlungen von Panmunjom). Um aber den Gegner ihrem Willen gefügig zu machen, rotten sie seine Bevölkerung kalt berechnend einfach aus. Welch elende Lüge, diese amerikanische «Menschlichkeit»! Und welch seltsame militärische Notwendigkeit, diese Massenvernichtungsaktion zur Erzwingung eines «gerechten» Friedens! Schreie, Korea, schreie!

Was will Amerika! Aber warum entsetzen wir uns? Die Koreapolitik der Vereinigten Staaten ist ja nur ein Teil der Politik, die Amerikas regierende Schicht – mit der Losung: Krieg dem Kommunismus! – in Asien überhaupt betreibt. Lassen wir einen unverdächtigen, hervorragenden Amerikaner selbst sprechen. «Wir reden», so erklärte Bundesrichter Douglas, der während dreier Sommer hintereinander Asien bereist hat, in einem seiner Vorträge vor höchst achtbaren Zuhörerschaften,

«wir reden von Demokratie und Gerechtigkeit — und unterstützen gleichzeitig Regierungssysteme, deren Zweck es ist, Demokratie und Gerechtigkeit für alle Zeit den Bauern fernzuhalten. Wir setzen Milliarden von Dollar hinter korrupte und reaktionäre Regierungen, welche die Reichen von Einkommenssteuern befreien und dem Volk härter und härter das Joch einer Minderheitsherrschaft aufdrücken ... Wir stützen große Feudalherren; wir marschieren gegen die Revolutionen auf; wir setzen uns mehr und mehr den Kräften gleich, welche die Revolutionen nötig machen; wir werden immer mehr die Fürsprecher der Besitzinteressen, immer weniger die Inspiration des Volkes von Asien ... Wir müssen wählen: Sind wir für das Volk oder für die Grundbesitzer? Meinet nicht, wir könnten der Entscheidung ausweichen!»

Das jetzt regierende Amerika *hat* schon gewählt: es ist offen gegen die Völker Asiens, die sich aus Elend und Bedrückung erheben wollen, und für die alten Herrenklassen, die die überall aufflammende Revolution zu ersticken suchen. Vor allem in China und Korea. Ein hoffnungsloses Unterfangen! Aber es wird mit einer Hartnäckigkeit und Verblendung weitergeführt, die nur in einem gewaltigen Zusammenbruch enden kann. Was die amerikanischen «Befreier» in *Korea* angerichtet haben, wissen wir. MacArthur war drauf und dran, den Krieg auch nach *China* hineinzutragen. Er wurde im letzten Augenblick zurückgepfiffen und dann abgesetzt – aber die Ostasienpolitik Washingtons blieb dennoch im Grunde die gleiche. Keine Idee, daß etwa die Chinesische Volksrepublik anerkannt und in die Organisation der Vereinten Nationen aufgenommen würde; Tschiang Kai-Shek wird weiter unterstützt, und nur widerwillig hat die amerikanische Regierung auf ihre Absicht verzichtet, durch die UNO die Wirtschaftsblockade – das heißt die Aushungerung – über China zu verhängen. Vorläufig wenigstens. Denn die Konsequenz der heutigen Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten ist nicht nur die Wirtschaftsblockade, sondern der förmliche Krieg gegen China, ein Krieg, in

dem China zwar aufs neue fürchterliche Verheerungen erleiden müßte, in dem es aber mit seinen 500 Millionen Menschen und mit der Wehrwirtschaft der Sowjetunion im Rücken nicht auf die Knie gezwungen werden könnte, während der amerikanischen Wehrmacht, 10 000 Kilometer von ihrer Versorgungsbasis entfernt, über kurz oder lang der Atem ausgehen müßte. «Unsere gegenwärtige Politik», so meint die «Monthly Review» (September 1952),

«kann also keinen Erfolg haben. Aber sie kann, und wenn weiterbetrieben wird sie, zu einer nationalen Katastrophe für die Vereinigten Staaten führen, die vollständiger und unwiderruflicher sein wird als die Katastrophe, die Deutschland und Japan im Zweiten Weltkrieg erlitten haben ... Und wenn wir schließlich blutend und erschöpft so weit sind, Frieden zu machen, was wäre dann die Lage? Höchste Ironie, dies: Ohne einen Schuß abgefeuert oder einen Soldaten über die Grenze geschickt zu haben, würde die Sowjetunion zum unbestrittenen militärischen Herr der Welt aufgestiegen sein. Und kann ein Zweifel daran bestehen, daß unter solchen Umständen die Sowjetführer ihre chinesischen Verbündeten unterstützen würden?»

Man sollte eigentlich meinen, in den Vereinigten Staaten gebe es keine lebenswichtigere Aufgabe, als eine Umkehr von dem Weg herbeizuführen, auf dem die Nation in ihr Unglück hineinzurennen droht. Aber nein, die ganze Leidenschaft des amerikanischen Volkes scheint sich jetzt in einem *Parteikampf* zu erschöpfen, der auf dem denkbar tiefsten Niveau gegenseitiger Beschimpfung, ekelhafter Skandalmacherei und wüster Demagogie angelangt ist. Es ist zwar keineswegs gleichgültig, ob Eisenhower gewinnt oder Stevenson, ob die Republikaner die nächste Bundesversammlung beherrschen oder die Demokraten, namentlich nicht im Hinblick auf die innere Politik. Aber ein Umschwung der amerikanischen *Außenpolitik* wird sicher nicht erfolgen, wie auch immer die Novemberwahlen ausfallen mögen. Der bisherige Kurs wird weitergesteuert werden, ob nun Acheson oder Foster Dulles das Rad dreht. Was aber dann? Wo ist die Kraft, die dem Steuermann in den Arm fallen und das Schiff vor dem Zerschellen retten könnte? Beklemmende Frage – auch für uns! Denn was sollen *wir* tun, wir Westeuropäer, wenn in Amerika nicht *bald* Vernunft und Gewissen durchbrechen und das größenwahnsinnige, vom Dämon des Mammonismus getriebene Abenteurertum der regierenden Oberschicht überwältigen?

Für ein freies Europa Die Antwort scheint gegeben: Westeuropa muß sich von seinem amerikanischen «Schutzpatron» freimachen, der es in seine eigene Katastrophe hineinzureißen droht. Ja, die Hoffnung ist nicht unberechtigt, daß Amerika seinen Weg ins Verderben gar nicht weiterzugehen vermöchte, wenn sich Westeuropa auf eigene Füße zu stellen den Willen und die Kraft hätte. Das dürfte freilich nicht so geschehen, wie das jetzt neuerdings mit Eifer versucht wird: durch wirtschaftliche und politische Zusammenfassung der westeuropäischen Länder auf dem Boden der kapitalistischen «Ordnung»

und in enger Anlehnung an die Nordatlantische Militärorganisation (NATO), durch Ausbau der «Europäischen Verteidigungsgemeinschaft», der Bergwerks- und Stahlunion sowie des Straßburger Europarates zu einem Kleineuropabund ohne England und Skandinavien oder vielleicht auch zu einem umfassenden Großwesteuropa. Es müßte in Form eines von den Vereinigten Staaten *unabhängigen* Europabundes geschehen, der eine «dritte Kraft» neben dem amerikanischen Imperium und dem Sowjetblock darstellen würde. (Vergleiche die «Weltrundschau» im Juli-August-Heft). Allein das ist eben leichter gesagt als getan. Es ist so, wie J. Ries im Pariser «Observateur» (18. September) schreibt:

«Die Vereinigten Staaten haben allen Unabhängigkeitsgelüsten vorgebaut: sie haben nicht nur Westeuropa — dessen Seefront sorgfältig abgerüstet ist — mit Luftstützpunkten gespickt; die in Straßburg vertretenen Mächte, die in der Europäischen Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECE) gefangen sind, werden, mit Ausnahme Schwedens, auch vom Atlantikpakt festgehalten und müssen um ‚off shore'-Bestellungen betteln.»

Ein Hauptglied der Kette, die Westeuropa an Amerika bindet, soll bekanntlich der Vertrag über die Eingliederung der *Deutschen Bundesrepublik* in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft werden, Großbritannien und die Vereinigten Staaten haben ihn bereits ratifiziert; die Parlamente Frankreichs und Westdeutschlands werden darüber wohl in den nächsten Wochen zu entscheiden haben. Daß sich Frankreich des amerikanischen Drucks erwehren werde, ist kaum zu erwarten[1]; in Westdeutschland aber dürfte die Regierungsmehrheit trotz allen Absplitterungserscheinungen und auch trotz der Aufdeckung der amerikanisch finanzierten Wühlorganisation des Bundes der Deutschen Jugend mindestens bis zur Abstimmung über die beiden Verträge zusammenhalten. Die großenteils gleichfalls von Amerika subventionierte westdeutsche Presse wird das Nötige zum Gelingen des «guten Werkes» sicher beitragen. Auf die sozialdemokratische Opposition ist jedenfalls kein Verlaß. Sie ist gelähmt durch ihren heftigen Antikommunismus, der Adenauer seine besten Argumente liefert, und durch ihr ebenso leidenschaftliches Streben nach Zurückgewinnung der verlorenen Ostprovinzen, das wiederum

[1] Oder doch? Die Radikalen machen neuerdings ernsthaft Miene, einer westdeutschen Aufrüstung die Zustimmung zu verweigern. Aber wir wollen sehen, wie weit sich diese Neigung in die Tat umsetzt! Fest steht immerhin — und die jüngste Verletzung des französischen Nationalstolzes durch eine unverschämte amerikanische Note über Frankreichs «Versagen» in der Aufrüstung hat dazu nicht wenig beigetragen —, daß im französischen *Volk* Bitterkeit über die Rolle herrscht, die ihm von den Vereinigten Staaten zugedacht wird. Man lese etwa, was der Pariser «Combat» unlängst schrieb: «Es hat keinen Wert, noch länger die Welle von Amerikagegnerschaft übersehen zu wollen, die über Frankreich hingeht. Die drückende Anwesenheit ausländischer Besatzungen ist kennzeichnend für die Einschnürung der Unabhängigkeit unseres Landes. Die Unterstützung der deutschen Wiederaufrüstung, die Begünstigung der nordafrikanischen Nationalismen und die ständigen Reklamationen wegen unserer Rüstungsleistungen haben unserem Volk die Augen für das wirkliche Wesen der amerikanischen Politik geöffnet.»

Wasser auf die Mühlen der Nationalisten und Aufrüster leitet. Gegenüber einer *solchen* Opposition hat es die konsequent amerikanisch ausgerichtete Regierung von Bonn nicht allzu schwer, ihren Willen durchzusetzen.

Als wirksame Kraft für Westeuropas Befreiung von der amerikanischen Vormundschaft scheidet im Grund auch die *britische Labourpartei* aus. Gewiß, der Parteitag von Morecambe hat neuerdings erwiesen, daß die Großzahl der in den eigentlich politischen Wahlkreisverbänden organisierten Labouranhänger ausgesprochen nach links zieht; Bevan ist jetzt, wie es der «New Statesman» (11. Oktober) ausdrückte, der Führer der unzweifelhaften Mehrheit der aktiven Parteimitglieder und Gewerkschafter, die sich offen gegen die verbrauchte, verbürgerlichte Führung durch die Alte Garde (Attlee, Morrison usw.) und die Gewerkschaftsbürokratie auflehnt. Aber dank dem eigentümlichen Aufbau der Labourpartei haben die konservativ gewordenen Gewerkschaftszentralen und damit die rechtsstehenden Elemente nach wie vor den entscheidenden Einfluß innerhalb des Parteiapparates. Anderseits sind Bevan und sein Anhang bei aller Kritik an der amerikanischen Machtpolitik doch durchaus für die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit den Vereinigten Staaten und für die Aufrüstung gegen den Ostblock, die sie nur besser der wirtschaftlichen Tragfähigkeit Großbritanniens angepaßt wünschen. Wie soll von einer so gebrochenen Haltung eine rechte Kraft zur Zerstörung des Rüstungswahnes ausgehen?[2]

Ein Glück, daß die *Sowjetunion* – trotz allen Fehlern, die sie macht – keine scharfmacherische Politik gegenüber dem Westen betreibt. Stalins jüngster Artikel im «Bolschewik» wie Malenkows große Rede am 19. Parteitag der Sowjetkommunisten strahlen vielmehr ein Gefühl ruhiger Zuversicht und Kraft aus, das in der raschen Verbesserung der Wirtschaftslage der Sowjetunion, in der innern Festigung der osteuropäischen Volksrepubliken und im Anschluß Chinas an den kommunistischen Weltblock begründet ist. Nicht daß man sich nun in Moskau vor dem westmächtlichen Imperialismus sicher fühlte; aber man scheint doch noch mehr als bisher auf die Selbstzersetzung des Kapitalismus und auf die Gegensätze innerhalb des westlichen Lagers selbst zu bauen. Von einer Angriffsbereitschaft der Sowjetführung, die ja reinster Selbstmordwille wäre, ist auf jeden Fall heute weniger zu merken als je, wenn auch der Schwebe-

---

[2] Wie blind die «freie Welt» gegenüber den offenkundigen Gefahren der westdeutschen Aufrüstung ist, zeigt auch die Tatsache, daß es unmöglich war, in irgendeinem westeuropäischen Lande die zur Abhaltung einer internationalen Konferenz für die friedliche Lösung der deutschen Frage nötigen Einreisevisa zu erlangen. So muß jetzt die Konferenz in Ostberlin stattfinden — und kann dann glücklich als «kommunistische Propaganda» denunziert werden. Präsident des vorbereitenden Ausschusses ist der Chefredakteur des katholisch inspirierten «Esprit», Jean Marie Domenach, Vizepräsident der Pariser Anwalt Bruguier, Mitglied der Sozialistischen Partei. In Österreich ist das dortige Nationalkomitee der Konferenz (Vorsitzender war Prof. J. Ude) überhaupt verboten worden.

zustand zwischen Krieg und Frieden, soweit Rußland in Frage kommt, auf unbestimmte Zeit weiter dauern mag und die Sowjetführung, in ihrem wachsenden Kraftgefühl, keinerlei Neigung bekunden dürfte, der Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Dem Versuch einer gewaltsamen «Eindämmung» des Kommunismus und der «Befreiung Osteuropas» durch einen Kreuzzug der westlichen Demokratien, eingeschlossen Adenauer-Deutschland, wird auch aus diesem letzten Grund kein Erfolg beschieden sein.

So bleibt es im Blick auf die Entwicklung der Weltlage nach wie vor unsere wohlbegründete Überzeugung, daß die große Gefahr für den Frieden nicht vom östlichen Kommunismus ausgeht, sondern vom kapitalistischen Westen, und daß der Antikommunismus, wie er in den «freien» Ländern planmäßig geschürt wird, im Grunde nur dazu bestimmt ist, diese Sachlage zu vernebeln. Darin bestärkt uns nicht zuletzt auch eine wichtige Erscheinung, die vorab in den westlichen Ländern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer augenfälliger hervortritt: die Ausbreitung einer neuen Art von *Faschismus*, die kaum minder bedrohliche Formen anzunehmen beginnt als ihr klassischer Vorgänger. Ihr möchten wir heute unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Vom alten zum neuen Faschismus Der Faschismus (in dem hier, der Einfachheit halber, immer auch der deutsche Nazismus inbegriffen sei) ist sicher keine leicht zu erfassende Erscheinung. Er kann nicht aus einer einzigen Wurzel erklärt werden, zieht vielmehr seine Kraft aus einer Vielheit von geistigen wie materiellen Ursächlichkeiten. Und doch bleibt es wahr, daß seine *gesellschaftliche* Rolle darin bestand, und weiter besteht, die alte bürgerlich-kapitalistische Klassenordnung gegen die Kräfte zu verteidigen, die eine neue, eine sozialistische Ordnung schaffen wollen, einerlei, ob dies mit reformistischen oder mit revolutionären Mitteln geschehen soll. Und zwar kommt der Faschismus immer dann in besonders bösartiger Gestalt auf, wenn eine offen ausbrechende wirtschaftliche oder politische Krise die Dauerkrise des Kapitalismus (und Feudalismus) in lebensgefährlicher Art zu verschärfen droht und die Machtstellung der herrschenden Klasse in ihren Grundfesten erschüttert. Er greift dann im Innern zu Gewalt- und Unterdrückungsmaßnahmen radikaler Natur; nach außen aber flüchtet er sich in eine draufgängerische Abenteuerpolitik, ja in den Krieg selbst – dies um so mehr, als die militärischen Rüstungen, die ihm die Werkzeuge für die Durchsetzung seines Willens liefern sollen, den scheinbar bequemsten und zugleich gewinnreichsten Ausweg aus der chronischen, sich steigernden Absatznot der kapitalistischen Wirtschaft eröffnen.

Aus solcher Lage heraus entstand der Faschismus in Italien, in Deutschland, in Japan – um nur seine Hauptherde zu nennen. Solange

er nur als Gegenrevolution innerhalb seiner eigenen staatlichen Grenzen auftrat, erfuhr er darum auch die wohlwollende Förderung der kapitalistischen Demokratien des Westens, die ihn – mit München als Spitzenleistung dieser Politik – gegen den sozialrevolutionären Osten auszuspielen gedachten. Erst als er ihrem eigenen, «liberalen» Imperialismus gefährlich zu werden begann, entschlossen sie sich zur kriegerischen Abwehr seines Ausdehnungsstrebens und schlugen ihn militärisch in scheinbar vernichtender Art aufs Haupt, im Bunde mit derselben Sowjetunion, die sie zuvor im Zusammenspiel mit den faschistischen Reichen erledigen zu können gehofft hatten.

Aber nun stellte sich den kapitalistischen Mächten sofort wieder die alte Aufgabe, die Revolution sich nicht über den Kopf wachsen zu lassen. Die alten Ordnungen waren ja durch den Zweiten Weltkrieg womöglich in noch gefährlicherer Weise erschüttert worden, als das schon im ersten geschehen war. Die Widerstands- und Befreiungsbewegungen, die in einer Reihe von Ländern erwacht waren, wollten sich nicht auf die Abschüttelung der faschistischen Fremdherrschaft beschränken; sie erstrebten zugleich eine grundstürzende Umschichtung der Verhältnisse im Innern ihrer Länder selbst. Die Westalliierten mußten also sehr behutsam vorgehen, wenn sie nicht mit Hitler und Mussolini zugleich das ganze wirtschaftliche und soziale Regime zerschlagen wollten, das hinter dem Faschismus stand. Mit andern Worten: die bürgerlich-kapitalistische Ordnung mußte überall dort gestützt oder wiederhergestellt werden, wo sie bedroht oder bereits zerstört war. Man versteht die ganze Nachkriegspolitik vor allem der Vereinigten Staaten, aber auch Großbritanniens und Frankreichs, nicht, wenn man sich diesen Zusammenhang nicht klar vergegenwärtigt. In Frankreich, Deutschland und Italien, in Spanien, Jugoslawien und Griechenland – überall knüpften die konservativ-kapitalistischen Kräfte an die faschistischen Bewegungen der Vorkriegszeit an und stärkten sie ganz bewußt und planmäßig, wobei die amerikanische Marshall-Hilfe und die Politik der Truman-Doktrin (militärische Eindämmung des Kommunismus) entscheidende Bedeutung gewannen.

Gewiß, der neue Faschismus ist nicht einfach eine Neuauflage des alten. Er trägt zum Teil eigene, sozusagen originale Züge. «Der Hauptgrund dafür ist», wie Natalie Moszkowska in der Neuyorker «Monthly Review» (Juli 1952) schreibt,

«daß die Wiederaufrüstung bereits derartige Ausmaße angenommen hat — besonders seit dem Koreakrieg —, daß eher Warenmangel droht als Absatzmangel. Und dies zu einer Zeit, da Wiederaufbau und Erneuerung im Gefolge der Kriegszerstörungen noch nicht abgeschlossen sind. Daraus folgt, daß der heutige Faschismus nicht mehr die Aufgabe seines Vorgängers hat, nämlich eine Krise zu bekämpfen, die bereits ausgebrochen ist, sondern die Fortdauer der Rüstungskonjunktur sicherstellen muß.»

Dazu kommt, wie die Verfasserin bemerkt, als weiteres unterscheidendes Merkmal gegenüber dem alten Faschismus, daß sich sein Nach-

folger gern demokratisch tarnt. Er wendet «zivilisiertere Methoden» an – Antisemitismus und Konzentrationslager sind nicht mehr beliebt – und gibt sich sogar als Vorkämpfer der «freien Welt»:

«Da es nicht überall gleich leicht ist, die Demokratie zu zerstören, hat jedes Land seine eigene Form von Faschismus, die seinen eigenen politischen Überlieferungen entspricht. In den Ländern, wo die demokratischen Rechte im Volksbewußtsein fest verankert sind, kommen plötzliche Angriffe auf die Demokratie nicht in Frage; die staatsbürgerlichen Rechte werden Stück um Stück abgehackt.

Der Faschismus ist eine konservative Bewegung, soweit er darauf ausgeht, die alte Gesellschaftsordnung zu erhalten und das Aufkommen der neuen zu verhindern. Aber die Mittel, die er gebraucht (Rüstungen und Kriege), geben ihm einen zerstörerischen Charakter. Das zerstörerische Wesen haben die neuen Formen des Faschismus mit den alten gemein.»

Westdeutschland Nicht alle westlich-kapitalistischen Länder sind vom Neufaschismus bedroht. «Gerade so wie gewisse osteuropäische Länder das hoch- und spätkapitalistische Stadium überspringen konnten», sagt Dr. Moszkowska, «so ist es auch einem westeuropäischen Lande möglich, um das rein faschistische Stadium herumzukommen. Aber eine Reihe von Ländern wird jedes Stadium und jede Entwicklungsstufe durchmachen, und der Faschismus ist das letzte Stadium des Kapitalismus und Imperialismus.» Am ehesten werden die Länder mit alter demokratischer Überlieferung und Praxis vom Faschismus verschont bleiben, besonders wenn ihr bürgerlich-kapitalistischer Aufbau noch verhältnismäßig unerschüttert ist, so die nordischen Staaten und unsere Schweiz (obwohl die antikommunistische Reaktion, die sich bei uns breit macht, mit ihrem «Staatsschutz» und ihrer Verfolgung aller nicht gleichschaltungsfähigen Menschen und Gruppen bedenklich nahe an den demokratisch verkleideten Faschismus herankommt, von dem vorhin die Rede war). Aber auch Großbritannien, dessen Kapitalismus hart zu kämpfen hat, ist mindestens vorderhand kein günstiges Exerzierfeld für den Faschismus, ist doch seine Wirtschaft und Kultur noch immer eng mit derjenigen der angelsächsischen Völkergemeinschaft verbunden und damit den festländisch-europäischen Krisen fernergerückt.

Um so näher an den Neufaschismus ist *Westdeutschland* herangerückt. Die alte Wirtschafts- und Sozialverfassung, aus der in den zwanziger und dreißiger Jahren der Nazismus erwachsen ist, besteht ja dort trotz Krieg und Zusammenbruch grundsätzlich unverändert weiter, von den Westmächten, vorab Amerika, entschlossen wiederhergestellt und gestützt (wobei das «sozialistische» England der Attlee, Bevin und Morrison eine besonders bemühende Rolle gespielt hat). Und die westeuropäische Stahl- und Bergwerksunion, die gemäß dem Schuman-Plan jetzt aufgebaut wird, wird das ihre dazu beitragen, daß die kapitalistische Ordnung in Westdeutschland noch stärkeren Rückhalt am gleichgerichteten Ausland findet.

Hand in Hand mit dieser kapitalistischen Restauration geht die Wiederbelebung des Militarismus und Nationalismus in der Bundesrepublik. Davon ist an dieser Stelle immer einläßlich genug geredet worden, so daß es kaum nötig erscheint, im Zusammenhang mit der Erörterung der neufaschistischen Strömungen die Tatsache selbst noch besonders hervorzuheben. Wie weit die westalliierte Politik der Rehabilitierung des Hitlertums bereits gediehen ist, zeigt nicht nur die Wiedereinnistung zahlloser alter Nazi in Ämtern, Gerichten, Polizei, Schule, Presse usw., sondern auch die jüngst erfolgte Freilassung des Chefs der Dynastie Krupp aus seinem Kriegsverbrechergefängnis, die Rückgabe seines ungeheuren Vermögens – es war von 300 Millionen Mark die Rede – an diesen Mitschuldigen des nationalsozialistischen Abenteuers und seine Wiedereinsetzung in den Rang des führenden deutschen Rüstungsindustriellen. Ein wenig burschikos, aber sachlich zutreffend meint «Das Andere Deutschland» (Nr. 19) dazu:

«Alfred Krupp dürfte nach dem Geschenk der Amerikaner, wenn nicht der reichste, so doch einer der reichsten Männer in Westdeutschland sein. Seine Nazigesinnung und -betätigung haben sich also gelohnt und werden sich beim neuen Start weiter lohnen. Riesen-Rüstungsgewinne locken! Damit diese Rüstungen auch garantiert mit preußischer Gründlichkeit an den Mann gebracht werden, wird man, so sehr man sich auch den Volksstimmungen gegenüber noch ziert, die Kriegsverbrecher restlos entlassen. Weil man sie ebenfalls braucht.

Aufrüstung ja, aber nur, wenn ihr uns Industriellen

a) unsere Geschäfte garantiert und für die Unbill der Zeit nach 1945 entschädigt, und

b) unsere eingekerkerten Generäle entlaßt und rehabilitiert.

Die Bedingungen werden erfüllt.

Und das Volk? Da sind die grausigen Erinnerungen zwar noch zu frisch, aber sollen wir uns dadurch Geschäft und Betätigungsfeld vermiesen lassen? Da hängen wir den Butzemann Bolschewismus heraus, helfen, wo es not tut, ein wenig nach, und dann werden die Führer schon einschwenken. In der großen Stunde hat sich das Volk noch immer herrlich bewährt: 1914, 1923 (Ruhrkrieg), 1939. Und mit einigen Querköpfen wird Fraktur geredet werden. Adenauer und Lehr wissen, was sie der ‚Erhaltung des Abendlandes' schuldig sind! Die Kalkulation geht, soweit sie die sogenannte parlamentarische Opposition betrifft, auf. Die Fettes[3] haben ihre Mitwirkung beinahe unaufgefordert zugesagt und sind ganz böse, daß ihre Mitglieder und Wähler dafür nicht das ihnen notwendig erscheinende Verständnis aufbringen.

Die Einheitsfront in der Führung ist also wieder mal da, wie immer, wenn dem Volk ein Aderlaß drohte. Der Unterschied zwischen Kapitals- und ‚Volks'-Vertretern besteht nur darin, daß das Kapital die Rechnung präsentiert und Garantien fordert, während die Fettes begeistert sind, mal wieder umsonst mitmachen zu dürfen.»

Ja, das Volk! Wundert es jemanden, daß sich der Normaldeutsche keine Skrupel mehr aus der Rückwärtsorientierung auf das Dritte Reich hin macht? Der Bonner Korrespondent der sozialdemokratischen Presse der Schweiz stellt melancholisch fest,

---

[3] Christian Fette war bisher der Führer der westdeutschen Gewerkschaften; er ist jetzt durch einen etwas weniger belasteten Mann ersetzt worden.

«daß 1945 wohl der Machtapparat des Nationalsozialismus vollkommen zerschlagen wurde, daß aber durch diese materielle Niederlage sein Geist oder besser gesagt sein geistiger Wurzelgrund keineswegs erschüttert wurde. Man will vom Nationalsozialismus nichts mehr wissen, weil er geschichtlich in die Katastrophe hineingeführt hat. Die Frage nach seiner Wahrheit oder nach seiner Lüge, kurz, das sittliche Gericht über ihn interessiert die Menschen hier verhältnismäßig wenig. Weil er versagt hat, ist er gerichtet. Darum ist seine Wiederkehr in vergangenen Formen höchst unwahrscheinlich. Seine Wiedergeburt wird er als Nationalbolschewismus feiern, wobei wir mit diesem Worte eine Politik bezeichnen möchten, die auf der totalen Verneinung aller geistigen Werte, auf der Bejahung des rein Zweckmäßigen fußt und als Inhalt des Nationalen die — man verzeihe die Grobheit des Wortes — Freßgemeinschaft und die dazu notwendige und gut funktionierende Organisation sieht.»

(«Volksrecht», 17. September)

Nein, von einem *grundsätzlichen* Gesinnungswandel kann bei der Mehrheit der Westdeutschen nicht die Rede sein. Der alte nationalistische Geist ist, bis tief in die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hinein, noch erschreckend stark, auch wenn man von den schlimmsten Taten des Nazismus mehr oder weniger deutlich abrückt. Daß sich die sogenannte Bildungsschicht auch jetzt wieder in dieser Gesinnung besonders auszeichnet, fällt nicht mehr weiter auf[4]. Aber auch das «gewöhnliche» Volk läßt sich von den patriotischen Schlagworten wieder in einem Maße betören, daß man sich wirklich fragt, ob die stumme Mahnung der Ruinen, die in so vielen deutschen Städten gen Himmel starren, gar nicht mehr zu Herzen genommen wird! Das Gesamtbild ist jedenfalls unerfreulich. Wie mir ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter, der unlängst aus der Emigration zurückgekehrt ist, enttäuscht schreibt:

«Hier in Westdeutschland ist es politisch noch trostloser, als ich angenommen hatte. Der Kapitalismus ist mit Amerikas Hilfe restauriert, die Amerikanisierung der gesamten Kultur und des Denkens erschreckend, die Hetze gegen die Sowjetunion und den Osten absolut skrupellos und bei der allgemeinen politischen Unwissenheit völlig erfolgreich.»

Frankreich – Italien Nicht viel weniger deutlich, wenn auch ungleich weniger gefährlich für die Umwelt, hat sich die Ausbildung einer Art Neufaschismus in *Frankreich* vollzogen. Die Widerstandsbewegung, «das größte französische Abenteuer der neueren Zeit», wie Claude Bourdet sie im «Observateur» nennt, ist bald genug zerfallen, als einmal ihr nächstes Ziel, die Befreiung von der deutschen Herrschaft, erreicht war. Die soziale und politische Gesamterneuerung, die sie darüber hinaus erstrebte, blieb schon in den Anfängen stecken, großenteils aus Schuld der sehr verschiedenartigen

[4] Ein kleines Beispiel, das Del Vayo in «The Nation» berichtet: Hundert deutsche Studenten waren nach Paris eingeladen worden, um die Tätigkeit der UNESCO und anderer Sonderorganisationen der Vereinten Nationen kennenzulernen. In einem der Filme, die ihnen gezeigt wurden, war in maßvollen Ausdrücken auch auf die Verbrechen der Nazis hingewiesen worden. Die deutschen Studenten standen wie ein Mann auf und verließen das Lokal...

Gruppen selber, die sich im Widerstand gegen den äußeren Feind zusammengefunden hatten, nun aber in ihre alten Rivalitäten und Richtungskämpfe zurückfielen. Daß diese Zerrissenheit von den alten Herrschaftsklassen planvoll gefördert und ausgenützt wurde, ist nur selbstverständlich; das Eingreifen der kapitalistischen Kräfte Amerikas besorgte das übrige, so daß die gesellschaftliche Reaktion auch in Frankreich zur eigentlichen Gegenrevolution wurde. Schon im September 1947 verschwanden, wie in Belgien und Italien, die kommunistischen Minister aus der Regierung; um General de Gaulle herum gruppierte sich eine mächtige autoritärdiktatorische «Sammlungsbewegung»; eine zynisch ins Werk gesetzte Wahlreform drückte die parlamentarische Vertretung der Kommunistischen Partei – die einen Viertel der Wählerschaft hinter sich hat – künstlich herunter, und die Tragikomödie, die sich im Zusammenhang mit der völlig willkürlichen Verhaftung von Jacques Duclos und André Stil abgespielt hat, scheint nur der Anfang einer Aktion gewesen zu sein, die mit der Unterdrückung der kommunistischen Bewegung überhaupt hätte enden sollen. Der Plan mußte vorerst zurückgestellt werden; inzwischen führt die Regierung Pinay, das gefügige Werkzeug der «zweihundert Familien», mit der Losung einer Verteidigung der französischen Währung die wirtschaftliche und sozialpolitische Rückbildung, wie die Niederhaltung der Linksopposition, derart systematisch durch, daß de Gaulle nur wenig mehr zu bestellen hätte, wenn er je ans Ruder kommen sollte. Wiederum: faschistische Sachpolitik in demokratischen Formen!

Weithin ähnlich verläuft die Entwicklung in *Italien*, wo es den vereinten Anstrengungen der heimischen «Ordnungskräfte» – Industrie- und Finanzkapital, Großgrundbesitz, Katholische Kirche – und des amerikanischen «freien Unternehmertums» gelungen ist, zu verhindern, daß aus dem Zusammenbruch des Faschismus eine eigentlich sozialrevolutionäre Bewegung erwuchs. Ja, es hat sich – wenn auch zum Verdruß der «gemäßigten» Reaktion – auf dem so vorbereiteten Boden eine ausgesprochen neufaschistische Partei bilden können, die bei den Wahlen der letzten Zeit überraschende Erfolge errungen hat und sich bereits darauf rüstet, den «starken Staat» in ihre Hände zu nehmen, wenn die «Christliche Demokratie» des Herrn de Gasperi nicht mehr imstande sei, die drohende Rebellion eines verarmten, immer aufs neue enttäuschten Arbeiter- und Bauernvolkes zu dämpfen. Wobei es nebensächlich ist, ob die zurzeit Herrschenden mit Scheinreformen, wie die Aufteilung gewisser Großgüter, arbeiten oder mit Unterdrückungsgesetzen gegen Gewerkschaften, Presse, Versammlungsfreiheit usw. oder einfach mit dem «normalen» Terror, der ja in durchaus «demokratischem» Rahmen ausgeübt werden kann.

Am Balkan In den Balkanländern – Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland – hatten die Westmächte schon während des Krieges Vorkehrungen getroffen, um eine soziale Revolution zu verhindern. Man kennt insbesondere das Zusammenspiel der Engländer und Amerikaner mit General Mihailowitsch, dem Führer der jugoslawischen «Tschetniks», gegen die linksgerichteten Partisanen um Tito. Wir zitieren (nach «Esprit», Dezember 1947) aus dem Buch «Vorspiel zum Frieden» von Basil Davidson, ehemaligem britischem Verbindungsoffizier bei den Truppen Titos:

«Anstatt mit der Widerstands- und Befreiungsbewegung Verhandlungen aufzunehmen ..., zog es die britische Regierung vor, mit den exilierten Königen und Ministern in Verbindung zu bleiben, diesem Klüngel, dessen Interessen nicht immer diejenigen der Demokratie und des Weltfriedens waren ... Alle möglichen Mittel wurden ins Werk gesetzt, um die Widerstandsbewegung zu lähmen ... Die Wähler unseres Landes waren sehr erstaunt und bestürzt, zu sehen, daß der Name Großbritanniens für immer mit demjenigen der Autokratien und Reaktionen verknüpft war. Europa wird russisch! schrie man. Wo blieben da Anerkennung und Dankbarkeit?»

In Jugoslawien gelang es freilich nicht, die Umwälzung zu hintertreiben. Um so besser in *Griechenland*. Auch da standen die «demokratischen» Westmächte bereits vor Kriegsende in Fühlung mit den Quislingen, den Vertretern und Anhängern der faschistischen Diktatur Metaxas, die eng mit der deutschen Besetzungsarmee zusammenarbeiteten. Und als die Fremdherrschaft abgeschüttelt war, als die Widerstands- und Freiheitsbewegung, die keineswegs einfach als kommunistisch abgetan werden kann, daran ging, die fällige gründliche Neuordnung Griechenlands an die Hand zu nehmen, da war es erst das britische, dann das amerikanische Eingreifen, das die Erhebung niederwarf und das Land «vor dem Bolschewismus rettete». Seither herrschen, in verschiedenen Formen, wieder die alten, korrupt-reaktionären Parteien und Interessengruppen, ohne offene Diktatur (für den Augenblick), aber durchaus im Geist eines gegenrevolutionären Neufaschismus. Zwar kann seit dem Herbst 1949, der die endgültige Niederlage der Aufständischen sah, von einer kommunistischen Gefahr keine Rede mehr sein. Aber *hat* man keine Kommunisten, so macht man sie. Zur rechten Zeit, so schreibt Constantin Poulos in «The Nation» (16. Juni 1952), kam der Koreakrieg und erlaubte, die kommunistische Gefahr aufs neue an die Wand zu malen:

«Ohne kommunistische Gefahr wäre es eben mit den amerikanischen Dollars aus, die im Ausmaß von rund 300 Millionen pro Jahr nach Griechenland strömen. Mit ihr können die Beherrscher Griechenlands ihre Unterdrückungspolitik rechtfertigen und ihre Ausbeutung und Korruption decken ... Vor zwei Jahren waren die Stalinisten die ‚äußerste Linke'. Heute sind die Stalinisten gesetzlich verboten, so daß die ‚äußerste Linke' eine gemischte Gesellschaft von Sozialisten, Gewerkschaftern, Linksrepublikanern und abgesplitterten Liberalen umfaßt, die der Oligarchie den einzigen kämpferischen Widerstand entgegensetzt.»

Der Verfasser bedauert, daß die Vereinigten Staaten dieser verhängnisvollen Entwicklung Vorschub geleistet hätten, zum Teil «aus unangebrachter Klassensympathie der amerikanischen Vertreter in Griechenland, die mit bemerkenswerten Ausnahmen entweder nicht an das Bestehen demokratischer Kräfte im Volke geglaubt oder aber ihnen mißtraut haben. So verbündeten wir uns mit dem einzigen Element der griechischen Gesellschaft, das auf keine Art dauerhafte Zustände in Griechenland herzustellen vermag.»

Franco und Malan Das gleiche gilt in noch stärkerem Maße von der amerikanischen Unterstützung für das Diktaturregiment in *Spanien*, das nun freilich kein neuer, sondern ein schon recht alter, beinahe klassischer Faschismus ist. Ausländische Beobachter versichern zwar, die Unterdrückungspolitik des Franco-Regimes sei eher milder als diejenige mancher anderer Polizeistaaten. Aber daß sie dennoch gewalttätig und brutal genug ist, daran besteht für uns kein Zweifel. Die Armut der breiten Volksschichten, besonders der Landbevölkerung, ist grauenhaft; Industrie, Landwirtschaft, Handel und Verkehrswesen sind zerrüttet; Unwissenheit und Aberglauben herrschen allüberall. Aber die Nutznießer der bestehenden «Ordnung» – Grundbesitzer und Kapitalisten, Kirche und Armee – denken nicht daran, der fortschrittlich-demokratischen Bewegung, die sie vor 15 Jahren so blutig niedergeworfen haben, irgendwelche wesentliche Zugeständnisse zu machen, so daß eben nur die Methode der Dauerunterdrückung, der ständigen Gegenrevolution, bleibt, mit dem «Kampf für die Erhaltung des christlichen Abendlandes» und der «Abwehr der kommunistischen Tyrannei» als ideologischer Verbrämung. Und auf diesem Boden trifft sich nun der spanische Faschismus ganz natürlicherweise mit dem amerikanischen Imperialismus, der die Pyrenäenhalbinsel als Operationsraum für eine allfällige bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Ostblock braucht. Es mag zweifelhaft sein, ob Spanien im Rahmen des amerikanisch-westmächtlichen Militärsystems überhaupt eine nützliche Rolle spielen kann; sicher ist, daß Franco entschlossen ist, seine fragwürdige Hilfe um den höchsten Preis zu verkaufen. Die Finanzhilfe, die er von den Vereinigten Staaten zu erpressen sucht, würde ihm eben erlauben, seine bankerotte Staats- und Volkswirtschaft wieder einigermaßen flott zu machen und sein Diktaturregiment neu zu stärken.

Zum vollblütig faschistischen Staat entwickelt sich mehr und mehr die *Südafrikanische Union*. Die Rassenpolitik der sich nationalistisch heißenden Regierung Malan, die von der Opposition, der «Einheitspartei», grundsätzlich durchaus gebilligt wird, eifert sehr bewußt dem nazistisch-deutschen Vorbild nach, auch darin, daß sie alle Gegnerschaft gegen die Entrechtung und Ausbeutung der nichtweißen Volksmehrheit – Neger, Inder, farbige Mischlinge – als Kommunismus erklärt und

rücksichtslos niederhält. Das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus wird in der Tat mit der Feststellung begründet, daß es «eines der Ziele des Kommunismus sei, die Rassenschranken zu zerbrechen und gleiche Rechte für alle Volksteile zu erkämpfen, ohne Unterschied von Rasse, Farbe oder Glauben». Auf Grund dieses Gesetzes kann der Justizminister beliebige Personen als Kommunisten bezeichnen, sie aus bestimmten Örtlichkeiten ausweisen und «aufrührerische» Literatur verbieten – eine Vollmacht, die, wie sich der bereits zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Gewerkschaftsführer E. S. Sachs ausdrückt, «weit genug ist, um jeden Liberalen packen zu lassen, der Rassenduldsamkeit befürwortet, und jeden Gewerkschafter, der für die Arbeiter höhere Löhne verlangt».

Was der Lage in Südafrika indessen ihren besonderen Zug gibt, das ist der gewaltlose Widerstand, der im Geiste Gandhis – sein Sohn steht selbst in den Reihen der Gehorsamsverweigerer – seit Juni dieses Jahres der Rassenpolitik Malans entgegengesetzt wird. Ein erhebendes, verheißungsvolles Schauspiel! Denn all die Strafen und Leiden, welche die Regierungsgewalt über die Männer und Frauen verhängt, die den Rassentrennungsvorschriften trotzen, werden sich auf die Länge als wirkungslos erweisen, ja die Bewegung nur immer mehr stärken, mag sie auch bei diesem ersten Anlauf noch nicht zum Ziel kommen. Die hinter der Gewaltlosigkeit stehende moralische Kraft wird zuletzt jedes Gewaltsystem auflösen und besiegen – vorausgesetzt, daß der passive Widerstand ruhig und folgerecht durchgeführt wird und sich die Farbigen auch durch die berechneten Brutalitäten der Polizei nicht selber zu Gewalttätigkeiten hinreißen lassen. Ein Erfolg der Widerstandsbewegung in Südafrika wird auf alle Fälle weitreichende Wirkungen über den ganzen schwarzen Erdteil hin haben.

Faschistisches Amerika! Daß die neufaschistische Gegenrevolution besonders tätig auch in *Ostasien* ist, liegt in der Natur der Dinge. Das Regime Tschiang Kai-Sheks auf Formosa und Syngman Rhees in Südkorea lebt ja recht eigentlich von der Hoffnung, mit Hilfe der Vereinigten Staaten das Rad der Geschichte rückwärts drehen zu können. In *Japan* versuchte nach dem Krieg die amerikanische Besetzungsmacht zwar eine oberflächliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens, aber seit dem Abschluß des Friedensvertrages entledigten sich die nie wirklich gebändigten alten Herrschaftsmächte immer offener der Fesseln, die sie sich vorher antun lassen mußten. Die kapitalistischen Konzerne organisieren sich aufs neue; die angeblich kompromittierten alten Politiker und Beamten rücken planmäßig wieder in ihre früheren Stellungen ein, und ein unbekehrter Nationalismus beginnt frische Hoffnung zu schöpfen. Dazu kommt – was immer ein untrügliches Kennzeichen für die Stärke faschistischen Geistes ist – die

verschärfte Unterdrückung kommunistischer oder sonst oppositioneller Bewegungen. Das im vergangenen Mai vom Parlament angenommene Gesetz gegen umstürzlerische Tätigkeit ermächtigt die Staatsgewalt (wie seinerzeit die «New York Times» schrieb), «ohne vorgängige Zustimmung des Reichstages alle Vereinigungen als ungesetzlich zu erklären, die der Begehung von Handlungen gegen die öffentliche Ruhe schuldig befunden wurden». Womit natürlich *jede* mißliebige Betätigung und Gruppierung getroffen werden kann.

Aber wird nicht in den *Vereinigten Staaten* selber genau die gleiche Praxis geübt? Es begann, wie man weiß, mit der «Durchleuchtung» und «Säuberung» der Bundesverwaltung, deren Beamte und Angestellte unter einem regelrechten antikommunistischen Terror stehen. Von da aus entwickelte sich die Aktion in zwei Richtungen: auf der einen Seite wurde der Begriff «Kommunismus» auf so ziemlich jede liberale oder sozial-fortschrittliche Betätigung ausgedehnt, auf der anderen erfaßte die Säuberung immer mehr auch die Staats- und Gemeindeverwaltungen wie die privaten Unternehmungen und Vereinigungen[5]. Schauprozesse gegen führende Kommunisten oder wirkliche und angebliche Sowjetsympathisanten wie besonders planmäßige «Besudelung» (smearing) liberalisierender Persönlichkeiten nach Methode Mac Carthy führen jedem nicht ganz Gleichgeschalteten andauernd zu Gemüte, wessen er sich zu versehen hat, falls er irgendwie «meckern» oder aufmucken sollte. Wer sich eine Vorstellung davon machen will, wie tief ins öffentliche und private Leben der nordamerikanischen Republik hinein sich das Gift bereits gefressen hat, der nehme die Sondernummer der Neuyorker «Nation» vom 28. Juni dieses Jahres zur Hand – und er wird die Hände über dem Kopf zusammenschlagen: «Ja, ist denn so etwas möglich – in dem Land, das sich zum Vorkämpfer der ‚freien Welt' aufgeworfen hat?» Freda Kirchwey, die Herausgeberin des Blattes, kennzeichnet in ihrem Einführungsartikel die dabei angewandte Taktik also:

«Jene, die die Operation leiten, verwenden Furcht als eine Waffe, und bald wird die Furcht zu einer selbständigen Kraft, die sowohl den Führer wie die Geführten, den Angeber wie sein Opfer, den vorsichtigen Liberalen wie seine Überzeugung, die er stillschweigend aufgibt, beherrscht. Bald kommt es dazu, daß es tollkühn scheint, nicht nur die Außenpolitik der Regierung zu kritisieren, sondern auch den Sozialismus in Saskatchewan zu befürworten oder französische Reformen in Tunesien — oder akademische Freiheit zu Hause.

Es besteht die Tendenz, daß alles in ein einziges Koordinationssystem dessen, was die Gleichschaltung darstellt, hineingezogen wird — und der Name dieser Art von Gleichschaltung ist Faschismus.»

---

[5] Das ausgesucht hinterhältige Verfahren des amerikanischen Justizministeriums gegen Charlie Chaplin — man ließ den großen Filmkünstler erst unbeanstandet ausreisen, um dann anzukündigen, daß er bei seiner Rückkehr, als unamerikanischer Tätigkeit hinreichend verdächtig, festgehalten und durchleuchtet werde — hat neuerdings die Weltaufmerksamkeit auch auf die Gesinnungsschnüffelei im Kinogewerbe gelenkt.

Ähnlich hat sich Bundesrichter Douglas in einer Rede geäußert, die er am 3. März dieses Jahres in Neuyork gehalten hat (und seither ist es womöglich noch schlimmer mit der «Hexenverfolgung» geworden):

«Die militärische Politik hat unser Denken so vollständig in Anspruch genommen, daß wir vergessen haben, daß unsere größte Stärke und unsere Macht auf die Dauer im Geist liegt, nicht in Geschützen. Die Konzentration auf militärische Mittel hat dazu beigetragen, Furcht zu erzeugen ... Furcht zeigt sich auf viele Arten. Die kommunistische Bedrohung im Innern des Landes ist vergrößert und weit über die Wirklichkeit hinaus aufgebauscht worden. Unverantwortliches Geschwätz von unverantwortlichen Leuten hat die schwelende Furcht angefacht ... Verdacht nimmt zu, so daß nur noch orthodoxe Gedankengänge ungefährlich sind ... Die Furcht macht nicht einmal halt vor den Rechtsanwälten und den Gerichten. Wer einer illegalen kommunistischen Tätigkeit angeklagt ist — und als Angeklagter ist er natürlich unschuldig, bis ihm das Gericht seine Schuld nachweist —, hat Mühe, einen angesehenen Rechtsanwalt zu finden. Rechtsanwälte haben sich mir gegenüber ausgesprochen. Viele von ihnen sind besorgt. Es gibt welche, die ihre Dienste nicht anbieten durften, wenn sie nicht ihre Klienten verlieren wollten. Andere würden von ihren Kreisen als ‚umstürzlerisch' bezeichnet und in dieselbe Kategorie gesteckt, wie die Leute, die sie verteidigen möchten. Dies ist eine Tragödie ...

Furcht hat Männer und Frauen aller Stände mehr und mehr entweder zum Schweigen gebracht oder sie zur Herde der ‚Rechtdenkenden' getrieben. Die Furcht ist immer höher gestiegen, die Furcht, seine Stelle zu verlieren, die Furcht, verhört zu werden, die Furcht, angepöbelt zu werden. Diese Furcht hat unser Denken gleichgeschaltet, das Gebiet öffentlicher freier Diskussion eingeengt und viele denkende Menschen zur Verzweiflung getrieben. Diese Furcht ist sogar in die Universitäten, die Hochburgen unserer geistigen Kraft, eingedrungen und hat sie korrumpiert. Wir müssen mit ansehen, wie hohe Würdenträger der Universität sich zu der wüstesten Gesinnungsverfolgung, die man seit den Anfängen der USA erlebt hat, erniedrigen.»

Nimmt es wunder, daß die amerikanische Bundesversammlung in aller Form – durch Gesetz – «für den Notfall» die Errichtung von Konzentrationslagern beschlossen hat und für den Bau von vorerst einmal sechs Lagern bereits 775 000 Dollar ausgegeben worden sind? Man kann jedenfalls der «Monthly Review» (Juliheft) kaum unrecht geben, wenn sie meint, diese ganze Art Antikommunismus sei «nichts mehr und nichts weniger als die amerikanische Form des Faschismus». «Die Vereinigten Staaten sind zwar», so heißt es in dem Aufsatz weiter,

«noch keine vollfaschistische Gesellschaft, aber sie bewegen sich in erschreckendem Tempo in dieser Richtung ... In der gegenwärtigen Geschichtsperiode — man darf es nie vergessen — sind Faschismus und Krieg unauflöslich verbunden, wie siamesische Zwillinge. Wenn man das eine sagt, schließt man das andere ein ... Und doch halten wir daran fest, daß trotzdem — oder vielleicht gerade darum — die Aussicht ganz und gar nicht hoffnungslos ist. Die amerikanische Außenpolitik, welche die Triebkraft hinter der Bewegung zum Krieg hin ist, steht vor ihren größten Krisen in Europa wie in Asien. Die Krisen werden, sofern sie nicht überwunden werden, stärkste Rückwirkungen auf die Innenpolitik haben. Viele, denen jetzt durch Propaganda oder Terror der Mund geschlossen ist, dürften dann das Licht sehen und Mut fassen. Ganz neue Möglichkeiten können sich für die Gegner des jetzigen Regimes auftun. Mit

andern Worten: ein Rückschlag für die amerikanische Außenpolitik wäre ein Gewinn für den Frieden, und ein Gewinn für den Frieden wäre ein Schlag für den Faschismus.»[6]

Wird sich wohl diese Hoffnung erfüllen? Sie wird es, wenn wir alle, wenn jeder Einzelne von uns seine Pflicht tut und dem Kriegsdenken und den Kriegsvorbereitungen entgegenwirkt, wo immer das nur möglich ist. Die Militia Christi, die Dienstpflicht für Christus, verlangt nun eben einmal den Einsatz des ganzen Menschen. Wollen wir ihn geben?

15. Oktober. *Hugo Kramer.*

Die Tyrannei der Menschenfurcht

Die Gleichheitsfrage wird nun einmal als aufgegeben anzusehen sein, sie ist in die europäische Diskussion eingeführt.

Also jede Form der Tyrannei, welche älteren Formationen angehört, wird nun ohnmächtig sein (Kaiser, König, Adel, Geistlichkeit, selbst Geldtyrannei).

Aber der Gleichheit entspricht eine Form der Tyrannei: Menschenfurcht. Darauf habe ich schon in der letzten Rede des Evangeliums der Leiden aufmerksam gemacht. Darauf habe ich nun wieder in der dritten Abteilung der christlichen Reden Nr. 6 aufmerksam gemacht.

Dies ist von allen Tyranneien die gefährlichste, teils auch weil nötig ist, daß man auf sie aufmerksam wird, da sie nicht direkt gesehen werden kann.

Die Kommunisten hierzulande und anderswo kämpfen für Menschenrechte. Gut, das tue ich auch. Just deswegen kämpfe ich aus aller Macht gegen die Tyrannei der Menschenfurcht.

Der Kommunismus führt im Maximum zur Tyrannei der Menschenfurcht (siehe bloß, wie Frankreich im Augenblick darunter leidet); *ebenda beginnt das Christentum.* (Von uns unterstrichen; d. R.)

---

[6] Den Zusammenhang zwischen Faschismus und Kriegsgefahr beleuchtet auch die Petition des amerikanischen «Kongresses für Bürgerrechte» an die UNO zugunsten einer menschenwürdigen Behandlung der Neger in den Vereinigten Staaten. Es heißt darin am Schluß: «Wir sprechen auch als Weltbürger, in der Gewißheit, daß, wenn die geldgierige Reaktion ihre gegenwärtige Politik weiterführen und eine gewinnbringende Massenvernichtung (genocide) gegen Amerikaner weiterbetreiben darf, die Zeit kommen wird, wo die gleichen Kräfte Massenvernichtung in größerem Maßstab auch gegen die Bürger anderer Nationen anwenden werden. Wir erheben unsere Stimme also nicht für uns allein, sondern für die Menschheit. Wir setzen uns nicht nur dafür ein, daß das Verbrechen der Massenvernichtung an den Negern der USA aufhören soll — wir setzen uns auch für den Frieden ein.» (Zitiert nach dem «Zeitdienst», Sondernummer «Negerfrage in den USA». Erhältlich bei der Geschäftsstelle, Zürich 41. Preis 50 Rp.)

Das, wovon der Kommunismus soviel Aufhebens macht, nimmt das Christentum als etwas, was sich von selbst versteht (Kierkegaard meint hier das wahre «Christentum des Neuen Testamentes» und nicht die bürgerliche Kirchlichkeit, die sich fälschlicherweise «Christentum» nennt), daß alle Menschen vor Gott gleich, also wesentlich gleich sind. Aber dann graust es dem Christentum vor dieser Abscheulichkeit, die Gott abschaffen will und Furcht vor der Menge der Menschen, vor der Majorität, vor dem Volk, vor dem Publikum erregen will. *Sören Kierkegaard.*

(Aus W. Kütemeyer: «Der Einzelne und die Kirche».)

Das Volk, der Einzelne, die Staaten

Das Volk ist bisher das dialektische Moment in der Entwicklung des Menschengeschlechts gewesen. Das Volk ist wie die Masse in einer Fabrikation der große Behälter, in den es ständig zuströmt (numerus) und woraus dann das entsteht, was entstehen soll, das heißt einige Einzelne, oder Einzelne – aber es geht ungeheuer viel verloren, was jedoch nicht Schuld der Vorsehung ist, die jeden dazu angelegt hat, ein Einzelner zu werden; es heißt deshalb, daß es verlorengeht.

Das Volk ist der Impetus gewesen. Das Volk ist die Macht, welche Könige und Kaiser geschleift hat; Könige und Kaiser haben bisweilen wieder das Volk gebraucht, um Adel oder Geistlichkeit zu schleifen, das Volk hat den Adel geschleift, das Volk hat die Geistlichkeit geschleift, und die Geistlichkeit hat das Volk gebraucht, um den Adel zu schleifen. und der Adel hat das Volk gebraucht, um die Geistlichkeit zu schleifen. Aber immer «das Volk».

Jetzt kommt die letzte Evolution, der Begriff Volk wird selbst dialektisch. «Das Volk» ist jetzt das, was geschleift werden soll. Wie soll das geschehen? Ja, hier kommt die Kategorie: der Einzelne.

Der Erziehungsprozeß des Menschengeschlechts ist ein Individualisationsprozeß. Deshalb muß das Geschlecht erst zu drei Ständen in Stücke geschlagen werden – aber dann zuletzt, dann geht es darauf los, dieses ungeheure Abstraktum in Stücke zu schlagen, das Volk mit Hilfe des «Einzelnen».

Jeder, der denken kann, kann dieses verstehen. Aber die meisten können nicht denken; wenn sie einen Gedanken festhalten sollen, müssen sie sofort einige Stück sein, die einander darin bestärken, daß er richtig ist, sonst dürfen sie ihn nicht denken. Wenn es so ist, ist es allerdings eine Unmöglichkeit, diesen Gedanken des Einzelnen zu denken – denn er läßt sich allerdings nicht en masse denken, da er just darauf berechnet ist, die Masse zu zerstreuen.

Doch wird die Weltgeschichte lange Zeit vor sich haben, bevor sie recht zu dem Einzelnen kommt. Erst müssen die Staaten in kleinere Stücke geschlagen werden. Je mehr Entwicklung, je weniger Staat. Sollen alle mit in der Regierung sein, muß der Staat sehr klein sein.

Sören Kierkegaard.

(Aus W. Kütemeyer: «Der Einzelne und die Kirche».)

Tolstoj-Worte

Man spricht von der Befreiung der christlichen Kirche vom Staat. Man spricht davon, Christen Freiheit zu schenken oder nicht zu schenken. In diesen Gedanken und Worten liegt ein sonderbares Mißverständnis. Die Freiheit kann einem Christen oder den Christen nicht geschenkt und nicht genommen werden. Die Freiheit ist ein unentreißbarer Besitz des Christen. Spricht man aber davon, Christen die Freiheit zu geben oder zu nehmen, so spricht man offenbar nicht von wirklichen Christen, sondern von Menschen, die sich nur Christen nennen. Der Christ kann gar nicht anders als frei sein, denn die Erreichung des Zieles, das er sich selbst gesteckt hat, kann durch niemand und durch nichts verhindert oder auch nur aufgehalten werden.

Alles, was wir wissen können, ist, was wir, die wir die Menschheit bilden, tun müssen und was wir nicht tun müssen, damit das Reich Gottes komme. Und das wissen wir alle. Nur muß ein jeder beginnen, zu tun, was wir tun müssen, und aufhören zu tun, was wir nicht tun dürfen, nur muß ein jeder von uns in all dem Lichte leben, das in uns ist, auf daß die nahe Zukunft, das verheißene Reich Gottes komme, dem das Herz jedes Menschen zustrebt.

Die ganze Schwierigkeit und scheinbare Unlösbarkeit der Frage von der Freiheit des Menschen kommt daher, daß die Menschen, die diese Frage lösen wollen, sich den Menschen als unbeweglich in seinem Verhältnis zur Wahrheit vorstellen.

Keine Revolution kann für die große Masse des Volkes jammervoller sein als die ununterbrochen bestehende Ordnung oder, besser gesagt, Unordnung unseres Lebens mit seinen täglichen Opfern an unnatürlicher Arbeit, Bettelarmut, Trunkenheit, Ausschweifung und mit all dem Entsetzen eines drohenden Krieges, der in einem Jahre mehr Opfer verschlingen muß als alle Revolutionen dieses Jahrhunderts.

Redaktionelle Bemerkungen

Die Oktobernummer der «Neuen Wege» möchte einen Vorstoß machen zu grundlegenden Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus, wie es schon längst unser großes Anliegen war. Je gründlicher wir uns in das Problem dieser weltbedeutenden Bewegung vertiefen, je kritischer und sachlicher wir uns ihm gegenüberstellen, je häufiger und intensiver wir mit Menschen, die sich für sie einsetzen, ins Gespräch und zu klaren Fragestellungen kommen, um so größeren Dienst leisten wir der Wahrheit und dem Frieden.

Die Referate des Flumserberg-Ferienkurses werden wir nach und nach in extenso abdrucken. Wir beginnen in diesem Heft mit den uns in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Voten der am Ferienkurs Abwesenden. Margarete Susman, die gesundheitshalber den Ferienkurs leider nicht mitmachen konnte, wünschen wir herzlichst völlige Genesung, damit sie unsere Zusammenkünfte wieder durch ihre Persönlichkeit belebe und vertiefe. Prof. Emil Fuchs, der wohl von der Schweiz aus das Einreisevisum erhalten, aber von seiner Regierung das Ausreisevisum nicht bekommen hatte, sandte uns Thesen, die viel zu denken geben, sowohl im positiven als im negativen Sinne. Hier vermissen wir natürlich die direkte Aussprache mit ihm, die sowohl ihm als uns mehr Einblick in alle sich aufdrängenden Probleme eines Christen gegeben hätten. Doch wird sich sicher gerade im Verlaufe unserer Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus manches herauskristallisieren, welches die Thesen von Prof. Fuchs erhellen und auch da und dort berichtigen wird.

Das Votum von Prof. Dr. Rudolf Brun, dem bekannten Nervenarzt, sehen wir als solches an und bringen es unsern Lesern zur Kenntnis, weil wir uns in allem Ernst mit der Frage des Bakterienkrieges befassen wollen und diese Frage nicht nur den streitenden Parteien überlassen dürften. Eine selbstverständlich eindeutige Stellungnahme gegen jede bakteriologische oder atomische Kriegführung muß weiterführen zur konkreten Frage, ob die Behauptungen beider Parteien der Wahrheit entsprechen. Erst eine unparteiische Untersuchung mit Vertretern von *beiden* Seiten kann Klarheit schaffen. Jedenfalls geht es nicht mehr an, sich über diese entscheidende Frage der Menschheit einfach hinwegzusetzen. Wenn *diese* Frage uns nicht gewaltig und zur Tat aufrüttelt, für was wollen wir denn überhaupt noch auf dieser armen Erdkugel vegetieren? Wir hoffen, einmal in dieser Frage abschließenden Bericht geben zu können, sobald der wahre Tatbestand völlig als abgeklärt gelten kann.

Vor allem aber machen wir unsere Leser auf die Worte des Prof. Matthey (siehe Votum Dr. R. Brun!) aufmerksam. Grausamkeit, Gewalt, Barbarei und Terror sind näher um und in uns, als wir meinen. Suchen

und verdammen wir sie nicht oder nicht nur im Osten, sondern sehen wir diesen Dingen bei uns selber in die Augen. Ein solcher Zynismus, eine solche Einstellung zum Menschenleben und zur Menschenwürde, wie sie aus den Worten Prof. Mattheys dringen, macht unserem Land und jedem von uns Schande, der sich nicht scharf und fest und immer wieder und wo es auch sei dagegen empört.

Im Namen des Redaktionskollegiums:
Carmen Weingartner-Studer.

Jona flieht vor Gott

Eine Jom-Kippur-Predigt

Vorbemerkung. Die nachfolgende Predigt wurde in ähnlicher Form am Versöhnungstage in der Jerusalemer Gemeinde «Emeth w'Emunah» gehalten.

«Gottes Rede geschah zu Jona, Sohn Amitais, er sprach: ‚Steh auf, wandere nach Ninive, der großen Stadt, und rufe über ihr aus, daß ihr Arges vor mein Antlitz herübergezogen ist.' Jona stand auf (er gehorcht also? nein:), nach Tarschisch zu fliehen, von Gottes Antlitz hinweg. Er stieg nach Jaffa hinab, fand ein Schiff, das nach Tarschisch ging, gab den Fährlohn dafür und bestieg es, mit ihnen nach Tarschisch zu gehen, von Gottes Antlitz hinweg.»

So beginnt das Buch Jona, das wir in einigen Stunden als den Prophetenabschnitt des Nachmittagsgottesdienstes lesen werden und jetzt gemeinsam erläutern wollen. Bei diesem, unserem gemeinschaftlichen Lernen werden wir uns nicht nur des Bibelwortes selber, sondern auch einer alten Auslegung bedienen, des «Midrasch Jona». Dieser stellt gleich zu Beginn eine Frage, die sich jedem aufdrängt: «Warum flieht Jona?» Wir werden sie zu beantworten suchen, aber nicht als unsere erste Frage. Vorher stellt sich uns eine andere Frage: Wohin und wie flieht dieser Mensch, dieser jüdische Prophet, vor Gottes Antlitz? Was sind die Stationen seiner Flucht?

Die erste Station ist das gestaltlose Element, das Meer, in dem die Figuren der Schöpfung ununterscheidbar werden. Der Midrasch* deutet an, daß Jona vielleicht sogar in den Sturm flüchtet, der schon zwei Tage lang wütet, während er an der Küste Jaffas auf ein Schiff wartet. Ein bereits ausgelaufenes Schiff kann die hohe See nicht gewinnen, wendet und kommt zurück, und Jona besteigt es, den ihm gewährten Aufschub als göttliche Billigung seiner Flucht mißverstehend. Er beruhigt sich auch mit dem Gedanken, daß im Gegensatz zu Himmel und Erde, die beide in der Schrift mit Gottes Ehre in Verbindung gebracht werden — «die Himmel rühmen Seine Ehre» und «die Erde ist Seiner Ehre voll» —, kein entsprechender Vers Gottes Ehre auf das Meer gründet. Er hat es nun eilig, auf das Schiff zu kommen, und ist so diensteifrig zur Flucht wie Abraham zur Befolgung des göttlichen Gebotes der Bindung Isaaks war: Dieser sattelte seinen Esel selbst, und Jona erlegt den ganzen Fahrpreis im vorhinein oder kauft gar, wie der Midrasch unterstreicht, das Schiff selbst, um von Gottes Boden gleichsam auf ein eigenes Territorium zu fliehen.

Die zweite Station der Flucht ist Tarschisch, Tarsessos, das andere Ende der belebten Welt. Dorthin will Jona, in die Ferne, wo man ihn

* Midrasch = Erklärung, Untersuchung, Auslegung.

und seinen Gott nicht kennt. Zwar herrscht Er auch dort, aber Seine Offenbarung gilt dort nicht. Jona hat Hoffnung, der prophetische Auftrag werde ihn dort nicht erreichen. So hat Professor Jechezkiel Kaufmann in dem Jonakapitel seiner monumentalen «Geschichte des israelitischen Glaubens» diesen Zug der Erzählung überzeugend gedeutet. Wir dürfen hinzufügen, Jona flieht aus der schon offenbarten Schöpfung in die — scheinbar noch verborgene.

Diese zweite Station aber, die für ihn die Endstation wäre, soll er nie erreichen. Sie würde auf der gleichen Ebene liegen wie die Küste und das Meer. Der Mensch aber, der vor Gott flieht, kann nicht auf seiner eigenen Ebene bleiben: er läßt sich fallen, und so muß er immer tiefer fallen. Die Richtung der Flucht zeigt also nach unten, sie geht abwärts. Als der Sturm losbricht, kann Jona, der ihn wohl gleich als die Folge seines eigenen Tuns erkennt, den Anblick nicht ertragen: er steigt in das unterste Verdeck des Schiffes hinunter. Nun ist er, statt auf dem ehrlichen Festland oder auf dem offenen Meere, im Gehäuse aus Menschenhand, das ihm nun auch den Anblick der Schöpfung verbirgt. Später, neben dem geretteten Ninive, wird er sich wiederum ein solches Gehäuse aufrichten, jene Schattenhütte, die Gott durch den Gummibaum noch überbietet, damit der Mensch nicht im Gnadenhauche seiner Sonne verbrenne. Das Gehäuse ist die dritte Station der Flucht.

«Und er legte sich hin und schlief ein.» Nun schaltet Jona, nach den Sinnen, auch Wissen, Bewußtsein und Gewissen aus. Nicht nur Hören und Sehen ist ihm vergangen, er will auch von dem Schreien der Seeleute und ihrem ängstlichen Tun, das Schiff von seinen Geräten zu erleichtern und dadurch zu retten, keine intellektuelle oder moralische Kenntnis mehr nehmen. Er flieht in den Schlaf.

Da nun, mitten in der vierten Station seiner Flucht, erreicht ihn ein zweiter Ruf, der genau wie der erste mit der Aufforderung beginnt: «Steh auf!» Das erstemal hatte Gottes Stimme den Propheten aus einer Pause seiner Sendung wecken wollen, aus seinem Berufungsschlaf gleichsam: vergeblich, wie wir wissen. Um ihn aus dem seelisch-körperlichen Fluchtschlaf zu wecken, bedarf es nur einer Menschenstimme, die des Kapitäns, den der Sohar freilich als eine Personifikation des «guten Triebes» auffaßt.

Für uns genügt es, mit der Schrift selber, den Kapitän als den Vertreter des verantwortlichen und wachen Lebens gegenüber der Flucht in den Schlaf zu verstehen. Er herrscht den Propheten an: «Wie kannst du schlafen? Steh auf, ruf deinen Gott an! *Vielleicht* (!) bedenkt sich unseretwegen der Gott, daß wir nicht hinschwinden müssen.» Wir werden auf dieses «Vielleicht», das dieser heidnische Seemann dem jüdischen Propheten sagt, noch zurückkommen. Der Midrasch verschärft wiederum die Rede des Kapitäns und läßt ihm sagen: «Wir stehen zwischen Tod und Leben, und du schläfst!»

Nun macht die Erzählung eine merkwürdige Pause: wir hören nichts

über Jonas Antwort oder seine Reaktion auf die Anrede des Kapitäns. Offenbar schweigt er, und vielleicht richtet er sich aus seiner Schlaflage nicht einmal auf, um dem leidenden Menschen, der seine Hilfe erbittet, nicht ins gequälte Antlitz blicken zu müssen. Doch nicht nur ihm bleibt er die Antwort schuldig. Der Vertreter der Seeleute, die alle zu ihrem Gott um Rettung rufen — nach dem Midrasch waren die Vertreter aller 70 Heidenvölker auf dem Schiffe mit ihren Götzen versammelt, und jeder rief vergeblich den seinen an —, dieser Heide also hatte ja Jona aufgefordert, nun auch zu seinem Gotte zu beten. Er aber bleibt stumm. Nur sein Leib ist wach geworden, seine Seele bleibt starr; er kann nicht beten. Das trotzige Schweigen ist die fünfte Station auf seiner Flucht vor Gott. So treibt er die Seeleute von ihrem Gebet fort und in die Magie des Auslosens. Das Losen «gelingt», denn Magie ist ja die Technik des antiken Heidentums, wie die Technik die Magie des modernen Heidentums ist: beide sind praktisch gleich wirksam, jede in ihrer Sphäre; Jona wird als der Schuldige ausgelost.

Wiederum will er nicht beten, obwohl er ahnen mag, daß auch jetzt noch sein reuiges Gebet als eine Tat der Umkehr von Gott angenommen werden würde. Zwar bekennt er stolz sein Volkstum: «Ein Hebräer bin ich», und auch seine Gottesfurcht: «Den Ewigen, den Gott des Himmels, ehrfürchte ich, der das Meer und das Trockenland gemacht hat», aber die Gottesliebe bekennt er nicht, und wir werden noch sehen, warum nicht. Zu dem nur anerkannten und nur gefürchteten Schöpfergott aber kann man nicht beten. Statt dessen schlägt er den tödlich erschrockenen Heiden einen Mord vor: den seinen, und macht sie zu Priestern auf dem Meeresaltar seines grausamen Gottesbildes: «Ergreift mich und schleudert mich ins Meer, daß das Meer von euch ab sich stille.» Da er selbst still bleibt, kann das Meer nur durch das Opfer seines Lebens gestillt werden. Jona hat nun die vorläufig letzte Station der Gottesflucht erreicht: den Tod, den Freitod, den er im Schlaf schon vorwegnahm.

Jetzt aber geschieht wieder etwas ganz Merkwürdiges: die Heiden scheuen vor der Tat zurück. Sie rudern mit höchster Anstrengung, um doch noch ans Land zu gelangen: vergeblich! Sie beten nun zu Jonas Gott, den sie wohl schon als den wahren Gott der Schöpfung ahnen: selbst dies ist vergeblich. Und bevor sie Jonas Willen tun, den sie für Gottes Willen halten müssen, machen sie, nach dem Midrasch, der wiederum nur die Linien der biblischen Erzählung schärfer nachzieht, ohne aber ihre Richtung im geringsten zu verändern, allerlei Zwischenversuche: «Sie warfen ihn bis zu den Knien ins Meer, und das Meer stand ab von seinem Zorn; sie zogen ihn wieder zu sich herauf, und das Meer fuhr fort und stürmte. Sie warfen ihn bis zum Nabel ins Meer, und das Meer stand ab von seinem Zorn; sie zogen ihn zu sich herauf, und das Meer fuhr fort und stürmte. Bis sie ihn ganz hereinwarfen.» Nun tun sie, wieder nach dem Schriftwort selbst, Buße und bitten Gott, dem sie opfern, ihnen nicht das Blut eines vielleicht Unschuldigen anzurechnen. Jona, der nach Ninive,

der heidnischen Stadt, gesandt ist, um sie zur Buße aufzufordern, deren Erfolg er fürchtet, erlebt auf diesem Heidenschiffe ein schwimmendes Ninive.

Damit scheint seine Flucht — in all ihrer Erfolg- und Sinnlosigkeit — an ihr Ende gelangt zu sein. Von der Heimat ans Meer, von dort in die Ferne, auf ihm ins Gehäuse, in den Schlaf, in das trotzige Schweigen, in den Selbstmord — das waren ihre sechs Stationen. Gott aber läßt ihn nicht sterben, sondern verschafft einen großen Fisch, Jona zu verschlingen. In dessen Leibe bringt er «drei Tage und drei Nächte» zu. Wie bringt er sie zu? Darüber weiß die Schrift nichts zu berichten, der Midrasch aber, der seiner Technik getreu ihre Lücken ausfüllt, um so mehr. Vor allem: noch betet Jona nicht. Noch setzt er seine Flucht fort, noch hinaus über die scheinbar endgültige Station, die des Todes, die er freilich durch Gottes strafende Gnade verfehlt hat. Es gibt noch eine siebente Station dieser Flucht, jenseits vom Tode.

Die midraschische Deutung knüpft an die Texteigentümlichkeit an, daß das hebräische Wort für «Fisch» zunächst in der männlichen Form («dag») und später in der weiblichen («daga») erscheint. Dieser grammatische Unterschied wird vom Midrasch gleichsam dramatisiert. Jona wird zunächst von einem männlichen Fisch aufgenommen, in dessen Leib er reichlich Platz hat und sich nicht beengt fühlt. Die Leuchtaugen des Seetieres dienen ihm als Fenster in die unterirdische Welt. Er sieht die Geheimnisse der Schöpfung, so «den großen Fluß, aus dem die Wasser des Ozeans herauskommen; die Pfade des Schilfmeeres, durch das die Kinder Israels zogen; die sieben Berge, auf denen Jerusalem steht; den Eckstein der Welt, auf dem die Söhne Korachs stehen und beten.» Diese großartigen Visionen des Midrasch weisen auf die siebente Fluchtstation des Menschen, der vor Gott davonläuft.

Er sucht sich in die metaphysische Neugier zu retten, in das Anstarren der mythologischen Vorwelt, in die Nichtverantwortlichkeit gegenüber dem Glauben und Tun, die sogar den Tod hinter sich gebracht hat, ohne doch den Glauben vor sich zu haben. Dort, am «Eckstein der Welt», stehen die Söhne jenes Korach, die einst die Erde verschlungen hat wie nun Jona das Meer, und — beten.

Nun endlich betet auch er, aber es sind, nach dem Midrasch, vorerst nicht die richtigen Gebete. Wie seine Flucht ihn von Station zu Station tiefer fallen ließ, so kann auch seine Umkehr nicht im Sprunge, sondern nur stufenweise aufwärts gehen. Eine streng architektonische Bewegung gliedert das Buch Jona und seine midraschische Deutung in die beiden Gegenbewegungen des Falls und der Erhebung, der Flucht und der Umkehr. Sie setzt sich noch in Ninives Buße fort, die beim Volke anhebt und von unten zum König aufsteigt.

Jonas Umkehr beginnt, immer noch nach dem Midrasch, mit dem Gebet aus dem 139. Psalm: «Wohin soll ich vor Deinem Geiste gehen? Wohin vor Deinem Antlitz entlaufen? Ob ich den Himmel erklömme, Du

bist dort, bettete ich mir das Gruftreich, da bist Du. Erhübe ich Flügel des Morgenrots, nähme Wohnung am hintersten Meer, dort auch leitete mich Deine Hand, Deine Rechte faßte mich an.» (Übersetzung M. Buber.)

So sehr auch dieses Gebet auf Jonas eigene Erfahrung gegründet zu sein scheint: es genügt Gott nicht. Das theoretische Bekenntnis der mißlungenen Flucht vor Ihm ist keine Umkehr.

So versucht es Jona zum zweiten Male. In einem langen Hymnus preist er Gottes Allwissenheit. Er sagt, oder singt, unter anderem: «Die Wege der ganzen Erde erforschest Du, und die Herzen verstehst Du; die Gedanken jedes Menschen sind bei Dir gedacht, und alle Geheimnisse sind Dir offenbar.» Aber auch dieses Gebet ist umsonst und erreicht sein Ziel nicht. Wenig scheint Gott an Seinem theoretischen Lobe zu liegen, selbst wenn dies den wahrhaft großen Gedanken eines «göttlichen Apriori» enthält, das jeder menschlichen Erfindung vorangeht und sie ermöglicht. Jona muß noch besser beten lernen.

Der Midrasch läßt es ihn zum dritten Male versuchen, und diesmal mit den Worten der Hannah aus dem zweiten Kapitel des Ersten Buches Samuel. Unser religiöser Brauch stellt ja das zunächst unartikulierte Gebet der einfachen frommen Frau, die um einen Sohn fleht — «nur ihre Lippen bewegen sich, ihre Stimme aber ward nicht gehört» — als Prophetenabschnitt des ersten Neujahrstages an die Spitze des Heiligen Kalenders. Wir lassen das Seelengebet der Hannah Jahr um Jahr über die Seelentaubheit und das Unverständnis des bestallten Oberpriesters Eli siegen, der den Glaubensgehalt nur in den ihm vertrauten Formen erkennt und die im Gebet Ausbrechende als eine Betrunkene verkennt. So ist uns die religiöse Revolution gegen das Zeremoniell wiederum zum Zeremoniell geworden: ein kühnes Wagnis, das immer wieder gewagt werden und immer wieder scheitern muß. Auch Jona scheitert an ihm. Der Midrasch läßt ihn mit Hannahs Worten beten, aber gleich auch auf sie pochen, da sie ja nun einmal festgelegt und kanonisiert sind: «Ein Tötender und Wiederbelebender wirst Du genannt — siehe meine Seele gelangte bis zum Tode — belebe mich!»

Nun ist Jona dem echten Gebet ganz nahe, aber er verfehlt es gerade in der Gefahr dieser Nähe, deren Anhauch er nicht standhält. Er sagt nun, ganz legitim: ich. Er spricht nun endlich von der eigenen Not, dem eigenen Tod. Das mag genug für den Menschen sein, der niemals vor Gott flüchtete; für Jona taugt es noch nicht. Noch ist in ihm die falsche Sicherheit des gefallenen Propheten, der Gottes Wort wie ein menschliches Eigentum zu verwalten glaubt. Auch auf Seine Barmherzigkeit und Gnade hat der Mensch kein Recht. Noch besser muß Jona beten lernen.

Sein viertes Gebet im Midrasch ist identisch mit dem Schlußvers seines biblischen Gebetes im zweiten Kapitel des Jonabuches. Nun erst sagt er: «Mit der Stimme des Dankes will ich opfern Dir, was ich gelobte, bezahlen.» Nach den drei vorläufigen Gebeten, der Anerkennung der mißlungenen Flucht, dem theoretischen Preise Gottes, der Besinnung

auf Gottes verbürgte Gnade, die alle immerhin wieder Stufen nach oben waren, erfolgt nun der Durchbruch in das Gebet der Umkehr: das Versprechen tätigen Gehorsams. In diesem Versprechen findet Jona zum ersten Male wieder die Stimme der Gottesliebe: er spricht vom Dank.

Jetzt erst sind wir vorbereitet, die vorhin erwähnte erste Frage des Midrasch zu verstehen, die wir zu unserer zweiten gemacht haben: «Warum flieht Jona?» Wiederum sind die Antworten des Midrasch lehrreich, wenn auch nicht endgültig. Die Unheilsverheißung über Ninive sei die dritte Prophezeiung gewesen, die Jona aufgetragen wurde. Vorher hat er sich einmal als erfolgreicher Heilsprophet und ein anderes Mal als erfolgreicher Unheilsprophet betätigt, beide Male Jerusalem gegenüber, das ihn nun als einen Lügenpropheten ansieht. Der Midrasch läßt Jona seine Rechnung mit sich selbst machen: «Nicht genug, daß mich Israel einen Lügenpropheten nennt; auch die Völker der Welt werden mich einen Lügenpropheten nennen.» Das Entscheidende aber hat wiederum Jechezkiel Kaufmann gesehen und gesagt. Wenn andere Propheten vor dem göttlichen Auftrag fliehen, wie Elia, oder ihn nicht annehmen wollen, wie Jeremia, so fürchten sie den Mißerfolg ihrer Sendung; Jona aber, als einziger, fürchtet den Erfolg. Welchen Erfolg? Den der Bußepredigt, die Gottes Gnade hervorrufen wird. Jona flieht vor Gottes Gnade in Gottes Strenge. Daher straft ihn Gott nicht mit seiner Strenge, die ihn ja bestätigen würde, sondern mit seiner Gnade, die ihm unrecht gibt und zur Umkehr zwingt. Der Midrasch unterstreicht das wieder in seiner großartig naiven Sinnenhaftigkeit. Der zweite Fisch, in den Jona endlich gerät und in dem er sich so eng fühlt, daß er nun zum echten Gebet kommt, jene weibliche «daga», wimmelt von mütterlichem Leben, von Tausenden kleiner Fischkreaturen, die sich um den gefangenen Propheten drängen. Der Gottesflüchtling in den Tod und in die metaphysische Neugier, die noch hinter den Tod langt, wird von der Fruchtbarkeit des kreatürlichen Lebens bedrängt und durch sie zur Umkehr gezwungen.

Diese aber kann der Mensch immer nur in einzelnen großen Höhepunkten verwirklichen. Ein zweites Mal ergeht Gottes Auftrag an Jona, ein drittes Mal hört er jenes «Steh auf!», diesmal wiederum von Gott, aber er geht eine volle Tagesreise in die Stadt hinein, ehe er seinen Auftrag endlich ausführt. Wir dürfen dieses erneute Schweigen der biblischen Erzählung vielleicht als einen bewußten Aufschub deuten. Denn Jona will in den langen Stunden, Tagen und Jahren der Nichtumkehr eben jene Sicherheit, die nur Gottes Strenge den Menschen liefern kann. Das Kennwort von Gottes Barmherzigkeit und Liebe aber lautet: «Vielleicht». Wir erinnern uns nun, daß schon die Heiden auf dem Schiffe es Jona vergeblich zu lehren versuchten: «Vielleicht bedenkt sich unseretwegen der Gott...» So sagen auch die Menschen von Ninive: «*Wer weiß*, umkehren möchte Gott, es möchte ihn geleiden, und er kehrt sich ab vom Flammen seines Zorns, und wir schwinden nicht.» (Übersetzung M. Buber.) Nur die

Gottesliebe kann Gott selber die Umkehr gestatten. Wer Gott nur fürchtet, verbietet sie ihm und macht sie sich selbst unmöglich. Das wußte Amos, wahrscheinlich ein Zeitgenosse des historischen Jona, dem unser Buch zugeschrieben ist, der weder vor dem Hohepriester noch vor Gott flüchtete und der uns gelehrt hat: «Hasset das Arge! Liebet das Gute! Das Recht setzt im Tore ein! Gunst schenkt dann vielleicht Er, der umscharte Gott, dem Überreste Josephs.» *Ernst Simon*

DER FERIENKURS AUF DEM FLUMSERBERG VOM 5.—12. OKT. 1952

Die Gemeinde Christi und die Politik

Das von der Theologie im allgemeinen für sie selbst und für die Kirche als unfruchtbar erachtete 19. Jahrhundert hat zu dem umstürzenden Fortgang der Entwicklungen in Wirtschaft, Industrie, Technik, Wissenschaft und Politik die ebenso eindeutige wie scharfe *Absage* an alle «Religion», an «Christentum» und «Kirche» gebracht, wie sie Karl Marx und später Friedrich Nietzsche aussprachen. Darin hat sich der Mensch dieses Jahrhunderts, das bis jetzt alle Leitlinien unseres eigenen Jahrhunderts bestimmt, mit seiner Welt gleichsam endgültig praktisch und theoretisch von Christentum und Kirche und von einem idealistisch verstandenen «Reiche Gottes» gelöst, ist dem Staate, der Politik und Wirtschaft verfallen und proklamierte das «Reich des Menschen» beziehungsweise «Übermenschen», das in der Folge in das Reich der Dämonen und des Teufels einmündete und eine unabsehbare Reihe von Katastrophen mit sich führte. Davon erzittert heute die Welt, und die Menschen ängstigen sich in Unglauben, Wahn und Verzweiflung ebenso wie in raffender Lebensgier und suchen sich wie ihre trostlos und kalt gewordene Welt vor sich selbst und gegeneinander durch *Gewalt* zu sichern und zu retten. Man sucht «Rettung», worin keine Rettung ist.

Dieses gleiche 19. Jahrhundert birgt aber in sich auch ganz andere «Entwicklungen», ganz andere Geistesmächte. In ihm leben Gestalten wie Blumhardt, Vater und Sohn, kämpfen ein Kierkegaard und ein Tolstoj, verkündigen ein Dostojewskij und ein Solowjeff eine neue, universelle Botschaft. Bei ihnen wird um eine neue Erfassung des «Christlichen» gerungen, was es sei und bedeutet in der Welt und für die Welt. Bei ihnen handelt es sich um ein neues Verständnis der Sache Christi. Sie vollziehen aber auch die über allen Unglauben und allen Unverstand hinausgehende — bisher schärfste — *Kritik an Christentum und Kirche* selbst, von dem aus, was mehr und anders ist als sie: von Christus und

seiner Botschaft vom Reiche Gottes her. So verschieden die Haltung dieser Gestalten im einzelnen ist, in einem gehören sie alle zusammen: sie sind durchglüht von der Leidenschaft für eine tiefgreifende und umfassende *Erneuerung der Sache Christi*. Das führt bei den Blumhardt zur Entdeckung und Vertretung der biblisch-realistisch und als lebendige und fortgehende Offenbarung verstandenen Botschaft vom Reiche Gottes, welches sich bei ihnen als eine *neue Wirklichkeit* erweist. Dem Abbruch des Christentums, dem fortgehenden und bei weitem nicht vollendeten, entspricht ein «Durchbruch» zu Christus und zum Reiche Gottes, von dem wir glauben dürfen, daß er zu einem gewaltigen Siege der Sache Christi in der Welt führen wird.

Aus der neuen Wirklichkeit des Reiches Gottes, seinen Gaben und Kräften, wie sie in den beiden Blumhardt aufgebrochen sind, erwächst ein neues Verständnis der biblischen Botschaft überhaupt und eine neue Vertretung dieser Botschaft in der Welt und unter den Menschen. Diese Bedeutung der beiden Blumhardt stellt Leonhard Ragaz in seinem Blumhardt-Buch — «Der Kampf um das Reich Gottes in Blumhardt Vater und Sohn — und weiter!» — heraus. Das wichtigste daran scheint mir ein aus der Kritik der Religion, des Christentums und der Kirche gewonnenes *neues*, praktisch und theoretisch wirksames Verhalten gegenüber der Welt. Waren Christentum und Kirche in der Welt aufgegangen oder von der Welt aufgesogen worden und unterschieden sich von ihr allenfalls noch als «Religion» oder als «Organisation der Religion» (R. Rothe), das heißt als Kirche, die sich der bestehenden Kultur und Zivilisation wie dem bestehenden Staats- und Wirtschaftswesen einfügte und unterordnete oder ihm die religiöse Weihe gab, so erwachte nun in diesen Männern die *weltüberlegene, weltverwandelnde und welterneuernde Art des Reiches Gottes und Christi* zu neuem Leben. Diese Männer waren der Beginn einer neuen Begegnung und Auseinandersetzung der Sache Christi mit der Welt, welche über das katholisch-mittelalterliche wie das protestantisch-neuzeitliche Verständnis dieser Sache und ihres Verhältnisses zur Welt grundlegend hinausging und heute im Kampf unserer Zeit im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht.

In diesem Ringen geht es, um nun mit Bedacht Losungen von Leonhard Ragaz zu gebrauchen, darum, loszukommen von der in Erstarrung und Tod geratenen «Religion» zur Wirklichkeit des gekommenen und kommenden Reiches Gottes, weg vom Christentum zu Christus selbst, los von der «Kirche» als Organisation der Religion zur Nachfolge Christi und zu seiner Gemeinde. Mit alledem zurück und vorwärts zur biblischen Wahrheit und Wirklichkeit selbst und damit in die *reale geschichtliche Auseinandersetzung* hinein. Denn das ist der Sinn der Bibel im Unterschied zu allem bloßen Dogma, aller bloßen Tradition, daß sie als Urkunde der *Geschichte Gottes mit den Menschen* und als Richtschnur der in ihr geschichtlich sich entfaltenden Sache Gottes selbst Geschichte ist und Geschichte wird und mit der Botschaft vom kommenden Reich und

dem kommenden Christus den Kampf um das Reich Gottes zum Zentralthema aller kommenden Geschichte macht. Die Bibel kennt darum für die Sache Gottes keine *Trennung* gegenüber der Welt, sie geschieht vielmehr in der Geschichte und mit der Geschichte dieser Welt. Damit ergibt sich, um mit Worten des frühen Marx zu sprechen, ein «reales Verhältnis zur wirklichen Welt», zu den «wirklichen menschlichen Verhältnissen», zum «wirklichen Leben» der Menschen in der Welt. (Deutsche Ideologie.)

Aber im Gegensatz zu Marx erkannten diese Männer in der «realen Geschichte» nicht nur den in seinen «Produktionsverhältnissen und mit seinen Produktionskräften sich, das heißt sein «Leben», erschaffenden und (was man allzusehr vergißt!) ebenso nach Marx auch zerstörenden Menschen, sondern den lebendigen Gott und seine Offenbarung bei den Menschen. Diese Männer erkannten und verkündigten Gott wieder als Wirklichkeit und in seinem lebendigen und realen Verhältnis zur Welt: als Schöpfer und Erlöser, als Herr und Vater, als Mensch und Bruder in Christus und seiner Gemeinde. Sie erkannten, wie L. Ragaz in dem schon genannten Blumhardt-Buche formuliert, die Geschichte als Kampf um das Reich Gottes. Hier wird gegen die dogmatisch-statische Art des «Christentums» und seine institutionelle oder hierokratische Organisation, die «Kirche» heißt, wieder jene Linie gewonnen, «worin die Offenbarung Geschichte wird und die Geschichte Offenbarung». Hier erst «tritt die Gottheit in ihrer ganzen Fülle und Wahrheit hervor; denn hier erst ist es die Gottheit des lebendigen Gottes. Es ist der Weg vom Dogma zur Geschichte, von der Statik zur Bewegung, von der philosophisch-theologischen Idee zu dem Worte, das Fleisch geworden ist und wird.» (L. Ragaz: «Jesus», Seite 212.)

In dieses Licht müssen wir auch unser Thema «Die Gemeinde Christi und die Politik» rücken, wenn wir Raum gewinnen wollen für die Fragen, die uns dabei bewegen.

*

Es handelt sich um die *Gemeinde Christi*, von der wir reden, und *nicht um die Kirche*. Was die letztere immer ist oder geworden ist, sie ist auf alle Fälle nicht das von Jesus, dem Christus Gottes, geschaffene oder besser aus ihm erwachsene Organ der Sache Gottes in der Welt, die dem Reiche Gottes dienende Gemeinde Christi, wie Jesus selbst und seine Apostel sie verstanden haben. Es ist in der Kirche wohl etwas von der Gemeinde in den verschiedenen Gestaltungen und Typen (Katholizismus, Protestantismus, Orthodoxie usf.) in den geschichtlichen Epochen des Christentums enthalten. Es wirkt in ihr aber ebenso und zuzeiten überwiegend der Abfall von der Sache Christi und das Abkommen vom Kampf des Reiches Gottes in der Welt.

Was die Blumhardt (auch der konservativ scheinende Vater!), Kierkegaard und Leonhard Ragaz in schwerem, leidvollem Kampf in dieser Sache klargestellt haben, ist eine grundlegende prophetische Erkenntnis und Botschaft. Der Kampf gegen Christentum, Theologie und Kirche ist

das legitime Zeichen alles echten prophetischen Kampfes für die Sache Gottes in der Welt. Das Reich Gottes stößt wie mit den Weltmächten, so auch mit den Religionsmächten zusammen und ist ihre Überwindung und der Sieg über sie. Leonhard Ragaz hat dieses Ringen um das Reich Gottes und die Gemeinde Christi gegen die Kirche immer neu aufgenommen und als Auftrag empfunden. Sein ganzer Lebenskampf ist Zeugnis dafür. (Vergleiche dazu vor allem auch «Mein Weg», Bd. 1 und 2.) Im Jahre 1944 hat er sich auch in den «Neuen Wegen» noch einmal zusammenfassend und programmatisch dazu geäußert. Ich zitiere daraus jenes Stück, das für die Kennzeichnung des Gegensatzes zwischen Gemeinde und Kirche für uns hier wichtig ist[1]. (Vergleiche «Neue Wege», Oktober 1944.)

Die neue Gemeinde (oder die Gemeinde im Gegensatz zur Kirche)

Das ist die Eine Säule der Sache Christi, welche sich als Nachfolge darstellt. Sie ist nicht eine mehr oder weniger vollständige Befolgung einer christlichen Moral mit all ihrer Engigkeit und Schwere, sondern ein unmittelbares Schöpfen aus der Quelle, dem lebendigen Gott und Christus selbst, in höchster Freiheit und Freude.

Aber zur Nachfolge tritt die *Gemeinde*. Von ihr hat, an jener Stelle, Jesus vorher geredet. Er hat auf das Bekenntnis des Petrus: «Du bist Christus, der Sohn des lebendigen Gottes!» geantwortet: «Selig bist du [gepriesen seist du!], Simon, Sohn des Jonas; denn Fleisch und Blut haben dir dies nicht offenbart, sondern der Vater, der in den Himmeln ist. Darum sage ich dir: Du bist der Felsenmann [Petrus], auf diesen Felsengrund [Petra] will ich meine Gemeinde erbauen, und die Pforten der Unterwelt [der ‚Hölle'] werden sie nicht überwältigen. Ich übergebe dir die Schlüssel des Reiches Gottes [der ‚Himmel']. Was du auf Erden bindest, das soll auch in den Himmeln [das heißt bei Gott] gebunden sein, und was du auf Erden lösest, das soll auch in den Himmeln [das heißt bei Gott] gelöst sein.»

Mit diesem Worte ist die Gründung der Gemeinde besiegelt. Es wird bekanntlich von der römischen Kirche auf die Person des Petrus und auf die römische Gemeinde bezogen. Sicher mit Unrecht. Ich habe schon früher einmal bemerkt, daß es im griechischen Urtext des Evangeliums zwar heißt: «Du bist Petrus», aber dann: «auf diese Petra will ich meine Gemeinde bauen», also nicht auf die Person des Petrus, sondern auf seine Sache, nämlich auf das, was Simon erkannt und bekannt hat: auf Christus als auf den berufenen Vertreter der Sache Gottes auf Erden, das heißt: des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit auf Erden. Es handelt sich — auch aus manchen anderen Gründen — nicht um die römische Gemeinde, sondern um die Gemeinde Christi, nicht um *eine* Gemeinde, sondern um *die* Gemeinde. Sie ist, wie ein später Apostel erklärt (1. Timotheus 3, 15), «die Säule und das Fundament der Wahrheit».

*

Auf dieser Linie gehen wir nun weiter und gelangen zu dem fundamentalen *Gegensatz zwischen Gemeinde und Kirche*, der nach meiner Auffassung zum «Programm» der religiös-sozialen Bewegung gehört, weil er zum Programm Christi gehört. Worin besteht dieser Gegensatz? Was ist die Kirche, und was, im Unterschied dazu, die Gemeinde?

[1] Man entschuldige die Aufnahme dieses langen «Zitats» in einen Vortrag. Aber gerade dieses wichtige Stück der religiös-sozialen Botschaft durfte in diesem Zusammenhang nicht ausgelassen werden. Und wer sollte das prägnanter und kürzer sagen können als L. Ragaz selbst? Vgl. dazu auch: «Die Botschaft vom Reiche Gottes» und «Weltreich, Religion und Gottesherrschaft».

Ich charakterisiere beide, schon manchmal Gesagtes noch einmal formulierend, so: *die Kirche ist die Vertretung der Religion, die Gemeinde die Vertretung des Reiches Gottes.* Damit stellen wir auch dieses Problem, wie jedes andere, in den fundamentalen Gegensatz hinein, der durch die ganze Geschichte der Religion und damit auch der Welt, besonders aber durch die ganze Bibel und die ganze Geschichte der Sache Christi geht und den nur theologische Blindheit verkennen kann: *in den Kampf des Reiches Gottes gegen die Religion und umgekehrt.*

Was ist denn, so gesehen, der Unterschied? Wir wollen ihn, so gut es geht, in Stichworten auszudrücken versuchen, wissend, daß die Bewegung des Lebens sich nie völlig durch abstrakte Begriffe ausdrücken läßt, sondern nur durch Gefühl und Schauen erfaßt werden kann.

Unter *Religion* verstehe ich, in diesem Zusammenhang, ein menschliches System von Gedanken, Gefühlen, Tätigkeiten, Institutionen. Als solches hat sie eine gewisse Selbständigkeit. Sie besitzt und beansprucht Geltung für sich. Sie ist Institution, Dogma, Frömmigkeit, vielleicht auch, mit argem Mißverständnis, Bibel. Sie wird eine von Gott gelöste Macht, besser: eine «Macht» im biblischen Sinne, eine jener «Mächte», die sich an die Stelle Gottes und damit wider Gott setzen, ähnlich wie der Staat, nur mit noch größerem und unmittelbarem Anspruch auf Absolutheit. Die Religion will Gott vertreten, seinen Anspruch geltend machen. Aber weil sie eine selbständige Macht wird, steht sie in Gefahr, an die Stelle Gottes treten zu wollen, und erliegt dieser Gefahr immer wieder. Dadurch kann sie selbst zur gefährlichsten Feindin Gottes werden. Als solche bekämpfen sie die Propheten, bald als Baals-Kultus, bald als Jahve-Tempel; als solche bekämpft sie Jesus, besonders in den großen Streitreden (Matthäus 12, 15 und 23), in der Ende-Rede (Matthäus 24), in den Gleichnissen und in der Bergpredigt.

Die *Kirche* aber als Kirche, wie ich sie auf Grund davon auffasse, ist die Trägerin der so verstandenen Religion. Sie vertritt die Religion. Das bedeutet aber innerhalb des Christentums eine Auffassung, die eine Entartung der Sache Christi ist, nämlich nicht das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit für die Erde, sondern das zeitliche und ewige Heil des Einzelnen und die darauf ausgerichteten Gedanken und Institutionen. Sie nimmt das «Joch» dieser Religion auf sich, sie verkündet diese, arbeitet für diese, kämpft für diese. Sie sucht für diese Macht und Ehre und meint, es handle sich dabei um die Macht und Ehre Gottes. Aber sie verwechselt — das ist die Gefahr, der sie immer wieder erliegt — diese Macht und Ehre der Religion (oder ihrer Trägerin, der Kirche) mit der Macht und Ehre Gottes. Weil jedoch Religion, in diesem Sinne verstanden, eine von Gott losgelöste, selbständige Macht geworden ist, so ist sie damit eigentlich bei der Welt angelangt; denn ein Drittes gibt es nicht. Es tritt jene *Verweltlichung* ein, welche der einzige wesentliche Feind der Sache Christi ist. Sie tritt ein als einfache Herrschaft über die Welt, aber von der Religion oder Kirche, nicht von Gott aus, oder auch als Anpassung an die Welt, und gerät damit oft tief in das Weltwesen hinein, bis zu jenem Imperialismus, der ein Element der römischen Kirche ist, und bis zu jenem Mammonismus, der im Ablaß diese Mischung von Gott und Welt typisch darstellt. Sie wird auch zur religiösen Sanktion und damit zur stärksten Stütze der «Gerechtigkeit» der Welt, welche das genaue Gegenteil der Gerechtigkeit des Reiches Gottes ist. Damit wird sie je und je zum großen Ärgernis. Damit trennt sie die Menschen stärker von Christus und von Gott als alles Freidenkertum und alle jeweilen «moderne» Anfechtung von Vernunft, Wissenschaft und Weltanschauung her. Darum kämpfen die Propheten des lebendigen Gottes zu allen Zeiten und in allen Formen in erster Linie gegen sie; daran vor allem erkennt man den Propheten. Auf diesem Wege der Religion gelangt die Gemeinde nach *Rom* und wird Kirche. Dort schreibt sie in die Kuppel der Typus-Kirche in Riesenlettern das Wort: «Tu es Petrus et super hanc petram aedificabo Ecclesiam meam et portae inferni non praevalebunt adversus eam[1].»

Durch den Gegensatz dazu wird klar, was die *Gemeinde* bedeutet. Es ist nun leicht zu formulieren. Die Gemeinde tut als Gemeinschaft das, was in der Nachfolge der Einzelne tut: sie übernimmt die Sache Gottes, das Reich Gottes und seine Gerech-

[1] Es ist die lateinische Form des Jesuswortes: «Du bist Petrus ...»

tigkeit, als Gabe und Aufgabe und macht sie zu ihrer Sache. Sie verkündigt sie, und zwar als Botschaft, nicht als Dogma. Sie vertritt die Hoffnung auf das Reich und die Forderung des Reiches. Sie arbeitet dafür, kämpft dafür, leidet, wenn es sein muß, freudig dafür, nimmt dafür, genau wie die Nachfolge, das Kreuz auf sich. Sie wird Nachfolge als Gemeinschaft. Sie sagt sich selbst ab: sie sucht nicht ihre eigene Sache, sondern Gottes Sache, mit andern Worten: ihre Sache ist nicht die Religion, sondern die Gerechtigkeit des neuen Himmels und der neuen Erde, von der wir anderwärts geredet haben. Indem sie der Welt entgegentritt, gibt sie sich der Welt hin, und indem sie sich der Welt hingibt, tritt sie in Gegensatz zu ihr. Sie will in der Welt wirken. Sie will, wie alle Propheten, die Verweltlichung Gottes, die Verweltlichung Christi, aber nicht im Sinne einer Machtherrschaft, und sei's in der feinsten Form derselben, oder gar der Anpassung, sondern im Sinne jenes Sieges über die Welt, die zugleich ihre Erlösung und also die höchste Form der Freiheit ist.

So versteht das ganze Neue Testament die Gemeinde. Es will die Gemeinde, nicht die Kirche. Das Wort Ekklesia, das man verfälschend mit «Kirche» übersetzt, bedeutet die Gemeinschaft der von Gott zur Vertretung seiner selbst wie zum Erbe der Sache Christi «Gerufenen» (das ist die genaue Übersetzung des Wortes, das man mit «Berufenen» wiederzugeben pflegt, es damit in seinem Sinn etwas entstellend) und damit «Erwählten». Am deutlichsten erscheint dieser Sinn der Gemeinde in dem Worte Jesu, das wir dieser Erörterung zugrunde legen, und in der Jüngergemeinde, die sich unmittelbar um ihn sammelt. Einen wesentlichen Schritt vorwärts im Sinne dieser Gemeinde geht die aus dem Pfingsterleben entstandene *apostolische Gemeinde*. Diese Gemeinde weiß sich als Trägerin des Reiches Gottes oder, wie man später, schon in etwas mehr im Sinne von «Kirche» umgestalteter mystischer Wendung sich ausdrückt, als Leib Christi (vgl. Epheserbrief 1, 23). Sie pflegt nicht Religion an sich, sondern wartet auf das Reich Gottes. Sie tut es so, wie es am Ende der Bibel großartig die Offenbarung Johannis darstellt.

*

Das ist, in stichwörtlicher Kürze und grundsätzlicher Schärfe, ohne die Nuancierungen und Vermittlungen, welche die Wirklichkeit bietet, dargestellt, der fundamentale Gegensatz von Kirche und Gemeinde. Er geht durch die ganze Geschichte der Sache Christi und gehört zu ihrer zentralen Linie. Und zwar so, daß in den großen Ketzern und den Ketzerbewegungen aller Zeiten sich der Kampf Jesu gegen die Religion und deren Trägerin, die Kirche, als immer neue Revolution Gottes fortsetzt. Diese ist nun, nach unserm Glauben, reif geworden und bricht in jener Reformation, welche Revolution ist, zu der neuen Gestalt der Sache Christi auf, welche den letzten Sinn der heutigen Weltkatastrophe und Welterneuerung bildet.

Und das ist die Revolution, die wir vertreten: die Überwindung der Kirche durch die Gemeinde — als Teil der Überwindung der Religion durch das Reich Gottes.

Wir tun das nicht nur gegen die römische Kirche, die freilich die vollkommenste Verkörperung des Wesens der Kirche überhaupt ist, sondern auch gegen die protestantische.

Diese Gemeinde Christi ist in der Tat eine große Sache, wenn sie dem dient, um dessentwillen Jesus sie ins Leben gerufen hat: dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit! Das ganze neutestamentliche Zeugnis kennt keine andere *Bestimmung* für die Gemeinde: von dem «Trachtet zuerst nach dem Reiche Gottes und seiner Gerechtigkeit» aus dem Munde Jesu bis zu dem prophetischen Zeugnis des Johannes in der gleichlautenden Offenbarung «an die sieben Gemeinden in der Provinz Asien» (Offbg. Joh. 1—3). Dazu ist die Erkenntnis wichtig, daß Jesus als das «Haupt» dieser Gemeinde sich durch sein ganzes Leben, Wirken, Leiden, Sterben und Auferstehen, in seiner Sendung des Geistes und damit in

seiner *lebendigen Herrschaft* der Sache seines Vaters, die die Sache der Erlösung der Menschenwelt, ja der ganzen Kreatur ist, die Schaffung «eines neuen Himmels und einer neuen Erde, worinnen Gerechtigkeit wohnt», völlig hingibt. Jesus ist der Christus Gottes, des Reiches Gottes. Es gibt keinen andern «Christus» und gibt auch in keinem andern Christus Heil und Leben sowohl für den einzelnen Menschen wie für die Völker und die Kreatur. Und so gibt es auch keine andere Gemeinde als die Reich-Gottes-Gemeinde, welche die Gemeinde Christi ist.

Jesus führt als der lebendige Christus die Sache des Reiches Gottes bis zu dessen Sieg über «alle Mächte und Gewalten, alle Herrschenden Himmels und der Erde, bis er alles dem Vater zu Füßen gelegt hat». So formuliert es einmal der Apostel Paulus im ersten Brief an die Korinther (1. Kor. 15, 23 ff.), welcher auch sonst ein bedeutsames Dokument für das Verständnis der Gemeinde Christi ist. (1. Kor. 11—14.) *Von der Weltüberlegenheit ihres Herrn stammt die Weltüberlegenheit und Unerschütterlichkeit der Gemeinde Christi.* Christoph Blumhardt drückt das einmal in einer Besprechung der ersten Kapitel der Offenbarung Johannes so aus:

«Gott *ist* . . . Das bedarf die Gemeinde Jesu Christi ganz besonders unter dem Wechsel der Zeiten und unter den Schwankungen der irdischen Verhältnisse, unter den Schauern der Hölle und des Todes, in welche sie gestellt ist. Sie soll eine Gemeinde sein, die da *ist*, weil sie den Gott hat, der da ist, vor welchem keine Umwälzung auf Erden etwas zu bedeuten hat. Alles andere in der Welt ist nicht, die Gemeinde Jesu *ist*. Völker schwinden, Sitten vergehen, Gesetze lösen sich auf, alle Werke der Menschen werden zu Staub; die Himmel können sich verändern, der Grund der Erde kann wanken — nichts von alledem nimmt etwas vom Bestand der Gemeinde, welche hängt an dem, der da ist.» «Die Gesamtheit der geliebten und getrennt von ihren Sünden erscheinenden Menschen bildet ein *Königtum Gottes auf Erden*, dessen Haupt bei Gott in der Höhe ist, dessen Regierungseinfluß von der Erde aus in den Himmel und in die Erde und unter die Erde gehen soll, so daß durch Aufnahme der versündigten Kreatur in dieses Königtum und durch Unterwerfung der widerspenstigen Elemente es allmählich dahin kommt, daß alle Knie sich beugen im Himmel und auf Erden und unter der Erde und alle Zungen bekennen, daß Jesus Christus der Herr sei zur Ehre Gottes des Vaters. Es ist nicht aus dem Auge zu lassen, daß der hervorstechende Charakter der Gemeinde Jesu Christi ist: sie ist Königtum Gottes in Christus. Dazu verwertet der Heiland die Erlösten; dazu vor allem sollten sie sich verwerten lassen, wenn sie bezüglich ihrer Vergangenheit ins reine gekommen und dadurch frei geworden sind, in die Dienste des Herrschers über die Könige auf Erden einzutreten. Es ist etwas erstaunlich Großes um solche fertige, noch in der Hülle des sündlichen Leibes völlig zum Dienst Gottes ausgerüstete Menschen, die sich gleichsam um ihre eigene Person nicht mehr bekümmern dürfen, sondern nur darauf

acht haben, daß sie den Befehlen des Herrn gehorchen und in ihren Dienstleistungen treu bleiben[2]. Es handelt sich bei denen, die zum Königtum Jesu gehören, nicht mehr um die Erlangung ihrer Seligkeit; bezüglich dieser sind sie sicher. Sondern in erster Linie fragt sich's bei ihnen: Was leistet ihr als Erlöste und in Dienst gestellte Knechte Gottes?» (Christoph Blumhardt: «Die wartende Gemeinde».)

Diese Gemeinde ist also wie ihr Haupt, Jesus, ihr Vorkämpfer, als Volk Gottes, als Gemeinde Christi der *Knecht Gottes auf Erden*. Sie versteht sich dann am besten, wenn sie sich wie Jesus selbst als der kämpfende und leidende Gottesknecht auf Erden versteht (Jesaja 53), mit dem und durch den Gott seine Sache in die Völker hinausführt. Wir können auch sagen: Das Kreuz und alles, was zum Kreuze führt und vom Kreuze ausgeht und ebenso die Auferstehung und alles, was zur Auferstehung führt und von ihr ausgeht, sind die grundlegende Bestimmung und Kraft dieser Gemeinde. Die wirkliche *Nachfolge Christi* wie ein wahres *Jüngertum* kennzeichnen die Glieder dieser Gemeinde zu allen Zeiten. Das ganze Neue Testament kennt ja kein anderes «Christentum» als eben Jüngertum und Nachfolge Christi in seinem Reich und für sein Reich und für das Reich des Vaters. Davon zeugen gleicherweise die Evangelien wie die apostolischen Briefe, ganz besonders auch die Apostelgeschichte.

*

Was hat nun diese Gemeinde, die Gemeinde Christi, mit der Politik zu tun? Sie vertritt tatsächlich eine *Herrschaft* auf Erden — die Herrschaft Christi, die dem Reiche Gottes Bahn bricht und dient —, und als solche ist sie Ausdruck und Organ dieser Herrschaft. Sie ist insofern ein durch und durch «*politisches*» Gebilde, ein «Politeuma» oder eine «Politeia», wie sie an zwei Stellen des Neuen Testamentes genannt wird. (Philipper 3, 20; Epheser 2, 12.) Sie ist als solche und auf Erden Erbin und Nachfolgerin des Gottesvolkes Israel. Sie ist die *eine* Gemeinde Gottes und Christi unter allen Völkern. Sie ist ein auserwähltes, von Gott gerufenes und darum der Welt gegenüber «freies» Geschlecht, ein königliches Priestertum, ein heiliges Volk, ein zum Eigentum erworbenes Volk, das die mächtigen Taten Gottes unter den Menschen verkündigen soll. (1. Petrus 2, 9/10.) Darum ist dieser Gemeinde ein welterobernder, missionierender Zug eingestiftet, der aber streng auf die Gewinnung und den Dienst der Gottesherrschaft ausgerichtet ist.

Wenn so die oberste Instanz aller Erkenntnis, alles Lebens und Handelns dieser Gemeinde, alles Glaubens und alles Bekennens und Hoffens (Bekennen im Sinne des Zeugnisses, nicht des Dogmas!) Gott mit seinem Reiche ist, so ist das eine grundlegende politische Bestimmung dieser Gemeinde. Sie ist kraft dieser Reich-Gottes-Bestimmung ein politisches

[2] Vgl. dazu: Eduard Schweizer: «Das Leben des Herrn in der Gemeinde und ihren Diensten.» Zwingli-Verlag Zürich.

Gebilde, dem darum die Mächtigen dieser Erde immer ihre besondere Aufmerksamkeit geschenkt haben, wenn sie wirklich Gemeinde Christi war. Das beste Beispiel dafür ist ja die Gemeinde Christi in Israel und dann im Römerreich und ihre Verfolgung, die politisch und religiös zugleich gemeint und inszeniert war. Der Name «Christianer» — Christen (Apostelgeschichte 11, 26) — hat ebenfalls diesen Sinn. Und so geht diese Gemeinde durch die Geschichte weiter und unterscheidet sich auch darin von der «Kirche», die in den Kirchenimperialismus abgleitet (Katholizismus) oder die Welt vom Reich Gottes und Christi trennt und autonom sein läßt oder gar das Reich Gottes in den Dienst der Welt stellt. (Besonders der lutherische Teil des Protestantismus und die Orthodoxie.) Die Gemeinde Christi kennt eine ihr gemäße «Politik» und ein ihr gemäßes politisches Verhalten. Dieses ist, wie ihr gesamtes Verhalten auf das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit gerichtet und durch das Trachten nach dem Reiche Gottes völlig bestimmt. Mit andern Worten: das Reich Gottes ist für die Gemeinde Christi die alleinige und entscheidende *Totalität*, der sie dient, der alle ihre Glieder verpflichtet sind. Ihm leisten sie darum in der Taufe ihren «Fahneneid», ihm gehört ihr ganzes Leben und ihr ganzes Handeln. Nichts und gerade auch nicht die politischen Dinge sind davon ausgenommen. Die äußere Auslieferung des Menschen, des Christen an die Welt und an den Staat, wie sie das Christentum unter Mißbrauch und Entstellung der Bibel zuließ oder gar förderte, führte zu seiner inneren Aufspaltung und Zweiteilung. Es wurde von ihm ein doppeltes Seelentum verlangt. Dieser Abfall des Christentums vom Reiche Gottes, der Rückzug auf die «religiös» und «politisch» geteilte Innerlichkeit ist eine der Quellen des heutigen Nihilismus. Im Lichte einer völligen, totalen Bindung an Christus und das Reich des Vaters müssen alle Worte Jesu und der Apostel gesehen werden. Die ganze biblische Offenbarung enthält nichts anderes. Sie faßt es ja im Gebot der Gottes- und Menschenliebe zusammen. Wo aber die Menschen etwas *neben* Gott und sein Reich oder es gar in Wirklichkeit *über* Gott und sein Reich stellen, erkaltet die Liebe Gottes und des Menschen, werden die Seelen stumpf, verfinstern sich Geist und Sinn der Menschen, und der Mensch dient in diesem Abfall von Gott den widergöttlichen Mächten des Bösen in allen Lebensgebieten und Lebensbereichen. Als *Erlöste* und als *Gottes durch den Opfertod am Kreuz erworbenes Eigentum* treten die Glieder der Gemeinde Christi der Welt und ihren Mächten gegenüber. Ihr Verhalten gegenüber diesen Mächten ist Anordnung Gottes und Christi. Soweit diese Mächte jetzt noch Geltung haben und «gottgeordnet» sind, sind sie als «Anwalt des Rechts» geordnet und «jeder Seele» zum Guten. Die viel diskutierten und ohne Zweifel viel mißbrauchten Worte des Apostels Paulus in Römer 13 (sofern sie überhaupt von ihm stammen!) machen etwas ganz anderes deutlich als das, was man meistens in sie hineinliest: es gibt hier keine Gottmacht irgendeines heidnischen Staates mehr, sondern nur noch eine dem

Recht und dem Dienst und dem Schutz des Guten verpflichtete und insofern der einzelnen «Seele» übergeordnete Macht oder Gewalt, die Gottes *Diener* ist. Das bedeutet doch gewiß nicht die Erhebung Cäsars zum Beispiel, sondern seine Einordnung und Unterordnung in die Herrschaft Christi und Gottes als *Diener*. Bei den üblichen Auslegungen dieser Stelle macht man den Diener wieder zum Herrn, und der wahre «Herr», Christus, wird als Herr auf die Seite geschoben. Aber *das Verhältnis der Jünger Christi zur weltlichen Macht ordnet sich absolut von der Bindung an ihren Herrn aus*. Hier kann keine Servilität aufkommen. Hier gibt es nur eine freie, im Gehorsam gegen Gott begründete und im Gewissen verankerte Unterordnung unter die bestehenden Gewalten, die aber eben darum auch ebenso zu dem «Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen» werden kann, das Petrus vor dem Hohen Rate vertritt. Nur eines freilich scheint mir gerade auch an diesem Punkte bestimmend für die Gemeinde Christi zu sein: *die Ablehnung aller Gewalt für den Dienst des Reiches Gottes*, wie sie schon Jesus in der Bergpredigt und dann noch entscheidender in Gethsemane ausspricht und mit dem Kreuze besiegelt.

Ein Jesuswort aus dem Johannesevangelium möge uns zu weiterer Überlegung und Klarstellung helfen. Ich meine das Wort Jesu zu Pilatus: «‚Mein Königtum stammt nicht aus dieser Welt. Wenn mein Königtum aus dieser Welt stammte, so würden meine Diener für mich kämpfen, damit ich den Juden nicht überantwortet würde. Nun aber stammt mein Königtum nicht von hier.' Nun sagte Pilatus zu ihm: ‚Also bist du König?' Jesus antwortete: ‚Du selbst sprichst es aus. Ich bin König. Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, um für die Wahrheit Zeugnis zu geben. Jeder, der aus der Wahrheit ist, hört meinen Ruf.'» Dieses Wort wird ja oft angeführt, um die grundsätzlich unpolitische Art des Evangeliums und der Gemeinde Christi zu behaupten. Gewiß mit Unrecht. Es handelt sich vielmehr um die *Andersartigkeit* des Reiches Gottes wie des Reiches Christi gegenüber der Welt. Es handelt sich um den Einbruch und Durchbruch des Jenseitigen in das Diesseitige, des Himmlischen in das Irdische, des heiligen und lebendigen Gottes und seines Christus in die Menschenwelt, um das Kommen des Reiches Gottes und seiner Gerechtigkeit. Und dieses Reich besteht nicht in weltlicher Macht und Gewalt, sondern in Gottes Gerechtigkeit, Friede und Freude schaffender Kraft, wie sie in Jesus hervorgetreten ist. Dieses Reich bricht sich Bahn «nicht durch Heeresmacht und Gewalt», sondern *durch Gottes Geist*, der nicht umsonst die Gemeinde Christi an Pfingsten konstituiert.

Diese Andersartigkeit des Reiches Gottes und Christi gegenüber den Reichen der Welt tritt durchgehend im ganzen Evangelium hervor, und sie bestimmt völlig die Gemeinde Christi und ihre Stellung zur Politik. Die Weltreiche und ihre Art bilden den eigentlichen Gegensatz zum Gottesreich und seiner Art. (Matth. 20, 24—28.) Darum fordert das Gottesreich die *Umkehr* und mit ihrer Annahme und den mit ihr verbundenen Gaben und Kräften des Reiches *eine neue Stellung zu Gott*,

zu den Menschen, zur Welt. Eingeschlossen in diese neue, aus Gott dem Vater fließende Stellung ist auch diejenige zur Politik. Die Gemeinde Christi ist in sich und mit dem, was sie vertritt, von den Reichen der Welt und ihrem Aufbau völlig verschieden. Aus dem Tyrannisieren und Ausbeuten, das in der Welt gilt, ist ein umfassendes Dienen geworden. Darum ist auch ihr politisches Verhalten andersartig als dasjenige von der Welt her. Es ist Dienst des Reiches Gottes. Es ist vor allem Dienst der Wahrheit und der Gerechtigkeit, es ist Zeugnis und Dienst der Liebe und des Friedens an allem Volk und für alle Völker. Es ist erlösende Freudenbotschaft von der großen Barmherzigkeit Gottes für alle Menschen, für die ganze Kreatur. Die «Politik» des Reiches Gottes zielt auf die Wiedergeburt der Welt. Die Religion als Religion richtet sich in ihrer Kirchenform in der Welt ein und läßt sie, wie sie ist. Das Reich Gottes in Jesus bricht in sie ein als wirkliche Hilfe und als Verwandlung der Welt.

Insofern bedeutet die politische Haltung der Gemeinde Christi den Gegensatz zu aller sogenannten «Politik» und ihre Aufhebung. Das gilt gegenüber aller weltlichen Politik. Daraus kann der falsche Schein des «unpolitischen» Wesens des Evangeliums entstehen, der so oft behauptet wird.

Die «Politik» der Gemeinde Christi geht also aus von der Botschaft und Wirklichkeit des Reiches Gottes, ist dieser als Dienst an diesem Reiche ganz und gar verpflichtet, ist ein Kampf um dieses Reich und für dieses Reich gegenüber den «Mächten», die seinem Kommen und seinem Vordringen in die Welt entgegenstehen. Darum ist für die «Politik» des Reiches Gottes das Erkennen dieser Mächte so entscheidend. Darum waltet in der Gemeinde der Geist Gottes und Christi, der «in die Wahrheit führt». Dieser Geist ist es, der sowohl die rechte Erkenntnis dieser Mächte in der jeweiligen Zeit bewirkt wie auch den rechten Weg des Kampfes mit ihnen aufzeigt. Dieser apostolische und prophetische Dienst bildet die innerste Linie des «politischen» Kampfes der Gemeinde Christi in der Welt. Er bedient sich, das ist wohl deutlich genug geworden, in keiner Weise der «Mittel» dieser Welt. Er ist auch darin der Gegensatz zur Politik der Welt.

Es ist nicht meine Aufgabe, das nun im Konkreten in bezug auf die «Mächte» unserer Zeit auszuführen. Aber unterstreichen möchte ich noch einmal, *wie wichtig die rechte Erkenntnis dieser Mächte und der recht, das heißt im Dienst des Reiches Gottes geführte Kampf mit ihnen ist.*

Die Gemeinde Christi vertritt in ihrem Dienst die «Politik» des Reiches Gottes. Diese unterscheidet sich sehr wesentlich von einer bloß auf menschlichen Ideen, Werten und Prinzipien aufgebauten Politik. Gegenüber einer rein individualistisch-eschatologischen Theologie oder Frömmigkeit ist allerdings zu betonen, daß es auch *Werte und Prinzipien des Reiches Gottes* gibt, heilige Grundordnungen, ein heiliges Recht Gottes für den Menschen, die Liebe Christi und die Barmherzigkeit

Gottes, in denen sich alles Gesetz und alles Recht erfüllt. Die Demokratie als Christokratie, der Sozialismus Gottes, der Kommunismus Gottes und Christi sind solche Prinzipien, solche gott-menschlichen Gestaltungen in der Welt, die auf den Ewigkeitswert der Seele ebenso wie auf dem Wort und Willen Gottes gründen. Sie gehören zum Dienst des Reiches Gottes.

Dieser Dienst aber ist für alle Glieder der Gemeinde Christi bei aller Unterschiedenheit ihrer verschiedenartigen Dienstleistungen in der Gemeinde, die «Gnadengaben» Gottes sind, das Zeugnis des Evangeliums vom Reiche Gottes und seines Christus in der Welt, unter den Menschen und gegenüber allen menschlichen, auch den politischen Instanzen. Arbeiten wir nun noch einige Grundzüge dieses Dienstes, in den das politische Verhalten der Gemeinde eingeschlossen ist, heraus:

1. Dieser Dienst kennt *keine Schranken*. Er strömt aus der erlösenden Kraft und Botschaft des Reiches Gottes selbst und bietet sich allen an. Sein Feld ist die ganze Wirklichkeit des menschlichen Lebens. In ihr wird der Mensch unterschiedslos gesucht, angesprochen, erlöst, befreit, in die Gemeinde gerufen zur Nachfolge und zum Dienst des Reiches. Denken wir daran, was mit Saulus geschah, der als Paulus zum Apostel Jesu Christi wurde!

2. Zu dieser Schrankenlosigkeit beziehungsweise Grenzenlosigkeit, die bis in alle Tiefen und alle Höhen reicht und *keine Furcht* kennt, gehört darum die *Freiheit*. Diese bedeutet, da Christus der Befreier ist, die völlige Bindung an ihn, den Gehorsam gegenüber dem Vater. Weil sie Bindung und Gehorsam ist, ist sie *Freimut*, Parresia, wie das Neue Testament sagt. In diesem Freimut eingeschlossen ist die *Offenheit*, die Wahrheitsverpflichtung, das Prüfen der Sache und der Mächte und das Ringen mit ihnen und der Dienst am Gegner mit der Wahrheit.

3. Diese Freiheit ist das Gegenteil von aller Eigenwilligkeit, aller Selbstgerechtigkeit. Sie muß aus dem *Hören* auf das lebendige Wort Christi fließen, aus dem «Befragen Gottes» über die Dinge und Menschen, wie die Propheten sagen. Sie muß offen sein gegenüber dem Geist Gottes und Christi, die in die Wahrheit weisen, wenn wir uns ihnen öffnen. Es ist die Freiheit des Gotteskindes, das auf den Vater hört, mit ihm spricht und sich vor ihm verantwortet.

4. Die Offenheit, die zu dieser Freiheit gehört — es ist ihr alle Konspiration, alle Falschheit, alle Lüge, aller Eigennutz und alles Sichschonen verhaßt — Jesus sagt: «Wer mir nachfolgen will, der nehme sein Kreuz auf sich und folge mir nach» — ist, weil sie Gehorsam gegenüber dem Vater ist, auch *Weisheit, Klugheit*. Weil sie Bindung an den Willen des Vaters ist, kämpft sie nicht da, wo er es nicht will. Sie wartet auf seine Stunde, auf seinen Wink, auf sein Gebot. Sie ist dabei freilich angespannte *Wachsamkeit*. Wachen und «Aufpassen» sind so unendlich schwer für uns Menschen! Wie menschlich ist auch alles andere: das Zagen, die Angst, das Zögern, die Selbsttäuschung, der Irrtum. Sie sind ja in dem

Maße da, als das Licht, die Kraft und das Leben Christi uns nicht erfüllt. Doch eines ist gewiß: Wo der Dienst Gottes gilt, darf es keine dauernde *Feigheit* geben und keinen *Verrat*, und wer die Sache des Herrn und den Herrn *verleugnet* hat wie Petrus, muß sich zurechtbringen lassen in der Reue des Herzens zu völliger Liebe, die zum Bekenntnis und zur Nachfolge des Herrn führt.

5. Dieser Dienst ist, wie er streng an die *Linie der Wahrheit* gebunden ist, ebenso streng und beide einander bedingend und ineinander lebend, an die Liebe gebunden und erhebt sich in Jesus zur *Feindesliebe*. Gerade hier erhebt sich die «Politik» des Reiches Gottes weit und völlig über die Politik der Welt. Die Politik der Welt — der Völker, der Parteien, der Reiche — endet immer wieder in *Feindschaft* und infolgedessen in Gewalt und Krieg. In ihr ist die Überhebung, das Herrschenwollen des einen über den andern, des Starken über den Schwachen, des Großen über den Kleinen, des noch Mächtigeren über den Mächtigen wirksam. Das ist das Gesetz dieser Welt, das sich auch immer wieder durchsetzt, solange es nicht zum vollen Sieg Christi gekommen ist und diese Art «Herrschaft» mit den Herrschenden abgetan ist. *Jesus aber ist selbst* und ist mit seiner Gemeinde und durch seine Gemeinde *die Aufhebung dieses Gesetzes der Welt*. Er setzt an seine Stelle *den Gottesdienst, der zum Menschendienst wird, die Gottesliebe, die zur Menschenliebe wird*. Darin ist er die große «Revolution der Welt» (L. Ragaz), die sich auf allen Lebensgebieten verwirklichen will: im religiösen, im sozialen, im politischen, im kosmischen Leben.

6. Diese Grundhaltung bedeutet *die Aufhebung der Gewalt* und den *Dienst am Frieden*, der, wie die Gerechtigkeit, ein Grundpfeiler des Gottesreiches ist. *Der Bund Gottes mit den Menschen ist der Bund des Friedens*. Darum ist der Gemeinde der Kampf um den Frieden eingestiftet. Die Verheißung der Propheten von der Zerbrechung des Schwertes und der Verwandlung der Speere in Arbeitsgeräte ist in Jesus und seiner Gemeinde erfüllt, und der Kampf des Friedens in diesem Sinne ist ein unaufhebbares Stück ihres Dienstes am Reich, ihrer Zugehörigkeit zu Christus. Wie die Vertretung des ganzen Reiches Gottes, gehört die Vertretung der Sache des Friedens zum Wesen der Gemeinde Christi und ist diese ein Stück ihrer Botschaft an die Völker und des Wirkens in ihnen.

Zum Schluß. Beschränkt sich diese Sache nun nicht eben doch auf die Gemeinde? Nein. Die Gemeinde soll ja die Trägerin dieser Sache in das Volk und in die Völkerwelt hinein sein. Das tut Jesus selbst mit seiner Schar in seinem Volk. Darum geht er zum Volk und ruft es zum Reich. Das übergibt er als Auftrag seinen Jüngern, den Aposteln, die diesen Auftrag und Dienst weiter üben in Israel und dafür — gestärkt und erlöst durch das Kreuz ihres Herrn — kämpfen, leiden und sterben im Zeugnis für seine Herrschaft.

Das tragen die Apostel weiter in die Völkerwelt hinein und verkündigen als Glieder der Gemeinde Christi die Christusherrschaft und Gottesherrschaft, in welche die Völker eingehen sollen durch ihre Befreiung von allen Gewalten und Herrschaften, durch die Verwandlung, die Erlösung und Wiedergeburt der Völker in seinem Reich.

Albert Böhler

BUCHBESPRECHUNGEN

Die heutige Literatur ist sich ihrer Sendung bewußt

«Die Literatur ist das Bewußtsein der Menschheit, und die Kritik ist das Bewußtsein der Literatur», hat Paul Souday einmal geschrieben. Wir wollen gleich hinzufügen, daß es so sein sollte. Übrigens ist bisher, soweit wir uns erinnern, keine bessere Deutung der Rolle und Sendung einer ihres Namens wirklich würdigen Literatur und Kritik gegeben worden. Darum überrascht es kaum, wenn nach Ablauf der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts mehrere Werke von ungleichem Wert erschienen sind, von welchen jedes sich in seiner Art bemüht, ein Inventar und die Bilanz aufzustellen über die literarische Produktion der verflossenen fünfzig Jahre. Zugleich werden die hauptsächlichsten Werke gekennzeichnet, die seit Beendigung des Zweiten Weltkrieges herausgekommen sind. Vielleicht vermag nichts besser als das packende Bild Bertrand d'Astorgs den Riß in der Mitte des Tragbalkens aufzuzeigen, der die erschütterte Behausung des Menschen des 20. Jahrhunderts stützte.

In diesem Zusammenhange sei auf zwei kürzlich erschienene Bücher hingewiesen, die wir als die markantesten betrachten. Unter dem Titel «Literatur der Gegenwart» hat Maurice Nadeau, der mehrere Jahre hindurch die literarische Seite des «Combat» leitete, genauer gesagt, während der ersten Nachkriegszeit, in einem bei Corréa erschienenen Buch die wesentlichsten Texte vereinigt, die er damals für diese Zeitung geschrieben hatte. Eingangs äußert sich Nadeau über Grundsätze und Vorliebe, die ihn bei seiner Wahl geleitet haben. Ausschlaggebend ist für ihn nur die «Lauterkeit» des Schriftstellers, «dessen Fähigkeit, das widerzuspiegeln, was die Hauptsorge einer Epoche bildet, sowie die Leichtigkeit oder Beherrschung seiner Ausdrucksmittel». Eine zusätzliche Erklärung vervollständigt den Gedanken des Autors: «Ein Werk, bei dem der Leser in dem Zustand verharrt, in dem er es begonnen hat und von dem man ahnt, daß es seinen Verfasser in keiner Weise verändert hat, ist ein unnützes Werk.» Nadeau, der ein hervorragender Journalist ist und in einem flotten, beschwingten und farbenreichen Stil schreibt, hat wörtlich einige seiner Chroniken wiedergegeben, besonders diejenigen, wo er in echten Bravourstücken einen Hervé Bazin und Jules Romain, ja sogar einen André Maurois oder Julius Benda «aburteilt»; aber auch Artikel, in welchen er uns von Schriftstellern berichtet, die er gern hat und die einen Platz in seinem Herzen haben, so daß wir sie durch ihn schätzen und lieben lernen. Wir denken hier u. a. an die Seiten, die er Jules Vallès oder Georges Bernanos gewidmet hat! Leider kommt bei Nadeau sehr bald der Existentialist zum Vorschein, der ihn zu begeistertem Lob des Marquis de Sade unseligen Angedenkens, des Jean Genêt, des Georges Bataille, des Raymond Guérin, Maurice Blanchot und vielen andern Eintagsschriftstellern verleitet, deren Wert anfechtbar ist und deren Verdienst, wenn man so sagen kann, darin besteht, unrühmliche Vertreter einer entwertenden und entwürdigenden Literatur zu sein. Der uneingeweihte Leser, der glaubt, in «Literatur der Gegen-

wart» einen sicheren Führer durch das Gewirr des französischen literarischen Schaffens der Jetztzeit gefunden zu haben, würde Gefahr laufen, den rechten Weg zu verfehlen.

Bei weitem ernster und Vertrauen einflößend ist die sehr beachtliche Studie, die uns Bertrand d'Astorg, der Verfasser von «Einführung in die Welt des Schreckens», unter dem Titel «Aspekte der europäischen Literatur seit 1945» über die literarischen Gesichtspunkte des geistigen und moralischen Dramas gibt, an dem das 20. Jahrhundert beteiligt ist. Auf den ersten Blick mag der Titel dieses Werkes anspruchsvoll anmuten; bei näherer Betrachtung muß jedoch zugegeben werden, daß die heutige Kritik, wenn sie nur einigermaßen imstande ist, richtig zu beurteilen, was in der Literatur von Wert und Bedeutung ist, berufen erscheint, den nationalen Rahmen zu sprengen. Astorg nimmt den besten Ausgangspunkt, wenn er an die denkwürdige Erklärung von Malraux erinnert, die dieser in seinem 1946 an der Sorbonne gehaltenen Vortrag machte: «Am Ende des vorigen Jahrhunderts nahm Nietzsche den antiken Satz wieder auf, der auf den Inseln des Ägäischen Meeres gehört worden war: Gott ist tot..., und verlieh diesen Worten von neuem ihren tragischen Akzent. Man wußte recht gut, was sie sagen wollten: daß man nämlich auf die Herrschaft des Menschen wartete. Heute ergibt sich für uns das Problem, zu erfahren, ob auf dieser alten Erde Europas der Mensch wirklich tot oder nicht tot ist.» Es ist unmöglich, noch länger in der Illusion zu verharren, daß unser Jahrhundert die Nachfolge der drei oder vier Jahrhunderte angetreten habe, wo auf den Ruinen des Glaubens an Gott der Glaube an den Menschen seelenruhig Fuß gefaßt hatte. Dieser Humanismus, der auf die Renaissance zurückgeht, ist sozusagen vor unsern Augen versunken. Wir sind uns nun mehr oder weniger bewußt, daß die Katastrophen, denen wir in den letzten Jahren beigewohnt haben, nicht einfach zufällige Erscheinungen oder momentane Unterbrechungen einer Ordnung waren, die — allem zum Trotz — fortbestehen würde. Es ist das Ende und der Verfall dieser Ordnung selbst, und der Mensch der Gegenwart wendet sich nun in unsäglicher Angst von dem vollendeten einem neuen Schicksal zu, dessen Erscheinen auf sich warten läßt und von dem er nicht einmal die Konturen wahrnimmt.

«Aspekte der europäischen Literatur seit 1945» greift die wichtigsten Werke heraus, die im Verlaufe der letzten Jahre in besonderer Weise dieses Drama erhellen. Eine Studie über André Gide anläßlich seines Todes gestattet uns, durch Kontrastwirkung gewisse neue Werte zu ahnen, an die sich in der Finsternis, in der wir tasten, die neue Literatur anklammert, um sich einen Weg zum Licht zu bahnen. Nachdem Astorg hervorgehoben hat, daß André Gide eine große geistige Persönlichkeit war, fügt er, wie wir glauben, nicht unabsichtlich hinzu, daß Gide im wesentlichen ein «reiner Intellektueller» war, der darüber nicht errötete. Das heißt zu berücksichtigen, «daß ein den schönen Wissenschaften und Künsten reserviertes Gebiet existiert, fast etwas wie ein autonomes Leben, und daß aller Ehrgeiz dahin zielen muß, sein Werk außerhalb des Zeitlichen aufzubauen.» Einige einer anderen Generation angehörenden Menschen würden gewiß darnach streben, eine Zivilisation fortzusetzen, wo eine solche Art zu leben, zu denken und zu empfinden noch möglich war. Yves Gandon, der sich in diesem Sommer in einem Artikel der «Nouvelles Littéraires» gegen das «Engagiertsein» auflehnte, behauptete mit dem offenkundigen Willen, seine Wünsche für Wirklichkeiten zu nehmen, daß der seiner Aufgabe bewußte Romancier die Mission habe, den Menschen nicht von heute und nicht von gestern darzustellen, sondern einfach den Menschen, der sich trotz der verflossenen Jahrhunderte so wenig verändert.

Das sind Vergangenheitsträume und Illusionen, die die Tatsache außer acht lassen, daß die gegenwärtige Epoche keiner andern gleicht und daß wir heute zweifellos in einer der entscheidenden Wenden der Geschichte der Zivilisationen leben, wo die früheren Regeln und Werte nur noch teilweise Gültigkeit besitzen angesichts völlig neuer und noch nicht dagewesener Situationen und Ereignisse. So hat sich beispielsweise das soziale Problem keiner früheren Generation in so weltumspannender und gebieterisch dringender Weise geäußert. Wie dem auch sein mag, ob zum Guten oder zum Schlechten, nimmt die heutige Literatur entschlossen das Gegenteil der Richtung ein, die noch 1939 vorherrschte. Sie ist vor allem eine im Dienste der Ereignisse ste-

hende Literatur. Einerseits handelt es sich um eine «Spottliteratur», die besonders den «konzentrationären» Keim, den die moderne Stadt in sich birgt, hervorzuheben sucht und dessen Verbreitung der Krieg unterstreicht und beschleunigt. In dieser Hinsicht besitzen wir das zweifache Zeugnis, das uns einmal von dem deutschen Schriftsteller Theodor Plivier in «Stalingrad» über den sittlichen Zerfall die geistige Entwürdigung einer in Auflösung begriffenen modernen Armee, und dann von dem Amerikaner Norman Mailer in «Die Nackten und die Toten» ein siegreiches und in seinen Bewegungen freies Heer vermittelt. Mehr als in einer Beziehung aufschlußreich ist auch das Buch von David Rousset «Der Hanswurst lacht nicht». Obschon das Schauspiel, das viele unserer Zeitgenossen uns bieten, hinreichend zu Spott herausfordert, begeht die Literatur, die nach der geschickten Definition des Verfassers von «Einführung in die Welt des Schreckens» den gleichen Namen trägt, den gefährlichen Irrtum, zur «Verachtung des Lebens» noch mehr beizutragen, wie der im Exil schaffende Rumäne Cioran, der in seiner «Darstellung des Zerfalls», nach der Art vieler seiner Zeitgenossen, sich «unbescheiden in seinem Pessimismus» zeigt, «denn die Auflehnung gegen die Grausamkeit dieser Welt, gegen die Schmach des Lebens» verfehlt ihre Wirkung, wenn sie sich schließlich an dem inspiriert, was sie vermehrt.

Doch macht sich durch ein unendlich tröstliches, obschon vereinzeltes Phänomen der Kompensation in einem ganz anderen Sektor des heutigen Schrifttums das Mitleid für die Menschen dieser Zeit geltend, so daß die «Spottliteratur» und die «Literatur der Lobpreisung» für uns eigentlich nur mehr die beiden Tafeln ein und desselben Diptychons bilden. Ein in hohem Maße aufschlußreiches Beispiel liefert uns ein 1947 erschienenes Buch «Die Gattung Mensch». Antelme, einer, der die Konzentrationslager überlebte, schildert uns die Mittel, die dem Menschen, der dieses Namens würdig ist, selbst in den schrecklichsten und hoffnungslosesten Situationen verbleiben, um trotz allem seine Würde zu wahren. Er verrät uns die Schätze die er noch besitzt, selbst wenn er sich völlig entblößt sieht; die geistigen Verstecke, die er sich einrichtet, wenn er verfolgt wird; schließlich die sichtbaren Zeichen, die ihm unter außerordentlichen, ungewöhnlichen Umständen beim Gedanken an die Gleichheit zwischen den Menschen offenbar werden. Jean Cayrol, der Autor von «Ich werde die Liebe der andern erfahren» und von «Wind des Gedenkens», bei den Editions du Seuil herausgekommen, versucht vor allem das wiederzufinden, was im Antlitz des Menschen die Spuren seines Schöpfers trägt. Pierre Emmanuel führt uns in «Wer ist dieser Mensch?» zum erstenmal einen Dichter vor, der uns eine psychoanalytische Deutung seiner eigenen Gedichte gibt und dem Emmanuel das Vorrecht einer eigenen Moral abspricht, die wir versucht sind, ihm zuzugestehen, indem er mutig verkündet, daß der Dichter nunmehr um jeden Preis seinen «elfenbeinernen Turm» des Traumes verlassen und sich zu der menschlichen Gemeinschaft bekennen muß, da sie das einzige Mittel sei, in wirklicher Übereinstimmung mit allen Menschen zu leben, die für ein gemeinsames Heil kämpfen und wirken.

Bertrand d'Astorg begrüßt dann in Albert Camus' «Die Pest», neben den hervorragenden rein literarischen Qualitäten, das erste antiterroristische Manifest seit 1945, das sich gegen die Gewalt und alle ihre Ausdrucksformen richtet und dessen soziale Auswirkungen in zwanzig Jahren unabsehbar sein werden, wenn es die große Bewegung der Kriegsdienstverweigerung und der Nicht-Gewalt ankündigt. Tausendmal besser als in Indien ergeben sich deren theoretische Vorbedingungen auf dem durch eine Reihe von Kriegen geschwächten und zerrütteten europäischen Kontinent, dem Gefahr droht, morgen in einen Kampfplatz der letzten antagonistischen Blöcke verwandelt zu werden. Schließlich weist Astorg auf das Werk des irischen Dichters Francis Stuart hin, der uns die Gewißheit bringt, daß aus den Trümmern das Heilige und Unverletzliche neu erstehen wird und daß die Liebe sogar die jetzige Welt der Gleichgültigkeit, der Grausamkeit und der Lüge überdauern wird, so wie das unvergeßliche Lächeln des Abbés Mellowes, des ergreifenden Helden des Romans «Erlösung», beredtes Zeugnis ablegt dafür, daß am Ende des entscheidenden Tages die furchtbare Macht des Bösen den Sieg über die Gnade heute ebensowenig wie einst davontragen wird.

Nachdem wir aufgezeigt haben, daß die «Spottliteratur» und die «Literatur des Lobes» durchaus nicht entgegengesetzt sind, vielmehr die beiden Tafeln eines Dyptiques darstellen, offenbart uns Astorg das Geheimnis dieses seltsamen Phänomens. Er unterstreicht mit eindringlicher Klarheit, daß noch bis vor kurzer Zeit die große überlieferte und klassische Vision den Menschen zwischen den beiden entgegengesetzten Polen seiner Größe und seines Jammers hin und her schob. Nun aber wissen wir, und viele unter uns haben es am eigenen Leib erlebt, oder um den Preis eines langen und schmerzlichen Leidensweges erfahren, *daß jede Größe des Menschen aus der Überwindung der Not erwächst, aber zuerst durch Not und Jammer gehen muß. Und Not und Jammer sind unergründlich.* Darum sind wir alle solidarisch und verantwortlich und in gewissem Sinne «Mörder», um den Titel eines Films zu gebrauchen, der lebhafte und heftige Polemiken auslöste. Angesichts einer Tatsache, die sich dem Menschen unserer Zeit unabweisbar aufdrängt und, sofern er es ablehnt, weiterhin in Erinnerungen und Bildern der Vergangenheit, in einer Schein- und Schattenwelt zu leben, wirkt der Protest lächerlich, zu dem gerade dieser Film den Journalisten und Verfasser von Kriminalstücken Marcel de Carlini veranlaßt: «Nein, wir sind nicht alle Mörder! Bevor wir Mitleid für die Mörder fordern, kümmern wir uns zuerst um die anständigen Menschen!»

Die Literatur unserer Zeit richtet sich insgesamt im Guten wie im Bösen gegen ein derartiges Heuchlertum, und im ersteren Fall ist den Äußerungen von Bertrand d'Astorg nichts hinzuzufügen, die zugleich in bewundernswerter Weise die Botschaft zusammenfassen, die uns «Aspekte der europäischen Literatur» vermitteln: «Diese unsere Not würde nicht Anlaß zu so viel Bekenntnis geben, wenn sie ein Objekt unserer Gewohnheit geworden wäre ... Die Menschheit macht sich unklar von sich selbst einen zu hohen Begriff, damit einige ihrer Kinder *die Not auf sich nehmen,* über sie schreiben und sich für ihre Verwandlung einsetzen: durch Begnadigung des Verbrechers, durch Schuldloserklärung des Angeklagten, durch eine neue Moral des Mitleids, der Liebe und der Achtung des Lebens, durch eine neue Definition des unantastbar Heiligen, durch eine neue Hoffnung. Erst dann wird sich die große Erlösung vollziehen; «der Mensch wird seine Agonie und Gott seinen Tod beenden»!

Serge Radine.

Friedrich Wilhelm Försters prophetischer Kampf

Es ist wohl nicht allen unsern Lesern bekannt, daß in Deutschland — nicht nur ganz im allgemeinen — der Nationalismus im Volke wieder überhand nimmt, sondern daß sogar der Nationalsozialismus im hitlerischen Sinne wieder neu aufgezogen wird. Auf unsere Erkundigungen hin ist uns mitgeteilt worden, daß der Gründer und Leiter dieser neuen (national)sozialistischen Reichspartei, Dorl, ein hoher Offizier hitlerischer Observanz ist, und zwar ist es ausgerechnet derjenige, der den Offiziersputsch, der gegen Hitler geplant war, seinerzeit vereitelte. Aus einem Brief der Fr.-W.-Förster-Gesellschaft in Recklinghausen erfahren wir ferner, daß gegen die Neuauflage der Werke Fr. W. Försters bereits eine starke Gegnerschaft aus früheren Hitlerkreisen mobilisiert wird. (Da dieser Brief zurzeit in Oslo bei der Nobelpreiskommission liegt, können wir ihn leider nicht ausführlich zitieren.) Alle diese Dinge lassen aufhorchen, wenn man ihnen auch noch nicht unmittelbare politische Bedeutung zumessen will. Jedenfalls wären diese Dinge nicht möglich, wenn die Besatzungsmächte nicht verhängnisvolle Fehler gemacht hätten. Es ist zu spät und darum müßig, diese Fehler zu erörtern mit vielen Wenn und Aber. Wir können und sollen uns aber fragen, was wir jetzt noch tun können, um begangene Fehler wiedergutzumachen und das Verhängnis nach Möglichkeit aufzuhalten.

Und da müssen wir uns eines Mannes erinnern, der über all die beiden Weltkriege und revolutionären Umwälzungen in Deutschland hinweg sich immer gleichgeblieben ist und immer recht behalten hat: das ist der seit Jahren in Neuyork im Exil

lebende greise deutsche Friedenskämpfer Friedrich Wilhelm Förster. Der fanatische Haß, mit dem dieser Geistesmann und dessen Schriften von allen nationalistischen Kreisen Deutschlands immer noch und wieder von neuem verfolgt wird, ist der beste Beweis für die große Bedeutung gerade dieses Mannes für die Umkehr und Erneuerung des deutschen Volkes. Er stellt diesem großen Kämpfer das beste Zeugnis aus. Hätte man auf diesen Mann an der Dawning Street in London gehört, als er dort als Warner auftrat in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg, anstatt ihn als Alarmisten abzutun, so wäre England und der Welt viel Bitteres erspart geblieben. Hätte man diesem Manne wenigstens damals nach dem endgültigen Zusammenbruch Hitlerdeutschlands eine führende Rolle in seinem Volke zugewiesen, so wären alle diese verhängnisvollen Fehler und Fehlentwicklungen vermieden worden, die uns allen noch teuer zu stehen kommen können, dann hätte nämlich das deutsche Volk den richtigen Zuchtmeister erhalten, der ihm die richtigen Lektionen beigebracht hätte. Aber es wäre ihm wohl das gleiche Los beschieden gewesen wie einem Gandhi oder einem Folke Bernadotte: er wäre vom nationalistischen Mob ausgelöscht worden. Was wir tun können, ist, dem greisen, halb erblindeten Propheten eines geistig verblendeten Volkes behilflich zu sein, daß seine Worte, soweit sie — nach ihrer Vernichtung in Hitlerdeutschland — nun wieder neu aufgelegt werden, nicht auf unfruchtbaren Boden fallen oder totgeschwiegen werden, sondern so weit als möglich verbreitet werden. Auch in der Schweiz scheinen unsichtbare Mächte am Werk zu sein, die die Werke Fr. W. Försters totschweigen und als harmlos hinstellen möchten. Jedenfalls scheint man ihre Bedeutung und Tragweite für die Zukunft Europas und der Welt völlig zu ignorieren*. Und doch wird in den Büchern Fr. W. Försters (die der Reihe nach wieder neu aufgelegt werden sollen — als erstes erschien Ende letzten Jahres das berühmte und beliebte Christusbuch) eine Aufgabe zu lösen versucht, an der die zünftigen Theologen vorübergehen: es werden da nämlich Wege aufgezeigt, wie Christus konkret in das menschliche Leben hineinkommen könnte. Das ist nun aber eben das *Wesentliche*, auf das es heute ankommt! Von bloß theoretischer Fach- und Schultheologie ist allerdings in den Werken Försters wenig vorhanden, so wenig wie etwa in der Nachfolge Christi oder in den Worten Jesu selbst. So wie Jesus mehr in die Kategorie der Propheten gehört als in diejenige der Theologen, so auch Fr. W. Förster, den man mit Recht mit den alttestamentlichen Propheten verglichen hat (obwohl ihm bekanntlich neulich auch der theologische Ehrendoktor zuerkannt worden ist). Er leistet das, was die zünftigen Theologen nicht tun: er stellt alle Gebiete des Lebens, die privaten und öffentlichen, die sozialen und die politischen, rücksichtslos unter das Licht Christi und sucht die akuten Lebensprobleme von dorther zu lösen. Auf diese Weise wird aber auch der christlichen Theologie der größte Dienst erwiesen. Die christliche Wahrheit, die vielen veraltet erschien, erhält dadurch wieder neue Bedeutung und Aktualität, während so viele christliche Prediger mit ihren Gemeinplätzen keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken, werden hier dem christlichen Spießbürger seine Finken ausgezogen und rücksichtslos um die Ohren geschlagen, so daß er erwachen muß hinter dem Ofen seiner religiösen Verschlafenheit. Diese neue christliche Radikalität und Entschiedenheit mag vielen hüben und drüben freilich wenig gefallen, weder den christlichen Schlafmützen noch den Gegnern des Christentums, weshalb man sich auf Kampf und Verfolgung von beiden Seiten gefaßt machen muß. Von Harmlosigkeit kann da also nicht die Rede sein.

---

* Bezeichnend hiefür ist die Rezension eines Basler Theologen in der Basler «National-Zeitung», in welcher das neu erschienene, bedeutend erweiterte Buch «Christus und das menschliche Leben» als harmlose Theologie bezeichnet und als bloße Beispiel- und Anekdotensammlung hingestellt wurde. Wie wenig selbst in unseren Kreisen die Gedankengänge Försters und seine ganze, aus tiefchristlicher Sicht geschöpfte Beurteilung der ganzen heutigen Weltlage, die wahrhaft prophetisches Format aufweist, verstanden und gewürdigt wird, das war auch ersichtlich aus der geringen Resonanz, die zum Beispiel mein Artikel «Ohnmacht des historischen Christentums gegenüber dem Gottlosentum der Gegenwart» («Neue Wege» 1950, Nr. 4) gefunden hat.

Aber auch die rein schriftstellerische, sprachliche Leistung, die hinter diesem Buche steht, kann als heroisch und grandios bezeichnet werden. Förster schreibt einen so meisterhaft anschaulichen Stil und eine so schöne, kräftige Sprache, daß man etwas Ebenbürtiges in der zeitgenössischen Literatur kaum finden dürfte. Viele hochberühmte Theologen dürften bei ihm diesbezüglich in die Schule gehen, bei ihm, der die Schriftsteller mahnt, ihre Feder «zuerst in das christliche Gewissen zu tauchen, ehe sie diese in die Tinte hineintauchen». Man muß diesen Mann, sein Leben und seinen Kampf persönlich kennen und miterlebt haben, wie der Schreibende, dann weiß man, daß seine Bücher keine bloße Bücherweisheit enthalten, sondern das Zeugnis eines großen Geistes von europäischem Ausmaß sind, das Zeugnis eines Mannes von gewaltiger Erfahrung, der wie kaum ein zweiter die ganze Fülle antiker und abendländischer Bildung in sich aufgenommen hat und der dazu befähigt ist, dieselbe auf Christus hin auszurichten, wodurch er ein wahrer «paidagogos eis christon» für den modernen Menschen geworden ist.

«Die moralische Verwirrung und Ratlosigkeit auf weltpolitischem Gebiet hat ihre Ursache in nichts anderem als in der Abtrennung des politischen Denkens vom religiösen Gewissen. Diese Ratlosigkeit ist heute so drohend geworden, daß alle darin Verwickelten immer deutlicher fühlen, daß die Konflikte und Verfeindungen, die hier ausgebrochen sind, mit nur materiellen Mitteln nicht gelöst werden können. Soll das gottmenschliche Mysterium bloß ein Besitz der Sakristei bleiben oder ist es nicht ein gewaltiges und unduldsames Gericht über die Art, wie wir bis zur Selbstvernichtung fortfahren, die größten Probleme des Lebens mit dem Tiermenschen zu lösen, statt sie dem gottmenschlichen Vollbringen zu unterwerfen? Es gibt Zeiten und Völker, in denen sich der Kampf zwischen Gut und Böse vor allem auf sexuellem Gebiete oder in der Sphäre des Mammons entscheidet. Wir leben heute in einer Zeit, in der sich das Diabolische im *politischen* Leben des Menschen eingenistet hat und von dort aus das ganze Gewissensleben, ja selbst die Intelligenz zerstört und verdirbt. Darum ist die religiöse Reinigung und Entgiftung des politischen Denkens heute von symbolischer Bedeutung für die ganze Regeneration der von dem kollektiven Tier bedrohten menschlichen Person.»

In diesen Sätzen haben wir sprachlich und inhaltlich den ganzen Förster vor uns. Wer diese Sätze auf sich wirken läßt, der muß gestehen: Hier spricht eine Persönlichkeit von prophetischem Format; «dieser spricht wie einer, der Macht hat, und nicht wie die Schriftgelehrten». Als Prophet seiner Zeit weist er unerschrocken auf den Strauch hin, hinter dem sich der Teufel heute verschanzt hat; das ist ausgesprochen prophetische Art, während Priester und Schriftgelehrte den Teufel in der Regel noch hinter dem alten Strauch suchen. Wie wird daher heute auf vielen Kanzeln leeres Stroh gedroschen, weil man nicht weiß, wo der Hase im Pfeffer liegt. Solche Ablenkungsmanöver sind dem Teufel angenehm, ja überaus willkommen, weil ihm da nicht auf den Kopf, höchstens etwas auf den Schwanz getreten wird. Es gilt, diesen Unterschied wohl zu beachten und immer wieder klar auszusprechen, diesen Unterschied zwischen dem besonderen und aktuellen Auftrag des Propheten und dem allgemeinen Amt der Priester und Lehrer. Diese haben die allgemeine Wahrheit an sich zu predigen, jene dagegen die aktuelle Wahrheit für das Hier und Heute. Und dies kommt nun eben besonders bei Förster wieder klar zum Ausdruck. *H.*

Ernst Schwarz: «Wege zur gewaltlosen Befreiung». Eine Studie über den Ost-West-Konflikt und die Methoden des gewaltlosen Widerstandes. Sensen-Verlag Wien.

Es handelt sich hier um eine ganz ausgezeichnete Arbeit, die ihrer ganzen Gesinnung und Methode wegen einen wichtigen Beitrag zu den Kämpfen unserer Zeit liefert. Die Art, wie hier der Ost-West-Konflikt dargestellt, geprüft und wie um eine echte Lösung gerungen wird, zeigt einmal mehr, daß nur echte Verantwortung und nicht falsche Leidenschaft oder gar Hetze bei diesem Weltproblem helfen kann.

Ernst Schwarz hat ein gutes Handbüchlein für den aktiven Friedenskämpfer ge-

schrieben. Jedes der fünf Kapitel: «Die Spannung zwischen Ost und West», «Wege zum Frieden», «Gandhi und die Prinzipien der Gewaltlosigkeit», «Gewaltloser Widerstand in der Praxis» und «Vorbereitung zum gewaltlosen Widerstand» liefert einen wertvollen Beitrag zum Gesamtthema und zum heutigen Friedenskampf. Besonders wertvoll scheint mir auch das Kapitel über Gandhi und seinen Kampf. Denn das, worin Gandhi vorangegangen ist, den Friedenskampf als «direkte Aktion» einzuleiten, ist sicher ein Stück der *Praxis*, welche die Friedensbewegung gewinnen muß, wenn sie den Friedenskampf unter den Völkern und für die Völker fördern will. Wege und Bemühungen in dieser Richtung zeigt Ernst Schwarz im letzten Kapitel des Büchleins auf. Diese Schrift sollte in aktiven Friedensgruppen und in unserer religiös-sozialen Bewegung durchgearbeitet werden. *Albert Böhler*

Dr. August Siemsen: «Anna Siemsen. Leben und Werk.» Europäische Verlagsanstalt GmbH, Hamburg-Frankfurt.

Dieses wichtige Buch über Leben und Werk von Anna Siemsen stammt aus der Feder ihres Bruders August Siemsen. Er hat die Aufgabe, die er in wenigen Monaten bewältigen mußte, in einer Weise gelöst, die die starke persönliche Anteilnahme am Leben und Werk der Schwester auf Schritt und Tritt erkennen läßt.

Viele, die Anna Siemsen gekannt oder wenigstens etwas von ihr gehört oder gelesen haben, werden sich des tiefen Eindrucks erinnern, den sowohl der Mensch wie sein Werk — und wenn es auch nur ein einstündiger Vortrag war — auf sie gemacht haben. Diesen tiefen und nachhaltigen Eindruck vermittelt auch das vorliegende Buch mit der gleichsam zusammengedrängten Fülle eines so reichen und hingebungsvollen Lebens. Diese Frau ist eine Erquickung und Förderung im Ringen um wahres Menschentum gewesen, und sie bleibt es. Sie ist als Frau eine Bahnbrecherin für ihre Schwestern, die Frauen, gewesen wie wenige, und wird es bleiben. Und sie ist als Sozialistin eine Kämpferin für den Sozialismus gewesen, für einen menschheitlichen, aus den besten und tiefsten Quellen des Menschentums genährten Sozialismus, so daß wir in dieser Zeit, da der Sozialismus von vielen seiner eigenen Parteianhänger so verdunkelt oder gar preisgegeben und verraten wird um die Fleischtöpfe Ägyptens (das heißt das sogenannte Wohlergehen in der bürgerlichen Welt), um diese Pionierin der Sache des Sozialismus besonders froh und dankbar sind. Mit welchem klaren Blick hat sie doch immer wieder die Geschehnisse beurteilt, und wie redlich und selbstverständlich hat sie die oft so schweren und leidvollen Entscheidungen an ihrem eigenen Platz und im eigenen Leben getroffen! Hier darf und muß wirklich von einem vorbildlichen Menschen, von einer vorbildlichen Sozialistin gesprochen werden. Anna Siemsen hat immer aus einer Gesinnung heraus und mit gewissenhafter, lebendiger Prüfung für die Überzeugung gekämpft, die sie sich erarbeitet hatte, um für sie zu kämpfen. Diese Menschenseele, die sich den Wundern der Natur ebenso wie dem Denken und Ringen der Großen des menschlichen Geistes sinnend und träumend und dichtend hingeben konnte, faßte doch immer wieder ihr Leben in Tat und Hingabe zusammen. Es mußte darum auch zu einem so reichen literarischen Werke kommen, wie es bei Anna Siemsen vorliegt. Auch bei ihr ist die Feder zum Schwert des Geistes geworden, zum Flammenschwert für Wahrheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit.

August Siemsen hat dieser Lebensdarstellung ein Verzeichnis der Bücher von Anna Siemsen beigegeben. Es ist eine fruchtbare und gewinnbringende Arbeit, sich in dieses Werk zu vertiefen. Der Schreibende konnte das in den letzten Monaten wieder an zwei ihm noch nicht bekannten Werken erkennen, auf die nachdrücklich hingewiesen sei: Anna Siemsen, «Die gesellschaftlichen Grundlagen der Erziehung» (Verlag Friedr. Oetinger, Hamburg). August Siemsen sagt mit Recht, daß dieses Buch in jede Lehrerbibliothek gehörte und nicht nur in diese! Und das letzte Werk: «Goethe — Mensch und Kämpfer» (Büchergilde Gutenberg, Frankfurt) ist eine ganz vortreffliche Einführung in das Leben und Werk des Dichters, in das, was an ihm dauernden und zukünftigen Wert hat. Das Buch über Anna Siemsen selbst sei unsern Freunden und Lesern warm empfohlen. *Albert Böhler*

Mensch und Verbrechen. Sonderheft «Der Psychologe», November 1952 (Verlag Gerber, Schwarzenburg).

Die Schriftleitung dieser beliebten psychologischen Monatsschrift hat schon wiederholt Sonderhefte erscheinen lassen, in denen ein einziges Thema zum Gegenstand allseitiger Erörterungen gemacht wird. Wenn es diesmal das Thema «Mensch und Verbrechen» ist, so entspricht dies sicher einem allgemeinen Bedürfnis nach einer psychologischen Schau über verschiedene aktuelle Fragen rund um die Kriminalität herum.

Es wird nicht seelenlose Kriminalistik geboten, sondern das ganze Heft kann als auf das Wort von Etienne de Graeff ausgerichtet bezeichnet werden: «Le crime est un act humain.» Programmatisch wird es eingeleitet durch einen Aufsatz über *Verbrechensvorbeugung*, eine Gemeinschaftsarbeit von *H. Meng* und *P. Reiwald*. Die schädlichen Auswirkungen von Erziehungsmängeln, schlechten Milieu- und sozialen Verhältnissen werden aufgezeigt, und man muß den Verfassern zustimmen, wenn sie feststellen, daß weder das Fürsorgewesen noch die psychohygienischen und heilpädagogischen Einrichtungen der Größe der Not und Gefahr entsprechen. Ein Aufsatz über die *Kriminalität des Kleinkindes* von Dr. *Elisabeth Abraham* und eine Untersuchung von Dr. *P. Trapp* über die Zusammenhänge zwischen Schund, Film und *Jugendkriminalität* weisen ebenfalls in vorbeugende Richtung.

Psychologisch fundierte Beiträge verschiedener Autoren zu Problemen des *Strafrechts*, des *Strafverfahrens* und des *Strafvollzuges* ergänzen das wertvolle Heft. *W. B.*

WELTRUNDSCHAU

Was bringt Eisenhower! Das am stärksten ins Auge fallende Ereignis der Berichtszeit ist natürlich der große *Sieg General Eisenhowers* und — in geringerem Ausmaß — der *Republikanischen Partei* bei den amerikanischen Wahlen. Und alle Welt fragt sich, was wohl dieser Sieg bedeute — nicht nur für die Vereinigten Staaten, sondern für die ganze Menschheit.

Er bedeutet sicher eine Wende — national und international. Halten wir vor allem fest, daß die Republikanische Partei seit zwanzig Jahren nicht mehr imstande war, mit normalen Propaganda- und Kampfmitteln die Macht im Bund zu erobern. Weithin hatte man sich auch bereits damit abgefunden — bezeichnend war zum Beispiel der Kommentar der «Neuen Zürcher Zeitung» zur Präsidentenwahl von 1948 mit Trumans überraschendem Sieg —, daß die Republikaner nun endgültig zur bloßen Opposition verurteilt seien. So sah es tatsächlich aus. Aber die so konsequent Geschlagenen selbst gaben keineswegs auf. Schließlich waren *sie* es doch, hinter denen die Hauptmacht des amerikanischen Kapitalismus stand — eine Macht, die das Recht beanspruchte, auch den Staatsapparat unbeschränkt zu beherrschen. Zunächst mußten sich die Republikaner und ihre Geld- und Auftraggeber freilich damit bescheiden, von innen her die Innen- wie die Außenpolitik der USA mit ihrem Einfluß zu durchdringen; die Außenpolitik namentlich wurde auch von den regierenden

Demokraten ganz offen als «Zweiparteienpolitik» anerkannt, wobei der unheilvolle John Foster Dulles eine immer wichtigere Rolle spielen durfte. Aber das Hauptziel der Republikaner mußte natürlich die Gewinnung der Präsidentschaft und der Mehrheit in der Bundesversammlung bleiben. Daß sie dieses Ziel auf den hergebrachten Wegen und mit den «bewährten» Parteimännern nicht erreichen konnten, wurde ihnen bald klar. So schauten sie denn nach neuen Methoden und neuen Männern aus — und fanden sie auch. Da war ein McCarthy, ein Nixon, ein MacCarran und die ganze Gruppe jener Demagogen, die den Antikommunismus, die Besudelung aller irgendwie liberal und fortschrittlich oder gar sozialistisch angehauchten Männer und Frauen und die fortlaufende Erregung persönlicher und politischer Skandale ganz planmäßig dazu benützten, die Demokratische Partei und ihre Regierung in Verruf zu bringen und die Rückkehr der Republikaner zur politischen Macht herbeizuführen. Da war der so überaus gerissen inszenierte MacArthur-Rummel, der die «Volksseele» richtig zum Kochen brachte. Und da war zuletzt namentlich die Einfangung und Einspannung General Eisenhowers, des «Siegers im Zweiten Weltkrieg», für die Zwecke des Präsidentschaftskampfes, als Krönung und Schlußeffekt des ganzen großangelegten Manövers, dem die republikanischen Wahlmacher vorübergehend und zum Schein sogar den den obersten Parteiboß Taft opferten.

Der Plan ist über Erwarten vollständig gelungen. Auf einer Grundwelle patriotischer Massengefühle, die mit unsäglich schmutzigen Mitteln aufgerührt worden war, ist der volkstümliche General zur höchsten Macht emporgetragen worden, und er zieht nun die ganze Kohorte beutegieriger und herrschaftslüsterner Geschäftspolitiker hinter sich her. Es sind dem Grundsatz und Geiste nach durchaus *faschistische* Methoden, denen die Republikanische Partei der Vereinigten Staaten ihren Sieg verdankt, wie das auch Präsident Truman feststellen mußte, der in einer Ansprache am 17. Oktober Eisenhower und die Republikaner beschuldigte, «die wesentlichen Grundsätze des Faschismus und Nationalsozialismus zu verteidigen» und «die Grundlagen der amerikanischen Freiheit zu untergraben». Das ist aber eine Erscheinung, die wir alle nicht ernst genug nehmen können. «The Nation», das Organ einer sehr maßvollen und doch in ihrer Art tapferen Linksrichtung, schrieb vor den Wahlen (am 18. Oktober) mit nur zuviel Recht:

«Eisenhower hat heute die geballte wirtschaftliche, finanzielle und industrielle Macht des Landes hinter sich. Seine Kandidatur hat die amerikanische Reaktion geeint, Nord und Süd, Ost und West. Seine Gefolgschaft umfaßt die ‚wütende Rechte' der Republikanischen Partei, die er angeblich am Chicagoer Parteitag geschlagen hat, die Dixiekraten (reaktionären Demokraten des Südens) und darüber hinaus den halbfaschistischen Pöbel, für den McCarthy und MacArthur Helden sind. Wir haben keinerlei Zweifel mehr, daß ein Eisenhower-Sieg die sozialen Errungenschaften der letzten zwanzig Jahre gefährden und die Tür für weitere Reformen zuschlagen würde, daß er die Strömung gegen die staatsbürgerlichen Freiheiten verschärfen, den Einfluß des Militärs und des Großkapitals in der Regierung mächtig stärken und die Stellung der Dixiekraten befestigen würde.»

Krieg! Das wird sich wohl schon recht bald bewahrheiten. Wie steht es aber mit dem außenpolitischen Kurs, der von der Regierung Eisenhower zu erwarten ist? Das ist für die außeramerikanische Welt *noch* wichtiger. Wäre Stevenson gewählt worden, so hätte er sehr wahrscheinlich die Politik des «containment», der gewaltmäßigen Eindämmung des Weltkommunismus, wie sie Truman und Acheson unter dem Druck der republikanischen Scharfmacher eingeleitet haben, fortgesetzt — bis hin zu ihrem katastrophalen Zusammenbruch. Von Eisenhower muß man nach seinen Reden und seinem ganzen Verhalten während des Wahlkampfes befürchten, daß er, inspiriert von Dulles, MacArthur und ihren Gesinnungsgenossen, die Politik des «containment» noch übersteigern und sie — ganz logisch — zu einer Politik des «roll-back», der *Zurückwerfung* der Sowjetunion und Chinas auf ihre «ursprünglichen» Grenzen und der Zersetzung des Ostblocks von innen her, weiterentwickeln werde. Vielleicht hätte sich auch eine neue demokratische Regierung von den Republikanern auf diesen Weg drängen lassen; wenn ihn nun die Republikaner selbst einschlagen wollen, so hat das immerhin den Vorteil, daß sie für die Folgen auch ganz offen die *Verantwortung* übernehmen müssen und nicht mehr für alles, was geschieht, die Demokraten haftbar machen können, nachdem sie ihnen selber die Marschroute vorgeschrieben haben. Insofern hat der republikanische Sieg auch sein Gutes: man sieht jetzt klar, was für Kräfte die Vereinigten Staaten tatsächlich beherrschen.

Eisenhower und sein mutmaßlicher Außenminister Dulles haben ihre Absichten während des Wahlkampfes ja bereits deutlich genug enthüllt. Vor allem in jenen Reden und Erklärungen, in denen sie ihre «kalte Entschlossenheit» verkündigten, dem Kreml zu eröffnen, daß «wir niemals die geringste Fortdauer von Rußlands Stellung in Osteuropa und Asien anerkennen . . . und nie ruhen werden, bevor die versklavten Völker der Welt in voller Freiheit ihren Weg zu bestimmen das Recht haben. Dann, und erst dann, können wir sagen, daß eine Möglichkeit besteht, friedlich und dauernd mit dem Kommunismus in der Welt zusammenzuleben». Wenn Worte einen Sinn haben, so schließt dieses Programm eine friedliche Beendigung des Kalten Krieges aus; denn wer glaubt, daß die Sowjetunion und China ohne äußersten Widerstand die amerikanischen Forderungen annehmen würden? Eisenhower hat zwar hintendrein erklärt, er werde nur friedliche Mittel anwenden, um die Ostvölker zu «befreien». Aber er hat es gänzlich unterlassen, anzugeben, worin diese Mittel nun bestehen sollen. Vielleicht darin, daß, wie Foster Dulles am 27. August in Buffalo auseinandersetzte, Amerika Widerstandsbewegungen in den Oststaaten unterstützt, Maschinengewehre und Munition aus der Luft abwerfen läßt und Sabotageakte aller Art organisiert? Am 3. September sagte Dulles unmißverständlich: «Die aggressiven Gewaltherrscher müssen von innen her behindert und zum Halten gebracht werden, sonst müssen wir ihnen mit dem direkten Zusammenprall eines

Atomkrieges Halt gebieten.» Was heißt das anderes, als daß ein «direkter» Atomkrieg nur durch einen verzweifelten Versuch zum Sturz des Kommunismus in 18 Ländern Osteuropas und Asiens von innen her noch abzuwenden sei — ein Versuch, der dann eben mit Notwendigkeit auf «indirekte» Art zum Atomkrieg führen würde?

Foster Dulles befürwortet die Politik der «Zurückwerfung» ausdrücklich auch für *Ostasien*, wo er als Hauptbevollmächtigter für die Ausarbeitung und den Abschluß des Friedensvertrages mit Japan ja bereits Gelegenheit hatte, seine Anschauungen in die Tat umzusetzen. Am 13. Februar dieses Jahres erklärte er: «Die Vereinigten Staaten müssen den ganzen Fernen Osten wissen lassen, daß sie nicht ruhig zusehen werden, wie irgendein Teil der Welt unter der Herrschaft eines kommunistischen oder ausländischen Diktators verbleibt» — eine kaum mehr verhüllte Androhung unerbittlicher militärischer Machtentfaltung gegen die kommunistischen Staaten zwischen Elbe und Gelbem Meer. Und Eisenhower wird, nach seinen bisherigen Äußerungen zu urteilen, kaum grundsätzliche Hemmungen haben, seinen «Befreiungskreuzzug» auch auf Ostasien auszudehnen. Auf jeden Fall haben seine republikanischen Parteigenossen und Anhänger die «roll-back»-Strategie schon längst auf den Fernen Osten angewandt. Sie waren es, die — in Zusammenarbeit mit höchstgestellten Militärs — das selbstherrliche, überstürzte Eingreifen der Vereinigten Staaten in Korea durchsetzten. Sie waren es, die hinter MacArthur standen, als er sich anschickte, in die Mandschurei einzubrechen, und dadurch die Chinesen zur Intervention zwang. Sie waren es auch, die im Winter 1951 die indische Friedensvermittlung hintertrieben, für die China grundsätzlich bereits gewonnen war, und statt dessen die Brandmarkung Chinas als Angreifer in der UNO durchdrückten — eine Gelegenheit zur Beendigung des Krieges verscherzend, die seither nie wiedergekehrt ist. Und sie waren es endlich, die Tschiang Kai-shek in seinem Formosa-Réduit gegen alle Bedrohung vom chinesischen Festland her sichern ließen und alles taten, um ihn seinerseits für eine Invasion der Chinesischen Volksrepublik auszurüsten. Eisenhower und Dulles sind heute eng mit der «China-Druckgruppe», mit den Taft, Knowland, Nixon, McCarthy, MacArthur und Genossen, verbunden. Werden sie sich, wenn sie im Amt stehen, deren Einfluß besser zu entziehen wissen als die bisherige Regierung? Oder werden sie ihm nicht erst recht erliegen — auf die Gefahr hin, daß die Vereinigten Staaten über Korea und China auch mit der Sowjetunion in Krieg verwickelt werden?*

---

* Bereits hat Lewis K. Gough, der nationale Kommandant der Amerikanischen Legion, jenes extrem nationalistischen großen Verbandes ehemaliger Kriegsteilnehmer, vor dem Eisenhower seine ärgsten Brandreden gehalten hat, bei einem Aufenthalt in Tokio verlangt, die UNO solle den Nordkoreanern und Chinesen ein Ultimatum stellen, und wenn die Roten nicht (gemäß den amerikanischen Bedingungen selbstverständlich) Frieden schlössen, «sollten wir jede verfügbare Waffe einsetzen».

Eisenhower dürfte, als Anhänger der «europäischen Schule», sein Hauptaugenmerk vorerst allerdings der beschleunigten Aufrüstung *Westeuropas* und insbesondere der Bonner Republik zuwenden. Aber bringt er damit Amerika nicht immer stärker in Abhängigkeit von den westdeutschen Nationalisten und Militaristen, die — genau wie er selbst — entschlossen sind, aufs neue zur «Befreiung der Ostvölker von der bolschewistischen Tyrannei» auszuziehen? Und wenn es dann zu einer akuten West-Ost-Krise käme, hätte Eisenhower genug Festigkeit und Unabhängigkeit, um ein Damm gegen die Entfesselung der Kriegsflut zu sein? Die Art und Weise, wie er während des Wahlkampfes zuerst Taft, dann McCarthy und schließlich Nixon nachgab und so immer der Linie des geringsten Widerstandes folgte, spricht nicht dafür; vermutlich würde er auch dannzumal vor dem lautesten Geschrei und dem stärksten Druck zurückweichen, um so mehr, als er eben durch und durch Militär ist und besonders in Fragen, bei denen es um Krieg und Frieden geht, kaum anders als gewaltmäßig zu denken imstande ist.

Und schließlich noch eines. Vizepräsident der Vereinigten Staaten wird Richard *Nixon* sein, der völlig hemmungslose Rotenhetzer und Demagoge. Zwischen ihm und der Führung des mächtigsten Staates der Welt steht «nur ein einziger aussetzender Herzschlag». Professor Fleming von der Vanderbilt-Universität in Nashville (Tennessee) fragt angstvoll in der «Nation» (25. Oktober):

«Wenn unsere riesenhafte Kriegsmaschine fertig ist, wird es dann Nixon sein, der sie kommandiert? Sollte dieser abenteuerliche junge Mann im Weißen Hause sein, wenn eine ernste Krise im Kalten Krieg kommt, was würde er tun? Könnte jemand ruhig in seinem Bett schlafen, während darüber entschieden wird? Die statistische Möglichkeit, daß Nixon Präsident wird, ist nicht gering.»

In der Tat, eine beklemmende Aussicht — auch schon im Blick auf das, was Eisenhower, Dulles und nicht zuletzt MacArthur (wenn dieser Mann Wehrminister werden sollte) zu tun imstande sind! Gewiß: «Jacobin ministre n'est pas ministre jacobin» («wenn ein Jakobiner Minister wird, so ist er damit noch kein jakobinischer Minister»). Aber was wir bisher von den Männern wissen, die in wenigen Wochen die Regierung der Vereinigten Staaten in die Hand nehmen werden, läßt befürchten, daß sich die Außenpolitik der Vereinigten Staaten einem Punkt nähert, von dem es keinen Weg zurück zu halbwegs friedlichen Methoden mehr gibt. Der Umschwung in den USA muß uns auf jeden Fall zur höchsten Wachsamkeit aufrufen und sollte vor allem die *westeuropäischen Völker* anspornen, ihr Schicksal von der amerikanischen Machtpolitik zu trennen. Die westliche Menschheit hat Besseres zu tun, als ihre Kraft in Kriegsrüstungen zu vergeuden und ihr Leben dadurch in äußerste Gefahr zu bringen! Um heute nur die *eine* gewaltige Aufgabe wieder zu nennen, der sie nicht ausweichen kann, ohne sich das Urteil selber zu sprechen, so wird es allen verantwortlich Denkenden unter uns immer deutlicher bewußt, daß sich an unserer Fähigkeit, den anderthalb Milliarden

entsetzlich leidender Mitmenschen in Asien, Afrika und Amerika Hilfe zu bringen, recht wohl die ganze Zukunft der westlichen Kulturwelt entscheiden mag.

Freiheit von Not! Schon in der «Weltrundschau» des März/Aprilhefts haben wir an Hand eines, wie wir hoffen, eindrücklichen Tatsachenmaterials auf dieses «vordringlichste Problem, das sich auf gesellschaftlichem Gebiete der Menschheit des 20. Jahrhunderts stellt», hingewiesen und in Aussicht genommen, die praktischen Möglichkeiten seiner Lösung zu beleuchten. Das soll nun, wenigstens in gedrängtester Form, geschehen. Nur zur Gedächtnisauffrischung sei zuvor nochmals betont, wie brennend notwendig die Befreiung der «unterentwickelten» Völker (wie man verhüllend sagt; richtiger wäre es, von *ausgebeuteten* und *niedergehaltenen* Völkern zu reden) aus ihrer Not geworden ist.

Zwei Drittel aller Männer, Frauen und Kinder auf unserer Erde führen ein Leben, das von Hunger, Mangel an Kleidung und Obdach, von Schmutz, Krankheit und frühem Tod bedrängt ist und jeglicher menschlichen Kultur entbehrt. Das Statistische Amt der Vereinten Nationen hat im Jahre 1949 festgestellt, daß beispielsweise auf den Kopf der Bevölkerung von Süd- und Südostasien ein Jahreseinkommen von kaum 55 Dollar (etwa 240 Schweizer Franken) entfällt, gegen 773 Dollar in Großbritannien, 849 Dollar in der Schweiz und gar 1453 Dollar in den Vereinigten Staaten — 26mal mehr! Dabei vermehrt sich die Bevölkerung dieser Elendsländer — nicht nur in Asien, sondern auch in Afrika und Lateinamerika — außerordentlich schnell; jede Stunde kommen 2000 bis 3000 hungrige Mäuler neu hinzu, so daß die Weltbevölkerung, die heute etwa 2,2 Milliarden Menschen umfaßt, bis Ende des Jahrhunderts zwischen drei und vier Milliarden betragen wird. Der Mangel an Lebensmitteln, unter dem die zurückgebliebenen Völker leiden, droht also mehr und mehr auch die jetzt noch wohlhabenden Nationen zu ergreifen, kennt doch der Hunger sowenig Landesgrenzen wie die Pest. Buenos Aires, die Hauptstadt eines der viehreichsten Länder der Erde, hat bereits fleischlose Tage eingeführt — ein Alarmzeichen, das auch uns zur Besinnung rufen sollte. Trygve Lie, der Generalsekretär der UNO, hat unlängst (am 20. Oktober in Neuyork) nicht ohne Grund gesagt: «Wir stehen hier einer der größten Gefahren unserer Zivilisation gegenüber. Entweder müssen wir wirksame Mittel finden, ihr friedlich zu begegnen, oder wir werden in eine Reihe heftiger Erschütterungen hineingeschleudert werden, die ein weitverbreitetes Chaos mit sich bringen würden.»

Die Not der besitzlosen Völkermassen hat, besonders in Asien und Afrika, eine eigentlich *revolutionäre Lage* geschaffen. Und zwar vollzieht sich die Umwälzung, die da im Gang ist, nicht in der Form der «industriellen Revolution» Westeuropas und der damit eng verknüpften politischen Revolutionen des kapitalistischen Bürgertums. Es sind *proleta-*

rische Revolutionen mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, die in den rückständigen Ländern ausgebrochen sind oder sich vorbereiten, und gleichzeitig *nationale* Revolutionen, die sich gegen die kolonial-imperialistische Ausbeutung durch die älteren Industrieländer richten. Das Stadium des europäisch-amerikanischen Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie wird — aufs Ganze gesehen — einfach übersprungen; vom Feudalismus und primitiven, unentwickelten Raubkapitalismus geht es, wie in Rußland, unmittelbar in eine Plan- und Gemeinwirtschaft kommunistischer Prägung hinein.

Die Völker erwachen in der Tat mehr und mehr zum Bewußtsein ihres Menschentums, ihrer menschlichen Würde, ihrer menschlichen Rechte. Und was L. Ragaz vor mehr als zwei Jahrzehnten von den Anfängen der asiatischen Revolution gesagt hat, das gilt heute erst recht von ihren entfalteten Formen: «In der antiken Welt gibt es wohl soziale Revolten, aber keine soziale Bewegung; in Japan, China, Indien beginnt die Auferstehung des längst vorhandenen Proletariates in dem Augenblick, wo ein Strahl von Christus darauf fällt.» («Von Christus zu Marx — von Marx zu Christus», Seite 77.) Auch in Rußland wäre ja der Kommunismus ganz undenkbar gewesen ohne die vom Westen her eingedrungenen, wenn auch ganz verweltlichten christlichen Gedanken und ohne das christliche Erbe des russischen Volkes selber.

Wir müssen helfen Die ausgebeuteten Völker suchen sich also zunächst selber zu helfen, und zwar nicht allein auf politisch-revolutionäre Art im nationalen Rahmen, sondern auch in ganz bescheidenen, eng begrenzten Formen: in einem einzelnen Dorf, in mehreren Dörfern zusammen oder höchstens in einem einzelnen Bezirk. Es kommt dabei, wie «War on Want» («Krieg gegen die Not») sagt, das treffliche Büchlein, das aus den Studien eines von Harold Wilson präsidierten britischen Ausschusses von Sachverständigen hervorgegangen ist, es kommt dabei «immer auf die Eingebung eines Einzelnen oder einer ganz kleinen Arbeitsgruppe von Männern und Frauen an, und die Hauptsache ist, in den Menschen der untersten Stufe den Glauben zu wecken und zu schaffen, daß sie es trotz geringem oder gar keinem Beistand und Rat von außen selbst in der Hand haben, mit der Verbesserung ihres Loses anzufangen». Solche Versuche sind besonders in Ost-Nigeria und an der Goldküste unternommen worden, aber auch in Süd-Rhodesia, Uganda, Sarawak (Indonesien) und auf den Fidschiinseln.

Aber alle Selbsthilfe der Notleidenden entbindet uns nicht von der Pflicht zur Nächstenhilfe. Schon aus einfacher menschlicher Verantwortung müssen wir Bevorzugten ihnen helfen. Aber auch aus Eigennutz. Vollbeschäftigung, Hebung unserer eigenen Lebenshaltung, langfristige Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen — das alles ist nur möglich, wenn die 1500 Millionen «Unterentwickelten» ein gedeihliches Leben gewinnen. Dazu insbesondere: «Der Angriff auf die Weltarmut

ist der hoffnungsvollste und vielleicht der einzige Weg, der zum Weltfrieden führen könnte.» («War on Want», Seite 10.) Und wenn die westliche Welt vor dem Kommunismus Angst hat, so hat sie die beste Gelegenheit, dieses Gespenst zu verscheuchen, indem sie durch großzügige und tatkräftige Hilfe an die notleidenden Völker den Anreiz beseitigt, sich mit den Methoden der kommunistischen Revolution aus ihrem Elend helfen zu lassen.

Gegen solche Hilfe wird zwar jetzt oft der Einwand erhoben, man fördere damit nur die «kaninchenhafte» Vermehrung der farbigen Rassen. Aber auch wenn man lediglich von kalt-bevölkerungspolitischen Überlegungen ausgehen wollte, so wäre dieser Einwand kaum stichhaltig. Mit der Hebung des Wohlstands und der Kultur der bisher notleidenden Völker würde sich nach allen Erfahrungen auf diesem Gebiet bald auch die Bevölkerungszunahme verlangsamen — vorausgesetzt, daß die Industrialisierung und Modernisierung der Wirtschaft in Verbindung mit einer wirksamen Sozialreform energisch genug vorwärts getrieben würde. Anderseits böte die planmäßige Erschließung der zurückgebliebenen Länder derartige Möglichkeiten einer Vermehrung der Nahrungsmittelerzeugung, daß der Bevölkerungsdruck bald nicht mehr gefährlich wäre. Sicher ist jedenfalls, daß *ohne* eine weltweite Aktion zur Eindämmung der Not der unterentwickelten Völker auch die heute wohlhabenden Nationen mehr und mehr selbst in Not kommen müßten.

Erste Ansätze Die Hilfsaktion hätte vor allem die Modernisierung der Landwirtschaft in den zurückgebliebenen Ländern und damit die Steigerung des Ertrags an Lebensmitteln ins Auge zu fassen. Dazu käme eine planmäßige Industrialisierung, sowohl als Selbstzweck wie zur Aufnahme der überschüssigen Landbevölkerung. Gleichzeitig wären Verkehrsmittel, Handelseinrichtungen und Kraftwerke auf- und auszubauen, ja, sie stellen vielfach die Voraussetzung für die Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie dar. Ebenso nötig ist die Einrichtung von Schulen und der Aufbau der wesentlichen Gesundheits- und Sozialdienste, schon im Hinblick auf die Bedürfnisse einer zeitgemäßen Wirtschaft. Und schließlich, aber nicht als am wenigsten wichtig, müssen ausreichende Kapitalien für die Durchführung all dieser Reformen zur Verfügung gestellt werden. Wenn man will, ist das sogar die Hauptsache, sind doch alle bisherigen Pläne für die Hebung der unterentwikkelten Völker vor allem aus Mangel an Bereitschaft, das erforderliche Kapital flüssigzumachen, schon in den Anfängen steckengeblieben.

Es ist wirklich eine Leidensgeschichte, die sich einem enthüllt, wenn man das Schicksal der bisher unternommenen Hilfsaktionen verfolgt. Das gilt nicht allein von den Unternehmungen, die einzelne Kolonialmächte — insbesondere Großbritannien — oft mit viel gutem Willen ins Werk gesetzt haben, um ihre farbigen «Schutzbefohlenen» einem jahrhundertelangen Elend zu entreißen. Es gilt namentlich auch von den Ansätzen zu

einer *internationalen* Hilfstätigkeit, wie sie die Vereinten Nationen zu entwickeln suchten, zuerst mit der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) am Schluß des Zweiten Weltkrieges, deren segensreiche Arbeit schon 1947 zum Stillstand gebracht wurde, weil die Vereinigten Staaten keine weiteren Geldmittel liefern wollten; aber auch die seither von der UNO und ihren Unterorganisationen (Wirtschafts- und Sozialrat, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, UNESCO, Weltgesundheitsorganisation, Kinderhilfe, Internationale Wiederaufbau- und Entwicklungsbank, Internationaler Währungsfonds usw.) in Angriff genommenen Pläne haben noch lange zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Es fehlte und fehlt immer wieder vor allem an der Bereitwilligkeit der reichen Länder, ein Mindestmaß an Kapital für solche Zwecke aufzubringen. Der amerikanische Delegierte Mansfield sagte es an der Generalversammlung der UNO im Januar 1952 gerade heraus: «Solange die Rüstungsausgaben auf ihrer gegenwärtigen Höhe bleiben, können die Vereinigten Staaten keinerlei Beitrag für einen solchen Fonds (zur wirtschaftlichen Entwicklung zurückgebliebener Gebiete) leisten.»

Aus dem gleichen Grund ist der berühmte Punkt 4 des Regierungsprogramms von Präsident Truman, um den herum so viel Reklame gemacht wurde, in der Hauptsache auf dem Papier stehen geblieben; für Krieg und Rüstung geben die Vereinigten Staaten in diesem Jahr 30 000-mal mehr aus als für die Hilfe an Elendsgebiete. Auch der Colombo-Plan der Britischen Staatengemeinschaft, der im Mai 1950 als Generalangriff auf Armut und Rückständigkeit in Süd- und Südostasien beschlossen wurde, ist nicht nur in seiner Zielsetzung unzulänglich (er könnte auch bei voller Ausführung höchstens Nahrung für die jedes Jahr neu zuwachsende Bevölkerung schaffen); auch innerhalb dieses bescheidenen Rahmens droht er aus Geldmangel zu scheitern, weist doch schon das erste Betriebsjahr ein Defizit von annähernd zwei Milliarden Franken auf. Für eine minimale Hilfe an *alle* unterentwickelten Länder, die den Wirtschaftsertrag auch nur um zwei Prozent pro Kopf der Bevölkerung steigern könnte, wären nach einer Schätzung der UNO-Sachverständigen rund 19 Milliarden Dollar im Jahr erforderlich. Von außen her müßten dazu 10 Milliarden Dollar beigesteuert werden; bis jetzt steht aber dafür höchstens *eine* Milliarde privates Anlagekapital zur Verfügung, und auch davon gehen drei Viertel in die paar Länder, die ausbeutbare Oelvorkommen besitzen. Für die Entwicklung von Ländern, aus denen keine Oelprofite geholt werden können, bleiben höchstens einige wenige hundert Millionen Dollar privates Anlagekapital übrig.

Hindernisse und Bedingungen Damit sind auch bereits zwei wesentliche Hindernisse für den Erfolg internationaler Hilfsaktionen auf der bisherigen Grundlage angegeben. Einmal: die sich immer noch steigernden Ausgaben der hoch-

entwickelten Länder des Westens für *Kriegsrüstungen*. Solange diese weitergehen, ist jede wirksame Hilfe an die unterentwickelten Völker ausgeschlossen. Sodann: das Vorwiegen *privatkapitalistischer Erwerbsinteressen*. In seinem Buch «Bold New Program («Kühnes Neues Programm»), das Trumans Punkt vier gewidmet ist, zeigt sich zwar der Amerikaner Willard R. Espy überzeugt, daß für die Hebung der zurückgebliebenen Länder «eine der am meisten dynamischen Kräfte in der Welt, das Eigeninteresse des amerikanischen Geschäftsmannes», eingespannt werden müsse. Aber das ist kaum noch etwas anderes als ein Rest des alten, zusammengebrochenen kapitalistischen Wunderglaubens. Mit kapitalistischen Methoden kann die Not der anderthalb Milliarden Menschen, denen es zu helfen gilt, nicht behoben werden, und die Amerikaner, die wähnen, was in ihrem Land (bisher) Erfolg hatte, müsse sich auch in der übrigen Welt bewähren, gehen verhängnisvoll irre. Ein weitsichtiger Amerikaner, der verstorbene Lincoln Steffens, sagte einmal, in Abwandlung eines gern gebrauchten Spruches: «Nichts ist so unzuverlässig wie der Erfolg.» Das Privatkapital sucht Profit und nur Profit. Und wenn sich Eigennutz und Gemeinnutz unter bestimmten Voraussetzungen und in einem gewissen Maß auch zu decken scheinen, so ist das doch gerade bei der Hilfeleistung für die Armutsländer — der größten gemeinnützigen Aufgabe, vor die sich bisher Menschen gestellt sahen — nicht der Fall. Das Privatkapital interessiert sich um die Entwicklung der zurückgebliebenen Länder nur insoweit, als es sich dabei Gewinn verspricht, und zwar hohen Gewinn, weil die Rechtsunsicherheit, der Mangel an Verkehrsmitteln und Verkehrswegen, die weiten Entfernungen bis zum Mutterland und anderes mehr seine Tätigkeit in diesen Gebieten verhältnismäßig riskant erscheinen lassen. Und selbst *wenn* sich das «freie Unternehmertum» auf die Erschließung der rückständigen Länder einläßt, so kann es — siehe die oben erwähnten Feststellungen der UNO-Experten — dafür nicht entfernt so viel Anlagekapital aufbringen, wie auch nur für eine ganze bescheidene Erhöhung des Lebensniveaus der Bevölkerung nötig wäre. Es versagt insbesondere fast vollständig, wenn es sich darum handelt, Straßen, Eisenbahnen, Bewässerungsanlagen und Kraftwerke zu bauen, Schulen und Spitäler einzurichten, landwirtschaftliche Versuchsstationen zu schaffen, die Wohnverhältnisse zu sanieren — lauter Aufgaben, die wesentlich mit zur Entwicklung der Notgebiete gehören und die sogar weithin die Voraussetzung für die Ingangsetzung einer gesunden, ergiebigen Wirtschaft sind.

Nein, das Privatkapital kann immer nur ausbeuten und profitieren, mit Wohlstandssteigerung höchstens als Nebenprodukt, und hier handelt es sich eben einmal um wirkliche Hilfe, in *erster* Linie um uninteressierte Hilfe, die geleistet werden muß, auch wenn sie zunächst gar nicht «rentiert», die aber freilich auf die Länge auch im Interesse der Helfenden selber liegt. Das Privatkapital der wohlhabenden Länder wird *immer* den Weg des Kolonialismus und Imperialismus gehen, und darum wird

es sich auch immer mit den Besitzinteressen und Herrschaftsmächten der unterentwickelten Länder selbst verständigen — gegen die Völker, denen geholfen werden muß. Das aber ist seinerseits das dritte große Hindernis für einen erfolgreichen Kampf gegen die Völkernot: das Weiterbestehen *reaktionärer Herrenklassen und Regierungen*, die dem Elend ihrer Untertanen gar nicht wehren *wollen*. Der Bericht der UNO-Experten sagt es deutlich genug:

«Nach unserem Urteil gibt es eine Anzahl unterentwickelter Länder, worin die Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einer kleinen Kernklasse, deren Hauptinteresse die Erhaltung ihres Reichtums und ihrer Vorrechte ist, die Aussicht auf einen größeren wirtschaftlichen Fortschritt verschließt, bis eine soziale Revolution eine Neuverteilung von Einkommen und Macht bewirkt hat.»

Die Bedingungen, die erfüllt werden müssen, wenn den notleidenden Völkern wirklich geholfen werden soll, sind also im wesentlichen dreifacher Art:

1. Die Kriegsrüstungen müssen eingestellt und damit die notwendigen Geldmittel für die internationale Hilfs- und Solidaritätsaktion freigestellt werden. (Was seinerseits zur Voraussetzung hat, daß der *militärische* Kampf gegen den Kommunismus als widersinnig erkannt wird.)

2. Die Ausbeutung und Beherrschung der unterentwickelten Länder durch den kapitalistischen Kolonialismus und Imperialismus muß durch die Zusammenarbeit der wohlhabenden Völker und ihrer Regierungen zum Zweck planvoller Erschließung der Hilfsquellen jener Länder und der Befreiung ihrer Bewohner von Furcht und Not ersetzt werden. Als oberstes Organ für die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgabe ist eine Weltkörperschaft einzusetzen, die die Tätigkeit aller schon bestehenden internationalen Hilfsorganisationen zusammenzufassen und zu erweitern hat.

3. Eine Revolution der Besitz- und Machtverhältnisse in den rückständigen Ländern muß saubere, unbestechliche Regierungen ans Ruder bringen, die die gesellschaftliche Befreiung und menschliche Kultivierung ihrer Völker als ihre entscheidende Aufgabe ansehen. Und die wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Völker müssen diese Revolution mit allen zweckmäßigen Mitteln ermutigen und unterstützen.

Süd- und Vorderasien Ein paar wenige Beispiele, die um ein Vielfaches vermehrt werden könnten, mögen ganz skizzenhaft andeuten, welch riesenhafte Möglichkeiten einer Erschließung unterentwickelter Länder der Verwirklichung harren, *wenn* die genannten Voraussetzungen erfüllt werden. Einmal *Südasien*, insbesondere *Indien*. Die heutige Lage der Masse des indischen Volkes ist, wie man weiß, schlechthin untermenschlich. Das indische Mädchen, das mit zwölf Jahren heiratet, weiß, daß es zehn oder mehr Kinder zur Welt bringen muß, von denen mindestens vier in den ersten Lebensjahren sterben.

Der Mann aber kämpft auf seinem elenden Fetzchen Land lebenslang vergebens gegen den Hunger (die Hungersnot in Bengalen von 1943 kostete anderthalb Millionen Menschen das Leben); mit durchschnittlich 23 Jahren stirbt er. Dabei geht Reis, das Hauptnahrungsmittel, massenhaft zugrunde, teils durch Schädlinge und Dürre, teils durch falsche Vorratshaltung; man rechnet allein für Indien mit einem jährlichen Verlust von 12 Millionen Tonnen — viermal soviel, als Reis in den Welthandel kommt. Tierseuchen wie die Rinderpest, die in Asien alljährlich zwei Millionen Haupt Vieh tötet, tun das Ihre, um das Elend noch zu vergrößern.

Aber schon mit einer Steigerung des Ernteertrages um 10 Prozent könnte das indische Bauernvolk über die Hungergrenze emporgehoben werden. Und das *ist* möglich. D. R. Sethi, Direktor der Abteilung für Landwirtschaft im indischen Wirtschaftsministerium, schätzt, daß der Bodenertrag allein durch Bewässerung um 50 oder 100 Prozent erhöht werden könnte, durch zweckmäßige Düngung noch um weitere 20 oder 30 Prozent. Vom anbaufähigen Boden Indiens liegen jetzt volle 26 Prozent brach. Die Regierungspläne nehmen denn auch eine Steigerung der Nahrungsmittelerzeugung zunächst einmal um 25 Prozent in Aussicht. Was die Industrialisierung betrifft, so setzt sich der sogenannte Bombay-Plan zum Ziel, innert 15 Jahren eine Verdreifachung des Gesamteinkommens aus industrieller Produktion zu erreichen. Wesentlich dabei ist die Errichtung eines ganzen Systems von Kraftwerken, sind doch bisher kaum 5 Prozent der Wasserkräfte Indiens und Pakistans ausgenützt. Mit ihren 400 Millionen Menschen verbrauchen die beiden Länder in einem ganzen Jahr nur ebensoviel Elektrizität wie die 150 Millionen Amerikaner in einer einzigen Woche. 90 Prozent der Bevölkerung verbrauchen überhaupt keinerlei Elektrizität. Die Errichtung von Staudämmen und Talsperren an den meisten großen Flüssen Indiens nimmt darum einen wichtigen Platz in den Projekten für die wirtschaftliche Hebung des Subkontinents ein. Eine Vervierfachung der gegenwärtigen Stromerzeugung im Lauf eines Jahrzehnts sollte nichts Unmögliches darstellen. Nur — woher die Geldmittel bekommen? Und wie den politischen Umschwung bewerkstelligen, der mindestens für eine Neuverteilung des Bodenbesitzes — diese unerläßliche Bedingung einer dauernden Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion —, wenn nicht auch für eine industrielle Planwirtschaft Voraussetzung ist?

In *Vorderasien* stellt die Kulturarbeit *Israels* bereits eine eigentliche Musterleistung für alle Nachbarvölker dar. Damit aber Palästina wieder zu dem Land wird, darin Milch und Honig fließen, bedarf es noch großer wirtschaftlicher und sozialer Umgestaltungen. Eine Hauptrolle dürfte dabei der von Dr. Lowdermilk, dem amerikanischen Fachmann für Bodenverbesserung (in seinem aufschlußreichen, anregenden Buch «Palestine, Land of Promise» — «Palästina, das verheißene Land»), entwickelte Plan einer Nutzbarmachung der Wasserkräfte des Jordans und zugleich des

höher als die Jordansenke gelegenen Mittelmeeres zu spielen berufen sein. Eine Zusammenarbeit von Juden, Arabern, Libanesen, Jordaniern und Syrern wäre allerdings Voraussetzung für das Gelingen des kühnen Planes. Die bewässerte Bodenfläche könnte dadurch nicht nur von jetzt 100 000 auf 700 000 Acres gebracht werden, sondern auf mindestens 900 000 Acres mit einer zusätzlichen Bevölkerung (gegenüber dem heutigen Stand) von zwei bis drei Millionen Menschen.

Eine noch viel lockendere Aufgabe stellt die Wiedererschließung des *Euphrat-Tigris-Tales* dar. Das alte Zweistromland, die Mutter großartiger Kulturen, zählte in seiner Blütezeit etwa 30 Millionen Einwohner. Das heutige Irak ernährt meist kümmerlich kaum den sechsten Teil dieser Bevölkerungszahl. Und zwar verfiel Babylonien nicht durch Auswaschung wie Ägypten, sondern einfach durch die Vernachlässigung des einstigen Bewässerungssystems, das eine energielose Rasse nicht mehr zu unterhalten und zu nutzen imstande war.

An Projekten für die Neubewässerung des ganzen riesigen Gebietes fehlt es denn auch keineswegs. Das umfassendste ist dasjenige des Neuyorker Ingenieurs Lazarus White, das nicht nur dem Irak, sondern auch dem Libanon, Syrien, Palästina, Jordanien und der Türkei zugute käme und das ganze Jordantalprojekt in sich aufnehmen könnte wie ein Strom einen Nebenfluß. (Vergleiche darüber das erwähnte Buch von Espy, Bold New Program, Seite 158.) Wesentlich bescheidener ist das Aufbauprogramm der irakischen Regierung, das sich auf ein fachmännisches Gutachten der Internationalen Wiederaufbaubank stützt. Darin steht im Vordergrund eine planmäßige Gewässerkorrektion mit Staudämmen und Kanälen, in Verbindung mit der Entwässerung versumpften und versalzten Landes. Durch gleichzeitige Modernisierung der Landwirtschaft, Aufforstung und Bodenverbesserung soll der anbaufähige Boden verdreifacht oder sogar vervierfacht werden. Anderseits wäre die Entwicklung der unermeßlichen Erdölvorkommen und die allgemeine Industrialisierung des Landes, zusammen mit dem Bau von Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Telegraphen- und Telephonlinien, Kraftwerken, sanitarischen Einrichtungen, Spitälern, Wohnhäusern, Schulen usw., geeignet, den Wohlstand und die Zivilisation Iraks auf eine Höhe zu heben, die das Land auch im Altertum nie zu erreichen vermochte. Die zwei Milliarden Schweizer Franken, welche die Ausführung der ersten Etappe des Programms kosten würde, scheinen dank der Mitwirkung ausländischer Petrolgesellschaften aufgebracht werden zu können, und die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2304 vom 20. Oktober 1952), der wir diese Angaben entnehmen, stellt denn auch für die nächsten Jahre «interessante Geschäfts- und Arbeitsgelegenheiten» in Aussicht. Aber wenn auch hier ein Fall vorliegt, wo das gewinnsuchende Privatkapital einzuspringen bereit ist, so ist doch der Zweifel erlaubt, ob auf die Länge Irak und Vorderasien überhaupt auf die Höhe gebracht werden können, ohne daß eine

Weltplanungskörperschaft, über alle kapitalistischen Interessen hinweg, das große Kulturwerk an die Hand nimmt und für seine Finanzierung sorgt.

Die Sahara Im Heft 3/4 des laufenden Jahrgangs der «Neuen Wege» berichtete Karl Loewy über den Kampf, den kühne Männer gegen die Wüste führen. «Sie wühlen — so sagt er — in der Sahara, um die Schleusen des gewaltigen unterirdischen Meeres zu öffnen, das unter ihrer Sanddecke liegt; sie säubern Zisternen aus der Römerzeit, damit die Einöden Libyens wieder eine Kornkammer werden wie zu den Zeiten Karthagos, der griechischen Kolonisation und der Römerzeit.» Und er ist überzeugt: «Würde es gelingen, den Krieg gegen die Wüste zum dritten Weltkriege zu machen, dann würde sich das Schicksal der Menschheit grundlegend anders gestalten.» Einleitende Scharmützel in diesem Krieg sind längst an verschiedenen Orten im Gang. Gerade gegenwärtig sind die Franzosen in Tunis an der Durchführung eines Fünfjahresplanes, um durch Bewässerung 437 500 Acres Neuland und 150 Millionen Kilowattstunden Elektrizität zu gewinnen. Aber was ist das gegen die durchaus nicht phantastische Aufgabe, die ganze Sahara ins Leben zurückzubringen und die biblische Prophezeiung wahrzumachen: «Freuen sollen sich die Wüste und das dürre Land, frohlocken die Steppe und blühen! Gleich der Narzisse sollen sie blühen und frohlocken, ja, frohlocken und jubeln!»

Schon vor Jahrzehnten hat Dwight Braman von Boston einen Plan entworfen, wonach das Wasser des Mittelmeeres durch lange Kanäle in die Sahara geleitet und durch Eindämmung der Flüsse, die jetzt vom Atlasgebirge südwärts strömen, ein Binnenmeer geschaffen werden soll, das von Biskra bis zur Ostküste von Tunis reichen würde. Eine Kultur würde hier aufblühen, wie sie seit 2000 Jahren in Nordafrika nicht mehr bestanden hat, so meinen die Anhänger des Projektes, und kaum zu Unrecht. Dann ist da der sogenannte Labonne-Plan, der weite Flächen der Sahara durch Anbohrung des unterirdischen Meeres in landwirtschaftliche Nutzflächen verwandeln will. Es gibt ferner ein Projekt, das den Bau gewaltiger Staudämme am Viktoria- und Tanasee vorsieht mit dem Zweck, die Wasserführung des Nils zu regulieren — eine lebenswichtige Sache für Ägypten — und eine Sumpfentwässerung größten Ausmaßes im Sudan vorzunehmen, verbunden mit Energiegewinnung für ganz Ostafrika. Und man spricht von dem Plan Soergel, der die allmähliche Absenkung des Wasserspiegels im Mittelmeer und die Bildung zweier Binnenmeere in Zentral- und Ostafrika durch Stauung und Umleitung des Kongo und des Sambesi vorschlägt, wodurch nicht allein das Klima Afrikas grundlegend verändert, sondern auch unvorstellbare Energiemengen freigesetzt würden. Lauter Entwürfe, die technisch wohl zu verwirklichen wären, denen gegenüber aber das «freie Unternehmertum»

völlig versagen müßte (es würde höchstens zu einem neuen Suezkanal-Schwindel oder zu einem Panamaskandal vermehrten Ausmaßes reichen) und an deren Ausführung die Herrschenden unserer Tage erst herantreten werden, wenn sie dringendere Aufgaben erledigt haben, mit denen sie jetzt beschäftigt sind, so die Aufrüstung zum nächsten Krieg . . .

Lateinamerika Unabsehbare Möglichkeiten wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung bieten auch die Länder Lateinamerikas, deren eingeborene Bevölkerung meistens unter erbarmungswürdigen Verhältnissen dahindämmert. Nehmen wir *Brasilien*. Eine amtliche Planungskommssion hat schon vor acht Jahren ein Programm ausgearbeitet, um das Volkseinkommen innert 15 Jahren zu verfünffachen. Bis heute ist kaum ein Anfang zu dessen Verwirklichung gemacht. Zu den größten natürlichen Reichtümern des Landes gehören seine Wasserkräfte. Der Paranástrom zum Beispiel, im Süden, stürzt über sieben Fälle ab, deren Kraft über eine Million Kilowatt elektrische Energie erzeugen könnte. Einer davon, derjenige von Iguassu, gehört zu den vier größten Wasserfällen der Erde, ist aber bisher völlig ungenützt. Nur sieben Prozent der brasilianischen Wasserkräfte werden jetzt zur Gewinnung elektrischer Kraft herangezogen; die elektrische Energie des Landes stammt vor allem aus Holz, da die einheimische Kohle schlecht und spärlich ist und die Ölvorkommen meist unerschlossen sind. Ein vorläufiger Plan sieht die Verdoppelung der Krafterzeugung mit einem Kostenaufwand von 500 Millionen Dollar vor. Wird das Geld zusammengebracht werden?

Einer fast märchenhaften Entwicklung wäre das Becken des Amazonas fähig, des weitaus größten Stromes der Welt. In seinem Bett fließt ein Fünftel alles Frischwassers der Erde; sein Einzugsgebiet ist fast so groß wie die ganzen Vereinigten Staaten. Die Naturschätze des Amazonasbeckens — Holz, Öl, Gummi, Nüsse, Palmfibern usw. — sind überhaupt noch nicht zu ermessen. Aber an ihre Nutzbarmachung ist nicht zu denken, solange Malaria, gelbes Fieber, Pocken und andere Krankheiten dort wüten und eine feindliche Menschen- und Tierwelt in den Urwäldern jedem Kultivierungsversuch trotzt. Hat das Privatkapital den geringsten Anreiz, hier zu «arbeiten»?

Die Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse ist überhaupt eine Vorbedingung für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt in Lateinamerika. In Brasilien ist die Kindersterblichkeit fünfmal so hoch wie in Nordamerika. Vor drei Jahren gab es in ganz Mexiko nur zehn gut ausgebildete Krankenpflegerinnen; 62 Prozent aller Häuser hatten weder Kanalisation noch fließendes Wasser. In Französisch-Guayana leidet der zehnte Teil der Bevölkerung an Aussatz. Und so fort. Wiederum: Was für ein Interesse sollte das «freie Unternehmertum» daran haben, hier andere Zustände zu schaffen? Wenn es an zahlreichen Orten mit dem

Gesundheitszustand besser geworden ist, so dank dem Eingreifen öffentlicher oder gemeinnütziger Körperschaften.

Auch die Bodenreform, ohne die in Lateinamerika so wenig ein wirtschaftlicher Aufschwung möglich ist wie in Asien oder Afrika, kommt nirgends vom Fleck, solange die feudalen und kapitalistischen Besitzinteressen vorherrschen. In *Guatemala* zum Beispiel ist von zwei Millionen Menschen, die aus der Landwirtschaft leben müssen, die Hälfte besitzlos. Die Lage der Kleinbauern, Pächter und Landarbeiter ist allmählich unerträglich geworden. Was wunder, wenn in den letzten Jahren eine kräftige kommunistische Bewegung entstanden ist? Unter ihrem Druck plant jetzt die Regierung — Staatspräsident ist übrigens ein Mann von teilweise schweizerischer Herkunft, Arbenz — die Beschlagnahme der großen Landgüter und Plantagen, die wegen ihres Umfangs oft nicht einmal bebaut werden, und die Verteilung des freiwerdenden Bodens an das Landproletariat. Was bei zweckmäßiger Arbeit aus dem Boden herausgeholt werden kann, haben nordamerikanische und guatemalensische Pflanzer bewiesen, die einzig mit sorgfältig ausgewähltem Saatgut den Kaffee-Ertrag innert kurzem verdoppelten und verdreifachten. In San Salvador hat in einem Fall verbesserte Düngung die Getreideernte gleich verdreifacht. Ähnliche Fortschritte sind auch in anderen mittel- und südamerikanischen Ländern gemacht worden. (Vergleiche Espy, Bold New Program, Seite 106 ff.) Aber es handelt sich meistens um Einzelfälle. Großzügige Hebung von Wirtschaft und Kultur ist hier wie in allen unterentwickelten Ländern der Erde erst zu erwarten, wenn der Widerstand der reaktionären Herrschaftsklassen gebrochen sein und sich in den wohlhabenden, hochentwickelten Ländern eine Politik durchgesetzt haben wird, die in Hinsicht auf die «rückständigen» Völker nicht mehr von kapitalistischen Privatinteressen bestimmt ist, sondern vom Geiste der Solidarität und der Hilfsbereitschaft.

Dabei haben vor allem wir westlichen Völker keine Zeit mehr zu verlieren. Wie die Verfasser von «War on Want» nachdrücklich betonen, müssen wir *jetzt* zu einem Entschluß kommen, wenn überhaupt ein Weltplan möglich sein und in absehbarer Frist wirksam werden soll. Bringen wir die Einsicht und Tatkraft dafür *nicht* auf, dann steht es mit der Sache des Weltfriedens schlecht. Und dann wird auch niemand erstaunt oder entrüstet sein dürfen, wenn die notleidenden Völker sich mit den gleichen Mitteln zu helfen und helfen zu lassen suchen, die in der Sowjetunion, dann im übrigen Osteuropa und nun in China angewandt wurden und werden, um die Völker aus Armut, Not und Unkultur zu befreien und sie auf die Stufe eines von ihnen früher kaum erträumten Menschentums zu heben.

11. November *Hugo Kramer*

Ragaz-Worte

Was bedeutet die Friedensbewegung für das *Völkerleben*? Sie bedeutet für das Völkerleben *Einheit*. Wenn ich wieder so reden darf: Gott bedeutet die Einheit der Völker, die Einheit der Menschen. Das ist zunächst Forderung, ist ein Sollen. Aber es ist nicht bloß Forderung, sondern auch schon Wirklichkeit geworden. Ich glaube, daß das eine der Tatsachen ist, vor der wir stehen: die Offenbarung einer *Menschheit*; ich glaube, daß uns dies heute geschenkt worden ist und immer mehr geschenkt werden wird. Dabei denke ich nicht an die oberflächlichen Dinge, die man oft anführt, wenn man von der neuen Einheit der Welt spricht. Ich glaube nicht, daß Flugzeug, Radio und ähnliche Dinge diese Einheit herstellen. Man muß viel tiefer gehen. Vielleicht darf ich hier an die Geschichte der Schweiz erinnern. Die Schweiz ist zusammengesetzt aus einer Menge von politischen Gebilden, die einst selbständig waren, die einst auch Krieg miteinander geführt haben, und dies sogar noch in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Vier Sprachen, vier Nationalitäten, zwei Konfessionen haben sich zusammengefunden. Heute ist es für den Zürcher ganz undenkbar, etwa mit Bern Krieg zu führen. Das kann einfach nicht mehr sein, weil die alle Schweizer verbindende Einheit zu deutlich erlebt wird. Ich glaube, daß wir jetzt im allgemeinen Völkerleben an diesem Punkt angelangt sind, namentlich in Europa, aber vielleicht sogar über Europa hinaus, und daß der Krieg an diesem Punkt unmöglich wird. Und doch möchte ich auf die Einheit allein nicht abstellen. Denn man könnte sich auch eine Einheit etwa bloß metaphysischer oder kosmischer Art denken, die die Vielheit der Erscheinungen auslöschte, etwa im Sinne der pantheistischen indischen Religion und Philosophie. Ich glaube nicht, daß diese Einheit genügt, um den Krieg aufzuheben; denn auf Grund einer solchen Einheit könnte man die Einzelnen für gleichgültig halten, weil ja das Eine doch immer übrig bleibe. *Die Einheit*, welche allein Frieden wirken kann, muß sich mit der *Vielheit* verbinden, muß das Recht der Vielheit nicht nur gelten lassen, sondern selbst begründen. Hier kommt der *Individualismus* zur Geltung, der das Palladium des Abendlandes bildet. Ich möchte ihn zum Unterschied von allen bloß naturhaften Formen des Individualismus, auch von allem bloßen Subjektivismus, den *heiligen* Individualismus nennen. Er kommt von Moses über Elias und Jeremias, Paulus und Luther, Kant und Marx (ja, auch diesen!) zu uns. Dieser Individualismus bedeutet das heilige Recht, wie jedes Einzelnen, so auch jeder Gemeinschaft, vor allem jedes Volkes. Vor dem Bewußtsein und Gefühl dieses Rechtes muß der Krieg zu Boden fallen. Wenn zu diesem Bewußtsein des heiligen Rechtes noch etwas Größeres kommt, etwas von der *Liebe*, die im Grunde allein fähig ist, jedem sein letztes Recht zu geben, dann gelangt man zu jener Gesinnung, die das bekannte Wort Goethes ausspricht: «Überhaupt ist es mit dem National-

haß ein eigenes Ding. Auf den untersten Stufen der Kultur werden Sie ihn immer am stärksten und heftigsten finden. Es gibt aber eine Stufe, wo er ganz verschwindet, und wo man gewissermaßen *über* den Nationen steht, und wo man ein Glück oder ein Wehe seines Nachbarvolkes empfindet, als wäre es dem eigenen begegnet.» In dem Maße, als diese Gesinnung zunimmt und der Begriff des «Nachbarvolkes» sich über alle Völker ausdehnt, wird der Krieg unmöglich werden. Es kann dann wohl noch Rechtsstreitigkeiten, aber keinen Krieg mehr geben.

Wenn wir aber wieder zu dem Gedanken des heiligen Rechtes zurückkehren, so leuchtet ein, daß damit auch die Idee des *Völkerbundes* ausgesprochen ist, das was seine Seele bildet. Dieses heilige Recht, verbunden mit der Einheit sich herabsenkend auf die Völkerwelt, das ist der Völkerbund, freilich noch nicht seine Wirklichkeit, aber seine Wahrheit. Es ist der Sinn des Völkerbundes, daß alle anderen «Berge» klein werden vor dem obersten Recht, daß daraus ein heiliges, gemeinsam verbindendes Recht aller erwachse. Es muß davor die absolute Souveränität der Einzelnen wie der Völker verschwinden. Alle absolute menschliche Souveränität ist Götzentum. Es muß auch das sogenannte Eigenrecht der Politik verschwinden. Die Politik hat bei aller Wahrung der technischen Eigenart ihres Tuns, die ja selbstverständlich ist, doch dem gleichen sittlichen Gesetz zu gehorchen, dem alle andern Lebensgebiete pflichtig sind.

Der gleiche Doppelgesichtspunkt gilt für das *soziale* Leben. Die prophetische Vision verbindet nicht zufällig den Gedanken des Völkerfriedens mit dem des sozialen Friedens, indem sie die Schwerter sich in Pflugscharen und die Spieße in Winzermesser verwandeln läßt und davon zu sagen weiß, daß jeder unter seinem Weinstock und Feigenbaum sicher wohnen werde. Es hat ein jeder sein heiliges Recht auf die Erde, ein gleiches Recht wie jeder andere. Daß es verwirklicht werde, ist eine der zentralen Vorbedingungen einer Friedensordnung der Welt. Auch im sozialen Leben muß der «Berg Gottes» höher werden als alle anderen «Berge»; es muß Gott mehr werden als die Götzen, der Mensch mehr als das Kapital, die Seele mehr als die Sache. Auch hier muß die falsche Absolutheit naturhafter Mächte gebrochen werden durch die wahre Absolutheit des Geistes.

Es ist selbstverständlich, daß es keine Friedensordnung der Völkerwelt gibt außerhalb einer sozialen Friedensordnung. Die eine muß mit der andern Hand in Hand gehen. Wir können nicht das Recht des andern Volkes sehen, wenn wir nicht das Recht sehen, das der Mitmensch hat, in seinem Besitz und in seiner Arbeit. Zu dem Gefühl des heiliges Rechts muß sich aber auch hier die tiefe Empfindung der den Menschen mit den Menschen verbindenden *Einheit* gesellen. Ich glaube, daß das dies tiefste Wesen des *Sozialismus* ist. Wenn wir über alle Parteiprogramme hinaus nach dem letzten Sinn des Sozialismus fragen, so können wir sagen:

Der Sozialismus ist die Gegenbewegung gegen ein ganzes Zeitalter, in dem die Atomisierung der Menschenwelt vor sich ging; der Sozialismus bedeutet die Wendung zum Menschen hin, die Wendung zur Verbindung zwischen Mensch und Mensch, bedeutet Gemeinschaft, Lebenserfüllung in der Gemeinschaft. Damit fällt wieder der Krieg zu Boden.

Ich möchte darum zusammenfassend sagen: Uns ist eine Offenbarung geschenkt worden, die es uns unmöglich macht, zu töten. Das ist die Offenbarung des *Menschen*. Wir haben gelernt, den Menschen in seinem Wert neu zu sehen. Ich muß das besonders herausheben. Denn ich glaube, das ist insofern etwas Neues, als früher der Mensch dem Menschen zu stark, sozusagen in einem Schema entgegengetreten ist. Wir sahen ihn zu sehr im Schema der Religion, der Rasse, der Nation und viel zu wenig als Menschen für sich, als individuelles Wesen mit unendlichem Eigenrecht. Nun ist er immer mehr aus diesem Schema herausgetreten. *Der Mensch als solcher ist uns offenbar geworden.* Das bedeutet aber, daß wir nun erst das «Du sollst nicht töten» als gebieterische Wahrheit empfinden. Ich meine, wenn man so den Menschen erlebt hat, kann man nicht mehr töten. Dann hört der Krieg auf und an seiner Stelle setzt die Dienstverweigerung ein. Ich nenne das Antimilitarismus. Darunter verstehe ich die völlige Ablehnung des Krieges und jeglicher Kriegsvorbereitung. Ich bekenne mich persönlich zu dieser Haltung. Es ist vielleicht möglich, daß ich, hingerissen von äußerster Leidenschaft, einen Menschen töten könnte; aber daß ich mit Bewußtsein, mit Absicht einen Menschen töte, ist unmöglich, ist gottlob nicht mehr möglich.

Der Sinn der Friedensbewegung ist also eine neue Offenbarung der Welt Gottes und des Menschen. «Selig sind die Friedeschaffer, denn sie werden Söhne Gottes heißen.» So verstehe ich die Friedensbewegung; ich glaube, das ist ihr eigentlicher Sinn.

Leonhard Ragaz: «Der Sinn der Friedensbewegung».
(Aus: «Kommende Gemeinde», 1929.)

. . . Das soziale Evangelium ist eigentlich das älteste von allen. Es ist «gegründet auf die Apostel und die Propheten». Sein Kern ist der israelitische Glaube, an den sich auch Jesus hielt. Wo immer die Propheten von dem «Heilsplan» redeten, dachten sie dabei an die soziale Erlösung des Volkes. Solange Johannes der Täufer und Jesus das Evangelium verkündeten, stand das Reich Gottes im Mittelpunkt desselben; ihre Ethik, die die praktische Erläuterung und Bestimmung des Reich-Gottes-Gedankens war, wies auf eine höhere soziale Ordnung hin, in der neue ethische Normen angewendet würden . . .

(Aus: *«Die religiösen Grundlagen der sozialen Botschaft»*
von Walter Rauschenbusch, Rotapfel-Verlag.)

Redaktionelle Bemerkungen

Wir fahren in diesem Heft mit dem Abdruck der Flumserberg-Referate fort. Da wir diese Referate als Ganzes bringen möchten, können in den nächsten Nummern noch nicht alle Manuskripte, die uns vorliegen und die, jedes für sich, voller Wert und Aktualität sind, Platz finden.

Die Predigt von Professor Ernst Simon aus Jerusalem führt uns mitten hinein in die jüdische Schau der Geschichte des Jona. Es wird uns von großem Gewinn sein, diesem Fühlen und Denken zu folgen; dies vor allem, wenn wir uns mit Jona und seinem Verhalten selbständig und tief auseinandersetzen, damit wir, jeder einzelne von uns, den Sinn des damaligen Geschehens gerade heute spüren und erleben.

Wir machen unsere Mitglieder, unsere Abonnenten, unsere Leser und Freunde nachdrücklich auf unser in diesem Hefte abgedrucktes und auch als Einzelblatt beigelegtes *Werbeblatt* aufmerksam. Unsere Zeitschrift bedarf dringend neuer Abonnenten. Sie möchte mit ihrer Gesinnung, ihren Beiträgen und ihrer Haltung zu möglichst vielen Menschen dringen können, die im heutigen Angstzustand, in der scheinbaren Ausweglosigkeit, welche heute den Menschen, den Geist, die erlösenden Taten lähmen, nach einem unbestechlichen Weg zur Überwindung der Kriegsgefahr suchen. Jeder einzelne könnte durch seine Mithilfe neue Abonnenten und Leser finden.

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung.
Geschenkabonnemente empfehlen sich auf Weihnachten.
Der Beitritt zur Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege» (jährlich Fr. 5.—) unterstützt die Zeitschrift auch.
Das Werbeblatt und Probenummern können kostenlos bei Frl. Sofie Zoller, Manessestraße 8, Zürich 3, bezogen werden.

Wir bitten Sie alle: wenn Ihnen die Zeitschrift «Neue Wege» etwas sagt und gibt, betrachten Sie es als Ihr eigenstes Anliegen, sie Ihren Freunden und Bekannten zugänglich zu machen. Sie spüren doch selbst, wie dringend heute eine vorurteilslose Information, ein geistiges Bemühen um Wahrheit und Gerechtigkeit, eine klare, auf Gott und Christus ausgerichtete Haltung sind. Sie spüren, wie notwendig es ist, wach zu sein und mitzuhelfen am Hinüberreißen des Steuers nach der Seite der Rettung. Es kommt auf jeden einzelnen an; wenn wir dies nicht erkennen, flüchten wir vor dem Rufe Gottes.

Das Redaktionskollegium.

Die von Prof. Leonhard Ragaz 1906 gegründete und jahrzehntelang betreute Zeitschrift

Neue Wege

Blätter für den Kampf der Zeit

arbeitet im Geiste ihres Begründers in der Überzeugung weiter, daß sie zu den Fragen und Entscheidungen unserer Zeit Wesentliches zu sagen hat:

Angesichts der Zurüstung des totalen Krieges, welcher uns alle mit Vernichtung bedroht, betrachten es die «Neuen Wege» als ihre Hauptaufgabe, sich mit aller Entschiedenheit für den *Kampf um den Frieden* einzusetzen.

Aus diesem Grunde möchten die politisch und finanziell völlig unabhängigen «Neuen Wege» eine *Plattform* bilden, von der aus klarblickende, der Wahrheit und Gerechtigkeit dienende Menschen des In- und Auslandes ihre Überzeugung in Freiheit vertreten können.

Nach den Erfahrungen der alten wie der neuesten Geschichte gelangten die «Neuen Wege» zu der Gewißheit, daß keines der zentralen Probleme unserer Zeit sich durch Gewalt wahrhaft lösen läßt: weder durch das allgemeine Wettrüsten der Staaten und «Blöcke», noch durch die Gewaltlösungen des Kommunismus, noch durch dessen gewaltsame kapitalistisch-faschistische Zurückdrängung und Bekämpfung. An diesem Punkte muß *ein völliges Umdenken, eine Umkehr* einsetzen, wenn wir nicht in einer unausdenkbaren Katastrophe zugrunde gehen wollen.

Die «Neuen Wege» vertreten die Überzeugung, daß ein wahrhafter Friede nur auf der Basis *sozialer Gerechtigkeit* aufgebaut werden kann, daß die Grundursache der heutigen Spannung in der ungeheuren, noch ungelösten *sozialen Frage* liegt. Diese ist doch offensichtlich *das* Hauptproblem unserer Epoche; denn solange zwei Drittel der Menschheit das bescheidenste «tägliche Brot» nicht haben und vielen daher der Kommunismus die einzige Rettung zu sein scheint, ist eine Befriedung und soziale Neuordnung der Welt ausgeschlossen. Eine weltweite, von brüderlichem Geiste getragene Hilfe und tiefgreifende Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind die dringlichste Aufgabe der Gegenwart.

Die «Neuen Wege» wollen der *Wahrheit* dienen. Sie erkennen die verheerenden Wirkungen von irreführenden, zumeist propagandistischen Darstellungen der Zeitereignisse, wie sie der Westen und der Osten betreiben. Sie bemühen sich deshalb, in allen ihren Beiträgen wie in der *Weltrundschau* den Lesern gewissenhaft belegtes Tatsachenmaterial der

verschiedensten Länder zu vermitteln und die menschliche *Verantwortung* in der Politik wie auf allen Lebensgebieten zu wecken.

Die «Neuen Wege» sind sich bewußt, daß ihr Wirken nur Sinn und Kraft hat, wenn es aus den tiefsten geistigen Quellen strömt. Sie möchten im Dienste des *lebendigen* Gottes arbeiten, der die Menschen durch Christus dazu berufen hat, die Erde in seinem Geiste umzugestalten zu seinem Reich der Liebe und Gerechtigkeit. Sie sind der festen Überzeugung, daß dieses Reich nur mit seinen eigenen Waffen, den Waffen des Geistes, der Wahrhaftigkeit, der Liebe und Opferbereitschaft, erkämpft werden kann, und erwarten und vertreten darum eine grundlegende Erneuerung der Sache Christi. Die «Neuen Wege» sind das Organ der religiös-sozialen Bewegung der Schweiz.

Kostenlose Probehefte der Zeitschrift versendet die Administration: Manessestraße 8, Zürich 4 (Sofie Zoller).

Wenn die Ungläubigen den Sozialismus und Kommunismus, dieses echteste Erbe Jesu Christi, vertreten, sondern oft sogar gegen sie, so tun sie das, weil die berufenen Erben sie nicht im Namen Gottes und Christi vertreten haben ... Ich möchte betonen, daß auch Demokratie und Liberalismus, wenn man sie in ihrem tiefsten Sinne nimmt, wie etwa jene ein Masaryk und diesen ein Vinet vertritt, durchaus Kinder des Reiches sind und von ihnen durchgehend das gleiche gilt wie vom Sozialismus und Kommunismus. Das ist im Reiche Gottes alles *eine* Welt.

(Aus: Leonhard Ragaz «Die Botschaft vom Reiche Gottes». Herbert-Lang-Verlag.)

Weihnachten heute:

„Gewalt'ger Kämpfer ohne Speere"

*

Dein König kommt in niedern Hüllen,
sanftmütig auf der Es'lin Füllen:
Empfang ihn froh, Jerusalem!
Trag ihm entgegen Friedenspalmen,
bestreu den Pfad mit grünen Halmen!
So ist's dem Herren angenehm.

*

O mächt'ger Herrscher ohne Heere,
gewalt'ger Kämpfer ohne Speere,
o Friedensfürst von großer Macht!
Es wollen dir der Erde Herren
den Weg zu deinem Throne sperren,
doch du gewinnst ihn ohne Schlacht.

*

Dein Reich ist nicht von dieser Erden,
doch aller Erden Reiche werden
dem, das du gründest, untertan.
Bewaffnet mit des Glaubens Worten,
zieht deine Schar nach den vier Orten
der Welt hinaus und macht dir Bahn.

*

Und wo du kommest hergezogen,
da ebnen sich des Meeres Wogen,
es schweigt der Sturm, von dir bedroht.
Du kommst, auf den verheerten Triften
des Lebens neuen Bund zu stiften,
und schlägst in Fessel Sünd und Tod.

*

O Herr von großer Huld und Treue,
o komme du auch jetzt aufs neue
zu uns, die wir sind schwer verstört!
Not ist es, daß du selbst hienieden
kommst, zu erneuern deinen Frieden,
dagegen sich die Welt empört.

*

O laß dein Licht auf Erden siegen,
die Macht der Finsternis erliegen,
und lösch der Zwietracht Glimmen aus.
Daß wir, die Völker und die Thronen,
vereint als Brüder wieder wohnen
in deines großen Vaters Haus!

Friedrich Rückert

Gibt es noch eine Rettung für die heutige Welt?*

Also spricht der Herr:

«Was für Fehl fanden eure Väter an mir, daß sie sich von mir entfernten und Tand nachgingen und selbst zu nichts wurden?» (Jeremia 2; 5.)

Gibt es noch eine Rettung für die heutige Welt? Das ist eine Frage, die bei Ungezählten lebt. Vor allem auch bei vielen Jüngeren. Und auch bei vielen, die Kinder haben. Und das braucht uns nicht zu verwundern. Wer mit den Tatsachen, wie sie in der Presse und über den Rundfunk immer wieder berichtet werden, rechnet, stößt oft den Stoßseufzer aus: es gibt keine Rettung mehr . . . Die Fronten bilden sich. Nicht lange, und das schreckliche Spiel kann beginnen.

Darum sind viele in Müdigkeit und charakterlose Gleichgültigkeit verfallen. «Man kann doch nichts ändern.» Rettung? Die Antwort lautet: Ich weiß nichts davon.

Es ist meine feste Überzeugung, daß gerade in diesen Zeiten ein Prophet wie Jeremia uns viel zu sagen hat. Darum hoffe ich, daß Sie mit mir das Wort von Jeremia hören wollen. Dieses Wort spricht er im Namen Gottes zu unserer Rettung.

Der Gesandte Gottes, Jeremia, lebte, genau wie wir, in einer politisch sehr bewegten Zeit. Das 7. Jahrhundert vor Christi Geburt war wahrlich nicht so ruhig. Palästina, das Land, wo der Rest des Volkes Israel lebte, lag zwischen Ost und West, zwischen Assyrien und Babylon einerseits und Ägypten anderseits. Es war in die internationalen Spannungen verwickelt. Dadurch war das Volk Israel nervös und unsicher – ein großer Teil der Bevölkerung war ja ungefähr hundert Jahre vorher weggeführt worden. Was wird nun weiter geschehen? Und viele sagten: Es gibt nur eine Möglichkeit, wir müssen uns entweder mit Assyrien oder mit Ägypten verbünden. Etwas anderes bleibt uns nicht. Und dann ist Jeremia so verwegen, mitten in dieser Unruhe auch noch ein Wort mitzusprechen. Ja, er behauptet sogar, das Wort zu verkünden, das Rettung bringt.

Denn dieser Jeremia war ein Mann, der von brennender Liebe zu seinem Volke erfüllt war. Vierzig Jahre lang hat er seinem Volke gedient — das war nicht einfach, das war oft mörderisch ermüdend und schwierig . . . Lesen Sie das Buch Jeremia wieder einmal daraufhin durch. Wie er es ausgehalten hat, kann ich nicht sagen, aber er hielt stand, bis zum Ende.

Warum ereiferte sich Jeremia so sehr? Nun, es bestand nur *ein* Grund: er konnte es nicht mit ansehen, daß sein Volk in den Untergang trieb. Und das tat es . . . Er sah es deutlich.

Gab es noch eine Rettung?

---

* Predigt, gehalten am holländischen Rundfunk am 18. Mai 1952 und in den Kirchen von Gsteig am 10. August 1952 und in Saanen am 24. August 1952.

Ja, sagt Jeremia zu seinem Volke, es gibt noch eine Rettung: Wenn ihr zu eurem Gotte zurückkehrt und Ihm gehorcht. Geht die Wege, die Er euch weist. Dann könnt ihr auf Seinen Beistand hoffen, auch in schwierigen Augenblicken, dann werdet ihr ein Volk, das seiner Berufung nicht untreu wird.

Aber ihr dürft nicht mehr nach Assyrien und nach Ägypten laufen. Ihr müßt Gott in Liebe dienen. Das ist das einzige, was von euch verlangt wird. Dann wird Israel ein Licht für die Völker.

Immer wieder aufs neue probiert Jeremia, dem Volke die Augen für drohende Gefahr zu öffnen. Immer wieder ruft er den Israeliten ein Halt bei ihrem Lauf in den Abgrund zu.

«Vertrauet auf Gott! Wandelt auf Seinem Wege! Unser Gott ist stärker als die Baals, die Abgötter! Er ist auch mächtiger als Assyrien und Ägypten.»

Und Jeremia singt seine rührenden Lieder über den klagenden Gott, der dem Volke immer geholfen hat, der es aus Ägypten gerettet hat, der es durch die Wüste geführt hat . . . aber der nun verlassen wurde.

Und dann bricht die Klage aus:

«So spricht der Herr:
Welches Unrecht fanden eure Väter an mir,
daß sie sich von mir abwandten
und Tand nachgingen und so selbst zu Tand wurden?
Daß sie nicht sagten: Wo ist der Herr,
der uns aus Ägypten befreite,
uns durch die Wüste führte,
ein Land von Steppen und Wildnis,
ein Land der Dürre und tiefer Finsternis,
ein Land, durch das niemand zieht und wo niemand wohnt?»

Jeremia weiß es gut: das Volk ist von Priestern und sogenannten Propheten irregeführt worden — aber die fürchterliche Anklage bleibt bestehen, daß Heiden ihren Göttern treu bleiben und daß Israel seinen Gott, dem es alles zu danken hat, im Stiche läßt.

«Sehet, ob so etwas jemals geschehen ist:
Hat ein Volk jemals seine Götter vertauscht?
Und das sind nicht einmal Götter!
Entsetzt euch darüber, ihr Himmel,
schaudert und zittert!»

Jeremia ist aber eines ganz gewiß: Gott hat wegen Israel Verdruß, wegen Seines Volkes, das sich von Ihm abwendet. Finden Sie das vielleicht zu einfach, zu menschlich, zu naiv, zu primitiv gesagt? Ich glaube, daß es nicht wesentlicher, zutreffender und inniger gesagt werden kann als gerade so.

Gott klagt:

«Vergißt ein Mädchen jemals seinen Schmuck,
eine Braut jemals ihren Gürtel?
Und mein Volk hat mich schon seit ungezählten Tagen vergessen!»

«Mein Volk . . .» Das ist die Klage! Und es ist gleichzeitig der Aufruf: Kehre zurück! Darin, in dieser Rückkehr, ist die Rettung zu finden. Jeremia hat ungezählte Male diesen Aufruf ertönen lassen: «Kehret zurück zu dem wahren Gott, Er hilft, Er stützt, Er ist wert, daß ihr zu Ihm zurückkehrt. Laß Ihn nicht klagen!»

Das alles gilt nicht nur für Israel im 7. Jahrhundert von Christus — es gilt auch für uns im 20. Jahrhundert nach Christus.

Gibt es noch eine Rettung für die heutige Welt? Ja, wenn wir zu Gott zurückkehren, zu Gott, den wir durch Christus kennen.

Gibt es noch eine Rettung für die heutige Welt? Ja, wenn wir Gott gehorsam sind, der uns Seine Liebe im Kreuze Christi bewiesen hat.

Und was das praktisch zu bedeuten hat? Ich will probieren, es Ihnen auszulegen.

Es war in der Zeit der beginnenden Judenverfolgungen in Nazideutschland. Die Gott und die Menschen entehrenden Judengesetze wurden veröffentlicht. Damals sah man in einer holländischen Wochenzeitschrift «Die grüne Amsterdammer» eine Zeichnung: Ein großer Platz. Eine Säule, an die die Judengesetze geklebt wurden. Viele Menschen. Und darüber: das Antlitz von Christus, mit Dornen gekrönt, mit Tränen in den Augen. Diese Zeichnung war wie eine Predigt. Mehr noch: sie war eine gute Predigt. Sie verdeutlichte Jeremia 2, 5. Gott, der über Seine Menschen klagt, über diese Welt. Und der in dieser Klage einen Aufruf hören läßt: Menschen, kehrt zu Mir zurück . . . sonst wird es immer schlimmer mit euch.

Die Klage ging über die Welt von 1938: Was für einen Fehl findet ihr in Mir? Habe ich jemals Meine Liebe verraten? Gott klagte: Ich habe Christus dieser Welt gegeben. Er hat sich aus Liebe am Kreuze geopfert. Ich habe doch das Beste gegeben, das Ich zu geben hatte . . . Menschen, warum betragt ihr euch so?

«Was für einen Fehl fanden eure Väter an Mir,
daß sie sich von Mir abwandten
und Tand folgten
und so selbst zu Tand wurden?»

Die Israeliten liefen hinter einem «Ding von nichts» her. Im Hebräischen wird ein Wort gebraucht, das bedeutet: es ist Luft, leer, eitel, es ist ein Wahn, es ist nichts, närrisch, es ist Tand. Wer einer «Sache von nichts» folgt, wird selbst zu nichts. So klingt ein schwerer, drohender Ton durch das hebräische Wort, das sagt: «So sind sie selbst zu nichts geworden, zu Tand.»

Als Christen sahen wir auf diese Weise auch die Welt während des Zweiten Weltkrieges. Haß und Unrecht überall, einander mordende Menschen, einander mordende Christen ... Und Gott klagte: «Was für einen Fehl findet ihr doch in Mir, daß ihr einem Ding von nichts nachläuft, daß ihr denkt, auf diese Weise irgend etwas Gutes zu erreichen ...? Nicht lange, und ihr werdet selbst zu nichts, Sieger und Besiegte zusammen. Kehrt zu Mir zurück. Hört doch auf. Ich bin euer Gott. Mir könnt ihr vertrauen.»

Aber wir gehorchten nicht.

Und nach 1945 trat das Mißtrauen in die Welt, stärker als je. Wir fühlten keine Schuld, nicht einmal, nachdem wir in einer einzigen Sekunde 80 000 Menschen in Hiroshima aus der Welt gefegt hatten. Nach 1945 schien es, als ob wir alle guten Kräfte verbraucht hätten ... Wir waren leer; weil wir einem «Ding von nichts», einem Wahn gefolgt waren, darum werden wir selber zu nichts.

Gottes Klage erscholl. Aber wer hörte die Klage? Und wer hörte den Aufruf? «Oh wäre dein Herz rein von Bosheit, oh Jerusalem, daß du noch gerettet werden könntest!» Und gerade darauf kommt es an: noch *gerettet* zu werden!

Vielleicht denkt so mancher: «Ach, ich habe doch mit allen diesen Dingen nichts zu tun, was geht mich die Welt an? Dann muß ich Ihnen doch antworten, daß Sie ohne weiteres plötzlich in die Weltgeschehnisse hineingezogen werden können. Das merkt man am deutlichsten, wenn man große Söhne hat. Und ich muß Ihnen sagen, daß die Predigt über unsere Haltung in der heutigen *Welt* ein biblisch begründeter Teil der christlichen Predigt ist. Aber das erwähne ich nur so nebenher.

Klage und Aufruf «um noch gerettet zu werden». Wir sind genau wie das alte Israel. Das war, weil es Gott nicht mehr vertraute, ein nervöses und unsicheres Volk geworden, ein Volk ohne Halt. Einmal: ein Bündnis mit Assyrien, dann wieder: ein Bündnis mit Ägypten. Jeremia verkündet Gottes Klage: «Wozu müßt ihr doch nach Ägypten laufen, um Nilwasser zu trinken?» Und: «Wozu müßt ihr doch nach Assyrien laufen, um Wasser aus dem Euphrat zu trinken?» Was würde Jeremia wohl in Gottes Namen über uns sagen?

Vor zehn Jahren war Rußland der Bundesgenosse von Westeuropa — nun ist Rußland unser Feind. Vor zehn Jahren war Deutschland unser aller Feind — nun wird Deutschland unser Bundesgenosse. Vor zehn Jahren war Japan der Feind der Holländer — nun ist Japan unser Bundesgenosse.

«Was für einen Fehl findet ihr doch an Mir», klagt Gott, «daß ihr einem Ding von nichts, Eitelkeit und Tand nachläuft und selbst zu Tand, zu nichts werdet, leer, ohne Halt, nervös, unsicher? Einmal tut ihr dieses, dann wieder jenes. Glaubt ihr Mir denn nicht mehr?»

Die Abrechnung mit den Nazianhängern ist noch nicht abgeschlossen, aber allerlei nichtbekehrte Nazimänner werden wieder eingeschaltet, um

später in dem großen Kampf für «Freiheit und Menschlichkeit» mitkämpfen zu können. Daß sie unsere Juden ermordet haben, scheinen wir Holländer und der Westen im allgemeinen vergessen zu haben.

Was für eine Erniedrigung ... Ich schäme mich gegenüber denen, die ich in den deutschen Konzentrationslagern Amersfoort und Vught habe sterben sehen.

Ja ... wir müßten aus Großmütigkeit und aus wahrer Versöhnlichkeit mit Deutschland und Japan Verträge abschließen können ... jetzt tun wir das nicht aus Vergebung, sondern aus Angst; jetzt tun wir es, um sie später in einem Kriege mitfechten zu lassen.

Gott klagt. Weil Er nicht will, daß wir uns so erniedrigen. Warum laufen wir erst wie wild nach dem Nilwasser und dann wieder nach den Wassern des Euphrats? Wo ist unsere Selbständigkeit geblieben? Wir sind Sklaven der Verhältnisse geworden.

Klage — und Aufruf. Kehrt um! Und zu allererst: Ihr Christen, kehrt um! Wenn ihr das tut, dann werdet ihr euch wundern. «Ich will euch nicht düster ansehen, Ich bin gnädig», spricht der Herr.

Begreifen Sie nun mit mir, warum die Botschaft von Jeremia so aktuell ist, so rettend, so trostspendend? Das ist keine Bußpredigt, wie man sagt, die geißelt und striemt. Diese Predigt entsteht aus Liebe zu den Menschen, um ihnen die Freuden des täglichen Lebens zu ermöglichen: «um noch *gerettet* zu werden»! Darum schämen wir uns, und wir sind dankbar dafür, wenn wir von dem klagenden Gott hören, der uns zur Umkehr aufruft. Diese Umkehr muß gründlich sein — das gilt für das persönliche Leben (worüber ich aber heute nicht sprechen will), und das gilt auch für die Beziehungen in der Welt.

Gott klagt über alles, was jetzt in Korea geschieht. Es ist nun schon mehr als zwei Jahre her, seit der Krieg in Korea entbrannte. In achtzehn Monaten zählte man mehr als zwei Millionen Tote, Verwundete und Vermißte. Wir Christen werfen Napalmbomben ab, wodurch die Menschen auf die widerlichste Weise verbrennen. Jemand schrieb aus Korea: «Korea ist Schweiß, Kot, Blut, Schutt, Leichen.»

Glauben Sie, so frage ich, daß Gott das gut findet? Und dabei denke ich nicht an einen Gott, wie wir ihn uns vielleicht ausdenken, wie wir ihn aus nationalen Gründen gern haben (und gebrauchen) wollen, sondern an den Gott, dessen Wesen und Willen wir durch Jesus Christus kennen.

Gott klagt. Und er ruft: Kehrt euch zu Mir. Haltet ein! Wenn ihr damit aufhöret, dann kommen neue Kräfte frei, durch welche ihr mit Taten antworten könnt, und zuallererst auf den Hunger in Asien und auf das Unlustgefühl in Westeuropa.

Es wird höchste Zeit, daß wir Realisten werden. Mit dem Realismus, der augenblicklich in die Tat umgesetzt wird, kommen wir nicht weiter — wir verlieren, je länger es dauert, desto mehr dasjenige, um dessen Erhaltung wir fechten. Ein solcher Realismus bringt uns keine Rettung. Wer

mit den «eisernen Tatsachen» rechnet, kann das rundum in der Welt feststellen. Wirklicher Realismus rechnet mit den Wegen, die Gott weist, die Christus zeigt, Wegen von Gerechtigkeit, Wahrheit, Opferbereitschaft, Liebe zum Feinde. Dann erst kommt eine andere, eine bessere Welt.

Gibt es noch eine Rettung für uns? Ja — denn Gottes Klage geht noch über die ganze Welt . . . Das ist ein Beweis dafür, daß «Gott nicht das Werk fahren läßt, das Seine Hände begannen».

Ich hätte gern, daß wir das alles nicht mehr als ein «Bild», sondern als Wirklichkeit sähen. Vielleicht kann uns die Zeichnung helfen, von der ich Ihnen erzählte. Sehen Sie es vor sich: Diese Welt. Mit all ihrem Elend, Unrecht und ihrer Schlechtigkeit. Und darüber: Christus, mit Dornen gekrönt, der weint. «Mein Volk, was habe ich euch getan, oder womit habe ich euch ermüdet?» (Micha 6, 3). «Ach, wenn ihr euch doch jetzt zu dem bekennen würdet, was eurem Frieden dient.» (Lukas 19, 12.)

Das ist das Schlimmste, das beinahe Unverzeihliche: daß wir uns mit unserm Vertrauen auf die Gewalt, mit all dem Geschreibe über Atomexplosionen betragen, als ob Christus nie gelebt und niemals für unser Heil gelitten hätte.

Gott fragt uns: «Vertraut ihr Mir nun eigentlich, ja oder nein? Was wollt ihr denn mit Jesus Christus tun? In eurem persönlichen Leben und auch in Weltbeziehungen?» Wir werden nicht gefragt: Was wollt ihr mit der Kirche tun oder was wollt ihr mit dem Christentum tun? — Wir werden gefragt: Was wollt ihr mit Mir tun, mit Gott, mit Christus, mit Seinem Kreuz, mit Seiner Liebe?

Ich komme auf die Frage zurück, die ich am Anfang stellte: Gibt es noch eine Rettung für die heutige Welt? Ja — wenn wir tun, was dieser Gott von uns verlangt. Unsere eigene «Weisheit» opfern wir dann gern auf . . . diese Weisheit hat sich nicht als so wertvoll erwiesen . . .

Und wenn Sie nun sagen: Aber so handelt die «Welt» nicht, und so handelt die Kirche nicht — dann frage ich Sie und mich selbst: Sollte vielleicht die altchristliche Zeit zurückgekommen sein, worin jedem einzelnen die Entscheidung vorgelegt wird, mit allem Risiko, das damit verbunden ist?

Sagen Sie nun nicht: Dazu werde ich aber nie imstande sein. Ich bin kein Held. Ich kann nicht gegen den großen Strom schwimmen (denn darauf läuft es doch hinaus). Nein, es ist kein Gesetz, das Ihnen vorgeschrieben wird, keine Last, die drückt . . . Versuchen Sie einmal wirklichen Kontakt mit Gott zu finden, in Ihrem Gebet und mit Hilfe der Sakramente; versuchen Sie einmal, wirklich Kontakt mit Christus zu finden, aus dem Neuen Testament, in der Kirche, wie auch immer. Wenn Sie nämlich Gott nicht außerhalb des Gebietes der Weltbeziehungen lassen, wenn Sie Gott sozusagen «aussprechen» lassen, werden Sie merken, daß Sie sehr vieles, was sehr viele bejahen, ablehnen, und daß Sie sehr vieles bejahen werden, was sehr viele ablehnen. Und Sie werden sich selbst davon

überzeugen, daß das der beste Dienst ist, den Sie dieser Welt erweisen können.

Und das werden Sie dann nicht als eine schwere Last empfinden — das werden Sie aus sich selbst heraus tun. Wir handeln so, weil wir nicht anders handeln können, weil wir Gott lieben, weil wir die große Liebe von Christus sehen, weil Sein Kreuz uns stets vor Augen steht.

Wenn auch die «Welt» nicht so handelt, wenn auch viele in der Kirche sagen, daß es «unmöglich» sei — uns wird heute von Gott gesagt, daß Christen, daß Nachfolger Jesu Christi nur eine Pflicht haben — in ihren persönlichen und in den Weltbeziehungen: ein Leben in Gerechtigkeit, Friede, Dienst und Liebe zu führen. Dann kommt in unser Leben auch etwas wie eine neue Freude.

Gibt es noch eine Rettung in der heutigen Welt? Ja. Denn Gottes Klage erschallt, und der Ruf Gottes verstummt nicht: Kehret zurück! Wir schämen uns. Und wir sind dankbar. Wenn diese Klage und dieser Aufruf fehlen würden, dann gäbe es keine Rettung mehr.

An Gott liegt es nicht. Er weist uns den Weg — und demjenigen, der den Weg wandelt, verleiht Er die Kraft. Hört die Klage! Nehmt die Vergebung hin! Gehorcht dem Aufruf! Kehrt zurück! Das ist Evangelium: frohe Botschaft — Botschaft der *Rettung*.

Endlos hält Gottes Liebe stand.
Die Last der Welt läßt schwer sich tragen,
aber Gottes Vaterhand
führt uns, daß wir nicht verzagen.
Über uns, bei Tag und Nacht,
hält Sein' Liebe treu die Wacht.

Treu die Wacht — in der Klage und in dem Aufruf und in der Vergebung, «damit wir gerettet werden». Amen. *Krijn Strijd*

Das Kind

«Das Kind ist Gottes wunderbare Nähe.»
(Aus Leonhard Ragaz: «Das Reich und die Nachfolge».)

Auch heute betrachten Eltern ihr neugeborenes Kind als ein Wunder. Wenn es nicht aus unmenschlichen und ungöttlichen Gründen unwillkommen ist oder sein muß, wird dem zarten, unschuldigen Wesen ein Höchstes und Tiefstes an reiner, unmittelbarer Liebe entgegengebracht. Was an Hoffnung und Spannung in der Zeit der Erwartung die Herzen der Eltern erfüllte und durch die Sorgen und Schmerzen der Geburt geläutert und nur noch stärker im Herzensgrund verankert wurde, strömt nun als lautere Quelle der Elternliebe und der Dankbarkeit zu Gott wie kaum

später mehr so ohne Fehl zum Kinde hin. Nicht das Kind erblickt das Licht der Welt, sondern die Eltern erblicken es im Kinde. Daß Gott wunderbar nahe ist — wer spürte dies nicht in solchem Augenblick? Nicht anders hielt Maria ihr Kind im Arm, nicht anders erlebte Joseph den Ernst des Vater-Seins, nicht anders empfand das heilige Paar sich selber als Kinder des göttlichen Vaters.

Es herrschte Freude, als Jesus in der Krippe lag. Es sollte Freude herrschen, wenn ein neugeborenes Kind in der Wiege liegt. Mit jedem Kind schenkt uns Gott etwas Göttliches, mit jedem Kind hat er etwas vor, durch jedes Kind kommt Gott uns nahe, rührt uns und rührt uns an und will etwas von uns. Er schenkt uns im Kind das Neue, das Reine, das Unschuldige, das Ewige. Er rührt in uns die Liebe an, aber auch die Verantwortung und die Ehrfurcht.

So lange Kinder auf die Welt kamen, haben die Erwachsenen dem Kinde alles angetan, wessen sie nur fähig sind: sie haben das Kind geliebt und gequält, verwöhnt und geschlagen, vergöttert und verteufelt, in den Himmel gehoben und in die Hölle geworfen. Haben sie aber immer in Ehrfurcht im Kinde den Bruder oder die Schwester des Jesuskindes gesehen? Haben sie im Gehorsam gegen Gott, den wahren Vater des Kindes, dieses Kind als *sein* Eigentum anerkannt und behandelt? Haben sie es fertiggebracht, daß das reine Strahlen des Kinderauges sich durchs Leben hindurch erhalten kann und darf? Haben sie die wunderbare Nähe Gottes gewürdigt und zu einer dauernden gemacht? Ließen sie die Kinder wirklich zu Jesus kommen, wie er es wünscht? Ist das Kind in unserer Welt, in der Welt der Erwachsenen, geborgen oder im Elend? Haben alle Kinder das tägliche Brot? Bekommen alle Kinder die richtige geistige Nahrung? Atmen alle Kinder in der lebensnotwendigen Atmosphäre der Liebe? Und wer gibt uns das Recht, auch nur *einem* Kind sein göttliches Recht zu beschneiden oder gar zu nehmen?

Wie, wenn wir uns einmal die Welt mit den Augen des Kindes betrachteten, wenn wir uns auf seine echten Ansprüche besännen? «Wer aber ärgert dieser Geringsten einen, die an mich glauben, dem wäre besser, daß ein Mühlstein an seinen Hals gehängt und er ersäuft würde im Meer, wo es am tiefsten ist.» (Matth. 18, 6.) So scharf spricht Jesus, wo es um die Kinder geht. Und wo stehen wir heute, wenn wir an die Kinder denken? Hängt uns nicht schon längst der Mühlstein der Schuld, der Sorge und der Brutalität jeder Art um den Hals, und ertrinken wir nicht in einem Meer von Angst, Hoffnungslosigkeit und Zynismus, da, wo dieses Meer am tiefsten ist?

Es ist nicht so, daß wir den Kindern nichts gäben, und viele Einzelne geben den Kindern, was sie können. Die Welt als Ganzes aber raubt den Kindern ihr Recht und gibt, wenn sie gibt, nicht das Richtige und nicht mit dem Sinne eines Kindes, so wie Jesus das versteht. Das Kind wird belogen und betrogen, wird irregeführt und im Stiche gelassen. Sein Heiligstes wird nicht in Ehren gehalten.

Da steht unterm Christbaum neben der Krippe das Kriegsspielzeug. Auf der Straße funkeln Weihnachtslichter — zur Freude der Kinder oder aus Reklamegründen? Wo das Kind heute geht und steht, weht ihm fragwürdige, schwüle Luft entgegen. Die Puppen in den Schaufenstern sollen nach dem Preis bewundert werden. Weihnachtsglanz und Weihnachtsstimmung werden, wenn überhaupt, in kleinen und kleinsten Münzen und nur hastig und unglaubwürdig verteilt. Am Familientisch wird über Mord und Tod, über Sport und Geld gesprochen. Das Radio übertönt die zarten Klänge der Seele und jede kindliche Erwartung. Aus der Weihnachtszeit ist eine Weihnachtshetze geworden, und die Feier von Christi Geburt kann dem Kinde kaum mehr bewußt gemacht werden.

Viele beschenken ihre Kinder in reichstem Maße — aber Millionen Kinder hungern, Tausende gehen unnötig zugrunde, ungezählte schmachten in seelischer Einsamkeit, in körperlicher und geistiger Verwahrlosung. Man gibt für Kinder — aber nicht mit der Hand, sondern mit dem grünen Einzahlungsschein. Man nimmt ihnen — nicht mit der Hand, sondern durch dämonisch gewordene Gleichgültigkeit, durch Egoismus und Verblendung — alles weg, was sie wirklich brauchen. Es wird viel getan für die Kinder, und es gibt heiße Herzen, die um ihr Wohl sich verzehren, und aufopfernde Helferhände, die das Elend der Kinder zu lindern versuchen. Aber der Geist der Welt ist dem Kinde feindlich, die Luft der Welt ist ihm gefährlich. Das Kind muß heute, buchstäblich und im geistigen Sinne, auf Leichen spielen und auf Trümmern sich tummeln. Sie sind heimatlos auf dieser Welt, und man macht es ihnen schwer, zu ihrem Bruder Jesus zu finden, selbst an Weihnachten, dem Fest der Kinder und dem Fest Jesu. Dessen müssen wir uns bewußt sein.

Neuer Weihnachtsglanz kommt nur wieder, wenn alle Kinderaugen glänzen — aber nicht glänzen aus Freude über den Tank und die Pistole, sondern glänzen, weil man sie wahrhaft liebt, weil man sie Jesus schauen und berühren läßt, weil sie Kind sein dürfen und weil der Erwachsene ihnen in die Augen schauen und den Glanz aus eigener Kinderseele zurückstrahlen kann. *Carmen Weingartner-Studer*

Mein Sohn

Es folgt nachstehend ein Auszug aus einer Rede, mit der Pfarrer James Endicott, ehemals Leiter der «United Church of Canada», seinen Sohn, James G. Endicott, D. D., Vorsitzenden des Kanadischen Friedenskongresses, vorstellte. Die Rede wurde am Kanadischen Friedenskongreß vom 11. Mai 1952 vor etwa 10 000 Zuhörern gehalten. Der Sohn war, wie sein Vater, viele Jahre als Missionar in China tätig gewesen und wurde wegen seiner Einstellung zu den Ereignissen in China in Parlament und Presse heftig angegriffen. Was nach seiner Rückkehr aus China die Öffentlichkeit besonders gegen ihn herausforderte, war seine Erklärung, daß er Beweise für die Anwendung der bakteriologischen Waffe durch die USA festgestellt habe.

Jugendeinflüsse

Sie dürfen nicht vergessen, daß Jim im Ausland geboren wurde, in einer Stadt im Innern Chinas. Es gab keine Autos in jener Stadt, kein Radio, kein Kino. Er entging der Inspiration und der Erziehung — dem heiligenden Einfluß — Hollywoods. Jawohl, er mußte ohne all das auskommen. Wir hatten kein Telephon, wir hatten in jener Stadt sozusagen nichts, keinen Hockey-Sportplatz, kein Baseballfeld, nichts dergleichen. Was hatte er dann? Er hatte seinen Vater und seine Mutter. Und er hatte etwas, was wir Familienandacht nannten. Vielleicht haben Sie schon davon gehört. So etwas gab es damals. Diese Familienandacht half mit, ihn zu dem zu machen, was er ist. Er wäre heute nicht Volksfeind Nummer 1 ohne diesen Einfluß auf seine Jugend. In dieser Familienandacht sprachen wir nicht von irgend etwas Beliebigem, wir beschränkten uns auf *die großen Gestalten der Bibel.*

Da war Moses zum Beispiel und Elia und Amos und Daniel. Wenn ein Bub über all diese Menschen nachdenkt, so hat das eine bestimmte Wirkung. Da sieht er auf der einen Seite Moses, auf der anderen Pharao; der eine forderte den anderen heraus durch Sklaverei, Ausbeutung des Volkes, und der tapfere Mann sagte: «Laß mein Volk ziehen!» Nun, Jim mußte wählen: er mußte zu Pharao stehen oder zu Moses. Und er stimmte für Moses! Dann, als wir zu Elia kamen, war die Wahl zwischen Elia oder Ahab oder Isebel. Er stimmte für Elia! So war es, als wir zu Daniel kamen. Er konnte nicht anders als zu Daniel stehen. Er nahm sich Zeit, und es wurde ihm klar, daß Belsazar und Nebukadnezar und Darius und all die anderen recht miese Burschen waren verglichen mit Daniel. Wie Sie wissen, hatten wir in der Sonntagsschule ein Kirchenlied, das wir vor sechzig Jahren in Kanada sangen: «Wage ein Daniel zu sein.»

Nun, der Unterschied zwischen Jim und Tausenden von Pfarrern von heute ist der, daß diese sagen: «Wage einen Daniel zu bewundern», aber sie sagen selten: «Wage ein Daniel zu sein.» Und das ist ganz etwas anderes.

Jim wanderte so durch das ganze Neue Testament, und schließlich sah er einen ungewöhnlichen Menschen am Kreuz. Und er sah Barrabas und Judas Ischarioth, König Herodes und Pontius Pilatus und alle anderen. Er hätte einen der anderen wählen können, aber er wählte den Mann, der ans Kreuz genagelt wurde.

Helden der Geschichte

Nachher suchte er in der Geschichte nach Helden, und es ist erstaunlich, wie er dadurch ermutigt wurde. In der amerikanischen Geschichte war es entweder George Washington oder Georg III. (der englische König), und er entschied sich für George Washington. Als er zu Abe Lincoln, dem Holzhacker, gelangte, wählte er Abe statt die vornehmen Herren, die vom Blut der Sklaven in den Südstaaten lebten. In der eng-

lischen Geschichte stieß er auf einen seltsamen Mann, einen Kesselflicker in Bedford, der oft im Gefängnis saß. Sie wissen, der Mann hatte eine blinde Tochter. Er wurde ins Gefängnis geworfen, weil er das Evangelium predigte, obwohl er nicht ordiniert war. Da man wußte, daß er seine blinde Tochter liebte, bot man ihm die Freiheit an, wenn er versprechen würde, nicht weiter zu predigen. Da stand John Bunyan auf und sagte: «Was?» Und sie wiederholten: «Du kannst das Gefängnis verlassen und für deine Tochter sorgen, wenn du nicht mehr predigen willst.» Und der alte Kesselflicker sagte: «Zuhause bleiben? Gut, unter diesen Bedingungen muß ich im Gefängnis bleiben. Und hier bleibe ich, bis Moos wächst über meinen Augenbrauen.» Und er hinterließ uns «Des Christen Pilgerfahrt».

Um in der Gegenwart zu wirken, muß man in der Gegenwart leben

Aber das Bemerkenswerte daran ist: Jim sah, daß, wenn man wirken will, man in der Gegenwart leben muß. Wenn er über die alten Propheten gesprochen hätte, die alten Märtyrer, hätte man ihn nie zum Volksfeind Nummer 1 erklärt. Er hätte über die alten Helden fünfzig Bände schreiben können, und ihm wäre nichts passiert. Aber er merkte, daß jeder der Propheten in seiner Zeit lebte. Sie sprachen für ihre Zeitgenossen, über die Lage zu ihrer Zeit. Da fingen die Schwierigkeiten für meinen Sohn an. «Wenn das zur Zeit von Moses stimmte, so muß es heute noch wahr sein», dachte er; «und es wird für China gerade so wahr sein wie anderswo.» Deshalb mußte Jim — vor fünf bis sechs Jahren — wieder zwischen zwei Sorten von Führern wählen. Er überraschte die Kanadier, als er erklärte, der beste Führer für China sei ein Kommunist namens Mao Tse-tung und der schlimmste Tschiang Kai-shek. Damit hatte er sich eine böse Suppe eingebrockt. Er hätte sich nicht mit zeitgenössischen Fragen befassen sollen. Es gab in Kanada keinen Mann, der Tschiang Kai-shek und seine Organisation besser kannte als er. Er hatte früher persönlich mit Tschiang Kai-shek über die Lage gesprochen. Er hatte ihn gewarnt. Er hatte unseren Botschafter wiederholt und ausführlich über das, was in China vorging, gewarnt. Dann erklärte er zu meinem und zu aller anderen Erstaunen, wie der Bürgerkrieg in China ausfallen würde. 1947 sagte er: «Obwohl Tschiang Kai-shek die großartigste Armee befehligt, die China je gesehen hat, die beste, mit amerikanischem Material ausgerüstete Armee, und obwohl er jede wichtige Stadt in China außer einer besetzt hält, ist er verloren.» Alle führenden Zeitungen in Kanada, mit zwei bis drei Ausnahmen, verurteilten Jim, weil er Tschiang Kai-sheks Sturz voraussagte. Wie Sie sehen, ist die heutige Haltung der Presse nichts Neues. Sie verfolgte Jim seit Jahren, weil er wagte zu sehen, was zu sehen war, und zu sagen, was er gesehen hatte. Und er hat sich bis jetzt als wahrer Prophet ausgewiesen.

Japan, das «Land der aufgehenden Sonne»

Zu Beginn unseres Jahrhunderts waren die Herzen der Menschen guten Willens von einer großen Hoffnung geschwellt: die Erfüllung des Menschheitstraums vom ewigen Frieden schien Möglichkeit zu werden, die weisen Vorschläge Emanuel Kants schienen in das Reich der «Realpolitik» zu rücken. Rußlands Zar hatte einen Aufruf zu internationaler Abrüstung erlassen, der die begeisterte Zustimmung von Größen wie Leo Tolstoj, Bertha von Suttner, Henri Dunant u. a. erhielt. Die zwei Haager Konferenzen dämpften zwar das Feuer der Begeisterung, sie brachten jedoch den Schiedsgerichtshof für internationale Streitigkeiten zustande, immerhin ein großer Schritt vorwärts.

Da machten zwei Nationen, an entgegengesetzten Enden der Welt gelegen, einen dicken Strich durch die Hoffnung der Optimisten. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel trafen japanische Torpedos die russische Flotte im Hafen von Port Arthur. Das war im Jahre 1904. Ein Jahr später lag der russische Riese am Boden. Die Zyniker triumphierten, und alle Welt bewunderte den Zwerg Japan, der den Riesen herausgefordert und bezwungen hatte. — Neun Jahre später setzte das deutsche Kaiserreich die ganze Welt in Brand und leitete die Brutalisierung des Maschinenzeitalters ein.

Beide Länder, zurzeit schwer gezüchtigt für den falschen Weg, den sie damals einschlugen und fortführten, befinden sich heute in sehr ähnlicher Lage. Total besiegt, hatten sie nach bedingungsloser Übergabe vor der Welt gestehen müssen, daß sie sich durch ihre Angriffskriege eines todeswürdigen Verbrechens schuldig machten. Sie mußten geloben, nie wieder Waffen in die Hand zu nehmen, sondern alle Differenzen mit andern Völkern auf friedliche Weise zu regeln.

Heute sollen beide Länder gezwungen werden, ihre feierlichen Gelöbnisse zu widerrufen und sich in einem ins Auge gefaßten zukünftigen Massenschlachten zugleich als Bollwerk, als Sprungbrett und als Kampfgenossen herzugeben und zu opfern. In beiden Ländern sind Minoritäten bereit, diesem Verlangen Folge zu leisten, während die Massen widerstehen.

Der Schweizer — wie andere Europäer — kennt seinen deutschen Nachbarn aus guten und schlechten Erfahrungen zur Genüge. Aber Japan mag ihm und andern Westlern heute noch mehr oder weniger wie die verschleierte Schöne des Orients erscheinen. Das mag zum Teil seinen Grund darin haben, daß Japan weit später als andere Länder des Orients — heute der «Ferne Osten» genannt — in Berührung mit der Umwelt getreten ist.

Die Geschichtsschreibung weiß so gut wie nichts über die Uranfänge des Inselreiches im Stillen Ozean zu berichten. Man vermutet, daß um das 6. Jahrhundert v. Chr. chinesische, mongolische und malayische

Stämme über Korea die japanischen Inseln überfluteten und die Ureinwohner, den kaukasischen Stamm der Ainu, zum Teil vernichteten, zum Teil in die nördlichen, unfruchtbaren Gegenden des Landes trieben, wo heute noch Überbleibsel von ihnen leben.

Das Jahr 660 n. Chr. wird als das Jahr 1 der japanischen Geschichte bezeichnet. Die dann beginnende sogenannte Taikwa-Reform machte aus den losen, in mehr oder weniger anarchischen Zuständen lebenden Stämmen eine Nation.

In großen Linien gesehen, läßt sich die bekannte Geschichte Japans in folgende Perioden teilen:

1. Periode der Taikwa-Reform, 660—1192
2. Periode des Shogunats, 1192—1867
3. Periode der Meiji-Restauration, 1867—1945
4. Periode des heutigen Japans, nach 1945.

Die Taikwa-Reform war durch einen Austausch von Menschen und Gütern mit dem hochzivilisierten China vorbereitet worden. Buddhistenmönche brachten chinesische Schrift und Philosophie, Kunst und Kunsthandwerk nach dem Inselland. Straßen nach chinesischem Muster wurden gebaut und brachten die Bewohner in Handel und Wandel näher zueinander. Shotoko, ein überzeugter Anhänger des Buddhismus, ging nach China, studierte die Organisation des Staates und schuf nach ihrem Muster eine Neuordnung seines Landes. Er teilte es in Provinzen und ernannte die örtlichen Stammeshäuptlinge zu legalen Verwaltern ihrer Ortschaften. Alle hatten die Oberherrschaft des Kaisers Jimmu als ihres absoluten Herrn anzuerkennen und sich ihm unterzuordnen. Nach der primitiven Urreligion, Shinto genannt, war der Kaiser ein Abkömmling der Sonnengöttin Amaterasu und genoß göttliche Verehrung in Tempeln und an Hausaltären.

Nach den geschichtlichen Berichten war die Taikwa-Reform ein fast modern anmutendes Meisterwerk an Organisation. Es stand der echte Wille dahinter, eine allen Volksteilen gerecht werdende, auf die hohen Grundsätze der chinesischen und indischen Philosophie gegründete Regierung zu schaffen. Aber wie alles Gute auf der Welt, entartete sie während der 532 Jahre ihres Bestehens. Begabte Glieder des Hofadels traten als die eigentlichen Herrscher an die Stelle des Kaisers, der nach und nach zu einer Schattenfigur, einem religiösen Symbol, herabsank. Ihr Streben war vor allem, ihren Familien erbliche Macht zu sichern. Das Wohl des Landes trat an die zweite Stelle. Während der Herrschaft der Fujiwara-Familie wechselten Perioden hoher Kultur, was Wissenschaft, Kunst, Lebensart anbetraf, mit Perioden verheerender Bürgerkämpfe. In den Provinzen hatte sich ein mächtiger Landadel herausgebildet. Selbstherrlich wünschte er die Zentralregierung zum Teufel, ähnlich den Landjunkern Preußens, für die der König «absolut» sein durfte, «wenn er unsern Willen tut». Zusammen mit ihren treu ergebenen Mannen befeh-

deten diese feudalen Herren sich untereinander, sicher nicht zum Wohl der Allgemeinheit und ihrer zum Teil leibeigenen Bauern. Auf ihren Landsitzen zogen sie ein Geschlecht von kampfgestählten Kriegern, die Samurai, heran, mit strengem Ehrenkodex und kriegerischem Ritual.

Als gegen Ende des 12. Jahrhunderts die Zentralregierung, durch innere Kämpfe zerrüttet und durch Luxus und Sittenverfall geschwächt, zum Einsturz reif war, hielt die Kriegerkaste ihre Zeit für gekommen. Ein starker Mann, Yoritomo, ließ sich im Jahre 1192 zum «Shogun» (Generalissimus) ernennen, mit der Machtvollkommenheit, die Regierung zeitgemäß zu organisieren. Er teilte die Regierung in einen militärischen und einen zivilen Zweig, mit getrennter Beamtenschaft und getrennten Hauptstädten. Auch unter diesem sogenannten Shogunat entstanden Familien-Oligarchien, gab es Einzelherrscher titanischen Ausmaßes im Guten wie im Bösen, änderten Einflüsse von außen das kulturelle, politische und wirtschaftliche Bild des Landes.

Nachdem Ignatius von Loyola den Jesuitenorden gegründet hatte, kamen spanische Missionare auch nach Japan. Francis Xavier, der Apostel Indiens genannt, traf zu einer Zeit großer Not in Japan ein. Seine Lehre fand freudige Aufnahme, und in kurzer Zeit hatte Japan 150 000 Christen und 200 Kirchen. Aber zugleich mit den Missionaren landeten spanische Händler und boten neben anderer Ware schwarze Sklaven und Feuerwaffen an. Das erregte Zweifel im Herzen vieler neugewonnener Christen.

Als dann portugiesische Schiffe mit Waffengewalt die chinesische Insel Macao eroberten und fanatische Missionare die japanischen Christen gegen die Regierung aufhetzten, bemächtigte sich Furcht des damaligen Shoguns Hideyoshi. Er war den Missionaren freundlich entgegengekommen, hatte Gutes von ihrem Einfluß erhofft. Nun, da er sich getäuscht sah, setzte er eine grausame Verfolgung ins Werk. Sein Nachfolger Iyeyasu sorgte dafür, daß im Jahre 1638 das Christentum in Japan ausgerottet war.

Blättern wir im Buch der Völkergeschichte, so bietet sich wieder und wieder folgende Tatsache dar:

Wenn immer heidnischen Völkern primitiver und kultureller Art die Lehre Christi in echten Worten und Taten dargereicht wurde, so fand sie freudige Aufnahme und todesmutige Hingabe. Doch sobald — wie es fast ausnahmslos geschah — den Missionaren die Geschäftemacher folgten, um die Arbeit der Missionare als Wegbahnung zur Aussaugung der Bekehrten zu benutzen und diese mit Pulver zu befestigen, wurde das Christentum zum Fluch für die Völker und führte zu ihrer Verelendung und zu blutigen Aufständen.

Und heute droht der Welt-Kreuzzug «christlicher» Völker gegen die «Gottlosen» zur Vernichtung der Menschheit zu führen. Mögen die Heere des Gegen-Kreuzzuges sich sammeln, ehe es zu spät ist!

Da trotz der Abwehrmaßnahmen Iyeyasus Schiffe der «Christen» zu landen versuchten, entschloß sich Iyeyasu im Jahre 1640 zu «luftdichter» Abschließung des Landes. Kein Schiff durfte landen, kein Japaner das Land verlassen. Tat er es trotzdem, so drohte ihm der Tod bei seiner Rückkehr.

Diese Abschließung dauerte bis zum Jahre 1854. Sie brachte dem Lande Ruhe und Frieden, doch am Ende Stagnation und Verfall.

Als im Jahre 1854 Commodore Matthew Perry mit einem Geschwader amerikanischer Schiffe in den Hafen von Tokio einlief, klopfte das Maschinenzeitalter des Westens mit eisernem Finger an die japanische Holztür. Er kam mit Geschenken und Empfehlungsbriefen von seiner Regierung in Washington, die nichts weniger verlangte als die Öffnung des Landes für den Handel mit Amerika. Durch Geduld und «taktvolle Einschüchterung» erreichte er sein Ziel und konnte mit einem günstigen Handelsvertrag heimkehren. Englische, französische und russische Schiffe zögerten nicht, ähnliche Verträge zu erlangen.

Dieser Einbruch des Westens brachte verständlicherweise Chaos und Unruhen ins Innere, denen das morsch gewordene Shogunatsystem nicht gewachsen war. Es fiel im Jahre 1867. Tüchtige Männer, darunter der hervorragende Staatsmann und Organisator Prinz Ito, hatten eingesehen, daß Japan sich entweder der Kultur des Westens anpassen müsse oder das Schicksal Chinas, von den Weltmächten unterjocht und kolonisiert zu werden, zu dulden habe. So machte er sich auf die Reise in die westliche Welt, besuchte Amerika, Frankreich, England, Deutschland, studierte die Verfassungen, die Gesetzgebung, die wirtschaftlichen Einrichtungen dieser Länder, erhielt auch eine persönliche Audienz beim Fürsten Bismarck, der gerade Preußens Macht durch zwei siegreiche Kriege erweitert hatte. Es war die Verfassung Preußens, die er als Muster für sein Land wählte, ebenfalls die preußische Heeresorganisation.

Die Herrschaft dieser sogenannten Meiji-Restauration datiert von dem Fall des Shogunats im Jahre 1867. Der jugendliche Kaiser Mutsuhito trat aus seiner Isolierung heraus und stellte sich offenen Geistes und aktiv teilnehmend auf die neue Lage ein. Die neue Verfassung beließ ihm nicht nur seine Göttlichkeit gemäß dem Shinto-Glauben, sondern machte ihn mehr denn je zu einem religiös-nationalen Symbol, dessen Heiligkeit auf das ganze Volk ausströmte und ihm eine Weltmission zusprach, die Mission, ganz Asien und später die Welt zu beherrschen und zum Frieden zu führen. Trotzdem gewährte die neue Verfassung jedem Bürger Religionsfreiheit. Wie ist das zu verstehen?

Prinz Ito hatte folgendes begriffen: Wenn man ein schwaches Volk zu einem weltbeherrschenden machen will, dann muß man es bei seinen Emotionen packen, am besten bei den religiösen. Die Religion muß zum nationalen, die Nation zum religiösen Anbetungsobjekt gemacht werden. Dazu schien ihm die alte, schon recht verstaubte Shinto-Religion brauchbar. Er entstaubte sie und bildete sie für seine Zwecke zu einem vater-

ländischen Ritual um, neben dem jeder Bürger verfassungsgemäß seiner selbstgewählten Religion anhängen konnte. Aber unabäußerliche Pflicht des treuen Bürgers war es, das Shinto-Ritual zu praktizieren, den Kaiser und seinen Ahnen in den Tempeln und Kapellen, an Hausaltären zu verehren, die heiligen Tage zu feiern, seine Kinder im Shinto-Ethos zu erziehen. Im Sinne dieses Ethos steht die soldatische Tugend an höchster Stelle, der absolute Gehorsam, die Todesverachtung und Ausdauer im Kriege wie im Frieden. Nicht nur der Kaiser, sondern auch Volk und Land sind göttlicher Art. So lernten es die Kinder in den nun obligatorisch gewordenen Schulen vom Kindergarten an. Militärbeamte hatten die Schulen und Schulbücher auf etwaige Irrlehren zu überwachen. «Unsere Schulen wurden zu Kasernen», schrieb mir ein japanischer Freund. Der Shogun war unbrauchbar geworden, aber das Schwert des Samurai wurde beibehalten in der Form des Maschinengewehrs und des Torpedos der modernen «christlichen» Welt.

Neben dem Kaiser als dem religiösen Oberhaupt wurde das Land durch ein Parlament mit zwei Häusern, dem Haus der Räte und dem Haus der Abgeordneten, regiert. Ein nicht allgemeines Wahlrecht wurde den Männern vom 25. Jahre an gegeben, abgestuft nach Stand und Vermögen. Die obligatorische Schulpflicht für alle, die obligatorische Militärdienstpflicht für alle wehrfähigen Männer wurden Gesetz.

Auch die Arbeitergewerkschaften wurden eingeführt. Doch glichen sie mehr patriarchalischen Wohlfahrtsorganisationen als wirtschaftlichen Kampfverbänden.

Diese «Restauration» war trotz der gewaltigen Umwälzung, die sie brachte, keine Revolution. Denn alle bestehenden Machtgruppen und einflußreichen Einzelpersonen blieben an der Macht, nur erhielten sie andere Funktionen und andere Namen. Die stürmische Aufnahme moderner Formen konnte die feudalistische Überlieferung nicht auslöschen, sowohl bei den Hochgestellten, die weiter von ihr Nutzen haben wollten, als bei den Niederen, die geduldig weiter unter ihr litten.

Mit einer Blitzesschnelle, die an Wunder grenzte, wurden Eisenbahnen gebaut, Schiffahrtslinien gegründet, Post- und Telegraphenverbindungen eingerichtet, Kindergärten, Schulen und Hochschulen, Krankenhäuser und Altersheime gebaut, sogar der Gregorianische Kalender eingeführt. Der alte Samuraigeist und Preußens Blut-und-Eisen-Philosophie gingen eine vetterliche Verbindung ein, um ein Heer und eine Marine zu schaffen, die sich mit den Streitkräften der übrigen Welt messen konnte und *wollte*.

Das Wilhelminische Deutschland hatte seine Eroberungsabsichten mit «Mangel an Lebensraum» begründet. Mit weit größerem Recht konnte Japan dies tun. Die vier größern Inseln, aus denen das Reich besteht, sind von Hochgebirgen, meist jungvulkanischen Charakters, durchzogen. Nur 20 Prozent des Bodens sind anbaufähig. Durch die Jahrhunderte richteten Erdbeben und Wirbelstürme furchtbare Verheerungen

an. Im Jahre 1923 wurden die Städte Yokohama und Tokio weitgehend durch Erdbeben zerstört. Die Menschenansiedlungen mußten sich auf die schmalen Täler und langgestreckten Küstenstriche beschränken. Landwirtschaft und Fischerei waren seit Urzeiten die Hauptbeschäftigung der Bevölkerung. Baumwoll- und Seidenzucht sowie Bergbau spielten eine mindere Rolle. Der Boden ist arm an Kohle, Eisen, Erdöl und Salz, dagegen gesegnet mit Gold, Silber und Kupfererzen.

Im Jahre 1889 wurde Prinz Itos neue Verfassung feierlich zum Gesetz des Landes erklärt. Im Jahre 1894 waren die neuen Heereskräfte kampfbereit und setzten sich gegen China in Bewegung. Korea, das damals zu Chinas Machtbereich gehörte, war das Streitobjekt. In einem Jahre hatte Japan Korea und die südliche Mandschurei überrannt und bedrohte Peking. China mußte sich geschlagen geben. Doch da kam dem jungen Eroberer der alteingesessene westliche Eroberer in die Quere. Rußland, Frankreich und Deutschland zwangen Japan, die wichtige erbeutete Liaotung-Halbinsel an China gegen eine erhöhte Kriegsentschädigung zurückzugeben, eine Demütigung, die es zu erhöhtem Rüstungseifer antrieb. Rußland mit seinem über Nordasien ausgestreckten Sibirien stand dem japanischen Herrscheranspruch über Asien im Wege. Im siegreichen Kriege gegen Rußland (1904—05) gewann Japan Liaotung zurück, dazu den Südteil von Sachalin, den wichtigen Hafen von Port Arthur, außerdem die Rechte auf die Eisenbahn und Kohlenbergwerke in der südlichen Mandschurei. Wahrlich ein Beginn, der zu den größten Hoffnungen berechtigte!

Dem Volke wurden diese Siege als eine Bestätigung seiner göttlichen Mission dargestellt, und es ertrug willig die lange Wirtschaftskrise, die ihnen folgte.

Mit Japans zunehmender Weltmacht entwickelten sich aus kleinen Anfängen kaufmännische und industrielle Familienkonzerne zu einem das Leben des Landes beherrschenden Einfluß. Die «Großen Vier» unter den sogenannten «Zaibatsu» (Reichtumssippen), die Mitsui, die Mitsubishi, die Sumitomo und die Yasuda, hatten in den dreißiger Jahren die Herrschaft über Bank- und Versicherungswesen, Eisenbahn- und Schiffahrt, Export und Import, Landwirtschaft und Fischerei, Bau-, Textil- und Bekleidungsindustrie erlangt. Und — last, but not least — die Rüstungsindustrie lag in ihren Händen. Überkommene feudale Abneigung gegen den Handelsstand (unter den Samurai war der Kriegerstand der höchste, dagegen der Händlerstand der niedrigste in der Hierarchie der Kasten gewesen) ließ es im Jahre 1932 zu einer Revolte des Militärs gegen die Zaibatsu und unkriegerische Staatsbeamte kommen, doch ohne weiteren Nachhall. Militär- und Handelsmächte erkannten, daß sie ihre gemeinsamen Pläne nur durch engste Zusammenarbeit erreichen konnten. Mit einem durch Mythen von seiner und seines Kaisers Göttlichkeit willig gemachten Volk konnten sie es im Jahre 1931 wagen, den Völkerbund herauszufordern, ihre Unterschrift unter den Kellogg-Pakt zu verleugnen,

indem sie in die Mandschurei einfielen und sich diese hörig machten. Im Jahre 1937 folgte der Hauptangriff auf China. Berauscht durch ihre Siege, schreckten die japanischen Generäle nicht mehr davor zurück, die Vereinigten Staaten herauszufordern. Der Angriff auf Pearl Harbour im Dezember 1941 führte zum Ende ihres tollen Unternehmens. Die Bomben auf Tokio und am Ende die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki öffneten dem japanischen Volke die Augen. Es erkannte, daß es belogen und betrogen worden war.

Was geschah nach Japans bedingungsloser Übergabe am 14. August 1945?

General MacArthur zog als «Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte» in Tokio ein, errichtete dort sein Hauptquartier, entkleidete den Kaiser seiner Göttlichkeit, ließ ihn aber als einigendes nationales Symbol weiterbestehen und versprach, nicht als Diktator zu regieren, sondern im Verein mit geeigneten japanischen Ratgebern das Land zu einer friedlichen, demokratischen Nation zu machen. Es wird ihm der Ausspruch zugeschrieben: «Japan soll die Schweiz des Fernen Ostens werden.»

Regierungsbeamte in Washington arbeiteten eine Verfassung aus, die in Tokio genehmigt und von Kaiser Hirohito unterzeichnet wurde. Diese Verfassung trägt die wunderbaren Züge jenes Amerikas, das im 18. Jahrhundert als erstes Volk der Weltgeschichte die Menschenrechte durch einen politischen Akt garantierte.

Aus seiner Präambel sei folgendes zitiert:

> «Wir, das japanische Volk, wünschen dauernden Frieden und sind uns im Innersten jener hohen Ideale bewußt, die die Menschheit zum Glück führen. Wir legen bewußt unsere Existenz und unsere Sicherheit in die Hände der friedliebenden Völker der Welt und vertrauen auf ihre Gerechtigkeit ... Wir glauben, daß kein Volk nur für sich verantwortlich ist, sondern daß das politische Moralgesetz wie die Pflicht, es zu befolgen, allgemeingültig sind, wenn nationale Unabhängigkeit und gute Beziehungen zu andern Völkern erhalten bleiben sollen. Daher sehen wir es als Ehrenpflicht an, diese hohen Ideale mit allen Kräften zu erfüllen.»

Das japanische Volk nahm die milde Behandlung von seiten der Sieger zuerst mit ungläubiger Überraschung auf. War ihnen doch von ihren Machthabern das Schlimmste prophezeit worden, falls die barbarischen Amerikaner siegen sollten. Als ihm nun die Verfassung Rechte gab, wie es sie nie geträumt hatte, blickte es zu MacArthur mit respektvoller Verehrung auf. Und fortschrittliche Intellektuelle und Arbeiterführer boten ihm mit Begeisterung ihre Mitarbeit an.

Wie sah es drei Jahre später aus?

Ein geschätzter Schriftsteller und sachverständiger Berichterstatter, der Amerikaner Mark Gayn, gibt in seinem Buch «Japan Diary» (Japanisches Tagebuch) über die Zeit vom Dezember 1945 bis zum Mai 1948 eine Auskunft, die den Stempel sachkundiger Objektivität trägt.

Kurz nach seiner Ankunft in Tokio, am 7. Dezember 1945, machte er folgende Aufzeichnung:

«Man hat das Gefühl, hier an einem bedeutenden Platze in einer großen Zeit der Geschichte zu sein. Ich machte die Runde durch die verschiedenen Teile des Hauptquartiers. Beinahe jeder, mit dem ich sprach, ist sich bewußt, an einem der größten Experimente der Geschichte zu arbeiten, nämlich an der Aufrichtung und Umformung eines geschlagenen Volkes ... Die Lichter brennen bis tief in die Nacht in den Gebäuden, wo junge Menschen an dem Entwurf für eine japanische Demokratie arbeiten. Viele Beschränkungen der Bürgerrechte sind schon aufgehoben. Auch die Polizei zur Gedankenüberwachung existiert nicht mehr. Gesetze sind in Bearbeitung, um mit der grausamen Bauernversklavung aufzuräumen, die Riesentrusts der Zaibatsu zu zerbrechen, den Staat von der Shinto-Kirche zu lösen, das Schulsystem zu durchlüften, den Frauen das Wahlrecht zu geben, die Arbeiterschaft zu befreien. Viel Abbruch ist nötig. Aber nichts Neues läßt sich bauen, bevor nicht mit dem Alten aufgeräumt ist.»

Was ist aus der Begeisterung dieser ehrlichen Reformer geworden? Mark Gayn gibt die Antwort im Schlußwort zu seinem Buch vom 3. Mai 1948:

«Wir gingen mit kühnen, bis ins kleinste ausgearbeiteten Plänen ans Werk. Gelehrte und Diplomaten, alles Männer, die wußten, was zu einem demokratischen Staatswesen gehört, arbeiteten sie aus ... Man übergab die Pläne unsern militärischen Besetzungsherren und sagte ihnen: ‚Nun geht als Werk. Die Ausführung ist eure Sache!'»

Was haben sie daraus gemacht? ... Japan bekam eine demokratische Verfassung ... Ungefähr 5 Millionen ‚acres' Ackerland sind unter die Halbpächter und die selbständigen armen Bauern verteilt worden. Die Arbeitergewerkschaften zählen jetzt 6 Millionen Mitglieder. Durch Gesetz sind die Aktien der Zaibatsu im Börsenhandel allen zugänglich. Einige der Riesenkartelle sind in kleine Gesellschaften aufgeteilt worden. Die Frauen bekamen das Wahlrecht, Redefreiheit ist — mit Beschränkung — eingeführt, und fortschrittliche Gedanken durften den Wissensdurst des Volkes stillen. Linksgerichtete politische Parteien durften sich bilden. Unter ihnen haben besonders die Sozialdemokraten ein großes Erziehungswerk geleistet ...

Doch die Geschichtsforschung sucht nach der Wirklichkeit und läßt sich nicht durch Oberflächenerscheinungen täuschen ... Wenn sie über die heutige Wirklichkeit berichtet, wird sie feststellen, daß der Shintoismus wieder an der Macht ist und den Mythus von der Göttlichkeit des Kaisers von neuem verbreitet, daß die ‚Alte Garde' im Parlament und im Kabinett wieder im Sattel sitzt, daß trotz der Landverteilung unter die Bauern die alten Feudalherren die Regierung in den ländlichen Bezirken an sich gerissen haben und die neuen Gesetze in einem Maße umgehen, das die ganze Reform zur Farce macht.

Die Geschichte wird ferner vermerken, wie alles in Bewegung gesetzt wurde, um die Arbeiterbewegung zu entmachten, vom Streikbrechen durch MacArthurs Unteroffiziere zu den zahlreichen behördlichen Streikverboten und dem Regierungsplan, die Arbeitergesetze zu ‚reformieren'. Bis heute ist noch nichts von einer Säuberungsaktion gegen die Kriegsverbrecher zu merken. Sie nehmen Sitze im Parlament, im Kabinett und im Kaiserlichen Gerichtshof ein, entwerfen neue ‚demokratische' Gesetze und nehmen Säuberungsaktionen nach ihren Begriffen vor. Kriegsverbrecher revidieren die Schulbücher, leiten Presse, Radio und Filmindustrie. Agenten der alten Geheimpolizei ... tauchen, oft infolge amerikanischer Fürsprache, wieder an verantwortlichen Stellen auf. Abgesetzte Bankbesitzer, Politiker und Verleger lassen ihre Geschäfte durch Verwandte oder Strohmänner weiterführen.

Die Geschichte wird auch von dem neuen Höchsten Gerichtshof berichten, der im vorigen Jahre von japanischen Konservativen eingesetzt wurde. An seiner Spitze steht ein ehemaliger, langjähriger Rechtsberater des Mitsui-Trusts, und unter seinen

Mitarbeitern sind viele treue Diener der alten Oligarchie. Die Besetzungsmacht drückt die Augen zu, und die Alte Garde reibt sich die Hände.

Auch die großen Landbesitzer wittern Morgenluft. Schon haben einige gegen die Landverteilung Klage erhoben. Sie verstoße gegen die Verfassung, und die Entschädigung, die sie erhielten, sei zu klein. Der Gerichtshof reagierte noch nicht. Doch keiner zweifelt daran, daß nach Aufhebung der Besetzung die Opfer der demokratischen Reform, dazu die Kartellbrüder, die Landherren, die großen und kleinen Militärs bei diesem Obersten Gerichtshof Klage auf Rückerstattung einreichen und sie bekommen werden ...

Die Wirtschaftskrise hat einen bedenklichen Höhepunkt erreicht. Die Japaner schieben die Schuld auf die phantastische Stümperei in MacArthurs Hauptquartier. Die Amerikaner wiederum tadeln die Japaner. Vielleicht haben beide recht. Die Inflation wächst unheimlich, und die Teuerungszulagen kommen bei weitem nicht den ständig steigenden Preisen nach.

Zum zweitenmal versetzte MacArthur der Arbeiterbewegung einen schweren Schlag. Am 31. Januar verbot er einen begonnenen Generalstreik. Die Führer weinten, als sie die Arbeiter anweisen mußten, den Streik abzubrechen ...

Was sich in Japan zuträgt, ist nicht ein Einzelfall. Es ereignet sich auch in Deutschland. Und Ähnliches geschah in Griechenland und China unter unserem Protektorat ... Die Männer, die unser nationales Schicksal leiten, haben einen neuen Krieg im Auge, in dem, wie man in Tokio sagt, Japan zu gleicher Zeit Bollwerk und Sprungbrett sein soll ... Hätten wir unsere ursprüngliche Politik durchgeführt und die Wohlfahrt des japanischen Volkes über unsere strategischen Pläne gestellt, so hätten wir heute in Japan eine echte Demokratie und brauchten Rußland und den Kommunismus nicht zu fürchten.» Soweit Mark Gayn.

Nun noch ein japanisches Urteil. Dem Artikel «Nationalismus im Nachkriegs-Japan» (1951) von Masao Maruyama, Professor an der Universität Tokio, entnehmen wir Feststellungen über die Reaktion verschiedener Bevölkerungsteile auf den Umschwung von MacArthurs Politik. Er schreibt:

«Als der ‚Kalte Krieg' erkennen ließ, daß die hohen Ideale der Verfassung nur leere Worte waren und die Großmächte noch immer bei internationalen Konflikten ihr Heil in den Waffen suchen, da bemächtigte sich der japanischen Massen ein gewaltiger Schrecken. Da stand nun Japan nackt und bloß im Wirbelsturm drohender internationaler Konflikte.»

Er schildert dann verschiedene Meinungsgruppen im Volke:

1. Idealgesinnte Fortschrittler. Zu ihnen gehören Arbeiterführer, Akademiker, Künstler und Schriftsteller. MacArthurs Drehung war für sie ein niederschmetternder Schlag auf den Kopf. Doch ihre Enttäuschung hat nicht ihren Entschluß geschwächt, für Neutralität in einem neuen Kriege und für ein echt demokratisches Japan zu kämpfen.

2. Die Zyniker. Sie verfallen ganz dem Nihilismus und geben sich dem Genußleben und der Ausschweifung hin.

3. Die altmodische Landbevölkerung. Sie fürchtet Neuerungen und die Unruhe der Städte und flüchtet sich in ihre alten Traditionen.

4. Die Neu-Faschisten. Sie rufen nach dem starken Mann und verlangen Sachalin und die Kurilen zurück.

Professor Maruyama kommt zu dem Schluß, und hierin trifft er sich mit Mark Gayn, daß die Besetzungsmacht, falls sie fortfahren sollte, unter Verleugnung ihrer eigenen Grundsätze, ihre Politik ganz auf Antikommunismus und gegen Rußland einzustellen, sie wahrscheinlich die wirtschaftlich bedrängten Massen der Bauern und Arbeiter in die Arme Rußlands treiben werde.

Am 7. September 1951 schlossen die Vereinigten Staaten einen Friedensvertrag mit Japan. Er wurde von den Alliierten, mit Ausnahme von Rußland und China, mitunterzeichnet. Am 8. September, also einen Tag später, unterzeichneten die USA und Japan einen zweiseitigen Sicherheitsvertrag. Beide Verträge waren von dem außenpolitischen Ratgeber Präsident Trumans, John Foster Dulles, entworfen worden. Einige Enthusiasten nannten sie «christliche» Verträge wegen ihrer Milde gegen einen geschlagenen Feind.

Unter den 27 Artikeln des Friedensvertrages übertrifft Artikel 6 alle andern an Bedeutung. Sein erster Paragraph soll daher wörtlich zitiert werden:

Artikel 6. «Nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages, spätestens 90 Tage später, sollen alle alliierten Besetzungstruppen Japan räumen. Doch soll diese Bestimmung nicht ausschließen, daß fremde Streitkräfte in Japan verbleiben oder neue hinzukommen können für den Fall, daß ein zwei- oder mehrseitiger Vertrag zwischen Japan und einer oder mehreren der Alliierten Mächte geschlossen werden sollte.»

Dieser Paragraph deutet auf den oben erwähnten Sicherheitsvertrag hin. In diesem heißt es u. a.:

«... Japan ist entwaffnet und unfähig, sich gegen einen etwaigen Angriff zu verteidigen. Das bedeutet Gefahr für Japan, da verantwortungsloser Militarismus noch nicht vom Erdboden verschwunden ist. Aus diesem Grunde wünscht Japan gleichzeitig mit dem Friedensvertrag einen Sicherheitsvertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu schließen.

Der Friedensvertrag erkennt Japan, als einem souveränen Staat, das Recht zu, Verträge zum Zwecke kollektiver Sicherheit zu schließen ...

In der Ausübung dieses Rechts ersucht Japan die Vereinigten Staaten, ihre bewaffneten Kräfte in und um Japan zu belassen, um einem bewaffneten Angriff auf Japan zuvorzukommen.

Im Interesse von Frieden und Sicherheit erklären sich die Vereinigten Staaten zurzeit bereit, eine gewisse Anzahl von Streitkräften in und um Japan zu unterhalten, in der Voraussetzung, daß Japan selbst ans Werk geht, seine Verteidigung gegen direkte und indirekte Angriffe aufzubauen. Japan hat dabei solche Waffen zu vermeiden, die offensiven Zwecken dienen. Seine Wiederbewaffnung hat der Forderung von Frieden und Sicherheit im Sinne der Vereinten Nationen zu dienen.»

Im Artikel 1 heißt es dann:

«Japan gewährt Land-, See- und Luftstreitkräften der Vereinigten Staaten von Amerika Niederlassung in und um Japan, um Frieden und Sicherheit gegen bewaffnete Angriffe von außen aufrechtzuerhalten ... Auf ausdrückliches Verlangen Japans sollen diese Streitkräfte auch zur Niederschlagung größerer innerer Unruhen und solcher Störungen dienen, die auf Anstiftung einer fremden Macht erfolgen.»

Die weiteren vier Artikel sind technischen Einzelheiten gewidmet und der Versicherung Japans an die Vereinigten Staaten, daß es ohne Befragung der Vereinigten Staaten keinerlei ähnliche Verträge mit anderen Staaten eingehen wird.

Die Erregung des japanischen Volkes über diese Verträge machte sich u. a. in zahllosen Briefen an John Foster Dulles Luft. Erschütternd sind die Briefe von Frauen, von Quäkerfrauen, von den Akademikerinnen, vom Verein demokratischer Frauen. Aber der Schrei der gequälten Menschheit dringt nicht ins Ohr der «Realpolitiker».

Seit dem Abschluß dieser Verträge blüht das Rüstungsgeschäft in Japan, wurden die Inseln dicht mit Land-, See- und Luftstützpunkten übersät, sind 200 000 Mann der «Schutzpolizei» militärisch ausgebildet und bewaffnet worden, brennen die Lichter in den Fabriken und Handelshäusern der «Zaibatsu» Tag und Nacht.

Einem außergewöhnlich begabten, 21jährigen Studenten der Philosophie in Tokio verdanke ich aufschlußreiche Berichte über die heutigen Zustände in Japan. Ich entnehme ihnen folgende Feststellungen.

Besonders traurig ist das Los der Kleinbauern. Bei der Aufteilung des Landes wurden die Wälder nicht berücksichtigt, sondern den Landherren belassen. Ohne Holzversorgung kann der Bauer auf dem ihm zugeteilten winzigen Stück Land nicht leben, muß Nebenverdienst suchen und, wenn er den nicht findet, wie in früheren Zeiten seine Töchter verkaufen. Viele verlieren ihr Land wieder, weil es von den USA-Streitkräften zusammen mit der neuen japanischen Armee für Kasernen, Luft- und Seestützpunkte sowie zum Manövrieren verlangt wird. Zahlreiche Bauern wurden durch Manöverkugeln verwundet und gaben ihrer Verzweiflung durch Revolten Ausdruck. (Geht nicht Ähnliches in Deutschland vor?)

Um die Truppenlager schwärmen Heere von Prostituierten und bedeuten eine moralische Gefahr für die Landbevölkerung, besonders für die Kinder. Arme Bauern sind gezwungen, diesen Frauen Unterkunft zu gewähren, was das Unheil noch vergrößert. Wie es sich stets unter solchen Verhältnissen begibt: japanische Frauen sind Tag und Nacht nicht vor Vergewaltigungen sicher. Sogar die offiziellen Zeitungen berichten über die Vergehen von fremden Soldaten, die nicht nach japanischem Gericht bestraft werden können, da sie Exterritorialität genießen, das heißt sie können nur von den Gerichten ihrer eigenen Nationalität belangt werden.

Seit dem Ausbruch des Koreakrieges werden die kleinen und mittleren Industrie- und Geschäftsbetriebe von den Riesenbetrieben erdrückt. Das Verbot des Handels mit China und Rußland, der eine Lebensnotwendigkeit für Japan ist, bringt weitere unsinnige Härten. Zum Beispiel ist Japan gezwungen, Salz von Ägypten einzuführen, das viele Male teurer ist als chinesisches Salz.

Das japanische Volk in seiner Mehrheit hat erkannt, daß seine Leiden kein unabänderliches Schicksal sind. In erster Linie sind sie die Folge der Kriege von Machthabern, die es durch Ausnützung seiner Unwissenheit

zu einem falschen, zerstörerischen Patriotismus verführten. Zweitens sind sie durch eine soziale Unordnung, durch eine sinnlose, unzeitgemäße Verteilung der Güter hervorgerufen. Nach Meinung des Tokioter Studenten würde für Japan eine Planwirtschaft in Betracht kommen, die kleine und mittlere kapitalistische Betriebe neben sozialisierten Großbetrieben vorsieht. An den Universitäten und Hochschulen reift in den besten Köpfen und Herzen von Professoren und Studenten ein Zukunftsbild von einem glücklichen Japan.

Schon streckt die blutige Hand des Faschismus sich nach den echten Patrioten aus. Das brachte ihnen die Maifeier dieses Jahres zum Bewußtsein. 400 000 Menschen aller Stände, darunter vornehmlich Arbeiter, Studenten und ihre Lehrer, durchzogen friedlich die Straßen der Hauptstadt. Frieden! Unabhängigkeit! Nie wieder Hiroshima! Das riefen und sangen sie, als bewaffnete Polizei aufmarschierte, schoß und verhaftete. Das japanische Volk hatte zum ersten Male in großer Menge das ihm zugesprochene Recht der Rede- und Versammlungsfreiheit ausgeübt. Tod und zahlreiche Verwundungen waren seine Strafe. Noch heute sitzen Demonstranten dieses Maitages im Gefängnis. Einige werden gefoltert.

Nach Berichten meines japanischen Freundes sind die Hörsäle japanischer Universitäten nicht vor Polizeikugeln sicher, und Professoren sind in Massen wegen ihrer liberalen Erkenntnisse entlassen worden. Zu denken und zu reden nach dem Gewissen wird von neuem als Verbrechen gegen den Staat bestraft.

Doch die Freiheitskämpfer lassen sich nicht einschüchtern. Sie haben den Ruf der neuen Zeit vernommen, sie haben ihr ins hoffnungsfrohe Auge geschaut. Sie wissen, daß die Stunde nicht fern ist, da ruchloser, entmenschter Kampf aller gegen alle ausgespielt hat, da eine Weltverbindung gemeinschaftlich planender und miteinander arbeitender Völker *allen* größere Gerechtigkeit und mehr reines Glück bringen wird.

Dann endlich wird dem Land der Kirschblüten und Chrysanthemen und seinem gutherzigen, tüchtigen Volke *wirklich* die Sonne aufgehen.

Alice Herz

BUCHBESPRECHUNG

Hinter den Kulissen des Koreakrieges

Die Koreareise General Eisenhowers gibt dem kürzlich auch in einem englischen Verlag herausgekommenen Buch des Amerikaners *J. F. Stone «The hidden History of the Korean War»* («Die verborgene Geschichte des Koreakrieges») besondere Aktualität. Stone fand zuerst lange keinen Verleger in Amerika für sein Manuskript, bis sich

die Redaktoren der Neuyorker «Monthly Review», denen es gleichfalls unterbreitet worden war, entschlossen, es auf jede Gefahr hin herauszubringen in der Überzeugung, daß die Öffentlichkeit ein Recht habe, seinen Inhalt kennen zu lernen. Und tatsächlich ist das Buch dann auch buchhändlerisch ein unerwarteter Erfolg geworden. (Zu beziehen von der Turnstile Press, 10, Great Turnstile, London W. C. 1.)

Stone, ein erfahrener Journalist, bietet keine «Geheimgeschichte» des Koreakrieges an; er stützt sich ausschließlich auf das fortlaufend veröffentlichte amtliche Material der Vereinigten Staaten bzw. der UNO und auf die Berichte respektabler amerikanischer und britischer Zeitungen — auf Material also, das jedermann zugänglich ist, das aber seltsamerweise niemand planmäßig und mit wissenschaftlicher Genauigkeit durchforscht hat. Stone hat sich dieser großen Arbeit unterzogen und ist dabei zu Ergebnissen gelangt, die es allerdings begreiflich erscheinen lassen, daß sein Buch den amerikanischen Verlegern gefährlich erschien. Gefährlich nämlich für die offizielle Lesart von Hintergrund, Ziel und Zweck des amerikanischen Eingreifens in Korea und von der Art und Weise, wie von den sogenannten UNO-Streitkräften der Krieg geführt wurde.

Stones Grundthese — die sich übrigens durchaus mit der Auffassung deckt, die in den «Neuen Wegen» von Anfang an vertreten wurde — ist, daß die Vereinigten Staaten nicht darum in Korea eingegriffen haben, weil sie einen ruchlosen Eroberungszug des von Moskau geleiteten Weltkommunismus im Namen der kollektiven Friedenssicherung hätten abwehren müssen, sondern darum, weil der offene Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Nord- und Südkorea den um General MacArthur und seine mächtigen Verbündeten gruppierten Aktivisten die gewünschte und gewollte Gelegenheit boten, ihren Plan einer militärischen Zerschlagung des Kommunismus von Ostasien aus ins Werk zu setzen. Dementsprechend sei auch der ganze Koreakrieg geführt worden.

«Das Gesetz sagt» — so stellt Stone fest —, «daß man annehmen müsse, ein Mensch wolle die notwendigen Folgen seines Handelns; wenn er immer wieder dabei ertappt wird, wie er Zündhölzchen an feuergefährliche Stoffe in einem Nachbarhaus legt, dann kann er nicht einer Verurteilung wegen Brandstiftung entgehen, indem er unschuldige Absichten geltend macht. Vor einem Gericht würde angenommen werden, daß MacArthur versuchte, die Vereinigten Staaten und die Vereinten Nationen in einen Krieg mit China und Rußland hineinzuziehen. Er suchte den dritten Weltkrieg zu entfesseln.»

Diese Absicht — wir folgen immer der Beweisführung Stones — lag der Politik und Strategie der Gruppe MacArthur schon vor dem Ausbruch der Koreakrise zu Grunde. Die amerikanische Regierung lehnte alle derartigen Pläne damals ab; der Mißerfolg ihres Eingreifens in China gegen die kommunistische Revolution saß ihr noch zu tief in den Knochen. Allein MacArthur — der Einfachheit halber sei einfach der Name des amerikanischen Statthalters im ostasiatischen Raum für die ganze Gruppe von Politikern und Militärs um ihn herum, einschließlich John Foster Dulles, gesetzt — gab sich nicht geschlagen. Er wartete nur auf seine Stunde und beschleunigte ihr Herannahen mit voller Absicht. Zu einer Zeit, da die südkoreanische Regierung ständig mit einem «nationalen» Krieg zum Sturz des kommunistischen Regimes im Nordstaat drohte und da angenommen werden mußte, die Nordkoreaner würden einem solchen Krieg durch einen eigenen Angriff auf das feudal-reaktionäre südkoreanische Regime zuvorkommen, schwieg MacArthur, der sich sonst auf Propaganda vortrefflich verstand, beharrlich über die Zuspitzung der Lage in Korea. Er warnte weder Washington noch die Vereinten Nationen, obwohl gerade in den kritischen Tagen, unmittelbar vor Ausbruch des Koreakrieges, Foster Dulles, Wehrminister Louis Johnson und Generalstabschef Omar Bradley mit ihm in Tokio und Söul zusammen waren. Warum? Liegt nicht der Schluß nahe, daß er den nordkoreanischen Präventivkrieg *wollte* und den Nordkoreanern eine Falle gestellt hatte?

Auf jeden Fall handelte er nach der Eröffnung der Feindseligkeiten sofort planmäßig. Und wurde dabei von seinen Freunden in Washington entscheidend unterstützt, drückten sie doch, die Kommunistenpanik rücksichtslos ausnützend, das mili-

tärische Eingreifen der Vereinigten Staaten in Korea und die Abriegelung Formosas vom chinesischen Festland durch, ohne daß vorher eine Untersuchung über die Vorgänge in Korea durchgeführt worden wäre. In gleicher Weise wurde die UNO überrumpelt. Die UNO-Kommission in Korea schlug vergeblich eine Vermittlung zwischen den kämpfenden Parteien vor, wie sie in anderen internationalen Streitfällen auch versucht worden war; die ihres Zieles bewußten Regisseure stellten die Vereinten Nationen einfach vor die fertige Tatsache des amerikanischen Eingreifens und ließen es durch die UNO decken, ohne Tatsachenerforschung, ohne die des unprovozierten Angriffs beschuldigte Partei auch nur anzuhören. «Die Kaschmirier, Hindus wie Moslems, und die Palästinenser, Juden wie Araber, dürfen sich glücklich schätzen, daß sie — anders als die Koreaner — Gegenstand einer Vermittlung und nicht der ‚Befreiung' waren.» (Stone.)

Stone hält es für wahrscheinlich, daß Moskau vom Ausbruch des Koreakrieges ebenso überrascht wurde wie Washington. Sonst hätte sich die Sowjetunion — so meint er — kaum gerade in diesem Zeitpunkt von den Sitzungen des Sicherheitsrates ferngehalten und so die Möglichkeit verpaßt, ihr Veto gegen die Intervention der UNO einzulegen. Doch ist dieser Schluß nicht zwingend; Rußland kann ganz wohl um die Offensive der Nordkoreaner gewußt und doch geglaubt haben (wie wahrscheinlich die Nordkoreaner selbst), daß die Vereinigten Staaten, entsprechend ihrer bisherigen Haltung, sich an Korea desinteressieren würden. Wie dem auch sei: MacArthur hatte jetzt, was er längst hatte haben wollen. Die Vereinigten Staaten waren auf die aktivistische Politik festgelegt, die er verlangt hatte; die UNO lieferte nur die formale Deckung, ohne die es nun einmal nicht ging. Zu sagen hatte sie so gut wie nichts; die Gruppe MacArthur hatte dafür gesorgt, daß die UNO-Streitkräfte dem amerikanischen Oberbefehlshaber in Ostasien unterstellt wurden, ohne daß dieser der UNO unterstellt worden wäre, wie Stone sehr einläßlich zeigt. MacArthur hatte einfach Blankovollmacht. Und er nützte sie mit äußerster Verschlagenheit bis zum letzten aus. Der Koreakrieg wurde nunmehr, wie Stone schreibt, «nicht nur ein militärisches Ringen zwischen Nord- und Südkorea, sondern auch ein politisches Ringen zwischen MacArthur und Truman, wobei der letztere einen Rückzugskampf führte, um den Krieg lokalisiert zu halten, während der erstere sich auf herausfordernde Manöver verlegte, sooft der Friede möglich schien, beständig eine Ausdehnung des Konfliktes riskierte und immer offener einen Kurs befürwortete, der kaum anders als in einem dritten Weltkrieg enden konnte.»

Nur die bis zum Aeußersten getriebene Selbstbeherrschung der Russen und der Chinesen vereitelte das Spiel MacArthurs. Sowohl die Sowjetunion als auch China hätten im ersten Abschnitt des Krieges mit Leichtigkeit die Amerikaner «ins Meer werfen» können, wenn ihnen daran etwas gelegen gewesen wäre. Sie taten es nicht, nahmen vielmehr die wiederholten Herausforderungen, die MacArthur durch Veranstaltung ernster Fliegerzwischenfälle an sie richtete, konsequent nicht an und bemühten sich immer wieder um die Beendigung des Krieges. Erst als MacArthur in unzweifelhafter Mißachtung des Willens der amerikanischen Regierung und der anderen UNO-Mächte zum großen Schlag ausholte, die für China lebenswichtigen Kraftwerke am Jalu zerstören ließ und gegen die mandschurische Grenze marschierte, griff China endlich ein — in Wahrung nächstliegender Interessen. «Die Amerikaner», so sagt Stone dazu, «mögen einen Augenblick darüber nachdenken, wie sie reagieren würden, wenn die Armeen einer anderen Großmacht von Übersee her eine amerikafreundliche mexikanische Regierung zerschlügen, Grenzstädte in Texas beschössen und unter dem Befehl eines Generals stünden, der die Vereinigten Staaten selbst mit Krieg bedrohte.»

MacArthur erzwang aber nicht allein bewußt Chinas Eingreifen; er verheimlichte und bagatellisierte es zuerst und übertrieb es dann so lang, bis es zu spät war, als man in Washington und in der UNO den wahren Sachverhalt ahnte und nun keinerlei Friedensverhandlungen mehr einleiten konnte oder wollte. Das ist eines der übelsten Stücke, die sich MacArthur in diesem ganzen Krieg geleistet hat. Ebenso planmäßig wie zynisch entfesselte er in Amerika eine eigentliche Chinesenpanik. Am 10. November 1950 waren es noch 60 000 Chinesen, die, nach einer Meldung aus dem UNO-Hauptquartier

in Tokio, in Korea standen; am 15. November waren es bereits 75 000, tags darauf 100 000 mit 40 000 Guerillas hinter den amerikanischen Linien; am 19. November waren angeblich 250 000 Chinesen in der Mandschurei konzentriert, und bald standen — immer nach MacArthur — volle 500 000 chinesische Rote zum Einbruch in Korea bereit. MacArthur stellte sich verzweifelt angesichts des Dilemmas, in dem er sich angeblich befand: entweder einen katastrophalen Rückzug anzutreten oder aber den Krieg nach China selbst hineinzutragen, was ihm bisher verboten war. «Es begann eine Panik in Washington, und es begann eine Panik in Lake Success (dem UNO-Zentrum). In weniger als einer Woche drohte Truman mit der Verwendung der Atombombe. Und in weniger als einem Monat hatte er den nationalen Notstand erklärt und begann die Vollmobilisierung Amerikas auf den Krieg hin.» Der Krieg wäre wohl auch ausgebrochen, hätte nicht England rebelliert und wäre es nicht Attlee, der Hals über Kopf nach Washington flog, gelungen, Truman vom letzten Schritt abzuhalten.

Es fehlt uns der Raum, um die neuen Manöver der Gruppe MacArthur zu beschreiben, die darauf abzielten, die von den «chinesischen Horden» drohende Gefahr als riesengroß erscheinen zu lassen und durch militärisch unnötige Rückzüge den Eindruck zu erwecken, daß eben doch nur die Ausweitung des Krieges nach China hinein den demütigenden Zusammenbruch des ganzen Koreaunternehmens verhindern könne. Man muß das alles bei Stone selber nachlesen, der von Woche zu Woche, ja oft von Tag zu Tag die Winkelzüge des Tokioter Hauptquartiers verfolgt. Washington machte MacArthurs zähen Kampf um die Verhinderung eines «vorzeitigen» Kriegsabbruchs keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Truman wollte zwar, wie Stone bemerkte, keine Ausdehnung des Krieges. «Aber unglücklicherweise wollte er gleichzeitig auch keinen Frieden, und in gewissem Sinn konnte er sich auch keinen Frieden leisten.» Er brauchte die Kommunistenangst und die Aufrechterhaltung der internationalen Spannung zu innerpolitischen Zwecken — um sich und seine Demokratische Partei an der Macht zu halten und nicht von den Republikanern, den Freunden MacArthurs, als Defaitist hingestellt zu werden. MacArthur wurde für Truman erst dann «untragbar», als er sich in seinem berühmten Brief an den republikanischen Führer Martin in aller Form für die Loslassung der Armee Tschiang Kai-scheks gegen China und die «Eröffnung einer zweiten asiatischen Front zur Erleichterung des Drucks auf unsere Streitkräfte in Korea» aussprach. Das schlug dem Faß den Boden aus. Es war eine offene Revolte gegen den Präsidenten, eine Aufforderung an die innerpolitischen Gegner der Regierung, seinem — MacArthurs — großen Plan zum Erfolg zu verhelfen. MacArthur stürzte über diesem Fehltritt — aber das koreanische Abenteuer, das er so entscheidend ins Werk zu setzen beigetragen hatte, wurde nicht liquidiert. «Sollte je einmal der Friede ausbrechen, dann würde es schwierig, Formosa zu halten, Peking weiterhin aus den Vereinten Nationen auszuschließen und den Japanern einen Friedensvertrag aufzuzwingen, der Japan die Wiederaufrüstung und dem amerikanischen Militär die Behaltung seiner Stützpunkte in Japan erlauben sollte. Es würde auch schwierig, das zunehmende Tempo der Aufrüstung im In- und Ausland aufrechtzuerhalten.» (Stone, Seite 277.)

An dieser Einstellung der Vereinigten Staaten — auch das schildert unser Autor überzeugend — sind bis zum heutigen Tag alle Bemühungen gescheitert, den Koreakrieg zu beendigen. Stone schließt sein erregendes Buch mit einem Hinweis darauf, daß Amerika auch die Folgen einer internationalen Entspannung für seine *Wirtschaft* fürchtet, die vermeintlich die Kriegsrüstungen lebensnotwendig braucht. «Diese Furcht diktierte die Handlungen der Politiker und Wirtschaftsführer ... Der beherrschende Zug in Amerikas politischem, wirtschaftlichem und militärischem Denken war die Furcht vor dem Frieden. General Van Fleet (der demnächst abtretende Kommandant der UNO-Truppen in Korea, H. K.) faßte das alles zusammen, als er zu einer philippinischen Abordnung, die ihn im Januar 1952 besuchte, sagte: ‚Korea ist ein Segen gewesen. Es *mußte* ein Korea geben — hier oder anderswo in der Welt.' In diesem schlichten Bekenntnis liegt der Schlüssel zu der verborgenen Geschichte des Koreakrieges.»

H. Kramer

Von unseren Dahingegangenen

In letzter Zeit sind zwei besonders treue Leser und Freunde der «Neuen Wege» von uns gegangen. Der eine, *Louis Heilbronner*, ist unsern Lesern unter dem Namen «Simplicius» auch als Mitarbeiter der «Neuen Wege» bekannt. Er kam als Flüchtling und Fremdling in die Schweiz und begegnete uns zum erstenmal in einer Krankenanstalt. Und von Krankheit und Schmerzen war er fast immer geplagt! Aber er kämpfte sich im Geiste immer durch die Krankheit hindurch zur Teilnahme an den Geschehnissen der Welt und zu unaufdringlichem und schlichtem Dienst an seinen Mitmenschen. Die Botschaft der Neuen Wege erfaßte er im Gartenhof mit ganzem Herzen und ganzer Seele und ist ihnen mit einem immer wachen Geiste treu geblieben bis zuletzt. Nur von wenigen unter uns gekannt, von treubesorgten Händen gepflegt und beherbergt, starb er — ein merkwürdiges Zusammentreffen! — im Krankenhaus zu Heiden, von der Krankheit aufgezehrt und an demselben Ort, wo einst im Jahre 1910 Henri Dunant, der Gründer des Roten Kreuzes, ebenfalls in großer Armut das Zeitliche segnete.

Hans Hübscher von Thayngen wurde uns, erst dreiundvierzigjährig, jäh entrissen. Auch er hatte sich der Sache der «Neuen Wege» mit ganzem Herzen zugewendet und war uns in den letzten schweren Jahren ein außergewöhnlicher, opferbereiter Helfer. Um seiner Überzeugung willen gab er nach schwerem, langjährigem Erleben eine glänzende kaufmännische Stellung auf und arbeitete zuletzt, in der Gemeinde und unter den Kollegen hochgeschätzt, als Straßenarbeiter. Er war ein unermüdlicher Wahrheitssucher. Pascal oder ein anderer Zeuge der Sache Christi begleitete ihn auf den Arbeitsplatz, und seine Freizeit galt diesem Wahrheitssuchen oder den Menschen, die sehr bald in ihm den schlichten und redlichen Helfer erkannten.

Beide, so dürfen wir gewiß sein, haben etwas geschaut und erkannt von dem Leben, das stärker ist als der Tod und das die Welt überwindet. Beider Andenken sei gesegnet. *Albert Böhler*

Die große Umwälzung Wie stellt sich am Ende dieses schweren Jahres die politische und geistige Gesamtlage unserer Welt dar? Nun: zum mindesten sind wir nicht in die neue Kriegskatastrophe hineingeschleudert worden, die manche Beobachter für das «kritische Jahr 1952» befürchtet haben. *Noch* nicht! Denn das ist freilich klar: wenn es so weitergeht wie bisher mit Rüstung, Gegenrüstung und Völkerverhetzung, dann bricht das Unheil eben doch einmal über die Welt herein, dann geht der Kalte Krieg, der jetzt mit «geistigen» und materiellen Mitteln geführt wird, mit unausweichlicher Gesetzmäßigkeit in den «heißen» über, worin ganze Erdteile und Kulturen in Atom- und Wasserstoffexplosionen vernichtet werden mögen, wo «die Elemente in der Gluthitze sich auflösen und die Erde und die Werke auf ihr nicht mehr zu finden sein werden.» (2. Petrus 3, 10.)

Noch kann dieses Schicksal abgewendet werden — dann nämlich, wenn wir verstehen, was für Kräfte hinter der Gärung und Unrast wirken, die die Völker erfaßt hat, und sehr entschlossen gemäß diesem Verständnis handeln. Was geht da eigentlich vor? Man kann es kurz sagen: «Die Welt in ihrer jetzigen Gestalt ist im Vergehen begriffen.» (1. Kor. 7, 31.) Politisch-sozial ausgedrückt: Das bürgerlich-kapitalistische Zeitalter geht zu Ende. Kapitalismus und Imperialismus, dazu der vorkapitalistische, noch in unsere Zeit hereinragende Feudalismus, mit ihrem ganzen staatlichen und kulturellen Überbau, lösen sich mehr und mehr auf, zerfallen und zersetzen sich in geradezu handgreiflicher Art. Ihre inneren Widersprüche werden kraß offenbar — nicht nur, wie es eine am Äußeren hängenbleibende Geschichtsbetrachtung haben will, ihre technisch-wirtschaftlichen und organisatorischen Widersprüche, sondern vor allem ihre geistigen und sittlichen Widersprüche, ihr Widerspruch zu den sittlichen Grundordnungen des Lebens und der Welt, ihr Unrecht, ihre Widermenschlichkeit und Widergöttlichkeit, deren materieller Ausdruck dann erst jene scheinbar eigengesetzlich eintretende Unhaltbarkeit der bisherigen Wirtschaftsformen ist. Und die Menschen und Völker lehnen sich immer bewußter gegen dieses Unrecht, diese Unvernunft und diese drohende Selbstvernichtung auf, vor allem die *«zurückgebliebenen» Klassen und Rassen*, die mehr und mehr zu der von Christus in die Welt gebrachten Wahrheit vom unendlichen Wert der menschlichen Person erwachen, auch wenn sie vom Christentum selber gar nicht berührt scheinen oder ihm gar feindlich gegenüberstehen. (Ein führender nichtchristlicher Chinese, der einmal gefragt wurde, wann die Revolution in China begonnen habe, antwortete: «Als Robert Morrison — der erste christliche Missionar der neueren Zeit — China betrat.»)

Dieser gewaltige Vorgang des Erwachens und der revolutionären Erhebung ganzer Kontinente hat sich auch im ablaufenden Jahr unwiderstehlich fortgesetzt. Die Umwälzung in *China* ist eine endgültige Tatsache, insbesondere die Umwälzung der uralten, auf Ausbeutung beruhenden Agrarverfassung. «Die Bodenreform . . . ist die Erklärung für den kommunistischen Erfolg in China, und wenn man das einmal verstanden hat, dann wird es einem auch klar, wie unmöglich es ist, die alte Ordnung wiederherzustellen. Was auch immer kommen mag — daran besteht kein Zweifel, daß der Feudalismus für immer verschwunden ist und mit ihm der Grundherr, der Kriegsherr und der Wucherer . . . Jahrtausendelang ist der chinesische Bauer ein Sklave und Fronarbeiter gewesen, nicht nur für den Grundherrn, sondern auch für die alten Bräuche und Überlieferungen. Jetzt muß er lernen, wie man mit Maschinen umgeht, muß neue Wege bauen, die modernen Verkehrsmittel gebrauchen und neue technische Verfahren verstehen.» So berichtet der britische Labourabgeordnete Emrys Hughes von einer jüngsten Chinareise.

Ganz Ost- und Südasien ist durch den Koreakrieg aufgewühlt und verlangt leidenschaftlich: «Asien den Asiaten!» *Indochinas* Volk befreit sich Schritt für Schritt von französischer Herrschaft und von dem durch sie gestützten einheimischen Feudalregime. Der neue *indonesische* Staat festigt sich. *Indien* muß tiefgreifende Reformen durchführen, wenn es nicht die gewalttätige Revolution heraufbeschwören will. In *Persien* hat die herrschende Klasse von der Revolution abzulenken versucht, indem sie die einst so mächtigen Engländer mitsamt ihrem Petrolkapitalismus aus dem Lande jagte. Und nun droht auch *Irak* dem britischen (und amerikanischen) Einfluß verlorenzugehen; die Opposition fordert heftig Nationalisierung der Erdölindustrie, Bodenreform, direktes Wahlrecht, Abzug der britischen Besatzung usw. und wird auch durch die kürzlich aufgerichtete Militärdiktatur nicht mehr lange niederzuhalten sein. In *Ägypten* haben die Herrschenden mit der Verjagung des Königs, mit einem Anfang von Landverteilung und mit der Einleitung gewisser sozialer Reformen Ballast abgeworfen, aber es fragt sich, wie lange mit solchen Mitteln eine *radikale* Umwälzung verhindert werden kann. Und ob die Ägypter noch lange ihr Land als Militärbasis für die Westmächte hergeben werden, erscheint erst recht zweifelhaft. Das gleiche gilt von den *Tunesiern* und *Marokkanern*, die zäh nach Selbstregierung streben und mit Unterstützung des asiatisch-arabischen Blocks ihren Fall bis vor die Vereinten Nationen gebracht haben. Die Solidarität der Kolonialmächte ist vorerst noch stark genug, um solche «Anschläge» abzuwehren, aber den Aufstand des schwarzen Erdteils selber wird auf die Dauer keine Gewalt mehr verhindern können. Das wird auch die *Südafrikanische Union* mit ihrer abscheulichen Rassenpolitik erfahren, gegen die sich — fast ein Wunder — die früher so verfeindeten Farbigen aller Art zu gewaltlosem Widerstand vereinigt haben, mit größter Aussicht auf den Sieg ihrer gerechten Sache. Und nicht anders wird der Ausgang des

jetzt entbrannten Kampfes in *Britisch-Ostafrika*, vor allem in Kenya, sein; die Gewalttätigkeiten der geheimnisvollen Mau-Mau-Bewegung werden von England nur zu seinem eigenen Schaden als Vorwand benützt werden können, um mit barbarischen «Kollektivstrafen» die Vorherrschaft und Ausbeutungswirtschaft der Weißen zwangsweise aufrechtzuerhalten. «Die gegenwärtige Revolte», so schreibt in der Neuyorker «Nation» (vom 1. November 1952) G. W. Shepherd, Direktor des Afrikanischen Bauernverbandes von Uganda, «muß als Sturmsignal ernst genommen werden. Kenya ist das erste Gebiet, in dem der kämpferische europäerfeindliche Nationalismus der Afrikaner an die Oberfläche durchgebrochen ist.»

Goldener Westen! In *Westeuropa* und *Nordamerika* beansprucht der Kapitalismus, die Lage der untern Schichten im Vergleich zu den Zuständen, wie sie die industrielle Revolution erzeugt hatte, entscheidend gehoben zu haben. Das ist gewiß weithin wahr. Und doch ist die Auflehnung gegen den Kapitalismus und seine Überwindung eine eigentliche Lebensnotwendigkeit auch für die westlichen Völker geworden. Ja, der Spätkapitalismus hat als Monopolwirtschaft, als Imperialismus und als Rüstungsindustrie derart bösartige Formen angenommen, daß seine fernere Duldung durch die «fortgeschrittenen» Nationen eine weltweite akute Katastrophe zu entfesseln droht. Aber auch die chronischen sozialen Übel, die er schafft, werden vielfach unerträglich und rufen radikaler Abhilfe. Eine neuere Untersuchung des «Institute of Social Order» der Universität von St. Louis (Missouri, USA) stellt fest, daß in dem Lande, das als das reichste der Erde gilt, mehr als die Hälfte der Familien nicht über die Einnahmen verfügt, um das soziale Existenzminimum zu erreichen. Um nur *eine* Auswirkung dieses Zustandes zu erwähnen: die *Wohnungsnot* in den Vereinigten Staaten ist so arg wie in irgendeinem europäischen Kulturland. Mindestens fünf Millionen Familien hausen in Slums (Elendsvierteln), zerfallenden Baracken und «Zigeunerwagen» (kleinen, bewohnbaren Autoanhängern). Am furchtbarsten ist die Wohnungsnot für die Negerbevölkerung. In den schwarzen Quartieren von Chicago leben teilweise 70 000 bis 80 000 Menschen auf den Raum einer einzigen Quadratmeile zusammengepfercht. Manche Hausbesitzer haben einfach die Wohnungen unterteilt und so ein Vielfaches von «neuen» Appartements hervorgezaubert. Bei einem Brand zog die Feuerwehr die Leichen von fünf Kindern aus einem Haus, in dem nicht weniger als 67 Familien, durch Celotexwände voneinander getrennt, auf einem Raum lebten, der ursprünglich für sechs Familien bestimmt war. Ähnlich sieht es in anderen amerikanischen Großstädten aus.

Und in Europa? Der «New Statesman» hat unlängst einen Augenscheinbericht von Basil Davidson aus Glasgow veröffentlicht. Ich bin vor einigen Jahren selbst in einigen Hafen- und Arbeiterquartieren am

Clyde, besonders in dem von Gorbals, herumgewandert und habe meinem schottischen Freund gegenüber, der mich führte, bemerkt, es sehe hier eigentlich gar nicht so bös aus; in Amerika hätte ich viel elendere Slums gefunden. Ich ahnte aber nicht, was sich im Innern dieser teilweise ganz ordentlich scheinenden Häuser abspielt. 108 000 Wohnungen, ein Drittel der Gesamtheit in Glasgow, sind nach dem Bericht Davidsons überfüllt. Mehr als tausend Familien hausen zu mehr als acht Personen in zwei Räumen. 40 000 Glasgower Familien sind überhaupt ohne eigenes Heim; von einem anständigen Familienleben ist hier gar keine Rede. Im Gorbalsquartier beträgt die Kindersterblichkeit 63 pro Tausend gegen 20 in dem bürgerlichen Bezirk Kelvinside; an Tuberkulose sterben in Gorbals 994 von einer Million Menschen gegen 151 in Kelvinside. Und so weiter. Für die *wirkliche* Landesverteidigung, wie sie hier nötig wäre, hat man eben offenbar kein Geld, während man gleichzeitig Milliarden und Milliarden für Kriegsrüstungen verschleudert.

Oder nehmen wir Frankreich. Wer sich etwas in französischen Städten und Industriebezirken umgesehen hat, der weiß, wie traurig es hier vielfach mit dem Wohnungswesen steht. In den «Preuves», einer erklärt antikommunistischen Pariser Zeitschrift, schrieb denn auch seinerzeit Herbert Luethy:

«Hunderttausende von jungen Ehepaaren können keine Wohnung finden. Allein in Paris leben 35 000 Familien von drei, vier und mehr Personen in einem einzigen Raum ... Die Bevölkerung nimmt zu und der Wohnraum nimmt ab; wenn kein radikaler Wandel eintritt, wird Paris in zwanzig Jahren eine zerfallende Stadt sein. Dieser Zustand ist eine soziale Geißel, deren materielle und moralische Folgen vorerst nur die Neuigkeits- und Verbrechensspalten der Zeitungen füllen: zerbrochene Familien, Ehetragödien, Kindsmorde.»

Und Alkoholismus, fügen wir hinzu. Der zehnte Teil der Ausgaben aller französischen Familien geht in berauschenden Getränken auf — mehr als gewöhnlich der Mietzins ausmacht. Jeder erwachsene Franzose trinkt im Durchschnitt 25 Liter reinen Alkohols pro Jahr; auf je 1000 Einwohner entfallen 25 Alkoholkranke (gegen drei in England). 3,5 Millionen Schnapsbrenner und 510 000 Kleinverkaufsstellen für alkoholische Getränke (zwölfmal mehr als Brotläden) sorgen dafür, daß Wein und Schnaps überreichlich ins Volk strömten. «Es handelt sich hier», so klagt André Monnier in der «Cité Nouvelle» (13. Nov. 1952), «um den Tyrannen Frankreichs ... Weil es eine Mystik des Alkohols und des Weines gibt, ist Frankreich drauf und dran, seine Seele zu verlieren und mit seinem körperlichen und sittlichen Verfall den Preis für ein erniedrigendes Vergnügen zu bezahlen.»

Um aber auf die Wohnungsnot zurückzukommen: Spanien, das unter dem Krieg nicht gelitten hat wie etwa Deutschland mit seinen zerbombten Städten, braucht jedes Jahr mindestens 150 000 Wohnungen, erstellt aber höchstens 17 000, die meisten für die wohlhabenderen Schichten.

Und von Griechenland sagt eine Veröffentlichung des Verbandes für Demokratische Kontrolle in London («Im heutigen Griechenland»): «In Griechenland ist vielleicht heute nichts knapper als Wohnungen. Zehntausende von Menschen leben in Verhältnissen von beispielloser Schmutzigkeit. Einige dieser Verhältnisse wurden letzthin in einem Überblick der amerikanischen Hilfsmission für Griechenland, Abteilung für Arbeiterfragen und Beschäftigung, geschildert. Von 500 Familien in den größeren städtischen Zentren wohnten, wie festgestellt wurde, 200 in ‚schlechten Häusern'. Eine solche Familie, ‚bestehend aus sechs Mitgliedern, wohnte in einem feuchten Untergeschoß ohne Sonne oder Tageslicht. Dieses Untergeschoß hatte einen einzigen Raum von zehn zu zwölf Fuß (etwa drei zu vier Metern), und die Wohnungseinrichtung bestand einzig aus einem alten Bett, worin die Mutter und die drei Kinder schliefen. Der Rest der Familie schlief auf dem Zementboden und benützte zwei alte Säcke als Matratzen.'»

Man könnte so weiterfahren. Doch mag es genug sein; wir wollten nur an wenigen Beispielen zeigen, wie revoltierend die sozialen Zustände weithin auch im «fortgeschrittenen», im «goldenen Westen» sind, den man immer mit so viel Selbstzufriedenheit dem zurückgebliebenen, grauen Osten gegenüberstellt.

Kommunismus und Antikommunismus Was wunders aber, wenn die Armutsvölker Asiens und Afrikas, ja auch Europas und Lateinamerikas, oft mit Sehnsucht nach dem Land ausschauen, das als erstes den Bann des Feudalismus und Kapitalismus gebrochen und die Lebensbedingungen seiner Bevölkerung planmäßig und tatkräftig weit über den früheren Elendsstand emporgehoben hat? Der Lebensstandard in der *Sowjetunion* und in den anderen kommunistischen Ländern mag im Durchschnitt noch erheblich unter demjenigen Westeuropas und Nordamerikas liegen. «Aber für die hungernden Völker des Ostens und Afrikas», so sagen die britischen Verfasser der Schrift «Krieg gegen die Not», die wir in der letzten Weltrundschau erwähnt haben, «würde ein solcher Standard die Erlösung von dem Hunger und der Armut darstellen, die ihr Leben beherrschen.» Denn daß besonders in der Sowjetunion die materiellen Lebensbedingungen weit besser sind als unter dem alten Regime und sich seit dem Zweiten Weltkrieg rasch weiter verbessern, das darf nach dem Zeugnis auch sozusagen aller nichtkommunistischen Beobachter als feststehend gelten. Die Kriegsfolgen, namentlich auf baulichem Gebiet, werden in erstaunlich raschem Tempo überwunden, so arg auch, mindestens in den größeren Städten, die Wohnungsknappheit noch ist. Lebensmittel, Kleider, Wäsche, Schuhe, Haushaltartikel usw. werden in immer reicherem Maße dem Verbrauch zugeführt; Bildung, Kunst und Literatur, Unterhaltung und Erholung stehen auf hoher Stufe und werden allem Volk zugänglich gemacht; riesige Kultivierungswerke erschließen und entwickeln die bisher zurück-

gebliebenen Landstriche und werden in einem oder zwei Jahrzehnten das Gesicht Rußlands, Nord- und Zentralasiens völlig verändert haben — zu ihrem großen Vorteil. Und man darf versichert sein, daß auch der neue Fünfjahresplan in allem Wesentlichen ausgeführt werden wird, sofern nicht ein neuer Krieg über die Sowjetunion kommt: Steigerung der industriellen Produktion um 70 Prozent, Verdoppelung der Kapitalanlagen, Verdoppelung der Leistung der elektrischen Kraftwerke und Verdreifachung derjenigen der Wasserkraftwerke, Erhöhung der Löhne um mindestens 35 Prozent, umfangreicher Neubau von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Erholungsstätten, Theatern, Sportanlagen usw.

Im Westen läßt man freilich die mächtigen sozialen und kulturellen Fortschritte der Sowjetunion meistens überhaupt nicht gelten. Man berichtet in der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen wie in der bürgerlichen Presse und Literatur fast nur Nachteiliges über die Sowjetunion und beleuchtet die negativen Seiten des kommunistischen Regimes so grell, daß daraus lediglich Abscheu, Haß, Furcht und andere feindselige Gefühle im Publikum entstehen können. Diese negativen Seiten sind natürlich da, und es wäre töricht, sie irgendwie übersehen oder leugnen zu wollen. Erscheinungen wie jüngst der *Prozeß gegen Slansky* und Mitangeklagte in Prag tragen auch immer wieder dazu bei, Widerwillen gegen ein System zu nähren, das mit derart handgreiflich verlogenen, ja phantastischen Beschuldigungen unbequeme Konkurrenten der Machthaber erledigt oder Sündenböcke opfert, die für irgendwelche Mißerfolge des Regimes verantwortlich gemacht werden. Man braucht nur zu sehen, wie die Prager Ankläger und unter ihrem Druck die Angeklagten selber einen Mann wie Konni Zilliacus, den linkssozialistischen englischen Politiker, als Mitverschworenen und Handlanger des westlichen Imperialismus verleumden, um über den ganzen Geist im klaren zu sein, in dem dieser Prozeß eingeleitet und geführt wurde. Die Lüge und das Verbrechen des Rajk-Prozesses von Budapest werden hier womöglich noch überboten[1]!

Allein wir weigern uns dennoch, uns wegen solcher Diktatur- und Terrormethoden zu einer Verdammung des *ganzen* Kommunismus drängen zu lassen. Denn das will man ja: wir sollen alles, was Kommunismus heißt, hundert- oder am liebsten hundertfünfzigprozentig verurteilen und und uns in die Front des «freien» Westens einreihen, der den unerbittlichen, mit allen Mitteln zu führenden Kampf gegen den Weltkommunismus auf seine Fahnen geschrieben hat. Weil das kommunistische Regime totalitär ist, sollen auch wir totalitär, unduldsam bis zum Letzten, fanatisch antikommunistisch sein — oder dann werden wir eben als Schrittmacher und Helfershelfer des blutrün-

[1] Wie können diejenigen unter uns, die — mit Recht — gegen die Verfolgung Professor Bonnards, Nationalrat Arnolds und anderer «Staatsfeinde» durch die Bundesbehörden protestieren, die Grundsätze einer anständigen Rechtspflege anrufen, ohne zugleich auch gegen den Prager Prozeß ihre Stimme zu erheben?

stigen Stalinismus gebrandmarkt, so wie die kommunistischen Fanatiker jeden, der sich nicht mit *ihrem* System gleichschalten läßt, als Agenten des Faschismus und der Kriegsvorbereitung denunzieren. McCarthy-Methoden auch bei uns! Darauf treten wir einfach nicht ein. Vor allem um der Wahrheit willen, die uns nicht erlaubt, die landläufige Kommunistenhasserei und -hetzerei mitzumachen. Wir unterscheiden zwischen dem, was am Kommunismus verwerflich und mit unserer ganzen Lebensanschauung unvereinbar ist, und dem, was Großes, Rechtes und Verheißungsvolles in ihm zum Durchbruch gekommen ist. Aber auch die elementarste Pflicht zur Selbstkritik muß uns vor dem Antikommunismus westlichen Stils warnen. Wir haben es oft genug gesagt und müssen es wahrscheinlich noch manchmal wiederholen: Die «freiheitliche, christliche» Welt trägt selbst die Schuld daran, daß der Kommunismus so ist, wie er ist. Das unterstreicht ja immer wieder auch Nikolai Berdiajew, wenn er die kindische Überheblichkeit des Westens und der christlichen Kirchen gegenüber der östlichen Gewaltrevolution zurückweist. «Die Russische Revolution», so sagt er einmal,

«ist nicht etwa bloß ein von außen kommendes sinnloses Schicksal, das mir auferlegt wurde ohne Verknüpfung mit meinem geistigen Leben und mit der Vorsehung, die darüber waltet ... Die Revolution hat nicht außer mir und über mir stattgefunden wie eine Tatsache, die ich überhaupt nicht in irgendein Verhältnis zum Sinn meines Lebens setzen kann, sie ist doch auch ein Ereignis meines eigenen inneren Lebens. Der Bolschewismus ist in Rußland zur Macht gekommen, weil ich der bin, der ich bin, und weil in mir keine wahrhaftige geistige Kraft lebendig war, jene Glaubenskraft, die Berge versetzen kann. Der Bolschewismus ist *meine* Sünde und *meine* Verfehlung. Er ist eine Prüfung, die mir auferlegt wurde. Die Leiden, die er mir verursacht hat, sind die Sühne für meine Sünde und für unsere gemeinsame Sünde. Alle sind verantwortlich für alle.

Mögen die Rechtskreise (und die antikommunistischen Linkskreise. H. K.) aufhören, gegenüber diesem ganzen Geschehen ein unschuldiges, selbstzufriedenes und entrüstetes Gesicht zu machen. Schwer sind ihre Sünden und verdienen eine strenge Bestrafung ... Diejenigen aber, die im Bolschewismus nur ein Unheil sehen wollen, das Rußland von einer Horde von Banditen auferlegt worden sei, sind in einer völlig oberflächlichen und falschen Betrachtungsweise befangen. In solcher Weise kann man nicht große Völkerschicksale deuten.»

Friedrich Wilhelm Förster, der in der neuen Ausgabe seines großen Buches «Christus und das menschliche Leben» diese Sätze zustimmend anführt, unterstützt lebhaft Berdiajew, wenn er vor jener «summarischen Verwerfung» des Kommunismus, vor jener «leidenschaftlichen Kreuzzugsstimmung» warnt, die jetzt unter uns große Mode ist. Er fordert, vom politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus, einen «gigantischen West-Ost-Vertrag», der zur äußeren Zusammenarbeit führen und allen weiteren Entwicklungen das Tor öffnen könne — «vorausgesetzt, daß in solcher Zeit der Entspannung die Christen der ganzen Welt ihre Schuldigkeit tun». Ob sie auch nur daran denken, sie zu tun? Das Verhalten der allermeisten ihrer Sprecher, die gegen das «Tier aus dem Abgrund» wüten, läßt nicht viel Gutes erwarten!

Versteifte Gegenrevolution Wenn das aber am grünen Holz geschieht, was soll am dürren werden? Die Antwort gibt die zunehmende Versteifung und Verschärfung der antikommunistischen, gegenrevolutionären Haltung insbesondere der rechtsbürgerlichen Kreise in den meisten Ländern der westlichen Welt. Wir haben bereits im Oktoberheft einläßlich davon gesprochen und brauchen hier nur noch ein paar Streiflichter auf die Entwicklung während der letzten Wochen zu werfen. Vor allem zeichnet sich schon recht deutlich die gefährliche Wendung nach rechts ab, welche im Gefolge von General Eisenhowers Wahl zum Präsidenten die Politik der *Vereinigten Staaten* zu nehmen droht. Diejenigen, die so leichthin behauptet haben, Eisenhower werde, gestützt auf seine Volkstümlichkeit und seine Amtsvollmacht, frei und unabhängig regieren, sehen sich schon jetzt widerlegt. Um die Republikanische Partei zur Macht zurückzuführen, dazu war er ihr sicher gut genug. Aber nun diktieren ihm die «harten Männer», die die Geschäfte der amerikanischen Oberklasse leiten, unerbittlich den Kurs. Unter ihrem Einfluß hat er sein zukünftiges Kabinett ganz überwiegend mit ausgepichten Reaktionären und Scharfmachern besetzt; John Foster Dulles als Außenminister und Charles Wilson, Generaldirektor der General Motors Corporation, einer der führenden Kriegsrüstungsinteressenten Amerikas, als Verteidigungsminister dürften die bedenklichsten Gestalten sein. In der Bundesversammlung aber werden Taft und sein Kreis die Zügel fest in der Hand halten. Die auf eine Art von amerikanischem Faschismus hindrängenden Kräfte können dadurch nur gestärkt und gefördert werden. Mit Recht warnt ein Mitarbeiter der Neuyorker «Monthly Review» (Oktober 1952) vor der optimistischen Auffassung, daß im «demokratischen» Amerika so etwas wie Faschismus nie möglich sein werde, mit Schwarz- oder Braunhemden, offener Diktatur, Rassenpolitik und dergleichen. Es komme ja nicht entscheidend auf die *Formen* an, in denen der Faschimus auftrete, sondern auf sein *Wesen*: die Benützung der Staats- und Wirtschaftsgewalt zur Stützung der Machtstellung der kapitalistischen Klasse, national und international. Schon jetzt begünstigen die Vereinigten Staaten die faschistischen Kräfte im *Ausland* und gebrauchen dort selbst faschistische Methoden, so gegenüber den Koreanern und Chinesen, den Filipinos und den Vietnamesen. Und zu Hause werde sich diese Tendenz ebenfalls mehr und mehr durchsetzen:

«Was auch immer die *Formen* ihrer besonderen Aktionen sein mögen, so übt der Bund zwischen Großkapital und Militär in den Vereinigten Staaten doch alle *Funktionen* eines faschistischen Regimes aus. Er erfüllt alle grundlegenden Zweckbestimmungen einer faschistischen Herrschaft. Und er entwickelt sich rasch zu seiner eigenen amerikanischen Spielart einer Regierung unter dem Kapitalismus im Zeitalter des Imperialismus, der Kriege und der nationalen und sozialen Revolutionen.»

Wie stark faschistischer Geist in den Vereinigten Staaten bereits geworden ist, sieht man am Schicksal des Ehepaars *Rosenberg*, das jetzt — zum Glück — die Gemüter auch bei uns beschäftigt. Man kennt den Fall:

Julius und Ethel Rosenberg sind am 5. April 1951 wegen Verrats des Geheimnisses der Atombombe zum Tode verurteilt worden und sollen im kommenden Januar auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet werden. Die Anklage und Verurteilung stützen sich fast ausschließlich auf die Aussagen des Bruders von Ethel Rosenberg, David Greenglaß, und seiner Frau, die beide nach eigener Aussage in die Angelegenheit verwickelt waren, aber sich durch Belastung der Rosenbergs mehr oder weniger losgekauft haben: Greenglaß kam mit 15 Jahren Zuchthaus weg (die ihm bald erlassen werden dürften), und seine Frau ging ganz frei aus. Ob die Rosenbergs völlig unschuldig sind, wie sie behaupten, ist zweifelhaft. Auf keinen Fall sind sie aber des Verbrechens schuldig, dessen sie bezichtigt wurden. Rosenberg hatte weder die wissenschaftliche Bildung noch die äußere Möglichkeit, das «Geheimnis» der Atombombe auszukundschaften und weiterzugeben, und Greenglaß, der auf Grund mündlicher Äußerungen (!) sowie von Zeichnungen, die er als Maschinist im Atomwerk von Los Alamos gesehen habe, eine Skizze der Atombombe hergestellt, erläutert und Rosenberg übermittelt haben will, war ebensowenig dazu imstande. In der Tat ließ das Gericht auch keinen einzigen Atomforscher als Zeugen für die Möglichkeit von Rosenbergs Verrat zu. Ja, alle Fachleute versichern uns immer wieder, daß es seit etwa 1940 gar kein Geheimnis um die Atombombe mehr gebe (wie auch die selbständige Herstellung und Explosion einer Atombombe durch die Engländer beweist); das Ganze sei lediglich eine Frage der Produktion: der Rohstoffe, der technischen Anlagen, des Standes der industriellen Entwicklung usw.

Die Anklage gegen die Rosenbergs steht also auf schwachen Füßen. Ihre Verurteilung ist nur durch politische Voreingenommenheit zu erklären, durch die Kommunistenhysterie, die in den Vereinigten Staaten die Geister benebelt. (Wobei übrigens zu bemerken ist, daß die Rosenbergs den Kommunisten höchstens gesinnungsmäßig nahestanden, aber nie in ihren Reihen tätig waren.) Richter Kaufmann, der das Todesurteil fällte, behauptete denn auch kurzerhand: «Wir haben den Beweis (!) eurer Verräterei jeden Tag um uns herum ... Ich glaube (!), euer Verhalten hat nach meiner Meinung bereits den kommunistischen Angriff in Korea zur Folge gehabt, der mehr als 50 000 Menschenleben gekostet hat. Und wer weiß, ob nicht Millionen weiterer Unschuldiger den Preis für euren Verrat bezahlen müssen.»

So wird heute in Amerika Recht gesprochen! Völlig mißachtet wurde auch der Umstand, daß der angebliche Verrat der Rosenbergs in der Hauptsache zu einer Zeit erfolgt ist, da die Sowjetunion noch mit den Vereinigten Staaten verbündet war (1944), was allein schon eine mildere Bestrafung gerechtfertigt hätte. Außerdem lautete die Anklage gar nicht auf Verrat — da die Angeklagten in diesem Fall gewisse verfassungsmäßige Rechtsgarantien genossen hätten —, sondern auf Spionage, wo der Richter größere Ermessensfreiheit hat. Und doch ist bisher in den

USA ein Spion von einem zivilen Gericht noch nie zum Tode verurteilt worden. Auch in England ist Klaus Fuchs, dessen Schuld nicht bestritten wurde und der als Atomforscher sowohl die Bildung wie die Möglichkeit zur Weitergabe technischer Geheimnisse hatte, nur zu einer Strafe von 14 Jahren verurteilt worden. Die Begnadigung der Rosenbergs ist darum das Mindestmaß dessen, was jetzt von dem scheidenden Präsidenten Truman erwartet und gefordert werden muß. Mögen alle guten Geister zusammenwirken, um Julius und Ethel Rosenberg vor dem elektrischen Stuhl zu retten! Es ist an dem Justizmord, den die Vereinigten Staaten mit der Hinrichtung Saccos und Vanzettis vor 25 Jahren begangen haben, gerade genug[2]!

Daß sich in *Westeuropa* der verstockt rückwärts gerichtete Geist der herrschenden Klassen kaum weniger herausfordernd bekundet, mußte man auch in der Berichtszeit wieder und wieder erfahren. Wir denken etwa an das immer offenere Hervortreten neunazistischer Gruppen und «Führer» in Westdeutschland (Aufdeckung einer unterirdischen Hitlerorganisation in Westfalen; Rechtsruck in der «Demokratischen Partei», hinter deren neuer Leitung das nazifreundliche Großkapital steht; Redereien ehemaliger nazistischer Generäle usw.) sowie an die bestürzenden Gerichtsurteile, die die seinerzeitige Opposition gegen das Hitlertum noch heute (oder schon wieder) als Landesverrat brandmarken. Wir denken an die konsequent reaktionäre Innenpolitik der Regierung Pinay in Frankreich, die gerade jetzt dazu übergeht, nach amerikanischem Muster die Staatsverwaltung von wirklichen und angeblichen Kommunisten zu säubern. Wir erinnern ferner an die Absicht der italienischen Regierung, durch eine Verfälschung des Wahlrechts die linkssozialistische und die kommunistische Partei in ihrer parlamentarischen Vertretung zu verkürzen, wie dies ja bereits in Frankreich mit Erfolg geschehen ist. Braucht man noch auf den mit amerikanischer Nachhilfe errungenen Wahlsieg des Diktaturaspiranten Papagos in Griechenland hinzuweisen oder auf die «Ehrlichmachung» des faschistischen Spaniens durch die «freien» Völker des Westens, wie sie neuerdings in dessen Zulassung zur UNESCO, der Kulturorganisation der Vereinten Nationen, Ausdruck gefunden hat — selbstverständlich unter fröhlicher Beteiligung der amtlichen Schweiz, die ja auch zu den ersten Staaten gehörte, welche das Regime Franco in aller Form rechtens anerkannt haben . . .? Genug: die Gegenrevolution organisiert sich auch in Westeuropa zusehends planmäßiger, wobei die römische Kirche, wenigstens in ihrer offiziellen Gestalt, eine besonders

---

[2] Treffend bemerkt Virgil L. McCarthy in der Neuyorker «Nation» (15. November 1952): «Einer der hauptsächlichsten Charakterzüge des Faschismus ist die Verwendung von Falschheit und Verdrehung. Seit dem Zweiten Weltkrieg ist über die Amerikaner eine ebenso heftige Welle von Märchenerzählungen und Haßerregung hinweggegangen wie vielleicht über irgendein Volk in neuerer Zeit. Die Frucht wird notwendig die gleiche sein wie anderwärts: gewalttätige Behandlung der Opfer des Angriffs — in diesem Fall der Kommunisten und in geringerem Grade der Neger.»

wichtige Rolle spielt. (Wir werden einmal einläßlicher darauf zu reden kommen müssen.) Die katholische Pariser «Croix» hat letzthin nicht umsonst geschrieben:

«Die Christen freuen sich, daß das Sechsländer-Europa (wie es vom Straßburger Europarat ins Auge gefaßt wird. H. K.) vorwiegend unter dem Einfluß der Christlich-sozialen stehen wird, die in vieren dieser Länder die Regierung führen, mit starker ministerieller Beteiligung in den beiden anderen.»

Die fortschrittlich-katholische «Quinzaine» (1. Oktober 1952), der wir dieses Zitat entnehmen, fragt beunruhigt: «Sollte also dieses militärische Europa, das unter der Vorherrschaft des militaristischen und kapitalistischen Deutschland stünde, zum Überfluß auch noch katholisch sein?»

Dem heißen Krieg entgegen Das unwahre Schlagwort von den «freien Nationen» des Westens nützt sich so doch mehr und mehr ab. Es war ja im Grund auch im Krieg gegen den Faschismus und Nazismus nie ehrlich gemeint. Die Regierungen der Westmächte bekämpften Hitlers Deutschland und Mussolinis Italien nur als Konkurrenten ihrer eigenen Imperiumspolitik, wobei die Freiheitslosung lediglich als Vorspann dienen mußte. Und auch das taten sie erst dann, als es sich zeigte, daß sich Faschismus und Nazismus nicht auf die Niederhaltung der sozialen Revolution im Innern (mit der sie sehr einverstanden gewesen wären) beschränken und vorerst auch nicht gegen die Sowjetunion ausspielen lassen würden. Sie wollten und konnten darum den Faschismus nur insoweit ausschalten, als er eine machtmäßige Gefahr für sie selber bedeutete. Seine *Wurzeln* auszurotten, soweit diese in gesellschaftlichen Zuständen und Einrichtungen zu suchen waren, daran dachten sie nicht einmal im Traum, und so waren sie denn nach der militärischen Niederwerfung Deutschlands, Italiens und Japans sorgsam darauf bedacht, diese Wurzeln — die kapitalistische Wirtschaftsform und den bürgerlichen Klassenstaat — zu schonen und zu kräftigen, mit dem Ergebnis, daß aus ihnen der Faschismus und Nazismus abermals üppig emporsprießt und sich nun auch militärisch in den Dienst der Zerschlagung der sozialrevolutionären Oststaaten stellen läßt.

Das letztere ist mindestens bei *Westdeutschland* schon in hohem Maße gelungen. Die Genehmigung der Verträge von Bonn und Paris durch den deutschen Bundestag wird nicht mehr lang auf sich warten lassen, und wenn Frankreich weiterhin mit der Ratifikation zögert, so nehmen die Vereinigten Staaten die Ausbildung und Ausrüstung der westdeutschen Armee auf eigene Rechnung um so energischer an die Hand. Nur *ein* Punkt ihres Programms ist die zurzeit vorbereitete Entsendung von etwa 5000 westdeutschen Offizieren in amerikanische Schulungslager; dieser Trupp, so heißt es in einer Frankfurter Meldung vom 12. November an die «Detroit News»,

«wird als Vorhut einer weit stärkeren Gruppe ins Auge gefaßt, die in der Hauptsache aus Technikern und Unteroffizieren bestehen und nachfolgen soll, sobald die Deutschen mit der Rekrutierung ihrer neuen Armee anfangen werden. Die Amerikaner befürchten, daß, falls sie nicht selber mit einer raschen Aktion einsetzen, um eine deutsche Wehrmacht aufzubauen, die Franzosen die Aufstellung deutscher Einheiten für die Europaarmee endlos verschleppen könnten.»

Inzwischen schwillt dem westdeutschen Nationalismus immer mächtiger der Kamm; die demagogische Behandlung der Saarfrage durch sozusagen sämtliche Parteien der Bundesrepublik, wie sie im Zusammenhang mit den Landtagswahlen in der Saar geschehen ist — ohne Erfolg zwar —, war ja nur der Anfang einer noch weit stoßkräftiger gedachten patriotischen Bewegung, deren Hauptziel die Vertreibung der Polen und Russen aus den Gebieten jenseits der Oder und Neiße ist. Und die Aussicht auf einen solchen Befreiungskreuzzug wird den europäischen Verbündeten der Vereinigten Staaten allmählich doch etwas unheimlich. Das jetzt vor einem Jahr von den Amerikanern auf dem Papier durchgesetzte Aufrüstungsprogramm des *Atlantikbundes* ist jedenfalls längst nicht erfüllt worden; Frankreich hat die damals in Lissabon von ihm verlangten drei Divisionen bisher nicht aufstellen können, und auch Großbritannien, Holland und Belgien sind sehr im Verzug. Nur Italien soll wunschgemäß gerüstet haben — auf Kosten der Sanierung seiner kranken Wirtschaft freilich. Die fehlenden Divisionen soll einerseits der neue Balkan-Dreibund — Jugoslawien, Griechenland und Türkei — liefern, der dem Atlantiksystem angeschlossen wird, anderseits Spanien, das die Vereinigten Staaten auf Grund eines gesonderten Hilfspaktes aufrüsten wollen, solange sich die anderen Atlantikmächte noch zieren, Arm in Arm mit Franco die Demokratie und die Menschenrechte zu verteidigen.

Am liebsten hätten die Amerikaner auch die *Schweiz* mit im Bund; da sie aber wissen, daß dies unsere «ewige, grundsätzliche, integrale» Neutralität verbietet, so beschränken sie sich, wie neulich hohe USA-Offiziere einem Vertreter der United Preß gegenüber erklärten, auf die Hoffnung, im Ernstfall werde sich die enge Zusammenarbeit zwischen den Westmächten und der Schweiz ganz von selber und leicht ergeben, womöglich auch so, daß die Schweiz dem Atlantikbund «vorübergehend Truppenkörper zum Stopfen einer Lücke in der Nachbarschaft der Schweizer Grenze zur Verfügung stellen» würde. Auf alle Fälle, so wird in Washington festgestellt, habe der schweizerische Generalstab bereits Pläne für eine eventuelle Zusammenarbeit mit den Westmächten ausgearbeitet, habe doch das schweizerische Armeekommando dank der Fühlung seiner Pariser Militärbeobachter mit «Stabsoffizieren einer führenden Macht der Nordatlantikpakt-Organisation» guten Einblick in die Pläne und Ansichten der Westmächte. Das Eidgenössische Militärdepartement hat sich in seiner absichtlich verschwommen gehaltenen «Erklärung» zu den amerikanischen Äußerungen gehütet, gerade *diese* Behauptungen zu bestreiten — und das sagt ja freilich genug!

Und die Bombe! Wenn die Vereinigten Staaten nicht noch viel stärker auf die westeuropäischen Staaten drükken, um von ihnen für die große Kraftprobe mit dem Weltkommunismus das «Menschenmaterial» geliefert zu bekommen, das sie selber nicht stellen wollen, so darum, weil ihre Staatsmänner und Militärs überzeugt sind, mit ihren immerzu vermehrten *Atom-* und vollends mit den kommenden *Wasserstoffbomben* die Sowjetunion und ihre Verbündeten auf jeden Fall tödlich treffen zu können. Der jüngste, so «gelungene» Versuch mit der Wasserstoffbombe wurde uns ja mit der Versicherung präsentiert, die «kleine» H-Bombe, um die es sich vorerst nur gehandelt habe, sei zehn- bis zwanzigmal wirksamer als eine normale Atombombe und die in Vorbereitung stehende *große* Wasserstoffbombe gar tausendmal wirksamer! Das heißt, daß eine große H-Bombe nicht bloß 120 000 Menschen auf einmal umbringen könnte wie die Atombombe, die Hiroshima zerstörte, sondern gleich 120 Millionen – selbst wenn man annehmen wollte, daß die Wirkungskraft der A-Bombe seit 1945 nicht bereits um ein Vielfaches gesteigert worden ist. Ein japanischer Gelehrter meinte sogar, eine Wasserstoffbombe von 50 Tonnen wäre imstande, die ganze Erdkugel zu zerschmettern.

Aber könnten auch nur gewöhnliche Atombomben mit Aussicht auf kriegsentscheidende Wirkung von den Amerikanern eingesetzt werden? Die Frage kann vielleicht schon bald brennend werden, je nachdem sich der *Koreakrieg* weiterentwickelt. Man weiß, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Panmunjom völlig festgefahren sind. Die Schwierigkeit liegt scheinbar in der Versteifung der Nordkoreaner und Chinesen auf den Buchstaben (wenn schon nicht auf den Geist) der Genfer Konvention über die Behandlung der Kriegsgefangenen. Sie weigern sich, vor der UNO unterstützt durch die Russen, nach wie vor, einer Nichtheimschaffung derjenigen ihrer Landsleute zuzustimmen, die — unter amerikanischem Druck, wie sie glauben — zu den Idealen des Westens bekehrt worden sind oder dem Feind direkte Hilfe geleistet haben. Aber die Menschlichkeit, welche die Amerikaner für sich in Anspruch nehmen, wenn sie die Heimschaffung dieser Nordkoreaner und Chinesen ablehnen, gerät in ein sonderbares Licht, wenn ihretwegen die Schlächterei in Korea aufs neue in großem Stil aufgenommen werden soll. In Wahrheit ist es natürlich den Amerikanern so wenig um einen Abbruch des Krieges zu tun wie ihren Gegnern. Die Kommunisten haben — so meinen sie wenigstens — kein Interesse an der Beendigung eines Kriegszustandes, der die halbe Armee der Vereinigten Staaten in einem verlorenen Erdenwinkel festhält und die asiatischen Völker täglich mehr amerikafeindlich macht. Die Amerikaner anderseits müßten bei einem Kriegsabbruch unter den gegenwärtigen Umständen auf ihr Hauptziel, den Sturz des kommunistischen Regimes in Nordkorea und die Einigung des Landes unter südkoreanischem Regime, verzichten, mit der Aussicht, daß früher oder später auch Südkorea dem «roten» Nordkorea und China an-

geglichen würde. Ostasien aber sein Schicksal selbst bestimmen zu lassen, also der sozialen Revolution freie Bahn zu geben — das läuft so sehr der ganzen amerikanischen Weltpolitik zuwider, daß man sich in den Vereinigten Staaten mit Händen und Füßen dagegen sträubt. Die logische Folgerung, die man aus dieser Lage in Amerika immer bewußter zieht, ist: Heraus aus der Sackgasse und *Entfesselung des totalen Krieges mit allen Waffen gegen Nordkorea und China* — auf jede Gefahr hin! Man schreibt insbesondere dem künftigen Außenminister Foster Dulles die entschlossene Absicht zu, die Vereinigten Staaten Schritt für Schritt in den Vollkrieg mit China hineinzumanövrieren, der dann früher oder später zum Krieg auch mit Rußland führen müßte. Und die Reise Eisenhowers nach Korea schien vor allem den Zweck zu haben, vorerst einmal den Einsatz der Armee Tschiang Kai-scheks auf Formosa gegen das chinesische Festland vorzubereiten und womöglich auch die Südkoreaner zu stärkeren Kriegsleistungen heranzuziehen, wie dies Syngman Rhee, der Diktator Südkoreas, selber fordert.

Daß in einem verschärften und erweiterten Krieg gegen Nordkorea und China die Atomwaffe eine Hauptrolle zu spielen hätte, ist die Überzeugung all derer, die ihn befürworten. Nur fragt es sich sehr, ob die Atombombe wirklich das halten wird, was man sich von ihr verspricht. *I. F. Stone* bezweifelt es in seinem aufsehenerregenden Buch «The hidden history of the Korean war» («Die verborgene Geschichte des Koreakrieges») des entschiedensten[3]. Vor allem, so meint er (Seiten 343/344) auf Grund der Erfahrungen im Koreakrieg, seien die Bombenflugzeuge derart schwerfällige Ungetüme, daß sie für die schnellen und wendigen Düsenjäger ein nur allzu günstiges Angriffsziel bildeten. Und bei der phantastischen Geschwindigkeit dieser Apparate hülfe es auch nicht viel, die Atombomber durch eigene Düsenjäger begleiten zu lassen, die gegen die feindlichen Flieger ja doch nicht zum Schuß kämen. Stones Schlußfolgerung ist:

«Weder der Sowjetblock noch die westliche Halbkugel vermöchte durch strategische Bomber und die Atombombe auf die Knie gezwungen zu werden. Sie könnten zwar alle Länder ruinieren, die zwischen ihnen drin liegen, wie sie Korea ruiniert haben, ein kleines Land, welches das umfassendere Schicksal demonstrierte, das eine wie Korea zweigeteilte Welt erwartet. Westeuropas mögliches Schicksal wurde schon zum voraus mit Koreas Blut geschrieben.»

Der Friedenskampf Kann dieses Schicksal noch von uns gewendet werden? Es kann. Eigentlich wäre ja die *Organisation der Vereinten Nationen* berufen, den Weltfrieden zu sichern. Aber wir haben es ja nur allzu schmerzlich miterlebt, wie in den letzten Jahren die UNO, statt eine Friedenskraft zu sein, mehr und mehr ein Werkzeug der amerikanischen Machtpolitik wurde, die sich freilich — besonders im Fall Korea — als Politik der kollektiven Friedenssicherung

[3] Siehe die Besprechung des Buches an anderer Stelle dieses Heftes.

ausgibt. Die innere Unwahrheit dieses Zustandes hat nunmehr auch zu einer Krise der UNO selbst geführt, ausgelöst durch das Verlangen der amerikanischen Behörden, daß die UNO keine Beamten beschäftigen dürfe, die nicht «loyal» die gegenwärtige amerikanische Normaldenkweise und politische Zielsetzung teilten. Das war zuletzt Trygve Lie, dem Generalsekretär der UNO, etwas zuviel — ihm, der so große Mitschuld am Zerfall der Vereinten Nationen trägt. Sein Rücktritt, wenngleich grundsätzlich schon vorher beschlossen, hat die Krise — um nicht zu sagen den Selbstmord — der UNO jedenfalls aller Welt klar zum Bewußtsein gebracht.

Von den Vereinten Nationen als *Organisation* ist also für den Frieden vorerst nichts zu erwarten. Eher von einzelnen Mitgliedern der UNO. Die Gefahr einer verhängnisvollen Entwicklung der amerikanischen Ostasienpolitik bietet ihnen gerade jetzt eine Gelegenheit — vielleicht die letzte —, ihre Verantwortung von derjenigen der Vereinigten Staaten zu trennen. Es gilt jetzt — zwar nicht mehr den Anfängen, dazu ist es längst zu spät —, obwohl aber den nächsten Schritten zur Katastrophe hin zu wehren, so wie es ein ungenannter Amerikaner im «New Statesman» (29. November 1952) sehr richtig sagt:

«Die Hoffnung von Dulles und vieler anderer mächtiger Amerikaner ist ja, die ‚freie Welt' könne in einen heiligen Kreuzzug gegen Rußland und den Kommunismus hineingezogen werden, und zwar so allmählich, so unmerklich, daß es für niemanden mehr eine klar umschriebene Gelegenheit gebe, sich ihm zu verweigern. Der Ort, um ‚nein!' zu sagen, ist die Invasion Chinas. (Er hätte bereits die Überschreitung des 38. Breitengrades sein sollen.) Wenn Ihr nicht zu der Invasion Chinas nein sagt, werdet Ihr vielleicht überhaupt keine Gelegenheit mehr haben, es zu tun.»

Das ist vor allem zu den Engländern gesagt; es gilt aber — von den anderen UNO-Mitgliedern, Indien an der Spitze, noch ganz abgesehen — ebenso auch von Frankreich. Sein hoffnungsloser Krieg in Indochina, in dem es Niederlage auf Niederlage erleidet und der es auch finanziell zu ruinieren droht, darf es nicht verleiten, massive Hilfe von Amerika à la Korea anzunehmen und sich damit völlig dem amerikanischen Versuch zur gewaltsamen Zerschlagung der asiatischen Revolution auszuliefern. Die sauberste und gründlichste Lösung des Problems wäre natürlich der *Verzicht* auf die Weiterführung dieses Versuchs. «Wir werden», so schreibt Professor Stringfellow Barr in «The Nation» (15. November 1952), «eine gute Außenpolitik in dem Augenblick bekommen, da wir entdecken, daß die ‚freie Welt' die *Weltarmut* als die Grundfrage der Menschheit ansieht — nicht den Kommunismus und nicht das Anerbieten der Kommunisten, diese Frage durch Gewalt zu lösen.» Allein so weit sind wir offenbar noch lange nicht. Es wäre darum schon viel, vielleicht Entscheidendes gewonnen, wenn wenigstens die außeramerikanische Welt von der Druck- und Drohpolitik der Vereinigten Staaten eindeutig abrückte und diese so zwänge, ihren Katastrophenkurs allein zu steuern oder aber haltzumachen, den Koreakrieg abzubrechen, der Chinesischen

Volksrepublik Sitz und Stimme in der UNO zu gewähren und eine friedliche Neuordnung ganz Ostasiens ins Auge zu fassen. Das würde dann von selbst eine Entspannung auch in der übrigen Welt, namentlich in Europa, bewirken.

Damit es dahin komme, müßten freilich die *Völker selbst* aufstehen. Der bevorstehende Wiener Völkerkongreß kann vielleicht dazu beitragen. Natürlich wird dieser Kongreß jetzt wieder planmäßig als kommunistischer Schwindel, als hinterhältiges Zersetzungsmanöver des Kremls oder was weiß ich als was sonst noch verleumdet. Die Leute, die so reden, wissen entweder nicht, was sie tun, oder aber sie wollen einfach nicht zugeben, daß man die weltweite Bewegung für eine friedliche Lösung der großen internationalen Konflikte unterstützen kann und muß, ohne selbst Kommunist zu sein oder die kommunistischen Gewaltmethoden zu fördern. Diese Bewegung will ja nur all diejenigen Menschen einigen, die überzeugt sind, daß die militärischen Rüstungen nicht *gegen* den Krieg, sondern *auf ihn hin* wirken. Sie sind darum entschlossen, einen anderen Weg zu gehen, den einzigen Weg, der wirklich zum Frieden führen kann: den Weg des Sichverständigens, der Anerkennung des Rechts auch der Gegenseite, für den Westen, also den Weg des Redens und Verhandelns mit den kommunistisch regierten Völkern. Eine Friedensbewegung, die mit den Kommunisten *nicht* reden will und sie darüber hinaus in aller Art boykottiert und von allen Aktionen ausschließt, ja sogar diejenigen diffamiert, die an solchen Aktionen gemeinsam mit Kommunisten teilnehmen, eine solche Bewegung ist überhaupt keine Friedensbewegung, sondern dient ungewollt oder gewollt dem Krieg.

Es stimmte mich darum traurig, als ich bei einer jüngsten Tagung westschweizerischer Pazifisten zuhören mußte, wie eine Minderheit von offenbar ganz «Konsequenten» jede Gemeinschaft mit Kommunisten in einer überparteilichen, nichtkommunistisch inspirierten Bewegung — es handelte sich um den Zürcher Friedenskongreß vom vergangenen Oktober — empört ablehnte, weil man «schlechte Erfahrungen mit den Kommunisten gemacht» habe, weil «diese Leute» ja sowieso keine Antimilitaristen seien, nur im trüben fischen wollten und überhaupt keine guten Schweizer seien, vielmehr im Dienste der Sowjetunion stünden, und was dergleichen Anwürfe mehr waren. Genau das behaupten ja auch die bürgerlichen Machtpolitiker und die sozialdemokratischen Befürworter einer kräftigen militärischen Aufrüstung, in deren (der Sozialdemokraten) Gewässer sich unsere «konsequenten» Pazifisten fröhlich tummeln, ohne an ihrer Prinzipienfestigkeit Schaden zu nehmen. Nein, *dieser* Pazifismus dient nicht dem Frieden; er hilft nur den Zynikern, die uns immer wieder sagen: «Die Kommunisten und die Russen verstehen nur die Sprache der Gewalt; reden und zusammenarbeiten kann man mit ihnen nicht», und die auch bereit sind, die volle Konsequenz aus dieser Auffassung zu ziehen. Es ist nun einfach einmal so: Wer nicht mit dem andern reden und arbeiten will, der muß zuletzt auf ihn schießen! Vor

diese Wahl sind wir unerbittlich gestellt. Nur wenn *wir* unser Mißtrauen so weit überwinden, daß wir, ohne die Geprellten zu sein, mit den andern zusammen den Frieden zu begründen uns bemühen, nur dann werden auch die anderen ihr Mißtrauen überwinden, zu dem sie, weiß Gott, nach der üblichen Denkweise mindestens ebensoviel Grund und Recht haben wie wir zu *unserem* Mißtrauen. Und nur aus solchem Geist gegenseitigen Vertrauens, das immer ein «Dennoch» ist, wird der Frieden erwachsen, über den in der Weihnachtszeit wieder von Tausenden von Kanzeln und in Tausenden von Leitartikeln gepredigt werden wird, ohne daß dahinter doch ein wirklicher, sich zuerst selbst überwindender und nicht immer den anderen anklagender *Wille* zum Friedenschaffen stünde!

6. Dezember *Hugo Kramer*

Redaktionelle Bemerkungen

Wir sind uns bewußt, daß diese Nummer keine «Weihnachtsnummer» im «gewöhnlichen» Sinne ist. Die Atombombe hat auch Weihnachten atomisiert, und wir müssen zuerst aus dem Geiste neugeboren werden, bevor wir wieder ein ehrliches Weihnachtsfest feiern können. Auch und gerade in die Weihnachtsnummer gehören die traurigen und die grauenvollen Dinge, die in der Welt geschehen und die wir geschehen lassen. Und immer wieder muß Korea schreien, gerade in die Weihnachtsnächte hinein. Um so eher möge uns das Gedicht von Rückert mehr als ein Gedicht werden, um so mehr sollten uns die Worte Pfr. Strijds aufrütteln. Die kurzen Beiträge «Das Kind» und «Mein Sohn» sollen auf den Sinn der Weihnacht und auf die Verwirklichung dessen hinweisen, was Jesus und das Kind verbindet und was der Erwachsene vergessen hat.

Die weitern Referate der Flumserberge-Tagung folgen in den nächsten Heften. Wir wollten in diesem Hefte gerne die ganz ausgezeichnete Arbeit über Japan unserer Mitarbeiterin Alice Herz bringen.

Soeben ist, wie wir erfahren, im Diana-Verlag ein Gedichtband «Aus sich wandelnder Zeit» von unserer Mitarbeiterin *Margarete Susman* er-

---

Die christlichen Bürger, geführt von der Kirche, wollen die menschliche Bosheit bändigen und zügeln — Christi Weg jedoch hat nichts mit Raubtierbändigung zu tun, sondern mit Überwindung durch Liebe.

R. Wiegand

schienen. Vorgängig einer Besprechung in unserer Zeitschrift möchten wir unsere Leser und alle Freunde auf diese kostbare Weihnachtsgabe besonders hinweisen.

Die «Neuen Wege» beenden mit diesem Heft wiederum ein schweres Jahr. Unsere finanziellen Sorgen lasten, und sie sollten von viel mehr Lesern und Freunden erkannt werden. Es gibt für uns nur wenige Wege, um unserer Zeitschrift zu helfen. Einen davon müssen wir nun, wohl oder übel, beschreiten: wir müssen das *Jahresabonnement* vom 1. Januar 1953 an auf Fr. 20.— *erhöhen*. Wir hoffen, daß unsere Abonnenten, auf deren Treue wir rechnen, diese Erhöhung verstehen werden. Wir haben lange damit gewartet. Die Papierpreise sind gestiegen; die meisten Zeitungen und Zeitschriften erhöhten schon längst ihre Preise. Und wenn man an die Erhöhung auch der Lebensmittelpreise denkt, so rechtfertigt es sich doch sicherlich auch, den höheren Preis einer geistigen Nahrung, wie sie die «Neuen Wege» sein möchten, auf sich zu nehmen. Es bietet sich im Alltag immer wieder Gelegenheit, kleine Opfer zu bringen, die der so schwer ringenden Zeitschrift zugute kommen könnten. Wir haben einzelne Freunde, die große Opfer bringen; schon um diese zu ehren, wäre es schön, wenn alle Leser und alle Freunde kleine, aber ständige und treue Opfer auf sich nähmen. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Jahresabonnement der «Neuen Wege» auch in vierteljährlichen Teilzahlungen von Fr. 5.— gerne entgegengenommen wird. Auch werden wir in besonderen Fällen, die uns mitgeteilt werden, gerne Ermäßigungen gewähren. Helfen Sie uns aber, bitte, alle nach Kräften; Sie wissen, um was es geht!

Vor allem bitten wir unsere Abonnenten, Leser und Freunde um vermehrte Werbearbeit. Es stehen Werbeblätter und Probenummern zur Verfügung. (Sofie Zoller, Administration, Manessestraße 8, Zürich.) Geschenkabonnements oder der Beitritt zur Vereinigung der Freunde der «Neuen Wege» (Fr. 5.— pro Jahr) sind weitere Möglichkeiten der Hilfe. Der gute Wille, die Einsicht in die Notwendigkeit der Unterstützung und die Solidarität mit der Zeitschrift und mit denen, die sie schaffen, aber auch mit allen jenen, die sie bis heute trugen, dürften sicher Ansporn sein, um die «Neuen Wege» für das neue Jahr sicherzustellen.

Um das Erfreuliche an den Schluß zu stellen und mit ihm das alte Jahr zu beschließen, möchten wir mitteilen, daß wir mit unserer Zeitschrift und mit der Haltung, die dahinter steht und in ihr zum Ausdruck kommt, wirklich vielen Menschen helfen können. Es mehren sich die Zuschriften, vor allem aus dem Ausland, die rührende Treue zu den «Neuen Wegen» bekunden und die uns zurufen: «Haltet durch, wir brauchen Euch; wir brauchen die ‚Neuen Wege' wie das tägliche Brot.» Auch der Mitarbeiterstab erweitert sich beständig.

Mit diesem Ausblick ins neue Jahr möchten wir unsere Abonnenten, Leser und Freunde bitten, sich mit den Problemen unserer Zeit immer stärker und tiefer auseinanderzusetzen und uns auch in vermehrtem Maße ihre Mithilfe in Form von Anregungen, Fragen, Meinungsäußerungen zuteil werden zu lassen. Mit dieser Bitte verbinden wir unsere aufrichtigen Wünsche für das Jahr 1953. Ein jedes neue Jahr ist wie ein neugeborenes Kind: es ist Verheißung in ihm und für alle Menschen die Möglichkeit, «zu werden wie die Kinder». *Das Redaktionskollegium*

An unsere Leser!

Wir machen Sie, Ihre Freunde und weitere Interessenten ausdrücklich aufmerksam auf den

Vortrag mit Lichtbildern: „Die chinesische Frau als Staatsbürgerin"

den Frau Dr. *Millicent Furrer-Proud* im Rahmen der «Frauenvereinigung für Fortschritt und Frieden» *am 15. Januar 1953*, 20 Uhr, im Speisesaal der «Eintracht», Neumarkt 5, Zürich, halten wird.

Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz

GTU Library
3 2400 00334 8327

v.46
1952

Neue Wege

v.46
1952